



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und Ph. Hirsch.

Dreissigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1877.



I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Bosnischer Aufstand, siehe Herzegowina-Aufstand.

Deutsche Reichs-Eisenbahn-Frage, siehe Eisenbahn-Frage, deutsche.

Deutsch-französischer Krieg. (Vgl. Bd. XXVII. u. vorg.)

1871. Mai 7. Deutschland. Reichskanzler an den französischen Min. d. Ausw. und Bevollmächtigten in Frankfurt a. M., Mr. Jules Favre. 5594.

Eisenbahn-Frage, deutsche.

1876. Febr. 25. Bayern. Aus der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 25. Febr. 1876. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Freytag über die Reichs-Eisenbahn-Frage durch den Min. d. Ausw. v. Pfretzschner . . . 5596.
" März 8. Sachsen. Aus der Sitzung der II. Kammer vom 8. März 1876. Berathung der Reichs-Eisenbahn-Frage 5597.
" " 24. Preussen. Entwurf eines Gesetzes, betr. die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich 5599.
" " 30. Württemberg. Aus der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 30. März 1876. Berathung der Reichs-Eisenbahn-Frage 5598.
" April 26. Preussen. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April 1876. Erste Berathung des Gesetzentwurfes, betr. die Uebertragung der Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich 5600.
" Juni 4. — Gesetz, betr. die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich 5601.

Französische Verfassung. (Vgl. Bd. XXIX. u. vorg.)

1876. März 8. Frankreich. Protokoll der Permanenz-Commission der Nationalversammlung vom 8. März 1876. Uebertragung der Gewalten der Nationalversammlung 5608.
" " 14. — Aus der Sitzung des Senats vom 14. März 1876. Programm des neuen Ministeriums Dufaure 5609.

1876. Mai 6. Frankreich. Circular des Min. d. Innern, M. Ricard, an die Präfecten. Betonung des republikanischen Standpunktes 5610.

Herzegowina-Aufstand. (Vgl. Bd. XXIX.)

1875. Oct. 6. Türkei. Instructionen Server Pascha's an alle Civilbeamten im Vilayet Bösniens 5568.
- „ „ 21. — Circular des Grossvezirs an die Generalgouverneure, betr. die Bildung der Bezirksräthe 5569.
- „ „ 29. Russland. Note des Regierungs-Anzeigers über die Vorgänge auf der Balkan-Halbinsel 5570.
- „ Nov. 10. Oesterreich-Ungarn. Note der Wiener Zeitung, betr. die Aktion im Orient 5571.
- „ „ 17. Russland. Note des Regierungs-Anzeigers, betr. die Befürchtungen für den Frieden 5572.
- „ „ 20. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). Befriedigung über die Erklärungen Oesterreichs 5573.
- „ Dec. 11. — Derselbe an denselben. Die Unterhandlungen zwischen Wien und St.-Petersburg 5574.
- „ „ 12. Türkei. Kaiserl. Firman betreffs allgemeiner Reformen vom 13. Zilkadé 1292 5575.
- „ „ 16. — Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London. Erläuterung der Reformen 5576.
- „ „ 21. — Derselbe an denselben. Einsetzung eines Conseils zur Ausführung der Reformen 5577.
- „ „ 23. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Zusammensetzung des Conseils 5578.
- „ „ 29. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Bedeutung des Reformfirmans 5579.
- „ „ 30. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. (Graf Andrassy) an die kaiserl. Botschafter in London (Graf Beust), Paris (Graf Apponyi) und Rom (Graf Wimpffen). Mittheilung des mit Deutschland und Russland vereinbarten Reformprogramms 5580.
1876. Jan. 5. Grossbritannien. Botschafter in Paris (Lord Lyons) an den Min. d. Ausw. Französische Ansicht über den österreichischen Vorschlag 5581.
- „ „ 18. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). Erklärungen des Grafen Beust über die Absichten Oesterreichs 5582.
- „ „ 25. — Derselbe an denselben. Graf Beust dringt auf die Zustimmung Englands, nachdem diejenige Frankreichs und Italiens erfolgt ist 5583.
- „ „ 25. — Derselbe an den österr.-ungar. Botschafter in London. England verspricht generelle Unterstützung der Andrassy'schen Note in Konstantinopel 5584.
- „ „ 25. — Derselbe an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Instruction betreffs Unterstützung der Andrassy'schen Note 5585.
- „ Febr. 10. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d.

		Ausw. Mittheilung über Reformmaassregeln, betr. Erwerb von Grundeigenthum	5586.
1876.	Febr. 13.	Türkei. Min. d. Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Konstantinopel. Annahme von vier der fünf Andrassy'schen Reformvorschläge	5587.
"	" 26.	— Manifest der Insurgenten in der Suttorina	5588.
"	März.	— Petition der bosnischen Flüchtlinge an den kommandirenden General in Croatien, Baron Mollinari	5589.
"	April 6.	Oesterreich-Ungarn. Ansprache des Generals Rodich, kommandirenden Generals in Dalmatien, an die Insurgenten-Skuptschina der Herzegowina	5590.
"	" 7.	Türkei. Memorandum der herzegowinischen Insurgenten-Skuptschina an General Rodich	5591.
"	" 7.	— Adresse der bosnischen Insurgentenführer an ihren Agenten, Herrn Wesselitzki	5592.

Oesterreichisch-proussische Beziehungen. (Vgl. Bd. XI. u. vorg.)

1867.	April 14.	Preussen. Min. d. Ausw. (Graf Bismarck) an den königl. Gesandten in Wien (Freiherr v. Werther). Verständigung mit Oesterreich	5593.
-------	-----------	---	-------

Orientalische Angelegenheiten, s. Herzegowina-Aufstand, Russisch-englische Beziehungen, Salonichi-Angelegenheit, Türkische Finanzen u. Türkische Krisis.

Russisch-englische Beziehungen.

1844.	Sommer.	Russland. Memorandum des Grafen Nesselrode für die englische Regierung, begründet auf Mittheilungen des Kaisers Nikolaus nach seinem Besuch in England im Juni 1844	5611.
1853.	Jan. 11.	Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg (Sir G. H. Seymour) an den königl. Min. d. Ausw. (Lord John Russell). Aeusserung des Kaisers Nikolaus über „den kranken Mann“ im Orient	5612.
"	" 22.	— Derselbe an denselben. Kaiser Nikolaus sucht eine Verständigung mit England für den Todesfall „des kranken Mannes“	5613.
"	Febr. 9.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. England lehnt ein Uebereinkommen für den Fall des fraglichen Ereignisses ab	5614.
"	" 21.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Kaiser Nikolaus wünscht wenigstens eine Verständigung über das, was im gegebenen Falle nicht geschehen dürfe	5615.
"	" 22.	— Derselbe an denselben. Weitere Eröffnungen des Kaisers über die unstatthaften und die zulässigen Lösungen der orientalischen Frage	5616.
"	März 5.	Russland. Memorandum über die Resultate der bisherigen Besprechungen	5617.
"	" 23.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl of Clarendon) an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. England stimmt	

- den negativen Anschauungen des Kaisers bei, hält aber jedes vorgängige Arrangement für unnütz und gefährlich 5618.
1853. April 20. Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Der Kaiser äussert sich über die englische Antwort mit einigen Reserven befriedigt 5619.
- „ „ 15. Russland. Memorandum zum Abschluss der Besprechungen 5620.

Salonichi-Angelegenheit.

1876. Mai 7. Türkei. Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). Mittheilung über die Ermordung der Konsuln in Salonichi . . . 5733.
- „ „ 7. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über die Ereignisse in Salonichi 5734.
- „ „ 8. — Derselbe an denselben. Weitere Berichte aus Salonichi 5735.
- „ „ 8. Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Maassregeln und Erklärungen betr. der Vorgänge in Salonichi 5736.
- „ „ 10. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Beunruhigende Lage in Salonichi 5737.
- „ „ 10. — Derselbe an denselben. Bericht des englischen Konsuls in Salonichi 5738.
- „ „ 13. Türkei. Kommissare in Salonichi an den kaiserl. Botschafter in London. Verhaftung der Schuldigen 5739
- „ „ 14. Grossbritannien. Konsul in Salonichi (Mr. Blunt) an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Weiterer Bericht 5740.
- „ „ 15. Türkei. Kommissare in Salonichi an den kaiserl. Botschafter in London. Weitere Verhaftungen 5741.
- „ „ 16. Grossbritannien. Konsul in Salonichi (Mr. Blunt) an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendung einer türkischen Proclamation 5742.
- „ „ 17. — Derselbe an denselben. Bericht über die Hinrichtung von sechs Schuldigen 5743.
- „ „ 18. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. Absendung einer deutschen Panzerflotte 5744.
- „ „ 20. — Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Bericht über die Leichenfeier der Konsuln 5745.
- „ „ 21. — Derselbe an denselben. Fordert Untersuchung gegen den Ex-Gouverneur von Salonichi 5746.
- „ „ 22. — Derselbe an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendet eine Erklärung des Metropoliten von Salonichi . . . 5747.
- „ „ 22. — Derselbe an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Berichte über das bulgarische Mädchen, welches die Veranlassung des Aufruhrs war 5748.
- „ „ 28. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über Verhandlungen wegen des Verfahrens gegen die Schuldigen 5749.
- „ „ 31. — Konsul in Salonichi an den königl. Min. d. Ausw. Haltung der Stadt bei der Nachricht von der Entthronung des Sultans Abdul-Aziz und der Erhebung Murads 5750.
- „ Juni 3. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d.

			Ausw. Einsetzung eines Kriegsgerichts zur Aburtheilung der Befehlshaber in Salonichi	5751.
1876.	Juni	10.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Anfechtung der kriegsgerichtlichen Urtheile in Salonichi	5752.
"	"	10.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. Unzufriedenheit der deutschen Regierung mit dem Strafverfahren der Pforte	5753.
"	"	14.	— Derselbe an denselben. Die deutsche Regierung erklärt die zuerkannten Strafen für ungenügend	5754.
"	"	15.	— Derselbe an den deutschen Botschafter in London (Graf Münster). Annullirung der Urtheile des Kriegsgerichts zu Salonichi	5755.
"	"	18.	— Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Die Urtheile der Untersuchungs-Commission	5756.
"	"	20.	— Derselbe an denselben. Bericht über das Verfahren der Untersuchungs-Commission in Salonichi	5757.
"	Aug.	8.	Deutschland. Note des Reichs-Anzeigers über die Ordnung der Salonichi-Angelegenheit	5758.

Spanien. (Vgl. Bd. XXIX.)

1876.	Febr.	15.	Spanien. Thronrede des Königs bei Eröffnung der Cortes	5604.
"	März	1.	— Proclamationen des Don Carlos an das Volk und an sein Heer. Ende des Carlisten-Aufstandes	5605.
"	"	17.	— Adresse der Deputirtenkammer in Beantwortung der Thronrede	5606.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. XXIX. u. vorg.)

1876.	Jan.	16.	Preussen. Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 16. Jan. 1876, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen	5595.
"	Febr.	8.	Grossbritannien. Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 8. Febr. 1876, in Gegenwart Ihrer Majestät vom Lordkanzler verlesen	5602.
"	"	15.	Spanien. Thronrede des Königs bei Eröffnung der Cortes	5604.
"	"	26.	Türkei. Manifest der Insurgenten in der Suttarina	5588.
"	März.		— Petition der bosnischen Flüchtlinge an den kommandirenden General in Croatien, Baron Molinari	5589.
"	"	1.	Spanien. Proclamationen des Don Carlos an das Volk und an sein Heer. Ende des Carlisten-Aufstandes	5605.
"	"	6.	Italien. Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments am 6. März 1876	5607.
"	"	9.	Türkei. Adresse muselmännischer Patrioten an Lord Derby	5612.
"	"	17.	Spanien. Adresse der Deputirtenkammer in Beantwortung der Thronrede	5606.
"	"	24.	Türkei. Proclamation Ali-Pascha's an die Insurgenten	5649 Beil.
"	April	6.	Oesterreich-Ungarn. Ansprache des Generals Rodich, kommandirenden Generals in Dalmatien, an die Insurgenten-Skuptschina der Herzegowina	5590.

1876.	April	7.	Türkei. Memorandum der herzegowinischen Insurgenten-Skuptschina an General Rodich	5591.
"	"	28.	Grossbritannien. Proclamation, betr. den Titel der Königin	5603.
"	April		Türkei. Adresse der bosnischen Insurgentenführer an ihren Agenten, Herrn Wesselitzki	5592.
"	Juni	1.	— Thronmanifest des Sultans Murad V.	5702.
"	"	10.	— Proclamation Ali-Pascha's an die Insurgenten	5711.
"	"	30.	Serbien. Kriegsmanifest	5729.
"	Juli	1.	Montenegro. Kriegsmanifest	5730.

Türkische Finanzen.

1875.	Oct. 6./10.		Türkei. Officielle Notifikationen, betr. Zinsenreduktion der Staatsschuld	5621.
"	"	6.	— Min. d. Ausw. (Safvet-Pascha) an den englischen Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). Ausnahme für das von England und Frankreich garantierte Anlehen von 1855	5622.
"	"	7	-- Derselbe an den kais. Botschafter in London (Murus-Pascha). Circular, betr. die Zinsenreduktion	5623.
"	"	14.	— Finanzminister (Jussuf-Pascha) an die Directoren der kaiserlich ottomanischen Bank. Einsetzung eines Syndicats zur Ueberwachung der Zinszahlung	5624.
"	"	20.	Memorandum der Pforte an ihre Vertreter im Auslande, betr. die Finanzmaassregeln	5625.
"	Nov.	17.	— Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in London. Rechtfertigung der Finanzmaassregeln gegenüber den in England erhobenen Vorwürfen	5626.
1876.	Jan.	12.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Mittheilung, betr. Ueberweisung der Zolleinnahmen in Konstantinopel zur Deckung der Zinszahlungen	5627.

Türkische Krisis.

1876.	Jan.	30.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Unterstützung der Insurrection in der Herzegowina durch Montenegro	5628.
"	Febr.	5.	— Generalkonsul in Belgrad (Mr. White) an den königl. Min. d. Ausw. Serbische Rüstungen	5629.
"	"	8.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Zwecke Serbiens	5630.
"	"	10.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Geldgebrauch des Sultans	5631.
"	"	11.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Nichterscheinen des Sultans beim Freitagsgottesdienst	5632.
"	"	14.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Unterstützung des Aufstandes durch das russische Konsulat in Ragusa	5633.
"	"	17.	— Generalkonsul in Belgrad an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Rivalität zwischen Serbien und Montenegro	5634.
"	"	18.	— Konsul in Bosna-Seraï (Mr. Freeman) an den königl. Min. d. Ausw. Fortgang des Aufstandes	5635.

1876.	Febr.	22.	Grossbritannien. Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Fortdauer der serbischen Rüstungen trotz russischer Vorstellungen	5636.
"	"	29.	— Botschafter in St.-Petersburg (Lord A. Loftus) an den königl. Min. d. Ausw. Erklärung Russlands in Betreff des Konsuls in Ragusa	5637.
"	"	29.	— Derselbe an denselben. Fürst Gortschakoff hofft auf Pacification des Aufstandes	5638.
"	"	29.	Türkei. Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Mittheilung der Maassregeln behufs Rückkehr der geflüchteten Familien .	5639.
"	März	4.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Schwierigkeiten der Pacification . .	5640.
"	"	9.	— Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan) an den königl. Min. d. Ausw. Aeusserungen des Grafen Andrassy .	5641.
"	"	9.	Türkei. Adresse muselmännischer Patrioten an Lord Derby	5642.
"	"	18.	Grossbritannien. Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Schwierigkeiten der Pacification	5643.
"	"	20.	— Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Die österreichischen Vorstellungen an den Fürsten Milan	5644.
"	"	20.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über eine Audienz des Generals Ignatieff beim Sultan	5645.
"	"	24.	— Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Bemühungen für eine Waffenruhe	5646.
"	"	27.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Widerspruch zwischen den serbischen Erklärungen und Handlungen	5647.
"	"	28.	— Derselbe an denselben. Zwölftägige Waffenruhe vereinbart	5648.
"	April	1.	— Agent in Ragusa (Mr. Monson) an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendung einer Proclamation Ali-Pascha's	5649.
"	"	8.	— Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Misstrauen gegen die serbischen Versicherungen . .	5650.
"	"	9.	— Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Scheitern der Unterhandlungen	5651.
"	"	10.	— Derselbe an denselben. Haltung Oesterreichs gegen über den Forderungen der Insurgenten	5652.
"	"	13.	Türkei. Min. d. Ausw. (Safvet-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). Unannehmbarkeit der Forderungen der Insurgenten	5653.
"	"	13.	Grossbritannien. Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Oesterreich hält die Forderungen der Insurgenten ebenfalls für unannehmbar	5654.
"	"	13.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Die Pforte klagt Montenegro der Täuschung bei Vermittelung der Waffenruhe an	5655.
"	"	14.	Grossbritannien. Agent in Ragusa an den königl. Min. d. Ausw. Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Verwendung von Baschi-Bozüks	5656.

1876.	April.	Rumänien. Circular des Min. d. Ausw. an die auswärtigen Agenten Rumäniens. Neutralitätserklärung	5657.
"	"	14. Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Russland wünscht ein Eingehen auf die Forderungen der Insurgenten	5658.
"	"	17. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte lehnt das Ansinnen Russlands ab, auf die letzten Forderungen der Insurgenten einzugehen	5659.
"	"	20. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Aeusserungen Fürst Gortschakoff's	5660.
"	"	20. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Aufregung des Sultans gegen Montenegro	5661.
"	"	22. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Russland bezichtigt die Türkei der Absicht, Montenegro anzugreifen	5662.
"	"	23. Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Der Minister stellt jede Absicht eines Angriffs auf Montenegro in Abrede	5663.
"	"	26. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Die Türkei beschuldigt Montenegro der Absicht, anzugreifen	5664.
"	"	26. Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Aeusserungen Fürst Gortschakoff's	5665.
"	"	28. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Berichte über die slavische Agitation und die Stimmung in Serbien	5666.
"	"	30. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Russland lehnt weitere Einwirkung auf Montenegro ab	5667.
"	"	30. — Derselbe an denselben. Russland verlangt, dass Oesterreich den Hafen von Klek der Türkei verschliesse	5668.
"	Mai	4. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Ausbruch eines Aufstandes in Bulgarien	5669.
"	"	5. — Botschafter in Berlin (Lord Odo Russell) an den königl. Min. d. Ausw. Beabsichtigte Konferenz der drei Kaisermächte in Berlin	5670.
"	"	7. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Aufregung der türkischen Bevölkerung	5671.
"	"	8. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Mittheilung über eine Unterredung mit Graf Schuwaloff	5672.
"	"	8. Montenegro. Memoire des Fürsten an den englischen Min. d. Ausw.	5673.
"	"	9. Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Berliner Konferenz und eventuelle militärische Intervention	5674.
"	"	9. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über den Aufstand in Bulgarien	5675.
"	"	9. — Derselbe an denselben. Zustände in Konstantinopel	5676.
"	"	9. — Derselbe an denselben. Aufregung in Konstantinopel	5677.

1876.	Mai	10.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Weiteres über die Aufregung in Konstantinopel	5678.
"	"	11.	— Derselbe an denselben. Neue Ministerernennungen der Pforte	5679.
"	"	11.	— Derselbe an denselben. Befürchtungen der in Konstantinopel residirenden Engländer	5680.
"	"	12.	— Derselbe an denselben. Der Aufstand in Bulgarien .	5681.
"	"	12.	— Derselbe an denselben. Bewegung unter den Softas	5682.
"	"	13.	— Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendung des Berliner Memorandums	5683.
"	"	14.	Türkei. Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London. Meldung, dass der bulgarische Aufstand nahezu unterdrückt sei	5684.
"	"	14.	Grossbritannien. Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. Annahme des Berliner Memorandums von Seiten Frankreichs und Italiens	5685.
"	"	15.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. Bedenken gegen das Berliner Memorandum	5686.
"	"	18.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Wien. Bedenken gegen den vorgeschlagenen Waffenstillstand .	5687.
"	"	19.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Berlin. Definitive Ablehnung des Berliner Memorandums	5688.
"	"	19.	— Derselbe an denselben. Der Minister missbilligt auch die Form der Berliner Vorschläge	5689.
"	"	21.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Erklärung über die Berliner Vorschläge	5690.
"	"	22.	Grossbritannien. Geschäftsträger in Paris (Mr. Adams) an den königl. Min. d. Ausw. Duc de Decazes beklagt die Folgen der englischen Ablehnung	5691.
"	"	24.	— Derselbe an denselben. Oesterreich will die Ueberreichung des Memorandums in Konstantinopel noch verzögern, wenn Aussicht auf eine Annäherung Englands vorhanden ist	5692.
"	"	24.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Vorstellungen an die Pforte gegen Verwendung von Baschi-Bozuks und Antwort darauf	5693.
"	"	25.	— Derselbe an denselben. Der Sultan und der Thronerbe	5694.
"	"	25.	— Derselbe an denselben. Stimmung in Konstantinopel	5695.
"	"	29.	— Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Militärische Vorbereitungen in Serbien	5696.
"	"	30.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Mittheilung einer Unterredung mit Graf Schwaloff	5697.
"	"	30.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Entthronung des Sultans	5698.
"	"	31.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Rath zur Vorsicht in Bezug auf eine Flottenberufung nach Konstantinopel	5699.
"	"	31.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Proclamirung des Sultans Murad V.	5700.

1876.	Mai	31.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Details über die Entthronung des Sultans	5701.
	Juni	1.	Türkei. Kaiserl. Hatt. Thronmanifest des Sultans Murad V.	5702.
	"	4.	— Protokoll über die Leichenschau des Sultans Abdul-Aziz	5703.
	"	5.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Amnestie für die Insurgenten	5704.
	"	7.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. Die Kaisermächte haben beschlossen, die Ausführung der Berliner Vorschläge zu vertagen . .	5705
	"	7.	— Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Deutschland und Oesterreich wünschen weiteren Aufschub für die Vollziehung der Berliner Maassregeln .	5706.
	"	8.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Mittheilung einer Sommatation an Serbien . . .	5707.
	"	8.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Grausame Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes	5708.
	"	10.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. Mittheilung über eine Unterredung mit Graf Münster	5709.
	"	10.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Wien. Der Kaiser von Russland hat Serbien neuerdings energisch zum Frieden gemahnt	5710.
	"	10.	Türkei. Proclamation Ali-Pascha's an die Insurgenten . .	5711.
	"	12.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Erläuterung des Amnestiedecrets für die Insurgenten	5712.
	"	13.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Auftrag, die Türkei zu schleuniger Ausführung der Reformen zu ermahnen	5713.
	"	13.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Mittheilung eines Depeschenwechsels mit Serbien über die gegenseitigen Rüstungen	5714.
	"	14.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Unterredung mit Graf Schuwaloff	5715.
	"	14.	Russland. Reichskanzler (Fürst Gortschakoff) an den kaiserl. Botschafter in London (Graf Schuwaloff). Wünscht Verständigung mit England	5716.
	"	15.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Erklärung des Fürsten von Montenegro über den Grund seiner Rüstungen	5717.
	"	16.	Türkei. Grossvizier an den kaiserl. Botschafter in London. Ministermord in Konstantinopel	5718.
	"	19.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Grausamkeiten in Bulgarien . .	5719.
	"	21.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Neue Vorschläge Russlands	5720.
	"	22.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Wien. Die österreichische Auffassung der Sachlage	5721.
	"	23.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Wien. Nachricht, dass Serbien und Montenegro zum Krieg entschlossen seien	5722.
	"	27.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Konstantinopel.	

			Räth der Pforte zur Verständigung mit Montenegro durch Abtretung eines kleinen Territorialgebietes . .	5723.
1876.	Juni	27.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. Graf Andrassy erklärt den Gedanken einer Autonomie Bosniens und der Herzegowina für unausführbar	5724.
„	„	28.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Die Haltung Serbiens	5725.
„	„	28.	Rumänien. Circular des Min. d. Ausw., betreffend Ansprüche Rumäniens	5726.
„	„	29.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den russischen Botschafter in London. Antwort auf die russischen Vorschläge .	5727.
„	„	29.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Mittheilung des Depeschenwechsels mit Montenegro .	5728.
„	„	30.	Serbien. Kriegsproclamation	5729.
„	Juli	1.	Montenegro. Kriegsmanifest	5730.
„	„	1.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Haltung Englands für den Kriegsfall zwischen der Türkei und Serbien	5731.
„	„	2.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Ankündigung des Krieges gegen Serbien und Montenegro	5732.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch
geordnet.

Bayern.

Eisenbahn-Frage, deutsche:
1876. Febr. 25. No. 5596.

Deutschland.

Deutsch-französischer Krieg:
1871. Mai 7. No. 5594.
Salonichi-Angelegenheit:
1876. Aug. 8. No. 5758.

Frankreich.

Französische Verfassung:
1876. März 8. No. 5608.
" " 14. " 5609.
" Mai 6. " 5610.

Grossbritannien.

Herzegowina-Aufstand:
1876. Nov. 20. No. 5573.
" Dec. 12. " 5574.
" " 23. " 5578.
" " 29. " 5579.
1876. Jan. 5. " 5581.
" " 18. " 5582.
" " 25. " 5583.
" " 25. " 5584.
" " 25. " 5585.
" Febr. 10. " 5586.
Russisch-englische Beziehungen:
1853. Jan 11. No. 5612.
" " 22. " 5613.
" Febr. 9. " 5614.

1853. Febr. 21. No. 5615.
" " 22. " 5616.
" März 23. " 5618.
" April 20. " 5619.

Salonichi-Angelegenheit:

1876. Mai 7. No. 5734.
" " 8. " 5735.
" " 10. " 5737.
" " 10. " 5738.
" " 14. " 5740.
" " 16. " 5742.
" " 17. " 5743.
" " 18. " 5744.
" " 20. " 5745.
" " 21. " 5746.
" " 22. " 5747.
" " 22. " 5748.
" " 28. " 5749.
" " 31. " 5750.
" Juni 8. " 5751.
" " 10. " 5752.
" " 10. " 5753.
" " 14. " 5754.
" " 15. " 5755.
" " 18. " 5756.
" " 20. " 5757.

Thronreden, Adressen etc.:

1876. Febr. 8. No. 5602.
" April 28. " 5603.

Türkische Finanzen:

1876. Jan. 12. No. 5627.

Türkische Krisis:				1876. Mai 19. No. 5688.
1876. Jan. 30.	No. 5628.			" " 19. " 5689.
" Febr. 5.	" 5629.			" " 22. " 5691.
" " 8.	" 5630.			" " 24. " 5692.
" " 10.	" 5631.			" " 24. " 5693.
" " 11.	" 5632.			" " 25. " 5694.
" " 14.	" 5633.			" " 25. " 5695.
" " 17.	" 5634.			" " 29. " 5696.
" " 18.	" 5635.			" " 30. " 5697.
" " 22.	" 5636.			" " 30. " 5698.
" " 29.	" 5637.			" " 31. " 5699.
" " 29.	" 5638.			" " 31. " 5701.
" März 4.	" 5640.		" Juni 7.	" 5705.
" " 9.	" 5641.		" " 7.	" 5706.
" " 18.	" 5643.		" " 8.	" 5703.
" " 20.	" 5644.		" " 10.	" 5709.
" " 20.	" 5645.		" " 10.	" 5710.
" " 24.	" 5646.		" " 13.	" 5713.
" " 27.	" 5647.		" " 14.	" 5715.
" " 28.	" 5648.		" " 15.	" 5717.
" April 1.	" 5649.		" " 19.	" 5719.
" " 8.	" 5650.		" " 21.	" 5720.
" " 9.	" 5651.		" " 22.	" 5721.
" " 10.	" 5652.		" " 23.	" 5722.
" " 13.	" 5654.		" " 27.	" 5723.
" " 14.	" 5656.		" " 27.	" 5724.
" " 14.	" 5658.		" " 29.	" 5727.
" " 17.	" 5659.		" Juli 1.	" 5731.
" " 20.	" 5660.			
" " 20.	" 5661.			
" " 22.	" 5662.			
" " 26.	" 5665.			
" " 28.	" 5666.			
" " 30.	" 5667.			
" " 30.	" 5668.			
" Mai 4.	" 5669.			
" " 5.	" 5670.			
" " 7.	" 5671.			
" " 8.	" 5672.			
" " 9.	" 5674.			
" " 9.	" 5675.			
" " 9.	" 5676.			
" " 9.	" 5677.			
" " 10.	" 5678.			
" " 11.	" 5679.			
" " 11.	" 5680.			
" " 12.	" 5681.			
" " 12.	" 5682.			
" " 13.	" 5683.			
" " 14.	" 5685.			
" " 15.	" 5686.			
" " 18.	" 5687.			

Italien.

Thronreden, Adressen etc.:
1876. März 6. No. 5607.

Montenegro.

Thronreden, Adressen etc.:
1876. Juli 1. No. 5730.

Türkische Krisis:
1876. Mai 8. No. 5673.
" Juli 1. " 5730.

Oesterreich-Ungarn.

Herzogowina-Aufstand:
1875. Nov. 10. No. 5571.
" Dec. 30. " 5580.
1876. April 6. " 5590.
Thronreden, Adressen etc.:
1876. April 6. No. 5590.

Preussen.

Eisenbahn-Frage, deutsche:
1876. März 24. No. 5599.
" April 26. " 5600.
" Juni 4. " 5601.

Oesterreichisch-preussische Beziehungen:	1876. März. No. 5589.
1867. April 14. No. 5193.	" April 7. " 5591.
Thronreden, Adressen etc.:	" " " 5592.
1876. Jan. 16. No. 5595.	Salonichi-Angelegenheit:
Rumänien.	1876. Mai 7. No. 5733.
Türkische Krisis:	" " 8. " 5736.
1876. April 14. No. 5657.	" " 13. " 5739.
" Juni 28. " 5726.	" " 15. " 5741.
Russland.	Thronreden, Adressen etc.:
Herzegowina-Aufstand:	1876. Febr. 26. No. 5588.
1875. Oct. 29. No. 5570.	" März " 5589.
" Nov. 17. " 5572.	" " 9. " 5642.
Russisch-englische Beziehungen:	" " 24. " 5649 Beil.
1844. Sommer. No. 5611.	" April 7. " 5591.
1853. März 5. " 5617.	" " " 5592.
" April 15. " 5620.	" Juni 1. " 5702.
Türkische Krisis:	" " 10. " 5711.
1876. Juni 14. No. 5716.	Türkische Finanzen:
Sachsen.	1876. Oct. 6./10. No. 5621.
Eisenbahn-Frage, deutsche:	" " 6. " 5622.
1876. März 3. No. 5597.	" " 7. " 5623.
Serbien.	" " 14. " 5624.
Thronreden, Adressen etc.:	" " 20. " 5625.
1876. Juni 30. No. 5729.	" Nov. 17. " 5626.
Türkische Krisis:	Türkische Krisis:
1876. Juni 30. No. 5729.	1876. Febr. 29. No. 5639.
Spanien.	" März 9. " 5642.
1876. Febr. 15. No. 5604.	" April 13. " 5653.
" März 1. " 5605.	" " 13. " 5655.
" " 17. " 5606.	" " 23. " 5663.
Thronreden, Adressen etc.:	" " 24. " 5664.
1876. Febr. 15. No. 5604.	" Mai 14. " 5684.
" März 1. " 5605.	" " 21. " 5690.
" " 17. " 5606.	" " 31. " 5700.
Türkei.	" Juni 1. " 5702.
Herzegowina-Aufstand:	" " 4. " 5703.
1875. Oct. 6. No. 5568.	" " 5. " 5704.
" " 21. " 5569.	" " 8. " 5707.
" Dec. 12. " 5575.	" " 10. " 5711.
" " 16. " 5576.	" " 12. " 5712.
" " 21. " 5577.	" " 13. " 5714.
1876. Febr. 13. " 5587.	" " 16. " 5718.
" " 26. " 5588.	" " 28. " 5725.
	" " 29. " 5728.
	" Juli 2. " 5732.
	Württemberg.
	Eisenbahn-Frage, deutsche:
	1876. März 30. No. 5598.

Der Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien.

Fortsetzung.

Nr. 5568.

TÜRKEI. — Instructionen Server Pascha's an alle Civilbeamten im
Vilayet Bosnien.

(Traduction.)

1. A partir du 1 Mars de l'année 1876, tous les Medjlis des Sandjaks, Kadilouks et villages seront institués à nouveau et choisis d'après des règles qui seront fixés plus tard. Nr. 5568.
Türkei.
6. Oct. 1875.

2. Si la dîme frappait (c'est à dire, était convertie en un impôt à percevoir sur) les terres, cela serait beaucoup plus avantageux pour la population; c'est pourquoi le mode d'affermir l'impôt sera aboli; mais si le nouveau mode ne peut être mis en vigueur jusqu'à la prochaine récolte, les dîmes seront vendues dans les diverses parties de la province avant l'époque de la moisson.

3. Si ce terme est atteint sans que les dîmes aient été vendues, et que la faute en soit imputable à quelque employé, il sera aussitôt destitué des ses fonctions et mis en cause; dans le cas, au contraire, où les habitants en seraient la cause, quiconque aura occasionné du dommage à autrui sera passible d'une peine.

4. Tout fermier acquéreur des dîmes d'un village, et respectivement de celles d'un Kadilouk entier, devra commencer à les lever dans le premier cas cinq jours, et dans le second dix jours, après la date du contrat. S'il néglige de le faire, les anciens (chefs) du village inscriront la récolte de chacun, et il sera loisible à tout cultivateur d'enlever ce qui lui appartient. Le fermier qui voudra lever la dîme après l'expiration du terme susdit sera tenu d'accepter le registre d'inscription (tefter) qui lui sera présenté par les chefs du village, et il n'aura le droit de rien exiger outre ce qui sera marqué.

5. Les animaux soumis à une taxe seront comptés avant l'époque où on les mène dans la montagne, et la somme fixée d'après leur nombre devra être acquittée.

6. Les sujets du Sultan de toute classe et de toute religion peuvent en pleine liberté et sécurité vaquer à l'exercice de leur culte, et il est interdit à quiconque de porter en quoi que ce soit atteinte à cette juste loi de l'Etat. Dans le cas où il sera contravenu à cette défense par quelque personne ne

Nr. 5568.
Türkel.
6. Oct. 1875.

sachant pas distinguer le mal du bien, elle devra être aussitôt punie suivant la loi, et s'il arrivait que le Moudir du lieu ou tout autre fonctionnaire laissât passer le fait, lui aussi suivra le châtement légal.

7. Partout où il existe un Conseil Municipal (Beledié) avec un revenu distinct, ainsi que cela est prévu dans le règlement spécial, le dit revenu ne pourra être dépensé hors de la localité. Cependant les subventions allouées aux écoles étant insuffisantes, il sera permis au Conseil de distraire de ce revenu la somme nécessaire aux écoles.

8. Le code est en général le guide de la conduite des employés, aussi chacun est-il tenu de le connaître. La loi et les règlements publics, tout ce qui est appelé du nom commun de "Destour", n'ayant point été traduit en langue vulgaire, il a été décidé qu'une commission serait formée à l'effet de travailler à cette traduction, laquelle sera rendue publique dès qu'elle aura été achevée.

9. Toutes les sentences rendues par les tribunaux seront munies d'une traduction dans une langue que le peuple pourra comprendre, et c'est au bas de cette traduction que le Président et les membres apposeront leur signature.

10. Les objets et articles appartenant à l'armée, ou autrement qu'ils proviennent de l'étranger ou de l'intérieur, ne pourront plus être transportés désormais par voie de réquisition; mais tous ceux qui volontairement offriraient leurs chevaux pour ce service seront payés d'avance, et si quelqu'un a une réclamation à présenter au sujet de ces chevaux, examen fait, ce qui est dû sera payé.

11. La population employée à la construction des routes ne sera plus tenue à travailler que dans le Kadilouk auquel elle appartient, et nul n'ira (travailler) hors de son Kadilouk; cette obligation s'étend à vingt jours, et à rien de plus en cinq ans.

12. En dehors de ce qui concerne les routes, il est interdit d'employer gratuitement personne à aucuns travaux publics ou privés; quiconque agirait contrairement à cette proscription sera sévèrement puni. De même ni les Moultezims (fermiers de la dime) ni personne autre ne pourront rien exiger (sans payement) à titre de boire ou de manger: quiconque oserait contrevenir à cette défense sera passible d'une peine.

13. Nul ne sera reçu dans le corps de zaptiés s'il n'a accompli son temps de service dans l'armée et dans la réserve (les redifs), et s'il n'est de bonne conduite et de bonnes moeurs.

14. Dans chaque Kadilouk les zaptiés auront leurs officiers pris dans une autre localité, et cela depuis le grade de sergent jusqu'au grade le plus élevé. Les officiers aussi bien que les hommes seront tenus de fournir un garant.

15. Les zaptiés étant affectés aux services civils ne seront plus en état de vaquer à d'autres affaires. En conséquence ils sont déchargés du devoir de percevoir les impôts; d'autres collecteurs (tahsildars), composés de Turcs, d'Orthodoxes et de Catholiques, devant être institués à cet effet.

16. Ces collecteurs entreront en fonctions à partir du 1/13 Mars de la prochaine année 1276: leur mode de nomination et leurs devoirs seront réglés par une loi spéciale.

Nr. 5568.
Türkei.
6. Oct. 1875.

17. D'après la coutume en vigueur dans le Gouvernement de Bosnie, en général les rapports sont réglés de cette façon entre les propriétaires ("aghas") et les colons ("kmets") que ceux-ci donnent aux premiers la moitié, le tiers, le quart, ou le cinquième (des fruits); tous les colons qui ont convenus d'un tel partage des fruits ("dobodak") devront à l'avenir conclure un contrat aux termes du paragraphe 11 de la Loi de 1276.

18. Toutes les conventions verbales existantes et réglant ainsi la location des domaines à condition de partage des fruits devront, conformément au paragraphe précité, être converties en un contrat écrit, lequel sera dressé sans frais par les soins de l'autorité.

19. Le délai fixé pour la rédaction par écrit des conventions verbales, dont il vient d'être question, sera de six mois à partir de ce jour.

20. A l'expiration du terme susdit, si les deux parties ne se sont point entendues, et qu'au lieu de faire un contrat par écrit elles aient renouvelé les anciennes conventions verbales, le bailleur et le preneur seront frappés d'une amende égale au montant d'un impôt (c'est-à-dire, d'une année de l'impôt nouvellement établi sur les terres de 4 pour mille). Si le fait provenait du refus de l'une des parties, et que cela fût prouvé en justice, cette amende toute entière d'un impôt sera à la charge de la partie qui a refusé de conclure le contrat, l'amende sera versée en totalité dans la caisse de la municipalité et l'affaire durera tant que le contrat n'aura pas été dressé.

21. Lors de la réunion de la grande Commission, qui doit avoir lieu annuellement, tous les membres pour les Sandjaks et les Kadilouks devront exercer leurs fonctions selon la loi, et exposer par écrit au Vali toutes les contraventions et injustices qui auraient été commises dans leurs arrondissements respectifs, en indiquant, ou, si besoin est, en citant le nom de la personne dont ils tiennent leurs informations. Le Vali soumettra chaque fait à la Commission, en l'invitant à donner une décision, à moins que cette décision ne fût pas de la compétence de la Commission, auquel cas le Tribunal du vilayet sera définitivement saisi de l'affaire.

22. A l'avenir aucun fonctionnaire ne pourra être privé de son emploi, à moins de faute commise, et s'il en commet quelqueune il sera aussitôt mis en cause et puni selon la loi.

23. L'honorable Ibrahim Bey a été nommé adjoint du Vali de Bosnie; il remplira conformément aux lois ses importantes fonctions, en aidant le Vali à surveiller l'exécution exacte des lois et des décisions judiciaires, comme aussi la conduite des employés.

24. Il sera institué une Commission dont la tâche sera de contrôler les actes de l'administration publique; les résultats de ce contrôle ne seront connus que du Vali et de son adjoint.

Nr. 5568.
Türkei.
6. Oct. 1875. 25. Les membres de cette Commission seront pris parmi les Turcs, les Orthodoxes et les Catholiques; ils seront choisis par le Vali et son adjoint, et prêteront le serment religieux de ne faire que des rapports exacts et véritables, après quoi leurs noms seront communiqués secrètement à la Sublime Porte.

26. Les fonctions de ce Comité consisteront à s'assurer des choses suivantes: (1.) Si la dime a été vendue en temps utile. (2.) Quelle est la situation des fermiers de l'impôt, des habitants et des Chefs ("Khodjabashis"). (3.) De quelle manière a lieu l'élection des membres des Medjlis, quels sont les rapports des propriétaires avec leurs colons, comment ont lieu la nomination des zaptiés et de leurs officiers, l'emploi des personnes pour le travail des routes, et s'il se commet quelque injustice à cette occasion. (4.) Quelle est la conduite des Moudirs, des Kaimakams et des Montessarifs, et la manière dont ils s'acquittent de leurs fonctions.

27. Ces surveillants ("moufetieh") consigneront le résultat de leurs investigations dans un rapport fait en double, signé de leur propre main, et dont ils remettront un exemplaire au Vali, tandis qu'ils garderont l'autre par devers eux.

28. A la réception du rapport des dits surveillants le premier devoir du Vali et de son adjoint est de faire aussitôt une enquête, et s'il est constaté qu'une contravention aux lois a été commise l'auteur en sera puni immédiatement.

29. On fait savoir à tous qu'il est émané au nom de Sa Majesté notre très gracieux Empereur un Ordre Suprême, par lequel il est interdit à quiconque de faire tort en quoi que ce soit à ses fidèles sujets; tous, au contraire, doivent trouver la même justice, et quiconque oserait enfreindre les présentes instructions, comme aussi les autres décrets qui pourront être publiés, ou négligerait de les faire exécuter, sera puni sans retard, et rigoureusement, pour servir d'exemple aux autres.

Mostar, le ^{24 Septembre}_{6 Octobre}, 1875 (1291).

(L.S.)

Server.

(L.S.)

Ahmed Hamdy.

Nr. 5569.

TÜRKEI. — Circular des Grossvezir an die Generalgouverneure, betreffend die Bildung der Bezirksräthe.

[Traduction.]

Nr. 5569.
Türkei.
21. Oct. 1875. Dans la Circulaire en date du 2 Ramazan, 1292, que j'ai adressée à votre Excellence d'ordre de Sa Majesté Impériale le Sultan, je vous ai particulièrement recommandé la formation des Conseils d'Administration, en veillant

à ce que les membres qui les composeront soient réellement les élus de diverses classes de la population jouissant de leur confiance, et que les avis émis par les membres de ces Conseils soient pris en considération. || J'attire aujourd'hui davantage votre attention sur cet objet. Vous n'ignorez pas que le pouvoir exécutif, c'est-à-dire, les Valis dans les chefs lieux, et les Moutesarifs et les Caïmacams dans les districts et les cantons, ont en principe deux sortes d'attributions, dont l'une consiste à administrer directement les affaires de leur ressort, et l'autre à agir conformément aux décisions des conseils administratifs, lesquelles seront le résultat final de leurs délibérations après que les avis des membres auront été recueillis. || Des règlements spéciaux ayant déjà défini les matières qui sont du ressort direct des agents du pouvoir exécutif, et celles qu'ils devront résoudre avec le concours du Medjli, il sera superflu d'en parler. || Ce qui mérite d'être signalé ici à votre attention c'est que:

Nr. 5569.
Türkei.
21. Oct. 1875.

1. L'élection des membres du Conseil Administratif devra se faire strictement en conformité de la loi établie. Ce résultat ne peut être acquis qu'en abandonnant complètement l'usage nuisible de composer les Medjlis par des personnes favorisées ou par des partisans. Les membres de ces Conseils seront nommés par le choix libre des personnes qui seront convoquées pour procéder à leur élection. Les candidats jouiront de la confiance et de la considération de leurs communautés respectives.

2. Les avantages qu'on a en vue en créant ces Medjlis ne peuvent être assurés que par l'expression loyale et sincère des avis des membres présents. Aucun membre donc ne devra prétendre à faire prédominer son avis, ni à exercer une pression quelconque. || Il est donc formellement interdit aux fonctionnaires qui se trouvent à la tête du pouvoir exécutif d'intervenir dans les délibérations du Conseil et de le dominer. || Le président ne se distingue des autres membres que par son droit de former la majorité, lorsqu'il y a partage de voix. Il s'en suit donc qu'en général il n'a toujours qu'une seule voix.

3. Tous les membres d'un Conseil, à quelque classe et quelque religion qu'ils appartiennent, font partie d'un même corps, et ont tous le droit dans les limites de la légalité d'exprimer leurs pensées selon leur conviction et leur conscience. || En un mot, ni le rang, ni la position, ni la religion des membres ne pourront établir, d'aucune manière, de distinctions entre eux. || Aucun avis émis par les membres ne devra être dédaigné ni méprisé. || Tels sont les ordres de Sa Majesté le Sultan. || En conséquence, votre Excellence est invitée à veiller continuellement à ce que ces ordres soient rigoureusement observés dans toutes les parties de la province placée sous sa juridiction.

Sublime Porte, le 21 Octobre, 1875.

Nr. 5570.

RUSSLAND. — Note des Regierungs-Anzeigers über die Vorgänge auf der Balkan-Halbinsel.

[Uebersetzung der Petersburger Zeitung.]

Nr. 5570.
 Russland.
 29. Oct. 1875.

Die wichtigen politischen Ereignisse, die sich zur Zeit auf der Balkan-Halbinsel vollziehen, haben Russland nicht alleinstehend ereilt, sondern im Bündnisse mit zweien Mächten, welche gleich ihm von dem Wunsche beseelt sind, den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten und zu befestigen. Fern allen eigennützigten politischen Absichten, auf gegenseitiges Vertrauen der Regierungen gegründet und durch die Zusammenkunft der drei Kaiser besiegelt, tritt dieses Bündniss Europa gegenüber nicht als ein Schiedsrichter über seine Geschicke auf, sondern als ein Wahrer seiner Freiheit und Wächter seiner Ruhe. ¶ Wenn es aber auch an diesem Bündnisse Theil nimmt, so hat Russland ihm doch nicht die Sympathie zum Opfer gebracht, die es beständig für die unterdrückte christliche Bevölkerung der Türkei gehegt und welche das gesammte christliche Europa mit ihm theilte und ohne Zweifel auch jetzt theilt. Die Opfer, die das russische Volk den Christen in der Türkei gebracht, sind so gross, dass sie Russland das Recht geben, diese Sympathie auch jetzt vor dem Antlitz von ganz Europa zu dokumentiren. ¶ Durchdrungen von den früheren Sympathien für die christliche Bevölkerung der Balkan-Halbinsel und dem Bewusstsein der Gefahr, welche der Ruhe Europa's drohte, konnte das kaiserliche Cabinet jetzt wie auch früher unter gleichen Verhältnissen nicht ein gleichgültiger und theilnahmloser Zuschauer der Ereignisse bleiben, die sich in der Herzegowina vollziehen, die Serbien und Montenegro in einen ungleichen Kampf zu verwickeln und einen Krieg zu entflammen drohten, dessen Grenzen schwer vorauszusehen wären. Das kaiserliche Cabinet erhob zuerst seine Stimme zum Schutz der bedrängten, durch übermässige Steuern zum Aeussersten getriebenen Bevölkerung der Herzegowina und für die Aufrechterhaltung des Friedens, dessen Europa im Allgemeinen und die Türkei im Besonderen so sehr bedarf. Auf seine Anregung beeilten sich die verbündeten und von dem gleichen Wunsche, weiteren Conflicten in der Türkei vorzubeugen, geleiteten Regierungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ihm bei der Versöhnung der Pforte mit ihren aufständischen Unterthanen ihre Unterstützung zu leihen. ¶ Die Regierungen von Frankreich, England und Italien theilten die Ansichten der nordischen Cabinette von der dem europäischen Frieden gefahrdrohenden Lage der Dinge in der Türkei und schlossen sich den Bemühungen derselben zur Erreichung des vorgesteckten Zieles an. Friedliebende Rathschläge, welche der Pforte von den Vertretern der Mächte in Constantinopel ertheilt wurden, hatten zur Folge — zunächst die Entsendung einer Konsular-Kommission in die Herzegowina, welche die Versöhnung der Insurgenten mit

der Regierung anstreben sollte, und dann — die aus freien Stücken und zwangslos erfolgte Proklamirung eines Irade seitens Seiner Majestät des Sultans, welcher seinen christlichen Unterthanen bedeutende Steuererleichterungen, Gleichberechtigung mit den Muselmännern vor Gericht und bessere administrative Organisation zusagt. || Natürlich bezweifelt Niemand die Aufrichtigkeit des Wunsches Seiner Majestät des Sultans, die gegenwärtige elende Lage seiner christlichen Unterthanen zu verbessern. Die Regierungen aller Grossmächte nehmen den neuen Irade als einen untrüglichen Beweis der beständigen Fürsorge des Sultans für das Wohl dieser Unterthanen mit Wohlwollen auf. Beispiele nicht ferner Vergangenheit aber, welche klar darthun, dass ähnliche, den Christen wohlwollende Willensäusserungen des Sultans erfolglos blieben und dass die verhältnissmässig nichtssagenden Rechte, welche die Christen einiger Ortschaften der Türkei geniessen, ihnen gezwungener Weise auf Verlangen der europäischen Diplomatie zugestanden wurden, geben der öffentlichen Meinung Europa's Anlass, dem neuen Irade des Sultans nicht mit dem Vertrauen entgegenzukommen, das ihm als Ausdruck des Mitgeföhls Seiner Majestät für die bedrängte Lage seiner christlichen Unterthanen gebührte. Das Vertrauen dieser letzteren aber zu derartigen Acten der Regierung ist in dem Grade erschüttert, dass es der Pforte schwer werden dürfte, dasselbe sogleich ohne freundschaftliche Mitwirkung der europäischen Cabinette wiederherzustellen. Und diese Mitwirkung werden die Cabinette ohne Zweifel der Pforte nicht versagen; ihrerseits wird auch die Pforte nicht ermangeln, diesen Cabinetten greifbare Beweise ihrer festen und unbeugsamen Entschlossenheit zu geben, die jetzigen feierlich übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Christen zu erfüllen und somit der anormalen Lage, die Europa so viel Befürchtungen einflösst, eine Grenze zu setzen. Jedenfalls darf man sich versichert halten, dass der klägliche Stand der Dinge, wie er bis jetzt in der Türkei den Interessen der Pforte, ihrer Unterthanen und Europa's zum Schaden gewährt hat, ein Ende finden muss.

Nr. 5570.
Russland.
29. Oct. 1875.

Nr. 5571.

OESTERREICH-UNGARN. — Note der Wiener Zeitung, betreffend die Aktion im Orient.

Seit einiger Zeit sind in- und ausländische Blätter voll von Nachrichten, welche die öffentliche Meinung alarmiren und die Handelswelt in unerwarteter Weise beunruhigen. Aus totaler Unkenntniss der Verhältnisse, hie und da vielleicht in der Absicht, das Einvernehmen der drei Mächte zu stören, oder gar in der Tendenz, die Börsencourse zu drücken, werden eine Audienz, welche der russische Botschafter in Constantinopel bei Sr. Maj. dem Sultan gehabt,

Nr. 5571.
Oesterreich-
Ungarn.
10. Nov. 1875.

Nr. 5571.
Oesterreich-
Ungarn.
10. Nov. 1875.

ein Besuch, den er dem Grossvezir gemacht, zur Bedeutung von Ereignissen hinaufgeschraubt, welche für den europäischen Frieden bedrohliche Aspecten eröffnen sollen. Dem gegenüber dürfte es an der Zeit sein und wohl auch hinreichen, wenn auf Grund verlässlicher Kenntniss der Sachlage erklärt wird, dass seit Beginn der Aktion im Orient Russland ebensowenig wie Oesterreich-Ungarn oder Deutschland, General Ignatieff ebensowenig wie Graf Zichy oder Baron Werther, sei es beim Sultan, sei es beim Grossvezir, einen Schritt gethan haben, welcher nicht den gemeinsam festgestellten Instructionen entsprechen und auch die Zustimmung und Unterstützung der anderen Cabinette gefunden hätte

Nr. 5572.

RUSSLAND. — Note des Regierungs-Anzeigers, betreffend die Befürchtungen für den Frieden.

Nr. 5572.
Russland.
17. Nov. 1875.

Die in einem Theile der europäischen Presse anlässlich der gegenwärtigen Wirren in der Herzegowina laut gewordenen Befürchtungen finden weder in der allgemeinen politischen Situation Europa's, noch auch in dem besonderen Stande der Dinge auf der Balkan-Halbinsel ihre Berechtigung. Noch niemals befand sich Europa in einer günstigeren Lage als jetzt, um erfolgreich und friedlich alle Schwierigkeiten zu beseitigen, welche seine Ruhe beeinflussen könnten. Drei mächtige Reiche des Nordens streben mit vereinter Kraft und unterstützt von den übrigen europäischen Regierungen danach, eine friedliche Lösung der in der Herzegowina eingetretenen Verwickelungen zu finden, und Niemand kann daran denken, den Frieden zu stören und sich in einen Gegensatz zu den allgemeinen friedliebenden Bestrebungen zu stellen. Und somit darf denn abermals positiv ausgesprochen werden, dass, so beklagenswerth die Verwickelungen auch sein mögen, die gegenwärtig auf der Balkan-Halbinsel herrschen und die Ruhe Europa's beeinträchtigt haben, — die vereinten Anstrengungen der drei Mächte mit Hilfe der übrigen europäischen Cabinette diesen Verwickelungen einen der jetzigen friedliebenden Stimmung entsprechenden Ausgang geben werden und jedenfalls der Friede Europa's so sicher auf dem gegenseitigen Vertrauen und Einvernehmen der Grossmächte ruht, dass für die Störung desselben durchaus keine Gefahr zu erblicken ist.

Nr. 5573.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). — Befriedigung über die Erklärungen Oesterreichs.

Foreign Office, November 20, 1875.

Sir, — As the gravity of the political situation has undoubtedly been much aggravated by rumours, to which the impression that the Austrian Government are concerting some scheme in regard to the Herzegovina without consultation with the Powers parties to the Treaty of 1856, has given rise, Her Majesty's Government have received with much satisfaction the assurance, reported in your telegraphic despatch of yesterday, to have been made to you by Baron Hofmann, that the Austrian Government have nothing to conceal from England, and his invitation to your Excellency to ask for explanations of any reports that may be in circulation as to the intentions of his Government. || Your Excellency will take an opportunity of speaking in this sense to Baron Hofmann. || I am, &c.

Nr. 5573.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1875.

Derby.

Nr. 5574.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Die Unterhandlungen zwischen Wien und St.-Petersburg.

Foreign Office, December 11, 1875.

Sir, — The Austrian Ambassador called on me to-day and communicated to me the substance of a telegraphic despatch which he had received from his Government to the following effect: || The Austrian Government are informed that, in consequence of the pressing language of the Emperor's Ambassador at Constantinople, the Porte will proceed to reforms of a general character, not, however, making them the object of a solemn hatt. As for special reforms for the insurgent provinces, the Porte is prepared to accept such propositions emanating from the Powers as may not affect the dignity of the Turkish Empire in form or in effect. Every real difficulty seems to them thus to have been got rid of, the aim of the Austro-Hungarian Government being to obtain the extinguishing of the insurrection before the spring. They hope to be in accord with the British Cabinet, and to see the influence of Her Majesty's Government at Constantinople directed to the same ends. || The Turkish Ministers had hitherto directed their energies

Nr. 5574.
Gross-
britannien.
11. Dec. 1875.

Nr. 5574. Gross-
britannien.
11. Dec. 1875. exclusively to the task of preventing anything which could be construed into an interference of any kind into the internal affairs of Turkey. This standpoint, however respectable it may be, has the disadvantage, the Austro-Hungarian Government considered, of prolonging a regrettable state of things, and therefore of aggravating the danger. || Negotiations respecting the affairs of the East are now being carried on between Vienna and St. Petersburg, the result of which will be communicated, as soon as an agreement has been arrived at, to Her Majesty's Government, not in the light of an accomplished fact, but for their consideration and for them to state their own opinions on the propositions agreed upon.

I am, &c.

Derby.

Nr. 5575.

TÜRKEI. — Kaiserlicher Firman betreffs allgemeiner Reformen vom 13. Zilkadé 1292.

(Traduction.)

Nr. 5575. Türkei.
12. Dec. 1875. A vous mon illustre Grand-Vizir, Mahmoud-Nédim-Pacha.
Les Etats civilisés doivent consacrer leurs efforts à garantir les droits publics. Tous les moyens qui doivent concourir à la sauvegarde et au maintien de ce principe ne peuvent être obtenus que par une stricte application de la justice à tous sans distinction et par l'organisation régulière de l'administration. Les intérêts individuels ne sont assurés que par l'ordre et la prospérité du pays, les intérêts particuliers étant intimement liés aux intérêts généraux. Depuis notre avènement au Trône, nos intentions et nos sentiments impériaux, déjà portés à la connaissance de tous, ont eu pour objet, avec l'aide de Dieu, la grandeur et la gloire de notre Empire, la tranquillité et le bien-être de toutes les classes de nos sujets, et le développement du progrès au profit de la richesse et de la prospérité de nos Etats. Pour réaliser plus complètement encore ces intentions, nous avons résolu d'octroyer à tous nos sujets et de promulguer des immunités et des réformes propres à assurer complètement la confiance publique. En conséquence nous ordonnons, en vertu de notre présent Iradé Impérial, l'application, par la grâce du Tout-Puissant, des mesures qui suivent: — La garantie des droits publics repose sur l'absence de toute ingérence du pouvoir exécutif dans l'exercice du pouvoir judiciaire, ainsi que sur la défense de la loi contre tout abus. Il ne suffit pas d'instituer des tribunaux, pour qu'il soit en possession de la confiance générale; il faut encore que les membres de ces tribunaux se recommandent par leur mérite réel, par la pureté de leurs mœurs et par leur intégrité, ainsi que par des actes conformes à la justice et à l'équité. Notre Haute

Cour de Justice n'a été instituée que pour concentrer en elle toutes ces conditions et qualités. Dès lors il est nécessaire de fonder sur ces bases sa composition et ses attributions, et d'introduire des améliorations sérieuses dans les diverses parties de ses fonctions. De même que l'indépendance des Tribunaux par rapport au pouvoir administratif peut seule en assurer l'impartialité, de même l'inamovibilité des juges, sauf révocation pour cause légitime, peut seule les rendre dignes de toute confiance. Il faut donc que le choix de ces membres soit fait de manière à commander l'estime de tous. Les attributions de la Présidence de la Cour de Cassation qui domine tous les tribunaux Nizamiés (civils, criminels, correctionnels) sont détachées de celles de notre Ministère de la Justice. Les deux sections de cette Cour auront un Premier Président et un Vice-Président. En même temps la Cour d'Appel et les Tribunaux de Commerce seront réunis à notre Ministère de la Justice, ce qui permettra au Ministère du Commerce de se consacrer au développement de tout ce qui intéresse le commerce, l'industrie et l'agriculture. A cet effet la Cour d'Appel attachée à notre Haute Cour de Justice réunira les attributions de la Cour d'Appel du Commerce, ainsi que celles du Tribunal Criminel. Elle comprendra par conséquent trois Chambres correspondant aux affaires correctionnelles, aux affaires civiles, et aux affaires commerciales. On élira de nouveau les Présidents et les Juges tant de cette Cour ainsi instituée que de la Cour de Cassation de manière à ce qu'ils réunissent toutes les conditions légalement requises. On réformera et on constituera de la même manière les Tribunaux Civils de Première Instance. Il sera délivré à chacun des membres de ces Cours et Tribunaux, choisis avec la plus scrupuleuse attention, un Bérat Impérial les garantissant contre toute destitution sans cause légitime, et on élaborera également un Règlement qui fixera leurs droits à la retraite. La réorganisation que nous venons de décréter de notre Haute Cour de Justice, ayant pour but d'assurer l'expédition normale et régulière de toutes les affaires litigieuses en reliant entre eux, aux moyens d'une organisation uniforme, tous les Tribunaux Nizamiés (civils, criminels, correctionnels), nous voulons que les mêmes règles soient appliquées aux dits Tribunaux institués dans nos Etats et dont la mission est de rendre la justice à nos sujets et de faire régner partout les lois de l'équité. Dans le but d'écartier toute cause de méfiance de la part du public par rapport à la constitution et à la composition de ces Tribunaux, et de les mettre à l'abri de l'ingérence et de l'influence du pouvoir, nous ordonnons de la manière la plus formelle ce qui suit: — Tous nos sujets sont autorisés à élire eux-mêmes les juges et les membres Musulmans et non-Musulmans, tant des dits Tribunaux, que des Conseils Administratifs des Provinces. En conséquence, des instructions précises seront envoyées dans toutes les provinces de l'Empire pour instituer ces Tribunaux et Conseils et procéder à leur composition suivant le mode ci-dessus décrété. Les Naïbs qui se trouvent dans les chefs-lieux des vilayets occuperont le poste de Présidents des Cours d'Appel de ces chefs-lieux. Les Présidents des Tribu-

Nr. 5575.
Türkei.
12. Dec. 1875.

naux Civils et Criminels dans les chefs-lieux des Sandjaks et des Cajas seront choisis parmi les personnes les plus capables. ¶ L'examen, par rapport au Chéri, des sentences rendues par les Tribunaux de Chéri, des Sandjaks et des Cajas, sera également dévolu aux dits naïbs des chefs-lieux des vilayets. ¶ Comme l'institution des Tribunaux doit avoir pour effet essentiel de centraliser les garanties de sécurité pour les droits des personnes, les procès de nos sujets Musulmans avec nos sujets Chrétiens et autres non-Musulmans, ainsi que les procès de nos sujets Chrétiens entre eux ou avec nos sujets appartenant à d'autres croyances non-Musulmans, et les procès de ces derniers entre eux seront référés aux Tribunaux Nizamiés (civils, criminels, correctionnels). On devra compléter et mettre en vigueur dans le plus bref délai les lois et règlements concernant la procédure à suivre devant les dits Tribunaux et d'après nos Décrets Impériaux. ¶ L'observation scrupuleuse de la loi est un sauvegarde contre l'arbitraire et doit être par conséquent l'objet de l'attention constante des Tribunaux. De même l'application des dispositions de la loi, proportionnée à la gravité du crime constaté, doit être prise en sérieuse considération, de façon à ce que personne ne soit détenu sans jugement, et que les mauvais traitements ne soient jamais tolérés. A cet effet on doit publier que tous ceux qui auront été convaincus d'avoir commis ces actes en violant les principes qui viennent d'être posés seront poursuivis et punis d'après toute la rigueur des lois; et ce afin d'assurer le respect absolu de la justice. ¶ Un des points les plus importants du principe fondamental qui garantit les droits de nos sujets consiste dans l'application d'une juste proportion dans les impôts et redevances de l'Etat, aussi bien que dans leur perception suivant un mode équitable. Il est vrai que les revenus généraux du Trésor ont été proportionnés aux dépenses administratives et militaires exigées par l'exercice de l'autorité, et que l'on doit rechercher sous les moyens propres à augmenter ces revenus au fur et à mesure du développement des richesses du pays et de la prospérité publique; mais on doit aussi, et telle est notre volonté Impériale, renoncer à celles des branches des revenus publics qui sont une cause de souffrance pour la population, sans assurer aucun avantage important au Trésor. ¶ La diversité des impôts et contributions intérieures auxquels sont soumis tous nos sujets, ayant amené un régime anormal de perception et de répartition, nous ordonnons de rechercher un mode d'unification des dits impôts, et de les mettre immédiatement en vigueur de manière à alléger les populations de notre Empire, par l'établissement d'une juste proportionnalité, tout en sauvegardant les intérêts légitimes du Trésor. ¶ Indépendamment de la suppression du quart supplémentaire de la dîme, suppression qui a été récemment décrétée par l'effet de notre sollicitude Impériale pour le bien-être de tous nos sujets, on doit encore prendre les mesures les plus efficaces pour prévenir l'arbitraire dans la perception de la dîme par l'intermédiaire des fermiers, et pour empêcher également qu'aucun dommage ne soit porté soit à nos populations agricoles soit à notre Trésor Impérial. ¶ Comme

la perception des impôts directement payés par nos sujets, perception qui doit avoir un caractère spécial, avait été confiée aux zaptiés dans les provinces, et que ce mode de procéder est reconnu aujourd'hui abusif, nous ordonnons que la police n'ait plus à exercer aucune immixtion dans le recouvrement des impôts, et qu'on désigne pour cet objet des percepteurs choisis par les populations Musulmanes et non-Musulmanes elles-mêmes, lesquels auront à opérer les recouvrements suivant les instructions qui seront élaborées à cet effet. Telle étant à cet égard notre ferme volonté Impériale, on mettra sans retard à exécution cette mesure destinée à garantir aussi bien l'exercice des droits du fisc que le mode de perception de l'impôt. || Parmi les questions qui touchent les intérêts de nos sujets se présente celle de la réforme à introduire dans les titres de la propriété immobilière. La délivrance de ces titres, qui s'effectue d'une manière différente dans notre capitale et dans les provinces, et l'absence de titres, ont pour effet de surcharger de travail les Tribunaux, d'occasionner des difficultés et des procès au préjudice des populations, et de déprécier la valeur des immeubles. Pour obvier à ces inconvénients, les titres de toutes les propriétés immobilières, à quelque catégorie qu'elles appartiennent, seront désormais exclusivement délivrés par la Direction Générale des Archives. Un programme complet sera présenté à cet effet pour assurer le droit de propriété à tous nos sujets. || Suivant notre constant désir, la vie, les biens et l'honneur de tous nos sujets doivent être garantis, et ce but doit être principalement atteint au moyen de la police. En conséquence, les zaptiés seront choisis parmi les personnes honnêtes et jouissant de la confiance des habitants de chaque localité. Les mesures concernant les attributions seront immédiatement mises à exécution, afin d'établir une fois de plus la confiance et la sécurité parmi toutes les classes de nos sujets. || Le progrès de la civilisation dans notre Empire formant l'objet de tous nos vœux et les richesses d'un peuple ne pouvant se développer que par le bien-être, il est du devoir de l'autorité d'épargner à nos sujets toute contrainte et tout abus tels que la mesure vexatoire des corvées, qui est déjà entièrement prohibée en principe, lesquelles corvées étaient appliquées à la construction des routes et chaussées et aux autres travaux d'utilité publique, au sujet desquels la population montre tant de zèle et de patriotisme. On doit donc éviter de faire du service de prestation rendu par nos sujets aux travaux publics une cause de vexation et de dommages tant pour leurs personnes que pour leurs intérêts. En conséquence le système défectueux en vigueur sera réformé et entouré de plus de garanties. Des instructions précises et catégoriques seront données aux fonctionnaires de l'administration afin qu'ils tiennent constamment la main pour qu'aucun acte contraire à notre volonté Impériale ne soit commis à cet égard. || Considérant qu'il y a urgence à adopter les mesures propres à réformer et à développer l'agriculture, l'industrie et le commerce de notre Empire, et à augmenter ainsi les richesses de nos sujets; considérant également que les attributions essentielles du Ministère du Commerce doivent consister à réaliser

Nr. 5575.
Türkei.
12. Dec. 1875.

nos intentions à ce sujet: nous ordonnons que l'on consulte sur ces matières les hommes capables et compétents, et que l'on soumette leurs décisions à notre sanction Impériale. Toutes les classes de nos sujets qui vivent à l'ombre de notre protection Impériale sont à nos yeux et dans nos sentiments de justice sur le pied d'une complète égalité. C'est pourquoi nous confirmons les pouvoirs dont sont revêtus les patriarches et les autres chefs spirituels pour les affaires de leurs communautés respectives, ainsi que pour le libre exercice de leurs cultes, conformément aux privilèges et immunités existant des dites communautés. Toutes les affaires se rattachant tant à l'autorité des dits chefs spirituels qu'au besoin et aux actes de leurs conseils spéciaux, dans les limites des droits et autorisations qui leur ont été octroyés, continueront à être l'objet de toute notre protection, et l'on accordera toutes les facilités pour la fondation et la construction de leurs églises, de leurs écoles et de leurs autres édifices nationaux. || Toutes les classes de nos sujets ayant toujours le libre accès des grades et des fonctions publiques, suivant leur mérite et leurs aptitudes, nous confirmons l'admission à ces emplois de nos sujets non-Musulmans, dont l'intégrité et la sagacité auront été reconnus. L'impôt d'exonération du service militaire auquel sont soumis nos sujets non-Musulmans a été établi en compensation du service militaire effectif auquel sont astreints nos sujets Musulmans; mais comme l'égalité des droits comporte l'égalité des charges et que l'on n'a pas tenu compte, dans une juste proportion, de l'âge et de la condition des contribuables; qu'enfin la perception et la répartition de cet impôt au sein des communautés ne sont pas soumises à un contrôle régulier et équitable, nous ordonnons, comme une nouvelle marque de notre justice, que la répartition du dit impôt soit faite de façon à ce que tous ceux de nos sujets non-Musulmans qui n'auraient pas atteint l'âge de vingt ans ou qui auraient dépassé l'âge de quarante ans, ainsi que les infirmes et les invalides, soient affranchis de cette contribution. On veillera à ce que la règle établie, calculée sur la quotité individuelle de cette contribution, ne soit pas affectée par cette mesure; que l'impôt soit perçu suivant le nombre réel des contribuables, et que dans le cas où ce nombre augmenterait, les revenus du Trésor suivent la même progression; qu'enfin le recouvrement, suivant le mode ci-dessus décrété, s'opère par les soins des contribuables eux-mêmes. Dès lors la contribution actuelle de 100*l.* par tête pour ceux des Musulmans qui veulent s'exonérer du service militaire sera, suivant le même principe d'égalité, réduite à 50*l.* Dans certaines parties de notre Empire nos sujets non-Musulmans ne peuvent pas devenir propriétaires et sont employés dans les fermes. Cet état de chose étant contraire à nos sentiments de justice, il n'existera plus désormais aucune distinction entre nos sujets, soit pour la possession des terres vacantes vendues par adjudication, soit pour la possession des terres et biens qui sont vendus par des particuliers. En conséquence on leur assurera la jouissance, sur le pied de la plus complète égalité, des dispositions de la loi sur la propriété foncière. ↓ Les dispositions testamentaires de nos sujets non-

Musulmans dans les provinces seront respectées, et il ne sera point permis de s'immiscer dans la gestion faite par les tuteurs des biens des mineurs. Ce n'est que dans le cas où des plaintes seraient portées pour mauvaise gestion contre les tuteurs et exécuteurs testamentaires que l'autorité interviendrait et prendrait l'administration des biens des mineurs sous sa surveillance. Toutes ces prescriptions et immunités émanées de notre volonté Impériale ont pour objet principal d'augmenter le bien-être des populations placées sous notre autorité Souveraine. La grandeur, la gloire et la sécurité des Etats ne peuvent se maintenir que par l'intégrité et la justice du pouvoir exécutif, par l'obéissance de tous aux lois établies, et par l'observation rigoureuse, de la part des grands et des petits, des droits et attributions de chacun. Tous ceux qui dans nos Etats agiront conformément à ces principes seront l'objet de nos faveurs Impériales; de même que ceux qui méconnaîtront ces mêmes principes encourront un juste châtement. Nous ordonnons, en conséquence, que l'on établisse, après l'avoir soumise à notre sanction, une règle suivant laquelle nous seront présentés, en toute sécurité, tous les renseignements et tous les vœux légitimes qui se produiraient pour signaler les contraventions à nos ordres Souverains ou les méfaits qui auraient été commis. Nous voulons également qu'indépendamment des mesures qui seront prises pour garantir la stricte observation des lois, on prépare des règlements et des instructions pour définir les attributions des Valis, des Moutessarifs, des Caïmacams et de tous les fonctionnaires en général, conformément à nos ordres Impériaux. Nous voulons enfin qu'il soit connu de tous que les faveurs que nous octroyons pour les présentes ne doivent profiter qu'à ceux qui accomplissent leurs devoirs de sujets fidèles et loyaux, et que ceux qui sont sortis de cette voie en soient naturellement privés. Vous qui êtes notre illustre Grand-Vizir, vous publierez et promulguerez, dans la forme voulue, ce rescrit Souverain, tant dans notre capitale que dans toutes les provinces de notre Empire, et vous veillerez à ce que toutes les mesures nécessaires soient prises pour assurer l'exécution stricte et constante des dispositions qu'il contient.

Donné le 13 Zilkadé, de l'an 1292.

Nr. 5576.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London. — Erläuterung der Reformen.

Constantinople, le 16 Décembre, 1875.

M. l'Ambassadeur, — Mon télégramme du 13. Déc. a porté en résumé à votre connaissance les nouvelles réformes que Sa Majesté notre auguste Maître a daigné octroyer à tous ses sujets sans distinction par son Firman

Nr. 5576.
Türkel.
16. Dec. 1875

Impérial du 13 Zilcadé, 1292 (1/13 Décembre, 1875). Vous trouverez aujourd'hui sous ce pli *in extenso* la traduction de ce Rescrit Souverain. Je ne saurais assez rappeler ici, M. l'Ambassadeur, les intentions magnanimes et la sollicitude généreuse dont Sa Majesté a déjà donné tant de preuves éclatantes pour tout ce qui a rapport au progrès moral et matériel de son Empire. Voulant plus que jamais accorder une protection spéciale au commerce et à l'agriculture, régulariser le fonctionnement de la justice, et asseoir l'administration en général sur des bases sérieuses et radicales en rapport avec les besoins réels et la situation de ses vastes états, Sa Majesté Impériale vient de couronner dignement son oeuvre de haute justice et d'équité en décrétant ces nouvelles réformes dont je me propose ici d'expliquer la portée et de faire en particulier une analyse succincte au point de vue de leur importance et de leur utilité pratique pour le progrès économique et social de l'Empire. || En première ligne se place la réorganisation de la justice. || Le principe réuni de la constitution générale de l'autorité judiciaire et de la composition particulière de chacun de nos Tribunaux a été, il y a plusieurs années, décrété et mis en vigueur en Turquie. La Haute Cour de Justice, comprenant les Cours de Cassation et d'Appel, et ayant sous sa juridiction directe les Tribunaux de Première Instance, a fonctionné, vous ne l'ignorez pas, sous l'empire d'une codification appropriée aux moeurs du pays et en rapport en même temps avec les exigences de l'époque. || A côté de ce système ont fonctionné également les Tribunaux du Chéri investis des mêmes pouvoirs et attributions judiciaires, sauf la classification, mais différant dans quelques points essentiels, sous le rapport des dispositions légales et de la procédure. | Il fallait donc, tout en confirmant et en respectant la loi du Chéri et son application, loi dont les traditions antiques, la doctrine élevée et les dispositions toutes conciliatrices, toutes d'équité et de conscience, ont su maintenir intacts les principes fondamentaux de la justice et les institutions du pays, il fallait, dis-je, en présence des conflits de juridiction et des dispositions contradictoires qui se produisaient dans les attributions respectives et le fonctionnement proprement dit des Tribunaux du Chéri et ceux Nizamiés, définir nettement les attributions de chacun de manière à maintenir, autant que possible, l'uniformité de la jurisprudence, la régularité des procédures et opposer un frein aux envahissements naturels du pouvoir. C'est dans ce but légitime et salulaire que le Firman Impérial, comme vous voudrez bien le remarquer, sépare la Haute Cour de l'action directe exercée jusqu'à ce jour sur elle par le Ministère de la Justice, établit l'inamovibilité des Juges, sauf révocation fondée, avec des règlements fixant leurs droits à la retraite, place sous la juridiction de la même Cour les Tribunaux de Commerce qui dépendaient du Ministère du Commerce, désigne à la présidence des Cours d'Appel des chefs-lieux des provinces les Naibs, afin que ceux-ci soient à même d'exercer, séparément et indépendamment de leurs fonctions civiles, l'examen, sous le rapport du Chéri seulement, des sentences rendues par les Tribunaux du Chéri,

puis de connaître en leur qualité de Présidents du Tribunal du Nizamié, et en dernier ressort, de toutes les affaires civiles, correctionnelles et criminelles proprement dites. Le Firman réfère, et c'est là le point capital qui tranche définitivement, comme je l'ai mentionné plus haut, les attributions respectifs, réfère, dis-je, à la Haute Cour de Justice et à ses ressortissants les procès entre les sujets Musulmans et Chrétiens et autres communautés, ou entre ces dernières et les Chrétiens, ou entre ceux-ci ou les communautés non-Musulmans elles-mêmes. Ce qu'il réserve au Chéri, ce sont seulement les procès entre les sujets Musulmans. || Pour mettre une innovation aussi radicale en harmonie avec le nouvel état de choses de façon à ne pas trop heurter, *ex abrupto*, les susceptibilités légitimes réciproques, et à traduire immédiatement en faits la distinction et la définition des pouvoirs et prérogatives ainsi établies, on codifiera les divers lois et règlements pour amener une procédure uniforme et régulière. || Comme complément à cet édifice de faisceaux judiciaires et pour accorder à ses fidèles et loyaux sujets dans les provinces la plus large part dans tous les moyens tendant à sauvegarder leurs biens, leur honneur et leurs intérêts, Sa Majesté Impériale a daigné les autoriser à élire eux-mêmes tant les membres des tribunaux que ceux des conseils administratifs provinciaux, et les mettre ainsi à même de voir toutes les garanties publiques d'administration, d'ordre et de justice confiées au patriotisme et au dévouement de leurs mandataires choisis par eux librement et sans aucune ingérence du pouvoir. Ainsi, composition de ces conseils et tribunaux offrant les garanties voulues par l'élection locale, et mise sans coup férir en pratique de l'axiome d'éternelle équité, "Locus regit actum", tel a été le mobile qui a dicté ces mesures. Il va sans dire que la composition des dits conseils et tribunaux avec le mode d'élection qui vient d'être indiyué ne va pas tarder à être clairement défini par des instructions spéciales. || Les Tribunaux de Commerce ayant été, comme je l'ai dit plus haut, soustraits à l'influence du Ministère de Commerce, dès lors cette Administration aura à s'occuper exclusivement des améliorations tendant à développer le commerce dans l'Empire, à écarter toutes les entraves qui en arrêtent l'extension, et à mettre surtout tous les moyens en pratique pour encourager et faire prospérer l'agriculture, principale ressource destinée à assurer la richesse du pays, qui s'y prête si admirablement par sa position géographique, sa fertilité et les aptitudes foncièrement laborieuses et agricoles de ses populations. || Votre Excellence relèvera sans aucun doute de la lecture du Firman Impérial toute la sollicitude vouée à la réforme de l'assiette de l'impôt. || En effet l'expérience démontre journellement que la diversité des contributions dans toutes les parties de l'Empire en général, et dans certaines autres en particulier, parties où les voies et communications ne sont pas encore sérieusement établies, et où par conséquent un contrôle sévère et incessant ne saurait encore être exercé, cette diversité, dis-je, occasionne journellement des difficultés et complications dans le mode de la répartition et du prélèvement des impôts. Dans l'origine, les populations étaient

Nr. 5576.
Türkei.
16. Dec. 1875.

Nr. 3576.
Türkei.
16. Dec. 1875.

soumises à un régime plus simple d'imposition qui n'avait pas autant de ramifications que maintenant. Il est vrai que la consommation et dès lors les contributions augmentent en proportion du bien-être des habitants et des besoins de la civilisation; mais ces besoins de confort et de luxe sont encore inconnus à une grande partie de nos populations dont une des qualités essentielles est la sobriété et l'amour du travail des champs, et qui, par conséquent, ne pourraient facilement se déshabituer de leurs moeurs antiques et patriarcales. Dans cette situation, établir des impôts pour des consommations et usages qui ne sauraient encore avoir leur raison d'être, et dont l'habitude n'a pas encore pénétré dans les masses, ce serait créer des entraves à la perception, des causes de souffrance pour les contribuables, et dès lors un état de choses anormal. C'est précisément ce qui a lieu chez nous à l'heure qu'il est, et c'est ce qui a engagé le Gouvernement Impérial à songer à alléger dans la mesure du possible, ainsi qu'il l'a fait tout récemment pour le quart supplémentaire de la dîme, certaines contributions qui préjudiciaient les populations sans offrir aucun avantage réel pour le Trésor, et à simplifier davantage l'assiette de l'impôt, en l'unifiant dans une juste proportionnalité, et en dégageant ainsi de tout obstacle le mode de la répartition et du prélèvement. ¶ Dans cet ordre d'idées, et pour donner dès à présent au système projeté un commencement d'exécution, Sa Majesté Impériale s'est plu, dans ses sentiments de paternelle sollicitude, à charger ses sujets eux-mêmes du prélèvement de l'impôt dans leur sein, par le canal de percepteurs de leur propre choix, sans que les zaptiés (gendarmes) puissent désormais, comme ils le faisaient jusqu'à ce jour, exercer aucune ingérence dans le recouvrement des impôts. Ce sont toujours les mêmes intentions généreuses qui viennent de dicter, simultanément avec ce privilège, que les zaptiés, dont le choix n'a malheureusement pas été l'objet de tous les soins voulus, et qui a donné lieu à maintes plaintes et actes vexatoires, soient à l'avenir choisis parmi les personnes réunissant les qualités nécessaires et jouissant en particulier de l'estime et de la confiance de leurs concitoyens. ¶ Ces mesures, dont l'importance et l'efficacité n'échapperont point à l'attention de votre Excellence, jointes au décret qui ordonne d'entourer de plus de garanties le système de prestation en défendant d'une manière absolue les corvées en général et les réquisitions forcées, prouvent d'une manière indiscutable que la Sublime Porte, tout en proclamant de grands principes d'égalité et de justice, a eu surtout en vue de traduire sans retard ces principes en faits, et d'en ordonner dès à présent la mise en vigueur, se réservant d'en étendre les avantages complets au fur et à mesure de leur application. C'est ce point surtout que votre Excellence voudra bien développer et faire ressortir autour d'elle de façon à réduire au silence, par des raisons convaincantes et palpables, nos détracteurs. ¶ La partie du Rescrit Impérial qui dégage des rouages compliqués de l'administration de l'Evkaf la délivrance des titres des propriétés immobilières, en confiant ces attributions à la Direction Générale des Archives, seule administration où le mode d'enregistre-

ment s'est le mieux conservé, mettra fin aux embarras de toute sorte qui ne manquaient pas de se produire à la suite du mode de délivrance différant dans plusieurs provinces et de l'absence aussi de ces documents dans plusieurs autres. L'impôt de l'exonération du service militaire perçu sur les sujets non-Musulmans de l'Empire subit à son tour une réforme sérieuse. Quoi de plus juste que l'acte généreux, en vertu duquel notre auguste Maître fixe des limites éminemment équitables à la perception de cet impôt, qui ne frappera plus le contribuable qu'à partir de l'âge de vingt ans à quarante ans, tandis que jusqu'à ce jour cette contribution ne distinguait point d'âge? Alléger, d'un autre côté, la partie de la population qui verse son sang pour le trône et la patrie, de la moitié d'une contribution de même nature, contribution qui lui pesait si lourdement, n'est-ce pas là une nouvelle réforme bienfaisante et sérieuse? De pareilles mesures dispensent de tout commentaire, tant elles sautent, pour ainsi dire, aux yeux et sont destinées à produire immédiatement leur effet. || Mais ce qui est sans contredit le plus digne de remarque et devant, par conséquent, avoir les meilleurs résultats au point de vue de l'économie sociale et pratique, c'est l'abolition d'un usage coutumier, d'après lequel les habitants de certaines localités ne possédaient pas de terres. En effet, les habitants Chrétiens de ces localités, sans être précisément attachés à la glèbe seigneuriale, comme l'étaient jadis les serfs en Europe, avaient pour seul avantage de jouir, dans une certaine mesure, des produits de ces terres, mais sans les posséder. Une Loi Agraire telle qu'on la pratiquée anciennement et de nos jours dans certains pays n'aurait pas manqué, en cas où elle serait appliquée d'une manière analogue chez nous, d'amener les plus graves perturbations dans les rapports des propriétaires avec le paysan, ainsi que l'expérience l'a démontré partout où l'on a voulu agir de la sorte. Nous ne pouvions, d'ailleurs, y songer, contraire comme elle l'est à la morale et aux droits publics par suite du caractère de spoliation qui s'y rattache. La Sublime Porte s'est donc arrêtée à la mesure qui vient d'être décrétée, celle de donner entière liberté aux paysans des dites localités de devenir propriétaires. Il est évident, et un avenir prochain le démontrera victorieusement, que, libre de toute entrave et dégagée de toute restriction locale, la population agricole trouvera amplement à acheter des terres incultes considérables qui s'y trouvent, et qui ne demandent qu'à être cultivées. D'un autre côté, elle deviendra, par le nouvel état de choses et d'après les dispositions d'une loi spéciale dont le texte vous sera bientôt transmis, facilement et naturellement propriétaire des terres qui se vendent journellement par voie d'adjudication dans ces endroits, et qui, après la nouvelle mesure décrétée, continueront à être vendues sur une plus vaste échelle encore, attendu que les propriétaires actuels, par suite de l'affranchissement de leurs *quasi* vassaux, verront des bras manquer aux travaux de leurs champs, et se trouveront, dès lors, dans l'obligation d'entrer en composition avec leurs fermiers. || Votre Excellence comprendra aisément que de cette manière toutes les éventualités de nature à amener des faits regret-

Nr. 5576.
Türkei.
16. Dec. 1875.

Nr. 5576. tables seront *ipso facto* écartées, et le but n'en sera pas moins atteint avec
 Türkei. plus de certitude et de célérité. Enfin, les privilèges et immunités accordés
 18. Dec. 1875. *ab antiquo* aux communautés non-Musulmanes et à leurs chefs spéciaux sont
 par le même acte souverain non-seulement confirmés d'une manière solennelle;
 mais encore ils viennent de recevoir une plus large consécration dans les nou-
 velles facilités qui sont accordées, sans restriction aucune, pour la construction
 de leurs églises, de leurs écoles et de tous leurs autres établissements natio-
 naux. En outre, les dispositions testamentaires, qui naguère devaient passer
 par la loi du Chéri et recevoir sa sanction pour être reconnues valables, sont
 aujourd'hui dispensées de cette obligation, et comme conséquence logique des
 raisons qui ont milité en faveur de la séparation des pouvoirs et attributions
 des Tribunaux respectifs elles seront purement et simplement respectées telles
 qu'elles, c'est-à dire qu'elles auront force de loi, à moins qu'il ne se produise
 des plaintes contre les tuteurs et exécuteurs testamentaires, auquel cas l'Ad-
 ministration devra naturellement intervenir. Telles sont, M. l'Ambassadeur,
 les améliorations radicales qui viennent d'être solennellement décrétées. Le
 Gouvernement Impérial est fermement décidé à tenir la main à leur exécution
 stricte et immédiate; et, confiant en l'amitié et en la juste appréciation du
 Cabinet de St. James, il est certain que ces réformes, et en particulier les
 sentiments de sollicitude spontanée et généreuse de notre auguste Souverain
 qui les ont dictées, recevront toute son approbation. Nous avons rempli con-
 sciencieusement les devoirs qui nous incombent en présence des besoins et
 de la situation de l'Empire; nous vouerons à l'avenir également tous nos efforts
 pour assurer de plus en plus le bien-être de nos fidèles et laborieuses popu-
 lations et pour développer de plus en plus ces réformes en proportion des
 progrès moraux et matériels du pays. Nous n'avons plus qu'un vœu à for-
 muler, c'est celui de voir les malheureuses populations égarées de l'Herzégovine
 rentrer bientôt dans la voie de l'obéissance pour jouir, à leur tour et à l'égal
 de leurs concitoyens des autres parties de l'Empire, des faveurs si géné-
 reusement accordées par Sa Majesté Impériale le Sultan à tous ses sujets. '
 Veuillez, &c.

Raschid.

Nr. 5577.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
 — Einsetzung eines Conseils zur Ausführung der Reformen.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 21 Décembre, 1875.

Nr. 5577. Sa Majesté Impériale le Sultan vient de décréter l'institution d'un Conseil
 Türkei. Exécutif qui aura à diriger et à surveiller, sous la présidence directe de son
 21. Dec. 1875. Altesse le Grand-Vizir, l'exécution des réformes octroyées par son récent

Firman. Un Comité des Contrôleurs sera attaché au dit Conseil. Ces Contrôleurs seront envoyés dans les Provinces pour tenir la main à l'exécution stricte et prompte de ces réformes, conformément aux instructions qui leur seront données par le Conseil. Au besoin, les membres eux-mêmes du dit Conseil feront des tournées en Provinces pour le même objet.

Nr. 5577.
Türkei.
21. Dec. 1875.

Nr. 5578.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Zusammensetzung des Conseils.

Pera, December 23, 1875.

My Lord, — A Permanent Commission, presided over by the Grand-Vizier, has been constituted for the preparation of the regulations for carrying out the Reform Firman, and for watching over its execution. ¶ It is fairly composed of four Mahomedan and four Christian members, the latter being persons well looked upon by their respective communities. ¶ I have, &c.

Nr. 5578.
Gross-
britannien.
23. Dec. 1875.

Henry Elliot.

Nr. 5579.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Bedeutung des Reformfirmans.

(Extract.)

Foreign Office, December 29, 1875.

The Turkish Ambassador called to-day, and said that there was a matter which he was very anxious should be clearly understood. ¶ It had been stated in the press that the fact of the Sultan issuing a Firman for reforms was a proof that the reforms promised by the Hatti-Humayoun had not been carried into effect, and, if this were so, how could greater confidence be placed in the present than in past promises of reforms? ¶ Now this was far from being the truth. ¶ The power of the Sultan had originally been absolute. He could put persons to death at his pleasure, and his word alone was law. ¶ By the Hatti-Sheriff of Gulhané of 1839, the Sultan undertook to respect the life, property and honour of his subjects, and to regard them all as equal before the law. ¶ By the Hatti-Humayoun of 1856, the Sultan further undertook to establish Ministers of Justice and Finance, to admit Christians to all privileges enjoyed by Turks, from which they might then be debarred, and to

Nr. 5579.
Gross-
britannien.
29. Dec. 1875.

Nr. 5579. establish a system of local Government by Councils, to which Christians of
 Gross- all denominations were admitted, and also to create Mixed Tribunals for the
 britanfen. settlement of law suits between Christians and Turks, in which Christians
 29. Dec. 1873. could give evidence. || The recent Firman was merely a confirmation of this
 by introducing a reformed plan of administration. For instance, under the
 Hatti-Humayoun, the chief of the Courts of Law was the Minister of Justice.
 Now a Supreme Court was to be established, whose head was to be permanent
 and not a Minister. Hitherto the Judges had been appointed for uncertain
 periods by a system of election. Now they were to be immoveable, except
 after conviction of crime. In short, the edifice, of which the foundation
 was laid by the Firman of Gulhané in 1839 and the body completed by the
 Hatti-Humayoun of 1856, was now crowned and made perfect by the recent
 Firman.

Nr. 5580.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. (Graf Andrassy) an die
 kaiserl. Botschafter in London (Graf Beust), Paris (Graf Apponyi)
 und Rom (Graf Wimpffen). — Mittheilung des mit Deutschland und
 Russland vereinbarten Reformprogramms.

Buda-Pest, le 30 Décembre, 1875.

Nr. 5580. Dès l'origine des troubles de l'Herzégovine, les Cabinets Européens inté-
 Oesterreich- essés à la paix générale ont dû fixer leurs regards sur des événements qui
 Ungarn. menaçaient de la mettre en péril. || Les trois Cours d'Autriche-Hongrie, de
 30. Dec. 1875. Russie et d'Allemagne, après avoir échangé leurs vues à cet égard, se sont
 unies pour employer en commun leurs efforts d'apaisement. || Ce but semblait
 trop conforme au voeu général pour qu'invités à s'y associer par l'organe de
 leurs Représentants à Constantinople, les autres Cabinets ne se soient pas
 empressés de joindre leurs efforts aux nôtres. | Les Puissances se sont mises
 d'accord pour user de toute l'influence dont elles disposent, afin de localiser le
 conflit et d'en diminuer les dangers et les calamités en empêchant la Serbie
 et le Monténégro de participer au mouvement. || Leur langage a été d'autant
 plus efficace qu'il a été identique, et a, par conséquent, témoigné de la ferme
 volonté de l'Europe de ne point permettre que la paix générale fût mise en
 péril par des entraînements irréfêchis. | Les Cabinets ont en outre offert au
 Gouvernement Turc les bons offices de leurs Agents Consulaires pour con-
 courir à l'apaisement de l'insurrection. En poursuivant cette tâche, ils ont
 eu soin également d'éviter toute ingérence et de ménager la dignité, les droits
 et l'autorité du Souverain. || Les Délégués ne devaient pas s'ériger en com-
 mission d'enquête ni se faire les avocats des voeux des populations insurgées.

Ils avaient pour mission de leur ôter toute illusion quant à une assistance du dehors, et de les exhorter à se disperser, après avoir exposé leurs vœux et leurs griefs. Les Puissances se réservaient seulement de soutenir auprès du Gouvernement Turc celles des demandes des insurgés qui seraient trouvées légitimes; cette action conciliante des Cabinets attestait suffisamment l'intention amicale qui avait présidé à leurs bons offices. Elle témoignait qu'à leurs yeux il y avait une solidarité complète dans les intérêts de l'Europe, de la Porte et des populations insurgées, afin de mettre un terme à une lutte ruineuse et sanglante et d'en prévenir le retour par des réformes sérieuses et des améliorations efficaces de nature à concilier les besoins réels du pays avec les légitimes exigences de l'autorité. || Tel est en peu de mots l'historique de l'action exercée par les Puissances depuis que l'insurrection a éclaté. | Les Cabinets ont été jusqu'à ce jour guidés surtout par le désir d'éviter tout ce qui eût pu être interprété comme une ingérence prématurée de l'Europe. | Dans cet ordre d'idées tous les Cabinets se sont bornés à conseiller au Gouvernement du Sultan de ne pas s'en tenir aux seules mesures militaires, mais de s'attacher à combattre le mal par des moyens moraux destinés à prévenir des perturbations futures. || En agissant ainsi les Cabinets avaient en vue de fournir à la Sublime Porte l'appui moral dont elle avait besoin, et de lui donner en outre le temps de pacifier les esprits dans les provinces soulevées, espérant que tout danger d'une complication ultérieure se trouverait ainsi écarté. || Malheureusement leurs espérances ont été déçues. D'un côté, les réformes publiées par la Porte ne semblent pas avoir eu en vue l'apaisement des populations des provinces insurgées, ni être suffisantes pour atteindre ce but essentiel. De l'autre, les armes Turques n'ont pas réussi à mettre fin à l'insurrection. " Dans ces circonstances nous croyons que le moment est venu pour les Puissances de convenir d'une marche à suivre en commun, afin d'empêcher que le mouvement en se prolongeant ne finisse par compromettre la paix de l'Europe. || De même que les autres Puissances nous avons applaudi aux bienveillantes intentions qui ont inspirés les récents manifestes du Sultan. L'Iradé du 2 Octobre et le Firman du 12 Décembre contiennent une série de principes destinés à introduire des réformes dans l'organisation de l'Empire Ottoman. Il y a lieu de croire que ces principes, s'ils sont traduits en dispositions législatives sagement conçues, et si surtout leur mise en pratique correspond pleinement aux vues éclairées qui les ont dictés, apporteront de sérieuses améliorations dans l'administration de la Turquie. || Nous ne pouvons nous dissimuler toutefois que les réformes annoncées ne sauraient, à elles seules, avoir pour effet d'arrêter, même momentanément, l'effusion du sang dans l'Herzégovine et la Bosnie, ni à plus forte raison d'asseoir sur des bases solides le repos futur de ces parties du territoire Ottoman. || En effet, si l'on examine le contenu de l'Iradé du 2 Octobre et du Firman du 12 Décembre, on ne peut s'empêcher de reconnaître que la Sublime Porte semble s'être pré-occupée plus de principes généraux qui, lorsqu'ils auront été précisés, pourront

Nr. 5590.
Osterrreich-
Ungarn.
30. Dec. 1875.

servir de bases à l'administration de l'Empire, que de la pacification des provinces aujourd'hui soulevées. ¶ Or, il est de l'intérêt du Gouvernement Ottoman que la pacification soit assurée avant tout; car tant qu'elle ne sera pas obtenue, il serait impossible de mettre en vigueur les principes même que la Porte a proclamés. ¶ D'un autre côté, l'état d'anarchie qui sévit dans les provinces nord-ouest de la Turquie n'implique pas seulement des difficultés pour la Sublime Porte, il recèle aussi de graves dangers pour la paix générale, et les divers Etats Européens ne sauraient voir d'un oeil indifférent se perpétuer et s'aggraver une situation qui, dès à présent, pèse lourdement sur le commerce et l'industrie, et qui, en ébranlant chaque jour davantage la confiance du public dans la conservation de la paix, tend à compromettre tous les intérêts. ¶ Aussi croyons-nous remplir un devoir impérieux en appelant la sérieuse attention des Puissances Garantes sur la nécessité de recommander à la Sublime Porte de compléter son action par telles mesures qui paraissent indispensables pour rétablir l'ordre et la tranquillité dans les provinces ravagées en ce moment par le fléau de la guerre civile. ¶ A la suite d'un échange confidentiel d'idées qui a eu lieu entre nous et les Cabinets de St.-Pétersbourg et de Berlin, il a été reconnu que ces mesures doivent être recherchées dans une double direction. D'abord sur le terrain moral, et en second lieu sur le terrain matériel. ¶ En effet, l'état matériel même des habitants Chrétiens de la Bosnie et de l'Herzégovine est dû, en dernière analyse, à leur position sociale et morale. En examinant les causes fondamentales de la situation pénible où l'Herzégovine et la Bosnie se débattent depuis tant d'années, on est frappé tout d'abord des sentiments d'inimitié et de rancune qui animent les habitants Chrétiens et Mahométans, les uns contre les autres. C'est cette disposition des esprits qui a rendu impossible à nos délégués de persuader aux Chrétiens que les Autorités Turques pouvaient avoir la volonté sincère de redresser leurs griefs. Il n'est peut-être pas de contrée dans la Turquie d'Europe où l'antagonisme qui existe entre la croix et le croissant prenne des formes aussi acerbes. Cette haine fanatique et cette méfiance doivent être attribuées au voisinage de peuples de même race jouissant de la plénitude de cette liberté religieuse dont les Chrétiens de l'Herzégovine et de la Bosnie se voient privés. La comparaison incessante fait qu'ils ont le sentiment d'être courbés sous le joug d'une véritable servitude, que le nom même de rāia semble les placer dans une position moralement inférieure à celle de leurs voisins, qu'en un mot ils se sentent esclaves. ¶ Plus d'une fois l'Europe a eu à se préoccuper de leurs plaintes et des moyens d'y mettre un terme. Le Hatti-Houmayoum de 1856 est un des fruits de la sollicitude des Puissances. Mais aux termes même de cet acte, la liberté des cultes est encore limitée par des clauses qui, surtout en Bosnie et dans l'Herzégovine, sont maintenues avec une rigueur qui chaque année provoquait de nouveaux conflits. La construction des édifices consacrés au culte et à l'enseignement, l'usage des cloches, la constitution de communautés religieuses se trouvent encore assujettis dans ces provinces à des

entraves qui apparaissent aux Chrétiens comme autant de souvenirs toujours vivaces de la guerre de conquête, qui ne leur font voir dans les Musulmans que des ennemis de leur foi, et perpétuent en eux l'impression qu'ils vivent sous le joug d'un esclavage qu'on a le droit et le devoir de secouer. || Le dernier Firman touche bien ce point de la liberté de religion, ainsi que l'avaient déjà fait du reste le Hatti-Chérif de 1839, le Hatti-Houmayoum de 1856 et d'autres actes émanés de la Sublime Porte. Il confirme les pouvoirs dont sont investis les patriarches et autres chefs spirituels pour les affaires de leurs communautés respectives et pour le libre exercice de leurs cultes; mais il leur assigne "pour limites les droits et autorisations qui leur ont été octroyés". Il promet aussi des facilités pour la construction des églises et des écoles, promesse qui a été plus d'une fois consignée dans des documents officiels, mais qui ne saurait tranquilliser parce que sa réalisation dépend des autorités provinciales qui, subissant la pression locale, ne pourront même les mettre à exécution, à moins que le principe ne soit hautement proclamé. || Le Firman qui vient d'être promulgué ne dépasse donc point la mesure de ce qui a été accordé par le Hatti-Houmayoum, lequel, ainsi que je l'ai fait ressortir plus haut, entoure la liberté religieuse de restrictions qui, dans le cours de ces dernières années, ont provoqué de nombreux conflits. Rétrécies comme elles le sont, les concessions dont il s'agit ont toujours été insuffisantes pour contenter les Chrétiens. A plus forte raison en sera-t-il ainsi aujourd'hui, après les événements qui sont venu ensanglanter le pays et qui n'ont fait qu'envenimer l'antagonisme qui sépare les deux croyances. Une fois l'insurrection étouffée, l'élément Mahométan se considérant comme vainqueur, cherchera sans doute à se venger sur les Chrétiens des pertes qu'une lutte aussi violente lui a fait subir. Un état de choses qui rende possible la coexistence des populations qui viennent de se combattre avec tant d'acharnement ne pourra donc être assuré que si la religion Chrétienne est placée en droit et en fait sur un pied d'égalité complète avec l'Islamisme, que si elle est hautement reconnue et respectée et non pas tolérée, comme elle l'est aujourd'hui. C'est pourquoi les Puissances Garantes doivent selon nous non seulement demander à la Porte, mais obtenir d'elle comme première et principale concession une liberté religieuse pleine et entière. || L'égalité devant la loi est un principe explicitement proclamé dans le Hatti-Houmayoum et consacré par la législation. C'est sans doute pour cette raison que les actes récents du Sultan ont omis d'en faire mention. || Mais, tout en étant obligatoire en droit, ce principe n'est pas encore généralement appliqué dans tout l'Empire. De fait, le témoignage des Chrétiens contre les Musulmans est accueilli par les Tribunaux de Constantinople et de la plupart des autres grandes villes; mais dans quelques Provinces éloignées, telles que l'Herzégovine et la Bosnie, les Juges se refusent à en reconnaître la validité. Il importerait donc de prendre des mesures pratiques, pour qu'à l'avenir les Chrétiens n'aient pas à redouter des dénis de justice. || Un autre point qui appelle un remède

Nr. 5580.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Dec. 1875.

urgent c'est le fermage des contributions. Déjà le Hatti-Chérif de 1839, en parlant de ce système, s'exprimait dans les termes suivants: "Un usage funeste subsiste encore, quoiqu'il ne puisse avoir que des conséquences désastreuses: c'est celui des concessions vénales connues sous le nom d'Iltizam. Dans ce système l'administration civile et financière d'une localité est livrée à l'arbitraire d'un seul homme, c'est-à-dire, quelquefois à la main de fer des passions les plus violentes et les plus cupides." || Et le Hatti-Houmayoum de 1856 porte ce qui suit: "On avisera aux moyens les plus prompts et les plus énergiques de corriger les abus dans la perception des impôts, notamment des dîmes. Le système de la perception directe sera successivement et aussitôt que faire se pourra substitué au régime des fermes dans toutes les branches du revenu de l'Etat." || Malgré ces déclarations formelles le système du fermage est encore debout dans toute son étendue. | Aujourd'hui la Sublime Porte fait entrevoir des réformes dans cette direction, mais sans rien préciser. Le Firman du 12 Décembre qualifie de nouveau d'anormal le régime de perception des contributions actuellement en vigueur. Il ordonne de rechercher un mode d'unification des impôts. Il prescrit encore de prendre des mesures "pour prévenir l'arbitraire dans la perception de la dîme par l'intermédiaire des fermiers"; mais il n'abolit pas le fermage. || Si l'on veut donc enlever à l'insurrection un aliment essentiel et incessant, l'un des points qu'il faut demander à la Porte, c'est qu'elle émette la déclaration nette et catégorique que le régime du fermage des contributions est supprimé, non seulement de droit, mais de fait, pour la Bosnie et l'Herzégovine, et il faut que cette mesure reçoive une application immédiate. || Une des causes qui aggravent encore le fardeau matériellement, déjà si lourd, des impôts en Bosnie et dans l'Herzégovine, c'est que les habitants se croient exploités financièrement au profit du centre. Ils ont la conviction que le rendement des contributions n'est point consacré à subvenir aux nécessités de la province elle-même, mais que le total des sommes recueillies est immédiatement dirigé sur Constantinople pour être employé à l'usage du Gouvernement central. || Il serait donc nécessaire d'alléger moralement le poids des charges que la province a à supporter, en obtenant que, sans préjudice de ce qu'exigent les dépenses de l'Empire, une partie du produit des taxes payées par la Province soit réservée à des destinations profitables à ses propres intérêts. || Dans ce but la Porte devrait déclarer que le revenu des contributions indirectes serait, comme par le passé, affecté aux besoins de l'Empire tout entier, mais que les fonds provenant des contributions directes resteraient dans la province et seraient exclusivement appliqués dans son intérêt, à féconder ses ressources et à augmenter son bien-être. || L'exécution de cette disposition devrait être placée sous le contrôle de la Commission Elective dont il va être question dans le cours de ce travail. | La triste condition des Chrétiens de la Bosnie et de l'Herzégovine tient en grande partie à la nature des rapports qui existent entre la population des campagnes et les propriétaires fonciers. Les difficultés agraires ont toujours

en un caractère tout particulier d'aigreur dans les pays où la classe des propriétaires diffère, soit par la religion, soit par la nationalité, de la masse des cultivateurs. On n'a que trop d'exemples des luttes passionnées qui ont été la conséquence d'une situation pareille. || Dans les Provinces dont nous nous occupons la presque totalité des terres qui n'appartiennent pas à l'Etat ou aux mosquées se trouve entre les mains des Musulmans, tandis que la classe agricole se compose de Chrétiens des deux rites. La question agraire s'y complique donc de l'antagonisme religieux. || Après la répression de la première insurrection des Begs de Bosnie en 1851, le servage a été aboli; mais ainsi qu'il arrive souvent en pareil cas, cette mesure, au lieu d'alléger la condition des paysans n'a fait que l'aggraver. Ils ne sont plus traités par ceux-ci avec les mêmes ménagements qu'autrefois. Aujourd'hui il n'y a plus en présence que deux intérêts et deux religions antagonistes. A partir du moment où la disparition du régime féodal est venu transformer les anciens serfs en fermiers ou métayers, les pratiques excessives des propriétaires ont provoqué de nombreux soulèvements partiels ou généraux. Un mouvement de ce genre ayant éclaté en 1858 dans le nord de la Bosnie, la Porte s'est trouvée amenée à s'occuper des contestations qui y avaient donné lieu. Des délégués des deux parties furent mandés à Constantinople, et après de longs pourparlers, dans lesquels l'intercession officieuse de l'Internonce de Sa Majesté l'Empereur et Roi eut sa part, un Firman du Sultan fut obtenu dont les dispositions semblèrent à cette époque propres à concilier assez heureusement les intérêts des agriculteurs fonciers. Toutefois ce firman n'a jamais été mis en vigueur. || Il y aurait lieu d'examiner si quelques unes des dispositions de ce document ne pourraient pas aujourd'hui encore servir de point de départ à un arrangement équitable, apte à améliorer la condition de la population rurale, ou s'il conviendrait de faire intervenir le trésor public pour faciliter l'exécution des mesures à prendre dans ce but, à l'instar de ce qui a eu lieu, il y a une vingtaine d'années, en Bulgarie, où les charges foncières ont été rachetées au moyen de l'émission de titres publics dits *sekims*. Nous sentons que la tâche est difficile et que son accomplissement ne saurait être l'oeuvre d'un jour; mais nous croyons qu'il est important d'y travailler, afin d'améliorer le sort de la population rurale dans la Bosnie et l'Herzégovine, et de fermer ainsi une des plaies béantes de l'état social de ces provinces. Il ne nous paraît pas impossible de trouver une combinaison qui permet graduellement aux paysans de se rendre acquéreurs, à des conditions peu onéreuses, de parcelles de terrains incultes que l'état mettait en vente. Tout en continuant, s'ils le désiraient, à cultiver à titre de fermiers les propriétés de leurs compatriotes Musulmans, ils arriveraient successivement à posséder eux-mêmes un petit immeuble, qui leur assurerait une certaine indépendance et les mettrait à l'abri de leurs exactions.

Si l'on songe au peu de créance que rencontrent auprès des populations Chrétiennes les promesses de la Sublime Porte, on ne peut se dissimuler que les réformes promulguées ne pourront inspirer la confiance nécessaire qu'à

Nr. 5580.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Dec. 1875.

condition que l'on crée en même temps une institution propre à offrir une certaine garantie que ces réformes seront sérieusement appliquées. En se bornant à remettre leur exécution à la discrétion des Gouvernements de la Province, on ne parviendrait pas à surmonter la méfiance dont je parle. Il y aurait donc lieu d'établir une Commission de notables du pays, composée par moitié de Musulmans et de Chrétiens, et élue par les habitants de la Province suivant un mode qui serait déterminé par la Sublime Porte. | Je viens d'exposer les points dont il faudrait obtenir l'application aux Provinces soulevées pour pouvoir se livrer à l'espoir fondé d'une pacification. || Ces points, les voici: | La liberté religieuse, pleine et entière; | L'abolition du fermage des impôts; Une loi qui garantisse que le produit des contributions directes de la Bosnie et de l'Herzégovine soit employé dans l'intérêt de la Province même, sous le contrôle des organes constitués dans le sens du Firman du 12 Décembre; || L'institution d'une Commission Spéciale, composée en nombre égal de Musulmans et de Chrétiens, pour contrôler l'exécution des réformes proposées par les Puissances, ainsi que de celles qui ont été proclamées dans l'Iradé du 2 Octobre et dans le Firman du 12 Décembre; | Enfin l'amélioration de la situation agraire des populations rurales. Les premiers points pourraient et devraient être réalisés immédiatement par la Sublime Porte, le cinquième graduellement aussitôt que faire se pourra. Si indépendamment de ces concessions, qui nous paraissent les plus essentielles, la Bosnie et l'Herzégovine obtiennent encore les réformes suivantes indiquées dans le dernier Firman, un conseil provincial et des tribunaux librement élus par les habitants, l'inamovibilité des juges, la justice laïque, la liberté individuelle, la garantie contre le mauvais traitement, la réorganisation de la police dont les agissements ont soulevé tant de plaintes, la cessation des abus auxquels donnent lieu les prestations pour des travaux d'utilité publique, une juste réduction de la taxe d'exemption du service militaire, les garanties à donner au droit de propriété; — si toutes ces réformes dont nous demandons la communication par la Porte, pour en prendre acte solennellement, sont appliquées dans les provinces insurgées, qui, à en juger par le texte du Firman, sembleraient ne pas devoir en bénéficier dès à présent, on pourrait espérer de voir ramener la paix dans ces contrées désolées. | Je me résume. Les promesses indéfinies de l'Iradé du 2 Octobre et du Firman du 12 Décembre ne pourront qu'exalter les aspirations sans les contenter. D'un autre côté il est à constater que les armes de la Turquie n'ont pas réussi à mettre fin à l'insurrection. L'hiver a suspendu l'action, le printemps la verra renaître. La conviction que, le printemps venu, de nouveaux éléments fortifieront l'action, que la Bulgarie, les Crétois &c. viendront grossir le mouvement, est générale parmi les Chrétiens. Quoiqu'il en soit, il est à prévoir que les Gouvernements de Serbie et du Monténégro, qui, jusqu'à ce jour déjà, ont eu bien de la peine à se tenir à l'écart du mouvement, seront impuissants à résister au courant, et dès à présent, sous l'influence des événements et de l'opinion publique dans leurs pays,

ils semblent s'être familiarisés avec l'idée de prendre part à la lutte, à la fonte des neiges. En présence de cette situation, la tâche des Puissances, qui dans l'intérêt de la paix générale veulent écarter les complications ultérieures, devient bien difficile. L'Autriche-Hongrie et les deux autres Cours Impériales, en suite d'un échange d'idées confidentiel, se sont rencontrées dans la conviction que, si l'on se bornait à attendre l'effet des principes proclamés par le dernier Firman — principes qui d'ailleurs, dans l'intention de la Porte, ne semblent pas devoir être immédiatement appliqués aux pays soulevés, on n'obtiendrait d'autre résultat que de voir le conflit prendre une plus grande extension au sortir de l'hiver. Les trois Cabinets pensent donc que l'unique chance d'éviter de nouvelles complications se trouve dans une manifestation émanant des Puissances et constatant leur ferme résolution d'arrêter le mouvement qui menace d'entraîner l'Orient. || Or, ce but ne saurait être atteint par le seul moyen d'une injonction à l'adresse des Gouvernements Princiers et des populations Chrétiennes sujettes du Sultan. Pour que cette action très-difficile en elle-même ait une chance de réussite, il importe absolument que les Puissances soient à même d'en appeler à des actes clairs, indiscutables, pratiques, et spécialement propres à améliorer la situation de l'Herzégovine et de la Bosnie; en un mot que leur action puisse s'appuyer sur des faits et non sur des programmes. Ce n'est qu'ainsi que les Cabinets se trouveront en mesure de faire valoir avec vigueur leurs conseils pacifiques. || Il est une autre difficulté — et c'est la plus grande — qu'il faut surmonter à tout prix, si l'on veut pouvoir compter sur un résultat tant soit peu favorable. Cette difficulté, c'est la défiance profondément enracinée que toute promesse de la Porte rencontre auprès des Chrétiens. Une des causes principales de cette méfiance doit être recherchée dans le fait que plus d'une mesure annoncée dans les derniers rescrits du Sultan a déjà été proclamée dans des Hatti-Chérifs antérieurs sans que le sort des Chrétiens en ait éprouvé une amélioration appréciable. || Aussi les Cabinets croient-ils absolument nécessaire d'obtenir que le Gouvernement du Sultan confirme, au moyen d'une communication officielle, ses intentions consignées par rapport à l'ensemble de l'Empire dans l'Iradé du 2 Octobre et dans le Firman du 12 Décembre, et qu'il notifie en même temps aux Puissances son acceptation des points ci-dessus mentionnés, qui ont pour objet spécial la pacification des provinces insurgées. || Sans doute que par ce moyen les Chrétiens n'obtiendraient pas la forme de garantie qu'ils semblent réclamer en ce moment; mais ils trouveraient une sécurité relative dans le fait même que les réformes octroyées seraient reconnues indispensables par les Puissances, et que la Porte aurait pris envers l'Europe l'engagement de les mettre à exécution. || Telle est la ferme conviction sortie d'un échange d'idées préalable entre les Cabinets d'Autriche-Hongrie, de Russie et d'Allemagne. || Votre Excellence est chargée de porter ce point de vue à la connaissance du Cabinet de St.-James (de Versailles, du Quirinal) et d'obtenir son concours à l'oeuvre de paix dont tous nos efforts tendent à assurer le succès.

Nr. 5580.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Dec. 1875.

Si, comme je l'espère, les vues du Gouvernement Anglais (Français, Italien) se rencontrent avec les nôtres, nous lui proposerions par égard pour la dignité et l'indépendance de la Porte de ne point adresser à celle-ci nos conseils dans une note collective, mais de nous borner à inviter nos Représentants à Constantinople à agir conjointement et d'une manière identique auprès du Gouvernement du Sultan dans le sens que nous venons de développer. || Vous voudrez bien, M. le Comte, donner lecture de la présente dépêche à M. le Ministre des Affaires Étrangères, et lui en laisser copie; et je vous serais reconnaissant de me faire connaître aussitôt que possible l'impression qu'elle aura faite sur son Excellence. || Recevez, &c.

Andrassy.

Nr. 5581.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris (Lord Lyons) an den Min. d. Ausw. — Französische Ansicht über den österreichischen Vorschlag.

(Extract.)

Paris, January 5, 1876.

Nr. 5581.
Gross-
britannien.
5. Jan. 1876.

The Duc Decazes spoke to me yesterday of the despatch from Count Andrassy on the Herzegovina insurrection, dated the 30th of last month, which had been communicated to him by the Austrian Embassy here. || The Duke told me, that he had no hesitation in saying in general terms that, in his opinion, the proposals entertained in the despatch should be agreed to by the Powers parties to the Treaty of Paris, and should be recommended by them to the acceptance of the Porte. | His Excellency proceeded to observe that, with regard to these proposals, there were three points to be specially regarded; first, their efficacy towards putting an end to the insurrection; second, the nature of the reforms pressed upon the Porte; and thirdly, the mode in which the Porte should be addressed on the subject. || To speak first of the efficacy, the Duke would (he said) not hesitate to express the conviction that it would prove much greater than might be thought at first sight. The insurrection was, in fact, kept afloat mainly by the current of opinion in its favour, which existed in Europe generally, but more particularly in Russia and in the Slavonic Provinces of the Austrian Empire. Now, if the insurgents should refuse to accept an arrangement recommended to them by all Europe, and especially by Russia and Austria, the Governments of those two countries could have little difficulty in directing the public opinion of their own subjects into another channel. | As to the particular reforms proposed, they appeared to the Duke to afford no ground for reasonable objection on the part

of the Porte. Religious liberty, the abolition of the system of farming out the taxes, the amelioration of the condition of the rural population, were reforms which had been promised over and over again by the Porte. There was, however, one point which made the Duke hesitate a little as to the course to be taken by the Powers. This was the proposed appropriation of the produce of the direct taxes exclusively to local purposes in the Herzegovina and in Bosnia. This concession, if accorded to those two Provinces, could hardly be withheld from the rest of the Empire. Might not this effect so great a diminution of the resources of the Central Government as to impair its means of fulfilling its engagements to its creditors? The Duke had been somewhat reassured by being told that the tax on sheep, and other branches of revenue more particularly assigned as securities for the loans, were regarded as indirect, not direct, taxes. Still he thought that this matter was one which required the special attention of Governments whose subjects were holders of Turkish stock. A demand that the acceptance of Count Andrassy's proposals by the Porte should be officially announced to the Powers, and, moreover that the Iradé of the 2nd October and the Firman of the 12th of December, should be officially communicated to them, would, in the Duc Decazes' opinion, be perfectly reasonable. Such a step on the part of the Porte would be no novelty. The Sultan had, on previous occasions, solemnly announced to the Powers the reforms which he had accorded to his subjects, and the Hatti-Humayoun of 1856 had been appended to the Treaty of Paris. With regard to the mode in which the Porte was to be addressed, the Duc Decazes thought that the Austrian despatch showed careful consideration for the independence and dignity of the Porte, and for the positions of the several guaranteeing Powers. The course which would be actually taken would (he seemed to think) be the following: — The proposals would, he supposed, be presented to the Porte in writing by the Austrian Ambassador, and would then be supported verbally by the Representatives of the other Powers.

Nr. 5581.
Gross-
britannien.
5. Jan. 1876.

Nr. 5582.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). — Erklärungen des Grafen Beust über die Absichten Oesterreichs.

Foreign Office, January 18, 1876.

Sir, — Count Beust called upon me at this Office on the 14th instant and informed me, that he had received communications from his Government in regard to Count Andrassy's note to the following effect: — || That, if the

Nr. 5582.
Gross-
britannien.
18. Jan. 1876.

Nr. 5582. *Gross-*
britannien.
 16. Jan. 1878. Porte accepted the note, it would be advantageous, on the one hand, to the Porte, inasmuch as the Powers engaged themselves not to make fresh demands, and to give their support to the Turkish Government, in the event of its acceptance; on the other hand, it would be advantageous to the Powers, inasmuch as they would be in possession of formal engagements, by the aid of which they might be enabled to restrain Montenegro, and to induce the insurgents to lay down their arms. That, according to a telegram received from Count Zichy, Raschid-Pasha had assured him that the Porte had been misunderstood, and that it was far from the intention of the Porte, nor was it their desire, to prescribe conditions to the Powers as to the form in which the note should be presented. Count Zichy added that General Ignatiew had received a telegram, giving him instructions similar to his own. That not only was it intended by Austria to act in concert with the Treaty Powers, but that it was clearly expressed in the note, that the unanimous voice of the Powers, and concessions on the part of the Porte, were relied on as means to prevent the continuance of the insurrection, and that, if an armed intervention had been contemplated, the Austrian Government would have spared themselves the steps taken on the 30th December. Count Beust said that he was therefore authorized by his Government categorically to declare that the note contained nothing which could induce the belief that an armed intervention was intended, and that the Austro-Hungarian Government have no desire to constitute themselves guardians of the peace beyond their own frontiers. That as far as any reservations which other Powers might think proper were concerned, it might be right in theory to confine recommendations for reforms to principles, but that in practice the definite proposals relating to taxes and to agrarian laws were not administrative details, but concessions most necessary to the inhabitants of the insurgent provinces. Count Beust went on to say that it was precisely to avoid a refusal on the part of the Porte to accept the note that the acquiescence of England was asked, because in face of the unanimity of the Powers such an event was not probable. That the task undertaken by his Government consisted in doing their utmost to insure a pacification; and they considered their proposals to be such as would effect that object, and as being in no way compromising, if advantage should not be taken of them. That, if the insurgents did not submit, then the Porte would be left to subdue them by force of arms, and that they would be prevented from obtaining the support derived by them from exterior aid.
 I am, &c.

Derby.

Nr. 5583.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Graf Beust dringt auf die Zustimmung Englands, nachdem diejenige Frankreichs und Italiens erfolgt ist.

Foreign Office, January 25, 1876.

Sir, — I have the honour to inform your Excellency, that on the 24th instant the Austro-Hungarian Ambassador at this Court made the following statement to me on behalf of his Government. || His Excellency reminded me, that at our last meeting he had expressly said that the object of the Austro-Hungarian *démarche vis-à-vis* of the Porte was not to give friendly counsel only, but to obtain a definite promise, that the reforms the Austrian Government advocated should be really carried into effect. That the Sublime Porte should enter into an explicit engagement towards the guaranteeing Powers to carry out the reforms in question and give a written promise to that effect, without which the Cabinets could not succeed in pacifying the disturbed districts. || His Excellency added, that I doubtless remembered that the Russian Ambassador had expressed to me the intention of his Government to elicit a similar written engagement from the Porte. || Count Beust stated, that he had been informed by telegraph on the 24th instant that France and Italy had unreservedly acceded to this view, and that his Excellency could hardly lay too much stress on the disappointment which his Government would experience, if the British Government disagreed on this point. || He further informed me, that the Porte itself had requested his Government not to delay any longer the official commission of its propositions. || In conclusion Count Beust expressed the hope, that under these circumstances he would be put in possession the next day of the note which I had told him on Saturday last he might expect in two or three days, as there could be no doubt that the postponement of the pacifying influences of the Powers even by single days might in the present state of affairs be fraught with incalculable danger. || I am, &c.

Nr. 5583.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

Derby.

Nr. 5584.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den österr.-ungar. Botschafter in London. — England verspricht generelle Unterstützung der Andrassy'schen Note in Konstantinopel.

Foreign Office, January 25, 1876.

M. l'Ambassadeur, — Her Majesty's Government have had under their consideration the despatch from Count Andrassy, dated the 30th December, of which I had the honour of receiving a copy from your Excellency on the 3rd

Nr. 5584.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

Nr. 5584.
Gross-
britannien,
25. Jan. 1878.

instant. " After a brief review of the action of the Powers since the insurrection broke out in Herzegovina and Bosnia, Count Andrassy proceeds to state the measures which the Austrian Government, after communication with the Governments of Germany and Russia, consider as proper to be recommended for the pacification of the insurgent districts. " These measures consist in the practical enforcement in these districts of the provisions for the benefit of the Christian population, contained in the Hatti-Scheriff of Gulhané of 1839, the Hatti-Humayoun of 1856, and the Iradé and Firman of the 2nd of October and 12th of December last, together with administrative reforms in the collection and application of the taxes, and in the execution of the Land Law of 1858. | Count Andrassy sums up these points as follows: — || Full and entire religious liberty. || Abolition of the system of farming the taxes. " A law which should guarantee that the produce of the direct taxes in Bosnia and Herzegovina shall be employed in the interest of these provinces, under the control of bodies constituted in the sense of the Firman of the 12th December. " The institution of a Special Commission, composed of an equal number of Mussulmans and Christians, to control the execution of the reforms proposed by the Powers as well as those proclaimed in the Iradé of the 2nd of October and Firman of the 12th of December; and, finally, the improvement of the position of the rural population. || Of these points the first four could and should, Count Andrassy states, be brought into immediate execution by the Porte; the fifth gradually as soon as is practicable. " The Austro-Hungarian Government consider that, if Bosnia and Herzegovina obtain these concessions and other reforms indicated in the recent Firman, but which, from the text of the Firman, would appear not to be intended to be at present applied in the insurgent districts, hopes may be entertained of the restoration of peace. || Count Andrassy adds, that there is a general conviction among the Christians that in the spring the insurrection will spread to Bulgaria, Crete &c., and that at all events it is to be foreseen that the Governments of Servia and Montenegro may be unable to resist the force of public opinion in their countries and be led into joining the movement as soon as the winter breaks up. | The three Cabinets accordingly consider, that the only chance of avoiding new complications is to be found "dans une manifestation émanant des Puissances et constatant leur ferme résolution d'arrêter le mouvement qui menace d'entraîner l'Orient". | "Or, ce but," Count Andrassy continues, "ne saurait être atteint par le seul moyen d'une injonction à l'adresse des Gouvernements Princiers et des populations Chrétiennes sujettes du Sultan. . . . Aussi les Cabinets croient-ils absolument nécessaire d'obtenir que le Gouvernement du Sultan confirme, au moyen d'une Commission officielle, ses intentions consignées par rapport à l'ensemble de l'Empire dans l'Iradé du 2 Octobre et dans le Firman du 12 Décembre, et qu'il notifie en même temps aux Puissances son acceptation des points ci-dessus mentionnés, qui ont pour objet spécial la pacification des provinces insurgées." || Count Andrassy concludes by saying that it is proposed,

out of regard to the independence and dignity of the Porte, not to address these counsels to it in a collective note, but that the Governments should confine themselves to instructing their Representatives at Constantinople to act together and in an identic manner towards the Sultan's Government in the sense of his despatch. || I have thus recapitulated the proposals in Count Andrassy's communication in order the better to indicate the view which Her Majesty's Government take of them. || In the first place I have to request your Excellency to express to the Government of Austria-Hungary the satisfaction felt by Her Majesty's Government at finding themselves in continued and friendly communication with the Cabinet of Vienna on this question. They do not believe that the true interests of the two countries can in such a matter be otherwise than identical. || Her Majesty's Government have never omitted, when opportunity presented itself, to urge upon the Porte the most liberal measures for the improvement of the Christian population as an essential condition to the welfare of the Ottoman Empire. || They were parties, as your Excellency is aware, to the Protocol signed at Vienna on the 1st of February, 1856, providing that the immunities of the Rayah subjects of the Porte shall be confirmed without prejudice to the independence and dignity of the Sultan's Crown, and the Plenipotentiaries of Great Britain afterwards joined at the Congress of Paris with those of the other Powers in considering it indispensable that the issue of the Hatti-Humayoun should be recorded in the final Act of the Congress. || The Government of Austria-Hungary do not, if I rightly understand, consider that the provisions of that Firman, taken in connection with the Hatti-Scheriff of Gulhané of 1839, are insufficient for securing religious liberty to the Christian population of the Empire, but rather that those provisions, and especially such as relate to the building of churches and schools, have never been satisfactorily brought into execution within the districts to which Count Andrassy's despatch more particularly refers. || The Hatti-Humayoun contains the following clause on this subject: —

“In the towns, small boroughs and villages, where the whole population is of the same religion, no obstacle shall be offered to the repair, according to their original plan, of buildings set apart for religious worship, for schools, for hospitals and for cemeteries. || The plans of these different buildings, in case of their new erection, must, after having been approved by the Patriarchs or Heads of Communities, be submitted to my Sublime Porte, which will approve of them by my Imperial Order, or make known its observations upon them within a certain time. || Each sect, in localities where there are no other religious denominations, shall be free from every species of restraint as regard the public exercise of its religion. || In the towns, small boroughs and villages, where different sects are mingled together, each community inhabiting a distinct quarter shall, by conforming to the above-mentioned ordinances, have equal power to repair and improve its churches, its hospitals, its schools and its cemeteries. When there is question of the erection of new buildings,

Nr. 5584.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

the necessary authority must be asked for through the medium of the Patriarchs and Heads of Communities from my Sublime Porte, which will pronounce a sovereign decision according that authority, except in the case of administrative obstacles. The intervention of the administrative authority in all measures of this nature will be entirely gratuitous. My Sublime Porte will take energetic measures to ensure to each sect, whatever be the number of its adherents entire freedom in the exercise of its religion."

On the 15th of May, 1867, the Porte addressed a circular to its Representatives at the Courts of the Treaty Powers, inclosing a Memorandum explaining the further administrative measures which it was intended to carry out in execution of the Hatti-Humayoun. This Memorandum, of which your Excellency's Government is no doubt in possession of a copy, touched upon the different provisions of the Hatti-Humayoun, and, remarking upon the manner in which effect had been given to them, stated that no impediment had ever been placed in the way of the construction of new churches or the repair of old ones. "So far from placing difficulties in the way, the Sovereign and the Government often came to the aid of these religious foundations, either by gratuitous concessions of land or by pecuniary grants." || By the Criminal Code of the Empire, Article 132: "Quiconque aura troublé l'exercice du culte et des cérémonies religieuses que les différentes classes de sujets de Sa Majesté Impériale sont autorisés à exercer, ou qui les aura entravés par des voies de fait ou des menaces, sera, selon le degré de gravité du cas, puni d'une semaine à trois mois d'emprisonnement." || Furthermore, in the Firman of the 12th December last, the Sultan has declared: "Toutes les classes de nos sujets qui vivent à l'ombre de notre protection Impériale sont à nos yeux et dans nos sentiments de justice sur le pied d'une complète égalité. C'est pourquoi nous confirmons les pouvoirs dont sont revêtus les patriarches et les autres chefs spirituels pour les affaires de leurs communautés respectives, ainsi que pour le libre exercice de leurs cultes, conformément aux privilèges et immunités existant des dites communautés. Toutes les affaires se rattachant tant à l'autorité des dits chefs spirituels qu'au besoin et aux actes de leurs conseils spéciaux, dans les limites des droits et autorisations qui leur ont été octroyés, continueront à être l'objet de toute notre protection, et l'on accordera toutes les facilités pour la fondation et la construction de leurs églises, de leurs écoles et de leurs autres édifices nationaux." || So far, therefore, as the intention of the Porte can be proclaimed, it appears to Her Majesty's Government that the principle of religious liberty throughout the Ottoman Empire has been acknowledged to the fullest extent, and Her Majesty's Government see no reason why the Porte should scruple to accept the counsel of friendly Powers for its practical application. || In like manner the acceptance of Christian evidence and the establishment of mixed tribunals with publicity of trial have been provided for in the Hatti-Humayoun, and in the Law of 1867 for the organization of the Vilayets, which also established throughout the Em-

pire a system of elective Councils, containing a proportion of Christian members; and the recent Firman, too, decrees in the most formal manner that "tous nos sujets sont autorisés à élire eux-mêmes les juges et les membres Musulmans et non-Musulmans, tant des dits Tribunaux que des Conseils Administratifs des Provinces." || Again, as regards the farming of the taxes, the Memorandum of May 15, 1867, to which I have already referred, stated that "The system of farming taxes has been suppressed, except as regards the tithes, with regard to which the system of direct collection has been tried for five years, and has not produced the results anticipated therefrom: on the one hand, direct collection has, in fact, occasioned a sensible diminution in the revenue derived from tithes; and, on the other, the populations have almost unanimously pronounced against this system, preferring one which permits a discharge in kind. The Imperial Government has accordingly had to renounce this system, and to revert to that of farming, into which it has, however, introduced a modification very favourable to the agricultural population. This modification consists in granting the farming of the tithes in each village by means of a separate public auction, and in permitting the commune itself to become the purchaser of the tithe at the sum to which the rate has raised it. Another relief extended to the mode of collecting the tithes is permission to the husbandman either to effect himself the transport of the produce of the tithe with which he is chargeable, or to exonerate himself therefrom subject to an indemnity in kind payable to the farmer, without being constrained, as formerly, to abandon his labours at a season when his presence in the fields is most necessary. Lastly, to do away with a source of abuse often and justly pointed out, it is forbidden to any officer of the State to become purchaser of tithes directly or indirectly, and the Penal Code provides for and punishes every infraction of this prohibitive measure." || The Firman of the 12th of December states: —

"Indépendamment de la suppression du quart supplémentaire de la dîme, suppression qui a été récemment décrétée par l'effet de notre sollicitude Impériale pour le bien-être de tous nos sujets, on doit encore prendre les mesures les plus efficaces pour prévenir l'arbitraire dans la perception de la dîme par l'intermédiaire des fermiers, et pour empêcher également qu'aucun dommage ne soit porté soit à nos populations agricoles, soit à notre Trésor Impérial."

Her Majesty's Government have been informed by Her Majesty's Ambassador at Constantinople, that the entire suppression of the system of tax-farming is resolved upon, and that the best mode of levying the taxes for the future is under the consideration of the Porte. || On this point also, therefore, the views of the Porte may be said to be already in accordance with the recommendations contained in Count Andrassy's despatch. || It must, however, be obvious that a re-adjustment of the mode of levying the taxes in money instead of in kind, unless carefully adapted to local circumstances and requirements, might give rise to much injustice and distress. || Still, as regards the

Nr. 5584.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

two questions of religious liberty and of the abolition of the system of tax-farming, a general agreement of the Porte and the Powers may be said to be in principle already secured. || The third point, that of the application of direct taxation in Bosnia and Herzegovina to the benefit of those districts, is scarcely sufficiently explained for Her Majesty's Government to be able to appreciate its scope. They are not aware of the proportion which the direct may bear to the indirect taxes, nor of the exact signification which in Turkey may be attached to the expressions "direct" and "indirect" taxation. Her Majesty's Government believe that certain direct taxes have been hypothecated as security for foreign loans, and in making any recommendation to the Porte on this point it would seem to be necessary to bear this in mind. || It is questionable, too, whether such a system could be applied to one portion of the Empire alone, without being eventually extended to neighbouring provinces, or possibly to the whole of the Turkish dominions, and any plan which should have for its ultimate and logical result the withdrawal of the whole direct taxation of the Empire from the Treasury, might have a most serious effect in impeding the execution of those public works and other measures of general utility upon which the improvement of the condition of the population depends. || At the same time, if it can be shown that taxes levied for local purposes in the nature of rates have been misapplied, and just cause for complaint thus given, the matter is one which the Porte might well be counselled to consider and remedy. || The fourth point, namely, the institution of a Special Commission composed of an equal number of Mussulmans and Christians, has, Her Majesty's Government understand, been already to some extent provided for. A council has, in fact, already commenced its sittings at Constantinople for the purpose of carrying out the Firman of December 12th. As, according to the Law of the Vilayets, to which I have already adverted, the principle of mixed councils to assist the Vali is recognised, Her Majesty's Government do not see that the Porte need experience any difficulty in organising a mixed council in the manner and for the purpose proposed by Count Andrassy. Indeed, it would appear from the "Règlement relatif aux attributions du Conseil Exécutif", received on the 18th instant from Her Majesty's Embassy at Constantinople, that this has already been ordered. || I have the honour to inclose a copy of this document in case it may not already have been forwarded to your Excellency. || The fifth point, the improvement of the condition of the agricultural population, might, it is explained, be attained by allowing the peasants to purchase portions of uncultivated lands on easy terms from the State. || Count Andrassy refers to a law on this subject, which I presume to be that of the 21st of April, 1858, consolidating and amending the laws relating to landed property in Turkey. This law provided that uncultivated lands belonging to the State might, with the consent of the authorities, become the property of the person who undertook to reclaim them, on payment of a certain sum. || Her Majesty's Government are not aware what may be the extent

or redeemable value of any waste lands of this description in Bosnia and Herzegovina, nor do they see how the peasants could be benefited in the manner suggested, unless assisted by capital, which it must be presumed that they do not at present possess. The question, however, of the grant of lands to the labouring population is one which presents many difficulties both of principle and detail. In the opinion of Her Majesty's Government, it could only be satisfactorily dealt with after local investigation and discussion by competent persons. The Firman of December 12 states: —

Nr. 5584.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

“Dans certaines parties de notre Empire nos sujets non-Musulmans ne peuvent pas devenir propriétaires et sont employés dans les fermes. Cet état de choses étant contraire à nos sentiments de justice, il n'existera plus désormais aucune distinction entre nos sujets, soit pour la possession des terres vacantes vendues par adjudication, soit pour la possession des terres et biens qui sont vendus par des particuliers. En conséquence, on leur assurera la jouissance, sur le pied de la plus complète égalité, des dispositions de la loi sur la propriété foncière.”

Count Andrassy alleges that the Firman of 1858 has never been brought into operation in Bosnia. As the Porte now recognizes the justice of the complaint of the Christian population in some places in this regard, this matter also might well be considered as one upon which there is in principle a mutual agreement, so far at least as the application of the Law of 1858 is concerned.

Your Excellency will have observed from the foregoing remarks that Her Majesty's Government see nothing in the five points proposed by Count Andrassy to which they cannot give a general support; although, on the other hand, the proposed reforms relating to taxation and grants of land involve in their detailed application to districts like Bosnia and Herzegovina many questions upon which they are not prepared, in their present state of information, to offer a definite opinion. || Her Majesty's Government are well aware of the burdens and anxiety which the existence of an insurrection in the immediate neighbourhood of the Dalmatian frontier must entail upon Austria-Hungary, and they cannot consider it to be either unreasonable or undesirable that the Cabinet of Vienna should desire to tender to the Porte suggestions for the pacification of the disturbed districts. || They rely upon the assurances contained in Count Andrassy's despatch, and upon those which your Excellency has conveyed to me, that, if these suggestions are carried into effect, the Austro-Hungarian Government will, in concert with the other Powers whose united action Count Andrassy has invited, use their best exertions to prevent the spread of the movement and to induce the insurgents to submit, or effectually preclude them from receiving assistance from beyond the frontier, should they persist in continuing the struggle. || Her Majesty's Ambassador at Constantinople will accordingly be instructed to give a general support to the proposals of the Austro-Hungarian Government, and to act with his colleagues for this purpose. || I have, &c.

Derby.

Nr. 5585.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Instruction betreffs Unterstützung der Andrassy'schen Note.

Foreign Office, January 25, 1876.

Nr. 5585.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

Sir, — I transmit to your Excellency herewith a copy of the answer which I have returned to the despatch from Count Andrassy containing proposals for the pacification of the insurgent districts in Herzegovina and Bosnia, of which I transmitted a copy to your Excellency in my despatch of the 3rd instant. || Your Excellency will see that, after examining the proposals contained in Count Andrassy's despatch, Her Majesty's Government have come to the conclusion that there is nothing in them to which they cannot give a general support. || On the outbreak of the insurrection, when appealed to by the Porte to use their good offices with the Austro-Hungarian Government, and at Belgrade and Cettigné, Her Majesty's Government expressed their opinion, in my despatch to your Excellency of the 12th of August, that the Turkish Government should rely on their own resources to suppress the insurrection, and should deal with it as a local outbreak rather than give international importance to it by appealing for support to other Powers. || Had the advice thus tendered been acted upon by the Porte, and vigorous measures taken at the outset for the restoration of order, it is probable that the insurrection would not have attained its present proportions, nor afforded grounds for proposing a Consular Mission to the disturbed districts. || When such a Mission was proposed, the Grand-Vizier addressed to your Excellency a request that the British Consul might be instructed to join the Mission. I thereupon informed your Excellency, in my despatch of the 24th of August, that Her Majesty's Government consented to this step with reluctance, as they doubted the expediency of the intervention of foreign Consuls. Such an intervention, I remarked, was scarcely compatible with the independent authority of the Porte; it offered an inducement to insurrection as a means of appealing to foreign sympathy against Turkish rule, and it might not improbably open the way to further diplomatic interference in the internal affairs of the Empire. || Since, however, the Porte had begged your Excellency not to stand aloof, Her Majesty's Government felt that they had no alternative. They desired, at the same time, that the Turkish Government should understand that the assent of Her Majesty's Government was given at their own instance, and that Her Majesty's Government would have thought it better that the Porte should have dealt with the insurgents without foreign intervention of any kind. || The Mission of the Consuls had no practical results in inducing the insurgents to lay down their arms. What little benefit might have arisen from it

was defeated by the ill-advised proceedings of the Turkish troops, as reported in Consul Holmes' despatch of the 28th of September. || The Porte has now again requested Her Majesty's Government not to hold aloof from the concerted action of the Powers. This request must be regarded as a pledge on the part of the Porte that the counsels of the Austro-Hungarian Government, to which the Governments of all the other Powers have adhered, and to which the general support of Her Majesty's Government is extended, will be received in a friendly spirit, and that effect will be given to them in a manner which may tend to the pacification of the disturbed districts by showing that the Porte is really determined to carry into execution its promises of reform. || The proposals of Count Andrassy amount, indeed, to little more than a request that the Porte will execute the Hatti-Scheriff of Gulhané of 1839, the Hatti-Humayoun of 1856, and the Iradé and Firman of the 2nd of October and 12th of December last; in short, that the measures for the improvement of the condition of the non-Mussulman and rural population generally throughout the Empire, which have been publicly proclaimed, should be brought into practical application. Some of these measures do not affect the Christian subjects of the Porte alone, but would benefit the whole population alike. The abolition of tithe-farming, for instance, which must be felt as an especial relief by the owners of land, who, in Bosnia, at all events, are for the most part Mohammedans. || Her Majesty's Government do not, therefore, consider that the proposals of Count Andrassy conflict with the IXth Article of the Treaty of Paris; they look on them as being in the nature of suggestions or recommendations for adoption by the Porte in its endeavours to put an end to the insurrection, and as not involving any interference in the relations existing between the Sultan and his subjects, nor in the internal administration of his Empire. || Nor do Her Majesty's Government see that the Porte need feel any difficulty in acting upon the advice thus given, and in communicating to the Powers in some form the measures which may be proposed in consequence. All the different "Firmans" and "Règlements" of a similar character have at various times been officially notified to the Powers. The Hatti-Scheriff of Gulhané contains an express clause to this effect: — "Les dispositions ci-dessus arrêtées étant une altération et une rénovation complète des anciens usages, ce rescrit Impérial sera publié à Constantinople et dans tous les lieux de notre Empire, et devra être communiqué officiellement à tous les Ambassadeurs des Puissances amies résidants à Constantinople, pour qu'ils soient témoins de l'octroi de ces institutions qui, s'il plaît à Dieu, dureront à jamais." The Hatti-Humayoun of 1856 was also officially forwarded by the Turkish Government to the Ambassadors, with a statement that the Sublime Porte renewed and confirmed the assurances previously given to the Governments of England and France with regard to the treatment of renegades. The Imperial Firman for the reorganization of the Government of Crete in 1867, and the "Règlement" for the administration of the Lebanon in 1864, were also similarly

Nr. 5585.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

Nr. 5585.
Gross-
britannien.
25. Jan. 1876.

notified. || Your Excellency has suggested in your telegraphic despatch of the 17th instant, that the Porte might issue a supplementary Firman decreeing the fresh reforms now proposed, and Her Majesty's Government see no objection to this course, if the other Powers will consider it satisfactory. || In a matter, however, of such importance, and one in which the Porte has so much to gain by securing the support of the Powers, it would not be wise that too great regard should be paid to mere formalities. || What appears to Her Majesty's Government to be essential is that the Porte should act promptly and vigorously in the execution of the reforms. It is evident from the reports of Her Majesty's Consuls that the native Mussulmans in Bosnia and Herzegovina, and even the local authorities, have not realized to themselves the importance of frankly accepting, and honestly executing, the reforms already decreed. || Your Excellency should therefore strongly impress on the Porte that it is indispensable that the officers appointed to execute these reforms should be men of energy and determination, who will not be deterred by local apathy or prejudices, who will be able and willing to repress with severity such atrocities as the murders of the returning refugees at Popovopolie (reported by Consul Holmes on the 26th of October), and who will do their utmost to restore a feeling of security to the Christian population. Unless such a feeling can be produced, no effectual pacification of the insurgent districts can reasonably be expected. || In accordance with what I have stated in the inclosed communication to the Austrian Government, your Excellency is authorised to give a general support to the proposals contained in Count Andrassy's despatch, and summed up by him under five heads, without, however, pledging Her Majesty's Government to the details of those parts of his Excellency's proposals on which Her Majesty's Government have been unable to give a definite opinion. || As Count Andrassy does not propose that a collective note should be addressed to the Porte, your Excellency will confine your representations to the usual form of oral communications to the Grand-Vizier or to Raschid-Pasha, acting, so far as may be possible within the limits I have indicated, in concert with your colleagues the Representatives of Austria, France, Germany, Italy and Russia. || Your Excellency should also take an early opportunity of making the Porte acquainted with the general tenor of this despatch. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5586.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung über Reformmaassregeln, betreffend Erwerb von Grundeigenthum.

Constantinople, February 10, 1876.

My Lord, — The inclosed notification of an important decision respecting the acquisition of land has just been officially published by the Porte. || The restrictions which existed in certain districts on the purchase of land by Christians is abolished, and they are placed in this respect upon a footing of perfect equality with Mussulmans. || The peasants or small farmers, under the designation of "cultivateurs", whether Mussulmans or non-Mussulmans, are also to have the preference in the acquisition of land put up for sale. || Raschid-Pasha had mentioned to me some time ago that the Government, recognizing the necessity of giving this class facilities for becoming possessors of the land they cultivated, had resolved upon this measure for their relief. || I have, &c.

Nr. 5586.
Gross-
britannien.
10. Febr 1876.

Henry Elliot.

Beilage.

Extract from "La Turquie" of February 9, 1876.

Nous publions ci-après une communication officielle ayant trait au droit de propriété foncière. Les dispositions qu'elle contient sont l'application directe du Firman Impérial. Il serait superflu de faire ressortir par des commentaires l'importance considérable de ce document, ainsi que ses résultats dans un prochain avenir pour l'extension de l'agriculture et le bien général des populations:

Communication Officielle.

Article 1. Les sujets Musulmans et non-Musulmans de l'Empire pourront indistinctement acquérir des terres arables ainsi que des terres dépendant des fermes ou appartenant aux villages, et qui, étant propriétés de l'Etat ou des Vacoufs, seraient vendus par voie d'adjudication ou par voie de transfert si elles appartiennent à des particuliers. || Dans le cas où certaines terres appartenant à l'Etat et aux Vacoufs n'auraient pu, en conformité d'un ancien usage, être transférées à des sujets non-Musulmans de l'Empire, cet usage sera aboli et les dispositions de la présente loi seront indistinctement appliquées.

Art. 2. Le transfert des terres et immeubles entre sujets Musulmans et non-Musulmans sera opéré avec une parfaite égalité conformément aux dispositions de la loi qui régit la matière.

Nr. 5586.
Gross-
britannien.
10. Febr. 1876.

Art. 3. Les cultivateurs Musulmans et non-Musulmans établis dans certaines fermes jouiront du droit de préférence dans l'acquisition des terres vendues, soit par voie d'adjudication, soit par voie de transfert de la part des particuliers.

Nr. 5587.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Konstantinopel. — Annahme von vier der fünf Andrassy'schen Reformvorschläge.

(Circulaire.)

Ministère des Affaires Etrangères, le 13 Février, 1876.

Nr. 5587.
Türkei.
13. Febr. 1876.

M. l'Ambassadeur, — J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que la Sublime Porte a examiné avec soin les cinq points concernant la Bosnie et l'Herzégovine et contenus dans la dépêche que son Excellence le Comte Andrassy a adressée aux Représentants d'Autriche-Hongrie à Londres, à Paris et à Rome et dont MM. les Ambassadeurs des trois Cours Impériales m'ont communiqué verbalement le contenu tout en m'en donnant lecture. Votre Excellence a bien voulu de son côté m'informer que le Gouvernement Britannique s'associait aux propositions contenues dans cette dépêche. || La Sublime Porte ayant acquis la conviction que les Puissances sont disposées d'exercer par tous les moyens en leur pouvoir une pression morale devant avoir pour but et pour effet la prompte pacification des districts insurgés afin de prévenir les complications qui pourraient surgir de la continuation des troubles dans l'Herzégovine, et voulant donner cette fois encore une preuve de sa déférence pour les conseils amicaux des Grandes Puissances aussi bien que de son vif désir de ramener l'ordre et le bien-être parmi ses sujets égarés, je m'empresse de faire part à votre Excellence de la résolution arrêtée par Sa Majesté Impériale le Sultan. || Le Gouvernement Impérial ayant pris acte des bienveillantes dispositions précitées des Puissances, a ordonné en vertu d'un Iradé Impérial en date du 15 Mouharem, 1293, la mise immédiate en exécution en Bosnie et en Herzégovine des quatre sur les cinq points formulés dans leurs propositions et se déclare résolu à les mettre en vigueur dans toute leur intégrité dans ces deux provinces. || Votre Excellence relèvera de la lecture des instructions, dont ci-jointe copie, que je viens d'adresser aux Représentants de Sa Majesté le Sultan auprès des Grandes Puissances, que le cinquième point a été remplacé par une combinaison qui répond amplement aux besoins de ces provinces ainsi qu'aux intentions qui ont inspiré la proposition y relative de son Excellence le Comte Andrassy. || En informant votre Excellence de cette détermination de la Sublime Porte, je saisis, &c.

R a s c h i d.

Beilage.

Cirkular Raschid-Pascha's an die Vertreter der Hohen Pforte bei den Grossmächten.

Vous n'ignorez pas que son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale et Royale d'Autriche-Hongrie s'était entendu avec les Grandes Puissances pour conseiller à titre amical à la Sublime Porte certaines réformes à appliquer en Bosnie et en Herzégovine, en vue d'amener, un moment plus tôt, la pacification de nos districts insurgés. || Il y a quelques jours M. le Comte Zichy, M. le Baron de Werther et M. le Général Ignatiew, Ambassadeurs des trois Cours du Nord, m'ont communiqué verbalement le contenu d'une dépêche de M. le Comte Andrassy adressée le 30 Décembre dernier aux Représentants d'Autriche-Hongrie à Paris, à Londres et à Rome. || De leur côté MM. les Représentants de France, d'Angleterre et d'Italie m'ont prévenu de l'adhésion de leurs Gouvernements aux idées suggérées par le Cabinet Austro-Hongrois. Ma dépêche télégraphique du 1^{er} de ce mois a porté ce qui précède à votre connaissance. || En présence de la forme officieuse et amicale dans laquelle, comme je viens de le dire, cette communication nous a été faite, et comme aussi la même dépêche qui nous a été lue n'est pas directement à notre adresse, je crois tout-à-fait inutile d'entrer dans l'analyse de la teneur de ce document, et d'y relever certains points qui se prêtent à la discussion.

Nr. 5587.
Türkei.
13. Febr. 1876.

La Sublime Porte s'est donc bornée à s'occuper des cinq points qui résument les propositions du Comte, et les a examinés avec soin. Elle est convaincue de la ferme et sincère intention des Grandes Puissances de concourir d'une manière efficace à la prompte pacification des districts insurgés, et en conséquence, elle est heureuse de prendre acte de leurs dispositions bienveillantes. Elle n'a jamais enfin douté de la franchise et de la loyauté de leurs intentions à notre égard d'autant plus qu'elle même a tenu à coeur de ramener ces intéressantes populations égarées afin de les faire profiter à l'instar des autres provinces de l'Empire des bienfaits octroyés par le Firman du 12 Décembre dernier. || Soucieux du bien-être de ses sujets sans distinction et voulant de sa haute et généreuse initiative étendre sur les districts révoltés aussi bien les faveurs déjà accordées que les mesures loyalement suggérées par le Comte Andrassy, mesures qu'il considère comme rentrant dans ses droits souverains et comme des améliorations complémentaires de celles déjà édictées par son récent et auguste rescrit, Sa Majesté Impériale le Sultan s'est plu à ordonner par un Iradé en date du 15 Mouharrem 1293 l'application des points suivants qui découlent des principes adoptés par la Sublime Porte et qui devront rentrer en pleine vigueur dans toutes les parties sans exception de la Bosnie et de l'Herzégovine. || Ces compléments de réformes se résument ainsi qu'il suit:

1. Liberté religieuse pleine et entière.

Nr. 5587.
Türkei.
18. Febr. 1876.

2. Abolition du système des fermages.

3. Amélioration de la situation agraire des paysans cultivateurs.

4. Institution d'une commission locale composée en nombre égal de Musulmans et de non-Musulmans pour surveiller l'exécution en général de toutes les réformes décrétées.

Quant au point du projet de M. le Comte Andrassy qui concerne l'emploi des impôts directs pour les besoins de la province même, la Sublime Porte peut observer que cette disposition ne saurait se conformer au système général de notre Administration financière. || Toutefois Sa Majesté Impériale le Sultan, dans ses sentiments de clémence et de haute sollicitude pour les contrées dévastées par l'insurrection, a voulu que leur situation soit prise en considération par son Gouvernement, vient en conséquence de décréter les mesures nécessaires pour affecter une somme qui sera fixée par ordre de Sa Majesté après avoir entendu les vœux des Conseils Administratifs basés sur les besoins des localités. Cette somme formera un supplément au revenu déjà alloué en Bosnie et en Herzégovine pour les besoins d'utilité publique. L'emploi des fonds destinés à ce dernier chapitre devra être minutieusement contrôlé par les Conseils provinciaux institués aux termes du Firman du 12 Décembre dernier. || Votre Excellence s'en tiendra essentiellement à cet ordre d'idées de la Sublime Porte, qui ne nous semble pas offrir une différence sensible entre la question concernant le fond et celle relative à la forme des propositions de M. le Comte Andrassy. || Je termine cette dépêche en déclarant, d'ordre de Sa Majesté notre auguste Maître, que le Gouvernement Impérial est fermement résolu à mettre dans toute leur intégrité à exécution ces réformes et à tenir la main à ce qu'aucune atteinte n'y soit portée. || Je vous prie, M. l'Ambassadeur, de donner lecture de ma présente dépêche à son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères et de lui en laisser copie. || Veuillez, &c.

Raschid.

Nr. 5588.

TÜRKEI. — Manifest der Insurgenten in der Suttarina.

[Nach dem Wiener Tageblatt.]

Hauptquartier in der Suttarina, 26. Februar 1876.

Nr. 5588.
Türkei.
26. Febr. 1876.

Von anderer Seite hören wir von Reformprojekten, welche die europäischen Cabinette verfassten, auf dass die unterdrückten Christen der Türkei zur Gleichberechtigung mit den Muselmanen gelangen. Von all' diesen Reformprojekten begreifen wir nichts; für uns sind sie nicht nur unzuverlässig, sondern sogar geradezu unausführbar. Was wir bedürfen, ist wirkliche, unab-

hängige, von den Mächten Europa's zuverlässig garantierte Freiheit. Wenn man uns diese nicht giebt, stösst man uns nur ins Grab. || Wir wiederholen es: Nur die wahre Freiheit kann uns entwaffnen; um uns zu vernichten, bedarf es aber weit mehr Waffen, als jener der Osmanen. || Aber unser Blut schreit um Rache! Helfet, unterstützt uns jetzt oder nie! Oesterreich in seiner Eigenschaft als Nachbarstaat erwies unseren Kindern Wohlthaten sowie unseren Greisen, unseren Frauen. Ewige Dankbarkeit diesem Staate! Das mächtige England öffnet seine Augen und überlässt die Türkei dem Verderben. Es gewährt uns indirecten Beistand. Wir danken ihm dafür! Dank auch den Brüdern in der Wojwodina und in Montenegro. || Serbien raffe sich auf! Wir bitten Montenegro sowie Serbien, offen in den Kampf zu treten! Es ist nicht unsere Sache, uns mit Combinationen der Diplomatie zu beschäftigen. || Unser wahres, heiliges Ziel ist, auch heute noch dem Feinde die Stirn zu bieten zu unserer Vertheidigung und nach allen Seiten auf der Hut zu sein. Wir werden weiterkämpfen, kämpfen und siegen! Wir können uns nicht anders beruhigen, als durch das Glück einer Unabhängigkeit, wie sich deren Montenegro erfreut. Wir betrachten als sicher, hoffen und erwarten vom mächtigen, starken, glorreichen Russland, dass es als Messias der slavo-serbischen Freiheit erscheine. || Jetzt oder nie! || Aber auch von allen anderen europäischen Nationen erbitten wir die Förderung unserer Unabhängigkeit. Unsere von allen Hindernissen befreiten Waffen werden den Türken mit blutigen Lettern die gleichen Reformen dictiren, die sie uns so vielmal schon dictirt haben! || Was Preussen anbelangt, zweifeln wir nicht, dass es unser Freund ist; wir hoffen, es unter den Ersten zu finden, welche unserer Freiheit zu Hilfe kommen. || Noch einmal aber rufen wir die Macht Russlands an. Russland gab uns Geld für Kirchen, Schulen, Messgewänder und Anderes. Während aber unsere Priester die heilige Messe lasen, schändeten die Muselmanen deren Weiber zu Hause. Russland kann nicht taub gegenüber diesen Grausamkeiten sein; es wird für unsere heiligen Rechte, unsere Unabhängigkeit eintreten, auf dass wir nicht ewige Sklaven bleiben! || Wir verlangen entweder wirkliche Unabhängigkeit oder Tod! Wir unterzeichnen diese Erklärung mit unserem Blute und nehmen keinen anderen Vorschlag an.

Im Namen des Heerbannes und der Anführer der Insurgenten in der
Suttorina:

Wojwode Lazar Socica, Archimandrit Melentei Perovich, Wojwode Pope
Bogdan Zimunich, Luka Petkovich.

Nr. 5589.

TÜRKEI. — Petition der bosnischen Flüchtlinge an den kommandirenden General in Croatien, Baron Mollinari.

[Nach Wiener Blättern.]

Erhabener Herr!

Nr. 5589.
Türkei.
März 1876.

Von mehreren Seiten drang die Nachricht zu uns, dass die Regierung der gnädigen Majestät des Kaisers und Königs der österreichisch-ungarischen Monarchie, im Einverständnisse mit den Regierungen von Petersburg und Berlin, ein Schreiben dem allmächtigen Padischah geschickt hat, in dem zu Gunsten der Rajah in Bosnien und der Herzegowina einige Rechte und Erleichterungen verlangt werden. Wir haben uns daher das fragliche Schreiben durch unsere Vertrauensmänner anschaffen, vorlesen und erklären lassen, da wir darin ein Heilmittel und Balsam für unsere schweren Leiden zu finden glaubten. Indessen erfahren wir, dass uns auch von jener Seite Stürme drohen, woher wir sicheren Schutz erwarteten. Die schweren Leiden der bosnisch-herzegowiner Rajah unter der wilden, rauhen und gesetzlosen Herrschaft der Türken und ihrer Agas und Begs sind Jedermann bekannt, und ihrerhalb mussten die armen, sich selbst überlassenen Rajah, um dem verzweiflungsvollen Kummer zu entgehen, gegen den wüthenden Bedrücker die Waffen ergreifen. Wir verstehen nicht, warum das genannte Schreiben so und nicht anders lauten musste. Indem wir aber dasselbe betrachten, wie es ist, kommen wir zur Einsicht, dass die Leiden und Schmerzen der armen Rajah in Bosnien und der Herzegowina weder die Veranlassung zu jenem Schreiben waren, noch dessen Gegenstand sind. Das Schreiben selbst sagt ja, dass es durch den Aufstand hervorgerufen, dass sein Ziel aber die Erhaltung des Lebens und der Kraft des Sultanreiches ist. Aus diesem Grunde strebt das Schreiben bloss die Pacification der insurgirten Provinzen an, aber nicht zum Ruhme und zur Ehre des Kreuzes, wie auch nicht, um den auf das Kreuz basirten menschlichen Fortschritt, das Recht und die Freiheit zu sichern. Man hatte nur den Ruhm und die Ehre des Halbmondes sowie die durch ihn bedingte Verfolgung und Sklaverei im Auge. Daher giebt es, o erlauchter Herr, nichts in jenem Schreiben, was der allmächtige Sultan in seinen Hatti-Humajuns und Fermans nicht bereits gewährt hätte, und zwar zum Nutzen der Rajah. Aufzuzählen alle bisherigen Versprechungen und ihren Werth zu erhärten, wäre wohl überflüssig. Es ist ein vergebliches Bemühen, zu vereinen, was durch die Natur unvereinbar erscheint. Und könnten selbst Kreuz und Halbmond sich vertragen, sei es zum Schaden des einen oder des andern, so würden dazu viel Arbeit und Zeit nothwendig sein. Die Erfahrung lehrt uns, dass die Versprechungen des allmächtigen Sultans selbst in Friedenszeiten sich nicht verwirklichen liessen. Am allerwenigsten kann es jetzt geschehen, wo die Leiden und Unbilden auf beiden

Seiten ihren Höhepunkt erreicht haben. Wir benöthigen eine rasche und entschiedene Hilfe von Seiten der Grossmächte; mit einer anderen ist uns nicht gedient. Sind die Mächte nicht in der Lage, eine solche Hilfe uns zu gewähren, so mögen sie uns unserem Schicksale überlassen. Wir sind überzeugt, dass uns kein Schreiben, sei dasselbe an wen immer gerichtet, welches nicht mit Schwert und Blut geschrieben ist, helfen kann. Wir bedauern auch tief, dass die Absender jenes Schreibens unsere freie Bewegung verhindern wollen. Man sagt, die Mächte mussten die Ehre und Unabhängigkeit des Sultans schützen; wir glauben, die Mächte hätten auch die Ehre und den freien Willen jener Staaten beschützen sollen, welche uns zu Hilfe kommen wollten und sollten. Dem ist aber nicht so. Während die Unabhängigkeit des Sultans geschützt wird, werden die christlichen Völker in Bosnien und der Herzegowina in die schwersten Ketten geschlagen sowie auch die Staaten, welche mit mehr Recht „Staaten“ heissen, als der Stambuler Staat. Erhabener Herr! Aus dem nach Konstantinopel geschickten Briefe, selbst wenn ihn der Sultan angenommen, ersehen wir, woran wir sind. Die Türken in Bosnien und der Herzegowina lachen nach wie vor über solche Briefe, sagend: „Niemals kann das Kreuz dem Koran gleichgestellt werden; die Giaurs können nie mit den Nachfolgern des Propheten gleichberechtigt sein.“ Erhabener Herr! Du warst gnädiglich uns gegenüber, übergieb dem Kaiser und Könige von uns unsern wärmsten Dank für den uns gewährten Schutz und Hilfe; gleichzeitig bitte aber auch den Kaiser, Allerhöchstderselbe möge auch in Zukunft unseren Familien Schutz und Hilfe nicht versagen. Wir, die wir bald nach der Heimath werden zurückkehren müssen, um dort entweder die Freiheit oder das Grab zu finden, bitten Dich, Du mögest uns die Waffen zurückerstatten lassen, die wir beim Uebertritt auf diese Seite den Behörden abliefern mussten. Denn in den Waffen liegt, wenn nicht die Rettung, doch die Gewähr, dass wir nicht ungerächt sterben werden. Wir verbleiben in der festen Zuversicht, dass diese unsere traurige Bitte von Dir gnädiglich werde aufgenommen und Seiner Majestät dem Kaiser und König je eher zugestellt werden.

Im Namen der bosnischen Flüchtlinge: Vasso Vidovits, Ilija Bilbija, Jovo Bilbija, Spassoje Babits, Cimo Stefanovits, Bozo Ljuboja, Stojan Butschenovits, Risto Dukits, Pane Nikolits, Mitza Surlan, Milosch Rodits, Marko Pengerits, Pope St. Popovits, Pope Tesets Petkovits, M. Smitran, Simo Somber, Pope Ignatje Popovits, Gjuro Marjanovits, Bozo Davidovits, Dragoje Bralits, Zwojo Moutaul, Gjuro Lendits.

Nr. 5589.
Türkei.
März 1878.

Nr. 5590.

OESTERREICH-UNGARN. — Ansprache des Generals Rodich, kommandirenden Generals in Dalmatien, an die Insurgenten-Skuptschina der Herzegowina.

[Nach dem Wiener Tageblatt.]

Nr. 5590.
Oesterreich-
Ungarn.
8. April 1876.

Auf Vorschlag meines allergnädigsten Kaisers und Königs und in Folge Einschreitens aller Grossmächte hat Euch der Sultan folgende Reformen bewilligt: 1) Vollkommene Gleichberechtigung aller Confessionen. 2) Aufhebung des Systems der Steuerverpachtung. 3) Verwendung eines entsprechenden Theiles der Provinzial-Einkünfte zu Gunsten der Provinzen. 4) Eine zur Hälfte aus Christen, zur Hälfte aus Mohammedanern zusammengesetzte Kommission, welche darüber zu wachen hat, dass die Reformen genau durchgeführt werden. 5) Existenz-Verbesserung der Bauern. || Weiter hat mein allergnädigster Kaiser und König für Euch erwirkt: 1) Vollständige Amnestie. 2) Sicherstellung der Flüchtlinge vor Rache und Gewaltthaten der Mohammedaner. 3) Hilfe beim Aufbau der Häuser und Kirchen, dann Saatgetreide. 4) Erlass des Zehnten auf ein Jahr, aller übrigen Abgaben auf zwei Jahre. Bis heutigen Tages hat die Pforte nie zugestanden, dass die Ausführung der Versprechungen, welche sie dem Volke gegeben, durch Jemanden ausgeführt oder auch nur überwacht werde; aber jetzt wird sie von allen Grossmächten und insbesondere von Eurem Nachbar, Oesterreich-Ungarn, angehalten, dass alles, was Euch an Reformen versprochen, von der Pforte auch in Ausführung gebracht werde. || Nicht darnach, was die Türkei wünscht oder nicht wünscht, werden Euch Reformen gegeben werden, sondern sie muss alles dasjenige ins Leben rufen, was in den Reformforderungen der Grossmächte enthalten ist, was Euch durch meinen allergnädigsten Kaiser und König erwirkt wurde. || Der Inhalt dieser Reformen und Erleichterungen ist für Euch im Grossen und Ganzen so ernst und wichtig, dass Ihr dies in diesem Augenblicke gar nicht zu schätzen vermöget. || Was Euch Euere Tapferkeit erworben hat, wird die Geschichte Eueres Landes mit Ruhm verzeichnen; aber Ihr dürft nicht übersehen, dass Ihr alle diese Vortheile, welche Euch heute zu Theil werden, durch den gewichtigen Einfluss aller Grossmächte, insbesondere meines allergnädigsten Kaisers und Königs, erworben habt. || Nur dann, wenn Ihr in Euere Heimath in Frieden zurückkehrt, werden die Grossmächte im Stande sein, die türkische Regierung anzuhalten, dass unter ihrer Verantwortung alles Versprochene erfüllt und ins Leben gerufen werde. Wenn Ihr aber den Rath der Grossmächte und insbesondere jenen Oesterreich-Ungarns nicht befolgt, so würdet Ihr dadurch nur jenen Parteien in die Hände arbeiten, welche der Ausführung der Reformen durchaus entgegen sind wie die Mohammedaner Bosniens und der Herzegowina, oder welche Fanatiker sind und Fliegen in der Luft schiessen und Luftschlösser

bauen und Euch nur zu Euerem Unglück verleiten würden. || In diesem Falle, d. h. wenn Ihr nicht folgt, geht Ihr blind in Euer Elend, weil alle Grossmächte die Hand von Euch zurückziehen würden. || Darum rathe ich Euch, Eueres Vorthails bewusst zu sein und auf Verlangen der türkischen Commissare zu Euerem Herde zurückzukehren, in der festen Ueberzeugung, dass die von den Grossmächten angestellten Personen auf die genaue Durchführung der Reformen achten und dringen werden. Im entgegengesetzten Falle würdet Ihr jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft einbüßen; Ihr würdet auch die Vorthelle der Amnestie von Seiten der Türkei einbüßen; Euer Hab und Gut würde verkauft und an diejenigen ausgetheilt werden, welche von der Gnade des Sultans Gebrauch machen und zum Gehorsam zurückkehren. || Meines allergnädigsten Kaisers und Königs Absichten, dies glaubt mir, sind aufrichtig; deshalb rath er Euch durch mich, dass Ihr den Fanatikern, welche Euch zum Bösen verführen, nicht folgt, wofür er Euch grosse Hülfe verspricht. || Der Aufstand bedroht den allgemeinen Frieden; darum sind die Grossmächte einig geworden, Euch jede gegenwärtige und zukünftige Unterstützung von aussen unmöglich zu machen. || Ihr sollt wissen, dass auch Serbien wie Montenegro gegen den Willen der Grossmächte Euch irgendwelche Hülfe weder gewähren dürfen noch können. || Diese meine Rede sei für Euch Freundesrath, damit Ihr nicht dasjenige verliert, was Ihr mit so viel Aufopferungen und Blutvergiessen errungen habt, nämlich die Möglichkeit und Berechtigung meines allergnädigsten Kaisers und Königs, für Euch auch für die Zukunft nützlich weiter zu arbeiten. || Es bleibt Euerem Willen anheimgestellt, diesen Rath anzunehmen oder nicht. Oesterreich-Ungarn wird zwar, wie dies bisher der Fall war, auch in Zukunft niemals Euer Feind sein; aber wir müssen mit aller Strenge dafür Sorge tragen, dass unsere Grenzen unbehelligt bleiben und der Friede nicht gestört werde. || Dies lege ich Euch ans Herz; je nachdem Ihr wählet, wird sich Euer Schicksal gestalten. Seid dessen eingedenk! S'Bogom.

Nr. 5590.
Oesterreich-
Ungarn.
6. April 1876.

Nr. 5591.

TÜRKEI. — Memorandum der herzegowinischen Insurgenten-Skup-
tschina an General Rodich.

[Nach dem Wiener Tageblatt.]

Ew. Excellenz!

Niemand kann gerechter beurtheilen, noch mit mehr Dankbarkeit auf-
nehmen Oesterreichs edelmüthiges Bestreben zur Wiederaufrichtung des Wohl-
standes für das christliche Volk der Türkei, welches bisher so viel gelitten,

Nr. 5591.
Türkei.
7. April 1876.

Nr. 5591.
Türkei.
7. April 1876.

als eben wir Aufständische selbst, welche ja zum Aufstande angetrieben wurden durch geradezu unerträgliche Zustände. || Die kaiserliche Regierung möge für gewiss überzeugt sein, dass das herzegowinisch-christliche Volk erfüllt ist von der innigsten Dankbarkeit für alle ihre Bemühungen zu unserem Wohle, und eben weil wir den Ruf und die Rathschläge Oesterreichs würdigen, sind wir so frei, Ew. Excellenz, als dem freundschaftlichen Vermittler zwischen der kaiserlichen Regierung und uns, offen darzulegen, was uns am Herzen liegt und was wir ersehnen, da wir doch denken und glauben, dass es keinen Menschen in der Welt giebt, der daran denken könnte, dass wir zurückzukehren vermöchten unter die türkische Herrschaft und in einen Zustand, in dem wir bisher schmachteten, dass es gewiss keinen Menschen giebt, welcher jetzt noch rathen könnte, zu unserem Herde zurückzukehren, wenngleich derselbe allenthalben niedergebrannt und zerstört ist, und gäbe es auch Jemanden, der einen Augenblick daran denken könnte, dass wir trotz unseres grossen Elends bedingungslos zurückkehren würden in unsere unglückselige Heimath, so dürfen wir am wenigsten annehmen, dass es das hochherzige und wohlgeneigte Oesterreich sei, welches sich einer gerechten und unserer würdigen Zukunft so eifrig annimmt, was es mit seinem Reformprojekte auch bewiesen hat. Und in dieser Ueberzeugung erklären wir, dass wir die Reformen annehmen, welche die hohe kaiserliche Regierung vorgeschlagen hat, und welche, wenn sie völlig verwirklicht würden, uns neuerdings in türkische Unterthänigkeit zurückkehren machen würden. || Allein, obzwar die Türkei diese Reformen durchzuführen verspricht und sagt, dass die Mächte auch dafür garantiren, können wir keinesfalls glauben, dass die Türken sie verwirklichen wollen und können, und Niemand überhaupt kann es, der ein Freund unseres Märtyrer-Volkes ist. || Es kann uns daher nicht verübelt werden, wenn wir thatsächliche Garantien suchen für unsere Sicherheit und Besserung unserer Zustände, und diese Garantien wollen wir in Kürze Ew. Excellenz vortragen. Wir fordern:

1. Dass das herzegowinisch-christliche Volk wenigstens ein Dritteltheil des Bodens zu eigen bekommt, nicht allein weil derselbe gegen Recht und Gesetz mit Gewalt in Besitz und Nutzniessung der Türken ist, sondern auch darum, weil ohne so viel Eigenbesitz das herzegowinisch-christliche Volk ausser Stande ist zu leben und es darum vorzieht, lieber zu Grunde zu gehen, als zu einem Dasein zurückzukehren, in welchem kein Leben möglich ist.

2. Dass die Türkei für immer aus der Herzegowina ihre Armee entfernt und nur soviel im Lande belässt, als zu Garnisonen vonnöthen ist, und dies nur in folgenden Orten: Mostar, Stolac, Trebinje, Niksic, Plevlje, Foca.

3. Dass die Türkei aufbaue allen christlichen Familien die eingeäscherten Häuser und Kirchen und ihnen wenigstens für ein Jahr Lebensmittel gebe, ihnen die Geräthe für Landbau beschaffe, und dass die christlichen Familien gar keine Abgaben zahlen drei Jahre hindurch, vom Tage der Rückkehr an gezählt.

4. Dass das herzegowinisch-christliche Volk die Waffen nicht niederlege,

solange dieselben nicht zuerst alle Mohammedaner abgelegt haben und die versprochenen Reformen nicht vollends durchgeführt sind.

Nr. 5591.
Türkei.
7. April 1876.

5. Dass, falls das ganze herzegowinisch-christliche Volk zurückkehrt, seine Führer mit den Behörden verhandeln über die Ausführung der Reformen, und dass sie insgesamt eine Constitution („uprava“) schaffen, welche entsprechend wäre dem Sinne des Reformprojektes Sr. Excellenz des Grafen Andrassy. Es versteht sich von selbst, dass wir fordern müssen, dass diese Reformen allso gleich eingeführt werden, auch in jenen Geschlechtern („plemena“, Familien-Gemeinden) ganz Bosniens und der Herzegowina, welche noch nicht aufständisch sind, weil damit eine Garantie gegeben wäre, zunächst uns, sodann aber auch der türkischen Regierung selbst, dass bei ihnen kein Zustand entstehe, wie er jetzt bei uns herrscht.

6. Nachdem die Aufständischen sich nicht verlassen können auf die leeren Versprechungen der Pforte, welche dieselben bisher noch nie erfüllt hat; nachdem die Pforte kaum im Stande ist, ihre eigene Armee zu ernähren, und die Aufständischen fürchten, dass das Geld, welches die Pforte bestimmen würde für das herzegowinisch-christliche Volk, in die Hände der türkischen Beamten fiel, in Folge dessen es dasselbe nicht nur niemals in die Hände bekäme, sondern auch Hungers sterben könnte, und nachdem die Aufständischen wissen, dass es ihnen nichts nützen würde, wenn sie auch bei den Grossmächten protestirten, so fordern wir im Namen des Volkes, dass die Gebahrung mit diesem Gelde unter die unmittelbare Aufsicht einer europäischen Commission gestellt werde, dass diese Commission das ganze Geld empfangen zum Wiederaufbau der Kirchen und Häuser sowie zur Anschaffung der Hausgeräthe, und dass sie vor der Rückkehr der geflüchteten Familien einige Hauptmagazine mit allem Nothwendigen errichte.

7. Zuletzt fordern wir, dass in den sechs Garnisonsorten die Regierungen Oesterreichs und Russlands je einen Agenten bestellen, welcher zu wachen hätte, dass die Reformen vollkommen ausgeführt werden.

Dies sind unsere Forderungen. || Ew. Excellenz werden einsehen, wir sind dessen überzeugt, dass wir nicht zu viel begehrt haben und dass wir weniger nicht fordern können zu unserer Sicherheit und zu unserem einigermaassen besseren Leben, worauf wir als Volk ein unumstössliches Recht haben. | Indem wir durch Ew. Excellenz unsere bescheidenen Wünsche der Geneigtheit Oesterreichs empfehlen, verharren wir

Sutorina, 26. März (alten Datums) 1876.

Pop Bogdan Zimonics, Vojvode von Gacsko; Gyorgye Visnics, Komandir von Gacsko; Simo B a c s e v i c s, Vojvode von Banjani; Cetko P. E r a k o v i c s, Komandir von Banjani; Vidak K o p r i v i c a, Komandir von Banjani; Pop Pero R a d o v i c s, Vojvode von Nevesinje; Trifko B u v a, Komandir von Nevesinje; Ilia S t e f a n o v i c s, Komandir von Rudine; Rade A l e x i c s, Kapetan von Rudine; Stojan B a b i c s, Offizier von Rudine; S. P a p i c s, Offizier von Rudine; Gligor M i l i c s e v i c s, Vojvode von Zavod; Sava A n g y e l i c s,

Nr. 5591. Kapetan von Zavod; Jovan Zotovics, Offizier von Zavod; Nikola Vujo vics, Türkei. Komandir von Zavod; Miko Malovics, Komandir von Drobnja; Zsivko 7. April 1876. Sablica, Kapetan von Jecseraca; Bacso G. Micunovics, Komandir von Jecseraca; Nikola S. Nikolics, Offizier; Gyorgye Durutovics, Offizier; Novica Pavics, Offizier; Radvjca G. Jovanovics, Offizier; Trifko Vukalovics, Vojvode von Zubcsi; Toma Tomasevics, Komandir von Zubcsi; Lucsics, Kapetan von Suttorina; Melentej Perovics, Archimandrit von Duzse Monastir; Dam Jvan Mussics von Popovo-Polje; Lazar Socsica, Vojvode von Piva.

(Beigedruckt das Siegel fast Aller.)

Nr. 5592.

TÜRKEI. — Adresse der bosnischen Insurgentenführer an ihren Agenten, Herrn Wesselitzki.

Nr. 5592. Herr Gabriel Bozidarova Wesselitzki! Wir Führer der Insurgenten in Bosnien danken den Grossmächten, dass sie uns ihre liebevolle Aufmerksamkeit gewidmet haben. Einen Beweis hierfür erblicken wir in dem Reformplane des Grafen Andrassy, welchen die Grossmächte acceptirten und bezüglich dessen sie die Pforte bewogen, ihm zuzustimmen. Die herzegowinischen Wojwoden haben uns die Rathschläge mitgetheilt, welche Sie ihnen im Namen des russischen Reichskanzlers überbrachten, und desgleichen die Worte, die Baron Rodich Namens der österreichischen Regierung an sie gerichtet. Aus diesen Mittheilungen, welche auch uns berühren, haben wir die Bedeutung der erwähnten Reformen erfahren. Gleich unseren herzegowinischen Brüdern erkennen wir, dass diese Reformen sich von allen früheren unterscheiden, weil sie auf der Initiative der Grossmächte selbst beruhen, denen daher an deren Verwirklichung gelegen ist, und deren Durchführung sie von der Pforte zu verlangen berechtigt sind. Wir hoffen, dass diese Reformen sammt den Ergänzungen, welche wir weiter unten anführen, unser geschriebenes Recht bilden und uns Leben, Ehre und Besitz besser verbürgen, als die blossen Verheissungen der Pforte, dass sie für Bosnien und die Herzegowina zu einer selbstständigen Regierung führen werden, welche die öffentliche Ordnung und das Wohl der Einwohner sichern und neue Unruhen verhindern wird. Wir sind bereit, an unseren häuslichen Herd zurückzukehren, erlauben uns aber, zu bemerken, dass wir in der Note des Grafen Andrassy bloss Principien, aber keine Mittel zu deren Durchführung finden. Nachdem wir nun wünschen, dass unser Kampf so bald als möglich beendigt werde, unterbreiten wir dem hochgencigten Ermessen der Grossmächte diese Bedingungen einer raschen und sicheren Paci-

fication: 1) Die Pforte möge ihr Militär aus unserem Lande abberufen und nur 5600 Mann daselbst belassen; 2) die Pforte möge alles Material und alle Mittel zur Wiederherstellung der zerstörten Häuser, Kirchen und Schulen beschaffen und den Einwohnern den Lebensunterhalt so lange liefern, bis diese sich selbst durch eigene Arbeit erhalten können, und die Steuern auf 3 Jahre nachsehen; 3) bezüglich der Vertheilung dieses Materials und dieser Hilfsmittel soll die Ueberwachung einer von den Grossmächten installirten Commission anvertraut werden, welche von der Türkei vollkommen unabhängig ist; 4) die Christen sollen das Recht haben, Waffen zu tragen, wie die Moslim, womit sie sich gegen Angriffe wehren können und damit die bürgerliche Gleichberechtigung zur Wahrheit werde, welche unter allen Unterthanen des ottomanischen Reiches herrschen soll.

Nr. 5592.
Türkei.
April 1876.

Wir ersuchen Sie, diese unsere Wünsche den Grossmächten vorzulegen, und geben Ihnen unsere Vollmacht für drei Monate.

In Bosnien im Monate April 1876.

Die Führer der Insurgenten in Bosnien: Wojwode Golub Leabic, Pop Ilija Bilbija, Pop David Gruber, Igumer Cyrill Anicic, Pop Stevo Popovic, Despota Dispotovic, Pane Rikolic, Stephan Mikolcic, Dimiter Pljakic, Ilija Covic, Pop Jovan Dak, Trivo Amelica, Trifko Bundala, Pero Zivkovic, Ostoja Vojnovic, Pop Dridje, Karan, Marko Denada, Milos Rodic, Misa Curlan, Durod Ilic, Spasoje Kolacevic.

Wir beschliessen hier die Reihenfolge der zunächst auf den Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien bezüglichen Actenstücke und lassen die Documente über die weiteren Vorgänge in der Türkei weiter unten folgen unter der Gesammtrubrik: Türkische Krisis.

Die Redaction.

Nachträge.

Nr. 5593.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. (Graf Bismarck) an den königl. Gesandten in Wien (Freiherr v. Werther). — Verständigung mit Oesterreich*).

(Vertraulich.)

Berlin, den 14. April 1867.

Nr. 5593.
Preussen.
April 1867.

Der Graf Tauffkirchen hat mir, legitimirt durch ein Schreiben des Fürsten Hohenlohe an mich, in dessen Auftrage mit Genehmigung des Königs von Bayern erklärt, dass die bayerische Regierung wünsche, eine wechselseitige Anlehnung zwischen Deutschland und Oesterreich zum Zweck der Rückendeckung gegen Frankreich hergestellt zu sehen. Ich habe ihm darauf im Wesentlichen Folgendes erwidert: es sei seit der Wiederherstellung des Friedens stets unser Wunsch gewesen, das freundschaftliche Verhältniss mit Oesterreich zu gewinnen, welches den beiderseitigen Interessen und der beiderseitigen Vergangenheit entspreche. Zu den allgemeinen Gründen dieser unserer Disposition habe sich in neuester Zeit das besondere Motiv gesellt, den Frieden zu erhalten. Diesen Zweck würde eine Defensivallianz Oesterreichs mit Preussen und seinen deutschen Verbündeten erreichen, weil einer solchen gegenüber Frankreich einen Angriff auf Deutschland nicht unternehmen würde. || Ich habe die Gelegenheit benutzt, zugleich über die Vortheile zu sprechen, welche wir Oesterreich bieten könnten, und in dieser Beziehung folgende Gedanken geäußert: || Wir könnten Oesterreich dasjenige gewähren, was ihm früher der deutsche Bund gewährt habe, das heisst, innere und äussere Sicherheit, die letztere in zweifellos defensiver Beschränkung, entweder || a. für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf ein bis drei Jahre, oder || b. für den deutschen Theil

*) Diese Depesche wurde in der „National-Zeitung“ vom 14. Januar 1876 veröffentlicht zur Widerlegung von Enthüllungen der Pariser „Liberté“ über den angeblichen Inhalt eines von Preussen im Jahre 1867 Oesterreich angetragenen Bündnissvertrages, durch welchen Oesterreich gegen eine Allianz mit Deutschland der Norden der Türkei angeboten worden wäre. Vgl. über die Mission Tauffkirchen Staatsarchiv Bd. XIV. Nr. 3145.

durch ein dauerndes Bündniss, ohne bundestägige Verfassung, rein als internationaler Vertrag aufgefasst. || Auch werde sich c. ein zeitweiliges Bündniss vervollständigen lassen durch eine zeitweilige Abmachung über die türkische Angelegenheit. In eine solche Combination würden wir aber auch Russland hineinziehen müssen. Ich sei nicht ohne Hoffnung, dass für einen beschränkten Zeitraum Russlands Zustimmung zu einer Aufrechthaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen sei. Sollte sich Russland nicht dazu verstehen, eine solche Zustimmung vertragsmässig zu verlautbaren, so werde es für die Erhaltung des Friedens genügen, wenn Russland, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, ein ihm bekanntes preussisch-österreichisches Engagement stillschweigend billige. Auch bei einer solchen, auf stillschweigende Billigung Russlands berechneten Abmachung müssten unsere Karten für Russland offenliegen. || Der Graf Tauffkirchen nahm diese Aeusserungen anscheinend mit Befriedigung, wenn auch mit einer gewissen Behutsamkeit, auf und liess erkennen, dass er daraus Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission in Wien entnehme. Dort die Initiative zu ergreifen, muss ihm überlassen bleiben. Ew. Excellenz wollen aber gef., sobald Ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die Bemühungen des Grafen Tauffkirchen innerhalb der von mir bezeichneten Combinationen unterstützen und zu dem Zweck einerseits die Geneigtheit Sr. Maj. des Königs, auf den Gedanken des Fürsten Hohenlohe einzugehen, constatiren, andererseits alle und jede Gerüchte über geheime Verträge, die wir mit irgend einer Macht eingegangen wären, auf das Bestimmteste dementiren.

v. Bismarck.

Nr. 5594.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den französischen Min. d. Ausw. und Bevollmächtigten in Frankfurt a. M., Mr. Jules Favre *).

Frankfurt a. M., 7. Mai 1871.

Herr Minister! Mit Bezugnahme auf unsere gestrige Unterredung habe ich die Ehre, Ew. Excellenz bemerklich zu machen, dass die heutige Lage Frankreichs sich wesentlich von derjenigen unterscheidet, auf die es im Augenblick der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien abgesehen war, und dass die Regierung der Republik nicht in demselben Maasse, wie damals, die Eigen-

Nr. 5593.
Preussen.
14. April 1867.

Nr. 5594.
Deutschland.
7. Mai 1871.

*) Diese Note ist dem Buche Jules Favre's: „Simple récit d'un membre du Gouvernement de la Défense Nationale“ entnommen. Bekanntlich wurde am 10. Mai 1871 der Friedensvertrag zu Frankfurt unterzeichnet. S. Staatsarchiv Bd. XX. Nr. 4443.

Nr. 5594.
Deutschland.
7. Mai 1871.

schaft bewahrt hat, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Pariser Aufstand hat, indem er die Lage änderte, die Zukunft, auf welche wir zählen zu dürfen glaubten, auf's Spiel gesetzt. Seitdem die französische Regierung sich gezwungen sah, Paris den Händen der Insurrection zu überlassen und sich ausserhalb der Bedingungen der Friedenspräliminarien zu stellen, um die Mittel zur Wiederherstellung ihres verkannten Ansehens ausfindig zu machen, liegt uns die Besorgniss nahe, dass ähnliche Vorgänge sich auch dann noch erneuern könnten, falls es der Regierung wirklich gelänge, sich der Hauptstadt wieder zu bemächtigen. Wenn wir uns bis jetzt enthalten haben, Paris anzugreifen, um einer Lage ein Ziel zu setzen, welche in dem Vertrage vom 26. Februar nicht vorhergesehen war und nicht ohne Beeinträchtigung unserer Interessen in sich verlängert werden kann, wenn wir in einen Zusammenzug der französischen Truppen gewilligt haben, der beträchtlich genug ist, um im Falle einer unvermutheten Wendung der Dinge unsere Lage zu verwickeln, so können wir nicht länger diese passive Haltung Zuständen gegenüber beobachten, die gegen die Bedingungen der Friedenspräliminarien verstossen, wofern Frankreich sich nicht dazu versteht, diesen letzteren grössere Kraft zu verleihen, indem es uns für die Zukunft Bürgschaften gewährt, welche die deutschen Interessen gegen allfällige, der Ruhe Frankreichs hinderliche Störungen schützen würden. || Wir würden es vorziehen, diese Bürgschaften in der gewissenhaften Ausführung der bis jetzt geschlossenen Uebereinkünfte zu finden, denen zufolge die französischen Truppen, die ausserhalb Paris stehen, sich auf die Südseite der Loire zurückziehen würden, es sei denn, dass die Regierung in ein Uebereinkommen willigte, kraft dessen die deutschen Truppen nach der Zahlung der ersten halben Milliarde der Kriegsentschädigung und der Bestätigung des endgültigen Friedensvertrages fortfahren würden, die auf dem rechten Seineufer gelegenen Pariser Forts mit dem entsprechenden Theile der neutralen Zone bis zu den Wällen der Stadt sowie die auf dem rechten Ufer gelegenen Thore derselben besetzt zu halten, so dass die in dem Vertrage vom 26. Februar vorgesehene Räumung sich vorläufig auf die Departements Somme, Seine-Inférieure und Eure beschränken, und dass die in Art. 3 der Friedenspräliminarien ausbedungene Räumung in ihrem vollen Umfang erst dann erfolgen würde, wenn die politische Lage Frankreichs hinlänglich befestigt wäre, um die Gewähr zu bieten, dass die französische Regierung im Stande ist und bleiben wird, ihre Verpflichtungen gegen Deutschland zu erfüllen. Es wäre den Interessen Deutschlands zuwider, die Occupation über die Zeit hinaus zu erstrecken, deren Frankreich zur Befestigung seiner Regierung durchaus bedarf; denn die Deutschland aus der Aufrechterhaltung unserer Heere in Frankreich erwachsenden Kosten übersteigen weit alle Summen, die Frankreich dazu beisteuert. Die Interessen unserer beiden Länder gestatten uns nicht, eine Sachlage fortbestehen zu lassen, welche beide in der Ungewissheit erhält, sowohl was die Zukunft ihrer gegenseitigen Beziehungen als die Dauer von Zuständen, die weder Friede noch Krieg sind, betrifft. || Wir werden, um ihnen ein Ziel zu setzen, in unseren

gegenwärtigen Unterredungen darnach trachten, uns über die in dem endgültigen Friedensvertrage zu erledigenden Hauptfragen zu einigen. Wenn uns dies nicht gelänge und wenn die französische Regierung sich weigerte, uns die Bürgschaften zu gewähren, die Ew. Excellenz anzudeuten ich soeben die Ehre hatte, so würde Deutschland sich vor Allem das Recht vorbehalten, seinerseits Schritte gegen die unregelmässigen, augenblicklich in Paris herrschenden Zustände zu thun und auf der strengen Ausführung der Bedingung zu bestehen, welche die französische Regierung dazu anhält, ihre Truppen auf die Südseite der Loire zurückzuziehen. Genehmigen Sie u. s. w.

Nr. 5594.
Deutschland.
7. Mai 1871.

v. Bismarck.

Preussische Thronrede.

Nr. 5595.

PREUSSEN. — Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 16. Januar 1876, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Finanzminister Camphausen.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern
des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu eröffnen.

Nr. 5595.
Preussen.
16. Jan. 1876.

Die für die Berufung des Landtages maassgebenden Bestimmungen und die unabweislichen Erfordernisse der Reichsgesetzgebung haben auch in diesem Jahre eine gleichzeitige Thätigkeit der Reichs- und der Landes-Vertretung zur Nothwendigkeit gemacht. Die Hingebung und Umsicht des Landtages wird die Wege finden, um auch unter den obwaltenden Schwierigkeiten die Aufgaben der neuen Session von vornherein möglichst zu fördern. || Der auf Handel und Industrie lastende Druck hat zum Bedauern der Staatsregierung auch bei uns noch nicht aufgehört. Bei den gesunden Grundlagen, auf welchen trotz der vorgekommenen Ausschreitungen der vaterländische Gewerbefleiss beruht, darf die Zuversicht gehegt werden, dass es der Arbeitsamkeit und der stets bewährten Thatkraft des preussischen Volkes gelingen werde, auch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in nicht ferner Zeit zu überwinden und Handel und Industrie neuer Blüthe entgegenzuführen. Die Staatseinnahmen für das Jahr 1876 haben zwar nicht so hoch, wie in den letzten Jahren, veranschlagt werden können; aber die Mittel reichen aus, um die Staatsverwaltung in bisheriger Weise zu führen und auf manchen Gebieten die Fonds, welche nament-

Nr. 5595.
Preussen.
16. Jan. 1876.

lich der Pflege der geistigen Interessen und der Förderung des Wohlstandes dienen, reicher zu dotiren, in allen Zweigen des Staats-Bauwesens aber die vielfachen und grossen Unternehmungen, welche auf Grund der Bewilligungen der letzten Jahre eingeleitet worden sind, in angemessener Weise weiter zu fördern. || Der Entwurf zum Staatshaushalts-Etat wird Ihnen ohne Verzug vorgelegt werden. || Die in der vorigen Session vereinbarten Gesetze, durch welche ein umfassendes System kommunaler Selbstverwaltung und zugleich die Theilnehmung der Provinzialvertretung an den Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung begründet worden ist, sind inzwischen ins Leben getreten: in fünf Provinzen sind die neuen Provinziallandtage zusammengetreten, und die ersten Anzeichen des in denselben überwiegend zur Geltung gelangenden Geistes befestigen das Vertrauen, dass die neuen Institutionen sich dem Lande zum Segen entwickeln werden. || Ein nothwendiger weiterer Schritt auf der betretenen Bahn ist die bestimmte und klare Regelung der Zuständigkeit der neugeschaffenen staatlichen Behörden auf den verschiedenen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung und in streitigen Verwaltungssachen, sowie die gleichzeitige Feststellung derjenigen Kompetenzen, welche auf die neuen Organe noch weiter zu übertragen sein werden, um eine harmonische Fortentwicklung der inneren Staatsverwaltung zu erzielen. Im Zusammenhange mit der allgemeinen Verwaltungsreform und behufs Einfügung der städtischen Verwaltung in das Gesamtsystem der neugeschaffenen Einrichtungen sind durchgreifende Veränderungen der Städte-Ordnung in denjenigen Provinzen erforderlich, in welchen die neuen Gesetze eingeführt sind. Nachdem die Haupt- und Residenzstadt Berlin auf Grund der neuen Provinzialordnung aus dem Kommunalverbande der Provinz Brandenburg ausgeschieden ist, muss die vorbehaltene Bildung eines besonderen Kommunalverbandes aus der Stadt Berlin und angrenzenden Gebieten unverweilt ins Auge gefasst werden. || Die Gesetzentwürfe behufs Lösung dieser weiteren Aufgaben werden Ihnen voraussichtlich in Kurzem vorgelegt werden können. Der Entwurf einer Wege-Ordnung soll von Neuem Ihrer Berathung unterbreitet werden. || Um Grundsätze der Agrargesetzgebung, deren segensreiche Wirksamkeit in den älteren Theilen der Monarchie sich in langjähriger Erfahrung erprobt hat, auf die neuen Landestheile zu übertragen, sollen Ihnen mehrere Gesetzschnitte zugehen. || In den östlichen Provinzen ist das Bedürfniss hervorgetreten, die gesetzlichen Vorschriften über die Gründung von Ansiedelungen und die damit zusammenhängende Vertheilung öffentlicher Abgaben einfacher zu gestalten. Eine Vorlage in dieser Richtung ist vorbereitet. || Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter entbehren einer ausreichenden gesetzlichen Regelung. Um diese Lücke der Gesetzgebung in dem Umfange auszufüllen, als sich thatsächliche Uebelstände geltend gemacht haben, wird eine Gesetzesvorlage an Sie gelangen, welche sich innerhalb der Grundsätze der verwandten Reichsgesetzgebung bewegt. In Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze des Waldes soll die Pflege der im Besitze von Gemeinden und öffentlichen Anstalten befindlichen Wal-

dungen durch neue Vorschriften sichergestellt werden. Durch die Berathungen der von Sr. Majestät dem Könige als höchstem Träger des evangelischen Kirchen-Regiments berufenen ausserordentlichen General-Synode hat die evangelische Kirche der acht älteren Provinzen der Monarchie einen bedeutsamen Schritt zur Begründung ihrer selbstständigen Verfassung zurückgelegt. || Die General-Synodalordnung bedarf aber ebenso wie die Synodalordnung vom Jahre 1873 für eine Reihe von Bestimmungen der landesgesetzlichen Sanktion. Eine hierauf bezügliche Vorlage wird Ihnen baldigst zugehen. Sie wird zugleich die notwendigen Aufsichtsrechte des Staates über die evangelische Landeskirche regeln. || Die Regierung Sr. Majestät hegt das feste Vertrauen zu den beiden Häusern des Landtages, dass sie an ihrem Theile bereitwillig dazu mitwirken werden, der evangelischen Kirche Preussens nach langem Ringen die selbstständige und feste Organisation zu sichern, deren sie zur vollständigen Erfüllung ihrer hohen Aufgaben bedarf. || Eine Feststellung des staatlichen Aufsichtsrechtes ist auch hinsichts der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen erforderlich, soweit das Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden darüber nicht bereits bestimmt. Die Vorarbeiten für einen diesem Zweck entsprechenden Gesetzentwurf sind dem Abschlusse nahe. || Meine Herren! Wir stehen voraussichtlich vor der letzten Session einer Legislaturperiode, welche — Dank dem vertrauensvollen Zusammenwirken der beiden Häuser des Landtages mit der Regierung Sr. Majestät — schon seither bedeutende Erfolge gesetzgeberischer Arbeit aufzuweisen hat. Möge diese letzte Session weitere Ergebnisse desselben übereinstimmenden Strebens für die Wohlfahrt des Landes und die gedeihliche Entwicklung seiner Institutionen zur Reife bringen!

Nr. 5595.
Preussen.
16. Jan. 1876.

Deutsche Reichs-Eisenbahn-Frage.

Nr. 5596.

BAYERN. — Aus der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 25. Februar 1876. — Beantwortung der Interpellation des Abg. Freytag über die Reichs-Eisenbahn-Frage durch den Min. d. Ausw. v. Pfretzschner.

Indem ich die Ehre habe, die in der Sitzung vom 23. l. M. verlesene Interpellation des Hrn. Abg. Freytag*), betreffend das Project der Erwerbung der

Nr. 5596.
Bayern.
25. Febr. 1876.

*) Die Interpellation lautete: „Ist das Staats-Ministerium entschlossen, gegen die Erwerbung sämtlicher deutschen oder einzelner Eisenbahnen durch das Reich sich entschieden verneinend zu verhalten und den mit Reservatrechten nicht gedeckten Bundesstaaten in ihren Bestrebungen gegen diesen neuen Versuch auf der Bahn zum Unitarismus beizustehen?“

Nr. 5596.
Bayern.
25. Febr. 1876.

deutschen Eisenbahnen durch das Reich, zu beantworten, gestatte ich mir, vor-
auszuschicken, dass man es wohl nicht als die Aufgabe dieser Interpellations-
Beantwortung wird betrachten wollen, in die Erörterung der von dem Hrn.
Interpellanten vorangestellten und keineswegs einredefreien Bemerkungen über
die den Bundesstaaten durch das Reich entzogenen oder aus den Händen ent-
wundenen Rechte hier einzugehen. Ich erachte es vielmehr für geboten, dass
die gegenwärtige Erwiderung sich ausschliessend an die Sache selbst halte, und
ich erlaube mir, in dieser Beziehung Folgendes zu bemerken: Die königl. Re-
gierung hat, seitdem das s. g. Reichs-Eisenbahn-Project in die Oeffentlichkeit
hervortreten begann, überzeugt von der hohen Bedeutung und Tragweite des
Gegenstandes, demselben ihre vollste Aufmerksamkeit zugewendet. Bei den
unklaren und wechselnden Umrissen, in welchen der Plan auftrat, musste vor
Allem Werth darauf gelegt werden, soweit möglich Fühlung mit der leitenden
Stelle in Berlin zu gewinnen. Die königl. Regierung hat daher schon vor
längerer Zeit unter Betonung des Reservatstandpunktes, welcher die bayerischen
Eisenbahnen unter allen Umständen davor sichert, in die Combination einbe-
zogen zu werden, sich mit einer Anfrage nach Berlin gewendet und die Erlan-
gung grundsätzlicher Aufschlüsse über die Absichten der Reichsgewalt als
wünschenswerth bezeichnet. Aus den Mittheilungen, welche in Erwiderung
dieser Anfrage von Berlin eingetroffen sind und in welchen das bayerische
Eisenbahnreservat in seiner Bedeutung für die vorliegende Frage ausdrücklich
und bereitwillig anerkannt worden ist, geht hervor, dass die Sache zur Zeit
sich noch in einem nach keiner Seite abgeschlossenen Stadium befindet. Es
hat der Umstand, dass die königl. preussische Regierung, veranlasst durch
mehrfache aus dem ausgedehnten Bestande von Privatbahnen hervorgegangene
Uebelstände, sich schon seit geraumer Zeit mit der Frage einer etwaigen Er-
werbung der preussischen Privatbahnen beschäftigte, in der weiteren Prüfung
der Angelegenheit zu der Erwägung Veranlassung gegeben, ob es sich nicht
empfehlen würde, die Durchführung einer solchen Maassnahme für das ganze
Reichsgebiet und zu Gunsten des Reiches in Aussicht zu nehmen. Welcher
Weg für die Realisirung der Sache sich weiterhin in den Vordergrund stellen
wird, lässt sich augenblicklich nicht übersehen. Bewendet es bei dem Ge-
danken einer Erwerbung der preussischen Privatbahnen durch den preussischen
Staat, so handelt es sich um eine interne Angelegenheit Preussens, auf deren
Entscheidung eine Einflussnahme nicht in Anspruch genommen werden kann.
Würde dagegen in engerem oder weiterem Rahmen ein Eisenbahnerwerb durch
das Reich zur Anregung gebracht werden, so würde die Zustimmung der nach
der Reichsverfassung hierzu berufenen Factoren erforderlich sein. Für den
Standpunkt der königl. Regierung in der Sache ist zunächst das Reservatrecht
maassgebend, welches jede unmittelbare Berührung der bayerischen Bahnen
durch das schwebende Project von vornherein ausschliesst. Dabei hat sich
jedoch die königl. Regierung mit Rücksicht auf die Stellung, welche Bayern
als Bundesglied und abgesehen vom Reservatstandpunkte einnimmt, die weit-

greifenden Bedenken nicht verhehlen können, welche das Project, insoweit bei demselben ein Eisenbahnerwerb durch das Reich in Frage kommt, für die Gesamtheit der verbündeten Staaten haben müsste. Sie hat sich der Besorgniss nicht zu erwehren vermocht, dass auf diesem Wege die Möglichkeit geschaffen werden könnte zu einer fühlbaren Veränderung derjenigen Grundlagen, auf welchen die gegenseitige Stellung der Gesamtheit des Reiches und seiner Glieder beruht. Von dieser allgemeinen Erwägung ausgehend, hat die königl. Regierung nicht unterlassen, in der bundesfreundlichen Form, welche die beiderseitigen guten Beziehungen ermöglichen und vorzeichnen, auf gesandtschaftlichem Wege ihre ernstesten Bedenken in ausführlicher Darlegung zum Ausdrucke zu bringen und hiermit denjenigen Weg zu betreten, der sich als der nächstliegende darzubieten schien. — Ein Eingehen in die Details der Frage ist in der gegenwärtigen unentwickelten Phase derselben nicht thunlich. Ich glaube aber, es dürften schon die vorgetragenen Bemerkungen genügen, um nachzuweisen, dass die Annahme der Interpellation, als habe die königl. Regierung in dieser hochwichtigen Sache noch garnicht Stellung genommen und als bedürfe sie einer Aufmahnung für ihre pflichtmässige Thätigkeit in derselben, eine durchaus grundlose ist. Die königl. Regierung erkennt ihre Aufgabe für die weitere Entwicklung der Sache als eine doppelte. Sie wird für die bayerischen Bahnen den Reservatstandpunkt wahren und denkt nicht an eine Abtretung derselben an das Reich. Sie wird auch der Centralisirung ausser-bayerischer Bahnen in der Hand des Reiches auf den durch die Reichsverfassung zu Gebote stehenden Wegen entgegenwirken.

Nr. 5596.
Bayern.
25. Febr. 1876.

Nr. 5597.

SACHSEN. — Aus der Sitzung der II. Kammer vom 3. März 1876. —
Berathung der Reichs-Eisenbahn-Frage.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberathung des Berichts der Finanzdeputation über mehrere königliche Decrete, Eisenbahnen betreffend.

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

Der Bericht der Deputation lässt sich zunächst über die Frage der Erwerbung der deutschen, bez. preussischen Eisenbahnen für das Reich folgendermaassen aus:

Wenn man der Deputation einen Vorwurf daraus machen wollte, dass sie in Nachstehendem eine Angelegenheit bespricht, welche einen offiziellen Boden zur Zeit allerdings noch nicht besitzt, sondern eben auf Gerüchten beruht, so sei ihr gestattet, zunächst hier darzulegen, aus welchen Gründen sie sich dennoch für berechtigt erachtete, die brennende Frage des Ankaufs sämtlicher oder wenigstens eines Theiles der deutschen Eisenbahnen für das Reich

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

zum Gegenstande ihres Meinungs-austausches zu machen und das Resultat desselben in dem gegenwärtigen Berichte zur Kenntniss der Kammer zu bringen. | Das Gerücht hat an Bedeutung gewonnen durch den Zeitpunkt, in welchem es zuerst auftauchte. Man wird sich erinnern, dass infolge verschiedener Beschlüsse des Reichstages von Seiten des Reichskanzleramtes schon mehrere Entwürfe zu einem „Reichseisenbahngesetz“ erlassen worden sind. Ueber einen solchen Entwurf fanden im Juni vorigen Jahres zu Berlin informatorische Berathungen statt, welche jedoch zu dem gewünschten Ziele nicht führten. Denn jenes, im Entwurfe den Bundesregierungen vorgelegte Gesetz enthielt eine vollständige und tiefeingreifende Abänderung der Reichsverfassung insofern, als es dem Reiche die gesammte — noch dazu unmittelbare — Aufsicht über das Eisenbahnwesen übertrug und den Landesregierungen nur ausnahmsweise einige einzelne, meist an sich bedeutungslose Befugnisse beließ. Es würden dieselben daher sehr bald von allem Einflusse auf das Eisenbahnwesen vollständig ausgeschlossen und dieses dagegen in seinem ganzen Umfange dem Reichseisenbahnnamte untergeben worden sein. || In eine derartige Beschränkung ihrer verfassungsmässigen Rechte konnten daher namentlich die Regierungen derjenigen Staaten nicht willigen, welche ein ausgebreitetes und in sich abgerundetes Eisenbahnnetz besaßen, und ist es daher nur dankend anzuerkennen, dass neben den Regierungen anderer deutschen Bundesstaaten auch die königlich sächsische sich bestimmt ablehnend zu jenem Gesetzentwurfe verhielt. || Nicht lange, nachdem dieser Entwurf seinem Schicksale verfallen war, tauchte das Gerücht der Erwerbung aller deutschen Eisenbahnen durch das Reich auf, und es war diesem Gerüchte um so mehr und höhere Bedeutung beizumessen, als durch Verwirklichung des Projects, die Verwandlung aller deutschen Bahnen in Reichseisenbahnen, das Ziel, welches jener Gesetzentwurf verfolgte, nämlich: „das gesammte Eisenbahnwesen Deutschlands zu einem einheitlichen zu gestalten und unter die unmittelbare und ausschliessliche Aufsicht des Reiches zu stellen“, nur noch vollständiger erreicht worden wäre. Es dürfte daher der Schluss berechtigt sein, dass der Ursprung jenes Gerüchtes auf diejenigen Kreise zurückzuführen sei, welche die Erfolglosigkeit jenes Entwurfs zu einem Reichseisenbahngesetze zu beklagen hatten. || Daher kam es denn auch, dass dieses Gerücht sich nicht allein auf der Tagesordnung erhielt, sondern vielmehr durch immer neue Nahrung festere, wenn auch etwas veränderte Gestalt gewann, zugleich aber auch die lebhafteste Beunruhigung unter der Bevölkerung der meisten deutschen Bundesstaaten, insbesondere auch der unseres Sachsenlandes, hervorrief. || Der ganz entschiedene Unmuth, mit welchem das Project besonders von den Bevölkerungen derjenigen Bundesstaaten aufgenommen wurde, welche ein mehr entwickeltes Eisenbahnnetz besaßen, die allgemeine Abneigung gegen Veräusserung eines Besitzes, auf welchen zum guten Theil die ganze wirthschaftliche Entwicklung einzelner Bundesstaaten basirt ist, und mit dem abermals ein wesentlicher Theil der den einzelnen Staaten vom Reiche gewährleisteten Selbstständigkeit verloren gehen würde, mögen daher Veranlassung

gewesen sein, dass mit Beginn dieses Jahres die Angelegenheit insofern in ein anderes Stadium eintrat, als das Gerücht nicht mehr von einem Ankaufe aller deutschen Bahnen durch das Reich sprach, sondern sich auf Abtretung der königl. preussischen Staats- und der Privatbahnen an dasselbe beschränkte. || Mit Rücksicht hierauf ist officiösen Blättern die bestimmte Versicherung zu entnehmen, es werde von Seiten der königl. preussischen Staatsregierung dem demnächst in Berlin wieder zusammentretenden Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, betreffend:

„die Ertheilung der Ermächtigung an die königl. preussische Staatsregierung, mit dem Reiche über den Verkauf der preussischen Staatsbahnen an das Reich und Abtretung der königl. preussischen Hoheitsrechte über die Privatbahnen in Verhandlung zu treten.“

Weder diese Mittheilungen noch jene Gerüchte haben übrigens irgend welche offizielle Widerlegung gefunden. || In Erwägung nun, dass eine Erwerbung der preussischen Staatsbahnen seitens des Reiches nur als der erste Schritt zur Ueberleitung auch der übrigen deutschen Eisenbahnen auf dasselbe zu betrachten sein würde, und im Hinblick darauf, dass die Abneigung des wohl bei weitem grössten Theiles der deutschen, namentlich aber auch der sächsischen Bevölkerung gegen eine derartige Centralisation eine ganz entschiedene ist, hielt die Deputation sich nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet, sich über diese Angelegenheit im Berichte auszulassen. || Als ihre Ansicht hat die Deputation die Ueberzeugung auszusprechen, dass sie eine derartige Centralisation, wie die des gesammten deutschen Eisenbahnwesens, keineswegs für segensreich hält, dass sie eine solche weder im allgemeinen noch im besonderen Interesse des Reiches für nothwendig oder gerechtfertigt erachtet, wohl aber in ihr eine grosse Gefahr für die Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten und eine schwere Schädigung der wichtigsten volkswirtschaftlichen und finanziellen Interessen derselben erblicken müsste. || Zur Begründung der Nothwendigkeit der Erwerbung der deutschen Eisenbahnen wird angeführt, das deutsche Eisenbahnwesen leide an so grossen Uebelständen theils rücksichtlich der Leitung desselben auf einzelnen Bahnen, theils hinsichtlich der Tarifsysteme, der Classification der Güter etc., dass unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden müsse, wenn die Nationalwohlfahrt nicht arg geschädigt werden solle. Es erscheine daher als ein zwingendes Bedürfniss des Verkehrs und der allgemeinen Wirtschaftsinteressen, dass die Herstellung eines über ganz Deutschland sich erstreckenden Reichseisenbahnnetzes herbeigeführt werde, eben so einheitlich, wie das z. B. bezüglich des Post- und Telegraphenwesens schon der Fall, und es könne dies nicht einfacher und zweckentsprechender, als durch Ankauf sämtlicher Bahnen durch das Reich, geschehen. || Von anderer Seite wird die Centralisation des gesammten deutschen Eisenbahnwesens im Interesse der Landesvertheidigung als ein unbedingtes Erforderniss bezeichnet. || Es kann der Deputation nicht beikommen, das Vorhandensein von Uebelständen mannichfacher Art bei dem deutschen Eisenbahnwesen bestreiten zu wollen. Dieselbe

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

erkennt vielmehr gern an, dass aus der Willkür mancher Eisenbahngesellschaften, in Verbindung mit der Tarifunsicherheit, den Differentialfrachten, der Verschiedenheit der Classification der Güter etc. sich nach und nach ein höchst verworrener Knoten von Missständen zusammengeschürzt hat, dessen Lösung im allgemeinen Interesse nicht nur wünschenswerth, sondern in der That dringend geboten ist. Der Ankauf der Bahnen für das Reich kann der Deputation aber nicht als zweckentsprechende Lösung des Knotens erscheinen, sondern vielmehr als ein gewaltsames Durchhauen desselben, welches eine Reichsverfassungsänderung involviren würde, wie sie von solcher Bedeutung für die volkswirtschaftlichen und finanziellen Interessen, ja selbst für die Existenz der Einzelstaaten noch nicht vorgekommen ist. Als der einzige richtige, wenn auch langsamere und mühevollere Weg zu einer Reform des deutschen Eisenbahnwesens erscheint der Deputation nur der, der Verfassung des deutschen Reiches entsprechende Weg der Gesetzgebung, und sie ist der Meinung, dass das Scheitern zweier Entwürfe zu einem Reichseisenbahngesetze noch kein ausreichender Grund sei, um diesen Boden zu verlassen. || Derartige hochwichtige Fragen lassen sich eben binnen wenigen Monaten nicht erledigen und bedürfen jedenfalls der eingehendsten und sorgfältigsten Erwägungen, von denen man bisher noch nichts vernommen hat. || Insbesondere dürfte, ehe man zu einer so tiefgreifenden Aenderung der Verfassung des deutschen Reiches schreitet, die Frage zu erörtern sein, ob sich die Nothwendigkeit hierzu denn etwa aus den bisher gemachten Erfahrungen bezüglich der Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens nachweisen lasse, und ob die nicht wegzuleugnenden Uebelstände ohne weiteres ihre Erledigung finden würden, wenn sämtliche Bahnen in den Besitz des Reiches und damit in eine einheitliche Leitung übergingen. || Die Deputation muss diese Frage verneinen, obwohl sie nicht in Abrede stellen kann, dass bei Erbauung von Eisenbahnen auch in Sachsen ein grosser Fehler dadurch gemacht worden ist, dass man von Haus aus nicht einen gewissen einheitlichen Plan hierfür ins Auge gefasst hat. Diesen Fehler soweit möglich zu verbessern, sind indessen Regierung und Landesvertretung schon seit längerer Zeit und mit Erfolg bemüht gewesen. || Von keiner Seite aber hat man bisher zu behaupten gewagt oder nachzuweisen versucht, dass die königl. sächsische oder sonst eine andere der deutschen Regierungen sich zur Leitung des Eisenbahnwesens unfähig oder ungeeignet erwiesen hätte. || Im Gegentheil darf man behaupten, dass, wie in den anderen deutschen Staaten, so auch in Sachsen das Eisenbahnwesen im Allgemeinen musterhaft geordnet ist, und wird dasselbe namentlich bei uns des leicht übersehbaren Umfanges unseres Eisenbahnnetzes wegen zur vollsten Zufriedenheit der Bevölkerung verwaltet. Insbesondere erkennt man im Lande mit Befriedigung an, dass schon seit einer Reihe von Jahren die Staatsregierung und Landesvertretung bezüglich des Eisenbahnbaues nicht den rein finanziellen, sondern im bei weitem überwiegenden Maasse den volkswirtschaftlichen Standpunkt im Auge gehabt haben. Demzufolge ist zwar die Gesamttrente der sächsischen Staatsbahnen nach und nach gesunken, da-

gegen aber zum grossen Vortheil des Landes der Wohlstand ärmerer und entlegener Landestheile wesentlich gefördert worden. || Weiss sich sonach Sachsens Bevölkerung im Besitz eines Eisenbahnnetzes, dessen Entstehung einerseits ganz ausserordentlich zur wirthschaftlichen Entwicklung des Landes beigetragen hat, so ist andererseits neben dieser erfreulichen Thatsache zu constatiren, dass dieser Besitz dem Lande zugleich eine Einnahmequelle erschlossen hat, aus welcher nicht allein das zur Herstellung der Bahnen erforderlich gewesene Anlagecapital angemessen verzinst und allmählich amortisirt wird, sondern welche hierüber auch noch einen Ueberschuss zur Deckung anderweiter Staatsbedürfnisse und Verbesserung der Erträge des Staatsvermögens (z. B. der Forsten) gewährt, hierdurch aber dem Volke mässige Steuern ermöglicht. Jeder Einzelne aus dem Volke legt deshalb auch auf Erhaltung dieses mit grosser Mühe und Sorge geschaffenen Besitzes, in welchem gewissermaassen ein guter Theil seines eigenen enthalten ist, einen hohen und um so grösseren Werth, als man denselben unter staatlicher Verwaltung in bester Pflege weiss. Infolge dessen befinden sich daher die zur Erbauung der Bahnen nöthig gewordenen Anleihen zum überwiegend grossen Theile in den Händen der Landesangehörigen, welche, indem sie den Gegenwerth für ihre Forderungen im Besitze des eigenen Landes wissen, das Gebahren mit demselben seitens der Staatsregierung leicht übersehen und durch ihre Landesvertretung controliren können. || Dieser Vortheil würde aber dann entschieden verloren gehen, sobald die heimischen Bahnen in dem grossen Reichseisenbahnnetze aufgingen, dessen Verwaltung sich der Controle derer jedenfalls vollständig entziehen würde, welche aus Gläubigern des sächsischen Staates solche des Reiches würden. || Konnte die Deputation vorstehend constatiren, dass die sächsischen Eisenbahnen wesentlich zur Hebung des Wohlstandes im Lande und dessen wirthschaftlicher Entwicklung beigetragen haben, und ist zuzugeben, dass die hauptsächlichsten, namentlich dem grossen Durchgangsverkehr in Sachsen dienenden Bahnlinien gebaut sind, so ist dennoch das sächsische Bahnnetz als ein vollständig ausreichendes noch keineswegs zu betrachten. Es erübrigt vielmehr noch, gar manche wohlberechtigten Interessen einzelner, bis jetzt der Wohlthat eines Schienenwegs noch nicht theilhaftig gewordenen, Landestheile zu befriedigen und durch solche Linien den Hauptbahnen des Staates zugleich neuen Verkehr zuzuführen. Angesichts dieses Bedürfnisses aber muss die Bevölkerung Sachsens mit schwerer Besorgniss auf die projektirte Centralisation des deutschen Eisenbahnwesens blicken. || Denn eine Centralstelle, sie sei noch so vorzüglich zusammengesetzt, wird nimmermehr im Stande sein, all den zahllosen lokalen Interessen gerecht zu werden, wie sie ebensowohl in Sachsen, als auch in anderen Bundesstaaten theils hinsichtlich des weiteren Ausbaues der Eisenbahnnetze, theils hinsichtlich der Personen- und Güterbeförderung vorhanden sind. Kommt es doch bei aller Fürsorge, welche seitens der sächsischen Regierung und Landesvertretung dem Eisenbahnwesen gewidmet wird, noch des Oefteren vor, dass einzelne Landestheile darüber klagen, dass man ihren Wünschen und Beschwerden in

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

Nr. 5597.
Sachsen.
3 März 1876

Betreff der Verwaltung oder weiteren Ausdehnung der Staatsbahnen nicht mit der gehofften Beschleunigung Gehör schenke. Um wie viel weniger aber werden derartige Wünsche Beachtung und Bahnprojekte von mehr lokalem Interesse Aussicht auf Verwirklichung finden, wenn die betreffenden Gesuche anstatt an die, mit den Verhältnissen wohlvertrauten heimischen Behörden und Landesvertretungen, an eine Reichscentralbehörde, beziehentlich den Reichstag, gerichtet werden müssen! Bei dem ungeheueren Geschäftsumfang, welchen der Reichstag schon jetzt zu bewältigen hat und bei welchem es nichts Seltenes ist, dass manche hochwichtigen Fragen und Angelegenheiten unerledigt bleiben müssen, bei dem riesigen Felde, welches der Thätigkeit einer deutschen Eisenbahndirektion zufallen würde, dürfte es — selbst den besten Willen vorausgesetzt — sich gar bald als unmöglich herausstellen, zu Erledigung so massenhafter, an sich oft kleiner und anscheinend unbedeutender, für die Interessen der betreffenden Gegenden aber höchst wichtiger Wünsche, die nöthige Zeit einerseits, sowie, Mangels der unbedingt erforderlichen Kenntniss der einschlagenden Verhältnisse, das rechte Verständniss andererseits zu finden. Wohl äusserst selten, wahrscheinlich aber nie würde es den Vertretern solcher Gegenden gelingen, ihre Stimmen zu Gunsten der Wünsche heimischer Petenten zur Geltung zu bringen. || Und wenn es daher sehr wohl denkbar ist, dass in der Folge in zurückgebliebenen Gegenden unrentable Eisenbahnbauten auf Reichskosten ausgeführt, dagegen aber die wirthschaftliche Fortentwicklung eines einzelnen industriellen Bundesstaates, wie z. B. Sachsen es ist, vollständig gehindert, zum mindesten aber bedeutend erschwert werden kann, so wird man unmöglich behaupten können, dass es die deutsche Nationalwohlfahrt fördern heisst, wenn die Interessen und der Wohlstand einzelner Bundesstaaten in so empfindlicher Weise geschädigt werden. || Nächstdem muss es aber auch äusserst bedenklich erscheinen, die Leitung eines so grossen Unternehmens, eines so immensen Vermögensbesitzes und mit diesem eines förmlichen Heeres von Beamten und Arbeitern — welches, wenn man einer Berechnung derselben z. B. die Zahl der Beamten und Arbeiter auf den sächsischen Bahnen zu Grunde legen wollte, über 400,000 Mann betragen würde — in eine Hand zu legen. Nicht allein, dass der Letzteren Wohl und Wehe von dem obersten Leiter der Reichseisenbahnen abhinge, nein, auch die Industrie ganzer Gegenden und der Wohlstand von Millionen würden seinem Ermessen anheimfallen. Es scheint geradezu unmöglich, eine so schwere Verantwortung einem Organe zu übertragen, eine so immense Verwaltung von einem Centralpunkte aus zu leiten, und es ist wohl der von Manchem geltend gemachte Vergleich mit der einheitlichen Leitung des Militär- oder des Post- und Telegraphenwesens um so weniger am Platze, als es sich bei der Verwaltung von Eisenbahnen weder um so einfache, mehr oder weniger stabile und gleichförmige Verhältnisse wie bei dem Ersteren handelt, noch bei dem Post- und Telegraphenwesen so bedeutende Summen, eine so grosse Anzahl von dabei beschäftigten Personen, beziehentlich so viele und verschiedene Interessen in Frage kommen. || Uebrigens

sollen die Schwierigkeiten der Verwaltung eines so ausgedehnten Bahnnetzes — wie man den Mittheilungen einiger Blätter entnehmen konnte — auch vom Reichseisenbahnname anerkannt worden sein. Dabei begegnet man zugleich einer Andeutung, welche, wäre sie wirklich begründet, geeignet sein würde, die Beunruhigung, welche sich jetzt schon eines grossen Theils der Bevölkerung bemächtigt hat, noch bedeutend zu steigern. Man sagt nämlich: es sei, um der Schwierigkeit einer so grossen Verwaltung aus dem Wege zu gehen, beabsichtigt, grössere Eisenbahngelände abzugrenzen und solche dann an Gesellschaften zu verpachten. || Für Grosskapitalisten und Spekulanten würde sich hierdurch allerdings ein reiches Feld neuer gewinnbringender Thätigkeit erschliessen. Wie sich aber der Verkehr und die Interessen der betreffenden Einzelstaaten dabei stehen würden, bedarf wohl keiner eingehenden Erörterung. Geht man hiernächst zur Erörterung der Frage über, welche Bedeutung in finanzieller Hinsicht der Ankauf der Bahnen für das Reich, sowohl für dieses, als für die einzelnen Staaten haben würde, so ist zuvörderst nöthig, den ungefähren Werth der gesammten deutschen Bahnen zur Ziffer zu bringen. Als geeignetste Unterlage hierfür erschienen der Deputation diejenigen Summen, welche nach einer dem Reichstage im vorigen Jahre vom Reichskanzleramte zugefertigten Zusammenstellung bis zum Ende des Jahres 1874 auf die Herstellung von Eisenbahnen verwendet worden sind.

Hiernach kommen auf:

Preussische Staatsbahnen	837,700,880 M.
Bayerische Staatsbahnen, incl. Ostbahn .	575,834,056 „
Württembergische Staatsbahnen	329,778,123 „
Sächsische Staatsbahnen	302,656,398 „
Badische Staatsbahnen	310,298,452 „
Oldenburgische Staatsbahnen	21,852,870 „
Main-Weserbahn (gemeinsamer Besitz) .	21,296,577 „
Reichseisenbahnen	340,754,648 „
Deutsche Privatbahnen	3,409,218,756 „
	<hr/>
	Sa. 6,149,390,760 M.

Rechnet man hiervon diejenige Summe ab, welche auf die bereits im Besitze des Reiches befindlichen Bahnen zu Verwendung gelangte, so reducirt sich obige Summe auf

5,808,636,112 M.

Diese Summe würde jedoch bei weitem nicht den Ankaufspreis repräsentiren, welcher vom Reiche für Erwerbung der Bahnen anzulegen sein würde, wenn man nicht annehmen will, dass dasselbe die Macht, welche ihm zufallen würde, falls ihm, wie neuerdings beabsichtigt wird, zunächst der Erwerb der preussischen Staatsbahnen und die Erlangung der Hoheitsrechte über die preussischen Privatbahnen gelänge, dazu gebrauchen wolle, auf die übrigen deutschen

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

Staats- und Privatbahnen durch Verkehrsentscheidungen etc. einen derartigen Druck zu üben, dass dieselben schliesslich genöthigt würden, in eine Abtretung ihrer Bahnen zu billigem Preise an das Reich zu willigen. || Es würde also die Erwerbung der Bahnen, da die Reichsverfassung zu diesem Zwecke eine Expropriation nicht kennt, im Wege der freien Vereinbarung erfolgen müssen, und dabei soll, wie gewisse Blätter wissen wollen, nach Maassgabe des preussischen Eisenbahngesetzes vom Jahre 1838 derart verfahren werden, dass für diejenigen Bahnen, welche seither eine Rente abgeworfen haben, der Durchschnittsertrag der letzten 5 Jahre der Werthsermittlung zu Grunde gelegt würde. Nun hat aber dieser Durchschnittsertrag in den Jahren 1870 bis mit 1874 nahezu 6 Procent betragen, wonach sich der Ankaufspreis auf ca. 8 Milliarden Mark berechnen würde. || Es würde also das Reich zur Verzinsung der von ihm zu contrahirenden Schuld von 8 Milliarden alljährlich einen Ueberschuss von 360 Millionen Mark aus den Einnahmen der Reichsbahnen erzielen müssen, wenn die Verzinsung, wie ebenfalls behauptet wird, eine $4\frac{1}{2}$ procentige werden soll. || Die Erwartungen, welchen sich Manche hingeben, dass dies Resultat mit Leichtigkeit zu erzielen sein werde, kann jedoch die Deputation nicht theilen. Mag man auch zugeben, dass ein grosser Theil der jetzigen Eisenbahnverwaltung infolge des Ueberganges aller Bahnen an das Reich eingezogen werden kann, so müsste doch ganz entschieden, dafern das Reich die erworbenen Bahnen in eigene Verwaltung nehmen will, in verschiedenen Gegenden Deutschlands eine grössere Anzahl Lokalverwaltungsbehörden eingerichtet werden, welche, selbst wenn sie weit weniger zahlreich wären, als gegenwärtig die verschiedenen Eisenbahnverwaltungen, dennoch eine Ersparniss an Verwaltungskosten kaum ermöglichen lassen würden, da ja bekanntlich jede Staatsverwaltung viel kostspieliger ist, als die einer Handelsgesellschaft. || Ist nun aber eine Ersparniss auf der einen Seite nicht zu erwarten, so glaubt die Deputation andererseits um so weniger, dass die Reichseisenbahnen das Erwerbskapital entsprechend verzinsen würden, als einmal für den Theil der zu erwerbenden Privatbahnen, welche bisher gut rentabel gewesen, ein sehr hoher, dem zeitlichen Nutzungswerthe entsprechender Preis zu zahlen sein würde. Würde aber auf diese Weise der künftig etwa mögliche Nutzen dem Vorbesitzer gewissermaassen mit der hohen Kaufsumme schon kapitalisirt hinausbezahlt, so dürfte dem erwerbenden Reiche eine dem Anlagekapital entsprechende Rente kaum mehr in Aussicht stehen. Sodann ist aber weiter zu bedenken, dass die Rentabilität vieler Bahnen seit mehreren Jahren im Rückgange begriffen ist und z. B. die preussischen Staatsbahnen das darin angelegte Kapital in den letzten Jahren mit nicht mehr ganz 4 Procent verzinst haben. || Ausserdem ist aber in der Gründerperiode eine Anzahl zur Zeit nothleidender Bahnen entstanden, bei welchen bekanntlich die Betriebseinnahmen nicht hinreichen, um die Betriebskosten zu decken, geschweige denn eine Verzinsung des Anlagekapitals zu crübrigen. Ihr Verkauf an das Reich wird daher sehnlichst gewünscht und erwartet von allen Denen, welche grosse Massen unverkäuflicher

Papiere derselben in den Portefeuilles haben und nunmehr die Hoffnung hegen, wenigstens einen Theil ihrer so gut wie verlorenen Kapitalien zu retten. Auf Kosten der Steuerzahler würden also Jene profitiren und ausser ihnen die Börse, welcher durch Emission einer gewaltigen Reichsschuld und die mannichfachen Transactionen bei dem Ankaufe der Privatbahnen neue Gelegenheit zur Spekulation geboten würde. Den Uebrigen aber bliebe überlassen, den zu erwartenden Ausfall in den Reichseisenbahneinnahmen durch neue Reichssteuern oder verdoppelte Matricularbeiträge der einzelnen Bundesstaaten zu decken oder sich einer den allgemeinen Interessen, insbesondere denen des Handels und der Industrie, höchst nachtheiligen Tariferhöhung zu gewärtigen. || Derartige Auspicien erscheinen aber weder für Sachsen noch andere Bundesstaaten verlockend, einen wohl erworbenen Besitz freiwillig zu opfern. Ganz dieselben wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken, welche gegen einen Verkauf sämtlicher deutschen Bahnen an das Reich sprechen, sind nun aber nach Ansicht der Deputation auch geltend zu machen gegen einen partiellen Ankauf von solchen seitens des Reiches. || Wie schon oben erwähnt, soll seitens der königl. preussischen Staatsregierung die Absicht vorliegen, mit dem Reiche wegen des Verkaufs der preussischen Staatsbahnen und Abtretung der preussischen Hoheitsrechte über die Privatbahnen in Unterhandlung zu treten. || Die Deputation hat hierzu Folgendes zu bemerken: || Während die süddeutschen Staaten fast ausschliesslich im Besitze der Eisenbahnen sich befinden, begegnet man im Königreiche Preussen und in Sachsen dem gemischten Staats- und Privatbahnsystem. Es ist diesem Systeme an leitender Stelle aus dem Grunde der Vorzug gegeben worden, weil man von der Ansicht ausging, einmal durch Heranziehung des Privatkapitals schneller zu dem Ziele zu gelangen, die Länder mit den so nothwendigen Eisenbahnen zu versehen, sodann aber durch das belebende Element der Privatthätigkeit und Concurrenz zugleich auch auf die staatlichen Unternehmungen selbst fördernd einzuwirken. || Diese Politik der Regierungen fand zum Theil lebhaftere Unterstützung in den Landesvertretungen und führte zu einer sehr bedeutenden, ja eine Zeit lang rapiden Entwicklung der Privateisenbahnen. Jene Zeiten und die inzwischen eingetretenen Folgen der überstürzten Unternehmungen, sie sind genugsam bekannt und bieten so wenig Erfreuliches, dass man von einem näheren Eingehen auf dieselben wohl absehen kann. || Es wird genügen, zu constatiren, dass aus ihnen das Vermächtniss einer Anzahl von Eisenbahnunternehmungen stammt, welche, mit aussichtsreichen Prospekten unter immensem Kostenaufwande ins Leben gerufen, ein kümmerliches Dasein fristen, indem sie schon bestehenden älteren Bahnen Concurrenz zu machen suchen, durch welche zwar deren Rentabilität geschmälert, eine eigene, einigermaassen lohnende aber nicht erzielt wurde. Derartige Bahnen finden sich in Sachsen sowohl als in Preussen. || Das Königreich Preussen besitzt an Staatsbahnen ca. 4300 Kilometer. Die Rentabilität derselben ist, wie schon erwähnt worden, abnehmend, und haben sich z. B. im Jahre 1874 die bis zum Ende 1873 in Eisenbahnen angelegten Kapitalien auf

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

noch nicht 4 Prozent verzinst. Inmittelst sind in den Jahren 1874 und 1875 anderweit mehrere Hundert Millionen Mark in Staatsbahnen neu angelegt worden und ausserdem noch mehrere Bahnen, welche einen Aufwand von ca. 400 Mill. erfordern sollen, im Bau begriffen. || Eine hohe Rentabilität erwartet von diesen neuen Bahnen selbst in Preussen Niemand. || An nothleidenden Bahnen hat der preussische Staat bekanntermaassen auch die Nordbahn und pommerische Centralbahn erworben. || Denkt man sich nun dieses grosse preussische Staatsbahnnetz und zugleich mit demselben die Sorge um den weiteren Ausbau etwa noch darin vorhandener Lücken auf das Reich unter den weiter oben angedeuteten Bedingungen übergehend, so würde demselben eine kolossale, mit $4\frac{1}{2}$ Prozent zu verzinsende Schuldenlast erwachsen. || Um diese Zinsen, welche aus den Erträgnissen der Reichseisenbahnen zu decken wohl unmöglich sein würde, zu beschaffen, würde aber das Reich zu Maassregeln greifen müssen, welche mit den wirthschaftlichen und finanziellen Interessen der übrigen Bundesstaaten schwerlich in Einklang gebracht werden könnten. || Andeutungsweise sei hier nur bemerkt, dass die Reichseisenbahnverwaltung im Besitze des grössten Eisenbahnkomplexes, welcher den ganzen Norden Deutschlands umfassen und sich im Osten und Westen in südlicher Richtung hin ausstrecken und dadurch Sachsen, Thüringen und die süddeutschen Staaten umschliessen würde, es sehr wohl in der Hand hätte, den Verkehr so zu leiten, dass derselbe den Eisenbahnen der Mittelstaaten theilweise entzogen oder zugewendet würde, je nachdem dies eben den Intentionen der Reichsregierung entsprechend und zweckmässig erschiene, und dass es derselben sonach keineswegs unmöglich sein würde, die übrigen Bahnen derart zu bedrängen, dass den andern Bundesstaaten nichts übrig bliebe, als dieselben ebenfalls dem Reiche zu überlassen. || Ist die Deputation aber selbstverständlich weit entfernt, eine derartige Absicht der Reichsregierung zu unterstellen, so muss sie dennoch aus den angedeuteten wirthschaftlichen und finanziellen Bedenken, welche auch für Sachsen aus dem Erwerbe der preussischen Bahnen für das Reich sich ergeben müssen, es angezeigt erachten, der königl. Staatsregierung zu empfehlen, eintretenden Falls sich zu dem Ankauf dieser Bahnen für das Reich ablehnend zu verhalten. || Hierbei sei übrigens noch erwähnt, dass die Ansicht Derer, welche geneigt sind, das Vorgehen des preussischen Staates rücksichtlich der Ueberlassung seiner Bahnen an das Reich und der Abtretung seines Hoheitsrechtes über die preussischen Privatbahnen als ein hochherziges Beispiel und nachahmenswerthes Opfer im Interesse der weiteren und festeren Begründung der Reichseinheit zu bezeichnen, von den Deputationen nicht getheilt werden kann. || Ein Opfer bringt der preussische Staat mit Abtretung seiner Bahnen vom preussisch-finanziellen Standpunkte aus, wie oben dargethan, um so weniger, als derselbe für verschiedene Privatbahnen Zinsgarantien übernommen und ihm auch noch der Ausbau zahlreicher, aber unrentabler Bahnen im Interesse der volkwirthschaftlichen Bedürfnisse seiner östlichen Provinzen bevorsteht, welche Lasten sodann dem Reiche zufallen würden, und die Begebung ihrer Hoheits-

rechte dürfte der leitenden Macht des Reiches ebenfalls nicht allzu hoch anzurechnen sein. Es liegt eben ein sehr grosser Unterschied darin, ob Preussen seine Bahnen dem Reiche abtritt oder ein anderer Bundesstaat; denn während sie im ersten Falle in der Hauptsache unter derselben leitenden Macht blieben, würden sie im anderen Falle aufhören, sächsisch, bayerisch, badisch etc. zu sein. || Endlich sei noch eine kurze Betrachtung der Ansicht gewidmet, dass die Centralisation des deutschen Eisenbahnwesens im Interesse der Landesvertheidigung ein unbedingtes Erforderniss sei. | Die Deputation kann auch dieser Behauptung nicht beipflichten und erinnert zur Begründung ihrer gegentheiligen Meinung zunächst an die wahrhaft grossartigen, von allen, auch militärischen Seiten anerkannten Leistungen der deutschen Staats- sowohl als Privatbahnen im Jahre 1870. Seit jener Zeit hat aber das deutsche Eisenbahnnetz und mit ihm der Bestand an Transportmitteln, wie bekannt, ganz erhebliche Erweiterungen erfahren, und es dürfte daher deren Leistungsfähigkeit, auch selbst für die Eventualität ausreichend zu erachten sein, dass es dem deutschen Reiche beschieden sein sollte, einmal nach mehreren Seiten Front zu machen. Dieselbe freudige Opferwilligkeit, welche im Jahre 1870 alle deutschen Eisenbahnverwaltungen beseelte, würde auch für die Zukunft ein einheitliches Zusammenwirken verbürgen und das umsomehr, als inzwischen die Reichsgesetzgebung durch Artikel 47 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 und durch § 28 des Gesetzes über die Kriegisleistungen vom 13. Juni 1873 dafür gesorgt hat, dass alle deutschen Eisenbahnen im Kriegsfall sich der Militärbehörde zur vollständigen Disposition zu stellen haben. || Wenn demnach in dem Uebergange der sämtlichen deutschen oder auch nur der preussischen Staats- und Privatbahnen an das Reich keinerlei Vortheil für dasselbe zu erblicken ist, dagegen aber den einzelnen Bundesstaaten die schwerwiegendsten wirthschaftlichen und finanziellen Nachtheile entstehen können, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn ein derartiges Project den tiefsten Unmuth der Bevölkerung hervorrufft und die Meinung in derselben entstehen liess, dass es sich bei Begründung eines Reichseisenbahnsystems weniger darum handle, wirthschaftlichen Schäden abzuhelpen, als vielmehr die Idee des Einheitsstaates zu fördern und das verfassungsmässige Bundesverhältniss zu erschüttern. || Mag nun diese Ansicht begründet sein oder nicht, so steht doch soviel fest, dass eine frühere oder spätere Abtretung der deutschen Bahnen an das Reich rücksichtlich derjenigen Selbstständigkeit der Einzelstaaten, deren Aufrechterhaltung nothwendig erscheint, zu den ernstesten Bedenken Anlass geben müsste. || Das Reich in seinen gegenwärtigen Competenzen ist entschieden populär, und es würde nach Ansicht der Deputation um so weniger gerechtfertigt erscheinen, eine weitere Ausdehnung dieser Competenzen anzustreben, als dieselbe mit Freuden constatiren kann, dass, wie in anderen Bundesstaaten, so ganz besonders auch in Sachsen Fürst und Volk gern und treu zu Kaiser und Reich stehen. | Schon im Eingange hat die Deputation angedeutet, dass ihr als der richtigste Weg, auf welchem die, dem deutschen Eisenbahnwesen anhaftenden Uebelstände zu

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

beseitigen wären, allein der der Gesetzgebung erscheine, und sie glaubt zum Schlusse nochmals auf diese Ansicht zurückkommen zu müssen. Es soll nicht geleugnet werden, dass die Schaffung eines Gesetzes, durch welches einerseits die vorhandenen Uebelstände möglichst beseitigt und eine allseitig gewünschte gleichmässige und einheitliche Behandlung der Eisenbahnangelegenheiten gesichert, andererseits aber auch jedem einzelnen Staate das Seine belassen und dessen verfassungsmässige Rechte aufrechterhalten werden, ziemlich schwierig sein mag. Das Scheitern zweier darauf bezüglicher Gesetzentwürfe hat das bewiesen. Nichtsdestoweniger erscheint das endliche Gelingen nicht unmöglich, wenn man erwägt, dass die Gesetzgebung wohl schon vor schwierigeren Aufgaben gestanden hat. Es sei z. B. an die Begründung des Zollvereins erinnert, bei welcher es gelungen ist, schwierigere Fragen zu lösen und weit mehr auseinandergehende Interessen zu vereinigen. || Inwieweit es die Schaffung eines Reichseisenbahngesetzes erleichtern und zu einer Verständigung der einzelnen Bundesregierungen beitragen könnte, wenn diejenigen Staaten, welche, wie das Königreich Preussen und Sachsen, zur Zeit noch das gemischte Staats- und Privatbahnsystem haben, eine Erwerbung der Privateisenbahnen herbeizuführen suchten, ist eine Frage, welche die Deputation zur Zeit nicht geglaubt hat in den Bereich ihrer Erörterungen ziehen zu sollen, und an deren Erwägung zunächst wohl die betreffenden Regierungen heranzutreten haben würden. || Ein auf dem Boden der Reichsverfassung stehendes Reichseisenbahngesetz, welches rücksichtlich der allgemein als nothwendig anerkannten Regulirung des Tarifwesens etc. Normen feststellt, welche, unter thunlichster Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse, den einzelnen Staaten die Möglichkeit gewähren würden, auf die weitere Entwicklung und Ausbildung ihres Eisenbahnwesens Bedacht zu nehmen, würde sicher von allen Seiten mit Dank und Freude begrüsst werden. Nicht minder befriedigen würde es, wenn durch dasselbe Gesetz dem Reichseisenbahnnamte eine Stellung gesichert würde, welche dieses in den Stand setzt, in Ausübung der, dem Reiche verfassungsmässig zustehenden Rechte eine wirksame Controle über die einzelnen Eisenbahnverwaltungen zu führen. Eine solche, nicht selbstverwaltende, sondern controlirende und beaufsichtigende hohe Reichsbehörde, vermöge ihrer über alle Sonderinteressen erhabenen Stellung geeignet, in Angelegenheiten, wo mehrere Eisenbahnverwaltungen mit verschiedenen Interessen betheiligt sind, oder wo Conflict vorliegen, zu entscheiden, und an welche sich diejenigen, welche durch Entscheidungen ihrer Landesbehörden in Eisenbahnsachen sich beschwert erachten, wegen einer Abhilfe wenden können, würde sicherlich sich sehr bald des allgemeinsten Vertrauens erfreuen. || Schliesslich hat die Deputation noch des höchst nachtheiligen Einflusses zu gedenken, den die zur Zeit bestehende Unsicherheit über die Zukunft des deutschen Eisenbahnwesens auf diejenigen industriellen Etablissements hervorgerufen hat, welche nur irgendwie in Beziehungen zu demselben stehen. Liegen Handel und Industrie ohnehin schon schwer darnieder, so ist über jene Etablissements eine förmliche Nothlage hereingebrochen, da Bestel-

lungen aller Art so lange ausgesetzt bleiben, als über die in Vorstehendem behandelte brennende Frage nicht endliche und bestimmte Aufklärung erfolgt. Eine solche zur Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen, hat die Deputation beabsichtigt, indem sie sich im vorstehenden Bericht über die Frage ausgesprochen, und sie hofft, dass die königl. Staatsregierung nicht zögern wird, nunmehr auch ihrerseits durch eine offene Aussprache über den Stand der Angelegenheit die nöthige Auskunft zu ertheilen und sich im Sinne der vom Abg. Walter eingebrachten, inmittelst aber auf Grund seiner Motivirung wieder zurückgezogenen Interpellation zugleich darüber zu erklären, wie sie sich zu diesem für Sachsen wie für ganz Deutschland so folgenschweren Projecte einer Erwerbung deutscher Bahnen für das Reich, falls an dessen Ausführung thatsächlich gedacht werden sollte, verhalten würde.

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

Zu diesem Gegenstande liegen zwei Anträge vor,

1) von den Abgg. Adler u. Gen.:

a) an die königl. Staatsregierung das Ersuchen zu richten, einer auf die Erwerbung der deutschen Eisenbahnen oder eines Theiles derselben für Rechnung des deutschen Reiches gerichteten Vorlage im Bundesrathe die Zustimmung zu versagen,

sowie

b) unerwartet einer solchen Vorlage sobald als thunlich denjenigen Bedenken, welche gegen die projectirte Erwerbung der deutschen Eisenbahnen oder eines Theiles derselben für Rechnung des Reiches sprechen, in geeigneter Weise dem Reichskanzler gegenüber Ausdruck zu geben.

2) von den Abgg. Dr. Biedermann u. Gen.:

die Kammer wolle die königl. Staatsregierung ersuchen, für die baldmöglichste Zustandebringung eines Reichseisenbahngesetzes, durch welches den Klagen über Missstände des Eisenbahnwesens Abhilfe geschafft wird, mit allen Kräften zu wirken.

Staatsminister v. Friesen: Die Ansicht der königl. sächsischen Regierung über die Idee — ich will es so ausdrücken, denn ein eigentliches Project besteht noch nicht —, über die Idee der Concentration aller deutschen Eisenbahnen in der Hand des Reiches, diese Ansicht ist, wie ich glaube, ziemlich allgemein bekannt; ich habe nie einen Rückhalt aus meiner Auffassung dieser Frage gemacht, auch ist darüber so Manches in die Oeffentlichkeit gedrungen. Ich sehe daher die heutige Verhandlung weniger an als zu dem Zwecke bestimmt, dass die Regierung sich aussprechen soll; ich sehe vielmehr die Bedeutung der heutigen Verhandlung hauptsächlich darin, dass die Vertreter des sächsischen Volkes nach ihrer freien eignen Ueberzeugung über diese Frage sich hier öffentlich aussprechen und dadurch die Stellung der Regierung in der ganzen Angelegenheit, wie ich hoffe und wünsche, stärken werden. Indessen, meine Herren, da die geehrte Deputation in ihrem Berichte den aus-

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

drücklichen Wunsch und das Verlangen ausgesprochen hat, dass die Regierung sich über ihre Stellung zu der Frage näher erklären möge, und indem sie zugleich gewissermaassen die Interpellation des Hrn. Abg. Walter, die dieser zurückgezogen hatte, wiederaufnimmt, wie es geschehen ist, so würde es leicht zu Missdeutungen führen, wenn die Regierung einer offenen Aussprache über ihre Ansichten am heutigen Tage sich entziehen wollte. Wenn ich aber auf die Provocation der Deputation eingehe, so muss ich zunächst einige Worte über den gegenwärtigen Stand der Frage selbst sprechen. Was ist es denn überhaupt, was wir über diese Sache wissen? Seit ungefähr einem halben Jahre wird in der Presse die Frage wegen des Ankaufs der deutschen Eisenbahnen für das Reich ausführlich behandelt, und zwar in einer Weise behandelt, die sich den Anschein giebt, als ob sie auf den besten Quellen, auf den sichersten Informationen beruhe; dabei aber werden wieder Ansichten ausgesprochen und Grundsätze entwickelt, von denen man unmöglich annehmen kann, dass sie wirklich auf einer authentischen, offiziellen Basis beruhen. Wenn man die Parteiverhältnisse Deutschlands einigermaassen kennt, kann man aus den einzelnen Correspondenzen und Artikeln so ziemlich herausfühlen, von welcher Seite sie herkommen, was der eigentliche Kern der Sache ist. Ich selbst, meine Herren, bin lange Zeit zweifelhaft gewesen, ob überhaupt etwas Reelles an der ganzen Agitation sei. Ich habe noch bei Beginn dieses Landtages von vielen Seiten die Ansicht hören müssen, an der ganzen Sache sei nichts Reelles; es seien nur vage Projecte, die aufgestellt wären im Interesse von Börsenspeculanten und sonst. Nun wurden aber die Nachrichten immer dringender, immer zuversichtlicher; man ging sogar so weit, sich auf angebliche persönliche Aeusserungen zu beziehen, ohne doch irgendwie für die Wahrheit dieser, wenn überhaupt wahren, doch jedenfalls aus dem Zusammenhange gerissenen Aeusserungen einen Beweis liefern zu können. Dies, in Verbindung mit der gar nicht zu verkennenden grossen Aufregung, welche diese Idee in Sachsen hervorgerufen hatte, und mit der Ueberzeugung, dass gerade die Unbestimmtheit, das Nebelhafte der ganzen Idee vielmehr geeignet war, Unruhe und Besorgniss zu erregen, als wenn ein bestimmtes klares Project vorgelegen hätte, hat die sächsische Regierung schon vor einigen Monaten bewogen, in vertraulicher Weise in Berlin anzufragen, was denn Wahres an diesen Gerüchten sei, und später hat mich meine immer wachsende Besorgniss noch einmal bewogen, meine Ansichten über die Vereinigung aller Eisenbahnen in den Händen des Reiches und die Bedenken, welche ich dagegen habe, in ganz vertraulicher Form in Berlin zur Kenntniss zu bringen. Zu diesem Schritte habe ich mich durch folgende Auffassung bewegen lassen. Ich ging davon aus, dass der — ich will sagen, schöne — Ausdruck, der so oft gebraucht wird, „die verbündeten Regierungen“, nicht bloss in dem Sinne eines einfachen Bündnisses zu verstehen ist, sondern im Sinne einer innigen und einträchtigen Zusammengehörigkeit der gesammten deutschen Regierungen zu einem gemeinschaftlichen Ziele und Zwecke, und damit für alle Regierungen die

Berechtigung gegeben ist, über wichtige Fragen, die auftauchen können und für alle Mitglieder des Reiches von grosser Bedeutung und Wichtigkeit sind, sich in ganz offener vertrauensvoller Weise gegenseitig auszusprechen, auch wenn eine offizielle Aufforderung zu einer solchen Aussprache nicht vorliegt. Ich habe es daher für mein Recht und für meine Pflicht gehalten, die Zweifel und Bedenken zu einer Zeit, wo die Reichsregierung darüber noch nicht befragt war, wo überhaupt eine bestimmte Frage noch nicht vorlag, in bundesfreundlicher und ganz vertrauensvoller Weise zur Kenntniss des Herrn Reichskanzlers zu bringen, und ich darf es mit grosser Befriedigung constatiren, dass dieser Schritt auch ganz in derselben vertrauensvollen und bundesfreundlichen Weise aufgenommen und erwiedert worden ist. Aus den Antworten, die darauf erfolgten, habe ich nun gesehen, dass allerdings die Idee einer Concentration aller Bahnen oder gewisser Classen derselben, aber noch in ihren ersten Anfängen, der Erwägung an maassgebender Stelle unterlegen hat, dass aber — wenigstens zu der Zeit, wo ich diese Antwort bekam — die Sache über diese vorläufigen Erwägungen noch nicht hinausgekommen war, dass ein bestimmter Plan, ein bestimmtes Project, weder in Bezug auf das Ziel, welches damit verfolgt werden sollte, noch in Bezug auf die Mittel bestand, mit welchen es erreicht werden sollte. Ich habe zu gleicher Zeit aber auch die bestimmte Erklärung erhalten, dass, was die sächsischen Staatseisenbahnen anlange, sie gänzlich ausser dem Bereiche der Combination in dieser Hinsicht lägen. Nun, meine Herren, ich habe in dieser letzteren Beziehung nur meine volle Befriedigung aussprechen können. || Ich konnte und kann mir aber doch nicht verbergen, dass in dem Umstande, dass die Idee fortwährend verfolgt wird, obgleich noch gar kein bestimmtes Project besteht, doch noch eine grosse Besorgniss für die Zukunft liegt; denn solange die Sache berathen und besprochen wird, kann man nicht wissen, nach welcher Seite hin zuletzt die Entschliessung ausfallen wird. Seit der letzten Erklärung, die ich erhalten, sind 4—5 Wochen vergangen. Die Zeitungen haben nicht aufgehört, immer neue Nachrichten zu bringen, und namentlich in den letzten 2—3 Wochen kommen fast täglich Nachrichten aus Berlin, bringen die Berliner Correspondenzen Mittheilungen, welche sich meist direct widersprechen. Heute soll das beschlossen sein und morgen jenes. Die Sachlage ist unklarer als je. In diesem Augenblicke also, wo ein klares, bestimmtes Project noch nicht vorliegt, wenigstens ein Project nicht, welches auf den Ankauf der Eisenbahnen durch das Reich hinzielt — wo ebensowohl auch ein Beschluss gefasst sein oder gefasst werden kann, der nach einer ganz anderen Richtung hinzielt —, ich bitte die geehrten Herren dringend, dies bei der Discussion zu berücksichtigen, — sprechen wir in diesem Augenblicke das aus, was wir als Kern der Sache betrachten, und das ist in den Anträgen enthalten, die Ihnen vorliegen; gehen wir aber nicht zu sehr auf die speciellen Erläuterungen, auf Erklärungen und Begründungen ein. Es ist gar zu leicht möglich, dass noch so schöne Beweisführungen, die hier gemacht werden, vielleicht morgen oder übermorgen sich als gegenstandslos er-

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

geben. Dies, meine Herren, ist die Lage, in der sich die Frage gegenwärtig befindet. Im Uebrigen habe ich den Mittheilungen, die ich bekommen, nicht nur die vorhin erwähnten beiden Punkte entnommen, sondern daraus auch die erfreuliche Ueberzeugung gewonnen, dass die Reichsregierung mit den vielfach sehr extravaganten Auseinandersetzungen und Angriffen einzelner Blätter, deren Ursprung man wohl nur in besonderen Interessen suchen kann, durchaus nichts zu thun hat und dass es ungerecht und ungerechtfertigt wäre, alle Auslassungen der einzelnen Blätter auf höhere Quellen zurückführen zu wollen. Es bleibt also für uns in der That in diesem Augenblicke nichts weiter übrig, als die Sache ganz im Allgemeinen zu besprechen. Ich will aber auch darauf nicht weiter eingehen, da die Ansichten der Regierung bekannt sind und die Sache auch schon in so ausführlicher Weise besprochen worden ist, dass sich dem wenig hinzufügen lässt. || Wende ich mich nun zu den vorliegenden Anträgen, so habe ich zunächst gegen den Antrag unter a durchaus nicht die geringste Einwendung; er spricht die Ansicht der Kammer bestimmt aus, und dies stimmt mit der Ansicht der Regierung vollkommen überein. || Was den Antrag unter b anlangt, so will ich gegen denselben mich auch nicht erklären, obgleich er gegenstandslos geworden ist. Denn das, was die Kammer hiernach beantragt, ist von mir bereits vor mehreren Wochen wirklich geschehen, und es würde nicht passend und angemessen sein, auf diesen Antrag noch einmal dasselbe zu thun. Ich stelle der Deputation anheim, ob sie diesen Antrag nach dieser Erklärung fallen lassen will; in der Sache selber ändert er ja gar nichts. || Was nun aber den Antrag der Herren Biedermann und Genossen anlangt, so scheint er allerdings, wenn man ihn einfach liest, sehr unschuldiger Natur zu sein; allein wenn er in Verbindung mit den anderen Anträgen gebracht wird, so sagt er, die Regierung solle zwar die Eisenbahnen nicht verkaufen, aber sie solle einem Reichseisenbahngesetze zustimmen. Wenn man nun den Gang der bisherigen Verhandlungen über die Entwürfe zu einem Reichseisenbahngesetze so kennt, wie die Regierung ihn kennt, wie er vielleicht aber nicht der Kammer genau bekannt ist, so könnte man sehr leicht darauf kommen, dass dieser Antrag eine Art Misstrauensvotum, eine Missbilligung gegen die Regierung sein soll. In jedem Falle aber kann er als eine Abschwächung des Hauptantrages gelten. Ich würde also zunächst wünschen, dass der Antrag verworfen wird. || Ich will ausserdem bemerken, dass überhaupt ein Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes, der von der Reichsregierung ausgegangen wäre, noch niemals vorgelegen hat. Die beiden Entwürfe, welche vorlagen, waren vorläufige Arbeiten des Eisenbahnamtes, die in vertraulicher Weise den Bundesregierungen zur Besprechung mitgetheilt worden waren, ehe sie noch überhaupt an das Reichskanzleramt zur Vorlage bei dem Bundesrathe gelangten. Ueber den ersten Entwurf hat eine Berathung überhaupt gar nicht stattgefunden; er ist nicht von den einzelnen Regierungen abgelehnt, sondern wahrscheinlich aus eigener Ueberzeugung der Reichsregierung zurückgelegt worden. Ueber den zweiten Entwurf hat eine informatorische Berathung mit Commissaren ver-

schiedener deutschen Regierungen stattgefunden, aber immer nur über den Entwurf eines Entwurfs, der selbst nur als ein vorläufiger Entwurf bezeichnet war. Diese Commissare haben sich allerdings gegen diesen Entwurf erklärt, aber nicht allein aus particularistischen, sondern jedenfalls aus anderen Gründen. Zur Erläuterung erlaube ich mir zu bemerken, dass, wenn mehrere Redner von dem Reichseisenbahngesetze Abhilfe derjenigen Uebelstände verhofft haben, die sich im deutschen Eisenbahnwesen namentlich in Bezug auf Tarife, Differentialtarife u. s. w. eingeschlichen haben, das auf einer nicht richtigen Voraussetzung beruhte. Um das Tarifwesen der deutschen Eisenbahnen in Ordnung zu bringen, um die Uebelstände, die da vorhanden sind, zu beseitigen, meine Herren, dazu brauchen wir ein Reichseisenbahngesetz nicht, das liegt schon nach der Reichsverfassung in den Händen der Reichsregierung selbst. Es kann nur darauf ankommen, dass diese Angelegenheit von der richtigen Seite angefasst wird; dann werden wir auch zum Ziele kommen. Jetzt kann ich nur zu meinem Bedauern beifügen, dass durch die Einführung des sogenannten Raumtarifsystems in Elsass-Lothringen die Confusion in den deutschen Eisenbahntarifen erst recht gross geworden ist und dass seitdem erst die Beseitigung aller dieser Uebelstände noch viel schwerer gewesen ist, als sie früher war. Neuerdings und zwar schon seit dem vorigen Jahre hat auch der Bundesrath diese Angelegenheit wegen des Tarifs in die Hände genommen. || Es ist das Reichseisenbahnamt beauftragt worden, eine Enquête anzustellen über die bei der Tarifregulirung zu befriedigenden Bedürfnisse und über die vorhandenen verschiedenen Wünsche. Diese Enquête hat stattgefunden. Es ist eine grosse Anzahl von Sachverständigen gehört worden. Ueber das Resultat hat die Enquête-Commission eine Zusammenstellung gemacht, auf deren Grund gegenwärtig im Reichseisenbahnamente Vorschläge ausgearbeitet werden, welche sodann an den Bundesrath kommen. Sie sehen, diese Angelegenheit, auf welche sich hauptsächlich die Gründe beziehen, die gewöhnlich für ein Eisenbahngesetz angeführt werden, kann geregelt werden und wird hoffentlich geregelt werden und zwar sehr bald, ohne dass es nöthig ist, deswegen ein Eisenbahngesetz zu geben. Der Kern, der wesentliche Inhalt der vorläufigen Entwürfe beruhte aber darauf, dass die unmittelbare specielle Aufsicht über das gesamte Eisenbahnwesen bis in die kleinsten Details den Bundesregierungen genommen und dem Reiche übertragen werden sollte; darin liegt der Schwerpunkt der ganzen Differenz. Es würde zu weit führen, wenn ich den Herren specielle Nachweise über dies alles hier geben sollte; ich kann Ihnen aber versichern, dass, wenn die Regierungen, namentlich die sächsische, sich entschieden dagegen erklärt haben, dass die ganze Specialaufsicht bis in die untersten Details von den Einzelregierungen weggenommen und dem Reichseisenbahnamente übertragen werde, dies nicht bloss aus politischen Gründen geschehen ist. Es würde das eine höchst unglückliche, höchst nachtheilige Neuerung sein, die voraussichtlich gar keinen Nutzen gewähren, aber den grossen Nutzen und den sehr grossen Werth, den die gegenwärtige Einrichtung hat, nicht nur ab-

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

schwächen, sondern geradezu aufheben würde. Jetzt steht auf Grund der Reichsverfassung dem Reiche die Oberaufsicht über sämtliche Eisenbahnen zu, über das Tarifwesen und sonst, und das Reichseisenbahnamt ist dazu bestimmt, diese Oberaufsicht des Reiches auszuüben. Meine Herren, bei den Zuständen, wie sie in Deutschland obwalten, wo wir eine grosse Masse von Privat- und Staatsbahnen haben, deren Interessen sich natürlich einander oft gegenüberstehen, oft mit einander collidiren, da ist es, wie ich vorausschicken muss, zwar in hohem Grade anerkennungswerth, dass diese verschiedenen Interessenten im Ganzen sich noch so weit geeinigt haben, als es bis jetzt geschehen ist; immerhin aber bleibt noch eine Menge Differenzen, immer wird den einzelnen Regierungen und den Verwaltungen von Privateisenbahnen noch oft vorgeworfen, dass sie zu sehr ihren eigenen Nutzen, zu oft einseitige Tendenzen willkürlich verfolgen. Da, meine Herren, tritt nun die verfassungsmässige Wirksamkeit des Reichseisenbahnamtes ein: es übt die Oberaufsicht über alle Parteien und Bahnen, es ist ganz unbefangen und nicht betheiligte bei den einzelnen Manipulationen, es steht ganz frei und in keiner Richtung engagirt Dem gegenüber, was bei ihm zur Cognition kommt, sei es als entscheidende oder als vermittelnde Behörde. Wenn nun diese hochstehende, oberaufsichende Reichsbehörde heruntergedrückt zu einer untersten Aufsichtsbehörde, ja, wie es nach dem zweiten Entwurfe vielfach die Absicht war, zu einer wirklichen Verwaltungsbehörde gemacht werden sollte, meine Herren, dann würde der Grundgedanke der Verfassung aufgehoben werden, dann bestände die Abänderung in weiter nichts, als dass an die Stelle einer sächsischen oder preussischen unmittelbaren Eisenbahnaufsichtsbehörde eine Reichseisenbahnbehörde träte, gegen die dann ganz dieselben Einwendungen gemacht werden würden wie gegen jene. Das ist z. B. einer der Punkte, der lebhaft von der sächsischen Regierung bekämpft worden ist. Zwar kann man ihr gewiss nicht den Vorwurf machen, sie habe nur aus politischen Gründen nichts aufgeben wollen. Meine Herren, es waren hohe Zwecke, welche die Regierung verfolgte, wo sie hier anderer Ansicht war. Dieser Gesetzentwurf ist damals nicht zurückgezogen worden; es ist vielmehr am Schluss der informatorischen Besprechungen über denselben erklärt worden: das Reichseisenbahnamt wolle versuchen, ob es möglich sei, den Entwurf nach den Ansichten der übrigen Staaten umzuarbeiten. Späterhin ist er wahrscheinlich liegen geblieben, weil die neue Idee des Ankaufs der Eisenbahnen auftauchte. Sie werden aber daraus ersehen, meine Herren, und ich kann es Ihnen auch heute bestimmt versichern, dass die sächsische Regierung durchaus nicht gemeint ist, dem Zustandekommen eines Eisenbahngesetzes an sich Widerstand zu leisten; sie will aber nur ein Gesetz, das wirklich den Verhältnissen entspricht, ein Gesetz, das in seiner Ausführung leicht zu handhaben ist und den einzelnen Regierungen, den Behörden der einzelnen Länder die unmittelbare specielle Aufsicht über die Eisenbahnen noch erhält, mit einem Worte, ein Gesetz, das auf dem Boden der Reichsverfassung steht und nicht eine Abänderung derselben enthält. Sie sehen, meine Herren, hieraus, wie gefährlich

es bei dieser Sachlage ist, ohne weiteres und ohne nähere Motivirung mit dem Antrage hervorzutreten, die Regierung solle auf ein Eisenbahngesetz hinwirken. Es würde dies sehr leicht, ja höchst wahrscheinlich anders und in einem Sinne verstanden werden, der den hohen Kammern ganz fern liegt. Ich kann daher nur bitten, dass entweder dieser Antrag überhaupt verworfen werde oder dass die geehrten Herren, die ihn unterschrieben haben, denselben zurückziehen und ihn unabhängig von der gegenwärtigen Verhandlung als selbstständigen Antrag motivirt einreichen, damit die Regierung noch sich mit der Deputation darüber in Einvernehmen setzen kann.

Nr. 5597.
Sachsen.
3. März 1876.

Nach längerer Discussion wird der Antrag Biedermann u. Gen. mit 53 gegen 19 Stimmen abgelehnt und der Antrag Adler u. Gen. mit 66 gegen 7 Stimmen angenommen.

Nr. 5598.

WÜRTTEMBERG. — Aus der Sitzung der Abgeordneten-kammer vom 30. März 1876. — Berathung der Reichs-Eisenbahn-Frage.

Es liegen folgende Anträge vor:

I. Antrag von Schmid, v. Sarwey und Genossen: Die hohe Kammer wolle a) der königl. Regierung gegenüber aussprechen: die Abhülfe der Missstände, welche im deutschen Eisenbahnwesen bestehen, sei durch das Zustandekommen eines im Sinne der Bestimmungen der Art. 4, 8 und Art. 41—47 der Reichsverfassung zu erlassenden Reichseisenbahngesetzes anzustreben, nicht aber durch die Erwerbung irgend eines Complexes deutscher Eisenbahnen auf Rechnung des deutschen Reiches; b) die königl. Regierung ersuchen, dieselbe möge allen Maassnahmen, welche auf eine Uebertragung von Eisenbahnen auf das Reich abzielen, ihre Zustimmung im Bundesrathe versagen.

Nr. 5598.
Württemberg.
30. März 1876.

II. Antrag von Dr. Elben und Genossen: Die Kammer möge beschliessen, 1) die Regierung zu ersuchen, sie wolle auch im jetzigen Stadium für das Zustandekommen eines wirksamen Reichseisenbahngesetzes, durch welches in Ausführung der Bestimmungen der Reichsverfassung die aus der Zersplitterung des Eisenbahnwesens in einem grossen Theile Deutschlands entspringenden volkswirtschaftlichen Schäden beseitigt werden können, nach Kräften thätig sein; 2) sie wolle, wenn der Ausgang der Verhandlungen über die neueste preussische Eisenbahngesetzvorlage nur die Wahl lässt zwischen der Uebernahme der preussischen Staatsbahnen auf das Reich oder der einseitigen Hinlenkung der preussischen Eisenbahnpolitik auf Schaffung eines über die preussischen Staatsgrenzen hinausreichenden Uebergewichts des preussischen Eisenbahnsystems, sich für die Reform durch das Reich entscheiden.

Nr. 5598.
Württem-
berg.
30. März 1876.

III. Oesterlen und Genossen stellen folgende Anfrage an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten: In Erwägung, dass in politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung das Wohl Württembergs wie die föderative Grundlage des Reiches durch die preussische Vorlage wegen Uebertragung preussischer Staatsbahnen auf das Reich gefährdet wären, beehren sich die Unterzeichneten, den Herrn Minister darüber zu interpelliren: a) Was ist der königlichen Staatsregierung über die Absicht der preussischen Regierung in dieser Hinsicht bekannt? b) Welcher Rechtsansicht ist die königl. Regierung über die Frage: ob die preussischerseits geplante Uebertragung von Eisenbahnen an das Reich im Bundesrathe durch einfache Stimmenmehrheit beschlossen werden könnte, oder ob sie eine Verfassungsänderung (Art. 78) involvirt? c) Ist die königl. Regierung der Ansicht, dass für eine etwaige Zustimmung im Bundesrathe die Zustimmung der württembergischen Landesvertretung nöthig ist? d) Welche Stellung nimmt die königl. Regierung ein bezüglich der Tarifreform etc. im Eisenbahnwesen?

.

Staatsminister v. Mittnacht: Meine Herren! Ich halte es für angemessen, zunächst dem hohen Hause darüber Mittheilung zu machen, wie bisher die königl. Staatsregierung zu der hochwichtigen Angelegenheit sich verhalten hat, welche den Gegenstand der zur Berathung stehenden Anträge bildet. Man wird allerdings nicht fehlgehen, wenn man das Projekt der Erwerbung deutscher Eisenbahnen für das Reich in Verbindung und in Zusammenhang bringt mit dem bisherigen Nichtzustandekommen eines deutschen Reichseisenbahngesetzes. Meine Mittheilungen werden sich deshalb auch hierauf erstrecken, damit beginnen müssen. Der württembergischen Regierung sind von Seiten der Organe des Reiches zwei Entwürfe eines Reichseisenbahngesetzes zugekommen, ein umfassenderer $\frac{5}{2}$ Gesetzentwurf, der später zurückgezogen oder eigentlich umgearbeitet wurde, im Frühling 1874 und ein kürzerer, ausdrücklich als „vorläufiger“ bezeichneter Entwurf im April 1875. Diese beiden Entwürfe waren aber nicht Vorlagen im Bundesrathe; sie waren im Reichseisenbahnamt ausgearbeitet und aufgestellt worden, und es wurden beide Entwürfe den Regierungen vorläufig mitgetheilt. Die württembergische Regierung hat beide Entwürfe einer eingehenden Prüfung unterzogen und hat sich dabei natürlich zunächst von den Prinzipien und Bestimmungen der Reichsverfassung leiten lassen. Sie hatte also im Auge zu behalten die Bestimmung Art. 4 Ziff. 8 der Reichsverfassung, wonach der Gesetzgebung des Reiches und der Beaufsichtigung desselben unterliegt das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs sowie die Vorschrift des Art. 42 der Reichsverfassung, wonach die Bundesregierungen sich verpflichtet haben, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten zu lassen. Von diesen Gesichtspunkten aus hat die königl. Regierung ihre Bemerkungen zu dem ersten Entwurfe mit einer eingehenden Begründung derselben im Oktober 1874 dem Reichseisenbahnamt übergeben, und es hat sich dieselbe nicht etwa darauf beschränkt, diejenigen

Punkte, die sie zu beanstanden hatte und die ihr zu Bedenken Anlass gaben, hervorzuheben, sondern sie hat auch Gegenvorschläge gemacht, durch deren Annahme nach der Ansicht der württembergischen Staatsregierung die betreffenden Bedenken sich hätten beseitigen lassen. Die königl. Staatsregierung darf auch eine gewisse Rechtfertigung ihrer damaligen Bedenken darin erblicken, dass eine grössere Zahl derselben im zweiten umgearbeiteten Entwurf eine Berücksichtigung gefunden hat. Dieser zweite umgearbeitete Entwurf war zunächst dazu bestimmt, die Grundlage zu bilden für eine in Aussicht genommene sogenannte informatorische Berathung von Kommissaren verschiedener Bundesregierungen. Diese informatorische Berathung hat im Juni 1875 stattgefunden; es hat ein Vertreter der württembergischen Regierung an derselben theilgenommen, und sie sollte die weitere Behandlung der Gesetzesvorlage, insbesondere die Berathung im Schoosse des Bundesrathes, zu der es dann aber nicht gekommen ist, vorbereiten. Der zweite Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Spezialbestimmungen über den Bau, die Anlegung und Ausrüstung der Eisenbahnen, ihre Ausstattung mit Betriebsmitteln, über die Einführung direkter Verkehre, über das Tarifwesen, die Aufstellung der Fahrpläne und über die Organisation der Verwaltung. Ein Theil dieser in dem zweiten Entwurf enthaltenen Bestimmungen hatte den Charakter von gesetzlichen Ausführungsvorschriften zu den in der Reichsverfassung aufgestellten allgemeinen Grundsätzen; der andere Theil onthielt eine Erweiterung der Bestimmungen des VII. Abschnitts der Reichsverfassung. Weder die einen noch die anderen dieser Vorschriften gaben der württembergischen Regierung Anlass zu einer prinzipiellen Beanstandung, wenn sie auch nicht zu allen einzelnen Punkten ihre Zustimmung geben konnte und gegeben hat. Dagegen wurde allerdings auch von der württembergischen Regierung beanstandet, dass man an die Spitze des zweiten Entwurfes einen Grundsatz von allgemeiner Bedeutung und von grosser Tragweite gestellt hat, eine Bestimmung des Inhalts, dass die unmittelbare Aufsicht über die deutschen Eisenbahnen dem Reich in Zukunft zukommen und dass den Landesregierungen nur bestimmte einzelne Befugnisse verbleiben sollen. In dieser Bestimmung glaubte die königl. württembergische Regierung eine formelle Abänderung der Reichsverfassung erblicken zu müssen; und sie hat darin auch eine materielle Verkehrung der Bestimmungen der Reichsverfassung erblickt, welche doch darauf hinauszulaufen scheinen, dass die unmittelbare Aufsicht über das Eisenbahnwesen in der Regel den einzelnen Landesregierungen verbleibt und dem Reiche die Aufsicht nur in gewissen Grenzen und Richtungen zukommt. Es schien auch bedenklich zu sein, an die Spitze eines Gesetzentwurfes, der so viele Detailbestimmungen enthält, einen Grundsatz von solch prinzipieller Tragweite zu stellen, ohne das Verhältniss dieses Grundsatzes zu den Detailbestimmungen überall klarzulegen und festzustellen. Ich für meine Person habe geglaubt, man hätte auf diesen Grundsatz wohl verzichten und doch dem Gesetz einen praktischen und nützlichen Inhalt geben können; denn über solche prinzipielle Grundsätze verständigt man sich häufig viel

Nr. 3598.
Württem-
berg.
30. März 1878.

Nr. 5598.
Württem-
berg.
30. März 1876.

schwerer als über Detailbestimmungen, deren Nutzen in die Augen springt. Indessen trotz der Bedenken der königl. Staatsregierung bezüglich der angeführten Bestimmung ist sie in die Berathung des Gesetzentwurfes miteingetreten, indem sie von dieser Berathung eine Klarlegung der Sachlage und schliesslich ein Einverständniss darüber, was weiter zu geschehen habe, erhoffte. Die königl. Staatsregierung hat es zu bedauern, dass der Gesetzentwurf nicht einmal vollständig berathen wurde, und dass auf denselben seither auch nicht mehr zurückgekommen worden ist. Es ist ihr dadurch unmöglich gemacht, darzuthun, dass ihr Verhalten die Auffassung nicht rechtfertigen würde, dass es unmöglich sei, durch ein Reichseisenbahngesetz eine wirksame, den allgemeinen Verkehrsinteressen entsprechende Aufsicht dem Reich überhaupt zuzuwenden. Was die Tarifrfrage betrifft, nach welcher die HH. Interpellanten sich erkundigt haben, so wurde dieselbe seit dem Beginn des Jahres 1874 im Bundesrathe behandelt. Der Bundesrath, der durch Beschluss vom 29. März 1874 eine einheitliche Tarifreform in Aussicht gestellt hatte und bis dahin ein vereinzelt Vorgehen der Regierungen vermieden zu sehen wünschte, hat am 13. Februar 1875 sein Einverständniss damit erklärt, dass von der württembergischen Regierung in dem Falle, wenn gegen den 1. Juli 1875 die Tarifreform zu einem Definitivum nicht gelangt sei, an den Tarifvorschriften der württembergischen Staatseisenbahnen in provisorischer Weise und unter Einhaltung der über die Tarifierhöhungen von dem Bundesrathe getroffenen Bestimmungen solche Modificationen vorgenommen werden können, welche die Wiederherstellung von brauchbaren Tarifen für den Güterverkehr zwischen Württemberg einerseits und Baden und Bayern andererseits, sowie zwischen Baden und Bayern über Württemberg ermöglichen. Von dieser Ermächtigung hat die württembergische Regierung Gebrauch gemacht. Sie hat am 1. Juli 1875 in provisorischer Weise das sogenannte gemischte Gütertarifsystem für den württembergischen internen Verkehr eingeführt und die Tarifeinheitssätze zu demselben im Einverständnisse mit dem Reichseisenbahnname festgestellt. Auch werden unter Verwendung dieser neuen Tarifbestimmungen die Wechseltarife mit den Bahnverwaltungen der Nachbarstaaten geregelt. Was die Tarifrfrage im allgemeinen betrifft, so hat am 13. Februar 1875 der Bundesrath an den Reichskanzler das Ersuchen gestellt: nach vorgängiger Vernehmung von Sachverständigen aus den Kreisen des Handelsstandes, der Industrie, der Landwirthschaft und der Eisenbahnverwaltungen dem Bundesrathe, sobald die Vorarbeiten es gestatten, geeignete Vorschläge für die Einführung eines der Reichsverfassung entsprechenden einheitlichen Frachttarifsystems für die Eisenbahnen Deutschlands zur Beschlussnahme vorzulegen, wobei der Satz allerdings beigefügt war: dass davon auszugehen sei, dass der Beibehaltung und weiteren Ausdehnung des natürlichen Tarifsystems neben einem anderen System nichts entgegenstehe. Am 15. Januar d. J. hat der Reichskanzler das Ergebniss dieser Enquête-Kommission — und ich bemerke, dass diese Enquête-Kommission über einen bestimmten Vermittelungsvorschlag sich geeinigt hat — dem Bundesrathe zur Kenntnissnahme überreicht,

indem er sich in Bezug auf die daran zu knüpfenden Maassnahmen seine Vorschläge vorbehielt. Bis jetzt sind allerdings solche Vorschläge nicht gemacht. Einem gleichmässigen Gütertarifsystem, welches dem Reinertrage der Bahnen nicht zu empfindlich schaden würde, beizutreten, wäre die württembergische Regierung jeden Augenblick bereit. Was die Ausführung der Art. 41—47 der Reichsverfassung im übrigen betrifft, wonach die HH. Interpellanten ebenfalls gefragt haben, so besteht bekanntlich für die deutschen Eisenbahnen ein Betriebsreglement für jede Gattung des Verkehrs; es besteht ein Bahnpolizeireglement, welches sich mit dem Zustande, der Unterhaltung und Bewachung der Bahnen und mit den Einrichtungen und Zuständen der Betriebsmittel, mit den Einrichtungen und Maassregeln für die Handhabung des Betriebs etc. befasst. Es besteht eine Signalordnung, es bestehen Regulative für die militärische Benutzung der Bahnen; die Feststellung von Normen für den Bau neuer Bahnen ist zu gewärtigen; über die Feststellung und das Ineinandergreifen der Fahrpläne cognoscirt das Reichseisenbahnamt; dasselbe leitet auch die statistischen Arbeiten. Was nun die Frage betrifft, ob ein Zustandekommen eines Reichseisenbahngesetzes noch zu hoffen sei, so kann ich doch nicht umhin, anzuführen, dass die Worte, mit welchen der Vorsitzende der informatorischen Konferenz im Juni 1875 dieselbe entlassen hat, die Hoffnung auf schliessliche Verständigung keineswegs ausgeschlossen haben. Er hat nämlich damals bemerkt: er habe noch die Hoffnung auszusprechen, ja er könne sagen, die Ueberzeugung, dass es gelingen werde, früher oder später, im Verein, wenn auch nicht mit allen, so doch mit der grossen Mehrheit der deutschen Regierungen, einen Boden zu finden, auf dem es der Reichsregierung ermöglicht werde, eine Gesetzesvorlage über diese wichtige Materie auszuarbeiten, welche sie vor der Nation zu vertreten im Stande sei. Es haben über die verschiedenen Standpunkte nun Aufklärungen stattgefunden, und das sei schon ein sehr erheblicher Vortheil; wir seien in Deutschland daran gewöhnt, dass wir grosse und schwierige Gegenstände — und zu diesen gehöre der Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes — nicht im ersten Anlauf in mustergültiger Weise regeln, wir seien an Geduld gewöhnt; aber die deutsche Ausdauer und das nationale Gefühl helfen mit der Zeit über Bedenken, über praktische und sonstige Rücksichten hinweg, und das sei der Grund, weshalb der Vorsitzende der Hoffnung, ja, er dürfe verstärkt sagen, der Ueberzeugung Ausdruck geben könne, dass das Werk gelingen werde. Allerdings hat schon im November 1875 der Präsident des Reichseisenbahnamts im deutschen Reichstage gesagt: dass die Schwierigkeiten, welche bei der Bearbeitung des Reichseisenbahngesetzes sich herausgestellt haben, und welche sowohl auf dem politischen als auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiete liegen, eine Lösung anderer Art, als bisher versucht war, vielleicht nöthig machen werden. Im deutschen Reichstage, meine Herren, ist die Idee des Erwerbs der deutschen Eisenbahnen für das Reich am 24. November 1875 insbesondere zur Sprache gekommen, ohne indessen zu einem Beschluss gebracht worden zu sein. Der

Nr. 5598.
Württem-
berg.
30. März 1876.

Eindruck, den die damalige Verhandlung im Reichstage gemacht hat, war allgemein der: dass auch solche, die in dieser Idee einen höchst bedeutenden und vielleicht für die fernere Zukunft fruchtbringenden Gedanken erblicken, die baldige Ausführung dieses Gedankens für unmöglich und unausführbar gehalten haben. Was aber dann nachfolgte, das ist bekannt. Zunächst hat in der Presse ein gewaltiges Treiben sich bemerkbar gemacht, wonach man hätte annehmen müssen, dass der Reichstag noch in der letztabgelaufenen Session mit einer Vorlage über den Erwerb aller deutschen Eisenbahnen für das Reich würde befasst werden, was aber nicht geschehen ist. Die württembergische Staatsregierung war ihrerseits ohne jede Mittheilung von maassgebender Stelle in Berlin; sie hat aber etwa um den Jahresschluss in vollkommen glaubhafter Weise in Erfahrung gebracht, dass es sich nur um die Erwerbung von Privatbahnen handle, und dass Staatsbahnen in die Kombination in keiner Weise einbegriffen seien, und dies hat mich, um das beiläufig zu bemerken, berechtigt, am 7. Januar bei einem nicht offiziellen Anlass auszusprechen: dass ich Grund habe, zu glauben, dass ein Ansinnen, uns unserer württembergischen Staatsbahnen zu entäussern, in Wirklichkeit nicht werde an uns gestellt werden. Im weiteren Verlaufe hat die Sachlage eine Aenderung in so fern erlitten, als die königl. preussische Regierung dahin fortgeschritten ist, Erwägungen darüber anzustellen: ob sich die Erwerbung der preussischen Privatbahnen für den preussischen Staat mehr empfehle oder der Uebergang des preussischen Bahnbesitzes an das Reich. Aber auch in diesem weiteren Stadium der Frage hat man an maassgebender Stelle in Berlin daran festgehalten, dass ein Grund zu einer Beunruhigung wegen Erhaltung der nichtpreussischen Staatsbahnen nicht vorliege, dass man in Berlin weder das Recht beanspruche noch das Bedürfniss empfinde, auf die Verwaltung der nichtpreussischen Staatsbahnen einen anderen als den durch die Reichsverfassung gewährleisteten Einfluss zu üben. Ich habe keine Anhaltspunkte dafür, dass in dieser Auffassung an maassgebender Stelle eine Aenderung sich vollzogen hätte. Immerhin war und blieb der Erwerb auch nur des preussischen Bahnbesitzes mit allen sich daran knüpfenden Aufgaben und Verpflichtungen des preussischen Staates eine grosse Sache für das Reich, und wir hielten deshalb als ein Glied des Reiches uns veranlasst und berechtigt, den von einer deutschen Regierung über die Rätlichkeit und Zweckmässigkeit eines Verkaufes ihres Bahnnetzes an das Reich angestellten Erwägungen gegenüber von unserem Standpunkt aus Erwägungen anzustellen über die Rätlichkeit und Zweckmässigkeit des Ankaufes für das Reich, und diese Erwägungen haben dahin geführt, dass wir gegen das Ende des Monats Februar den württembergischen Gesandten in Berlin, der bekanntlich zugleich Mitglied des Bundesrathes ist, beauftragt haben, an maassgebender Stelle Mittheilung zu machen, dass die vorläufige, in jenem Stadium der Sache vorläufige, Ansicht der württembergischen Staatsregierung dahin gehe: dass sie aus politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Gründen für den Erwerb der deutschen oder der preussischen Bahnen durch das Reich ihre Stimme nicht

abgeben könne. (Beifall.) Diese Mittheilung wurde in Berlin von unserem Gesandten gemacht vor beiläufig einem Monat, zu einer Zeit, wo das preussische Staatsministerium seinen Entschluss noch nicht gefasst hatte. Auf eine nähere Darlegung unserer Bedenken und Gründe sind wir damals nicht eingegangen, hauptsächlich deshalb, weil in jenem Stadium die königl. preussische Regierung die Angelegenheit als eine res interna betrachtet hat, dann aber auch deshalb, weil ja überhaupt die Gründe und Gegengründe in dieser Angelegenheit auf beiden Seiten im voraus so ziemlich bekannt sind. Ich will auch heute nur auf einige wenige Andeutungen mich beschränken. Die Regierung kann ja erst im Bundesrathe erschöpfend und endgültig über die Frage sich aussprechen. Politisch, meine Herren, haben wir uns ganz auf den Boden der Reichsverfassung gestellt, welche, wie ich nach der ganzen Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens und des deutschen Staatswesens glaube, aus guten Gründen das Eisenbahnwesen nicht wie das Post- und Telegraphenwesen als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet und verwaltet sich gedacht hat: es hätte ja sonst das Eigenthum an den Eisenbahnen dem Reiche vindicirt werden müssen schon mit dem Reichsgesetze vom 23. Mai 1873, welches das Reich als Eigenthümer des gesammten militärischen und Post- und Telegraphen-Besitzes constituirte. Sodann würde der Erwerb nur der preussischen Staatsbahnen doch eine sehr unvollkommene, unfertige und gewiss zu weiterem drängende Lösung der Frage sein. Wir erinnern uns des Wortes von den Eierschalen, das bezüglich unseres Post- und Telegraphen-Reservats gefallen ist. Wie man sich die Weiterentwicklung und das Endergebniss denkt, darüber müssten uns die Freunde des Projekts noch etwas detaillirteren Aufschluss geben. Es hat mich gefreut, zu hören, dass der Herr Abgeordnete Elben in dieser Beziehung eine andere Ansicht hat als viele Freunde des Projekts und auch sehr viele Correspondenten des gelesesten Blattes unseres Landes; es freut mich das, aber es kann mich nicht ganz beruhigen, trotz des überwiegenden Verständnisses des Herrn Vorredners in der Frage. Was die finanzielle Seite betrifft, so will ich mich enthalten, bestimmte und zuverlässige Rechnungen aufzustellen; aber das, glaube ich, können wir sagen, dass wir mit dem Eingehen auf das Projekt doch jedenfalls ein ganz erhebliches finanzielles Risiko übernehmen würden. Dass die Erträgnisse des preussischen Bahnbesitzes mit all den Aufgaben und Verpflichtungen, die dem preussischen Staat obliegen, die Entschädigung ausgleichen würden, welche das Reich für den Erwerb des preussischen Bahnbesitzes zu leisten haben wird, das ist doch mindestens zweifelhaft, ist jedenfalls noch nicht bewiesen, und da meine ich nun: das Risiko, neben einem etwaigen uns allein treffenden württembergischen Eisenbahndeficit, wie es ja durch erhebliche Herabsetzung der Frachten und anderes jeden Tag herbeigeführt werden könnte, auch noch zu participiren an einem etwaigen Reichseisenbahndeficit, — dieses Risiko ist zu gross für unsere ohnehin angespannten Kräfte. Was die wirthschaftliche Seite der Frage betrifft, so habe ich zuzugeben, dass das deutsche Eisenbahnwesen, insbesondere

Nr. 5598.
Württem-
berg.
30. März 1876.

in Folge der Zersplitterung der Verwaltungen und des Bahnnetzes, an erheblichen Mängeln leidet, und dass namentlich das Tarifwesen einer gründlichen Vervollkommnung und Vereinfachung dringend bedarf; ich bestreite auch nicht, dass das preussische Projekt in seinem weiteren Verfolge wohl geeignet sein könnte, hier an die Stelle schädlicher Vielheiten eine vortheilhaftere Einheit zu setzen, obwohl man sich doch vor der Illusion hüten muss, dass durch einen blossen Wechsel des Besitzers plötzlich alle Schwierigkeiten in der Sache beseitigt und gehoben würden. Aber, meine Herren, die Frage bleibt eben doch berechtigt: ob bei dem Bau und dem Betrieb der Eisenbahnen die schonende Beachtung verschiedener wirthschaftlichen Interessen, die Rücksichtnahme auf alle Theile eines Landesgebietes, in dem Maasse, wie sie von den Landesregierungen gewährt werden kann und gewährt wird, auch seitens einer grossen Eisenbahncentraleitung für das Reich bethätigt werden könnte. Die Frage bleibt berechtigt: ob denn auf einem Gebiete, welches vorzugsweise doch auch auf die Entwicklung lokaler Kräfte und Interessen angewiesen ist, eine straffe Centralisation für das ganze Reich oder einen grossen Theil desselben unbedingt heilsam ist. Ich glaube, dass, was diese wirthschaftliche Seite betrifft, man sich in gewissen Kreisen, die sich vorzugsweise mit dieser Seite der Frage zu befassen angewiesen sind, doch auch Illusionen hingibt. Das Gute, das man hat, schätzt man nicht mehr; man kennt die Gebrechen und Mängel eines bestehenden Zustandes ganz genau, und man glaubt, das Gute, das man hat, zu verlieren sei unmöglich. Bei einem Neuen, Unbekannten ist man nur gar zu sehr geneigt, nur die Lichtseiten in das Auge zu fassen und nicht auch nach den Schattenseiten zu fragen. Dass wir, meine Herren, gegen die Erwerbung der deutschen, also auch der württembergischen, Bahnen uns aussprechen, kann niemand wundergenommen haben; denn es sind noch nicht 6 Jahre, dass die württembergische Regierung ein württembergisches Post- und Telegraphenreservat sich ausbedungen und gewährleistet erhalten hat. Es scheint mir doch ein genügender Anlass nicht vorzuliegen, nun plötzlich unsere Eisenbahnen, Posten und Telegraphen zusammen abzugeben. Wenn übrigens je diese Weggabe der württembergischen Eisenbahnen angeregt würde und in Frage käme, dann ist unsere rechtliche Ansicht allerdings die: dass zu einem solchen Schritte die Zustimmung der württembergischen Landesvertretung erforderlich ist. (Beifall.) Meine Herren! Es scheinen mir im Eisenbahnwesen die Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland eben wesentlich verschieden zu sein; sie scheinen mir noch so ungleich zu sein, dass eine grössere als die verfassungsmässige *communio* im Eisenbahnwesen kaum zulässig sein dürfte. Preussen steht jetzt eben vor einer grossen, schwierigen und prinzipiellen Aufgabe im Eisenbahnwesen; aber ich meine, Preussen sei nach allen Seiten stark und kräftig genug, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können auch zum Heile des gesammten deutschen Eisenbahnwesens. Ich bestreite gar nicht, dass, wenn Preussen in seinem Verkehrsgebiete die Eisenbahnen concentrirt und selbst verwaltet, es zu einer gewaltigen Eisenbahnmacht wird. Aber,

meine Herren, wir können doch eigentlich einen Missbrauch dieser Gewalt von Seiten der deutschen Vormacht nicht befürchten, und es hat mich gewundert, wie weit hier der Vorredner gegangen ist. Würden wir aber einen solchen Missbrauch zu befürchten haben, dann, muss ich offen sagen, ist auch die Stellung Preussens im Reich eine so präponderirende und gewaltige, dass die Umwandlung der preussischen Bahnen in Reichsbahnen eine ausreichende Garantie uns nicht bieten würde; denn ich weiss wahrhaftig wenig, was Preussen im Reich nicht durchsetzen könnte, wenn es rücksichtslos vorgehen will. Deshalb können wir darauf, dass wir bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen mitzusprechen und mitzuwirken hätten, das Gewicht eines so grossen Gewinnes, wie der Herr Vorredner geglaubt hat, nicht legen. Dass, meine Herren, die königl. preussische Regierung neuestens im preussischen Landtage die Ermächtigung nachgesucht hat, in Unterhandlungen mit dem Reich eintreten zu dürfen über das Abgeben des gesamten preussischen Bahnbesitzes an das Reich, erwähne ich nur deshalb, weil die HH. Interpellanten gefragt haben: was der königl. Staatsregierung über die Absicht der königl. preussischen Regierung in Betreff der Uebertragung deutscher Eisenbahnen auf das Reich bekannt sei. Die HH. Interpellanten wissen, wenn sie den Gesetzentwurf und die Motive zu demselben gelesen haben, darüber gerade so viel als ich. Wenn nun in Folge dieses Vorgehens der königl. preussischen Regierung ein Offert an das Reich gelangen sollte, so werden wir dasselbe mit all der Rücksicht und Achtung entgegenzunehmen und zu prüfen haben, welche die preussische Regierung von ihren Verbündeten erwarten kann. Wenn der Reichskanzler, welcher das Reich über alles, auch über Preussen setzt, ein solches Offert an das Reich bringt, so dürfen und müssen wir glauben, dass er dies thut, weil er damit dem Reich einen Dienst zu erweisen meint und sucht. Davon müssen wir ausgehen, und andere Motive dürfen wir nicht unterlegen. Wenn wir aber andererseits zu unserem bescheidenen Theile nach ehrlicher und gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse zu einer anderen Ansicht gelangen, dann allerdings dürfen wir uns nicht abhalten lassen, zu dieser Ansicht uns zu bekennen und bis zum Schlusse für dieselbe einzustehen, durch den Terrorismus, der auch in dieser Angelegenheit mit dem Vorwurf und Bezicht des Particularismus von einem Theil der Presse und vom Parteistand aus geübt worden ist und noch geübt werden wird. (Beifall.) Ihr Votum, Ihre Ansicht über die Angelegenheit ist natürlich von entscheidender Bedeutung für das fernere Verhalten der königl. Staatsregierung. Es werden die von Ihnen nun anzustellenden Erörterungen in der Sache einen um so grösseren Eindruck machen, je leidenschaftsloser, ruhiger, objektiver, bundesfreundlicher und insbesondere einmüthiger dieselben verlaufen werden. (Beifall.) Nun erübrigt nur noch eine Frage, welche der Herr Abgeordnete Oesterlen und die HH. Mitinterpellanten an die königl. Staatsregierung gerichtet haben, nämlich: Welche Rechtsansicht ist die königl. Staatsregierung in Betreff der Frage zu vertreten entschlossen, ob reichsverfassungsmässig die Ueber-

Nr. 5598.
Württemberg.
30. März 1876.

Nr. 5598.
Württemberg.
30. März 1876.

nahme der preussischen und anderer Eisenbahnen auf das Reich im Bundesrath mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden könne? Diese Frage ist sehr allgemein gehalten und läuft eigentlich darauf hinaus, ob die Staatsregierung entschlossen sei, die Rechtsansicht zu vertreten, dass der Erwerb irgend einer Eisenbahn in Deutschland durch das Reich eine Verfassungsänderung enthalte. Nach meiner Ansicht kommt aber bei der Beantwortung dieser Rechts- und Verfassungsfrage viel an auf die concrete Gestaltung und auf die Modalitäten eines solchen Plans. Es ist z. B. für mich von grossem Interesse, welche Hoheitsrechte ein Staat, der seine Eisenbahnen abgeben will, mit übertragen oder welche er etwa für sich behalten will. Nun kennen wir den concreten Plan der königl. preussischen Regierung eben erst seit wenigen Tagen; vorigen Sonntag sind Vorlage und Motive in meine Hände gelangt. Man wird es deshalb begreiflich finden, wenn natürlich zwar die Frage im allgemeinen schon seit längerer Zeit in das Auge gefasst ist, jedoch Regierungsentschliessungen noch nicht herbeigeführt sind über eine Rechtsansicht, von der man ja nicht einmal weiss, ob sie je zur praktischen Bethätigung kommen wird. Denn es ist nicht gewiss, dass ein Offert an den Bundesrath gelangen wird, und käme ein solches, so darf man doch erwarten, dass der Bundesrath sich nicht über Nacht darüber schlüssig machen wird. Ich würde persönlich keinen Anstand nehmen, zu sagen, dass ich die Frage: ob das vorliegende preussische Projekt eine Verfassungsänderung mit sich bringt, jetzt keinesfalls verneinen möchte. Regierungsentschliessungen aber oder solche persönlichen Ansichten, welche in irgend einer Weise maassgebend wären, auszusprechen, bin ich nicht in der Lage, und möchte ich die HH. Interpellanten ersuchen, dabei heute sich zu beruhigen, dass die württembergische Regierung dieser Frage jedenfalls in keiner Weise präjudicirt hat. (Beifall.)

.

Das Resultat der Berathung ist die Ablehnung des Antrages Elben mit 80 gegen 6 Stimmen und Annahme des Antrages Schmid mit 78 gegen 6 Stimmen.

Nr. 5599.

PREUSSEN. — Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich.

§ 1.

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

Die Staatsregierung ist ermächtigt, mit dem deutschen Reiche Verträge abzuschliessen, durch welche

- 1) die gesammten im Bau oder Betriebe befindlichen Staatseisenbahnen nebst allem Zubehör und allen hinsichtlich des Baues oder Betriebes

von Staatseisenbahnen bestehenden Berechtigungen und Verpflichtungen des Staates gegen angemessene Entschädigung kaufweise dem deutschen Reiche übertragen werden;

Nr. 5595.
Preussen.
24. März 1876.

- 2) alle Befugnisse des Staates bezüglich der Verwaltung oder des Betriebes der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen, sei es, dass dieselben auf Gesetz, Concession oder Vertrag beruhen, an das deutsche Reich übertragen werden:
- 3) im gleichen Umfange alle sonstigen dem Staate an Eisenbahnen zustehenden Antheils- und anderweiten Vermögensrechte gegen angemessene Entschädigung an das deutsche Reich abgetreten werden;
- 4) ebenso alle Verpflichtungen des Staates bezüglich der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen vom deutschen Reiche gegen angemessene Vergütung übernommen werden, und
- 5) die Eisenbahnaufsichtsrechte des Staates auf das deutsche Reich übergehen.

§ 2.

Bezüglich der im § 1 unter 1, 3 und 4 erwähnten Vereinbarungen bleibt die Genehmigung der beiden Häuser des Landtages vorbehalten.

M o t i v e.

Die eigenthümliche Gliederung der Eigenthumsverhältnisse der preussischen Eisenbahnen hat seit langer Zeit das Bedürfniss einer gesetzlichen Regelung des Eisenbahnwesens lebhaft empfinden lassen. || Die Zersplitterung des Gesamtcomplexes in Staatsbahnen und ausgedehnte Privatbahnverwaltungen birgt die Gefahr einer für die Gesammtheit nachtheiligen Ausbeutung von Sonderinteressen und zugleich einer nicht genügend beschränkten Ausbildung der Eigenart bei den einzelnen Verwaltungen in sich. || Die Reichsverfassung hat zwar das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs der Beaufsichtigung seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterstellt, und die Bestimmungen in den Artikeln 41 bis 47 würden, wenn sie vollständig zu praktischer Durchführung gelangten, für die in Preussen empfundenen Uebelstände ebenfalls wesentliche Abhülfe gewähren. Auch hat, um dieser Durchführung der Verfassungsbestimmungen näher zu treten, die Errichtung des Reichseisenbahnamtes durch das Reichsgesetz vom 27. Juni 1873 stattgefunden, wobei unter vorläufiger Regelung der Befugnisse des ersteren der Erlass eines Eisenbahngesetzes vorbehalten wurde. || Allein es ist seitdem wiederholt der Entwurf eines solchen Gesetzes aufgestellt worden, ohne dass es bei der vorläufigen Erörterung und Berathung gelungen wäre, auf das für die weitere reichsgesetzliche Regelung erforderliche Einverständniss Aussicht zu gewinnen. || Wenn die preussische Regierung hier nach der Befürchtung Raum geben muss, dass die reichsgesetzliche Regelung, von welcher eine Abhülfe der in ihrem Verkehrsgebiete zu Tage tretenden Uebelstände erwartet werden könnte, einstweilen nicht erreichbar sei, so liegt

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

ihr die Pflicht ob, wenigstens innerhalb ihres eigenen Verkehrsgebietes den vorhandenen Uebelständen auf anderem Wege thunlichst Abhülfe zu verschaffen.

Während in den süddeutschen Staaten und ebenso im Königreich Sachsen auf den ausschliesslichen Betrieb der Eisenbahnen durch den Staat mit Erfolg bereits hingewirkt worden ist, beläuft sich in Preussen die Gesamtausdehnung der im Betriebe befindlichen Privateisenbahnen auf mehr als das Doppelte der Gesamtlänge der Staatseisenbahnen. Gerade innerhalb des preussischen Staatsgebietes tritt daher die Zersplitterung der Verwaltungsgebiete, die Verschiedenheit in den Einrichtungen sowie in der Tarifbildung am schärfsten hervor. || Die äussere Gestaltung des preussischen Staates ist zudem für eine Particulargesetzgebung über das Eisenbahnwesen im hohen Grade ungünstig. Das Verkehrsgebiet der preussischen Eisenbahnen beschränkt sich nicht auf das Landesgebiet. Die Durchsetzung des letzteren mit Gebietstheilen anderer Bundesstaaten hat die natürliche Folge, dass die Linien der preussischen Eisenbahnverwaltungen vielfach die Landesgrenzen überschreiten und eine Reihe verschiedener Landesgebiete durchziehen. Die Natur des Eisenbahnbetriebes macht es aber für die Eisenbahngesetzgebung zu einem auf die Dauer unabweislichen Bedürfniss, dass das Geltungsgebiet derselben sich auf ein zusammenhängendes Verkehrsgebiet erstrecke. || Die Abgrenzung des Geschäftsgebietes der Landesaufsichtsbehörden durch die Landesgrenzen steht mit der Natur des Eisenbahnbetriebes nur da nicht im Widerspruch, wo die einzelnen Territorien mit abgegrenzten Verkehrsgebieten sich decken. || Für alle an dem Verkehrsgebiete der preussischen Eisenbahnen beteiligten Bundesstaaten ist daher bezüglich der Gesetzgebung und Beaufsichtigung des Eisenbahnwesens eine Gemeinsamkeit der Interessen gegeben, durch welche eine particulare Regelung innerhalb des einzelnen Bundesgebietes so gut wie ausgeschlossen wird. Die Mitwirkung dieser Bundesstaaten für Herstellung einer gemeinsamen durchgreifenden Gesetzgebung und einer gemeinsamen wirkungsvollen Organisation der Aufsichtsgewalt über das Eisenbahnwesen kann nicht leicht anders, als auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in Anspruch genommen werden. Seitdem dieser Weg nach dem Ergebniss der bisherigen Versuche wenigstens für längere Zeit als nicht zum Ziele führend zu betrachten ist, erscheint Preussen genöthigt, dem Beispiele anderer deutschen Staaten zu folgen und die für seine Verhältnisse nothwendige Reform mit Hülfe seines eigenen Eisenbahnbesitzes mit aller Energie zu versuchen, ein Weg, welcher bei den heutigen Zuständen zugleich als der wirksamste anzusehen ist. || Bereits in den Motiven des Regierungsentwurfs zu dem Gesetze vom 11. Juni 1873, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 120,000,000 Thlrn. zur Erweiterung, Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes (Gesetzsammlung pro 1873, S. 305) ist dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass die Regierung zu erfolgreicher Pflege des Verkehrs, des Einflusses nicht entbehren könne, welchen sie durch den Besitz und die Verwaltung der Staatsbahnen auf die Privatbahnen auszuüben in der Lage sei. Mit der dichterem Verzweigung des Eisen-

bahnnetzes und der complicirteren Gestaltung der Betriebs- und Verkehrsverhältnisse gestaltet sich die Aufgabe für die Gesetzgebung und Beaufsichtigung des Eisenbahnwesens zu einer immer schwierigeren. || Die Gesamtlänge der preussischen Eisenbahnen, welche am Schlusse des Jahres 1844 sich auf 861 Kilometer belief, betrug am Schlusse des Jahres 1849 2742, 1854 3696, 1859 5002, 1864 6429, 1869 10,321 und am Schlusse des Jahres 1874 15,188 Kilometer. Das auf die Herstellung derselben verwendete Anlagekapital stieg in dem angegebenen Zeitraum von 101,600,000 M. auf 3,542,680,000 M. und die Jahreseinnahme von 10,600,000 M. auf 515,610,000 M.; die Zahl der Locomotiven wurde von 142 auf 6162, die Zahl der Personenwagen von 683 auf 9077, der Güterwagen von 1351 auf 132,497 vermehrt; die Zahl der im Laufe eines Jahres beförderten Personen wuchs von 3,940,000 auf 109,570,000, die Zahl der beförderten Güter von 7,845,000 auf 1,719,590,000 Centner. Die Gesamtzahl der im Betriebe befindlichen Stationen der preussischen Eisenbahnen betrug am Schlusse des Jahres 1874 1942, die Gesamtzahl der im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Beamten einschliesslich des Hülspersonals 44,441, die Gesamtzahl der Arbeiter 33,473. Im Laufe des Jahres 1875 sind weitere 1507 Kilometer Bahn dem Betriebe übergeben. Die Gesamtlänge der zur Zeit im Bau begriffenen Bahnen und der ausserdem noch concessionirten oder zur Ausführung bestimmten Strecken beläuft sich auf 4683 Kilometer, so dass nach Vollendung derselben das gesammte preussische Eisenbahnnetz eine Ausdehnung von 21,378 Kilometer (2850 Reichsmeilen) gewinnen wird. In den übrigen deutschen Staaten und ebenso in den angrenzenden ausländischen Gebieten hat die Entwicklung des Eisenbahnwesens und die Verdichtung des Schienennetzes einen ähnlichen Verlauf genommen; gleichwohl kann der Ausbau des vaterländischen Eisenbahnnetzes keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden. Dazu tritt der allmählich beginnende Ausbau an die Hauptlinien sich anschliessender Lokalbahnen, welcher wesentlich dazu beitragen wird, den Verkehr auf den Hauptlinien zu steigern und an die Transportleistung der Bahnen wachsende Anforderungen zu stellen. Je dichter nun aber die Verzweigung der Linien, desto schwieriger wird die Construction und Innehaltung des Fahrplanes der einzelnen, an einander anschliessenden Strecken; je grösser die Zahl der Züge, welche täglich auf einer Station ankommen und abgehen, desto umfangreicher und verantwortlicher der Dienst auf den Stationen; je grösser die Verkehrsmassen und je zahlreicher die Verkehrsrichtungen sind, nach welchen sich die ersteren bewegen, desto mühevoller und umständlicher die exacte Ordnung des Transportgeschäfts. Die Schwierigkeiten, welche beispielsweise auf den Linien des rheinisch-westfälischen Industriegebietes der Regelung des Fahrdienstes aus der Menge der Anschlüsse und Uebergänge erwachsen, sind so ausserordentlich, dass bei einem aussergewöhnlichen Verkehrsandrang sich die planmässige Anbringung der Züge oft als unausführbar erweist. Die Zahl der Züge, welche auf verkehrsreichen Stationen täglich aufgenommen und abgelassen werden, beläuft sich vielfach auf weit über 100 und

Nr. 5599.

Preussen.

24. März 1876.

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

die Gesamtlänge der Geleise, welche für die Aufstellung und Zusammensetzung derselben bestimmt sind, auf mehrere Meilen. Auch die verschiedenen Verkehrs-Relationen, in welchen einzelne Stationen ihre Güter versenden und empfangen, berechnen sich nicht selten nach Hunderten. || Ebenso, wie eine erhöhte Leistungsfähigkeit der einzelnen im Eisenbahnbetriebe zu verwendenden Personen, ist auch ein erhöhter Kostenaufwand erforderlich, um den durch die Vermehrung der Eisenbahnverbindungen und die Zunahme des Verkehrs bedingten Anforderungen zu genügen. Abgesehen davon, dass sich die Baukosten neu anzulegender Bahnen in Folge der nothwendigen Einfügung in das vorhandene Eisenbahnnetz durch den Bau kostspieliger Anschlüsse und Ueberführungen, gemeinsamer Bahnhöfe etc. von Jahr zu Jahr höher stellen, werden auch die bereits vorhandenen Bahnen zu neuen und bedeutenden Kapitalaufwendungen genöthigt, um den Anforderungen in Bezug auf die Sicherheit des Betriebes und die Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses zu genügen. Die Vermehrung der vorhandenen Geleise, die Anlage neuer Stationen und Haltestellen, der Umbau und die Erweiterung der Bahnhöfe, die Vermehrung der Betriebsmittel und die Beseitigung bestehender Niveaureuzungen und Niveaübergänge erfordern einen Kostenaufwand, durch welchen das Anlagekapital einer Bahn mitunter auf das Doppelte seines ursprünglichen Betrages erhöht wird. — Ein grosser Theil der durch die bisherige Verkehrsentwicklung oder durch die nothwendige Rücksicht auf die Sicherheit des Betriebes erforderlich werdenden Anlagen, z. B. die Herstellung von Ueber- oder Unterführungen, und vielfach auch der Umbau der Bahnhöfe, erscheint aber als eine für den Bahneigenthümer unproduktive Aufwendung, insofern dieselbe nicht zugleich die Vorbedingung der Aufnahme eines künftigen wachsenden Verkehrs ist. Für die durch die Zunahme des Verkehrs bedingten oder mit Rücksicht auf die künftige Verkehrsentwicklung bewirkten Anlagen und Beschaffungen ist zwar die Möglichkeit gegeben, dass die aufgewendeten Kosten in der steigenden oder mindestens nicht zurückgehenden Rente der Bahn ihre Deckung finden. Allein die Rente beruht häufig auf wenig sicherer Grundlage; denn die Entwicklung des Verkehrs, zu dessen Vermittelung die Eisenbahnen berufen sind, ist keine durchaus stetige und gleichmässige; dem raschen Aufschwung folgt eine Stockung oder gar ein Rückgang. Die jüngste Vergangenheit hat zur Genüge bewiesen, dass die Eisenbahnen auch mit der Möglichkeit eines solchen Rückganges zu rechnen haben. Während noch vor wenigen Jahren die Forderungen an die Transportleistung der Bahnen keine Grenze kannten, stehen jetzt die in Folge derselben beschafften Transportwagen in grosser Zahl unbenutzt, und vielfache Mindereinnahmen lassen erkennen, wie weit der Erfolg hinter früheren Erwartungen, wenigstens gegenwärtig zurückgeblieben ist. Eine besondere Gefahr für die Erhaltung und die regelmässige Steigerung des Verkehrs auf den einzelnen Eisenbahnlinien liegt ausserdem in der Verschiebung der Verkehrsrouten, wie solche durch den Abbau einzelner Strecken und durch die Eröffnung von Concurrenzlinien bedingt wird. Wiederholt sind Bahnstrecken, welche

früher in den Routen des grossen Weltverkehrs lagen, in Folge dieser Verschiebung zu Nebenrouten, welche fast nur noch dem Lokalverkehr dienen, herabgedrückt worden. Andere haben durch die Herstellung von Concurrenzlinien einen so bedeutenden Theil ihres bisherigen Verkehrs verloren, dass die für die Bewältigung desselben mit grossen Kosten ausgeführten Anlagen weit über das vorhandene Bedürfniss hinausgehen. Auch ist nicht anzunehmen, dass diese für die Eisenbahnen nachtheilige Verschiebung der Verkehrswege früher zum Abschluss gelangen wird, als bis die Hauptlinien sowohl des deutschen wie des Eisenbahnnetzes in den unmittelbar angrenzenden Ländergebieten ausgebaut sind. || Wenn nach diesen Ausführungen die Aufgabe der Eisenbahnverwaltungen mit dem wachsenden Verkehr und der zunehmenden Verdichtung des Eisenbahnnetzes sich schwieriger und verantwortlicher gestaltet, so steigern sich in gleichem Verhältnisse die Schwierigkeiten und Hindernisse für eine wirksame Ausübung der Aufsichtsgewalt über das Eisenbahnwesen. | Nicht allein die genaueste Kenntniss des Eisenbahnbetriebes in allen Zweigen des Dienstes und mit allen Besonderheiten der Aufgabe aller bei dem Eisenbahnbetriebe mitwirkenden Organe, sondern auch eine umfassende Kenntniss der gesammten Betriebs- und Verkehrsverhältnisse der einzelnen Bahnen sind die ersten und unerlässlichen Voraussetzungen einer gedeihlichen Wirksamkeit der Aufsichtsbehörden. Die rasche und sachgemässe Untersuchung und Entscheidung eingehender Beschwerden, die Ermittlung der Bedeutung und des ursächlichen Zusammenhangs vorhandener Missstände, die gründliche und dauernde Beseitigung derselben, zweckentsprechende Anordnungen der Aufsichtsgewalt für die bessere und einheitliche Gestaltung der Betriebs- und Verkehrs-Einrichtungen, endlich die von der oberen Aufsichts-Instanz ausgehende Initiative einer mit dem wachsenden Bedürfniss fortschreitenden gesetzlichen Regelung des Aufsichtswesens — sind nur denkbar auf der breiten Grundlage einer die Verkehrs- und Betriebslage der Eisenbahnen durchaus beherrschenden Kenntniss. Diese praktische Kenntniss im vollen Umfange zu gewinnen und zu erhalten, ist für die ausserhalb der Verwaltung der Eisenbahnen stehenden Aufsichtsorgane um so schwieriger, je mehr es die Eisenbahnverwaltungen in ihrem Interesse finden, Ersteren den Einblick in die Verhältnisse nicht zu erleichtern. | Die im Betriebs- oder Verkehrsinteresse von der Aufsichtsbehörde getroffenen Anordnungen sind andererseits in manchen Fällen nicht ohne Verletzung finanzieller Interessen und deshalb nicht ohne lebhaften Widerspruch seitens der dadurch Betroffenen durchzuführen. Es ist die Aufgabe der Aufsichtsbehörde, darüber zu wachen, dass die Erweiterung der Bahnanlagen in dem Maasse stattfindet, als es die Sicherheit des Betriebs und der bestimmungsmässige Zweck der Eisenbahnen, als öffentliche Verkehrsstrassen zur allgemeinen Benutzung zu dienen, mit dem wachsenden Verkehr erfordern, und dass ebenso die Ausrüstung der Bahnen mit Betriebsmitteln dem Verkehrsbedürfniss entspricht. Da nun der bedeutende Kostenaufwand, mit welchem diese Anlagen und Beschaffungen verbunden sind, nach der obigen Ausführung zum Theil als

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

unproductiv, zum Theil keineswegs mit Sicherheit als dauernd ertragbringend anzusehen ist, so begegnen die Anordnungen der Aufsichtsgewalt leicht einer Abneigung der Eisenbahnen, denselben rechtzeitig und in vollem Umfange zu genügen. Diese Abneigung ist um so grösser, je ungünstiger die finanzielle Lage der Bahneigenthümer ist, und je mehr in der Vertretung der einzelnen Unternehmungen die Rücksicht auf deren augenblickliche Lage die Sorge für die künftige Entwicklung überwiegt. In solcher Lage befindet sich gegenwärtig eine erhebliche Zahl der Privateisenbahnen. Gegenüber dem Widerspruche der Verwaltungen übernimmt die Aufsichtsbehörde durch Anordnungen der bezeichneten Art eine um so schwerer wiegende Verantwortung, als die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmungen zugleich im öffentlichen Interesse erforderlich ist. || Die Inanspruchnahme des Credits durch Unternehmungen von geringer Creditsfähigkeit ist erfahrungsmässig mit so schweren Verlusten verbunden, dass sie wiederholt den gänzlichen Ruin derselben zur Folge gehabt hat. Das Maass der Anforderungen der Aufsichtsgewalt an die Eisenbahnen kann daher auch nicht ausschliesslich durch das Betriebs- und Verkehrsinteresse bestimmt werden. Die Bestimmung desselben ist vielmehr in so weit, als es sich nicht um unaufschiebbare Maassregeln handelt, ohne die gleichzeitige Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Bahneigenthümers nicht wohl möglich. || Nicht minder schwierig und verantwortlich ist die Stellung der Aufsichtsbehörde gegenüber den collidirenden Interessen der Eisenbahnen und der inländischen Produktion. Die ersteren haben an der Einfuhr ausländischer wie an der Ausfuhr inländischer Produkte im allgemeinen das gleiche Interesse, während das Interesse der letzteren nur die Erweiterung ihres eigenen Absatzgebietes erheischt. || Es ist möglich, dass die inländische Produktion in Folge der Eisenbahntarife durch die Konkurrenz des Auslandes in einzelnen Fällen gelitten hat. Andererseits ist der Schutz derselben, soweit ein solcher mit den Interessen des Inlandes überhaupt vereinbar ist, ohne Schädigung der Interessen der Eisenbahnen nicht in jedem Falle ausführbar. | Die Aufgabe der gesetzlichen Regelung sowohl wie der Beaufsichtigung des Eisenbahnwesens wird überdies wesentlich durch den Umstand erschwert, dass bei der dem Eisenbahnwesen eigenthümlichen schnelleren Wandlung der Verhältnisse die gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften sich oft in kurzer Zeit als unzulänglich erweisen. Durch die wachsenden Bedürfnisse des Verkehrs, die erhöhten Anforderungen an die Betriebsleistung der Eisenbahnen, die zunehmende Gefahr für Sicherheit des Betriebes, die Erfahrungen auf dem Gebiete der Organisation des Dienstes und die Vervollkommnung in der technischen Construction der Bahnanlagen und der Betriebsmittel werden die Voraussetzungen schnell und oft erheblich verändert, auf welchen jene Vorschriften beruhen. Sowohl das Betriebsreglement wie das Bahnpolizeireglement für die Eisenbahnen Deutschlands haben seit ihrem Erscheinen — im Jahre 1870 — bereits eine zweimalige Revision und Umarbeitung erfahren. Die Wandlungen auf dem Gebiete des Tarifwesens vollziehen sich sowohl hinsichtlich der Grund-

sätze, wie des Umfanges der Tarifbildung so schnell, dass manche der bestehenden Bestimmungen bereits ihre thatsächliche Grundlage verloren haben und selbst die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung in Frage gestellt werden kann. || So schwer es ist, in der Gesetzgebung sowohl, wie in der administrativen Regelung des Eisenbahnaufsichtswesens mit den Bedürfnissen der Zeit gleichen Schritt zu halten, so schwierig erscheint zugleich die Ausübung der Controle über die Beachtung der gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften. Die Umgehung derselben wird vor Allem durch die Ausdehnung der Verkehrsbeziehungen über die örtlichen Grenzen ihres Geltungsbereiches erleichtert. Die Zahl der directen Verkehre ist ausserordentlich gewachsen. Dieselben erstrecken sich von Deutschland nach allen Ländern des europäischen Continents, von den holländischen Häfen nach Oesterreich und Ungarn, von Frankreich und Belgien nach dem Innern Russlands. Das Princip der gleichheitlichen Behandlung aller Transport-Interessen gegen die Gewährung unzulässiger Frachtvergünstigungen an einzelne Versender sicherzustellen, erscheint hier nicht überall erzwingbar. Die Erkenntniss der Unzulänglichkeit der Einwirkung der Aufsichtsgewalt für die Regelung des Eisenbahnwesens ist daher für die bedeutenden Erweiterungen des preussischen Staatseisenbahnbesitzes, wie solche durch die Creditbewilligungen der letzten Jahre herbeigeführt worden, der wesentlichste Impuls gewesen. || Ohne den Besitz und die Verwaltung eigener Eisenbahnen ist in der That eine wirkungsvolle Ausübung der gesetzlichen Aufsichtsgewalt dauernd nicht wohl denkbar. In dem Umfange, wie es die obere Leitung des Aufsichtswesens erfordert, können praktische Erfahrungen und die erschöpfende Kenntniss aller Theile des Eisenbahnbetriebes von den dem Betriebe selbst fernstehenden Organen der Aufsichtsverwaltung weder gewonnen, noch erhalten werden. Aus der Leitung des Betriebes und der Verwaltung selbst ergiebt sich die praktische Anregung für alle Verbesserungen im Eisenbahnwesen. Durch den Betrieb und die Verwaltung eines ausgedehnten eigenen Eisenbahnbesitzes wird daher die Staatsbehörde sich von den Bedürfnissen, den Wandlungen und der fortschreitenden Entwicklung des Eisenbahnwesens in Kenntniss erhalten, durch sachgemässe Anordnungen Störungen vorzubeugen und den hervortretenden Mängeln Abhülfe zu schaffen in der Lage sein. || Durch den Besitz und die Verwaltung eigener Eisenbahnen wird ausserdem der Staatsaufsicht die Möglichkeit gegeben, die von Aufsichtswegen getroffenen Anordnungen gleichzeitig innerhalb des eigenen Bahngbietes zur Ausführung gelangen zu lassen. Dieselben erhalten dadurch das Gepräge aus dem wirklichen Bedürfniss hervorgegangener, nothwendiger Maassregeln, deren Ausführbarkeit nicht zu bestreiten ist, deren Befolgung durch den Vorgang der Staatsverwaltung selbst einen lebhafteren Impuls erhält. || Von überwiegender Bedeutung aber ist der Einfluss, welchen der Staat — abgesehen von der gleichzeitigen Ausübung seiner Aufsichtsbefugnisse — durch die Concurrenz eigener ausgedehnter Linien auf den Betrieb der sämtlichen übrigen Bahnen gewinnt. Gerade da, wo die Einwirkung der gesetzlichen Aufsichtsgewalt aufhört oder

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

sich als unzulänglich erweist — bei der Festsetzung der Fahr- und Frachtpreise, der Verbesserung der Betriebseinrichtungen, der Gewährung von Verkehrserleichterungen aller Art, deren Einführung gesetzlich nicht erzwungen werden kann oder doch dem lebhaftesten Widerstand seitens der Bahneigenthümer begegnen würde — macht sich der Einfluss geltend, welchen der Staat durch die in seinem Besitz befindlichen dominirenden Eisenbahnlinien auf die übrigen Bahnen auszuüben vermag. Derselbe vollzieht sich sicher, nachhaltig und widerspruchslos, weil das eigene Interesse die Bahnverwaltungen zwingt, dem Verkehr in gleicher Weise zu dienen wie die Staatsbahnen. Gerade hier ist daher der Staat in der Lage, durch eine einsichtige Verwaltung, durch eine nicht ausschliesslich von den Rücksichten* auf den unmittelbaren finanziellen Erfolg beengte Erleichterung des Verkehrs der Entwicklung des Handels und der wirthschaftlichen Kräfte des Landes Dienste zu erweisen, deren Werth die Vortheile einer energischen Aufsichtsführung weit überbietet. Da die Aufwendungen für die Hebung und Erleichterung des Verkehrs bei den Staatsbahnen nicht lediglich in der steigenden Rente der Bahn, sondern zugleich in der Hebung des Wohlstandes und der Steuerkraft des Landes ihre Rechnung finden dürften, so ist die Verwaltung der Staatsbahnen nicht in gleichem Maasse, wie die Privatbahnverwaltungen durch finanzielle Rücksichten beengt und mehr, als diese, in der Lage, mit solchen Aufwendungen vorgehen zu können, welche nicht sofort durch eine entsprechende Verkehrszunahme aufgewogen werden. Alle derartigen, mit vorübergehenden finanziellen Opfern verbundenen Aufwendungen, alle Einrichtungen und Erleichterungen des Verkehrs, deren künftiger Erfolg nicht völlig sicher ist oder erst im Verlauf einer längeren Zeitperiode allmählich eintreten kann, werden leicht von einem Theile der Verwaltungen der Privateisenbahnen vermieden und verzögert, insbesondere, wenn die augenblickliche Erhaltung oder Steigerung ihrer Rente und ihres Credits denjenigen Interessen entspricht, welche in der Verwaltung der einzelnen Unternehmungen vertreten sind. Während die Staatsaufsicht sich der Regel nach ausser Stande sieht, einer solchen Haltung wirksam entgegenzutreten, wird dieselbe durch ein entsprechendes Vorgehen auf den fiskalischen Linien widerstandslos durchbrochen, sobald die Erhaltung des eigenen Verkehrs die Verwaltungen nöthigt, den gleichen Weg zu betreten. || Endlich giebt die Verwaltung eines ausgedehnten eigenen Besitzes von Eisenbahnen dem Staate das einfachste Mittel, sowohl auf eine sorgfältige Verwaltung der Privateisenbahnen, als auch auf eine dem allgemeinen Interesse entsprechende, gleichmässigere Gestaltung des Verwaltungs- und Betriebsdienstes der Eisenbahnen hinzuwirken. Erfahrungsmässig wird das für die Betriebsleitung erforderliche höhere Beamtenpersonal der Privatbahnen im grossen Umfange aus den im Staatseisenbahndienst ausgebildeten Beamten entnommen, so dass die Staatseisenbahnverwaltung thatsächlich die Pflanzschule für die höheren Eisenbahnbeamten bildet. Die genauere Kenntniss der letzteren von den Einrichtungen der Staatseisenbahnen und die natürliche Geneigtheit, denselben bei den ihrer

Leitung anvertrauten Privateisenbahnen Aufnahme zu verschaffen, sichern allem, was sich bei der Staatseisenbahnverwaltung als praktisch zweckmässig bewährt hat, die Verbreitung in höherem Maasse, als es die Einwirkung der Aufsichtsbehörden zu erreichen vermag. || Die Gesamtlänge der im Betriebe befindlichen preussischen Staatseisenbahnen beträgt gegenwärtig 4280 Kilometer, die Länge der vom Staate verwalteten Privateisenbahnen 2917 Kilometer. Nach Inbetriebnahme der durch die Creditbewilligungen der Jahre 1873 bis 1875 genehmigten Erweiterungen des Staats-Eisenbahnnetzes sowie derjenigen Linien, welche den vom Staate verwalteten Privatbahnen noch concessionirt sind, wird sich die Regierung im Besitz eines von ihr verwalteten Eisenbahn-Complexes von circa 10,000 Kilometer befinden und die Leitung des Verkehrs auf bedeutenderen Verkehrsrouten Norddeutschlands wirksam zu beeinflussen im Stande sein. Die weitere Vervollständigung dieses ausgedehnten Eisenbahnbesitzes und die Ausbildung der einzelnen Linien desselben zu möglichst selbstständigen Verkehrsrouten müssen als die Aufgabe der künftigen Eisenbahnpolitik Preussens angesehen werden, wenn innerhalb des Verkehrsgebietes der preussischen Eisenbahnen dem Staate durch den Betrieb der von ihm verwalteten Linien ein den Verkehr regelnder Einfluss dauernd gesichert werden soll. || Es ist nicht zu verkennen, dass die Verwerthung dieses Einflusses in der Hand der preussischen Regierung die Verkehrsverhältnisse und den Eisenbahnbetrieb benachbarter, von dem preussischen Verkehrsgebiete eingeschlossener Bundesstaaten wesentlich berühren wird. Die Verkehrsleitung, die Tarifstellung, die Betriebsorganisation der preussischen Staatsbahnen würden innerhalb des ganzen, unter dem Einflusse der dominirenden Staatsbahnlinien stehenden Verkehrsgebietes die vorwiegenden Normen bilden, und die Schwierigkeit, die Interessen der räumlich mitbetheiligten Bundesstaaten neben den preussischen in gerechter Weise wahrzunehmen, würde überwiegend von der preussischen Regierung nach eigenem Ermessen zu lösen sein. In dieser Erwägung hat die preussische Regierung nicht eher den bezeichneten Weg betreten wollen, als bis die Möglichkeit einer anderen, für die betheiligten Bundesstaaten günstigeren Lösung ausgeschlossen ist. Preussen hält sich für verpflichtet, zunächst dem Reiche die Möglichkeit zu gewähren, seinerseits den Einfluss auszuüben, den anderenfalls die preussische Regierung auszuüben genöthigt sein würde. || Durch die Reichsverfassung ist die Aufsicht über das Eisenbahnwesen im weiteren Umfange auf das Reich übertragen worden. Gleichwohl fehlt der Reichsaufsicht diejenige materielle Grundlage, welche sich für den preussischen Staat als die nothwendige Ergänzung und Voraussetzung der Ausübung des gesetzlichen Aufsichtsrechtes erweist. Abgesehen von den im äussersten Westen belegenen elsass-lothringischen Bahnen, welche bei ihrer Lage und ihrer geringeren Ausdehnung nicht genügen, um durch die Verwaltung derselben auf den Eisenbahnbetrieb innerhalb des deutschen Reiches regelnd und bestimmend einzuwirken, besitzt das Reich keine eigenen Bahnen. Auch würde dasselbe nicht wohl durch den Bau neuer Linien zu einem für den bezeichneten Zweck genügenden Besitze von Eisen-

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

bahnen gelangen können, nachdem der Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes bereits so weit vorgeschritten ist, dass ein selbstständiger Betrieb der noch zu bauenden Hauptbahnen kaum mehr möglich ist. Nur durch die freiwillige Uebertragung eines geschlossenen, durch das ganze Gebiet der Eisenbahnen sich erstreckenden Complexes bereits bestehender Linien würde daher dem Reiche die Möglichkeit gegeben werden können, sich die neben der Ausübung der Reichsaufsicht erforderliche Einwirkung auf den Eisenbahnbetrieb zu verschaffen und die ihm verfassungsmässig obliegende Aufgabe zu erfüllen. || Die Uebertragung des gesammten preussischen Staatseisenbahnbesitzes auf das Reich erscheint deshalb unter den obwaltenden Umständen als der natürlichste Weg zur Lösung der bezeichneten Aufgabe. || Das Reich ist vor Allem und in erster Reihe zu dieser Lösung berufen. || So segensreich das Machtmittel des Eisenbahnbesitzes in der Hand des preussischen Staates für den Verkehr und die wirthschaftliche Entwicklung innerhalb des engeren Staatsgebietes wirken mag und künftig bei weiterer energischer Ausbildung wirken würde, so wird dasselbe doch in der Hand des Reiches noch weittragendere Wirkungen hervorzubringen geeignet sein. Die höhere Machtstellung des Reiches, die Aufsichtsgewalt über das Eisenbahnwesen innerhalb des weiteren Reichsgebietes und die Vereinigung mit der Verwaltung der elsass-lothringischen Eisenbahnen werden wesentlich dazu beitragen, dem natürlichen Einflusse der Verwaltung der Staatslinien auf die Entwicklung des Eisenbahnwesens eine grössere Tragweite und eine verstärkte Bedeutung zu geben. || Manches würde dem particularen Einflusse des preussischen Staates unerreichbar bleiben, was das Reich im gleichzeitigen Besitze der preussischen Staatsbahnlinien unschwer und ohne Widerspruch durchzuführen in der Lage erscheint. Nicht wenige derjenigen Erscheinungen, welche das Verkehrsleben durch die Schwankungen und Wandlungen in den Interessen der Eisenbahnverwaltungen beunruhigt haben, würden durch die allmähliche Concentration des Eisenbahnwesens in der Hand des Reiches ferngehalten werden, wenn durch die dominirenden Linien der Reichsbahnen inmitten der Verkehrsbewegung auf den übrigen Linien die gesicherte und unentbehrliche Grundlage für eine mehr stetige und ruhige Entwicklung geschaffen würde. Zudem würde die ausgiebige Verwerthung des Einflusses der preussischen Staatseisenbahnverwaltung ausserhalb der Grenzen des preussischen Staatsgebietes leicht einer Abneigung begegnen können, welche voraussichtlich in demselben Maasse wächst, wie die Erweiterung des fiscalischen Eisenbahnbesitzes ein verstärktes Uebergewicht Preussens begründet. || Nicht der preussischen Regierung, sondern der Reichsregierung sollte daher die Verwerthung des in dem Besitze der preussischen Staatsbahnen und der künftigen Erweiterungen derselben gegebenen Machtmittels vorbehalten bleiben. || Die volle Bedeutung desselben für die Entwicklung des Eisenbahnwesens liegt auch nicht sowohl in den Zwecken des engeren Staatsinteresses, als vielmehr in der besonderen Aufgabe, welche dem Reiche gegenüber der gegenwärtigen Gestaltung der Eigenthums-Verhältnisse der deutschen Eisenbahnen durch die Reichs-

Verfassung zugewiesen ist. || Das gemeinsame Ziel der verfassungsmässigen Bestimmungen über die Ausübung der Aufsichtsgewalt des Reiches über das Eisenbahnwesen ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen für die Zwecke des allgemeinen Verkehrs und der Landesvertheidigung. | In Betreff der Zwecke des allgemeinen Verkehrs ist dem Reiche die besondere Aufgabe gestellt, die Transportleistung der Eisenbahnen für die Bedürfnisse des Verkehrs in möglichst weitem Umfange verwendbar zu machen und zugleich dieselbe billiger, sicherer und gleichmässiger zu gestalten. Daher ist vor Allem die Fürsorge für die Ausbildung des durchgehenden Verkehrs durch Herstellung in einander greifender Fahrpläne, durch den Uebergang der Transportmittel von Bahn zu Bahn, durch Beseitigung von Zwischenexpeditionen und aller derjenigen Hindernisse, welche sich in der Eigenart des Eisenbahnbetriebes der freien Bewegung der Güter vom Productions- zum Consumtionsgebiete hindernd entgegenstellen, dem Reiche übertragen worden. Die natürliche Entwicklung des Eisenbahnwesens, die Erweiterung des gesammten Eisenbahnnetzes im In- und Auslande und die Ausdehnung des Absatzgebietes der gesammten wirthschaftlichen Production haben die stetige Erweiterung und Vermehrung der directen Verkehrsbeziehungen unter den Eisenbahnverwaltungen zur nothwendigen Folge. Die im directen Verkehr beförderten Transportmassen durchlaufen auf den der Richtung entsprechenden Linien die Strecken der an dem Verkehr beteiligten Verwaltungen wie ein einheitliches, einer Verwaltung unterstehendes Gebiet. Dadurch gestalten sich diese Linien für den betreffenden directen Verkehr zu einheitlichen Verkehrsrouten, auf welchen der Transportdienst für den Verbandsverkehr durch übereinstimmende Interessen geleitet und durch übereinstimmende Einrichtungen geregelt wird. Die Ausbildung solcher Routen für den durchgehenden Verkehr, auf welchen die verschiedenen zu Verbänden vereinigten Verwaltungsgruppen in der Vermittelung des Verkehrs concurriren, hat bereits eine bedeutende Höhe erreicht. Gerade in dem auf diesen Routen sich bewegenden grossen Weltverkehr, in welchem die Mitbewerbung der concurrirenden Interessen am lebhaftesten hervortritt, gelangen diejenigen Verbesserungen und Erleichterungen des Transportverkehrs zunächst und vorzugsweise zur Einführung, deren Förderung als die weitere Aufgabe der Reichsaufsicht bezeichnet ist. Ermässigungen der Fahr- und Frachtpreise, schnellere Beförderung, Erleichterungen des Reiseverkehrs, technische Verbesserung der Betriebsanlagen, übereinstimmende dienstliche Ordnung, Vereinfachung und praktischere Gestaltung der Einrichtungen des Expeditions- und Transportdienstes, kurz alle diejenigen Wandlungen, in welchen sich die allmähliche Vervollkommnung des Eisenbahnwesens vollzogen hat, sind zuerst auf den Hauptverkehrsrouten hervorgetreten. Hier macht sich das Bedürfniss in höherem Maasse geltend, während das Interesse der Verwaltungen in der grösseren Frequenz seine Rechnung findet. Von diesen Hauptverkehrsrouten haben sich die bewährt befundenen Aenderungen auf die verkehrsrärmeren und weniger unter dem Einflusse der Concurrenz stehenden Linien des Local- und Nachbarverkehrs übertragen. ||

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1870.

Die Ausbildung und leistungsfähige Gestaltung dieser Haupttrouten für die Anforderungen des grossen Verkehrs müssen daher als die vornehmste Aufgabe der Reichsaufsicht über das Eisenbahnwesen angesehen werden. || Ein schwer zu überwindendes Hinderniss für die Durchführung derselben liegt aber in der mehrerwähnten Gestaltung der Eigenthumsverhältnisse der Eisenbahnen. Dieselben werden von einer erheblichen Anzahl selbstständiger Verwaltungen betrieben, deren jede ihre besonderen Betriebseinrichtungen hat und durch ihre besonderen Interessen bestimmt wird. Je mehr und je weiter die Verkehrsbeziehungen, deren Vermittelung den Eisenbahnen zufällt, über das engere Gebiet der einzelnen Verwaltungen hinausgehen, je grösser also die Zahl der Verwaltungen ist, welche an den einzelnen Transportleistungen Theil nehmen, um so nachtheiliger tritt die Einwirkung dieser Verschiedenheiten hervor. Die Bildung directer Verkehre, die Einrichtung durchgehender Züge, Preisermässigungen und Verkehrserleichterungen jeder Art werden in demselben Maasse verhindert oder wenigstens verzögert, als die Zahl der bei der Transportleistung mitwirkenden Verwaltungen sich erhöht. In gleicher Weise wird die Vereinfachung und übereinstimmende Gestaltung aller formellen Vorschriften, welche für die Benutzung der Eisenbahnen seitens des Publikums maassgebend sind, und hierdurch die Möglichkeit, das letztere an die sorgfältige Beachtung derselben zu gewöhnen, durch die Vermehrung der selbstständigen Betriebsfactoren beeinträchtigt. Die Verständigung kann nur durch zeitraubende und umständliche Verhandlungen der beteiligten Verwaltungen gewonnen werden und bleibt immerhin von dem Widerspruch einer einzelnen derselben abhängig. || Diese Nachtheile treten um so schärfer hervor, je mehr die Interessen der einzelnen Verwaltungen auseinandergehen. Wenn die Hebung des Verkehrs einer gemeinsamen Verkehrsrouten nicht übereinstimmend dem Interesse der beteiligten Verwaltungen entspricht, sondern mit dem überwiegenden Interesse irgend einer derselben an einer concurrirenden Route im Widerstreit steht, so wird diese voraussichtlich allen Maassnahmen entgegentreten, welche geeignet sind, der Entwicklung des Verkehrs auf der ersteren Route förderlich zu sein. Die Aufsichtsbehörde wird nicht immer oder nicht nachhaltig diesen Widerstand zu unterdrücken in der Lage sein, so dass durch denselben thatsächlich die Verkehrsentwicklung auf der ganzen Route gestört wird. || Zur Beseitigung dieser Nachtheile wird das Bestreben darauf gerichtet sein müssen, dass einerseits für die Hauptverkehrsrouten die Zahl der betriebleitenden Verwaltungen so weit eingeschränkt werde, um die zur Pflege des durchgehenden Verkehrs erforderlichen Einrichtungen und Vereinbarungen, wie sie dem wachsenden Bedürfniss und den fortschreitenden Erfahrungen entsprechen, ohne Schwierigkeiten und Weiterungen herbeiführen zu können — und dass andererseits an der Betriebsleitung der Hauptverkehrsrouten nur solche Verwaltungen Theil nehmen, deren Interessen übereinstimmend die Pflege des Verkehrs der gemeinsamen Route erfordern. Die gegenwärtige Zerstückelung der Bahnlagen in den meisten Hauptverkehrsrouten, wie solche durch die den einzelnen Ver-

waltungen unterstehenden Bahncomplexe bedingt ist, wird allmählich durch eine planmässige Behandlung der auf den Bau neuer Linien und die Zusammenlegung der vorhandenen gerichteten Bestrebungen zu beseitigen sein. || Wenn daher zunächst in der Ausbildung und Consolidation der vorhandenen Routen für den durchgehenden Verkehr die weitere Entwicklung des Eisenbahnwesens vorzugsweise zu suchen ist, so erscheint es nicht zweifelhaft, dass die Concurrrenz dieser Routen unter einander neben der directen Einwirkung der gesetzlichen Aufsichtsgewalt ein wichtiges Element für die Belebung, die Erleichterung und die Ausdehnung des Verkehrs derselben bildet. Die Lage des deutschen Eisenbahnnetzes, dessen Linien nach allen Richtungen die Grenzen des Reiches überschreiten, ist verschieden von derjenigen der englischen Eisenbahnen, welche überall an den Meeresküsten endigen. Wenn bei den letzteren eine dauernde Verständigung der concurrirenden Linien über die Theilung des Verkehrs in vielen Fällen möglich gewesen ist, so kann dagegen bei den ersteren die Möglichkeit einer solchen Verständigung nur in beschränkterem Umfange und meistens nur für eine engere Zeitdauer zugegeben werden. Nur innerhalb eines begrenzten Verkehrsgebietes ist eine dauernde Unterdrückung der Concurrrenz durch Verständigung möglich, nicht aber in einem Verkehrsgebiete, dessen Grenzen sich von Jahr zu Jahr ändern und erweitern, in welchem die Strömungen und die wechselnde Richtung des Verkehrs nicht lediglich von der Production und den Verhältnissen des Inlandes, sondern ebenso von denjenigen des Auslandes abhängig sind. Unabhängig von Verständigungen dieser Art bleibt aber diejenige Concurrrenz, welche nicht in der Preisstellung für die Transportleistung hervortritt. Gerade hier wird es die Aufgabe sein, den Wetteifer der concurrirenden Linien zu wecken und zu beleben, um durch zweckmässigere Gestaltung der Betriebseinrichtungen der einzelnen Bahnen, durch Beseitigung unnöthiger Disparitäten, durch Einführung und Verbreitung von Erleichterungen des Verkehrs das Ziel der Einheit des Betriebes ungeachtet der Verschiedenheit der Eigenthumsverhältnisse und der Interessen soweit wie möglich zu verwirklichen. || Wenn das Reich in die Lage käme, für alle Richtungen des Verkehrs je eine der für die Vermittelung derselben vorhandenen Routen im eigenen Besitz zu haben, so würde hierin eine wirksame Garantie für die dauernde Förderung der Verkehrsinteressen gefunden werden können. Wenn aber auch eine solche Gliederung des Reichs- und Privateisenbahnbesitzes nicht überall, nicht sofort oder nicht vollständig zu erreichen ist, so würden doch, um die Einwirkung des Reiches auf die Verkehrsleitung nicht lediglich von der erfolgreichen Durchführung der Anordnungen der Aufsichtsgewalt abhängig zu machen, der Besitz und die Verwaltung des ausgedehnten Netzes der unter preussischer Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnlinien für das Reich von hoher Bedeutung sein. Durch den Besitz dieser Transportlinien und deren zukünftiger Ergänzungen wird die Reichsregierung in die Lage kommen, in den Verkehr der einzelnen Routen wirksam einzugreifen und die übrigen Verwaltungen dahin zu führen, in ihrem eigenen Interesse den

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

Anforderungen des allgemeinen Verkehrs in Bezug auf Gleichmässigkeit, Sicherheit und den Umfang der Transportleistung diejenigen Zugeständnisse zu machen, welche die Aufsichtsgewalt nicht zu erzwingen vermag. || Auch für die Zwecke der Landesvertheidigung würde mit dem Uebergange der preussischen Staatseisenbahnen auf das Reich ein bedeutsamer und zugleich der verfassungsmässigen Aufgabe des Reiches entsprechender Schritt geschehen. Der glückliche Ausgang des letzten Krieges hat die grossartige Wichtigkeit eines den strategischen Zwecken adaptirten Eisenbahnnetzes offengelegt. Es ist die Aufgabe des Reiches, für die Verwerthung desselben zum Schutze des Reichsgebietes Sorge zu tragen. Die von der Natur wenig beschützten Grenzen des deutschen Reiches machen es für die Landesvertheidigung unerlässlich, die schnelligste Aufstellung der für die Deckung gefährdeter Grenzen erforderlichen Truppenmassen vorzubereiten. Ein durch alle Corpsbezirke verzweigtes Netz von Transportlinien, durch welches die beschleunigte Concentration nach jeder Richtung hin ermöglicht wird, ist daher die erste, die möglichste Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit der einzelnen Linien die weitere Aufgabe der Landesvertheidigung. Während für die erstere die Mitwirkung des Reiches bei Prüfung der auf die Herstellung neuer Linien gerichteten Anträge erforderlich ist, muss für die Erreichung der letzteren die eigene Verwaltung eines grösseren Theiles der deutschen Eisenbahnen und der damit verbundene nachhaltige Einfluss auf die Verwaltung der übrigen von entscheidender Bedeutung sein. Die Gleichmässigkeit aller Einrichtungen der Verwaltungen und des Betriebes, die übereinstimmende Ausbildung der in denselben mitwirkenden Beamten, die mit der Zunahme des Verkehrs fortschreitende Erweiterung der Bahnanlagen und des Fuhrparks der Eisenbahnen sind für die militärische Leistungsfähigkeit von derselben Bedeutung, wie für die Vermittelung des Friedensverkehrs. Alles, was dazu dient, die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen für den allgemeinen Verkehr zu steigern und die Transportleistung vollkommener zu gestalten, muss in gleichem Verhältniss auch der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen für den Landesschutz zu Gute kommen. Eine Concentration wichtiger Eisenbahnen in der Hand des Reiches ist daher zugleich für den Schutz der Grenzen und die wehrhaftere Gestaltung der Vertheidigungsfähigkeit des Reiches ein bedeutungsvolles Mittel, dessen Werth um so höher anzuschlagen ist, als für die meisten deutschen Staaten weder in der Gesetzgebung, noch in den Verleihungsurkunden der Eisenbahn-Concessionen derjenige Vorbehalt gemacht ist, durch welchen in anderen Ländern der künftige unentgeltliche Erwerb der Privateisenbahnen dem Staate gesichert ist. || Mit dem Uebergang des Eigenthums der preussischen Staatseisenbahnen wird zugleich der überwiegend grössere Theil aller dem Staate an dem Eigenthum, den Intraden oder der Verwaltung von Eisenbahnen zustehenden Rechte, mögen dieselben auf Gesetz, Concession oder Vertrag beruhen, für den Staat an Bedeutung verlieren und daher ebenso, wie die entsprechenden, dem Staate obliegenden Verpflichtungen, mit der Abtretung der Staatsbahnen dem Reiche zu

überlassen sein. || Die gegenwärtige Gesetzesvorlage bezweckt die vorläufige Ermächtigung der Regierung, mit dem Reiche in Vertragsverhandlungen einzutreten, welche die Uebertragung in dem bezeichneten Umfange zum Zwecke haben, ohne einer Prüfung des Ergebnisses derselben seitens der Landesvertretung zu präjudiziren. || Würden die vorbezeichneten Bestrebungen der Regierung Preussens wegen Uebertragung des preussischen Bahnbesitzes auf das Reich an dem Widerspruche maassgebender Organe des Reiches scheitern, so könnte es nicht zweifelhaft sein, dass alsdann Preussen selbst an die Lösung der gedachten Aufgaben mit voller Energie heranzutreten und vor Allem die Erweiterung und Consolidation seines eigenen Staatsbahnbesitzes als das nächste Ziel seiner Eisenbahnpolitik zu betrachten haben würde. Den Rücksichten, welche Preussen gegenüber seinen Bundesgenossen obliegen, wäre Genüge geschehen, und nichts würde entgegenstehen, der nachtheiligen Zersplitterung des Eisenbahnwesens und dem Ueberwiegen der Privateisenbahnindustrie selbstständig entgegenzuwirken. Dass durch die Erweiterung des preussischen Staatsbahnbesitzes, — durch die volle Entfaltung des in dem Besitze und der Verwaltung desselben liegenden Einflusses das Uebergewicht der mit den preussischen Bahnen verknüpften Interessen über die Grenzen des preussischen Staatsgebietes hinaus sich fühlbar machen würde, wäre eine wahrscheinliche Folge der alsdann von der preussischen Eisenbahnpolitik nothwendig einzuschlagenden Richtung.

Nr. 5590.
Preussen.
24. März 1876.

Was die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes anbetrifft, so findet sich Folgendes zu bemerken:

Zu 1. Bezüglich der Staatsbahnen würden die Verträge sich sowohl auf die im Bau, als auf die im Betriebe befindlichen Linien zu erstrecken haben. Zu den ersteren sind auch diejenigen zu rechnen, bei welchen die eigentliche Bauausführung in Ermangelung der Feststellung specieller Vorarbeiten noch nicht begonnen hat. || Das bei dem Bau und Betriebe der Staatsbahnen beschäftigte gesammte Personal würde hierbei, sein Einverständniss vorausgesetzt, in den Dienst des Reiches übernommen werden; anderenfalls würde das Reich nach dem Vorgange bei Abtretung der preussischen Bank die Befriedigung seiner gesetzlich begründeten Ansprüche zu übernehmen haben. Hiermit würde gleichzeitig das Reich die Verwaltung aller bei den einzelnen Staatsbahndirectionen bestehenden Pensions-, Kranken- und sonstigen im Interesse der Beamten oder Arbeiter errichteten Cassen nebst den betreffenden Fonds übernehmen. Der Kaufpreis würde, da die Absicht einer Bereicherung seitens des einen oder anderen der vertragschliessenden Theile selbstverständlich ausgeschlossen bleiben mus, in einer angemessenen, dem wirklichen Werthe der Gesammtheit der abzutretenden Staatsbahnen entsprechenden Entschädigung bestehen. Die Berechnung des Werthes dieser als ein Object zu betrachtenden Gesammtheit würde am Besten auf der Grundlage des vom Staate verwendeten Anlage-Capitals mit den Bauzinsen unter Berücksichtigung der seitherigen und zu-

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

künftigen Ertragsverhältnisse nach billiger Veranschlagung erfolgen müssen und die Entschädigung in der Form einer der Amortisation unterliegenden Rente zu gewähren sein. | Der Zeitpunkt der Uebernahme der im Betriebe befindlichen Bahnen wäre derart festzusetzen, dass alle bis zu demselben aufkommenden, wenn auch nach demselben zur Einziehung gelangenden Reventuen dem preussischen Staate verbleiben. || Mit dem Eigenthum der Staatsbahnen werden zugleich alle Zubehörungen derselben, namentlich alle Rechte, welche dem Staate bezüglich der an die Staatsbahnen anschliessenden Bahnstrecken, Bahnhöfe u. s. w. anderer Verwaltungen eingeräumt sind, sowie umgekehrt alle Verpflichtungen, welche bezüglich der eigenen Bahnstrecken vom Staate den angrenzenden Bahnverwaltungen eingeräumt sind, auf das Reich übergehen. Hierher gehören Pachtrechte, Mitbenutzungsrechte, Verwaltungs-, Betriebs- und Mitbetriebsrechte aller Art. Das Reich würde endlich mit der Uebernahme der Staatsbahnen zugleich in alle von der bisherigen Verwaltung eingegangenen Verträge und die daraus erwachsenen Rechte und Pflichten eintreten.

Zu 2. Durch den Uebergang des Eigenthums und der Verwaltung der Staatseisenbahnen auf das Reich wird gleichzeitig die Nothwendigkeit bedingt, dass auch die Verwaltung und der Betrieb der nicht im Eigenthum des Staates stehenden Eisenbahnen auf das Reich übergehen, insoweit nicht etwa auf Grund der bestehenden Verträge von den Eigenthümern gegen diese Uebertragung ein berechtigter Widerspruch erhoben werden könnte. Bei Bahnlinien von geringer Ausdehnung würde diese Uebertragung unzweifelhaft im eigenen Interesse der Bahneigenthümer liegen, weil die Ausscheidung der Gesammtheit der Staatseisenbahnverwaltung und die Nothwendigkeit der Errichtung besonderer Verwaltungsstellen für solche Bahnstrecken auf die Rentabilität derselben sehr nachtheilig einwirken müssten. Auch bei Bahnlinien von solcher Ausdehnung, dass dieselben ohnehin einen selbstständigen Verwaltungsapparat erfordern und auch ohne die Unterstützung der oberen Leitung des Staatseisenbahnwesens sich den ihnen gebührenden Antheil an dem grossen Verkehr zu sichern in der Lage sind, wird die fortdauernde Vereinigung der Verwaltung dieser Bahnen mit der Verwaltung der Staatseisenbahnen unzweifelhaft im öffentlichen Interesse dringend erforderlich sein. Abgesehen davon, dass eine Trennung der oberen Leitung der Verwaltung, so dass dieselbe künftig für die jetzigen Staatsbahnen durch die Reichsregierung, für die unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen durch die preussische Regierung erfolgen würde, dem grundsätzlich anzustrebenden Ziele möglicher Einheit in der Leitung des Betriebes der Eisenbahnen nicht entspricht, muss auch das allgemeine Interesse für die Entwicklung des Verkehrs und der wirtschaftlichen Kräfte der von den Bahnstrecken berührten Landestheile, welches neben dem finanziellen Interesse der Eigenthümer durch die obere Leitung der Verwaltung gewahrt werden soll, im höheren Grade gesichert erscheinen, wenn die Summe aller Erfahrungen, welche sich aus der oberen Verwaltung der Staatseisenbahnen künftig für die Reichsregierung ergeben, zugleich bei der oberen Verwaltung dieser nicht fiscalischen Bahnen

ihre Verwerthung finden kann. || Für den Uebergang der dem Staate hinsichtlich der Verwaltung oder des Betriebes einzelner, im Uebrigen selbstständig verwalteter Eisenbahnen zustehenden Rechte auf das Reich wird auch ins Gewicht fallen, dass diese Rechte vielfach das Correlat einer finanziellen Betheiligung des Staates an den betreffenden Eisenbahnunternehmungen sind.

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876.

Zu 3. Die Vermögensrechte, welche dem Staate an den ihm nicht ausschliesslich gehörenden Eisenbahnen zustehen, sind einerseits Antheilsrechte, welche der Staat durch die gemeinsame Ausführung von Eisenbahnunternehmungen mit anderen Staaten oder durch die Betheiligung an dem Actien-capital von Privateisenbahngesellschaften erworben hat, andererseits Berechtigungen verschiedener Art, welche theils auf vertragsmässiger Bestimmung, theils auf gesetzlichem oder concessionsmässigem Vorbehalte beruhen. || Inwiefern die Uebertragung der Miteigenthumsrechte an den unter Betheiligung anderer Staaten ausgeführten Eisenbahnstrecken deren Zustimmung bedarf, richtet sich nach den Bestimmungen der bezüglichen Staatsverträge. || Die Uebertragung der Actienantheile des Staates an den innerhalb des Staatsgebietes belegenen Eisenbahnen auf das Reich erscheint aus dem Grunde gerechtfertigt, weil der Actienbesitz des Staates wesentlich dazu bestimmt ist, den Einfluss desselben auf die Leitung der betreffenden Privateisenbahnunternehmungen neben dem staatlichen Aufsichtsrechte zu sichern und mit der Uebertragung des letzteren auch das mit dem Actienbesitz verbundene Stimmrecht für den Staat insofern seinen Werth verlieren würde. || Der gleichzeitige Uebergang der übrigen Berechtigungen vermögensrechtlicher Natur, welche dem Staate an den nicht in seinem Eigenthum befindlichen Eisenbahnen zustehen, auf das Reich rechtfertigt sich im Wesentlichen dadurch, dass dieselben zum grossen Theil den Besitz der preussischen Staatsbahnen zur Voraussetzung haben. || Die bei verschiedenen Eisenbahnen dem Staate als Garanten zugleich übertragene Verwaltung und Betriebsleitung sowie ein Theil derjenigen Berechtigungen, welche dem Staate für die Uebernahme der Zinsgarantie eingeräumt sind, namentlich das Recht, unter gewissen Voraussetzungen den Betrieb der Bahn zu übernehmen, das Recht, die Bahn gegen Erstattung des Anlagecapitals zu erwerben, selbst das in einigen Fällen vorbehaltene Recht des unentgeltlichen Erwerbs einzelner Bahnstrecken würden für den Staat mit der Uebertragung der Staatsbahnen die besondere Bedeutung verlieren, welche sie durch die Einfügung der betreffenden Strecken in das Gesamtnetz und den Gesamtbetrieb der unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen für den Staat erhalten. || Insoweit diese Rechte den Besitz der Staatsbahnen nicht voraussetzen, würde deren Uebertragung zwar an sich nicht unbedingt nothwendig sein, immerhin aber der Sachlage entsprechen, nachdem sich der preussische Staat aller Einwirkung auf die Betriebsleitung der betreffenden Bahnen begeben hat. || Für die Abtretung dieser Rechte würde nach Lage des einzelnen Falles eine der näheren Ermittlung und Feststellung vorbehaltene angemessene Entschädigung zu gewähren sein.

Nr. 5599.
Prouven.
24. März 1876.

Zu 4. Unter Nr. 4 des § 1 wird in gleicher Weise über die Verpflichtungen des Staates bezüglich der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen Bestimmung getroffen, wie solches unter 2 hinsichtlich der bezüglichen Rechte des Staates geschehen ist. Hierher gehört namentlich die Garantiepflcht, welche der Staat bei einer Reihe von Privateisenbahnunternehmungen für die Zinsen des Anlagecapitals, sei es, dass dasselbe in Actien oder Obligationen besteht, übernommen hat. Dieselbe bildet regelmässig die vertragsmässige Gegenleistung der dem Staate eingeräumten Rechte oder der Uebertragung der Verwaltung und des Betriebes an den Staat, so dass dieselbe schon aus diesem Grunde ebenfalls vom Reiche zu übernehmen ist. Insoweit die Verwaltung und Betriebsleitung der Bahn mit der Garantiepflcht verbunden sind, würde überdies durch die Trennung beider das Interesse der betrieblleitenden Verwaltung an dem finanziellen Ergebnisse derselben zum Nachtheil des Garanten aufgehoben werden. Insoweit die Betriebsleitung dagegen dem Bahneigenthümer verblieben ist, würde doch die im Interesse des Garanten erforderliche Controlle derselben ihre praktische Bedeutung verlieren, wenn sie nicht von derjenigen Stelle ausgeht, welche durch die Verwaltung ihres eigenen Eisenbahnbesitzes und die Ausübung der Aufsichtsbefugnisse über die Eisenbahnen hierzu vorzugsweise geeignet ist. Ebenso wie die Garantiepflcht würden auch alle sonstigen, dem Staate hinsichtlich der ihm nicht gehörenden Eisenbahnen obliegenden vermögensrechtlichen Verpflichtungen, soweit sie nicht als Zubehörungen der einzelnen Staatsbahnverwaltungen bereits durch die Bestimmung unter 1 übertragen werden, unter die vorliegende Bestimmung fallen.

Zu 5. Mit der vollständigen Uebertragung der gesammten Staatseisenbahnverwaltung auf das Reich erscheint endlich auch der Uebergang der Aufsichtsrechte des Staates über das Eisenbahnwesen geboten. ¶ Dieselben Erwägungen, aus welchen in der allgemeinen Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs die Nothwendigkeit begründet ist, der Aufsichtsgewalt des Reiches durch die Uebertragung des preussischen Staatseisenbahnbesitzes die für die wirksame Ausübung derselben erforderliche materielle Grundlage und Unterstützung zu verschaffen, rechtfertigen in gleicher Weise die Uebertragung der Aufsichtsbefugnisse des preussischen Staates über das Eisenbahnwesen auf das Reich. Ebenso, wie die Aufsichtsgewalt des Reiches, würde auch diejenige des preussischen Staates ohne die gleichzeitige Einwirkung durch die Verwaltung eigener Bahnen und ohne die durch dieselbe bedingte praktische Anregung Gefahr laufen, zu einer mehr formalen Anwendung gesetzlicher und reglementarischer Vorschriften sich umzugestalten. Durch die Uebertragung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Reich würde die Ausübung der Eisenbahnaufsicht eine wesentliche Stärkung erfahren. Die nachtheilige Schwächung, welche für die Gesamtwirkung der gesetzlichen Aufsicht durch die gegenwärtige Theilung derselben zwischen Reich und Landesregierung nothwendig herbeigeführt wird, muss bei einem ausgedehnten Staatsgebiete, wie das preussische, sich in höherem Grade fühlbar machen. Jede, wenn auch nur in der

Auffassung oder Behandlung des einzelnen Falles hervortretende Verschiedenheit zwischen den Reichs- und Staatsbehörden gewinnt eine um so grössere Tragweite, je weiter sich das Gebiet erstreckt, welches durch einen etwaigen Mangel an Uebereinstimmung berührt wird. Die Vereinigung der getrennten Befugnisse in der Hand des Reiches muss daher an und für sich als der sicherste und einfachste Weg angesehen werden, um die volle Wirkung des gesetzlichen Aufsichtsrechts zu erreichen und dauernd sicherzustellen. || Für das Gebiet der preussischen Eisenbahnen steht dieser Lösung ein Bedenken nicht entgegen. Der Verzicht auf die dem Staate verbliebenen Aufsichtsbefugnisse entspricht im Gegentheil dem wohlverstandenen Interesse des Staates, damit die wirkungsvolle Ausübung derselben durch die höhere Machtstellung des Reiches und durch die in dem weiteren Reichsgebiete aus dem Betriebe und der Verwaltung der Reichsbahnen, wie aus der Aufsicht über das gesammte deutsche Eisenbahnnetz erwachsende Kenntniss der Betriebs- und Verkehrsverhältnisse die gesicherte und unentbehrliche Grundlage erhält. || Bei der Abtretung der Aufsichtsrechte des Staates an das Reich werden dagegen alle diejenigen Befugnisse auszuscheiden sein, welche lediglich die Wahrung der Landesinteressen betreffen und demgemäss der Landesregierung zu belassen sind. Hierher würden namentlich die Anwendung der gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften zum Schutze der Adjacenten von Eisenbahnen — die Wahrung der Interessen der öffentlichen Wege, Ströme, Canäle, Häfen etc. —, die Rechte des Staates in Bezug auf die Enteignung des Grundbesitzes zum Zwecke von Eisenbahnanlagen, endlich die Aufsicht über die Erfüllung derjenigen Bedingungen und Verpflichtungen zu rechnen sein, welche den Eisenbahnen im Interesse der betreffenden Landestheile in den Concessionen oder besonderen Verträgen etwa auferlegt sind. Aus demselben Grunde würden auch die Hoheitsrechte des Staates bezüglich der Concessionirung von Eisenbahnen von der Uebertragung auf das Reich auszuschliessen sein. So wesentlich die Mitwirkung des Reiches bei der Prüfung der Concessionsgesuche aus dem Gesichtspunkte erscheinen muss, um die Interessen der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs sowohl hinsichtlich der Erweiterung des gesammten inländischen Eisenbahnnetzes, als auch hinsichtlich der Gestaltung der einzelnen Verwaltungsgebiete zu wahren, so ist doch, abgesehen hiervon, die Anlage neuer Eisenbahnen mehr noch für die Landes-, als für die Reichsinteressen von Bedeutung. Es muss dies umsomehr angenommen werden, als nach der Ausführung der bis jetzt genehmigten Bahnen der Ausbau der Hauptbahnen nahezu vollendet sein und die Fürsorge für die Herstellung der lediglich lokalen Interessen dienenden Nebenlinien mehr der Landesregierung als dem Reiche zufallen wird.

Durch die im § 2 des Gesetzentwurfes enthaltene Bestimmung ist die verfassungsmässige Genehmigung des Vertrages hinsichtlich der Uebertragung der das fiskalische Interesse berührenden Rechte und Pflichten vorbehalten worden. Hinsichtlich der übrigen Vereinbarungen würde eine nochmalige

Nr. 5599.
Preussen.
24. März 1876. Mitwirkung der Landesvertretung aus dem Grunde als entbehrlich anzusehen sein, weil jedenfalls die Uebertragung der betreffenden Rechte im weitesten Umfange sich empfiehlt, während die etwa erforderlichen Aenderungen in der Organisation der Behörden durch die vorgängige Prüfung des Staatshaushalts-etats ohnehin zur Cognition der Landesvertretung gelangen würden.

Nr. 5600.

PREUSSEN. — Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April 1876. Erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Uebertragung der Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich.

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876. Abg. Richter (Hagen): Bei einer ersten oberflächlichen Betrachtung könnte die Vorlage durchaus unverfänglich erscheinen. Was, könnte man fragen, wird durch dieselbe denn gross verändert? Die preussischen Staatsbahnen gehen an das Reich über, König Wilhelm regiert dort wie hier, Fürst Bismarck steht dort wie hier an der Spitze der Geschäfte; die Majorität der Reichstagsabgeordneten sind Preussen, und viele von uns brauchen nur von hier nach der Leipzigerstrasse No. 4 zu gehen, um denselben Einfluss auf die preussischen Bahnen zu gewinnen, den wir hier aufgeben sollen. Fasst man aber die Frage nur etwas schärfer ins Auge, so wird es klar, dass keine so inhaltschwere Frage seit dem Jahre 1866 an das preussische Abgeordnetenhaus herangetreten ist. (Sehr wahr!) Wenn die preussischen Bahnen für sich allein auf das Reich übergehen, so erlangt das Reich nur in einem Staate des Reiches einen Besitz und Einfluss. Preussen allerdings wird fester an das Reich gekettet, desto mehr aber werden die Bande der Einheit den anderen Staaten gegenüber gelockert. (Sehr wahr!) Das Verkehrsgebiet der kleinen Nachbarstaaten Preussens, wie Anhalt, Waldeck, Lippe u. A., und ihr Interesse, welches sie an den preussischen Bahnen haben, ist ein so verschwindendes im Verhältniss zum ganzen Reiche, dass man sich dort gewiss wundern wird, dieses als Hauptmotiv für die Vorlage angeführt zu sehen. Man glaubte auch, eine Concession zu machen, wenn man ihnen in dieser Form einen Einfluss auf die preussischen Bahnen einräumt, welche auch im Besitz Preussens einen mächtigen Einfluss auf die Bahnen der übrigen Bundesstaaten ausüben. Preussen ist die Vormacht im Reiche von fast bestimmendem Einfluss für die Reichsangelegenheiten, und man weigert sich daher mit Recht in Bayern und Württemberg, sieben Achtel des Einflusses auf die eigenen Staatsbahnen an das Reich abzutreten und dafür ein Achtel des Einflusses auf die preussischen Bahnen einzutauschen. An jeder Eisenbahn besteht ein einheitliches Interesse Deutschlands, aber daneben ein locales, nachbarliches der von der betreffenden Bahn unmittelbar durchschnittenen Verkehrsgebiete. Was würden nun diese Staaten verlieren,

wenn es wahr ist, dass Preussen, auch wenn es seine Bahnen behält, nur deutsche Interessen bei der Verwaltung maassgebend sein lassen kann? Naturgemäss wird aber auch Preussen die speciellen preussischen Verkehrsinteressen berücksichtigen müssen. Stützt sich aber das Interesse des preussischen Verkehrsgebietes auf den Credit des Reiches, so entsteht ein Missbehagen, das wir bereits bei den elsass-lothringischen Bahnen empfunden haben. Damals erschollen lebhaft in der Budgetcommission des Reichstages die Klagen aus Baden, dass die reichsländischen Bahnen den badischen Concurrrenz machten, gestützt auf das Finanzwesen und den Credit des Reiches, welchen ein Particularstaat nicht gewachsen sei. Dabei ist Elsass-Lothringen der am wenigsten einflussreiche Particularstaat des Reiches, während Preussen die Vormacht ist. Werden nun nächstens preussische Staatsbahnen aus Reichsmitteln gebaut, so wird sich der Vorwurf erheben, besondere preussische Interessen würden gepflegt durch die Mittel des Reiches (Sehr wahr! links), zumal wenn Reichsanleihen in Concurrrenz treten mit den Anleihen der Particularstaaten. Die Sache ist noch misslicher bei dem finanziellen Zustande der preussischen Bahnen, von denen ein Drittel im Bau begriffen ist. Denn Minister Achenbach hat erst angefangen, unwirthschaftliche Bahnen zu bauen, als die übrigen Gründer bereits aufgehört hatten. (Heiterkeit.) Was die preussischen Staatsbahnen werth sind, ist gar nicht zu sagen. Wir werden dem Reiche gewiss keine grossen Forderungen stellen, etwa eine dem marktgängigen Zinsfusse des Anlagecapitals entsprechende Rente verlangen. Aber man mag die Rente so mässig stellen, wie man will, immer wird im Reiche der Verdacht nahe liegen, dass die Vormacht Preussen zu Ungunsten der Anderen specifisch preussische Interessen pflegt. — Mit der Uebertragung der preussischen Staatsbahnen verzichten wir auf eine wirksame Aufsicht über die Bahnen anderer Staaten, und doch handelt es sich für das Reich nicht wie bisher in Preussen um die concurrirenden Interessen einzelner Linien desselben Verkehrsgebietes, sondern die Concurrrenz deutscher Verkehrsgebiete mit einander. Soweit Sie in unseren parlamentarischen Verhandlungen zurückschlagen, immer ist die Klage lebendig, dass die Vereinigung der Verwaltung von Staats- und Privatbahnen die grössten Unzulänglichkeiten zur Folge hat. Deren Beseitigung erachteten 1869 gelegentlich der Discussion über die Ministerverantwortlichkeit Twesten und Unruh als einen Hauptvortrag der Stiftung eines Verkehrsministeriums. Die Berichte der Eisenbahnuntersuchungscommission, die Resolutionen dieses Hauses sind voll von solchen Klagen, die noch im Juli vorigen Jahres Präsident Maybach in der Delegirtenconferenz wiederholte. Ohne den Besitz eigener Bahnen soll das Reich keine wirksame Aufsicht führen können? Das Selbstbewusstsein des Reichseisenbahnamtes hat dieser Mangel bisher nicht beeinträchtigt. (Hört!) Und dann, mit der besseren Erkenntniss geht die Unschuld verloren. (Heiterkeit.) Mit dem Verluste der Unparteilichkeit aber gewinnen auch noch andere, als nur Eisenbahninteressen, die Oberhand. Die elsass-lothringische Bahn gerade war diejenige, die noch einige Wochen früher als die anderen Ver-

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

waltungen die Tariferhöhungen einführt nicht nur in Bezug auf die Güter, sondern auch auf die Personen. Der Phylax des Reiches frass zuerst aus dem gemeinsamen Korbe, den er bewachen sollte. (Heiterkeit.) In Preussen beeinflusst der Finanzminister die Verwaltung; glauben Sie etwa, dass im Reiche der Kriegsminister nicht viel gefährlicher ist? Ist doch fast die ganze Reichsfinanzverwaltung nur für seine Bedürfnisse. Wir begegnen dem Merkmal einer Umkehr in der ganzen Eisenbahnpolitik des Reiches, einer Verwirrung und Verschlechterung des bisherigen Zustandes (Oho!), so dass ganz unhaltbare Zustände entstehen. (Widerspruch.) Aber das wollen Sie ja auch garnicht, dass nur die preussischen Bahnen auf das Reich übergehen — sie können nicht allein übergehen. — (Sehr wahr!) Es mag eine ganz richtige Taktik sein, die Sache so darzustellen, als handle es sich nur um untergeordnete, wenig bedenkliche Sachen. Aber es ist nur der erste Schritt, der Ueberwindung kostet; das Ende ist nichts Anderes, als der Uebergang sämtlicher deutschen Eisenbahnen auf das Reich. (Sehr wahr!) Nach den Motiven zwar will man sich mit nur einer Linie in jeder Verkehrsrichtung begnügen; aber wer alle Etappenstrassen besitzt, beherrscht das ganze Land. Die übrigen Bahnen, die sich dann kümmerlich fristen, treten in die Stellung eines Agenten zu seinem Geschäftshause. — Die Wandlung in der Eisenbahnpolitik hat sich vorzubereiten angefangen, seitdem Präsident Maybach an die Spitze des Reichseisenbahnamtes trat. Bis dahin handelte es sich nur darum, dem Reiche eine wirksame Aufsicht zu geben, wo particularistische Interessen, die nicht Eisenbahninteressen sind, diese kreuzen, und dazu hätten wir wahrlich überall mitgearbeitet. Präsident Maybach scheint seine Aufgabe ähnlich zu fassen, wie der Leiter einer Staatsbahn; er will — das ist der Kernpunkt der neuen Politik — das Reich soll leiten, verwalten; die Eisenbahndirectionen sollen zu ihm in das Verhältniss von Obercontroleuren treten; nicht der naturgemässen, eigenartigen Entwicklung aus sich heraus soll das Eisenbahnwesen in Deutschland überlassen werden, nein, die ganze Initiative soll abhängig werden vom Reichseisenbahnamte. Eine solche Steigerung des Einflusses kann nur erstrebt werden, um einem Reformator die Mittel zu gewähren, seinen neuen Ideen um so rascheren Eingang zu verschaffen. Wenn aber dieser höhere Einfluss Selbstzweck ist, wenn man glaubt, dass schon die Concentrirung des Einflusses diese Vortheile schafft, dann kann man mit solchen Anschauungen ebenso nahe, wie einem Reformator, einem Bureaukraten stehen. (Hört! hört!) Der Präsident Scheele hat im Jahre 1874 einen Eisenbahngesetzentwurf veröffentlicht, der ja in der That neue Ideen enthielt; aber auch den besten Freunden des Entwurfes schienen diese Ideen in einer Form hervortreten, welche nicht reif für die Arbeiten der Gesetzgebung war. Man beging auch den Fehler, die Reform der Eisenbahngesetzgebung an allen Punkten zugleich zu beginnen. Der Entwurf dagegen, der im Jahre 1875 vorberathen ist, enthält überhaupt keine neue Idee über ein materielles Eisenbahnrecht, sondern nur das Verlangen von Vollmachten zur Befugnisserweiterung für das Reichseisenbahnamt

und die Reichsbehörden. Das Reichseisenbahnamt, die Reichsverwaltung soll die Vollmacht erhalten, Normativbestimmungen zu erlassen über die Ertheilung von Concessionen, über den Bau und die Ausrüstung der Bahnen, über die Vergütung beim Bahntransport, über die Fahrpläne, über die einheitliche Benutzung des Wagenparks, Normativbestimmungen über die Dotirung der Reserve- und Erneuerungsfonds, über Anstellung der Beamten, über die Bestätigung und Absetzung der Eisenbahndirectoren durch das Reich. Mich hat bei der Lesung des Entwurfes das eine gewundert, warum man die Sache in so viele Paragraphen vertheilt, warum man nicht einfach ausspricht: Das Reichseisenbahnamt verwaltet und regelt das deutsche Eisenbahnwesen. (Sehr wahr!) Nun hat man gesagt, die Aufnahme, die dieser Entwurf in der Delegirtenconferenz der Staaten im Juni v. J. fand, beweise die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Reichseisenbahngesetzes in Deutschland. Näheres wird nicht berichtet; aber nach den Mittheilungen aus dem literarischen Bureau des Staatsministeriums haben wir in der heutigen Sitzung die Darlegung über den Verlauf dieser Delegirtenconferenz zu erwarten. Ich war darum dem Postboten sehr dankbar, der mir das nothwendige Material über diese Delegirtenconferenz einige Zeit vorher überbrachte (Heiterkeit), insofern ich damit einen selbstständigen Maassstab zur Beurtheilung dessen gewann, wass in der Conferenz vorgebracht ist. Zu diesen Conferenzen waren die Vertreter derjenigen Staaten eingeladen, die überhaupt an den Eisenbahnen ein finanzielles Interesse haben, also alle Mittelstaaten, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, ferner Thüringen, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg, und ich weiss nicht, weshalb man die Vertreter anderer Staaten, wie Braunschweig und Mecklenburg, fortliess. Ich bin übrigens weit entfernt, mich irgendwie mit dem Standpunkte dieser Regierungen zu identificiren. Das Reichseisenbahngesetz hat in seinen Grundlagen einen einmüthigen Widerstand aller Regierungen gefunden, mit Ausnahme der drei Hansestädte, die selbst an dem Eisenbahncomplex nicht betheilig sind. Alle diese Regierungen haben sich von vornherein bereit erklärt, zum Zustandekommen eines Reichseisenbahngesetzes mitzuwirken; es ist dies von dem sächsischen Vertreter auch betont worden, während andererseits der badische Vertreter am schärfsten gegenüber dem Reichseisenbahngesetzentwurf Opposition nahm, indem er mit nackten Worten sagte: Dieser Entwurf greift die Lebensfähigkeit, die Existenzfähigkeit des badischen Staates an. Man war verschiedener Meinung darüber, ob dem Reiche eine unmittelbare oder mittelbare Aufsicht gegeben werden solle. Man einigte sich dahin, dass man die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes durchberathen wolle, die nur im Wege des Gesetzes zur Geltung gebracht werden können. Es waren äusserst technisch sachliche Verhandlungen gewesen, die sich durch fünf Sitzungen hinzogen. Am Schlusse der vorletzten Sitzung erklärte allerdings der Präsident Maybach sein Bedauern über das wesentlich negative Resultat der Verhandlungen, welche Anschauungsweise die Commissare von Sachsen, Württemberg und Baden nicht theilten. Der Präsident erklärte, dass

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

Nr. 5600.
Preussen.
28. April 1876.

er höheren Orts über das Resultat der Berathungen Vortrag halten und dann in der Schlussitzung sich mit den Commissaren verständigen werde. Diese Schlussitzung, welche wohl nach einem Vortrage höheren Orts stattfand, zeigte einen Umschwung in der Meinung des Präsidenten Maybach, welcher auch von verschiedenen Delegirten constatirt wurde. — Präsident Maybach sprach sogar die Hoffnung aus, dass man für eine etwaige Frühjahrs-Session das Gesetz zur Vorlage bringen werde. (Hört, hört!) Es kommt mir hierbei darauf an, die falschen Darstellungen der officiösen preussischen Presse zu widerlegen. In der Conferenz erschienen sämtliche Delegirten auf dem Standpunkte des Reichseisenbahnnamtes stehend, und namentlich war die württembergische Erklärung in dieser Beziehung bemerkenswerth. Fast alle Delegirten wünschten ein Reichseisenbahngesetz mit erweiterten Befugnissen für das Reich, und Präsident Maybach war damit einverstanden. Nun, entweder müssen Sie annehmen, dass diese Eisenbahngelehrten incl. des Herrn Präsidenten Maybach es verstanden haben, den Grundsatz, dass die Sprache erfunden ist, um die Gedanken zu verbergen, noch entschiedener zum Ausdruck gebracht zu haben, als jemals ein Diplomaten-Conventikel, und ich weiss dann überhaupt nicht, welchen Werth man auf solche Conferenzen legen will, oder man muss annehmen, dass die Sache durchaus nicht so schlimm steht, dass die Aussicht nicht abgeschnitten war, zu einer gemeinschaftlichen Basis in der deutschen Eisenbahngesetzgebung auf anderem Wege zu kommen. Ich behaupte, ein Eisenbahngesetz zu Stande zu bringen, das nur die wirksame Aufsicht, nicht die Leitung für das Reich beansprucht, ist überhaupt ernstlich so recht noch niemals versucht worden. Ich verfolge nun seit drei Jahren die Sache sehr genau, da das Reichseisenbahnamt die Güte gehabt hat, mich fortlaufend in Kenntniss von den Schriftstücken zu setzen. Der Herr Präsident sagt an einer anderen Stelle: „Wir sind in Deutschland gewohnt, dass wir grosse und schwierige Gegenstände mit Geduld zu Ende führen, wenn es auch lange währt.“ Ist denn der ganze Weg etwa in unserem Civilrecht, in der ganzen Reichsjustizgesetzgebung ein weniger mühseliger, verfließt nicht auch eine Reihe von Jahren, ehe wir vor dem Abschlusse der Arbeit stehen? Wir haben fast gar keine Vorbilder für eine Reichseisenbahngesetzgebung. Ich glaube, der Hauptgrund dafür, dass wir nicht vom Flecke kommen, liegt darin, dass das Ziel von vornherein zu weit gesteckt worden ist. Es ist in der That richtig, die dringlichsten Sachen müssen vorangestellt werden, das Weitere wird von selbst erfolgen. Wir haben in Bezug auf die Reichseisenbahngesetzgebung in einzelnen Punkten schon Normen gefunden, die zur Befriedigung der Regierung ausgefallen sind, ich erinnere nur an das Kriegsleistungsgesetz für Eisenbahnen, an die Regelung der Post; warum sollte es nicht möglich sein, einige dringenden Punkte zu regeln? Indessen, es scheint, man hält an diesem Standpunkte einmal starr fest: das Reich soll nicht nur die wirksame Aufsicht, es soll die eigentliche Leitung, es soll die oberste Verwaltung des Eisenbahnwesens in Deutschland haben. Dieser Entwurf ist nicht ein Gegensatz zu dem letzten Entwurf des

Reichseisenbahngesetzes, es ist eine Vorlage, die auf demselben Boden steht der obersten Leitung des Eisenbahnwesens durch das Reich, wie der Reichseisenbahngesetzentwurf vom vorigen Jahre; ja, es ist eine einfache Consequenz desselben. Ich leugne nicht, dass ein solcher Plan, dem Reiche die gesammte oberste Leitung des Eisenbahnwesens zu geben, gewissen günstigen Strömungen im Volke begegnet; ich überschätze gewiss nicht die Wirkung der officiösen Presse — allerdings musste man nach der Darstellung derselben glauben, als ob hier in Berlin, wenn sich zwei Bekannte auf der Strasse begegneten und sich gegenseitig die Hand drückten, sie ihre Freude kundgaben, welchen glücklichen, wunderbaren Gedanken man gehabt habe, jetzt die Leitung des Reichseisenbahnwesens auf das Reich zu übertragen. Gerade hier ist man kühl bis ans Herz hinan gewesen; man interessirt sich in weiteren Kreisen weit weniger für die Sache, weil man die Bedeutung der Frage nicht versteht; es begegnen sich aber zwei günstige Strömungen. Wir sind in einer Periode wirthschaftlicher Baisse; das Privatkapital, der Unternehmungsgeist hat Einbusse erlitten; in einer solchen Zeit ist man geneigt, dem Staate eine grössere Bevormundung der wirthschaftlichen Verhältnisse einzuräumen; man übersieht, wie man noch vor Kurzem über die Störungen und Einwirkungen der Bureaukratie in wirthschaftlichen Dingen geklagt hat; — in dem Maasse, wie alle Actien, alle Course sinken, steigt gewissermaassen der Cours des Geheimen Rathes, und nun gar, wenn dieser Rath ein Reichs-Geheimrath ist. (Heiterkeit.) Das Sehnen des Volkes nach der Herstellung des deutschen Reiches ist erfüllt; wir haben gesehen, dass auf militärischem Gebiete die geeinte Volkskraft des deutschen Reiches Grosses geleistet hat. Gedankenlose Menschen sind nun geneigt, diese Erfolge auch auf das wirthschaftliche Gebiet zu übertragen, während in beiden Fällen nichts weiter ähnlich ist, als dass in jedem über 400,000 Mann commandirt wurde. Dort handelt es sich darum, eine Macht stetig zu einem einheitlichen Zwecke vorzubereiten und in Bewegung zu setzen; bei der Eisenbahnverwaltung handelt es sich darum, den wandelbaren, verschiedenartigen, mit einander concurrirenden Bedürfnissen in den verschiedenen Theilen Deutschlands in organischer Weise gerecht zu werden. Ja, der Unverstand einer gewissen Schwärmerie für Reichsverwaltung kann oft etwas Rührendes annehmen. Als die deutschen Elementarlehrer unlängst in Breslau versammelt waren, da waren sie über Vieles uneinig; aber darüber waren sie einig, dass alle Noth, aller Kummer, aller Aerger in den Schulen ein Ende haben würde, wenn erst die Unterhaltung des Elementarschulwesens auf das Reichsbudget übergehen würde. (Heiterkeit.) So günstig diese Strömungen für ein derartiges Project sind, so würden sie doch nicht ausreichen, ihm diese Bedeutung zu verleihen, wenn nicht die gewaltige, grosse Persönlichkeit des Herrn Reichskanzlers hinzukäme, der diese Strömungen für sein Project nutzbar macht. Im Herrenhause hat der Rittmeister Graf Udo zu Stolberg mit Recht bemerkt, dass er eigentlich derjenige gewesen sei, der das Reichseisenbahngesetz zuerst öffentlich empfohlen habe, und zwar geschah dies im Mai vorigen Jahres. Er hat mit demselben

Nr. 5600.
Preussen.
28. April 1876.

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

Recht weiter bemerkt, dass, als er diesen Ausspruch gethan, kein Mensch darauf geachtet (Heiterkeit), seine Idee keinen Anklang gefunden habe in Deutschland. Es giebt eine grosse Anzahl von Leuten, die bloss schon in dem Umstande, dass der Reichskanzler ein Project für richtig hält und dessen Ausführung in die Hand nimmt, die Wichtigkeit und den Erfolg erklicken, und von denen manche in der Furcht, sich doch später unfreiwillig unterwerfen zu müssen, lieber das Geforderte gleich freiwillig entgegenbringen. Das sind die Strömungen draussen. Aber auch in anderer Beziehung sehen wir die Autorität des Reichskanzlers einwirken auf die leitenden Staatsmänner; so sehen wir, wie das Eisenbahnprogramm des Ministers Achenbach auch unter der Einwirkung des neuen Planes in einen Fluss gerathen ist, den er vielleicht selbst gar nicht bemerkt, der ihm aber bereits vollständig andere Ziele untergeschoben hat. Nicht dass ich der programmartigen Darlegung des Ministers Herrn Achenbach eine zu übertriebene Gewähr jemals beigelegt hätte! Ich habe immer die grosse Geschicklichkeit des Herrn Ministers bewundert, mit der er es versteht, durch seine Darlegungen jeder Seite des Hauses etwas Angenehmes zu sagen; aber wenn man nach Hause kommt und die Dinge schwarz auf weiss sieht, so findet man, dass man eigentlich etwas Festes, Greifbares gar nicht in die Hand bekommen hat. In diesem Falle zweifle ich doch, ob es dem Herrn Minister Achenbach leichter werden wird, die Consequenz seines Programms aufrechtzuerhalten, als es gewissen deutschen Bischöfen leicht geworden ist, die Einheit ihrer Glaubenslehre vor oder nach dem Vaticanum zu bewahren. Der Herr Minister sagte noch am 4. Februar 1875, also vor etwa einem Jahre, hier: „Es giebt Stimmen, die geradezu verlangen, der Staat möge die Privateisenbahnen insgesamt übernehmen und so ein einheitliches Verkehrswesen in seine Hände concentriren. Ich stehe auf diesem Standpunkte nicht; ich werde diesen Stimmen im Allgemeinen nicht zu folgen bereit sein; ich habe diesen Standpunkt hinlänglich ausgesprochen und werde auch an demselben festhalten.“ (Hört! Hört! Heiterkeit.) Gegenüber der Stellung des Reichskanzlers in dieser Frage ist der Standpunkt meiner politischen Freunde von vornherein ein sehr ungünstiger. Es ist ja wahr, wir haben mit dem Reichskanzler manchen heftigen Strauss bestanden in Fragen des inneren Verfassungsrechtes; wir sind mit ihm sehr verschiedener Meinung über die Mittel und Wege gewesen, die in der deutschen Politik einzuschlagen sind; aber wir haben uns immer noch am nächsten mit ihm zusammengefunden im Punkte des einheitlich deutschen Programmes; ja, wir können behaupten, dass die älteren Begründer unserer Partei für dieses einheitliche deutsche Programm schon gekämpft und gelitten haben zu einer Zeit, als beim Reichskanzler die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer solchen deutschen Einheit noch nicht vollständig zum Durchbruch gekommen war. (Sehr richtig!) Aus unsern Traditionen nehmen wir die Kraft und den Beruf her, um auch dem Reichskanzler entgegenzutreten, wenn er in diesem Programm über das Ziel hinausgeht, wenn er eine Centralisirung erstrebt, die wir für Deutschland für schädlich erachten

(Beifall). Wenn man uns deshalb vielleicht als Particularisten bezeichnet, so muss ich von vornherein sagen, ich möchte solche Stimmen nicht höher achten, als etwa diejenigen Stimmen, die unseren Freunden vorwerfen, dass sie aus Interesse für Börsenpapiere und dergleichen Freunde des Entwurfes seien; ich denke, wir verschonen uns von vornherein gegenseitig mit derartigen, ausserhalb der Sache liegenden Vorwürfen, die ganz und gar unserer unwürdig sind. Der Reichskanzler sagte einmal, man solle sich in einem germanischen Staate nicht fragen: was kann gemeinsam sein? inwieweit kann der grosse Mund des Gemeinwesens hineinbeissen in den Apfel? sondern: was muss gemeinsam sein? Ich stehe nicht ganz auf diesem Standpunkt. Ich theile der grossen Gemeinsamkeit auch das zu, was nur zweckmässiger von ihr verwaltet wird. Dafür, dass durch diese Frage entschieden wird, ob Einheitsstaat oder Bundesstaat, habe ich kein Verständniss, ebensowenig dafür, wenn der badische Vertreter sagt, die Existenzfähigkeit des badischen Staates werde durch diesen Gesetzentwurf angegriffen. Die Staaten sind niemals Selbstzweck, sie sind Mittel zum Zweck, und wenn wir überall entschieden haben werden, was gemeinsamen grossen, was engeren Verbänden zur Pflege zu überweisen ist, dann halte ich die Frage, ob der engere Verband mehr eine communale Organisation, oder ob er das enthält, was man zum Apparat eines Staates nothwendig erachtet: Zweikammersystem, besondere Dynastie u. s. w., für untergeordnet; sie interessirt nur die Dynastie, die Höfe. (Sehr richtig!) Es können nicht alle Zweige der öffentlichen Thätigkeit vom Reiche geordnet werden, — darin sind wir doch alle einstimmig? — z. B. nicht das Elementarschulwesen. Wir sind eben dabei, das Verkehrswesen in Preussen zu decentralisiren. Der Herr Ministerpräsident ist es mit gewesen, der damals diese Bewegung einleitete, der da sagte: „Was ist das für ein Zustand in Preussen, dass über die Reparatur jeder Brückenbohle vom Ministerische entschieden wird!“ Hier handelt es sich freilich um Eisenbahnbrücken. (Heiterkeit!) — Die Frage ist eine Zweckmässigkeitsfrage der Centralisation, die aber in ihrer Bedeutung über alle Fragen hinausgeht. Denn es handelt sich darum, auf den Staat zu centralisiren, auf das Reich, was dem Staate gehörte; es handelt sich um eine Centralisation, für die es noch kein Beispiel in Europa giebt. (Sehr wahr!) Ich leugne, dass in anderen Staaten die Strömung dahin geht; nach den französischen Concessionsurkunden verfällt allerdings in 90 Jahren die Eisenbahn dem Staate; warten wir doch ab, bis wir diesem Endpunkte nahe kommen! (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, man wird die Concessionsurkunden ändern, um den Anfall der Bahnen an den Staat zu verhüten. Man beruft sich auf die Italiener. Die Italiener würden wohl besser thun, sich auf die Autorität des deutschen Reichskanzlers zu berufen, als umgekehrt. (Heiterkeit.) In Italien handelt es sich um einen Complex, welcher ein Viertel von der Grösse Deutschlands umfasst; Italien ist rings von grossen Wasserstrassen umgeben; dort waren die Bahnen in dem Besitz der Ausländer, und vorläufig ist das Ministerium gestürzt, welches diesen Plan ausführen sollte. (Heiterkeit.) Ueberall sind

Nr. 5600.
Preussen.
20. April 1876.

solche Gedanken angetaucht; aber nirgend ist eine praktische Centralisirung verwirklicht worden. Wenn ich die Stimme des Auslandes mustere, so habe ich den Eindruck, als ob man sich dort freut, dass Deutschland das kostspielige Experiment mache, dass man aber selbst nichts von dem Risiko zu tragen habe. (Sehr gut.) Diese Frage ist eine eminent politische. Uns allen liegt die Stärke und Macht des Reiches am Herzen; aber nicht jeder Machtzuwachs ist eine Stärkung des Reiches. (Sehr richtig!) Wenn man dem Reiche eine Verantwortung aufbürdet, die es nicht tragen kann, wenn die Hoffnungen, die sich an diese Reichseisenbahnen knüpfen, sich nicht verwirklichen, so hat das Reich einen Schaden erlitten (Sehr wahr!), so sind die anderen Einheitsbestrebungen, welche ausserhalb dieses Projectes liegen, zurückgeschlagen, und unsere nationale Entwicklung ist um Generationen zurückgegangen. (Sehr wahr!) Mit Phantasien wird die Frage nicht entschieden, ob man auf Reichseisenbahnen besser fährt, als auf anderen. (Heiterkeit.) Man sucht leider durch solche allgemeinen Redewendungen den eigentlichen Kern der Frage dem kritischen Auge zu verhüllen. Dem Kaufmann ist der natürliche Tarif, den er in die Westentasche stecken kann, der beste; mit dem Meilenzeiger berechnet er sich, was es auf der Reichseisenbahn kosten wird; die Waaren sind immer pünktlich zur Stelle, und die Lieferungsfristen werden streng eingehalten. Und nun erst der Gutsbesitzer, namentlich wenn er Agrarier ist! (Grosse Heiterkeit.) Graf Udo zu Stolberg hat dem Reiche die grosse Aufgabe gestellt, dass es Ungleichheiten der Bodenbeschaffenheit, ja sogar Ungleichheiten des Klimas durch Reichseisenbahnen ausgleicht. (Grosse Heiterkeit.) Vor jedem Kirchthurm hält in der Phantasie dieser Herren ein Eisenbahnzug; es wird ihnen zu den Annehmlichkeiten des Landlebens alles das zu Theil, was sonst nur in den Centralplätzen für Handel und Gewerbe zu finden ist. Für den Personenverkehr sind natürlich billige Tarife, überall durchgehende Züge, sehr wenige besetzte Coupés, reichlich erwärmt und beleuchtet, und man wird in der höflichsten Weise behandelt. Jeder ist Reichswähler, und wenn wirklich etwas passirt, so mag der Himmel noch so hoch sein, der Reichskanzler ist nicht weit; der Reichswähler telegraphirt sofort an den Reichskanzler, der Knoten ist durchschnitten, alles ist in der schönsten Ordnung. (Heiterkeit.) So kann man es in der Reichseisenbahnphantasie fortreiben, wenn man nicht, wie es mir unlängst passirte, plötzlich in den Bahnhof zu Hannover einfährt, unsanft geweckt wird und einem eine Zeitung verkauft wird, die eben das neueste Rescript des Handelsministers Achenbach wegen Aufhebung oder Einschränkung der Retourbillets bringt. (Hört, hört!) Mit Phantasien wird die Frage nicht gelöst, auch nicht mit Analogien auf Gebieten, die mit dieser Sache nichts gemein haben. Man sagt, das Verkehrswesen ist Sache des Reiches. Nun, die Freizügigkeit wird auch durch Reichsgesetz geordnet; aber Niemand schliesst daraus, dass das Reich die Armenpflege übernehmen solle. Das beliebteste Beispiel ist der Zoll. Man sagt, eine neue Aera der Zollvereinspolitik, die Preussen, Deutschland gross gemacht hat, soll inaugurirt

werden; die Eisenbahnpolitik ist die consequente Fortsetzung. Ich behaupte aber, diese Eisenbahnpolitik ist das schnurgerade Gegentheil der Zollvereinspolitik. Die Zollvereinspolitik, die Deutschland mit so viel Glück handhabte, stellte es sich zur Aufgabe, im Innern Deutschlands alle staatlichen Schranken, alle Maassnahmen wegzuschaffen, wodurch der Staat die freie Entwicklung der Industrie, die Concurrrenz der einzelnen Productionsgebiete zu bevormunden glaubte. Die Zölle wurden aufgehoben; selbst im Verkehr mit dem Auslande hielt man sie nur als Uebergang. Nur in so weit wollte man Zölle aufrechterhalten, als der fiscalische Zweck die Besteuerung nöthig macht. Die Freunde der Vorlage würden es uns sehr verübeln, wenn wir derselben einen fiscalischen Zweck zuschreiben wollten. Der ganze Zweck ist aber im Gegentheil der, an Stelle der freien naturgemässen Entwicklung des Concurrrenzverkehrs einheitliche Normen von Reichswegen zu setzen, nach denen sich die Productions- und Consumtionsverhältnisse in Deutschland zu richten haben, soweit sie überhaupt durch Eisenbahnen vermittelt werden. Wer sachlich den Gegensatz zwischen Zollvereinspolitik und Eisenbahnpolitik nicht fasst, für den sollte es doch ein äusseres Merkzeichen sein, dass diejenigen beiden Männer, aus deren persönlicher Initiative die meisten Reformen hervorgegangen sind, deren wir uns auf wirthschaftlichem Gebiet erfreuen, an der Initiative zu diesem Project keinen Antheil haben. Die Unterschrift des einen dieser beiden fehlt unter dem Entwurf. Der andere ist gestern aus dem Staatsdienst ausgetreten. (Hört! Hört!) Es geziemt sich nicht, über die Gründe, die dazu Veranlassung gegeben haben, hier Muthmaassungen aufzustellen. Er ist ausgeschieden zu allgemeiner Ueberraschung in Deutschland, und die Ueberraschung ist, wenn ich von den Schutzzöllnern, Agrariern und dem engeren Cirkel der Freunde und Gönner von Wagener absehe, keine; ominös ist es jedenfalls, dass in dem Augenblick, wo hier angeblich eine neue deutsche Zollvereinspolitik, eine neue deutsche Finanzepoche inaugurirt werden soll, gerade derjenige Mann dem Fürsten Bismarck den Rücken gekehrt hat, von dem man, er mag politischer Freund oder Gegner sein, anerkennen muss, dass er seit Jahrzehnten mit Ueberzeugungstreue, mit einer Sachkenntniss, die nicht ersetzt werden kann, mit Glück die Fahne der nationalen Zollvereinspolitik hochgehalten hat, wie sie den besten Traditionen des preussischen Staates, den Anschauungen des altbewährten preussischen Beamtenthums entsprochen hat. (Beifall.) Meine Herren, Sie können mir vorwerfen, dass ich über Vieles gesprochen habe, was den Kern nicht berührt; aber die Art, wie das Eisenbahnproject in der öffentlichen Meinung bisher behandelt worden ist, macht es nöthig, diese Oberfläche zu durchdringen, um zu dem Kern zu gelangen, der die eigentlich sachliche Entscheidung geben muss. Ich will nun in Kürze die beiden Punkte, die den eigentlichen Kern der Eisenbahnfrage bilden, berühren. Die Frage ist eine verschiedene: Ist es vortheilhaft, die Anlage sämtlicher Eisenbahnen in eine Hand zu vereinigen? Ist es vortheilhaft, den Betrieb aller Bahnen in eine Hand zu geben? Manche sind der Meinung, dass es vortheilhaft sei, die Anlage zu centralisiren, während sie den Betrieb nicht

Nr. 5600.
Preussen.
28. April 1876.

centralisiren wollen. Wir selbst sind dafür, dass dem Reiche eine grössere Einwirkung auf die Anlage des Eisenbahnwesens gegeben werde. In den bisherigen Gesetzentwürfen ist dem Reich in Bezug auf das Concessionswesen ein viel zu geringer Einfluss eingeräumt. Im Auftrage meiner Freunde erkläre ich ausdrücklich, dass wir in Bezug auf die einheitliche Regelung des Concessionswesens in jeder Weise der Regierung entgegenkommen werden. Davon verschieden ist aber doch, ob die Anlage, die Verdichtung des Bahnnetzes ganz und gar auf die Leitung der Reichscentralstelle zurückgeführt wird. Man macht dafür die planlose Art geltend, wie sich das deutsche Eisenbahnnetz entwickelt hat. Der Präsident v. Scheele hob in den Motiven des Reichseisenbahngesetzentwurfes die Vorzüge des deutschen Bahnsystems im Gegensatz zu dem centralisirten französischen hervor, da durch das deutsche System, wenn auch mit erheblichen Opfern, dennoch Gegenden der Industrie erschlossen würden, welche sonst derselben entzogen geblieben wären. Auch sei das deutsche gemischte System ebenso dem reinen Privatbahnsystem wie dem reinen Staatsbahnsystem vorzuziehen. So der Präsident des Reichseisenbahnamtes. Es ist ganz richtig, man soll die Nachteile der sog. krummen Linien nicht zu sehr übertreiben. Der preussische Staat hat die Ostbahn gebaut, unbekümmert um irgend welche Nachteile; hätte man die gerade Linie für absolut nothwendig erachtet, so wäre die Bahn erst einige Jahre später entstanden. Ebenso die krumme Linie nach Hannover über Celle und Lüneburg. Jetzt ist sie todtgelegt; sie hat aber so reichliche Ueberschüsse gehabt, dass das Capital zum Theil amortisirt ist. Man kann nicht für alle Ewigkeit grosse Eisenbahnpläne machen, die Verhältnisse sind in fortwährender Wandlung. Nun sagt man: Ja, aber diese Vergeudung wirthschaftlichen Capitals! Es wird sogar in einer uns zugegangenen Broschüre: „Tariferhöhung oder Reichseisenbahnen“ behauptet, die ganze Tariferhöhung sei mit Nothwendigkeit auf diese Concurrenzbahnen gefolgt. Ein Fachmann, sogar ein Reichseisenbahnfachmann, soll diese Broschüre geschrieben haben. Ich möchte wünschen, dass College Nasse ihm in seinen Vorlesungen die Grundbegriffe der Volkswirtschaft, die Lehre vom Preise etwas klar macht. Vielleicht giebt sich auch das reichsstatistische Amt diese Mühe. Jede neue Concurrenz erzwingt niedrige Tarife; wenn Sie das leugnen, leugnen Sie alle Volkswirtschaft, alle Erfahrung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Gewiss ist volkswirtschaftliches Capital in dieser Richtung vergeudet; aber mir ist es lieber, dass es auf den Bau deutscher Bahnen, als, wie früher, für rumänische und amerikanische Bahnen vergeudet wird. (Zustimmung.) Sich gegen Concurrenzbahnen erklären, heisst, sich überhaupt gegen die Concurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete erklären. Ich möchte die Freunde der Vorlage bitten, doch einmal consequent durchzudenken, wie weit sie noch von den Socialdemokraten entfernt sind. Wenn an einer Station zwei Gasthöfe entstehen, wo ein grosser Gasthof billiger betrieben werden könnte, so hat das darin seinen Grund, dass der Besitzer des einen Gasthofes nicht das nöthige Capital und den nöthigen Unternehmungsgeist hat, um seinen Gasthof zweckentsprechend zu vergrössern.

Die Concurrenz ist eben das einzige Mittel, vor Capitalmangel zu schützen. Sie ist am Platze, wo der einzelne Besitzer nicht genug Capital in den Industriezweig stecken will. Während man heute auf die Concurrenzbahnen schilt, wurden sie 1867 ersehnt, wurde die norddeutsche Bundesverfassung begrüsst, weil sie zuerst den Passus des Gesetzes von 1838 aufhob, der auf 30 Jahre Parallelbahnen verbot. Und fragen Sie doch einmal in Rheinland und Westfalen, wie viel man dort von den drei grossen Linien, die sich in einander verschlingen, missen möchte. Heben Sie diese Concurrenz auf, so stützen Sie die ganze Capitalversorgung auf eine einzige Stelle, abgesehen davon, dass es zweifelhaft ist, dass diese das erforderliche Capital für alle künftigen Bahnen wird aufreiben können. Die hauptsächlichsten Klagen gegen das Eisenbahnwesen hatten ihren Grund in der Verschiebung der Productionsverhältnisse nach dem Kriege, welcher die Eisenbahnen nicht sofort folgen konnten. Wo klagte man aber am meisten über ungenügende Capitalsanlagen? In Bezug auf die preussischen Staatsbahnen! Warum war aber hier der Mangel an Mitteln am stärksten? Weil bei Staatsbahnen Factoren mitspielen, die mit den Eisenbahninteressen gar nichts gemein haben. Wir haben im Reichstage gehört, dass der Kriegsminister für Casernen noch 183,000,000 Mark braucht. Glauben Sie nicht, dass, wenn diese Forderung erhoben wird und anderweitige Creditbedürfnisse des Reiches damit in Concurrenz treten, man sagen wird, dass es doch nothwendiger sei, die Truppen erst unter eigenes Dach und Fach zu bringen, als die Bahnhöfe etwas comfortabler und bequemer einzurichten? — Man richtet bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens jetzt die Blicke vorzugsweise auf den durchgehenden Verkehr. Ich glaube, die nächste Periode der Entwicklung hat wesentlich einen anderen Zweck; sie wird dahin gehen müssen, den Localverkehr, der bis jetzt zum Schaden des Grundbesitzes zu kurz gekommen ist, weiter auszubauen. Für die Pflege dieses Localverkehrs ist das Reich ohne Zweifel viel weniger geeignet als der Einzelstaat. Der Betrieb seitens des Reiches kann die durch die localen Bedürfnisse vorgeschriebenen Verschiedenheiten unmöglich in dem wünschenswerthen Maasse berücksichtigen; man wird im Reiche viel weniger geneigt sein, Localbahnen zu unterstützen; man wird vielmehr Jeden in seine eigene Tasche greifen lassen, als — um einen Ausdruck des Herrn Stephan zu gebrauchen — das grosse Reichsfass anzapfen. Gerade in dem zu grossen Umfange des preussischen Eisenbahngebietes liegt die Erklärung, dass wir in der Entwicklung des Localverkehrs so sehr hinter Sachsen und Württemberg zurückgeblieben sind. — Man behauptet, der Betrieb der Bahnen werde durch Centralisation billiger; das beweise die Postverwaltung. Ich möchte wissen, was die Post beweisen würde, wenn nicht die Eisenbahnen für sie Alles unentgeltlich fahren müssen. (Sehr wahr!) Auch eine Parallele zwischen der Tarifeinheit im Zollverein und der Tarifeinheit im Eisenbahnwesen ist durchaus unzutreffend. Der Tarif im Zollverein normirt eine aus fiscalischen Gründen erhobene Leistung, die der Staat ohne jede Gegenleistung erhebt. Der Eisenbahntarif dagegen bestimmt

Nr. 5800.
Preussen.
26. April 1876.

die Höhe von Leistungen, für welche der Staat durch die Transporte Gegenleistungen gewährt. Der Eisenbahntarif hängt also wesentlich nicht allein von den Herstellungskosten der Bahnen, sondern auch von der Transportmenge, die auf diesen Bahnen befördert wird, ab, und die Bedingungen dieser Beförderung sind für die verschiedenen Waaren im Reiche sehr verschieden. Die Eisenbahntarife sind also nicht ein Gegenstand willkürlicher Festsetzung, sondern natürliche Producte wirthschaftlicher Verhältnisse, und man täuscht sich, wenn man glaubt, man könne von Reichswegen Tarifeinheit herstellen. Die guten Leute aus dem Handelsstande, welche Tarifeinheit forderten, glaubten, dass damit Alles billiger werden müsste; als aber nun die praktische Probe auf das Exempel gemacht werden sollte und sich herausstellte, dass man, um zur Einheit zu gelangen, nicht bloss Tarifsätze ermässigen kann, sondern auch andere erhöhen muss, so sahen sie ein, dass diese Erhöhung in vielen Fällen mehr schadete, als die Ermässigung anderer Tarifsätze nützt. Die Tarifeinheit ist nicht das Ideal der Zukunft, sondern sie ist eine unvollkommene Form des Anfangs der Eisenbahnentwicklung gewesen. — Nun sagt man: wir brauchen einheitliche Normen auf den Eisenbahnen. Aber, meine Herren, das Bestreben nach einheitlichen Normen haben die Eisenbahnen von jeher gehabt, und wenn wir im Reich ein einheitliches Bahnbetriebs- und Bahnpolizei-Reglement angenommen haben, so ist das wesentlich von dem Reglement copirt, welches die Eisenbahnen vorher freiwillig unter sich vereinbart hatten. Allerdings wird die Durchführung einheitlicher Normen erleichtert, wenn eine Centralstelle darüber entscheidet; aber ist es denn unter allen Umständen richtig, eine solche Einheit herbeizuführen? Bei der Verschiedenheit der Bedürfnisse des localen Verkehrs wirkt eine zu weit gehende Fusion der Bahnlinien oft schädlich und vertheuert den Verkehr auf den Nebenlinien, wie die Erfahrungen in England beweisen. Man hat auf die grosse Zahl der Directoren hingewiesen, die unter der Herrschaft des Reiches erspart werden könnte; aber die Berathung des Etats der Staatsbahnen, bei der jährlich immer neue Stellen gefordert werden, beweist die Unrichtigkeit dieser Annahme. Nach meiner Berechnung würden wir bei einer Ausdehnung des Musters der preussischen Bahnen auf das Reich nicht weniger als 420 und nach dem Zahlenverhältniss bei den elsass-lothringischen Bahnen 350 Reichseisenbahndirectoren erhalten. Hierzu kommt, dass, je umfangreicher der Complex ist, desto grösser die Zahl der Beamten bei der Centralverwaltung sein muss. Ob die Reichseisenbahndirectoren weniger kosten würden, als die Directoren der Privatbahnen, will ich dahingestellt sein lassen; jedenfalls sind sie weniger selbstständig als diese, und wenn die Motive betonen, dass die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs eine verantwortlichere und selbstständigere Stellung der Eisenbahnbeamten beanspruche, so glaubt man fast, ein Schalk habe diese Motive verfasst, um die Vorlage zu Grunde zu richten. (Heiterkeit.) Die ganze Frage spitzt sich dahin zu: welcher Complex von Eisenbahnen ist derjenige, der noch mit Vortheil einheitlich verwaltet werden kann? Nun sagt man uns, wir wollen ja auch eine Decentra-

lisation; wir werden den Directoren sachkundige Rätthe an die Seite setzen. Entweder werden diese Rätthe völlig bedeutungslos sein, wie die Rätthe der Provinzial-Comptoirs der Reichsbank, oder es entwickelt sich unter ihnen ein Linienpatriotismus, der gerade für die einheitlichen Interessen des Reiches ausserordentlich gefährlich wirken muss. Decentralisation ist eine leere Phrase, wo Sie nicht die finanzielle Verantwortlichkeit decentralisiren, wie Sie es ja auch bei der Uebertragung der Landstrassen an die Provinzen gethan haben. Das Staatsbahnsystem ist in den Mittelstaaten deshalb mehr ausgebildet, als in den grossen Staaten, weil die Verwaltungsschwierigkeiten mit dem Complexe der Bahn progressiv wachsen. Es ist also die Frage, wie gross der Complex sein dürfe, den man ohne Schwierigkeit einheitlich verwalten könne; die Ansicht geht dahin, dass dies eine Länge von 1500 Kilometer sei, welche die württembergischen und sächsischen Bahnen haben. Das Ministerium hat ja rechts der Oder einen Complex von Staatsbahnen in der Hand, an dem es sein System recht illustriren kann. Mag es nur dort die Landestheile möglichst glücklich machen; bis jetzt klagen aber unsere Landsleute im Osten ebenso sehr über ihre Staatsbahnen, als die im Westen über die Privatbahnen. Die ganze Frage spitzt sich schliesslich dahin zu, ob es möglich ist, einen Eisenbahn-Bismarck, wenn ich mich so ausdrücken darf (Heiterkeit), zu finden, der eine so gewaltige Persönlichkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ist, wie der Reichskanzler auf dem Gebiete der äusseren Politik. Bis jetzt habe ich einen solchen Mann noch nicht kennen gelernt; finden Sie ihn aber, dann stellen Sie das ganze deutsche Eisenbahnwesen auf zwei Augen. Bricht an dem grossen Triebade etwas oder reissen die Uebertragungen, dann ist der Schade viel grösser, als er früher war. Es ist auch Gefahr vorhanden, dass aus solchem Eisenbahnchef ein Eisenbahnpapst werde (Heiterkeit), den der Reichstag vor dem Glauben an seine Unfehlbarkeit zu bewahren hat (Heiterkeit). Die parlamentarische Controle in Eisenbahnangelegenheiten ist nicht viel mehr werth als die der Actionäre in der Generalversammlung. (Heiterkeit). Wir haben keinen Einfluss auf die Festsetzung der Tarife; wir haben nicht auch nur einer Position im Eisenbahnetat die Bewilligung versagen können. Es ist uns nicht einmal gelungen, die verfassungsmässige Einstellung aller Ausgaben und Einnahmen aus den Eisenbahnen in den Etat durchzusetzen. Dagegen werden auch verantwortliche Reichsminister nichts helfen. Der Reichskanzler hat sich zwar in dieser Richtung schon mehrere Male geäussert, und der Gedanke wurde von den Abgeordneten Twisten und Lasker freudig begrüsst. Wir haben schliesslich gefunden, dass das nur eine veränderte Bureaueintheilung sein würde; denn, wenn die Ministerverantwortlichkeit nicht illusorisch sein soll, dann muss der betreffende Minister auch sein Ressort verantworten können, und Sie müssen einen Reichstag haben, der die Macht hat, die Minister zur Verantwortung zu ziehen. (Sehr wahr!) Dieser Reichstag geht aber verloren mit den Reichseisenbahnen. (Hört, hört! links.) Glauben Sie doch nicht, dass die Freiheit einer staatlichen Entwicklung allein von den Formen der Verfassung abhängt;

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

sie hängt in gleichem Maasse von dem Inhalt der Staatsgewalt ab, und wenn Sie die freieste Verfassungsform geben und die Grenzen der Staatsgewalt gehen über ein gewisses Maass hinaus, so kann trotz jener Form ein Scheinconstitutionalismus und Absolutismus daraus werden. (Sehr richtig!) Ich habe immer den Eindruck gehabt, wenn wir über Staatseisenbahnen verhandelten, als ob wir eigentlich dem Handelsminister mehr verantwortlich wären, als der Handelsminister uns (Heiterkeit), und als wenn der Handelsminister uns Bahnen bewilligt, anstatt dass wir sie ihm bewilligten. Das liegt daran, dass wir mit unserer parlamentarischen Existenz in unseren Wahlkreisen wurzeln, und es ist den Leuten auch gar nicht zu verargen, dass sie auf ihre Eisenbahninteressen mehr Rücksicht nehmen, als auf die allgemein politischen. Glauben Sie nun wirklich, dass, wenn in dieser Weise die Herrschaft über die ganze materielle Wohlfahrt in die Hand einer Reichsverwaltung gelegt ist, ein Reichstag noch möglich ist, der in sich die Kraft besitzt, eine Verantwortlichkeit zur Wahrheit zu machen? Die Eisenbahnmacht der Regierung überträgt sich auf die anderen politischen Gebiete, und das Budgetrecht des Reichstages ist nur hohler Schein. (Sehr wahr! links.) Sie können unmöglich ein Eisenbahneinnahmebudget von 800 Millionen Mark kritisiren, ob dasselbe um ein paar Dutzend Millionen zu hoch oder zu niedrig bemessen ist; denn wir stehen schon jetzt in der Budgetkommission keiner Etatsüberschreitung so ohnmächtig gegenüber, wie im Eisenbahnetat. Ein Reichstag gegenüber einem Reichseisenbahnrat hat kein Anleihebewilligungsrecht mehr. Wo Reichseisenbahnen sind, ist beständig dermaassen ein Creditbedürfniss vorhanden zum Ausbau, zur Ausrüstung der Bahnen, dass der Minister immer Anleihen in der Hand haben muss, und dass er unter allen Umständen, wenn er anders will, nicht an die Bewilligung des Reichstages gebunden ist. Noch 1866 rühmte sich ein Regierungscommissar hier einmal, man habe zwei Kriege geführt, ohne eine Anleihe aufzunehmen. Worin steckte das Geheimniss, warum hatte man damals das heidenmässig viele Geld? Es waren Eisenbahn-Anleihen, aus denen vorschussweise diese Sachen bestritten wurden, die es zum wesentlichen Theil möglich machten. Die Rechte des Reichstages sind durchaus beschränkt; aber wir haben in den Matricularbeiträgen bis zu einem gewissen Grade eine Einwirkung auf die Bewilligung der Einnahmen; durch das Reichseisenbahnproject wird das Verhältniss umgekehrt; die Einzelstaaten werden Pensionaire des Reiches für die Rente, die ihnen als Entschädigung gegeben wird, und die Matricularbeiträge kommen nur noch in der Gestalt von Aufrechnungen zur Erscheinung. Mit einem Reichseisenbahnproject wird der Einfluss des Reichstages thatsächlich auf das Zustimmungsrecht zu Gesetzen herabgedrückt. Nun kann aber eine Regierung auf neue Gesetze viel eher warten, als ein Volk. Wenn man darauf beschränkt ist, ist man ohnmächtig. Wenn einmal organische Gesetze gegeben sind für ein staatliches Gebilde, wie es im Reich jetzt nahezu der Fall ist, so hat die Regierung mit neuen Gesetzen selten Eile. Ja, wenn Herr Minister Camphausen im Reiche an der Spitze stände, wäre die

Sache schon anders. (Heiterkeit.) Derselbe hat uns im Reichstage gesagt, dass, wenn die Mehrheit des Reiches anderer Ansicht sei als der Minister in der Gesetzgebung, der Minister weichen müsste, um dadurch die Harmonie wiederherzustellen. (Hört, hört!) Es hat aber nur wenige Tage gedauert, da wurde dieselbe Ansicht von dem Herrn Reichskanzler, zwar unter der Adresse des Herrn Abg. Hänel, als republikanisch bezeichnet. (Heiterkeit.) Diese Zeit, wo das Reichseisenbahnproject entstand, fällt zusammen mit den Verhandlungen über die Strafnovelle. Der Reichskanzler sagte damals, er könne warten; noch die Kinder und Enkel dieses Reichstages würde diese Novelle beschäftigen. Solche Anschauungen machen die Sache wesentlich ernster; der Abg. Hänel bezeichnete sie mit Recht als einen schweren und durch nichts gerechtfertigten Angriff auf die Grundlagen unserer Verfassung, auf die Grundsätze, die alle liberalen Parteien seit 20 Jahren unverrückt vor Augen gehabt haben. Ist eine solche Zeit, wo wir jeden Augenblick dem Reichskanzler gegenüber „Gewehr bei Fuss“ stehen müssen, geeignet, wenn Sie sich nicht die allergrössten Vortheile von dieser Maassregel versprechen, sie auch nur für zweifelhaft halten, ihr zuzustimmen? Meine Herren! Der erste vereinigte Landtag in Preussen 1847 verweigerte die Mittel zum Bau der Ostbahn, einer unzweifelhaften Wohlthat, um nicht sein Geldbewilligungsrecht in Frage stellen zu lassen. Sollen wir hinter ihm in der Erkenntniss der politischen Situation zurückstehen oder in der Entschlossenheit ihr begegnen? Schon einmal ist man auf die möglichste Beschränkung der constitutionellen Rechte ausgegangen: bei Aufrichtung des norddeutschen Bundes; schon damals spielte die Eisenbahnfrage hinein, und man suchte den Werth der Verfassung, der freiheitlichen Rechte herabzusetzen zu Gunsten der grossen Vortheile, welche die norddeutsche Reichsverfassung in ihren Abschnitten über das Eisenbahnwesen bietet. Sie wurden damals bis in den Himmel erhoben, die man heute als gänzlich werthlos behandelt. (Hört, hört!) Da war es, wo der Abg. Wagener rief: „Wo man sonst Menschenrechte suchte, da begegnen wir dem Transporte von Kohlen und Hülsenfrüchten. Wir sind endlich erlöst vom Banne der Theorie und Phrase.“ Die Zeiten haben nach mancher Richtung etwas Aehnliches und mahnen uns zur Vorsicht. Das deutsche Reich hat nicht, wie Preussen, eine angestammte Dynastie; die Klammern sind hier bedeutungsvoller, die das Ansehen der Volksvertretung in der öffentlichen Meinung gewährt; wenn man im Reichstage landsmannschaftlich auseinanderging, war es bei der Frage, wie weit die einzelne Landesgesetzgebung bei der Reichsgesetzgebung zu berücksichtigen sei. Hat nun die Reichsgesetzgebung eine gewisse Grundlage gewonnen, so wird auch diese landsmannschaftliche Gruppierung aufhören, und man soll sich doch hüten, nun in diese neuen Staatsgebilde Eisenbahnfragen hineinzuschieben, die nur zu sehr geeignet sind, die einzelnen Gruppen im Bundesrathe, im Reichstage auseinanderzuziehen. Das ist viel gefährlicher in einem Bundesstaate, als in einem Einheitsstaate, wo hinter der landsmannschaftlichen Gruppe die betreffende Regierung steht. Wir müssen gestehen,

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

dass diese Eisenbahnfrage, so jung sie ist, in ihrer Geschichte auf die nationalen Verhältnisse in Deutschland, auf das einheitliche Band, schon überaus schädlich gewirkt hat. (Sehr richtig!) In diesem Augenblicke ist eine Trennung von Nord- und Süddeutschland in den einzelnen Staaten vorhanden, wie sie seit dem Jahre 1866 nicht bestanden hat. (Sehr wahr!) Die deutschen Regierungen befehlen sich mit ihren betreffenden Reptilienfonds in einer Weise gegenseitig, die ich nicht für angemessen halten kann für Regierungen, die demselben Bundesstaate angehören. Die nationalliberale Partei macht ja an sich selbst die Erfahrung. Sie, die sich berufen fühlen, besonders den einigen nationalen Gedanken zu stützen und zu tragen, können Sie leugnen, dass Sie jetzt gegenüber dieser Frage schon in Landsmannschaften auseinandergefallen sind? (Sehr wahr!) dass man von einer überwiegenden Mehrheit preussischer Nationalliberalen sprechen kann, die sich für die Vorlage entscheidet, und von einer überwiegenden Mehrheit sächsischer und württembergischer Nationalliberalen, die sich gegen sie entscheidet? Wenn Sie es nicht glauben, so werden Sie es bald von Ihren Collegen selber hören. (Sehr richtig!) Konnte man unglücklicher vom nationalliberalen Standpunkt diese Frage aufwerfen, als dass man sie zuerst vor den preussischen Landtag brachte? (Sehr richtig!) Am 8. Januar bereits forderte der Reichskanzler das preussische Ministerium auf, zu dieser Frage in der Weise Stellung zu nehmen, dass dieselbe vor den Landtag gebracht werden solle. Damals war der Reichstag noch beisammen. Warum haben Sie (nach dem Regierungstisch gewandt) den Reichstag nicht gefragt? Wenn Sie einer Vollmacht bedürfen, Eisenbahnen zu verkaufen, so bedürfen Sie auch einer Vollmacht, sie zu kaufen. Wenn der Reichstag Ihnen die Vollmacht gegeben hätte, so brauchten wir gar nicht über die Ertheilung der Vollmacht zu discutiren; denn wir sind gewohnt, das, was der Reichstag an Opfern von Preussen verlangt, ohne Discussion, so sehr wir auch im Reichstage über diese Frage auseinandergehen mögen, hier als selbstverständlich zuzugestehen. (Sehr wahr!) Die Wohlfahrt von Preussen und Deutschland ist so mit einander verbunden, dass, wo Deutschland gesprochen hat, Preussen nicht mehr dissentiren kann. (Sehr richtig!) Aber man soll nicht Preussen gegen Deutschland in Marsch bringen. (Hört! hört!) Der Reichskanzler soll nicht das preussische Abgeordnetenhaus zum Sturm gegen den deutschen Reichstag aufrufen. (Hört! hört!) Das ist es, warum es sich hier handelt. (Beifall links. Zwischen rechts. Wiederholter Beifall.) In Sachsen hat man allerdings dasselbe gethan, aber erst, nachdem man wusste, dass die Frage nicht zuerst an den Reichstag, sondern an den preussischen Landtag gebracht werden sollte. Wir sind der vornehmste Staat in Deutschland; der preussische Landtag ist die zunächst mit dem Reichstage concurrirende Volksvertretung, und das allergefährlichste ist, wenn der preussische Landtag und der Reichstag mit einander in Concurrrenz gesetzt werden. (Sehr wahr!) Dadurch wird das Ansehen beider in Frage gestellt. Haben wir bisher einen Präcedenzfall dafür gehabt? Wir haben zwar hier auch deutsche Fragen be-

handelt, als es noch keinen deutschen Reichstag gab; da war es der Beruf des preussischen Landtages, voranzugehen in deutschen Fragen; später aber haben wir dies nur gethan, nachdem der Reichstag sich entschieden hatte. Ueber die Frage der Competenzausdehnung für die bürgerliche Gesetzgebung haben wir beispielsweise hier verhandelt, um den Reichstag zu stützen, um die Agitation zu pariren, die das Herrenhaus unter dem Grafen Lippe gegen den Beschluss versuchte, um die Regierung zu ermuntern, dem Wunsche des Reichstages zu folgen. Wir haben aber bis jetzt noch niemals deutsche Fragen hier entschieden, wo die Stellung des Reichstages eine zweifelhafte, wahrscheinlich eine von der Stellung des preussischen Abgeordnetenhauses verschiedene ist. Es ist meiner Ueberzeugung nach noch auf lange Zeit nöthig, dass derselbe leitende Staatsmann dem Abgeordnetenhaus wie dem Reichstage gegenüberstehe; die Personalunion ist nothwendig. Diese wird aber gefährlich, wenn ein Präcedenzfall dafür geschaffen wird, dass man das preussische Abgeordnetenhaus balancirt gegen den Reichstag und umgekehrt. Wir können diese Frage nicht hier nach specifisch preussischem Interesse entscheiden und im Reichstage nach deutschem, sondern das letztere ist für uns auch hier maassgebend. Wir sind deshalb mit unseren politischen Freunden aus dem Reichstage in Verhandlung getreten und verweigern dem Reichskanzler übereinstimmend die Vollmacht, über den Verkauf der preussischen Staatsbahnen mit dem Reich in Verhandlung zu treten. Wir sind uns der Verantwortlichkeit in dieser Frage wohl bewusst. Es ist hier nicht leicht, in der Opposition zu bleiben, wenn man weiss, dass die Majorität doch anders entscheidet, sondern wenn nicht alle Vermuthungen täuschen, so haben wir die Entscheidung dieser Frage als politische Partei im deutschen Reichstage mehr in der Hand als jemals. Wir geben diese Entscheidung ab, auch wenn sich hier die Majorität anders entscheidet. Auch ein minder guter Rechner, als der Reichskanzler ist, wird sich nicht verhehlen können, wenn er die starke Minorität dieses Hauses ins Auge fasst und die ausgesprochene Majorität in anderen Landtagen hinzurechnet, dass er das Vertrauen des deutschen Reichstages in dieser Frage nicht besitzt. Man kann auch hier nicht für die Vorlage votiren mit der Argumentation, dass man hier dem Reichskanzler zu Gefallen leben kann, im Reichstage es aber ablehnen werde, so dass es ein Schuss in die Luft ist. Dieser Schuss kann aber Erschütterungen hervorrufen, die ich im nationalen Interesse Deutschlands bedauere. Ich bringe nicht gern auswärtige Fragen mit inneren, für die kommenden Generationen wichtigen in Verbindung. Wenn aber irgendwo am auswärtigen Horizont etwas nicht vollständig wolkenlos ist, so, glaube ich, sollte man am wenigsten in diesem Augenblicke zu den grossen zersetzenden Fragen, die wir in Deutschland leider schon haben, noch eine solche Frage bringen zwischen den deutschen Staaten. (Sehr richtig!) Ich weiss nicht, ob der Herr Reichskanzler diese Reichseisenbahnfrage auch für die Söhne und Enkel nächster Legislaturperioden sich zu reserviren gedenkt; aber ich möchte doch auf eins aufmerksam machen: Ob eine Strafgesetznovelle

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

unentschieden bleibt, hat materiell keine grosse Bedeutung; ob aber eine solche Eisenbahnfrage lange unentschieden bleibt, das hat materiell sehr grosse Nachteile. (Sehr richtig!) Meine Herren, mir ist schon in der vorigen Woche am Niederrhein versichert worden, dass diese Eisenbahnfrage zu allen Calamitäten der Eisenindustrie, unter denen sie naturgemäss leidet, noch die hinzugefügt hat, dass, solange die Frage schwebt, erst recht mit den allernothwendigsten Neubestellungen und Ergänzungen des Materials zurückgehalten wird. Als Vertreter eines hochindustriellen Kreises fühle ich mich verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen. Ich bin derjenige, der hier und im Reichstage die Regierung energisch vertreten hat, wenn ihr vorgeworfen wurde, sie sei an den gegenwärtigen wirthschaftlichen Calamitäten schuld. Ich habe die Behauptung entschieden vertreten, diese wirthschaftlichen Calamitäten resultiren nicht aus gesetzgeberischen Acten, nicht aus Maassregeln der Verwaltung; sie sind die Folge grosser politischer Ereignisse, die in ihrem Gefolge eine allgemeine Verschiebung der Productions- und Consumtionsverhältnisse und auch eine Verschiebung in den Vorstellungen der Menschen von den Werthen hatten. Aber dagegen muss ich denn doch protestiren, dass, wenn die Verhältnisse jetzt ganz leise anfangen, sich zurechtzuschieben, nun wieder eine solche, in ihrem ganzen Umfange sich nach Milliarden belaufende Frage in die deutschen wirthschaftlichen Verhältnisse hineingeschoben wird, dass über Werthe von solchem Umfange eine Unsicherheit der Zukunft auf lange Zeit hin entsteht. Alle diese Nachteile werden um so tiefgreifender sein, je länger der Kampf um die Eisenbahnfrage dauern wird. Der Herr Reichskanzler wird schon heute entnehmen, dass, wenn er überhaupt zum Ziele gelangt, es nicht ohne die schwierigsten Kämpfe sein wird, und ich sage, das, was in der Uebergangszeit dieser Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens geschadet wird, ist viel schlimmer, als was die Reichseisenbahnen, wenn sie wirklich von Vortheil sind, jemals wieder gutmachen. Darum, meine Herren, im Interesse einer soliden Entwicklung und Gestaltung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, im Namen derjenigen Interessen, die uns mit der Mehrheit des Hauses, ja mit dem Herrn Reichskanzler selbst gemeinsam sind, fordern wir Sie auf, die Vorlage abzulehnen. (Lebhafter Beifall und Zischen.)

Fürst Bismarck: Ich behalte mir vor, über die Sache selbst zu sprechen, nachdem der Ressortminister sich geäussert haben wird. Für den Augenblick will ich nur eine irrthümliche Angabe berichtigen, die der Herr Vorredner vor meinem Eintritt in das Haus gemacht hat, wie ich höre, und die den allgemein beklagten Rücktritt des Ministers Delbrück betrifft. Es ist durchaus unrichtig und auch nicht der Schatten von Wirklichkeit liegt dafür vor, wenn man diese beklagenswerthe Aenderung in unserem Personalbestande mit irgend einer politischen und sachlichen Frage in Verbindung bringt. Dass, wie an ein jedes Ereigniss, die tendenziöse Erfindung, die politische Ausschmückung, das Sensationsbedürfniss auch an dieses sich knüpfen werden, war ja vorauszusehen; ich kann aber versichern — und ich würde es nicht versichern dürfen,

wenn ich nicht sicher wäre, dass das Zeugniß des Ministers Delbrück, der ja nicht ganz aus Ihren Augen verschwindet, darin das meinige bekräftigen wird — dass zwischen ihm und Sr. Majestät dem Könige und zwischen ihm und mir auch nicht ein Schatten von einer Meinungsverschiedenheit über irgend eine der schwebenden Fragen zu Tage getreten ist. (Hört! hört! Bewegung.) Minister Delbrück, wie Ihnen Allen bekannt ist, hatte in allen Fällen den Muth seiner Meinung und verschwieg sie nicht. Wir sind oft verschiedener Ansicht gewesen, und da es sich meist um Dinge handelte, die er besser verstand als ich, so bin ich sehr oft in der Lage gewesen, seiner besseren Einsicht nachzugeben. Er würde also, wenn er in irgend einer wichtigen Sache, wie beispielsweise in dieser heute vorliegenden, mit mir anderer Meinung gewesen wäre, nicht ohne weiteres das Schlachtfeld geräumt, sondern seine abweichende Meinung vertreten haben. Ich habe mit ihm 25 Jahre lang gemeinschaftlich gearbeitet und 10 Jahre lang in collegialischem Verhältniss; er wusste, dass jede, auch die bedeutendste Frage von mir eher vertagt werden würde, als dass ich sie zum Anlass seines Rücktrittes hätte werden lassen. (Bewegung.) Darüber ist er vollständig klar. Es ist eine eigenthümliche Neigung, die Erklärung der Dinge aus natürlichen Ursachen zu verschmähen und künstliche, namentlich solche, die man für seine politischen und Parteitendenzen gut verwerthen kann, hervorzusuchen. Nichts ist natürlicher, als dass Jemand, wenn auch mit der ungewöhnlichsten Arbeitskraft, man kann sagen, mit der Arbeitskraft mehrerer begabter Männer ausgerüstet, durch die Last der Geschäfte, welche er 10 Jahre lang auf sich genommen hat, bei den Erschwerungen, die ihm darin gemacht worden sind und nicht am allerwenigsten von denen, die jetzt ein, ich will gern annehmen, aufrichtiges Bedauern über seinen Rücktritt kundgeben (Heiterkeit), dass selbst die solideste elastische Arbeitskraft aufgerieben worden ist. Dass die Verdächtigungen und hässlichen Insinuationen, denen dieser Ehrenmann ausgesetzt gewesen ist, nicht gerade dazu beigetragen haben, ihm die abstumpfende, die ermüdende Wirkung der Arbeit zu mildern, das liegt auf der Hand. Ich habe dies vorausschicken wollen, um denjenigen Rednern, die etwa nachher wieder den Minister Delbrück und seinen Rücktritt hier ins Gefecht führen wollen, von Hause aus diese Mühe zu ersparen (Heiterkeit); sie würden, wenn sie es dennoch thun, entweder eine bewusste Unwahrheit vorbringen oder mich einer solchen beschuldigen. In Bezug auf denjenigen Theil der Rede des Vorredners, den ich mit angehört habe, will ich hier nur kurz bemerken, dass ich seine Besorgnisse doch für übertrieben halte und finde, dass er die Frage, die uns beschäftigt, überschätzt, wenn er annimmt, dass nun die Freiheit und Einheit Deutschlands, der Friede der Welt, die orientalische Frage, die Geldkrise und die augenblickliche Stockung der Geschäfte davon abhängen, ob das Reich oder der preussische Staat einige Eisenbahnen mehr erwirbt oder nicht, ob diese Eisenbahnen in dem Besitze des preussischen Staates oder in dem des Reiches sind. Der Vorredner hat seine Argumente sich dadurch leicht ge-

Nr. 5800.
Preussen.
28. April 1876.

macht, dass er sich nicht an die Vorlage hielt, von der ich spreche, sondern an die ungeheuren Dimensionen, welche tendenziöse Nachrichten und ungerechtfertigte Besorgnisse, die zu Tage traten — und zwar sehr voreilig, ehe man überhaupt wusste, wovon die Rede war — der Sache gegeben haben. Dass uns die deutsche Freiheit und Einheit auf der ersten Reichslocomotive davonfahren werden (Heiterkeit), das glaube ich nicht. Der Vorredner hat zum Theil auch mit grosser Schnelligkeit seine eigenen Argumente bekämpft; ich erinnere nur an den Schluss seiner Rede, wo er mit Pathos mir den Vorwurf machte, warum ich mich nicht an den Reichstag zuerst gewendet und von ihm die Vollmacht, zu kaufen, erbeten hätte, gleich darauf aber mir mit Heftigkeit seine Verweigerung der Vollmacht in Aussicht stellte. Er wird doch selbst zugeben, dass, um Eigenthum des preussischen Staates anzubieten, man doch eher eine Vollmacht dessen, der es augenblicklich besitzt, bedarf, als dessen, der es vielleicht kauft, vielleicht auch nicht (Heiterkeit); aber darum werden wir nicht in politische Gegnerschaft mit irgend Jemandem gerathen. Es ist überhaupt eine wirthschaftliche Frage, um die es sich handelt, so dass ich bitten möchte, die hohe Politik nicht in dem Maasse einzumischen, wie der Vorredner, indem er sich zu dem ungeheuerlichen Bilde versteigt, dass ich den preussischen Landtag zum Sturm gegen den Reichstag anführte. Nun, meine Herren, blicken wir auf die letzten 10 Jahre zurück. Ich glaube, über die Frage, ob ich oder der Vorredner und seine Parteigenossen von der Fortschrittspartei mehr zur Consolidirung des deutschen Reiches beigetragen haben, wird die Geschichte richten und nicht zu meinem Nachtheile.

Abg. Lasker: Meine Herren! Es liegt keineswegs hier der Plan vor und soll im Reiche verwirklicht werden, sämtliche Bahnen in Deutschland für das Reich zu erwerben, wenn auch für die Zukunft ein solches Ziel als erreichbar allerdings mag aufgestellt werden können. Dieser Plan liesse sich im Laufe der nächsten Jahre freilich nicht ohne eine grosse Verschiebung der wirthschaftlichen Kräfte und nicht ohne eine Verwirrung ausführen, deren Nachtheile grösser sein würden als der angestrebte Nutzen. Aber halten wir uns doch nur an den Text der Vorlage! Wir sollen uns darüber aussprechen, ob Preussen bereit sei, für den Fall, wenn das Reich es in seinem Interesse finden sollte, die preussischen Bahnen zu erwerben, zu dieser Erwerbung seine Zustimmung zu geben. Ueber mehr oder weniger wird hier nicht entschieden. (Ruf: Doch!) Dass diese Frage vom Reichstage und den Regierungen gründlich und zwar wesentlich vom Reichsinteresse aus wird erwogen werden, daran hat kein Freund der Vorlage zweifeln können. Wann seit der Errichtung des Reiches hätten wir uns die Vormundschaft angemaasst, von diesem Saale aus zu entscheiden, was für das Reich zuträglich oder unzuträglich sei? Gleichwohl wird die hier getroffene Entscheidung von grösster Bedeutung für die deutsche Reichspolitik sein; denn wenn dies Haus heute ein negatives Votum abgibt, so ist die Regierung gar nicht mehr in der Lage, die Idee den Organen des Reiches zur Erwägung zu stellen. Wie kann man da sagen, wir,

die Freunde der Vorlage, wollten das Reich majorisiren und Krieg gegen das Reich führen, die Gegner aber bewiesen die wahre Deferenz gegen das Reich? Diesen einen Ausgangspunkt, den der Vorredner zu einem grossen rednerischen Schlusseffect benutzt hat, wollte ich zunächst auf sein richtiges Maass zurückführen. Unser Votum kann gar keine andere Bedeutung haben, als dass das Reich, ohne irgend wie präjudicirt zu sein, sein eigenes Interesse bei der Sache erwäge. Der Vorredner hat nun als Folge der heutigen Vorlage hingestellt: erstens den Erwerb aller vorhandenen Bahnen, der Staats- wie Privatbahnen, durch das Reich, sei es im Wege des Zwanges oder auf andere Weise; zweitens den Bau aller künftigen, auch der Localbahnen, so dass die Einzelstaaten bis zum letzten Dorfe von der Entscheidung des Reiches abhängig werden würden; drittens die Verwaltung nach absolut einheitlichen Tarifen, gleichviel wie theuer die Bahnen sind. Im Gegensatz zu diesem ungeheuerlichen Programm stellte er dann die Leichtigkeit des Zustandekommens eines Eisenbahngesetzes, für die er sich auf die höflichen Schlussworte berief, welche die Vertreter der Bundesstaaten am Schlusse ihrer resultatlosen Conforenzen ausgetauscht und in denen sie sagten: Wir sind zwar heute nicht damit zu Stande gekommen, aber später — peut-être. (Heiterkeit.) Ich habe den Text des Eisenbahngesetzes vor mir und darin verfolgt, welche Paragraphen von den anderen Staaten angenommen, welche abgewiesen sind, und ich kann darnach beurtheilen, was jene Höflichkeitsworte zu bedeuten haben. Es ist alles weggestrichen, wodurch das Reich eine unmittelbare Verwaltung auf die Eisenbahnen nehmen wollte; es sollte seine Aufsicht nur ausüben vermittelt der Organe der Einzel-Regierungen. Dass nichts dabei herauskommt, wenn die ausführenden Organe wesentlich die sind, welche unter Aufsicht gestellt werden, das haben wir zwei Jahre lang probirt. Auch die preussische Eisenbahnverwaltung spreche ich nicht davon frei, dem Reichseisenbahnname die grössten Schwierigkeiten bereitet zu haben. Es liegt das hauptsächlich daran, dass der technische Rath im Ministerium vor allem von seiner Einsicht sich überzeugt glaubt, dass er das Beste will, demgemäss seine eigene starke Stellung wechselt mit dem öffentlichen Wohl und mit Eifersucht auf ein Mitglied einer anderen Gewalt blickt. Könnten wir ein wirksames Eisenbahngesetz erhalten, um uns das jetzige Reichseisenbahnproject abzukaufen, so wären wir leicht handelseinig! Dann brauchten wir nicht zu verzweifeln an dem Erfolge, wenn wirklich die einzelnen Staaten, namentlich Sachsen und Württemberg — Bayern wird von seinem Reservatrechtsstandpunkte aus vielleicht nicht allzuviel Hindernisse bereiten, und von Baden rede ich deshalb nicht, weil dies patriotische Land sicherlich in ganz kurzer Zeit dem Reichseisenbahngesetz zustimmen wird — uns ein Reichseisenbahngesetz vorlegen mit wirklicher Aufsicht und Controle. Beide Staaten, die doch so gut wie Preussen die Initiative haben, beschweren sich; sie betheuern, dass sie das Beste gewollt hätten, dem Reiche Alles gewähren wollten. Warum haben sie denn das nicht in einer Vorlage niedergelegt? Selbst wenn die jetzige Vorlage zurückgewiesen würde, bleibt das

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

Vorgehen der Reichs- und der preussischen Regierung ein ungemein verdienstliches. Es würde eine Unmöglichkeit möglich gemacht haben, wenn es bewirkt, dass die Gegner des Gesetzes die Initiative zu einem Reichseisenbahngesetz ergreifen würden. Augenblicklich steht aber die Sache so, dass das Reich ein Amt geschaffen hat, um Verfassungsartikel zu verwirklichen, und dieses Amt sich als ohnmächtig erwiesen hat. Gefallen hat mir besonders der Ausspruch des Vorredners, dass das Reich am meisten leide, wenn man ihm eine Verantwortlichkeit aufbürde, die es nicht tragen kann. In dieser Lage sind wir eben; denn die Verfassung hat dem Reiche eine Verantwortlichkeit für den Eisenbahnverkehr auferlegt, die es gegenwärtig nicht tragen kann, und es ist deshalb Zeit, energisch den kleinlichen Chikanen von allen Seiten entgegenzutreten und mit vollem Ernste an die Durchführung der verfassungsmässigen Pflicht zu gehen. Soll Preussen, wie es der Vorredner thut, daraus ein Vorwurf gemacht werden, dass es dem Reiche zu Hilfe kommt, sobald dies sich ohnmächtig zeigt, die verwickelten Verhältnisse zu lösen? Das ist eben die Aufgabe Preussens als Vormacht des Reiches! Preussen hat an sich ein sehr zerrissenes Eisenbahnnetz, das in der Mitte durchbrochen ist. Wird es vollständig ausgefüllt vom Osten zum Westen, so soll mir irgend Jemand einmal beweisen, welcher Unterschied zwischen dem preussischen und dem deutschen Eisenbahnnetze vorhanden ist. Die heftigsten Gegner sind die kleinen Staaten, die im Gegensatz zu dem Abgeordneten Richter Anhänger des Staatsbahnsystems sind, nur darin ihr Heil finden und uns zurufen: Möge Preussen dasselbe thun, was wir gethan, und sein Staatsbahnsystem vollständig ausbilden! Zu diesem Zwecke aber müsste sich Preussen durch die dazwischen liegenden Kleinstaaten vollständig abrunden und würde dann genau das sein, was Deutschland mit Ausschluss einiger kleinen Provinzen ist. Nach einer Verständigung mit Hessen und Baden wird die Frage nur die sein, ob neben dem grossen Eisenbahnsystem drei isolirte Eisenbahnprovinzen bestehen bleiben: Bayern, Württemberg und Sachsen. Kein Mensch muthet diesen Staaten zu, dass sie ihre Eisenbahnen an das Reich abtreten sollen. Führen sie also nicht einen Kampf gegen Windmühlen? Triebe Preussen seine eigene Eisenbahnpolitik für sich, so würde es viel eher dazu gedrängt, eine directe Concurrrenz gegen jene drei Staaten einzuleiten. Ich betrachte diese Vorlage im eminent reichsfreundlichen Sinne. Preussen erklärt: Die letzte Misswirthschaft und Unzufriedenheit im Volke beweist, dass das Eisenbahnwesen in Preussen auf falscher Grundlage beruht. Die neu einzuschlagende Eisenbahnpolitik wird ein sehr bundesfreundliches Aussehen nicht haben. Um aber dem Vorwurfe der Particularpolitik zu entgehen, erklären wir dem Reiche: Es giebt keinen Staat im ganzen Deutschland, welcher seine Interessen weniger vom Reiche trennt als Preussen, weshalb wir unser ganzes Eisenbahnwesen zur Disposition des Reiches stellen. Freilich werden uns von den Gegnern allerlei Hintergedanken angedichtet, selbst der, dass wir mit der Uebertragung der Bahnen auf das Reich ein gutes Geschäft machen wollten, wie ich denn glaube, dass, wenn

wir unsern Staatsschatz dem Reiche geschenkt hätten, einzelne Gegner erklärt hätten: Preussen will die Aufbewahrungskosten sparen. (Heiterkeit.) Solche in Süddeutschland ausgesprochene Vorwürfe haben denselben Werth, als wenn man sagt, wir hätten unsere Truppen nach Süddeutschland geschickt, um die verhungerten Menschen satt zu machen. (Heiterkeit.) Gegen solche Nachreden uns zu schützen, sind wir ausser Stande, und ebensowenig lege ich Werth darauf, dass gesagt wird, der Reichstag werde die Vorlage auf alle Fälle ablehnen. Ich verzweifle dennoch am Gegentheil nicht; ich bin sogar so sanguinisch, die Proteste einzelner Kleinstaaten für verfrüht zu halten, die man einlegte, ohne den ganz unverfänglichen Plan, den man sich anders vorgestellt, zu kennen. Soll dieser unverfängliche erste Schritt wirklich so ungeheuerliche Consequenzen, wie seine Gegner meinen, nach sich ziehen? Man müsste dann dem Reiche nicht mehr so viel Einsicht zutrauen, jene Consequenzen selbst zu erkennen. Ich finde aber die Intelligenz in diesem Körper so stark repräsentirt, dass ich ihm nicht zutraue, er werde Schritte als Consequenzen von früheren thun, wenn er erkennt, dass er sich auf Irrwegen befindet. Wir erkennen vielmehr, dass dieser Anfang uns auf verfassungsmässigem Wege ein gutes Stück weiter helfen kann. Ich kann den Ideengang nicht fassen, dass man die preussischen Bahnen nicht auf das Reich übertragen will, obgleich es gleichgiltig ist, ob ein Bahncomplex von Preussen oder vom Reiche verwaltet wird; weil man dem Reiche alle möglichen wahnsinnigen Maassregeln zutraut, um sich davor zu hüten, sagt die preussische Volksvertretung, wir gestatten keine Deliberation über das Angebot. Ich würde dem beitreten können, wenn die Vorlage so widersinnig wäre, dass voraussichtlich niemals Heil aus derselben erwachsen könnte, dass sie der Deliberation beim Reiche gar nicht würdig wäre. Aber in der Voraussetzung, dass das Reich alle möglichen Fehler begehen werde, kann ich die Vorlage nicht ablehnen. Ihr Votum gegen die Angelegenheit wird, wie das der Landtage von Bayern und Württemberg, im Reichstage seine Wirkung nicht verfehlen, und die Majorität wird sich dort nicht allein aus den wirthschaftlichen und constitutionellen Gegnern der Vorlage, sondern auch aus denjenigen Elementen zusammensetzen, welche gegen jede Stärkung des Reiches sind. (Sehr richtig!) Ich will den Abg. Richter und seine Freunde nicht mit jenen Elementen identificiren; denn ihre Motive, namentlich über die Staatsbahnen, gehen auseinander; aber der Tenor würde beiden gemeinsam sein: wir wollen das Reich von diesem wichtigen Verwaltungszweige fernhalten, weil hier der Staatsinhalt anfängt. Ich lasse mich auch nicht auf die ideale Seite der Oberaufsicht verweisen; denn in der täglichen schweren Arbeit liegt ein grosser Theil des besten staatlichen Inhalts. Der Executordienst in diesen wichtigen Angelegenheiten, welcher für das Reich zu niedrig sein soll, ist in der That nicht so verächtlich; denn die Vollstreckung ist der letzte Ausdruck staatlicher Macht. Die Angelegenheiten des deutschen Reiches haben einen etwas theoretischen Gang genommen, und es freut mich, dass man anfängt, etwas mehr praktische Fragen zu behandeln. Die Arbeit

Nr. 5800.
Preussen,
26. April 1876.

lässt allerdings Spuren zurück, welche dem Schönheitssinne nicht entsprechen, aber doch die Grundlage für jede Fortentwicklung sind. Ich gönne es dem Reiche, auch dort nun einzutreten. Die Verfassung hat es ja gewollt, sie hat die Paragraphen so gestaltet und ist ganz entschieden im Ausdruck gewesen da, wo sich Missstände im Reiche gezeigt haben; aber ohne völlige Kenntniss sind die übrigen Paragraphen der norddeutschen Verfassung, die später zur Reichsverfassung geworden ist, so ausgefallen, dass sie in der Praxis sich nicht wirksam erweisen. Wir sollen ihnen nun eine praktische Grundlage geben. Alle Analogien haben neben Zutreffendem auch etwas, was nicht zusammen passt. Es sind mannigfache Unterschiede zwischen der Bewegung, die mit dem Zollverein eingeleitet ist, und zwischen der jetzigen Bewegung; aber im Grunde kommen doch beide Bewegungen nahe aneinander und stehen an Wichtigkeit sich nicht nach. (Sehr wahr!) Wenn der Vorredner überall bloss den Charakter der Privat-Industrie an den Eisenbahnen ausgedrückt findet, so kann ich ihm nicht beistimmen. Der Vorredner hat ferner ausser Acht gelassen, über die Natur der Verkehrsstrassen zu sprechen. Von allen Interessenten, ja selbst von den Privat-Eisenbahngesellschaften ist anerkannt, dass eine regulirende Macht des Staates nothwendig ist, um diese Verkehrsstrassen in Ordnung zu halten und die widersprechenden Interessen des Publikums und der Eisenbahnunternehmer zur Ausgleichung zu bringen. Wie wollen Sie da irgend einen Begriff des jetzt entwickelten Privateigenthums für ausreichend erklären, um die Ordnung des Eisenbahnwesens herbeizuführen? Man hat von allen Seiten der Staatsgewalt das Recht zugestanden, die Tarife zu begrenzen, auf die Fahrpläne, auf die gesammte Verwaltung des Eisenbahnwesens einzuwirken. Nur da ist eigentlich die Staatsgewalt begrenzt, wo der Privatbesitzer die Angelegenheit besser und ebenso uninteressirt besorgt wie der Staat. Bei einem solchen Zustande kommen Sie mit dem Privatrechte nicht durch. Sie werfen uns vor, dass wir der Socialdemokratie ziemlich nahe kommen, weil wir für das Staatseisenbahnwesen eintreten. Meiner Meinung nach beschädigen die Vertreter der unbedingten Privat-Industrie den Begriff des Privateigenthums weit mehr, als die Vertreter des Staatseisenbahnwesens. Wir stehen erst im Anfange der Entwicklung des Begriffes von Eisenbahnen. Dieser ganze Zweig der öffentlichen Thätigkeit ist noch sehr jung und bis jetzt noch sehr einseitig gelöst worden. Der Herr Abgeordnete Richter hat uns gesagt, dass wir ein Experiment machen sollen, das uns kein grosser Staat der Welt vorgemacht habe. Ja, die übrigen Staaten waren in der glücklichen Lage, von vornherein ihre Eisenbahnen so einrichten zu können, dass sie nicht nöthig hatten, an die Frage heranzutreten, vor allem England mit seinem strotzenden Reichthum, welcher die Concurrrenz ohne Maassen gestattet, und Frankreich, welches durch den Zuschuss von zwei Milliarden sich ein solches Aufsichtsrecht gesichert hat, dass es den vollen Nutzen des Staatsbahnsystems hat; dass man in Deutschland jetzt das Experiment machen muss, ist die Folge seiner früheren Zerstückelung, und es ist zu hoffen, dass das Reich, das schon

so viele Uebelstände beseitigt hat, auch dieselben auf diesem Gebiete beseitigen wird. Die grossen Illusionen über Aufhebung der Differentialtarife u. s. W., welche verschiedene Interessenskreise hegen, müssen wir hierbei allerdings zerstören; aber eins bleibt richtig: die Auswüchse auf allen diesen Gebieten werden durch das kräftige Einschreiten des Reiches beseitigt werden. Man kam leicht für Concurrenzbahnen und Differentialtarife plaidiren; aber es giebt einen Punkt, wo diese Differentialtarife beginnen, die Frachten zu verkehren, und zum Theil haben wir diesen Zustand in Deutschland schon. (Sehr richtig!) An allen diesen Grenzen wird das Reich wachen, keineswegs aber jede Concurrenz unterdrücken. Weder wird das Reich die preussischen Bahnen auf Kosten der anderen Staaten begünstigen, noch sie vernachlässigen; Preussen wird immer noch in localem Interesse Privatbahnen mit Staatssubventionen bauen können. Die Gegner der Vorlage und namentlich Abg. Richter führten aus, dass die Entwicklung der Productivität mit der Entwicklung der Localbahnen zusammenfällt. Will aber der jetzige Plan sämtliche Bahnen an das Reich bringen? Er entwickelt bloss, dass es auf die grossen durchgehenden Linien abgesehen ist. Der Ausbau der Localbahnen wird ihnen in keiner Weise entrissen werden, und in ihnen liegt die grösste Productivität und das grösste Landesinteresse. Es ist uns geschildert, dass die Annahme dieses Gesetzes der Aufhebung aller constitutionellen Garantien gleichkommt. Warum soll, was nicht in Preussen eingetreten ist, im Reiche erfolgen, warum soll die Vertretung Gesamtd Deutschlands schwächer sein als Preussens? Wäre ich Gegner der Vorlage, so hätte ich viel mehr Bedenken entwickeln können, als Herr College Richter. Ich bezweifle nicht, dass er sie anderen Rednern überlassen hat, dass, wenn das Reich die Eisenbahnen an sich nimmt, es immerhin den ganzen übrigen Plunder nehmen möge, dass damit die Einzelstaaten — ich glaube, einer der Redner ist schon hierzu prädestinirt — (Heiterkeit) vollständig mediatisirt seien, und es ist der Einheitsstaat fertig. Für meine Person ist das nicht so abschreckend; aber es ist unwahr. Die Verwaltung der Bahnen ist nur ein Zweig des Staatslebens. Es könnten die grössten Bedenken gegen die Vorlage erhoben werden; ich meine aber, die Zeit, sie zu erörtern, ist im deutschen Reiche, nicht hier. Nur das letztere kann die Maassregeln zur vollständigen Organisation des Reichswesens verwirklichen; seine Aufgabe wird es sein, zu untersuchen, ob die Ministerverantwortlichkeit in der That durchzuführen ist und die genügenden Garantien bietet. Auch das wird das Reich zu erwägen haben, ob eine neue Finanzquelle für das Reich zu eröffnen, ob eine selbstständige Finanzverwaltung einzurichten sei. Ich erblicke in dieser Vorlage einen ernstesten Angriff darauf, dass das Reich sich nicht durch formale Grenzen zurückweisen lassen will von der Erfüllung der ihm verfassungsmässig anheimgefallenen Pflichten. Meiner innigsten Ueberzeugung nach war die glücklichste Lösung der Eisenbahnangelegenheiten nicht anders herbeizuführen, als wenn der Reichskanzler mit der ganzen Macht und Wucht seiner Persönlichkeit und Stellung für dieselben eintrat. Es ist dies — ich

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

gestehe es ganz offen — nicht ein Dienst, den die liberale Partei dem Reichskanzler, sondern den der Reichskanzler seinen liberalen Unterstützern leistet, indem er das Reich voranstellt und in voller Uebereinstimmung die preussische Regierung zustimmt, ein Beispiel dem übrigen Deutschland zu geben, wie entscheidend sie selbst ist. (Lachen im Centrum.) Ich kann das sagen aus dem einfachen Grunde, weil in jedem preussischen Herzen das Gefühl lebt, dass das, was es in Preussen an Macht verliert, es in einem viel bedeutenderen Masse durch die Macht des Reiches an nationalem Inhalte wiedergewinnt. (Beifall.) Indem die preussische Regierung nun unter Führung des Reichskanzlers vorangeht, steht sie abermals auf der Höhe des Berufes. Preussen beginnt keinen Krieg gegen das Reich. Worin sollte denn der Inhalt dieses Krieges bestehen? Glauben Sie, dass wir dem Reiche die Last des Staatsbahnsystems auflegen wollen, da wir es zu Hause nicht ausdehnen können? Alle diese Verdächtigungen werden vor dem Reiche in der Discussion verschwinden. Von uns wird nicht in der Vorlage gefordert, dass wir dem Reiche eine Wohlthat oder einen Nachtheil aufdringen, sondern von Preussen soll Zeugniß abgelegt werden gegen die dem Reiche verfassungsmässig aufgelegten Lasten, dass es bereit ist, das zu erfüllen, was das Reich als seine Pflicht übernommen hat. Diesen Sinn verbinden wir mit der Vorlage. Wir legen keinen Zwang auf und werden jedem Einwand an seiner Stelle entgegentreten; wir wollen nur nicht, dass Verfassungsartikel dem Reiche die gesammte Verwaltung des Eisenbahnwesens aufbürden, welche es nicht durchführen kann, so dass die Artikel eine Unwahrheit enthalten und das Reich sich ohnmächtig zurückziehen muss gegen den Widerstand der einzelnen Staaten. Wenn Sie das thun, dann ist das Reich weiter nichts, als die Versicherungsanstalt für die unverletzte Souverainetät der einzelnen Staaten. Zwingt uns aber nun die Logik zu weiteren Schritten, so wollen wir diesen ersten Schritt als heilsam segnen. Wir werden in diesem Sinne für die Vorlage stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Fürst Bismarck: Durch die vorgertückte Zeit bin ich gezwungen, meinem Vorsatz, später zu sprechen, untreu zu werden, da ich leider nicht ganz sicher bin, ob meine Gesundheit mir erlauben wird, morgen wieder in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich bitte deshalb auch um Ihre Nachsicht, wenn ich mich nicht so gründlich über die gesammte Vorlage und über den Inhalt der Vorreden ausspreche, wie vielleicht von mir erwartet wird. Indessen, nachdem ich die Rede des letzteren Herrn Redners gehört habe, kann ich mich darüber mehr beruhigen; er hat so ziemlich alles gesagt, was ich hätte sagen können, ausserdem auch noch einiges mehr. (Heiterkeit.) Meine Herren, ich kann mich darauf beschränken, meine Stellung zu der Vorlage als Minister und als Kanzler klarzumachen und Ihnen die Vorlage selbst noch einmal ans Herz zu legen. Diese zwiespaltige Stellung als Kanzler und als Minister sollte ich hier eigentlich nicht erwähnen, da ich nicht das Recht habe, hier die Eigenschaft als Kanzler hervorzukehren; aber es ist nothwendig, darauf zurückzugreifen,

um die Genesis meiner Stellung zur Sache Ihnen darlegen zu können. Die Verfassung, wie wir eben gehört haben, giebt dem Verkehre im deutschen Reich und den gesammten Angehörigen desselben sehr werthvolle Verheissungen in Bezug auf die Behandlung der Reichseisenbahnen. Als Reichsbeamter liegt mir die Verantwortung dafür ob, dass die kaiserliche Thätigkeit auf die Durchführung der Reichsgesetze gerichtet sei, von denen die Reichsverfassung eines der vornehmsten ist, und ich kann mich doch nicht zu der Höhe in der leichten Beartheilung irgend eines wesentlichen Theiles der Verfassung erheben, die den Abg. Richter bei seinen sonst so constitutionellen Ansichten kennzeichnet, indem er von diesem wichtigen Theile der Verfassungsgesetze, wie sie von Artikel 41 an darin enthalten sind, wie von einem todten Buchstaben spricht und so geringschätzig, dass ich als Minister mir nicht zu Schulden kommen lassen möchte, von irgend einem Theile der preussischen oder Reichsverfassung so in dem Tone zu sprechen. Ich würde sonst mit Recht in den Verdacht kommen können, den der Herr Vorredner aus anderen Gründen indirect gegen mich wendete, als ob ich mit constitutionellen Rechten es nicht immer ganz genau nehme. Ich erinnere mich sehr genau, dass, als die Verfassung zu Stande kam, weder von den Regierungen noch den Körperschaften, die dabei betheiligt waren, in diesem Tone von diesem Abschnitt gesprochen wurde; im Gegentheil, man knüpfte sehr grosse Hoffnungen weitgehender Art für die Zukunft daran. Ich selbst habe damals auch — man muss die Entwicklung der Dinge immer erst beobachten, ehe man sie erkennt — auf die Initiative der Regierungen gerechnet, ich habe darauf gerechnet, dass die Regierungen die Verpflichtung, die sie hier übernommen haben: „Die Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten zu lassen“, ernst nehmen würden und namentlich die königlich preussische Regierung das thun würde, in deren Handelsministerium dieser Theil der Verfassung gearbeitet wurde. Ich habe mich darin vollständig getäuscht. (Heiterkeit.) Ich habe nachher geglaubt, dass die Herstellung des Reichseisenbahnamtes als Aufsichtsamt den Mängeln abhelfen könnte. Die Erfahrung hat aber nur gezeigt, wie ohnmächtig das Reich an sich und wie stark der Territorialstaat ist: Das Reichseisenbahnamt ist eine begutachtende, berathende, bittende Behörde geworden, die sehr viel schreibt und thut, ohne dass ihr Jemand Folge leistet (Heiterkeit), und der mehr eine Beschäftigung zugefallen ist, bei der ich die ausgezeichneten Kräfte, die sich ihr gewidmet haben, nur mit Mühe vor der Entmuthigung bewahren kann, mit der jede erfolglose und angestrengte Thätigkeit verbunden ist. Ich habe demnächst als Kanzler in diesem Theile der Verfassung Hoffnung auf ein Eisenbahngesetz gerichtet. Es ist schon vorher davon gesprochen worden, welche Schwierigkeiten das Zustandekommen dieses Gesetzes hat; nur ist es ungerecht, die Schwierigkeiten allein der königlich sächsischen Regierung zuzuschieben; es ist nicht allein diese Regierung, es sind auch andere nicht unbetheiligt; die Thatsache ist immer geblieben, dass der faktische

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

Einfluss des königlich preussischen Handelsministeriums auf die gesammte Entwicklung und Gebahrung unseres deutschen Eisenbahnwesens ein stärkerer ist, als der der Reichsgewalt, trotz allem, was in der Verfassung steht. Es hat sich eben das Recht der Territorialaufsicht mit seiner Executivgewalt und der Besitz eines grossen Eisenbahncomplexes, der eine magnetische Einwirkung auf andere Schienenwege ausübt, doch als sehr viel stärker erwiesen, als theoretische Verfassungsrechte, die dem Reiche verliehen wurden. Diesen Zustand zu bekämpfen auch in den einzelnen wirthschaftlichen Theilen, die Entwicklung eines grossen Territorial-Besitzes zum Nachtheil der Reichs-Autorität nicht zu fördern, entspricht der Pflicht, die mir als Reichskanzler obliegt. Ich kann dabei auch nicht sagen, dass die preussische Eisenbahnpolitik — der jetzige Handelsminister ist erst seit Kurzem mit ihr befasst — in den früheren Stadien, mit Ausnahme der Zeit, wo der Minister von der Heydt sie leitete, im Ganzen eine glückliche gewesen wäre. Wir hatten vollkommen freie Hand schon zu Zeiten, wo die Freiheit der Hand nicht einmal durch parlamentarische Beschlüsse beengt war, und da waren die Intentionen noch staatsmännischer in Bezug auf die Eisenbahnen, wie aus dem Inhalt der alten Gesetze schüchtern hervorleuchtet, als sie in späteren Zeiten es blieben. Es ist daraus ein Zustand der Zerrissenheit hervorgegangen, dem ich doch auch noch andere Seiten abgewinnen muss, als die Ideale der Concurrrenz und des Beispielgebens in Verbesserungen, die der erste Herr Redner besonders hervorhob. Wir sind in Bezug auf den Eisenbahnverkehr in eine Lage gerathen, wie sie eigentlich sonst seit dem Mittelalter in Deutschland nicht eigenthümlich war; wir haben in Deutschland, glaube ich, 63 verschiedene — Eisenbahnprovinzen ist fast zu wenig gesagt, es sind selbstständige — Eisenbahnterritorien, will ich sagen, von denen etwa 40 auf Preussen kommen. Jede dieser Territorialherrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Rechten des Stapel-, Zoll- und Geleitwesens, der Auflagen auf den Verkehr und sogar nach dem Interesse eines Privatsäckels nach Willkür vollständig ausgestattet. Wir erleben häufig, dass ohne grossen Vortheil für die Actionaire und für die Eisenbahnen als eine Art von Sport, möchte ich sagen, die Directionen untereinander einen Kampf führen, der recht viel Geld kostet und der eigentlich mehr ein Machtkampf ist. Diesem Zustande, der nicht dem Ideal entspricht, das die Reichsverfassung sich aufstellt, kann nur dadurch, glaube ich, abgeholfen werden, dass auch in Preussen ein anderer Weg zur Abhilfe wie bisher versucht wird, wenn der Uebergang an das Reich nicht stattfindet. Selbst das staatliche Aufsichtsrecht erweist sich nicht stark genug, um den Zustand, welchen die Reichsverfassungsbestimmungen aufstellen, auch nur innerhalb Preussens herzustellen; es gehört dazu, glaube ich, noch ein verstärkter Besitz der Staatsbahnen innerhalb Preussens, keineswegs eine Unification, nur eine Consolidation; ich meine nur, dass nach jeder der Hauptrichtungen hin der Staat in dem Besitz irgend einer Verbindungslinie ist, der gegenüber die Concurrrenz ja stattfinden kann, die aber auch selbstständig die Verbindung herstellen kann. Die Befürchtung,

dass die Aufsicht und die Concurrrenz mit einander unvereinbar sind, theile ich gar nicht; ich habe bis jetzt wenigstens nicht wahrgenommen, dass die Prosperität irgend einer Eisenbahn unter der Concurrrenz einer Staatsbahn gelitten hätte. Ausserdem sind die Eisenbahnen, glaube ich, auch in der Hauptsache nicht bestimmt, ein Gegenstand finanzieller Concurrrenz zu sein, der das Höchste herausschlägt; die Eisenbahnen sind meiner Ueberzeugung nach viel mehr im Dienste des Verkehrs entstanden, als im Dienste der Finanzen. Dass sie dabei nicht finanziellen Vortheil bringen sollten, wäre eine Thorheit. Die Ueberschüsse, welche an den Staat in Gestalt von Ueberschüssen, an die Actionaire in Gestalt von Dividenden gehen, bilden die Besteuerung, die der Staat von dem Verkehr auf Grund seines Privilegiums erheben könnte, die aber die Privatbahnen den Actionairen zuwenden. Dass diese Besteuerung eine nicht drückende sei, eine dem Verkehr angemessene und gerechte sei, das ist Sache der Abwehr; dass aber die Concurrrenz im Finanzwege, also recht eigentlich die Fiscalität die Hauptsache im Eisenbahnwesen sei, das muss ich bestreiten, und deshalb halte ich den Begriff einer Concurrrenz zwischen Staats- und Privatbahnen für keinen bedenklichen und für keinen, der uns abhalten dürfte, darin die Abhilfe der Nachtheile unserer Zerrissenheit zu suchen. Die nichtpreussischen Bahnen, welche noch Privatbahnen sind — es sind deren nur sehr wenige — werden wahrscheinlich in kurzer Zeit von den betreffenden Staaten erworben werden. Die preussischen Staatsbahnen dienen bereits in der Hauptsache dem Verkehrsinteresse, nebenher dem Finanzinteresse des Staates, also jedenfalls dem öffentlichen Interesse. Es ist der Uebelstand der Privatbahnen, dass ein vom Staate verliehenes Privilegium und nur durch Staatshilfe ausgebeutetes Monopol für Privatzwecke und für Privaterevenuen ausgenutzt wird; das findet bei den Staatsbahnen nicht statt. Es ist dies also eine sehr unberechtigte und übertriebene Befürchtung, die man laut werden lassen und die wahrscheinlich nicht laut geworden wäre, wenn man abgewartet hätte, bis öffentlich kundbar wurde, was wir wollten. Ich sehe auch in diesen Befürchtungen einen geringeren Glauben an Recht und Billigkeit in Deutschland, als ich habe. Ich bin vielleicht nicht Jurist genug; aber nach meiner Ueberzeugung hätten wir gar nicht die Möglichkeit, den anderen Staaten wider ihren Willen ihre Staatsbahnen zu nehmen. Die gesetzliche Competenz der Reichsverfassung reicht so weit nicht, dass die Substanz und das Eigenthum der Eisenbahnen dem Staate entzogen werden kann. Mit demselben Rechte und nach derselben ungeheuerlichen Theorie könnten ja sonst auch dem Staate die Bergwerke entzogen werden. Welche Quelle die deutschen Kleinstaaten für diese ganz ungerechtfertigte Befürchtung haben, weiss ich nicht. Traut man sich die Kraft vielleicht nicht zu, der Anziehung eines grösseren Eisenbahncomplexes zu widerstehen, — ja diese Besorgniss wäre doch ebenso berechtigt einem ausgedehnten preussischen Staatsbahnnetze gegenüber, wie es in dem östlichen Theile des preussischen Staates besteht — traut man sich also diese Kraft nicht zu, so kann man doch von Preussen nicht verlangen, dass

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

es die Bundesfreundlichkeit so weit treibe, dass, um seinen Bundesgenossen diese Befürchtung zu ersparen, es seinerseits innerhalb der preussischen Grenzen in einem Zustande verbleibt, den es entschieden für verwerflich und unwirtschaftlich erkennt. Aber ich glaube, dass diese Befürchtung eine ungerechtfertigte ist; denn ich finde, dass weite Bahncomplexe in Staaten von dem Umfange der deutschen Mittelstaaten, wie die Schweiz, Belgien, die Niederlande, existiren, und zwar inmitten und an der Grenze grösserer benachbarter französischer und deutscher Eisenbahncomplexe, dass sie existiren ganz ohne die mindeste Besorgniss für ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit — die politische ist ihnen ja vollständig garantirt — und die politische Seite deckt bei uns ja auch die Reichsverfassung. Warum aber wirtschaftlich bei uns die Wirksamkeit der preussischen Staatsbahnen auf die der deutschen benachbarten Staatsbahnen eine stärker anziehende sein sollte, als die der französischen Bahnen gegenüber den schweizerischen oder den belgischen, das sehe ich nicht ein; ich halte also auch diese Befürchtung eigentlich für eine unbegründete. Die Abhilfe der Mängel, an denen meines Erachtens das preussische Eisenbahnwesen laborirt, könnte also in sehr einfacher Weise auf rein preussischem Gebiete durch allmähliche Vergrösserung der Staatsbahnen erfolgen, indem vielleicht die Eisenbahnverwaltungen selbstständiger gestellt würden, als bisher, und ein vollständig unabhängiges Eisenbahnministerium errichtet würde mit der Ermächtigung, solche Verträge mit den Privatbahnen abzuschliessen und sie dem jedesmaligen Landtage zu unterbreiten. Das wäre ja eine sehr einfache Operation, wenn wir nicht in dem Reichsverbande ständen. In dem Reichsverbande und Angesichts der Pflichten, die wir dem Reiche gegenüber haben, halte ich es aber, solange uns von unseren Bundesgenossen eine Möglichkeit dazu gegeben wird, für meine Pflicht, zuerst die Macht des Reiches und nicht eines — ich habe den Ausdruck schon früher gebraucht — Grosspreussenthums zu stärken und den stärksten Staat im Reiche selbst, solange wir es hindern können, auf wirtschaftlichem Gebiet nicht noch mehr Uebergewicht gewinnen zu lassen, sondern es dem Reiche zuzuweisen. Die Reichsverfassung kann nur auf diesem Wege zu einer Wahrheit werden, nicht sehr schnell — wahrscheinlich! Denn selbst wenn Sie, meine Herren, uns die Vollmacht ertheilen, vor den Reichstag zu treten, so, glaube ich, werden wir das Resultat, das wir beim Reichstage im günstigen Falle erlangen, Ihnen doch immer erst in der Landtagssession des nächsten Jahres unterbreiten können. Ist das Resultat aber ein negatives, lehnt das Reich das Anerbieten ab, was ja sehr leicht möglich ist, und was ich meinerseits sehr bedauern würde, dann sind wir in der Lage, Ihnen die Mittheilung und zugleich die weiteren Vorschläge zu machen, wie nach Meinung der preussischen Regierung nun die Consolidation des preussischen Eisenbahnbesitzes zu erstreben sei. Willigt aber das Reich ein, dann ist ja immerhin noch fraglich, ob die Art, wie der Vertrag abgeschlossen ist, der ja eine sehr umfangreiche Arbeit, bei Ihnen oder beim Herrenhause Beifall findet. Es kann ja sein, dass irgend eine

Clausel oder Bedingung Ihnen den Vertrag unannehmbar erscheinen lässt; dann geht wieder ein Jahr verloren, während dessen die Sache bleibt, wie sie ist. Aber selbst, wenn wir so glücklich wären, mit dem Reiche ein Abkommen zu schliessen, das sofort Ihre Genehmigung fände, dann würde immer noch wieder ein Reichstag nothwendig sein, also wiederum ein Sessionsjahr vergehen, in welchem diejenigen budgetmässigen Vorkehrungen getroffen werden müssten, die ja ganz nothwendig sind, um das Reich in den Stand zu setzen, diese grosse Morgengabe, die ihm Preussen darbringt, zu verwalten. Es werden also immerhin mindestens noch drei Jahre vergehen, bevor wir mit Sicherheit im allergünstigsten Falle darauf rechnen können, dass wir in ein anderes Fahrwasser kommen. Ich würde es bedauern, wenn diese drei Jahre bei der preussischen Regierung ganz ungenutzt blieben und nicht vielmehr auf dem Wege, den das Reich wird gehen müssen, wenn es unsere Staatsbahnen annimmt, das preussische Ministerium schon jetzt oder doch bald — und ich glaube, die Gelegenheit ist jetzt günstiger als je — vorwärts gehen und nicht solche Verbindungen anknüpfen würde, die es in den Stand setzen, Ihnen, meine Herren, in einer nächsten Sitzung bereits Vorlagen von Verträgen zu machen, die vielleicht für Preussen abzuschliessen wären, um die Masse, die demnächst an das Reich überzugehen hat, zu vermehren, eventuell den preussischen Staatsbesitz zu steigern. Ich erwähne dies nur, um Ihnen und namentlich den ausserhalb des Hauses Stehenden meiner Ansicht von dem Tempo Ausdruck zu geben, in dem diese Sache sich bewegen wird, und welches keineswegs ein stürmisches ist, sondern ein langsames und ruhiges. Wir sind der Meinung, Schritt für Schritt in dieser Vergrösserung vorzugehen, nicht zu drängen, nichts zu übereilen, nichts zu ernsthaften Streitfragen zuzuspitzen, sondern die Frage als eine rein wirtschaftliche zu behandeln, bei der ein gewaltiger Druck nach keiner Seite geübt wird. Erschwert wird uns die Regelung dieser wirtschaftlichen Frage noch wesentlich dadurch, dass jede der politischen Parteien, die im Reiche vorhanden sind, nach ihrer Art und für ihre Zwecke dieselbe ausbeutet. Die Interessen stehen sich ja theilweise entgegen, auch die materiellen, nicht sowohl die der Actionaire, die im Ganzen bei dem fortwährend sich vermindernenden Werth der Eisenbahnen nicht sehr unglücklich sein werden, wenn es einen Moment gäbe, wo dieser Verminderung durch Verwandlung in eine Staatsrente ein Halt geboten würde; aber den Directionen wird es schwer werden, einen Ersatz für die glänzende Stellung zu finden, die sie im Augenblick haben, und zu den Directionen gehören ja im weiteren Begriffe die sich angeblich sehr gefährdet glaubenden Directionen bei den Staatseisenbahnen. Dass nicht rein wirtschaftliche, sondern auch politische Interessen bei der Beurtheilung der Sache maassgebend sind, das sehen Sie schon aus der scharf abweisenden oder zustimmenden Stellung, welche die Fractionen hier im Hause zu der Frage eingenommen haben. Ich glaube, die Fractionen werden in dieser Frage völlig geschlossen stimmen, und das ist für mich kein erwünschtes Symptom insofern, als der politische Kern vorwiegt. Man könnte fragen, warum

Nr. 5600.
Preussen.
26. April 1876.

wir überhaupt die Vorlage machen, da wir ja wohl befugt gewesen wären, mit dem Reiche zu verhandeln und, wenn wir dort zu einem günstigen Resultat gelangten, Ihnen dasselbe zur Genehmigung vorzulegen. Dazu aber ist uns die Sache zu wichtig, als dass wir von unserer Machtvollkommenheit in dieser Weise Gebrauch machen sollten. Es würde das bei den meisten von Ihnen doch einen gewissen Eindruck von Nichtachtung gemacht haben, wenn ein so grosses Eigenthum des Staates oder der Nation zum Kauf angeboten wird, ohne dass wir uns vorher der Stimmung der Volksvertretung einigermaassen versichert hätten; die Initiative muss ja natürlich von dem ausgehen, dessen Eigenthum verkauft werden soll. Unsere Stellung zum Reichstage ist ja auch eine ganz andere, wenn wir, gestärkt durch das Votum des Abgeordnetenhauses, des nächst schwerwiegendsten in dem ganzen deutschen Reiche, dem Reichstage gegenübertreten. Es geht das schon daraus hervor, dass, wenn Sie diese Vorlage ablehnen, wir dann ganz sicher gar keine Aussicht hätten, die Sache mit irgend einem Erfolge vor den Reichstag zu bringen, sondern Sie würden es von uns dann gerechtfertigt finden müssen, wenn wir für jetzt darauf verzichten und in späterer Zeit einer anders zusammengesetzten Versammlung die Sache von Neuem vorlegen oder *de male informato ad melius informandum* später noch einmal appelliren. Aber dass wir vor dem Reichstage gewissermaassen lahmgelegt und ausser Gefecht gesetzt werden, das liegt doch ganz klar, und das zeigt schon, wie wichtig und nothwendig es war, dass wir Ihre Unterstützung nachgesucht haben, und wie viel davon abhängt, ob Sie uns dieselbe bewilligen oder vorenthalten wollen. Ich hoffe das Erstere, dass, indem Sie dieselbe bewilligen werden, ein erster Schritt zu einer Bahn geschehen wird, die bei meinen Lebzeiten, und ich möchte fast sagen, bei unser Aller Lebzeiten noch nicht ganz zu Ende gekommen sein wird. Aber mag die Entwicklung noch so langsam gegangen sein und unter noch so grossen Kämpfen, wo ist denn Wichtiges anders zu Stande gekommen, als mit Kämpfen und gerade durch Kämpfe, mögen sie noch so gross und noch so schwierig sein? Wir werden im Bewusstsein des guten Zieles, das wir verfolgen, nicht davor zurückschrecken und werden auch nicht erlahmen und unmuthig werden, weil ich überzeugt bin, dass, wenn eines an und für sich richtigen Gedankens sich einmal die Oeffentlichkeit bemächtigt hat, er nicht eher von der Tagesordnung verschwinden kann und wird, als bis er sich verwirklicht hat, als bis, mit anderen Worten, die Reichsverfassung, als deren Vertreter ich hier vor Ihnen stehe, zur Wahrheit geworden ist auch in dieser Eisenbahnfrage. (Beifall.)

Nach diesem Vortrage des Ministerpräsidenten wird die Debatte vertagt.

Nr. 5601.

PREUSSEN. — Gesetz, betreffend die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages*), was folgt:

Nr. 5601.
Preussen.
4. Juni 1876.

§ 1. Die Staatsregierung ist ermächtigt, mit dem deutschen Reiche Verträge abzuschliessen, durch welche

- 1) die gesammten, im Bau oder Betriebe befindlichen Staatseisenbahnen nebst allem Zubehör und allen hinsichtlich des Baues oder Betriebes von Staatseisenbahnen bestehenden Berechtigungen und Verpflichtungen des Staates gegen angemessene Entschädigung kaufweise dem deutschen Reiche übertragen werden;
- 2) alle Befugnisse des Staates bezüglich der Verwaltung oder des Betriebes der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen an das deutsche Reich übertragen werden;
- 3) im gleichen Umfange alle sonstigen, dem Staate an Eisenbahnen zustehenden Antheils- und anderweiten Vermögensrechte. — gegen angemessene Entschädigung — an das deutsche Reich abgetreten werden;
- 4) ebenso alle Verpflichtungen des Staates bezüglich der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen vom deutschen Reiche gegen angemessene Vergütung übernommen werden.

§ 2. Bezüglich der im § 1 unter 1, 3 und 4 erwähnten Vereinbarungen bleibt die Genehmigung der beiden Häuser des Landtages vorbehalten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 4. Juni 1876.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenburg. Leonhardt. Falk. v. Kameke. Achenbach. Friedenthal.

*) Das Gesetz wurde in dieser Fassung vom Abgeordnetenhouse am 2. Mai in dritter Berathung mit 216 gegen 160 Stimmen angenommen, vom Herrenhouse am 20. Mai in zweiter Berathung mit 60 gegen 81 Stimmen.

Nr. 5602.

GROSSBRITANNIEN. — Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 8. Februar 1876, in Gegenwart Ihrer Majestät vom Lord Kanzler verlesen.

My Lords and Gentlemen,

Nr. 5602.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1876.

It is with much satisfaction, that I again resort to the advice and assistance of my Parliament. || My relations with all foreign Powers continue to be of a cordial character. || The insurrectionary movement which during the last six months has been maintained in the Turkish Provinces of Bosnia and Herzegovina, and which the troops of the Sultan have, up to the present time, been unable to repress, has excited the attention and interest of the great European Powers. I have considered it my duty not to stand aloof from the efforts now being made by allied and friendly Governments to bring about a pacification of the disturbed districts, and I have accordingly, while respecting the independence of the Porte, joined in urging on the Sultan the expediency of adopting such measures of administrative reforms as may remove all reasonable cause of discontent on the part of his Christian subjects. || I have agreed to purchase, subject to your sanction, the shares which belonged to the Khedive of Egypt in the Suez Canal, and I rely with confidence on your enabling me to complete a transaction in which the public interests are deeply involved. || The representations which I addressed to the Chinese Government, as to the attack made in the course of last year on the Expedition sent from Burmah to the Western Provinces of China, have been received in a friendly spirit. The circumstances of that lamentable outrage are now the subjects of an inquiry, in which I have thought it right to request that a Member of my Diplomatic Service should take part. I await the result of this inquiry, in the firm conviction that it will be so conducted as to lead to the discovery and punishment of the offenders. || Papers on all these subjects will be laid before you. || I am deeply thankful for the uninterrupted health which my dear son, the Prince of Wales, has enjoyed during his journey through India. The hearty affection with which he has been received by my Indian subjects of all classes and races assures me, that they are happy under my rule and loyal to my throne. At the time that the direct Government of my Indian Empire was transferred to the Crown no formal addition was made to the style and titles of the Sovereign. I have deemed the present a fitting opportunity for supplying this omission, and a Bill upon the subject will be presented to you. || The humane and enlightened policy consistently pursued by this country in putting an end to slavery within her own dependencies, and in suppressing the slave trade throughout the world, makes it important that the action of British national ships in the territorial waters of foreign States should be in

harmony with these great principles. I have, therefore, given directions for the issue of a Royal Commission to inquire into all Treaty engagements and other International obligations bearing upon this subject, and all instructions from time to time issued to my naval officers, with a view to ascertain whether any steps ought to be taken to secure for my ships and their commanders abroad greater power for the maintenance of the right of personal liberty. || A Bill will be laid before you for punishing Slave Traders who are subjects of Native Indian Princes. || The affairs of my Colonial Empire, the general prosperity of which has continued to advance, have received a large share of my attention. Papers of importance and interest will soon be in your hands, showing the proceedings with respect to a Conference of the South African Colonies and States. || The murder of a high officer of the Straits Settlements while acting as Resident in a neighbouring Malay State and the disorders ensuing on that outrage have demanded the interference of my troops. I trust that the operations, which have been ably and energetically conducted, though not without the loss of some valuable lives, have restored order and re-established the just influence and authority of this country.

Nr. 5602.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1876.

Gentlemen of the House of Commons,

I have directed the Estimates of the year to be prepared and presented to you without delay.

My Lords and Gentlemen,

Bills for regulating the Ultimate Tribunal of Appeal for the United Kingdom and for the amendment of the Merchant Shipping Laws will be immediately submitted to you. || Legislation will be proposed relating to the Universities and to Primary Education. || Your attention will be called also to the Acts relating to the Enclosure of Commons, and to a measure for promoting economy and efficiency in the management of Prisons, and at the same time effecting a relief of local burdens. || Other important measures, as the time of the Session permits, will be introduced to your notice; and I pray that your deliberations may, under the Divine blessing, result in the happiness and contentment of my people.

Nr. 5603.

GROSSBRITANNIEN. — Proclamation, betreffend den Titel der Königin.

By the Queen. — A Proclamation.

Victoria R. — Whereas an Act has been passed in the present Session of Parliament, intituled "An Act to enable Her Most Gracious Majesty to make an Addition to the Royal Style and Titles appertaining to the Imperial Crown

Nr. 5603.
Gross-
britannien.
28. April 1876.

Nr. 5603.
Gross-
britannien.
28. April 1876.

of the United Kingdom and its Dependencies", which Act recites that, by the Act for the Union of Great Britain and Ireland, it was provided that after such Union the Royal Style and Titles appertaining to the Imperial Crown of the United Kingdom and its Dependencies should be such as His Majesty by His Royal Proclamation under the Great Seal of the United Kingdom should be pleased to appoint; and which Act also recites that, by virtue of the said Act and of a Royal Proclamation under the Great Seal, dated the 1st day of January, 1801, our present Style and Titles are "Victoria, by the Grace of God, of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith"; and which Act also recites that, by the Act for the better government of India, it was enacted that the Government of India, theretofore vested in the East India Company in trust for Us, should become vested in Us, and that India should thenceforth be governed by Us, and in Our name, and that it is expedient that there should be a recognition of the transfer of Government so made by means of an addition to be made to Our Style and Titles: and which Act, after the said recitals, enacts that it shall be lawful for Us, with a view to such recognition as aforesaid, of the transfer of the Government of India, by Our Royal Proclamation under the Great Seal of the United Kingdom, to make such addition to the Style and Titles at present appertaining to the Imperial Crown of the United Kingdom and its Dependencies as to Us may seem meet; We have thought fit, by and with the advice of Our Privy Council, to appoint and declare, and We do hereby, by and with the said advice, appoint and declare that henceforth, so far as conveniently may be, on all occasions and in all instruments where in Our Style and Titles are used, save and except all Charters, Commissions, Letters Patent, Grants, Writs, Appointments, and other like instruments, not extending in their operation beyond the United Kingdom, the following addition shall be made to the Style and Titles at present appertaining to the Imperial Crown of the United Kingdom and its Dependencies; that is to say, in the Latin tongue in these words: "Indiæ Imperatrix". And in the English tongue in these words: "Empress of India".

And Our will and pleasure further is, that the said addition shall not be made in the Commissions, Charters, Letters Patent, Grants, Writs, Appointments, and other like instruments hereinbefore specially excepted.

And Our will and pleasure further is, that all gold, silver and copper moneys, now current and lawful moneys of the United Kingdom, and all gold, silver and copper moneys which shall on or after this day, be coined by Our authority with the like impressions, shall, notwithstanding such addition to Our Style and Titles, be deemed and taken to be current and lawful moneys of the said United Kingdom; and further that all moneys coined for and issued in any of the Dependencies of the said United Kingdom, and declared by Our Proclamation to be current and lawful money of such Dependencies, respectively bearing Our Style, or Titles, or any part or parts thereof, and

all moneys which shall hereafter be coined and issued according to such Proclamation, shall, notwithstanding such addition, continue to be lawful and current money of such dependencies respectively, until Our pleasure shall be further declared thereupon.

Nr. 5603.
Gross-
britannien.
28. April 1876.

Given at Our Court at Windsor the twenty-eighth day of April, one thousand eight hundred and seventy-six, in the thirty-ninth year of Our Reign.

God save the Queen.

Nr. 5604.

SPANIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung der Cortes.

[Uebersetzung.]

Meine Herren Senatoren! Meine Herren Abgeordneten!

Es wird mir stets Freude bereiten, die Vertreter der Nation um mich versammelt zu sehen; heute aber habe ich diese Empfindung in um so höherem Grade, als es das erste Mal ist, dass ich in Ihrer Mitte den Thron besteige, indem ich heute die Thore dieses Saales wieder öffne, welche die Zwietracht so lange geschlossen gehalten. Dieser Zwietracht ein abschliessendes Ziel zu setzen, ist selbstverständlich meine erste Pflicht; in der That aber ist es nicht allein meine, es ist unser aller Pflicht, die wir hier versammelt sind. Die Nation, ermüdet, erschöpft und verarmt, wie sie ist, fordert dies dringlich, und die ganze Welt, die an der ungewöhnlichen Dauer unserer Uebel weniger Antheil als Aergerniss nimmt, erwartet es mit Ungeduld. Ihr Anblick erfüllt mein Herz mit Hoffnung; in dem Kreise erfahrener, von den besten Absichten beseelter und für die Wohlfahrt des Vaterlandes nicht minder als ich selbst besorgter Männer brauche ich nicht zu fürchten, dass sie, die Warnungen der Vergangenheit vergessend, dem Werke des Friedens und der Wiederaufrichtung, das Gott uns allen auferlegt hat, ihre Mitwirkung vorenthalten werden. Das Vaterland verlangt nicht, dass irgend Jemand seinen theoretischen Bestrebungen entsage; es genügt, guten Glaubens, die gegenwärtige Thatsächlichkeit der Dinge zu würdigen, diejenige Gesetzgebung, welche den Forderungen der öffentlichen Wohlfahrt und den Bedürfnissen der Zeit am besten entspricht, zu wählen und anzunehmen. Die heute beginnende schwierige Aufgabe stellt an Sie die gebieterische Mahnung, die ganze Vergangenheit dem unparteiischen Urtheil der Geschichte zu überlassen. Sie werden von nun ab Ihre ganze Wachsamkeit, Sorge, Fähigkeit und Thätigkeit aufbieten müssen, um mit mir den Uebeln der Gegenwart abzuhelpen und mich zu unterstützen in dem Be-

Nr. 5604.
Spanien.
15. Febr. 1876.

Nr. 5604.
Spanien.
15. Febr. 1876.

streben, der Zukunft unseres Landes bessere Bahnen zu öffnen. Wie gross auch meine Befriedigung ist, die Vertreter von Parteien, die sich zu verschiedenen Ansichten bekennen und mit erlaubten Mitteln denselben im Staate die Oberhand zu verschaffen suchen, um mich versammelt zu sehen, so gedenke ich doch mit Schmerz, dass die Fahne eines übelberathenen Prinzen und unversöhnlichen Feindes der europäischen Civilisation noch auf den Gipfeln der Pyrenäen flattert. Durch die von meiner Regierung getroffenen Maassregeln, die Tüchtigkeit meiner Generale und die Tapferkeit meiner Soldaten zur Ohnmacht herabgedrückt, kann diese vermessene Empörung nur den traurigen Ruhm gewinnen, die Leiden des Vaterlandes bis zur äussersten Grenze zu verlängern, indem sie seine Bevölkerung, seinen Reichthum, seinen Credit immer mehr verringert und das Heilmittel, welches so grosse Uebel nicht nur für die jetzige, sondern auch für zukünftige Generationen nothwendig machen, immer schwieriger macht. Meine Obliegenheiten als König und als oberstes Haupt der Armee erfordern nochmals, wie schon vor einem Jahre, meine persönliche Mitwirkung zur schleunigen Erzielung des Friedens. Wenn ich dieser Pflicht nicht früher nachgekommen bin, so ist der Grund der, dass ich hier eine andere Aufgabe zu erfüllen hatte: ich musste Sie erwarten. Durch Ihre Unterstützung gestärkt, hege ich den Wunsch, meine Reise in die Provinzen, wo das Heer mit solcher Standhaftigkeit für den Triumph meines Rechtes kämpft, das mit dem Rechte der auf eine verfassungsmässige Regierung haltenden Nation identisch ist, nicht länger hinauszuschieben. || Wenn der innere Friede augenblicklich noch zu wünschen übrig lässt, so sind dagegen die Beziehungen meiner Regierung mit allen anderen Regierungen der Welt gegenwärtig erfreulicher Weise friedlich und freundschaftlich. Eine offene und ehrenhafte Politik und der feste Entschluss, allen Angelegenheiten eine rasche und gerechte Lösung zu bringen, werden sie ohne Zweifel täglich herzlicher machen, wie dies mein Wunsch. Der zwischen meiner Regierung und der Regierung des Königs von Belgien abgeschlossene Handelsvertrag wird Ihnen zur Prüfung und Genehmigung unterbreitet werden. Die Unterhandlungen zur Schlichtung unserer Streitfälle mit den Vereinigten Staaten nehmen ihren freundschaftlichen Fortgang, und ich hege die Zuversicht, dass der gute Wille der beiden Regierungen, ihr Gerechtigkeitssinn und die gegenseitige Achtung bald in allen Punkten eine befriedigende Lösung herbeiführen werden. || Unsere vorher unterbrochenen Beziehungen mit dem heiligen Stuhle sind glücklicher Weise wiederhergestellt; es werden gegenwärtig zwischen den beiden Mächten Unterhandlungen zur Regelung der schwebenden Angelegenheiten innerhalb der von den beiderseitigen Interessen der Kirche und des Staates gegebenen Bedingungen gepflogen. || Von den Ansichten, die ich Ihnen auseinandergesetzt, geleitet, wird meine Regierung Ihnen die erforderlichen Gesetzentwürfe vorlegen, welche bestimmt sind, die regelrechte Durchführung des Repräsentativsystems, dessen Herstellung ein so dringendes Erforderniss ist, zu erzielen und unsere Gesetzgebung in Politik und Verwaltung mit den natürlichen Bedingungen

der constitutionellen Monarchie in Einklang zu setzen. || Weiterhin wird meine Regierung Sie mit dem Stande unserer Finanzen bekannt machen und Ihnen sobald wie möglich die in diesem grundlegenden Theile der öffentlichen Verwaltung von den Umständen erheischten Entscheide zur Erwägung vorlegen. Die finanzielle Lage ist durch die tiefgehenden und langen Verwirrungen und zumal durch die beiden, für den Staatsschatz und die Nation so verderblichen inneren Kriege bis zum Aeussersten verschlimmert. Der nahe Friede kann allein uns die Hülfsmittel erschliessen, um den erduldeten Uebeln zum grossen Theile Abhülfe zu schaffen. Ich rechne auf Ihren Eifer und Ihren Patriotismus in der schwierigen Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Staates herzustellen, indem alle Gläubiger im Bereiche des Möglichen befriedigt werden, ohne dass jedoch die Entwicklung der productiven Kräfte des Landes vergessen wird. In diesem Augenmerk bereitet meine Regierung verschiedene Gesetzentwürfe, betreffend die öffentlichen Arbeiten, den Unterricht und das allgemeine Wohl, vor, indem sie sich vorbehält, Sie, wenn die Zeit gekommen sein wird, um Ihre Mitwirkung zu bitten. || Die unheilvolle Hartnäckigkeit der Förderer des Bürgerkrieges auf der Halbinsel hat meine Regierung nicht vergessen lassen, dass unsere Ehre und unser Recht in Amerika, wenn nicht geschädigt, so doch wenigstens bedroht ist; und seit dem Tage meiner Thronbesteigung haben mehr als 32,000 Mann den Ocean durchkreuzt, um die Armee auf Cuba zu verstärken. Die Empörer, welche gestern die Unabhängigkeit und heute den Ruin des Bodens, den sie verwüsten, erstrebten, haben unser, gegen seine überseeischen Colonien stets edelmüthiges Spanien nicht verhindern können, durch eine Wohlthat des Gesetzes 76,000 Sklaven die Freiheit zu geben. Diese beiden Angaben beweisen augenfällig die Unerschütterlichkeit unseres Entschlusses, die Unversehrtheit unseres Gebietes zu wahren, sowie unsere Absicht, auf diesem Gebiete Civilisation und Gerechtigkeit walten zu lassen.

Meine Herren Senatoren! Meine Herren Abgeordneten!

Indem ich die allgemeine Lage der öffentlichen Angelegenheiten im gegenwärtigen Augenblicke betrachte, kann ich nicht umhin, der Vorsehung ein offenes Zeugniss tiefen Dankes für die grossen Wohlthaten zu geben, welche sie der Nation und mir während des ersten Jahres meiner Regierung gespendet. Wenn der Zustand der Nation auch noch nicht meinen Wünschen entspricht, so kann ich doch, ohne eine Anzweiflung zu fürchten und ohne Ueberhebung aussprechen, dass Alles sich mit grosser Schnelligkeit auf ein gutes Ziel hin bewegt, und dass alles sich erfüllt hat, was man auch mit grossem Vertrauen auf die Gunst des Glückes menschlicher Weise hoffen durfte. || Heute sieht Spanien die Vertreter der Grossmächte ohne Ausnahme sowie die Vertreter aller souverainen Staaten, die in seinen besseren Zeiten bei ihm vertreten zu sein pflegten, mit Vergnügen bei sich. Alle seine Provinzen im Centrum, und namentlich das Maestrazgo und Catalonien, wo die Aufstände immer so schwer zu überwinden waren, sind im Genusse tiefen Friedens. Ganz Biscaya, die

Nr. 5604.
Spanien.
15. Febr. 1876.

Provinz Alava und der grössere Theil Navarra's sind schon mit Waffengewalt zu dem schuldigen Gehorsam gebracht. Der Feind, der vor einem Jahre Madrid bedrohte, sieht sich jetzt in den rauhesten Theil der Pyrenäen eingeschlossen, und auch da überlässt er die Sorge des letzten Widerstandes mehr der Strenge des Winters als seinem Schwerte. Die Empörung wird auf Cuba von Tag zu Tag ohnmächtiger; das Heer der Halbinsel und das der Colonien sind auf eine Zahl gestiegen, die in unserer Geschichte noch nie erreicht worden. Die wieder in den Stand gesetzte und neu ausgerüstete Kriegsflotte ist bereit, unsere Interessen zu vertheidigen. Kurz, Alles in Allem ergibt sich, dass meine Regierung, ob auch kurz und schwierig, für das Gute nicht verloren gewesen ist. Allerdings waren schon vor meiner Thronbesteigung lobenswerthe Anstrengungen gemacht worden, um das Land wiederaufzurichten, indem man ihm die geeigneten Mittel verschaffte, den carlistischen Krieg, die cubanische Piraterie und die innere Anarchie zu bezwingen; aber allem, was bis dahin geschehen, hat meine Regierung eine lange Reihe von Diensten hinzugefügt, die Niemand, ohne ungerecht zu sein, leugnen kann. Wenn unser Vaterland noch, wo nicht die grösste, so doch eine der grössten Anstrengungen seiner Geschichte zu machen hat, um seine Stufe unter civilisirten Nationen der Welt zu behalten, so beweist es dafür klar, wessen es fähig sein wird an dem glücklichen Tage, an welchem die ganze Kraft, die es bisher auf fruchtlose Kriege und Gährungen verwendet, ausschliesslich und stetig auf die fruchtbringenden Arbeiten des Friedens gelenkt sein wird. Möge Gott fortfahren, meine Herren Senatoren und Abgeordneten, meine und Ihre Wünsche bis zu Ende zu begünstigen, und uns gestatten, für die ungeheuren und schmerzlichen Opfer, die wir jetzt darbringen, bald den Lohn zu ernten!

Nr. 5605.

SPANIEN. — Proclamationen des Don Carlos an das Volk und an sein Heer. — Ende des Carlisten-Aufstandes.

[Uebersetzung.]

Nr. 5605.
Spanien.
1. März 1876.

Spanier! In dem Wunsche, heute dem Blutvergiessen ein Ziel zu setzen, habe ich es aufgegeben, einen zwar glorreichen, aber für den Augenblick nutzlosen Kampf weiterzuführen. Wenn ich gezwungen bin, der Gewalt der Verhältnisse nachzugeben, so ist weder mein Muth schwach geworden, noch mein Glaube erschüttert, und ich bewahre unverletzt meine Rechte, welche die Rechte der Legitimität in Spanien sind. Angesichts der grossen Ueberlegenheit an Zahl und noch mehr der Leiden meiner getreuen Freiwilligen, gegen die sich Alles verschworen hatte, befinde ich mich in der Nothwendigkeit, meinen Degen in die Scheide zu stecken. Den Ueberlieferungen meiner Familie gemäss

werde ich den Weg des Exils kennen; aber ich werde mich niemals zu entehrenden und unredlichen Vertragsbedingungen (Convenios) verstehen, die gegen die Würde eines Mannes sind, der, wie ich, das Bewusstsein von dem hat, was er bedeutet und was er vertritt. Ihr kennt alle heiligen Grundsätze, deren Sinnbild meine unbefleckte Fahne ist. Während ich sie mit fester Hand an der Spitze meiner Bataillone hielt, sah ich, wie die fremde Monarchie zu Boden geworfen und die Republik gewaltsam in die spanische Nation eingepflanzt wurde; und obgleich der Erfolg meine Kraftanstrengungen nicht gekrönt hat, so ist dies kein Grund, dass die Gewalt unserer Feinde feste Wurzel fasse; denn die Werke der Revolution sind bestimmt, durch das Werk der Revolution unterzugehen. Meine Fahne bleibt zusammengerollt bis zu dem Tage, wo Gott dem katholischen und monarchischen Spanien die Stunde der Erlösung bestimmt, die nach so vielen Opfern in den Absichten der Vorsehung liegen muss. Heute, wie immer, habe ich Vertrauen in das Heilswerk, für das diese Vorsehung mich bestimmt; heute, wie immer, bin ich bereit, mich für mein Vaterland aufzuopfern, das ich so heiss liebe und dem ich so Vieles schulde. Pau, 1. März 1876. Euer König Carlos.

Nr. 5605.
Spanien.
1. März 1876.

An meine Armee! Von Neuem auf fremder Erde wandelnd und noch tiefbewegt von euerem herzerreissenden Lebewohl, halte ich es für meine erste Pflicht, ein freundschaftliches Wort an meine bisherigen Waffengefährten zu richten. Zeuge eueres Heldenmuthes in den Tagen des Triumphes und euerer noch heldenmüthigeren Entsagung in den Tagen des Unglücks, werde ich nie die theuere Erinnerung an die, welche mir bis zum letzten Augenblicke treu blieben, in meiner Seele erlöschen lassen. Alle hohen Thaten, von denen ich träumte, als ich in meiner ersten Jugend und im Lande der Verbannung daran dachte, was ich mit euerer Hilfe thun könnte, ihr habt sie vollbracht. Montejurra, Somorrostra, Abarzuza, Urnieta, Lacar und so manche andere schon berühmte Namen bezeichnen ebenso viele Schritte, die ihr auf dem Wege des Ruhmes gethan und die euere Brüder aus den übrigen Provinzen ruhmreich befolgt haben. Von Allem entblösst, ersetzte euere Beständigkeit Alles, und niemals habt ihr, wenn ihr euerem Gegner gegenüberstandet, seine Stärke oder das Missverhältniss euerer Hilfsquellen abgewogen, um zum Siege zu gelangen. Wenn ein so tapferer Glaube und eine so edle Entsagung unfruchtbar geblieben sind, so dürft ihr doch den Muth nicht sinken lassen. Stark, wie ich, dem Unglück gegenüber und voll Vertrauen auf den Herrn der Heerschaaren, müsst ihr euch würdig zeigen des erworbenen Ruhmes und nie verzweifeln an dem Gesckicke eines Vaterlandes, welches unter seinen geringsten Kindern solche Männer zählt, wie ihr. Ihr Nachkommen jener alten Spanier, die unter dem Schatze des Altars und des Thrones einen so hohen Platz in der Geschichte einnehmen — ein Ruhm, den das Unglück nicht schmälern kann, wird es stets für mich sein, an euerer Spitze gestanden zu haben, wie es mein grösster Schmerz ist, mich heute von euch zu trennen. Euer König und General Carlos. Pau, 1. März 1876.

Nr. 5606.

SPANIEN. — Adresse der Deputirtenkammer in Beantwortung der Thronrede*).

[Uebersetzung.]

Nr. 5606.
Spanien.
17. März 1876.

Glücklich und ruhmvoll war der Moment, in dem Ew. Majestät, umgeben von den Vertretern der Nation, die regelmässige Ausübung der Gewalten und Freiheiten wiederherstellte, welche seit langer Zeit Zwietracht unterbrochen hatte. || Das Herz Ew. Majestät war damals erfüllt von Hoffnungen, die, kaum ausgesprochen, auch schon erfüllt wurden. Ein noch grösseres Werk, als gegenüber von blutigen Utopien und grausamen Erinnerungen die constitutionelle Monarchie herzustellen, war es, den Frieden zu erlangen, den eine Nation laut verlangte, welche, gestern ein Gegenstand allgemeinen Bedauerns, heute die Achtung und Theilnahme geniesst, die männliche Anstrengungen eines sieggekürnten Volkes immer einflössen. || Der hartnäckige und ehrgeizige Prinz, der das Land verwüstete, welches er zu beherrschen beanspruchte, ist über die Pyrenäen gegangen, und seine furchtbaren Schaaren haben ihre brudermörderischen Waffen niedergelegt, ohne Concessionen zu erlangen, die einen Anreiz zu neuen Aufständen gegeben hätten. Heute ist Ew. Majestät der König, den alle Spanier verehren, und dieselben Gewalten regieren in den Vollgewalten ihrer Souverainetät die Geschicke des Vaterlandes. Um dem Lande einen so ersehnten Frieden zu geben, hatte Ew. Majestät kaum die Cortes des Reiches eröffnet, als Sie Sich an die Spitze Ihrer Soldaten stellten. || Einstimmige Kundgebungen bezeugten, dass die Entscheidung des Königs in ihrem ganzen Werthe vom spanischen Volke gewürdigt wurde. Der Thron und die Nation bewahrten die innigen und vielfachen Bande des Ruhmes und des Unglücks, die während langer Jahrhunderte geknüpft waren. Aber Ew. Majestät wollte noch unmittelbarere und persönlichere Bande herstellen, indem Sie Sich in die Gefahren der Schlachten mischten mit den tapferen Kämpen Ihrer gerechten Sache. Spanien, die edle Nation, begrüsst mit Jubel in Ew. Majestät den friedensbringenden König und den Monarchen, der immer bereit ist, sein Blut für das Glück seines Volkes zu vergiessen. || Belebt durch die Gegenwart Ew. Majestät, entsprach das so oft siegreiche Heer dem Muthe seines obersten Führers. Erfahrene Generäle, die Ehre des Vaterlandes, und heldenmüthige Soldaten, bewundert von Landsleuten und Fremden, haben ein Werk vollendet, gegen welches Natur und Kunst unzählige Hindernisse aufgethürmt hatten. || Ew. Majestät wie die Cortes haben erklärt, dass das Heer zu Land und zur See sich wohlverdient gemacht hat um das Vaterland, und das ganze Land ruft seinen geliebten Söhnen Beifall zu, die einer freigebigen Belohnung würdig sind. || Nachdem die Halbinsel beruhigt, die öffentlichen Gewalten geregelt, die

*) Die Adresse wurde mit 276 gegen 30 Stimmen beschlossen.

Periode der Zerstörung geschlossen und die Arbeit einer fruchtbringenden Entwicklung seiner Kräfte begonnen ist, erlangt Spanien immer mehr die Stellung wieder, die ihm eine ruhmreiche Geschichte anweist. || Die Versammlung hat deswegen mit lebhafter Genugthuung erfahren, dass die Beziehungen der Regierung Ew. Majestät mit den auswärtigen Mächten gegenwärtig friedlich und freundschaftlich sind. Es ist zu hoffen, dass sie es täglich mehr werden, wenn die Regierung auf ihrer offenen und ehrenhaften Politik beharrt und auf ihrem festen Vorsatz, mit Rechtlichkeit und Schnelligkeit alle internationalen Angelegenheiten zu behandeln. || Der Handelsvertrag, der mit der Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier vereinbart ist, wird seitens der Versammlung der Gegenstand sorgfältigster Prüfung sein. || Die Vertreter der Nation wünschen sich Glück, dass die Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten eine befriedigende Lösung gefunden haben, die von dem Geist der Gerechtigkeit und der gegenseitigen Achtung diktiert ist und würdig zweier Völker, die bestimmt sind, sich auf dem gemeinsamen Pfade des Fortschrittes und der Freiheit zu vereinigen. || Diese Kammer wünscht lebhaft, dass die Regelung der schwebenden Angelegenheiten die glücklich wieder angeknüpften Beziehungen mit dem heiligen Stuhle befestige und enger knüpfe. Das liegt vor allem im Interesse des beiderseitigen Vortheils in Rücksicht auf die Rechte der Kirche wie des Staates. || Das Repräsentativ-System hat seine eigenen und unumgänglichen Bedingungen, welche die Versammlung bei Prüfung der von der Regierung angekündigten Vorlagen trachten wird in dem Fundamentalgesetze des Staates fest zu begründen, indem sie zu geeigneter Zeit unsere politische und administrative Gesetzgebung in Einklang bringt mit jenen der constitutionellen Monarchie eigenthümlichen Bedingungen. || Die Versammlung der Deputirten, die mit Ew. Majestät die schwierige Lage der Finanzen beklagt, wird mit dem sorgfältigsten Eifer alle Maassregeln prüfen, welche die Regierung ihren Berathungen unterbreiten wird, um möglichst den Uebeln abzuhelpen, die herbeigeführt sind durch so tiefgehende und lange Störungen in Folge der in beiden Welttheilen geführten Kriege. || Eine schwierige Aufgabe wird es sein, das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Landes herzustellen, ohne seine Gläubiger zu benachtheiligen oder seine produktiven Kräfte brachzulegen; aber die Abgeordneten der Nation werden zu diesem Zwecke mitwirken mit all' der Entschiedenheit, welche ein so wichtiger Gegenstand fordert. || Einen sehr wichtigen Antheil an der Erlangung dieses Zieles und eines anderen noch höheren werden die zu treffenden Reformen bilden in Bezug auf die Gesetze, welche den intellectuellen und materiellen Fortschritt des Volkes in allen seinen Schichten bezwecken; denn die Versammlung beabsichtigt, mit besonderer Sorgfalt die Gesetzentwürfe zu prüfen, die in dieser Absicht vorbereitet werden. || Der ruchlose Aufstand, der, die Leiden des Vaterlandes sich zu Nutze machend, einen werthvollen Theil des Landes, jenseit des Oceans gelegen, aus seinem Schoosse reissen wollte, ist notorisch in Abnahme, und es ist anzunehmen, dass die Herstellung des Friedens auf

Nr. 5606.
Spanien.
17. März 1876.

der Halbinsel die letzte Hoffnung der Förderer jenes Krieges zerstören wird, der längst ausgeartet ist in blosse Zerstörung und Räuberei. Die Nation hat mit bewunderungswürdiger Ausdauer in den schwierigsten Momenten ihre Ehre und ihr auf der Antilleninsel bedrohtes Recht aufrechtzuhalten gewusst; davon geben Zeugnis die 32,000 Soldaten, durch die das cubanische Heer in dem kurzen Zeitraum, seit Ew. Majestät glücklich den Thron Ihrer Väter bestiegen hat, verstärkt worden ist. || Die 76,000 Sklaven, die ungeachtet jenes traurigen Krieges in Freiheit gesetzt worden sind, zeigen der Welt, dass die Nation, welche Amerika die Fackel der christlichen Civilisation brachte, keinen ihrer Fortschritte ihren überseeischen Provinzen vorenthalten will.

Sire, nach einer Reihe von Umwälzungen und unglücklichen Ereignissen, welche die Versammlung, folgend dem erhabenen Wort Ew. Majestät und indem sie den allgemeinen Gefühlen des Landes treuen Ausdruck giebt, auch ihrerseits dem unparteiischen Urtheil der Geschichte überlässt, ist es uns heute vergönnt, mit Freude die Wiederherstellung der constitutionellen Monarchie zu sehen. || Umgeben von den Vertretern aller Mächte und souveränen Gewalten, die das Concert der Nationen bilden, Symbol der Ordnung gegenüber der Anarchie, der Freiheit gegenüber dem Despotismus, gekräftigt schon dadurch, dass sie den über Alles ersehnten Frieden wiedergebracht hat, verlangt die spanische Monarchie von Niemandem, dass er seinen doctrinären Wünschen entsage; vielmehr fordert sie die Mitwirkung Aller bei dem schwierigen und umfangreichen Werke der Wiederherstellung des Vaterlandes. || Frühere Regierungen machten edle Anstrengungen, um eine der schwierigsten Krisen unserer Geschichte zu überwinden; Ew. Majestät hat mit noch verstärkten Mühen das Glück und den Ruhm gehabt, dies erreicht zu haben. Wohlthaten von solcher Grösse verbinden mit starken Banden den König und die Nation und flössen ihnen die Zuversicht ein, in der Zukunft alle Hindernisse zu beseitigen, welche die öffentliche Wohlfahrt bedrohen könnten. || Möge der Himmel Ew. Majestät zu diesem Zwecke eine so glückliche und lange Regierung verleihen, wie es für diese unglückliche Nation nöthig ist, um ihre Wunden zu heilen, ihre Kräfte wiederzuerlangen und in ihrer Entwicklung, indem sie sich dem fruchtbaren Werke des Friedens widmet, fortzuschreiten!

Nr. 5607.

ITALIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments
am 6. März 1876.

[Uebersetzung.]

Nr. 5607.
Italien.
6. März 1876.

Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten! Das Jahr, das verflossen ist, seit ich mich in Ihrer Mitte befand, giebt uns Grund zu Zuversicht und Hoffnung. || Die inneren Zustände waren gut, die äusseren Beziehungen

vollkommen herzlich. || Die Verpflichtung, einen internationalen Vertrag mit einem befreundeten Souverain zu erfüllen, reifte bei meiner Regierung die Idee der Erwerbung der Eisenbahnen. Italien nimmt mit Muth ein sehr schweres Problem in Angriff, welches schon seit geraumer Zeit die Regierungen und die Parlamente der civilisirtesten Nationen beschäftigt. || Es wird Ihnen ein Vertrag mit Oesterreich-Ungarn vorgelegt werden und ein Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf und den Betrieb der Haupt-Bahnen des Königreiches und die Anschaffung der zur Ausführung erforderlichen Kapitalien. || Obwohl eine so grosse Neuerung manche Schwierigkeiten für den Staatsschatz herbeiführt, so hoffe ich doch, dass in dieser Session zum ersten Mal die Einnahme und Ausgabe des Jahres ohne Erhöhung der Steuern sich ausgleichen wird. || Der gute Wille, mit dem das schwierige und langsame Werk der Zollrevision im Einverständnis mit Frankreich, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn fortgesetzt wird, lässt mich glauben, dass während der Session Ihnen die neuen Handelsverträge werden vorgelegt werden können. || Es ist mein Wunsch, dass die Fehler, welche die Erfahrung ergeben hat, zum Vortheil der Finanzen verbessert werden und dass den italienischen Produkten ein weiterer und sichererer Markt eröffnet werde, heides unbeschadet der Principien des Freihandels. || Einige wichtige Gesetze über Gerichtsordnung, über den Unterricht, besonders den Volksunterricht, über Steuer- und administrative Reformen konnten in der verflossenen Session nicht beschlossen werden; ich habe meiner Regierung befohlen, sie Ihnen wieder vorzulegen, und empfehle sie Ihrer Sorgfalt. || Ich habe selbst in den Uebungslagern mit hoher Genugthuung die Fortschritte unseres Heeres wahrnehmen können. || Es ist Zeit, angelegentlicher an die Marine zu denken, welche wie das Heer die Liebe des Landes und die Sorge des Parlamentes verdient. || Mein höchster Wunsch ist, Italien das gerechte Zutrauen in seine Kräfte zu geben, das die Unabhängigkeit aufrechterhält und den Schutz der eigenen Rechte verbürgt.

Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten! Italien erhielt eine Bestätigung seiner guten internationalen Beziehungen durch den Besuch des Kaisers von Oesterreich-Ungarn und des deutschen Kaisers. Ich war hoch erfreut, sie zu empfangen. Venedig und Mailand zeigten sich als würdige Vertreter des Gefühls der Nation. In dieser Kundgebung herzlicher Freundschaft zwischen den Fürsten lag das Pfand dauernder Sympathie zwischen den Völkern. || Die Insurrection in der Herzegowina und in Bosnien gab Anlass zu Unterhandlungen zwischen den Mächten, welche die Integrität des türkischen Reiches garantirt haben. Ich habe es passend gefunden, daran Theil zu nehmen, um im Einvernehmen mit Ihnen die Ruhe im Orient herzustellen und das Schicksal der christlichen Bevölkerung zu sichern. S. M. der Sultan nahm die ihm zu diesem Zweck gemachten Vorschläge günstig auf. Ich nehme an, dass die schnelle und treue Ausführung der angekündigten Reformen dahin führen wird, jene Gegenden zu pacificiren und ihnen eine bessere Zukunft zu bereiten. || Italien wird seine Pflichten als Grossmacht erfüllen, indem es mit den befreun-

Nr. 5607. Italien.
6. März 1876. deten Regierungen zur Aufrechterhaltung des Friedens beiträgt. || Darauf bedacht, seine freien Institutionen und seine Wohlfahrt zu entwickeln, wird es seinen Einfluss so zu benutzen wissen, um sich die Achtung und das Zutrauen der civilisirten Nationen zu verschaffen.

Nr. 5608.

FRANKREICH. — Protokoll der Permanenz-Commission der Nationalversammlung vom 8. März 1876. — Uebertragung der Gewalten der Nationalversammlung.

Nr. 5608. Frankreich.
8. März 1876. Le 8 mars, à deux heures, la commission de permanence s'est réunie au lieu ordinaire de ses séances.

.....
M. le duc d'Audiffret-Pasquier, *président de l'Assemblée nationale*, déclare que la séance de la commission de permanence est terminée et donne l'ordre d'introduire le bureau provisoire du Sénat, le bureau provisoire de la Chambre des députés et le conseil des ministres.

Les bureaux provisoires des deux Chambres et le conseil des ministres sont introduits.

M. le duc d'Audiffret-Pasquier prononce l'allocution suivante:

Messieurs les sénateurs, Messieurs les députés, Messieurs les ministres!

Vous tous qui représentez ici les nouveaux pouvoirs du pays, soyez les bien venus. || Librement consultée, la France vient de donner aux décisions de l'Assemblée nationale une éclatante sanction. C'est avec cette double autorité que ces décisions s'imposent aujourd'hui à l'obéissance et au respect de tous. || La Constitution républicaine du 25 février a été, vous le savez, une oeuvre de conciliation et d'apaisement. C'est à vous qu'il appartient de la continuer et de la défendre. Serrés autour du maréchal de Mac-Mahon, vous saurez donner à notre pays un Gouvernement d'ordre et de paix. Vous saurez lui assurer le repos qu'il désire, dont il a tant besoin pour achever de réparer ses désastres et pour porter les charges qui en ont été la dure conséquence. || Comme nous, vous voudrez le rendre à vos successeurs, pacifié, prospère et libre. C'est donc avec confiance que j'ai l'honneur de vous remettre, au nom de l'Assemblée nationale, les pouvoirs souverains que la nation lui avait donnés.

(Les paroles de M. le président sont suivies de vifs applaudissements.)

M. Gauthier de Rumilly, *président du bureau provisoire du Sénat*, répond en ces termes:

Monsieur le président de l'Assemblée nationale,

Appelé à la présidence provisoire du Sénat comme doyen d'âge, je suis heureux de répondre aux vœux patriotiques et aux cordiales félicitations de bienvenue que vous nous adressez. || Le Sénat, gardien fidèle de la Constitution républicaine que l'Assemblée a votée et que la France vient de consacrer avec résolution par ses suffrages librement exprimés, veut, comme vous le voulez, assurer le respect et l'obéissance à ces lois constitutionnelles qui doivent inaugurer une ère d'apaisement, de paix, de sécurité pour tous les intérêts et de prospérité publique durable. || Le Gouvernement de M. le maréchal de Mac-Mahon, Président constitutionnel de la République légalement organisée, repose sur la base la plus solide: la sanction du pays, qui veut l'ordre, la liberté et la paix; et c'est dans ce concours bienfaisant, dans cette intime union des pouvoirs publics, du Sénat, de l'Assemblée nationale et du Gouvernement de M. le maréchal de Mac-Mahon, que la France jouira de la paix au dedans et au dehors et reprendra le rang légitime qui lui appartient. (Applaudissements prolongés.)

M. Dufaure, *garde des sceaux, vice-président du conseil des ministres*, prononce les paroles suivantes:

Nous sommes délégués par M. le Président de la République, mes collègues et moi, pour recevoir de vos mains le pouvoir exécutif, avec ses devoirs et ses prérogatives, tel qu'il lui est attribué par la Constitution républicaine du 25 février. || Nous avons mission de vous déclarer, en même temps, qu'il a l'intime confiance qu'avec l'aide de Dieu et le concours des deux Chambres, il ne l'exercera jamais que conformément aux lois, pour l'honneur et pour l'intérêt de notre grand et bien-aimé pays. (Vifs applaudissements.)

M. le président déclare que les bureaux provisoires du Sénat et de la Chambre des députés étant constitués, les pouvoirs de l'Assemblée nationale sont épuisés.

Et ont signé le procès-verbal:

Duc d'Andiffret-Pasquier.

E. Duclerc.

Martel (Pas-de-Calais).

A. Ricard.

[Folgen die Namen der übrigen Mitglieder der Commission und der beiden Bureaux.]

Nr. 5609.

FRANKREICH. — Aus der Sitzung des Senats vom 14. März 1876. —
Programm des neuen Ministeriums Dufaure.

Nr. 5609.
Frankreich.
14. März 1876.

M. Dufaure, *garde des sceaux, président du conseil*, lit, au nom du Gouvernement, la déclaration suivante*):

Messieurs les sénateurs,

Choisi par M. le Président de la République pour exercer en son nom les pouvoirs que la Constitution lui confère, nous avons attendu votre organisation définitive pour entrer en communication avec vous. || Au milieu de notre nation calme et laborieuse, un grand événement vient de s'accomplir. || Le Gouvernement républicain était fondé avec les garanties de force et de durée que donnent des lois constitutionnelles; le Président de la République était nommé, ses devoirs et ses droits étaient définis; mais les deux grandes Assemblées qui forment avec lui l'ensemble des pouvoirs publics manquaient encore à notre organisation politique. || Expression de la souveraineté nationale, le suffrage universel, sous des formes et dans des conditions diverses, mais toujours avec une égale autorité, a sanctionné par ses votes, comme par les déclarations de principes des candidats préférés, les grands résultats constitutionnels qu'après cinq années de patriotiques efforts la dernière Assemblée a laissés après elle. Le pouvoir ne peut avoir une plus haute origine dans nos sociétés humaines, et il nous est permis de vous dire que jamais gouvernement ne fut plus légitimement établi. || Dans sa proclamation du 13 janvier, M. le Président de la République traçait ainsi le programme des travaux que nous aurons à accomplir avec vous:

“Nous devons appliquer ensemble avec sincérité les lois constitutionnelles dont j'ai seul le droit, jusqu'en 1880, de provoquer la revision. Après tant d'agitations, de déchirements et de malheurs, le repos est nécessaire à notre pays, et je pense que nos institutions ne doivent pas être revisées avant d'avoir été loyalement pratiquées.” (Très-bien! très-bien! à gauche.)

Ces sages paroles, messieurs les sénateurs, seront notre règle constante. De la pratique loyale des lois constitutionnelles dépendent le repos, la grandeur, l'avenir de notre pays. || Nous serons fidèles à l'esprit à la fois libéral et conservateur qui les anime, dans les rapports que nous aurons avec vous, dans la préparation des lois que nous vous présenterons, dans chacun de nos actes, et nous exigerons que nos subordonnés à tous les degrés y soient fidèles comme nous. (Très-bien! très-bien! à gauche.) || Nous ne saurions, en effet,

*) In der Deputirtenkammer verlas der Min. d. Ausw., Duc de Decazes, die gleiche Erklärung.

admettre que le Gouvernement trouve des détracteurs parmi les agents qui ont mission de le servir. (Vif assentiment à gauche.) Rapprochés des populations, ils peuvent leur faire comprendre et apprécier le régime sous lequel elles vivent; ils seconderont nos vues en leur disant que la République, telle qu'elle est sortie des votes de l'Assemblée nationale, donne au pouvoir sa plus grande force parce qu'il est exercé au nom et dans l'intérêt de tous; qu'elle a besoin plus que toute autre forme de gouvernement de s'appuyer sur les saintes lois de la religion, de la morale et de la famille, sur la propriété inviolable et respectée, sur le travail encouragé et honoré (Très-bien! très-bien! à droite) et qu'enfin elle répugnera à ces aventures guerrières dans lesquelles les gouvernements ont trop souvent engagé l'honneur et la fortune des nations. (Applaudissements à gauche.) || Nous vous exposerons l'état du pays, avec les détails convenables, en vous présentant les lois sur lesquelles nous comptons appeler vos délibérations. || La loi de finances pour 1877 vous sera apportée sans retard: elle contiendra un tableau détaillé et complet de notre situation financière; qu'il nous suffise de vous dire que le budget vous sera présenté en équilibre, sous une forme très-simple, sans aggravation de taxes, sans demander aucun sacrifice nouveau aux contribuables, tout en assurant, dans les termes des traités passés avec la Banque de France, le remboursement de la dette que l'Etat a contractée vis-à-vis de ce grand établissement. (Approbat.) || Nos relations avec les puissances étrangères n'ont rien perdu de leur caractère amical et pacifique. || La France s'est associée aux efforts tentés pour apaiser les troubles qui agitent les provinces occidentales de la Turquie d'Europe, et nous conservons l'espoir que l'accord des grandes puissances affirmant ensemble le respect des traités et leur attachement pour la paix, portera ses fruits. || Aucune puissance n'a plus souffert que nous de la guerre civile qui désolait l'Espagne; aucune ne pouvait en envisager la fin avec une satisfaction plus vive et plus sincère. (Très-bien! très-bien! à gauche.) || Cet apaisement des esprits aux deux extrémités de l'Europe, cet ardent désir de paix, dont tous les peuples, comme tous les gouvernements, se montrent animés, favoriseront les négociations commerciales auxquelles le Gouvernement se prépare. || L'expiration très-prochaine des traités de commerce et de navigation qui nous lient aux autres puissances appelle les pouvoirs publics à fixer de nouveau le régime économique auquel seront désormais soumises nos relations commerciales avec l'étranger. || Cette question, si grave pour la préservation du travail national et le développement de la richesse publique, commande toute notre sollicitude. || Nous nous appliquerons à la résoudre de concert avec vous, en nous efforçant d'épargner à nos industries les perturbations inséparables des remaniements de tarifs, et en persévérant dans la politique de sage liberté commerciale, sous l'égide de laquelle nos transactions avec l'étranger ont pris une si large et si féconde expansion. (Approbat. à gauche.) || La reconstitution de notre état militaire s'opère peu à peu, conformément aux principes adoptés par l'Assemblée nationale et dans la mesure des ressources disponibles du Trésor. Vous aurez à déterminer les

Nr. 5609.
Frankreich.
14. März 1876.

règles qui doivent être appliquées à l'administration de l'armée et au service d'état-major. Des projets de lois spéciaux, qui n'ont pu être examinés par la dernière Assemblée, seront soumis à vos délibérations. || Les réductions que le budget de la marine a dû subir à la suite de la guerre ont eu pour résultat inévitable d'amener dans le matériel de la flotte et dans les approvisionnements des arsenaux, une dépréciation et un appauvrissement qui ne sauraient se prolonger sans péril. || D'un autre côté, les transformations successives des constructions navales ont déterminé toutes les puissances maritimes à s'imposer des charges nouvelles. La France est obligée d'entrer, à son tour, dans cette voie et d'y marcher avec autant de résolution que de prudence. Déjà le budget de 1877 tient compte de ces nécessités si vivement senties. || Le Gouvernement s'efforcera, à l'avenir, comme par le passé, de donner une sage impulsion à l'exécution des travaux publics. Il pressera l'exécution des lois que l'Assemblée nationale a votées avant de se séparer. || Deux questions ont pris dans ces derniers temps, vous le savez, un caractère politique: l'une concerne la collation des grades dans l'enseignement supérieur, l'autre tient à la composition des municipalités; nous vous en proposerons la solution, en cherchant à concilier d'importantes libertés justement réclamées avec les droits de l'Etat et les prérogatives nécessaires du pouvoir exécutif. (Très-bien! très-bien! à gauche.) || Nous n'abordons pas sans émotion, messieurs les sénateurs, cette première session de la République constitutionnelle; nous prévoyons les difficultés qu'elle peut nous offrir; nous osons espérer qu'elles seront aplanies par votre confiance dans la haute et loyale sagesse du Président, par l'accord constant des deux Chambres et par notre désir commun et passionné de voir la France se relever et grandir par la liberté, par l'ordre et par la paix. (Applaudissements répétés à gauche.)

Nr. 5610.

FRANKREICH. — Circular des Min. d. Innern, M. Ricard, an die Præfecten. — Betonung des republikanischen Standpunktes.

Paris, le 6 mai 1876.

Monsieur le préfet,

Nr. 5610.
Frankreich.
6. Mai 1876.

La Constitution votée par l'Assemblée nationale, ratifiée par les électeurs, pratiquée avec tant de loyauté et de patriotisme par M. le maréchal de Mac-Mahon, président de la République, aurait suffi dans tout autre temps pour donner à l'administration reconstituée son véritable caractère; mais les circonstances qui ont précédé ces événements, et dont l'effet ne pouvait cesser en un jour, exigent davantage. || Depuis quelques années, les hommes préposés à

la conduite des affaires du pays ont pu croire que, le régime politique n'étant pas fixé, ils pourraient, sans manquer à leurs devoirs, conserver ouvertement leurs opinions personnelles et en préparer le succès. De là des équivoques et des contradictions qui ont dérouté et blessé le sentiment public. Il est donc nécessaire de faire cesser des doutes injurieux pour le Gouvernement, de faire tomber des défiances que le passé peut justifier et de ruiner dans l'esprit des partis des espérances désormais factieuses. C'est pourquoi vous devrez, si vous ne l'avez point fait encore, déclarer nettement qui vous êtes. Vous êtes le représentant de la République dans votre département; vous êtes appelé à coopérer à une oeuvre de conciliation et d'apaisement que vous poursuivrez avec une inaltérable constance sur le terrain administratif, mais qui, dans le domaine politique, ne doit se prêter à aucune équivoque ni à aucune complaisance. || Le régime constitutionnel a des règles propres auxquelles, dans un autre ordre d'idées, vous devrez conformer votre conduite. L'harmonie des pouvoirs organisés, si nécessaire à l'oeuvre commune, exige dans leurs rapports respectifs une déférence et des égards mutuels. Vous ne méconnaitrez pas cette obligation dans vos relations avec les conseils électifs qui fonctionnent près de vous. Même dans les régions où vous êtes placé, on s'est cru parfois autorisé, pour des divergences d'opinions politiques, à manquer à ces devoirs envers des élus du pays. C'est un tort, et ce tort s'aggrave en raison de votre responsabilité, parce qu'il occasionne presque toujours des difficultés dans la conduite des affaires. || Sans insister davantage sur ces devoirs de courtoisie que nos moeurs démocratiques seules rendraient si naturels, le moyen d'entretenir avec les corps délibérants les relations qui conviennent est de respecter scrupuleusement les attributions de chacun. Ce devoir est et deviendra pour nous, à mesure que nous avancerons dans la voie libérale, à la fois plus impérieux et plus difficile: car il exige de la part du gouvernement et de l'administration une sorte de désintéressement et en même temps une vigilance attentive. Les libertés rendues aux conseils locaux sont en quelque sorte détachées de l'ensemble des attributions qui avaient été concentrées entre les mains de l'administration. Nous devons faciliter au pays la reprise de possession de ses propres affaires, et en même temps veiller à maintenir au pouvoir central la part qu'il importe au bien de l'Etat de lui réserver. || La disposition aux empiétements est naturelle dans les corps constitués qui ne sont émancipés que d'hier. Votre devoir est d'y résister, mais en vous défendant de cette préoccupation jalouse qui fait naître les conflits et les envenime. || Ainsi, l'administration, déposant une charge excessive, contribuera à transformer l'Etat sans l'affaiblir. Elle a été, depuis des siècles, et elle restera une des grandes forces du pays; mais il faut que cette force, se pliant à un usage nouveau, habitue la nation à se servir sans péril pour sa prospérité et pour sa puissance, des libertés qu'elle a conquises. || Vous êtes l'intermédiaire naturel entre les citoyens et le pouvoir central. Le devoir de bienveillance et d'impartialité que ce rôle vous impose vous sera facile, si vous considérez

Nr. 5610.
Frankreich.
6. Mai 1876.

que la République exclut, dans le gouvernement, toute idée de parti. || Vous, monsieur le préfet, vous représentez un Gouvernement qui n'est ni celui d'une classe particulière de citoyens, ni celui d'une secte; aussi n'est-il pas à craindre que l'esprit de parti guide votre conduite envers les hommes ou dicte vos décisions dans les affaires. De même, dans l'exercice des pouvoirs qui vous appartiennent, pour remplir votre mission d'ordre et de sécurité sociale, vous ne chercherez pas des prétextes pour sacrifier légèrement les droits individuels, d'autant plus sacrés qu'ils sont les droits des faibles. || La République ne méritera la reconnaissance du pays qu'à la condition de mettre fin à nos divisions, de satisfaire les grands intérêts créés chaque jour au sein d'une société industrielle; de faire enfin que la France apaisée, rassurée, protégée sans contrainte, jouisse du bonheur réservé aux nations libres, bonheur qui consiste à se sentir vivre et à concevoir d'elles-mêmes une légitime fierté. || Vous êtes, monsieur le préfet, un des instruments de cette grande oeuvre. Le gouvernement compte sur vous pour faire sentir, dans votre département, les bienfaits de notre régime politique si noble en sa simplicité. Vous êtes aussi, pour une grande part, responsable du sort des populations que vous administrez; et, lorsque j'évoque par la pensée le résultat que j'attends de vos efforts et de ceux de vos collègues, je crois pouvoir affirmer que telle sera votre action, tel sera aussi le jugement que porteront sur la République les nations qui nous observent. || Recevez, monsieur le préfet, l'assurance de ma considération très distinguée.

Le ministre de l'intérieur,
A. Ricard.

Türkische Krisis*).

Nr. 5611.

RUSSLAND. — Memorandum des Grafen Nesselrode für die englische Regierung, begründet auf Mittheilungen des Kaisers Nicolaus nach seinem Besuche in England im Juni 1844.

La Russie et l'Angleterre sont mutuellement pénétrées de la conviction qu'il est de leur intérêt commun que la Porte Ottomane se maintienne dans l'état d'indépendance et de possession territoriale dont se compose actuellement cet Empire, cette combinaison politique étant celle qui se concilie le mieux avec l'intérêt général de la conservation de la paix. || D'accord sur ce principe, la Russie et l'Angleterre ont un égal intérêt à unir leurs efforts pour raffermir l'existence de l'Empire Ottoman, et pour écarter les dangers qui peuvent compromettre sa sécurité. || Dans ce but l'essentiel est de laisser la Porte vivre en repos, sans l'agiter inutilement par des tracasseries diplomatiques, et sans s'ingérer, sans une nécessité absolue, dans ses affaires intérieures. || Pour mettre ce système de ménagement sagement en pratique dans l'intérêt bien entendu de la Porte, il ne faut pas perdre de vue deux choses. Les voici: || D'abord la Porte a une tendance constante à s'affranchir des engagements que lui imposent les Traités qu'elle a conclus avec les autres Puissances. Elle espère le faire impunément, parcequ'elle compte sur la jalousie mutuelle des Cabinets. Elle croit que si elle manque à ses engagements envers l'un d'eux, les autres épouseront sa querelle et la mettront à l'abri de toute responsabilité. || Il est essentiel de ne pas confirmer la Porte dans cette illusion. Chaque fois qu'elle manque à ses obligations envers l'une des Grandes Pui-

Nr. 5611.
Russland.
Sommer 1844.

*. Wir schicken den Actenstücken über die neueste Phase der orientalischen Frage einleitend unter Nr. 5611—5620 einige höchst interessante Documente aus älterer Zeit über die Stellung Russlands und Englands zu dieser Frage voraus.

Nr. 5611.
 Russland.
 Sommer 1844.

sances, il est de l'intérêt de toutes les autres de lui faire sentir son tort et de l'exhorter sérieusement à faire droit au Cabinet qui demande une juste réparation. || Dès que la Porte ne se verra pas soutenue par les autres Cabinets, elle cédera, et les différends survenus s'applaniront dans les voies de la conciliation, sans qu'il en résulte un conflit. || Il est une seconde cause de complication inhérente à la situation de la Porte: c'est la difficulté qu'il y a de mettre d'accord entr'eux le respect dû à l'autorité souveraine du Sultan fondée sur la loi Musulmane, avec les ménagemens que réclament les intérêts des populations Chrétiennes de cet Empire. || Cette difficulté est réelle. Dans la situation actuelle des esprits en Europe, les Cabinets ne sauraient voir avec indifférence que les populations Chrétiennes en Turquie soient soumises à des actes flagrants de vexation et d'intolérance religieuse. || Il faut sans cesse faire sentir cette vérité aux Ministres Ottomans, et les persuader qu'ils ne peuvent compter sur l'amitié et sur l'appui des Grandes Puissances qu'à condition qu'ils traitent les sujets Chrétiens de la Porte avec tolérance et avec douceur. || En insistant sur cette vérité les Représentants Etrangers devront, d'une autre part, user de toute leur influence pour maintenir les sujets Chrétiens de la Porte dans la soumission envers l'autorité souveraine. || Guidés par ces principes les Représentants Etrangers devront agir entre eux dans un parfait esprit de concorde. S'ils élèvent des remontrances auprès de la Porte, elles devront être empreintes d'un caractère véritable d'unanimité, sans porter celui d'une prépotence exclusive. || En persistant dans ce système avec calme et modération, les Représentants des Grands Cabinets de l'Europe auront la meilleure chance de réussir dans leurs démarches, sans provoquer des complications compromettantes pour le repos de l'Empire Ottoman. Si toutes les Grandes Puissances adoptent franchement cette ligne de conduite, elles auront un espoir fondé de conserver l'existence de la Turquie. || Cependant on ne saurait se dissimuler combien cet Empire renferme d'éléments de dissolution. Des circonstances imprévues peuvent hâter sa chute sans qu'il soit au pouvoir des Cabinets amis de la prévenir. || Comme il n'est pas donné à la prévoyance humaine d'arrêter d'avance un plan d'action pour tel ou tel cas inattendu, il serait prématuré de mettre en délibération des éventualités qui peuvent ne pas se réaliser. || Dans l'incertitude qui plane sur l'avenir, une seule idée fondamentale semble d'une application vraiment pratique, c'est que le danger qui pourra résulter d'une catastrophe en Turquie sera diminuée de beaucoup si, le cas échéant, la Russie et l'Angleterre s'entendent sur la marche qu'elles auront à adopter en commun. || Cette entente sera d'autant plus salutaire qu'elle rencontrera l'assentiment complet de l'Autriche. Entr'elle et la Russie il subsiste déjà une parfaite conformité de principes relativement aux affaires de Turquie, dans un intérêt commun de conservation et de paix. || Pour rendre leur union plus efficace, il ne resterait à désirer que de voir l'Angleterre s'y associer dans le même but. || La raison qui conseille l'établissement de cet accord est fort simple. || Sur terre la Russie exerce envers la Turquie une

action prépondérante. || Sur mer l'Angleterre occupe la même position. || Isolée, l'action de ces deux Puissances pourrait faire beaucoup de mal. Combinée, elle pourra produire un bien réel; de là l'utilité de s'entendre préalablement avant d'agir. || Cette idée a été arrêtée en principe pendant le dernier séjour de l'Empereur à Londres. Il en est résulté l'engagement éventuel que, s'il arrivait quelque chose d'imprévu en Turquie, la Russie et l'Angleterre se concerteraient préalablement entr'elles sur ce qu'elles auraient à faire en commun. || Le but dans lequel la Russie et l'Angleterre auront à s'entendre peut se formuler de la manière suivante: || 1. Chercher à maintenir l'existence de l'Empire Ottoman dans son état actuel, aussi longtems que cette combinaison politique sera possible. || 2. Si nous prévoyons qu'il doit crouler, se concerter préalablement sur tout ce qui concerne l'établissement d'un nouvel ordre de choses, destiné à remplacer celui qui existe aujourd'hui, et veiller en commun à ce que le changement survenu dans la situation intérieure de cet Empire ne puisse porter atteinte ni à la sûreté de leurs propres Etats et aux droits que les Traités leur assurent respectivement, ni au maintien de l'équilibre Européen. || Dans ce but, ainsi formulé, la politique de la Russie et de l'Autriche, comme nous l'avons déjà dit, se trouve étroitement liée par le principe d'une parfaite solidarité. Si l'Angleterre, comme principale Puissance maritime, agit d'accord avec elles, il est à penser que la France se trouvera dans la nécessité de se conformer à la marche concertée entre St.-Petersbourg, Londres et Vienne. || Le conflit entre les Grandes Puissances se trouvant ainsi écarté, il est à espérer que la paix de l'Europe pourra être maintenue, même au milieu de circonstances si graves. C'est à assurer cet objet d'un intérêt commun que devra être consacrée l'entente préalable que la Russie et l'Angleterre établiront entre elles, le cas échéant, ainsi que l'Empereur en est convenu avec les Ministres de Sa Majesté Britannique pendant son séjour en Angleterre.

Nr. 5611.
Russland.
Sommer 1844.

Nr. 5612.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg (Sir G. H. Seymour) an den königl. Min. d. Ausw. (Lord John Russell). — Aeusserung des Kaiser Nicolaus über „den kranken Mann“ im Orient.

(Secret and Confidential)

St.-Petersburgh, January 11, 1853.

My Lord, — On the evening of the 9th instant I had the honour of seeing the Emperor at the palace of the Grand Duchess Helen, who, it appeared, had kindly requested permission to invite Lady Seymour and myself to meet the Imperial family. || The Emperor came up to me, in the most gra-

Nr. 5612.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1853.

Nr. 5612.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1853.

cious manner, to say that he had heard with great pleasure of His Majesty's Government having been definitively formed, adding that he trusted the Ministry would be of long duration. || His Imperial Majesty desired me particularly to convey this assurance to the Earl of Aberdeen, with whom, he said, he had been acquainted for nearly forty years, and for whom he entertained equal regard and esteem. His Majesty desired to be brought to the kind recollection of his Lordship. You know my feelings, the Emperor said, with regard to England. What I have told you before I say again: it was intended that the two countries should be upon terms of close amity; and I feel sure that this will continue to be the case. You have now been a certain time here, and, as you have seen, there have been very few points upon which we have disagreed; our interests, in fact, are upon almost all questions the same. || I observed, that I really was not aware that since I had been at St.-Petersburgh there had been any actual disagreements whatever between us, except with regard to Louis Napoleon's No. III, — a point, respecting which each Government had its own opinion (*manière de voir*), but a point which, after all, was very immaterial. || The No. III, the Emperor replied, would involve a long explanation; I will, therefore, not touch upon the subject at present; I should be glad, however, that you should hear what I have to say upon the question, and will beg of you to call upon me some morning when I am a little free from engagements. || I, of course, requested that His Majesty would be good enough to lay his orders upon me. || In the meantime, the Emperor went on to say: I repeat that it is very essential that the two Governments — that is, that the English Government and I, and I and the English Government — should be upon the best terms; and the necessity was never greater than at present. I beg you to convey these words to Lord John Russell. When we are agreed (*d'accord*), I am quite without anxiety as to the west of Europe; it is immaterial what the others may think or do. As to Turkey, that is another question: that country is in a critical state, and may give us all a great deal of trouble. And now I will take my leave of you, which His Majesty proceeded to do by shaking hands with me very graciously. || It instantly occurred to me that the conversation was incomplete and might never be renewed, and, as the Emperor still held my hand, I said, Sir, with your gracious permission, I would desire to take a great liberty. Certainly, His Majesty replied; what is it — let me hear. || Sir, I observed, your Majesty has been good enough to charge me with general assurances as to the identity of views between the two Cabinets, which assuredly have given me the greatest pleasure, and will be received with equal satisfaction in England; but I should be particularly glad that your Majesty should add a few words which may tend to calm the anxiety with regard to the affairs of Turkey, which passing events are so calculated to excite on the part of Her Majesty's Government; perhaps you will be pleased to charge me with some additional assurances of this kind. || The Emperor's words and manner, although

still very kind, showed that His Majesty had no intention of speaking to me of the demonstration which he is about to make in the South. He said, however, at first with a little hesitation, but, as he proceeded, in an open and unhesitating manner: The affairs of Turkey are in a very disorganized condition; the country itself seems to be falling to pieces (menace ruine): the fall will be a great misfortune, and it is very important that England and Russia should come to a perfectly good understanding upon these affairs, and that neither should take any decisive step of which the other is not apprised. || I observed in a few words, that I rejoiced to hear that His Imperial Majesty held this language; that this was certainly the view I took of the manner in which Turkish questions are to be treated. | "Tenez", the Emperor said, as if proceeding with his remark, "tenez; nous avons sur les bras un homme malade — un homme gravement malade; ce sera, je vous le dis franchement, un grand malheur si, un de ces jours, il devait nous échapper, surtout avant que toutes les dispositions nécessaires fussent prises. Mais enfin ce n'est point le moment de vous parler de cela." || It was clear that the Emperor did not intend to prolong the conversation; I therefore said: "Votre Majesté est si gracieuse qu'elle me permettra de lui faire encore une observation. Votre Majesté dit que l'homme est malade; c'est bien vrai; mais votre Majesté daignera m'excuser si je lui fais observer, que c'est à l'homme généreux et fort de ménager l'homme malade et faible." || The Emperor then took leave of me in a manner which conveyed the impression of my having at least not given offence, and again expressed his intention of sending for me on some future day. | Whether the intention will be acted upon, is not to me so certain. It may be right that I should state to your Lordship that I propose giving Count Nesselrode an account of my conversation with his Imperial master. || I am convinced that the Chancellor is invariably favourable to measures of moderation, and as far as lies in his power, to English views. His desire, then, to act in harmony with Her Majesty's Government cannot but be strengthened by learning the cordial declarations which the Emperor has made to me upon the subject. || Upon reading over my despatch, I am convinced that the conversation, although abridged, has been faithfully reported; the only point of any interest which I am aware of not having touched upon being, that the Emperor observed that the last accounts from Constantinople were more satisfactory, the Turks appearing to be more reasonable, although by what process they had become so had not been made apparent. || I will only observe that we have every interest in its being understood that no decision should be taken in the affairs of Turkey, without concert with Her Majesty's Government, by a Sovereign who can dispose of several hundred thousand bayonets. || Would the understanding be acted upon? — that indeed may well be doubted, and the rather as the Emperor's assurances are a little contradicted by the measures to which it has been my duty to call your Lordship's attention. || Still His Imperial Majesty's words appear to me to

Nr. 5612.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1853.

Nr. 5612.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1853.

possess considerable value, and certainly they offer me at this moment an advantage of which I shall not be backward in availing myself. || Your Lordship will pardon me if I remark that, after reflecting attentively upon my conversation with the Emperor, it appears to me that this, and any overture of the kind which may be made, tends to establish a dilemma by which it is very desirable that Her Majesty's Government should not allow themselves to be fettered. The dilemma seems to be this: — if Her Majesty's Government do not come to an understanding with Russia as to what is to happen in the event of the sudden downfall of Turkey, they will have the less reason for complaining, if results displeasing to England should be prepared. If, on the contrary, Her Majesty's Government should enter into the consideration of such eventualities, they make themselves in some degree consenting parties to a catastrophe which they have so much interest in warding off as long as possible. || The sum is probably this, that England has to desire a close concert with Russia, with a view to preventing the downfall of Turkey — while Russia would be well pleased that the concert should apply to the events by which this downfall is to be followed. || I have, &c.

G. H. Seymour.

P.S. — Since this despatch was written, I have heard from the Austrian Minister, that the Emperor has spoken to him of the conversation which he had held with me. I told Sir Hamilton Seymour, His Majesty said, that the new Ministry appears to me to be strong, and that I am anxious for its duration — although to say the truth, as regards England, I have learned that it is the country with which we must be allied. We must not lean to this or that party.

G. H. S.

Nr. 5613.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Kaiser Nicolaus sucht eine Verständigung mit England für den Todesfall „des kranken Mannes“.

(Secret and Confidential)

St.-Petersburgh, January 22, 1853.

Nr. 5613.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1853.

My Lord, — On the 14th instant, in consequence of a summons which I received from the Chancellor, I waited upon the Emperor, and had the honour of holding with His Imperial Majesty the very interesting conversation of which it will be my duty to offer your Lordship an account, which, if imperfect, will, at all events, not be incorrect. || I found His Majesty alone; he received me with great kindness, saying, that I had appeared desirous to speak to him

upon Eastern affairs; that, on his side, there was no indisposition to do so, but that he must begin at a remote period. || You know, His Majesty said, the dreams and plans in which the Empress Catherine was in the habit of indulging; these were handed down to our time; but while I inherit immense territorial possessions, I did not inherit those visions, those intentions, if you like to call them so. On the contrary, my country is so vast, so happily circumstanced in every way, that it would be unreasonable in me to desire more territory or more power than I possess; on the contrary, I am the first to tell you that our great, perhaps our only danger, is that which would arise from an extension given to an Empire already too large. || Close to us lies Turkey, and in our present condition, nothing better for our interests can be desired; the times have gone by when we had anything to fear from the fanatical spirit or the military enterprise of the Turks, and yet the country is strong enough, or has hitherto been strong enough, to preserve its independence and to insure respectful treatment from other countries. || Well, in that Empire there are several millions of Christians whose interests I am called upon to watch over (*surveiller*), while the right of doing so is secured to me by Treaty. I may truly say that I make a moderate and sparing use of my right, and I will freely confess that it is one which is attended with obligations occasionally very inconvenient; but I cannot recede from the discharge of a distinct duty. Our religion, as established in this country, came to us from the East, and there are feelings, as well as obligations, which never must be lost sight of. || Now Turkey, in the condition which I have described, has by degrees fallen into such a state of decrepitude that, as I told you the other night, eager as we all are for the prolonged existence of the man (and that I am as desirous as you can be for the continuance of his life, I beg you to believe), he may suddenly die upon our hands (*nous rester sur les bras*); we cannot resuscitate what is dead; if the Turkish Empire falls, it falls to rise no more; and I put it to you, therefore, whether it is not better to be provided beforehand for a contingency, than to incur the chaos, confusion, and the certainty of an European war, all of which must attend the catastrophe if it should occur unexpectedly, and before some ulterior system has been sketched; this is the point to which I am desirous that you should call the attention of your Government. || Sir, I replied, your Majesty is so frank with me, that I am sure you will have the goodness to permit me to speak with the same openness. I would then observe, that deplorable as is the condition of Turkey, it is a country which has long been plunged in difficulties supposed by many to be insurmountable. || With regard to contingent arrangements, Her Majesty's Government, as your Majesty is well aware, objects, as a general rule, to taking engagements upon possible eventualities, and would, perhaps, be particularly disinclined to doing so in this instance. If I may be allowed to say so, a great disinclination (*répugnance*) might be expected in England, to disposing by anticipation (*d'escompter*) of the succession of an old friend and ally. ||

Nr. 5613.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1853.

Nr. 5613. The rule is a good one, the Emperor replied, good at all times, especially
 Gross- in times of uncertainty and change, like the present; still it is of the greatest
 britannien. importance that we should understand one another, and not allow events to
 22. Jan. 1853. take us by surprise; "maintenant je désire vous parler en ami et en *gentleman*;
 si nous arrivons à nous entendre sur cette affaire, l'Angleterre et moi, pour
 le reste, peu m'importe; il m'est indifférent ce que font ou pensent les autres.
 Usant donc de franchise, je vous dis nettement, que si l'Angleterre songe à
 s'établir un de ces jours à Constantinople, je ne le permettrai pas; je ne vous
 prête point ces intentions, mais il vaut mieux dans ces occasions parler claire-
 ment; de mon côté, je suis également disposé de prendre l'engagement de ne
 pas m'y établir, en propriétaire, il s'entend, car en dépositaire je ne dis pas;
 il pourrait se faire que les circonstances me misent dans le cas d'occuper Con-
 stantinople, si rien ne se trouve prévu, si l'on doit tout laisser aller au ha-
 zard." || I thanked His Majesty for the frankness of his declarations, and for
 the desire which he had expressed of acting cordially and openly with Her
 Majesty's Government, observing at the same time, that such an understanding
 appeared the best security against the sudden danger to which His Majesty
 had alluded. I added that, although unprepared to give a decided opinion
 upon questions of such magnitude and delicacy, it appeared to me possible
 that some such arrangement might be made between Her Majesty's Govern-
 ment and His Majesty, as might guard, if not for, at least against, certain
 contingencies. || To render my meaning more clear I said further: I can only
 repeat, Sir, that in my opinion, Her Majesty's Government will be indisposed
 to make certain arrangements connected with the downfall of Turkey; but it
 is possible that they may be ready to pledge themselves against certain arran-
 gements which might, in that event, be attempted. || His Imperial Majesty then
 alluded to a conversation which he had held, the last time he was in England,
 with the Duke of Wellington, and to the motives which had compelled him to
 open himself to his Grace; then, as now, His Majesty was, he said, eager to
 provide against events which, in the absence of any concert, might compel
 him to act in a manner opposed to the views of Her Majesty's Government. ||
 The conversation passed to the events of the day, when the Emperor briefly
 recapitulated his claims upon the Holy Places, claims recognised by the Firman
 of last February and confirmed by a sanction to which His Majesty said he
 attached much more importance — the word of a Sovereign. || The execution
 of promises so made and so ratified, the Emperor said he must insist upon,
 but was willing to believe that his object would be attained by negotiation,
 the last advices from Constantinople being rather more satisfactory. || I ex-
 pressed my belief that negotiation, followed, as I supposed it had been, by
 the threats of military measures, would be found sufficient to secure a com-
 pliance with the just demands of Russia. I added, that I desired to state to
 His Majesty what I had previously read from a written paper to his Minister,
 viz., that what I feared for Turkey were not the intentions of His Majesty;

but the actual result of the measures which appeared to be in contemplation. That I would repeat, that two consequences might be anticipated from the appearance of an Imperial army on the frontiers of Turkey, — the one the counter-demonstration which might be provoked on the part of France; the other, and the more serious, the rising, on the part of the Christian population, against the Sultan's authority, already so much weakened by revolts, and by a severe financial crisis. || The Emperor assured me that no movement of his forces had yet taken place (n'ont pas bougé), and expressed his hope that no advance would be required. || With regard to a French expedition to the Sultan's dominions, His Majesty intimated that such a step would bring affairs to an immediate crisis; that a sense of honour would compel him to send his forces into Turkey without delay or hesitation; that if the result of such an advance should prove to be the overthrow of the Great Turk (le Grand Turc), he should regret the event, but should feel that he had acted as he was compelled to do. || To the above report I have only, I think, to add, that the Emperor desired to leave it to my discretion to communicate or not to his Minister the particulars of our conversation; and that before I left the room, His Imperial Majesty said, You will report what has passed between us to the Queen's Government, and you will say that I shall be ready to receive any communication which it may be their wish to make to me upon the subject. || The other topics touched upon by the Emperor are mentioned in another despatch. With regard to the extremely important overture to which this report relates, I will only observe, that as it is my duty to record impressions, as well as facts and statements, I am bound to say, that if words, tone and manner offer any criterion by which intentions are to be judged, the Emperor is prepared to act with perfect fairness and openness towards Her Majesty's Government. His Majesty has, no doubt, his own objects in view; and he is, in my opinion, too strong a believer in the imminence of dangers in Turkey. I am, however, impressed with the belief, that in carrying out those objects as in guarding against those dangers, His Majesty is sincerely desirous of acting in harmony with Her Majesty's Government. || I would now submit to your Lordship that this overture cannot with propriety pass unnoticed by Her Majesty's Government. || It has been on a first occasion glanced at, and on a second distinctly made by the Emperor himself to the Queen's Minister at his Court, whilst the conversation held some years ago with the Duke of Wellington proves that the object in view is one which has long occupied the thoughts of His Imperial Majesty, || If, then, the proposal were to remain unanswered, a decided advantage would be secured to the Imperial Cabinet, which, in the event of some great catastrophe taking place in Turkey, would be able to point to proposals made to England, and which, not having been responded to, left the Emperor at liberty, or placed him under the necessity, of following his own line of policy in the East. || Again, I would remark that the anxiety expressed by the Emperor, even looking to his own interests, for an

Nr. 5613.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1853.

Nr. 5613.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1853.

extension of the days "of the dying man," appears to me to justify Her Majesty's Government in proposing to His Imperial Majesty to unite with England in the adoption of such measures as may lead to prop up the falling authority of the Sultan. || Lastly, I would observe that even if the Emperor should be found disinclined to lend himself to such a course of policy as might arrest the downfall of Turkey, his declarations to me pledge him to be ready to take beforehand, in concert with Her Majesty's Government, such precautions as may possibly prevent the fatal crisis being followed by a scramble for the rich inheritance which would remain to be disposed of. || A noble triumph would be obtained by the civilization of the nineteenth century, if the void left by the extinction of Mahomedan rule in Europe could be filled up without an interruption of the general peace, in consequence of the precautions adopted by the two principal Governments the most interested in the destinies of Turkey. || I have, &c.

G. H. Seymour.

Nr. 5614.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — England lehnt ein Uebereinkommen für den Fall des fraglichen Ereignisses ab.

(Secret and Confidential.)

Foreign Office, February 9, 1853.

Nr. 5614.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1853.

Sir, — I have received, and laid before the Queen, your secret and confidential despatch of the 22nd of January. || Her Majesty, upon this as upon former occasions, is happy to acknowledge the moderation, the frankness and the friendly disposition of His Imperial Majesty. || Her Majesty has directed me to reply in the same spirit of temperate, candid and amicable discussion. || The question raised by His Imperial Majesty is a very serious one. It is supposing the contingency of the dissolution of the Turkish Empire to be probable, or even imminent, whether it is not better to be provided beforehand for a contingency, than to incur the chaos, confusion and the certainty of an European war, all of which must attend the catastrophe, if it should occur unexpectedly, and before some ulterior system has been sketched; this is the point, said His Imperial Majesty, to which I am desirous that you should call the attention of your Government. || In considering this grave question, the first reflection which occurs to Her Majesty's Government is that no actual crisis has occurred which renders necessary a solution of this vast European problem. Disputes have arisen respecting the Holy Places; but these are without the sphere of the internal government of Turkey, and concern Russia and France rather than the Sublime Porte. Some disturbance of the relations between

Austria and the Porte has been caused by the Turkish attack on Montenegro; but this, again, relates rather to dangers affecting the frontier of Austria than the authority and safety of the Sultan; so that there is no sufficient cause for intimating to the Sultan that he cannot keep peace at home, or preserve friendly relations with his neighbours. || It occurs further to Her Majesty's Government to remark, that the event which is contemplated is not definitely fixed in point of time. When William the Third and Louis the Fourteenth disposed, by treaty, of the succession of Charles the Second of Spain, they were providing for an event which could not be far off. The infirmities of the Sovereign of Spain, and the certain end of any human life, made the contingency in prospect both sure and near. The death of the Spanish King was in no way hastened by the Treaty of Partition. The same thing may be said of the provision, made in the last century, for the disposal of Tuscany upon the decease of the last prince of the house of Medici. But the contingency of the dissolution of the Ottoman Empire is of another kind. It may happen twenty, fifty, or a hundred years hence. || In these circumstances it would hardly be consistent with the friendly feelings towards the Sultan which animate the Emperor of Russia, no less than the Queen of Great Britain, to dispose beforehand of the provinces under his dominion. Besides this consideration, however, it must be observed, that an agreement made in such a case tends very surely to hasten the contingency for which it is intended to provide. Austria and France could not, in fairness, be kept in ignorance of the transaction, nor would such concealment be consistent with the end of preventing an European war. Indeed, such concealment cannot be intended by His Imperial Majesty. It is to be inferred that, as soon as Great Britain and Russia should have agreed on the course to be pursued, and have determined to enforce it, they should communicate their intentions to the Great Powers of Europe. An agreement thus made, and thus communicated, would not be very long a secret; and while it would alarm and alienate the Sultan, the knowledge of its existence would stimulate all his enemies to increased violence and more obstinate conflict. They would fight with the conviction that they must ultimately triumph; while the Sultan's generals and troops would feel that no immediate success could save their cause from final overthrow. Thus would be produced and strengthened that very anarchy which is now feared, and the foresight of the friends of the patient would prove the cause of his death. || Her Majesty's Government need scarcely enlarge on the dangers attendant on the execution of any similar Convention. The example of the Succession War is enough to show how little such agreements are respected when a pressing temptation urges their violation. The position of the Emperor of Russia as depositary, but not proprietor, of Constantinople, would be exposed to numberless hazards, both from the long-cherished ambition of his own nation, and the jealousies of Europe. The ultimate proprietor, whoever he might be, would hardly be satisfied with the inert, supine attitude of the heirs

Nr. 5614.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1853.

Nr. 5614.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1853.

of Mahomet the Second. A great influence on the affairs of Europe seems naturally to belong to the Sovereign of Constantinople, holding the gates of the Mediterranean and the Black Sea. || That influence might be used in favour of Russia; it might be used to control and curb her power. || His Imperial Majesty has justly and wisely said: My country is so vast, so happily circumstanced in every way, that it would be unreasonable in me to desire more territory or more power than I possess. On the contrary, he observed, our great, perhaps our only danger, is that which would arise from an extension given to an Empire already too large. A vigorous and ambitious State, replacing the Sublime Porte, might, however, render war on the part of Russia a necessity for the Emperor or his successors. || Thus European conflict would arise from the very means taken to prevent it; for neither England nor France, nor probably Austria, would be content to see Constantinople permanently in the hands of Russia. || On the part of Great Britain, Her Majesty's Government at once declare that they renounce all intention or wish to hold Constantinople. His Imperial Majesty may be quite secure upon this head. They are likewise ready to give an assurance that they will enter into no agreement to provide for the contingency of the fall of Turkey without previous communication with the Emperor of Russia. || Upon the whole, then, Her Majesty's Government are persuaded that no course of policy can be adopted more wise, more disinterested, more beneficial to Europe than that which His Imperial Majesty has so long followed, and which will render his name more illustrious than that of the most famous Sovereigns who have sought immortality by unprovoked conquest and ephemeral glory. || With a view to the success of this policy it is desirable that the utmost forbearance should be manifested towards Turkey; that any demands which the Great Powers of Europe may have to make, should be made matter of friendly negotiation rather than of peremptory demand; that military and naval demonstrations to coerce the Sultan should as much as possible be avoided; that differences with respect to matters affecting Turkey, within the competence of the Sublime Porte, should be decided after mutual concert between the Great Powers, and not be forced upon the weakness of the Turkish Government. || To these cautions Her Majesty's Government wish to add, that in their view it is essential that the Sultan should be advised to treat his Christian subjects in conformity with the principles of equity and religious freedom which prevail generally among the enlightened nations of Europe. The more the Turkish Government adopts the rules of impartial law and equal administration, the less will the Emperor of Russia find it necessary to apply that exceptional protection which His Imperial Majesty has found so burthensome and inconvenient, though no doubt prescribed by duty and sanctioned by Treaty. || You may read this despatch to Count Nesselrode, and, if it is desired, you may yourself place a copy of it in the hands of the Emperor. In that case you will accompany its presentation with those assurances of friendship and confidence on the

part of Her Majesty the Queen, which the conduct of His Imperial Majesty was so sure to inspire. || I am, &c.

Nr. 5614.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1853.

J. Russell.

Nr. 5615.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Kaiser Nicolaus wünscht wenigstens eine Verständigung über Das, was im gegebenen Falle nicht geschehen dürfe.

(Secret and Confidential.)

(Extract.)

St.-Petersburgh, February 21, 1853.

The Emperor came up to me last night, at a party of the Grand Duchess Hereditary's, and in the most gracious manner took me apart, saying that he desired to speak to me. After expressing, in flattering terms, the confidence which he has in me, and his readiness to speak to me without reserve upon matters of the greatest moment, as, His Majesty observed, he had proved in a late conversation, he said: And it is well it is so; for what I most desire is, that there should be the greatest intimacy between the two Governments: it never was so necessary as at present. Well, the Emperor continued, so you have got your answer, and you are to bring it to me to-morrow? || I am to have that honour, Sir, I answered; but your Majesty is aware that the nature of the reply is very exactly what I had led you to expect. || So I was sorry to hear; but I think your Government does not well understand my object. I am not so eager about what shall be done when the sick man dies, as I am to determine with England what shall not be done upon that event taking place. || But, Sir, I replied, allow me to observe, that we have no reason to think that the sick man (to use your Majesty's expression) is dying. We are as much interested as we believe your Majesty to be in his continuing to live; while for myself, I will venture to remark that experience shows me that countries do not die in such a hurry. Turkey will remain for many a year, unless some unforeseen crisis should occur. It is precisely, Sir, for the avoidance of all circumstances likely to produce such a crisis, that Her Majesty's Government reckons upon your generous assistance. || Then, rejoined the Emperor, I will tell you, that, if your Government has been led to believe that Turkey retains any elements of existence, your Government must have received incorrect information. I repeat to you that the sick man is dying; and we can never allow such an event to take us by surprise. We must come to some understanding; and this we should do, I am convinced, if I could hold but ten minutes' conversation with your Ministers — with Lord Aberdeen, for instance, who knows me so well, who has full confidence in me, as I have in

Nr. 5615.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1853.

Nr. 5615.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1853.

him. And remember, I do not ask for a Treaty or a Protocol; a general understanding is all I require — that between gentlemen is sufficient; and in this case I am certain that the confidence would be as great on the side of the Queen's Ministers as on mine. So no more for the present; you will come to me to-morrow, and you will remember that as often as you think your conversing with me will promote a good understanding upon any point, you will send word that you wish to see me. || I thanked His Majesty very cordially, adding that I could assure him that Her Majesty's Government, I was convinced, considered his word, once given, as good as a bond. || It is hardly necessary that I should observe to your Lordship, that this short conversation, briefly but correctly reported, offers matter for most anxious reflection. || It can hardly be otherwise but that the Sovereign who insists with such pertinacity upon the impending fall of a neighbouring State, must have settled in his own mind that the hour, if not of its dissolution, at all events for its dissolution, must be at hand. || Then, as now, I reflected that this assumption would hardly be ventured upon unless some, perhaps general, but at all events intimate, understanding, existed between Russia and Austria. || Supposing my suspicion to be well founded, the Emperor's object is to engage Her Majesty's Government, in conjunction with his own Cabinet and that of Vienna, in some scheme for the ultimate partition of Turkey, and for the exclusion of France from the arrangement.

Nr. 5616.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Weitere Eröffnungen des Kaisers über die unstatthaftern und die zulässigen Lösungen der orientalischen Frage.

(Secret and Confidential.)

(Extract.)

St.-Petersburgh, February 22, 1853.

Nr. 5616.
Gross-
britannien.
22. Febr. 1853.

I had the honour of waiting yesterday upon the Emperor, and of holding with His Majesty one of the most interesting conversations in which I ever found myself engaged. My only regret is my inability to report in full detail a dialogue which last an hour and twelve minutes. || The Emperor began by desiring me to read to him aloud your Lordship's secret and confidential despatch of the 9th instant, saying that he should stop me occasionally, either to make an observation, or to call upon me for the translation of a passage. || Upon arriving at the fourth paragraph, the Emperor desired me to pause, and observed, that he was certainly most desirous that some understanding should be entered into with Her Majesty's Government, for providing against a contingency so probable as that of the downfall of Turkey; that he was,

perhaps, even more interested than England could be in preventing a Turkish catastrophe, but that it was constantly impending; that it might be brought about at any moment, either by an external war, or by a feud between the old Turkish party and that of the "new superficial French reforms," or again, by a rising of the Christians, already known to be very impatient of shaking off the Mussulman yoke (joug). As regards the first cause, the Emperor said that he had a good right to advert to it, inasmuch as, if he had not stopped the victorious progress of General Diebitch in 1829, the Sultan's authority would have been at an end. || The Emperor likewise desired me to remember that he, and he only, had hastened to the assistance of the Sultan, when his dominions were threatened by the Pasha of Egypt. || I proceeded to read, and was again stopped at the sentence beginning „In these circumstances it would hardly be consistent with the friendly feelings," when the Emperor observed, that Her Majesty's Government did not appear to be aware that his chief object was to obtain from Her Majesty's Government some declaration, or even opinion, of what ought not to be permitted in the event of the sudden downfall of Turkey. I said, Perhaps your Majesty would be good enough to explain your own ideas upon this negative policy. This His Majesty for some time declined doing; he ended, however, by saying: Well, there are several things which I never will tolerate: I will begin by ourselves. I will not tolerate the permanent occupation of Constantinople by the Russians; having said this, I will say that it never shall be held by the English, or French, or any other great nation. Again, I never will permit an attempt at the reconstruction of a Byzantine Empire, or such an extension of Greece as would render her a powerful State; still less will I permit the breaking up of Turkey into little republics, asylums for the Kossuths and Mazzinis, and other revolutionists of Europe, rather than submit to any of these arrangements I would go to war, and as long as I have a man and a musket left would carry it on. These, the Emperor said, are at once some ideas; now give me some in return. || I remarked upon the assurance which would be found respecting the English resolution of never attempting to possess Constantinople, and upon the disinclination of Her Majesty's Government to enter into eventual arrangements; but upon being still pressed by His Imperial Majesty, I said: Well, Sir, the idea may not suit your Majesty, may not suit Her Majesty's Government; but what is good between man and man is often a good system between one State and another; — how would it be, if in the event of any catastrophe occurring in Turkey, Russia and England were to declare that no Power should be allowed to take possession of its provinces, — that the property should remain, as it were, under seals until amicable arrangements could be made as to its adjudication? ! I will not say, the Emperor observed, that such a course would be impossible, but, at least, it would be very difficult; there are no elements of provincial or communal government in Turkey; you would have Turks attacking Christians, Christians falling upon Turks, Christians of different sects

Nr. 6516.
Greece-
britannica.
21. Febr. 1853.

Kr. 5616.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1853.

quarrelling with each other; in short, chaos and anarchy. Sir, I then of served, if your Majesty will allow me to speak plainly, I would say that the great difference between us is this: that you continue to dwell upon the fall of Turkey, and the arrangements requisite before and after the fall; and that we, on the contrary, look to Turkey remaining where she is, and to the precautions which are necessary for preventing her condition from becoming worse. Ah! replied the Emperor, that is what the Chancellor is perpetually telling me; but the catastrophe will occur some day, and will take us all unawares. His Imperial Majesty spoke of France. God forbid, he said, that I should accuse any one wrongfully, but there are circumstances both at Constantinople and Montenegro which are extremely suspicious; it looks very much as if the French Government were endeavouring to embroil us all in the East, hoping in that way the better to arrive at their own objects, one of which, no doubt, is the possession of Tunis. The Emperor proceeded to say, that for his own part he cared very little what line the French might think proper to take in Eastern affairs, and that little more than a month ago he had apprised the Sultan that, if his assistance were required for resisting the menaces of the French it was entirely at the service of the Sultan! In a word, the Emperor went on to observe, As I before told you, all I want is a good understanding with England, and this not as to what shall, but as to what shall not be done. At this point arrived at, the English Government and I, I and the English Government, having entire confidence in one another's views, I care nothing about the rest. I remarked, that I felt confident that Her Majesty's Government could be as little disposed as His Imperial Majesty to tolerate the presence of the French at Constantinople; and being desirous, if possible, of ascertaining whether there were any understanding between the Cabinets of St. Petersburg and Vienna, I added, But your Majesty has forgotten Austria; now all the Eastern questions affect her very nearly; she of course would expect to be consulted. Oh! replied the Emperor, greatly to my surprise, but you must understand that when I speak of Russia, I speak of Austria as well; which suits the one suits the other; our interests as regards Turkey are perfectly identical. I should have been glad to have made another inquiry or two upon this subject, but I did not venture to do so. I ought to have stated that in the preceding part of the conversation, His Majesty, although without any appearance of anger, expressed some surprise at an expression in your Lordship's despatch, "the long-cherished ambition of his (the Emperor's) own nation he would ask what that phrase meant? It happened that I was prepared for the surprise expressed, and ready to answer any reflection which it might cost him. Sir, I said, Lord John Russell is not speaking of your ambition, but speaks of that entertained by your people. The Emperor could not at first admit that the phrase was applicable to the Russian nation any more than to himself; when I said, Your Majesty will permit me to remark that Lord John Russell only repeats what was said thirty years ago by your brother

of glorious memory. In writing confidentially to Lord Castlereagh in the year 1822, the Emperor Alexander spoke of being the only Russian who resisted the views of his subjects upon Turkey, and of the loss of popularity which he had sustained by this antagonism. ¶ This quotation which, by accident, I could make almost in the words of the letter, seemed to change the current of the Emperor's ideas. You are quite right, he said; I remember the events to which my late brother alluded. Now it is perfectly true that the Empress Catherine indulged in all sorts of visions of ambition; but it is not less so that these ideas are not at all shared by her descendants. ¶ You see how I am behaving towards the Sultan. This gentleman (ce monsieur) breaks his written word to me, and acts in a manner extremely displeasing to me, and I have contented myself with despatching an Ambassador to Constantinople to demand reparation: certainly I could send an army there if I chose, there is nothing to stop them; but I have contented myself with such a show of force as will prove that I have no intention of being trifled with. And, Sir, I said, you were quite right in refraining from violence, and I hope upon future occasions you will act with the same moderation; for your Majesty must be sensible that any fresh concessions which have been obtained by the Latins are not referable to ill-will towards you, but to the excessive apprehensions of the French entertained by the unfortunate Turks; besides, Sir, I observed, the danger, I will venture to say, of the present moment is not Turkey, but that revolutionary spirit which broke out four years ago, and which, in many countries, still burns underground; there is the danger, and no doubt that a war in Turkey would be the signal for fresh explosions in Italy, Hungary and elsewhere. We see what is passing at Milan. ¶ His Imperial Majesty spoke of Montenegro, observing that he approved of the attitude taken by the Austrian Cabinet, and that in these days it could not be permitted that the Turks should illtreat and even murder a Christian population. I ventured to remark that upon this point the wrongs were at least divided between the Turks and the Montenegrins, and that I had full reason for believing that the provocation came from the latter. The Emperor, with more impartiality than I had expected, admitted that there had been wrongs on both sides; that certainly the mountaineers were rather addicted to brigandage; and that the taking of Djablak had caused him great indignation. At the same time, His Majesty said, it is impossible not to feel great interest in a population warmly attached to their religion, who have so long kept their ground against the Turks; and the Emperor continued, It may be fair to tell you that if any attempts at exterminating those people should be made by Omar Pasha, and should a general rising of the Christians take place in consequence, the Sultan will in all probability lose his throne; in this case he falls to rise no more. I wish to support his authority, but if he loses it, it is gone for ever. The Turkish Empire is a thing to be tolerated, not to be reconstructed; in such a cause I protest to you I will not allow a pistol to be fired. The

Nr. 5616.
Gross-
britannica.
21. Febr. 1853.

Nr. 5616. Emperor went on to say that in the event of the dissolution of the Ottoman
 Gross- Empire, he thought it might be less difficult to arrive at a satisfactory terri-
 britannien. torial arrangement than was commonly believed. The Principalities are, he
 21. Febr. 1853. said, in fact an independent State under my protection; this might so continue.
 Servia might receive the same form of Government. So again with Bulgaria:
 there seems to be no reason why this province should not form an independ-
 ent State. || As to Egypt, I quite understand the importance to England of
 that territory. I can then only say, that if, in the event of a distribution of
 the Ottoman succession upon the fall of the Empire, you should take posses-
 sion of Egypt, I shall have no objections to offer. I would say the same
 thing of Candia: that island might suit you, and I do not know why it should
 not become an English possession. || As I did not wish that the Emperor
 should imagine that an English public servant was caught by this sort of
 overture, I simply answered, that I had always understood that the English
 views upon Egypt did not go beyond the point of securing a safe and ready
 communication between British India and the mother country. || The conver-
 sation now drawing towards an end, the Emperor expressed his warm attach-
 ment to the Queen our gracious Sovereign, and his respect for Her Majesty's
 present advisers. The declarations contained in your Lordship's despatch had
 been, he said, very satisfactory: he could only desire that they should be a
 little amplified. The terms in which your Lordship had spoken of his con-
 duct, were, the Emperor said, very flattering to him. || In dismissing me, His
 Imperial Majesty said, Well, induce your Government to write again upon
 these subjects — to write more fully, and to do so without hesitation; I have
 confidence in the English Government. "Ce n'est point un engagement, une
 Convention, que je leur demande; c'est un libre échange d'idées, et au besoin
 une parole de *gentleman*; entre nous cela suffit." || I might venture to suggest
 that some expressions might be used in the despatch to be addressed to me,
 which might have the effect of putting an end to the further consideration,
 or, at all events, discussion, of points which it is highly desirable should not
 be regarded as offering subject for debate. || I may only add, apologetically,
 that I may possibly have failed in reporting some parts of His Majesty's con-
 versation, and that I am conscious of having forgotten the precise terms em-
 ployed by him with respect to the commercial policy to be observed at Con-
 stantinople when no longer held by the Turks. || The purport of the observation
 was, that England and Russia had a common interest in providing for the
 readiest access to the Black Sea and the Mediterranean. || A copy of your
 Lordship's despatch was left in the Emperor's hands.

Nr. 5617.

RUSSLAND. — Memorandum über die Resultate der bisherigen Besprechungen.

21 Février, 1853.

L'Empereur a pris connaissance avec le plus vif intérêt et une véritable satisfaction de la dépêche secrète et confidentielle que lui a communiquée Sir Hamilton Seymour. Il apprécie dûment la franchise qui l'a dictée. Il y a trouvé une nouvelle preuve des sentiments d'amitié que lui porte Sa Majesté la Reine. || En s'entretenant familièrement avec l'Envoyé Britannique, sur les causes qui d'un jour à l'autre peuvent amener la chute de l'Empire Ottoman, il n'était point entré dans la pensée de l'Empereur de proposer pour cette éventualité un plan par lequel la Russie et l'Angleterre disposeraient d'avance des provinces régies par le Sultan — un système tout fait; encore moins une transaction formelle à conclure entre les deux Cabinets. Dans l'idée de l'Empereur il s'est agi purement et simplement de se dire confidentiellement des deux parts, moins ce qu'on veut que ce qu'on ne veut pas; ce qui serait contraire aux intérêts Anglais, ce qui le serait aux intérêts Russes; afin que, le cas échéant, on évitât d'agir en contradiction des uns ou des autres. || Il n'y a là ni projets de partage, ni Convention à rendre obligatoire aux autres Cours. C'est un simple échange d'opinions, et l'Empereur ne voit point qu'il soit nécessaire d'en parler avant le temps. C'est précisément pour cela qu'il s'était bien gardé d'en vouloir faire l'objet d'une communication officielle de Cabinet à Cabinet. En se bornant à en parler lui-même, sous forme de conversation familière, au Représentant de la Reine, il a choisi le mode le plus intime et le plus confidentiel de s'ouvrir franchement à Sa Majesté Britannique, désirant que le résultat quelconque de ces pourparlers demeurât ce qu'il doit être, un secret entre les deux Souverains. || Dès lors tombent les objections qu'élève Lord John Russell contre toute réticence qui serait faite aux autres Puissances pour le cas d'une transaction formelle, dont il n'est nullement question pour le moment; et dès lors aussi disparaissent les inconvénients qu'il signale comme pouvant servir à accélérer l'évènement même que la Russie et l'Angleterre ont à coeur de prévenir, si l'existence d'une transaction pareille venait à être connue prématurément de l'Europe et des sujets du Sultan. || Quant à l'objet même de cet échange d'opinions tout intime — la chute possible de l'Empire Ottoman — ce n'est là sans doute qu'une éventualité incertaine et lointaine. On n'en saurait à coup sûr fixer l'époque, et aucune crise réelle n'est survenue qui en rende imminente la réalisation. Mais enfin elle peut arriver, arriver même inopinément. Sans parler des causes toujours croissantes de dissolution que présente l'état moral, financier, administratif de la Porte, elle peut sortir progressivement de l'une au moins des deux questions

Nr. 5617.
Russland.
5. März 1853.

Nr. 5617. mentionnées par le Ministère Anglais dans sa dépêche secrète. A la vérité,
 Russland. il n'y voit que de simples disputes qui ne dépasseraient pas la portée des
 5. März 1853. difficultés dont s'occupe d'ordinaire la diplomatie. Mais ce genre de disputes
 là peut néanmoins amener la guerre et avec la guerre les conséquences qu'en
 appréhende l'Empereur; si, par exemple, dans l'affaire des Lieux Saints l'amour-
 propre et les menaces de la France, continuant à peser sur la Porte, obligent
 celle-ci à nous refuser toute satisfaction, et si, d'un autre côté, le sentiment
 religieux des Grecs Orthodoxes, outragé par les concessions faites aux Latins,
 soulève contre le Sultan l'immense majorité de ses sujets. Quant à l'affaire
 du Monténégro, on peut heureusement aujourd'hui, d'après les dernières nou-
 velles, la regarder comme arrangée. Mais au moment où l'Empereur a eu son
 entretien avec Sir Hamilton Seymour, on pouvait craindre que la question ne
 prit une tournure des plus graves. Ni nous ni l'Autriche n'aurions pu per-
 mettre la dévastation prolongée ou la soumission forcée du Monténégro, pays
 resté jusqu'ici dans une indépendance effective de la Porte, pays auquel notre
 protection s'étend depuis plus d'un siècle. Les horreurs qui s'y commettent,
 celles que le fanatisme Ottoman a étendues, il y a peu de temps, sur la Bul-
 garie, la Bosnie et la Herzégovine, ne faisaient que trop prévoir aux autres
 provinces Chrétiennes de la Porte que le même sort les attendait. Elles étaient
 de nature à provoquer le soulèvement général des Chrétiens qui vivent sous
 le sceptre de l'Empire Turc, et à précipiter sa ruine. Ce n'est donc pas,
 tant s'en faut, une question oiseuse et imaginaire, une éventualité trop loin-
 taine, que les préoccupations de l'Empereur ont signalée à l'attention de la
 Reine son alliée. || En présence de l'incertitude et de la caducité de l'état
 actuel des choses en Turquie, le Cabinet Anglais exprime le désir qu'il soit
 fait usage envers la Porte de la plus grande longanimité. L'Empereur a la
 conscience de n'avoir jamais agi autrement. Le Cabinet Anglais en convient
 lui-même. Il adresse à l'Empereur sur les nombreuses preuves de modération
 qu'il a données jusqu'à ce jour, des éloges que Sa Majesté n'acceptera point
 parcequ'elle n'a fait qu'obéir en cela à ses convictions impérieuses. Mais, pour
 que l'Empereur puisse continuer à concourir à ce même système de longani-
 mité, s'abstenir de toutes démonstrations, de tout langage péremptoire, il fau-
 drait que ce système fût suivi également par toutes les Puissances à la fois.
 La France en a adopté un autre. C'est par la menace qu'elle a obtenu,
 contre la lettre des Traités, l'admission d'un vaisseau de guerre dans les Dar-
 danelles. C'est à la bouche du canon qu'elle a présenté par deux fois ses
 réclamations et demandes d'indemnités à Tripoli, puis à Constantinople. C'est
 encore par l'intimidation que, dans la contestation des Lieux Saints, elle a
 amené l'annulation du firman et celle des promesses solennelles que le Sultan
 avait données à l'Empereur. Devant tous ces actes de prépotence l'Angleterre
 a gardé un silence complet. Elle n'a fait ni offres d'appui à la Porte, ni re-
 montrances au Gouvernement Français. La conséquence en est toute claire.
 La Porte a dû nécessairement en conclure que de la France seule elle a tout

à espérer, comme à craindre, et qu'elle peut impunément éluder les réclamations de l'Autriche et de la Russie. C'est ainsi que la Russie et l'Autriche, afin d'obtenir justice, se sont vues à leur tour, contre leur gré, obligées d'agir par l'intimidation, puisqu'elles ont affaire à un Gouvernement qui ne cède que devant une attitude péremptoire; et c'est ainsi que par sa faute, ou plutôt par celle de ceux qui l'ont d'avance affaiblie, la Porte est poussée dans une voie qui l'affaiblit encore davantage. Que l'Angleterre s'emploie donc à lui faire entendre raison. Qu'au lieu de s'unir à la France contre les justes réclamations de la Russie, elle se garde d'appuyer, ou même de paraître appuyer, les résistances du Gouvernement Ottoman. Qu'elle soit la première à inviter celui-ci, comme elle-même le juge essentiel, à traiter ses sujets Chrétiens avec plus d'équité et d'humanité. Ce sera le plus sûr moyen d'épargner à l'Empereur l'obligation de se prévaloir en Turquie de ces droits de protection traditionnelle dont il n'use que malgré lui, et de reculer indéfiniment la crise que l'Empereur et Sa Majesté la Reine tiennent également à prévenir. || En somme l'Empereur ne peut que se féliciter d'avoir provoqué entre elle et lui cet échange intime de confidences. Il y a trouvé de précieuses assurances, dont il prend acte avec une vive satisfaction. Les deux Souverains se sont dit franchement ce que, dans l'hypothèse extrême dont ils traitent, leurs intérêts respectifs ne sauraient comporter. L'Angleterre comprend que la Russie ne saurait permettre à Constantinople l'établissement d'une Puissance Chrétienne assez forte pour la contrôler et l'inquiéter. Elle déclare que, pour elle-même, elle renonce à toute intention ou désir de posséder Constantinople. L'Empereur désavoue également tout désir ou dessein de s'y établir. L'Angleterre promet qu'elle n'entrera dans aucun arrangement tendant à statuer sur les dispositions à prendre dans le cas de la chute de l'Empire Turc sans s'en être préalablement concerté avec l'Empereur. L'Empereur, de son côté, contracte volontiers le même engagement. Comme il sait qu'en pareille occurrence, il peut également compter sur l'Autriche, engagée par ses promesses à se concerter avec lui, il envisage avec moins de crainte la catastrophe que son désir sera toujours de conjurer et d'éloigner autant qu'il pourra dépendre de lui. Non moins précieux lui ont été les témoignages d'amitié et de confiance personnelle de la part de Sa Majesté la Reine, dont Sir Hamilton Seymour a été chargé à cette occasion de se rendre l'organe auprès de lui. Il y voit la garantie la plus sûre contre l'avenir que sa prévoyance avait cru devoir signaler à celle du Gouvernement Anglais.

Nr. 5617.
Russland.
5. März 1853.

Nr. 5618.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl of Clarendon) an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — England stimmt den negativen Anschauungen des Kaisers bei, hält aber jedes vorgängige Arrangement für unnütz und gefährlich.

(Secret and Confidential.)

Foreign Office, March 23, 1853.

Nr. 5618.
Gross-
britannien.
23. März 1853.

Sir, — Your despatches of the 21st and 22nd ultimo have been laid before the Queen, and I am commanded to express Her Majesty's entire approval of the discretion and judgment displayed by you in the conversations which you had the honour to hold with the Emperor. || I need not assure you that the opinions of His Imperial Majesty have received from Her Majesty's Government the anxious and deliberate consideration that their importance demands; and although Her Majesty's Government feel compelled to adhere to the principles and the policy laid down in Lord John Russell's despatch of the 9th of February, yet they gladly comply with the Emperor's wish that the subject should be further and frankly discussed. The generous confidence exhibited by the Emperor entitles His Imperial Majesty to the most cordial declaration of opinion on the part of Her Majesty's Government, who are fully aware that, in the event of any understanding with reference to future contingencies being expedient, or indeed possible, the word of His Imperial Majesty would be preferable to any Convention that could be framed. || Her Majesty's Government persevere in the belief that Turkey still possesses the elements of existence, and they consider that recent events have proved the correctness of the opinion expressed in the despatch of my predecessor, that there was no sufficient cause for intimating to the Sultan that he cannot keep peace at home, or preserve friendly relations with his neighbours. || Her Majesty's Government have accordingly learnt, with sincere satisfaction, that the Emperor considers himself even more interested than England in preventing a Turkish catastrophe; because they are convinced that upon the policy pursued by His Imperial Majesty towards Turkey, will mainly depend the hastening or the indefinite postponement of an event which every Power in Europe is concerned in averting. Her Majesty's Government are convinced that nothing is more calculated to precipitate that event than the constant prediction of its being near at hand; that nothing can be more fatal to the vitality of Turkey than the assumption of its rapid and inevitable decay; and that if the opinion of the Emperor, that the days of the Turkish Empire were numbered, became notorious, its downfall must occur even sooner than His Imperial Majesty now appears to expect. || But on the supposition that, from unavoidable causes, the catastrophe did take place, Her Majesty's Government entirely share the opinion of the Emperor, that the occupation of Constantinople by either of the great Powers would be incompatible with the present balance of power

and the maintenance of peace in Europe, and must at once be regarded as impossible; that there are no elements for the reconstruction of a Byzantine Empire; that the systematic misgovernment of Greece offers no encouragement to extend its territorial dominion; and that as there are no materials for provincial or communal government, anarchy would be the result of leaving the provinces of Turkey to themselves, or permitting them to form separate republics. || The Emperor has announced that sooner than permit a settlement of the question by any one of these methods, he will be prepared for war at every hazard; and however much Her Majesty's Government may be disposed to agree in the soundness of the views taken by His Imperial Majesty, yet they consider that the simple predetermination of what shall not be tolerated, does little towards solving the real difficulties, or settling in what manner it would be practicable, or even desirable, to deal with the heterogeneous materials of which the Turkish Empire is composed. || England desires no territorial aggrandizement, and could be no party to a previous arrangement from which she was to derive any such benefit. England could be no party to any understanding, however general, that was to be kept secret from other Powers; but Her Majesty's Government believe that no arrangements could control events, and that no understanding could be kept secret. They would, in the opinion of Her Majesty's Government, be the signal for preperation for intrigues of every description, and for revolts among the Christian subjects of the Porte. Each Power and each party would endeavour to secure its future interests, and the dissolution of the Turkish Empire would be preceded by a state of anarchy which must aggravate every difficulty, if it did not render a peaceful solution of the question impossible. || The only mode by which such a solution could be attempted would be that of an European Congress, but that only affords an additional reason for desiring that the present order of things in Turkey should be maintained, as Her Majesty's Government cannot without alarm reflect on the jealousies that would then be evoked, the impossibility of reconciling the different ambitions and the divergent interests that would be called into play, and the certainty that the Treaties of 1815 must then be open to revision, when France might be prepared to risk the chances of an European war to get rid of the obligations which she considers injurious to her national honour, and which, having been imposed by victorious enemies, are a constant source of irritation to her. || The main object of Her Majesty's Government, that to which their efforts have been and always will be directed is the preservation of peace; and they desire to uphold the Turkish Empire, from their conviction that no great question can be agitated in the East without becoming a source of discord in the West, and that every great question in the West will assume a revolutionary character, and embrace a revision of the Entire social system, for which the continental Governments are certainly in no state of preparation. || The Emperor is fully cognizant of the materials that are in constant fermentation beneath the surface of society,

Nr. 5618.
Gross-
britannien.
23. März 1853.

Nr. 5618.
Gross-
britannien.
23. März 1853.

and their readiness to burst forth even in times of peace; and His Imperial Majesty will probably, therefore, not dissent from the opinion that the first cannon-shot may be the signal for a state of things more disastrous even than those calamities that war inevitably brings in its train. ¶ But such a war would be the result of the dissolution and dismemberment of the Turkish Empire; and hence the anxiety of Her Majesty's Government to avert the catastrophe. Nor can they admit that the signs of Turkish decay are now either more evident or more rapid than of late years: there is still great energy and great wealth in Turkey; a disposition to improve the system of government is not wanting; corruption, though unfortunately great, is still not of a character, nor carried to an extent, that threatens the existence of the State; the treatment of Christians is not harsh, and the toleration exhibited by the Porte towards this portion of its subjects might serve as an example to some Governments who look with contempt upon Turkey as a barbarous Power. ¶ Her Majesty's Government believe that Turkey only requires forbearance on the part of its allies, and a determination not to press their claims in a manner humiliating to the dignity and independence of the Sultan, — that friendly support, in short, that, with States as with individuals, the weak are entitled to expect from the strong, — in order not only to prolong its existence, but to remove all cause of alarm respecting its dissolution. ¶ It is in this work of benevolence and of sound European policy that Her Majesty's Government are desirous of cooperating with the Emperor; they feel entire confidence in the rectitude of His Imperial Majesty's intentions and as they have the satisfaction of thinking that the interests of Russia and England in the East are completely identical, they entertain an earnest hope that a similar policy there will prevail, and tend to strengthen the alliance between the two countries, which it is alike the object of Her Majesty and Her Majesty's Government to promote. ¶ You will give a copy of this despatch to the Chancellor, or to the Emperor, in the event of your again having the honour to be received by His Imperial Majesty. ¶ I am, &c.

Clarendon.

Nr. 5619.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Der Kaiser äussert sich über die englische Antwort mit einigen Reserven befriedigt.

(Secret and Confidential.)

(Extract.)

St.-Petersburgh, April 20, 1853.

Nr. 5619.
Gross-
britannien.
20. April 1853.

The Emperor on rising from table when I had the honour of dining at the Palace on the 18th instant, desired me to follow him into the next room. ¶ His Majesty then said, that he had wished to state to me the real and

sincere satisfaction which he received from your Lordship's despatch marked Secret and Confidential of the 23rd ultimo. || It had been, His Majesty said, most agreeable to him to find that the overtures which he had addressed to Her Majesty's Government had been responded to in the same friendly spirit in which they were made; that, to use a former expression, there was nothing in which he placed so much reliance as "la parole d'un gentilhomme"; that he felt that the relations of the two Courts stood upon a better basis now that a clear understanding had been obtained as to points which, if left in doubt, might have been productive of misintelligence, and, as His Majesty was pleased to add, he felt obliged to me for having contributed towards bringing about this friendly *entente*. || And His Majesty said, I beg you to understand that what I have pledged myself to will be equally binding upon my successor; there now exist memorandums of my intentions, and whatever I have promised, my son, if the changes alluded to should occur in his time, will be as ready to perform as his father would have been. || The Emperor proceeded to state that he would very frankly offer an observation or two — it might be a criticism — on your Lordship's despatch. || The despatch spoke of the fall of the Turkish Empire as an uncertain and distant event: he would remark that the one term excluded the other; uncertain it was certainly, but for that reason not necessarily remote: he desired it might be, but he was not sure that it might so prove. | His Majesty desired further to observe that he could not doubt that Her Majesty's Government had taken too favourable a view of the state of the Christian population in Turkey; the Sultan might have intended to better their condition, might have given orders in that sense; but he was quite certain that his commands had not been attended to. || Upon my remarking that Her Majesty's Government were understood to receive very accurate reports of what passes in Turkey, the Emperor replied with considerable animation that he called this fact in question; that he believed on the contrary that some of the English Consular agents were incorrect in their reports: he would only refer to Bulgaria; the greatest discontent prevailed there, and His Majesty would affirm that were it not for his continued efforts to repress the manifestation of feelings of the sort, the Bulgarians would some time since have been in insurrection. | His Majesty proceeded to contrast the threatening attitude which had been assumed by Count Leiningen with the peaceable character of Prince Menchikoff's mission, not, however, that he desired to blame the Emperor of Austria, a noble Prince, whom he loved sincerely, and all of whose acts he approved; the difference existed in circumstances, and when Montenegro was threatened with utter devastation, the Emperor of Austria was obliged to act with energy; His Majesty would, he said, have acted in the same manner. I am desirous of remarking here, that part of the Emperor's observations were, it was obvious, addressed to me personally, and were intended as a reply as well to an allusion which I had made as to religious intolerance in Tuscany, as to my comments to the Chancellor

Nr. 5619.
Gross-
britannien.
20. April 1853.

Nr. 5619.
Gross-
britannien,
20. April 1853.

upon the conduct of the Austrian Cabinet with regard to the late confiscatory measures in Lombardy. || His Majesty, after observing that according to the accounts just received (those of the 29th ultimo) little or no progress had been made towards an adjustment of difficulties at Constantinople, said that as yet he had not moved a ship or a battalion; that he had not done so from motives of consideration for the Sultan and from economical motives; but that he would repeat that he had no intention of being trifled with, and that if the Turks did not yield to reason, they would have to give way to an approach of danger. || I ventured to remark to the Emperor, that it was only by the despatches just arrived that he had received intelligence of the landing at Pera of the French Ambassador, who was understood to be a party to the arrangements about to be concluded; the indirect answer, however, returned to me by His Majesty, and the expressions which he used, lead me to apprehend that this consideration did not receive the attention of which in fairness it appears to me deserving.

Nr. 5620.

RUSSLAND. — Memorandum zum Abschluss der Besprechungen.

Nr. 5620.
Russland,
15. April 1853.

L'Empereur a pris connaissance avec une vive satisfaction de la dépêche de Lord Clarendon du 23 Mars. Sa Majesté se félicite de voir que ses vues et celles du Cabinet Anglais coïncident entièrement au sujet des combinaisons politiques qu'il faudrait principalement éviter pour le cas extrême où viendrait à s'accomplir en Orient l'éventualité que la Russie et l'Angleterre ont également à coeur de prévenir, ou au moins de reculer dans l'avenir le plus lointain possible. Partageant en général les opinions émises par Lord Clarendon sur la nécessité du maintien prolongé en Turquie de l'état de choses actuel, l'Empereur ne saurait cependant se dispenser de relever ici un point de détail, qui lui fait supposer que les informations reçues par le Gouvernement Britannique ne sont pas tout-à-fait d'accord avec les nôtres. Il s'agit de l'humanité et de la tolérance dont la Turquie ferait preuve dans sa manière de traiter ses sujets Chrétiens.

Abstraction faite de bien d'autres exemples antérieurs du contraire, il est pourtant de notoriété qu'en dernier lieu les cruautés commises par les Turcs en Bosnie ont forcé des centaines de familles Chrétiennes à chercher refuge en Autriche. Au reste, sans vouloir entrer ici en discussion sur les symptômes plus ou moins palpables de décadence que présente la Puissance Ottomane, ou le plus ou moins de vitalité que peut conserver sa constitution intérieure, l'Empereur conviendra volontiers que le meilleur moyen de soutenir la durée du Gouvernement Turc, est de ne point le fatiguer par des exigences impé-

rieuses appuyées d'une manière humiliante pour son indépendance et sa dignité. Sa Majesté est disposée, comme elle l'a été constamment, à agir dans ce système, bien entendu toutefois que la même règle de conduite sera observée indistinctement et unanimement par chacune des Grandes Puissances, et qu'aucune d'elles n'abusera de la faiblesse de la Porte pour en obtenir des concessions qui tourneraient au détriment des autres. Ceci posé, l'Empereur se déclare prêt à travailler de concert avec l'Angleterre à l'oeuvre commune de prolonger l'existence de l'Empire Turc, en écartant toute cause d'alarmes au sujet de sa dissolution. Il accueille avec empressement les témoignages que lui offre le Cabinet Britannique d'une pleine confiance dans la droiture de ses sentiments, et l'espoir que, sur cette base, son alliance avec l'Angleterre ne pourra que se fortifier*).

Nr. 5620.
Russland.
15. April 1853.

St.-Pétersbourg, le $\frac{3}{15}$ Avril, 1853.

Nr. 5621.

TÜRKEI. — Officielle Notifikationen, betreffend Zinsenreduktion der Staatsschuld.

a.

Constantinople, le 6 Octobre, 1875.

Tout le monde a pris connaissance du déficit du budget des recettes et des dépenses de l'Empire Ottoman publié dans la présente année, déficit qui a dépassé le chiffre de cinq millions de livres; bien plus, on ne saurait se dissimuler que le même déficit dépasserait encore ce chiffre, si on le soumettait à un nouvel examen. En présence de cette situation, l'habitude d'avoir recours à un emprunt avec la Banque pour le paiement à temps du coupon des emprunts, et de contracter ainsi une dette pour en rembourser une autre, a abouti à rien moins qu'à grossir de jour en jour le déficit, aussi bien qu'à ébranler à la fin la confiance des actionnaires. Le système qu'on a ainsi suivi, et la confiance disparue, sont parvenus à un degré tel qu'il se trouve être amplement constaté par l'état de la Bourse et le cours des fonds, ainsi que par les pertes que les détenteurs de nos obligations éprouvent du chef de leur capital aujourd'hui. Tant que la Sublime Porte n'aura pas assuré des garanties réelles et solides pour cet objet, il est évident que les propriétaires desdites obligations finiront par tout perdre. Le Gouvernement Impérial déclare de nouveau en toute sincérité que, dans ses intentions loyales et généreuses, il ne saurait en aucun temps tolérer les graves préjudices occasionnés

Nr. 5621.
Türkei.
6./10. Oct.
1875.

*) Diesem Meinungs-austausche folgte bekanntlich sehr bald der Krimkrieg.
A. d. Red.

Nr. 5621.
Türkei.
6./10. Oct.
1875.

aux capitalistes et aux détenteurs dont les capitaux profitent à l'Empire. Quant à la question des garanties, la Sublime Porte déclare, sous la condition de sauvegarder les droits et les privilèges de la Banque, tenir à la disposition des Syndicats qui pourraient être désignés, les revenus généraux des douanes, ceux du sel et des tabacs, ainsi que le tribut de l'Égypte, et en cas d'insuffisance, les produits de la taxe sur les moutons: la sécurité qui résultera de l'affectation immédiate de garanties aussi sérieuses devant écarter la méfiance publique. En conséquence, le Gouvernement Impérial, en vue de ramener la confiance par le parfait équilibre du budget, et se proposant de payer, jusqu'à cinq années révolues, les intérêts, moitié en espèces et moitié en obligations seulement portant cinq pour cent d'intérêt, après avoir enfin mûrement délibéré sur la nécessité impérieuse de réduire à moitié le coupon, déclare officiellement qu'il a décidé de payer, à partir de ce jour, la moitié seulement de l'équivalent en espèces de chaque coupon.

b.

Constantinople, le 7 Octobre, 1875.

A dater de ce jour, c'est à dire du 6 Octobre, 1875, et pendant une période de cinq ans, la moitié des intérêts et de l'amortissement des dettes intérieures et extérieures, dont le service annuel monte à environ quatorze millions de livres, est et demeure supprimée. En dédommagement du non paiement de ces sept millions de livres, il sera payé une somme calculée à raison de cinq pour cent, somme dont la quotité sera de 350,000 livres par an. Les titres provisoires, qui seront délivrés pour cet objet, auront cours pendant cinq ans seulement, et serviront de garantie au paiement, pour chacune de ces cinq années, de ladite somme exclusivement de 350,000 livres.

c.

Constantinople, le 10 Octobre, 1875.

La Déclaration de la Sublime Porte du 6 Octobre, 1875, avec la note explicative qui l'accompagnait, ayant été l'objet de diverses interprétations, tant à la Bourse que de la part de plusieurs capitalistes et maisons de banque, le Gouvernement Impérial, pour éviter à l'avenir toute équivoque, et en vue de donner, une fois pour toutes, des explications catégoriques définitives, déclare ce qui suit: —

1. A dater de ce jour, les intérêts et l'amortissement des dettes intérieures et extérieures de l'Empire sont réduits à moitié pour un terme de cinq ans.

2. Le paiement de ces coupons se fera de la manière suivante: La première moitié intégralement en espèces, et la seconde moitié en nouveaux titres portant cinq pour cent d'intérêts payables également en espèces, simultanément avec les échéances de la première moitié.

3. Les garanties affectées tant au paiement intégral en espèces de la première moitié, qu'au paiement du dit cinq pour cent d'intérêts, consistent

Nr. 5622.

TÜRKEI — Min. d. Ausw. (Safvet-Pascha) an den englischen Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). — Ausnahme für das von England und Frankreich garantirte Anlehen von 1855.

Sublime Porte, le 6 Octobre, 1875.

M. l'Ambassadeur, — Pour faire suite à ma lettre de ce jour concernant la déclaration de la Sublime Porte au sujet de la réduction du coupon des dettes intérieures et extérieures de l'Empire Ottoman, j'ai l'honneur d'informer votre Excellence que cette mesure restrictive ne devra nullement être appliquée à l'emprunt de 1855 garanti par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, et que le service des intérêts de cet emprunt continuera à se faire comme par le passé. || Je prie votre Excellence de vouloir bien prévenir son Gouvernement de ce qui précède, afin que cette décision de la Sublime Porte soit portée sans retard à la connaissance des contractants de l'emprunt dont il s'agit. || Veuillez, &c.

Nr. 5622.
Türkei.
6. Oct. 1875.

Safvet.

Nr. 5623.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). — Circular, betreffend die Zinsenreduction.

Sublime Porte, Ministère des Affaires Etrangères,
le 7 Octobre, 1875.

M. l'Ambassadeur, — Ma dépêche télégraphique du 6 Octobre vous a fait connaître la promulgation des réformes radicales et indispensables que la Sublime Porte est décidée à mettre dès à présent à exécution dans l'Empire. L'expérience a en effet constaté l'inefficacité de l'application de l'impôt du

Nr. 5623.
Türkei.
7. Oct. 1875.

Nr. 5623.
Türkei.
7. Oct. 1875.

quart de la dîme perçu en sus de celui de la dîme proprement dite, et de la perception en bloc des arriérés qu'on a voulu essayer dès l'année dernière. || L'exiguité relative des ressources agricoles actuelles destinées à prendre un développement progressif dans un prochain avenir n'a pas permis de maintenir cette redevance du quart de la dîme qui, au lieu de profiter au Trésor dans la mesure à laquelle on croyait devoir s'attendre, n'a, au contraire, amené qu'un malaise plus accentué que par le passé et tendant à tarir de plus en plus les ressources de l'agriculture au détriment des intérêts des populations. Il en a été de même pour les arriérés dont le prélèvement exigé par la loi n'a non-seulement pu satisfaire aux exigences du Trésor, mais encore a été de nature à provoquer certaines mesures vexatoires qui ont forcément échappé à la répression légale, et une plus grande gêne aux contribuables déjà placés dans une situation difficile par rapport au paiement des autres impôts. || Sa Majesté Impériale, notre auguste Maître, justement ému de cet état de choses, a voulu, dans ses sentiments de magnanimité et de haute sollicitude pour ses sujets, alléger les charges les plus lourdes imposées au pays; et, en vertu de ses ordres Souverains, la Sublime Porte vient de décider, à l'instar de l'île de Crète, l'abolition du quart de dîme dont il s'agit, ainsi que la remise entière de la totalité des arriérés dus jusqu'à l'année 1873, sans restriction aucune, dans toutes les parties de l'Empire. || Cette preuve éclatante et spontanée des sentiments généraux de Sa Majesté Impériale est au-dessus de tout commentaire, et sera, nous en sommes persuadés, dûment et hautement appréciée par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || Mais tout ceci n'est encore que le précurseur d'autres améliorations importantes et reconnues nécessaires, telles que la transformation du système de la dîme en impôt foncier, l'envoi de *missi dominici* dans les provinces, un mode plus équitable de l'élection des membres des Conseils Provinciaux, &c., toutes choses qui ne tarderont pas à être successivement introduites dans toutes les branches de l'Administration. || Ainsi, les fidèles et loyaux sujets du Sultan, exonérés immédiatement des plus lourdes redevances qui pesaient sur eux, et dégagés dès lors de toutes les entraves qui auraient pu paralyser la production agricole, trouvent désormais un vaste champ pour l'extension de leurs ressources et pour l'essor, par conséquent, de la prospérité générale de l'Empire. || Mais, d'un autre côté, les sommes considérables destinées au service du coupon de nos dettes intérieures et extérieures n'étant point en harmonie avec l'équilibre budgétaire, et l'accumulation des intérêts des divers emprunts contractés jusqu'à ce jour ayant augmenté, au-delà de toute prévision, les chapitres des dépenses, toutes ces circonstances, jointes à la diminution d'une partie des recettes par suite de l'abolition des mesures restrictives précitées, ne laissent pas que d'affecter d'une manière très sensible, au point de vue fiscal, l'économie du budget. || Comme conséquence inévitable de ces nouvelles améliorations, les recettes générales suivront nécessairement une progression ascendante, en proportion du développement futur des ressources de l'Empire. Mais il n'en est pas moins vrai que la gêne,

Les mesures prises de l'impossibilité pour ainsi dire absolue de créer de nouvelles ressources pour combler les lacunes sous peine d'aggraver gratuitement et sans aucune utilité pratique la situation déjà pénible de tous les contribuables de l'Empire; en présence, enfin, du temps matériel que réclameront nécessairement l'adoption et la mise en vigueur dans l'avenir, ainsi qu'il a été dit plus haut, de toutes les mesures administratives et d'utilité publique, ayant pour but d'augmenter les revenus du Trésor, nous n'avons pu, après mûre délibération, et après avoir pesé toutes les conséquences qui pourraient en résulter, trouver d'autre moyen que celui d'exposer en toute franchise notre situation, comme nous venons de le faire, et de prendre une mesure radicale qui pourrait, il est vrai, froisser pour le moment certains intérêts, et amener même une certaine perturbation dans le cours de nos fonds, mais qui, en face des considérations urgentes du salut public dans l'Empire Ottoman, et du maintien même de l'équilibre Européen, qui, à notre avis, s'y rattache essentiellement, est destinée à assurer une fois pour toutes le crédit de l'Etat et le fonctionnement régulier de l'Administration. || Le budget publié cette année accuse, et c'est de notoriété publique, un déficit de plus de 5,000,000^l. Dans l'état actuel des choses, ce déficit, on ne saurait le nier, ira en augmentant; car on se voit obligé, à chaque échéance du coupon, de recourir à des emprunts plus ou moins onéreux pour en payer les intérêts et l'amortissement, ce qui ne manquera pas à un moment donné d'ébranler sérieusement la confiance des détenteurs et autres capitalistes qui se voient déjà lésés dans leurs intérêts par les variations brusques des fonds et les spéculations hasardées de la Bourse. || Un tel état anormal ne saurait évidemment disparaître qu'autant que des garanties sérieuses et incontestables seraient assurés aux détenteurs de nos fonds publics, ainsi qu'aux contractants de nos emprunts. || La mesure radicale dont nous venons de faire mention, et qui a été portée à votre connaissance par mon télégramme du 6 de ce mois, consiste, comme vous l'avez vu, en la réduction, dès à présent, à moitié du paiement des

Nr. 5623. ^{Türkei.}
7. Oct. 1875. échéances du dit coupon, dont le service sera garanti par les revenus totaux des Douanes, du sel, et du tabac, ainsi que du tribut d'Égypte. Ce paiement, vous le n'ignorez pas, se fera pendant cinq années, moitié en espèces et moitié en obligations portant 5 pour cent d'intérêt. En cas où les garanties précitées seraient insuffisantes, le Gouvernement s'empressera d'y parfaire sur les revenus des moutons. || Toutes ces recettes seront mises dès aujourd'hui à la disposition des syndicats qui pourraient être institués pour cet objet, sous la condition bien entendue du maintien des droits et des privilèges de la Banque Impériale Ottomane. || Par ce moyen le crédit sera assuré, le budget équilibré par de solides garanties, et la méfiance et le malaise général disparaîtront sans retour. || Nous avons le ferme espoir que les considérations qui précèdent et les mesures impérieusement dictées par notre situation actuelle trouveront un appui moral efficace auprès du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || Les sentiments d'amitié sincère à notre égard et le vif intérêt qu'il n'a cessé de porter à tout ce qui touche la prospérité et le progrès de l'Empire Ottoman nous sont un sûr garant que notre appel franc et loyal sera entendu par lui avec la bienveillance et la haute impartialité qui le caractérisent. || Je laisse à votre tact et à votre savoir-faire le soin de tenir le langage voulu dans le sens de cette dépêche en vue de redresser les appréciations erronées qui pourraient se produire autour de vous. || Vous voudrez bien également donner lecture de cette pièce à son Excellence le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique et lui en laisser copie, s'il le désire. || Veuillez, &c.

S a f v e t.

Nr. 5624.

TÜRKEI. — Finanzminister (Jussuf-Pascha) an die Directoren der Kaiserlich Ottomanischen Bank. — Einsetzung eines Syndicats zur Ueberwachung der Zinszahlung.

Nr. 5624. ^{Türkei.}
14. Oct. 1875. Messieurs les Directeurs, — Vous avez constaté par les déclarations de la Sublime Porte la volonté formelle du Gouvernement Impérial de maintenir dans toute leur intégrité les droits et les privilèges de la Banque Impériale Ottomane qui découlent des stipulations de ses Conventions officielles. || Vous avez été non moins complètement édifiés par suite des explications loyales de Son Altesse le Grand Vézir sur la nécessité impérieuse de la mesure financière qui vient d'être décrétée par la Sublime Porte, au sujet du mode de paiement des intérêts et de l'amortissement de la Dette Publique de l'Empire, applicable durant une période de cinq ans, à dater de ces jours. || Cette mesure avantageuse pour le Trésor, en ce qu'elle permet d'équilibrer son budget dans un très court espace de temps et à le mettre, dès lors, à l'abri de toutes les préoccupations, de

de la mesure financière dont il s'agit, à savoir la désignation en chiffres des garanties ci-dessus spécifiées, de manière à assurer la régularité du nouveau mode de paiement, je viens, d'ordre de Son Altesse le Grand-Vézir, vous prier, Messieurs, de vous concerter immédiatement avec les comités de la Banque à Paris et à Londres, pour qu'ils aient, d'accord avec les contractants de nos emprunts, à désigner, sans retard, leurs représentants dans le Syndicat de Constantinople auquel seront consignés les revenus désignés à titre de garantie. Vous voudrez bien également dresser, de concert avec mon département, et conformément aux publications officielles, l'état exact des sommes consacrées tant au paiement intégral, en espèces, de la première moitié des coupons et amortissements de nos dettes intérieures et extérieures, qu'au paiement, également en espèces, des intérêts des nouveaux titres représentant la seconde moitié des dits coupons et amortissements, et enfin le tableau exact et précis des garanties qui deviendront libres le jour de l'extinction du plus prochain emprunt extérieur et qui seront, dès lors, affectées au remboursement du dit 5 pour cent intérêts et amortissement compris, dans le cas où le même 5 pour cent ne pourrait être remboursé à l'expiration des cinq années, le tout en conformité de ce qui a été dit dans la dernière déclaration de la Sublime Porte en date du 9 de ce mois. La Banque Impériale Ottomane, tout en s'acquittant de cette mission, reste en même temps chargée de proposer à mon département tous les autres détails d'exécution, afin d'assurer le fonctionnement régulier du nouveau service de la dette publique intérieure et extérieure à dater du 1 Janvier, 1876. | Veuillez, &c.

Constantinople, le $\frac{9}{14}$ Octobre, 1875.

Youssouf.

Nr. 5625.

TÜRKEI. — Memorandum der Pforte an ihre Vertreter im Auslande, betreffend die Finanzmaassregeln.

Nr. 5625.
Türkei.
20. Oct. 1875.

Les mesures financières qui viennent d'être édictées par la Sublime Porte étaient commandées par l'impérieuse nécessité de mettre un terme au système des emprunts onéreux et périodiques destinés à combler les déficits budgétaires; système qui, s'il était continué quelque temps encore, aurait amené inévitablement la ruine de l'Etat et celles de ses créanciers. La Sublime Porte, pour conjurer ce péril évident et certain, se trouvait en présence de deux problèmes à résoudre. Le premier était d'arriver à établir l'équilibre entre ses recettes et ses dépenses; le second, d'éteindre le déficit actuel et de combler les déficits qui devaient encore se produire dans les années suivantes, jusqu'à ce que les mesures adoptées pour équilibrer le budget aient produit tout leur effet. || La première partie de ce programme déjà en voie d'exécution doit être accomplie en peu d'années par le développement des ressources du pays, par les réformes à introduire dans les diverses branches de l'Administration en vue surtout du progrès de l'agriculture, par la transformation de certaines contributions, par l'augmentation constante de revenus de l'Etat, conséquences naturelles de l'accroissement du bien-être des populations agricoles, enfin par un contrôle plus attentif et plus efficace de l'administration financière. Mais ce résultat serait illusoire, si, dans cinq années, époque où la balance exacte entre les recettes et les dépenses sera obtenue, le Gouvernement Impérial se trouvait en présence d'un arriéré composé du déficit actuel et des déficits qui doivent se produire encore durant cette période de restauration financière; c'est-à-dire, si la seconde partie du programme restait sans solution. || Dans cette situation, la Sublime Porte, répudiant l'expédient des emprunts temporaires ou à long terme, qui, loin d'éteindre sa dette, aurait pour effet de la doubler en moins de cinq années; repoussant également la ressource extrême de la réduction de la rente, qui, dans la mesure où elle aurait dû être opérée, eût constitué une perte définitive pour ses créanciers, rejetant enfin toute combinaison d'impôts extraordinaires, qui aurait tari les sources les plus fécondes de la richesse nationale, a résolu de demander à ses créanciers eux-mêmes, c'est-à-dire à la partie la plus intéressée, les moyens de restaurer les finances de l'Empire. || Le sacrifice que le Gouvernement Impérial leur impose consiste simplement à prêter à leur débiteur, à un intérêt avantageux, une partie, soit la moitié de la somme qui doit leur être payée annuellement, sous forme d'intérêts et d'amortissement et cela durant une période de cinq années seulement. Le montant du prêt sera représenté par un titre portant intérêts à raison de 5 pour cent l'an. || Le paiement de la première moitié, payable intégralement en espèces, et le service des intérêts attachés aux titres représen-

combinaison, la seconde partie du problème qui s'imposait à la sollicitude, à la prévoyance et à la loyauté du Gouvernement Impérial, se trouve accomplie, non au moyen de réductions arbitraires infligeant aux détenteurs de fonds Ottomans une perte définitive, non au moyen d'un impôt permanent sur la rente déguisant une réduction effective, mais au moyen d'un simple ajournement. ¶ Le sacrifice momentané qui est imposé aux créanciers de l'Etat, devenus prêteurs de la moitié des sommes qui doivent leur être payées annuellement durant cinq ans, est largement compensé par la certitude qu'ils acquièrent du paiement régulier de la seconde moitié et de l'établissement prochain de l'équilibre budgétaire, seul gage véritablement sérieux et incontestable de la fidèle exécution des engagements financiers d'un Gouvernement. La Sublime Porte retire de cette mesure loyalement conçue, et qui sera loyalement exécutée, des avantages non moins sensibles et non moins évidents, puisqu'elle conjure le danger, chaque jour plus imminent, d'une suspension forcée de l'exécution de ses engagements, en se procurant, sans frais et sans intermédiaires, près de ses créanciers eux-mêmes, c'est-à-dire, de ceux qui sont les plus intéressés au salut des finances, une somme de 35,000,000 de livres Turques, à des conditions d'intérêt et de remboursement exceptionnellement favorables, et telles que le travail de l'équilibre budgétaire ne peut en être ni entravé ni ralenti. ¶ Le Gouvernement Impérial, ainsi délivré de toute préoccupation financière, et enfin déchargé du lourd fardeau que lui imposait annuellement le système des emprunts successifs, pourra donner tous ses soins et consacrer toutes ses forces aux réformes administratives et au développement de l'agriculture, du commerce et de l'industrie de l'Empire.

Nr. 5626.

TURKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Rechtfertigung der Finanzmaassregeln gegenüber den in England
erhobenen Vorwürfen.

Sublime Porte, le 17 Novembre, 1875.

Nr. 5623.
Türkei.
17. Nov. 1875.

M. l'Ambassadeur, — J'ai l'honneur de vous accuser réception de la lettre que vous avez adressée le 21 Octobre dernier à son Excellence Safvet-Pacha, relativement aux récentes mesures financières. Diverses communications concernant le même objet sont déjà parvenues à votre Excellence, et ont dû lui permettre d'éclairer plus complètement Lord Derby sur le véritable caractère des mesures décrétées et de ramener l'opinion publique à une plus saine appréciation des intentions et des actes du Gouvernement Impérial. Vous devez être aujourd'hui pleinement convaincu, M. l'Ambassadeur, qu'il serait aussi dangereux qu'inopportun de modifier les décisions financières de la Sublime Porte, et que le moindre changement aurait pour effet, non seulement de jeter une nouvelle cause de perturbation dans l'esprit des intéressés, mais d'enlever aux actes du Gouvernement Impérial tout crédit et toute autorité. Vous voudrez bien aussi, M. l'Ambassadeur, faire ressortir aux yeux de Lord Derby l'impossibilité où se trouvait le Gouvernement Impérial d'établir une ligne de démarcation entre les détenteurs de la dette extérieure et ceux de la dette intérieure sous peine d'être taxé d'un esprit d'économie mal entendue et surtout d'un parti pris de léser les intérêts des uns au détriment des autres. Il est vrai que les emprunts extérieurs sont dotés d'un amortissement qui se trouve atteint par les mesures actuelles, tandis que la dette générale n'est touchée que dans le mode de paiement de ses coupons d'intérêt. Mais il est à remarquer que les titres des emprunts extérieurs qui sortiront aux tirages dans la période de cinq années seront payés moitié en espèces et moitié en un titre doté lui-même d'un amortissement certain et régulier, d'où il suit que le détenteur, au lieu d'être frappé, comme on s'est plu à le croire au premier abord, d'une répudiation complète ou d'une réduction temporaire, ne subit en définitive qu'un simple ajournement; de la même façon que si l'on avait décidé que durant les cinq années on ne ferait plus sortir de la roue que la moitié des numéros prescrits par les Conventions. Votre Excellence saisira certainement cette occasion pour rappeler soit à sa Seigneurie soit aux intéressés qui s'adresseraient à elle, soit enfin aux organes de l'opinion publique, que la Dette Générale a été privée de l'amortissement qui lui était acquis par voie de rachat, et qu'on ne saurait légitimement aggraver le sort des détenteurs de ce fonds, en faisant peser sur eux une plus lourde charge, dans l'exécution de la mesure de salut que le Gouvernement Impérial a été obligé d'adopter. En ce qui touche les affectations spéciales que les intéressés reprochent au

ME LA MÊME GARANTIE AVEC LES MÊMES DES MÊMES CARACTÈRES MÊMES A MÊMES MÊMES
spéciales, on constate une parfaite parité de crédit, sur tous les marchés de l'Europe, entre ces deux valeurs, en tenant compte des conditions différentes d'intérêt et du degré d'avancement de l'amortissement, d'où il suit que jamais ces affectations n'ont eu aucune influence sur la tenue des cours, tandis que les garanties actuelles étant réelles et effectives doivent exercer une influence marquée sur le crédit de la Turquie et sur la confiance publique. | Je vous prie, M. l'Ambassadeur, d'utiliser ces considérations tant dans vos entretiens avec Lord Derby et dans vos rapports avec les financiers Anglais, qu'auprès des organes influents de la presse. || Je vous prie, M. l'Ambassadeur, d'exprimer en même temps à Lord Derby de la part de son Altesse le Grand-Vézir, toute sa gratitude pour les marques de bienveillance et de sympathie qu'il a bien voulu donner au Gouvernement Impérial à l'occasion des dernières mesures financières, et en particulier pour la déclaration qu'il s'est plu à faire à la députation des détenteurs de nos fonds, déclaration qui a fait l'objet du dernier télégramme de votre Excellence. Sa Seigneurie doit être absolument certaine que la Sublime Porte ne séparera jamais ses intérêts de ceux de ses créanciers qui lui sont chers à plus d'un titre. | Veuillez, &c.

Artin Dadian.

Nr. 5627.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung, betreffend Ueberweisung der Zolleinnahmen in Konstantinopel zur Deckung der Zinszahlungen.

Constantinople, January 12, 1876.

My Lord, — I have the honour to inclose the translation of a very important letter which has been addressed by the Grand-Vizier to the Imperial Ottoman Bank. " The Bank is to be authorized to incash, for the service of the public debt, the whole of the revenues of the Custom-house of Constantinople, after deducting the expenses of that administration, and is to appoint one of its own officers to control its accounts. ' This is an addition to the other revenues guaranteed by the Iradé of October to the service of the debt,

Nr. 5627.
Gross-
britannien,
12. Jan. 1876.

Nr. 5627.
Gross-
britannien.
12 Jan. 1876.

which the Government divests itself of applying to any other purpose. I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Extract from "La Turquie".

Nous reproduisons ci-après la lettre que son Altesse le Grand-Vézir vient d'adresser, à la date du 9 Janvier, à la Banque Impériale Ottomane, au sujet de l'exécution des dernières mesures financières. Ce document est de ceux qui sont au-dessus de l'éloge et rendent tout commentaire superflu. Nous exprimerons seulement une observation qui viendra à l'esprit de tous les lecteurs; c'est que l'énergie du Gouvernement pour faire face à ses nouveaux engagements défie toute défaillance. || Des affectations spéciales avaient garanti les paiements à effectuer. Mais les revenus formant ces affectations étaient partiellement engagés, de telle sorte qu'ils n'ont pas été suffisants pour l'objet auquel ils étaient destinés. Que fait le Gouvernement? Il comble la différence avec ses propres ressources. C'est ainsi que nous voyons pour la première fois le Trésor assurer le service de la dette sans avoir recours aux emprunts. C'est là un fait considérable. Il est la meilleure réponse aux commentateurs malveillants, aux appréciations pessimistes qui, dans ces derniers temps, se sont donné libre carrière. || On remarquera que par les dispositions de la lettre du Grand-Vézir, ainsi que grâce au concours que la Banque Impériale Ottomane ne manquera pas de prêter aux intentions loyales du Gouvernement, le service de la dette publique est désormais assuré et garanti. || Son Altesse Mahmoud Pacha n'a qu'à poursuivre son oeuvre avec la force de volonté dont il a donné tant de preuves. Tous les amis de l'Empire sont avec lui.

Son Altesse le Grand-Vézir à la direction de la Banque Impériale Ottomane.

Messieurs, — Vous n'ignorez pas qu'aux termes de la déclaration faite et publiée par la Sublime Porte le 6 Octobre, 1875, en vertu d'un Iradé Impérial, la moitié des intérêts et des amortissements de la dette publique de l'Empire doit se faire pendant une période de cinq ans en espèces, et l'autre moitié en nouvelles obligations 5 pour cent, dont les intérêts payables également en espèces; que tous ces paiements ont été garantis par le tribut d'Egypte et par les revenus des Douanes, du sel et du tabac, revenus auxquels on devra ajouter en cas d'insuffisance la partie nécessaire de la taxe sur les moutons; qu'ainsi des garanties réelles ont été données aux contractants de nos emprunts et aux porteurs de nos obligations; qu'enfin il a été décidé de consigner les fonds des dites affectations à la Banque Impériale Ottomane et aux Syndics qui doivent être nommés à cet effet pour fonctionner sous la surveillance et avec la coopération de la même Banque. || Vu le court intervalle de temps qui restait entre la date de la dite déclaration officielle et celle du coupon

de Janvier 1876, le Gouvernement Impérial, voulant pendant cet espace de deux mois et demi assurer à temps et intégralement ce service, a fait remettre, par le Ministère Impérial des Finances à la Banque Ottomane, 2,000,000l. sterling, prélevées non-seulement sur les affectations en question, mais encore sur d'autres revenus de l'Empire. || Ces 2,000,000l. sterling se décomposent ainsi qu'il suit: || Six cent et tant de mille livres sterling pour les échéances des Emprunts de 1860, 1862, 1864 et 1865; || Sept cent et tant de mille livres sterling pour donner des facilités aux contractants des avances dont le terme a été prolongé; || Six cent mille livres sterling pour le service du coupon de la dette générale, 5 pour cent échéant le $\frac{1}{13}$ Janvier, 1876. || Outre ces versements, le Trésor Impérial a payé, aux fondés de pouvoirs des contractants des bons du Trésor, 100,000l. sterling. De même il s'est proposé d'acheter pour 100,000l. dont il a payé déjà la moitié, ceux des coupons de la dette générale qui doivent être remboursés à Constantinople. || A l'heure qu'il est il ne reste plus à payer pour le service du coupon à Constantinople que 170,000l. sterling et pour celui des bons du Trésor 100,000l. sterling. Le terme de ces derniers paiements n'étant pas encore expiré, et dès lors la Banque Impériale ayant encore du temps devant elle pour y parfaire sur ses affectations, il n'existe donc plus pour elle la moindre difficulté. || De ce qui précède vous comprendrez aisément, Messieurs, que tout le service précité ayant été dès à présent assuré sur les revenus déjà donnés en garanties et sur certains autres en dehors de ces affectations, et ce à cause du très court intervalle de temps, vous comprendrez, dis-je, que le moment est arrivé, d'après le principe arrêté par le Gouvernement Impérial, de laisser pour l'avenir également, à la Banque Ottomane, le soin de garantir aux porteurs de nos obligations, pour le service du coupon et de l'amortissement de la dette publique de l'Empire, les affectations qui ont été spécifiées dans la susdite déclaration officielle du 6 Octobre, 1875, sans que le Gouvernement puisse leur donner une autre destination. || En conséquence, la Banque est autorisée en vertu d'un Iradé Impérial à se faire consigner entre les mains, à dater de ce jour, tous les revenus de l'administration impériale des contributions indirectes, après en avoir déduit les dépenses de cette administration, ainsi que le service de peu d'importance du coupon des Séhims et autres qui se fait jusqu'à ce jour et dont le chiffre est connu. Le tout sans préjudice de ce qui a été mentionné dans la même déclaration du 6 Octobre relativement aux Syndics. || L'administration précitée vient de recevoir des ordres dans ce sens. || De son côté la Banque Impériale Ottomane est invitée à se mettre, sans retard, en mesure de remplir cette mission en désignant un de ces employés, chargé de contrôler d'une manière permanente le mouvement et les comptes des caisses de la Douane de Constantinople pour le versement intégral entre ses mains de l'excédant des recettes, sans avoir nullement le droit de s'immiscer dans les affaires de l'administration dont il s'agit. || Veuillez, &c.

Nr. 5627.

Gross-
britannien.

12. Jan. 1876.

Nr. 5628.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Unterstützung der Insurrection in der Herzegowina durch Montenegro.

Pera, January 30, 1876.

Nr. 5628.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1876.

My Lord, — The following account of the system pursued by the Montenegrins in aid of the Herzegovina insurgents has been communicated to me from a person in a position to obtain the best information: — All the men (in Montenegro) capable of bearing arms are considered to be soldiers, and are made into battalions of 600 men. The Commanders and Majors of these battalions, who are called Commanders and Pod-commanders, receive pay; the remaining officers, non-commissioned officers, and men, are unpaid. When an expedition is contemplated, each man takes with him potatoes and bread, if he has any, for five days, and a reserve of provisions from each village is carried by women or baggage horse. The Austrian committees, having provided surgeons and medicines, hospitals and ambulances have been organized in some villages on the frontier. The Prince furnishes all those who join the insurgents without authorization, but he sends about a fifth part of his effective forces into the Herzegovina. Not to overtire these poor people, His Highness takes care to change them at the end of each expedition or when their provisions are exhausted. Reforms alone, it is stated, will never put an end to the insurrection, and force is of no avail so long as the insurgents and their Montenegrin friends have only to cross the frontier to be in safety. I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5629.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad (Mr. White) an den königl. Min. d. Ausw. — Serbische Rüstungen.

(Extract.)

Belgrade, February 5, 1876.

Nr. 5629.
Gross-
britannien.
5. Febr. 1876.

Although the echoes which reach this place from Vienna and Berlin, and even from St.-Petersburgh, are extremely pacific, and would lead one to suppose that political men in the continental capitals look upon the present disturbances in Turkey as in a fair way of being solved in the sense of Count Andrassy's project, it is my duty to report to your Lordship that there are numerous indications in Servia which, unfortunately, point to a contrary result.

The preparations which have been steadily going on for some months, and

which are now prosecuted with renewed vigour, the extraordinary powers voted by the "Skoupstchina", and demanded by the Servian Administration, the activity of numerous unofficial agents, whose connections are well known, all confirm the supposition that something important is in contemplation. || With the return of spring, a supreme effort will probably be made to enlarge the area of the insurrection, and to delay a pacific solution in the Herzegovina, by importing into the shifting sands of Eastern politics a Bosnian and Servian, and, possibly, a Bulgarian, and other questions.

Nr. 5629.
Gross-
britannien.
5. Febr. 1876.

Nr. 5630.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl.
Min. d. Ausw. — Die Zwecke Serbiens.

(Extract.)

Constantinople, February 8, 1876.

The assistance given by Servia and Montenegro to the Herzegovina insurgents has been commonly ascribed to a generous wish to help a kindred race to obtain redress for its grievances. | I repeatedly pointed out to your Lordship that what gave the insurrection its formidable character was the fact, apparently ignored by the Government most interested, that it was in reality a movement of national ambition. | The Prince of Servia has stated his views with frankness. | The strongholds of the insurrection are close to the frontiers of Montenegro, to which the people wish to be annexed, but Prince Milan declares that, if they are ceded to that Principality, he will at once declare war. He would do so also, if an Austrian force were to occupy any portion of Bosnia, for the purpose of insuring an equitable treatment of the people, and he would resist the grant to them of an autonomy, or the appointment of a Christian Governor. | If doubt were before possible, after the declarations of the Prince none can remain that the object of Servia is simply one of national aggrandizement.

Nr. 5630.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1876.

Nr. 5631.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl.
Min. d. Ausw. — Geldgebrauch des Sultans.

Constantinople, February 10, 1876.

My Lord, — I am informed, upon what appears unquestionable authority, that the Sultan has sent an imperative order to the Grand-Vizier to make up to him the amount deducted from his coupons under the late reduction of

Nr. 5631.
Gross-
britannien.
10. Febr. 1876.

Nr. 5631.
Gross-
britannien.
10. Febr. 1876.

interest upon the public debt. || In another despatch I have spoken of the utter inability of the public Departments to provide for the most pressing necessities, and the Minister of War admits that he would at no moment be surprised to hear that the troops in the Herzegovina refuse to act if kept in their present state of destitution. || The Commander-in-chief there has telegraphed to impress upon the Porte the necessity of immediately providing him with a sum of money to meet their pressing necessities, and the Minister has little to send them. || If, with a knowledge of this state of things, the Sultan persists in making large calls upon the finances, the prospects of the Empire may well be looked upon with dismay. I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5632.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Nichterscheinen des Sultans beim Freitagsgottesdienst.

Constantinople, February 11, 1876.

Nr. 5632.
Gross-
britannien.
11. Febr. 1876.

My Lord, — The announcement that the Sultan was unable to appear at the Friday noonday prayer, which it is the invariable habit of the Sovereign of this country to attend with much pomp, is calculated to give rise to much speculation. || The belief in His Majesty's death will probably be general, and some days may pass before the truth is known; for the demise of a Sultan is frequently kept concealed, and till His Majesty's next appearance in public there will be many among the Mahomedan classes who will believe in his death. || The importance attached to the attendance at the Friday's ceremony is so great that Sultans known to be dying have not ventured to omit it even within a few days of their death, although they have had to be supported on their horse; and one, at least, is said to have died in his saddle on the way to the mosque. || A near relative of the medical man who attended the late Sultan Abdul Medjid in his last illness assures me that on the Friday before his death the doctor besought His Majesty not to attempt to go to the mosque; but the Sultan had answered that he durst not venture to be absent, and I have heard from an eye-witness that he saw the Sultan pass with a mechanical contrivance by which he was fixed and supported in his saddle. || I mention these circumstances as showing that the ceremony in question has in the eyes of the Turkish population an importance which we can hardly understand. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5633.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Unterstützung des Aufstandes durch das russische Konsulat in Ragusa.

Constantinople, February 14, 1876.

My Lord, — The account of the encouragement and countenance given to the insurgents at Ragusa greatly exceeds all that I was prepared for. || The Russian Consulate is the open resort of the insurgent chiefs; their correspondence is sent to the Consul, who is a party to all their projects, and associates himself intimately with them. || He does not appear to make an attempt to conceal the part he is playing, for on the occasion of the death of the Chief Maxime, in one of the late encounters, the Russian flag at the Consulate was hoisted at half-mast, and M. Jonine himself joined the funeral procession. || With such acts as these it is not surprising that the insurgents should suppose their attempt to be fully approved by the Russian Government for they can hardly be expected to believe that an accredited agent would venture upon them without knowing that it meets with the approval of his superior authorities. || Some of the wounded when asked why they continue to struggle, when the Porte is ready to grant all their demands, have answered plainly that they are bound to go on as long as they are told by Russia to do so. || The assurances given at St.-Petersburgh of the wish of the Imperial Government that the insurgents would lay down their arms, must naturally go for nothing as long as its official Representative, with whom they are in communication, encourages them to go on. | I have, &c.

Nr. 5633.
Gross-
britannien.
14. Febr. 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5634.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Rivalität zwischen Serbien und Montenegro.

Belgrade, February 17, 1876.

Sir, — Ever since the commencement of the present disturbances in the Herzegovina it has been apparent that the conduct of the Prince of Montenegro has been exercising an influence on the attitude of Servia, and his example has been constantly used as a reproach to Prince Milan in the Slav newspapers published in the Hungarian dominions, and even by violent partizans of the "Omladina" in this Principality. || The connection of that Prince with the origin and duration of the present insurrection is generally believed here, and invoked as a title to popular favour amongst Slavs. || There are some circumstances in which that Prince has been particularly fortunate, and which contribute to invest him with a peculiar reputation of success in the national

Nr. 5634.
Gross-
britannien.]
17. Febr. 1876.

Nr. 5634.
Gross-
britannien.
17. Febr. 1876.

cause. He is said to have secured a loan, whilst Servia, with superior resources, has hitherto failed in contracting one; he appears to have escaped the admonitions of either Russia or Austria for his conduct, whilst Servia received a solemn warning from the Great Powers last October; more than that, the Imperial Court of Russia has given Prince Nicholas several indications of its sympathy, whilst Prince Milan has had none bestowed upon him since Count Soumorokoff's mission here at his marriage, and even the customary presents granted by the Czar on those occasions have been hitherto withheld. || Somehow or other an idea has got abroad that sooner or later the Prince of Montenegro would derive actual benefit, in the shape of an accession of territory, concurrently with the termination of the insurrection. || This supposition, though, as far as I can see, resting upon no basis, acts as a stimulant on the excitable politicians of Belgrade, and having been recently repeated, as if approaching realization, produced an unusual sensation here, by giving the war party a most welcome and convenient argument. || I felt it my duty to inform your Excellency of this mischievous report on the 10th instant, at 7 a.m., by telegraph, and received a contradiction of it in reply on the 14th instant. || In the meantime the Prince of Montenegro considered it his interest to send one likewise to Prince Milan, and I see from the "Times" newspaper of the 12th instant, that he has thought it worth his while to get a similar denial published in a telegram, dated Cettigné, February 11, disclaiming at the same time "any discouragement by his Government of the insurrection".

The despatch of a new special Envoy from here to Cettigné had been intended for some weeks previously, and Colonel Ranho Olympitch was at once sent off in that capacity, with instructions at the same time to transmit here regular information as to the conditions and plans of the insurgent forces. It is evident, therefore, that an approaching pacification is not anticipated here, and that Servia may be induced in the long run to participate in the struggle, unless the pacification of the Herzegovina is more prompt and easy than the people here are disposed or willing to believe. I have, &c.

W. A. White.

Nr. 5635.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Bosna-Seraï (Mr. Freeman) an den königl. Min. d. Ausw. — Fortgang des Aufstandes.

(Extract.)

Bosna-Seraï, February 18, 1876.

Nr. 5635.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1876.

I have the honour to inform your Lordship that the insurrectionary movement in this province appears to be on the increase. There have been several collisions lately between the troops and the insurgents, and according to official reports the latter have in every case been repulsed with great loss. Information has been received here that the insurgent chief Hubmayer and some twenty of his followers have been arrested in Austria and placed in con-

finement. It is thought that this act, far from discouraging any insurrectionary movement, will rather have the effect of irritating the frontier population in Austrian Croatia and inciting the insurgents to still greater efforts. ¶ Troops continue to arrive here from time to time by way of Mitrovitza, and after a few days halt are sent on either to the Herzegovina or to the north of Bosnia, but by far the greater number to the Herzegovina, notwithstanding the already large force collected in that province. These troops, who are chiefly Asiatic, seem quite unable to resist the rigours of a Bosnian winter, and there is a lamentable amount of sickness and mortality amongst them. The prevailing diseases are said to be typhus and various pulmonary complaints. ¶ The Imperial Firman of December has now been read in all the chief towns of this province, and I am told that everywhere it has been received with the same indifference as at Serajevo. The promised reforms, if conscientiously executed, would probably a year ago have prevented, or at all events delayed, the present outbreak; but I fear it is now too late, and have little doubt that before many weeks have elapsed the revolt will assume very serious proportions. ¶ I would here venture to remark that one important point seems to have been entirely overlooked. There is no question of disarming the Mussulmans, and yet, as long as a part of the population are permitted to carry arms and the remainder are denied this privilege, there cannot even be a semblance of equality. No doubt it would be a difficult measure to execute at the present moment; but I believe it could be done by a firm Governor-General, backed by a few battalions of picked troops; and at any rate, if the Mussulmans cannot be induced to deliver up their arms, they might be prohibited from carrying them in public. Not even the poorest Mussulman peasant now comes to market without being more or less armed, and the better classes are all armed to the teeth. This might be prohibited, and anyone transgressing the order should instantly have his arms confiscated. The effect of such a measure would be very great, and would be an indication that the Government was in earnest, and would, as events permitted, introduce the other promised reforms.

Nr. 5635.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1876.

Nr. 5636.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Fortdauer der serbischen Rüstungen trotz russischer Vorstellungen.

(Telegraphic.)

Belgrade, February 22, 1876.

Emperor of Russia's pacific representations, of which Sir H. Elliot got information on the 17th, were made to Prince Milan on that very day by the Russian Consul here, who left next morning for Vienna. ¶ However, this message has not been apparently productive of any result. ¶ No abatement of warlike preparations whatever in the meantime in Servia.

Nr. 5636.
Gross-
britannien.
22. Febr. 1876.

Nr. 5637.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg (Lord A. Loftus) an den königl. Min. d. Ausw. — Erklärung Russlands in Betreff des Konsuls in Ragusa.

St.-Petersburg, February 29, 1876.

Nr. 5637.
Gross-
britannien.
29. Febr. 1876.

My Lord, — I had an interview with Prince Gortchakow this day, and, in conformity with the instructions of your Lordship's despatch of the 23rd instant, I brought under his notice verbally the statements contained in Sir Henry Elliot's despatch of the 14th instant, in regard to the encouragement and countenance given to the insurgents by the Russian Consul at Ragusa. || I stated, that Her Majesty's Government had received these reports from a reliable source, and that I was instructed by your Lordship to mention them to his Highness, as the facts referred to were calculated to give a false impression of the policy of the Imperial Government in regard to the insurrection. || Prince Gortchakow said, that he had already received from Constantinople the information I was instructed to communicate, which had been mentioned by Sir Henry Elliot. He did not deny the facts, but observed that M. Jonine, the Russian Consul, had been most instrumental in preventing the Prince of Montenegro from openly cooperating with the insurgents; that he had strictly and successfully carried out his instructions to warn the Prince of Montenegro of the dangers he would incur by acting against the pacific efforts of the European Powers; that he could not interfere with the feelings of humanity which had led M. Jonine to succour the wounded and pay the last tribute of respect to a deceased friend, nor could he disavow him on account of these sentiments. || I observed to his Highness that, while giving full latitude to the personal opinions and private feelings of M. Jonine, he was still an official servant of the Imperial Government, and that his public acts, if in contravention of the policy of his Government, would naturally give rise to distrust and suspicion. || Prince Gortchakow replied, that the policy of the Imperial Government could not be misinterpreted, it was clear and open as noon-day. The most stringent counsels had been given both to the Prince of Servia and Prince of Montenegro, and M. Jonine had rendered great service in exercising a salutary influence on the Prince of Montenegro. || His Highness further remarked that M. Jonine had considerable influence in those parts, which could now be usefully exercised in inducing the insurgents to submit and the refugees to return to their homes. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5638.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Fürst Gortschakoff hofft auf Pacification des Aufstandes.

St.-Petersburgh, February 29, 1876.

My Lord, — At my interview with Prince Gortchakow to-day, I inquired from His Highness how matters were progressing towards the pacification of the Herzegovina. Prince Gortchakow expressed himself hopefully, although he said nothing of a decided nature had yet taken place. His Highness observed, that the Porte had acted wisely, and that the Grand-Vizier and Raschid-Pasha had shown courage and decision in the part they had taken. || He referred to the visit to Vienna of General Rodich, the Austrian Governor-General of Dalmatia, and considered that his influence on the insurgents and refugees would be most salutary. Of Slavonic origin himself, and known to possess strong sympathies for the population of the Herzegovina, General Rodich was specially fitted for the important task committed to him, and he entertained no doubt that his voice and counsel would have great weight with the insurgents and refugees. || Prince Gortchakow further observed, that more stringent measures were being adopted by Austria on her frontiers which would exercise a considerable moral influence on the adjoining population. || I subsequently had an interview with M. de Giers, who stated that conciliatory influences were now at work, not only on the part of Austria, but also on the part of Ali-Pasha, who was endeavouring to gain over the moderate chiefs and partisans of the insurrectionary party, and he hoped with some success. M. de Giers stated to me most emphatically that under no circumstances would Russia act alone (his words were "en tête à tête") or separate herself from the other powers in the Eastern question. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5638.
Gross-
britannien.
29. Febr. 1876

Nr. 5639.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den englischen Botschafter in Konstantinopel. — Mittheilung der Maassregeln behufs Rückkehr der geflüchteten Familien.

Sublime Porte, le 29 Février, 1876.

M. l'Ambassadeur, — J'ai l'honneur d'informer votre Excellence que les dispositions suivantes relatives au retour dans leurs foyers des familles qui de la Bosnie

Nr. 5639
Türkel.
29. Febr. 1876

Nr. 5639.
Türkei.
29. Febr. 1876.

et de l'Herzégovine ont émigré sur le territoire Austro-Hongrois, en Serbie et au Monténégro, viennent d'être arrêtées. || La Sublime Porte s'inspirant de ses sentiments de bienveillance envers ces familles dont la situation fait l'objet de toute sa sollicitude, a décidé, pour leur assurer avant tout une entière protection, de déléguer des fonctionnaires ayant pour mandat de veiller à ce qu'elles soient à l'abri de toute violence et de tout arbitraire. Elle a donné aux autorités locales l'ordre de leur fournir des subsides, toutes les facilités nécessaires pour la reconstruction de leurs maisons et de leurs églises et de procurer aux cultivateurs les moyens qui leur seront indispensables pour reprendre leurs travaux. Enfin elle a décidé de faire aux populations des localités éprouvées remise de la dîme pour la présente année et de l'impôt pour deux ans. | En informant votre Excellence que j'ai prié le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique de porter à la connaissance de ces familles qui se trouvent en Autriche-Hongrie les nouvelles faveurs dont elles sont l'objet de la part du Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan, je saisis, &c.

R a s c h i d.

Nr. 5640.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Schwierigkeiten der Pacification.

Constantinople, March 4, 1876.

Nr. 5640.
Gross-
britannien.
4. März 1876.

My Lord, — Wassa-Effendi, who is appointed to superintend the reforms to be inaugurated in the Herzegovina, and especially to provide for the return of the refugees, left Constantinople yesterday. || I was not previously acquainted with him, but, as far as I am able to judge, he appears to be a man of energy, and in earnest in the duty confided to him. || He is an Albanian by birth, a Roman Catholic by religion, and was, I believe, formerly a follower of Garibaldi. || The task that he has before him is an arduous one, and one of his first difficulties is likely to be in getting sufficient funds placed at his disposal for the relief of the destitute people he is to watch over. | I asked him also what power he would have of executing prompt and summary punishment in the case of outrages against the refugees, and I cannot say that his answer is satisfactory. || There will be three different authorities in the provinces, all more or less independent, between whom some jealousy is pretty sure to arise; and I cannot find that any of them possesses the power of carrying out a summary capital punishment. In this country, as in England, a soldier who murders a civilian is handed over for trial to the civil authority, which cannot carry out a capital sentence till it is confirmed from Constantinople, and

the benefit of a prompt example, which is so essential in a state of things like the present, is thereby lost. It is not to be expected that acts of violence will not be perpetrated against the refugees; for in addition to the fanatical feelings by which the Mussulmans may be animated, many of them must entertain a thirst for revenge for wives and children murdered, and for property carried off by those who are about to return, and it will require a firm hand and a resolute repression to keep them in check. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5640.
Gross-
britannien.
4. März 1876.

Nr. 5641.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan an den Königl. Min. d. Ausw. — Aeusserungen des Grafen Andrassy.

(Extract.)

Vienna, March 9, 1876.

With reference to your Lordship's telegram of yesterday, I have the honour to inform you that I waited this morning on Count Andrassy, and stated to him that I had been instructed to call the serious attention of the Imperial Government to the intelligence received at Constantinople, and reported in Sir Henry Elliot's telegram of the 8th instant, that a band of 700 men with large supplies of ammunition coming from Austrian territory had taken part in a combat between the Turkish troops and the Herzegovinian insurgents on the 5th instant. His Excellency said that similar information had been forwarded to him from Constantinople; but as he had received no confirmation of it from Ragusa, he believed it must be exaggerated. There was, however, a body of insurgents under the command of a priest named Musics, near the frontier, and as Ljubibratic is known to have left Ragusa under a false pretext, he may have joined it with a small following, which could not, however, have exceeded 100 men. || The measures which have been already taken and those which were preparing, would, he felt confident, prevent any important assistance in men or supplies reaching the insurgents; and what he considered most important now was that the Turkish authorities should co-operate without delay with those of Austria in endeavouring to establish peace. | For this purpose General Rodich, who had been obliged to leave Ragusa to open the Dalmatian Diet, has been instructed to comply with a suggestion of the Prince of Montenegro, by which his Highness said his own hands would be strengthened, and to proceed to Sutorna and represent to the insurgent chiefs the impolicy of continuing hostilities which must end disastrously to the country, instead of accepting the advantageous terms which have been offered to them by the Porte. || His Excellency said he had every reason to hope that such

Nr. 5641.
Gross-
britannien.
9. März 1876.

Nr. 5641.
Gross-
britannien.
9. März 1876.

representations would prove successful when it was made manifest to the insurgents that no assistance could reach them from without; but he felt at the same time that, if the Turks carried out an intention which they are alleged to have, of attacking an insurgent camp near Klek, negotiations for peace will probably fail, as the insurgents will represent any conflicts sought by the Turkish troops as proving the insincerity of the offers of the Porte. The Turkish Commanders ought, on the contrary, to endeavour to avoid conflicts, and by acting in large masses, and keeping between the insurgents and Montenegro, to push them quietly towards the Dalmatian frontier, on crossing which they would be disarmed and removed to the interior, from whence they could eventually be sent to their homes with the refugees. His Excellency then expressed regret at the delay which has occurred in the arrival of the Commissioners, and he said he feared Mouktar-Pacha, who is desirous of military successes, may be unwilling to support the pacific mission confided to them; but what he considers would be most fatal to the efforts which are being made to effect the pacification of the insurgent provinces, would be a change of Ministers at Constantinople, as the Christians would be induced by their Chiefs to see in such an eventuality a proof that the policy of the Government had changed. || His Excellency said he had therefore authorized Count Zichy either to seek an audience of the Sultan, or, if the Turkish Ministers thought it more expedient, to communicate indirectly with His Majesty, to represent to him that the Emperor of Austria is most desirous of seeing an insurrection suppressed which is almost as detrimental to the interests of Austria as to those of Turkey; and that already with a view to this object he had not only succeeded in preventing the conclusion of an offensive alliance against Turkey between Servia and Montenegro, but had received a positive engagement from Prince Nicholas to use his influence with the insurgents to induce them to return to their allegiance on the terms offered by the Porte; that the Emperor had further taken measures to prevent the insurrection receiving assistance from his own territories, and, while he was representing to the insurgent Chiefs the folly of attempting to carry on hostilities in opposition to the will of Europe, he was endeavouring to induce the refugees to return to their homes. That His Imperial Majesty felt, however, that to insure the success of his efforts in favour of peace it was absolutely necessary that he should be able to convince the insurgents of the benevolent and conciliatory sentiments with which the Sultan is ready to pardon their revolt, and he might find it impossible to do so, if a change of Ministers at Constantinople should enable the promoters of the insurrection to persuade the ignorant peasantry that the Sultan had repented of the concessions which he had promised to them, and had dismissed the Ministers by whom they had been recommended. || His Excellency said some action of this kind was, he believed, the more necessary as the Sultan was not only displeased with his present Ministers, in consequence of their inability to provide funds to meet his exorbitant re-

quirements, but because Server-Pasha is said to have assured him that the insurrection was entirely suppressed before he left the Herzegovina, and that all reports to the contrary must be false.

Nr. 5641.
Gross-
britannien.
9. März 1876.

Nr. 5642.

TÜRKEI. — Adresse muselmännischer Patrioten an Lord Derby*).

Milord, — Les périls d'une situation qui aggrave chaque jour nous ont décidés à vous adresser le présent manifeste. Avant toutes choses nous prions votre Seigneurie de vouloir bien excuser l'anonyme que nous sommes obligés de garder. Ce n'est pas que les hommes qui vous écrivent ne soient décidés à courir des dangers aussi grands que ceux que présenterait la divulgation provenant par exemple de la perte de la présente dépêche; mais ils croient que le devoir leur impose de se conserver encore à leur pays qui plus que jamais a en ce moment besoin d'eux. Cette précaution misérable à laquelle nous sommes tenus donne déjà à votre Seigneurie une idée du régime sous lequel nous vivons. Il faut, cependant, qu'une fois au moins la voix de la vérité soit entendue par les Gouvernements Européens si imparfaitement renseignés, hélas, jusqu'ici sur la situation de notre malheureux pays. Une preuve évidente éclatée même de cette ignorance (veuillez nous passer le mot) est tout justement le contenu de la note adressée par l'Autriche aux Gouvernements Français, Anglais et Italien, note qui vient d'être communiquée à la Porte et acceptée par celle-ci. Ce n'est point d'ailleurs que nous dévions incriminer les intentions de l'Autriche en cette circonstance; mais nous affirmons que l'état réel des choses ne lui est pas connu. Cette affectation de protection partielle donnée aux Chrétiens ne profitera pas à ceux-ci, croyez-le, Milord. Les promesses que pourra faire le Cabinet actuel ne seront pas plus tenues que par le passé; mais la connaissance de ces promesses aura infailliblement comme résultat d'exaspérer l'élément Musulman qui ne saurait admettre que l'Europe, foyer de civilisation, exige qu'une partie des peuples de la Turquie soit favorisée aux dépens de l'autre. Pour les personnes éclairées il est évident que les Etats Européens en accordant cette protection partielle, en apparence au moins, croient employer un palliatif qui en faisant disparaître l'inégalité supposée préparera les voies d'un meilleur avenir. C'est là une erreur déplorable, fatale si elle se prolonge; car elle amènera les désastres depuis si longtemps redoutés. La souffrance est ici égale pour tous, Milord, et nous ne souffrons

Nr. 5642.
Türkei.
9. März 1876.

*) Diese Adresse wurde in dem Konstantinopeler Blatte „Stambul“ vom 2. Juni 1876 veröffentlicht mit der Angabe, dass gleiche Adressen an Mr. Disraeli, Lord Granville, Marschall Mac Mahon, Mr. Thiers, Mr. Gambetta, Fürst Bismarck und Sr. Visconti Venosta ergangen seien.

Nr. 5642.
Türkel.
9. März 1878.

pas moins que nos frères compatriotes les Chrétiens. Ce n'est point dans les Chrétiens, ce n'est point dans les jalousies, les rivalités, ou dans les préférences de races et de religions qu'il faut chercher les causes d'une situation dont l'Europe elle-même s'est enfin emue. Ces causes proviennent exclusivement de l'administration inique sous laquelle gémissent plus de trente millions d'hommes. Qu'au lieu d'être livrés aux caprices extravagants d'un Souverain comme le Sultan Abdul-Aziz, les populations de la Turquie soient enfin régies par un bon Gouvernement, et il ne sera plus question de querelles de races ou de religions. Si au lieu d'un despote qui se croit très sérieusement représentant de Dieu et inspiré par lui, nous étions gouvernés par un Monarque sage, s'appuyant sur une Chambre consultative composée de représentants de toutes les races et de toutes les religions, la Turquie, considérée non sans raison aujourd'hui comme un obstacle à la civilisation moderne, prendrait sans peine la place à laquelle lui permet de prétendre aussi bien la fertilité de ses territoires que l'intelligence de ses peuples*). Voilà, Milord, la vraie solution de la question d'Orient, celle qui peut avoir lieu sans effusion de sang, sans un trouble général pour l'Europe. D'après certains préjugés établis à l'étranger, il est admis que les lois fondamentales qui nous régissent nous mettent dans l'impossibilité de nous soustraire au despotisme même s'il est aussi scandaleux que celui qui nous écrase aujourd'hui. C'est encore là une des erreurs que ont le plus contribué à amener le déplorable état de choses actuel. Le principe fondamental du gouvernement Turc est au contraire essentiellement électif. L'avènement des Sultans dépend absolument du *hissat* (acceptation de la nation). La loi dont nous citons plus bas le texte indique que le sceptre doit être remis au plus âgé des membres de la famille régnante, et que l'élu de la nation doit être en pleine possession de ses facultés physiques et morales. Le souverain pendant tout le temps de son règne doit exécuter fidèlement la mission qui lui est confiée, se vouer aux intérêts publics, et donner surtout l'exemple du respect de la loi**). S'il est constaté que le souverain viole la loi***), sa déchéance doit être immédiate; et si ce mandataire infidèle de la nation vient à résister à l'application de cette même loi qui lui enjoint de quitter le trône il peut subir les conséquences de la fureur publique. Voilà la loi sacrée. Est-il maintenant nécessaire de faire remarquer à votre Seigneurie que les violations de cette même loi par le Sultan actuel sont innombrables?

*) "Koran. — 'Je t'ordonne de concerter les affaires avec eux. Les croyants doivent être gouvernés par leur Assemblée Nationale.'"

***) "Mahomet. — 'Vous tous (mes Lieutenants) vous êtes des pasteurs et vous êtes responsables de vos troupeaux; l'Iman (chef de l'État) en est responsable par dessus tous.'"

****) "Omar. — 'Ne considère nullement que les biens de l'État appartiennent à ta personne. Chaque membre de la nation a des droits sur ces biens, et tu n'es qu'une simple unité dans la masse. Toi, tu n'as droit qu'à la part qui peut revenir à un élu comme chef, et il faut que cette part soit assignée du consentement de la nation. Sans ce consentement tu ne peux rien toucher en plus.'"

N'en citer qu'une petite partie serait encore chose trop longue et qui exigerait la confection de volumes entiers. Les gaspillages monstrueux, les excès de toute nature, les cruautés, les persécutions auxquelles se livre ce misérable fou, dont la folie la plus grande est peut-être de croire qu'il peut compter comme souverain en plein dix-neuvième siècle, ont amené entre autres choses la situation financière que voici: Depuis le commencement du règne d'Abdul-Aziz, c'est à dire depuis quinze ans, la Turquie est arrivée par des emprunts successifs à devoir deux cent soixante sept millions de livres Turques (plus de six milliards de francs), portant en moyenne l'intérêt de 9 pour cent l'an. Nous affirmons à votre Seigneurie que ces chiffres sont d'une rigoureuse exactitude. En regard de ce passif effroyable nous trouvons que notre pays ne produit qu'une rente de vingt millions de livres (529,000,000 de francs environ), et cette rente va décroissant chaque année. Où donc est engouffrée cette somme énorme? On cherche vainement les institutions d'utilité publique auxquelles la plupart des emprunts étaient destinés, disait-on à l'Europe, quand il s'agissait de la décider à déboursier. Comme chemins de fer nous possédons entre l'Europe et l'Asie à peine 2,000 kilomètres de voie. Les lignes qui composent ces réseaux sont pour la plupart défectueuses et ont coûté au pays cinq ou six fois au moins ce qu'elles valent. Celles de Roumélie, pour lesquelles le Budget est aujourd'hui grevé de sommes énormes, ne sont pas encore reliées avec le réseau Européen et le Gouvernement s'est placé vis à vis de son concessionnaire le Baron de Hirsch dans une situation telle que celui-ci peut en ce moment, par le seul effet de sa volonté, empêcher le service international des postes, service à l'exécution duquel la Porte s'est engagée par le traité de Berne. Donc en fait de chemins de fer en compensation de sacrifices excessifs le pays n'a rien retiré, en fait de routes non seulement rien n'a été fait; mais on a même laissé se détériorer complètement celles des voies de communication qui avaient été construites pendant les règnes précédents. Une seule province, celle du Danube, est sillonnée de bonnes routes, mais que votre Seigneurie ne suppose pas que le Ministère de Travaux Publics y en a rien contribué. La construction de ces routes est due à l'initiative d'un Gouverneur-Général, Midhat-Pacha, qui, aidé seulement de populations devouées, a obtenu d'elles sans vexations, sans arbitraire, la création des voies dont il s'agit. Les cours d'eau ne manquent ni en Asie ni en Europe, et cependant à l'exception du Danube, surveillé par une Commission Internationale, aucun des fleuves qui traversent nos fertiles provinces n'a été aménagé de façon à porter un navire du plus petit tonnage. Sur le littoral pas un port, pas une jetée n'ont été construits, et dans la Mer Noire, comme dans la Méditerranée, les produits du sol Ottoman doivent être embarqués sur des navires ancrés en rade foraine. Autrefois le voyageur trouvait sur sa route des bains, caravanserais et des fontaines. Ces témoignages de la sollicitude des Sultans et aussi de la générosité de certains donateurs particuliers, ne sont plus que des ruines, les bains s'écroulent, les fontaines sont taries. Rien n'est fait, rien n'est même

Nr. 5642.
Türkei.
9. März 1876.

entretenu. En ce qui concerne l'agriculture la production privée des voies de communication pour l'écoulement est en outre écrasée par une série d'impôts interminables et dont la perception est opérée avec une impitoyable brutalité. Si l'Europe pouvait savoir ce que ces mots qu'elle lit parfois dans nos journaux: 'Le vilayet de... ou la ville de... vient d'envoyer au Ministère des Finances la somme... partie ou solde de ses impôts', — si l'Europe, disons nous, pouvait savoir ce que ces quelques mots racontent de misères, de désespoirs et de mauvais traitements, elle serait épouvantée. Serons nous crus lorsque nous disons à votre Seigneurie que les seules dépenses permises depuis six mois aux Gouverneurs des Provinces sont affectées à la construction de nouvelles prisons? Se doute-t-on qu'en Turquie en ce moment plus de 40,000 individus sont incarcérés pour dettes et presque tous pour dettes envers ce Gouvernement Turc qu'une certaine presse plus ou moins stipendiée cherche à vous peindre comme s'efforçant de marcher à l'instar de vous tous dans la voie de la civilisation? Nous venons d'esquisser à grands traits la situation affreuse dans laquelle la Turquie s'enfonce chaque jour d'avantage. Nous avons expliqué à votre Seigneurie que le déficit énorme qui va toujours augmentant résulte d'emprunts dont le produit a été sans relâche dissipé par le Sultan aidé d'ailleurs de ses Ministres; car il ne saurait conserver ceux qui chercheraient à s'opposer au pillage régulier qu'il opère dans les caisses de l'Etat. Nous ne citerons à propos de ce pillage qu'un exemple entre des milliers, mais nous choisissons le suivant parce qu'il a quelque chose d'assez caractéristique dans la situation actuelle. En conformité du décret publié le 6 Octobre dernier le paiement des intérêts de la dette pendant cinq ans se trouve réduit 50 pour cent. Le Sultan lui n'a pas admis qu'une pareille mesure put en rien l'atteindre et il a touché intégralement le montant de l'intérêt des huit millions de Consolidés qu'il détient. Cette nouvelle a transpiré. Le Grand-Vizir a cherché à la démentir; mais nous affirmons à votre Seigneurie que le fait est exact et elle peut s'en assurer par l'intermédiaire de l'Ambassadeur Anglais. Il est vrai que le Sultan n'a touché que 50 pour cent de ses intérêts à la Banque, mais les autres 50 pour cent ont été encaissés au Ministère des Finances. Pour ceux qui connaissent les habitudes d'Abdul-Aziz il n'y a rien là qui étonne, et l'on sait bien qu'il n'est personne dans son entourage d'assez osé pour lui faire remarquer qu'il devrait être le premier à donner l'exemple du respect de la loi qu'il a lui-même promulguée. Abdul-Aziz a pris au Ministère des Finances le solde des intérêts de ses titres comme il y a toujours pris et y prendra tout ce qu'il lui plaira d'y prendre quand il sera informé que les caisses de ce Ministère ne sont pas vides. A propos du décret du 6 Octobre, que votre Seigneurie nous permette encore quelques réflexions. Cette mesure prétendue nécessaire n'est qu'un nouveau piège tendu à une crédulité que nos gouvernants croient être chronique en Europe. Mahmoud-Pacha en affichant la fermeté d'un homme d'affaires qui demande à ses créanciers un délai pour sauver leur avoir, n'a eu d'autre but que d'éviter de montrer la

situation telle quelle est. Il n'y avait aucune nécessité de faire la banque-route partielle dont notre Gouvernement vient d'assumer le déshonneur. Ce désastre pouvait être évité si des mesures radicales avaient été adoptées et si l'on avait mis dès maintenant en pratique les moyens si nombreux de faire produire le pays. Un exposé sincère de notre vraie situation présentée à l'Europe eut prouvé à celle-ci que si bas qu'elle soit tombée aujourd'hui, la Turquie, avec une bonne administration, peut se relever rapidement et en six ans prendre le premier rang parmi les pays les plus riches. Cette conduite honnête nous eut rendu des sympathies dont on nous a donné déjà tant de preuves dans le passé. Notre crédit se fut soutenu d'abord, augmenté ensuite par le bon emploi des nouveaux capitaux mis à notre disposition, et nos intérêts eussent été sauvés aussi bien que ceux de l'Europe qui sont aujourd'hui complètement compromis, si non irremédiablement perdus. Si l'on conservait quelques illusions sur les intentions du Grand-Vizir lors de la publication du décret du 6 Octobre, son attitude depuis cette époque les a complètement dissipées. Si la mesure consistant dans la réduction des intérêts de la dette avait été dictée par un sentiment honnête on eut dès lors adopté des mesures propres à assurer l'avenir. On se fut avant tout préoccupé de vraies réformes. Rien de pareil n'a eu lieu. On s'est livré à des agissements puériles ou dangereux, agissements qui pour les gens connaissant ici les hommes et les choses ont invariablement témoigné de la plus grande mauvaise foi. On a publié des décrets qu'on avait l'intention bien arrêtée de ne pas mettre à exécution; leur publication a semé les germes les plus dangereux de discordes chez des populations qui, quoique on en veuille dire, vivaient jusqu'ici dans le plus parfait accord. Après avoir pris connaissance de ce qui précède, votre Seigneurie trouvera probablement étrange que du moment que la loi nous permet de délivrer le pays de tout souverain fou ou pervers, nous ne déposions pas le Sultan Abdul-Aziz qui est en même temps pervers et fou. Cette détermination que commande le salut du pays serait aussitôt exécutée que prise par ceux qui vous écrivent et qui représentent l'opinion de la grande majorité de la nation, s'ils ne craignaient de se voir immédiatement accusés par l'Europe de fomenter un mouvement contre l'élément Chrétien. Mais, et il faut bien le reconnaître, pourraient-ils empêcher que dans la commotion qui se produirait probablement, une lutte fratricide n'eut lieu sur quelques points? C'est douteux, vu la situation qui est aujourd'hui faite au pays en effet, et, ainsi que nous l'avons expliqué plus haut, il est résulté d'informations erronées fournies aux Gouvernements Européens que ces derniers se sont posés vis-à-vis de la Porte comme obligés de donner une protection spéciale aux Chrétiens de la Turquie. La Porte, au lieu d'apaiser le mécontentement qui se produisait dans ses provinces en y réformant sa mauvaise administration, cause de tout le mal, a publié des édits d'autant plus maladroits qu'ils étaient adressés à des populations malheureusement peu éclairées encore. Il en est résulté que les Chrétiens se considèrent maintenant comme des victimes incomprises jusqu'ici, et

Nr. 5642.
Türkei.
9. März 1876.

auxquelles tout sera permis dans l'avenir. D'autre part, les Musulmans, blessés de l'instance du Gouvernement autant que de l'attitude que commencent à prendre les Chrétiens, se croient eux-mêmes destinés à devenir les victimes d'une préférence qu'ils ne s'expliquent pas. Votre Seigneurie voit l'impasse terrible dans laquelle nous sommes engagés. Il existe, cependant, un moyen d'en sortir. Que les Gouvernements Européens donnent à leur représentants en Turquie l'ordre de s'entendre franchement avec les gens formant le parti énergique et modéré, qui a en ce moment à sa tête Midhat-Pacha et bien d'autres moins connus que lui, mais, comme lui, éclairés et courageux, et tout changera promptement de face. Si les puissances ne peuvent s'entendre pour une action collective dans ce sens, l'appui de votre seul Ambassadeur nous suffirait pour l'aide moral dont nous avons besoin. Peut-être pourrions nous éviter la déposition du Sultan actuel, et arriverions nous à refréner son despotisme insensé. Des institutions pouvant contrebalancer le pouvoir absolu, dont il fait un si triste usage, seraient rapidement établies, et nous entrerions enfin dans une phase de calme et de régénération. On s'est plu en quelque sorte dans certains circles à blamer, on a été même jusqu'à tourner en ridicule le vœu émis par les gens éclairés en Turquie relativement à la création d'une Chambre des Représentants de la nation. Les détracteurs de ce projet ont dit que le pays n'était pas mûr encore pour une semblable institution, et que ce qu'il lui faut c'est un despotisme éclairé. Sans vouloir chercher si le despotisme peut être éclairé quelque part, nous devons nous contenter de faire remarquer à l'Europe ce que le despotisme est en Turquie, et les résultats qu'il y a donnés jusqu'ici. Nous ne demandons pas pour le moment un Parlement qui règle toutes les questions, toutes les lois; mais ce Parlement, composé de représentants de toutes les races et de toutes les religions, n'eût il au début qu'à s'occuper des questions intérieures et à contrebalancer l'absolutisme du souverain, rendrait déjà d'immenses services. Rien ne sera possible sans sa création. Ce que nous voulons, en un mot, c'est une institution modelée dans une certaine mesure sur le système Anglais. Elle n'atteindra certainement pas dès le début de son fonctionnement le degré de perfection obtenu chez vous; mais elle préparera un meilleur avenir, comme nous venons de le dire. Si le parti que nous nous sommes permis d'indiquer n'est pas promptement adopté, il est permis de craindre les plus tristes éventualités. Ceux qui vous écrivent, Milord, n'ont que trop de peine à maintenir dans un calme apparent une population que ses souffrances, toujours croissantes, finiront par jeter dans un courant de violences épouvantables. Si, ce que Dieu ne plaise, de pareils malheurs se produisent, nous serons au moins exempts de toute responsabilité, puisque nous aurons prévenu ceux qui pourraient nous sauver. Nous espérons, d'ailleurs, encore l'appui de l'Europe. Nous ne saurions désespérer de l'appui de l'Angleterre, qui nous a donné si souvent des marques d'intérêt. Les intérêts matériels de l'Europe ne devraient-ils pas, d'ailleurs, suffire au besoin à l'engager à s'occuper de nous? Il n'y a pas seulement pour elle à sauver

les sommes énormes qu'elles nous a déjà avancées. Notre beau pays, s'il est soutenu et bien administré peut offrir pour les capitaux qui abondent en Europe le plus magnifique débouché. Le territoire Ottoman est d'une fertilité, d'une richesse que l'on connaît à peine. La nature a été généreuse pour lui, et il peut récompenser largement des moindres soins qu'on lui donnera. Le discours que vous avez prononcé à l'ouverture de la Chambre des Lords a été lu ici avec une profonde attention. Nous y avons constaté que vous n'ignorez pas les vraies raisons qui ont amené notre horrible situation. Il nous est donc permis de répéter une fois encore cette vérité, que le Gouvernement corrompu qui nous épuise actuellement disparaisse, et dès qu'il aura été remplacé par une administration sage et libérale, tout le monde pourra vivre et travailler. C'est ce que demandent les patriotes Musulmans. — Constantinople, le 9 Mars, 1876.

Nr. 5642.
Türk.
9. März 1876.

Nr. 5643.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Schwierigkeiten der Pacification.

Vienna, March 18, 1876.

My Lord, — Although Count Andrassy speaks confidently of the certain success of the measures which are about to be taken by the Turkish authorities, in concert with those of Austria-Hungary in Croatia and Dalmatia, for the pacification of Bosnia and the Herzegovina, I learn that the Government are fully aware of the present very unpromising aspect of the question. || When Haidar-Effendi arrived at Brod, on his way to Bosnia, he had a conference with the principal refugees in that neighbourhood, who surprised him — as if the subject had never been seriously considered at Constantinople — by stating the nature of the material and pecuniary assistance which the authorities must be prepared to afford to returning refugees, and the military measures which would be necessary to protect them from the armed and excited Turkish population, to whom the Government had confided in a great measure the defence of the country since the outbreak of the insurrection. I have been told that Haidar-Effendi, who went on to Scrajevo, intended to ascertain from the Governor there whether the requirements of the emigrants could be complied with, and how far military means could be employed for escorting them from the frontier, and subsequently protecting them in their villages. My informant said that a considerable force would be necessary for the former object, and that, unless detachments of eight or ten men could be left at each village the refugees, many of whom are most anxious to return, would be afraid to do so. | Similar measures would, of course,

Nr. 5643.
Gross-
britannien.
18. März 1876.

Nr. 5643.
Gross-
britannien.
18. März 1876.

be equally required to induce the refugees in Dalmatia to venture across the frontier; and the Turkish force in the provinces, which cannot now, my informant said, exceed 12,000 men, would be inadequate for this duty, even if the insurrection were at an end, and its services were not required in the field. He is therefore of opinion that, without a great addition to the Turkish troops, there is little probability of peace and security being re-established in the districts which have been disturbed. || Another essential element for effecting that object is, he added, also wanting, as the Commissioners have arrived at their respective destinations empty-handed, and without having sufficient means to enable them to re-establish the peasantry in their homesteads, and to provide them with the necessaries of life until the harvest. || It would appear that, unless the Porte can furnish without delay the troops and the money, which are evidently indispensable for re-peopling the country, and re-establishing peace and the authority of the Sultan, there is much reason to fear that the insurrection which Count Andrassy considers is already under his control, may continue indefinitely to be a serious drain on the resources of the Porte, if it does not lead to the more disastrous eventualities desired by the enemies of the Ottoman Empire. || I have, &c.

Andrew Buchanan.

Nr. 5644.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Die österreichischen Vorstellungen an den Fürsten Milan.

(Extract.)

Belgrade, March 20, 1876.

Nr. 5644.
Gross-
britannien.
20. März 1876

I have the honour to report to your Lordship the substance of a conversation I had yesterday with my Austro-Hungarian colleague, Prince Wrede, on the subject of his interview with the Prince of Servia, on the 17th instant, and which I reported to Sir Henry Elliot in my despatch of the 18th instant to your Lordship. || Having called on Prince Wrede, our conversation not unnaturally included the present condition of affairs in this Principality. || Prince Wrede having read to me portions of the last instructions he received from Count Andrassy on the subject, told me that he had insisted with the Prince of Servia on receiving a positive engagement, within the next few days, similar to the one from the Prince of Montenegro, and by which Servia would pledge itself to discontinue the military preparations begun. || He further added that his Government had no intention to throw any obstacles in the way of the Prince of Servia re-organizing his army, or even completing his armaments later, provided it was not done now, at a moment when it might impede and endanger the work of pacification undertaken by

the Sovereigns of Russia and Austria, and which they had so much at heart. || I suggested the remark that as the two Imperial Cabinets attached naturally so great a value to the success of his, Prince Wrede's, representations here, it was perhaps to be regretted that some mode had not been devised in making this last communication to the Prince of Servia, by which the Russian Representative here might have actively taken a part in the common task. || Prince Wrede told me that Prince Milan had admitted entirely that he had constantly received most pacific councils from our Russian colleague, M. Kartzoff, and I gathered from Prince Wrede that the Prince of Servia considers (and it may be with some show of reason) that these last remonstrances of the Austrian Representative here go deeper and differ somewhat in character from those previously made to His Highness, and it was probably on that account that the Prince declined to accept the language of Prince Wrede, as exactly expressing the views of the Emperor of Russia, as well as those of the Emperor of Austria, until he receives some direct confirmation to that effect from St. Petersburg through the Russian Diplomatic Agent accredited here. || In fact the Prince told Prince Wrede that he would ask M. Kartzoff to telegraph at once what had passed to Prince Gortchakow. || Prince Wrede said that there was nothing in his instructions which could throw any light why it should have been considered superfluous to employ M. Kartzoff as well as himself, in holding that language to the Prince of this country; but though he had no information on the subject, he thought it was known that the alliance and cordial agreement of the two powerful Monarchs was firmly established and rested on a firm basis. || Prince Wrede said further that, moreover the step he had been instructed to take was merely an earnest and friendly warning ("un avertissement amical et sérieux"), as to what should happen to Servia in case of non-compliance with these demands, as recommended by the two Emperors.

Nr. 5644.
Gross-
britannien.
20. März 1876.

Nr. 5645.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über eine Audienz des Generals Ignatieff beim Sultan.

Pera, March 20, 1876.

My Lord, — I have the honour to inclose the copy of a report from Mr. Sandison, giving some account of General Ignatiev's audience of the Sultan. || From what His Majesty said respecting Hussein Avni Pasha, it may be assumed that he has at least no immediate intention of replacing him at the

Nr. 5645.
Gross-
britannien.
20. März 1876.

Nr. 5645. head of affairs, which would certainly not be desirable; but the Sultan's ex-
 Grom-
 britannien-
 20. März 1876. pressions of satisfaction with his present Grand-Vizier must be received with
 reserve. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Mr. Sandison to Sir H. Elliot.

Pera, March 20, 1876.

Sir, — I have the honour to report what is considered to be the general substance of the conversation which took place on the occasion of General Ignatiev's audience of the Sultan on Saturday last. The first topic being Montenegro and the insurrection, his Excellency begged to give His Majesty the assurance that Russia was most anxious to see the pacification of the insurgent provinces, and that orders with that view had already been conveyed from the Emperor to the Prince of Montenegro. || His Excellency then spoke of the financial situation, which, it was generally hoped, had actually received the earnest consideration of His Majesty's Government as one of the most important questions of the day. His Majesty replied that this was one of the matters which occupied fully the attention of his Grand-Vizier, who, acting on wiser principles than his predecessor, Hussein-Avni-Pasha, was conducting the affairs of the State to his imperial satisfaction, adding that he appreciated at the same time the exertions made by his Highness in connection with the Firman of Reforms, which he was glad to see was being properly carried out. The General said he felt gratified, in his turn, to be able to state that Mahmoud-Pasha's administration had met with general satisfaction in Europe. || The conversation was once more brought to bear on Montenegro, which the General said would present an element of security to Turkey, provided it was possible to satisfy the wishes of Prince Nicolas and of his people. His Majesty replied by saying that he had already given his instructions on the subject to the Grand-Vizier, but that he found him strongly opposed to territorial concessions. The General having apparently wished to press the subject further, received a more categorical answer from the Sultan, to the effect that his Government would try to satisfy Montenegro in other ways, but not by anything like territorial concessions. || I have, &c.

A. Sandison.

Nr. 5646.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Bemühungen für eine Waffenruhe.

Vienna, March 24, 1876.

My Lord, — I had an interview with Count Andrassy on the 20th instant, when his Excellency spoke hopefully of a successful issue of his efforts for the pacification of the Turkish insurgent provinces, though he admitted the difficulties arising from the inability of the Porte to provide sufficient funds for the purpose. He said that the Prince of Montenegro has already given assurances that he will abstain from encouraging or taking part in the insurrection; and that, though the Prince of Servia has asked for a few days for consideration before giving a categorical answer to a demand recently made to him by the Austrian agent at Belgrade for similar assurances, there can be little doubt that his answer will be satisfactory. || The negotiations for a suspension of hostilities were, he said, still pending, and General Rodich had also stated that he would be unable to meet Mouktar-Pasha and the insurgent chiefs until after the 28th instant, but the Porte having agreed to an armistice of twelve days, on the condition that during its duration Niksich might be provisioned, orders had been sent to General Rodich, in the Emperor's name, to communicate immediately with the insurgent chiefs, and to arrange without delay for a suspension of hostilities, and a conference in which he should take part between them and the Turkish Commander-in-chief. || On my calling, however, two days later at the Ministry for Foreign Affairs to ascertain the result of these orders, I was told that the insurgents had agreed to the suspension of hostilities and the Conference, but had stipulated that the escort of the convoy of provisions to be sent to Niksich should be limited to one battalion, and, as such a condition would be deemed inadmissible by Mouktar-Pasha, Count Andrassy had proposed that the road to Niksich should be left open for provisioning the fort during the armistice, and that the insurgents, on the other hand, should also be permitted to receive supplies at the same time, from the Montenegrin frontier. || It might be expected, therefore, that the negotiations for the restoration of peace would be opened in the course of a few days, and, notwithstanding the warlike language held by the insurgents, there is reason to believe that the more moderate among them are disposed to accept favourable terms, which will be offered to them. || The Porte had proposed to accompany the promulgation of the amnesty with a declaration that the property of those who did not avail themselves of it would be confiscated and given to the refugees or insurgents returning to their allegiance; but Count Andrassy having represented that such a declaration would be impolitic, and render those willing to return open to

Nr. 5646.
Gross-
britannien.
24. März 1876.

Nr. 5646.
Gross-
britannien.
24. März 1876.

the reproach of having done so in order to enrich themselves at the expense of their former friends and neighbours, the declaration will be amended to the effect that the property of those not accepting the amnesty will be sold, and the proceeds applied to relieve the distress of the sufferers from the insurrection. || With respect to General Ignatiew's representations to the Sultan, reported in a recent telegram of Sir H. Elliot, in favour of an extension of territory and a port being granted to Montenegro, I was told at the Ministry for Foreign Affairs that, as the Russian Ambassador here has never once suggested the expediency of such a measure, General Ignatiew must be supposed to have acted on his own responsibility and without instructions in making a personal appeal to the Sultan in support of it. It may be, however, that M. de Novikow has not raised the question here, as he must be aware that Count Andrassy would consider any concession by the Porte, under present circumstances, to the ambitious views of Servia and Montenegro as extremely impolitic, and as an encouragement to their creating new embarrassments to the Government of the Sultan. || It is satisfactory, however, to know that, whatever may have been the conduct of his Ambassador at Constantinople, the Emperor Alexander has held very earnest language to the Prince of Montenegro, my French colleague having learnt from Cettigné that Prince Nikita had received a letter from the Emperor reproaching him for his conduct and the indifference shown to the advice of Russia, and expressing His Imperial Majesty's surprise at meeting with such ingratitude from Prince Nikita and the Principality. || While such language proves the sincerity of the Emperor's desire for the maintenance of peace, it may be hoped that the pensioner of Russia, to whom it has been adressed, will not dare to disregard it. || I have, &c.

Andrew Buchanan.

Nr. 5647.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Widerspruch zwischen den serbischen Erklärungen und Handlungen.

Constantinople, March 27, 1876.

Nr. 5647.
Gross-
britannien.
27. März 1876.

My Lord, — Mr. White reported this morning the satisfactory assurances and explanations given by Prince Milan to the Austro-Hungarian Consul-General. || Count Zichy yesterday communicated to the Porte the substance of the language by which his Highness had assured Prince Wrede that he had no hostile designs against Turkey, and that the pretended military preparations of the Principality were no more than what was necessary for the

maintenance of the War Department in its ordinary state of efficiency. || The transparent inaccuracy of this explanation in the face of the efforts which have been made to purchase arms and horses requires no comment, and the Prince's assurances of his pacific intentions are equally open to doubt. || At the very moment when they were being made known to Raschid-Pasha from the Austrian Embassy a telegram was received at the Porte stating that there had been a complete organisation of small bands of Servians on the frontier between Novi-Bazar and Vischegrad which had passed into Bosnia at different points, killing many villagers and pillaging the country. || These accounts will probably be found as usual to be exaggerated; but Raschid-Pasha says that there cannot be any doubt that what is going on the frontier is greatly at variance with the assurances given by the Prince. || I have, &c.

Nr. 5647.
Gross-
britannien.
27. März 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5648.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Zwölftägige Waffenruhe vereinbart.

Constantinople, March 28, 1876.

My Lord, — An arrangement has been come to at Ragusa between the Turkish Commissioner-in-chief and General Rodich, by which hostilities will be suspended for a period, it is believed, of twelve days. || General Ignatiew asserts, that this armistice is due to the intervention of the Prince of Montenegro. || I have, &c.

Nr. 5648.
Gross-
britannien.
28. März 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5649.

GROSSBRITANNIEN. — Agent in Ragusa (Mr. Monson) an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendung einer Proclamation Ali-Pascha's.

Ragusa, April 1, 1876.

My Lord, — At the last moment before the post closes I am able to transmit copy, and a very rough and hurried translation into French, of Ali-Pasha's proclamation. || Your Lordship will observe, that it is dated the 24th ultimo; but it has only been put into circulation yesterday, thus eliminating a week of the period of grace accorded to the insurgents. || Ali-Pasha gave it to be understood that the text of the Proclamation had been sent to him

Nr. 5649.
Gross-
britannien.
1. April 1876.

Nr. 5649. from Constantinople, and that he was not responsible for it. It can hardly
 Gross- be said to be conciliatory, and the barest reference is made in it to the re-
 britannien. forms which the Porte, in deference to the wishes of the great Powers, has
 1. April 1876. consented to grant. || I fear it will not be accepted by the insurgents as a
 satisfactory manifesto. || I have, &c.

Edmund Monson.

Beilage.

Proclamation.

(Traduction.)

Sa Majesté notre illustre et gracieux Empereur et Souverain a donné l'ordre qu'on publie sa grâce et clémence à votre égard afin d'écartier le désordre où est tombé votre pays et que ses sujets soient sauvés de l'abîme où ils sont jetés par des promesses criminelles et mensongères de quelques rebelles. | Vous connaissez tous quelles mesures ont été prises de la part du Gouvernement Impérial au commencement de ces troubles et avec quelle justice on a agi pour que ni votre pays ni même un seul d'entre vous ne souffrit dommage; mais en vain, car ceux qui cherchèrent la satisfaction de leur désir dans la valeur de votre pays, et ceux parmi vous qui suivirent ces discours donnèrent un autre sens à l'initiative bienfaisante qu'avait pris le Gouvernement et y répondirent par les armes; c'est ainsi qu'ils forcèrent le Gouvernement pour rétablir la paix à reprimer et à châtier. || Vous vîtes et comprîtes combien l'accomplissement de ce devoir a causé du sang versé depuis six ou sept mois, et que l'intention de ceux qui vous ont poussés aux désordres n'était point la tranquillité de votre patrie, mais plutôt ceci, de vous faire tomber en diverses souffrances et en tirer leurs avantages; vous vous séparâtes de vos familles, de votre patrie et de vos maisons, et ne trouvâtes que dommages et privations. || Notre illustre Empereur, attristé par cet état de choses dans son coeur Impérial, n'a pas seulement consenti à vous faire participer aux clauses du juste Firman, clauses qui suffisent pour donner de la sécurité et du bonheur à votre patrie et à tous ses habitants, pour compenser les pertes causées par les troubles, et pour réaliser encore quelques améliorations importantes et essentielles qui sont nécessaires dans votre patrie, et pour vous faire jouir ainsi des avantages légaux et y trouver le progrès, mais aussi a pardonner tout le crime de la désobéissance à tous ceux d'entre vous qui déposeront leurs armes et se soumettront en quatre semaines à compter du jour de cette proclamation. Il ne manquera pas de se donner la peine de prendre des mesures qui faciliteront et assureront votre sécurité et votre bien-être, ainsi que celui de vos familles, quand vous retournerez dans votre pays. Il est attendu que plusieurs d'entre vous apprécieront comme il le faut cette manifestation de la clémence souveraine; et s'il y a de ceux

qui n'ont pas encore eu les yeux dessillés, qu'ils verront aussi, et rentreront dans le bon chemin. Mais s'il se trouve de ceux qui ne savent pas être reconnaissants de tant de grâce souveraine, et persisteront obstinément dans la désobéissance, les troupes Impériales continueront à les reprimer. C'est pourquoi il vous est recommandé sincèrement de bien réfléchir à ceci: qu'il vous est nécessaire de montrer l'obéissance à votre Souverain légitime afin de réparer les torts dont vous vous êtes rendus coupables et de rétablir la paix dans votre patrie.

Le $\frac{12}{24}$ Mars, 1876.

Vali et Commissaire du Vilayet de l'Herzégovine,
Ali.

Nr. 5649.
Gross-
britannien.
1. April 1876.

Nr. 5650.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Misstrauen gegen die serbischen Versicherungen.

Belgrade, April 8, 1876.

My Lord, — An opinion is gaining ground here that Servia is not sincere in her assurances, and that she intends to take an early opportunity of openly siding with the insurgents. || It is true, that the militia have not yet been actually called out; but, should General Rodich fail in his negotiations, there are reasons to fear some hostile movement || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 5650.
Gross-
britannien.
8. April 1876.

Nr. 5651.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Scheitern der Unterhandlungen.

(Extract.)

Vienna, April 9, 1876.

With reference to my telegrams of yesterday, I have the honour to inclose herewith an extract from the "Correspondance Autrichienne" of last night, containing a report of General Rodich's interview with the insurgents near Castel Nuovo, and the conditions on which they have offered to lay down their arms*). || The result of the Conference has doubtless caused disappointment here.

Nr. 5651.
Gross-
britannien.
9. April 1876.

*) Siehe darüber oben Nr. 5590 und 5591.

Nr. 5651.
Gross-
britannien.
9. April 1876.

|| It may, however, still be hoped that, if the inadmissible pretensions of the insurgents are met by measures here which will convince them and the Prince of Montenegro that the Government of the Emperor is determined that Dalmatia shall no longer be used as a base for military operations, they may reconsider their demands, and accept the terms which the Porte is willing to grant them. || Should other counsels prevail, and the insurrection be continued, even in the doubtful case of Servia and Montenegro remaining neutral, the policy of the present Grand-Vizier will have signally failed, and it may be feared that the Turkish Government will come to consider that all the resources of the country, without any regard to foreign creditors, should be devoted to the maintenance of Mussulman supremacy in the European Provinces of the Empire, as the only means of prolonging its existence.

Nr. 5652.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — [Haltung Oesterreichs gegenüber den Forderungen der Insurgenten.

Vienna, April 10, 1876.

Nr. 5652.
Gross-
britannien.
10. April 1876.

My Lord, — As Count Andrassy's time is at present entirely taken up with the conferences between the Cis- and Trans-Leithanian Ministers, I called this morning on Baron Hofmann, and informed him, with reference to your Lordship's telegram of the previous day, that the accounts recently received by Her Majesty's Government as to the prospect of Servia maintaining her promises are not satisfactory, and that some hostile movement was apprehended, if General Rodich failed in his negotiations with the insurgent chiefs. I observed also that this information had become extremely serious, in consequence of the recent movement in Bosnia, and the very unsatisfactory result of General Rodich's proceedings in the Suttarina. || Baron Hofmann said, it is unfortunately true that the revolutionary party in Servia is endeavouring to drive the country into war, and that as great excitement prevails throughout the Principality it may be doubtful whether Prince Milan will have sufficient firmness to resist them. Austria and Russia, however, will continue to use their efforts at Belgrade to prevent war; and as they have both warned the Prince that he will be held responsible for disregarding the wishes of the Great Powers to prevent any violation of the peace of Europe, there is reason to hope that His Highness will consider that the consequences of offending the Emperors of Austria-Hungary and Russia will be more dangerous than any risk he may incur by resisting the agitators for war. || As to the Herzegovina, his

Excellency said it might also be hoped that the insurgents there would moderate their pretensions on learning that Count Andrassy, without waiting for the arrival of their memorial, had, on receiving a telegraphic report of its contents, declared their demands to be inadmissible, and had instructed General Rodich to inform them that all that was reasonable in these demands had been already granted by the Porte, in conformity with the suggestions contained in his Excellency's despatch of the 30th December last, and that though the Austrian Government would continue to use its influence at Constantinople to secure the execution of the promises already made by the Porte, they considered that to claim further concessions would be unreasonable, and the terms on which it has been proposed to effect the pacification of the country must therefore be strictly maintained, and the insurgent chiefs held responsible for the consequences of declining to accept them. || It was intended also, he said, to instruct General Langenau, by telegraph, to propose to Prince Gortchakow that a joint communication should be addressed by Austria and Russia to the Prince of Montenegro, calling upon His Highness to insist upon the chiefs laying down their arms, and accepting purely and simply the terms of pacification which have been offered to them. || I have, &c.

Andrew Buchanan.

Nr. 5652.
Gross-
britannien.
10. April 1876.

Nr. 5653.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Safvet-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). — Unannehmbarkeit der Forderungen der Insurgenten.

Constantinople, le 13 Avril, 1876.

J'ai fait connaître antérieurement à votre Excellence les réformes complémentaires octroyées à la Bosnie et à l'Herzégovine par Iradé Impérial du 18 Mouharrem, 1293. Ces réformes, dans lesquelles on voyait un moyen de pacification des districts insurgés, n'ont pas encore abouti à ce résultat tant désiré. Néanmoins, le Gouvernement Impérial n'a reculé devant aucun sacrifice. Puisant surtout ses inspirations dans ses sentiments de clémence et de sollicitude pour ces populations égarées, il a adopté des mesures pratiques et efficaces, jugées par les Puissances garantes elles-mêmes comme devant amplement suffire à l'oeuvre de pacification. Il a chargé des commissaires spéciaux d'aller constituer sur les lieux des commissions exécutives pour veiller à l'application des réformes, au rapatriement et à l'installation des réfugiés. Aussitôt arrivés à destination, ces Commissaires ont solennellement proclamé qu'une amnistie était accordée à tous les insurgés qui, dans le délai de quatre semaines, déposeraient les armes pour retourner chez eux, et que le même

Nr. 5653.
Türkei.
13. April 1876.

Nr. 5653.
Türkei.
13. April 1876.

délai était assigné aux réfugiés pour se rapatrier; que tous seraient sans distinction l'objet de la plus efficace protection, qu'on leur donnerait les facilités nécessaires pour la reconstruction de leurs maisons et de leurs églises incendiées, ainsi que des subsides et des moyens pour commencer leurs travaux; qu'enfin les rentrants seraient exemptés de la dîme pendant un an et des autres impôts pendant deux ans. Ces mesures elles-mêmes ont été impuissantes à modifier sensiblement la situation. Alors est venue l'entrevue à Raguse du Général Rodich avec Ali- et Mouktar-Pachas, et dans laquelle il a été arrêté qu'un répit de douze jours serait accordé aux Chefs insurgés pour aller à Sutorina conférer avec le Gouverneur-Général de la Dalmatie. Ainsi mis à même d'apprendre les nouvelles preuves de la générosité de leur Souverain à leur égard, ces Chefs insurgés se sont sentis en quelque sorte encouragés à formuler des conditions et des propositions aussi inqualifiables qu'inadmissibles. En présence de cette situation, le Cabinet de Vienne lui-même nous a informé qu'étant d'avis que les limites tracées par les mesures déjà adoptées de commun accord avec les Puissances ne doivent pas être franchies, il a donné l'ordre de rejeter ces demandes et de notifier aux insurgés que désormais ils auraient à s'adresser aux autorités Ottomanes. Le Comte Andrassy ajoute que les rebelles ont demandé conseil au Prince du Monténégro, qu'il cherchera à influencer ce dernier, et qu'il compte sur une action identique de la Russie. Quant à nous, nous continuerons l'oeuvre de la pacification par la fidèle et scrupuleuse exécution des réformes et des mesures arrêtées. En même temps, sans nous départir de la modération que nous nous sommes imposée dès le début, nous donnerons une nouvelle impulsion aux opérations militaires et augmenterons au besoin l'effectif de nos troupes en Herzégovine. J'ajouterai toutefois que nos autorités n'en useront pas moins des moyens de persuasion pour ramener les insurgés dans la voie de l'obéissance. C'est pour vous mettre au courant de la situation que j'ai tenu à vous communiquer ce qui précède.

Nr. 5654.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Oesterreich hält die Forderungen der Insurgenten ebenfalls für unannehmbar.

(Extract.)

Vienna, April 13, 1876.

Nr. 5654.
Britannien.
11. April 1876.

Having received yesterday a telegram from Mr. Monson, of which I inclose a copy, I called on Baron Hofmann to ask whether any information had reached him respecting the alleged appointment of M. Wessilitzky to act for the insurgent Chiefs at Constantinople. ¶ His Excellency said it appeared that

M. de Wessilitzky had received a written communication from the Chiefs, containing the conditions on which they stated to Baron Rodich that they would lay down their arms, and in which, after acknowledging his past good offices on their behalf, and in assisting the refugees, they had requested him to recommend those conditions to the favourable consideration of the Great Powers and of the Porte. || His Excellency said, that M. Wessilitzky appeared, therefore, to have left Ragusa for Vienna; but it was impossible that he could be received at the Porte, as the representative of the insurgents, to negotiate a pacification of the Herzegovina. || I had mentioned to his Excellency on the previous evening on meeting him accidentally, that I had been surprised to learn that General Ignaticw had spoken of Count Andrassy as not considering the demands of insurgents to be unreasonable, and as I again referred to this representation of the Russian Ambassador at Constantinople, his Excellency, without apparently attaching much importance to it, informed me that at first there had been a slight difference of opinion between Count Andrassy's view of the present state of the question and that of Prince Gortchakow, who had considered that the conditions demanded by the insurgents offered a basis for negotiating an arrangement. || The two Governments had, however, he said, now come to an agreement (Prince Gortchakow having adhered to Count Andrassy's opinion) that no further conditions can be proposed to the Porte, and that those already formulated must remain the limit of the concessions to be granted to the Christian population of the insurgent Provinces; but it is hoped at the same time that, within those conditions, explanations may be given as to the details of the manner in which they will be carried out, which will satisfy the Chiefs that all that is reasonable in their demands will be secured to them. The suspension of hostilities ought, therefore, he said, to be prolonged, in order to give time for further communication with Constantinople and with the insurgents; and the same language would be held on the subject by the Austrian and the Russian Ambassadors. || I afterwards called on M. de Novikow, who spoke in the same sense as Baron Hoffmann, respecting the impossibility of M. Wessilitzky, who is a Russian subject, being received at the Porte as the representative of the insurgents, and his Excellency endeavoured to diminish the importance of the part which has been already taken by that gentleman in the recent communications with the Prince of Montenegro and the insurgent chiefs.

Nr. 5654.
Grom-
britannien,
13. April 1876.

Nr. 5655.

TÜRKEKEL. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die Pforte klagt Montenegro der Täuschung bei Vermittelung der Waffenruhe an.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 13 Avril, 1876.

Nr. 5655.
Türkei.
13. April 1876.

Votre Excellence sait que le Général Baron Rodich avait reçu la mission de réunir à Sutorina les chefs insurgés pour porter à leur connaissance les mesures généreuses dont ils ont été l'objet de la part du Gouvernement Impérial, les engager à se soumettre et à rentrer dans leurs foyers. En même temps, une entrevue nous a été conseillée entre Ali- et Moukhtar-Pachas, et le Gouverneur-Général de la Dalmatie. Cette entrevue a eu lieu à Raguse. Indépendamment de l'entente qui s'y est établie sur les dispositions à prendre réciproquement tant à l'égard des réfugiés que des insurgés, le Baron Rodich a demandé à conférer avec les chefs insurgés. Ces derniers, répondant à ce désir du Baron Rodich, n'avaient voulu y consentir, qu'à la condition qu'une trêve de douze jours leur serait assurée. De son côté, le Prince du Monténégro a appuyé leur demande, et prom's conjointement le ravitaillement de Nikchik à travers la Principauté. Notre Commandant-en-chef a consenti à cette trêve. La Sublime Porte, qui ne l'avait pas autorisée, se réserve d'examiner la manière d'agir en cette circonstance du Commandant-en-chef, et de la blâmer, s'il y a lieu; en tout cas, elle a reconnu le fait accompli. Mais j'ajouterai qu'en même temps il avait été entendu et décidé que Nikchik, que nos troupes allaient en ce moment ravitailler, en forçant les positions occupées par les insurgés à cet égard, le serait pendant la trêve, et que les provisions passeraient librement par le Monténégro. Le Prince Nicolas, qui désirait vivement l'entente des chefs insurgés avec le Baron Rodich, avait formellement promis de donner à cet effet toutes les facilités désirées. Les douze jours de répit ont été scrupuleusement observés; ils se sont pleinement écoulés, et pendant que les chefs insurgés formulaient les conditions et les demandes inqualifiables que vous connaissez, nous n'avons pu introduire aucun approvisionnement à Nikchik, grâce aux empêchements déguisés que le Monténégro s'est ingénié à cumuler pour faire manquer complètement cette aspiration, et cela, lorsqu'il était connu que tout autre chemin nous était fermé par suite de l'engagement pris de ne pas attaquer les positions occupées par les insurgés. | Aujourd'hui, ces derniers, profitant des avantages de leur situation, faisant appel à toutes les forces dont ils disposent, concentrent leurs derniers efforts pour empêcher ce ravitaillement. En présence de l'entente intervenue à Raguse, en présence de la promesse formelle que le Prince Nicolas s'est empressé de donner à cet égard comme un témoignage et comme un gage de son désir de concourir à la pacification, nous nous demandons comment nous devons

interpréter les faits tels qu'ils se sont présentés à nous. Serait-ce faire une conjecture hasardée que de supposer que notre confiance et notre bonne foi ont été surprises, et que les chefs insurgés, d'accord avec le Monténégro, nous ont fait perdre du temps pour profiter des circonstances? || Telle est notre impression, et je vous prie de la soumettre à l'appréciation bienveillante du Gouvernement de Sa Majesté la Reine.

Nr. 5655.
Türkei.
13. April 1876.

Nr. 5656.

GROSSBRITANNIEN. — Agent in Ragusa an den königl. Min. d. Ausw. — Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. — Verwendung von Baschi-Bozüks.

Ragusa, April 14, 1876.

My Lord, — Moukhtar-Pasha, with twenty battalions, is, I am told, on his way to the relief of Nicksich, and a serious engagement with the insurgents may be expected within two or three days. Nearly all the troops have been withdrawn from Trebigné, and Constant-Pasha has warned the Turkish Consulate here that communication between that town and Ragusa is for the moment hazardous. || The employment of Bashi-Bazouks is under the serious consideration of the Turkish military authorities, who begin to perceive that with regular troops alone they have no chance of suppressing the insurrection. They argue that the kind of warfare carried on by the insurgents is one which cannot be fairly met but by similar tactics; that the daily perpetration of outrages and massacres (it is to-day reported that some zaptiehs have been burned alive by the Christians) justify the use of reprisals; and that even on philanthropical grounds, if the insurrection is to be stamped out, any hesitation at employing every practicable coercive measure is misplaced. They are aware that foreign countries will probably protest against such a policy; but they maintain that such protests would not be made if Europe clearly understood the savage and brigand-like character of the warfare practised by the insurgents. || I have, &c.

Nr. 5656.
Gross-
britannien.
14. April 1876.

Edmund Monson.

Nr. 5657.

RUMÄNIEN. — Circular des Min. d. Ausw. an die auswärtigen Agenten Rumäniens. — Neutralitätserklärung.

M. l'Agent, — Au milieu des émotions qui l'agitent encore, l'Europe éprouve un si grand besoin de paix, un tel désir d'éviter toute cause de con-

Nr. 5657.
Rumänien.
April 1876.

Nr. 5657.
Roumanion.
April 1876.

flagration, que je ne crois pas superflu, pour conserver à notre pays les sympathies des Puissances Garantes, de leur rappeler, à l'occasion, l'attitude paisible et absolument correcte que le Gouvernement du Prince a conservée depuis le commencement de la crise qui a éclaté en Orient. Cette attitude, prudente autant que loyale, ne résulte pas seulement des idées personnelles d'un groupe d'hommes qui, se trouvant au pouvoir, auraient dirigé, dans ce sens, le courant de l'opinion; elle ressort encore et surtout des traditions, des sentiments, des vrais intérêts du peuple Roumain. || Géographiquement séparé de la Turquie par un des plus grands fleuves du monde, forte de son autonomie, confiante dans les Traités qui garantissent son existence, la Roumanie n'a pas à revendiquer des droits qu'elle n'a jamais aliénés. Bien qu'étrangère, par la langue, par le sang et par le génie de son peuple, aux races qui habitent la Turquie, elle ne leur marchand pas ses sympathies; mais elle ne voit rien, non plus dans ce qui se passe au delà du Danube, qui doive lui faire oublier les questions économiques et sociales qui s'agitent dans son sein et qu'il lui faut résoudre à tout prix. Le peuple Roumain comprend que de la solution de ces problèmes dépendent son repos et son bien-être intérieurs. || Le désir de réaliser tout le progrès compatible avec notre temps et nos moyens forme aujourd'hui, M. l'Agent, l'objet de nos constantes préoccupations. Développer notre agriculture et notre commerce; créer de toutes pièces, pour ainsi dire, notre industrie; multiplier nos relations avec les pays voisins; mettre l'instruction à la portée de tous; augmenter nos voies de communication; n'y a-t-il pas là de quoi absorber toutes nos facultés? Cette noble tâche, ce vaste champ ouvert à l'intelligence et à l'activité des Roumains, ne sont-ils pas dignes d'une nation jalouse de prendre place dans la grande famille des peuples civilisés? || Ces idées de paix et de progrès forment un programme auquel nous saurons rester fidèles. Comptant en toute occasion sur la sympathie des Grandes Puissances, confiants en nos propres forces pour nous développer pacifiquement, nous faisons, de la stricte observation des Traités, la base même de notre politique. || Dans les circonstances actuelles, cette politique se définit d'un mot — la neutralité. Si elle nous crée des droits à l'appui et à l'estime des Puissances Garantes, elle nous impose aussi des sacrifices et le devoir de faire respecter cette neutralité. || Ce qui précède doit suffire pour édifier les plus prévenus sur les véritables sentiments du peuple Roumain et sur les véritables intentions de son Gouvernement. J'ai tout lieu de croire que ces franches explications réduiront à néant les bruits répandus naguère sur de prétendus armements que nous songerions à faire. || Vous savez, en effet, M. l'Agent, que les Corps Législatifs n'ont accordé cette année, au Ministre de la Guerre, en fait de crédits extraordinaires, qu'une somme de 950,000 fr. Si ce Ministre dispose actuellement d'une réserve de 4,000,000 fr., c'est parce qu'il a conservé intacts 3,000,000 fr. sur le crédit qui lui avait été alloué l'année dernière, et dont il aurait déjà trouvé l'emploi, si le Gouvernement avait nourri, ne fût-ce qu'un instant, les projets belliqueux qu'on lui a si gratuitement

attribués. Ne pensez-vous pas, Monsieur, que, le cas échéant, il aurait dû songer, tout d'abord, à donner à notre infanterie cette uniformité d'armement que réclament pour elle tous les hommes spéciaux, et que nous serons néanmoins obligés de lui faire attendre encore? || Tels sont les faits, M. l'Agent, telle est, je le répète, la conduite pacifique que le Gouvernement du Prince a suivie, et qu'il est décidé à suivre encore. Observateur scrupuleux des Traités, spectateur désintéressé des événements qui se déroulent autour de lui, il ne songe qu'aux moyens de mettre en oeuvre les immenses ressources dont la Roumanie peut disposer. || Vous voudrez bien, Monsieur, vous pénétrer de ces idées, et vous en inspirer exclusivement dans toutes les communication verbales que vous serez appelé à faire à M. le Ministre des Affaires Etrangères de . . . || Agréez, &c.

Nr. 5657.
Rumänien.
April 1876.

Ballatchano.

Nr. 5658.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russland wünscht ein Eingehen auf die Forderungen der Insurgenten.

St.-Petersburgh, April 14, 1876.

My Lord, — At an interview I had yesterday with Prince Gortchakow, his Highness informed me, in reply to my inquiry, that he had declined to accede to the proposal of Count Andrassy to make a joint representation to the Prince of Montenegro, urging him to insist on the acceptance by the insurgent chiefs of the terms offered to them. || Prince Gortchakow stated that he was of opinion that the counter-proposals of the insurgent chiefs should not have been so summarily rejected. He observed, that the fact of the counter-proposals being made was a proof that the insurgents, under certain conditions, were ready to lay down their arms. || He further observed, that there was nothing in the counter-proposals of the insurgent chiefs which was in opposition to the spirit of Count Andrassy's proposals. || They neither asked to be freed from the direct rule of the Sultan, nor did their counter-proposals aim at any territorial dismemberment of the Empire. The maintenance of the six garrisons in the Herzegovina and Bosnia was a proof that they projected no dismemberment of the Empire. Their object alone was to obtain some guarantee for the execution of the proposals accepted by the Porte. || His Highness stated that he regretted that the counter-proposals of the insurgents had not been taken into consideration, as they might, in his opinion, form the basis of an understanding. || From what Prince Gortchakow said, I am led to believe that he has taken steps to induce Count Andrassy

Nr. 5658.
Gross-
britannien.
14. April 1876.

Nr. 5658.
Gross-
britannien.
14. April 1876.

to modify his opinions, with a view to a renewal of the negotiations with the insurgent chiefs. At the same time, I could perceive, from the language of the Chancellor, that he was most anxious to maintain a perfect understanding and cooperation with Austria, and to prevent anything which could lead to a divergence of opinion between the two Cabinets in regard to Eastern affairs. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5659.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte lehnt das Ansinnen Russlands ab, auf die letzten Forderungen der Insurgenten einzugehen.

a.

Constantinople, April 17, 1876.

Nr. 5659.
Gross-
britannien.
17. April 1876.

My Lord, — I learn from Raschid-Pascha that the Turkish Ambassador at St.-Petersbrough reports Prince Gortchakow to have said that the Porte should express a readiness to examine the last propositions of the insurgents, in which case the Russian Government would instruct their Agents to advise the Chiefs to enter into communication with the Ottoman authorities. || The Porte considers that this would be a certain step towards direct foreign interference. || The concessions of the Porte had been approved and considered sufficient by both Austria and Russia, which had promised to recommend their acceptance by the insurgents, and Cabouli-Pasha is instructed to express the surprise and regret felt by the Sultan's Government that, after having frankly followed the course that was advised, they should now be urged to declare themselves ready to examine demands of which they have not even official cognizance. || I have, &c.

Henry Elliot.

b.

(Extract.)

Constantinople, April 17, 1876.

Every attention will be paid to any reasonable propositions or demands made directly to the Turkish authorities by the insurgents; but the Porte will not be a party to delusive negotiations carried on by agents in whose good faith they can place no confidence. || Additional troops will be at once sent to Bosnia and the Herzegovina, and likewise to Scutari, for while there is no intention of attacking Montenegro, so little trust can be placed in the assurances of the Prince that the Porte is bound to be prepared for any emergency which may arise.

Nr. 5660.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Aeusserungen Fürst Gortschakoff's.

(Extract.)

St.-Petersburgh, April 20, 1876.

I had an interview with Prince Gortchakow this day, and we had some conversation on Eastern affairs. || His Highness considered that the negotiations hitherto carried on through Baron Rodich are exhausted; that the Porte, by the action of Moukhtar-Pasha, had appealed to arms; and that the European Powers had only now to await the decision of the conflict. || Prince Gortchakow said, "La parole est aux canons, et il faut attendre une dizaine de jours pour savoir l'issue du combat". || I found Prince Gortchakow anxious to maintain the existing concert of the European Powers, and to avoid any complications which might produce discord among them. He stated very frankly to me that Russia had no interested policy; that she coveted no extension of territory (adding that she had already too much, and that he had always opposed her extension in Central Asia). All that Russia aimed at was the maintenance of peace in Europe and the amelioration of the Christian population of Turkey. || I am happy to inform your Lordship that the difference of opinion which had sprung up with Austria on the subject of the counter proposals of the insurgents has entirely been removed, and that a perfect understanding has been restored between the Imperial Governments. || Count Andrassy has recognized the force and justice of the views of Prince Gortchakow, and has acceded to them.

Nr. 5660.
Gross-
britannien.
20. April 1876.

Nr. 5661.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Aufregung des Sultans gegen Montenegro.

(Extract.)

Constantinople, April 20, 1876.

Upon going to the Porte this afternoon, I learnt that the Sultan was greatly incensed by the report received from Moukhtar-Pacha of the part taken by Montenegro in opposing the expedition sent to the relief of Nischich. || His Majesty had at once ordered troops to be despatched to Scutari with a view to the adoption of immediate operations against the Principality; even whilst I was with the Grand-Vizier an Aide-de-camp arrived

Nr. 5661.
Gross-
britannien.
20. April 1876.

Nr. 5661. from the Palace with a message reiterating His Majesty's previous orders,
Gross- and a military council was about to be held to deliberate upon the position
britannien. of things. | Mahmoud-Pasha having asked my opinion upon the course that
20. April 1876. should be followed, I said that he must bear in mind that war with Montenegro meant war with Servia as well. || I likewise reminded him that some months ago Russia had declared that she would not permit an attack upon Montenegro. || My strong and decided opinion, therefore, was that, whatever provocation that Principality had given, he would be inexcusable, if he advised the Sultan to desire an attack to be made upon it, unless the Minister of War could guarantee to His Majesty that the men and money at his disposal, and the general organisation of the army, were such as to enable him successfully to face such extended calls upon them. | His Highness said that my views entirely coincided with his own, and he would express them at the Council to which he was just going.

Nr. 5662.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russland bezichtigt die Türkei der Absicht, Montenegro anzugreifen.

St.-Petersburgh, April 22, 1876.

Nr. 5662. My Lord, — I received a note this morning from Prince Gortchakow
Gross- requesting me to call on him at 12. | On my arrival at the Ministry for
britannien. Foreign Affairs I found assembled there the French, German, Austrian and
22. April 1876. Italian Ambassadors. || Prince Gortchakow then stated to me that he had convened us by order of the Emperor; he stated that he had received a telegram last evening from General Ignatiew reporting that, after a Council of War at Constantinople on the 20th instant, the Porte had decided to attack Montenegro as soon as the requisite force could be assembled at Scutari; that a portion of the Turkish forces now on the Servian frontier would cooperate in the attack on the Herzegovinian frontier; that the new Minister of War, Dervish-Pasha, had undertaken to reduce Montenegro, and to put down the insurrection, and the Sultan had consented to advance the necessary funds from his private purse. | This intelligence, the Prince said, had produced a most painful impression on the mind of the Emperor, and by His Majesty's orders he had instructed General Ignatiew to remonstrate with the Porte in the most energetic and peremptory language against a course which could only lead to the ruin of the Turkish Empire. || He had convened the Representatives of the Powers who had co-operated in the efforts which had

been made for the pacification of the insurgent provinces in order to make this communication to them, and to request them to invite their respective Governments to send similar instructions to their Representatives at Constantinople. || His Highness observed, that no time should be lost in giving due warning to the Turkish Government of the danger of the course they were about to take, and he hoped for the continued action of the European Powers with a view to avert it. || My colleagues and myself assented to the request of Prince Gortchakow, and stated that we should immediately report to our Governments the communication which His Highness had addressed to us. || I inquired whether any motive had been given for this unexpected, grave decision of the Porte. || Prince Gortchakow replied, that none had been mentioned in the telegram of General Ignatiew, but that it had evidently arisen from the telegram of Moukhtar-Pasha, which had reported that 7000 Montenegrins had taken part with the insurgents in the late combat in the Herzegovina. I took occasion to observe that, in justice to Turkey, an inquiry should be made as to the truth of the statement made by Moukhtar-Pasha. Prince Gortchakow remarked, that in those countries all peasants were dressed alike, and were always armed. His Highness did not believe the statement of Moukhtar-Pasha, and considered that it had been used as a justification of his defeat. || Prince Gortchakow then entered into an explanation of his late interview with Cabouli-Pasha, and of the sensation which the Pasha's telegram relating to it had caused at Constantinople, and read a letter he had addressed to General Ignatiew on the subject. || In that letter Prince Gortchakow informed General Ignatiew that, on being asked to support the advice given to the insurgent chiefs by General Rodich, viz., to refer their counter-proposals to the Turkish authorities, he (the Prince) had replied that he would willingly do so, provided that he was certain that the Porte would consent to receive those proposals, and to treat with the bearers of them. But the Porte had declined all negotiations, and had appealed to arms. || His Highness further stated in his letter that the Imperial Government had never, as stated by the Porte, given any promise that if the Andrassy note were accepted by the Porte the insurrection should be quelled. All that Russia had done was to promise that her best efforts should be given towards the pacification on the condition that the reforms accepted by the Porte should be faithfully carried out. He had therefore asked Cabouli-Pasha if he could cite one single instance in which any of the promises given by the Porte had been yet carried out. Not a single step, said the Prince, has yet been made by the Porte towards the fulfilment of those promises. || Prince Gortchakow then referred briefly to the question of the revictualling of Nisch, observing that the Turks had collected provisions for many months, and not for the sole period of the duration of the armistice, and that the Prince of Montenegro had been unable to send the provisions agreed upon from want of transport, none of the neighbouring peasantry consenting to aid him

Nr. 5663.
Green-
britannien.
29. April 1876.

Nr. 5062.
Gross-
britannien.
22. April 1876.

in doing so. || I here observed, that the armistice had been concluded on the condition of the fortress being revictualled, and that it was to be regretted that this condition had not been fulfilled. || The Ambassadors having each assured the Prince that they would immediately report to their Governments the communication His Highness had made, then retired. || I have only to add that the crisis is serious, and I could observe that Prince Gortchakow was evidently impressed with the gravity of the events to which it may lead. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5663.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Der Minister stellt jede Absicht eines Angriffs auf Montenegro in Abrede.

(Télégraphique.)

Constantinopel, le 23 Avril, 1876.

Nr. 5063.
Türkei.
23. April 1876.

Un télégramme que nous venons de recevoir de Cabouli-Pacha nous informe que le Prince Gortchakow ayant convoqué, au nom de l'Empereur, les Représentants des Grandes Puissances, leur a dit qu' à la suite d'un Conseil des Ministres, la Sublime Porte avait décidé de déclarer la guerre au Montenegro; que la Russie seule ne pourrait conjurer un débordement général; que la Sublime Porte, en prenant cette décision, aurait mis elle-même l'étincelle à la poudre; qu'il craignait que la révolte ne se propageât aux autres parties de la Turquie; que la Serbie, la Grèce même ne fissent cause commune avec leur co-religionnaires, et qu'il proposait aux Grandes Puissances de s'unir à la Russie et de faire des démarches promptes et identiques pour faire revenir la Sublime Porte sur sa décision. Cabouli-Pacha ajoute qu'en même temps le Prince Gortchakow a fait entendre à ces mêmes Représentants que la Russie ne consentira pas à ce que le Montenegro soit attaqué. Tous les Représentants ont répondu que leurs Gouvernements prêteront leur concours à l'Empereur pour dissuader la Sublime Porte et maintenir le statu quo actuel de l'Europe et la paix générale. || Ainsi que je l'ai télégraphié à Cabouli-Pasha, il est complètement inexact que la Sublime Porte a pris la détermination d'attaquer la Montenegro. Un bruit analogue ayant été répandu ici dans le public, nous nous sommes empressés d'informer de l'état réel des choses les Représentants des Grandes Puissances qui ont été complètement rassurés. En effet, Moukhtar-Pacha ayant, dans sa marche pour ravitailler Nischich, rencontré un corps de Monténégrins, le Gouvernement Impérial a dû, comme une mesure de précaution pour l'avenir, décider de réunir quelques troupes à Scutari d'Albani. || En dehors de cela, nous n'avons même pas délibéré jusqu' à présent sur une action quelconque dépassant cette mesure. || Veuillez communiquer d'urgence ce qui précède au Ministre des Affaires Etrangères, en ajoutant

qu'il suffira aux Puissances, dont nous connaissons le sincère désir de contribuer à la pacification, d'empêcher strictement toute participation à l'insurrection de la part des Monténégrins pour qu'il n'y ait évidemment lieu à aucune mesure militaire de la part de la Sublime Porte.

Nr. 5663.
Türkei.
23. April 1876.

Nr. 5664.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Die Türkei beschuldigt Montenegro der Absicht, anzugreifen.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 26 Avril, 1876.

Mon télégramme du 23 courant vous a fait connaître le peu de fondement des bruits qui ont circulé sur une soi-disant agression offensive de notre part vis-à-vis du Monténégro. Nous avons été d'autant plus surpris de voir qu'on ait pu ajouter foi à un pareil mouvement irréfléchi de la part du Gouvernement Impérial, que nos actes et la ligne de conduite, que nous nous sommes invariablement tracée jusqu'à ce jour, nous mettaient en droit d'être persuadés de la ferme croyance des Cabinets en notre prudence et en nos intentions loyales. En effet, qu'avons-nous fait jusqu'à présent qui ait pu démentir le moins du monde la confiance inébranlable que nous avons placée dans les promesses de co-opération morale qu'ont bien voulu nous donner les Puissances, en vue de la prompte pacification de nos districts insurgés, et les assurances que nous avons maintesfois reçues d'elles sur la parfaite et absolue neutralité du Monténégro vis-à-vis de l'insurrection? N'avons-nous pas en tout, et pour tout, témoigné de la plus grande déférence pour les conseils bienveillants des Gouvernements Européens, en adoptant leurs suggestions relatives aux réformes complémentaires applicables en Bosnie et dans l'Herzégovine, en nous conformant strictement aux mesures de pacification, et aux délais accordés aux rebelles qui nous ont été conseillés, en décrétant l'amnistie pleine et entière, avec toutes ses conséquences, pour le bien-être matériel des insurgés qui se soumettraient, ainsi que toutes les facilités voulues pour le rapatriement, la réinstallation des réfugiés, en usant surtout de la plus éclatante modération dans toutes les péripéties de l'insurrection, et ce à l'encontre même de l'opinion publique, lasse enfin de toutes les atrocités commises par les bandes, et de la prolongation indéfinie d'une lutte dont elle considère la répression comme trop restreinte? Nous n'avons donc voulu, et ne voulons encore revendiquer nos droits incontestables dans toutes ces affaires, autrement qu'en nous appuyant sur les avis et le concours moral, mais "efficace", des Puissances pour le prompt apaisement de la révolte. Nous ne nous laisserons entraîner à aucune précipitation inconsidérée, à aucun acte de nature à mettre en doute notre confiance absolue dans les sentiments des Puissances à notre égard, mais aussi à aucune défaillance lorsqu'il s'agit de sauvegarder,

Nr. 5664.
Türkei.
26. April 1876.

Nr. 5664. dans toute son intégrité, le prestige et les droits souverains de notre auguste
 Türkei. Maître. Et cependant, on voudra bien reconnaître avec nous que l'insurrection,
 28. April 1876. loin de s'apaiser, semble relever la tête avec un cortège de prétentions, littéralement inadmissibles, et devenir de plus en plus intense. On ne saurait, en effet, nier d'après les rapports de nos Commandants-en-chef, que les bandes de rebelles n'augmentent en nombre, et que même des Monténégrins n'aient pris part à la lutte. A l'heure qu'il est nous recevons de tous côtés la nouvelle que des corps considérables d'insurgés, parmi lesquels encore des Monténégrins se concentrent autour de Nikchik, centre principal des opérations de nos troupes, et devant absolument être approvisionné en dépit de la promesse formelle du Prince Nicolas, de ne point laisser inquiéter le ravitaillement de cette place. En admettant même, ce qu'il nous serait difficile de supposer, qu'il puisse y avoir quelque exagération dans les rapports de nos Commandants, il n'en est pas moins vrai que la lutte tend à acquérir des proportions inquiétantes, et que surtout des montagnards y participent journellement. En présence, donc, de notre ligne de conduite que je viens de vous exposer, de la situation que nous voyons s'accroître autour de nous, et des dispositions bienveillantes et inaltérables des Puissances, nous faisons un appel suprême à leur loyal concours moral pour mettre un terme à ces calamités, et aux crimes de lèse-humanité, qui sont quotidiennement commis par les rebelles farouches, au détriment de nos malheureuses et inoffensives populations; et tout ceci nous paraît indubitablement nous avoir mis en droit d'être convaincus qu'une action commune de la part des Grandes Puissances a dû, ou tout au moins est sur le point d'être exercée auprès du Prince de Monténégro, en vue de faire renfermer son Altesse dans les limites de la plus stricte neutralité, et de l'engager à agir avec vigueur, dans l'intérêt, non-seulement de l'apaisement de la révolte, mais aussi de la paix générale, pour empêcher la participation armée des siens à l'insurrection et pour assurer le ravitaillement de Nikchik. ¶ Vous voudrez bien communiquer d'urgence cette dépêche à M. le Ministre des Affaires Étrangères et lui en laisser copie.

 Nr. 5665.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Aeusserungen Fürst Gortschakoffs.

(Extract.)

St.-Petersburgh, April 26, 1876.

Nr. 5665. I had a short interview with Prince Gortschakow this morning. I informed his Highness that your Lordship had informed the Russian Chargé d'Affaires at London of the positive assurance received from Sir H. Elliot, that the Porte had no intention to attack Montenegro, which had been subsequently confirmed by Musurus-Pasha, who had stated, on official authority,

Gross-britannien.
 26 April 1876.

that nothing beyond the assembling of some troops at Scutari for defensive purposes had been discussed at the Council held at the Porte; your Lordship had consequently presumed under these circumstances that the joint action of the Representatives at Constantinople was no longer called for. || Prince Gortschakow, while entertaining no doubt of the pacific intentions of Her Majesty's Government, and gratified by the language and counsels of Her Majesty's Ambassador at Constantinople, still considered that in the eye of Europe, as well as of the Turks, the non-active participation of England in the remonstrances made by the five Powers at Constantinople, against a reported intention of Turkey to invade Montenegro, might give rise to misinterpretation and misconstruction, and that a false impression might be deduced from the apparent silence of England, that she separated herself from the European concert. || His Highness begged me therefore to express to your Lordship by telegraph his hopes, that in some form Her Majesty's Government will convey to the Porte their participation in the opinion of the five Powers on the occasion in question, and their satisfaction on learning that the Porte had no intention of attacking Montenegro. || Prince Gortschakow observed, that the Porte had not abandoned her intention of concentrating a force at Scutari, and he considered this measure as one of a dangerous nature; for, said his Highness, "c'est une étincelle près d'une poudrière". | In conversing on the present attitude of affairs in the Herzegovina, Prince Gortschakow was of opinion that the negotiations could not be carried on (as Count Andrassy apparently hopes) on the basis or within the scope of the proposals accepted by the Porte. | Prince Gortschakow remarked that the Porte could not carry out the engagements she had taken; it was impossible for her to do so. || "But," I observed to Prince Gortschakow, "the European Powers could not possibly say to the Porte 'we have asked you to undertake an impossibility'." || "That is true," replied the Prince; "but at the time those proposals were made, we conceived that the Porte had more resources, more vitality; that she was not so powerless as she has since proved herself to be." || He expressed a hope, that an armistice might be arranged, and that time would then be gained for negotiation; and he seemed to entertain an idea that the insurgents should be brought to treat directly with the Porte. || On my endeavouring to elicit from His Highness an opinion as to the future arrangements which might be come to, he said at once "that he could not look into the future; all he could do was to guard against the dangers of the moment". || I could perceive that, although there is a cordial wish, and, moreover, a decided intention to act and co-operate with Austria in these eastern complications, there is no harmony of views in regard to the mode or basis on which such an arrangement can be come to. | Count Andrassy appears to hold to an arrangement within the limit of his note accepted by the Porte. || Prince Gortschakow seems to think, that this Andrassy note should be adapted and harmonized as far as may be possible with the demands of the insurgents; and it is no doubt on this account that he con-

Nr. 3065.
Gross-
britannien.
25. April 1870.

Nr. 5665.
Gross-
britannien.
26 April 1876.

siders it advisable that the insurgents should treat directly with the Porte, without the intervention of the Powers. || But, as I observed to the Prince, in the present excited state of the two conflicting parties, I did not see the possibility of any direct arrangement being come to between them.

Nr. 5666.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Berichte über die slavische Agitation und die Stimmung in Serbien.

a.

(Extract.)

Belgrade, April 28, 1876.

Nr. 5666.
Gross-
britannien.
23. April 1876.

In the political events which are either going on or preparing in this part of Europe, two distinct Slav bodies are likely to exercise no small influence, viz., the Omladinists in Hungary and the Slavonic Committee in Moscow. || The Omladinists are the Slav home rulers of Hungary! as such, they are hated and despised by the governing (Magyar) class in that kingdom; and hitherto had shown so defective a political organization, that their importance arose much more from their supposed connection with certain parties at Court at Vienna, and on account of their actual relations with the Revolutionary party in the Principality of Servia, than on account of any immediate influence as agitators in Croatia, Dalmatia, or Slavonia. Actual events are foreshowing a change in this respect. || From 1849 to July 1875, these Slavs were chiefly aiming at the attainment of a recognition of certain Home Rule prerogatives, by means of their opposition to Magyar or Hungarian supremacy. With that view they took up arms under Jellachitch for the Emperor Francis Joseph in 1849, opposed the restitution of the ancient Hungarian Constitution till 1867, and have carried on a more or less factious constitutional opposition to the dominant party since that year. || But the sympathies which the Southern Slavs were able not only to set forth openly, but also to which they could give practical effect during six months, in favour of the insurgent Slavs in the Herzegovina, have modified their position, and the aspirations of that race have acquired fresh vigour from the Adriatic to the Drave, and from the Drave to the Theiss and the Save, by giving them a cohesion and a common bond of hope, by making them view the cause of the Turkish Rayahs as their own, and their emancipation from Ottoman rule as an object of primary importance for Austrian Slavs, by which they can attain an influence which they have not had for centuries, and which they have hitherto sought in vain on the hustings or in Parliamentary assemblies. || Their proximity to the scene of the insurrection has enabled the Croats and Dalmatians to give the Insurgents far more real assistance than they can have derived

from Servia, and the public men of the latter Principality have seen themselves gradually ousted by these, and by the Prince of Montenegro, from the leadership of the national cause, which Servia considered hitherto as its peculiar mission and attribute. || The Slavonic Committees in Russia, and especially the central one at Moscow, have contributed a good deal to propagate sympathy for the insurgent cause in the Russian Empire, and to collect funds for the support of that cause. || Amongst the agents employed by them, there is one whose name has been very much before the public of late, and who appears determined to play a part in the political negotiations pending for the pacification of the Herzegovina, viz., M. Wesselitzky-Bogidarovitch. || As the public journals have referred at some length to this gentleman, I need not trouble your Lordship with any further particulars concerning his movements, except to mention that he has been employed by the Metropolitan of Belgrade to distribute funds in the Herzegovina.

Nr. 5066.
Gross-
britannien.
28. April 1876.

b.

(Extract.)

Belgrade, April 28, 1876.

I fear, that it is beyond my power to convey to your Lordship any accurate description of the state of affairs in Servia, in so far as to form any exact conclusions as to the real plan of Prince Milan and of his Ministers at the present crisis. || The Prince takes no pains to conceal that more than ever he considers a collision with the Porte as within the range of possibilities; but he continues to disclaim, at the same time, any intention to act as the aggressor. He pointed out to me the other day that that portion of Bosnia which is conterminous to Servia has been entirely free from armed bands since last November, when the Papas Zarko was repulsed into Servia, whilst the insurgents, who had within the last few weeks made their appearance on the River Unna between Bihatch, Novi and Kostainitza, were all in proximity to the Austrian frontier, and he defied any one to show that Servia had been instrumental in fostering insurrection in that part of Bosnia, though he added that such an accusation had been made somewhere, evidently alluding to Austrian authorities. || Indeed, it is generally believed here that this last rising in that part of Bosnia, which I have described above, and which is generally known by the name of Turkish Croatia, owed its main support to Austrian Slavs. || Whilst the above are, no doubt, the views of the most influential persons in this Principality, corresponding military preparations are carried on unremittingly with immense care and attention, and although the purchases of stores of different kinds are contracted for on a scale corresponding to the smallness of the resources of this juvenile State, most of these indicate by their nature the contemplation of a regular warfare at no distant period, and payments for them have well nigh exhausted the small

Nr. 5666.
Gross-
britannien.
28. April 1876.

supplies of cash which either existed in the Treasury a few months back, or which have accrued to it since. It does not appear, that any means have succeeded up to this moment in providing for a mode by which it would be possible to replenish the exchequer before it is thoroughly drained, a moment which cannot be far off. || The delivery of some of the stores will not be supplied by the contractors till May, and to the end of June, and the intended purchase of horses in Bessarabia having turned out a total failure, on account of their high price, these are brought daily across the Danube from the inundated districts of Hungary by dealers, and those that are approved of are bought by the War Department. || All these facts would lead one to suppose that a regular campaign was in contemplation, the militia has been divided in six divisions, and all the arrangements of this new organization are, I believe, sufficiently advanced to enable Servia to enter the field at a very short notice, and perhaps even before all the preparations are fully completed, should it be considered advantageous to do so. || In conversation with the foreign Representatives, persons in authority tell us that all these preparations have a purely defensive character, and that the advent of the war party in the Councils of the Sultan might at any moment expose Servia to an attack, and her Prince to the merited reproach of his people, were he to leave such a danger out of his calculations. || Thus much I may say, that I have not met a single politician of any note in Servia who did not contemplate sooner or later hostilities with the Porte, not with a view to independence, but for the purpose of the acquisition of Bosnia, and through the deeply-rooted desire of making the present Principality the nucleus of a larger Slavonic State under the suzerainty of the Porte, as long as European Turkey forms a compact State. || All are unanimous and agreed on this subject without any exception. A few entertain a faint hope that the same result might be attained by negotiations with the Porte, if any of the Great Powers could be made favourable to such a project; but not even these exclude an appeal to arms altogether from their calculations, so that it may be asserted without hesitation that the only differences existing amongst Servian public men in this respect are as to time, and appreciations of the fittest opportunity. || With such dispositions, and with the permanent reorganization of the national Servian army, which I am told could muster about 90,000 men, besides a reserve almost as numerous, it must be admitted that, even should pacific councils prevail at the last moment at Belgrade during next summer, the growing weakness of the Ottoman Empire may afford a series of temptations to this population to disturb the peace of its neighbours. | For many years to come the fate of war or peace in this Principality will depend chiefly on the views of the politicians of Belgrade as regards the mass of the population. This consists in Servia of yeomen or peasant proprietors, and these, I am assured, even at this moment, look with considerable alarm on the prospect of a war, and desire, above all things, a pacific solu-

tion, so that it is probable that they would contemplate with equanimity, should their Prince adopt a determination to preserve peace, though their Deputies at the Skoupstchina would probably, in that case, demand a strict account of the moneys they might consider as wasted for military stores, and for preparations without any apparent countervailing advantage. || Even the enthusiasm of the population of Belgrade is of an extremely moderate kind actually, notwithstanding the assertions to the contrary of most of the Viennese and Pesth correspondents and of sensational telegrams. || The question of money is likely to become a very critical one for the Servian Government ere long, as it is very probable that all their pecuniary resources will soon become completely exhausted. || I hear that it is contemplated to issue Exchequer bonds bearing 8 per cent. and redeemable in five years; but it is not likely that foreign contractors for military stores will accept these readily in payment. || In case of an outbreak of hostilities the Government have the power of demanding the war tax in cash, and the contributions in kind voted at the secret sittings of the last Skoupstchina. || It looks like a paradox; but the exhaustion of the Exchequer constitutes in itself a danger not to be entirely overlooked in speaking of the condition of Servia, as her rulers may have no other alternative but war for levying new taxes, for which, in that case only, they could have a legal excuse. || The militia has not been called out, even for exercise, as was originally intended, but as all the officers have proceeded to their respective depôts, and the men are ordered to be prepared to join their batallions on the shortest notice, I cannot place much reliance on the pacific character of the postponement of this measure. || There is no doubt that depôts of arms and of ammunition have been established in various parts of the country, chiefly in proximity to the Turkish frontier, and that a small body of Bosnian refugees is being organized at Shabatz on the Save. || It would appear, that the war party here have two concurrent plans; they think that either Turkey will take the initiative of attack, or they hope that the insurrection will assume such proportions in Bosnia as to give Servia some pretext for giving open assistance to the Christians of the Province against the probable outrages of their Mahometan fellow-countrymen, the latter being all armed. In either case a march on Bosna-Seraï would probably be attempted by Servian troops, while the main body of the army would attempt to resist an Ottoman invasion from Nisch and Widdin. || Though, as I had the honour of stating above, it is believed that the mass of the Servian people is by no means disposed in favour of a war at the present moment, and would prefer by far a pacific solution; I am, however, assured at the same time, that their patriotic feelings are being gradually strongly aroused, and the reappearance of their former oppressors on Servian soil would, it is probable, raise a spirit of desperate resistance. || Another alternative has been spoken of, and recommended by some organs in Austria, and that with a view to avoid, if possible, the great dangers which must accompany an Ottoman occupation, which would

Nr. 5668.
Gross-
britannien.
28. April 1876.

Nr. 5666.
Gross-
britannien.
29. April 1876.

be sure to be resisted, and the perils to the tranquillity of Europe which might ensue from the appearance of Servia as a combatant, in rebellion against the Suzerain Power; this preventive measure would be no other than an Austrian military occupation of this Principality.

Nr. 5667.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russland lehnt weitere Einwirkung auf Montenegro ab.

St.-Petersburg, April 30, 1876.

Nr. 5667.
Gross-
britannien.
30. April 1876.

My Lord, — I had the honour to receive your Lordship's telegram of the 28th of April early yesterday morning. || It being the Emperor's birthday a Court of felicitation was held at the Palace, at which the Corps Diplomatique was present, and I was consequently unable to call on Prince Gortchakow. || As the question was one of urgency, and it was desirable that no delay should take place in communicating to Prince Gortchakow the opinions expressed by your Lordship, I addressed a private letter to his Highness (of which I annex a copy), in which I embodied the substance of your Lordship's telegram. || I received a note from his Highness this morning requesting me to call upon him. I waited on his Highness at the hour named. || He immediately referred to the subject of my private letter. His Highness stated, that the Turkish Ambassador had also communicated to him, and left a copy of a circular telegram which had been addressed to the Turkish Representatives at the European Courts, which had probably given rise to your Lordship's communication, the general purport of which was to appeal to the European Powers to secure the neutrality of Montenegro in the impending conflict between the Turkish troops and the insurgents. || His Highness told me, that he had replied to Kabouli-Pasha that what he had read to him "n'était qu'un roman tandis qu'il demandait de l'histoire". || He observed, that Russia and Austria had hitherto successfully exercised their influence to restrain both Montenegro and Servia from taking part in the contest; that, up to the present moment, all that the Powers had received from the Porte had been a written promise to carry out reforms, not one of which had as yet received the semblance of execution; and that the Porte, at the time when efforts were being made by Austria and the other Powers to bring about an armistice and a pacification, had appealed to arms. || His Highness informed Kabouli-Pasha, that he had no answer to give to his communication. || Prince Gortchakow then informed me, in reference to the communication I had made, that, under the circumstances he had related to me, and in view of the menacing attitude which the

Porte still continued to observe towards Montenegro, he could take no further steps in regard to inducing the Prince of Montenegro to maintain his neutrality, nor indeed could he answer that the Prince of Montenegro may not be forced by circumstances into action. || His Highness said, that he considered, on the contrary, the gravity of the situation required that the European Powers should hold the most energetic language to the Porte, with a view to the adoption of such concessions as will reasonably satisfy the insurgents and thereby give peace to her disaffected subjects. || I have, &c.

Nr. 5667.
Gross-
britannien.
30. April 1876.

Augustus Loftus.

Nr. 5668.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russland verlangt, dass Oesterreich den Hafen von Klek der Türkei verschliesse.

St.-Petersburgh, April 30, 1876.

My Lord, — In the course of conversation this day with Prince Gortchakow, his Highness spoke in terms of disapproval of the orders sent to the Turkish Commander-in-chief to march on Nisch at the very moment when Austria was using her best efforts to bring about an armistice and the revictualling of that fort by the Prince of Montenegro; and he foresees from this action of the Porte a great increase of popular indignation on the part of the insurgents and, in lieu of appeasement, an extension of the insurrection. || From certain expressions which fell from Prince Gortchakow I have reason to think that his Highness has strongly urged on Count Andrassy the necessity of closing the port of Klek, and of preventing it from being utilized by the Porte as a basis of military operations. || It is not the first time that Prince Gortchakow has spoken to me in this sense. On the present occasion his Highness observed that, as Austria had closed her frontier against the insurgents, the access to Klek should be equally closed to the Porte for military purposes. || Prince Gortchakow stated, that he held strictly to the principle of material non-intervention. He had some years ago put forward that principle in regard to the affairs of Turkey, and had conformed to it. If, therefore, the efforts of the European Powers to effect a pacification between the Porte and the insurgents should prove to be unavailing, although he will do nothing to incite Servia and Montenegro, he can no longer restrain them from action. || There can be no doubt, said his Highness, that in such an event the insurrection would assume much larger proportions, and a flame would be kindled in Bulgaria, Epirus, Thessaly and Albania, which the Porte, with its

Nr. 5668.
Gross-
britannien.
30. April 1876.

Nr. 5668. weakened resources, would be unable to extinguish, and the Christian Powers
 Gross- of Europe, awakened by public opinion to the call of humanity, will have to
 britannien. interpose to arrest the effusion of blood. || I have, &c.
 30. April 1876.

Augustus Loftus.

Nr. 5669.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl.
 Min. d. Ausw. — Ausbruch eines Aufstandes in Bulgarien.

Constantinople, May 4, 1876.

Nr. 5669. My Lord, — Information has been received of an insurrectionary move-
 Gross- ment which has broken out at the village of Otloukeui, not far from Philip-
 britannien. popoli, which lies on the railway beyond Adrianople. || It was known, that re-
 4. Mai 1876. volutionary agents were working actively among the Bulgarians, and that arms
 and ammunition have latterly been introduced in considerable quantities. I
 have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5670.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin (Lord Odo Russell) an
 den königl. Min. d. Ausw. — Beabsichtigte Konferenz der drei
 Kaisermächte in Berlin.

Berlin, May 5, 1876.

Nr. 5670. My Lord, — The Czar and the Emperors of Austria and Germany having
 Gross- agreed to a meeting of their Ministers to discuss the best means of bringing
 britannien. about a pacification of the insurrectionary movement in Herzegovina, Prince
 5. Mai 1876. Bismarck, by order of his Sovereign, has invited Count Andrassy to Berlin,
 as the Russian Chancellor had already done last week; and Count Andrassy,
 in accepting the double invitation, has announced his arrival at Berlin for
 Tuesday next the 9th instant. || The Czar and Prince Gortchakow, however,
 will not be here before Thursday morning, the 11th, and His Majesty's depar-
 ture for Ems is fixed for Saturday next, 13th instant. || In reply to my in-
 quiries Herr von Bülow told me, that the Andrassy note was the basis on
 which it was hoped to effect the pacification. It remained to be seen, how-
 ever, from the impending discussion in what manner Prince Gortchakow and

Count Andrassy proposed to bring about a practical agreement between the insurgents and the Porte. || The German Government, having no special interest beyond the maintenance of peace in the matter, would be willing and glad to give their moral support to any pacific solution of the question their Russian and Austrian allies might agree upon. || I have, &c.

Nr. 5670.
Gross-
britannien.
5. Mai 1876.

Odo Russell.

Nr. 5671.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Aufregung der türkischen Bevölkerung.

Constantinople, May 7, 1876.

My Lord, — It is impossible to be blind to the fact that the irritation of the Turkish populations has reached a pitch at which little is required to place the Christians in many parts of the Empire in a position of the greatest jeopardy. || The unpopularity of the Sultan and of Mahmood-Pasha, coupled with universal distress, arising from the financial state of the country, has given rise to deep-seated and general discontent. || The effect of the long-continued insurrection is felt by every class of the community, whether Christian or Mussulman; but the latter regard themselves as sufferers from a Christian movement for supremacy countenanced by the Christian-Powers, which have allowed every kind of assistance to be given to the insurgents, while the Porte has been prevented from adopting the measures considered necessary to put it down by attacking it at its source. || The Salonica catastrophe cannot fail to increase the prevailing uneasiness; and, as the Porte has shown a readiness to do all that the Representatives can suggest in reference to it, it is essential to avoid everything likely to add to the excitement. || If at the meeting between Prince Bismarck, Prince Gortchakow and Count Andrassy, about to take place at Berlin, it is proposed to come to some decision with regard to the Herzegovina, it is much to be hoped that nothing will be insisted upon to which the Porte will not be able to consent or to engage to carry out. || The European Governments could, no doubt, enforce any decisions they might arrive at; but they could not do so without imminent risk to the lives of the Christian populations, if their proposals were such that the public opinion of the Mussulmans forced the Porte to resist them. || I have, &c.

Nr. 5671.
Gross-
britannien.
7. Mai 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5672.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Mittheilung über eine Unterredung mit Graf Schuwaloff.

(Extract.)

Foreign Office, May 8, 1876.

Nr. 5672.
Gross-
britannien.
8. Mai 1876.

The Russian Ambassador called upon me on the 4th instant, and entered into a long and interesting conversation on the state of matters in the East. || The following are the most important of the observations which he was charged to make. || His Government, he said, thought badly of the turn which events were taking; it was evident that the Austrian note had hitherto produced no effect in bringing about a pacification, and it did not seem likely that it would do so. The question would, therefore, arise, What further steps ought to be taken? He assumed that it was not contemplated by any Power to allow the war to go on indefinitely, without an attempt to prevent its spreading. It seemed that two alternatives only were possible: the one, an occupation of the disturbed districts by Austrian troops; the other, a fresh proposal made to the insurgents of terms which they might be induced to accept. To the policy of an Austrian occupation many objections occurred. It was not desired by the Austrians themselves; it might lead to difficulties and complications not at present foreseen; and though it might restore peace temporarily and provisionally, it effected nothing towards a permanent settlement of the questions at issue. The other alternative seemed more feasible; the insurgents had been moderate in their demands, they had not asked for independence or for any concession incompatible with the maintenance in its integrity of the Turkish Empire; it remained to be seen whether something might not be done to meet their views. || Count Schouvaloff then referred to the intended meeting of Prince Gortchakow, Prince Bismarck and Count Andrassy at Berlin, in the course of next week, and said that it was the earnest desire of his Government that whatever course of action was to be decided upon, should be the result of agreement, not among three Powers only, but among six. || I said, that I had heard this last expression of opinion with much satisfaction, and entirely concurred in it. As to the course which should be pursued by the Powers, it seemed premature to attempt to lay it down. There appeared, I said, to be a general agreement that something ought to be done; but no agreement, or approach to agreement, as to what it should be. I was disposed to concur in his objections to the plan of an Austrian occupation — not the least of them being the reluctance of the Austrian Government itself to take that step. I thought it too soon to despair of the success of Count Andrassy's plan of pacification, and pointed out briefly the difficulty of asking the Porte to make further concessions, after the unreserved acceptance

by the Sultan of those formerly proposed, and the rejection of them by the other party to the quarrel. I spoke of the active part taken by Montenegro in encouraging the insurrection; and expressed to Count Schouvaloff my opinion that since the Powers had combined to protect Montenegro from attack by Turkey, they were bound to see that the security thus guaranteed to the Prince and his people was not abused.

Nr. 5672.
Gross-
britannien.
8. Mai 1876.

Nr. 5673.

MONTENEGRO. — Memoire des Fürsten an den englischen Min. d. Ausw.

Depuis des années la province d'Herzégovine a été le théâtre de désordres continuels, et la position de la majorité Chrétienne des habitants a été rendue intolérable. Les réformes et garanties accordées, à plusieurs reprises, par le Gouvernement de Sa Majesté le Sultan, avec une bonne foi que nous sommes loin de suspecter, n'ont pas atteint leur but, parce que, là, comme malheureusement partout, les autorités chargées de les appliquer ont pris à tâche d'en annuler l'effet, en quoi elles ont été activement aidées par la minorité Mahométane. Celle-ci, de concert avec les magistrats civils et judiciaires, comme avec les chefs militaires, n'a jamais manqué, après la publication à grand fracas des décrets de la Porte, d'en faire une lettre morte, même avant que l'application en eût été tentée. Les vexations et les dénis de justice, dans les grandes comme dans les petites choses, continuaient, comme par le passé, et le Rayas n'avait, pas plus qu'auparavant, une heure de sécurité pour sa personne, sa famille et ses biens. Une situation pareille exaspérerait les populations les plus douces; à plus forte raison ne pouvait-on pas attendre une patience sans bornes d'un peuple soustrait à toute influence civilisatrice et auquel ses maîtres mêmes donnaient l'exemple du mépris des lois. La vie même était devenue insupportable; or, quand un peuple en est réduit là, on sait ce qui arrive. || Une preuve frappante du désespoir, auquel les Herzégoviniens étaient réduits, est la confraternité parfaite à laquelle la souffrance de tous les jours a amené deux religions ennemies. Pour qui connaît la haine qui divise partout en Orient les Catholiques Romains et les Orthodoxes du rite Grec, il y a là un fait qui parle de lui-même. A l'heure qu'il est, des prêtres Catholiques et des papes Grecs combattent confondus dans les mêmes rangs. Dans le courant de l'année 1874, la misère des Chrétiens étant arrivée à son apogée, il y eut, dans diverses parties de la province, des mouvements précurseurs d'un soulèvement, auxquels les autorités répondirent par un redoublement de rigueurs et par l'arrestation sommaire d'un certain nombre de notables. D'autres, échappant aux recherches, se réfugièrent au Monténégro,

Nr. 5673.
Montenegro.
8. Mai 1876.

Mr. 5678.
Monténégro.
8. Mai 1876.

demandant au Prince de leur donner un asyle, et, même, de les aider à secouer le joug. || Le Prince Nicolas, fidèle aux lois internationales, refusa d'écouter cette dernière demande; mais, connaissant bien quel était l'état des choses qui avait nécessité la fuite de ses hôtes, il fit tout ce qu'il pût pour leur rendre possible leur retour en sûreté dans leurs foyers. Il porta, en même temps, à la connaissance des Puissances la situation où se trouvaient les territoires avoisinant les siens, par une Mémoire en date du mois d'Avril 1875. || Alors, comme toutes les fois qu'il s'est agi d'une oeuvre bienfaisante, il eut le bonheur d'obtenir le puissant concours du Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, qui voulut bien se faire à Constantinople l'intermédiaire des vœux de Son Altesse. Grâce à cet appui, la Porte accorda une amnistie pour les faits d'agitation et pour le départ illégal des notables. En outre, elle institua une Commission de fonctionnaires, chargée de recevoir les réclamations des Herzégoviniens et d'y faire droit. Les émigrés une fois rentrés et la Commission installée, il arriva ce qui est toujours arrivé en Turquie, depuis que les Sultans ont entrepris les réformes; les nouveaux Décrets ont été laissés inexécutés comme les précédents et les Délégués ne firent que commencer, pour la forme, l'enquête dont ils étaient chargés. Les indigènes Musulmans, irrités, redoublèrent de violences et de vexations, sous les yeux de la Commission impuissante ou complice; et les Chrétiens, à bout de patience, n'écoutèrent plus que leur désespoir. || C'est ainsi que l'insurrection actuelle éclata, sans entente préalable et sans préparation quelconque. || Il est bien inutile de faire l'historique de cette guerre de détail, de surprises, de petits combats, qui n'a été signalée que par l'acharnement des deux parties et par les vengeances exercées, sans distinctions, sur des districts entiers par les Turcs. || Dès le début de cette crise, les Puissances Chrétiennes désireuses, comme de juste, de circonscrire le foyer de l'incendie, pour l'empêcher de devenir par degrés une conflagration générale, s'adressèrent au Prince de Monténégro, dont l'action pouvait déterminer ou empêcher les complications les plus graves. Entrant sans hésitation dans leurs vues et mû par les mêmes sentiments d'ordre et de paix, le Prince donna sa promesse d'observer la neutralité, et il est heureux de pouvoir dire qu'il a tenu cet engagement. Il tient même à faire remarquer, en passant, qu'il a donné une preuve frappante, à la fois, de sa fidélité à ses engagements et de son pouvoir sur son peuple, en empêchant celui-ci de se jeter aveuglement dans la lutte, comme il l'eût fait autrefois. Ce fait montre, comme il n'est pas inutile de l'observer, quels progrès le pays a fait dans la voie de l'ordre et du respect des lois, pendant le dernier quart de siècle. Passant sous silence les incidents de la guerre, nous pouvons en venir à la tentative pacifique faite, d'un commun accord, par les Grandes Puissances et résumée dans la note bien connue de son Excellence M. le Comte Andrassy. Les principes posés par cette note ayant été acceptés par la Sublime Porte, celle-ci chargea une Commission Spéciale d'en préparer l'application. Ce que ces Commissaires ont fait est exprimé par un seul mot: Rien. || Pendant que ces

délégués continuaient à Mostar la politique négative suivie par tous leurs prédécesseurs, l'Autriche, prenant au sérieux sa mission de paix, chargeait son Gouverneur-Général en Dalmatie, M. le Baron de Rodich, de s'aboucher avec les insurgés et d'obtenir d'eux l'acceptation des réformes proposées par M. le Comte Andrassy. L'assistance du Prince de Monténégro fut demandée pour cela et donnée sans réserve. Grâce à son interposition active et à celle de l'Autriche, un armistice de douze jours fut conclu, pour donner aux chefs le temps de s'entretenir avec M. le Baron de Rodich. On sait que la condition indispensable de cette suspension d'armes, le ravitaillement de Nikchik, fut résolue, grâce à l'autorisation du passage des convois Turcs par le territoire Monténégrin. La quantité des vivres, la route à suivre pour leur transport, le lieu de l'entrevue projetée, la date de la trêve (du 1 au 12 Avril) tout fut réglé d'avance avec le plus grand soin, le Prince poussant même la sollicitude jusqu'à faire prévenir les Turcs qu'ils devaient envoyer des bêtes de somme au port de débarquement, le pays ne pouvant en fournir qu'un très petit nombre. || On sait ce qui est résulté de l'entrevue de Soutorina: les chefs, après avoir reçu de M. le Gouverneur de la Dalmatie communication du projet de M. le Comte Andrassy et en avoir délibéré, remirent un Mé-morandum où étaient énumérées diverses conditions, qu'ils désiraient voir ajoutées, pour compléter les réformes projetées et, surtout, en assurer la mise en pratique sérieuse. La justice de ces demandes, quant au fond, nous paraît évidente. Sans révoquer en doute les intentions réparatrices de la Porte, on doit reconnaître (tous les faits sans exception le prouvent) qu'elle est toujours impuissante à obtenir de ses agents qu'ils s'y conforment. Il est de toute nécessité que les réparations offertes soient stipulées et garanties de telle façon qu'il n'y ait pas moyen de les éluder ou même de les atténuer. Les demandes des insurgés, dans leur esprit, si non dans leur forme un peu trop péremptoire, nous semblent mériter, à ce point de vue, d'être prises en très sérieuse et favorable considération. || Les événements se chargèrent de prouver immédiatement combien les insurgés avaient raison dans leur défiance et à quel point les Chefs Ottomans avaient peu à coeur l'issue pacifique de négociations. Ceux-ci firent eux-mêmes, en négligeant de réunir les moyens de transport nécessaires, échouer le ravitaillement de Nikchik et, pendant que les chefs insurgés, confiants dans la suspension d'armes, qui comportait celle des mouvements de troupes, étaient en conférence à Soutorina, Mouktar-Pacha profitait du répit qui lui était donné pour préparer un retour offensif. Ayant, grâce à ce manque de foi, pû rassembler ses forces, il se mit en marche dès le 13 Avril, pour forcer le passage vers Nikchik. On sait ce qui en résulta: les Commandants Herzégoviniens, revenus à la hâte avec les hommes à leur portée, lui barrèrent le chemin et, après une série d'engagements sanglants, le rejetèrent sur Gatsko, sa base d'opérations. || Suivant une tactique ordinaire chez certains généraux vaincus, le Général-en-chef Turc chercha alors à attribuer son échec à des causes imaginaires, surtout à la co-opération donnée aux insurgés

Nr. 5673.
Montenegro.
8. Mai 1876.

par un corps nombreux de Monténégrins: il osa même articuler le chiffre fabuleux de 7,000, et accuser le Prince Nicolas d'avoir, lui-même, envoyé ce renfort. Malgré l'improbabilité évidente d'une pareille assertion, il n'est peut-être pas inutile de la démentir catégoriquement; c'est ce que le Prince a fait et fait encore sans hésitation. || Sans doute, il ne peut pas empêcher tous ses sujets de se dérober individuellement à ses ordres et de franchir en armes la frontière; mais il s'est assuré du nombre de ceux qui lui avaient désobéi (deux ou trois centuries) et a fait punir chacun d'eux selon toute la rigueur des lois. || Après cette suite de journées sanglantes, le Prince de Monténégro, ne perdant pas courage dans ses tentatives d'apaisement s'associait de toutes ses forces aux tentatives nouvelles essayées par le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche. Pendant que ce dernier faisait entendre à Constantinople des conseils pacifiques, le Prince accueillait une adresse des insurgés, par laquelle ceux-ci remettaient leurs pouvoirs entre ses mains, pour négocier en leur lieu et place avec les Puissances et, éventuellement, avec la Porte elle-même. Il ne se dissimule pas la grave responsabilité qu'il assume, en établissant ainsi, tacitement il est vrai, sa solidarité avec ceux qui se mettent sous sa protection; mais, quels que soient les risques qui peuvent résulter de cet acte, l'humanité ne lui permettait pas de s'y soustraire. L'Europe, il en est sur, ne songera pas à l'en blâmer. || Durant plusieurs jours, les correspondances les plus actives furent échangées entre Vienne, Constantinople et Cettinje pour la reprise des négociations, dont une nouvelle trêve devait être le prélude. Continuant à donner des preuves de son bon vouloir, le Prince de Monténégro offrait spontanément d'assurer le passage des vivres pour Nikchik, par une nouvelle route traversant le cœur de son territoire, et donnait des ordres pour que ce transport se fît sans obstacle. La Sublime Porte, par l'intermédiaire de l'Ambassadeur d'Autriche, donnait les assurances les plus favorables, et Mouktar-Pacha, de son côté, déclarait à M. le Gouverneur de la Dalmatie qu'il était prêt à conclure un armistice, pourvu que Nikchik fut approvisionné. || L'événement vient de prouver combien ces apparences étaient trompeuses. Il ne nous appartient pas de juger de l'impression qu'ont pu en recevoir les Puissances; mais nous ne craignons pas de dire tout haut que nous avons été joués et que ce qui est bien plus pénible, nous avons servi à tromper les Herzégoviniens, au moment même où ils venaient de nous confier la défense de leurs intérêts. Les pourparlers, qui les ont mis hors de leur garde, n'étaient qu'une feinte pour faciliter une seconde surprise et c'est, paraît-il, de Constantinople même que sont partis les ordres formels pour une nouvelle attaque. Celle-ci a réussi, en partie du moins, à atteindre le but principal, le ravitaillement de Nikchik. Mouktar-Pacha est parvenu, en effet, le 28 Avril à couvrir l'entrée d'une portion de son convoi, les insurgés ne se trouvant pas en nombre pour l'en empêcher. Le lendemain et le surlendemain, il est vrai, renforcés par l'arrivée de plusieurs de leurs corps, ils lui firent éprouver des pertes considérables et lui fermèrent presque

sa retraite sur Gatsko. Quelques milliers de morts et de blessés et l'approvisionnement d'une place pour quelques jours sont les seuls résultats d'une manœuvre diplomatique, dont nous laissons la qualification au jugement de l'Europe. Il n'y a encore aucune apparence que l'insurrection en soit affaiblie; les Herzégoviniens sont au contraire plus animés que jamais. || Cette lutte, sans cesse renaissante, place le Monténégro dans une position intolérable, que son Souverain soumet avec instances à l'urgente et sérieuse considération des Grandes Puissances. || Ses sujets, si habitués qu'ils le soient devenus à obéir aux lois, ne peuvent oublier que les Herzégoviniens sont leurs frères de race et de religion, qu'ils sont en fait une partie de la même nation, divisée par une ligne de démarcation purement politique. L'histoire récente des nations les plus policées montre que, avec les moyens d'action les mieux organisés, de grands Gouvernements peuvent se trouver impuissants à comprimer longtemps l'explosion du sentiment national surexcité. Pour sauver l'ordre, ils ont dû, bon gré, mal gré, céder à l'entraînement de l'opinion publique, et encore celle-ci n'a-t-elle été nulle part exaspérée par le spectacle d'horreurs et de dévastations comme celles dont le Monténégro est le témoin, pour ainsi dire oculaire. || Son territoire est rempli de familles réfugiées, dont les demeures ont été détruites et les moyens d'existence anéantis. Il faut les avoir vues pour se figurer un état de misère pareil. La charité de l'Europe et la générosité des Empereurs d'Autriche et de Russie ont fortement contribué à l'entretien de ces malheureux; mais la plus forte part de cette oeuvre quotidienne n'en tombe pas moins à la charge du Monténégro. Ce peuple, petit et pauvre, partage ce qu'il a avec des exilés, dont le nombre, déjà égal à peu près à la moitié du sien, semble augmenter chaque jour. Ce qu'il fait, il le fait de grand coeur et sans regret; mais le moment approche où il ne pourra matériellement plus rien faire; il ne lui restera rien à partager. || La configuration même de nos frontières mal définies et irrégulières est une source inévitable de conflits, dont on ne doit pas atténuer la gravité possible dans les circonstances actuelles. || Enfin, les villages Chrétiens, dans les districts Herzégoviniens de Piva, Baniani, Gatsko et Zubzi, que leur situation met en dehors de la zone occupée par les troupes Turques, abritent une population de familles réfugiées, comme celle qui s'est enfuie chez nous, dénuée de tout comme celle-ci et entretenue, tant bien que mal, par les mêmes ressources. Les mouvements en avant de l'armée Ottomane menacent ces localités; or l'occupation par elle signifie simplement le pillage, l'incendie et le massacre, surtout depuis qu'elle a été renforcée d'Arabes et de Bachi-bozüks, dont la réputation n'est pas à faire au point de vue de l'indiscipline et de la férocité. Tout récemment, par exemple, les irréguliers Albanais se sont détournés de leur route pour saccager et brûler le village Chrétien de Golia. L'Europe n'attend certainement pas de nous que nous laissions commettre de tels ravages à nos portes mêmes, sans chercher à les empêcher. || Ce sont là seulement quelques uns des traits de la situation, telle qu'elle se

Nr. 5673.
Montenegro.
8. Mai 1876.

Nr. 5673.
Montenegro.
8. Mai 1876.

présente du côté de l'Herzégovine; ils sont certes suffisants pour inspirer les plus sérieuses appréhensions. Ils ne représentent pourtant qu'une partie des dangers qui menacent la paix. || Pendant l'intervalle de vaines négociations, qui a séparé les deux opérations de Mouktar-Pacha, le bruit se répandit tout-à-coup que la Porte, irritée par les allégations de ce dernier, allait déclarer la guerre au Monténégro. Interpellée à ce sujet par plusieurs Puissances et mise en présence de nos dénégations formelles, elle déclara qu'elle n'avait pas cette intention; mais, dans ses communications à quelques Ambassadeurs, au sujet de l'armistice projeté alors, elle ne se fit pas faute de parler un langage menaçant pour nous. 'Si nous ne savions pas déjà parfaitement quelles dispositions hostiles à notre égard règnent dans certaines régions du pouvoir à Constantinople, ce qui se passe sur le territoire Turc, tout autour de nous, suffirait pour que nous nous sentissions menacés. || Tandis que le Général-en-chef en Herzégovine et ses officiers ne font pas mystère de leurs intentions contre nous, nous voyons s'accumuler sur notre frontière méridionale les préparatifs d'une action agressive. Les forces Turques en Albanie s'augmentent considérablement et font des mouvements significatifs; la flotille armée sur le Lac de Scutari a été renforcée et pousse ses reconnaissances jusque dans nos eaux; la côte d'Antivari, par laquelle se fait le commerce de quelques uns de nos districts les plus prospères, est strictement bloquée par les croiseurs Ottomans, sous prétexte de contrebande d'armes; enfin, ce qui est extrêmement grave pour nous, la sortie des grains pour le Monténégro a été prohibée, et même, depuis quelque temps, le passage des personnes a été interdit sur la frontière, dans un sens et dans l'autre. || A ces indices d'une mauvaise intention évidente, dont le dernier est presque une mesure de guerre, viennent se joindre des faits qui montrent que les Gouverneurs Turcs, privés par notre modération de motifs de querelle, cherchent, par leurs vexations, à faire éclater des troubles dans les cantons limitrophes des nôtres, dans l'espoir d'y impliquer nos ressortissants et nous-mêmes ensuite. || La frontière Albanaise du Monténégro est celle par laquelle, en mainte occasion, il a été envahi par les armées de son puissant voisin, même sans déclaration de guerre préalable. Sa configuration même, qui fait faire aux terres du Sultan une saillie, protégée par deux forteresses, dans la partie la plus accessible du pays, est, à elle seule, une cause permanente de danger. On ne sera donc pas étonné que tout ce qui se prépare de ce côté soit pour nous l'objet d'une vigilance défiante. || Le peuple Monténégrin, après avoir été atteint dans les sources de sa prospérité par les charges écrasantes qui pesent sur lui, après avoir souffert dans ses sentiments les plus naturels et les plus chers par les calamités qui accablent ses frères de race et de foi, après avoir été dénoncé à l'Europe par des calomnies gratuites, peut se voir d'un moment à l'autre forcé à une lutte désespérée pour son existence même. Avant que cette crise suprême vienne l'éprouver, c'est le devoir de son Prince de la conjurer, s'il le peut, en faisant appel aux Puissances Chrétiennes. ||

Il vient donc les prier instamment de s'entendre pour faire de la situation qu'il leur expose l'objet de délibérations communes, plutôt que de laisser la guerre continuer ses ravages, qui ne résolvent aucune question, ni dans le présent, ni dans l'avenir. Dans le but d'invoquer leur intervention, il s'adresse à elles, bien convaincu qu'elles ne resteront pas insensibles aux misères et aux dangers de populations entières. Elles voudront certainement combiner leurs efforts, pour mettre un terme à des luttes séculaires, sans cesse renaissantes et toujours plus acharnées. || Mais, pendant qu'elles prépareront leur entente, il est urgent de prendre certaines mesures préliminaires, non seulement pour arrêter une inutile effusion de sang, mais pour empêcher les troubles de gagner du terrain dans la Péninsule du Balkan. || En ce qui concerne la guerre d'Herzégovine, il faudrait qu'il fût conclu une suspension d'armes d'une longueur suffisante, pendant laquelle il serait interdit aux Turcs de recevoir aucuns renforts, aux insurgés de se recruter d'adhérents du dehors, aux deux partis de faire d'autres mouvements militaires que ceux de concentration sur des points à désigner. Les Turcs évacueraient les localités en dehors de celles assignées pour leurs cantonnements et les chefs Herzégoviniens s'engageraient à faire respecter les personnes et les propriétés des sujets Mahométans, le Prince de Monténégro se portant garant de cet engagement. Il propose que la zone neutre, mise ainsi sous sa garantie, se compose des districts de Zoubzi, Baniani, Nikchik, Piva et Rolachine, avec la partie orientale de ceux de Gatsko et de Trebigné. || En ce qui concerne la sûreté du Monténégro du côté du sud, il serait stipulé que la Turquie ne pourrait réunir en Albanie, en général, et dans les places frontières, en particulier, des forces supérieures aux garnisons ordinaires, la flotille sur le Lac de Scutari serait remise sur le pied de paix, le blocus d'Antivari serait levé, et la libre circulation des personnes et des marchandises rétablie sur la frontière. || Les Puissances comprennent certainement l'importance de stipuler une suspension d'armes; mais il n'est pas superflu de leur signaler l'urgence extrême d'imposer à la Porte les conditions qui précèdent. S'il lui est permis de suivre sa tactique constante, elle ne manquera pas d'amuser l'Europe par des déclarations pacifiques et des pourparlers. Pendant ce temps, elle concentrera des forces sur tous les points, amènera de ses provinces reculées des hordes d'irréguliers, fera occuper toutes les positions stratégiques et, une fois prête, elle jettera le masque et lancera ses bandes, non seulement sur ses sujets insurgés, mais sur tous les Chrétiens et, surtout, sur le Monténégro. Celui-ci se prépare à se défendre énergiquement; mais il est faible et il se trouvera réduit aux expédients les plus désespérés et les plus dangereux pour les pays voisins, par ce que son Prince, cédant aux désirs des Puissances, a renoncé à profiter à temps opportun de la faiblesse de son ennemi. || Il n'y a pas d'illusion à se faire. Sa Majesté le Sultan ne demande pas mieux, sans doute, que de faire justice égale à tous ses sujets; mais l'a-t-il jamais pu et le pourra-t-il jamais? La force des choses ne l'a-t-elle pas toujours

Nr. 5673.
Montenegro.
8. Mai 1876.

emporté, et ne l'emportera-t-elle pas toujours sur ses bonnes intentions, tant que celles-ci ne seront pas soutenues par la volonté formelle de l'Europe réunie? La position morale et matérielle de son Empire lui permet-elle d'exercer l'action régulière d'un Souverain sur son administration, son armée et ses correligionnaires? Ses sujets appartenant à d'autres races sont perpétuellement, les uns en révolte ouverte, les autres contenus par la force seule, attendant le moment de secouer le joug. L'exemple et le voisinage de peuples affranchis sont une excitation inévitable à la rébellion. Le Gouvernement Turc ne peut compter que sur la population Musulmane et, encore, ne peut-il mettre celle-ci en mouvement qu'en faisant appel à son fanatisme. Ses finances ruinées le mettent hors d'état de payer la solde de ses troupes régulières, qui, pour subsister, sont réduits au pillage; faute de pouvoir les renforcer de bataillons disciplinés, il doit faire entrer en ligne des levées d'irréguliers sans discipline et sans miséricorde. Ses agents de tous degrés, mêmes ceux qui voudraient être justes, ne peuvent vivre que d'exactions. Ses conseillers les plus élevés, sans cesse brisés pour n'avoir pas pu accomplir l'impossible, ne savent jamais combien de jours ils auront pour exécuter leurs plans les mieux combinés, et les promesses faites par les uns sont chaque jour retirées par les autres. Dans la dislocation générale, la nation Turque, malgré l'admirable patience qui la caractérise, réduite au désespoir, ne peut manquer de faire appel à son courage pour tirer, autant qu'elle le pourra, une vengeance atroce de ses rivaux, avant d'accepter la ruine de sa domination. La crise qui se prépare, si l'on ne saisit pas ce dernier moment pour le conjurer, ne pourra pas être circonscrite; toute la Péninsule du Balkan y sera enveloppée. Il ne nous appartient pas de traiter ce qui concerne la Bosnie, la Serbie et la Bulgarie; mais nous ne pouvons fermer les yeux à l'évidente connexité de tout ce qui se passe dans la Turquie d'Europe. Les Musulmans, de leur côté, ne feront pas de distinctions; tous les Chrétiens, quelles que soient leur race et leur église, sont fatalement compris dans le nombre des ennemis à immoler. Nous savons parfaitement, et tout le monde doit le savoir avec nous, que, comme centre séculaire d'indépendance, notre petit Etat est, tout particulièrement, désigné à des vengeances implacables; aussi ne trouvera-t-on pas extraordinaire que, tout en nous préparant de notre mieux à défendre notre existence, nous prenions, malgré la modeste place que nous occupons sur la carte, l'initiative d'un appel à l'Europe. || Nous n'avons pas la prétention d'indiquer quel mode de négociations, Congrès, Conférences, ou correspondances entre les Gouvernements, convient le mieux pour le but à atteindre, et encore moins celle de mettre sur le tapis des questions qui n'intéressent pas notre pays seul ou les Provinces qui l'entourent. Mais nous prions instamment les Puissances de ne pas perdre de vue que la Sublime Porte ne veut pas, ne peut pas, et même au point de vue Musulman, ne doit pas avoir des projets sérieux de réparation et de justice à l'égard de ses sujets Chrétiens; que, eut-elle ces projets, elle est impuissante pour les exécuter; que la crise

suprême et inévitable éclatera, d'elle-même et par la force des choses, malgré les notes diplomatiques et les belles promesses du Divan. || L'Europe seule, agissant de concert, avec promptitude et détermination, peut encore, en interposant sa volonté, empêcher les malheurs d'une guerre d'extermination.

Le Prince de Monténégro,

Nicolas.

Cettigné, le ^{8 Mai}_{26 Avril}, 1876.

Nr. 5674.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Berliner Konferenz und eventuelle militärische Intervention.

St.-Petersburgh, May 9, 1876.

My Lord, — I am informed, although not officially, that it is the intention of Prince Gortchakow to propose, that the Ambassadors of England, France and Italy shall be invited to co-operate with the Representatives of the three Northern Empires in the deliberations which will take place at Berlin during the presence there of His Highness and Count Andrassy. || At the interview I had with Prince Gortchakow yesterday morning, his Highness was reserved as to the proposals which may be submitted for deliberation at Berlin. || He was evidently indisposed to compromise himself by enunciating his views previous to an exchange of opinions with Prince Bismarck and Count Andrassy; but he told me, that he hoped to have the pleasure of seeing Lord Odo Russell, with whom he would communicate freely. || As far as I am informed of the views of Prince Gortchakow, his programme will be based on the following conditions: — || 1st. The maintenance of the *status quo* territorial. || 2nd. The strict fulfilment of the reforms contained in Count Andrassy's note which have been accepted by the Porte, with the addition of certain guarantees based on the counter proposals submitted by the insurgents. || It is not improbably that further eventualities may be discussed between the Imperial Ministers, in conjunction with the Representatives of the other three Powers, and that among them that of a future military intervention in case that the necessity may arise to require it; but I have reason to believe that, even in this extreme case, a military intervention would only be agreed to upon condition that it bore an European character, and that it was carried out under European supervision. || Prince Gortchakow is fully aware that Count Andrassy is strongly opposed to any such obligation being imposed on Austria, and, further, how difficult it would be for Austria, in view of her different

Nr. 5673.
Montenegro.
8. Mai 1876.

Nr. 5674.
Gross-
britannien.
9. Mai 1876.

Nr. 5674.
Gross-
britannien.
9. Mai 1876.

Slav nationalities, and their rivalry with Hungary, to carry out safely for herself any such measure. || I am further convinced, that Prince Gortchakow will scrupulously avoid submitting any proposal distasteful to Count Andrassy, or that would be in any way discordant with his views, as it is the first object of the Russian Chancellor to cement the good understanding existing between Austria and Russia, and to abstain from any step which could produce dissension between them. || I feel persuaded, that the predominant wish of the Emperor Alexander is to maintain peace, and that his policy in regard to Eastern affairs is perfectly disinterested, and that his sole object is to aid in pacifying the insurgent provinces of Turkey and in maintaining the Ottoman Empire. I am also convinced, that Prince Gortchakow aspires to no exclusive advantages for Russia in the course he is pursuing. || In my telegram of this day, I ventured to suggest that Her Majesty's Ambassador at Berlin should be prepared to attend a Conference of the six Powers should he receive a formal invitation to do so, and I have reason to believe that my French colleague has addressed a similar suggestion to his Government. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5675.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über den Aufstand in Bulgarien.

Constantinople, May 9, 1876.

Nr. 5675.
Gross-
britannien.
9. Mai 1876.

My Lord, — I have the honour to inclose the copy of a despatch from Mr. Vice-Consul Dupuis, reporting the particulars which had reached him respecting the Bulgarian movement beyond Philippopoli. || There is, I believe, no doubt of the correctness of what Mr. Dupuis states of the leaders in the affair at Otloukeui, where the disturbance commenced, being Servians or other emissaries of the revolutionary committees. || The Bulgarian population itself has hitherto taken little part; but it appears from Mr. Dupuis' report, and from what I have myself been told at the Porte, that the organizers of the movements pursue the same atrocious policy as was followed in the Herzegovina, by burning and ravaging all villages, whether Mussulman or Christian, if the inhabitants refuse to join them. || The accounts which had been received at the Porte yesterday were satisfactory, the telegraph line and postal communication having been re-established, and it was hoped that the movement would not spread. || There is, however, one danger greatly to be apprehended. || Outrages committed upon the peaceful Mussulmans, and especially upon the women and children, may provoke among the Mahomedans a spirit of fana-

ticism and revenge likely to lead to similar acts of retaliation, which it may be very difficult to restrain, although the Government declare their determination to do all in their power to prevent it. || I have, &c.

Nr. 5675.
Gross-
britannien.
9. Mai 1876.

Henry Elliot.

Beilage.

Vice-Consul Dupuis to Sir H. Elliot.

Adrianople, May 6, 1876.

Sir, — With reference to my despatch of the 4th instant, I have the honour to report to your Excellency other items of intelligence from various parts of this province, which, without pretending to an accuracy in details so difficult under the present excitable state of the country, seem, nevertheless, to indicate a degree of uneasiness and disquietude to the popular mind hitherto unknown. || It was said yesterday that disturbances had occurred at Karabonnar between Yamboli and Eski-Jagoa, and also at Kouleli-Bourgas. || At Tatar Bazardjik complete panic seems to have seized the place, and the fears of a general massacre appear to have been so great that the whole of the Christian population betook themselves to their churches, where they passed the whole of Wednesday night last, while the Turks were parading the streets fully armed. || With regard to the occurrence at Otloukeui last week, an eye-witness, a Polish gentleman in the service of the Porte, who returned last night from Tatar Bazardjik, and whose account of the state of affairs there I have no reason to doubt, told me that on reaching that place he found it completely abandoned, all the shops and houses shut up, the inhabitants fled or hid away, and complete disorganization among the railway servants. || The local authorities, on hearing of the massacre at Otloukeui of five zaptiehs and an employé of the konak by insurgents, and fearing an attack on Tatar Bazardjik, collected together an armed force of the Mussulman inhabitants and started in pursuit of the murderers, who immediately fled to the mountains. On the arrival of military reinforcements, however, from this on Thursday last further apprehensions were calmed, and order and tranquillity restored. || I am further informed, that the insurgents in the affair at Otloukeui were mostly Bulgarians, led by Servians, who set on fire the villages of peaceful Bulgarians who refused to take part in the rising. In this manner some twenty small villages have been burnt and the inhabitants driven away. || From these circumstances it does not appear, that the Turks are committing any acts of violence against peaceful Christians; but rather a warfare is urged among the Bulgarians themselves. || At Sarombes, a village between Tatar Bazardjik and Samakov, four or five zaptiehs were killed by these insurgents, who also committed acts of

Nr. 5675. ^{Gross-} ^{britannien.} ^{9. Mai 1876.} incendiariism and cut the telegraph wires. || It is conjectured, and probably not without reason, that these partial and desultory risings throughout this province are the following out of a plan of action adopted by the enemies of Turkey, not only to distract and harass the Porte by the carrying on of a guerilla warfare, but also to divide the attention and weaken military operations in the Herzegovina. || Much activity is displayed here in calling out the Redifs of the provinces and dispatching them to the seat of the disturbances, while troops are continually arriving from Constantinople for the same destination. || Another assault was, I hear, made on the railway junction at Kouleli-Bourgas on the main line by persons said to be brigands in connection with some Italian workmen, who carried off the whole of the cash found at the station. || A deputation of Bulgarian Poherbadjis, I was informed yesterday, was expected from Philippopoli to wait on the Governor-General of Adrianople, but for what purpose does not transpire. || This state of affairs certainly does not indicate tranquillity, but not to worry your Excellency with vague, exaggerated, and unauthentic rumours of all kinds, I will briefly mention that it was reported attempts were made last week to set on fire the town of Philippopoli in three different places, and an extensive conflagration happening here about the same time, inquiries are being held on the possibility of its having been the work of incendiaries. || I have, &c.

J. Hutton Dupuis.

Nr. 5676.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Zustände in Konstantinopel.

Constantinople, May 9, 1876.

Nr. 5676. ^{Gross-} ^{britannien.} ^{9. Mai 1876.} My Lord, — A feeling of uneasiness which has been rapidly gaining ground among all classes has become intense within the last day or two, and grounds are not wanting for apprehending serious occurrences. || It is certain, that the Mussulmans have been buying up arms of all descriptions, crowds of them being collected round the stalls in the bazaars where they are sold, and the more regular gunsmiths have also been driving a brisk trade, especially in revolvers, many of them, however, being sold to Christians, who are arming for purposes of defence. || Both parties profess to feel a dread of an attack by the other; but I cannot believe the proceedings of the Mahommedans to be purely defensive, — although nothing certain is known of the designs that they may entertain, which may be directed against the Grand-Vizier, or even against the Sultan. || There is, however, no doubt, that the Softas, or students of the Koran, who are variously estimated at from 5,000 to 60,000, are

among the most active purchasers of arms, and their irritation against the Christians is extreme. || I entirely share the opinion of my colleagues, that the presence of ships of war in the neighbourhood would give a sense of protection to our subjects, and really contribute to their safety and that of the Christians in general; and, knowing Her Majesty's squadron to be at this moment at Jaffa, I have telegraphed to Mr. Eldridge to inform Vice-Admiral Sir James Drummond that I should be glad, if he could bring the squadron to Besika-Bay, where his early presence would be very useful. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5676.
Gross-
britannien.
9. Mai 1876.

Nr. 5677.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Aufregung in Konstantinopel*).

(Telegraphic.)

Constantinople, May 9, 1876, 10 p. m.

Great uneasiness prevails here amongst all classes, and there are grounds for apprehending serious consequences. | Nothing certain is known of the designs that may be entertained; but for some days the Mussulmans have been buying up arms. My colleagues believe that the presence of ships of war at Besika-Bay might be a protection to the Christians here, and would give them confidence. I entirely agree with them, and as our squadron is now at Jaffa, I have telegraphed to Mr. Eldridge as follows: — | "Inform Admiral Drummond, that his early presence here might be very useful, and that I would be glad, if he would bring the squadron to Besika-Bay."

Nr. 5677.
Gross-
britannien.
9. Mai 1876.

Nr. 5678.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Weiteres über die Aufregung in Konstantinopel.

(Telegraphic.)

Constantinople, May 10, 1876, 9 50 p. m.

Every day the state of things here becomes more critical. My own impression is, that the designs of the Mussulmans are directed more against the Government than against the Christians; but still, in case of a disturbance, the latter might be placed in great danger by the spirit of fanaticism which prevails. It is doubtful whether the army could be depended upon to act

Nr. 5678.
Gross-
britannien.
10. Mai 1876

*) Diese Aufregung war Folge der Ereignisse in Salonichi, über welche specielle Documente weiter unten folgen sollen.

Nr. 5678.
Gross-
britannien.
10. Mai 1876.

against the Mussulmans. The presence of a second British vessel here is desirable, and I should add that all my colleagues have requested their respective Governments to send an armed gunboat in addition to the ordinary "stationnaires".

Nr. 5679.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Neue Ministerernennungen der Pforte.

(Telegraphic.)

Constantinople, May 11, 1876, 3·30 p. m.

Nr. 5679.
Gross-
britannien.
11. Mai 1876.

The following official appointments are announced: — Mehemet-Rushdi-Pasha has been appointed Grand-Vizier and Hussein-Avni-Pasha becomes Minister of War. || The new appointments are likely to have a good effect in calming the excitement which exists here.

Nr. 5680.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Befürchtungen der in Konstantinopel residirenden Engländer.

(Telegraphic.)

Constantinople, May 11, 1876, 7·10 p. m.

Nr. 5680.
Gross-
britannien.
11. Mai 1876.

I received to-day a numerous deputation of the principal English, who waited upon me in order to represent the danger to which they are exposed. || The presence of ships of war at Constantinople is the only measure of safety they could suggest, and they considered that the imminence of the danger would justify an exceptional departure from the Treaty. || I told them, that all I could do was to communicate their request to Her Majesty's Government; but I gave them no reason to expect that it would be complied with, seeing that the consent of all parties to the Treaty would be necessary. || I added that I should be glad, if Her Majesty's Government thought fit to direct the fleet to proceed to Besika-Bay, as in the event of any very extreme emergency, it would be within comparatively easy call. || I am quite without means of protecting the numerous English living here; but the knowledge that our vessels were at Besika would, I think, have a good effect upon the turbulent Turks. || A second gunboat, in addition to the "Antelope", ought certainly to be sent here.

Nr. 5681.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Der Aufstand in Bulgarien.

Constantinople, May 12, 1876.

My Lord, — I have the honour to inclose, herevith, the copy of a despatch from Mr. Vice-Consul Dupuis respecting the recent outbreak in Bulgaria, and also the copy of a report addressed to him from Eski-Zagra by his Dragoman. || As soon as a Government is formed here, to which I can present representations, I shall not fail to communicate to it Mr. Kyriatzi's report, and to point out the danger of allowing the local authorities to act as those of Eski-Zagra have apparently been doing. || I have, &c.

Nr. 5681.
Gross-
britannien.
12. Mai 1876.

Henry Elliot.

Beilage.

M. Kyriatzi to Vice-Consul Dupuis.

(Traduction.)

Eski-Zagara, le ²⁵ Avril,
₇ Mai, 1876.

M. le Consul, — Par ma présente je m'empresse de porter à votre connaissance l'actuel état politique de ces localités. || Le Gouverneur-Général du vilayet a télégraphié au Caïmacam de Zagara à plusieurs reprises afin d'armer tous les Musulmans et de les faire parcourir la ville pendant toute la nuit, pour prévenir toute attaque à craindre de la part des Bulgares. Sur vingt Bachi-bozouks (bandes irrégulières) on a mis deux Bulgares. Quant aux villages d'alentour on a expédié deux ex-gardiens de bois (couroudjis), brigands fameux et hommes de la plus mauvaise conduite, nommés Caradjos Ismail et Ibiche Moulazim, pour parcourir les villages. Ces fameux brigands, par leur conduite honteuse, et par leurs abus, ne feront autre chose que d'aggraver la situation actuelle, et de provoquer des affaires qui, pour le moment, grâce à Dieu, n'existent pas, parce que les villages sont en tranquillité, et les villageois ne pensent à d'autres choses qu'à la culture de leurs champs. || Je crois remplir un devoir en vous traçant ces lignes, et en attirant votre attention sur les mesures imprudentes prises par le Gouvernement pour armer tous les Musulmans, qui dans ces endroits étant d'une férocité connue, feront des abus de mille espèces, et peut-être ils troubleront la tranquillité actuelle du pays. Veuillez donc, M. le Consul, d'en faire part à qui de droit et d'agir pour le désarmement des Bachi-bozouks et l'expédition immédiate de troupes régulières afin de prévenir les dangers qui menacent le pays.

A. D. X. Kyriatzi.

Nr. 5682.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bewegung unter den Softas.

(Extract.)

Constantinople, May 12, 1876.

Nr. 5682.
Gross-
britannien.
12. Mai 1876.

An immediate and marked improvement took place in the aspect of things here upon the announcement of the change of Grand-Viziers, and comparative confidence was restored. || Many circumstances which have come to my knowledge have fully confirmed me in the conviction I had already conveyed to your Lordship, that the demonstration was directed against the Sultan and Mahmoud-Pasha, and that no hostile design was entertained against the Christians. || But, although the objects of the organizers of the movement were political, and neither social nor religious, it is not to be doubted that the Christians would have been exposed to imminent danger in the event of a popular tumult. || The visible leaders of the movement were the Softas, or students of the Koran, a determined and energetic body of men, numbering, as far as I can ascertain, between 5,000 and 6,000, who are, however, able to exercise influence over many others. || It appears that on the 10th instant a large assemblage of them met Prince Izeddin when on his way to the Seraskeriat in Stamboul, and stopping him, bade him return and inform the Sultan of their demands, viz., the dismissal of the Sheik-ul-Islam and the Grand-Vizier. || His Majesty, on receiving the message, sent his Secretary to the Mosque, where upwards of 2,000 were assembled, in order to ascertain more precisely what it was they wanted, and by the next day at noon both their wishes had been complied with. || From what I can learn of the ulterior designs of these men I gather that they evidently, under an able leader, intend before long to require the Sultan to modify his prerogative, and to grant a representative and constitutional form of Government, the main object of this demand being to ensure an efficient control over the finance of the State. Although Mehemet-Rushdi-Pasha, the new Grand-Vizier, is universally respected, the appointment of Midhat-Pasha may not improbably still be insisted upon, and they are all the more confident that their requests will meet with consideration, that they feel convinced that no armed force will ever be prevailed upon to act against them. || There being, for the present, no fanatical element in this movement, its leaders appear ready to share with the Christians the right of representation, and thus to insure to them the attainment of political equality with the Moslem, which has been so often though vainly promised. The programme of the Softas bears so much resemblance to that which is known to be advocated by Midhat-Pasha, that it is not surprising that many persons should regard His Highness, if not as the head, at least as one of the principal members of this remarkable organization.]

Although the present movement has for the moment passed off quietly, its importance and possible future consequences are not to be overlooked. ¶ The Softas have learned their own strength, and having once succeeded in intimidating the Sovereign, may be tempted to renew the experiment. ¶ I do not myself entertain a doubt, that the only safe course now to follow is the one which I myself suggested to the Sultan some months ago by the regular adoption of some measure of constitutional control over the action of the Government.

Nr. 5682.
Gross-
britannien.
12. Mai 1876.

Nr. 5683.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendung des Berliner Memorandums.

Berlin, May 13, 1876.

My Lord, — I received a letter from Prince Bismarck, of which the inclosed is a copy, asking me to call on him to-day, together with the Ambassadors of France and Italy, to meet the Chancellors of Austria and Russia. ¶ I did so and found, that M. de Bülow and Baron Jomini were equally present. ¶ After a few preliminary words from Prince Bismarck, Prince Gortchakow and Count Andrassy, confirming the cordial understanding which exists between them, and expressing their sincere hope and anxious desire that the Governments of England, France and Italy, who have given their moral support to the attempted pacification of the Herzegovinians, will equally agree to support the further attempts they have now met to concert, in consequence of the alarming state of affairs in Turkey. ¶ Baron Jomini was then invited to read the inclosed document to us, which embodies the views the Chancellors wished to communicate to us, and the proposal to which they solicit the co-operation of the other Great Powers. ¶ On receiving a copy of this document for transmission to your Lordship, I said that in the absence of special instructions I did so *ad referendum*. ¶ Prince Gortchakow observed, that he and Count Andrassy would remain till Monday at Berlin, and that they hoped the Governments of England, France and Italy would be able to express an opinion on the telegraphic summary of their proposal before they left. ¶ The departure of the messenger to London compels me to close this report without further delay. I have, &c.

Nr. 5683.
Gross-
britannien.
13. Mai 1876.

Odo Russell.

Beilage.

Berliner Memorandum.

Nr. 5683.
Gross-
britannien.
13. Mai 1876.

Les nouvelles alarmantes venant de la Turquie sont de nature à engager les Cabinets à resserrer leur entente. || Les trois Cours Impériales se sont cru appelées à se concerter entre elles pour parer aux dangers de la situation, avec le concours des autres grandes Puissances Chrétiennes. || Dans leur pensée, l'état présent des choses en Turquie réclame une double série de mesures. Il leur paraît avant tout urgent que l'Europe avise aux moyens généraux de prévenir le retour d'événements, tels que ceux qui viennent d'éclater à Salonique et qui menacent de se reproduire à Smyrne et à Constantinople. A cet effet les Grandes Puissances devraient, à leur avis, se concerter sur les dispositions à prendre, pour préserver la sécurité de leurs nationaux et celle des habitants Chrétiens de l'Empire Ottoman, sur tous les points où elle se trouve compromise. || Ce but semblerait pouvoir être atteint par un accord général concernant l'envoi des bâtiments de guerre sur les points menacés, et l'adoption d'instructions combinées aux commandants de ces navires pour les cas où les circonstances exigeraient de leur part une co-opération armée en vue du maintien de l'ordre et de la tranquillité. || Toutefois ce but ne serait qu'imparfaitement atteint si la cause première de ces agitations n'était point écartée par la prompte pacification de la Bosnie et de l'Herzégovine. || Les Grandes Puissances se sont déjà réunies dans cette pensée sur l'initiative prise dans la dépêche du 30 Décembre dernier, afin d'obtenir une amélioration effective du sort des populations de ces contrées, sans porter atteinte au *status quo* politique. || Elles ont demandé à la Porte un programme de réformes destinées à répondre à ce double but. La Porte, déférant à cette demande, s'est déclarée fermement résolue à mettre ces réformes à exécution et l'a officiellement communiqué aux Cabinets. || Il en est résulté pour ceux-ci un droit moral, celui de veiller à l'accomplissement de cette promesse, et une obligation, celle d'insister pour que les insurgés et les réfugiés secondent cette oeuvre d'apaisement en cessant la lutte et en rentrant dans leurs foyers. || Cependant, ce programme de pacification, bien qu'accepté en principe par toutes les parties, a rencontré un double écueil. || Les insurgés ont déclaré que l'expérience du passé leur défendait de se fier aux promesses de la Porte, à moins d'une garantie matérielle positive de l'Europe. || La Porte a déclaré de son côté qu'aussi longtemps que les insurgés parcouraient le pays en armes, et que les réfugiés ne se rapatriaient pas, il lui était matériellement impossible de procéder à la nouvelle organisation du pays. || En attendant les hostilités ont repris leur cours. L'agitation entretenue par cette lutte de huit mois s'est étendue à d'autres parties de la Turquie. Les populations Musulmanes ont dû en conclure que la Porte n'avait déféré qu'en apparence à l'action diplomatique de l'Europe, et qu'au fond elle n'avait pas l'intention d'appliquer

sérieusement les réformes promises. De là un reveil des passions religieuses et politiques, qui a contribué à amener les déplorables événements de Salonique et la surexcitation menaçante qui se manifeste sur d'autres points de l'Europe Ottomane. || Il n'est pas douteux non plus qu'à son tour cette explosion du fanatisme réagit sur la situation des esprits en Bosnie et en Herzégovine, comme dans les Principautés voisines. || Car les Chrétiens de ces contrées ont dû être vivement impressionnés par le fait du massacre de Consuls Européens, en plein jour, dans une ville paisible, sous les yeux des autorités impuissantes, alors qu'on les engage à se confier au bon vouloir des Turcs irrités par une lutte longue et acharnée. || Si cette situation se prolongeait on risquerait ainsi de voir s'allumer l'incendie générale que la médiation des Grandes Puissances avait précisément en vue de conjurer. || Il est donc de toute nécessité d'établir certaines garanties de nature à mettre hors de doute l'application loyale et complète des mesures arrêtées entre les Puissances et la Porte. Plus que jamais il est urgent de peser sur le Gouvernement du Sultan pour se décider à se mettre sérieusement à l'oeuvre afin de remplir les engagements contractés par lui envers l'Europe. || Comme premier pas à faire dans cette voie, les trois Cours Impériales proposent d'insister auprès de la Porte, avec toute l'énergie que doit avoir la voix unie des Grandes Puissances, afin de l'amener à une suspension d'armes pour le terme de deux mois. || Ce délai permettrait d'agir à la fois sur les insurgés et les réfugiés, pour leur donner confiance dans la sollicitude vigilante de l'Europe, sur les Principautés voisines, pour les exhorter à ne pas entraver cette tentative de conciliation, et enfin sur le Gouvernement Ottoman, pour le mettre en demeure d'accomplir ses promesses. On pourrait ainsi ouvrir la voie à des pourparlers directs entre la Porte et les délégués Bosniques et Herzégoviniens, sur la base des vœux que ceux-ci ont formulés et qui ont été jugés aptes à servir de points de départ à une discussion. || Ces points sont les suivants: — || 1. Les matériaux pour la reconstruction des maisons et églises seraient fournis aux réfugiés rentrants, leur subsistance serait assurée jusqu'à ce qu'ils puissent vivre de leur travail. || 2. En tant que la distribution des secours relèverait du Commissaire Turc, celui-ci devrait s'entendre sur les mesures à prendre avec la Commission Mixte, mentionnée dans la note du 30 Décembre, afin de garantir l'application sérieuse des réformes et d'en contrôler l'exécution. Cette Commission serait présidée par un Herzégovinien Chrétien, composée d'indigènes représentant fidèlement les deux religions du pays; ils seraient élus dès que l'armistice aura suspendu les hostilités. || 3. A l'effet d'éviter toute collision, le conseil serait donné à Constantinople de concentrer les troupes Turques, au moins jusqu'à l'apaisement des esprits, sur quelques points à convenir. || 4. Les Chrétiens garderaient les armes comme les Musulmans. || 5. Les Consuls ou délégués des Puissances exerceraient leur surveillance sur l'application des réformes en général et sur les faits relatifs au rapatriement en particulier. || Si avec l'appui bienveillant et chaleureux des Grandes Puissances et à la faveur de l'armistice, un arrange-

Nr. 5683.
Gross-
britannien.
13. Mai 1876.

ment pouvait être conclu sur ces bases, et mis immédiatement en oeuvre par la rentrée des réfugiés et l'élection de la Commission Mixte, un pas considérable aurait été fait vers la pacification. || Si, cependant, l'armistice s'écoulait sans que les efforts des Puissances réussissent à atteindre le but qu'elles ont en vue, les trois Cours Impériales sont d'avis qu'il deviendrait nécessaire d'ajouter à leur action diplomatique la sanction d'une entente, en vue des mesures efficaces qui paraîtraient réclamées dans l'intérêt de la paix générale, pour arrêter le mal et en empêcher le développement.

Nr. 5684.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Raschid-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London. — Meldung, dass der bulgarische Aufstand nahezu unterdrückt sei.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 14 Mai, 1876.

Nr. 5684.
Türkei.
14. Mai 1876.

Vous avez appris par la voie des journaux que des troubles ont eu lieu dernièrement du côté de Tatar Pazardjik, district de Philippopoli. Quoique ces troubles fussent loin d'avoir l'importance que la malveillance a essayé de leur attribuer en les présentant dans la presse comme une insurrection Bulgare, le Gouvernement s'est empressé néanmoins de prendre, dès le début, des mesures énergiques et efficaces, appropriées à la circonstance. Ces mesures ont, heureusement, produit le résultat qu'on était en droit d'en attendre. Les troubles ont été circonscrits tout d'abord, et maintenant ils tendent à s'apaiser; nos dernières informations sont satisfaisantes; elles portent qu'un grand nombre d'insurgés rentrent dans leurs foyers et les autres ne tarderont pas à les suivre. || Veuillez communiquer ce qui précède à M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 5685.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Annahme des Berliner Memorandums von Seiten Frankreichs und Italiens.

Berlin, May 14, 1876.

Nr. 5685.
Gross-
britannien.
14. Mai 1876.

My Lord, — As was to be expected, the French and Italian Governments have at once telegraphed their readiness to support at Constantinople the new propositions of the Northern Powers, which I had the honour of communicating

to your Lordship on Saturday. | The Chancellors had hoped for a similar telegraphic reply from Her Majesty's Government; but I took occasion to explain that it could not be expected before next week, because of the intervening Sunday. || Your Lordship, I said, would not be able to consult the other members of Her Majesty's Government before Monday, and the decision come to could not possibly be telegraphed to Berlin before Monday night or Tuesday morning early. || As the labours of the Berlin Conference were otherwise accomplished, and the support of France and Italy acquired, Prince Gortchakow and Count Andrassy resolved to leave Berlin to-morrow morning, — the former for Ems, the latter to Buda-Pesth, and begged that the answer of Her Majesty's Government, which they sincerely hoped would be as favourable as those of France and Italy, might be communicated to them through Prince Bismarck. || I have, &c.

Odo Russell.

Nr. 5686.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Bedenken gegen das Berliner Memorandum.

Foreign Office, May 15, 1876.

My Lord, — The German Ambassador called upon me to-day, and I spoke to him on the subject of the plan proposed by the Three Powers at Berlin, as stated in the Memorandum contained in your Excellency's despatch of the 13th instant, for the pacification of Bosnia and Herzegovina. I remarked that, in the first place, it appeared to me that there should be some security for the reality and faithful observance of the contemplated armistice by both sides. The Turks might engage to maintain it, and would no doubt do so; but what reliance could be placed on the insurgents observing it? I conceived that, before any plan founded on an armistice is discussed, it should be clearly understood that Servia and Montenegro must be warned, and, if necessary, compelled to refrain from assisting in fomenting the insurrection, or taking other active measures in support of the insurgents during its continuance. || Even then I could not say, that the plan seemed to be likely to be successful. Article 1 provided, that materials should be furnished for the reconstruction of the churches and houses of the returning refugees, and that their subsistence should be assured for some time to come; but from what we knew of the matter, it seemed likely that this would cost a large sum of money, which the Porte did not possess, and could not borrow. || Moreover, it was questionable whether in justice the Porte should be made responsible for repairing destruction which had been in the main the work of the insurgents themselves. || I passed over

Nr. 5686. the 2nd Article being one of detail, into which it was not necessary now to
 Gross- enter. || With regard to the 3rd Article, I said that I did not see how peace
 britannien. was to be preserved between the Christian and Mahometan populations, if the
 15. Mai 1876. Turkish troops were to be concentrated as proposed, or how the Turkish
 Government could be held responsible for the maintenance of order, if the
 only disciplined force in the country were thus withdrawn. The 4th Article
 showed this conclusively, since if the insurgents were to return armed to meet
 the Mussulmans, also retaining their arms, a collision would be inevitable. ||
 I did not lay any stress on the fifth Article, as it might mean much or little,
 according to the interpretation which might be given to the duties of surveil-
 lance by the Consuls or Delegates entrusted with them. || I could not, how-
 ever, but remark that the intimation contained in the last paragraph of the
 Memorandum, seemed to leave the disposal of events wholly with the insur-
 gents. It almost amounted to an invitation to them to refuse to entertain any
 terms that were likely or possible to be offered, since it gave them to under-
 stand that by continuing the insurrection they would secure further intervention
 on their behalf. || I added that these were merely my first impressions, and
 that it would be necessary for Her Majesty's Government to examine the pro-
 posals carefully before returning any definite answer. || Count Münster listened
 to my observations with attention, and promised to report to his Government
 what I had said. I am, &c.

Derby.

Nr. 5687.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in
 Wien. — Bedenken gegen den vorgeschlagenen Waffenstillstand.

Foreign Office, May 18, 1876.

Nr. 5687. Sir, — The Austrian Ambassador called upon me this afternoon, and
 Gross- read to me a telegram, of which the substance was as follows: — || "The
 britannien. Austrian Government much regretted to learn that Her Majesty's Government
 18. Mai 1876. entertained strong objections to the plan drawn up at Berlin for the pacifi-
 cation of the Herzegovina. They hoped that, if England could not undertake
 to support the action of the three Powers, she would at all events abstain
 from opposing it. A two months' armistice would be a considerable gain, and
 Count Beust was to endeavour to induce the British Government to press its
 acceptance on the Porte." || Count Beust, acting on this telegram, inquired
 whether Her Majesty's Government were prepared to support the proposition
 of an armistice alone, apart from any question of the terms on which a future
 pacification might be brought about. || I said, in reply, that in considering the
 question of an armistice, it was necessary to look at its effect in a mili-

tary and political point of view. Unless the armistice suggested were accompanied by proposals that seemed to hold out a reasonable expectation of the re-establishment of peace, I doubted whether the Porte was likely to accept it, for three reasons. ¶ In the first place, I said, an armed insurrection always gained strength by the mere fact of continuing to exist. The longer it lasts, the smaller is the chance of its being ultimately put down. In the next place, the cost of maintaining a Turkish army of not less than 50,000 men on the frontier could not but press heavily on an exhausted exchequer, while the insurgents, fighting among their own mountains, incurred but little expense, and it was impossible that the troops should not become more or less disorganized by being kept inactive in the face of an enemy. Thirdly. What real guarantee could be given for the maintenance of the armistice? On the Turkish side, there was an organized Government to deal with, and the generals of the Porte would not venture to break engagements into which they had been ordered to enter; but could the same thing be said of the insurgents? Had they recognized Chiefs capable of enforcing obedience along the whole frontier? and if they had, could those Chiefs be relied on? These were considerations which the Government of the Sultan could not overlook. ¶ Count Beust then pressed me to say that, if I gave no support to the proposal, I would at least abstain from opposing it. ¶ To this I answered, that I was quite aware of the responsibility that would be incurred by any Government that should urge, or even encourage, the Porte to reject advice supported by so general an agreement of the Continental Powers. I should not press my view, nor did I say that the objections which I had suggested might not be got over; but, if asked, I could only state them for what they might be worth. ¶ Some further conversation followed, in the course of which I told Count Beust that I had no plan to propose, but that it seemed to me idle to talk of putting an end to the war as long as the Prince and people of Montenegro were allowed to give it active support and assistance, as they were doing now, being at the same time guarded by the intervention of the Powers from all fear of retribution on the part of Turkey. ¶ I am, &c.

Derby.

 Nr. 5688.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Definitive Ablehnung des Berliner Memorandum.

Foreign Office, May 19, 1876.

My Lord, — Her Majesty's Government have had under their consideration the Memorandum of which a copy was inclosed in your despatch of the 13th instant, containing the proposals of the Governments of Austria, Germany

Nr. 5687.
Gross-
britannien.
18. Mai 1876.

Nr. 5688.
Gross-
britannien.
19. Mai 1876.

Nr. 5688.
Gross-
britannien.
19. Mai 1876.

and Russia for the pacification of the Herzegovina and Bosnia. These proposals had been agreed upon by Count Andrassy, Prince Bismarck and Prince Gortchakow at a meeting at Berlin, and your Excellency was requested to communicate them to Her Majesty's Government with the hope that Her Majesty's Government would accede to them and express their opinion at once upon the telegraphic summary furnished by your Excellency. || I informed your Excellency on the 15th instant, that it would be necessary for me to consult my colleagues, and that I could not give any reply until after the proposals of the three Governments had been considered by the Cabinet. || I have now to state to your Excellency, that Her Majesty's Government regret to find themselves unable to co-operate in the policy which the three Governments have invited them to pursue. Her Majesty's Government appreciate the advantage of concerted action by the Powers in all that relates to the questions arising out of the insurrection; but they cannot consent to join in proposals, which they do not conscientiously believe likely to effect the pacification which all the Powers desire to see attained. || The proposals contained in the Memorandum are directed to pressing upon the Porte the establishment of an armistice for two months, with a view to direct negotiations between the Porte and the delegates of the insurgents on the basis of the wishes which the latter have expressed, and which have been thought fit to serve as points of departure for discussion. || In the first place, it appears to Her Majesty's Government that they would not be justified in insisting upon the Porte consenting to an armistice without knowing whether the military situation admitted of its being established without prejudice to the Turkish Government, and without rendering necessary the exercise of greater efforts on the renewal of the campaign, and a consequent prolongation of the struggle. Moreover, the faithful observance of the armistice by both sides would have to be secured, since the Porte could not well be called upon to suspend operations against the insurgents while the insurrection was receiving support from Servia and Montenegro, and the insurgents strengthening their position and recruiting their forces and obtaining arms and supplies. The mere fact of the insurrection remaining unsuppressed would be likely to give it additional vitality, and the result of an armistice might, therefore, be to lead to a rejection of any demands which the Porte might fairly be expected to concede, and thus hinder rather than advance the prospects of pacification. || At the same time Her Majesty's Government would not advise the Porte against acceding to an armistice should the Turkish Government consider that the political and military position admitted of it, and its result would be likely to be beneficial, although in view of the objections which I have mentioned, and others of a similar character which will readily occur to your Excellency, Her Majesty's Government do not feel justified in recommending it to the Porte, still less in insisting upon its acceptance. || In my despatch of the 15th instant I have informed your Excellency of some of the objections which I stated to Count

Münster had occurred to me in regard to the five points which were proposed as a basis for negotiation between the Porte and the insurgents; a further consideration of the proposals has not led to any modification of the opinion I then expressed. || Her Majesty's Government doubt whether the Porte has the means of providing for the reconstruction of the houses and churches of the insurgents or of finding subsistence for the returning refugees. If Her Majesty's Government are rightly informed, the cost would be very heavy, and the Porte has not the requisite funds at its disposal. || The distribution of relief by such a Commission as is contemplated would be little better than a system of indiscriminate almsgiving. It would probably be beyond the power of the Porte to adopt, and if adopted, would prove utterly demoralizing to any country. || Her Majesty's Government do not mean to say, that the Porte would not be wise in affording any practicable facilities and inducements for the return of the population who have quitted, or been driven from, their homes owing to the insurrection; but they do not consider, that they can urge upon the Porte to undertake engagements, the observance of which would be beyond its power. || The concentration of the Turkish troops in certain places would be delivering up the whole country to anarchy, particularly when the insurgents are to retain their arms. || The "Consular supervision" would reduce the authority of the Sultan to nullity; and, without force to support it, supervision would be impossible. || Even if there were any prospect of the Porte being willing and able to come to an arrangement with the insurgents on the basis proposed, which Her Majesty's Government scarcely believe possible, the intimation with which the Memorandum closes would render any such negotiation almost certainly abortive, for it could not be supposed that the insurgents would accept any terms of pacification from the Porte in face of the declaration that, if the insurrection continued after the armistice, the Powers would intervene further. || Regarded in this light the proposal of an armistice seems to Her Majesty's Government to be illusory. || There is another point not referred to in your Excellency's telegraphic summary, but to which it is necessary for me to advert, viz., the proposal in the third paragraph of the Memorandum that the Powers should agree upon the measures to be taken by their respective naval forces for the safety of foreigners and of the Christian inhabitants of the Ottoman Empire at Salonica and other places where it might be threatened. || Her Majesty's Government have already desired that Her Majesty's ship "Swiftsure" should proceed to Salonica, and that Admiral Drummond, with three other vessels of war, should go to Besika-Bay, where he will be in ready communication with Her Majesty's Embassy, and an additional vessel of small size has been placed in attendance at Constantinople at Sir H. Elliot's request. || They have heard, that other Powers have reinforced their squadrons in Turkish waters, and that there is a considerable naval force assembled at Salonica. || Her Majesty's Government do not doubt, that the measures thus taken will have had a good effect in affording con-

Nr. 5688.
Gross-
britannien.
19. Mai 1876.

fidence to the subjects of Great Britain and other Powers at Salonica and elsewhere; and they will readily give instructions to Admiral Drummond and the Captains of Her Majesty's ships under his orders, to give any protection and assistance which may be necessary for the preservation of the lives and properties of foreign subjects should they unhappily be in immediate danger, either in concert with the commanding officers of the ships of the other Powers, or, in the absence of any such ships, on their own responsibility. Her Majesty's Government do not, however, at present apprehend any necessity for such measures, and they are of opinion that care should be taken that the naval forces of foreign Powers are not employed in any manner contrary to the Treaty rights of the Porte or subversive of the Sultan's authority. || Your Excellency is authorized to read this despatch to Prince Bismarck, and to leave a copy with his Excellency, should he desire it. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5689.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Der Minister missbilligt auch die Form der Berliner Vorschläge.

Foreign Office, May 19, 1876.

Nr. 5689.
Gross-
britannien.
19. Mai 1876.

My Lord, — In the despatch which I have addressed to your Excellency on the 19th instant, I have stated that Her Majesty's Government are unable to give their assent to the proposals which the three Governments desire should be urged upon the Porte, and have mentioned the reasons which have induced Her Majesty's Government to refrain from doing so. || Those proposals take the shape of certain defined points for negotiation between the Porte and the insurgents, coupled with an armistice and an intimation of an intention to take further measures should the negotiation be unsuccessful. None of these proposals had previously been discussed with Her Majesty's Government, or, so far as they are aware, with the other Powers signatories of the Treaty of Paris; and the inconvenience has consequently arisen again, as in the case of Count Andrassy's note, of a set of Articles being submitted for the acceptance of Great Britain without any opportunity having been afforded for a preliminary consideration of their details by Her Majesty's Government, or for the possible objections of Her Majesty's Government to be considered by the three Governments concerned. || Her Majesty's Government attach little importance to forms in matters of this kind, and would have readily accepted the present proposals had they appeared to them to afford a feasible plan for the pacification of the insurgent districts; but they cannot accept, for the sake of the mere appearance of concert, a scheme, in the preparation of which they have not been consulted, and which they do not believe calculated to effect the object

with which they are informed it has been framed. || I leave it to your Excellency's discretion how far it may be desirable that you should indicate the views of Her Majesty's Government in this respect in your communications with the German Government. || I am, &c.

Nr. 5689.
Gross-
britannien.
19. Mai 1876.

Derby.

Nr. 5690.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Erklärung über die Berliner Vorschläge.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 21 Mai, 1876.

On nous informe que, dans l'entrevue de Berlin, il a été question de la Bosnie et de l'Herzégovine; que les Ministres des trois Empires ont arrêté les bases d'un projet de pacification. D'après ce projet, on voudrait nous amener à consentir à une suspension d'armes de deux mois pendant lesquels des pourparlers seraient engagés entre la Sublime Porte et les Délégués Bosniens et Herzégoviniens sur la base des vœux formulés par eux et jugés propres à servir de point de départ à une discussion. Le projet en question se résumerait en cinq points principaux, à savoir: — Reconstruction des églises et des maisons des réfugiés qui rentrent, le Gouvernement devant fournir les matériaux et assurer à ces derniers leur subsistance jusqu'à ce qu'ils puissent vivre de leur travail; nomination d'un Président Chrétien Herzégovinien pour la Commission exécutive des réformes; cantonnement des troupes jusqu'à l'apaisement des esprits sur quelques points à convenir; faculté laissée aux Musulmans comme aux Chrétiens de garder les armes; surveillance exercée par les Consuls des Puissances sur l'application des réformes et sur les faits relatifs au rapatriement. Enfin, et la suite de ces cinq points, le projet aurait eu soin de prévoir une éventualité, celle de l'expiration du délai de deux mois sans que les efforts des Puissances aboutissent au but désiré. Dans ce cas, les trois Cours Impériales prendraient les mesures efficaces qui paraîtraient réclamées dans l'intérêt de la paix générale. Tel serait en substance ce document. Quoique son existence ne soit pas officiellement connue de nous, les points susdits sont trop importants, ils font naître de trop légitimes préoccupations pour que je ne doive pas dès à présent même, et ne fût-ce que sur de simples renseignements, vous faire connaître en quelques mots l'impression que la nouvelle du projet et des démarches en question a produite sur nous, les réfutations qu'elles nous suggèrent, et les considérations auxquelles elles donnent lieu. || Avant tout, et surtout, le résultat, tel qu'il est connu des Conférences de Berlin, a provoqué en nous un sentiment de profond regret, je dirai presque de découragement amer, et cela n'étonnera personne si l'on examine les faits et la situation sans prévention et avec une impartiale équité. On reconnaîtra aisément que ce que nous devons déplorer le plus, c'est la

Nr. 5690.
Türkei.
21. Mai 1876.

Nr. 5690.
Türkei.
21. Mai 1876.

coïncidence si malheureuse pour l'oeuvre de la pacification des propositions formulées avec les circonstances actuelles favorables, et combien ce projet, évidemment inspiré par le désir général d'amener la paix et la tranquillité en Bosnie et en Herzégovine, mis en avant aujourd'hui, ira à l'encontre du but proposé, paralysera les efforts, détruira les résultats satisfaisants déjà acquis au prix de tant de sacrifices. Dans cet ordre d'idées, et sans entamer ici une discussion à fond qui trouvera sa place ailleurs, je vous dirai que le projet élaboré à Berlin surgit au milieu d'un état des choses qui, examiné sans parti pris, constitue pour ainsi dire une des dernières étapes vers l'apaisement; qu'il arrive le lendemain d'un grand succès militaire, remporté par Mouktar-Pacha, succès dont l'obtention nous a été toujours indiquée, et que nous tenons comme devant hâter la pacification. Ce projet, enfin, se produit lorsque les insurgés, battus et défaits à Douga, sont aux abois, qu'ils ont fait des pertes énormes, que leurs bandes sont dispersées, qu'ils sont démoralisés, que, ne pouvant tenir la campagne, ils se sont réfugiés sur les montagnes, et que des milliers de familles réfugiées commencent à rentrer dans leurs foyers. Dès lors, il est facile de voir l'effet que va produire sur ces bonnes dispositions le résultat des Conférences de Berlin, qui semble mettre tout en question, et quelle regrettable diversion il va produire. || Pour nous, qui voyons et jugeons les choses de près, nous pensons et nous sommes convaincus que ce résultat arrêtera le retour de l'émigration, réveillera un espoir chimérique chez les insurgés découragés, les entraînera fatalement à la résistance, et, enrayant par là l'action de l'autorité, compromettra gravement l'opération de la pacification. Certes, les responsabilités inhérentes à une telle conséquence sont trop graves pour que le Gouvernement Impérial ne croie pas de son devoir de les écarter dès à présent. || Dans de telles conditions, et dans de telles circonstances, pourrions-nous, sans méconnaître ouvertement nos devoirs, nous faire bon marché des avantages obtenus jusqu'à présent au prix de tant de sang versé, consentir à la trêve proposée de deux mois? En le faisant, nous contribuerions non-seulement à rendre encore plus pénibles les charges déjà si lourdes occasionnées au Trésor par cette malheureuse insurrection, mais nous consacrerions, d'une part, la démoralisation de l'armée, et nous fournirions, de l'autre, aux insurgés le répit si nécessaire et le temps si précieux à une pareille occurrence pour réparer leurs pertes, se réorganiser, grossir leurs rangs; enfin, pour recommencer la lutte peut-être avec quelque chance de succès, et cela précisément le lendemain de l'expérience de la dernière trêve dont les combats sanglants de Douga se sont chargés d'expliquer les conséquences. || Pour ce qui est de la reconstruction des églises et des maisons, et des subsides à accorder aux émigrés rentrant jusqu'à ce qu'ils puissent vivre de leur travail, votre Excellence sait que le Gouvernement Impérial a promis, indépendamment des autres faveurs, de donner toutes les facilités nécessaires pour ces constructions et d'accorder des subsides aux nécessiteux pour un terme indiqué. Mais de là à ce qui nous serait proposé il y a loin, et nous croyons

n'être pas contestés en disant qu'assurer la subsistance de ces gens pendant un temps indéterminé qui ne prendrait fin que selon leur bon plaisir, ce serait non-seulement créer une charge ruineuse pour le fisc, mais encore donner publiquement une prime à l'insurrection, un encouragement à la paresse, et favoriser indirectement ce que l'on avait en vue de prévenir. || Nous nous demandons également si c'est dans un but d'apaisement et de conciliation qu'on voudrait laisser leurs armes aux Musulmans et aux Chrétiens, tout en cantonnant les troupes sur certains points. La plus simple réflexion suffit pour faire voir que, dans l'état actuel des choses et des esprits, un tel mode de procéder équivaldrait à laisser libre carrière à tous les mauvais instincts et à éterniser les conflits, puisqu'on éloigne, qu'on isole, qu'on neutralise la seule force capable de contenir les passions, d'apaiser les haines, de prévenir et d'empêcher les luttes. || Nous avons de la peine à comprendre la coexistence de la présidence de la Commission par un Herzégovinien Chrétien, et de la surintendance à exercer par les Consuls; car, si la première proposition est formulée comme une preuve de confiance et une garantie d'exécution, la seconde n'est rien moins qu'une manifestation destructive de cette confiance, indépendamment de ce qu'elle a de blessant, au premier chef, pour la dignité du Gouvernement et pour le prestige de l'autorité. | Enfin, et pour clore cette énumération, je dirai que la simple énonciation par le projet de l'éventualité d'une entente à établir si le délai de deux mois expire sans qu'une solution intervienne, suffit à elle seule pour rendre tout effort infructueux, et entièrement stérile l'oeuvre même préconisée par la Conférence. || En un mot, le résumé de nos réflexions est que le Gouvernement Impérial, qui a été jusqu'à accepter les propositions contenues dans la note du Comte Andrassy uniquement par déférence pour les conseils des Puissances, et sur les assurances formelles qu'elles ont bien voulu lui donner comme quoi l'application des mesures suggérées amènerait la pacification à laquelle elles contribueraient d'ailleurs, moralement et d'une façon efficace, ne saurait aujourd'hui sortir des limites tracées par ces propositions, approuvées par toute l'Europe et acceptées par nous. || Je vous prie de vous inspirer des considérations ci-dessus esquissées dans l'entretien que vous auriez à ce sujet avec M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 5691.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Paris (Mr. Adams) an den königl. Min. d. Ausw. — Duc de Decazes beklagt die Folgen der englischen Ablehnung.

Paris, May 22, 1876.

My Lord, — When I saw the Duc Decazes to-day, as stated in my preceding despatch, his Excellency again expressed his surprise and regret at the refusal of Her Majesty's Government to join in the new proposals of the three Imperial Courts, and he said that, when he telegraphed to Berlin the

Nr. 5691.
Gross-
britannien.
22. Mai 1876.

adhesion of the French Government, it was with the conviction that Her Majesty's Government would adopt the same course. || As I read to him your Lordship's despatch of the 19th instant to Her Majesty's Ambassador at Berlin, the Duke made from time to time observations, the substance of some at least of which I will endeavour to convey to your Lordship. || With regard to the armistice he considered, that it would be as advantageous to the Porte as to the insurgents, if not more so. The experience, he thought, of the past months had shown, that the Turkish army were in such a condition that they could not put down the insurrection, and the War Department, as an organized portion of the Government, could employ the period of the armistice to more advantage in putting the army into a better state than the insurgents, who had no such organization to fall back upon, could possibly do for themselves. || He did not think, that the expenses of the reconstruction of the houses and churches of the insurgents, or of finding subsistence for the returning refugees would be so great as that the Porte could not find means to meet them. At all events, if the alternative was to be a continuance of the struggle, he was of opinion that the war expenses which would fall upon the Porte would be much heavier in that case. || He did not, he said, consider, that the concentration of the Turkish troops in certain places would be delivering up the whole country to anarchy; on the contrary, he thought this measure would tend to the pacification of the disturbed districts. The struggle, he contended, was not a religious one, not a fight between Christian and Mussulman, but an agrarian insurrection, having its origin in bad administration. || He defended Consular supervision. He allowed, indeed, that the mission of the Consuls to Mostar had been a failure, but then that had happened whilst fighting was going on, and their chance of doing good was small; but he was of opinion that such a supervision as had been suggested would, during the armistice, have much greater chance of success in the disturbed districts. || But, besides these and other observations with which I need hardly trouble your Lordship, the Duc Decazes spoke to me at length, and in peculiarly earnest language, of the result which he dreaded if, by the non-consent of all the Powers, an armistice became impossible, and thus the present struggle were to be kept up. || His Excellency drew a graphic picture of the probable spread of the insurrection, of the consequent rising of one Province after another in the Ottoman Empire, of the greater and greater effusion of blood, of the gradual dismemberment of the Empire, until at last, as he feared, all Europe might be drawn into the vortex. || He implored Her Majesty's Government to reconsider their decision; he trusted that they would at least consent to recommend an armistice, however short, in order that an attempt might be made to find some ground for the establishment of a common concert between the six Powers, and he declared that, for his part, he could not but consider that, if England stood aloof at this momentous crisis, it would be "a public calamity" for Europe. † I have, &c.

F. O. Adams.

Nr. 5692.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Paris an den königl. Min. d. Answ. — Oesterreich will die Ueberreichung des Memorandum in Constantinopel noch verzögern, wenn Aussicht auf eine Annäherung Englands vorhanden ist.

(Extract.)

Paris, May 24, 1876.

The Duc Decazes sent, late in the afternoon of yesterday, to ask me to come to the French Foreign Office, and, on my arrival, he said that Prince Hohenlohe had been with him, and had stated that Prince Gortchakow and Count Andrassy had agreed, that the Representatives of Russia and Austro-Hungary at Constantinople should now address a communication to the Porte in the form of an identic note, embodying the text of the Berlin Memorandum for the pacification of the Turkish insurgent districts, and that the German Government adhered to this resolution on the part of the two other Imperial Courts, and were about to instruct Baron Werther accordingly. || The Duc Decazes, as he proceeded to say, answered that in view of the regrettable difference in the matter of this Memorandum which had arisen on the part of England, he had addressed a pressing appeal ("une démarche instante") to the English Cabinet, and that he was now awaiting a reply. || The Duke said that the Austrian Chargé d'Affaires called upon him after Prince Hohenlohe's departure, and informed him that he was instructed to say that Count Andrassy would try to retard the intended step at Constantinople, if the Duc Decazes could see some chance of inducing England to draw nearer to the views of the other Powers, at least as to the armistice. || The Duke, as he continued, told the Austrian Chargé d'Affaires that he took note of this, and he promised to give him a speedy answer. || In his communication of the above to the Marquis d'Harcourt, the Duc Decazes said that he had ended by remarking that it was, at all events, well that Her Majesty's Government should be made aware, at once, of these conciliatory dispositions at Vienna, and his Excellency begged me, on my part, to telegraph to your Lordship without loss of time the information which he had just imparted to me. || This I accordingly did.

Nr. 5692.
Gross-
britannien.
24. Mai 1876.

Nr. 5693.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Vorstellungen an die Pforte gegen Verwendung von Baschi-Bozüks und Antwort darauf.

Therapia, May 24, 1876.

Nr. 5693.
Gross-
britannien.
24. Mai 1876.

My Lord, — I have the honour to inclose copies of further despatches from Mr. Vice-Consul Dupuis, reporting the progress of the insurrectionary movements in Bulgaria. || I have made strong representations to the Porte of the evils resulting from the employment of Bashi-Bazouks, and inclose herewith a copy of Mr. Sandison's report on the subject. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Mr. Sandison to Sir H. Elliot.

Therapia, May 23, 1876.

Sir, — In accordance with your Excellency's instruction, I strongly represented to Raschid-Pasha the injudicious employment of Bashi-Bazouks in Bulgaria, for which the Porte alone was responsible. || His Excellency stated in reply, that Vizirial orders were sent yesterday directing the authorities in Bulgaria not to resort to the services of Circassians as irregulars. I thought proper to tell his Excellency that this was doing away with one class of Bashi-Bazouks only, and that there were just as strong grounds for giving similar orders in regard to the common Bashi-Bazouks, who were equally brutal and licentious. || His Excellency did not seem to think, however, that the matter rested any longer with the Porte, now that Abdul-Kerim-Pasha, the Generallissimo, was entrusted with the sole direction of everything connected with the military operations in Bulgaria. || I have, &c.

A. Sandison.

Nr. 5694.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Der Sultan und der Thronerbe.

Therapia, May 25, 1876.

Nr. 5694.
Gross-
britannien.
25. Mai 1876.

My Lord, — I informed your Lordship that the Sultan was stated to have placed his heir apparent, Murad Effendi, and his brothers, in strict confinement, although the fact then was not fully ascertained. || Its truth is, how-

ever, now beyond doubt, and the Princes were not even allowed to go to the Mosque on the Fridays, which was a measure of extreme rigour. || The Sultan afterwards became aware of the effect which was being produced upon the public by this act, and intimated to the Princes that they were at liberty to have their apartments; but they now decline to avail themselves of it. || They can, however, see nobody except the persons of their own households, who are placed about them by the Sultan. || I cannot say, that His Majesty is altogether without cause for distrust of his nephew. || It has been known for some time that the Prince would be ready to proclaim a Constitution on the day of his accession, and he has certainly been in communication with some of its most influential advocates; and that many of these, if they cannot obtain their object regularly and through the Government, are prepared to attempt to depose the Sultan, and to place Murad-Effendi in his place is, I believe, almost beyond all doubt. | I have, &c.

Nr. 5694.
Gross-
britannien.
25. Mai 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5695.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Stimmung in Konstantinopel.

(Extract.)

Therapia, May 25, 1876.

Although immediate confidence was restored when the demonstration of the Softas brought about the dismissal of Mahmoud-Pasha, there is every appearance of the movement being the prelude to something far more serious. || I have been at much pains to ascertain the objects and intentions of the Softas, who may at present be regarded as to a very great degree representing the intelligent public opinion of the capital, if not of the Empire. || Their wish, I might perhaps say their determination, is to obtain the entire reform of the administration, which alone can save the Empire from the total and speedy ruin with which it is threatened. || Mahmoud-Pasha was looked upon as directly responsible for a large share in the present desperate state of affairs; it was he, they say, who during his first administration encouraged the Sultan in all his caprices, being only anxious to retain His Majesty's favour, and totally indifferent to the welfare of his country. || The Sovereign having once been taught to consult nothing but his own humour, no subsequent Minister has been able to restrain him; those who attempted it being invariably dismissed within a few weeks. || The reproach is, no doubt, in a great degree well founded. || The first object, therefore, of the Softas was to procure the dismissal of the obnoxious Vizier, and in this they were successful, although they did not succeed in procuring the nomination of Midhat-Pasha,

Nr. 5695.
Gross-
britannien.
25. Mai 1876.

Nr. 5695.
Gross-
britannien.
25. Mai 1876.

who, as the champion of the reforming party, is the only man in whom much confidence is placed. || Mehemet-Rushdi-Pasha, though enjoying general respect as an incorruptible and patriotic statesman, is not supposed to have the power to obtain from the Sultan the concessions and limitations of his authority that are considered necessary, and which might possibly still preserve his Throne, if, indeed, this is not too late. || The word "Constitution" is now in every mouth, without there being any well defined understanding what it means, except that it signifies the establishment of some popular or national control over the present purely arbitrary will of the Sovereign. || The Softas, knowing themselves to be supported by the bulk of the nation, Christian as well as Mus-sulman, in calling for this control, will not, I believe, desist in their efforts till they have obtained it, and should the Sultan resolutely refuse to grant it, an attempt to depose him appears to me almost inevitable. || Texts from the Koran are circulated with a view to proving to the faithful that the form of Government sanctioned by it is properly democratic, and that the absolute authority now wielded by the Sovereign is a usurpation of the rights of the people, and a contravention of the Holy Law. || Both texts and precedents are appealed to show that allegiance is not due to the Sovereign who neglects the interests of the State. || The disaffection runs through every class, and no one now thinks of trying to conceal his opinion. || Among the porters in the streets, the boatmen on the Bosphorus and Pashas who have filled or are now filling the very highest posts, civil or military, the same language is held, and I should be at a loss to name a single quarter in which the Sultan could with any confidence look for support against a well-organized attempt to depose him. || Generals and Admirals declare, that both officers and men of the two services share the feelings of the public, and that they would certainly not act against the Softas in any movement they might make. || Relying upon this, some of the more adventurous believe that they could carry out a revolution without bloodshed or disturbance; but the risk is in truth far greater than they calculate, for if the Minister of War, either from feelings of loyalty or from motives of personal ambition, were to stand by the Sultan, any revolutionary movement must be followed by frightful consequences. || At present the harmony between the Mussulmans and Christians is perfect, and a thorough understanding exists between the Softas and a large portion of the Greeks of Constantinople; but if serious disturbances were once to occur, religious fanaticism might very quickly be excited.

Nr. 5696.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Militärische Vorbereitungen in Serbien.

Belgrade, May 29, 1876.

My Lord, — I am assured by competent persons that the military authorities here are of opinion that the preparations undertaken by them with a view to a conflict with the Porte are so far completed that they see no objection to commence hostilities as soon as the Government may feel disposed to do so. ¶ The only thing wanting is the calling out of the militia. Of these about 12,000 men have been sent to Alexinatz and Negotine to take charge of the newly-constructed forts, which are intended to obstruct and, if possible, prevent a Turkish invasion. ¶ Every morning we are alarmed by reports of an immediate convocation of the entire militia; but after hearing most conflicting accounts during the day, it has been hitherto always possible in the end to ascertain that these reports are, at any rate, premature. ¶ It is certainly difficult to admit that all these preparations and the expenses they have occasioned have been incurred without some plan and object in view, and it is therefore probable that they may lead ere long to some hostile acts against the Porte. In the meantime the Government denies any such intention; but they are possibly merely waiting for some signal or important intelligence. ¶ It is not unlikely that an attempt will be made about Whitsuntide to open new centres of insurrection in Bosnia, whilst the main body of the Servian militia would, in such a case, defend the country from any reprisals on the part of the Ottoman army concentrated at Nish and at Widdin, a force which is said to have been diminished since the commencement of the disturbances in Bulgaria. ¶ I have, &c.

Nr. 5696.
Gross-
britannien.
29. Mai 1876.

W. A. White.

Nr. 5697.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Mittheilung einer Unterredung mit Graf Schuwaloff.

Foreign Office, May 30, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador read to me yesterday a letter in order that I might be in a position to understand the impression produced upon the Russian Foreign Office by the language and conduct of Her Majesty's Government. ¶ In this letter, among other things it was said that Sir Henry

Nr. 5697.
Gross-
britannien.
30. Mai 1876.

Nr. 5697.
Gross-
britannien.
30. Mai 1876.

Elliot, so far from sharing the uneasiness felt by the Russian Ambassador at the recent demonstrations of public opinion at Constantinople, had rather seemed to approve of them, and to think that they might be a first step towards the establishment in Turkey of something like Constitutional Government. In answer, I observed that I believed Sir H. Elliot to have been quite as much alive as any of his colleagues to the danger of a fanatical outbreak in the Turkish capital; that I had no means of knowing exactly the view he had taken of the demonstrations which led to the fall of the late Grand-Vizier, but that, in so far as these demonstrations might be a warning to the Sultan of the general unpopularity which he had incurred by misgovernment, and of the consequent danger in which he was placed, I thought it quite reasonable to regard them as by no means an unmixed evil. || The latter went on to say that Her Majesty's Government had declined to lay before Parliament the correspondence that had passed on the subject of the Berlin proposals, grounding their refusal on the fact that these proposals had not yet been made known to the Porte; but it was clear, that their purport was well known at Constantinople; had they been communicated by Her Majesty's Government? || To this I replied, that I had certainly conversed with Musurus-Pasha on the subject; that I had found him acquainted with the general purport of the proposals before our conversation; that he might have learnt some details from me which were new to him; but I reminded Count Schouvaloff that within three or four days of the communication made to Lord Odo Russell, enough had transpired, through the medium of the continental press, to make it unnecessary to look further for the source of the information possessed by the Porte. || I added that, considering Turkey to be more immediately interested in the matter than any other Power, I could not see any reason why the Representatives of the Porte should not have the earliest information of designs which so deeply concerned that Power. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5698.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl.
Min. d. Ausw. — Entthronung des Sultans.

(Telegraphic.)

Therapia, May 30, 1876.

Nr. 5698.
Gross-
britannien.
30. Mai 1876.

The Sultan is deposed and his nephew Mourad proclaimed. Details are not yet known; but no disturbance or struggle has occurred.

Nr. 5699.

GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Rath zur Vorsicht in Bezug auf eine Flotten-Berufung nach Konstantinopel.

Foreign Office, May 31, 1876.

Sir, — Her Majesty's Government are receiving information from various quarters that the Powers are sending squadrons to reinforce their fleets in Turkish waters, and it may therefore be expected that in the course of a short time a very large naval force will be concentrated in Besika-Bay. || Admiral Drummond has already been reminded, as your Excellency will see from the inclosed copies of letters to the Admiralty, of the provisions of the Treaties of 1841, 1856 and 1871, and of the correspondence which passed in 1849 and 1853 with regard to the entrance of ships of war into the Straits of the Dardanelles. || Her Majesty's Government consider, that your Excellency should be watchful lest, under cover of protecting the Christian population, or on some similar pretext, a proposal may be made to summon the fleets to Constantinople. || Should such a proposal be mooted, your Excellency will at once inform Her Majesty's Government in order that they may determine on the course which so grave an event as the violation of the Treaty of 1841 may call upon them to adopt. || I am, &c.

Nr. 5699.
Gross-
britannien.

31. Mai 1876.

Derby.

Nr. 5700.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Proclamirung des Sultans Murad V.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 31 Mai, 1876.

L'Avènement au Trône de Sa Majesté Impériale Mourad V, que vous a annoncé le télégramme d'hier de son Altesse le Grand-Vézir, a été proclamé par la grâce de Dieu et la volonté du peuple au milieu de la tranquillité la plus parfaite. Les populations ont salué de leurs vœux unanimes et enthousiastes cet heureux événement. Tous tiennent à témoigner au nouveau Monarque leur sympathie et leur dévouement par des démonstrations publiques. La joie et la satisfaction du peuple se manifestent par des illuminations tant dans la capitale que dans les provinces. Je ferai incessamment connaître à votre Excellence le programme du nouveau Gouvernement.

Nr. 5700.
Türkei.
31. Mai 1876.

Nr. 5701.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min d. Ausw. — Details über die Entthronung des Sultans.

(Extract.)

Therapia, May 31, 1867.

Nr. 5701.
Gross-
britannien.
31. Mai 1876.

My despatches by the last messenger will almost have prepared your Lordship for the event that took place yesterday, and which has surprised no one who had given attention to the course which things were taking. || That an attempt to dethrone the Sultan was about to be made had become almost a matter of certainty, although its success would depend upon the part that would be taken by the Minister of War. || It ultimately proved that, although Midhat-Pasha was the undoubted originator and organizer, Hussein-Avni-Pasha played the principal part in carrying out the plot, and that the two had acted in perfect concert. || The arrangements for ensuring success and for preventing the probability of disturbance, were made with consummate skill and foresight; but it is still a matter of wonder that a plot, of which so many were in the secret, and the existence of which was indeed generally, although vaguely, known to the public, should not have reached the Sultan. || It can only be explained by the fact that in the capital there was hardly a man who did not desire his overthrow, nor a friend disposed to warn him of the dangers. || The Sheikh-ul-Islam, the highest authority that Mohammedans can appeal to, had declared the lawfulness of deposing the sovereign. || The two following questions had been submitted to him by the Ulema: — || "If the first of the true believers gives signs of madness and of an ignorance of political matters; if he spends the public money on himself in excess of what the State or the nation can grant him, will he not thus become the cause of troubles and of the public ruin? Ought he not to be dethroned?" || To this the Sheikh-ul-Islam answered by a simple "Yes," and, signed by his name, "Hassan-Hairoullah," the questions and the answer became a "Fetva," of which the authority would be admitted by all true Mussulmans. || It is stated, that it was not till three days before that Mehemet-Rushdi-Pasha gave his consent to the execution of the project, which it was immediately resolved to carry out at once. || His Highness by this decision saved the country from the most imminent danger; for the public exasperation arrived at such a height that the Softas and the people would undoubtedly have attempted a revolution, which, in their hands, would have been attended by all the evils and dangers of a popular movement, but which, conducted by those in authority, has passed without disturbance or even uneasiness. || When those who are entrusted by their Sovereign with power turn that power against him, there is in such conduct an appearance of treachery that must create a painful impression. || In the case, however, of Mehemet-Rushdi-Pasha, I must state that I believe his conduct to

have been guided by no considerations but those of the purest patriotism. || I could not at this moment name another Turkish Pasha so universally regarded as incorruptible, and at the same time so free of all suspicion of being actuated by motives of personal ambition. || He had long been convinced, as he has frequently told me, that the personal character of the Sovereign rendered the utter ruin of the country inevitable; but he shrank from the act of violence to which he was at last driven, when, against his own wishes, he was placed in the high position which he now occupies. || The "Fetva" above quoted justified the deposition of the Sovereign in the eyes of all true Mahommedans, and it has been ratified by the voice of the nation with a unanimity for which there is probably not a parallel. || Midhat-Pasha I believe to be equally devoted to his country, and to possess qualities of the highest order. || Of the policy that will now be pursued by the Porte, it is still too early to speak; but I may say with confidence that energy will immediately be perceived in the correction of abuses in the internal administration, and that one of the first acts of the new reign will be to place all the subjects of the Sultan upon a footing of real equality. || The task is a difficult one, and existing prejudices and traditions will not be quickly overcome. || With regard to foreign politics, it may be taken as certain that the Porte will be less patient than heretofore of the interference of other Governments; but it is to be hoped that it will be careful to avoid all cause of legitimate offence. || The new Sultan is known to cling to the Western Powers, and it is to them that he will look for counsel and advice. || There is, moreover, at this moment among all classes, both of Turks and Christians, an enthusiasm for Great Britain, which puts Her Majesty's Government in a position in this country which they have not held for many years.

Nr. 5701.
Gross-
britannion.
31. Mai 1876.

Nr. 5702.

TÜRKEI. — Kaiserl. Hatt. — Thronmanifest des Sultans Murad V.

Mon illustre Vizir, — Par la volonté de Dieu et le vœu unanime de tous nos sujets, nous venons de monter sur le Trône de nos ancêtres. || Nous vous confirmons dans vos fonctions de Grand-Vizir, ainsi que tous les autres fonctionnaires et employés de l'Etat. || Ainsi qu'il est à la connaissance de tout le monde depuis quelque temps les difficultés de la situation intérieure comme extérieure du Gouvernement ont produit dans l'opinion publique un manque de confiance qui a entraîné des pertes matérielles en altérant la tranquillité dans tous les sens. Il importe de faire cesser cet état de choses et d'y remédier; de rétablir la tranquillité dans le pays, et de ramener la confiance de tous les sujets de notre Empire; d'adopter une ligne de conduite de nature à as-

Nr. 5702.
Türkei.
1. Juni 1876.

Nr. 5702.
Türkei.
1. Juni 1876.

surer le bien-être ainsi que la prospérité matérielle et morale de tous nos sujets. La réalisation de ces vœux dépend de l'établissement sur une base solide et réelle des principes administratifs Gouvernementaux, et cette réalisation fait constamment l'objet de ma sollicitude. En conséquence, l'application de la loi et l'administration des affaires générales de l'Etat et l'octroi d'une législation sérieuse adoptée à la capacité des populations seront remaniés. || Tous nos sujets sans exception jouiront d'une pleine et entière liberté. Nous avons reconnu la nécessité de l'établissement d'un principe solide et stable qui amènerait toutes sortes de progrès, et qui assurerait l'harmonie et la bonne intelligence parmi tous nos sujets, et qui tendrait aussi à la conservation de la patrie. Pour mettre en exécution ce projet, il faut que les Ministres l'élaborent sur les bases sur lesquelles il doit reposer et le portent à notre connaissance; et pour arriver à ce résultat fondamental il devient nécessaire et important que les Ministères et Administrations du Conseil d'Etat, du Divani Ahkiami Adliyé, de l'Instruction Publique, du Maliyé, ainsi que tous les autres Départements, soient réorganisés, ce à que doivent aussi tendre les efforts des Ministres. || Comme les affaires financières forment aussi l'un des objets principaux et des plus importants du Gouvernement, il importe en conséquence d'établir un principe de nature à répondre à la confiance publique, c'est-à-dire, d'éviter toute dépense en dehors du Budget. Pour atteindre ce but et garantir les opérations financières, les améliorations à introduire à cet effet seront soumises à un mûr examen et à une surveillance rigoureuse. || Dans le but de venir en aide à ces dispositions, il sera déduit annuellement de ma liste civile 60,000 bourses en faveur du Maliyé, auquel je fais également abandon des mines d'Héraclée et autres, ainsi que les revenus des fabriques appartenant à la Couronne, dont l'administration relevera du Ministère des Finances. || Veillez et facilitez avec le plus grand soin l'équilibre des finances au moyen de ces modifications et économies. || Maintenez et respectez en même temps l'exécution des Traités avec les Puissances amies; efforcez vous de resserrer les bons rapports d'amitié et de bonne intelligence qui existent entre le Gouvernement Impérial et les autres Puissances. C'est là encore mon plus sincère désir. || Que le Très-Haut seconde nos efforts! Amen.

9 Djemaz-ul-evel, 1293 (1 Juin, 1876).

Nr. 5703.

TÜRKEI. — Protokoll über die Leichenschau des Sultans Abdul-Aziz.

[Uebersetzung.]

Nr. 5703.
Türkei,
4. Juni 1876.

Im Jahr Ein Tausend Achthundert Sechundsiebenzig, am 23. Mai (4. Juni), 11 Dschemazi-ül ewel 1293, Sonntag, um 11 Uhr Vormittags. — Wir Doctoren der Arzneikunde, Marko Pascha, Nuri Pascha, Julius Millingen, Karatheodory,

Sotto, Dickson, Marroin, Nuridschian, Eduard Spadaro, Vitalis, Spagnolo, Mark Markel, Jatropulo, Miltiades Bey, Abdinur Effendi, Mustafa Effendi, Servet Bey, Mehemed Bey und Jakob de Castro, Unterzeichnete, wurden auf Befehl Sr. kaiserl. Maj. vom Ministerium requirirt, um die Ursache des Todes des Ex-Sultans Abdul-Aziz zu constatiren, und wir verfügten uns nach dem Wachtgebäude neben dem kaiserlichen Palast von Tscheragan. || Dort führte man uns in ein Gemach des Erdgeschosses, wo wir einen Leichnam sahen, der auf einer Matratze auf dem Fussboden lag. Dieser Körper war mit einem neuen Leinen bedeckt. Als dieses Leinen abgenommen wurde, erkannten wir den Ex-Sultan Abdul-Aziz. || Alle Theile des Leichnams waren kalt und blutlos, bloss oder mit geronnenem Blute bedeckt. Die Leichenstarrheit existirte nicht; die Augenlider waren halb geöffnet, die Hornhaut leicht verdunkelt, der Mund halb geöffnet. || Mit Blut getränkte Leinen bedeckten die Arme und Beine. || Als wir von den Armen die Leinen wegnahmen, entdeckten wir etwas unterhalb der Biegung des linken Armes eine zusammenhängende Oeffnung von 5 Centimetern Ausdehnung und 3 Centimetern Tiefe. Die Ränder dieser Wunde waren ausgezackt und unregelmässig. Die Richtung der Wunde war von oben nach unten und von innen nach aussen. || Die Adern dieser Gegend waren durchschnitten und die Arm-Pulsader fast an dem Punkt ihrer Ausmündung bis zu drei Viertheilen ihres Umfangs geöffnet. || An der Biegung des rechten Armes constatirten wir eine etwas schräge Wunde, ebenfalls ausgezackt, von 2 Centimetern Ausdehnung und anderthalb Centimetern Tiefe. Auf dieser Seite fand man keine Verletzung der Adern von geringem Umfange; die Pulsadern waren unverletzt. | Man zeigte uns eine sehr scharfe Scheere von zehn Centimetern Länge; die eine Hälfte derselben hat nahe an dem Oberende einen kleinen Seitenknopf. Die Scheere ist blutig, und, wie man uns sagte, habe der verstorbene Ex-Sultan Abdul-Aziz sich mit diesem Instrument die eben beschriebenen Wunden beigebracht. || Hierauf verfügten wir uns in die Wohnung des verstorbenen Ex-Sultans: man führte uns in ein grosses Zimmer, welches die Aussicht auf das Meer hat. Dort gewahrten wir auf einer Ecke eines Sophas, welches neben einem Fenster stand, eine über dieses Möbel verbreitete Blutlache sowie eine grosse Menge geronnenes Blut in einer einzigen Masse auf der Matte des Fussbodens, ausserdem mehrere Flecke in der Umgegend. || Aus dem Vorhergehenden sind wir einstimmig der Ansicht: 1) dass der Tod des Ex-Sultans Abdul-Aziz durch die in Folge der Verletzung der Gefässe in den Armbiegungen veranlasste Hämorrhagie verursacht ist; 2) dass das uns vorgezeigte Instrument diese Wunde recht gut hervorbringen kann; 3) dass die Richtung und die Beschaffenheit der Wunden sowie das Instrument, durch welches sie gemacht worden sind, uns auf einen Selbstmord schliessen lassen. || Zur Beglaubigung dessen haben wir gegenwärtiges Protokoll aufgesetzt und unterzeichnet, im Wachtgebäude von Tscheragan, Jahr, Monat und Tag wie oben. Dr. Marko, Dr. Nuri, Dr. A. Sotto, Arzt der k. k. Botschaft von Oesterreich-Ungarn, Dr. Spagnolo, Dr. Mark Markel, Dr. Jatropulo, Dr. Ab-

Nr. 5703.
Türkei.
4. Juni 1876. dinur, Dr. Servet, Dr. J. de Castro, Dr. A. Marroin, Dr. Julius Mil-
lingen, Dr. C. Karatheodory, Dr. G. D. Dickson, Arzt der englischen
Botschaft, Dr. O. Vitalis, Arzt der Sanitätsverwaltung, Dr. Eduard Spadaro,
Dr. J. Nuridschian, Dr. Miltiades Bey, Dr. Mustafa, Dr. Mehemed.

Nr. 5704.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Amnestie für die Insurgenten.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 5 Juin, 1876.

Nr. 5704.
Türkei.
5. Juni 1876. Je vous transmets ci-dessous le texte d'une lettre adressée, d'ordre de
Sa Majesté Impériale le Sultan, par son Altesse le Grand-Vizir aux Commis-
saires Impériaux en Bosnie et en Herzégovine: —

“M. le Commissaire, Sa Majesté Impériale notre auguste et bien-aimé Maître a voulu inaugurer son règne juste et régénérateur par une mesure éclatante qui corrobore ses sentiments de clémence et de haute sollicitude pour ses peuples. Le Sultan Murad V a, avant tout, tourné ses regards compatissants vers ses sujets égarés de la Bosnie et de l'Herzégovine, et daigné accorder amnistie pleine et entière à tous les insurgés. || Un délai de six semaines, à dater de la proclamation par vos soins du contenu de cette dépêche télégraphique, leur est accordé pour qu'ils fassent leur soumission, rentrent chez eux, exposent leurs griefs et leurs sollicitations aux autorités locales, qui ont reçu l'ordre d'y prêter l'oreille avec justice et bienveillance, et de prendre toutes les mesures pour assurer le bien-être des familles qui ne sont pas encore rentrées. Le Commandant a été en même temps prévenu de cette amnistie générale afin de faire cesser partout les opérations militaires pendant les six semaines, et permettre ainsi aux insurgés de se mettre en toute sécurité en relation avec les autorités pour faire leur soumission. Il est bien entendu que les mouvements nécessités par le revêtement de Nicksik seront exceptés de cette suspension des opérations. || Votre Excellence voudra donc bien, à la réception de cette dépêche, s'empresse d'en faire savoir la teneur, au nom de Sa Majesté Impériale, notre auguste Maître, à tous les habitants de la Bosnie et de l'Herzégovine, par une proclamation spéciale rédigée en langue Turque et Bosnienne, afin que les malheureux qui sont depuis si longtemps frustrés de la douceur de leurs foyers sachent une fois pour toutes que notre magnanime Souverain est prêt à leur ouvrir les bras, à ensevelir le passé dans un profond oubli, et à leur faire largement profiter des bienfaits de son règne.”

Veillez bien faire part à M. le Ministre des Affaires Etrangères de la teneur de cette lettre.

Nr. 5705.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Die Kaisermächte haben beschlossen, die Ausführung der Berliner Vorschläge zu vertagen.

Foreign Office, June 7, 1876.

Sir, — The Austrian Ambassador communicated to me on the 4th instant a telegraphic despatch, which he had received from Vienna, to the following effect: — || The Government of Austria-Hungary have decided, in agreement with the Governments of Russia and Germany, to postpone the execution at Constantinople of the measures proposed at Berlin; but they considered that an agreement on a line of conduct was more than ever necessary, in view especially of the menacing attitude of Servia. Russia and Austria had instructed their Agents at Belgrade to counsel moderation, and the Austrian Government would be glad, if the English Government would do the same. || I saw his Excellency to-day at the Foreign Office, and told him that Her Majesty's Government could scarcely expect that any advice which Great Britain could give would meet, under present circumstances, with the same attention at Belgrade as the counsels of the other Powers, and if those counsels were seriously pressed, the action of Her Majesty's Agent would scarcely be required. || I said, that I would, however, give directions to Mr. White to act in concert with his Austrian colleague in advising the Prince of Servia to pursue a pacific policy, and added, that, by the last accounts received from Belgrade, it appeared that the danger of hostilities was deemed less imminent, and Prince Milan was intending to address a congratulatory letter to Sultan Mourad on his accession. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5706.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Deutschland und Oesterreich wünschen weiteren Aufschub für die Vollziehung der Berliner Maassregeln.

Berlin, June 7, 1876.

My Lord, — I am told that Prince Gortchakow is in favour of communicating to the Porte, after the recognition of the new Sultan Mourad V, the notes which were to have been presented on the 30th ultimo to the Ministers of the late Sultan Abdul-Aziz. || Count Andrassy is in favour of delay, but says he will consent to the communication, if Prince Gortchakow wishes

Nr. 5706.
Gross-
britannien.
7. Juni 1876

it. [Prince Bismarck agrees with Count Andrassy in recommending further delay, since the Porte has already of her own accord proposed an amnesty and an armistice, and seems inclined to communicate directly with the insurgents, and listen to the expression of their grievances and requirements.] I have, &c.

Odo Russell.

Nr. 5707.

TÜRKEI — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in London. — Mittheilung einer Sommation an Serbien.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 8 June, 1876.

Nr. 5707.
Türkei.
8. Juni 1876.

Je vous transmets ci-dessous, à titre d'information, le résumé d'un télégramme que le Grand-Vizir vient d'adresser au Prince de Serbie:

Les assurances formelles et réitérées de Votre Altesse avaient dissipé les préoccupations qu'avaient fait naître à la Sublime Porte les armements considérables de la Serbie; néanmoins, ces armements, loin d'avoir cessé, étant poursuivis dans des proportions telles que l'armée Servienne se trouve prête à entrer à toute heure en campagne, la Sublime Porte ne peut rester indifférente à un état de choses peu rassurant pour la tranquillité de nos provinces limitrophes, d'autant plus que les incursions des Serviens ajoutent à nos inquiétudes. Sa Majesté Impériale le Sultan, justement ému de cette situation, et ayant vivement à cœur de conserver invariables les bons rapports entre la Sublime Porte et le Gouvernement Princier, m'a ordonné de m'adresser officiellement à Votre Altesse pour avoir des explications franches et précises sur les motifs et le but réel de ces armements.

Nr. 5708.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Grausame Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes.

(Extract.)

Therapia, June 8, 1876.

Nr. 5708.
Gross-
britannien.
8. Juni 1876.

The Bulgarian insurrection appears to be unquestionably put down, although, I regret to say, with cruelty, and, in some places, with brutality. I am not disposed to accept the accounts, which come from the sources to which it would not be difficult to trace the origin of the movement, which

are exaggerated to a degree which must deprive them of the slightest credit; but there is evidence that the employment of Circassians and Bashi-Bazouks has led to the atrocities which were to be expected. ¶ These irregulars have now been recalled, but not before they had done enough to embitter the feelings which must be entertained by the Christians towards the Mussulmans.

Nr. 5709.
Gross-
britannien,
8. Juni 1876.

Nr. 5709.

GROSSBRITANNIEN. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Mittheilung über eine Unterredung mit Graf Münster.

Foreign Office, June 10, 1876.

My Lord, — The German Ambassador, in conversation this afternoon, spoke to me on the present state of affairs in Turkey. ¶ I said, that my language to every one had been that we were bound to allow the new Administration at Constantinople some breathing time, and to await the results of the efforts they were now making to bring about an arrangement for the settlement of the insurgents districts. ¶ The Governments concerned might think it right to express severally their individual hope that the Sultan would go as far as he could in making liberal concessions to his discontented subjects; but I thought it was very expedient that we should refrain for the moment from anything in the nature of concerted action or advice; for this reason in particular, that an indication or expectation of such interference would in itself be sufficient, in all probability, to ensure the rejection by the insurgents of the terms offered to them, whatever those terms might be. ¶ I went on to say that now that the proposals drawn up at Berlin were, as I understood, abandoned in consequence of the altered position of affairs, I no longer saw any reason why the six Powers should not again be agreed in their course of action. ¶ Count Münster said, that proposals had reached his Government from various quarters, in especial from France, for a Conference. ¶ I said, that similar suggestions had also been received by us, but that while I saw no objection in principle to the idea of a Conference, I did not myself think that there would be any practical advantage in such a meeting, unless some preliminary agreement were first come to as to the general outlines of the plan to be discussed in it. ¶ Count Münster told me, that this was also the view which Prince Bismarck took of the matter. ¶ I am, &c.

Nr. 5709.
Gross-
britannien,
10. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5710.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Der Kaiser von Russland hat Serbien neuerdings energisch zum Frieden gemahnt.

Foreign Office, June 10, 1876.

Nr. 5710.
Gross-
britannien.
10. Juni 1876.

Sir, — The Austrian Ambassador called this afternoon and informed me of a communication which he had received within the last twenty-four hours, and which he regarded as eminently satisfactory. He was given to understand, he said, that the Emperor of Russia had sent from Ems a message to the Government of Servia, which was of a nature more decisive than any previous communication of the same kind. His Majesty had warned the Prince of Servia that, if, contrary to advice, he involved himself in a war with Turkey, not only had he no material assistance to expect from Russia, but moral support and sympathy would equally be withheld. This warning, Count Beust said, was due, in part at least, to the request of the Austrian Government that some such language should be held, and he thought its effect at the present moment would be decisive. || From the conversation which ensued, I gathered that the view of Count Andrassy as to the course to be pursued at present is the same as that of Her Majesty's Government. Count Andrassy, as I understood from Count Beust, objects to a Conference without definite basis, and thinks that time must be given to allow of its being seen whether the direct negotiations with the insurgents, on which the Porte had entered, are likely to bring about a satisfactory result. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5711.

TÜRKEI. — Proclamation Ali-Pascha's an die Insurgenten.

(Translation.)

Nr. 5711.
Türkei.
10. Juni 1876.

His Imperial Majesty Sultan Murad-Khan, our august Sovereign and Lord, in order to give a proof of his high bounty and benevolence, has deigned to grant a general amnesty to all his subjects in Bosnia and the Herzegovina, who have fallen into the paths of disobedience. || That you may be enabled to submit yourselves and return to your homes with the object of laying your complaints and bringing your demands before the local authorities, His Majesty is pleased to accord you a term of six weeks from the date of this Proclamation. || Orders have been given to the functionaries of the Government to listen with kindness and equity to your complaints; and to take all the mea-

sures necessary to assure the safety of those families which have not yet returned to their homes. Orders have also been given to the Commanders of the Imperial troops to suspend all military operations with the exception of those undertaken for the revictualling of Nicksick. | Such are the sentiments of kindness and tenderness which His Majesty the Sultan has been pleased to make known to you through our instrumentality.

The Imperial Commissary,
Ali.

Mostar, ^{May 29,}
_{June 10,} 1876.

Nr. 5711.
Türkei.
10. Juni 1876.

Nr. 5712.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Erläuterung des Amnestiedecrets für die Insurgenten.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 12 Juin, 1876.

Pour faire suite à mon télégramme du 5 de ce mois, je vous transmets ci-dessous le texte d'un télégramme adressé par Son Altesse le Grand-Vézir aux Commissaires Impériaux en Bosnie et en Herzégovine: —

Nr. 5712.
Türkei.
12. Juni 1876.

“Par mon télégramme du . . . , je vous avais annoncé l'amnistie accordée par Sa Majesté Impériale Mourad V aux insurgés de la Bosnie et de l'Herzégovine et les mesures arrêtées par ordre Souverain à leur égard. Si ce télégramme ne fait pas mention des dernières réformes octroyées par le Gouvernement Impérial, c'est parce qu'elles sont acquises déjà aux populations de la Bosnie et de l'Herzégovine, et que les Commissions des réformes sont chargées de leur pleine exécution sur la base des instructions remises à leurs présidents. Veuillez donc ajouter à la Proclamation que vous êtes chargé de publier, que ces réformes sont et demeurent maintenues dans toute leur intégrité. || Il va sans dire que pendant le délai de six semaines qui vient d'être accordé aux insurgés pour faire leur soumission et rentrer dans leurs foyers, votre Excellence ne négligera rien pour les faire profiter des bienfaits qui leur ont été accordés par le Gouvernement Impérial. La Commission doit donc s'occuper sans retard et très activement de la mise à exécution des réformes conformément aux instructions et aux pouvoirs dont elle est munie. Les autorités locales écouteront avec justice et bienveillance les sollicitations et les griefs légitimes des délégués qui seront désignés de la part de ceux qui voudront faire leur soumission, afin de les soumettre à l'appréciation du Gouvernement Impérial.”

Veuillez faire part à M. le Ministre des Affaires Etrangères de la teneur de ce télégramme.

Nr. 5713.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Auftrag, die Türkei zu schleuniger Ausführung der Reformen zu ermahnen.

Foreign Office, June 13, 1876.

Nr. 5713.
Gross-
britannien.
13. Juni 1876.

Sir, — Her Majesty's Government instructed your Excellency by telegraph, on being informed of the deposition of Sultan Abdul-Aziz, to take such steps as might be proper for congratulating Sultan Mourad personally on his accession, and on the 9th instant I forwarded to you the Queen's letter of credence, accrediting you as Her Majesty's Ambassador to His Imperial Majesty. Her Majesty's Government considered, that in the present state of affairs it was desirable that your Excellency should be in a position to enter into the closest official relations with the Sultan and the newly instituted Government without delay, and they have, therefore, not awaited the observance of all the usual formalities on such occasions before authorizing you to present your credentials. || The Sultan and his Ministers cannot but be aware of the serious nature of the present crisis, and of the urgent importance of taking advantage of the opportunity afforded by the change of Government to establish the administration of the country on a sound footing. Above all it is essential, that no time should be lost in executing the reforms in the insurgent Provinces in a real and effectual manner. || In the note to Count Beust of the 25th of January, I pointed out that the reforms suggested by the Powers were all, or nearly all, already provided for by the Firmans of the Porte, or the laws of the Turkish Empire, and in recommending them to the Porte Her Majesty's Government felt that they were but asking the Porte to carry out those principles which it has constantly professed. || At the same time it is undeniable that the liberal and enlightened projects of reforms which have from time to time been promulgated at Constantinople, have not been brought into practical operation in the provinces. The spirit of obstruction has been permitted, by the laxity of the Porte, to prevail, and ignorance and corruption have too frequently disgraced the Administration, until the discontent of the Mahomedans as well as Christians has culminated in the overthrow of the late Sultan's throne. || Her Majesty's Government have learnt with much satisfaction that the Turkish Ambassador at Vienna has assured the Austrian Government that the Porte abides by all the engagements for reforms in the disaffected provinces into which the Government of the late Sultan had entered. It is not enough, however, that the Porte should make assurances of its intentions, it should show the force of its intentions by its acts. || The incapable men who, as your Excellency has had too often reason to know, have been placed in positions of authority, should be at once removed and replaced by those

who can gain the confidence and respect of the people. Extortion and corruption should be promptly punished, and the reforms in the administration of justice, and the concession of full civil rights to all the religious communities vigorously proceeded with. || It is only by this means that the Porte can hope to forestall the designs of the enemies of the Ottoman Empire, and to secure for the new Government the confidence which under the rule of the late Sultan had been so disastrously forfeited. || Her Majesty's Government are not ignorant of the difficulty of uprooting abuses of long standing, and effecting a radical reform in the administration of a country like Turkey; but the necessity is imperative, and Her Majesty's Government would not be doing their duty as a friendly and allied Government, if they now shrank from urging it. || They feel that they are in a position, from the circumstances of the political situation, in which their counsel should carry with it peculiar weight, and they accordingly desire that your Excellency should avail yourself of the earliest occasion to express these views to the Sultan in courteous and becoming, but explicit, language. || I am, &c.

Nr. 5713.
Gross-
britannien.
13. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5714.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Mittheilung eines Depeschenwechsels mit Serbien über die gegenseitigen Rüstungen.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 13. Juin, 1876.

Pour faire suite à mon télégramme du 8 de ce mois, je vous transmets ci-dessous, pour votre information personnelle, la réponse du Prince de Serbie, ainsi que la réplique du Grand-Vézir à Son Altesse: —

Nr. 5714.
Türkei.
13. Juni 1876.

Belgrade, le 7 Juin.

“J’ai reçu le télégramme de votre Altesse en date d’hier, et j’ai l’honneur de soumettre à sa haute appréciation les considérations suivantes: — || Lorsque l’insurrection éclata l’année dernière en Herzégovine, une vive émotion s’empara des esprits en Serbie; la vigilance de nos autorités se trouvant dans les premiers moments surprise, un certain nombre d’individus originaires soit d’Herzégovine, soit de Bosnie, et établis dans la Principauté, passèrent la frontière. Me trouvant alors à Vienne, j’ai fait prendre, dès mon retour, les mesures les plus sérieuses pour la surveillance de la frontière, de sorte que depuis l’automne dernier pas un seul volontaire ne l’a franchie pour pénétrer dans les provinces limitrophes de la Principauté. Néanmoins, les agressions des Bachi-Bozouks, Tcherkès et Arnaoutes, leurs incursions armées sur le territoire de la Principauté n’ont pas cessé jusqu’à ce jour, de sorte que mon Gouvernement a dû

Nr. 5714.
Türkei.
13. Juni 1876.

en faire continuellement l'objet de plaintes légitimes auprès des Gouverneurs-Généraux de Provinces et même auprès de la Sublime Porte. Ces plaintes ont engagé le Gouvernement Impérial à déléguer, pour les examiner, le Colonel Faïk-Bey, et à inviter mon Gouvernement à envoyer aussi un délégué. C'est à la suite de cette invitation que le Colonel Oreschkovitch a été désigné de notre part. J'attendrai avec confiance le résultat de cette Commission, qui constatera suffisamment d'où sont parties les agressions dont parle la dépêche de votre Altesse. De même nos troupes qui, aux premiers bruits alarmants, avaient été désignées sur la frontière, en ont été rappelées déjà avant l'hiver; il ne s'y trouve nulle part aujourd'hui de troupes Serbes, à l'exception des ouvriers employés aux travaux de défense. Malgré cela, l'armée Impériale est restée dans ses positions, enveloppant la Servie d'un cercle de fer, et entretenant dans les esprits des appréhensions continuelles qui ont arrêté dans le pays tout commerce et toute industrie. En face d'une insurrection qui s'étend jusque dans le voisinage de la Servie depuis déjà six mois, en face des incursions armées de bandes indisciplinées qui répandent l'incendie et le pillage dans nos districts frontières, enfin, en face de l'attitude menaçante de l'armée Impériale vis-à-vis de la Servie, l'Assemblée Nationale a chargé mon Gouvernement de veiller à la sûreté du pays, et a mis dans ce but à sa disposition les moyens nécessaires. Telle est, Altesse, la vraie et unique signification des préparatifs militaires qui se font ici; destinés à la défense du pays, ils cesseront en même temps que les causes qui les ont provoqués; ils n'ont d'autres buts. Eloigné de tout dessein qui pût porter atteinte, soit aux rapports dans lesquels se trouve vis-à-vis de la Sublime Porte, soit à l'intégrité de l'Empire, intégrité dans laquelle la Servie puise sa force, et voyant, d'autre part, d'après votre dépêche, que les bruits alarmants concernant la Servie trouvent créance à Constantinople, j'ai résolu d'y envoyer un délégué spécial qui donnera à la Sublime Porte tous les éclaircissements nécessaires, et aura l'ordre de s'entendre avec le Gouvernement Impérial par un échange d'explications franches et loyales, de manière à mettre nos rapports réciproques sur le pied d'une entière confiance. Mon Envoyé partira sans délai, et je ferai connaître son nom à votre Altesse par l'intermédiaire de mon Agent à Constantinople.

Réponse du Grand-Vizir, le 12 Juin.

J'ai reçu le télégramme de votre Altesse du 7 Juin. Je suis heureux, mon Prince, de dire à votre Altesse que, pendant ma carrière de cinquante années, il m'a été donné de constater que les dispositions et les sentiments bienveillants du Gouvernement Impérial à l'égard de la Servie sont restés invariables et ont été corroborés par des preuves successives et éclatantes, et que la politique traditionnelle de la Sublime Porte a été de respecter toujours et en toute occasion, en conformité des stipulations des Hatti-Chérif et des Traités, l'autonomie et les privilèges de la Principauté. Je me félicite d'autant plus de témoigner aujourd'hui encore à votre Altesse ces dispositions, qu'en

ma qualité de vieux Serviteur de l'Etat, et m'inspirant de cette même politique, je n'ai cessé de concourir à tout ce qui a été de nature à assurer le bonheur et la prospérité de la Servie. Je rappellerai même ici avec satisfaction que je me suis trouvé au pouvoir dans des circonstances qui ont été particulièrement favorables à la Principauté. Je me flatte d'espérer, mon Prince, que votre Altesse, dont nous connaissons les sentiments à l'égard de la Cour Souveraine, ne doutera pas de ce que je viens d'avoir l'honneur de dire. Elle s'expliquera dès lors aisément les mesures de précaution qui ont dû être prises par le Gouvernement Impérial au début de l'insurrection de l'Herzégovine, et en présence surtout des incursions de bandes et de la vive agitation des esprits constatée par votre Altesse elle-même, agitation qui s'est manifestée dans la Principauté. Ces incursions avaient même pris depuis un caractère inquiétant; les bandes qui passaient la ligne de démarcation allant jusqu'à incendier des corps de garde, à tirer sur nos patrouilles, à assassiner des gendarmes isolés, à commettre des meurtres sur des gens inoffensifs, à piller des villages, à brûler les récoltes, à enlever les bestiaux, &c. En face de cette situation et en considération de la probabilité que des réclamations analogues aient pu avoir lieu de la part des autorités Princières, nous avons nous-mêmes pris l'initiative de faire constater sur les lieux mêmes les plaintes des autorités locales par une Commission composée d'un délégué Ottoman et d'un délégué Serbe. Si le départ du premier a été ajourné, c'est à la suite de l'information qui nous a été fournie par l'Agent de votre Altesse que le délégué Serbe étant malade, il ne pourrait pour le moment se rendre à sa destination. Telles sont en résumé, mon Prince, les causes des mesures de précaution prises par la Sublime Porte, et dont fait mention le télégramme de votre Altesse. Tel est le motif qui a fait différer provisoirement le départ du délégué Impérial, qui se mettra en route aussitôt que nous aurons reçu l'avis que son collègue est parti. Nous nourrissons, comme votre Altesse, l'espoir que cette Commission parviendra à résoudre les difficultés locales en donnant une solution satisfaisante aux plaintes formulées de part et d'autre.

Nr. 5714.
Türkei.
13. Juni 1876.

Nr. 5715.

GBROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Unterredung mit Graf Schuwaloff.

Foreign Office, June 14, 1876.

My Lord, — In the course of a long and interesting conversation which I held with the Russian Ambassador on the 12th instant, he expressed regret at the general distrust which appeared to be felt in England as to the designs of his Government, thinking, as he said, that the character and antecedents

Nr. 5715.
Gross-
britannien.
14. Juni 1876.

Nr. 5715.
Gross-
britannien.
14. Juni 1876.

of the Emperor were a sufficient guarantee for his pacific intentions. ¶ I assured his Excellency, in reply, that we did not doubt, and never had doubted, the desire of the Emperor for the maintenance of peace; he was well known to be opposed on principle to a warlike policy, which, moreover, would be obviously opposed to the interests of Russia at the present moment; but I reminded his Excellency that the language and conduct of Russian Agents had not always been in accordance with what I could not doubt was the intention of the Government, and that the sympathy generally felt in Russia for the insurgent population of Turkey was a matter of notoriety. These circumstances were in themselves enough to explain any expressions indicative of suspicion or mistrust that might have appeared in the press, or in public speeches—expressions, I must observe, which had never been used or sanctioned by Her Majesty's Government. I was glad, I added, to take the opportunity of acknowledging the importance of the service rendered to European peace by the warning recently addressed by the Emperor to the Prince of Servia, which, according to our latest reports, appeared to have accomplished its object. In answer to a further inquiry by Count Schouvaloff, I said that it was not a part of the system or policy of England to take up a position of isolation in Eastern matters, as, indeed, our conduct during the last few months had shown. Her Majesty's Government had given their support to the note of Count Andrassy, though at no time sanguine of the results to be expected from it; they had dissented from the policy indicated in the Berlin Memorandum for reasons frankly stated by them at the time, and which they still held to be valid; it now appeared that action on that document was indefinitely postponed, and, as far as I saw, there was no present cause of difference between Her Majesty's Government and those of other Powers. All were agreed that the new Sultan should be allowed time to consider his policy and to deal with the insurgents by direct negotiation. The success or failure of his overtures to them remained to be seen, and, while that continued uncertain, no further step could well be decided upon. Count Schouvaloff did not dissent from the above observations, but said it would be desirable to know what was the solution of the difficulty which England desired to see adopted. What was the drift and object of British policy? Until that was known to his Government, united action was impossible, however much other Powers might desire it. ¶ I said in reply that, supposing the negotiations now in progress between the Porte and the insurgents to end in a pacification, it was obvious that the object we desired would be effected without our interference, and nothing more need be said or done in the matter. Supposing them to fail—which, I did not conceal from him, I thought to be the more probable alternative—I doubted the possibility of effective interposition, unless we were prepared (which Her Majesty's Government were not) to use compulsion as against one or other party in the quarrel. The insurgents appeared to be fighting, not for administrative reforms, but for independence or autonomy in

some form; the Porte, on the other hand, was willing to grant reforms more or less extensive, but would certainly not concede autonomy unless compelled: the differences between the views of the two parties seemed irreconcilable, and I did not believe that either would be willing to give way. Nothing, I thought, remained, except to allow the renewal of the struggle, until success should have declared itself more or less decisively on one side or the other; if the Sultan found that his troops could make no head against the insurgents, and that the latter continued to hold their ground, he might and probably would be willing to yield to the pressure of necessity. In that case, the revolted provinces would have acquired for themselves a position similar to that of Servia or Roumania. If, again, the Sultan succeeded in even partially re-establishing his authority, the demands of the insurgents would be moderated, their confidence would have received a check, and they would acquiesce in some such arrangement as that made with the Cretans after the war of 1866-67. In either event, the time would not be distant when the Powers might usefully and successfully mediate; but that time did not appear to me to have arrived as yet. || I am, &c.

Nr. 5715.
Gross-
britannien.
14. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5716.

RUSSLAND. — Reichskanzler (Fürst Gortschakoff) an den kaiserl. Botschafter in London (Graf Schuwaloff). — Wünscht Verständigung mit England.

Ems, le $\frac{2}{14}$ Juin, 1876.

M. le Comte, — Je réponds à l'expédition confiée par votre Excellence à M. le Comte Adlerberg et qui a précédé votre entretien avec Lord Derby. Sa Majesté l'Empereur a vu avec satisfaction l'initiative que M. Disraeli a prise vis-à-vis de vous et le retour de confiance qu'il témoigne à notre égard. Nous ne croyons pas en avoir démérité et nous y répondrons avec une complète réciprocité. || Dès l'origine des troubles de l'Orient notre auguste Maître n'a pas eu d'autre but que d'en arrêter le développement et de prévenir une conflagration générale en Turquie. Nous ne croyons pas plus que M. Disraeli à la durée indéfinie de l'état de choses anormal que présente l'Empire Ottoman. Mais rien n'est encore préparé pour le remplacer, et sa chute subite risquerait d'ébranler l'Orient et l'Europe. Il était donc désirable de maintenir le *status quo* politique par une amélioration effective du sort des populations Chrétiennes qui nous paraissait et nous paraît encore une condition indispensable de l'existence de l'Empire Ottoman. || Nous avons pensé que ce résultat pourrait être atteint par une entente générale des Grandes Puissances intéres-

Nr. 5716.
Russland.
14. Juni 1876.

Mr. 5716.
Russland.
14. Juni 1876.

sées comme nous à la tranquillité de l'Orient et de l'Europe et par une action conciliatrice qui s'exercerait des deux côtés avec fermeté et modération. || Telle a été la marche que nous avons adoptée et le but que nous n'avons pas cessé de poursuivre. Ces efforts n'ont pas été infructueux puisque la lutte a été circonscrite tout en se prolongeant et l'adhésion des deux parties acquise en principe aux bases de pacification. ' Il restait à trouver les garanties indispensables pour amener l'application de ces bases et réaliser l'oeuvre de l'apaisement en rendant possible le rapatriement des réfugiés et l'exécution des réformes. || Tel a été l'objet de l'échange d'idées qui a eu lieu à Berlin sous la pression des événements et dont le résultat a été porté à la connaissance des autres Cabinets afin d'obtenir leur coopération. Nous avons vivement regretté la résolution prise par le Cabinet de Londres d'y refuser son concours. | L'efficacité de l'action diplomatique à laquelle nous nous sommes associés reposait sur l'unanimité des Cabinets. A défaut de cette unanimité, qui avait seule pu contenir les passions en présence sur le sol de l'Orient, une explosion était à prévoir, — elle ne s'est pas fait attendre. ' Nous nous trouvons aujourd'hui en présence d'une situation nouvelle qu'il est encore difficile d'apprécier. || Au fond, le changement survenu à Constantinople ne nous paraît pas modifier essentiellement les éléments du problème qui se pose devant l'Europe. Nous croyons qu'aujourd'hui, comme il y a huit mois, il n'y a pas lieu de souhaiter l'explosion d'une crise décisive en Orient, les choses n'étant pas suffisamment mûres pour une solution. || D'autre part l'Europe ne saurait se désintéresser de ces graves événements qui la touchent de trop près, ni abandonner les choses à leur cours naturel. || Il ne reste donc qu'à reprendre les efforts de pacification. || Si le Cabinet de Londres a en vue des moyens pour y arriver, soit sur les bases déjà proposées, soit par des solutions plus complètes, sans s'exposer à provoquer une conflagration générale, peut-être une guerre d'extermination en Orient, nous sommes prêts à accueillir toute idée dont il nous ferait part avec le sincère désir d'une entente. " En tout cas nous tenons à ce que Lord Derby considère l'exposé qui vous est fait des vues de Sa Majesté l'Empereur comme étant adressé directement au Cabinet de Londres et comme un témoignage du désir de notre Auguste Maître de voir une grande Puissance telle que l'Angleterre occuper la place qui lui est dûe dans le concert Européen. ' Vous voudrez bien donner lecture de la présente à M. le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique et lui en laisser copie si son Excellence le désire. || Recevez, &c.

Gortchakow.

Nr. 5717.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min d. Ausw. — Erklärung des Fürsten von Montenegro über den Grund seiner Rüstungen.

Therapia, June 15, 1876.

My Lord, — I learn that the substance of the telegram from the Prince of Montenegro to the Grand-Vizier, in answer to the inquiries of the Porte as to the cause of his armaments, was to the following effect: — ||
 Sufficient consideration has not been given to the trial to which the people, as well as the Government of Montenegro, have been exposed by the insurrection in the Turkish provinces ever since its outbreak, in addition to the expense imposed upon them by the maintenance of their neutrality, and to the losses which they have necessarily incurred in supporting the sick and wounded, the women and children, who claim from them a shelter which they cannot refuse. The Government of Montenegro, says the Prince, are continually the object of unfounded accusations, and although their repeated denials of any connection with the insurrection have been accepted with perfect civility, they daily receive proof of the suspicion in which they are held. The measures taken with regard to Montenegro, in consequence of this persistent suspicion have lately assumed a threatening aspect; the frontiers have, without previous notification, been put into a state of blockade; Turkish troops in greater numbers than is necessary for the preservation of order have been massed in Herzegovina and Albania; and although the Prince received from the Porte satisfactory assurances that these measures should be withdrawn, the concentration of troops continues, and causes great distress in some districts of Montenegro. || The frontier is still very effectively blockaded, notwithstanding the declarations of the Governor-General of Scutari to the contrary. || In consequence of these facts and of the regrettable disposition which they seem to reveal, His Highness declares that he was only doing his duty in openly taking precautionary measures, which, however, he sincerely hopes will prove to be unnecessary. || I have, &c.

Nr. 5717.
Gross-
britannien.
15. Juni 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5718.

TÜRKEI — Grossvizier an den kaiserl. Botschafter in London. —
Ministermord in Konstantinopel.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 16 Juin, 1876.

J'ai la douleur de vous faire part d'un assassinat commis cette dernière nuit sur la personne de son Altesse Husséin-Avni-Pacha et de son Excellence

Nr 5718.
Turkei.
16. Juni 1876.

Nr. 5718. **Türkei.**
16. Juni 1876. **Rachid-Pacha.** Cet horrible événement s'est passé de la manière suivante: — || Le nommé Hassan, d'origine Circassienne, sorti il y a quatre ans de l'Ecole Militaire avec le grade de Lieutenant, fut nommé Capitaine pour être envoyé dans l'armée de Bagdad. Pour certaines considérations il fut retenu à Constantinople et employé dans diverses fonctions. Lorsque cette fois-ci on lui donna le grade d'Adjudant-Major et un emploi dans la dite armée, Hassan alléguait des prétextes pour ne pas partir et fut emprisonné. Ayant été mis en liberté hier afin de partir aujourd'hui, Vendredi, pour sa destination, il se rendit le soir au yali du Seraskier. Informé que celui-ci se trouvait au Conseil avec ses collègues dans la résidence de son Altesse Midhat-Pacha, l'assassin s'y rendit. Les gardes, le croyant encore aide-de-camp, ne l'empêchèrent pas d'entrer dans la salle du Conseil. Hassan tira à bout portant avec le revolver qu'il avait dans sa poche sur Husséin-Avni-Pacha. Pendant que les autres se pressaient pour le saisir, Rachid-Pacha, Ahmed-Agha, domestique de son Altesse Midhat-Pacha, et un soldat ont subi le même sort. Le Ministre de la Marine, ainsi qu'un autre soldat, ont reçu des blessures. L'assassin est arrêté.

Nr. 5719.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Grausamkeiten in Bulgarien.

(Extract.)

Therapia, June 19, 1876.

Nr. 5719. **Gross-britannien.**
19. Juni 1876. Your Lordship has received Mr. Consul Reade's report of the cruelties with which the suppression of the Bulgarian insurrection has been accompanied; and the accounts from other quarters are still more distressing, although no doubt many of the revolting details that are given are either purely imaginary, or at least grossly exaggerated. || I have again spoken very seriously to the Grand-Vizier on the subject, and remarked that the manner in which his colleagues had just been murdered by a Circassian gave an idea of what must be the position of unarmed populations left absolutely at the mercy of hordes of those savages. || The Grand-Vizier, after alluding to the exaggeration of the reports sent here and to the omission of all mention of the horrors practised upon the Mussulmans by those who had attempted to get up the insurrection, by inflaming the two populations into a state of exasperation, assured me that it would be impossible to add to the stringency of the instructions which he has sent to put an end to the disorders, and to disarm the Circassians, the Imperial authorities being ordered to do this by force, if they resisted. || Mehemet-Rushdi-Pasha added that the emergency had been so great as to render it indispensable at once to stamp the movement out by any

means that were immediately available. || It was found to have originated in a conspiracy combined abroad, and upon such an extensive scale that, if not immediately suppressed, he believed that the insurrection would have quickly extended nearly to the gates of Constantinople. || The Government had resorted with repugnance to the services of the Circassians; but under the circumstances they had no choice. || Raschid-Pasha having complained that the Russian Consul at Philippopoli, who is a native Bulgarian, was implicated in the conspiracy, General Ignatiew has ordered an inquiry to be made into his conduct.

Nr. 5719.
Gross-
britannien.
19. Juni 1876.

Nr. 5720.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Neue Vorschläge Russlands.

Foreign Office, June 21, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called on me this day and communicated to me the substance of a despatch from Prince Gortchakow, commenting upon the views which I had expressed to Count Schouvaloff in conversation on the present state of affairs in European Turkey. An account of this conversation will be found in my despatch to your Excellency of the 14th instant. || Prince Gortchakow says, that the Emperor of Russia has been gratified to find that Her Majesty's Government share his feeling as to the duties imposed upon the Powers by the present crisis in the East. His Majesty is persuaded that it is both possible and desirable that the several Governments should come to an agreement as to the means of arriving at a satisfactory solution of the present complications. He had been glad, therefore, to learn the views of Her Majesty's Government, and had desired Prince Gortchakow to reply with perfect frankness. || In the opinion of the Russian Government, a conflict, which bore the character of a struggle between Christianity and Mahomedanism, was by its nature stamped with a character of inveteracy, and assumed exceptional proportions, which appealed to the honour and conscience of the Christian Powers, and rendered it difficult to abstain completely from interference. || For this reason the Russian Government must dissent from the opinion expressed by me that it would be useless to look for a practical solution till hostilities had resulted in some definite issue. They had always held, on the contrary, that the Powers should use their best efforts to avert a fanatical war of extermination, both on grounds of general humanity and for their own interest. The consequences of such a war would be incalculable. It would ruin both victors and vanquished, and would smother in its infancy the future prosperity of those countries, from the civilization of which Europe had every advantage to gain. || Russia, Prince Gortchakow says,

Nr. 5720.
Gross-
britannien.
21. Juni 1876.

Nr. 5720.
Gross-
britannien.
21. Juni 1876.

had endeavoured to bring about a general agreement of the Great Powers for this purpose. In spite of the growing tendency of every Government to favour the general principle of non-intervention, the Russian Government believed that Europe would still for a long time be called upon to exercise her influence in the East to moderate conflicting passions, and to guide the energies of the various populations in the path of peaceful and orderly progress. || This task was susceptible of accomplishment, if the Governments interested would unite loyally with this common object. || With regard to the remedies to be applied to the present state of affairs, Prince Gortchakow agrees with me that those are the best which offer the most practical solution. For this reason the Russian Government incline to the plan of vassal and tributary autonomous States. Such an arrangement would not alter the political and territorial *status quo* of Turkey, while it would lighten the burden which now exhausts the financial resources of the Porte. || The plan to which Russia had recently given her adherence tended indirectly towards the same end; but perhaps it would be better to lay down the principle clearly. It would satisfy the insurgent Provinces, and would give the Powers the right and the means to restrict them within the limits of this solution. || The arrangement, Prince Gortchakow thinks, would be rendered more complete, if, at the same time, the Porte would cede to Montenegro a port and some adjacent portions of territory, and would hand over Little Zvornik to Servia. These Principalities would thus be interested in the maintenance of pacific relations with Turkey, and a tolerably satisfactory state of affairs would have been brought about. It would only remain for the Powers to ensure its continuance on either side.

The Russian Government have no wish to exercise undue pressure upon that of Turkey; but if these views were recommended by the Powers, and especially by England, who is in a position to make herself heard at Constantinople, they would be prepared to give them their full support. Prince Gortchakow goes on to say that he agrees in my objection to compromises as unsatisfactory. He fears that a *riglement* such as that adopted in Crete, if taken as the extreme limit of concession by the Porte, would be open to this objection. In Crete itself this *riglement* is far from having satisfied the country. It is doubtful whether the insurgents in Bosnia and the Herzegovina would be contented with it. Supposing that they prolonged their resistance it is doubtful whether the Turks would be willing to make concessions when once they had mastered the insurrection. In such a case, his Highness understands that I consider European action is admissible to prevent the extermination of the Christians. Such action would then become inevitable. But would it not be more usefully exercised in averting these extremities by precise proposals unanimously supported? There is time to mature such proposals. Without placing too much confidence in the new Sultan, already beset by the contending factions around him, the Russian Government believe his intentions to be good, and desire no more than to let them have free scope. || Russia has consented to the adjourn-

ment of all collective action for an indeterminate period. Without objecting to my proposal of three or four weeks, Prince Gortchakow thinks that we should not tie ourselves down to this term. It must rest with the Powers to determine the moment when common action will be useful, as soon as they have acquired sufficient evidence of the programme of the new Government. They will do well to make use of the interval to agree on the combinations which they shall propose. || For this reason, Prince Gortchakow says, the Emperor hopes, that Her Majesty's Government will not persist in making the progress of further discussion dependent upon events, but will at once impart their views upon the considerations set forth above. || I am, &c.

Nr. 5720.
Gross-
britannien.
21. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5721.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Die österreichische Auffassung der Sachlage.

Foreign Office, June 22, 1876.

Sir, — I have to state to your Excellency that the Austro-Hungarian Ambassador called to-day and said that he was instructed to communicate to me the views of his Government on the present state of the question of the insurgent Turkish provinces. || It would be a mistake, he said, to suppose that the insurgents had no other object in view than the separation of the revolted provinces of Turkey and their independence. A considerable number of insurgents had already returned to their peaceful occupations, and among the refugees the prevailing desire was to return to their homes. || The public press represented that the insurgents would insist on a declaration of independence. The facts were not in accordance with these statements; on the contrary, the present time was more favourable than ever for an attempt at pacification, particularly after the attitude that Her Majesty's Government had assumed, and which had the effect of discouraging any excessive pretensions of the insurgents. || On the other hand, a resolution which would confine the Powers to a passive policy, and which would tend to leave the two parties in conflict, could only serve to give them courage, and to favour the designs of their friends. To admit this point of view would be to recognize indirectly that the independence of the revolted provinces would be the reward of their resistance. It would then follow that Russia, not being able to take up a position more favourable to Turkey than England, would naturally turn all her influence in the Balkan Peninsula away from any attempt of pacification, instead of facilitating it. Without doubt the question would be raised again at the end of six weeks under circumstances infinitely less favourable to a solution. Of what use then

Nr. 5721.
Gross-
britannien.
22. Juni 1876.

Nr. 5721.
Gross-
britannien.
22. Juni 1876.

would have been the resistance of Her Majesty's Government to these recent arrangements? || At the present moment, he continued, a moderate and benevolent policy of the Powers towards Turkey, supposing that the latter paid attention to their wishes, was infinitely easier than it would be at the end of six weeks, when, failing the support of the Powers, it would be made apparent that the Turkish Government had neither succeeded in pacifying the provinces nor in accomplishing the promised reforms. || There would then be new pretexts for meeting the exigencies of the situation by the employment of more radical methods, and the chances of a specific solution would be considerably diminished. || These were the reasons why the six weeks' armistice should not be understood as an admission that during this interval the Powers would remain passive and accept as conclusive the events which might take place during that period. On the contrary, advantage ought to be taken of the interval to facilitate and hasten the attempts at pacification which might proceed from the Porte. || If Her Majesty's Government, he said, would adopt this point of view, there need be no fear for the present of any opposition on the part of Russia, as the Emperor Alexander sincerely desired peace. || If, on the contrary, no advantage were taken of the present moment to make use of the favourable opportunity which it offered, it would be very difficult, in view of a failure on the part of the Porte, to repress the violence of public opinion in Russia, and to escape from the results of the consequent pressure on the part of the Cabinet of St.-Petersburgh. || Perhaps it might be supposed that the Ottoman Government would come off victor on the renewal of hostilities; it would appear, indeed, that this was the view prevailing at Constantinople, and explained in a great measure the attitude of the Turkish Government. But according to trustworthy reports Turkey had only 40,000 men to put into the field against Servia and Montenegro, whilst Servia alone could dispose of 96,000 men. Thus, any calculations based upon a certain victory for Turkey might very probably turn out erroneous. || In any case it would be not only desirable but necessary to know definitely what were the intentions of the British Government. If its intention were to leave matters alone the Austrian Government would take its own course, on the firm conviction that, as regards the reciprocal interests of the two countries, there could be no difference of principle, and that in the greater number of cases which might present themselves it would be easy to come to an understanding. If, on the other hand, the British Government would endeavour in concert with Austria to bring about a pacification, the Austrian Government would be better satisfied. Between these two extremes, that is to say a scheme of pacification energetically carried out and an attitude of absolute non-interference, it would appear that the British Government should make its choice, and it was its own interest no less than that of the Austrian Government, that a positive decision should be arrived at in one way or the other with the view to avoid a wavering policy prejudicial to commerce and industry, and incon-

venient to the surrounding countries. ¶ His Excellency then adverted to the question of Montenegro, and said that he was informed by Count Andrassy that the British Ambassador at Vienna had, by order of Her Majesty's Government, communicated to him an extract of a telegram from Sir H. Elliot, who, it appeared, thought it would be advisable to prevail upon the Prince of Montenegro to follow the example of Servia in sending a Special Envoy to Constantinople to congratulate the Sultan, as in this case the Porte might perhaps be inclined to make concessions to Montenegro. ¶ Count Andrassy, he went on to say, being afraid that Prince Nicholas would look upon this proposition as an attempt to obtain from him an indirect acknowledgment of the Suzerain rights of the Porte, and in view also of the line taken by Servia, did not deem it advisable to act upon this proposal of Her Majesty's Government. He believed, however, that it would be possible to attain the same end by other means, and had therefore sent the following instructions to Count Zichy by telegraph: —

“According to information he had received Servia was preparing for war more actively than ever. The Servian Government had ordered 50,000 Chassepots, to be delivered in ten days, and had also eleven batteries of artillery from Krupp, which were to be delivered as soon as possible, and to be imported through Roumania. It seemed to him that from this it was to be inferred that Servia was preparing for immediate and hostile action in the event of her proposals being rejected at Constantinople. He heard from the English Government that it was thought likely to be beneficial at Constantinople, if the Prince of Montenegro could be prevailed upon to imitate the example of Servia, and to send an Envoy to congratulate the Sultan. He did not believe that it would be possible to induce the Prince to adopt such a course. On the other hand, however, there was no doubt that the antagonism between Servia and Montenegro was as strong as ever at the present moment. It might therefore be possible to attain the end Sir H. Elliot had in view by causing a communication to be made by the Grand-Vizier to Prince Nicholas to the following effect: — That the Porte having granted an armistice of six weeks, and being resolved to keep all the promises it had made in favour of the Christians, relied on the Prince exerting his moral influence with the insurgents with a view to effecting the pacification of the insurgent provinces.”

¶ At the same time a further communication should be made to the Prince through the Governor of Scutari or some other fit person, conveying a promise from the Porte that, if the pacification were effected through Prince Nicholas' agency, his demands and wishes would be attended to, as far as possible, when the question of the limitation of the frontier was again brought forward. ¶ His Excellency concluded by stating that Count Andrassy said, that it would be most agreeable to himself, and, he thought, in the interests of England, if Her Majesty's Government would support this proposal at Constantinople. ¶ With reference to the question put to Her Majesty's Government by Count Andrassy whether Her Majesty's Government intended to move in

Nr. 5721.
Gross-
britannien.
22. Juni 1876.

Nr. 5721.
Gross-
britannien.
22. Juni 1876.

Eastern affairs or to let them take their course, I stated to Count Beust that Her Majesty's Government have never laid down as a rule for themselves a policy of isolation or of non-interference in these affairs. Her Majesty's Government accepted the propositions contained in Count Andrassy's note of the 30th December last, and would have been prepared to accept also the Memorandum drawn up at Berlin, but for the objections to its substance, which were clearly stated at the time. || Her Majesty's Government, I said, are ready to take part in the work of pacification when they see a chance of doing so with effect. If they now abstain it is only because they see nothing to be done. When circumstances lead them to alter that opinion their inaction will cease. || The Government of Austria-Hungary appeared to take a more sanguine view of the prospects of pacification than Her Majesty's Government have been led to do, and I could not but be glad of it, and hope that they were right. I said, that I would let his Excellency know hereafter the opinion which Her Majesty's Government might form with regard to Montenegro. || I am, &c.
Derby.

Nr. 5722.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Nachricht, dass Serbien und Montenegro zum Krieg entschlossen seien.

Foreign Office, June 23, 1876.

Nr. 5722.
Gross-
britannien.
23. Juni 1876.

Sir, — Count Beust called upon me to-day and read to me two telegrams which he had received from Count Andrassy, and which contained unsatisfactory information as to the intentions of both Serbia and Montenegro. || According to these despatches it had been reported by the Imperial Agent at Belgrade that the mobilization of the whole of the first class of the Serbian militia, consisting of almost 60,000 men, had been ordered. This news had been confirmed from the frontier. It was calculated that the armaments would be completed during the course of the present week, when Prince Milan would start for the frontier and issue his Proclamations. The commencement of hostilities had been fixed for the first week in July; but it was the intention of Serbia to endeavour to provoke an attack on the part of Turkey. The reports from Montenegro were, Count Beust said, equally discouraging. The situation was stated by Count Andrassy to have changed for the worse. The insurgents were still ready to submit but were not at liberty to do so, their decision depending upon the wish of the Prince of Montenegro. Count Andrassy had endeavoured to influence the Prince to support the policy of pacification; but his reply, given through the President of the Senate, Mr.

Petrovich, at present at Vienna, had been that Serbia was alone to act, and that when she did so it would be impossible for him, in face of the existing feeling in Montenegro, to avoid joining the movement. The Prince had, indeed, given the assurance that he would be ready to act in the sense of pacification, if Serbia were prevented by a European intervention from going to war; but Count Andrassy was of opinion, that such an intervention was no longer possible, as the recent representations of the Powers at Belgrade had been fruitless. The centre of gravitation was, Count Andrassy observed, at Belgrade; and he had promised to inform Count Beust what course appeared to him to be practicable under the circumstances, as soon as he should have had time to consider a proposition which had been communicated to him by the Russian Ambassador, and which apparently was founded on a conversation which I had had with Count Schouvaloff. ¶ I thanked Count Beust for the perusal of these telegrams. His Excellency then inquired whether I would inform him of the opinion of Her Majesty's Government with regard to Montenegro, which I had promised to communicate to him in our conversation of the previous day. I stated, that Her Majesty's Government saw no objection in principle to the proposal of the Austro-Hungarian Government that the Porte should be encouraged to negotiate directly with the Prince on the understanding that, if he assisted in the work of pacification, he should receive some territorial concessions in recognition of his services. I pointed out, however, that the language of Count Andrassy's communication to Count Zichy was extremely vague as to the nature and extent of the concessions which it was suggested that the Porte should make in return for the Prince's assistance, and observed that the Porte might hesitate to commit itself without a clearer conception of the sacrifices which it might be called upon to incur. ¶ I am, &c.

Derby.

 Nr. 5723.

GROSSBRITANNIEN. - Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Râth der Pforte zur Verständigung mit Montenegro durch Abtretung eines kleinen Territorialgebietes.

Foreign Office, June 27, 1876.

Sir, — In the course of conversation I recently mentioned to the Turkish Ambassador at this Court, that Her Majesty's Government strongly advised the Turkish Government to endeavour to make terms with Montenegro, which they fully believed to be possible. ¶ A slight rectification of frontier might be promised in the event of the Prince of Montenegro exerting his influence to put an end to the insurrection. ¶ I am, &c.

Derby.

Nr. 5724.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Graf Andrassy erklärt den Gedanken einer Autonomie Bosnien und der Herzegowina für unausführbar

Foreign Office, June 27, 1876.

Nr. 5724.
Gross-
britannien.
27. Juni 1876.

Sir, — The Austrian Ambassador called upon me to-day, and repeated to me the substance of a telegraphic message which he had received from Count Andrassy, stating that in his opinion the idea of autonomy is not capable of realization for Bosnia and the Herzegovina, and giving briefly the reasons which have led him to that conclusion. In the first place, Count Andrassy said the circumstances of the country itself are opposed to such a plan. There is a mixed population of Christians and Mussulmans living together in every village; and, in the present state of feeling, an attempt to establish any form of self-government would be followed by a struggle between the two religions, ending in mutual extermination. || Other Provinces of European Turkey, on the other hand, such as Bulgaria, which is riper for autonomy, would equally demand it, and the insurrection would spread instead of dying out. || Nor would Servia and Montenegro be restrained by a concession of this kind made to the insurgent Provinces. These Principalities are preparing to take the field, not to conquer autonomy for the two Provinces, but with the ultimate object of annexing them. || The Porte, on the other hand in face of the Servian and Montenegrin armaments, would not consent to withdraw its troops, feeling sure that instead of localising the movement, such withdrawal would only serve to extend it. || Count Andrassy went on to observe that he agreed in the opinion I had myself expressed that, if beaten, the insurgents would be content with the reforms already proposed, provided there were proper guarantees for their execution. Any proposals going beyond those reforms would be attended, he thought, by the following disadvantages: — || 1. The Porte must be expected to refuse to agree to them, and the refusal would give strength and encouragement to the fanatical party at Constantinople. || 2. The insurgents, on the other hand, would be equally encouraged to increase the demands, and would be less amenable than ever to advice. || 3. The movement, now confined to Bosnia and the Herzegovina, would too probably extend over the whole of the Ottoman dominions in Europe. || For all these reasons Count Andrassy believes that it would be better to wait awhile, and let events clear themselves up (*laisser les événements se débrouiller*) before trying any fresh diplomatic action, which could lead to no useful result, and would only compromise our future policy. || This, Count Beust said, was only Count Andrassy's personal opinion. He could not give it officially as the view of the Austrian Government, the Emperor's assent not having yet been obtained. Count Andrassy desired, however, that I should be made aware of it. The Austrian

Government, Count Beust said, wished to consult us at every step, and were anxious to see the British Government draw closer to Russia. || Though more closely interested in the present question than any other Power, Austria did not wish to throw obstacles in the way of any plan which might bring together the Cabinets of England and Russia. || I am, &c.

Nr. 5724.
Gross-
britannien.
27. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5725.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Die Haltung Serbiens.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 28 Juin, 1876.

Vous savez que les armements qui se poursuivaient activement en Serbie depuis le commencement de l'insurrection de l'Herzégovine, avaient pris dans ces derniers temps des proportions telles qu'il était devenu impossible à la Sublime Porte de rester indifférente devant un déploiement de forces si considérable et si en dehors de toute proportion. || En présence de cette situation anormale, et s'inspirant de ses dispositions bienveillantes pour la Principauté, le Gouvernement Impérial s'est adressé au Prince Milan pour lui demander des explications franches et précises sur les motifs et le but de ces préparatifs de guerre extraordinaires. || Les précédentes communications de mon Département vous ont fait connaître les télégrammes échangés à ce sujet entre son Altesse le Grand-Vizir et le Prince de Serbie. || Malgré les assurances données par le Prince, assurances qui ne s'accordent nullement avec les faits qui les démentent à chaque moment, les nouvelles les plus récentes ne nous permettent plus de douter que la Serbie ne soit résolue à entrer prochainement en campagne. || Quoique le Gouvernement Impérial n'ait cessé de respecter scrupuleusement l'autonomie garantie à cette Principauté par le Traité de 1856, et qu'il ait évité avec soin de donner jusqu'ici au Gouvernement Servien le moindre motif légitime de mécontentement de nature à l'amener dans la nécessité de se révolter contre la Cour Suzeraine, la Sublime Porte ne s'en voit pas moins menacée par la Serbie d'une agression que rien n'a provoqué et que rien ne justifie. || Tout le monde connaît les efforts faits par la Principauté et les moyens illégaux qu'elle n'a cessé d'employer pour fomenter d'abord, et soutenir ensuite, la malheureuse insurrection de l'Herzégovine. On connaît également toute la longanimité dont la Sublime Porte a usé vis-à-vis de ces agissements incessants. Bien qu'en droit de répondre par des actes aux provocations du Gouvernement Servien, nous avons poussé le désir de la conciliation jusqu'à éviter même de lui faire des remontrances pour le rappeler à l'observation de ses devoirs. Nous aimons pourtant à espérer que cette

Nr. 5725.
Türkei.
28. Juni 1876.

Nr. 5725.
Türkel.
28 Juni 1876.

attitude calme et pleine de sollicitude du Gouvernement Impérial envers le peuple Servien, égaré par des ambitieux et des hommes remuants, sera dûment appréciée, et que les conseils de modération finiront par prévaloir à Belgrade. ¶ Mais si cet espoir était déçu et si une invasion armée était tentée contre le territoire Ottoman, le Gouvernement du Sultan, fort de son bon droit, ne reculerait pas devant l'emploi de la force pour repousser une attaque si injuste, et se croirait dès lors pleinement autorisé à prendre les mesures dictées par les circonstances. Nos troupes entreraient, s'il y a lieu, dans la Principauté afin de la faire rentrer dans les justes limites de sa véritable position.

Ce droit de légitime défense appartiendrait au Gouvernement Impérial même vis-à-vis d'une Puissance indépendante; il peut à plus forte raison le revendiquer à l'encontre d'un Etat qui, abusant de la situation privilégiée que lui ont les Traités, se porte à des actes d'hostilité contre lui sans y être aucunement provoqué. ¶ Veuillez communiquer ce qui précède au Ministre des Affaires Etrangères du Gouvernement, auprès duquel vous êtes accrédité.

Nr. 5726.

RUMÄNIEN. — Cirkular des Min. d. Ausw., betreffend Ansprüche Rumäniens.

[Uebersetzung.]

Bukarest, 16/28. Juni 1876.

Nr. 5726.
Rumänien.
28 Juni 1876.

Herr Agent! Die Thronbesteigung des neuen Herrschers der Türkei berechtigt die fürstliche Regierung zu der Hoffnung, dass die von der Hohen Pforte bis zum heutigen Tage und namentlich in letzter Zeit betreffs Rumäniens befolgte Politik modificirt werden wird, und dass die Rätthe Sr. Majestät Murads V. endlich einmal anerkennen werden, dass diesseit der Donau ein befreundetes und aufrichtiges Volk wohnt, das lebhaft wünscht, mit der Türkei Beziehungen auf dem Fusse vollkommenster Harmonie und besten Einverständnisses zu unterhalten. „ Die fürstliche Regierung ist umsomehr geneigt, sich dieser Hoffnung hinzugeben, als sie nicht einen einzigen Augenblick geschwankt hat, angesichts der jenseit der Donau sich abspielenden Ereignisse die strikteste Neutralität zu bewahren und sich materielle Opfer aufzuerlegen, um die strengste Ueberwachung des ganzen rumänischen Ufergebietes durchzuführen und die Bildung von Banden sowie den Transport von Waffen für die Bedürfnisse der Insurrection zu verhindern. ¶ Die Schwierigkeiten, auf welche die fürstliche Regierung diesbezüglich stiess, sind ungeheure wegen der zahlreichen, am Uferande der Donau und selbst im Centrum unserer grössten Städte ansässigen bulgarischen Bevölkerung, und diese Schwierigkeiten wurden

noch dadurch erhöht, dass wir uns am Vorabende der Wahlen befanden und Tausende von Bulgaren politische Rechte in Rumänien besitzen. „Ungeachtet dessen wurden die Verpflichtungen, welche die Regierung Sr. Hoheit des Fürsten gegen sich selbst und gegenüber den Schutzmächten eingegangen, und die sie hier zu erneuern keinen Anstand nimmt, beständig eingehalten, und die Hohe Pforte, was sie insbesondere betrifft, hat den Beweis dafür in der That- sache gefunden, dass es Rumänien ist, welches für sie eine Grenze in der Aus- dehnung von mehr als 300 Stunden, vom Eisernen Thor ausgehend und am Schwarzen Meer endigend, deckt und überwacht. || Unsere correcte und loyale Haltung gegen die Türkei kann daher in Constantinopel ebensowenig als bei den verschiedenen auswärtigen Cabineten verkannt werden. Bei aller Berücksichtigung der inneren Schwierigkeiten der Türkei glaubte die fürstliche Re- gierung doch, dass die Hohe Pforte nicht anstehen würde, die ihr von uns gegebenen Bürgschaften für Frieden und Ruhe ihrem wahren Werthe nach zu schätzen, und dass sie folglich der Erste sein würde, alle Missverständnisse und Discussionen zu bannen, welche unsere guten Beziehungen stören könnten.

Nr. 5726.
Rumänien.
28. Juni 1870.

Nichtsdestoweniger sind wir nach gewissen, in jüngster Zeit zu Tage ge- tretenen Symptomen zu glauben geneigt, dass die kaiserliche Regierung das wenig wohlwollende System, welches die fröhlichere Regierung uns gegenüber beobachtet hat, fortsetzen zu wollen scheine. Ja, es gewinnt fast den Anschein, als ob sie lieber periodisch in Concessionen an diejenigen willige, welche ihr Verlogenheiten bereitet, als an jene, welche ihr solche erspart haben. So bezeichnete noch unlängst in einer officiellen, vom 8. Juni datirten Note das Ministerium in Constantinopel die Rumänen als „ottomanische Unterthanen“. Die Stellung unseres Agenten in Constantinopel ist eine der unregelmäßigsten. Er ist nicht amtlich von dem Thronwechsel in Kenntniss gesetzt, ja nicht ein- mal berufen worden, dem neuen Sultan seine Glückwünsche darzubringen. | Unsere Rechte, unsere Interessen, die Pflichten, welche uns dem Lande gegen- über obliegen, legen uns die gebieterische Nothwendigkeit auf, unsere Beschwerden und Wünsche zu formuliren und alle Anstrengungen zu machen, um zu einer Lösung zu gelangen. Sie, Herr Agent, werden der Erste sein, anzu- erkennen, dass eine weitere Aufrechterhaltung des Status quo auf die Länge nur die guten Beziehungen stören könnte, welche die fürstliche Regierung mit der Hohen Pforte zu unterhalten sich zur Pflicht gemacht, und nur, um bedauerlichen Folgen für die beiden Länder vorzubugen, präcisire ich hier die Fragen, welche seit vielen Jahren in der Schwebe sind und deren sofortige Lösung Rumänien im höchsten Grade interessirt. | Diese Fragen sind: || 1. Anerkennung der Individualität des rumänischen Staates und seines historischen Namens. || 2. Aufnahme des Vertreters Rumäniens in das diplomatische Corps. 3. Regelung der Stellung der in der Türkei ansässigen rumänischen Unterthanen nach Art der anderen frem- den Unterthanen und Anerkennung der Jurisdiction der rumänischen Agenten über ihre Connationalen. || 4. Unverletzlichkeit des rumänischen Gebietes und neue Abgrenzung der Donau-Inseln. || 5. Abschliessung von Handels-, Auslieferungs-,

Nr. 5726.
 Rumänien.
 29. Juni 1876.

Post- und Telegraphen-Conventionen mit der Türkei. || 6. Anerkennung des rumänischen Passes und Enthaltung der Einmischung seitens der türkischen Consuln im Auslande in Angelegenheiten, welche Rumänien betreffen. || 7. Feststellung der Grenze zwischen Rumänien und der Türkei an den Donaumündungen, wobei zur Grundlage der Thalweg des Hauptarmes dieses Flusses genommen werden soll. || Sie ersuchen aus diesen Aufzählungen, Herr Agent, dass unsere Begehren ebenso mässig als gerecht und billig sind; nichtsdestoweniger hat, trotz aller zu verschiedenen Malen von verschiedenen türkischen Ministern gegebenen Versprechungen, keine dieser Fragen die billige Lösung gefunden, welche wir zu erwarten berechtigt waren. || Sie werden zugeben, Herr Agent, dass dieser Zustand der Dinge, wenn er ins Unendliche fortdauern sollte, die Natur der zwischen Rumänien und der Türkei obwaltenden Beziehungen — ich wiederhole es — vollständig verändern würde, und dass, ungeachtet all unseres festen Willens, mit der Regierung in Constantinopel die vollkommenste Eintracht zu pflegen, wir gezwungen sein würden, eine andere Haltung einzunehmen, als diejenige, welche wir bis zum heutigen Tage beobachtet haben; denn vielleicht wird sie uns dann verschaffen, was das herzlichste Verhalten uns nicht einbringen konnte. || Ich nehme mir vor, Herr Agent, und zwar demnächst, directe Schritte bei der Hohen Pforte zu thun, um im gegenseitigen Interesse die Lösung all dieser vorangeführten Fragen von ihr zu verlangen. || Bevor ich jedoch diesen Weg einschlage, wünsche ich mich der wohlwollenden Unterstützung der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, zu versichern. || Und somit ersuche ich Sie denn, Herr Agent, die Regierung in ganz vertraulicher Weise von all den oben erwähnten Fragen zu unterhalten. Sie werden in meinem hier beigefügten Memoire die ausführlicher entwickelten Erwägungen finden, welche zu Gunsten unserer so gerechten und begründeten Begehren sprechen. || Nachdem wir die uns von der Regierung ertheilten Rathschläge befolgt; nachdem wir, auf ihren Wunsch, durch unsere Neutralität eine friedliche und loyale Politik der Pforte gegenüber beobachtet; nachdem wir eine langgestreckte Grenze wider die Einfälle der bulgarischen Insurrection gedeckt: hoffen wir, dass jenes Cabinet seinerseits uns seinen mächtigen Beistand gewähren wird, damit die Minister des Sultans Rumänien gegenüber eine billigere und den Interessen beider Länder entsprechendere Politik adoptiren. || In Erwartung der Ergebnisse Ihrer Unterredungen im Sinne des Vorstehenden, ergreife ich die Gelegenheit, Ihnen, Herr Agent, die Versicherung meiner Hochachtung zu erneuern.

Cogolnitscheano.

Nr. 5727.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den russischen Botschafter in London. — Antwort auf die russischen Vorschläge.

Foreign Office, June 29, 1876.

M. l'Ambassadeur, — Her Majesty's Government have given their most careful consideration to the despatch from Prince Gortchakow, the contents of which your Excellency was so good as to communicate to me on the 21st instant. They have seen with satisfaction the proofs afforded by this communication of the desire of the Russian Government to act in concert with them, and to enter into friendly and frank explanations to which the insurrection in Bosnia and the Herzegovina has given rise. || Her Majesty's Government are most willing to enter into the exchange of sentiments which His Highness invites, and they cordially share his anxiety that there should be a complete agreement among all the Powers as to the policy to be pursued in the present state of affairs in Turkey. || Her Majesty's Government are as much alive as that of Russia can be to the importance of securing the religious and other liberties of the Christian population of the Ottoman Empire, nor have they failed on all fitting occasions to counsel the Porte to give entire execution to the various measures which have been proclaimed by the Sultan with this object. They have taken the earliest opportunity on the accession of Sultan Mourad to instruct Her Majesty's Ambassador at Constantinople to speak in this sense, and they have especially pressed for the effectual realization, at as early a date as circumstances allow, of the reforms promised to the insurgent provinces. || Her Majesty's Government cannot, however, regard the insurrection in Bosnia and the Herzegovina as being exclusively or principally a struggle directed against local oppression, whether in religious or civil matters. The reports which they have received show, that it arose from other causes, and is now fomented and maintained for purposes which are obviously of a general and political rather than of a local and administrative character. In support of this view, I may mention the fact that the Roman Catholic population have not taken part in the movement, and that those Christians who have not joined the insurgent bands have continued throughout the recent troubles to live unmolested. || It also appears, that numbers of those who had quitted their villages at the outbreak of the insurrection are ready and willing to return to them, and are deterred from doing so, not by fears of their Mahommedan neighbours, but by the action of the insurgents, who drive away the cattle and destroy the goods of the returning refugees. || It is obvious that, while this state of things is allowed to continue, the efforts of the Powers in recommending schemes for the better administration of these districts must be fruitless. It was in this conviction, that I have stated to

Nr. 5727.
Gross-
britannien.
29. Juni 1876.

Nr. 5727.
Gross-
britannien.
29. Juni 1876.

your Excellency my opinion that the insurrectionary movement must be suppressed, and order restored, before any such schemes can be advantageously treated. || Her Majesty's Government agree with that of Russia, that the best remedies are those which would afford a practical solution of the difficulties to be dealt with, without altering the political and territorial *status quo* of the Ottoman Empire. They do not, however, clearly understand what is the particular plan which the Russian Government have in view. Nor do they think it easy, under any circumstances, for a foreign Government to frame a scheme of administration for a Turkish Province. There are local peculiarities, tendencies and customs, which must be taken into account, and which only local knowledge can provide for. It is for this reason, among others, that Her Majesty's Government see so much objection to pressing on the Porte at the present moment, and without close and careful inquiry, projects of reform going beyond those already promised. Such projects, if embodied in vague and general terms, are apt to be differently understood by the various parties concerned in promoting them, while the task of working them out in detail is one for which foreign advisers, however able or well-intentioned, can hardly be competent. || Her Majesty's Government will, at the same time, willingly join with those of other Powers in considering and advising such ameliorations in the existing administration of the two Provinces as, on full examination, they may believe to be practicable; and they see with pleasure, that Prince Gortchakow expresses his conviction, in which they fully share, of the good intentions which animate the present Sultan. || His Highness, however, thinks it improbable that the Turkish Government could be willing to make any further concessions, if the insurrection were once subdued, and seems to have misinterpreted some remark of mine as expressing an opinion that, in that case, the action of Europe might be necessary to prevent the extermination of the Christians. I am not aware of having used any such phrase, and must therefore explain that Her Majesty's Government have no reason to anticipate, that the suppression of the insurrection would be followed by the extermination or persecution of the Christian races. There are no signs of any such intention on the part either of the Porte or the Mahomedan population, and Her Majesty's Government do not believe that any apprehension of the kind need be entertained. || I pass to Prince Gortchakow's further suggestion, that the Sultan should cede to Montenegro a port and some adjacent territory, and that, at the same time, Little Zvornik should be handed over to Servia, with the view of offering to those States an inducement to maintain peaceable relations with the Porte. || Her Majesty's Government would readily co-operate in endeavouring to establish more satisfactory relations between Montenegro, Servia and the Porte. || They have already used their best efforts in this respect with regard to Montenegro, and have learned by telegraph, on the 27th instant, from Sir Henry Elliot, that the Turkish Government have taken a step in this direction. A message has been sent from Constantinople to the

Prince of Montenegro, stating that the Sultan has seen, in the absence of opposition to the expedition of the Turkish Commander-in-chief, evidence that the Prince has been exercising a salutary influence, and adding that His Majesty will take this fact into consideration at the proper time. This message, however vague in terms, cannot but be regarded as evidence of an inclination to come to a friendly understanding; and it is for the Prince of Montenegro to consider whether he will not be ready to meet half-way the overtures thus made. || The menacing attitude assumed by Servia, notwithstanding the recent counsels of the Powers, renders it manifestly inopportune to urge upon the Porte, under present circumstances, the adoption of a similar course towards that Principality. || The Sultan cannot be expected to forget the concessions made to Servia under the Protocol of the 4th September, 1862, and the evacuation of the fortress of Belgrade and other Servian fortresses under the Firman of the 10th April, 1867. It was with the object of securing friendly relations with Servia, that these large concessions were agreed to by the Porte, and the result of the policy thus adopted does not seem encouraging for the future. || The despatch of Prince Gortchakow was written before the attitude of Servia had become so decided, and Her Majesty's Government do not doubt that His Highness will concur with them in the view which they take of the present situation. || It may possibly not yet be too late for the Powers, and especially for the Russian Government, whose influence at Belgrade is so apparent, to make a further effort to induce Prince Milan to abandon his policy of aggression. It is desirable, that the Servian Government should be warned that, if they attempt to secure territorial aggrandisement under the pretext of Slavonic sympathies, they must not expect to be protected from the consequences of failure and defeat. || Her Majesty's Government are convinced that, if this were done in a tone which did not admit of misconstruction, and the Turkish insurgent provinces were freed from the instigations to revolution of the foreign Slav Committees and agitators, the work of pacification would be so greatly advanced as to render the completion of it an easy task. || Her Majesty's Government have expressed themselves thus explicitly in order to meet the wishes of that of Russia for a full statement of their opinions. They observe with pleasure that, in many respects, the two Governments are agreed, and they trust that the effect of frank and unreserved discussion may be to bring about a still closer approximation of their respective views. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5727.
Gross-
britannien.
29. Juni 1876.

Nr. 5728.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Mittheilung des Depeschenwechsels mit Montenegro.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 29 Juin, 1876.

Nr. 5728.
Türkei.

29. Juni 1876.

Je vous transmets ci-dessous, pour votre information personnelle: — 1. Un télégramme Véziriel adressé au Prince du Monténégro; 2. La réponse du Prince Nicolas; et 3. La réplique de son Altesse le Grand-Vézir.

(No. 1.)

Le 11 Juin, 1876.

Votre Altesse sait que la Sublime Porte s'était préoccupée des armements qui se faisaient depuis quelque temps au Monténégro. Les assurances formelles et réitérées que votre Altesse avait bien voulu nous donner à ce sujet avaient fort heureusement dissipé nos inquiétudes. Aujourd'hui, cependant, je dois constater avec regret que ces préparatifs, loin d'avoir cessé, continuent au contraire dans des proportions telles que l'armée Monténégrine se trouve prête à entrer à toute heure en campagne. Votre Altesse comprendra facilement combien cet état de choses est de nature à préoccuper la Sublime Porte. Sa Majesté Impériale le Sultan, qui entoure de sa plus vive sollicitude le repos et la tranquillité des populations que la Providence a placées sous son sceptre paternel, a été justement ému de cette situation, et des intentions agressives qu'elle semble attribuer au Monténégro. D'ordre de mon auguste Maître, qui tient à coeur de voir se conserver invariables les bons rapports entre la Sublime Porte et la Principauté, je m'adresse à votre Altesse pour la prier de nous donner des explications franches et précises sur les motifs et le but réel de ces armements.

(No. 2.)

Le 21 Juin, 1876.

En réponse à la dépêche de votre Altesse, reçue hier, je viens lui donner les explications franches qu'elle désire. || L'insurrection des provinces Turques a été, dès l'origine, pour le Monténégro et pour son Gouvernement la source d'épreuves dont on ne se rend pas assez compte. Outre les charges que lui impose le maintien de sa neutralité, et les sacrifices qu'il est forcé de faire pour les blessés, les infirmes, les femmes et les enfants qui viennent chercher chez lui un asile qu'il ne peut refuser, il se voit perpétuellement en butte à

des accusations sans fondement. Quoique ses dénégations répétées de toute immixtion dans l'insurrection aient été accueillies avec la plus parfaite civilité, il acquiert chaque jour la preuve qu'il est tenu en suspicion. Les mesures dictées à son égard par ce soupçon persistant ont pris depuis quelque temps un caractère menaçant; les frontières ont été, sans notification préalable, mis en état de blocus; des forces Turques supérieures aux besoins de la répression se sont massées en Herzégovine et en Albanie. Sur les représentations que j'ai fait parvenir à la Sublime Porte, j'ai reçu de votre Altesse et de son prédécesseur des assurances satisfaisantes sur le retrait de ces mesures; mais j'ai le regret de constater que les concentrations continuent, et que, ce qui cause une vraie détresse dans quelques districts Monténégrins, mes frontières restent bloquées d'une façon très effective, malgré les déclarations contraires du Gouverneur-Général de Scutari. En présence de ces faits et de la tendance regrettable qu'ils semblent révéler, il est de mon devoir strict de prendre des mesures de précaution que je ne dissimule nullement, tout en ayant le vif désir et le ferme espoir qu'elles resteront inutiles.

(Signé.)

Nicolas.

(No. 3.)

Le 25 Juin, 1876.

J'ai reçu le télégramme responsif que votre Altesse a bien voulu m'adresser ce 21 Juin. Nous n'avons jamais élevé des soupçons touchant le but vers lequel tendaient les efforts de votre Altesse. La continuation de la malheureuse insurrection Herzégovinienne prouve d'une manière évidente que nos forces militaires, que votre Altesse trouve supérieures aux besoins de la répression, n'étaient pas numériquement suffisantes pour cette tâche. Elle se serait pourtant accomplie, si l'action de nos troupes ne s'était trouvée entravée et arrêtée à tout moment par des obstacles et des circonstances particulières à la position du pays. Pour ce qui est d'une concentration de troupes dont parle votre Altesse, et qui irait s'accroissant chaque jour davantage, je n'aurai pas de peine à la rassurer entièrement à ce sujet. A part nos troupes en Herzégovine, dont le nombre varie suivant les exigences stratégiques, sur aucun point de la ligne de démarcation, il n'y a eu ni concentration ni modification des forces militaires. Je rappellerai même ici que, nonobstant la décision prise précédemment de réunir, par simple mesure de précaution, un corps d'armée de 20,000 hommes à Scutari d'Albanie, la Sublime Porte y a renoncé à la suite des assurances données par votre Altesse, les dernières informations reçues du vilayet de Scutari portant même que l'effectif des garnisons des forts du côté de Monténégro n'a pas été augmenté d'un seul homme depuis huit mois. Je dirai enfin, mon Prince, que nos autorités n'ont jamais eu l'intention d'empêcher les communications de la Principauté avec le dehors. La

Nr. 5728.
Türkei.
29. Juni 1876.

preuve en est que ces communications continuent sans interruption, et que les Monténégrins vont en toute liberté, et sans être aucunement inquiétés, à Spouze, à Podgoritza et à Scutari. Par ce qui précède votre Altesse verra que la Sublime Porte n'a adopté aucune mesure qui doive préoccuper ni inquiéter le Monténégro. Nous sommes donc persuadés, mon Prince, que, malgré les insinuations tendantes à ébranler sa confiance dans les sentiments et les intentions bienveillantes de la Sublime Porte, votre Altesse continuera à contribuer pour sa part à l'oeuvre de pacification poursuivie par le Gouvernement Impérial en Herzégovine. Nous en trouvons une preuve dans les nouvelles transmises par notre Commandant-en-chef en Herzégovine. En effet, Moukhtar-Pacha nous annonce qu'il a ravitaillé Nicksick sans rencontrer dans sa marche aucune résistance de la part des insurgés, et que son retour à Gatchko a eu lieu également sans obstacle. La Sublime Porte aime à attribuer ce résultat aux dispositions prises par votre Altesse pour retenir les réfugiés qui se trouvent au Monténégro et les empêcher d'aller se joindre aux insurgés, de telle sorte que ces derniers, se voyant isolés, n'ont pas osé inquiéter le passage des convois de vivres et des troupes qui les accompagnaient. Ainsi votre Altesse peut-elle être assurée que Sa Majesté Impériale le Sultan apprécie dûment cette nouvelle preuve des sentiments loyaux de votre Altesse, et qu'il tiendra compte en temps et lieu de la ligne de conduite suivie par elle en cette circonstance.

Nr. 5729.

SERBIEN. — Kriegsproklamation.

(Translation.)

To my beloved People.

Nr. 5729.
Serbien.
30. Juni 1876.

A year has almost elapsed since our brothers in Bosnia and Herzegovina rose in arms to defend themselves against the excesses of an arbitrary rule and unheard-of acts of violence. Their sufferings always awoke a sympathetic echo in our breasts, and when last year we heard them breathe again, I announced to our National Assembly my determination to do whatever lay in our power to seek for a satisfactory mode of pacifying those Provinces, to whose fate we can never be indifferent. I said at the time that as Servia suffered most, both morally and materially, from those recurring insurrections, she has the greatest interest in putting an end, once for all, to a state of things by which they are caused. || But, from the moment that the Sublime Porte entered into negotiations with the Great Powers for the purpose of effecting the work of pacification, it became our duty to wait patiently and respectfully for the result of that attempt so zealously pursued by them in favour of our suffering

brothers. But the measures adopted by the Sublime Porte having failed in inspiring confidence in the insurgents, the heroic struggle continued in the Herzegovina, and a cruel repression made itself daily felt in Bosnia. || Whilst we were looking on as mere spectators on our western frontier, a fresh insurrection broke out in the opposite direction in Bulgaria, which thus became the theatre of fearful devastation and acts of cruelty. The results of Mussulman fanaticism made themselves felt in European Turkey, and assumed such dimensions in Constantinople amongst the class teaching the Koran, that these are now exercising a paramount influence on the destinies of the Empire within the metropolis. || All these symptoms leave little hope of pacification, and the state of affairs, instead of improving, becomes every day more perplexing, leaving no hope to Servia of extricating herself from the difficult position in which she has been for nearly twelve months. Notwithstanding all these difficulties we have done nothing to embarrass the Porte or the great Powers in their attempted work of pacification; on the contrary, my Government supported numerous Bosnian refugees at a considerable sacrifice, we preserved order on our frontiers, and our army, which had been sent thither, was recalled. Affairs followed their natural course with us, and we gave no occasion to the Porte to mistrust us. || In spite of this the Ottoman Government surrounded our country with troops on all sides, from the mouth of the Timok to the mouth of the Drina. The Turkish army assumed a threatening attitude towards us, and, with its connivance, barbarous hordes of Bashi-Bazouks, Circassians and Albanians made inroads into Servia, pillaging churches and peaceful inhabitants, threatening the latter, and frequently carrying on cattle, &c. || Brothers, for nearly a year you have suffered such acts of violence on our dear soil, entire districts have been compelled to act as watchmen, and protect their lives and families against pillaging forays. All our representations to Turkish authorities and to their Government have proved fruitless, and they continued to encircle Servia with their army, thus interfering with our commerce, and by putting a stop to our growing prosperity, compelled us to adopt exceptional measures. || Thus, without having war, we endure all the miseries of war. || Owing to your patience, to your respect to law and to your obedience to my authorities, you refrained from giving vent to your just indignation at these numerous acts of violence. In the presence of such complications, can my Government be reproached with having carried out the resolutions of our "Skouptchina", our National Assembly, in providing proper measures of defence for the security of the country, and still this is made a subject of reproach against us by the Porte, who has herself forced all these sacrifices upon us. || Brothers, without paying attention to your wounded feelings, I listened to the advice given me by the Guaranteeing Powers and continued in the path of reason and moderation, and I made you subdue your deep sentiments; but the Porte, instead of giving us credit for this forbearance, asked for an explanation on the subject of our armaments. Even then I

endeavoured to make a modest and conciliatory reply, and proposed sending a special Mission to Constantinople with a view to bring about a lasting peace between us and the Suzerain Imperial Government. By way of replying to this offer, the Porte decided on collecting a variety of irregulars on our frontier; savage hordes of Bashi-Bazouks, Circassians and Albanians approached from various directions, and even barbarous Kurds from Asia were sent for evidently for no other object than that of exposing Serbia to the calamities of fire and plunder, of humbling us, and destroying our prosperity. The Porte unable to justify its own bad management to the world, is evidently seeking for some pretext to throw on us the responsibility for its own crimes, and she imagines that it would be a great boon, if Serbia could only be annihilated, if a country whose institutions stand out in such striking contrast to those of the neighbouring Turkish Provinces could be made to disappear from the list of self-governing lands. ¶ Brothers, were we to continue, after all this, in an attitude of forbearance, our moderation would be taxed as weakness, our silence considered as cowardice unworthy of the descendants of Doushan and of Milosh. Though a war between the Porte and the Servian people has become inevitable, I have, however, made representations at Constantinople, pointing out certain measures likely to pacify the disturbed provinces, and to extricate Serbia from the perilous position in which she finds herself through no fault of her own. I demanded, that the Turkish troops and irregular hordes should be withdrawn, and I announced that the Servian army was about to enter the disturbed provinces in self-defence, in the name of the humane and brotherly sentiments which animate us towards our suffering brothers, to bring them peace and order and reorganise them on a basis of justice and equality without distinction of creeds. It behoves the Porte to say only one decisive word, and thus put an end to the effusion of blood. ¶ Servian soldiers, we go into this war, not with any feelings of hatred or revenge, but merely impelled by a strong desire to restore peace amongst our brothers. Proud as you ought to be of the mission of freedom which has been assigned you by Providence in this portion of Eastern Europe, go forward, soldiers, hopefully and with confidence, using your arms only against those who oppose you. In crossing the frontier, do not forget that we shall adhere to the principle of the integrity of the Ottoman Empire, unless the opposition of the Imperial army should make our sacred cause depend on the fate of battles. Remember likewise that the provinces whither you are going are inhabited by brothers of the same race, ready to receive you as deliverers; some there are among them who have been estranged from us by difference of creed, but they still continue our brothers by race and language. Should any of these offer resistance, you must have recourse to arms; to those, however, as also to any of your enemies who are peacefully disposed, you must give protection for their lives, their families, their property and their worship. This is my firm determination as well as your sacred duty, and by this means only can you gain the

sympathy of the civilized world, and convince it that you deserve a better place among nations than the one which has hitherto been assigned you. Ours is a national movement, and there ought to be no room in it either for religious fanaticism or for social animosities; we bear with us the spirit of order, justice and security, not that of destruction, incendiarism, or devastation. Strangers are to be treated by you with that spirit of hospitality which is innate in Slavs. Show respect to the frontiers of the neighbouring kingdom, and avoid every occasion of offence to the Imperial and Royal Government, which is entitled to our special gratitude for the generous assistance given to the Bosnians and Herzegovinians who took refuge on its soil. || Full of confidence in your courage and patriotic feelings, I go with you and as your leader; with us will go our brave countrymen, the Montenegrins, with my chivalrous brother, Prince Nicholas, at their head; we shall also have on our side the heroic sons of the Herzegovina and those of Bosnia, who have suffered centuries of cruel oppression. The laborious Bulgarians are only waiting for us; and the love of independence of the proud Greeks, the descendants of Themistocles and of Bozaris, will not allow them to remain long inactive. || Forward, therefore, my brave soldiers. || In the name of Almighty God, the righteous Father of all people, for justice, liberty and progress.

Milan M. Obrenovitch IV.

Nr. 5730.

MONTENEGRO. — Kriegsmanifest.

[Uebersetzung.]

Herzegowiner!

Berufen von der göttlichen Vorsehung, von meinem eigenen Pflichtgeföhle, von dem Willen meines kleinen, aber freien und heldenmüthigen Staates, von der brüderlichen Liebe, die ich für Euch hege, und von dem Wunsche, dass das Volk der Serben sich befreie und einige, welchen liebevollen Wunsch ich von meinen Vorfahren ererbt und immerdar auf das lebhafteste genährt habe, betrete ich die Herzegovina, um die Sklavenfesseln zu brechen, welche seit Jahrhunderten Euch knechten. || Herzegowiner! Es ist meine feste Ueberzeugung, dass ich damit auch Eueren eigenen heissesten Wunsch erfülle. Ihr habt mir immer und bei jeder Gelegenheit die Ueberzeugung verschafft, dass Ihr bei Euerem, an Leiden so überreichen Schicksale nur des Tages harret, an welchem unser gemeinschaftlicher Kampf gegen türkische Gewalt Euch von dem türkischen Joche befreien soll. || Herzegowiner! Dieser ersuchte Tag ist angebrochen und,

Nr. 5730.
Serbien.
30. Juni 1878.

Nr. 5730.
Montenegro.
1. Juli 1878.

Nr. 5730.
Montenegro.
1. Juli 1876.

wenn Gott will, glücklich angebrochen für uns Alle, — dieser Tag, an welchem unser Kampf beginnen soll, der Euch zu freien Herzegowinern macht. Heldenmuth, gemeinschaftliche Arbeit und Gehorsam werden zusammenwirken zu einem glücklichen Erfolge. So Gott will, wird die Herzegowina bald frei sein, und Ihr werdet Euch derselben Unabhängigkeit erfreuen, auf welche Euere Brüder Montenegriner immer so stolz sind. Und Ihr seid derselben werth, Herzegowiner; denn auch Ihr seid Helden, welche der Welt das leuchtende Beispiel von Heldenmuth und Opferwilligkeit für die Freiheit bieten werden, wie Ihr es immer und besonders in dem letzten Jahre gehalten, als Ihr mit starkem Arm an der türkischen Herrschaft zu rütteln begonnen und Euch die Achtung und das Wohlwollen der ganzen civilisirten liberalen Welt errungen habt. || Immer hat in der Herzegowina die Blüthe der serbischen Nation gelebt, welche zu vernichten fünf Jahrhunderte der barbarischsten Schreckensthaten nicht vermochten. Darum ist dieser Krieg bezeichnend für Euch. Ein schönes serbisches Sprichwort sagt: Die Herzegowina hat die Welt bevölkert und sich selbst nicht entvölkert. || Herzegowiner! Verlieret nicht auf einen Augenblick Eueren heldenhaften Muth: Gott ist barmherzig, und gerecht und heilig ist die Sache, für welche wir kämpfen. Wir werden siegen, ich bin mit Euch, und mit Euch ist jeder Montenegriner. Alles, Tod oder Leben wird uns vereint finden, und darum vorwärts! || Herzegowiner, vorwärts! Folget mir und dem Banner von Montenegro, dem Zeugen so unzähliger für uns ruhmvoller und für die Türken verderbenbringender Schlachten! || Herzegowiner! Unter türkischer Gewaltherrschaft habt Ihr Unerhörtes erduldet, und ich erduldet es mit Euch und empfand es immer mit Euch in der Tiefe meiner Seele. Trotzdem darf die Freiheit, welche Ihr gegenwärtig genießt, Euch nicht zu Rachethaten an Eueren Brüdern mohammedanischen Glaubens hinreißen. Es ist mein Wunsch, dass Euch der Geist der Brüderlichkeit und der Versöhnung beseele. || Herzegowiner mohammedanischen Glaubens! Alles das, was ich hier zu Eueren Brüdern christlichen Glaubens gesprochen, gilt vollständig auch für Euch. Die Zeiten, in welchen Euere Vorfahren den mohammedanischen Glauben annahmen und der Oberherrschaft sowie besonderer Vorrechte theilhaftig wurden, sind seit langen Jahren vorüber. Allmählich hat Euch der Türke alles dieses aus den Händen gewunden, und Ihr habt bereits begonnen, den schweren und tyrannischen Druck der Türken arg zu fühlen. Wenn nicht auch für Euch dieser glückliche Zeitpunkt angebrochen wäre, so wäret auch Ihr binnen kurzem Rajah geworden, wie es Euere christlichen Brüder sind. Mohammedaner! Obwohl anderer Religion, seid Ihr nichtsdestoweniger unsere Brüder; denn in Eueren Adern ist serbisches Blut. Darum komme ich ebenso zu Euerer Befreiung wie zu jener Euerer christlichen Brüder. In der freien Herzegowina werdet Ihr frei sein. Ein Gesetz wird für Alle sein und eine Gerechtigkeit. In Euerem Glauben wird Niemand Euch antasten, er wird wie ein Heiligthum betrachtet werden; dies verbürge ich Euch bei meiner Unparteilichkeit und bei der Liebe, die ich für Euch hege. Dessen sind Hunderte Euerer Glaubens-

genossen Zeugen, die in Montenegro leben und die immer bei mir brüderliche Aufnahme, Hilfe und Berücksichtigung fanden. || Ich fordere Euch daher auf, Mohammedaner, nicht die Waffen gegen Euere christlichen Brüder zu ergreifen. Könnt Ihr schon mit Eueren christlichen Brüdern nicht gegen die Türken, Eueren gemeinschaftlichen Feind, kämpfen, so verhaltet Euch ruhig: Ihr werdet dann an Euerem Leben und Euerem Besitzthum keinerlei Gefahr laufen. Wenn Ihr es nicht so haltet, wenn nicht jeder District durch seinen Vorsteher mir ankündigt, dass er sich ruhig und unterwürfig verhalten werde, so muss ich zu meinem grössten Leidwesen Euch als Feinde behandeln. || Ich wünsche und hoffe nicht, dass es dahin komme; ich hoffe im Gegentheil, dass unter den Herzegowinern ohne Unterschied des Glaubens jene wahre Brüderlichkeit zu herrschen beginne, aus welcher ihre Freiheit und ihr Glück hervorgehen werden. || Herzegowiner! So grossartig, wie das Werk von uns begonnen wurde, so erhaben möge sich auch die Grossmuth aller Jener zeigen, die für dasselbe kämpfen. Darum fordere ich Euch noch einmal auf, Herzegowiner und Montenegriner, seid edel und grossherzig in dem Kampfe und respectirt vor Allem die Unverletzlichkeit des Gebietes des benachbarten Oesterreich, unseres Freundes, und jenes seiner Unterthanen. || Herzegowiner! Euch Allen rufe ich es zu: handelt als einträchtige Brüder, mit der Begeisterung glücklicher Helden, denen gemeinschaftlich mit den Montenegrinern die Befreiung des Vaterlandes zukommt. || Herzegowiner! Die Ihr reich an glorreichen Erinnerungen aus Euerer leuchtenden Vergangenheit und eine kostbare Zier der serbischen Nation seid, schaaft Euch unter mein Banner! Die Herzegowina muss frei sein!

Nikolaus.

Nr. 5731.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Haltung Englands für den Kriegsfall zwischen der Türkei und Serbien.

Foreign Office, July 1, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called to-day and asked me whether, in the event of war breaking out between Turkey and Servia, Her Majesty's Government intended, as he had been led to believe, to adhere to a policy of strict and absolute non-intervention. || I said, that such was undoubtedly the case, but that it must be clearly understood that Her Majesty's Government entered into no engagement to continue to abstain from intervention, in the event (which, however, I could not assume as probable) of a different course being pursued by other Powers. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5732.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Ankündigung des Krieges gegen Serbien und Montenegro.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 2 Juillet, 1876.

Nr. 5732.
Türkei.
2. Juli 1876.

Le Prince de Serbie a adressé à son Altesse le Grand-Vézir une lettre assez longue, datée le 22 Juin, dans laquelle, après avoir articulé certains griefs non fondés, et parlé de la concentration des troupes du côté de la ligne de démarcation, il finit par déclarer sa résolution de co-opérer, par l'emploi des forces militaires de la Serbie, à l'établissement d'un état de choses favorable aux intérêts communs de l'Empire et de la Principauté. || Le Prince prie, par conséquent, la Sublime Porte de lui faciliter sa mission, en donnant aux autorités Impériales l'ordre de renvoyer dans leurs foyers ce qu'il appelle des bandes des pillards, faisant allusion aux irréguliers, et d'enjoindre aux troupes Impériales de ne pas mettre obstacle à ses efforts, afin de lui permettre de professer hautement le principe de l'intégrité de l'Empire. || En même temps, dans une dépêche adressée à l'Agent de la Principauté, M. Ristich l'invite à proposer à la Sublime Porte de confier au Gouvernement Princier l'administration de la Bosnie contre le paiement annuel d'une somme fixe et invariable. || Cette étrange proposition ne pouvait évidemment être admise. Cependant, nous nous proposons de répondre à cette lettre du Prince Milan pour réfuter une à une les accusations qu'il y avait formulées contre la Sublime Porte, lorsque, aujourd'hui même, nous avons reçu de nos autorités civiles et militaires des vilayets de la Bosnie et du Danube l'avis officiel de l'entrée des troupes Serbiennes, avec leur artillerie, le 1^{er} et le 2 Juillet, par trois points différents, sur le territoire Ottoman, ce qui a motivé l'envoi immédiat contre eux des troupes Impériales. || D'autre part, le Prince de Monténégro, dans un long télégramme adressé à son Altesse le Grand-Vézir, parlant d'une foule de griefs imaginaires, déclare, à son tour, que la situation équivoque des relations toujours tendues fait place dès aujourd'hui à la situation plus nette des hostilités déclarées. || Ainsi, ces deux Principautés ont mis fin à leurs tergiversations, et sont à l'heure qu'il est en guerre ouverte avec la Cour Suzeraine. || Je me ferai un devoir de vous télégraphier le résultat des engagements qui ont lieu sur trois points différents entre nos troupes et les Serbiens. || Je vous communiquerai également par télégraphe, au fur et à mesure, l'issue des divers combats qui pourraient avoir lieu.

Salonichi-Angelegenheit.

Nr. 5733.

TÜRKEI — Min. d. Ausw. (Baschid-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). — Mittheilung über die Ermordung der Konsulin in Salonichi.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 7 Mai, 1876.

Un télégramme du Gouverneur-Général de Salonique, reçu hier soir à la Sublime Porte, porte ce qui suit: || Une jeune villageoise Chrétienne, qui avait embrassé l'islamisme, étant arrivée par le chemin de fer à Salonique, quelques parties qui attendaient à la station allaient la conduire, d'après l'usage, à la résidence du Gouverneur-Général, lorsqu'environ 150 individus, que le Consul des Etats-Unis avait réunis, ont assailli la jeune fille, arraché son voile et son manteau, et, l'enlevant de force, l'ont emmenée dans la maison d'un Chrétien, ce qui a exaspéré les Musulmans qui assistaient à cette scène de violence. || Bientôt la foule amentée s'est portée en masse à la résidence du Gouverneur pour demander avec insistance que la jeune Musulmane y fut ramenée; et, en attendant son arrivée, elle s'est réunie dans une mosquée. Tous les efforts tant de l'autorité que des notables étaient impuissants à dominer la foule, qui ne pouvait être dispersée que par la présence de la jeune fille ou par l'arrivée des troupes. En ce moment, le Gouverneur informé que les Consuls d'Allemagne et de France avaient pénétré dans la mosquée envahie par la foule, s'y est immédiatement rendu en personne pour en faire sortir les Consuls et calmer les esprits; mais tous ses efforts ont été inutiles. La jeune fille n'arrivant pas, la populace a arraché les barreaux des grilles, et, étant ainsi procurée des armes, s'est ruée sur les Consuls. Bien que le Gouverneur eût essayé par des efforts désespérés de les couvrir de sa personne, il a été impuissant à les protéger, et ils ont succombé sous les coups des assaillants. Sur ces entrefaits, les troupes accourues des stationnaires Ottomans et de la caserne sont parvenues à disperser l'émeute. || Par un second télégramme, arrivé dans la nuit d'hier à aujourd'hui, le Gouverneur-Général confirme la dispersion de l'émeute, et annonce que par mesure de précaution des sentinelles et des gendarmes ont été placés devant les Consulats et quelques autres habitations, qu'enfin l'ordre est rétabli et que les poursuites ont commencé par l'arrestation des coupables. || Ce douloureux événement a profondément impressionné la Sublime Porte, qui a résolu de sévir promptement et avec la plus grande rigueur contre les misérables auteurs du forfait. A cet effet, deux Commissaires Impériaux munis de pleins pouvoirs partent pour Salonique. Des

Nr. 5733.
Türkei.
7. Mai 1876.

Nr. 5733.
Türkei.
7. Mai 1876.

délégués des Ambassades d'Allemagne et de France accompagnent ces Commissaires. || Veuillez communiquer ce télégramme à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 5734.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Ereignisse in Salonichi.

Constantinople, May 7, 1876.

Nr. 5734.
Gross-
britannien.
7. Mai 1876.

My Lord, — A deplorable occurrence took place yesterday at Salonica, which resulted in the death of the French and German Consuls, the latter of whom, Mr. Abbott, was a British subject, and, I believe, three other persons. || The account received by the Porte of the origin of the disturbance is that a number of persons headed by the American Consul (who is a Greek or Bulgarian by nationality) forcibly seized in the street a Bulgarian girl who had embraced Mahomedanism, tore off her veil, and carried her away to a place of concealment. Great excitement was caused among the Mahomedan population by this act, and a large mob called for her restoration to them. During the commotion the two Consuls found their way to a Mosque — for what reason is at present unexplained — where they were slaughtered by the populace, who armed themselves with iron bars torn down from the windows. || The Governor states, that on hearing of their danger he proceeded with the Cadi to the Mosque; but his efforts to protect them were fruitless. He also sent to the citadel and ships of war for soldiers; but they arrived too late. || The Italian Consul reports, that on hearing that the Governor and the two Consuls were in the Mosque, he went to the commander of the troops to ask him to send men to their assistance; but the measures were not taken in time. || The report of the American Consul appears to confirm the fact of his having taken a leading part in the seizure of the girl, which led to the catastrophe, as it would probably have done in any Turkish town. || Mr. Blunt reports great irritation among the Mussulmans, who are all armed; and he has telegraphed to Her Majesty's Minister at Athens to send a ship of war for the protection of British subjects. This request I have repeated; and Mr. Stuart telegraphs that Her Majesty's ship "Bittern" is to proceed immediately to Salonica. At the same time knowing that Vice-Admiral Drummond is now, or is shortly to arrive at Beyrout with part of the Mediterranean squadron, I have telegraphed to Mr. Eldridge to inform him of the occurrences at Salonica, and of my opinion that under the circumstances vessels should be stationed at Smyrna and on the coast of Syria, and that some of our ships of war

should be frequently seen at all parts of the coast. || This afternoon there was a meeting of the Representatives of the Guaranteeing Powers at the Russian Embassy, at which Rashid-Pasha was present. He was charged with a message from the Sultan to us all, and especially to the Ambassadors of France and Germany, expressing His Majesty's regret and indignation at the occurrences at Salonica, and his determination that exemplary punishment should be inflicted on the guilty, and his Excellency offered to take any measures which the Representatives might suggest. || The Grand-Vizier had already promised the French and German Ambassadors, that the funerals of their Consuls should be conducted with every honour; but we thought it advisable that they should be deferred until there is no fear of their causing further disorders. || We proposed the immediate despatch of an Imperial Commissioner, to whom should be attached delegates of the Governments especially interested. We insisted, that sentence must be passed on the guilty and execution of it ordered without delay, and that notification of it shall be published throughout the Empire. We suggested, that a circular should be sent to all Governors-General, Governors and Sub-Governors, holding them responsible for any outrages which may occur in their districts. We intimated, that ships of war would be sent by the different Governments to Salonica, and that we expected them to be suitably received. Lastly, we called attention to a portion of the Turkish press which is preaching the duty of a holy war against the Christians. || Rashid-Pasha agreed to everything, and promised that all our demands should be fulfilled. || The German Consul having been a British subject, I have named Mr. Consul Blunt to act as delegate with those of France and Germany, who leave with the Turkish Commissioner this afternoon, and I have instructed him to concert with his colleagues on their arrival. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5734.
Gross-
britannien.
7. Mai 1876.

Nr. 5735.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Weitere Berichte aus Salonichi.

Constantinople, May 8, 1876.

My Lord, — With reference to my despatch of yesterday's date, I have the honour to inclose translations of two telegrams from the Governor-General of Salonica to the Porte respecting the murder of the Consuls, and of the official communication of the nomination of the Commission of Inquiry, one member of which, Eshref-Pasha, showed great energy in the investigation of the late massacres at Podgoritza. He has also been appointed Governor-

Nr. 5735.
Gross-
britannien.
8. Mai 1876.

Nr. 5785.
Gross-
britannien.
8. Mai 1876.

General of Salonica. || I also inclose a copy of the American Consul's telegram to his Minister here, giving his version of the occurrences. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage 1.

Newspaper Extracts.

Telegrams from the "Vali". — Since the above was written, we have received communication of the account of the occurrence sent on Saturday to the Porte in two telegrams from Mehemet-Reféet-Pasha, the then Governor-General. Both messages are dated on Saturday. The first says: — || A Bulgarian girl of Avret-Hissar, in the neighbourhood of Salonica, who had embraced Islamism, arrived yesterday (Friday) evening by train at the Salonica Railway Station, for the purpose of authenticating her change of religion before the proper authority. She wore the "feredjé" and "yashmak" (the Turkish dress of mantle and veil). At her request three police zaptiehs, who were at the terminus, accompanied her for the purpose of conveying her to the "konak" (residence) of the Governor-General. On the way, two individuals on the part of the American Consul, attended by 150 other persons, took her away from the zaptiehs, tore her "yashmak" and "feredjé", and having made her get into a carriage, conducted her to the house of a certain Hadji Lazzaro. A crowd of Mussulmans, who were in the public garden and in the street, witnessed this carrying off of the girl. In consequence, about 5,000 Mussulmans came to-day (Saturday) to the Governor's "konak", demanding the restoration of the girl, and declaring that her forcible seizure and carrying off was a public affront. The local authority hastened to assure them that it had already taken steps to procure the restitution of the girl, and succeeded in dispersing the assembled mass of people. The latter, however, crowded into the Saatly-Djami-Mosque, near the "konak", to insist upon their demand. As soon as I learnt of this assemblage, I took measures for the speedy restitution of the girl. I sent several local notabilities and superior functionaries to the mosque to persuade the gathering to disperse; I immediately sent for armed assistance to the fortress, to the Imperial corvette "Edirné", and to the ironclad on this station, and I ordered the "redifs" (reserves) to be called out. Meanwhile, the Consuls of France and Germany, together with a certain Banik-oglou, proceeded to the mosque in question, and advanced amidst the crowd, who sought to impede their further progress. Immediately people had come to tell me of this, I hurried to the mosque in company with the "cadi" (the judge). I did all in my power to appease the crowd; I spoke to them words of earnest advice and exhortation, while I awaited the arrival of the military.

I endeavoured also, but in vain, to get the Consuls away. The girl being at that moment in the house of the Consul of Germany (Mr. Abbott), the latter wrote a note directing that she should be immediately brought to the mosque. But as there was delay in her arrival, the mob rushed upon the place where we were, and began to break the railings of the windows. Some of the rioters also went to get arms. We struggled body to body against the rioters to protect the Consuls, when, all of a sudden, the mob, entirely tearing away the window irons, fell upon the Consuls and assassinated them both. The crime had scarcely been perpetrated, when the girl arrived, and the rioters, on seeing her, began to disperse. The troops also soon reached the scene. At the present moment, I am taking all necessary measures for completely dispersing the rioters and restoring order. ¶ A subsequent telegram from the Governor-General adds: — ¶ The crowd, which was the cause of the lamentable event announced in my previous despatch, has dispersed. As a measure of precaution, I have stationed troops and police zaptichs before all the Consulates and at other points where their presence was necessary. Public tranquillity is secured. The authorities have proceeded to the apprehension of the guilty parties.

Mr. 5785.
Gross-
britannien.
8. Mai 1876.

Official Communication. — The Government also sends us the following notification: — ¶ In consequence of the above telegrams from the Governor-General of Salonica, the Imperial Government has sent General Eshref-Pasha, the new "vali" of Salonica, and Vahan-Effendi, "musteshar" (Under Secretary of State) of the Ministry of Justice, to make an inquiry into this deplorable event and to discover the true causes and instigators of these crimes. Such are the measures adopted by the Imperial Government to ensure order and public tranquillity. The guilty, to whatever class they belong, will be punished in a prompt and exemplary manner.

Beilage 2.

The American Consul at Salonica to the American Minister at Constantinople.
(Telegraphic.)

May 7, 1876.

Revenu hier nuit on excursion Vodina, m'empresse communiquer désastreuses nouvelles. Vendredi soir jeune fille Chrétienne venant de Bagdanitza par chemin de fer accompagnée par Ottomans implorait secours pour sa religion. Chrétiens se trouvant gare vinrent son secours, forcèrent une voiture qui m'attendait la transporter en ville. Samedi midi bandes Turques se dirigent palais Gouverneur réclamant fille; Gouverneur la croyant dans ma maison la réclama chez moi, mais fut prouvé que fille était partie réfugiée ailleurs. Turcs parcouraient ville appelant fidèles aux armes. Consuls France Allemagne

Nr. 5735.
Gross-
britannien.
8. Mai 1876.

émus se rendant sur lieu furent entraînés mosquée où étaient réunis presque 3,000 Musulmans armés. Gouverneur à la mosquée, mais ne peut les sauver et furent tous deux massacrés coups sabre. Ville plongée dans consternation; actuellement tranquillité règne, mais esprits surexcités.

Nr. 5736.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. --
Maassregeln und Erklärungen betreffs der Vorgänge in Salonichi.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 8 Mai, 1876.

Nr. 5736.
Türkei.
8. Mai 1876.

Suite à mon télégramme d'hier.

Vous devinez la profonde et douloureuse impression que notre Auguste Maître a ressenti à la nouvelle de l'incident de Salonique. Aussitôt informée, Sa Majesté m'a ordonné d'en exprimer ses vifs regrets à MM. les Ambassadeurs d'Allemagne et de France; elle a presque en même temps chargé son premier Aide-de-camp d'une mission analogue auprès MM. de Werther et de Bourgoing; elle a, en outre, décrété l'envoi immédiat par un bateau spécial de hauts Commissaires munis de pleins-pouvoirs et d'instructions formelles leur prescrivant de faire prompte et éclatante justice, et de punir d'une façon exemplaire les misérables auteurs de ce forfait. Ces Commissaires arriveront demain matin à leur destination. Je n'ai pas besoin de vous dire combien ce douloureux événement, survenu par une coïncidence malheureuse, dans les circonstances actuelles, ce qui ajoute encore à sa gravité, a péniblement affecté le Gouvernement Impérial. Nous le déplorons d'autant plus amèrement que nous nous rendons compte de l'impression qu'il produira en Europe, et de la portée qu'aura cette impression. || Nous savons qu'il fournira matière aux plus injustes accusations de nos détracteurs, et que nos ennemis n'hésiteront pas à prendre texte de l'occasion pour grossir outre mesure les faits, imprimer à l'incident, dont nous sommes loin, d'ailleurs, de méconnaître toute l'importance, un caractère exceptionnellement grave et tel qu'il ne saurait le comporter; lui donner enfin la couleur d'un mouvement préparé et combiné froidement comme une manifestation de la haine entre Musulmans et Chrétiens, et de l'intolérance des premiers envers les derniers. || Certes, nous ne cherchons pas à atténuer des faits aussi regrettables; mais les quelques détails que nous en connaissons jusqu'à présent suffisent pour établir positivement qu'il n'y avait rien de préparé d'avance; qu'une malheureuse provocation a servi de point de départ, et que le reste a été amené par un fatal enchaînement de circonstances; que la foule, exaspérée par le procédé violent dont a été l'objet une femme qui avait l'extérieur d'une Musulmane, n'était pas armée lorsqu'elle s'est rendu au Conak et de là dans une Mosquée voisine pour attendre la remise de cette femme à

l'autorité; que de même, lorsque les Consuls, entrés dans la Mosquée, y ont succombé, aucun coup de feu n'a éclaté, et que la populace ne s'est servie vis-à-vis de ses victimes que des barreaux des grilles qu'elle a arrachés et de couteaux. || Le Gouverneur-Général ajoute que cette femme, après avoir été entraînée dans une maison Chrétienne, avait été conduite dans celle du Consul d'Allemagne, et que celui-ci a autorisé son départ du Consulat par un billet écrit de la Mosquée au milieu de la foule. || Enfin, si cela avait été un mouvement prémédité, et si une foule aussi considérable avait été armée, nous nous demandons quel plus grand malheur nous n'aurions pas eu à déplorer, à quelle calamité nous n'aurions pas assisté! || Ce sont ces points essentiels, ces considérations très-importantes, que je signale à l'attention particulière de votre Excellence, qui saura, avec le tact qui le caractérise, réfuter les erreurs et les exagérations malveillantes avec lesquelles on essayerait d'influencer l'opinion publique.

Nr. 5736.
Türkei.
8. Mai 1876.

Nr. 5737.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min d. Ausw. — Beunruhigende Lage in Salonichi.

Constantinople, May 10, 1876.

My Lord, — The telegrams which I have received to-day from Her Majesty's Consul at Salonica are not reassuring. || The Turkish authorities declare, and their statement is confirmed by the foreign members of the Commission of Inquiry, that they have not sufficient force at their command to ensure tranquillity at the public funeral demanded for the Consuls, or to allow of arrests being made. || The Commission are under the impression that the "military honours" demanded for the Consuls' funeral were to be paid, not only by a detachment of Turkish soldiers, but by men from the foreign ships of war, and the authorities fear the result of their presence. I have telegraphed to Mr. Blunt that, in my opinion, the ships of war should confine themselves to hoisting their colours half-mast high; but I find, that both the French and German Ambassadors consider that armed bodies from the ships should attend the funeral. I shall, however, point out to my colleagues the unprecedented nature of this demand, and remind them that, at the time when the military honours were first insisted upon, there were no foreign ships of war at Salonica. || Both Mr. Blunt and the Commander of the "Bittern" consider the state of affairs sufficiently serious to make the presence of two iron-clads desirable, and have telegraphed in this sense to the Admiral. || I have, &c.

Nr. 5737.
Gross-
britannien.
10. Mai 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5738.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht des englischen Konsuls in Salonichi.

Constantinople, May 10, 1876.

Nr. 5738.
Gross-
britannien.
10. Mai 1876.

My Lord, — The inclosed despatch from Mr. Consul Blunt contains his first hurried report, and as yet the only one I have received from him of the Salonica tragedy. || It appears that the two Consuls were the only victims, and how they got to the mosque is not fully explained, although, from the accounts received by some of my colleagues, it would seem probable that they were hustled into it while on their way to the Governor's house, which was close by. || The American Consul was not present; but it was in his carriage and to his house that the girl was conveyed, when taken by the Greeks from the hands of the police, who were conducting her to the Governor's House. || Some accounts state that the girl was herself urging to be delivered from the Mussulmans, but others intimate that she was a willing convert. || All that appears at present clear is, first, that the authorities were culpably negligent in not preventing excesses of which they had received ample warning; and, secondly, that the Greeks, by carrying off a professed Turkish woman, and tearing off her veil, committed an act calculated to call forth the fanaticism of the Turkish population. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Consul Blunt to Sir H. Elliot.

Salonica, May 7, 1876.

Sir, — As the French "Fraissinet" steamer is detained a few hours to carry despatches from the French Consulate, I hasten to report to your Excellency what I know of the dreadful tragedy which was enacted yesterday, and about which I telegraphed your Excellency *en clair* yesterday afternoon and in cypher early this morning. || A Bulgarian girl of a village in the district of Salonica having embraced Mahometanism, had to come here to make before the Grand Council a declaration to that effect, a formality required by the local laws in regard to Mahomedan converts. On her arrival at the railway station on Friday evening, the 5th instant, some Greeks, who it appears expected her, seized her and tore off her ferijeh and yashmak. The Turks who accompanied her interfered, a scuffle took place, and the police on duty at the station separated the disputants, and succeeded in taking charge of her. || While they were conducting the girl to the konak, they were assailed on

the road by a crowd of Greeks, who in their turn got possession of her and put her in the carriage of the American Vice-Consul, which was driving by at the time. She was conveyed to the American Consulate, the police running after the carriage as far as the town gate. The above incidents occurred about sunset. ¶ Yesterday, about 11 o'clock a.m., some Mahommedans called on the Pasha and insisted that the girl should be brought to the konak. The Pasha thereupon sent a message to the American Consulate requiring the immediate presence of the girl at the Grand-Council. The American Vice-Consul being absent (he had left Salonica with the Greek Consul on the 1st instant for Vodina), his brother, acting in his stead, declared, I am told, to the bearer of the Pasha's message that the girl had left the Consulate, and that he ignored where she could be found. ¶ The Turks, in the meantime, becoming impatient at the non-appearance of the girl, warned the Pasha that, if he had not the power to deliver her from the Franks, they would attack the American Consulate; and from the konak they proceeded to the mosque in the vicinity, where other Mahommedans, principally Albanians (of whom there are many just now in this town), had assembled. They were all armed, and were making preparations, it is said, to attack the American Consulate. About this time M. Moulin, the French Consul, and Mr. Henry Abbott (a British subject), the German Consul, were seen going together to the Turkish quarter, with what object we do not know yet for certain — some people say that they had been induced by some Greeks to address a representation to the Governor-General about the girl's conversion, others, that they only went to see, if it was true that the Mahommedans were irritated and had offensive intentions. Be this as it may, it appears that they went in the vicinity of the mosque, where they were surrounded by the Mahommedans, and were forced to enter the mosque. The mob became furious, and notice was sent to the Pasha, who immediately proceeded to the spot with some of the principal Turks, and entered the room of the mosque in which the two Consuls had taken refuge. The Pasha and some Beys, with a few officers of police, summoned the mob to disperse. They refused. The Consuls promised to have the girl brought to the konak, and wrote to Mr. Alfred Abbott, brother of the German Consul, to do so. No one in the Frank quarter was yet aware of the danger my colleagues were in, and it was only about half-past 3 o'clock I heard the circumstances from Mr. Alfred Abbott, whom I met near Her Majesty's Consulate, and who showed me a note from his brother stating that he, the French Consul, and the Pasha were forcibly detained in a mosque by a large mob, and that, to prevent serious complications, it was necessary to surrender the girl. I strongly urged Mr. A. Abbott to persuade those who had charge of the girl to send her immediately to the konak, where I would go to try and assist my colleagues. He promised to do so, and I started for the konak with my cavass. ¶ On the way several Turks (unarmed) strongly dissuaded me from going, as there was danger. ¶ I spoke to them, and begged them to assist

Nr. 5738.
Gross-
britannien.
10. Mai 1878.

Nr. 5738. me to save the Consuls. About six of them came forward and offered their
 Gross- services. They accompanied me, and we met M. Kraweski, the French Chan-
 britannien. celier, who begged me not to go to the mosque, as the crowd was furious,
 10. Mai 1876. and would not allow any Europeans to approach, and that he himself had
 been obliged to turn back, and was going to advise the other Consuls, and
 proposed I should accompany him. || Still hoping to be of some use to my
 colleagues, I went on, and on approaching the crowd the French Consular
 cavass seized me by the arms, and several other Turks surrounded and begged
 me not to venture further, said that the case was serious, and urged me to
 try and have the girl delivered up at once. || I ran to the konak, which was
 close by, and wrote a hurried note to the American Consulate — presuming
 the girl was there — pointing out the danger my colleagues were in, and in-
 sisted upon the girl being given up to the authorities. My cavass took the
 note to the American Consulate. The girl was not there; but Mr. A. Abbott
 discovered her in the house of M. Avyerinos, and gave her up to my cavass,
 by whom she was brought to the konak, but too late to save my colleagues
 — they were ruthlessly murdered. || The Pasha and the police were wanting
 in energy, determination and courage, and as far as I have seen and heard,
 they appeared cowed by the mob, and by their conduct have lost the confi-
 dence of those who looked to them for protection, and the inhabitants are in
 a state of great alarm and consternation. || I must conclude, as the steamer is
 going in half-an-hour, and I beg your Excellency to excuse this hurried re-
 port, written in haste and under feelings of deep pain and sympathy for my
 much-lamented friends and colleagues. || I have, &c.

J. E. Blunt.

P.S. — The Turkish population is still armed, and maintains a menacing
 attitude. The authorities have telegraphed to Uscup for troops, and one bat-
 talion is expected to-night.

J. E. B.

Nr. 5739.

TÜRKEI. — Kommissare in Salonichi an den kaiserl. Botschafter
 in London. — Verhaftung der Schuldigen.

(Télégraphique.)

Salonique, le 13 Mai, 1876.

Nr. 5739. Anjourd'hui, 13 Mai, trente-six hommes, plus ou moins compromis dans
 Türkei. les événements de Salonique, ont été arrêtés sans le moindre bruit. La tran-
 13. Mai 1876. quillité y est parfaite. Demain les arrestations continueront.

Les Commissaires Impériaux,

Echref.

Vahan.

Nr. 5740.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi (Mr. Blunt) an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Weiterer Bericht.

(Extract.)

Salonica, May 14, 1876.

The general alarm is subsiding, and I do hope that everything will go off as yesterday's operations, which were conducted with firmness and determination. Vahan-Effendi, M. Gillet, M. Robert, M. Foscarini and I, had possession of the konak; and Eshref-Pasha directed the military movements in person, being on horseback the whole of the afternoon. The members of the Medjlis were kept under supervision in the konak, and the whole business was managed admirably, and so far to the satisfaction of the two delegates. With reference to the United States' Vice-Consul, M. Pericles Lazzaro, I beg to assure your Excellency, that I do not at all believe that he had any, the least, part in the abduction of the girl. He was not here when the girl arrived at Salonica by the train on the 5th, and returned from an excursion to Vodina on the evening of the 6th instant, having been absent from Salonica about a week with M. Vatikioti, the Greek Consul-General, and M. Mavrocordato, a member of the Greek Parliament. If his carriage went to the railways station on the evening of the 5th, it does not appear that it was for the prearranged (as it is supposed) purpose of assisting in the abduction of the girl, but to meet M. Lazzaro and party, who also were expected that evening. The Greeks stopped the carriage, and forced the coachman to take up the girl and conduct her to the Consulate; nor was the Consul's brother, M. Nicola Lazzaro, a Russian subject, at home when the girl was brought to the house, which was about half-an-hour after sunset; she remained the night in the house, and was sent the next morning to whose house we do not yet know for certain; so far the Consul's brother was not to blame; and had he not refused to reveal where the girl had gone, or been sent, the disturbance may not have taken place, at least there would have been no bloodshed; but, as I said before, I sincerely believe that my United States' colleague is not responsible, and I should deem it a great favour if your Excellency would kindly submit my testimony to his Excellency the United States' Minister. || The girl, as far as I hear, is a worthless creature. I was at the konak when my cavass brought her (it was about half-an-hour after the murders) and I saw her. She appeared to me about eighteen years of age, if not more. I should add that, if my cavass had not succeeded in making the infuriated crowd believe in the identity of the girl, the American Consulate would have been attacked, and more lives would have been sacrificed. The cavass acted bravely and faithfully, and I shall, on a later occasion, solicit your Excellency's favourable consideration of his conduct and of that of the French cavass Yashas, who stood by me, and with some ten or twelve Mahommedans sur-

Nr. 5740.
Gross-
britannien.
14. Mai 1876.

Nr. 5740. rounded me und escorted me to the konak. I claim your Excellency's indul-
 Gross- gence for the form of this letter. || I forgot to mention that my cavass Hussein,
 britannien. while making his way through the crowd, was fired at.
 14. Mai 1876.

Nr. 5741.

TÜRKEI. — Kommissare in Salonichi an den kaiserl. Botschafter
 in London. — Weitere Verhaftungen.

(Télégraphique.)

Salonique, le 15 Mai, 1876.

Nr. 5741. Depuis notre dernier télégramme dix-huit arrestations nouvelles. Elles
 Türkei. continuent encore. Jugement commencé. Le châtiment sera prompt et terrible.
 15. Mai 1876.

Les Commissaires Impériaux,
 Echref-Pacha.
 Vahan-Effendi.

Nr. 5742.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi (Mr. Blunt) an den königl.
 Min. d. Ausw. — Uebersendung einer türkischen Proclamation.

Salonica, May 16, 1876.

Nr. 5742. My Lord, — I have the honour to transmit, herewith inclosed, to your
 Gross- Lordship a translated copy of a telegram dated the 8th instant, which has
 britannien. been addressed by the Grand-Vizier to the provincial authorities, stating, that
 10. Mai 1876. the recent occurrences at Salonica have overwhelmed the Sultan with sorrow;
 and enjoining on all those in authority, by command of His Majesty, the duty
 of exercising the utmost care and vigilance for the protection of the foreign
 Consuls and subjects. || This telegram has been published in the local Govern-
 ment paper "Selanik", issued the 11th instant. || I have, &c.

J. E. Blunt.

Beilage.

*Telegram communicated by the Grand-Vizier to the General Administration
 at Salonica.*

April 26, 1876 (May 8, 1876).

We have been informed this time of the murder of the French and Ger-
 man Consuls by certain individuals of the Ottoman inhabitants of Salonica,

who had gone to the place where these had congregated on account of a proselytized girl. Since these said persons dared to commit this greatest and inhuman crime against officers of two great Powers, and under the very eyes of the Government which, indeed, has altogether overwhelmed His Majesty with sorrow, the most strenuous measures have been at once taken concerning this affair; and in communicating just now the immediate and severe punishment of the guilty we are led, consequent upon an Imperial Iradé, to commend to you the following observations: — ¶ As the protection of life, of honour and of property of all inhabitants is one of the very first duties of Government, in like manner, also the maintenance of life, of honour and of property of merchants and other inhabitants of foreign nationalities, and especially of Consuls and other officers like unto them, resident in the Ottoman Empire and protected by Treaties, is considered one of the most important duties of the Government, and the responsibility arising from a little inactivity in the performance of such duties reflects in degree from the lowest officer to the general administration themselves, in so far as the injury arising from inattention in regard to the application of these essential duties and from want of confidence in the provinces, is laid to the nation and to all the inhabitants, it is just, that the officers against whom this inactivity and bad management may be proved be called to the strictest account. ¶ In summing up these things, and keeping in view the occurrence of Salonica, our perfect will is, that the utmost care may be exercised in the protection of life and property both of Mussulman and non-Mussulman inhabitants, of officers and of foreign subjects, and in the good maintenance of general quiet and order, as also the communication of these decrees to all the inhabitants and to all officers of the General Administration.

Nr. 5743.
Gross-
britannien.
16. Mai 1876.

Nr. 5743.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Hinrichtung von sechs Schuldigen.

Salonica, May 17, 1876.

My Lord, — Yesterday I telegraphed as follows to Her Majesty's Ambassador at Constantinople: —

"May 16, 5:30 p.m. — Six of the murderers of the French and German Consuls have suffered the extreme penalty of the law in presence of the Imperial Commissioner and French and German Delegates and myself."

I now beg to report the following details on the subject. ¶ The six prisoners convicted of the murder of my two colleagues were hanged in an open plot of ground adjoining the quay wall. The place was kept by a de-

Nr. 5743.
Gross-
britannien.
17. Mai 1876.

Nr. 5743.
Gross-
britannien.
17. Mai 1876.

tachment of infantry, two deep, forming three sides of a square, the fourth facing the sea. Outside of these were posted a line of infantry and a troop of cavalry. About 5 o'clock some Jews with picks arrived, and in a short time holes were dug and the scaffolds (brought by boats) fixed up. When these were ready the executioners adjusted the ropes, and in a few minutes the culprits were landed under a strong guard from two of the boats of the Turkish flag ship, on board of which they had been tried and condemned to death. || After their chains had been taken off, and water given them to perform their ablutions, they were led pinioned into the square. They entered uncovering their arms, and tightening their waist-bands, as if preparing for a struggle. || The Imam of the flag-ship (the Chaplain) then spoke a few words to each, after which they knelt down and prayed. || The first to suffer was an Arab, who, striding up to the nearest scaffold, seized the rope, put it round his neck, and kicked away the stool, on which he had mounted, from under him. || The other five seemed almost as eager to die, each one helping the executioners in their duties. || Death was not instantaneous, the struggles of all being continued for some moments after the rope was drawn up. || Nothing could exceed the courage, the cool indifference with which they all met their fate. || The Governor-General, as Imperial Commissioner, and the French and German Delegates and myself were present during the execution. It was a horrible sight. || Boats from the French and German ships of war in port were also present, and witnessed the proceedings from a short distance off the quay. When all was over the troops dispersed, a few remaining to guard the bodies and keep back the mob, composed chiefly of Jews, and among them a few Turks. || All the arrangements were made quietly, and were carried out with the utmost order and dispatch, reflecting great credit on the Imperial Commissioners and the military authorities. || The Imperial Commissioners, the Delegates, the Foreign, Naval and Consular Authorities were engaged the greater part of this day in making arrangements about the funerals of the two Consuls, which will be celebrated to-morrow, it is hoped. There is a disposition among some of my colleagues to make a demonstration by landing a large force of armed detachments from the several foreign vessels of war; but I and most of my colleagues, the Italian Consul in particular, have objected to anything of the sort, and we suggested that the naval commanding officers should arrange with the Ottoman authorities what military honours must be rendered to the funerals. I believe, that the Ottoman authorities have no objection to the landing of guards of honour from the foreign men-of-war in port, but that they would object to the crews landing in force with their arms, as such a step would be considered by the Mahommedans as a hostile demonstration against them, and might very likely lead to further disturbances. || I have, &c.

J. E. Blunt.

Nr. 5744.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Absendung einer deutschen Panzerflotte.

Berlin, May 18, 1876.

My Lord, — I have the honour to report to your Lordship, that the German iron-clad squadron at present being formed, and consisting of the frigates "Kaiser", "Deutschland", "Kronprinz" and "Friedrich Carl", as also the aviso "Pommerania", will in the course of next week, and as soon as Rear-Admiral Batsch has assumed command, sail for Salonica; further, the gun-boat "Comet" has been commissioned for the same purpose, and the corvette "Medusa" is shortly to be expected there. The gun-boat "Nautilus", which was on her voyage from Malta to Port Saïd has been ordered to proceed to Constantinople. || I have, &c.

Nr. 5744.
Gross-
britannien.
18. Mai 1876.

Odo Russell.

Nr. 5745.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Bericht über die Leichenfeier der Konsuln.

Salonica, May 20, 1876.

Sir, — With reference to my telegrams of yesterday's date, relative to the funerals of the French and German Consuls, I beg leave to report the following particulars on the subject: — || Shortly before 6 o'clock yesterday morning the guards of honour, composed of 15 sailors from each of the French, German, Russian, Austrian, Italian and Greek ships of war, and of 15 Marines from Her Majesty's ship "Swiftsure", landed on the Salonica Quay, and were soon followed by the Russian and French Admirals, and commanding officers of the several foreign ships of war in port. The Governor-General, with the Imperial Commissioner, Vahan-Effendi, the Consular Corps and the French and German Delegates also arrived, when all proceeded in a body to the Roman Catholic Church followed by a large concourse of the friends of the deceased. || I inclose a copy of the programme of the funerals which was prepared by the French Admiral in concert with the two Delegates and the Imperial Commissioners, while the guards of honour took up a position on each side of the street opposite to the Roman Catholic Church in which the remains of the French Consul were lying; the French and German

Nr. 5745.
Gross-
britannien.
20. Mai 1876.

Nr. 5745.
Gross-
britannien,
20. Mai 1870.

sailors formed a guard of honour in the church during the service; the entrance being lined by the English Marines and the Russian sailors. The church, which was decorated, was crowded during the service, at the conclusion of which the procession was formed in the following manner: — || A guard of Turkish soldiers, the Governor-General Eshref-Pasha, the Imperial Commissioner Vahan-Effendi, Ottoman Vice-Admiral Mehmet-Pasha and Major-General Ibrahim-Pasha. || The Acolyth carrying the Cross. || The Roman Catholic clergy. || The Greek Metropolitan with the Archdeacon here joined the procession. The coffin, on which was placed the deceased Consuls uniform, hat and sword, and decorations, borne by French sailors, and escorted on either side by French and German sailors. || Members of the Consuls' family. The French Admiral came next with the captain of the German corvette; the French and German Delegates; the foreign Consular Corps at Salonica; the Russian Admiral with the commanding officers of the foreign ships of war, and a guard of honour of 15 seamen. The Consular cavasses; the foreign residents; a guard of Turkish soldiers. The route taken by the procession was past the Imperial Ottoman Bank, along the main thoroughfare and down by the new street to the quay. On reaching the landing place the body was met by the French Naval Chaplains and a guard of honour, and was put on board the steam-launch of the French flag ship. || As the body left the shore salutes were fired by the ships. The proceedings occupied about two hours. || The procession next proceeded to the Greek Church of St.-Nicola, to which place the remains of the late German Consul, Mr. Abbott, had been brought from his residence. || The coffin was placed in the centre of the Church, the German and French sailors forming a guard of honour in the nave. The English marines and Russian guards of honour being drawn up in two lines at the entrance. || The burial service was performed by the Greek Archbishop, assisted by all the clergy of the town parishes, and lasted about half-an-hour; after which the procession was re-formed and proceeded along the main street through the centre of the Greek quarter to the cathedral of the cemetery in which the burial took place. || The coffin was lowered into the grave in the presence of a large assemblage, the troops presenting arms and the ships firing salutes. The ceremony over, the Imperial Commissioner and Governor-General, with the foreign Consular corps, accompanied the Admirals and naval officers to the quay, where the procession broke up. || Every mark of respect was shown to both funerals by the Ottoman authorities, and much sympathy and compassionate interest felt by all who witnessed the ceremonies. The shops and places of business were closed, and the day was observed as one of general mourning. || During the ceremonies, which lasted more than four hours, there was no attempt whatever at disturbance. Everything passed off quietly and all the arrangements were carried out without the slightest hitch. || All the streets abutting the main thoroughfare were closed by Turkish troops, and no one allowed to pass. || Every one admired the energy and good will

with which the Governor-General and the Imperial Commissioner exerted themselves to keep order throughout the town and to render every possible honour to the funerals. || I have, &c.

Nr. 5746.
Gross-
britannien.
20. Mai 1876.

J. E. Blunt.

Nr. 5746.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel — Fordert Untersuchung gegen den Ex-Gouverneur von Salonichi.

Salonica, May 21, 1876.

Sir, — As much discontent is generally felt and expressed by the public in consequence of the ex-Governor-General and some members of the Local Administration, whose conduct during the recent occurrences has given rise to grave suspicions against them, not having been examined and dealt with at the same time as the six culprits who were tried and executed on the 16th instant, I addressed a Memorandum on the subject to the Imperial Commissioners, as per copy herewith inclosed. || In reading this Memorandum to the Commissioners, I told them that I thought it was very important that the ex-Governor-General and those in authority under him should be examined as soon as possible, and their evidence subjected to the most searching scrutiny, and I also added that in the interest of the Ottoman Government, and of the suspected parties, it was equally necessary and important that this matter should receive the immediate attention of the Commission. || Their Excellencies assured me, that it was their firm determination to make a complete and impartial investigation without regard to the position or rank of the suspected parties, and to visit them with severe punishment if found guilty of having instigated the recent occurrences. || On the 18th instant, the day after I delivered my Memorandum, a notification was published in the "Official Gazette of Salonica", in Greek and in Turkish, informing the public of the conviction and execution of six of the assassins, and declaring that the Commission will also punish those who have provoked the sad event. || I inclose the "Gazette", with an English translation of the notification. || I have, &c.

Nr. 5746.
Gross-
britannien.
21. Mai 1876.

J. E. Blunt.

Beilage.

Memorandum.

A la Commission Impériale d'Enquête.

La Commission hier a pu à un certain degré satisfaire à l'impaticence fiévreuse du publique par le jugement et exécution d'une partie des personnes

Nr. 5746.
Gross-
britannien.
21 Mai 1876. qui ont été prouvées d'être les acteurs directs de l'affreux crime commis sur les personnes du Consul de France et du Consul d'Allemagne. Cependant l'opinion publique, bien rassurée d'avance sur ce point, le considère aujourd'hui comme secondaire vis-à-vis du point important qui se rapporte aux instigateurs de l'armement de la population Mahommedane, et de l'odieux crime, qui ne peuvent qu'appartenir à une classe plus élevée de celle dont la Commission Impériale s'en est occupée jusqu'ici. || Quelques personnages sont accusés par l'opinion publique d'avoir excité et instigué la populace. Ils ne se trouvent encore que sous la surveillance de la Commission. || Dans mon humble opinion il sera juste de procéder un moment plutôt à leur jugement et, s'ils seront reconnus coupables, à leur punition.

A bord du vaisseau Amiral Ottoman "Selimieh", Mai 17, 1876.

Nr. 5747.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendet eine Erklärung des Metropolitens von Salonichi.

Salonica, May 22, 1876.

Nr. 5747.
Gross-
britannien.
22. Mai 1876. My Lord, — I beg leave to submit inclosed herewith to your Lordship, a copy of a letter from the Greek Metropolitan of Salonica to the French and German Consulates, relative to the recent occurrences at this place. || I have, &c.

J. E. Blunt.

Beilage.

The Greek Metropolitan of Salonica to M. Krajonsky.

Salonique, le $\frac{8}{20}$ Mai, 1876.

M. le Consul, — Depuis le jour où un double crime des plus tragiques et des plus horribles a été perpétré et a plongé tous les habitants de cette ville, sous les yeux desquels ces atrocités ont été commises, dans une profonde douleur, il me parviennent, à ma très-grande affliction, tous les jours de bruits: que la noble Colonie Européenne impute les causes de cet affreux drame, en grande partie, à la communauté Grecque. || Je suis à même, M. le Consul, de vous assurer, en m'appuyant sur les preuves les plus concluantes que quant à la misérable fille qui a été la cause de tous les épisodes tragiques, personne ici n'avait la moindre connaissance de son arrivée; seulement,

les lamentations de sa mère, au moment de l'arrivée du train, ont excité la compassion de quelques personnes qui se trouvaient par hasard à la station. Quant au reste, personne ne se serait jamais imaginé, et il était impossible pour qui que ce fût, de concevoir l'idée qu'une misérable fille pût jamais fournir un prétexte de pousser les choses jusqu'au point où elles sont arrivées: à compromettre toute une ville populeuse, à paralyser toutes les transactions, à mettre en danger la vie et l'avenir de ses habitants. || Je puis vous assurer, M. le Consul, que le double crime commis, unique exemple d'atrocité; car il n'en existe pas de pareil dans les annales, soit quant à sa conception, soit quant à son exécution barbare; toute la communauté Chrétienne a été si profondément émue que des siècles ne pourront effacer le souvenir des deux martyrs, distingués d'abord par leurs vertus, et par la position élevée et honorable qu'ils occupaient en leur qualité de représentants de deux grandes et glorieuses Puissances auxquelles nous sommes redevables et auxquelles nous sommes attachés par les liens d'une profonde reconnaissance. || Voilà les motifs qui me convient à vous prier, M. le Consul, pour le cas que, soit une malveillance, assurément non-fondée, soit l'ignorance des faits, se plairaient à répandre des bruits contraires à ce qui existe, de vouloir bien porter à la connaissance de tous: que la communauté Grecque-Chrétienne n'éprouve et n'a jamais éprouvé d'autres sentiments que ceux d'une sympathie vraie et d'une douleur profonde. || Agréez, &c.

Le Métropolitain de Salonique.
J o a c h i m.

Nr. 5748.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Berichte über das bulgarische Mädchen, welches die Veranlassung des Aufruhrs war.

Salonica, May 22, 1876.

Sir, — I have the honour to inclose translated copies of two letters from a reliable quarter furnishing some information about the Bulgarian girl who was the origin of the recent occurrences at this place. || I also inclose a copy of an account of how the seizure of the girl was effected by the Greeks. It has been furnished to me by an English gentleman, who was an eye witness of the occurrence, and who will give his name if necessary. || As to the age of the girl she seemed to me—when I saw her at the konak about twenty minutes after the murder—to be between 17 and 18 years old. || If I can procure further particulars I shall not fail to forward them to your Excellency. || I have, &c.

J. E. Blunt.

Beilage 1.

Extract of a Letter relative to the conversion to Mahomedanism of the Bulgarian girl who was the cause of recent occurrences at Salonica.

(Translation.)

Le $\frac{5}{17}$ Mai, 1876, le soir.

Nr. 5748.
Gross-
britannien.
22. Mai 1876.

Cette fille dévergondée est originaire du village de Bogdantza du Kaza-Avrethissar. La mère de la jeune fille, qui est veuve depuis 8 à 10 ans, est citée par le prêtre du village d'être d'une mauvaise conduite. || Le nom de son mari était Dellio-Kiota. Quant à ceux de la mère et de la jeune fille je m'informerai ce soir. || Le jeune homme avec lequel elle avait des relations était le gardien de Mehmet-Agha. || Cette jeune fille, âgée de 15-16 ans, en arrivant à Salonique, était accompagnée du Hodja du village et d'une négresse. On dit même qu'avant d'être enlevée de la fontaine elle avait secrètement transféré ses vêtements dans la maison du Musulman. Mercredi soir l'ayant prise ils allèrent à Maya-Dag, où ils passèrent la nuit. Le lendemain ils se rendirent à Kara-souli, où ils restèrent dans la maison de Kara-Ibrahim, et Vendredi ils partirent pour Salonique. || C'est tout ce que je connais, mais je m'informerai de deux côtés différents pour avoir des détails et des plus amples renseignements sur ce sujet.

Beilage 2.

Extract of a Letter furnishing further particulars relative to Bulgarian girl who embraced Mahomedanism.

(Translation.)

Le $\frac{5}{17}$ Mai, 1876, à 8 heures de la nuit.

On connaissait il y a six mois dans le village de Bogdanitza que Stefani, fille du défunt Dellio-Kiota et de Marie, âgée de 15 à 16 ans, avait des relations avec le fils du garde-champêtre Omer Zintsoglou, Mustapha. | Plusieurs voisins de cette malhonnête femme lui avaient fait observer la conduite de sa fille; quelques Musulmans aussi en firent autant. La jeune fille ayant pris depuis quelques jours ses vêtements et quelques-unes de sa mère les envoya chez son amant. || Le Mercredi vers 10 heures de l'après-midi sous prétexte qu'elle irait à la fontaine, elle se fit enlever par quelques Ottomans, qui la transportèrent à la maison d'Omer Zintsoglou, père de Mustapha. Mais à cette heure ni l'un ni l'autre ne se trouvaient là, c'est pourquoi l'épouse du premier n'accepta pas la fille et lui dit: "Qu'elle se fasse Musulmane d'abord et de venir après chez moi." On conduisit alors la fille à la maison d'Ahmet-Soubashi, Muktar, frère d'Omer Zintsoglou. Le Jeudi on l'amena à Gevgheli dans la maison de leur gendre Ahmet-Agha, et le Vendredi, afin qu'elle ne fût pas reconnue, on la fit prendre de Kara-souli le chemin de fer,

où elle fut rencontrée par sa mère. Elle était accompagnée par le Hodja du village, d'une négresse et de Mehmet-Agha de Ghevgheli. ¶ Ces renseignements je les ai recueillis d'un homme bien digne de foi.

Nr. 5746.
Gross-
britannien.
22. Mai 1876.

Beilage 3.

Extract of a Letter relative to the Seizure by the Greeks of the Bulgarian girl who embraced Mahomedanism.

(Translation.)

This is, as nearly as possible, what took place at the railway station: —

A few minutes after the arrival of the train on Friday the 5th instant, and as the travellers were getting out of the station, I remarked a great crowd. I approached it with the object of finding out what was the matter. On getting near the station, I saw a scuffle between some Greeks, I believe Bulgarians and some zaptiehs. Just as I came up, the crowd began to disperse, and was following four zaptiehs, two of them holding a girl, who appeared to me to be pleased to go with them. She was unveiled, and had her hair falling behind. ¶ Foremost amongst those who had been fighting outside the station was a young man Abbott, who, as I found out, came down in the same train, but not on duty. Next to him was another Greek, also in the employ of the railway, named Dessilé (Kéhaya). When the zaptiehs were in the act of walking towards the town with the girl, these two Greeks walked in such a manner as to impede their way, and prevent the zaptiehs going any further. However, the latter seemed to hold fast, and were, although surrounded, marching in the direction of the town. They had not gone 500 yards, when the Greeks (whose number was increasing every minute) stopped the zaptiehs, and here a second, and, from all accounts, a severe fight took place. I hurried to the spot, taking with me the only zaptiech left at the station. I ordered him to run and assist his comrades. We both came too late; the girl had been violently snatched from the hands of the zaptiehs, and placed in the carriage of the American Consul. This carriage was at the station; it passed me when I was running to the scene; the horses were galloping. There was a woman (rather common) in the carriage. As soon as they put the girl in the carriage, the coachman whipped his horses, and drove off as fast as possible towards the town, the zaptiehs following and shouting out to stop him. ¶ I remarked Messrs. Gsiller, Eichler and Rochette on horseback. It struck me that Mr. Rochette got into the middle of the crowd, trying, I suppose, to separate the combatants.

Nr. 5749.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über Verhandlungen wegen des Verfahrens gegen die Schuldigen.

Therapia, May 28, 1876.

Nr. 5749.
Gross-
britannien.
28. Mai 1876.

My Lord, — On the invitation of Raschid-Pasha, my French and German colleagues and myself this morning met his Excellency to discuss some differences which he said had arisen between the Imperial Commissioners and the Delegates of the three Embassies who are conducting the inquiry into the Salonica murders. || According to his Excellency, the Delegates imagined themselves to be sitting as judges of the accused along with the Commissioners, which he did not consider to be their proper character. || We all concurred with the Minister in the opinion, that the duty of the Delegates was to watch the proceedings, to endeavour to elicit all the facts, and to express their opinions freely as to the culpability of the accused, but not to take part in pronouncing the sentences. || Raschid-Pasha next observed, that the sentences upon the ordinary culprits could be executed without reference to the Porte, but that in the event of any functionary of the Government receiving a capital sentence the law required that it should receive the sanction of the Government before being carried out, and he hoped we should not object to this course being followed if, unfortunately, a functionary should be condemned to death; though he promised, that there should be no delay in giving the necessary sanction. || We did not consider it possible to object to this. His Excellency said, that another case might arise upon which it was desirable that the Delegates should receive instruction, to prevent the occurrence of any difference between them and the Imperial Commissioners. Any person found guilty of having instigated the murders would undergo capital punishment, exactly like those who had actually participated in the deed, but that those who had merely excited the people for a movement against the Authorities for the purpose of the recovery of the girl, would not, under the Turkish law, be held liable to it; and Raschid-Pasha therefore hoped, that we should not insist upon their being condemned to death. The distinction made by the Minister between these two classes was too fair to be disputed, and we told him, that we did not insist upon the infliction of any punishment beyond that which is sanctioned by the law of the country, but that we expected this to be vigorously and impartially applied. | The inclosed identic instruction was then drawn up, and after being shown to Raschid-Pasha, who expressed himself satisfied with it, was transmitted by telegraph to our Delegates at Salonica. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Identic Telegram from English, French and German Ambassadors, to their Delegates on the Commission at Salonica, dated May 28, 1876.

La Porte vient de nous faire part de certaines divergences de vues, qui se seraient produites, entre les Commissaires Ottomans et vous; nous nous sommes réunis avec Rachid-Pacha et nous nous sommes arrêtés aux résolutions suivantes: — || 1. Vous devez assister à tous les actes de la procédure, présenter vos observations et, au besoin, protester contre les actes qui vous paraîtraient de nature à vous décider à une semblable démarche; mais vous n'avez pas à prendre part à la prononciation même du jugement. || 2. Vos droits sont les mêmes, dans les procédures dirigées contre les fonctionnaires que dans celles dirigées contre les autres prévenus. || 3. Si la peine capitale était prononcée contre un fonctionnaire, d'après la loi la sanction de la Porte est nécessaire. Si ce cas se produisait, avisez nous télégraphiquement, et nous insisterons pour que la Porte prenne une prompte décision. || 4. Il a été demandé si la peine capitale doit être appliquée aux individus qui ont excité à la révolte, contre les autorités, sans avoir appelé aux armes. Nous répondons: toute la question est de savoir si ces actes ont le caractère de complicité; c'est une question de fait qui ne peut être théoriquement décidée et qui ne peut être jugée que sur les lieux. Si dans une question de fait il y avait divergence entre les Commissaires et vous, il en serait référé immédiatement à Constantinople, où la question serait discutée entre la Porte et les Ambassades.

Nr. 5749.
Gross-
britannien.
28. Mai 1876.

Nr. 5750.

GROSSBRITANNIEN. — Kousul in Salonichi an den königl. Min. d. Ausw. — Haltung der Stadt bei der Nachricht von der Entthronung des Sultans Abdul-Aziz und der Erhebung Murads.

Salonica, May 31, 1876.

My Lord, — Yesterday I despatched to your Lordship a telegram thus worded: —

“May 30, 11 a.m.

“Deposition of Sultan Aziz and accession of Sultan Murad have been publicly proclaimed by the Ottoman authorities here. The inhabitants in general, the Mahomedans in particular, have received the news with great enthusiasm. || The public joy is indescribable, and continues to manifest itself in all freedom from restraint; the streets last night were densely crowded with people, high and low, watching the illuminations and fireworks.”

Nr. 5750.
Gross-
britannien.
31. Mai 1876.

Nr. 5750.
Gross-
britannien.
31. Mai 1876.

The public criers proclaimed the new Sovereign, in every quarter of the town, charging the inhabitants to pay allegiance to him. The town fortress fired salutes, and the Ottoman and foreign ships of war in port were dressed, and fired royal salutes; the garrison troops were paraded, and cheered and acclaimed Sultan Murad, and deputations from the different communities waited on the Governor-General, and the Greek Metropolitan, who is much respected, and deservedly so, by the Mahommedans of this town, was among the foremost to offer his congratulations to the authorities, and to profess his loyalty and allegiance for the new Sultan, and it was remarked that he and the Defterdar, one of the chief members of the local administration, embraced each other and shed tears of joy. ¶ The Mufti, the chief spiritual authority of the Mahommedan community, and an aged man, wept like a child. ¶ I was at the konak*) when the official news arrived, and witnessed the effect it produced on the members of the administration: an intense feeling of satisfaction mingled with joy and pride was expressed by every one, from the Governor-General to the Kiatib; many of them surrounded me and remarked: "We are proud, Sir, that this revolution is being accomplished quietly and without bloodshed", and the words "Parlamento" and "Costituzion" were in every one's mouth, and all were anxious to have full details of the event, and the names of the leading men in the movement. The "Sclanik", local Government Gazette, published bulletins in letters of gold, as also the other papers, of which I inclose two copies. ¶ About noon the foreign Consuls received an official communication from the Governor-General, announcing the deposition of Sultan Aziz and Prince Murad's accession, and that the town and public buildings would be illuminated in honour of the event. I inclose a translated copy of the Governor's letter to me on the subject. The Ottoman Vice-Admiral called on the Admirals and Commanding Officers of the foreign ships of war and notified the event. Later in the day the foreign Consuls, in answer to a special invitation from the Pasha, waited on his Excellency in full dress and offered their congratulations. (I was accompanied by Captain Baird, of Her Majesty's ironclad "Swiftsure.") We were received in state, a battalion of troops presenting arms and military bands playing national airs. Shortly after, the French and Russian Admirals and foreign naval Commanding Officers also paid official visits to the Ottoman Admiral. All the public buildings, the foreign Consulates, and the Ottoman and foreign ships of war were illuminated last night. The bazaars, the houses, the windows of the poorest were lighted. After the Imperial Ottoman Bank, which was artistically illuminated, the British and Italian Consulates made the best display. ¶ I should also report to your Lordship that the manifestations of public joy have not been interrupted or disfigured by any act of disorder or ill-feeling. The quay, the principal streets, the bazaars and the coffee-houses were crowded with

*) Governor's house

Turks, Greeks, Jews, Levantines and Europeans, all mingled together, men, women and children, as if their national and religious feelings had not been wounded and irritated by the recent horrid occurrences; antipathy of race to race appeared to have been forgotten and forgiven. ¶ I should also add, that many leading Turks have expressed to me in very feeling terms the hope, that the English Government and nation will fully appreciate the quiet and deliberate manner with which Sultan Aziz has been deposed and Prince Murad proclaimed in his stead, and will stand by their new Sovereign, and assist and protect him from the external dangers which may menace his Empire. ¶ I trust, my Lord, your Lordship will pardon the hurried form and imperfections of this Report, which I have been trying to prepare in time to go by to-day's mail, via Athens. ¶ I have, &c.

Nr. 5750.
Gross-
britannien.
30. Mai 1876.

J. E. Blunt.

Nr. 5751.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Einsetzung eines Kriegsgerichts zur Aburtheilung der Befehlshaber in Salonichi.

Therapia, June 3, 1876.

My Lord, — I received last night the inclosed telegraphic message from Raschid-Pasha, saying that the Porte proposed to send to Salonica some officers to constitute a court-martial to try, along with the two Imperial Commissioners, and in the presence of the Delegates of the British, French and German Embassies, the late Governor of Salonica, who is a military man, and two Colonels, whose conduct is impugned. ¶ I called this morning on Count Bourgoing, and found that he agreed in considering that no possible objection could be made to the proposal; but I received afterwards the inclosed telegram from Mr. Blunt, stating that the other Delegates had protested against the arrangement. ¶ I inclose the copy of my reply. ¶ I have, &c.

Nr. 5751.
Gross-
britannien.
3. Juni 1876

Henry Elliot.

Beilage 1.

Raschid-Pasha to Sir H. Elliot.

(Télégraphique.)

2 Juin, 1876.

J'ai l'honneur d'informer votre Excellence que la Sublime Porte, désireuse de donner entière satisfaction à la justice en évitant en même temps toute illégalité dans le jugement des trois officiers supérieurs prévenus d'avoir

Nr. 5751.
Gross-
britannien.
3. Juni 1876. manqué à leurs devoirs lors de l'incident de Salonique, vient en conformité des dispositions du Code Militaire de désigner un Conseil de Guerre qui devra se joindre aux deux Commissaires Impériaux pour juger en présence des délégués des trois Ambassades l'ex-Gouverneur en sa qualité de militaire, le Colonel des Redifs et celui de la Gendarmerie, les membres du Conseil de Guerre devant partir ce soir ou demain matin par un bateau de l'Etat pour Salonique. Je prie votre Excellence de vouloir bien télégraphier à qui de droit des instructions en conséquence. Les Commissaires Impériaux ont reçu déjà des ordres télégraphiques dans le même sens.

Beilage 2.

Consul Blunt to Sir H. Elliot.

(Telegraphic.)

Salonica, June 3, 1876.

Porte informed Imperial Commission, that military officers will be dispatched forthwith to Salonica to form a court-martial on military authorities. Delegates protest; I declined, but would refer to your Excellency.

Nr. 5752.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Anfechtung der kriegsgerichtlichen Urtheile in Salonichi.

(Extract.)

Therapia, June 10, 1876.

Nr. 5752.
Gross-
britannien.
10. Juni 1876. The French and German Ambassadors called upon me yesterday together, the former having just communicated to the Grand-Vizier and Raschid-Pasha, for himself and his colleague, a telegram they had received from their delegates at Salonica, reporting the inadequacy of the sentences passed upon the military officers whose conduct was impugned in the late occurrences. || According to this report these officers upon receiving orders to take troops to the mosque where the Consuls were retained by the mob answered that the girl should first be given up, and they were afterwards found quietly smoking their cigarettes. If this statement is correct, sentences of one year's imprisonment and of forty-five days' arrest certainly appear wholly inadequate for conduct which was followed by such a tragical result. || My colleagues said, that they had telegraphed to their Governments for the instructions which this report might call for, and I said I would likewise telegraph to your Lordship. || I first, however, directed Mr. Blunt to report the particulars; but I

have nothing yet from him beyond the expression of an opinion that the sentences are too lenient, and I do not see how any correct judgment can be formed on the case till we receive a full written report upon it.

Nr. 5752.
Gross-
britannien.
10. Juni 1876.

Nr. 5753.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Answ. an den königl. Botschafter in Berlin. — Unzufriedenheit der deutschen Regierung mit dem Strafverfahren der Pforte.

Foreign Office, June 10, 1876.

My Lord, — The German Ambassador has informed me, that his Government have received reports from the German Ambassador at Constantinople which give reason to believe that the Porte is not showing a disposition to punish the real authors of the murder of the Consuls at Salonica; that the persons executed and imprisoned have been of a low class, and that the authorities are conniving at the escape of those persons of higher rank who were the instigators of the outrage, and are pursuing, in fact, the same course as the German Government believe to have been adopted after the massacre of the Christians at Damascus in 1870. || Under these circumstances the German Ambassador was instructed to ask Her Majesty's Government to direct Sir H. Elliot to assist his colleagues in endeavouring to bring to justice the real culprits. || I acquainted his Excellency with the substance of a telegram received from Sir H. Elliot, and stated that it appeared from the information received from Her Majesty's Embassy at Constantinople that Sir H. Elliot had already assured his German and French colleagues, that he would support them to the utmost in insisting on the punishment of any participator in the murders, whatever his position might be, although he could not, of course, demand that an example should be made of any one whose guilt was not established. || I added, that Her Majesty's Government would, however, let Sir H. Elliot know that the German Government had called attention to the matter and instruct him to continue to act with his German and French colleagues in bringing to justice any persons who can be proved to have taken part in the murders or actually instigated them. || I am, &c.

Nr. 5753.
Gross-
britannien.
10. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5754.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Die deutsche Regierung erklärt die zuerkannten Strafen für ungenügend.

(Extract.)

Foreign Office, June 14, 1876.

Nr. 5754.
Gross-
britannien.
14. Juni 1876.

Count Münster spoke to me, in an interview which I had with him on the 12th instant, on the subject of the insufficiency of the sentences which were reported to have been passed upon the Turkish officials implicated in the Salonica massacre. He stated, that it appeared from despatches dated the 8th instant, received from the German and French Delegates, that the Colonel and Chief of the Police had been condemned to degradation and to imprisonment for one year, while the officer in command of the garrison, and the Commander of the corvette stationed in the port had only been sentenced to imprisonment for forty-five days. The ex-Governor, of whose culpability his Excellency considered there could be no doubt, was to all appearances to escape unpunished; and, though the Delegates had used their utmost endeavours to procure severe sentences calculated to satisfy the requirements of justice, they had completely failed. || Count Münster said, that the German Government was much dissatisfied with these reports, and could not be content to accept this insufficient reparation. || I assured his Excellency in reply, that I would communicate to Her Majesty's Embassy at Constantinople by telegraph the substance of the information which he had given me. I reminded him, that I had promised Baron Von der Brincken that Sir Henry Elliot should be instructed to continue to support the efforts of his German and French colleagues to bring to justice any persons who might be proved to have taken part in the murders, or to have actually instigated them; and I said, that I would again direct his Excellency to support the German demands as far as he should consider them to be reasonable.

Nr. 5755.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den deutschen Botschafter in London (Graf Münster). — Annullirung der Urtheile des Kriegsgerichts zu Salonichi.

Foreign Office, June 15, 1876.

Nr. 5755.
Gross-
britannien.
5. Juni 1876.

M. l'Ambassadeur, — Sir Henry Elliot, to whom I telegraphed immediately after the receipt from your Excellency of the information which you were good enough to communicate to me on the 12th instant as to the in-

sufficiency of the Salonica sentences, has informed me by telegraph, that the sentences have been annulled, and that the inculpated officers and officials will be tried at Constantinople in the presence of delegates from the Embassies. Her Majesty's Government have learnt with satisfaction, that the representations which Her Majesty's Ambassador had made, in accordance with those made by his colleagues, with the view of obtaining a revision of the sentences, have led to this result, which will doubtless avert the complications which your Excellency feared, if the Turkish Government should refuse to reconsider this question. || As the German and French delegates at Salonica appear to think, that Her Majesty's Consul had not altogether exerted his influence in their favour, it has been decided that another British delegate shall attend the new trial. I must, however, explain, that this decision must not be construed to imply that it is considered that the Consul has in any degree shown partiality or failed to support his colleagues with his best energies. || I am, &c.

Nr. 5755.
Gross-
britannien.
15. Juni 1876.

Derby.

Nr. 5756.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Die Urtheile der Untersuchungs-Commission.

Salonica, June 18, 1876.

Sir, — I have only time, owing to the early departure of the mail, to forward, herewith inclosed, a translated statement, with an abridged list, relative to the conviction of the individuals who have been directly or indirectly implicated in the murder of the French and German Consuls at Salonica on Saturday, the 6th of May, 1876. || I should report, that the proceedings during the trial of the culprits were conducted with forbearance, dignity and coolness, and in an impartial manner by the Imperial Commissioners, Eshref-Pasha and Vahan-Effendi; and I am bound to say, that both Commissioners have allowed to the foreign delegates who attended the inquiry the utmost latitude compatible with the Turkish law and the capitulations. || I also inclose a plan of the konak and of the mosque where the two Consuls were murdered. || I have, &c.

Nr. 5756.
Gross-
britannien.
18. Juni 1876.

J. E. Blunt.

Beilage.

*Statement relative to Convictions of Individuals implicated in Murder of
French and German Consuls.*

(Traduction.)

Nr. 5756.
Gross-
britannien.
18. Juni 1876.

1. Tcherkez Yaver, l'esclave d'Ali-Effendi, boulanger, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, fut condamné à mort et exécuté le 16 Mai, 1876. || 2. Arab Merdjan, portefaix, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, fut condamné à la peine capitale et exécuté le 16 Mai, 1876. || 3. Hussein-Effendi, fils d'Ibrahim-Effendi, sans un état vivant au dépend de son frère, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, fut condamné à la peine capitale et exécuté le 16 Mai, 1876. || 4. Bochak Ibrahim, sans aucune profession, joueur aux cartes, est accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, fut condamné à la peine capitale et exécuté le 16 Mai, 1876. || 5. Kermezi Tchebguenli Amich Chakir, encore nommé Ferhat, domestique, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, fut condamné à la peine capitale et exécuté le 16 Mai, 1876. || 6. Ouzoun Suleyman, mémour d'abattoir, vivant en partie de ce métier, en partie de la bourse de son père, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, fut condamné et exécuté le 16 Mai, 1876. || 7. Berber Memich de Salonique, fils de Mehmed, barbier de profession, accusé d'avoir été vu pendant l'émeute, poussant la foule sur les escaliers et s'efforçant de monter et d'avoir enfin crié "nous voulons la fille". Il a été condamné à trois ans aux travaux forcés à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 8. Ibrahim, fils d'Ali, demeurant à Salonique au quartier Porta. Cuisinier lui-même, accusé d'avoir été vu pendant l'émeute, dans la cour de la mosquée et tenant une barre de fer dans ses mains après que le meurtre avait eu lieu, et d'avoir enfin été vu s'efforçant de monter les escaliers et faisant de tumulte dans la salle; il a été condamné aux travaux forcés à perpétuité. || 9. Helvadje Abdullah, encore nommé Amich, fils d'Ahmed, vivant de la vente de l'helva, est accusé de s'être introduit dans la chambre où les Consuls étaient enfermés. Cependant il avait été remarqué qu'il ne possédait aucune arme. Il est condamné à trois ans d'emprisonnement à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 10. Moumin, fils de Moussi, du district Langaza, domestique, est accusé d'avoir été vu brisant la barre de la fenêtre et s'introduisant le premier dans la chambre. On l'a vu tenant dans ses mains un morceau de bois ou de fer sans cependant le voir frappant les Consuls. Il est condamné aux travaux forcés à perpétuité. || 11. Armurier Moustapha, fils de Mehmed, du district d'Ochrida. Il a sa boutique à Salonique et s'occupe de son métier. Accusé d'avoir été vu, des armes à la main, près de la mosquée, après que

le crime s'est perpétré. Il est condamné à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 12. Armurier Veli, fils d'Abdul-Rahman, du district Débré. Il a sa boutique à Salonique, et s'occupe de son metier. Accusé d'avoir été vu des armes à la main près de la mosquée après que le crime s'est perpétré. Condamné à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 13. Armurier Aloch, fils du Veli susmentionné. Il a sa boutique à Salonique, et s'occupe de son metier. Accusé d'avoir été vu, des armes à la main, près de la mosquée après que le crime s'est perpétré. Condamné à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 14. Armurier Redjeb, fils de Sonan, du district Débré. Il a sa boutique à Salonique, et s'occupe de son metier. Accusé d'avoir été vu, des armes à la main, près de la mosquée après que le crime s'est perpétré. Condamné à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 15. Armurier Adem, fils de Nouma, du district Débré. Il a sa boutique à Salonique, et s'occupe de son metier. Accusé d'avoir été vu, des armes à la main, près de la mosquée après que le crime s'est perpétré. Condamné à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 3 Djemajulevvel, 1293. || 16. Arab Sali, encore nommé Agho Cafedjés, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, et ayant des antécédents, a été condamné à la peine capitale. || 17. Bouzjou Méto, demeurant à Yali-Capousson, accusé d'avoir frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne, est condamné à la peine capitale. || 18. Hussein-Effendi, du district Tchebekli, acheteur de dîmes et fabricant de peau, est accusé d'avoir invité le peuple à se grouper, sans armes, et d'avoir instigué la foule dans la Mosquée de Hamza-Bey d'aller réclamer la fille ou de périr pour l'amour de la religion, d'avoir été un des premiers à s'introduire auprès du Gouverneur-Général, et d'avoir été remarqué à la Mosquée de Saatli. Il a été condamné à trois ans d'emprisonnement à partir de la date du 5 Djemajulevvel, 1293. || 19. Hadji Mehmed-Agha, acheteur de dîmes, accusé d'avoir invité le peuple à se grouper, sans armes, et d'avoir instigué la foule, dans la Mosquée de Hamza-Bey, d'aller réclamer la fille ou de périr pour l'amour de la religion, d'avoir été un des premiers à s'introduire auprès du Gouverneur-Général, d'avoir été enfin remarqué dans la Mosquée de Saatli, est condamné à trois ans d'emprisonnement à partir de la date du 5 Djemajulevvel, 1293. || Ali-Pache (évadé), acheteur de dîmes, accusé d'avoir invité le peuple à se grouper sans armes à la Mosquée de Hamza-Bey, d'avoir instigué la foule d'aller réclamer la fille, ou bien de périr pour l'amour de la religion, d'avoir été un des premiers à s'introduire auprès du Gouverneur-Général, et d'avoir été enfin remarqué dans la Mosquée de Saatli, condamné par défaut à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 5 Djemajulevvel, 1293. || 21. Baghdadli Mehmed, cavass, anciennement cavass à la Sublime Porte, dépourvu d'emploi, allant et venant à Salonique pour ses affaires particulières, accusé d'avoir excité et instigué les habitants des Khans le jour de l'événe-

Nr. 5756.
Gross-
britannien.
18. Juni 1876.

Nr. 5754.
Gross-
lybiannien.
18. Juni 1876.

ment et d'avoir été vu à la station le jour d'avant Vendredi, à l'arrivée de la fille à Salonique, comme aussi à la Mosquée de Saatli le jour du meurtre. Condamné à dix ans aux travaux forcés. || 22. Courd Ali, anier, accusé d'avoir crié dans les rues invitant et engageant le peuple à fermer les boutiques et à se réunir à la Mosquée de Saatli et d'avoir été un des premiers à s'introduire auprès du Gouverneur-Général et d'avoir été remarqué à la dite mosquée. Condamné à cinq ans aux travaux forcés à partir de la date du 5 Djemajulevvel, 1293. || 23. Hadji Linan, charpentier, accusé d'avoir été l'instigateur de l'émeute et d'avoir conduit à la Mosquée des Albanais armés. Condamné à dix ans aux travaux forcés. || 24. Telal Dal Mehmed, courtier, accusé d'avoir été un des premiers à s'introduire auprès du Gouverneur-Général et d'avoir été reconnu instigateur, condamné à cinq ans aux travaux forcés. || 25. Pechtemaldji Hamich Agha, domestique, accusé d'avoir instigué et invité le peuple à se réunir, le jour de l'événement, à la Mosquée. Condamné à cinq ans aux travaux forcés. || 26. Frongali Hadji Ibrahim Tchavouch, cuisinier et pompier à la foi, accusé d'avoir incité le peuple à s'armer et d'avoir été du nombre de ceux qui ont frappé et blessé les Consuls de France et d'Allemagne. Condamné à la peine capitale. || 27. Durgher Oustassi Mehmed (évadé), maçon, accusé d'avoir incité le peuple à s'armer. Condamné par défaut à la peine capitale. || 28. Tchavouch Hadji Emin Effendi, rentier, accusé d'avoir par sa présence sur les lieux encouragé le peuple de s'y tenir ferme et d'avoir été reconnu comme principal instigateur de l'émeute et de la foule qui y était armée. Condamné à mort. || 29. Durgher Oustassi Youssouf, maçon, accusé d'avoir été instigateur de l'émeute et condamné à cinq ans aux travaux forcés. || 30. Ousta Youman, maçon, accusé d'avoir été instigateur de l'émeute et condamné à cinq ans aux travaux forcés. || 31. Mudjelid Hassan-Effendi, relieur et, accusé d'avoir le jour de l'événement, au bazar, incité le peuple à s'armer et à se rendre à la Mosquée de Saatli, d'avoir été présent à la réunion tenue à la Mosquée d'Hamza-Bey. Condamné aux travaux forcés à perpétuité. || 32. Bessim Effendi, Talebé, originaire de Yanina, district Lehova, vivant au dépend de son frère, sans profession, se trouvant à Salonique pour solliciter les fonctions de Naiblik, accusé d'avoir dit au bazar après que le meurtre a été commis, que lui-même avait donné deux coups de poignards aux Consuls, condamné à la peine capitale. || 33. Yacoub Effendi Katib, fils d'Ismaïl, employé à l'imprimerie. Accusé d'avoir été remarqué seulement dans la salle, et il est condamné à un mois d'emprisonnement. || 34. Yessirdji Salih, fils d'Eumer, collégien de onze ans, accusé d'avoir pris la montre du Consul d'Allemagne après l'assassinat. Il a été fouetté. || 35. Emin Effendi, Membre du Conseil d'Administration du Vilayet, et premier greffier du Tribunal, religieux, condamné à trois ans d'exil à Tripoli, d'Afrique, pour le peu de confiance qu'il inspire.

Nr. 5757.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Salonichi an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Bericht über das Verfahren der Untersuchungs-Commission in Salonichi.

(Extract.)

Salonica, June 20, 1876.

In continuation of my Report of the 18th instant, relative to the proceedings of the Imperial Commission of Inquiry into the murders of the French and German Consuls at Salonica, I have the honour to inclose herewith the translations of the preliminary depositions of Selim-Bey, ex-Colonel of Salonica Police, and of two of his subordinate officers. I also inclose translated copies of the evidence of the Arab woman, Rushen, of the Bulgarian girl, Stephana, and of her mother, Maria; as well as translated copies of the evidence which was taken at the village, Bogdantza, by a Commission sent there at my suggestion by the Imperial Commissioners, for the purpose of inquiring into the alleged connection of Emin Effendi, Member of the Local Medjliss, with the conversion of the Bulgarian girl, Stephana. ¶ I very much regret, that I have not been able to procure, for transmission to your Excellency, copies of all the evidence which has been taken by the Imperial Commission, bearing on the murder of the Consuls. It is, of course, very voluminous, and the clerks of the Court had no time to prepare copies for me before their return to Constantinople. They told me, that the Porte would furnish them if applied for by Her Majesty's Embassy. ¶ The details of the facts which have been elicited by the inquiry respecting the murder of the consuls, as well as all the circumstances bearing on the conversion and subsequent violent seizure by the Christians of the Bulgarian girl, prove that the Greeks and Bulgarians were the primary cause of the outbreak; that their assault of the police and their violent seizure of the girl, in a public and aggravating manner, offended the religious and political susceptibilities of the Mahomedans; that, in short, the fanatic zeal of the former excited the fanatic fury of the latter, and directed it to one object, the restoration of the girl to the authorities. ¶ Had the girl been restored at once, in answer to the Governor's summons there would have been no bloodshed; and it is a very significant fact that immediately the mob saw the girl in the possession of my cavass, and were satisfied that she was placed in charge of the Pasha, they dispersed without making any further disturbances. ¶ While the Mahomedans in this city have had no deliberate intention or desire to attack the Christians, still their feelings for some time past were becoming excited and agitated from various causes, of which I may mention the following as the most active: the long duration of the insurrection in the Herzegovina, and the impunity with which Montenegro and Servia encourage and assist the in-

Nr. 5757.
Gross-
britannien.
20. Juni 1876.

Nr. 5757.
Gross-
britannien.
20. Juni 1876.

surgents; the growing unpopularity of the late Sultan; the policy of his Grand Vizier, Mahmoud-Pasha; and the mutual suspicions and alarms engendered among the inhabitants by vague rumours of fanatical outbreaks, which were industriously circulated by evil-intentioned persons. It is not difficult, therefore, to imagine how a people whose minds have been worked into an abnormal state of agitation, took offence and burst into violent action when they felt that their religious sentiments and prejudices had been publicly slighted and dishonoured. || In making the above few remarks my only object was to endeavour to explain the causes which produced this Mahomedan outbreak. || I do not in the least attempt to attenuate the horrible results which accompanied it, nor to lessen the culpability of the ex-Governor-General and his subordinates for not taking active and efficient measures to disperse the mob and protect the lives of the Consuls.

Nr. 5758.

DEUTSCHLAND. — Note des Reichs-Anzeigers über die Ordnung der Salonichi-Angelegenheit.

Nr. 5758.
Deutschland.
8. Aug. 1876.

Die Verhandlungen, welche bisher wegen der Ermordung der Konsuln von Deutschland und Frankreich in Salonichi zwischen den betheiligten Regierungen und der Pforte geschwebt haben, sind nunmehr zum Abschluss gebracht. Die Pforte hat in allen Punkten die Forderungen von Deutschland und Frankreich erfüllt. || Bekanntlich war alsbald nach dem traurigen Ereignisse des 6. Mai d. J. eine ausserordentliche Kommission von Konstantinopel nach Salonichi abgegangen, bestehend aus Vertretern der Pforte mit besonderen Vollmachten und aus den Delegirten der Botschaften von Deutschland und Frankreich, um die Untersuchung über die Vorfälle einzuleiten. Bei der Erregtheit der Bevölkerung und der Unzulänglichkeit der in Salonichi vorhandenen militairischen Kräfte bedurfte es einiger Zeit, bis die Kommission ihre Thätigkeit beginnen konnte. Inzwischen waren Truppen aus Konstantinopel nach Salonichi gesandt und Kriegsschiffe von allen europäischen Grossmächten in den Hafen eingelaufen. Die deutsche Kriegsmarine wurde daselbst zunächst durch S. M. Schiff „Medusa“ vertreten, welches am 15. Mai in Salonichi erschien, später noch durch S. M. Kanonenboot „Komet“ und endlich, seit dem 25. Juni, durch das Panzergeschwader unter Befehl des Contre-Admirals Batsch, das am 22. Mai von Wilhelmshaven in See gegangen war. || Nachdem am 13. Mai die Verhaftungen in Salonichi begonnen hatten, wurden schon am 16. sechs Individuen, deren direkte Betheiligung am Morde nachgewiesen war, öffentlich hingerichtet. Dieselben gehörten sämmtlich der niedrigsten Volksklasse an. Die Fortsetzung der Untersuchung ergab sodann bis zum 5. Juni d. J. folgende

weitere Verurtheilungen: 6 Personen (ausser den bereits Exekutirten) zum Tode, darunter 1 in contumacia; 3 zu lebenslänglichem Zuchthaus, 2 zu 10 Jahren, 11 zu 5 Jahren, 1 zu 3 Jahren Zuchthaus; 3 zu 3 Jahren, 1 zu 1 Monat Gefängniss, 1 zu 3 Jahren Verbannung und 1 Knabe zu körperlicher Züchtigung. Sämmtliche Inkulpaten sind Muhammedaner und mehr oder minder bei dem Morde der Konsuln betheilt gewesen oder der Aufreizung des Volkes überwiesen. Wenige unter denselben gehören zu den mittleren Klassen; einer der zum Tode Verurtheilt ist ein Softa. Die Vollziehung der Todesstrafe an den später Verurtheilt hat bisher noch nicht stattgefunden. ¶ Wenn somit die Untersuchungskommission den einen Theil der Aufgabe, Ausübung der Gerechtigkeit gegen die Vollführer der Mordthaten, erledigt hatte, so blieb noch der in den Augen der Regierungen von Deutschland und Frankreich besonders wichtige Punkt übrig, nämlich volle Justiz gegen die höheren türkischen Beamten und Offiziere, durch deren verbrecherisches oder pflichtwidriges Verhalten die Katastrophe des 6. Mai herbeigeführt worden war. Die Voruntersuchung hatte in dieser Beziehung ausreichendes Material geliefert, um einerseits gegen den höchsten Repräsentanten der Civilmacht des Ortes, den General-Gouverneur Mohammed Rifaat-Pascha, andererseits gegen die obersten, zur Zeit der Mordthaten in Salonichi anwesenden Militairs, den Polizeichef sowie den Kommandanten der Garnison und den Kommandanten der im Hafen stationirten Corvette, einzuschreiten. Die Aburtheilung derselben geschah durch ein besonders zu diesem Zweck aus Konstantinopel entsendetes Kriegsgericht, jedoch mit einem so illusorischen Verfahren, dass sofort die in Salonichi befindlichen Delegirten von Deutschland und Frankreich dagegen Protest einlegten. Der Gouverneur wurde zu 8 Tagen Gefängniss und Disponibilität auf 1 Jahr, der Polizei-Oberst zu 1 Jahr Gefängniss und Degradation, die Kommandanten der Garnison und der Korvette zu je 45 Tagen Arrest verurtheilt. Auf Verlangen der Botschafter in Konstantinopel hob die Pforte diese Urtheile auf und verwies die Sache vor einen obersten Kriegsrath in Konstantinopel, an dessen Verhandlungen jedoch ebenfalls Delegirte der Botschaften Theil nahmen. Erst am 14. Juli wurde von diesem Tribunal ein Urtheilsspruch gegen die drei Offiziere erzielt, mit dem die Regierungen von Deutschland und Frankreich sich einverstanden erklären konnten. Derselbe lautet auf 15 Jahre Galeerenstrafe gegen den Polizei-Obersten, 10 Jahre Gefängniss gegen den Commandanten der Korvette, 3 Jahre Gefängniss gegen den Kommandanten der Garnison und Degradation gegen alle drei. Der frühere General-Gouverneur wurde von dem obersten Civil-Gerichtshof in Konstantinopel zu 1 Jahr Gefängniss verurtheilt. Die Pforte hat gleichzeitig in einer an die Botschafter gerichteten Note die förmliche Zusage erteilt, dass Mohammed Rifaat-Pascha niemals wieder ein öffentliches Amt bekleiden kann. In Betreff des Aktes der an den drei Offizieren zu vollziehenden Degradation ist festgesetzt, dass derselbe in Salonichi, als dem Orte des Verbrechens, in Gegenwart der türkischen Truppen, der Befehlshaber der daselbst

Nr. 5758. vor Anker liegenden Geschwader von Deutschland und Frankreich und der
Deutschland.
8. Aug. 1878. Delegirten der Konsulate beider Mächte stattzufinden habe. || Endlich ist auch
der letzte Punkt der von den beiden Regierungen verlangten Satisfaktion, die
Zahlung der Entschädigungen für die Familien der ermordeten Konsuln, jetzt
erledigt worden. Deutscher Seite war die Summe von 300,000 Fra. für die
kinderlose Wittve des Konsuls Abbot, von Frankreich sind 600,000 Fra. für
Frau und Kinder des ermordeten Konsuls Moulin gefordert worden. Am
6. August hat die Pforte diese Zahlungen zu Händen der Botschafter in
Konstantinopel geleistet. || Somit ist diese Angelegenheit jetzt zu einem be-
friedigenden Abschluss geführt und zwar unter dem festen Zusammenwirken
der beiden zunächst beteiligten Regierungen sowie im gemeinsamen Interesse
aller übrigen, bei der Sühne eines so schweren Verbrechens gleichmässig
interessirten Mächte.

STAATSARCHIV.

XXXI. Band.



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und Ph. Hirsch.

Einunddreissigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1877.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl. Bd. XXIX. u. vorg.)

1876.	Dec.	11.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn und Russland. Vorkonferenz. Comptendu No. 1. Séance du 11. Décembre 1876 . . .	5936.
"	"	12.	— Vorkonferenz. Comptendu No 2. Séance du 12. Décembre 1876	5937.
"	"	13.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 3. Séance du 13. Décembre 1876	5938.
"	"	14.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 4. Séance du 14. Décembre 1876	5939.
"	"	18.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 5. Séance du 18. Décembre 1876	5941.
"	"	19.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 6. Séance du 19. Décembre 1876	5942.
"	"	20.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 7. Séance du 20. Décembre 1876	5943.
"	"	21.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 8. Séance du 21. Décembre 1876	5944.
"	"	22.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 9. Séance du 22. Décembre 1876	5947.
"	"	23.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Russland und Türkei. Konstantinopeler Konferenz. I ^{er} Protocole. Séance du 6 Zilhidjé 1293 (11/23 Déc. 1876)	5949.
"	"	28.	— Konstantinopeler Konferenz. II ^{ème} Protocole. Séance du 11 Zilhidjé 1293 (16/28. Déc. 1876)	5953.
"	"	30.	— Konstantinopeler Konferenz. III ^{ème} Protocole. Séance du 13 Zilhidjé 1293 (18/30. Déc 1876)	5957.
1877.	Jan.	1.	— Konstantinopeler Konferenz. IV ^{ème} Protocole. Séance du 17 Zilhidjé 1293 (20. Déc. 1876.) (1. Janv. 1877.) .	5959.
"	"	4.	— Konstantinopeler Konferenz. V ^{ème} Protocole. Séance du 19. Zilhidjé 1293 (23. Déc. 1876.) (4. Janv. 1877)	5962.

Bulgarische Gräucl.

1876.	Juli	17.	Türkei. Min. d. Answ. an den kaiserl. Botschafter in London. Ablegnung der Gräuclthaten in Bulgarien	5760.
-------	------	-----	--	-------

1876.	Juli	22.	Grossbritannien. Special-Kommissar in Bulgarien (Mr. Baring) an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Vorläufiger Bericht	5761.
„	Aug.	4.	Türkei. Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Ueberreichung des türkischen Berichts über den bulgarischen Aufstand	5762.
„	„	13.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Theilweise Amnestie für die bulgarischen Insurgenten	5779.
„	„	15.	Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Aeusserungen Fürst Gortschakoffs über Bulgarien und über eine Vermittelung	5782.
„	Sept.	5.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Entrüstung der öffentlichen Meinung Englands gegen die Türkei	5796.
„	„	5.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendung des ausführlichen Berichts von Mr. Baring	5763.
„	„	12.	— Derselbe an denselben. Bestrafung der bulgarischen Gräuelt	5803.
„	„	21.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Verlangt strengste Bestrafung der Gräuelt	5764.
„	„	30.	Türkei. Petition bulgarischer Delegirter an die Königin von England	5838.
„	Oct.	7.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Audienz beim Sultan. Bulgarien	5852.
„	„	16.	— Derselbe an denselben. Bericht über die sogenannten bulgarischen Delegirten	5873.
„	Nov.	24.	— Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury. Die bulgarischen Gräuelt	5926.

Deutscher Reichstag.

1876.	Oct.	30.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung der vierten Session des zweiten deutschen Reichstages am 30. October 1876, verlesen vom Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann	5765
„	Dec.	5.	— Aus der Sitzung des Reichstages vom 5. Dec. 1876. Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Richter betreffs der russischen Grenzzölle durch den Reichskanzler	5766.
„	„	22.	— Thronrede des Kaisers beim Schlusse der Reichtagssession am 22. December 1876	5767.

Egyptische Finanzen.

1876.	März	25.	Grossbritannien. Special-Kommissar Mr. Cave an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über die Finanzlage Egyptens	5755
-------	------	-----	---	------

Orientalische Frage.

1876.	Mai	25.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Die englische Regierung warnt die Pforte, auf keine materielle Unterstützung von ihr zu rechnen	5705
-------	-----	-----	--	------

1876.	Juli	6.	Grossbritannien. Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Uebereinstimmung der Ansichten Oesterreichs und Englands	5770.
"	"	10.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. Die Reichstadter Zusammenkunft	5771.
"	"	17.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Ableugnung der Gräuelthaten in Bulgarien	5760.
"	"	22.	Grossbritannien. Special-Kommissar in Bulgarien (Mr. Baring) an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Vorläufiger Bericht	5761.
"	"	25.	— Konsul in Bosna-Seraï an den königl. Min. d. Ausw. Verhältnisse Bosniens	5772.
"	"	25.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Schwierigkeiten in Folge der Krankheit des Sultans	5773.
"	Aug.	4.	Türkei. Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. Ueberreichung des türkischen Berichts über den bulgarischen Aufstand	5762.
"	"	5.	Grossbritannien. Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Serbien wünscht eine Vermittelung	5774.
"	"	7.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Verbot politischer Discussionen in Konstantinopel	5775.
"	"	8.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Wien. Oesterreich und England halten den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet zur Vermittelung eines Waffenstillstandes	5776.
"	"	9.	Serbien. Min. d. Ausw. (T. Ristits) an den englischen Generalkonsul in Belgrad. Beschwerden über die türkische Kriegsführung	5777.
"	"	12.	Türkei. Officielle Zurückweisung serbischer Beschuldigungen	5778.
"	"	13.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Theilweise Amnestie für die bulgarischen Insurgenten	5779.
"	"	14.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Generalkonsul in Belgrad. England macht eine Vermittelung seinerseits von dem ausdrücklichen Wunsche Serbiens abhängig	5780.
"	"	14.	— Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Stimmung in Serbien	5781.
"	"	15.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Aeusserungen Fürst Gortschakoff's über Bulgarien und über eine Vermittelung	5782.
"	"	17.	Türkei. Proklamation an die Serben	5783.
"	"	19.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Bedingungen eines Friedensschlusses mit Serbien	5784.
"	"	24.	Grossbritannien. Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Officielle Bitte Serbiens um Vermittelung	5785.
"	"	25.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Uebernahme der Vermittelung	5786.
"	"	25.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Erklärungen des Fürsten Gortschakoff	5787.
"	"	26.	— Konsul in Scutari an den königl. Min. d. Ausw. Verstümmelung türkischer Soldaten durch d. Montenegriner	5788.

1876.	Aug. 27.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Anwendung der Genfer Konvention im Kriege mit Serbien und Montenegro	5789.
"	"	30. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Standpunkt der Pforte in der Vermittlungsfrage	5790.
"	"	30. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Montenegro hat sich dem Vermittlungsgesuche angeschlossen	5791.
"	"	31. Türkei. Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Officielle Anzeige der Thronbesteigung Abdul-Hamids	5792.
"	Sept. 1.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Vorschlag eines einmonatlichen Waffenstillstandes	5793.
"	"	3. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte will auf den Waffenstillstand nicht ohne Kenntniss der Friedensbedingungen eingehen	5794.
"	"	4. — Derselbe an denselben. Vertheidigung gegen persönliche Angriffe auf seine Haltung	5795.
"	"	5. — Derselbe an denselben. Uebersendung des ausführlichen Berichts von Mr. Baring	5793.
"	"	5. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Entrüstung der öffentlichen Meinung Englands gegen die Türkei	5796.
"	"	5. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Der neue Sultan und die öffentliche Stimmung in der Türkei	5797.
"	"	6. Serbien. Min. d. Ausw. an den englischen Generalkonsul in Belgrad. Neue Beschwerden über die türkische Kriegführung	5798.
"	"	10. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Türkische Friedensbedingungen	5799.
"	"	10. Türkei. Kaiserlicher Hatt des Sultans Abdul-Hamid	5800.
"	"	11. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Englischer Vermittlungsvorschlag	5801.
"	"	11. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte verweigert definitiv den Waffenstillstand	5802.
"	"	12. — Derselbe an denselben. Bestrafung der bulgarischen Gräucl	5803.
"	"	12. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Graf Andrassy ist gegen Autonomie für Bosnien und die Herzegowina	5804.
"	"	13. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russlands Erklärung über den englischen Vorschlag	5805.
"	"	13. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Unthunlichkeit einer bulgarischen Autonomie	5806.
"	"	14. — Derselbe an denselben. Antwort der Pforte und vorläufige Waffenruhe	5807.
"	"	14. Türkei. Memorandum über die Friedensbedingungen	5808.

1876. Sept. 14.	Serbien. Min. d. Ausw. an den englischen Generalkonsul in Belgrad. Türkische Gräueltaten	5809.
" "	14. Grossbritannien. Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Serbien und Russland	5810.
" "	15. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Erläuterung des Ausdrucks „Autonomie“	5811.
" "	15. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Graf Andrassy	5812.
" "	16. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Mittheilungen des Grafen Schuwaloff	5813.
" "	17. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. Einstellung der Feindseligkeiten auch auf serbischer Seite	5814.
" "	18. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Annahme der Einstellung der Feindseligkeiten als Waffenstillstand	5815.
" "	18. — Derselbe an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russische Erklärungen	5816.
" "	18. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte will sich der Entscheidung der Mächte fügen	5817.
" "	18. Italien. Agent in Montenegro (Signor Durando) an den königl. Min. d. Ausw. (Signor Melegari). Annahme der Waffenruhe seitens Montenegro's	5818.
" "	20. Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Die Pforte widerspricht einer Ausnahmestellung für Bosnien und die Herzegowina	5819.
" "	21. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. Oesterreichs Stellung zu den englischen Vorschlägen	5820.
" "	21. — Derselbe an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Verlangt strengste Bestrafung der Gräueltaten	5764.
" "	21. — Derselbe an denselben. Zurückweisung der türkischen Friedensbedingungen und englische Vorschläge	5821.
" "	22. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. an den k. k. Geschäftsträger in London (Graf Wolkenstein). Zustimmung zu den englischen Vorschlägen	5822.
" "	23. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Missvergütgen unter den Griechen über Privilegien für die Slaven	5823.
" "	23. — Geschäftsträger in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. Deutschland hält die englischen Vorschläge für unzureichend	5824.
" "	24. — Botschafter in Konstantinopel an den kgl. Min. d. Ausw. Der Sultan erklärt seine Bereitwilligkeit zum Frieden	5825.
" "	24. — Derselbe an denselben. Haltung des russischen Geschäftsträgers	5826.
" "	25. — Derselbe an denselben. Bedenken der türkischen Minister gegen die englischen Friedensvorschläge	5827.
" "	26. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Russland schlägt eine eventuelle Occupation und Flottenbewegung vor	5828.

1876.	Sept.	26.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte nimmt Anstoss an dem Ausdruck „Autonomie“	5829.
„	„	26.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Dementi eines angeblichen Vertrages zwischen Russland und Deutschland	5830.
„	„	27.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Türkische Reformpläne	5831.
„	„	27.	— Min. d. Ausw. an den königl. Generalkonsul in Belgrad Unwille darüber, dass Serbien die Waffenruhe nicht verlängern will	5832.
„	„	27.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf die Einwendungen der Pforte gegen die englischen Vorschläge	5833.
„	„	27.	— Derselbe an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Beschwerde über die Unterstützung Serbiens durch russische Freiwillige	5834.
„	„	28.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von Seiten Serbiens	5835.
„	„	29.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bemühungen, die Pforte zum Nachgeben zu bewegen	5836.
„	„	30.	— Derselbe an denselben. Bedenken gegen die Privilegirung einzelner Provinzen	5837.
„	„	30.	Türkei. Petition bulgarischer Delegirter an die Königin von England	5838.
„	„	30.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Ablehnung der Fassung der englischen Vorschläge	5839.
„	Oct.	2.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. England beharrt auf seinen Forderungen	5840.
„	„	2.	— Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. Duc Decazes über die Eventualität einer Occupation	5841.
„	„	3.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Unwille Russlands über das Verhalten der Pforte	5842.
„	„	3.	Russland. Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London. Vorschlag, einen sechswöchentlichen Waffenstillstand zu gebieten	5843.
„	„	4.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Zustimmung zum letzten russischen Vorschlag, Ablehnung der Occupation	5844.
„	„	4.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Protest gegen eine Occupation	5845.
„	„	4.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. General Sumarokoff's Mission	5846.
„	„	4.	— Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Oesterreich lehnt den russischen Occupationsvorschlag ab	5847.
„	„	4.	— Konsul in Ragusa an den königl. Min. des Ausw. Politischer Standpunkt des Fürsten von Montenegro	5848.
„	„	5.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Erneuter Vorschlag eines Waffenstillstandes, auf dessen Abschluss sofort eine Konferenz folgen soll	5849.

1876.	Oct.	5.	Grossbritannien. Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw. Italien will mit England zusammengehen	5850.
"	"	6.	— Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Graf Andrassy's Bedenken hinsichtlich der beabsichtigten Konferenz	5851.
"	"	7.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Audienz beim Sultan. Bulgarien	5852.
"	"	7.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Audienz beim Sultan. Haltung Englands gegenüber der Pforte	5853.
"	"	7.	— Derselbe an denselben. Das Peinliche der Unterredung mit dem Sultan	5854.
"	"	8.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. Widerlegung der österreichischen Bedenken gegen die Konferenz	5855.
"	"	9.	— Derselbe an denselben. Nähere Darlegung der österreichischen Bedenken gegen die Konferenz	5856.
"	"	10.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte willigt in einen fünfmonatlichen Waffenstillstand	5857.
"	"	11.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Vorstellungen wegen der russischen Freiwilligen	5858.
"	"	11.	— Derselbe an denselben. Aufforderung an Russland, die Annahme des Waffenstillstandes in Belgrad zu erwirken	5859.
"	"	12.	— Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw. Die italienische Regierung ist gegen einen langen Waffenstillstand	5860.
"	"	12.	— Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. Aeusserungen des Duc Decazes über die beabsichtigte Konferenz	5861.
"	"	12.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Grundzüge einer Verfassung für die Türkei	5862.
"	"	12.	— Derselbe an denselben. Einwilligung der Pforte in einen sechsmonatlichen Waffenstillstand	5863.
"	"	12.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Der russische Geschäftsträger hat sich gegen einen langen Waffenstillstand ausgesprochen	5864.
"	"	13.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Bedenken der Pforte gegen eine Konferenz	5865.
"	"	13.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Dringt auf Zustimmung Russlands zum türkischen Anerbieten	5866.
"	"	14.	Russland. Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London. Russland erklärt sich officiell gegen einen langen Waffenstillstand	5867.
"	"	14.	Grossbritannien. Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw. Zustimmung Italiens unter Vorbehalt	5868.
"	"	16.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Rom. Die Bedenken Italiens	5869.
"	"	16.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Berlin. Wünscht Deutschlands Einwirkung auf Russland	5870.

1876.	Oct. 16.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. Duc Decazes empfiehlt Nachgiebigkeit gegen Russland in Betreff der Dauer des Waffenstillstandes	5871.
"	" 16.	— Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw. Verhältniss zwischen Italien und Russland	5872.
"	" 16.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über die sogenannten bulgarischen Delegirten	5873.
"	" 17.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Graf Schuwaloff hat Vermittelung einer dritten Macht zwischen den Ansichten Englands und Russlands vorgeschlagen	5874.
"	" 17.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Berlin. Wünscht Aufklärung über die Stellung Deutschlands zur Waffenstillstandsfrage	5875.
"	" 17.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Aufregung in Russland	5876.
"	" 18.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russland beharrt auf seinem Widerspruch	5877.
"	" 19.	— Derselbe an den königl. Botschafter in Berlin. Erklärungen Deutschlands	5878.
"	" 20.	— Derselbe an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. England weist das Verlangen Russlands, einen weiteren Druck auf die Pforte zu üben, zurück	5879.
"	" 20.	— Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. Weitere Aufklärung über die Haltung Deutschlands	5880.
"	" 21.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Türkei stimmt auch einem kürzeren Waffenstillstande zu, wenn seine eventuelle Verlängerung bedungen wird	5881.
"	" 24.	— Derselbe an denselben. Die Absichten Russlands	5882.
"	" 24.	— Derselbe an denselben. Antwort General Ignatieffs auf das türkische Anerbieten hinsichtlich des Waffenstillstandes	5883.
"	" 26.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russische Beschwerden über Sir H. Elliot und Antwort darauf	5884.
"	" 29.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über eine Unterredung mit Fürst Gortschakoff	5885.
"	" 30.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russland verzichtet auf den Ausschluss der Türkei von der Konferenz	5886.
"	" 30.	— Derselbe an denselben. Resumé der bisherigen Verhandlungen	5887.
"	" 30.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Nahes Einverständniss zwischen General Ignatieff und der Pforte über die Dauer des Waffenstillstandes	5888.
"	" 30.	Russland. Note des Journal de St.-Petersbourg. Ultimatum an die Pforte	5889.

1876.	Oct.	31.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über die Verhandlungen General Ignatieff's mit der Pforte	5890.
"	"	31.	Russland. Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Min. d. Ausw. Wortlaut des Ultimatums	5891.
"	Nov.	1.	Türkei. Min. d. Ausw. an den russischen Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf das Ultimatum	5892.
"	"	2.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Zur Geschichte des Ultimatums	5893.
"	"	2.	— Derselbe an denselben. Einstellung der Feindseligkeiten	5894.
"	"	2.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russland wünscht sofortigen Beginn der Vorverhandlungen für die Konferenz	5895.
"	"	2.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Audienz beim Kaiser in Livadia	5896.
"	"	3.	— Derselbe an denselben. Nachtrag zum Bericht über die Audienz	5897.
"	"	3.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Befriedigung über die Erklärungen des Kaisers	5898.
"	"	3.	— Derselbe an denselben. Die Vorbereitung der Konferenz	5899.
"	"	3.	— Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. Duc Decazes über die Konferenz	5900.
"	"	3.	Russland. Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London. Verwahrung gegen Eroberungsgelüste	5901.
"	"	4.	Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Offizielle Feststellung des Berichtes über die Audienz	5902.
"	"	4.	— Min. d. Ausw. an die Vertreter Englands in Paris, Berlin, Wien, St.-Petersburg, Rom und Konstantinopel. Konferenzprogramm	5903.
"	"	5.	— Derselbe an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Verwahrung gegen die russische Drohung, sich von der Konferenz zurückzuziehen, falls es in der Frage der Autonomie in der Minorität bliebe	5904.
"	"	5.	— Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Graf Andrassy ist gegen jede Ausdehnung des Begriffes „Autonomie“	5905.
"	"	5.	— Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Der Kaiser wünscht eine Modifikation des englischen Programms	5906.
"	"	6.	— Derselbe an denselben. Fürst Gortschakow über das englische Programm	5907.
"	"	6.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. Auffassung des Waffenstillstandes von Seiten Deutschlands und Englands	5908.
"	"	7.	— Derselbe an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Graf Schuwaloff hat es übernommen, die russischen Ausstellungen zu beseitigen	5909.
"	"	8.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Einwendungen gegen die Konferenz	5910.
"	"	9.	Grossbritannien. Rede des Premier, Earl of Beaconsfield, beim Lord Mayor's Bankett	5911.

1876.	Nov.	10.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Russland nimmt das englische Programm ohne Modification an	5912.
"	"	10.	Russland. Antwort des Kaisers auf die ihm überreichten Adressen des Adels und der Municipalität von Moskau	5913.
"	"	11.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in London. Widerlegung der türkischen Einwendungen	5914.
"	"	12.	Griechenland. Min. d. Ausw. (M. Contostavlos) an den königl. Gesandten in London (M. Gennadius). Erklärung in der griechischen Kammer	5915.
"	"	13.	Russland. Reichskanzler an die Vertreter Russlands im Auslande. Cirkular, betreffend Mobilmachung eines Theiles der Armee	5916.
"	"	15.	Grossbritannien. Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. Fürst Gort schakoff über Lord Beaconsfield's Bankettrede	5917.
"	"	18.	Russland. Memorandum, betreffend Veröffentlichung des Berichtes von Lord Loftus über die Audienz beim Kaiser	5918.
"	"	18.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Pforte nimmt die Konferenz an .	5919.
"	"	18.	— Derselbe an denselben. Vorschläge General Ignatieff's für die insurgirten Provinzen	5920.
"	"	19.	Russland. Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London. Russische Antwort auf die englische Depesche vom 30. October	5921.
"	"	20.	Türkei. Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Officielle Annahme der Konferenz	5922.
"	"	20.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury. Instruction für die Konferenz	5923.
"	"	21.	— Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. Veröffentlichung des Berichtes über die Audienz in Livadia	5924.
"	"	23.	— Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. Audienz beim deutschen Kaiser	5925.
"	"	24.	— Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury. Die bulgarischen Gräuel	5926.
"	"	29.	— Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Graf Andrassy	5927.
"	"	29.	— Derselbe an denselben. Audienz beim Kaiser von Oesterreich	5928.
"	"	29.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Audienz beim Sultan	5929.
"	"	30.	— Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Signor Melegari	5930.
"	"	30.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Erwiderung auf das russische Circular, betreffend Mobilmachung	5931.
"	Dec.	7.	Grossbritannien. Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. Unterredungen mit General Ignatieff . . .	5932.
"	"	8.	— Derselbe an denselben. Vorschläge des General Ignatieff	5933.
"	"	10.	— Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Die Stimmung in der Türkei	5934.

1876.	Dec.	11.	Grossbritannien. Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. Graf Andrassy ist gegen die Vorschläge Ignatieff's	5935.
"	"	11.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn und Russland. Vorkonferenz. Comptendu No. 1. Séance du 11 Décembre, 1876	5936.
"	"	12.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 2. — Séance du 12 Décembre, 1876	5937.
"	"	13.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 3. Séance du 13 Décembre, 1876	5938.
"	"	14.	— Vorkonferenz. Comptendu No. 4. Séance du 14 Décembre, 1876	5939.
"	"	18.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury. Zustimmung zu dem bisherigen Resultat der Vorbesprechungen	5940.
"	"	18.	Grossmächte. Vorkonferenz. 5 ^e Comptendu. Séance du 18 Décembre, 1876	5941.
"	"	19.	— Vorkonferenz. 6 ^e Comptendu. Séance du 19 Décembre, 1876	5942.
"	"	20.	— Vorkonferenz. 7 ^e Comptendu. Séance du 20 Décembre, 1876	5943.
"	"	21.	— Vorkonferenz. 8 ^e Comptendu. Séance du 21 Décembre, 1876	5944.
"	"	21.	Grossbritannien. Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. Haltung der Pforte gegenüber den Beschlüssen der Vorkonferenz	5945.
"	"	22.	— Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury. England wird die Pforte nicht zur Nachgiebigkeit zwingen, aber auch im Kriegsfall nicht unterstützen	5946.
"	"	22.	Grossmächte. Vorkonferenz. 9 ^e Comptendu. Séance du 22 Décembre, 1876	5947.
"	"	23.	Türkei. Constitution promulguée le 7 Zilhidjé 1293 (11/23 Décembre, 1876)	5948.
"	"	23.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Russland und Türkei. Konstantinopeler Konferenz. I ^{er} Protocole. Séance du 6 Zilhidjé, 1293 (11/23 Décembre, 1876)	5949.
"	"	24.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Danksagung an Lord Derby	5950.
"	"	26.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Brüssel. Haltung Belgiens gegenüber dem Projecte der Verwendung belgischer Truppen	5951.
"	"	26.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Die Bedeutung der Verfassung	5952.
"	"	28.	Konferenzenstaaten. Konstantinopeler Konferenz. II ^{ème} Protocole. Séance du 11 Zilhidjé, 1293 (16/28 Décembre, 1876)	5953.
"	"	29.	Griechenland. Memorandum über die Lage der griechischen Unterthanen der Pforte	5954.
"	"	30.	Grossbritannien. Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. General Ignatieff wünscht eine officielle Sanktion der Beschlüsse der Vorkonferenz	5955.

1876.	Dec.	30.	Großbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Midhat-Pascha . . .	5956.
"	"	30.	Konferenzstaaten. Konstantinopeler Konferenz. III ^{tes} Protocole. Séance du 18 Zilhidjé, 1293 (18/30 Décembre 1876)	5957.
"	"	31.	Großbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendung eines rumänischen Memorandums über die Neutralität Rumäniens . . .	5958.
1877.	Jan.	1.	Konferenzstaaten. Konstantinopeler Konferenz. IV ^{tes} Protocole. Séance du 17 Zilhidjé, 1293 (20 Décembre, 1876, 1 Janvier, 1877)	ROMM
"	"	3.	Großbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. Lord Derby ist gegen Verlegung der Konferenz an einen andern Ort	5960.
"	"	4	— Derselbe an den Marquis of Salisbury und Sir H. Elliot. Mittheilung über eine Unterredung mit dem türkischen Specialgesandten Odian-Effendi.	5961.
"	"	4.	Konferenzstaaten. Konstantinopeler Konferenz. V ^{tes} Protocole. Séance du 19 Zilhidjé 1293 (23. Decembre 1876/4 Janvier 1877)	5962.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. XXX u. vorg.)

1876.	Aug.	17.	Türkei. Proclamation an die Serben	5783.
"	Sept.	10.	— Kaiserlicher Hatt des Sultans Abdul-Hamid	5800.
"	Oct.	30.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung der vierten Session des zweiten deutschen Reichstages am 30. October 1876, verlesen vom Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann	5765.
"	Nov.	9.	Großbritannien. Rede des Premier, Earl of Beaconsfield, beim Lord Mayor's Bankett.	5911.
"	"	10.	Russland. Antwort des Kaisers auf die ihm überreichten Adressen des Adels und der Municipalität von Moskau	5913.
"	"	20.	Italien. Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments am 20. November 1876	5768.
"	Dec.	22.	Deutschland. Thronrede des Kaisers beim Schlusse der Reichtagssession am 22. December 1876	5767.

Türkische Krisis, s.: Orientalische Frage.

II. Inhaltsverzeichnis,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch
geordnet.

Deutschland.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1876.	Dec.	11.	No.	5936.
"	"	12.	"	5937.
"	"	13.	"	5938.
"	"	14.	"	5939.
"	"	18.	"	5941.
"	"	19.	"	5942.
"	"	20.	"	5943.
"	"	21.	"	5944.
"	"	22.	"	5947.
"	"	23.	"	5949.
"	"	28.	"	5953.
"	"	30.	"	5957.
1877.	Jan.	1.	"	5959.
"	"	4.	"	5962.

Deutscher Reichstag:

1876.	Oct.	30.	No.	5765.
"	Dec.	5.	"	5766.
"	"	22.	"	5767.

Orientalische Frage:

1876.	Dec.	11.	No.	5936.
"	"	12.	"	5937.
"	"	13.	"	5938.
"	"	14.	"	5939.
"	"	18.	"	5941.
"	"	19.	"	5942.
"	"	20.	"	5943.
"	"	21.	"	5944.
"	"	22.	"	5947.
"	"	23.	"	5949.
"	"	28.	"	5953.
"	"	30.	"	5957.
1877.	Jan.	1.	"	5959.
"	"	4.	"	5962.

Thronreden, Adressen etc.:

1876.	Oct.	30.	No.	5765.
"	Dec.	22.	"	5767.

Frankreich.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1876.	Dec.	11.	No.	5936.
"	"	12.	"	5937.
"	"	13.	"	5938.
"	"	14.	"	5939.
"	"	18.	"	5941.
"	"	19.	"	5942.
"	"	20.	"	5943.
"	"	21.	"	5944.
"	"	22.	"	5947.
"	"	23.	"	5949.
"	"	28.	"	5953.
"	"	30.	"	5957.
1877.	Jan.	1.	"	5959.
"	"	4.	"	5962.

Orientalische Frage:

1876.	Dec.	11.	No.	5936.
"	"	12.	"	5937.
"	"	13.	"	5938.
"	"	14.	"	5939.
"	"	18.	"	5941.
"	"	19.	"	5942.
"	"	20.	"	5943.
"	"	21.	"	5944.
"	"	22.	"	5947.
"	"	23.	"	5949.
"	"	28.	"	5953.
"	"	30.	"	5957.
1877.	Jan.	1.	"	5959.
"	"	4.	"	5962.

Griechenland.**Orientalische Frage:**

1876. Nov. 12. No. 5915.

„ Dec. 29. „ 5954.

Grossbritannien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1876. Dec. 11. No. 5936.

„ „ 12. „ 5937.

„ „ 13. „ 5938.

„ „ 14. „ 5939.

„ „ 18. „ 5941.

„ „ 19. „ 5942.

„ „ 20. „ 5943.

„ „ 21. „ 5944.

„ „ 22. „ 5947.

„ „ 23. „ 5949.

„ „ 28. „ 5953.

„ „ 30. „ 5957.

1877. Jan. 1. „ 5959.

„ „ 4. „ 5962.

Bulgarische Gräuel:

1876. Juli 22. No. 5761.

„ Aug. 15. „ 5782.

„ Sept. 5. „ 5796.

„ „ 5. „ 5763.

„ „ 12. „ 5803.

„ „ 21. „ 5764.

„ Oct. 7. „ 5852.

„ „ 16. „ 5873.

„ Nov. 24. „ 5926.

Egyptische Finanzen:

1876. März 25. No. 5759.

Orientalische Frage:

1876. Mai 25. No. 5769.

„ Juli 6. „ 5770.

„ „ 10. „ 5771.

„ „ 22. „ 5761.

„ „ 25. „ 5772.

„ Aug. 5. „ 5774.

„ „ 7. „ 5775.

„ „ 8. „ 5776.

„ „ 14. „ 5780.

„ „ 14. „ 5781.

„ „ 15. „ 5782.

„ „ 24. „ 5785.

„ „ 25. „ 5786.

„ „ 25. „ 5787.

„ „ 26. „ 5788.

1876.	Aug.	30.	No. 5790.
„	„	30.	„ 5791.
„	Sept.	1.	„ 5793.
„	„	3.	„ 5794.
„	„	4.	„ 5795.
„	„	5.	„ 5763.
„	„	5.	„ 5796.
„	„	5.	„ 5797.
„	„	10.	„ 5799.
„	„	11.	„ 5801.
„	„	11.	„ 5802.
„	„	12.	„ 5803.
„	„	12.	„ 5804.
„	„	13.	„ 5805.
„	„	13.	„ 5806.
„	„	14.	„ 5807.
„	„	14.	„ 5810.
„	„	15.	„ 5811.
„	„	15.	„ 5812.
„	„	16.	„ 5813.
„	„	17.	„ 5814.
„	„	18.	„ 5815.
„	„	18.	„ 5816.
„	„	18.	„ 5817.
„	„	21.	„ 5820.
„	„	21.	„ 5764.
„	„	21.	„ 5821.
„	„	23.	„ 5823.
„	„	23.	„ 5824.
„	„	24.	„ 5825.
„	„	24.	„ 5826.
„	„	25.	„ 5827.
„	„	26.	„ 5828.
„	„	26.	„ 5829.
„	„	26.	„ 5830.
„	„	27.	„ 5831.
„	„	27.	„ 5832.
„	„	27.	„ 5833.
„	„	27.	„ 5834.
„	„	29.	„ 5836.
„	„	30.	„ 5837.
„	Oct.	2.	„ 5840.
„	„	2.	„ 5841.
„	„	3.	„ 5842.
„	„	4.	„ 5844.
„	„	4.	„ 5846.
„	„	4.	„ 5847.
„	„	4.	„ 5848.
„	„	5.	„ 5849.
„	„	5.	„ 5850.
„	„	6.	„ 5851.
„	„	7.	„ 5852.

1876.	Oct.	7.	No. 5853.
"	"	7.	" 5854.
"	"	8.	" 5855.
"	"	9.	" 5856.
"	"	10.	" 5857.
"	"	11.	" 5858.
"	"	11.	" 5859.
"	"	12.	" 5860.
"	"	12.	" 5861.
"	"	12.	" 5864.
"	"	13.	" 5866.
"	"	14.	" 5868.
"	"	16.	" 5869.
"	"	16.	" 5870.
"	"	16.	" 5871.
"	"	16.	" 5872.
"	"	16.	" 5873.
"	"	17.	" 5874.
"	"	17.	" 5875.
"	"	17.	" 5876.
"	"	18.	" 5877.
"	"	19.	" 5878.
"	"	20.	" 5879.
"	"	20.	" 5880.
"	"	21.	" 5881.
"	"	24.	" 5882.
"	"	24.	" 5883.
"	"	26.	" 5884.
"	"	29.	" 5885.
"	"	30.	" 5886.
"	"	30.	" 5887.
"	"	30.	" 5888.
"	"	31.	" 5890.
"	Nov.	2.	" 5893.
"	"	2.	" 5894.
"	"	2.	" 5895.
"	"	2.	" 5896.
"	"	3.	" 5897.
"	"	3.	" 5898.
"	"	3.	" 5899.
"	"	3.	" 5900.
"	"	4.	" 5902.
"	"	4.	" 5903.
"	"	5.	" 5904.
"	"	5.	" 5905.
"	"	5.	" 5906.
"	"	6.	" 5907.
"	"	6.	" 5908.
"	"	7.	" 5909.
"	"	9.	" 5911.
"	"	10.	" 5912.
"	"	11.	" 5914.

1876.	Nov.	12.	No. 5915.
"	"	15.	" 5917.
"	"	18.	" 5919.
"	"	18.	" 5920.
"	"	20.	" 5923.
"	"	21.	" 5924.
"	"	23.	" 5925.
"	"	24.	" 5926.
"	"	29.	" 5927.
"	"	29.	" 5928.
"	"	29.	" 5929.
"	"	30.	" 5930.
"	Dec.	7.	" 5932.
"	"	8.	" 5933.
"	"	10.	" 5934.
"	"	11.	" 5935.
"	"	11.	" 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5940.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.
"	"	20.	" 5943.
"	"	21.	" 5944.
"	"	21.	" 5945.
"	"	22.	" 5946.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	26.	" 5951.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5955.
"	"	30.	" 5956.
"	"	30.	" 5957.
"	"	31.	" 5958.
1877.	Jan.	1.	" 5959.
"	"	3.	" 5960.
"	"	4.	" 5961.
"	"	4.	" 5962.

Thronreden, Adressen etc.:

1876.	Nov.	9.	No. 5911.
-------	------	----	-----------

Italien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1876.	Dec.	11.	No. 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.
"	"	20.	" 5943.

1876.	Dec.	21.	No. 5944.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5957.
"	Jan.	1.	" 5959.
"	"	4.	" 5962.

Thronreden, Adressen etc.:

1876.	Nov.	20.	No. 5768.
-------	------	-----	-----------

Orientalische Frage:

1876.	Sept.	18.	No. 5818.
"	Dec.	11.	" 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.
"	"	20.	" 5943.
"	"	21.	" 5944.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5957.
1877.	Jan.	1.	" 5959.
"	"	4.	" 5962.

Oesterreich-Ungarn.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1876.	Dec.	11.	No. 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.
"	"	20.	" 5943.
"	"	21.	" 5944.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5957.
1877.	Jan.	1.	" 5959.
"	"	4.	" 5962.

Orientalische Frage:

1876.	Sept.	22.	No. 5822.
"	Dec.	11.	" 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.

1876.	Dec.	20.	No. 5943.
"	"	21.	" 5944.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5957.
1877.	Jan.	1.	" 5959.
"	"	4.	" 5962.

Russland.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1876.	Dec.	11.	No. 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.
"	"	20.	" 5943.
"	"	21.	" 5944.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5957.
1877.	Jan.	1.	" 5959.
"	"	4.	" 5962.

Orientalische Frage:

1876.	Oct.	3.	No. 5843.
"	"	14.	" 5867.
"	"	30.	" 5889.
"	"	31.	" 5891.
"	Nov.	3.	" 5901.
"	"	10.	" 5913.
"	"	13.	" 5916.
"	"	18.	" 5918.
"	"	19.	" 5921.
"	Dec.	11.	" 5936.
"	"	12.	" 5937.
"	"	13.	" 5938.
"	"	14.	" 5939.
"	"	18.	" 5941.
"	"	19.	" 5942.
"	"	20.	" 5943.
"	"	21.	" 5944.
"	"	22.	" 5947.
"	"	23.	" 5949.
"	"	28.	" 5953.
"	"	30.	" 5957.
1877.	Jan.	1.	" 5959.
"	"	4.	" 5962.

Thronreden, Adressen etc.:

1876.	Nov.	10.	No. 5913.
-------	------	-----	-----------

Serbien.**Orientalische Frage:**

1876. Aug. 9. No. 5777.
 „ Sept. 6. „ 5798.
 „ „ 14. „ 5809.

Türkei.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1876. Dec. 23. No. 5949.
 „ „ 23. „ 5953.
 „ „ 30 „ 5957.
 1877. Jan. 1. „ 5959.
 „ „ 4. „ 5962.

Bulgarische Gräuel:

1876. Juli 17. No. 5760.
 „ Aug. 4. „ 5762.
 „ „ 13. „ 5779.
 „ Sept. 30. „ 5838.

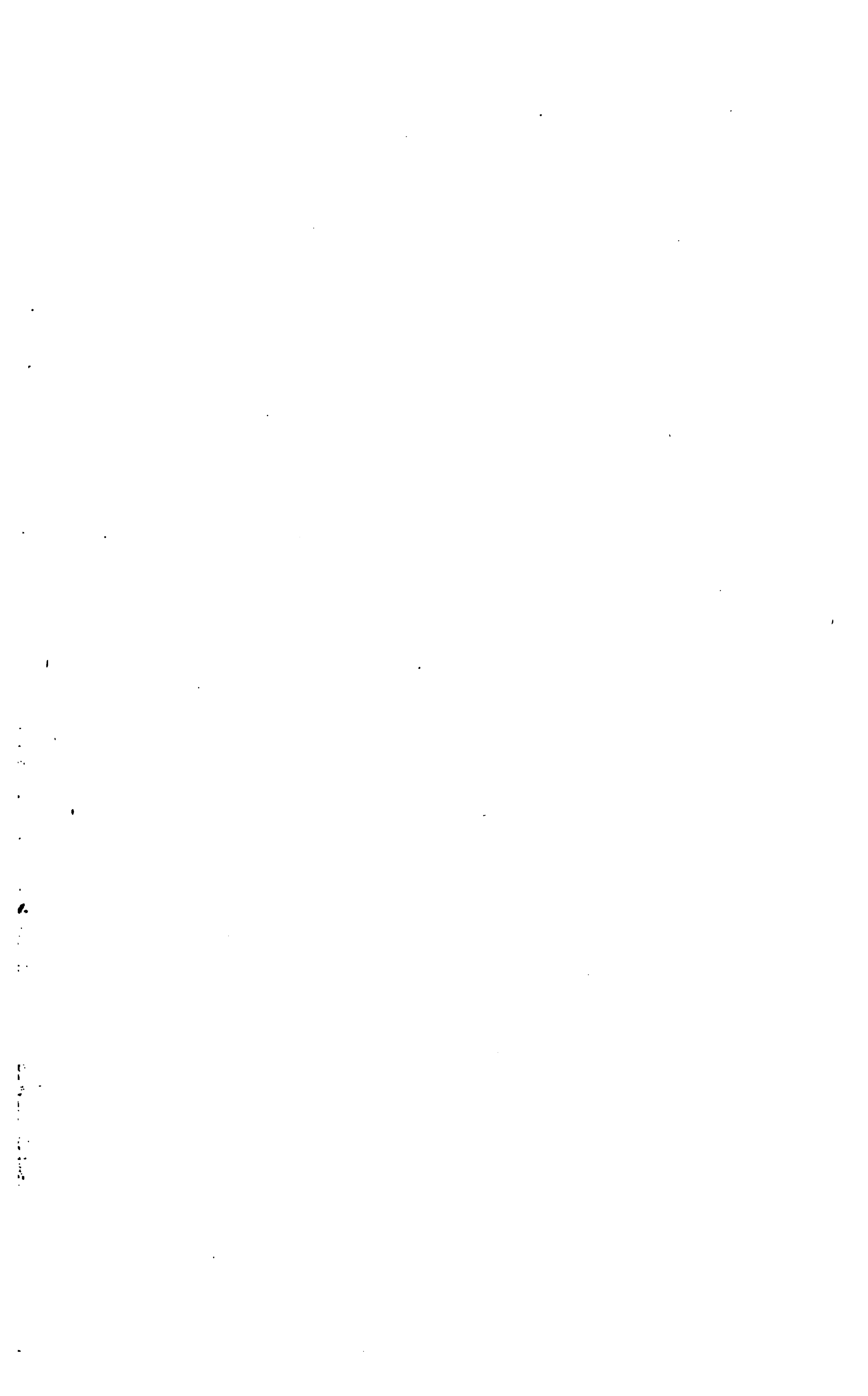
Orientalische Frage:

1876. Juli 17. No. 5760.
 „ Aug. 4. „ 5762.
 „ „ 12. „ 5778.
 „ „ 13. „ 5779.
 „ „ 17. „ 5783.
 „ „ 19. „ 5784.

1876. Aug. 27. No. 5789.
 „ „ 31. „ 5792.
 „ Sept. 10. „ 5800.
 „ „ 14. „ 5808.
 „ „ 20. „ 5819.
 „ „ 28. „ 5835.
 „ „ 30. „ 5838.
 „ „ 30. „ 5839.
 „ Oct. 4. „ 5845.
 „ „ 12. „ 5862.
 „ „ 12. „ 5863.
 „ „ 13. „ 5865.
 „ Nov. 1. „ 5892.
 „ „ 8. „ 5910.
 „ „ 20. „ 5922.
 „ „ 30. „ 5931.
 „ Dec. 23. „ 5948.
 „ „ 23. „ 5949.
 „ „ 24. „ 5950.
 „ „ 26. „ 5952.
 „ „ 28. „ 5953.
 „ „ 30. „ 5957.
 1877. Jan. 1. „ 5959.
 „ „ 4. „ 5962.

Thronreden, Adressen etc.:

1876. Aug. 17. No. 5783.
 „ Sept. 10. „ 5800.



Egyptische Finanzen.

Nr. 5759.

GROSSBRITANNIEN. — Spezial-Kommissar Mr. Cave an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Finanzlage Egyptens.

London, March 23, 1876.

My Lord, — On the 19th of February Colonel Stokes and I, together with the staff of the Special Mission, had an audience of the Khedive for the purpose of taking leave of him. || At the conclusion of this interview His Highness warmly expressed his acknowledgments to Her Majesty's Government for the interest they had evinced in the welfare of Egypt, and requested me to convey to them his hope that they would always hold similar sentiments towards him, which he on his part should always cherish towards England. || His Highness then proceeded to acquaint us with an error he had recently discovered in his calculations affecting the land tax. He found, that the revenue would on this account, at the end of ten years, be more seriously diminished than he had anticipated, so that the Epyptian Treasury would lose in 1886 2,500,000*l.* || This alteration of amount has been duly taken into consideration in the Tables accompanying my Report on the financial condition of Egypt, which I have now the honour to inclose. || It only remains for me to state that Colonel Stokes and Mr. Taylor, who, as your Lordship is aware, remained in Egypt for a short time after my departure, rejoined me in Paris, where I also met Mr. Rivers Wilson, to whom in the course of our conferences I communicated the substance of my Report. || We arrived in London on the 9th of March; and as my task is now completed, it is only right that I should acknowledge, which I do most cordially, the constant and valuable co-operation of Colonel Stokes, who has assisted me in framing my Report, and that I should also state to your Lordship that I had every reason to be satisfied with the staff of the Mission. || I found Mr. Buckley of the Foreign Office, Mr. White of the War Office and Mr. Aucher Taylor of the Foreign Office, zealous assistants, both in my calculations and inquiries, and always ready to advance the objects of the Mission by every means in their power. || I have, &c.

Stephen Cave.

Nr. 5759.
Gross-
britannion.
23. März 1876.

The critical state of the finances of Egypt is due to the combination of two opposite causes. || Egypt may be said to be in a transition state, and she suffers from the defects of the system out of which she is passing, as well as from those of the system into which she is attempting to enter. She suffers from the ignorance, dishonesty, waste and extravagance of the East, such as have brought her Suzerain to the verge of ruin, and at the same time from the vast expense caused by hasty and inconsiderate endeavours to adopt the civilization of the West. || Immense sums are expended on unproductive works after the manner of the East, and on productive works carried out in the wrong way, or too soon. This last is a fault which Egypt shares with other new countries (for she may be considered a new country in this respect) a fault which has seriously embarrassed both the United States and Canada; but probably nothing in Egypt has ever approached the profligate expenditure which characterized the commencement of the Railway system in England. || The Khedive has evidently attempted to carry out with a limited revenue in the course of a few years works which ought to be spread over a far longer period, and which would tax the resources of much richer exchequers. || We were informed, that one of the causes which operates most against the honesty and efficiency of native officers is the precarious tenure of office. From the Pashas downwards every office is a tenancy at will, and experience shows that while dishonesty goes wholly or partially unpunished, independence of thought and action, resolution to do one's duty and to resist the peculation and neglect which pervade every department, give rise to intrigues which, sooner or later, bring about the downfall of honest officials; consequently those who begin with a desire to do their duty give way before the obstructiveness which paralyzes every effort. || The public servant of Egypt, like the Roman Proconsul, too often tries to make as much as he can out of his office while it lasts, and the scandal takes place, of the retirement in a few years with a large fortune of men whose salary is perhaps 40*l.* a month, and who have plundered the Treasury on the one hand, and the peasant on the other. || The European employés of the Khedive take care, naturally, that their position should be defined and secured. This gives them freedom of thought, speech and action which has been in many cases most valuable to Egypt. Mr. Acton, sent out from the English Board of Trade, is a most useful member of this class. If men of such character and position were appointed to higher offices in the Civil Service, they would, as we believe, bring about most excellent results. They would be checks upon the adventurers who have preyed upon Egypt; and they would take care, that the adviser upon public works should be in every case distinct from the person who benefits by their construction. The actual terms of the contracts require the scrutiny of men of integrity and capacity. It is admitted by contractors themselves that they charge far more than the fair amount for their work

because the conditions of the contracts are so unnecessarily and absurdly onerous that they are compelled to make extra charges to protect themselves against possible loss, so that, one way or another, Egypt is the loser. An official of high rank said to us, that the great want in Egypt is a body of high-class Europeans, not those who compete with each other to make money, and put pressure upon the Khedive, but men like our Indian officials, who have done so much to raise the tone of the native races. ¶ The principal source of the revenue and of the wealth of Egypt is the land. Agriculture here is almost independent of seasons; but it is dependent upon widely extended, laborious and costly systems of irrigation. Where these are wanting, the land quickly relapses into desert. Where these are supplied, as in Upper-Egypt by the Bahr-Yussuf and the Bahr-Ibrahim, and more to the east by the Sweet-water Canal to Ismailia and Suez, whole tracts of land are brought into cultivation. It is necessary, therefore, that irrigation should be carried on completely and economically, that drainage should accompany it for the purpose of washing the salt out of the subsoil, and that the distribution of water should be carried on justly and regularly. On all these points much improvement is needed. Still the productive power of the land has immensely increased during the administration of the present Ruler, as will be more particularly described hereafter. ¶ The tenure of land varies. All land theoretically belongs to the State, as in feudal times in Europe, and similarly large estates were parcelled among the conquering races, and charged only with a fixed quit-rent called the *dîme* or *ouchour*. . . The remainder of the land is held from the State by communities or individuals on payment of a tax called *karadj*, which is really a rent, and which was variable, and might at any time be augmented at the will of the Government. This land could not originally be leased, alienated, or devised, but relapsed to the State at each termination of ownership. More liberal and humane laws have been enacted by the present Ruler, and the land passes as easily as copyhold in England. Where land belongs to communities, the Sheykh distributes it to families for a year only, which is a great obstacle to industry. Nubar-Pasha informed us, that he let some land for rent in the ordinary way. Some he worked with labourers for hire; some in a sort of partnership with the labourers, who paid him a certain portion of the produce, he finding seed, implement, &c. ¶ Labourers for hire are difficult to be obtained in many places. Almost every man has a small parcel of land to cultivate; consequently contractors agree to take a piece of work for so much, and to bring a certain number of hands from various places. They make their terms with the landowner, who knows no one but the contractor, and it often occurs that the latter, though well and punctually paid, starves and defrauds the labourers in his gang, and great misery and oppression take place, whether the gangs so brought together are of the better sort, who feed themselves and earn, say, 5 piastres a day, most irregularly paid, or whether they are the poorest Fellaheen, obtained by help

Nr. 3750.
Gross-
britannien.
23. März 1876.

Nr. 5759. of the Mudir or Head-man of a district, who are paid nothing, but work from
 Gross- sunrise to sunset for their bare food, and run away at every opportunity.
 britannien.
 23. März 1876. This uncertainty, whether as to labour and taxes by the proprietary or as to
 pay and position by the peasantry, lowers the value of land to such a degree
 that we were informed that good land in the Delta might be bought for five
 years purchase. Some time ago the Khedive established a "Crédit Foncier",
 or land bank, for the purpose of lending money to the peasantry at moderate
 rates, and lost a large sum of money by it. His motives were doubtless
 good; but he evidently began at the wrong end, and tried to palliate the evils
 of a system he ought to have reformed. There have been projects lately on
 foot for the introduction of Chinese into Egypt, and proposals have been
 made to the Khedive to send people to China to organize a system of emi-
 gration; but he objects, that the introduction of Chinese will be very expen-
 sive, and that there will be much trouble in enforcing their contracts. If
 they come of their own accord, he will be glad to employ them and to settle
 them on unoccupied land. We were informed, that all the labourers employed
 in the sugar-factories were paid regular money wages, and that the soldiers
 who are settled in military colonies or encamped near the sugar-estates are
 paid about 1s. a day, or by the task, besides their military pay; and as they
 work under their officers, it is said that twenty-five do as much work as
 sixty ordinary labourers. Besides these there are undoubtedly *corvées* and
 people working out the land tax paid for them by the Khedive. || The Daira-
 Samieh, or private estate of the Khedive, consists of some 350,000 feddans*)
 of good land, chiefly in Upper-Egypt, besides 100,000 feddans of poor land
 not under cultivation. Of the former he lets about half and keeps about
 half in hand. The net revenue of the whole is estimated at 422,000*l.* in
 round figures. About 15,000 acres of what the Khedive keeps in hand are
 planted in cotton, and 120,000 in what is called winter cultivation, *i. e.* corn
 and vegetables of various kinds. But the most important industry is the
 cultivation of the sugar-cane and the manufacture of sugar: 40,000 acres are
 planted with canes, and there are 12 large factories with most elaborate
 machinery at work. || The fault here, as in so many other instances, has been
 that this industry has been established without due consideration. Very large
 factories were built before the land was ready to supply them. They have
 not been placed in the middle of the estates, but near the main railway;
 consequently the canes have to be brought many miles by locomotives to the
 factories, involving a large consumption of coal, and making supervision more
 difficult. Some factories, full of costly machinery, have been abandoned, others
 left unfinished with the machinery already on the spot; steam machinery for
 irrigation has been erected and never used. || The manufacturing accounts can
 be accurately kept. Those for cultivation are complicated by *corvées* and

*) The feddan nearly corresponds to the English acre.

military labour, and labour in payment of debts. We have heard the cost of cultivation, including the cutting of the canes, estimated at 5*l.* per acre. The sugar-estates, we feel convinced, bring in a return beyond their working expenses, and this will increase year by year as the cultivation improves, as more land is brought under canes, and the full power of the machinery brought into play. Much economy has already been effected by the utilization of the refuse of the factories for manure, and by the better management of the megass, or cane-stalks, which now almost wholly replace coal, both in driving the machinery and evaporating the sugar. It would therefore be unadvisable that these estates should be given up. But the original faults can hardly be remedied, and it seems impossible that there should ever be an adequate return for the capital, especially as so much was provided by loans at a high rate of interest. || It is therefore with great apprehension that we hear of the capital account of the Daira being still open, and of vast schemes of irrigation costing millions being under consideration. || We were informed before leaving England that Egyptian sugar had been sold in London for less than cost price. This might have been owing to a faulty system by which merchants were favoured at the expense of the grower, or pressing debts discharged in sugar at prices below the market value, or to buyers who had combined to make a monopoly, having been obliged to realize at a loss. A deceptive mode of sampling had also given a bad name to Egyptian produce. A very much better system now prevails and will soon produce good effects. The sampling is honestly and carefully performed; the sugar is sold at public sales, and a genuine competition is commencing, so that Egyptian sugar, which is of excellent quality, may be expected to give better returns. A fact has been mentioned to us by a high authority here, in confirmation of his opinion that sugar does not pay and ought to be given up, namely, that French refined sugar in Alexandria competes with native sugar, notwithstanding an 8 per cent. duty. But this has been explained by practical people in two ways. First, there is no refined, *i. e.* loaf sugar, sent to Alexandria for sale as a regular system (not more than 2,000 tons are made at present altogether, namely at Minieh); the highest of the three qualities made for the market is white crystallized sugar. Secondly, the bounty in form of drawback given by the French Government enables French sugar in Egypt, as in England, to compete unfairly with other sugar, though with regard to Egypt there is this excuse — that Egyptian sugar is protected by a Customs duty unbalanced by an excise on native produce. || It has been said, that the public accounts, as well as those of the Daira-Samieh, have been made with a view to deceive. It seems possible that an intricate statement may be preferred for the purpose of retaining power in the hands of the Finance Minister, in whose office no European is at present employed, or even allowed to enter. But we can hardly imagine that a designedly fictitious statement would be published year after year, and yet that it should be proposed that

Mr. 5759.
Gross-
britannien.
29. März 1876.

an inspection of accounts should take place by an experienced financier to remain here for at least five years, with access to all the records. ¶ That the accounts are kept in a slovenly imperfect manner is evident on the face of them. Take for instance the Budget for 1876, and the "Compte Rendu" for 1875, which contain items jumbled together in a most extraordinary way, such as a railway in Soudan and a canal in Egypt in one sum. If we examine the accounts of the Customs, which are under the Finance Minister, we shall find no complete official table of the imports and exports of each Custom-house in Egypt, specifying the kind, the quantity, the value, the place from whence they come, or their destination. Moreover, the returns of quantity are made on no principle whatever, being sometimes according to weight, sometimes according to number, size of parcel, so many pairs, &c., and the periods are sometimes according to the Coptic, sometimes according to the Gregorian calendar, which, it is scarcely necessary to say, do not correspond. ¶ Table No. 8 in the Appendix may serve to show how much reform is required in this branch of the service, upon which so important an amount of revenue depends. ¶ According to a calculation made from the imperfect data accessible to the public, it has been estimated by a high independent authority, that the receipts from the Custom-house of Alexandria alone for the year 1872 ought to have amounted to 558,727*l.*, whereas the return of receipts from all the ports reached only 541,215*l.*, or 17,510*l.* less than it ought to have been from Alexandria alone. ¶ Again, the receipts and expenses of railways for the year 1874—75 (1591 Coptic) give the receipts at the different stations with great minuteness, even to an entry of 4 piastres. But the salaries and wages, amounting to 195,297*l.*, are comprised in one sum, with no particulars of the payments to any particular class, nor even of the number of officials or servants employed; the same may be said of a single entry of 137,010*l.* for repairs of engines and carriages. It is therefore easily to be understood that the receipts of the railways are generally supposed to be one-fifth lower than they ought to be under efficient management. ¶ It may be mentioned here, that all construction of new railways, except that of the Soudan, is suspended, and that this, which is called Nubar's line, is confined to the portion of the Nile between Wady-Halfa and Hannek, about 200 miles; to cost, fully equipped, with machinery already on the spot, 7,000*l.* per mile. The remainder of Fowler's original line, 350 miles from Hannek to Shendy, across a very difficult country, has been given up. The cataracts on this upper part of the Nile can be navigated during nine months in the year; but those on the line which is in course of construction are almost always impassable. ¶ The Soudan is, we are informed, a rich, populous country, growing much corn. After paying the expenses of Darfour and the expedition to the great lakes, it contributes to the Treasury, according to the public accounts, a net revenue of 150,000*l.* ¶ The occupation of Darfour and the expedition to the equatorial lakes are not, commercially speaking, successful. The Khedive

has engaged to some extent in these enterprises for the sake of the suppression of the Slave Trade, and the Abyssinian war was almost forced upon him. It is probable, that he will retire as soon as possible from Abyssinia and the Equator. Extension of territory and of trade may have attractions for the Khedive; but he is not dazzled by the barren glory of war. || According to the documents handed to us by the Khedive, and to information furnished verbally by His Highness, and tested by such means as were in our power, the present position of the Egyptian finances is as follows: — || The revenue of Egypt has increased from 55,000*l.* a year in 1804, 3,300,000*l.* in 1830, and 4,937,405*l.* in 1864, the second year of the Khedive's administration, to 7,377,912*l.* in 1871, the year previous to the changes caused by the law of Moukabala. Under this law all landowners could redeem one half of the land-tax to which they were liable by the payment of six years' tax, either in advance in one sum or in instalments. Those who paid down this contribution in one sum received an immediate reduction of their tax; those who elected to make the payment in instalments receive a discount of $8\frac{1}{2}$ per cent. on their advance, and the reduction only takes place on the completion of their contribution. || The extreme term for the entire redemption of each contributor's tax was at first fixed for six years; but as the law was either not properly understood, or the small owners were unable to make so heavy a payment annually, as their land-tax plus its amount minus $8\frac{1}{2}$ per cent., the term was extended from six to twelve years, two years after the first promulgation of the law, so that it now has ten more years to run, during which the contributing land owner has to pay land-tax plus one half the tax ($\frac{1}{12}$) and minus $8\frac{1}{2}$ per cent. of the same. || The annexed Table (4) shows the operation of the system since its institution, and the amount of income to be derived from it during the next ten years, to the end of 1885. || It is most advantageous to the landowner who can afford the present sacrifice, as in addition to the advantage of securing in perpetuity the redemption of half his tax by a payment of five and a half times its present amount, to which it is reduced by the discount allowed ($\frac{8\frac{1}{2}}{100} \cdot \frac{1}{2} \times 12 = \frac{1}{2}$), he secures an indefeasible title to his land, the tenure of which is at present of an uncertain character. || To the State the arrangement is a ruinous one from a fiscal point of view, as the Khedive has bound himself in the most solemn manner not to re-impose the redeemed moiety of the tax in any shape whatever, and he has thus sacrificed for all time 50 per cent. of revenue from this source in order to realize eleven times the annual amount remitted during a period of twelve years. The original intention of the law was to realize at once, or in a few years, sufficient capital to pay off the floating debt; but by extending its operation the sum raised annually has only sufficed to pay the interest on it. || The revenue now produces annually 10,689,070*l.*; but of this amount the Moukabala, 1,531,118*l.*, is terminable, and will drop out of the account in

Nr. 5759.
Gross-
britannien.
23. März 1876.

Nr. 5759. Gross-
britannien.
23. März 1876.

ten years, *i.e.* in 1886, whilst at the same time the land tax will fall from 4,305,131*l.* to 2,634,824*l.* || The normal expenditure amounts to 9,080,681*l.*, of which 5,036,675*l.* is devoted to paying interest and sinking funds of the various State loans, of which an account will presently be given. || The private loans of the Khedive are not chargeable to the State, except in two instances, namely the Moustapha-Pasha Loan of 1867 and the Anglo-Egyptian Daira Loan of 1865. These loans and a portion of the Daira floating debt, amounting to 3,000,000*l.*, have been taken over by the State for value received. || The revenue has certain elements of elasticity in it; but these are not likely to be very active in operation. || The principal of these is the Land-Tax, which, after its reduction under the operation of the Moukabala-Law, will probably grow with the increasing area of cultivation, an increase likely to receive an impulse from the reduction of the tax. At present 4,805,107 feddans pay tax as under cultivation, which, compared with the 4,051,976 feddans cultivated in Said-Pasha's time, show an increase of 18½ per cent. during the present Government. 352,350 feddans have also been brought under cultivation and will shortly be assessed for taxation. — As this will be effected gradually no immediate increase of revenue will take place; but an addition of 180,000*l.* a year from this source may be expected in the course of the next five years. || A further area of 267,650 feddans will become liable to taxation after it has been surveyed, from which an additional 140,000*l.* a year may be expected. || These two additions to the cultivated area amount to 620,000 feddans, or 15 per cent. of the land under cultivation at the Khedive's accession, making therefore in all an addition of 33½ per cent. during his rule of thirteen years. || There are still 1,098,000 feddans of cultivable ground, which have been registered, but not yet cultivated. || The net revenues of the railways have increased from 750,000*l.* a year in 1873, to 990,800*l.* in 1875; but this rate of increase cannot be entirely relied upon, as more of the gross receipts will necessarily be required for maintenance and renewal as the permanent way becomes worn, and deficient crops would cause diminished traffic. Still, even after making these allowances, an honest and intelligent administration of the railways would probably produce a larger revenue.

	Miles.
The extent of railways in 1873 was	1,110
Were added in 1874-5	100
	1,210.

These lines have been constructed at an average cost of about 11,000*l.* per mile. Other lines have been projected; but the only important one actually in the course of formation is that in the Soudan. This is not the original Soudan line, but, as explained above, a section of it only, required to pass the worst cataracts. || The Customs duties may also be expected to improve. There has been a steady and gradual increase of the exports of

cotton, which have risen from 1,253,593 quintals in 1867 to 2,615,120 quintals in 1874. || In the thirteen years of Ismail-Pasha's rule, the quantity of cotton exported has been 3·6 times that of the exportation of the preceding thirteen years, or an increase of 257 per cent. The fall in price has caused disappointment, and may check production, it being now doubted whether corn does not pay better. At the same time improved machinery enables cotton to be more effectually separated from the seed, from which oil and cake are now largely made. || In the general returns of exports and imports there is also a marked improvement. || The total value of imports from 1863 to 1875 amounts to 61,939,736*l.*, against, from 1850 to 1862, 29,641,155*l.*, showing an advance of 100 per cent. in thirteen years. || Exports have quadrupled during the same period, having increased in value from 36,339,543*l.* to 145,939,736*l.* || During the thirteen years the growth of the population of Egypt has been considerable, the births having exceeded the deaths by 636,809. || Education has been carefully attended to, the number of schools established on an European model having increased from 185 in 1862 to 4,817 in 1875. || In the latter year there were 4,817 schools, with 6,048 masters and 140,977 pupils, being an augmentation on the previous year of 1,072 schools, 1615 masters and 27,722 pupils. || The quality of the education given necessarily varies; but it has on the whole decidedly improved, and is in some cases of a very superior character. || These statistics show, that the country has made great progress in every way under its present ruler; but, notwithstanding that progress, its present financial position is, for the reasons that have been already stated, very critical. Still the expenditure, though heavy, would not of itself have produced the present crisis, which may be attributed almost entirely to the ruinous conditions of loans raised for pressing requirements, due in some cases to causes over which the Khedive had little control. || The loans have been raised as follows: — || In 1862 Said-Pasha contracted the first loan. The nominal amount was 3,292,800*l.*, repayable in thirty years; the interest 7 per cent., and the sinking fund 1 per cent. We have no particulars of the amount really received on this loan. || In 1864 the first of the present Viceroy's loans was contracted. The nominal amount was 5,704,200*l.*, of which, however, only 4,864,063*l.* was received. The interest and sinking fund on the nominal amount were respectively 7 and 3·87 per cent.; but on the amount received they were 8·2 and 4·5, or, together, 12·7 per cent., instead of 10·87 per cent. on the nominal value. This loan was redeemable in fifteen years, and will, therefore, be paid off in 1879. || The Loan of 1868 was not made redeemable till 1898; its nominal amount was for 11,890,000, of which only 7,193,334*l.* was received. The apparent interest and sinking fund of 7 and 1 per cent. became therefore 11·56 and 1·68 per cent., or, together, 13¼ per cent. || In 1873 a further loan was contracted for a nominal amount of 32,000,000*l.*, at 7 per cent. interest and 1 per cent. sinking fund; but as only 20,062,658*l.* was even nominally received, these figures became 11·0 and

Nr. 5759.
Gross-
britannion.
23. März 1876.

No. 5239. **1·62 per cent., and the charge, 12·62 per cent.; but of this 20,062,658*l.*, at least 9,000,000*l.* were paid into the Treasury in bonds of the floating debt taken at 93 per cent. The Treasury may therefore be held to have received 20,740,077*l.*, and the annual charge amounts to only 12·3 per cent. on this sum. ¶ A loan was raised for the construction of railways in 1866. Its nominal amount was 3,000,000*l.*, at 7 per cent. The amount received by the State was 2,640,000*l.*, which raised the interest to 8 per cent. The full amount of 3,000,000*l.* was repaid by six annual instalments of 500,000*l.* each, from 1st January, 1869, to 1st January, 1874, a rate equivalent to a sinking fund of 18·9 per cent., so that during six years this loan entailed on the State an average charge equal to 26·9 per cent. of the amount realized. ¶ In addition to these regular State loans there are two Daira loans, which have been transferred to the State against value received. These are: — ¶ The Anglo-Egyptian Loan of 1865 for 3,000,000*l.*, at 9 per cent. interest and sinking fund of 3·27 per cent., in all 12·27 per cent.; and the Moustapha-Pasha Loan of 1867 for 2,080,000*l.*, which was raised at 9 per cent., with a sinking fund of 3·4 per cent., in all, 12·4 per cent. Both of these loans will have been repaid by the end of 1881. ¶ The personal loan of the Khedive, raised on his private estates in 1870, was obtained on slightly more onerous terms than the State loans, excepting that for railways. To obtain 5,000,000*l.*, His Highness engaged to pay back 7,142,860*l.* in twenty years, with 7 per cent. interest on this nominal amount, so that he really pays on the amount received 10 per cent. interest and 3·36 per cent. sinking fund or a yearly charge of 13·36 per cent. ¶ The following Table shows these loans at a glance: —**

Loan of —	To be Paid off in —	Nominal Amount of Loan, but Real Debt of State.	Charge on Nominal Amount.	Amount Realized.	Real Charge on Amount Realized.	Remarks.
			Total.		Total.	
		£	Per cent.	£	Per cent.	
1862	1892	3,292,800	8	—	—	No particulars of amount realized.
1864	1879	5,704,200	10·87	4,864,063	12·7	Railways loan, repaid by six annual payments of 500,000 <i>l.</i> , equivalent to a sinking fund of 18·9 per cent.
1866	1874	3,000,000	—	2,640,000	26·9	
1868	1898	11,890,000	8	7,193,334	13¼	
1873	1903	32,000,000	8	20,740,077	12·36	
				35,437,474		
Daira taken over by the State.						
*)	1865	1881	3,000,000	12·27	3,000,000	No particulars of amounts realized, but probably the whole.
	1867	1881	2,080,000	12·4	2,080,000	
				5,080,000		
The Daira Loan of His Highness the Khedive.						
	1870	1890	7,142,860	9·85	5,000,000	13·36

*) The Return of the Finance Minister does not include these loans, which were probably expended on lands.

From this Table it is seen that none of the Egyptian loans cost less than 12 per cent. per annum, while some cost more than $13\frac{1}{4}$ per cent. per annum, and the railways loan even 26.9 per cent. per annum, including sinking funds. || A Return furnished by the Minister of Finance sets the amount paid for interest and sinking funds of the public loans to the end of 1875 at 29,570,994*l.* *) || According to the same Return, the revenue received from 1864 to 1875 inclusive amounted to 94,281,401*l.* During the same period the expenses of administration, including tribute to Constantinople, were 56,461,363*l.*; and the Government expended on the Suez Canal, on different works specified in the subjoined list, and on certain compensations and transactions, 56,654,722*l.* || The debtor and creditor account of the State, from 1864 to 1875, stands thus:

Nr. 5759.
Gross-
britannien.
25. März 1876.

<i>Receipts.</i>		<i>£</i>
By Revenue		94,281,401
Loans		31,713,987**)
Sale of Suez Canal Shares		3,976,583
Floating Debt		18,243,076
		148,215,047.

<i>Expenditure.</i>		<i>£</i>
Administration		48,868,491
Tribute to the Porte		7,592,872
Works of utility, &c.		30,240,058
Extraordinary expenses — some of questionable utility, and others under pressure of interested parties		10,539,545
Interests and Sinking Funds		34,898,962
Suez Canal		16,075,119
		148,215,047.

Two striking features stand out in this balance-sheet, namely, that the sum raised by revenue, 94,281,401*l.*, is little less than that spent on Administration, Tribute to the Porte, Works of unquestionable utility, and certain expenses of questionable utility or policy, in all amounting to 97,240,960*l.*, and that for the present large amount of indebtedness there is absolutely nothing to show but the Suez Canal, the whole proceeds of the Loans and Floating

*) According to the Loan Contracts the service of the loans should only have cost 27,928,716*l.* to the end of 1875. This sum may have been swollen by extra charges.

***) The greater part of the Loan of 1864 having been applied to the payment of the debts of the Khedive's predecessor, is not included in this return, which therefore differs from the amount given in the Table.

Nr. 5759.
Gross-
britannien.
23. März 1876.

Debt having been absorbed in payment of interest and sinking funds, with the exception of the sum debited to that great work. It is to be further observed in connection with this subject that the necessity of paying large amounts to the Suez Canal Company obliged the Egyptian Government to resort to its earlier loans in 1864 and 1868. The operation of the law of the Moukabala as above described is itself, perhaps, the most striking instance of the reckless manner in which the means of the future have been sacrificed to meet the pressing needs of the present. Before the law was enacted, the land-tax yielded as nearly as we can judge, 4,793,459*l.* a-year. The operation of the Moukabala was to give to the Government six times this amount, or about 28,760,754*l.* Of this a part was to be returned in discount at $8\frac{1}{8}$ per cent., and 2,396,729*l.* will have been so returned by the end of 1885, leaving to the Government a total of 26,363,888*l.*, the receipt of which will have been spread over fourteen years, in exchange for which the Government has surrendered in perpetuity revenue to the amount of nearly 2,500,000*l.* a-year. || The immediate pressure arises from the Khedive's inability to take up the bonds of his unfunded floating debt, now falling due at short intervals, and estimated by His Highness at 18,243,076*l.* at least, after deducting the 4,000,000*l.* which have been extinguished by the purchase-money of the Canal shares. || This unfortunate position is due in great measure to the onerous conditions of the Loan of 1873, which was contracted for the express purpose of clearing off the floating debt, amounting at that time to 28,000,000*l.* By these conditions the nominal amount of 32,000,000*l.* was reduced to an apparent effective of 20,740,077*l.*, of which 9,000,000*l.* were paid in the bonds of the floating debt. These bonds, purchased by the contractors at a heavy discount, and sometimes at a price as low as 65 per cent., were paid into the Treasury at 93 per cent., an operation which materially enhanced the profits accruing to the negotiators of the loan. || An examination of the contracts of the several loans shows that every available portion of the revenue has been pledged, sometimes more than once. || The Loan of 1873 swallows up every resource. It is guaranteed, first by all the general revenues of Egypt, and then especially by — || 1. All the railway revenues of Lower-Egypt, with a trifling exception. (This security is estimated at 750,000*l.*, but not limited to that amount.) || 2. The receipts from the personal and indirect taxes assessed at 1,000,000*l.* || 3. The receipts from the salt-tax, 200,000*l.* || 4. 1,000,000*l.* a year from the Moukabala, or commuted land-tax (of short duration). || And lastly all the revenues already given in pledge to all other loans as they by degrees become liberated by the paying off of those loans. || These last-named securities include: — || The revenue of Province of Rodat-el-Bahrein (the Delta). || The Egyptian Customs duties. || The bridge and lock dues. || All the farmed duties, such as the duties on salt and fresh fish. || Sheep-tax. || Oil-tax. || Duties on ferry-boats and barges. || As, therefore, every security of real value is pledged, and as, without the means of meeting the floating debt, a very serious crisis in the financial affairs of

Egypt must take place, which would be fatal to the interests of the bondholders under her various loans, it would seem that the most feasible mode of averting the danger would be to buy up, for the purpose of consolidation, the loans of 1860 and 1873, and the bonds of the floating debt. By this means the revenues now pledged would be liberated, and would be available as securities for a new loan, to be issued at a moderate rate of interest. || There is, however, an essential condition on which the success of some scheme of this character depends, namely, that the Khedive should place a person who would command general confidence, such for instance as the financial agent sent out by Her Majesty's Government to take employment under His Highness, at the head of a Control Department which should receive direct from the tax-collector certain branches of revenue to be defined, but comprising the land-tax and Moukabala, and should have a general supervision of the incidence and levying of the taxes. || If the tax-collectors throughout the country were placed under the orders of this Department, it would have power to check frauds on the Exchequer on the one hand, and the extortion practised on the Fellaheen on the other. Inspectors should be sent round to take specimen districts, so as to ascertain what every peasant, every sakkia, every date-tree, every feddan has paid during the year, and to trace the amount through the various hands through which it passes before it reaches the Treasury. In this manner it might be proved whether the burdens on the people are aggravated by the misconduct of their head men, and how far the system prevails of collecting taxes at the wrong time of year — of levying perhaps one year's taxes at the end of the year, and again immediately after at the beginning of the next, under which, it is to be feared, that three year's taxes are sometimes paid in two years*). The system of practically forced loans, which the peasant cannot distinguish from taxes, might also be inquired into; as also whether any special duties, such as those on date-trees, sakkias and shadoofs (methods of irrigation), lead to oppression and extortion. || His Highness should undertake to consider the recommendations made to him by his Control Department, and to remedy any well-substantiated cases of maladministration that might be brought before him. By these means an important element of future wealth and prosperity would be introduced into the country: as the fellaheen thus protected from oppression and able to employ the means now wrung from them by the tax-collectors, in excess of what comes into the State Treasury, would add materially to the present resources of the country. || His Highness should further engage to make no fresh loans without the consent of the Control Department. || The details of this plan can be worked out when the principle has been settled. || With guarantees of this kind it might be possible to make the required arrangements, and the present debts

Nr. 5759.
Gross-
britannien.
23. März 1876.

*) These complications are likely to increase in consequence of the substitution of the Gregorian for the Coptic style at the commencement of the present year.

Nr. 5759. Gross-britannien. 23. März 1876. having been replaced by one amount at moderate interest there is no reason why the country should not quickly recover. || The liabilities of the Egyptian Government are —

Loans.	Paid Off.	To be Paid.	Expires.
	£	£	
1862	775,800	2,517,000	1892
1864	3,572,200	2,132,000	1879
1868	1,167,480	10,722,520	1898
1873	686,343	31,313,657	1903
Moustapha, 1867	922,500	1,157,500	1881
Daira Loan of 1865, backed by Treasury	1,542,688	1,457,312	1881
Floating Debt	—	18,334,960	
Abyssinian War expenses	—	1,000,000	

The debts of the Khedive's Daira, which it is desirable to bring into the general arrangement, are as under:

The Loan of 1870 —	£
Unpaid capital	6,032,620
Floating Debt	3,000,000.

The present Revenue of Egypt consists of —

	£
Land-Tax	4,305,131
Moukabala	1,531,118
Other sources of revenue	4,852,821
	<u>10,689,070.</u>

These figures will probably be maintained till the end of 1885, and this revenue will go on increasing unless any unforeseen calamity befalls the country. || In 1886 the Moukabala will cease, and the Land-Tax will be diminished by the redemption of the tax, on a large portion of the land. On the other hand, fresh lands which are already brought under cultivation will then have begun to pay tax, and it may be confidently expected that other lands now waste will in the next ten years have been brought under cultivation and become tax-paying. It is also reasonable to suppose, that other sources of revenue will have become more productive. || The Revenue of 1886 and following years may, therefore, be assumed to be at least equal to the following amounts: —

	£
Land-Tax	3,134,824
Other sources of Revenue (10 per cent. more than in 1876)	5,338,103
	<u>8,472,927</u>
Total	8,472,927
In round numbers	8,473,000.

The amount of unpaid capital on the loans is as follows: —

No. 5759.
Gross-
Inflations-
Bilanz 1878.

Small Loans (nearly paid off).	Unpaid Capital.	Annuity.	Expires in.
1864	2,132,000	620,312	1879
Daira Loan of 1865 (Anglo-Egyptian)	1,457,312	368,350	1881
1867 (Moustapha)	1,157,500	258,024	1881
Annual amount	—	1,246,686	

The larger Loans.	Unpaid Capital.	Annuity.	Expires in.
1862	2,517,000	263,972	1892
1868	10,722,520	953,303	1898
1873	31,313,659	2,565,670	1903
Daira (1870)	6,032,620	668,000	1890
Floating Debt of the State	18,243,076	—	
Ditto of the Daira	3,000,000	—	
Total	71,828,875	—	
Say	72,000,000	—	

It might simplify any scheme for the consolidation of the debt, if the loans which expire within the next six years, and whose annuities can be paid out of the revenue derived from the Monkabala, were excluded from it. || In this case, in considering the amount of 72,000,000*l.* given above to be dealt with by consolidation and the resources to meet the annual charges upon it, the following points are to be noted: — || As concerns the funded debt, the interest on the nominal amount of the loans with which alone we have now to deal is not excessive, but the sinking funds add to it a yearly charge which is too heavy for the revenue. Were the term of repayment deferred this charge would be lightened; it is, therefore suggested that an offer might be made to the bondholders of these loans of a new stock at 7 per cent., repayable by the year 1926, instead of the bonds they now hold redeemable from 1892 to 1903. The inducement to these bondholders to accept the deferred payment would be the security given for the punctual payment of the debt charges, by the special Control Department, to be instituted by the Khedive as above described. A condition of the arrangement would be the transfer of the resources of the country from the service of special loans to the service of the whole debt. || It may be expected, that, if the gravity of the situation is explained to the bondholders, they will consent to an arrangement for securing to them a fair return on their money, and saving them from the

Nr. 5759. heavy loss inseparable from a financial collapse*). || As regards the floating
Gross- debt, it may be supposed that the holders of Treasury Bonds, which have
britannien. been frequently renewed and now represent a value far in excess of the amount
23. März 1876. paid to the Khedive, would willingly take bonds for the present nominal amount
of these bonds with an assured interest and repayment. || It remains to examine
whether the resources of the country are equal to the payment of the neces-
sary annuity for covering this payment of interest and sinking fund.

As above shown, the amount of Funded and Un-	£
funded Debt to be paid off, independently of	
the three small Loans, is	72,000,000
If to this be added, for the expense of the Abyss-	
sinian War	1,000,000
And for the cost of this operation	2,000,000

We have a total amount of 75,000,000.

For the interest and sinking fund of which provision would have to be made. The annuity to repay this sum in fifty years with interest at 7 per cent. per annum would be 5,434,425*l.*; but as the Daira Loan and Floating Debt have been taken into the operation, a proportion of this charge will fall on the private estate of the Khedive and not on the State; this proportion would be 672,608*l.***), leaving 4,761,817*l.* to be furnished by the State.

The permanent charges of the Budget are:

Tribute to Constantinople	£ 685,208
Interest on Suez Canal Shares till 1895	198,829
Administration (including Civil List of His High-	
ness and family)	3,067,560
Say	4,000,000.
The Revenue of 1876 to 1885 should be	10,689,000
Less the Moukabala (which we propose to deal	
with separately)	1,531,000
	9,158,000
Deduct the permanent charge	4,000,000
	5,158,000
The charge for interest and Sinking Fund	4,761,817
Leaves a working surplus of	396,183.

*) It must be observed that, by clause 19 in the contract of the Loan of 1873, the Khedive engages to make no fresh loans before 1878, except to the extent of 10,000,000*l.* sterling for public works. It is alleged, however, that this engagement would not be broken by a loan for the purpose of funding existing debts.

**) The Loan alone, without the interest of floating debt, now costs the Khedive 668,000*l.* a-year, so that this sum can be well borne, as shown by His Highness' Daira account.

But in 1886 and subsequent years we have shown that the Revenue will be only (except the growth that may be expected in the future)	£ 8,473,000
Deduct permanent charge	4,000,000
	4,473,000
Service of Debt	4,761,817
Leaving a deficit of	288,817.

This deficit might be dealt with by reserving the produce of the Moukabala receipts. These receipts will be 1,531,818 a-year until the end of 1885. || The charges on them will be:

	£	Surplus. £
In 1876, Annuities of the Loans of 1864, 1865, 1867	1,246,686	284,432
1877, ditto ditto	1,246,686	284,432
1878, ditto ditto	1,246,686	284,432
1879, ditto ditto	1,246,686	284,432
1880, Annuities of the Loans of 1865, 1867 .	626,374	904,744
1881, ditto ditto	626,374	904,744
1882	—	1,531,118
1883	—	1,531,118
1884	—	1,531,118
1885	—	1,531,118
1886	—	9,071,688

This Reserve Fund would probably be increased by accruing interest up to 1885, or if circumstances should admit of a large portion of it being employed in the redemption of bonds, it is clear that the diminution of charge would convert the deficit caused by the reduction of the land-tax in 1886 into a surplus. The Moukabala should be absolutely vested in the Control Department, and be applied by it, so that security should thus be provided against possible fluctuations of revenue. || It would appear from these calculations that the resources of Egypt are sufficient, if properly managed, to meet her liabilities, but that as all her available assets are pledged for the charges of existing loans, some fresh combination is necessary in order to fund at a moderate rate the present onerous floating debt. || The annual charge upon the people of Egypt is heavy, and has increased; but the power of meeting it, that is, the wealth of the country as indicated by its exports, has increased in a far greater degree. And it must be remembered that this annual charge includes not only a sinking fund for the redemption of debt, but

Nr. 5759.
Gross-
britannien.
28. März 1876. a very large proportion of what we should call local taxation. It also includes the cost of much that is done in this country by private enterprise, such as railways, canals, harbours, docks, &c., besides actual rent of lands belonging to the State, and repayment of advances during periods of scarcity and murrain. || We gather from all the information that we have been able to obtain that Egypt is well able to bear the charge of the whole of her present indebtedness at a reasonable rate of interest; but she cannot go on renewing floating debts at 25 per cent. and raising fresh loans at 12 or 13 per cent. interest to meet these additions to her debt, which do not bring in a single piastre to her Exchequer.

Stephen Cave.

Bulgarische Greuel.

Nr. 5760.

TÜRKEI — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Ablehnung der Greuelthaten in Bulgarien.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 17 Juillet, 1876.

Nous avons lu dans un numero du "Daily News" une longue correspondance de Bulgarie, remplie de récits sans fondement et de mensonges les plus exagérés. || Les Bachi-Bazouks dont on parle sont les propres habitants armés de la province qui ont été dirigés vers le théâtre de l'insurrection. Ils se sont battus contre les insurgés pour défendre leurs propriétés, leurs familles et leurs biens, parce qu'au commencement de l'insurrection le Gouvernement n'avait pas assez de troupes régulières pour l'étouffer. Il y a eu en effet en Bulgarie, pendant la révolte, des actes de meurtre et de pillage commis de part et d'autre; mais il y a exagération dans le récit des faits. Ce qui avait provoqué dans ces localités des rigueurs de la part des habitants Musulmans, c'est qu'on avait trouvé dans les papiers des principaux meneurs des instructions des différents Comités Bulgares qui prescrivaient le massacre général de tous les Musulmans et la destruction de leurs propriétés, ainsi que l'incendie des villes d'Andrinople, de Philippopoli et de Tataradjik. || Nous mettrons sous peu sous le yeux de l'Europe entière un exposé détaillé de cette malheureuse insurrection, des faits et des circonstances qui s'y rattachent, ainsi que l'interrogatoire, le jugement et l'exécution des coupables. || D'après les détails rapportés par les Consuls, notamment celui de Sa Majesté Britannique, il y aurait eu massacre de 2,000 du village de Boyadji-Keuy, dépendant d'Islimia. Ce fait serait également rapporté par l'Agent de . . . Britannique à Bourgas. Pour vous donner une idée de l'exagération de ces faits, il me suffît de vous dire que, toute vérification faite, ce chiffre se réduit à quatre-vingt-dix individus tués dans les combats qui ont eu lieu entre les habitants de ce village

Nr. 5760.
Türkei.
17. Juli 1876.

Nr. 5760.
Türkei.
17. Juli 1876.

et les Turcs. || Le Gouvernement Impérial, ayant appris ces jours-ci qu'un corps de volontaires destiné à rejoindre les troupes se trouvant à Nich, avait commis, en passant au village de Hauli-keuycouroutchesmé, quelques actes de pillage et tué une villageoise Bulgare, a envoyé sur les lieux son Excellence Kiani-Pacha, un des Ministres, homme sévère et énergique, pour juger sommairement et faire exécuter immédiatement ceux qui seraient convaincus d'avoir commis ces actes répréhensibles. || Veuillez bien donner lecture du présent télégramme à Lord Derby et prier sa Seigneurie de n'accueillir qu'avec la plus grande réserve tout ce qui pourrait lui être rapporté au sujet de meurtres, actes de pillage et de cruauté imputés à nos troupes irrégulières. Nous connaissons les sources d'où proviennent ces nouvelles, que l'on livre à une grande publicité pour donner le change à l'opinion à notre égard.

Nr. 5761.

GROSSBRITANNIEN. — Specialkommissar in Bulgarien (Mr. Baring) an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Vorläufiger Bericht.

Philippopoli, July 22, 1876.

Nr. 5761.
Gross-
britannien.
22. Juli 1876.

Sir, — I have the honour to report to your Excellency that, during the last two days, I have been endeavouring to obtain information in this town respecting the occurrences which have of late excited so much attention in England and elsewhere. || The masses of conflicting statements I have heard from all parties render my mission one of extreme difficulty, and I fear I cannot as yet forward to your Excellency any full report of what has taken place. || The sale of women and children in the streets of Philippopoli and Tatar-Bazardjik is, I have no doubt, a pure invention; the most independent testimony leads me to the belief that no such traffic has been carried on here. What has happened is this: families have been scattered, and the children have often been taken into the houses of persons of all religions out of pure charity. Of course, under the circumstances, it is not easy for the parents to trace them, and consequently the rumour goes abroad that they are sold into slavery. As regards the young girls, I am told that it is very probable that after the sack of the villages a certain number of their number were taken to the houses of their captors; but I do not believe that anything like open sale took place. || There is not, I believe, one word of truth in the wild fable about the cartloads of heads being paraded in the streets by Albanian Bashi-Bazouks, of whom, by the way, there are extremely few, most of the irregulars who committed the atrocities in these provinces being Circassians, Gypsies and Pomaks. || As regards the number of killed, till I have visited the villages I hardly dare speak; but my present opinion, which I trust hereafter

to be able to modify, is that about 12,000 Bulgarians have perished. || The number of Turks killed is equally difficult to ascertain; the authorities put the figure at above 1,000; but my information leads me to believe this to be a gross exaggeration; about half that number would probably be correct; but there is no doubt, that the deaths of many of them were attended with circumstances of great cruelty. || Some sixty villages have been wholly or partially burnt, by far the greater portion of them by the Bashi-Bazouks, though a few, perhaps about ten, have been destroyed by the insurgents. || Some great horrors have come to my ears respecting the circumstances which attended the entry into Philippopoli of 400 prisoners coming from Tatar-Bazardjik. They were heavily chained by fours, and as after their journey they were sinking with fatigue, they were driven like cattle by the zaptiehs, who used the butt ends of their guns without mercy, while the Circassians flogged them with whips. I visited the prisons yesterday and found them extremely crowded. The captives are confined in the common prison and in two large khans, the notables of Philippopoli being kept separate and being subjected, as far as I could see, to no great discomfort. Those that I interrogated said, that they had no particular cause of complaint as regards food and treatment, though, perhaps, fear may have made them declare their case to be better than it really is. || The prison is now about as full as it can hold, and about half the prisoners have been released or sentenced, so that there can be no doubt that at the commencement the overcrowding must have been something fearful. I hear, that it is currently reported in the town that the authorities knowing I was going to the prison had it cleaned out, and that the sleeping mats I saw were laid down shortly before I entered. Of course I cannot say whether this is true or not; but as I purposely gave the authorities as little notice as possible of my intentions, I cannot but think that it is invention of the malicious. || A Bashi-Bazouk was hung this morning for having taken part in the Hass-keui affair respecting which I believe Mr. Dupuis has fully reported to your Excellency. The depredations of these irregulars still continue, and they are taking what little was left by those who suppressed the insurrection. Two have now been hung here; but till a much severer example is made they will still go on with their misdeeds. Moreover, it is indispensable that they should have officers of the regular army put over them who could control their acts, and that when they arrive at the principal stations they should be received by some regular troops. || One thing is perfectly clear, viz., that the province is ruined, as the Government will discover to its cost when the tithe is collected; it is stated that the loss to the Treasury will amount to 100,000*l.*, Turkish, a sum which can now be ill spared. It seems to me that there is but one course open to the Government, if it wishes to bring them back in any way to their normal condition, viz., to give some slight aid to the inhabitants of the villages which have been destroyed. Large numbers of horses, oxen, sheep and cows have been driven off by Pomaks and others, and it is

Nr. 5761.
Gross-
britannien.
22. Juli 1876.

Nr. 5761. the duty of the Government to oblige the latter to return them to their
 Gross- owners; a little help could also be given in providing materials for rebuilding
 britannien. houses, and seed for the fields should also be given. || It is true, that at the
 22. Juli 1876. present moment the Imperial Treasury could ill-afford the smallest strain; but
 still less can it afford to lose the sums which formerly flowed into it from
 these districts, and which, if the autumn and winter be allowed to pass with-
 out anything being done, may be considered as lost for ever. || I was present
 to-day at the first examinations of some of the prisoners, and to all appea-
 rances the proceedings were properly conducted, and Salim-Effendi, Ali-Bey,
 and the Chief Mollah of Adrianople have the reputation of being just men;
 the same, however, is not said of all the members of the Commission chosen
 among the natives of Philippopoli, one of whom has been especially mentioned
 to me as corrupt, fanatical and cruel. || A priest, a schoolmaster, a "Tchorbaji"
 and another Bulgarian were brought up while I was in Court; their decla-
 rations were read over to them, and they were asked whether the contents
 were true; and, though all contained evidence which would send a man to the
 gallows before any Tribunal, they invariably replied that everything was cor-
 rect. Their defence was generally the same; they had acted as they had done
 either from coercion, fear, or sheer stupidity, and they ended by begging for
 mercy with tears and lamentations. || To-day two Bulgarians were hung, four
 sentenced to death, and seven to different terms of imprisonment. Both Kiani-
 Pasha and Salim-Effendi have assured me, that in a few days by releasing a
 large number of prisoners they hoped to reduce the cases to be tried to about
 500, and the President added that in about twenty-five days he trusted all
 would be disposed of. || The Bulgarian Bishop's representative complained to
 me, that the prisoners sentenced to death were not permitted to confer in
 private, that no notice was sent to them when a man was to be hung, and
 that when priests were executed their beards and hair were cut off, and they
 were not unfrocked; also that he was not asked to attend the sittings of the
 Commission. || Salim-Effendi, to whom I spoke on the subject, positively denied
 the truth of all these statements, and said that to-day he had, by verbal mes-
 sage, invited the Bishop's representative to attend the sitting at which I was
 present, but that he had not come. On other occasions also he was invited;
 but he only attended once and stayed five minutes. || I told Salim-Effendi, that
 the next time he had better send the invitation in writing, as there could then
 be no mistake about it. || Salim-Effendi told me, that he had sent copies of
 the depositions to Constantinople, which he said contained startling evidence
 given by prisoners themselves respecting the great cruelties committed on
 Mussulmans at the outbreak of the insurrection, and if what he says is cor-
 rect it appears to me that the Porte would do well to publish these documents,
 in order to prove to the world that, if the Mussulmans committed atrocities
 and depredations, the Christians were also guilty of many foul deeds. || I have, &c.

H. B a r i n g.

Nr. 5762.

TÜRKEKEL — Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw.
— Ueberreichung des türkischen Berichts über den bulgarischen
Aufstand.

Ambassade Impériale Ottomane, Londres, le 4 Août, 1876.

My Lord, — J'ai l'honneur de transmettre ci-joint à votre Excellence deux exemplaires imprimés de la traduction du Rapport présenté à la Sublime Porte par son Excellence Edib-Effendi, Commissaire Extraordinaire, sur l'enquête ordonnée par le Gouvernement Impérial dans le vilayet d'Andrinople. || Ce travail consciencieux expose de la manière la plus impartiale les derniers événements dont la Bulgarie a été le théâtre; il rétablit les faits sous leur vrai jour, et constate d'une façon indiscutable de quel côté ont été commises ces atrocités dont la Sublime Porte et l'Europe entière se sont si profondément émues. || Le Gouvernement Impérial aime à espérer que l'exposé sincère et véridique qu'il met sous les yeux du public édifiera tout le monde sur le vrai caractère de ces événements, si étrangement dénaturés par ses détracteurs. || J'ai, &c.

Nr. 5762.
Türkei.
4. Aug. 1876.

Musurus.

 Beilage.

Report presented by his Excellency Edib-Effendi, Commissioner with extraordinary powers on the Inquiry ordered by the Sublime Porte in the Vilayet of Andrinople.

(Traduction.)

Le Caïmacam de Bazardjik a fait savoir aux autorités de Philippopoli que des instructions venaient d'être envoyées aux différents comités révolutionnaires, leur prescrivant de provoquer l'explosion pour le 1^{er} Mai, 1876, sur tous les points à la fois, du mouvement insurrectionnel Bulgare préparé et organisé, de longue main, sur des instigations étrangères; que des transports clandestins d'armes et de munitions s'effectuaient; que des travaux de retranchements étaient entrepris aux environs des villages Avrat-Alan, Otlonk, Persédin, Derbend, et autres localités du Sandjak de Philippopoli sises au pied du Grand-Balkan, et que, pour ne pas donner l'éveil, on avait soin d'empêcher les voyageurs Musulmans de traverser ces villages ou de s'y arrêter. Aussitôt les officiers de gendarmerie Ahmed- et Nédjib-Aghas ont été expédiés à Avrat-Alan avec mission de procéder à une enquête et d'arrêter les coupables. || L'ex-Gouverneur du Sandjak se rendit en personne à

Nr. 5762.
 Türkei.
 4. Aug. 1876.

Bazardjik, escorté de quelques cavaliers, et, de là, il se dirigea vers la même localité. Sur l'avis donné par les affiliés de l'insurrection que ces officiers venaient de partir pour Avrat-Alan avec ordre d'arrêter les membres du Comité Révolutionnaire, Ahmed- et Nédjib-Aghas, suivis de leur escorte, sont attaqués en route par des villageois Chrétiens armés, qui les somment de se rendre en leur disant: "Bazardjik a entièrement brûlé; les Musulmans qui ont refusé de se soumettre ont été massacrés, toute résistance est donc inutile". || Pour toute réponse, Ahmed-Agha se défend, les armes à la main, et après avoir blessé quelques-uns de ces individus, il parvient à s'enfuir avec ses compagnons. || Nédjib-Agha parvient, de son côté, à se soustraire aux coups de ses agresseurs et à rentrer sain et sauf. L'ex-Gouverneur-Général qui se trouvait en route pour le village d'Otlouk, comprenant alors la gravité de la situation, juge à propos de revenir sur ses pas afin de prendre les mesures exigées par les circonstances. || Quoiqu'il fût arrêté et convenu parmi les conspirateurs, que le mouvement insurrectionnel n'éclaterait que dans les premiers jours de Mai, le complot ayant été tout-à-coup dévoilé, le jour d'explosion a dû être avancé. Les rebelles, comprenant d'ailleurs que tout ajournement compromettrait leurs projets, se sont hâtés de lever l'étendard de la révolte. || Les débuts du mouvement ont été marqués dans certains quartiers de Bazardjik et dans les petits villages environnants, par le massacre des Musulmans, hommes, femmes, vieillards et enfants; les fils télégraphiques ont été coupés, les ponts détruits, les corps de garde de gendarmerie dans les localités dites Kiz et Turk Derbend, assaillis et brûlés après que les hommes qui les occupaient avaient été tués; on incendia les relais et la station de Belova, faisant ainsi périr dans les flammes les personnes qui s'y étaient enfermées et qui avaient refusé de se rendre; on massacra partout les employés du Gouvernement, tels que le Mudir et les kiatibs; leurs femmes, leurs filles subirent le même sort. || Je regrette que ma mission et le respect que je professe pour la vérité, m'imposent le pénible devoir de rapporter ici l'horrible fait que voici: || Une de ces malheureuses filles a été mutilée dans ses parties génitales, et le monstre qui s'est porté à cette atrocité, s'est orné le bras du lambeau de chair arrachée comme d'un bracelet. || Les habitants Musulmans des villages voisins, surtout ceux qui se trouvaient en minorité dans des villages Chrétiens, en apprenant ces scènes d'une cruauté inouïe, se sont hâtés de fuir devant la mort. Les Chrétiens profitèrent de cette fuite pour incendier leurs maisons après les avoir pillées. || Les Musulmans épouvantés par la vue de tant de malheureux qui ayant pu échapper sanglants des mains des rebelles, accouraient à Bazardjik, à Philippopoli et dans d'autres grands villages Musulmans, se sont tous armés à la hâte; des corps de volontaires furent partout organisés, afin de protéger les villages qui se trouvaient les plus exposés aux agressions des rebelles. || L'arrivée des troupes régulières mit heureusement fin à toutes ces scènes de désolation. || Parmi les papiers saisis sur Betkofski, un des chefs de l'insurrection, tué dans une embuscade aux environs d'Orhanié, se trouvait une pièce contenant les

délibérations d'un conseil des chefs de la révolte tenu avant le mouvement. D'après ce document, la révolte devait éclater le 1^{er} Mai; tous les villages situés à proximité des défilés de Derbend, ainsi que les villages Chrétiens, dont l'attitude pourrait être nuisible à leurs intérêts, devaient être incendiés; les femmes, les enfants et les malades seraient transportés à Avrat-Alan et à Otlouk-keuy, et tous les hommes qui ne pourraient pas faire la guerre seraient employés à défendre les passages. Des agents spéciaux mettraient le feu à Philippopoli dans seize parties de la ville, à Bazardjik dans douze. || Les Chrétiens des villages voisins, à la première lueur de l'incendie, et pendant que la population serait occupée à combattre le feu, devaient fondre sur les villes en flammes, égorger tout ce qu'il y avait de Musulmans et piller leurs biens. Quant à Andrinople et à Sofia, dont la destruction par le feu avait été également jugée nécessaire, des incendiaires recrutés dans les villages y devaient être envoyés exprès. || Les habitants des villages Musulmans qui demanderaient grâce, seraient séparés de leurs femmes, de leurs enfants et des infirmes, qui seraient envoyés à Avrat-Alan et à Otlouk-keuy, où ils seraient protégés; les hommes seraient conduits dans un autre endroit et surveillés jusqu'à ce que l'insurrection prit consistance. Ceux qui refuseraient l'obéissance devaient être mis à mort ainsi que leurs femmes et leurs enfants; leurs maisons devaient être incendiées et leurs biens saccagés. Ces dispositions, arrêtées à l'unanimité de voix du conciliabule, étaient formulées par demande et réponse, sur l'acte signé par tous les affidés réunis. Différentes copies de ces instructions avaient été transmises aux chefs, avec ordre de s'y conformer scrupuleusement. Les signataires de ce document s'étaient donnés chacun un titre ou une qualité; l'un s'appelait Commandant des troupes, l'autre Ministre de l'Intérieur, un troisième Ministre des Affaires Etrangères. Il y avait aussi un Ministre de la Justice, un Ministre de l'Artillerie, de l'équipement, des provisions, &c. || Aussitôt informée de ces faits l'autorité se livra à des recherches qui firent éclater l'insurrection cinq ou six jours avant la date convenue, à Poursiden, à Derbend, à Avrat-Alan, à Otlouk-keuy et ensuite à Batak, à Bratchkova et à Brouchandja. Il en est résulté que l'on n'a pas pu mettre le feu dans toutes les localités à la fois et attaquer les villes en flammes, comme il était prescrit. || Après que les desseins des insurgés avaient été dévoilés aux autorités, comme à tous les habitans Musulmans en général, des troupes furent appelées, en toute hâte, pour la défense de la vie et des biens de la population. Des détachements de volontaires Musulmans se formèrent pour garder l'intérieur et les environs des villes comme ceux de villages. Ces mesures promptes et énergiques ont empêché les agitateurs des autres localités de se joindre au mouvement. Néanmoins, au jour fixé, l'incendie éclata sur quelques points du bazar de Philippopoli; mais la population, avertie par le canon d'alarme, est accourue de tous les côtés, et s'est rendue maîtresse du feu avant qu'il se fût propagé. Les miliciens nouvellement formés ont défendu de leur côté la ville, contre les paysans armés qui, fidèles au mot d'ordre,

Nr. 5762.
Türkei.
4. Aug. 1876.

s'étaient présentés pendant la nuit pour l'attaquer, et les ont contraints à rentrer dans leurs foyers. || Il est à remarquer que les insurgés avaient eu la précaution de recommander que le canon d'alarme, placé sur une hauteur de la ville de Philippopoli pour annoncer le feu, fût encloué. Mais les autorités qui soupçonnaient le fait firent doubler la garde du canon. || Il résulte de toutes les informations que j'ai recueillies, que les villages d'Avrat-Alan, d'Otlouk-keuy et de Batak-keuy étaient les seuls foyers réels de l'insurrection d'Andrinople et que la révolte n'avait pas eu le temps de se propager dans les autres localités. Les villages qui ont brûlé dans le district de Bazardjik sont au nombre de 28, à savoir: 4 villages exclusivement Musulmans, 6 villages mixtes, et 18 villages exclusivement Chrétiens: 24 villages, dont 4 Musulmans, ont été incendiés par les rebelles qui se sont ensuite retirés dans les montagnes et ont occupé les passages. || Sur ces 24 villages, 15 ont été complètement dévastés et 6 en partie. Les 4 villages complémentaires ont été en partie incendiés par les troupes régulières et auxiliaires. Ainsi, d'après les vérifications faites sur les lieux, les 28 villages qui ont été en tout ou en partie la proie des flammes, comptaient 5,656 maisons, dont 2,667 ont été épargnées. L'incendie a donc dévoré 2,989 maisons ou édifices. || Ainsi qu'il a été dit plus haut, les troupes n'avaient pas été expédiées sur les 28 villages en question. Celles-ci n'ont occupé que les villages d'Otlouk-keuy, de Bertchoka et de Batak; le défilé de Persiden et le village de Pérouchidja, dans le district de Philippopoli; enfin le village de Boyadjik dans le district de Slimina. Les troupes de réserve, c'est-à-dire, les milices Musulmanes locales, ont été seules à occuper les villages de Batak et de Persiden. Les autres villages ont été occupés par les troupes régulières et les milices réunies. Ce n'est pas seulement l'état d'insurrection, proprement dit, qui a nécessité l'attaque de ces villages, mais encore le refus obstiné des habitants à écouter les conseils de soumission et à se rendre aux sommations qui leur ont été adressées pendant trois jours. || Le village d'Avrat-Alan était le centre principal de l'insurrection. Toutefois, en égard à la soumission que ses habitants ont montrée, les troupes Impériales les ont traités avec le plus grand ménagement; c'est un fait qui peut donner la mesure exacte du traitement exercé par les troupes Impériales envers les autres villages. Même, lorsque les habitants refusaient de se soumettre, et qu'il y avait lieu de les attaquer, nos autorités militaires les invitaient préalablement à mettre les non-combatants, enfants, femmes et vieillards, dans un lieu de sûreté. Mais les insurgés persistaient à méconnaître les sentiments d'humanité qui inspiraient une pareille proposition, et les troupes Impériales se sont trouvées dans la nécessité absolue d'engager le combat tout en épargnant, avec le plus grand soin, la vie des femmes et des enfants, les ordres les plus sévères ayant été donnés à la troupe de ne pas se livrer à des actes répréhensibles. || Malheureusement les Bulgares, dans leur résistance opiniâtre, se trouvaient, sur quelques points, réunis avec leurs familles; c'est ainsi que quelques femmes ont été atteintes pendant le combat.

Le Gouvernement s'est d'ailleurs empressé de prodiguer les plus grands soins à ces victimes de l'aveuglement et de la peur. Il y avait au village d'Otlouk-keuy 4,121 habitants de tout âge; à Bratchkova 1574 et à Batak 1441. Le nombre total des paysans dans ces trois villages s'élevait à peu près à 7,000. Si l'on réduit ce chiffre de moitié pour les non-combattants, il resterait 3,500 hommes capables de porter les armes. En supposant qu'un nombre égal de combattants étrangers ait pu se réunir à eux, le nombre des insurgés atteindrait ainsi le chiffre de 7,000. Or, la plupart des habitants de ces villages sont aujourd'hui réinstallés dans leurs foyers. On peut facilement juger, par là, des pertes que ces bourgs ont subies durant la lutte qu'ils ont engagée. || L'examen des registres de l'Etat Civil pouvait faire constater néanmoins la disparition d'un grand nombre d'individus appartenant à ces villages; mais il y en a beaucoup qui se sont réfugiés dans les montagnes, après avoir incendié leurs maisons, et il y en a d'autres qui se trouvent aujourd'hui disséminés dans des localités voisines comme journaliers et qui reçoivent provisoirement l'hospitalité dans les autres villages. Il est donc difficile actuellement d'établir d'une manière exacte le nombre des individus qui ont disparu. || Le combat qui a eu lieu au village de Persiden a été insignifiant. Aux premiers coups de fusil échangés, les paysans effrayés ont abandonné précipitamment les retranchements qu'ils avaient élevés et ont pris la fuite. Les pertes de ce village ne consistent que dans quelques morts ou blessés; celles de Pérouchidja ne sont guère plus importantes et celles de Boyadjik s'élèvent à peu près à 80 hommes, comme il ressort des détails que nous allons donner ci-après. || A part les soldats des troupes irrégulières et de la milice, morts dans les différents combats, on ne sait pas encore au juste le nombre des Musulmans qui ont péri soit dans les villages, soit dans les corps de garde et les stations incendiées au commencement de l'insurrection. Plusieurs commerçants Musulmans en voyage ont été, en outre, saisis et assassinés par les insurgés. Je suis d'avis que le nombre des Musulmans qui ont ainsi trouvé la mort, entre les mains des insurgés, dépasse 400. || Les hommes qui ont commis des assassinats avec préméditation sont aujourd'hui interrogés et jugés en audience publique; ils recevront leur punition selon la loi. D'autres individus qui ont pu se justifier de ces crimes sont mis en liberté sous caution. || Les assassins d'une vingtaine de Tzinghanés, appartenant à la religion Musulmane, ont avoué leur crime devant le Tribunal Mixte *ad hoc*. Ces pauvres gens avaient été amenés, par force, au village d'Avrat-Alan, où ils avaient été contraints de fabriquer des cercles de fer, pour les canons en bois des insurgés, et divers autres objets; puis ils ont été égorgés, les bras liés par derrière, les insurgés considérant comme dangereux de les laisser en vie. Les prévenus ont avoué également dans leur interrogatoire qu'ils avaient tué "comme un chien" un Musulman en voyage, malgré ses prières qu'on lui laissât la vie sauve. Tout cela est constaté dans les procès-verbaux de l'interrogatoire. || Quant aux promoteurs du mouvement, nous avons eu des témoignages tendant à prouver que

Nr. 5762.
Türkei.
4. Aug. 1876.

la rebellion a été l'oeuvre des maîtres d'école et des popes des villages. ¶ Il a été constaté que les bourgs susmentionnés d'Avrat-Alan, d'Otlouk-keuy et de Brasdin, avaient été fortifiés par des retranchements faits en terre et en bois et par d'autres travaux de défense; que toute la population Chrétienne avait pris les armes; que les retranchements étaient armés de canons improvisés d'un nouveau genre, faits en bois dur, enlacés de cordes goudronnées et cerclés de fer, et qu'enfin on était allé jusqu'à confectionner des espèces de longues perches, armées de fers tranchants, en guise de baïonnettes, dont les femmes devaient se servir en cas de besoin. D'autre part, le fait, que la plupart des villageois avaient antérieurement enfoui leurs effets les plus précieux sous la terre, qu'ils ont ensuite cultivée et ensemencée pour en cacher toute trace, prouve que le mouvement insurrectionnel était préparé de longue main. ¶ Passons maintenant aux événements de Batak-keuy. Les habitants de ce village ont commencé par arrêter et tuer plusieurs commerçants Musulmans de passage chez eux. Les Musulmans des villages sis aux alentours de Dospat-Balkan, à la nouvelle de ces méfaits, avaient dépêché sur les lieux le fils du nommé Ali-Agha pour s'enquérir de ce qui s'y passait; ce dernier a été aussitôt arrêté à son tour par les insurgés. Cette nouvelle agression, et le bruit des armements et des préparatifs qui se faisaient ostensiblement dans les dits villages contre les Musulmans, étant parvenus à la connaissance de ceux-ci, ils se sont armés à la hâte et sont accourus vers ces villages pour protéger les innocents et pour prévenir une attaque dirigée contre eux-mêmes. Un notable Bulgare avait cependant, à force de prières et de supplications, réussi à arracher à la mort le fils d'Ali-Agha et il avait obtenu sa mise en liberté; le retour de celui-ci au milieu des siens causa une vive joie. Sur ces entre-faites, les Dospates s'étant présentés pour demander la cause de ces désordres des villageois Bulgares, furent eux-mêmes reçus par des coups de fusil qui confirmèrent dès lors les Musulmans dans leurs appréhensions. Ils demandèrent aussitôt des secours en hommes et en munitions, et, après avoir vainement exhorté les Bulgares à renoncer à leurs projets coupables, qui déjà avaient fait plusieurs victimes parmi eux, ils ouvrirent enfin les hostilités et engagèrent le combat. Il est à remarquer que, même alors, ceux des Chrétiens qui ont demandé grâce ont été désarmés et épargnés; mais les autres qui se sont réfugiés dans l'église en pierre du village et qui ont persisté à continuer la lutte, ont porté l'exaspération des Musulmans à son comble. C'est alors que ceux-ci, pour les déloger de leur abri, ont mis le feu aux quelques bâtisses en bois qui environnaient l'église. Les Bulgares, comprenant enfin le danger qui les menaçait, quittèrent leur refuge, et un combat terrible s'engagea entre eux et leurs assaillants. Il est malheureusement constaté que, pendant cette lutte sanglante, les pertes ont été considérables, de part et d'autre, relativement à la population de ce village qui s'élevait à 1441 âmes. A la pensée de tant de désastres et de ruines on ne peut s'empêcher de maudire ceux qui, en semant la haine et la discorde parmi ces populations crédules et primitives, les

ont poussés à de tels actes de désespoir et de cruauté. || Le notable Bulgare dont la généreuse intervention avait sauvé les jours du fils d'Ali-Agha, envisageant la gravité de la situation, avait passé, dès le début du combat, du côté des Musulmans avec toute sa famille. Les Dospates les ont mis en sécurité dans leurs villages, et ont pourvu à leur entretien. Ils ont fait de même pour les enfants qui ont été trouvés abandonnés, sans parents, après le combat. Ils les ont recueillis et amenés dans les villages Musulmans; de là, l'origine de la nouvelle à sensation, qu'un grand nombre d'enfants avaient été réduits à l'esclavage par les Turcs. On sait, en effet, que d'après les prescriptions de la loi Mahométane, les veuves et les orphelins qui se trouvent sans appui, doivent être adoptés et entretenus par l'autorité jusqu'à ce qu'ils puissent être admis dans d'autres localités. Quelques villageois Musulmans les ont donc amenés dans leurs villages et ont pourvu à leur subsistance. Lorsque l'insurrection a été étouffée, ils ont été successivement renvoyés et réinstallés dans leurs foyers. || Parce que des manoeuvres criminelles des ennemis jurés de la nation ont réussi à semer la discorde parmi les différentes populations du même pays, s'ensuit-il qu'une partie de cette population puisse, impunément, à l'époque où nous vivons, réduire l'autre partie à l'esclavage? C'est là une énormité qui n'a pas le sens commun. Il est fort probable, dans les circonstances dont il s'agit, qu'un petit nombre de femmes et d'enfants Chrétiens se trouvent encore à l'heure qu'il est dans des villages Musulmans, où ils ont été recueillis par humanité et nullement amenés ni retenus comme esclaves. Peut-être ces malheureux, qui sont restés sans gîte et sans appui, s'y sont-ils réfugiés eux-mêmes et rendent-ils, en retour de l'hospitalité qu'ils reçoivent, les services domestiques dont ils sont capables. Ceux qui répandent ces bruits malveillants feraient assurément une meilleure action en informant les autorités qu'un enfant se trouve dans de telles conditions, dans un endroit quelconque, et il est certain, que celles-ci s'empresseraient de le retirer et de le remettre à ses parents ou, à défaut, à ses amis et coreligionnaires. || Quant à la défaite infligée aux insurgés de Boyadji-keuy, dépendant d'Islimié, voici la vérité à ce sujet: || L'éloignement de ce village du foyer de l'insurrection l'avait empêché d'élever des retranchements et de faire des préparatifs de défense. Cependant les bourgs environnants étant habités principalement par des Chrétiens, ceux-ci se proposaient d'en faire leur centre de réunion. D'un autre côté, les insurgés ayant fait leur apparition et des émissaires venus de la Serbie par les Balkans ayant réussi à convaincre les habitants de Boyadji-keuy, ces derniers ainsi encouragés, empêchèrent les Musulmans de traverser leur village. Hachem-Effendi, Caïmacam de Yamboli, dépendant d'Islimié et situé près de Boyadji-keuy, se rendit sur les lieux, accompagné de quelques zaptiés, afin de se rendre compte par lui-même de cette attitude hostile; l'accès du village lui fut interdit. Le Commandant de la division militaire qui se trouvait à Islimié fut aussitôt avisé de la mauvaise tournure que prenaient les choses et se rendit à Boyadji-keuy avec un bataillon et quelques volontaires. A son arrivée de-

Nr. 5762.
Türkel.
4. Aug. 1876.

vant le village, quelques vieillards vinrent à sa rencontre et il leur demanda les raisons pour lesquelles ils avaient empêché les voyageurs et principalement le Calmacam de Yamboli de pénétrer chez eux et pourquoi enfin ils se réunissaient toujours armés. Les vieillards répondirent qu'ils se rassemblaient parce qu'ils avaient peur, et qu'ils étaient impuissants à faire entendre raison aux jeunes gens de leurs familles; sur quoi ils se retirèrent. Aussitôt après leur départ, des coups de fusil furent tirés sur les soldats et ordre a dû être donné d'attaquer le village. Pendant l'action, la plupart des maisons brûlèrent et les bestiaux qui s'y trouvaient se sauvèrent du côté de nos troupes qui les capturèrent. Mais, de là à prétendre que des 2,000 âmes qui composaient la population du village de Boyadji-keuy, cinquante seulement furent épargnées, il y a un abîme. Il a été constaté que ce bruit provenait de rapports faits par la populace elle-même, et l'on sait combien les paysans sont toujours enclins à exagérer singulièrement les faits qui les touchent. || Suivant mes propres renseignements et les investigations auxquelles j'ai procédé, le nombre des Bulgares tués dans cette déplorable affaire peut varier entre 70 et 80 hommes tout au plus. Dans ce nombre, il n'y a eu ni femmes ni enfants, à l'exception, toutefois, d'une seule femme qui a été atteinte par une balle. Les villageois évaluent leurs pertes à 100 ou 110 individus. Mais ils ne tiennent pas compte des fuyards qui se sont réfugiés ailleurs. Ainsi qu'il a été mentionné plus haut, les quelques enfants recueillis dans les villages Musulmans et Chrétiens des environs ont été, par la suite, rendus à leurs parents. On sait, d'ailleurs, que l'un d'entre eux a été confié à un membre Chrétien du Conseil de Yamboli. || Pour ce qui est des effets et des bestiaux qu'on prétend avoir été pillés, nous avons déjà expliqué que les Bulgares, ayant depuis longtemps médité un soulèvement, avaient enfoui tout ce qu'ils possédaient d'objets de valeur dans leurs jardins ou dans leurs champs, qu'ils avaient ensuite pris soin d'ensemencer. Ceci est prouvé par le fait certain qu'ils ont eux-mêmes extrait ces objets après l'apaisement du mouvement insurrectionnel. Il est, dès lors, évident qu'ils ont dû cacher leur argent de la même manière. || Les pertes qu'ils ont subies ne sauraient donc consister qu'en des objets mobiliers, des instruments aratoires, des bestiaux et des denrées alimentaires. Mais comment ces hommes, qui ont mis eux-mêmes, pour la plupart, le feu à leurs villages, pouvaient-ils s'attendre à ne rien perdre de ces objets? Les Musulmans dont les maisons ont été incendiées par les insurgés n'ont-ils pas tout perdu? || Il n'en est pas moins reconnu, toutefois, et nous devons malheureusement le constater, que ceux des villages, comme Otlouk-keuy, qui ont été occupés de vive force, ont été pillés par les paysans volontaires des environs. || En ce qui concerne la question des bestiaux, je dois faire remarquer qu'une partie du bétail disséminé dans les pâturages pendant l'insurrection, avait été confiée à la garde de nos troupes, tandis qu'une autre partie est tombée entre les mains des indigènes et des Circassiens. || Quelques bestiaux appartenant aux paysans qui se trouvaient dans les localités dont les pâturages sont situés aux environs des villages envahis,

ont été également enlevés; mais aussitôt que les autorités ont été informées de cette soustraction, elles ont envoyé des détachements de troupes et des gendarmes à cheval dans les villages soupçonnés de recéler les bestiaux enlevés, avec ordre de les reprendre de gré ou de force et de les rendre à leurs véritables propriétaires, ceux-ci eussent-ils même fait partie des insurgés qui avaient fait leur soumission. || Tous les animaux trouvés dans la possession des ravisseurs et qui n'étaient point réclamés par leurs propriétaires, étaient envoyés dans les troupeaux confiés à la garde de l'autorité pour être ensuite remis à ceux des héritiers des paysans morts dans la lutte qui pouvaient les réclamer à bon droit. || Les populations avaient, d'ailleurs, été informées que tout avis donné à l'autorité de la confiscation de têtes de bétail, au préjudice de leurs véritables propriétaires, serait suivi de la reprise et de la remise immédiate de ce bétail à qui de droit. || Grâce à ces dispositions arrêtées par les autorités Impériales, un nombre considérable d'animaux trouvés parmi les troupeaux confiés à la garde des préposés, ou bien en la possession d'individus qui se les étaient appropriés, ont pu être restitués à leurs propriétaires. || Néanmoins, il existe encore quelques-uns de ces derniers que leur participation à la rébellion empêche de se faire connaître, et d'autres qui ne songent qu'à s'éloigner sous prétexte de se mettre à la recherche de leur bétail. C'est ce qui fait qu'il y a toujours de grands troupeaux qui se trouvent sous la garde des employés de l'autorité. || Il est superflu de le répéter; le mouvement insurrectionnel, qui a éclaté vers la fin d'Avril, n'ayant pas duré longtemps, les récoltes heureusement n'ont pas eu à souffrir. Grâce à Dieu, cette année l'agriculture dans cette contrée est très-favorisée, et le blé, le foin et le seigle sont en pleine production. Les villageois étant rentrés dans leurs foyers, la récolte a déjà commencé et les produits sont transportés sur les aires. Les cultures de maïs sont dans des bonnes conditions. || On a procédé pour les récoltes comme on l'avait fait pour les bestiaux, en annonçant publiquement qu'elles seraient remises aux propriétaires s'ils sont vivants, et à leurs héritiers si leurs parents sont morts. || Tous les habitants compromis, qui témoignent de leur repentir, sont autorisés à retourner dans leurs foyers. Ceux dont les maisons ont été brûlées, se sont empressés de reconstruire des huttes provisoires dans lesquelles ils s'abritent. Cependant, comme ce sont eux qui s'étaient faits les instruments des incitations étrangères et qui avaient les premiers manifesté leur haine contre les Musulmans, ils ne sont pas encore complètement convaincus de l'attitude pacifique de ces derniers; pourtant cet état de suspicion et d'hésitation réciproques tend à se dissiper tous les jours davantage. Le Gouvernement Impérial, de son côté, fait tous ses efforts pour rétablir la confiance dans les esprits des deux partis et le calme dans les coeurs. Il s'occupe avec sollicitude de ceux qui ont souffert et qui réclament son assistance. || Quelques rapports de Consuls et certains journaux font allusion aux sentiments de haine et de mépris qui subsistent encore chez les paysans Musulmans contre leurs concitoyens Bulgares. Mais on oublie de se rendre compte

Nr. 5762.
Türkei.
4. Aug. 1876.

d'une situation qui a menacé de mettre à feu et à sang la Bulgarie tout entière. Dans quel pays du monde où la guerre civile a porté ses ravages et a soulevé à ce point les passions populaires voit-on les combattants de la veille se réconcilier le lendemain? Quel est l'homme qui peut voir d'un oeil confiant l'ennemi qui, après avoir porté atteinte à sa vie, à son bien et à son honneur, a fait l'aveu public de ses sentiments d'hostilité devant ses juges eux-mêmes? || La population Musulmane, je le répète, savait à l'avance que les insurgés se proposaient de mettre le feu partout et de se livrer au massacre. || Néanmoins lorsque les incendies se déclaraient une nuit sur plusieurs points de Philippopoli et dans les districts avoisinants de Tatar-Bazardjik, les Musulmans, au lieu de se laisser entraîner à des excès par le sentiment du danger et celui de la légitime défense, ne se sont préoccupés que d'une chose: le salut de la patrie et la sauvegarde de l'ordre public. || Les Bulgares qu'ils considéraient comme leurs frères et avec lesquels ils vivaient depuis tant d'années en parfait accord, se déclarent tout-à-coup leurs ennemis, se livrent contre eux aux dernières violences et ne craignent pas de confesser plus tard que leur but était de les faire tous tomber sous leurs coups. || Qu'y a-t-il d'étrange, après cela, qu'il subsiste encore dans le coeur de ces populations un germe de haine et de méfiance qui ne peut disparaître que lentement et à la longue? || Personne, si ce n'est les ennemis implacables de ce pays, ne saurait considérer une pareille situation sans un profond sentiment de tristesse. Mais, de même qu'une blessure ne peut se cicatriser du jour au lendemain, de même il faut attendre de l'oeuvre du temps et des efforts de toute nature qui seront employés pour atteindre ce but, que les animosités se dissipent et que les ferments de vengeance s'apaisent. || L'attitude des criminels Bulgares devant les tribunaux mixtes n'est point faite, il faut bien le dire, pour rassurer les Musulmans. Leurs aveux et leur manière arrogante de dévoiler leurs plans ne respirent point le repentir ni même le regret; mais on sait, heureusement, combien la nation Bulgare tout entière désavoue ce langage et réproouve cette attitude hautaine qui provoque le sourire des Musulmans. || Les Autorités Impériales font, d'ailleurs, tout leur possible pour ramener la concorde parmi ces populations et pour mettre une prompte fin aux causes accidentelles qui les ont divisées un instant. || Après l'exposé sincère et historique des faits qui précèdent, il ne nous reste plus qu'à implorer l'assistance du Tout-Puissant en faveur de l'oeuvre entreprise pour rétablir l'ordre, la confiance et la sécurité au milieu de populations si dignes d'intérêt et qui ont été si éprouvées par des malheurs qu'elles n'avaient point mérités.

Nr. 5763.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendung des ausführlichen Berichtes von Mr. Baring.

Therapia, Sept. 5, 1876.

My Lord, — I have the honour to enclose a copy of Mr. Baring's very full report of his inquiries into the atrocities committed upon the Christians in Bulgaria, which it is necessary for me to accompany with many observations of my own. It establishes only too clearly, that the cruelties had been carried on on a scale fully sufficient to justify the indignation that they have called forth, although the number of victims, given at one time at 60,000, and afterwards at 30,000, are fortunately shown to be vastly exaggerated. Your Lordship will observe that although the accounts that were circulated of the brutal manner in which the insurrection was suppressed have been generally borne out, many of the especially sensational incidents reported have been shown to be disproved or very much over-coloured. The worst case reported on by Mr. Baring is that of Batak, which equals or exceeds in horror any that had been alleged; but it had scarcely been heard of till discovered by him. || Your Lordship will be satisfied, that Mr. Baring has performed his duties with the impartiality and conscientiousness that were to be expected of him. I take also this opportunity of transmitting to your Lordship the copy of a letter which the United States Minister has been good enough to communicate to me from Mr. Schuyler, the American Secretary of Legation and Consul-General, who was sent to make inquiries similar to those of Mr. Baring's. He accompanied several newspaper correspondents; but I am told that none of the party had the advantage possessed by Mr. Baring of understanding Turkish, which most of the Bulgarians can speak, and they were necessarily a good deal at the mercy of the Bulgarian interpreter whom they took with them. || The enclosed report of Chakir-Bey, who had been sent by the Porte to make an inquiry in the vilayet of the Danube, is as unsatisfactory a document as could well be seen. || The report of the Extraordinary Tribunal at Philippopolis is likewise enclosed. || In it will be found the programme of the insurgents, which the Turks affirm, and Mr. Baring believes, to be an authentic document. || I have, &c.,

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5 Sept. 1876.

Henry Elliot.

Beilage.

*Report by Mr. Baring on the Bulgarian Insurrection of 1876.**Origin and Outbreak.*

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

About 14 years ago the Bulgarian Committee was established at Bucharest for the purpose of fomenting insurrection in Bulgaria, and of wresting that rich province from the hands of the Turks, to add it to the great South Slavic Empire which schemers in Moscow and elsewhere have decided shall be built up on the ruins of the Austrian and Ottoman Empires. Revolutionary ideas were not, however, at first received with enthusiasm by the Bulgarian people, who are a peaceful race, and who were, moreover, comparatively well treated by the Turkish authorities, who purposely fostered dissensions between them and the Greeks, fearing lest a too good understanding between the great sections of rayahs might be fraught with danger for the peace of the Empire. It was not, therefore, till 1867, during the Cretan insurrection, that the Bucharest Committee thought that the time had arrived for action; emissaries were despatched to find out the temper of the people, and to excite them, if possible, to rise; but the mission of these agitators failed signally, and they had to return to those that sent them, with the news that the Bulgarians were not yet fit to be admitted into the bosom of the Panslavic family. From this period to the spring of 1875 the Slav propaganda was carried on steadily throughout the province by agitators and emissaries of every sort, and though, I am positively assured, the Turkish Government was perfectly well aware of the presence of these men, with that *insouciance* for passing events which is one of the chief characteristics of the Sublime Porte, they never made the smallest attempt to arrest them or to counteract the effect of the revolutionary ideas they were instilling into the minds of the people. In the spring of 1875 the insurrection broke out in the Herzegovina. This was an opportunity not to be lost, and the emissaries made great efforts to get up a revolt, and actually succeeded in making a slight disturbance at Eski-Zaghra in the month of October. This revolution, or rather riot, ended in a miserable failure; all who had a hand in it vied with each other in betraying their neighbours, and the outbreak was quelled without the smallest difficulty. || It is somewhat curious to note that at that time certain mysterious "hodjas" who constantly frequented the mosques of Eski-Zaghra and other towns, were loud in their denunciations of the authorities for showing what they declared to be a culpable leniency towards infidels, whose intention it evidently was to destroy the Mussulman faith, and they called upon all good Moslems to rise and massacre the unbelievers. One of these apostles, becoming objectionably demonstrative at Slimnia, was arrested, and, upon being submitted to personal examination, was found to be no Moslem at all. This incident speaks for itself, as it is not difficult to devise from what quarter this pretended "hodja" had his instructions.

When the Andrassy Note was presented to the Porte a petition was drawn up in Bulgaria, and sent to the Grand Vizier. It demanded for the Bulgarians the right of serving in the army instead of paying "bedeli askerieh"; that half of the Government employés in the province should be Bulgarians.

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

General Reduction of Taxation.

During 1875 it was evident to the Bucharest Committee that the position of the Ottoman Government was becoming critical, and also that heavy taxation had produced deep discontent among the Bulgarians. Accordingly, on Feb. 20 (March 3) last 20 fresh emissaries were sent into the country to make another attempt to bring about an insurrection. A man of the name of Benkowsky was to take the Sandjak of Philippopolis, while one Vankoff was to proceed to Eski-Zaghra. Their instructions were to appoint sub-committees of 10 in each of the towns and of four in the villages, a condition being made as regards the latter that the priest and schoolmaster should be *ex-officio* members. This will explain the active part taken by these two classes of men in the late rising. The schoolmasters are men who have many of them been educated in Russia, and are a strong example of the truth of the adage that "a little knowledge is a dangerous thing". They have returned to their homes with a smattering of education and a mass of ideas respecting Panslavism in their heads; these ideas they have endeavoured to propagate, and the unfortunate people have now to thank them and their spiritual pastors for a large share of the miseries which have befallen them. When the sub-committees were formed they set about collecting money, and up to March 9 (21) 1,450 Turkish pounds had been collected. On March 10 (22), an emissary was arrested at Sofia, but did not reveal the plans of his comrades. Money was sent to Constantinople and Bucharest for the purchase of arms; but for different reasons the orders were not executed, and the committee had to content themselves with such old fashioned and inferior weapons as they could collect in the province. On March 19 (31) a meeting of 80 agitators took place at Otlou-keui, and the date of the general rising, which the Bucharest committee had fixed for April 18 (May 1), was postponed till after May 1 (13). The plan of action decided on was shortly as follows:

To destroy as much of the railway as possible, including the bridge at Ouzoun-Keupni. || To burn the rolling stock at Sarembey. || To set fire to Adrianople in a hundred, and to Philippopolis in sixty places, and also to burn Sofia, Tatar-Bazardjik, Tchtiman, Isladi, and a number of villages. || To attack the Turkish and mixed villages, and to kill all Mussulmans who resisted and take their property. || To occupy certain important points, such as Avrat-Alan, Kalofer, Tchoukourlou, &c. | Bazardjik to be attacked with 3,000 men, and the Government stores seized. || The rising to be general and simultaneous. || Such Bulgarians as refused to join the insurrection to be forced into it, and their villages burnt.

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

On April 18 (May 1) another meeting was held at Metzka, when Benkowsky informed his comrades that their plans had been betrayed by one Nenko, and that the rising must consequently be precipitated. Accordingly, obedient to his orders, the people of Avrat-Alan and Otlou-keui rose and killed such Mussulmans as they could lay hands on, and erected some rough fortifications; other villages, such as Yeni-keui, &c., were visited by small bands of men with flags, who told the peasants they must leave their homes or otherwise the Turks would massacre them, and that a large Russian army was ready to cross the Balkan. At Zindjirli, the priest, the schoolmaster, and some other men actually drove the inhabitants out and forced them to set fire to the village. In the neighbourhood of Otlou-keui four small Turkish villages forming what is known as the Yourouk-Mahallin were burnt, as was also the mixed village of Strelja, and a considerable number of Bulgarians from the neighbouring villages repaired to Avrat-Alan and Otlou-keui. At the same time some slight preparations for resistance were made at Bratzigovo, Prasadum Derwent, and also apparently at Peroustitza, though what really took place in the latter village is involved in considerable mystery. Benkowsky, leaving the neighbourhood of Otlou-keui, went to Bellova, where he incited the people to rise, telling them that 1,500 men were to come from Batak, 2,000 from Bratzegovo, 1,000 from Teshtera and 8,000 from Otlou-keui, for the purpose of attacking Tatar-Bazardjik, and that they consequently need not fear their Turkish neighbours. He recommended all the peasants who came to him to burn their houses, as they would afterwards be rebuilt of marble. At Bellova there were seven zaptiehs, six at the railway station, and one employed in the "établissement des bois". Benkowsky gave orders that these men should be disarmed, and a body of insurgents proceeded to the station for the purpose, vowing vengeance, however, against an Arab zaptieh who had apparently ill-treated some of them. The zaptiehs resisted, the station was set on fire, and the six men were shot as they came out, the story about their having been smeared with petroleum and burnt being a simple invention. The other zaptieh was persuaded by some Europeans to offer no resistance and, on his being taken into the presence of Benkowsky, the latter paid him the sum of £ 12 10s Turkish for his horse, arms and accoutrements, which were seized for the benefit of the Bulgarian insurgents. || These details were given to me by a gentleman who had business at Bellova, and who conversed with Benkowsky upon several occasions. || At Vetren, a village on the high road between Bazardjik and Sofia, the insurgents cut the telegraph wires, burnt the guard-house and small Turkish village of Palanka, and fired on the post and on some zaptiehs who were escorting Hassan Pasha's harem. || It is now necessary to glance at the measures taken by the Turks to suppress the insurrection. Some of the village mudirs had reported to head-quarters that they thought a rising probable; but their warnings were unfortunately allowed to pass unheeded; accordingly, when the insurrection did break out, it found

the authorities utterly unprepared. On April 19 (May 1), Aziz-Pasha, the Mutessarif of Philippopolis, proceeded to Bazardjik, where he stayed a day or two to procure information. He then left for Otlou-keui with a few of the notables and about 100 guards. This alarmed the population, and when, somewhat later in the day, a report was spread that the Pasha was surrounded, a general panic ensued; shops were shut, village people who had come with their bullock-carts to the market fled, leaving everything behind them, and Mussulman women rushed about the streets, crying "Gisour Guelmisch", "Moscow Guelmisch". The Turks immediately flew to arms, and the position of the Christians was most critical. The Kaimakam lost his head completely, and hid himself. || In the meantime a train arrived with 400 regular troops, and Hafiz-Pasha went about the town endeavouring to reassure the people, and prevented the Mussulmans from doing any mischief. In the evening some wounded gipsies arrived, saying that the Bulgarians were rising all over the country, which naturally increased the terror of the Mussulmans. Aziz-Pasha, who had not been surrounded, but who had been turned back by the alarming reports he had heard on the road, now returned to Bazardjik and told the Turkish notables, who went to remonstrate with him for his being too favourable to the Bulgarians, that had he but four battalions of regulars he could suppress the insurrection at once. This was most undoubtedly true; but unfortunately these four battalions were not forthcoming at that moment. Aziz-Pasha then went back to Philippopolis, and the Medjliss of Bazardjik got some 400 armed Turks in from the surrounding country for their protection, and sent orders to Achmet-Agha, of Dospat, to march against Batak, where some Mussulmans had been killed, and the people were reported to be rising, which order he executed by utterly destroying the village on May 9. || At Philippopolis there was also a considerable panic, but, perhaps, not such a one as at Bazardjik. The Vali of Adrianople, on being applied to by the Mussulmans, telegraphed that they must arm and defend themselves, and sent Raschid-Pasha to command them. At first every man only had such arms as he happened to possess; but subsequently the Government distributed arms among the volunteers. The inhabitants of the Mussulman villages received orders to defend themselves in case of need, and some 2,000 irregulars were brought from Hasskeui. The fact is, that the country was for a moment in a complete state of anarchy, and everybody gave orders to everybody else respecting the arming of this village or the attacking of that one. The responsibility of calling out the Bashi-Bazonks must, however, I think, rest with the Vali of Adrianople, who in reply to the question asked from Philippopolis, replied by ordering a general arming of the Mussulmans. His orders were, however, no doubt anticipated by some of the Mussulman Beys, particularly by those of Tatar-Bazardjik, who are notorious for their fanaticism. || At this time Aziz-Pasha, who had not been favourable to the general arming, was recalled from Philippopolis, and was replaced by Hamid-Pasha, to whose firmness and impartiality

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

the Christians of that town undoubtedly owe their safety. By protecting them, however, he incurred the serious displeasure of the fanatical section of the Mussulmans, who have more than once petitioned for his recall. At last the Government at Constantinople, having become alive to the fact that there was an insurrection in Bulgaria, despatched some troops from the capital, while others under Hassan-Pasha came down from Nisch. On May 7 the latter entered Vetren, burnt 130 houses out of 400, and arrested a certain number of men. He then went through Bazardjik to Bratzigovo, the inhabitants of which had been fighting against the Bashi-Bazouks for about a week, during which time 50 houses were burnt, and called upon them to surrender. The villagers accordingly laid down their arms, and Hassan-Pasha made 50 prisoners. The Bashi-Bazouks, as usual, wanted to burn and pillage the village; but this the Pasha refused to allow, threatening to fire upon them if they attempted anything of the sort. Unfortunately, after Hassan-Pasha left, a certain Mehmet Ali-Bey, a fanatical notable of Bazardjik, returned to Bratzigovo with a number of Bashi-Bazouks and plundered it, cartloads of stolen property being taken away. || Other troops under Hafiz-Pasha marched upon Otlou-keui and Avrat-Alan, and, arriving at the former on May 12, without the smallest difficulty reduced the insurgents to obedience. Raschid-Pasha went from Philippopolis to Peroustitza, and, after encountering some resistance, entered the village and burnt it to the ground on May 13. No sooner did the regular troops appear on the scene than the insurrection was at an end, and much bloodshed and useless destruction of property would have been spared had they only been despatched somewhat earlier. || In this imperfect sketch of the outbreak I have not entered upon the subject of atrocities committed, or said to have been committed, as it will be necessary hereafter to give a more detailed account of what took place in each of the principal villages. || I have stated above that the insurrection was suppressed; it is now necessary to examine the manner in which this was done. The most appalling stories were spread abroad respecting the atrocities committed on the Bulgarians, and, finding their way into the English papers, naturally created a feeling of intense indignation against the perpetrators. It was said, that cartloads of heads had been paraded about the streets of different towns. That women and children had been publicly sold in the streets of Philippopolis and Tatar-Bazardjik. That horrible tortures had been practised upon the prisoners. That 40 young girls had been ravished and then burnt alive in a barn. That at least 25,000 perfectly innocent persons had been massacred. That a large number of villages, differently stated as being between 60 and 100, had been burnt. || It is utterly untrue that cartloads of heads were ever paraded in the streets of any town; but I think I can trace the origin of the story, which was telegraphed to England from Servia. During the insurrection about 150 insurgents crossed over from Roumania in the Radetzky, and were encountered and defeated by Bashi-Bazouks to the north of Sofia. Some of the dead were decapitated by the con-

querors, who brought the heads into Sofia on bayonets and poles and took them to the konak, were the Pasha told them that he wanted not dead men's heads, but live prisoners, from whom he could obtain evidence. It is not true that women or children have been publicly sold in the streets under the very eyes of the authorities at Philippopolis or Tatar-Bazardjik. During the terrific confusion that followed the insurrection there is no doubt that many children were lost. Some of these have been taken into the houses of charitable persons, and others have now been recovered by their parents. Some may be in the houses of Mussulmans; but I have not heard one single properly authenticated case of sale. In fact, respectable Bulgarians themselves at Philippopolis and elsewhere have told me that these stories of sales are only fabrications. As regards young women, a certain number have no doubt been carried off from different villages by the Bashi-Bazouks, who keep them in their harems; *e.g.*, after the awful massacre of Batak about 80 young women and girls were taken to the Mussulman villages of Nevrokop, Inipliza, Alanjevo, Kara-Boulak, Yeni-Mahalle, Rekitvo, Dorkovo, Bania, Corsova, Babiak, Kozak and Fotentzi, where they still are. One man of Batak, who knew his wife was in the house of a Turk named Alihko, of Bania, applied to the authorities at Tatar-Bazardjik, and a zaptieh was sent to look after her. As, however, he came back saying he could not find her, the man was told that, if he wanted his wife, he must get her himself. Of course what took place at Batak may also have taken place elsewhere; though I only heard myself one more case, *viz.*, of a woman of Prasadum Dervent, who said her daughter was in the house of a Turk belonging to a neighbouring village. || The question of the tortures said to have been inflicted on the prisoners is one most difficult to decide, the evidence on the subject being so very conflicting. The Bulgarians in Philippopolis absolutely assert, that the greater portion of the evidence given at the trials was extracted by torture; the Turks as absolutely deny, that anything of the sort has taken place. During my journey I saw two men who declared to me that they had been tortured. One of these, a native of Philippopolis, was arrested and imprisoned for 78 days, 19 of which he passed in what is known as the "Polizza", a dark, damp little dungeon, in which there is only just room for a man to lie down. He said he was taken out at night and asked by two zaptiehs about one Tzocow and other notables of the town, and also whether he had taken arms to Peroustitza; on his declaring that he had no information to give an iron ring was fastened round his neck which was attached to a chain passed through another ring in the ceiling, and he was then gradually drawn up till his toes only just touched the ground, and kept in that position till he fainted. He was never examined before the Court, and at the end of 78 days was released. This is the man's story as I heard it from his own lips; but of course I have no means of proving its correctness or incorrectness; only it appears somewhat strange to me that this man should have been tortured by two common zaptiehs without any superior official being present

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Nr. 5763. Gross-
 oritannien.
 5. Sept. 1876.

to take down what might be extorted from him. The other man I saw was a priest, who said, that, having been arrested, he was sent to Bazardjik, and on the way was brutally beaten by the zaptiehs and Bashi-Bazouks who escorted him, till, to save himself, he signed a paper implicating certain persons. He was then sent to Philippopolis, where he was confined for 35 days, during part of which time he was chained to the bars of a window, and iron hooks placed in his mouth. The medical man attached to the prison at Philippopolis, Dr. Vlados, a Greek gentleman, with whom I conversed on the subject, declared that he utterly disbelieved these stories of torture. At any rate, though the prisoners had not been behindhand in complaining of other things, not one of them had said he had been tortured; he had free access to the prisons, and if torture had been used it is more than probable that some one would have made a complaint to him. A priest had complained of having been beaten on the road and showed his bruises. Confinement in the "Polizza", he said, though no doubt extremely disagreeable, could not be regarded as actual torture. Though I am unable positively to decide whether prisoners were or were not tortured for the purpose of extracting evidence, there is no doubt that, while they were being conveyed to Philippopolis from the places where they were captured, they were in many cases most brutally ill-treated. This was especially the case with 400 men, who were marched heavily chained from Bazardjik to Philippopolis, and who, on their entry into the latter place, were mercilessly beaten by their escort, and pelted and insulted by the Musulman mob. Again, 80 prisoners were sent from Philippopolis to Sofia; five of them died on the road. Immediately after the suppression of the insurrection, when the feeling against the Bulgarians was strongest, the zaptiehs even beat the prisoners while escorting them from the prison to the place of trial. When the great mass of prisoners came in from the surrounding country, there is no doubt that the overcrowding in the prisons at Philippopolis was terrific; 265 men were confined for four days in a bath, in which there was not the smallest attempt at drainage, the stench becoming so fearful that the guards could not even sit in the ante-room, but had to stay in the street. One prisoner died here of typhus fever, and, it being represented to the authorities that a pestilence might break out in the town, they had the prisoners removed to a khan. || I have no doubt that at the commencement the treatment of the prisoners was harsh in the extreme; a gaoler would give a blow where a word would have sufficed; and, moreover, petty annoyances were practised on Bulgarians which showed a mean and contemptible spirit of revenge; *e.g.*, a Turkish official, Nami-Effendi, First Secretary to the Government, going one day to the khans which served as prisons, found the doors of the room open on account of the heat. He ordered them to be shut, and his orders were obeyed. On another occasion the "Tahkkik Midjlissi" tried to serve out mouldy bread unfit for food to the prisoners; but the plan was thwarted by Dr. Vlados. It is possible, however, that peculation rather than

the infliction of pain was the object of this unfeeling action. The prisoners receive daily 300 drams of bread (not quite 34oz.), but no other provisions; it must, however, be remembered that the Turkish troops on their way to the seat of war receive no rations but bread between Constantinople and Nisch. When I visited the prisons on July 21 they were not overcrowded; but then a large number of prisoners had been released; they also appeared to me to be tolerably clean. || I now come to the story of the burning of the 40 girls, who are supposed to have been refugees from Seloi Yeni-keui, a village in the vilayet of Towna, the deed having been said to have been committed in a barn near Kalofer, a place situated on the southern side of the Balkans, some six hours from Yeni-keui. The only person who could tell me anything about this story declared that the barn was within half an hour's distance of Kalofer; but on inquiring at that place I found that no one had ever heard tell of it. Later on I was able to go to Yeni-keui itself, and there the villagers positively denied that anything of the sort had taken place. On my return to Philippopolis from Tatar Bazardjik I heard that a Turk had been found who, in a café, had boasted of having been present when this deed was committed. I made an unsuccessful attempt to find this man; but on inquiry I discovered that the story of his existence rested on the assertion of a man named Eski Petro, of Sopot, whom I know, by personal experience, to be remarkable for his mendacity. || The question of the number of persons who perished in the late outbreak is the one that perhaps presents the greatest difficulty to any one wishing to draw up a fair and impartial report of what took place. During my journey I have heard the number of killed differently estimated at anything between 200,000 and 1,830, the latter being the Turkish official estimate, and the former the calculation of a Bulgarian gentleman whom I happened to meet. The greatest loss of life undoubtedly took place at Batak, and there are certainly not more than 1,500 people belonging to that village left alive. Discover the number of inhabitants previous to the insurrection, and you can immediately ascertain the number of killed. But here arises the difficulty; the population is reckoned at anything between the 1,441 "âmes" of Edib-Effendi's report and 9,000. The former calculation is evidently far below the mark, as the official returns give the number of houses as 494, so that Edib-Effendi's figures would give not quite three inhabitants to a house, which calculation is obviously erroneous. From Edib-Effendi's report one would gather that there were 1,441 souls in Batak, whereas those are the very figures given me by the Mutessarif of Philippopolis as the official return of males "noufouz" paying the "bedeli askerieh". On the other hand, those who accept the highest estimate of 9,000 place the number of houses at 900, which I think is above the mark. I am informed on good authority that too great reliance cannot be placed on the official "noufouz", as the population is invariably understated in it, the inhabitants sending in false returns in order to escape taxation. Persons who know Bulgarian villages well tell

Nr. 5763.
Grom-
britannien,
5. Sept. 1876.

Nr. 5763. me that one may fairly calculate 10 inhabitants to a house, as married sons
 Gross- usually live in their fathers' houses. Adopt this calculation for Batak, put
 britannien. the number of houses at 650, the figures given me by a person who knows
 5. Sept. 1876. the place well, and the result will be 6,500 inhabitants. Of these 1,500 re-
 main; 5,000 must therefore have perished in the massacre. This calculation
 of 10 people to a house may not be correct in all villages. At Peroustitza
 the average is not quite six; but at Batak the houses are said to have been
 crowded, and I therefore have less hesitation in applying these figures to that
 village than to any other. || I have given my calculation, and have stated the
 means by which I have arrived at it. Some may object that it is mere guess-
 work. In a country where reliable statistics are unprocurable, one can but
 guess at the amount of the population. All an inquirer can do is to get the
 best information he can from the most impartial sources and draw his own
 conclusions. Should the Turkish authorities be able to prove my estimate to
 be incorrect, I will willingly acknowledge my error. Again, take Peroustitza,
 a village of 350 houses and of about 2,000 inhabitants; the Turkish official
 returns place the number of killed at 300 (the official report says most of
 these committed suicide, the fact being that one man did), while the Bulgarians
 say 1,000 people perished. The truth, of course, lies between these two esti-
 mates; but from all I could discover I should say that the Bulgarians were
 in this estimate nearer the truth than the Turks. During the fighting that
 took place there 450 people escaped to Yustina, and afterwards about 500
 men, women and children were taken to Philippopolis. It is difficult to imagine
 that the whole of the remaining population could have been killed, so that I
 think the loss of life should not be stated at above 750. The only place in
 this province I visited where the inhabitants had made out anything like a
 detailed list of killed was at Otlou-keui, where a regular statement, made by
 the Bulgarians themselves, was shown to me of the losses of the different
 quarters, the result being as follows:

Men	262
Women	284
Children	217
	763.

At the time of the outbreak of the insurrection a large number of people from the surrounding villages flocked to Otlou-keui, and when Hafiz-Pasha arrived, according to the Bulgarian estimate, there were 12,000 strangers present. A considerable number of these were no doubt killed — my informants said 1,000 or 1,200; but they did not pretend to be able to answer for the accuracy of their estimate. In the caza of Philippopolis, 18 villages were partially or totally destroyed; but I have only been able to obtain reliable statistics of persons killed from eight of these, viz.: Dervent, 250; Zindjivli, 70; Peroustitza, 750; Strebitchko, 40; Boriovo, 13; Dedovo, 2; Pastoutcha, 17;

Leshnik, 20; total, 1,162. Four of these villages, viz., the first three and the last, I have visited myself; the statistics of the others I procured from a reliable Bulgarian source at Philippopolis. In the caza of Tatar-Bazardjik 33 Christian villages were destroyed; but I can only offer statistics of the loss of life in eight of them, viz.: Batak; about 5,000; Radilovo, 25; Sert-Harmanly, 30; Caramousal, 50; Lesitchovo, 3; Otlou-keui, 763; Yeni-keui, 60 (the inhabitants say that 60 actually known to have been killed, others missing, cannot say how many); Bratzigovo, 52 (45 killed when village was taken by Hassan-Pasha, and 7 men who had been released from prison at Peshteva murdered on the road); total (about), 5,983. To these must be added 130 persons killed at Avrat-Alan, and six men belonging to Peshtera, one of whom was murdered near his own village, and five who perished at Batak, to which place they had gone on business; thus raising the total to 6,119. || I have visited all the above-mentioned villages except Sert-Harmanly and Bratzigovo; but I have my information respecting the latter from a good source. As regards Bratzigovo the figures given me by a Bulgarian native tally exactly with those I received from Hafiz-Nouri-Effendi, a highly respectable Turk of Philippopolis. It will be seen from what I have stated above that I put the loss of life at 7,145; but unfortunately it cannot be inferred from this that the total number of Bulgarians killed in the sandjak of Philippopolis is represented by these figures. Where the Bashi-Bazouks went at the early part of the insurrection they killed any villagers they laid hands on, and though the majority of the inhabitants of many villages, either at the instigation of the revolutionists or from fear of the Bashi-Bazouks, left their homes and took to the mountains, some, being unable or unwilling to fly, remained behind and were ruthlessly butchered. Taking all these circumstances into consideration, I think I cannot be accused of exaggeration, nor of wishing to paint things blacker than they really are, if I maintain the estimate I previously made, viz., that about 12,000 persons perished in the sandjak of Philippopolis. My figures are open to correction. I have said, and I repeat, that the difficulty of obtaining a really reliable estimate is immense. Persons who talk about 25,000 and 30,000 lives lost draw their information almost entirely from their own fertile brains. On the other hand, anybody who has had the misfortune to visit Batak, cannot read without indignation the report of the Turkish Commissioners published in the *Turquie* of Aug. 21, and which puts at 1,836 the number of Bulgarians killed in "fighting the Imperial troops and volunteers". || It is not much easier to discover the number of Mussulmans killed than it is to give a correct estimate of Christian lives lost; but the list I append I have received on good authority, and I think may be relied on:

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Nr. 5768.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Name of Place.	Men.	Women and Children.	Total.
Tchanakdje	4	—	4
Otlou-keui	12	2	14
Bratzigovo	—	2	2
Avrat-Alan	71	1	72
Zindjivli and Yeni-keui	26	4	30
Ghelvere	6	3	9
Radilovo	2	—	2
Dervent	14	—	14
Peroustitza	3	—	3
Lesitchovo	5	—	5
Batak	3	—	3
	146	12	158
Yourouk-Mahallesi:	5	—	—
	151	12	163

Some Mussulmans were also, I believe, killed at Strelidja; but I could not ascertain the number. At Okdjelar (Yourouk-Mahalleri), which was burnt by the insurgents, a Mussulman is said to have been roasted. At Carlovo I heard a fearful story of a Turkish boy whose arms were flayed by the insurgents, who said they would make a "tchesskeri", or jacket, for him out of his own skin; but I cannot guarantee the truth of this tale. The place where the Bulgarians showed the greatest ferocity was at Avrat-Alan, for they massacred 72 Mussulmans in cold blood, viz., the Mudir and his secretary, three zaptiehs, 64 gipsies and one Turkish girl. It was said, that the Mudir's wife had also been murdered; but it has now been plainly proved that she was not in the place at the time of the outbreak. Altogether, the number of Mussulmans killed in cold blood probably does not exceed 200 for the whole sandjak of Philippopolis. I have not heard an estimate given of the number of irregulars killed in fighting; but I should think, from all I gather, that they might be counted by tens rather than by hundreds. A certain number of zaptiehs, who were naturally scattered about the country, were killed; but I cannot discover, that a single man of the regular army fell while fighting against the insurgents in this sandjak.

The following is the list of the Bulgarian villages totally or partially burnt in the districts of Philippopolis and Tatar-Bazardjik.

[Folgt das Verzeichniss.]

It is now necessary to give a short account of the circumstances which attended the destruction of some of the largest of these villages.

[Es folgen Details, aus denen Nachstehendes herauszuheben ist.]

Batak. — I have now to give an account of the most fearful tragedy that happened during the wole insurrection, and about which, till a very short time ago, little or nothing had been said. The Medjliss of Tatar-Bazardjik, hearing that preparations for revolt were going on in this village, ordered Achmet-Agha of Dospat to attack it, and this individual, having joined his forces with those of Mohammed-Agha of Dorkovo, proceeded to carry out these orders. On arriving at the village he summoned the inhabitants to give up their arms, which, as they mistrusted him, they refused to do, and a desultory fight succeeded which lasted two days, hardly any loss being inflicted on either side. On May 9 the inhabitants, seeing that things were going badly with them, and that no aid came from without, had a parley with Achmet, who solemnly swore that, if they only gave up their arms, not a hair of their heads should be touched. A certain number of the inhabitants, luckily for them, took advantage of this parley to make their escapes. The villagers believed Achmet's oath and surrendered their arms; but this demand was followed by one for all the money in the village, which of course had also to be acceded to. No sooner was the money given than the Bashi-Bazouks set upon the people and slaughtered them like sheep. A large number of people — probably about 1,000 or 1,200 — took refuge in the church and churchyard, the latter being surrounded by a wall. The church itself is a solid building and resisted all the attempts of the Bashi-Bazouks to burn it from the outside; they consequently fired in through the windows, and getting upon the roof tore off the tiles and threw burning pieces of wood and rags dipped in petroleum among the mass of unhappy human beings inside. At last the door was forced in, the massacre completed and the inside of the church burnt. Hardly any escaped out of these fatal walls. The only survivor I could find was one old woman, who alone remained out of a family of seven. When the door was broken in, and she was expecting immediate death, a Turk took her by the hand and saying: "Come, old woman; I am not going to hurt you", led her away and saved her life. The spectacle which the church and churchyard present must be seen to be described; hardly a corpse has been buried; where a man fell there he now lies, and it is with difficulty that one picks one's way to the door of the church, the entrance of which is barred by a ghastly corpse stretched across the threshold. I visited this valley of the shadow of death on July 31, more than two months and a half after the massacre; but still the stench was so overpowering that one could hardly force one's way into the churchyard. In the streets at every step lay human remains, rotting and sweltering in the summer sun; here a skull of an old woman, with the gray hair still attached to it; there the false tress of some unhappy girl, slashed in half by a yataghan, the head which it had adorned having been probably carried off to be devoured by some of the dogs, who up to this have been the only scavengers. Just outside the village I counted more than 60 skulls in a little hollow, and it was evident from their appea-

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Nr. 5768.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

rance that nearly all of them had been severed from the bodies by axes and yataghans. From the remains of female wearing apparel scattered about, it is plain that many of the persons here massacred were women. It is to be feared also that some of the richer villagers were subjected to cruel tortures before being put to death, in hopes, that they would reveal the existence of hidden treasure. Thus Petro Triandaphyllos and Pope Necio were roasted, and Stoyan Stoychoff had his ears, nose, hands and feet cut off. Enough, I think, has been said to show that to Achmet-Agha and his men belongs the distinction of having committed perhaps the most heinous crime that has stained the history of the present century — Nana Sahib alone, I should say, having rivalled their deeds. As regards the numbers of killed, I have before stated, that about 5,000 is my estimate. I am aware, that others place it higher; but, be this as it may, whether the slain are to be counted by hundreds or by thousands does not lessen in the least degree the criminality of the slayers. The intention was to exterminate all except those few girls (probably about 80) whom they carried off to satisfy their lusts. Those that escaped owed their safety to their own good fortune and not to the tender mercies of their neighbours. || For this exploit Achmet-Agha has received the Order of the Medjidié. || I am, however, willing to a certain extent to believe, that the Turkish authorities were not aware, before I visited Batak, of the horrors, that had been committed there. The place lies in the mountains, eight hours' from Bazardjik, is somewhat difficult of access, and till I went there no one had gone who was likely to give the authorities a faithful account of what he saw. Had they really known, that the place was a mass of putrefying corpses, would they not have taken some measures to clear them away before I reached the scenes? A Turk who accompanied me from Bazardjik, and who on the way had been loud in his denunciation of the rebels, changed his tone completely when he really saw what his countrymen had done, and was not less horrorstricken than I was. Edib-Effendi's report as regards Batak is not worth criticism. I am informed, that he never went there. I should only like to ask him two questions: || 1. Was the whole village, which is principally built of stone, burnt down by a few "bâtisses en bois" being set fire to near the church? || 2. Were the women who were decapitated outside the village and whose bones the dogs were quarrelling over when I saw them, killed in the "combat terrible" which is supposed to have taken place? Batak was a nourishing village and carried on an active trade in planks. The sawmills have all been burnt, and 30,000 okes of iron carried off or destroyed. The loss in cattle is also great — 1,000 yoke of oxen, 2,000 cows, 5,000 sheep and goats and 800 horses having been stolen. The surviving inhabitants live in wooden huts constructed outside the village, and are in great misery; they are stunned by this disaster, and do not even try to bury their dead. Some of the women I saw sitting on the ruins of their houses singing the most melancholy sort of dirge; others wandered about the churchyard

among the corpses, while a few, who seemed more than half bereft of reason, rushed about tearing their hair, beating their brows, and uttering piercing shrieks. The facts of this tragedy are now in the possession of the Turkish Government, and it is their bounden duty, by making a striking example of Achmet-Agha and Mohammed-Agha, to prove to the world that it thoroughly disapproves of their infamous conduct.

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

.

Otlou-keui, in Bulgarian Panagurishti. — A large and wealthy village of 2,000 houses; may be looked upon as the centre of the insurrection. It was here that Benkowsky held meetings of insurgents, at which their plan of action was drawn up. Altogether, the inhabitants tell me, he stayed in the town nearly four months, telling every one, that the Turks were going to massacre the Christians, and promising Russian aid. When the rising really did take place, the people killed the "Multezim", a zaptieh and some other Turks, and imprisoned the Mudir's Vekil and others, who, however, were not harmed. The newly-appointed Mudir was to occupy his post at the time, and was murdered outside the village. Two Turkish women were also killed outside, though apparently one of them only met her fate after she had slashed an insurgent across the head with a knife. While at *Otlou-keui* I conversed with many of the villagers, and none of them denied, that the Mudir was murdered outside; but some persons who wish to be more Bulgarian than the Bulgarians, and whose only object it is to make the Turks appear as odious as possible in the eyes of the world, so as to lead to the speedy dismemberment of their Empire, do not hesitate by a most unworthy piece of special pleading to acquit the people of *Otlou-keui* of this murder. They say the village had no Mudir, so how could he be killed in the village? It is true he was killed not inside, but outside, which, as far as he was concerned, makes no material difference. The insurgents erected fortifications, which are erected with greater care than any others I saw in the country, and prepared for resistance. When, however, Hafiz Pasha and Adil-Pasha arrived with troops and irregulars, the resistance they met with was very slight, and they entered the town and made it pay dearly for its attempts at revolution. Both the churches, two schools, the whole of the market-place, and the best houses, in all between 400 and 500, were burnt and the whole town pillaged from one end to the other. Nothing of the smallest value was left, and between 30,000 to 40,000 Turkish pounds' worth of property are said to have been carried off. Unfortunately the Turks did not confine themselves to pillage; over 700 people belonging to the village, among whom were many women and children, were killed, and a large number of strangers also perished. The number of these latter was stated to me by the inhabitants to have been about 1,000. Great numbers of women were also no doubt ravished; but, considering the natural unwillingness, that, of course, exists among respectable people to give evidence respecting this class of crime, it is not very easy to obtain reliable information

Nr. 5763. on the subject. One woman, however, did come forward and declared, that
 Gross- her daughter, 14 years of age, had been violated and then murdered in her
 britannien. presence. Two little children were brought to me wounded, one in the foot
 5. Sept. 1876. and one in the thigh. A child is said to have been impaled on a standard
 and paraded in the streets. Other fearful horrors are spoken of as having
 been committed; but I am not in a position to prove or disprove them, and
 would, therefore, prefer to draw a veil over them. I have, however, stated
 sufficient to prove, that Hafiz-Pasha suppressed the insurrection in this place
 with a severity not in the least called for. As a centre of what, no doubt,
 might have turned out eventually to be a serious rising, an example was called
 for; but a chastisement sufficient to strike terror into the population might
 have been inflicted without ravishing, pillaging, slaughtering women and children,
 and indulging in cruelties worthy of Red Indians. The case is not improved
 by the fact, that these deeds were committed not only by Bashi-Bazouks, but
 also by regulars, the Arab soldiers in particular distinguishing themselves by
 their licentiousness and ferocity. Much has been said about the case of Raika
 Popova, schoolmistress of Otlou-keui, and surnamed the "Queen of the Bul-
 garians". One day, at the beginning of the insurrection, this very young
 woman was taken by her fellow-townspeople, mounted on a horse and paraded
 about the streets, while the crowd shouted: "Long live the Queen!" The whole
 affair appears to have been really nothing but a drunken frolic; yet the girl
 was imprisoned for some time at Philippopolis and only released during my
 stay there. She is said to have been violated by the Mudir of Otlou-keui, in
 whose house she was at first confined, and also by other Turks; but, though
 her female companions declare such to have been her fate, the girl herself
 stoutly denies it, and has even expressed her willingness to submit to medical
 examination. Perhaps natural modesty may cause her to shrink from speak-
 ing the truth; but I do not quite see how, in the face of her own positive
 denial, the Turkish Government can be called upon, as some seem to think
 they ought to be, to disprove her statement.

.

Sandjak of Slimnia. — The insurrection in this province seems to have
 been a most extremely insignificant affair; but Mussulman feeling had been a
 good deal excited by the occurrences at Eski-Zaghra in the autumn, and had
 it not been for the firmness and impartiality of Haydar-Bey, Mutessarif of
 Slimnia, whose conduct it is impossible to praise too highly, the Christians
 would have fared badly. Nothing appears to have happened till after the in-
 surrection had been pretty well quelled in the province of Philippopolis, when
 a few idle and worthless fellows from Slimnia betook themselves to the Bal-
 kans to join some bands which had been formed in the neighbouring vilayet.
 The Bulgarians themselves gave information of this to the Mutessarif; a body
 of men went in pursuit of these rebels, and coming up with these dispersed
 them, killing several, and brought a few heads into Slimnia. Here the whole

business might and ought to, have ended; but the arrival of Shefket-Pasha entirely altered the aspect of affairs. The Vali of Adrianople had sent orders to the Mutessarif of Slimnia to call out the Bashi-Bazonks; but the latter, who was fully alive to the danger of such a course, did not at once obey. No sooner did Shefket-Pasha arrive, however, than without consulting anybody, he sent orders right and left for the general arming of the Mussulmans. Many of these Bashi-Bazonks came to Slimnia, and they and Shefket-Pasha's troops spread terror among the Christians. Three men were murdered in the streets and a few others wounded, and, had it not been for the admirable conduct of the Mutessarif, far worse things would undoubtedly have happened. I will now endeavour to give some description of what Edib-Effendi calls "la défaite infligée aux insurgés à Boyadji-keni". About May 24 or 25 some Turks of Korfale went to the village and extorted about £ 20 Turkish from different villagers and ravished one man's wife and daughter. The inhabitants accordingly met together to consider what steps they could take to prevent the recurrence of these outrages. Upon this two or three Mussulmans who happened to be in the village sent to Slimnia and told the Mutessarif, that Boyadji-keni was in a state of rebellion. The Mutessarif mistrusted their information and told them plainly, that they only wanted an excuse for plunder. They left him and went to Shefket-Pasha, who, in his turn, went to the Mutessarif and urged him to take measures to suppress this incipient rising. The Mutessarif therefore telegraphed to Hachen-Effendi, Kaimakam of Yamboli, which is two hours from Boyadji-keni, to go and inquire into what was going on. This functionary went to the village; but, the inhabitants having really no confidence in him, said they did not want his protection, and if only a single zaptieh were sent from Slimnia they would do anything they were ordered to do. Hachen-Effendi consequently sent off a messenger to Slimnia to say, that the inhabitants of Boyadji-keni had refused to admit him. This message somehow or other got into the hands of Shefket-Pasha, who immediately ordered his troops out and marched to the village. On his approach the elders came out to meet and salute him, and to assure him of their loyalty. He entirely refused to listen to them and drove them away, with insulting language, and ordered the attack. Out of 139 houses all but 20 were burnt; 143 men and 6 women were massacred; 5,500 oxen, cows, horses, &c., and 7,600 sheep were carried off, as well as quantities of other property. This happened on May 30. The villages of Mouslouk-Hodja, Bouzoundjou and Emerli were plundered, but not burnt, and Besch-Tepe was only saved from destruction by the troops of Shefket-Pasha by the earnest intercession of the Bishop of Slimnia. At Yamboli also the troops under Shefket-Pasha behaved most disgracefully, they plundered many houses, and illtreated the Christians, though I could not discover that anybody had been killed. I had been told, that the daughter of one Hadji-Elia had been violated and murdered before his eyes. I made inquiries and discovered, that the man had but two daughters before

Nr. 5768.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1878.

Nr. 5763. these occurrences, who are both still alive. Whether, however, one of them
 Gross- was outraged or not is more than I can say. There is little doubt, that
 britannien. Shefket-Pasha intended to treat Yamboli as he had treated Boyadji-keui. The
 5. Sept. 1876. Kaimakam of the town ordered the people to give up their arms, which they
 were doing quietly enough, when Shefket-Pasha interfered, and said he must
 have all the arms that instant. The Kaimakam being bullied, completely lost
 his head, and said the people would not give up their arms. Upon this
 Shefket-Pasha ordered his troops to take them. A great many houses were
 thus pillaged, and the place was only saved from destruction by the inter-
 ference of a Mussulman named Hafiz-Effendi, a most noble and liberal-minded
 man. Braving the opinion of his co-religionists, he took as many Christian
 families as he could into his house, and, going to Shefket, insisted that the
 plundering should be stopped. I am aware, that, as regards the killed at
 Boyadji-keui, my figures do not tally with those of others who have made in-
 quiries on the spot as well as I have; but I can only give the estimate given
 to me both by the villagers themselves and by an Armenian gentleman who
 resides on the spot. The remark, however, that I made about Batak applies
 equally here. What makes the act of Shefket-Pasha so abominable is, that
 there was not a semblance of revolt, the inhabitants were perfectly peaceable,
 and the attack on them was as cruel and wanton a deeds as could well have
 been committed. Moreover, Shefket-Pasha was not a mere chief of Bashi-
 Bazouks; but a "Ferik", who had fought in the Herzegovina, and who ought
 not to have been inspired by a love of bloodshed or plunder like an Achmet-
 Agha or a Mahmoud-Agha. For this heroic exploit Shefket-Pasha has received
 a high place at the Palace. It is worthy of note, that when the Mutessarif
 of Slimnia was endeavouring to obtain the restoration of the cattle taken at
 Boyadji-keui, and which was in the possession of some of the so-called "Soul-
 tans", the latter replied that, as it was a gift from Shefket-Pasha, they had
 a legitimate right to it. || The following is the official list of prisoners tried,
 condemned, or released by the Special Tribunal (Mekhiemeifevh-el-ade) of
 Philippopolis up to Aug. 5:

Condemned to hard labour	60
Condemned to death, but not executed	2
Executed	25
Released	1,400
Sent to Adrianople or elsewhere, on account of non- competence of tribunal	150
Died of a natural death	25
Remain in prison	294
	1,956.

I have no official return for the Tribunal of Adrianople; but I believe about 1,200 people were imprisoned there; 11 were hung for being implicated

in this year's insurrection and seven for being implicated in the rising at Eski-Zaghra last October. Prisoners condemned to death were executed in the different towns of the province. Since this list was given me, the amnesty to certain classes of prisoners has been published, and it is not probable that there are many men still in confinement. The persons implicated in the rising were tried before mixed tribunals, composed of Turkish, Bulgarian, Greek, Armenian and Jewish members, established at Philippopolis, Adrianople and Tournova. The former was presided over by Selim-Effendi, and when the tribunal of Tournova had finished its labours Ali Shefik-Bey, its President, came to Philippopolis to assist him. All parties agree in their praise of Ali-Bey's character. As regards Selim-Effendi opinions are more conflicting. My own idea is, that he is not an unjust or an unmerciful man; one batch of prisoners was, I know, saved from the gallows by his casting vote on an occasion when all the other Mussulman members of the tribunal had voted for the extreme penalty of the law. Selim-Effendi had been previously employed at Eski-Zaghra in investigating the circumstances connected with the outbreak there last year. He has also been, and still is, a member of the Criminal Court of Cassation, one of the sections of the High Court of Justice. The member of the tribunal of Philippopolis who enjoyed the most unenviable reputation was Mehmet Ali Hodjizude, who is accused of many corrupt practices. The prisoners were first examined before the Tribunal of First Instance, where their depositions were taken, and then before the Special Commission. When before the latter they were defended by a Christian; but on the only occasion I attended at the Court, it was hard to say whether the prisoners or their counsel displayed the most abject signs of terror. It is, however, but fair to say, that the four men I saw tried, one and all made confessions which rendered their defence no easy matter. The depositions they had made were read over to them, and signed by them. Not one of them denied the truth of what he had previously stated, or declared that his confessions had been extorted from him by unfair means. Surely, if these men had been intimidated or tortured, at the last moment, feeling the rope almost round their necks, they would have taken advantage of the presence of Europeans to declare their innocence. Anyhow, they could be hung but once, and their case could not be made worse by a protest of this nature. Of course, I am only speaking of what I actually saw, as it was naturally impossible for me to attend many sittings of the Court. It has been said, that the prisoners do not understand the language in which the proceedings are carried on; the four men I heard tried spoke Turkish fluently and correctly, and the style used in the depositions was by no means a difficult one.

Nr. 3783.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Having thus far reviewed the circumstances which attended the outbreak and suppression of the Bulgarian insurrection, it is now necessary to consider briefly the present condition of the country. The revenue derived by Government

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

from the Şandjak of Philippopolis has, in former years, been estimated at 800,000 Turkish pounds; this will now be diminished by at least one-third, and it will require many years of tranquillity and good government before things return to their proper condition; *e.g.* the destruction of Batak has ruined the trade in sawn planks. The destruction of Dervent and general insecurity of the valley between Sopot and Kezanlik reduces by one-half the export of attar of roses, while the burning of Peroustitza and the partial destruction of Vetren will greatly injure the trade in wine and silk. In some places, I regret to say, the Government officials are endeavouring to screw the taxes out of the people whose villages have been destroyed. This proceeding is unwise to say the least of it; what is the use of endeavouring to extract money from people who are nearly entirely ruined? If you take from them what little they have left, you deprive them of the means of regaining what they have lost. The Government should consider this, as, instead of losing their revenue for a time, it will be lost to them for ever. Again, here is a case of Government injustice as regards forced labour. The people of Bellova had 400 oxen — they have now 60; five yoke are working at the reconstruction of the blockhouse destroyed by the insurgents. A Government order comes for 40 arabas (80 oxen) to transport stores; only half this number is, of course, forthcoming, and the soldiers on their arrival beat the people. It is no doubt hard to expect, that the Porte, with its present financial difficulties pressing on it and with a war for the breaking out of which it is in no way to blame raging on its frontier, can make any pecuniary sacrifices; but still, in its own interests, it should come forward to help the unfortunate people who are now homeless. Certainly some assistance should be given them towards rebuilding their houses; otherwise, if winter comes on and still finds them huddled together in tents and straw huts, insufficiently clad — for, in many instances, their clothes had been stolen — and badly fed, the mortality among them will be frightful, and I cannot imagine, that it is in the interests of the Porte or of any Government to allow any portion of its subjects to die by hundreds of starvation. In the province of Slimnia the Mutessarif has done something at Boyadji-keui towards helping the inhabitants to rebuild their houses. He visited the place himself, made inquiries, and did his best to mend matters. If his example had been followed by other officials in the country beneficial results would have followed. If the Porte, owing to its financial condition, cannot absolutely give aid in money, let it at any rate perform the duties of a Government, and make life and property secure. At present the Christians are afraid to go about the country, and the peasants dare not even work in the fields at any distance from the villages. When at Avrat-Alan, the Mudir told me that, a few days before, a girl of 12 years old had been violated in the fields by Turks of Ayvanli, and complained that, with the force at his disposal, he was powerless to prevent such outrages. Take, for instance, Gabrova, which has a large trade in shayak (coarse

cloth) and gaytan (a sort of braid). In the interests of their business these traders have to travel about a good deal; but now without an escort they cannot move from their town. The only way to put an end to this deplorable state of things is for the Government to impress upon the Mussulmans, that they must leave their Christian neighbours in peace, and nothing but a few striking examples will really make the former believe that the authorities are serious in their intentions. The next thing to do is to disarm the Turks and above all the Circassians. The latter have lived by robbery ever since they have been in the country, and henceforth, what with the insurrection and what with the war, they will become ten times worse than they were before. I am aware, that it is easier to talk about this general disarming than to put it into execution; it would require a larger force than the authorities of Philippopolis, at any rate, have at their disposal; but when the war is over, and the regulars are on their way home, the Government should take the opportunity of their presence to disarm every Mussulman in the country. As long as the latter walk about armed as they do now, while the Christians are quite defenceless, so long will deeds of violence take place. For the present what is most wanted is a regiment of cavalry, which could do patrol work, and would perhaps make the roads more secure than they now are. At the request of the Mutessarif of Philippopolis, some men were sent for this purpose; but they were almost immediately ordered off to the seat of war, and they have not been replaced by others. ¶ A loss that presses heavily upon the villagers is that of their cattle. Without their oxen their fields are useless to them; they can neither gather their harvests, plough, nor to anything else. A great number of beasts fell into the hands of the authorities at Philippopolis and elsewhere, who, I really believe, were desirous of giving them up to their owners; but, unfortunately, in this, as in everything else in this country between the superior authorities and the peasant, there comes the subordinate official, who, unless he is properly propitiated, raises every sort of difficulty. However, while I was at Philippopolis a certain quantity of cattle was given up, and Kiani-Pasha proposed a plan which I have reported elsewhere; but the working of which I am unable to speak about. The Government must not stop here; it must compel the Pomaks, Circassians and others who have cattle and other stolen property in their possession to give them up. I know this is no easy matter, as the Circassians, in particular, when called upon to give up what they have carried off, reply that it is their legitimate property, having been taken in open war. In many cases when the authorities have sent a zaptieh with villagers who know, that their cattle is in the possession of some Turks, the latter have treated the official mazbata with derision. One man at Seloï Yeni-keui recognised his horse in the possession of a Turk; he complained to the Kaimakam, who made the latter give it up. The Turk, however, waylaid the Bulgarian outside the town of Seloï and beat him within an inch of his life. The consequence, of course, is that the villagers are

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

afraid to claim their property. In the neighbourhood of Yeni-Zaghra and Yamboli the inhabitants suffer considerably from the oppression of men known as the "Sultans", the direct lineal descendants of Tartars who had large grants of land given them some three centuries ago. Successive Governments have confiscated portions of this land, and the "Sultans" have recouped themselves by taking that of their neighbours. They also impose forced labour on the rayahs and otherwise annoy them. || What is wanted to restore tranquillity is a strong hand and a master mind. There is now blood between the Christian and Moslem, and each one regards the other with bitter animosity. To allay this, and to cause things again to flow in their natural channel, requires a man of no ordinary capabilities, who, with powers enlarged beyond those of an ordinary governor, and action unhampered by too many orders and counter-orders from the central Government, would deal out justice unflinchingly and impartially to Mussulmans and rayahs. No half measures will be of any avail; they would only irritate the Mussulmans, and not satisfy the Christians. The course the Porte ought to adopt is self evident; but it must decide for itself whether Bulgaria is to continue in a state of anarchy, or whether it is little by little to resume its old tranquil conditions. || As regards the question which has of late so profoundly agitated public opinion — viz, the atrocities committed in the suppression of the insurrection, no one looks upon them with greater abhorrence than I do, or wishes less to palliate them, as I think any impartial person can easily see who peruses this report. However, it appears to me, that those who first brought the matter forward have too studiously ignored the fact, that there ever was an insurrection at all. The idea, that a person totally unacquainted with the facts of the case would gather from their statements would be that the Mussulmans, without the smallest provocation, had simply fallen on the Christians and massacred them; in fact, that what really did take place at Boyadji-keui, took place at every village throughout Bulgaria. (When I talk of an insurrection, I wish it to be understood, that I do not apply that term to what took place in the province of Slimnia, where the attacks of the Turks were really unprovoked.) I do not suppose, that anybody will come forward and deny, that the Bulgarians committed the first overt acts of rebellion, and that they shed the first blood. What could be more cold-blooded than the murder of the gipsies and other Mussulmans at Avrat-Alan? It is said the gipsies were going to plunder the villages; but there is not a jot of evidence to prove this intention, and, moreover, is it likely, that about 100 men could sack a large and populous place like Avrat-Alan? It has been denied, that a single Mussulman village was burnt or a single mosque destroyed, when with my own eyes I have seen the ruins of both. The Mussulmans of Strelja are also undergoing considerable misery. The fact is, that when the revolution declared itself the most indescribable panic seized upon the Mussulmans; they expected an invasion of Servians and Russians, they knew themselves to be in an immense minority,

they credited the Bulgarians with courage and fighting power which they certainly never possessed, and they thought, that immediate massacre would be their fate. When, therefore, they found, that their foes were not so formidable as they thought they would be, they revenged themselves most cruelly for the panic into which they had been thrown. The province was denuded of troops, the police force was and still is extremely small, and many of its members were wretchedly armed with flint carbines and long Albanian guns which might have been made in the last century. The provincial authorities sent urgent appeals to Constantinople for troops; but unfortunately, Mahmoud-Pasha, who is generally credited in Bulgaria with having given ear to these baneful counsels which have brought his country to the brink of ruin, delayed sending the aid asked for. It was then that Aziz-Pasha had recourse to the dangerous expedient of calling an ignorant and fanatical population to arms. Aziz-Pasha actually issued this fatal order; but Mahmoud-Pasha stands none the less mainly convicted of culpable negligence for not having sent troops the moment they were asked for, and the enemies of Turkey may have the satisfaction of knowing, that the neglect of that one man has done her more real harm than twelve months' unsuppressed insurrection in the Herzegovina and Bosnia. As regards the importance of the insurrection, it was neither so formidable as the Turks in their first panic thought it was, nor so utterly insignificant as many people wish to make it out to be. The principal instigators came entirely from abroad, and without foreign intrigue no revolution would have broken out; but it is not easy to say really to what degree they succeeded in indoctrinating the people with their revolutionary and Panslavistic ideas. The Bulgarian, as a rule, is not made of the stuff which produces a revolutionist. He is rather conservative, hard-working, thrifty, somewhat apathetic, and far from courageous. The priests and schoolmasters were probably those who lent the most ready ear to revolutionary teachings, and some of the "tchorbadjis" were also drawn into the affair; but I believe the majority of the respectable Bulgarians took no real part in it. Had the province been peopled by Greeks, the scenes of the Cretan insurrection would have been repeated, and the rule of the Mohammedans would have been placed in serious jeopardy. Wherever there is Turkish rule, there, owing to its inherent faults, there will be Christian discontent. Last spring this was naturally heightened by the total failure of Mahmoud-Pasha's high-sounding firman of reforms, by the deaf ear turned by the Porte to petitions from Bulgaria, and by the heavy pressure of taxation. Add to this the difficulties in which the Turkish Government was involved, and latterly, also, the fear of some outbreak of Mussulman fanaticism, which prevailed more or less throughout Turkey. The foreign agitators and those natives whom they had succeeded in seducing seized upon this apparently favourable opportunity to strike a blow. The peasants were deluded into leaving their villages by being told, that the Turks were going to massacre them, and the population of the small towns was induced to take part in the in-

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

Nr. 5768.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

surrection by threats and by the most extravagant promises of foreign aid. The revolution was well planned, but miserably executed. The heart of the people was evidently not in it; and many of them apparently thought, that all that was necessary for success was a green flag, with a lion rampant and "Liberty or death" embroidered on it. The insurgents put themselves in the wrong by killing defenceless Turks and committing other acts of insurrection; but the resistance they made when actually attacked was hardly worthy of the name. The Turks gained an easy victory and abused it most shamefully, the innocent being made to suffer for the guilty in a manner too horrible to think of. Moreover, unscrupulous persons did not hesitate to gratify private vengeance on this occasion, and many a debtor got rid of an importunate creditor by denouncing or threatening to denounce him as a "Committee dji". A thousand regulars sent to Otlou-keui, Avrat-Alan and Bratzigovo, and a few more to Bellova, where the presence of Benkowsky gave the insurrection rather more importance, would in a few days have stamped out every vestige of revolution. The really guilty might have been punished, and a suitable example made, and the world would not have been horrified by the accounts of massacres of women and children and of wholesale burning and pillaging. The Porte has, moreover, given a powerful handle to its enemies and detractors by the way it has treated those who took an active part in the suppression of the insurrection. Those who have committed atrocities have been rewarded; while those who have endeavoured to protect the Christians from the fury of the Bashi-Bozouks and others have been passed over with contempt: *e.g.* Shefket-Pasha holds high office in the Palace; Hafiz-Pasha has a command in Servia. Achmet-Agha has been decorated; so have Tossoun-Bay and Nedjib-Effendi, Kaimakam of Plevna. On the other hand, has any reward been given to Hafiz-Effendi, who saved Yamboli; to the Mutevelli of Karlovo; to Husni-Effendi, Commander of the troops at Yamboli, who saved those places; to Rustem-Effendi, Yuzbashi at Tournova, who having fought against insurgents really in arms, saved the prisoners from the fury of the mob; or to Haydar-Effendi, Mutessarif of Slimnia? || It will, perhaps, be said, that in this report I have made but slight mention of that of Edib-Effendi. I do not look upon that document as of very great importance. The first part of it, which treats of the origin of the insurrection, is pretty correct, and I believe the paper said to have been found upon Benkowsky, containing the insurgent plan of action, to be genuine. It is worthy of note, that this document distinctly says, that those Mussulmans who offer no resistance are to be spared. What Edib-Effendi says about the way the insurrection was suppressed may be dismissed without much comment, his account of Batak and Boyadji-keui being sufficient to condemn that part of his report. In speaking of the present state of the country he remarks pathetically, that "the Christians are not yet completely convinced of the pacific attitude of the Mussulmans". Perhaps after all that has happened this is scarcely to be wondered at. What he says about the

restitution of the cattle is not in accordance with fact. Certainly not more than one-third of the stolen property has been restored, and it is only with the greatest difficulty, that the peasants have recovered what little they now have. The report of Chakir-Bey on the Vilayet of the Danube though imperfect, is fairer than Edib-Effendi's, as he does not deny that Circassians and others committed acts of pillage, which he does not justify.

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

This already too long report may be brought to a close with the following remarks: || There was undoubtedly a revolution which had to be suppressed by armed force. || A small minority of the population committed reprehensible acts which merited punishment. || The Government of Mahmoud-Pasha is to blame for the calling out of the Bashi-Bazouks, for had it sent troops earlier this disastrous measure would never have been necessary. || It is also to blame for allowing revolutionary agents to circulate under its very eyes, without taking measures to counteract the spread of their pernicious doctrines. || The manner in which the rising was suppressed was inhuman in the last degree, 50 innocent persons suffering for every guilty one. The deeds of blood I have spoken of, and the misery I have witnessed, must rouse just indignation in every mind; but the infamous conduct of those agitators who, to serve the selfish ends of States, whose only object is territorial aggrandizement, have not shrunk from exciting poor, ignorant peasants to revolt, thus desolating thousands of homes, and leaving to a fine, rich province, a legacy of tears, should not be allowed to escape without their share of public execration.

In this report, full as it doubtlessly is of faults and shortcomings, I have striven, to the best of my poor abilities, to lay before her Majesty's Government a fair and unbiassed account of the result of my inquiries and observations during the mission entrusted to me. I have naturally not been able to visit every burnt village nor investigate every individual case of suffering, and no doubt many things have escaped my notice; but I trust I have been able to give a generally correct idea of what took place. My information I have gathered from all sources — Bulgarian, Turkish, Greek, Armenian, Servian, &c. I have not considered it part of my duty, as some seem to think I ought to have, to reject as utterly unworthy of credence, and without examination, every jot and tittle of evidence, that came to me from a Turkish source, and swallow with avidity, and without the smallest attempt at inquiry, every story told by a Bulgarian, simply because he was a Bulgarian. Putting aside official statements, which in cases like the present must always be looked upon with some distrust, the word of a Turk is in all probability worth that of a Bulgarian, particularly among the lower classes. It is, therefore, the duty of a person conducting an inquiry, such as the one I have lately been engaged in, to collect all the evidence he can from every possible source, and then carefully sift it, rejecting all improbabilities, from whatever side they may come. || I can honestly state, that I started with no preconceived ideas, though in the eyes of certain persons this was reprehensible in the last degree,

Nr. 5763.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

and that it has been throughout my earnest wish neither to palliate nor to exaggerate the acts of Turks or Bulgarians. Before closing, I think it my duty to bear witness to the extreme courtesy shown to me by the Turkish authorities and people wherever I went, while engaged on a mission which could not possibly be very flattering to their national pride; and I state without the smallest hesitation, that not once did the authorities endeavour to place obstacles in my way, or try to prevent my visiting particular localities, or holding perfectly free communication with the natives.

Walter Baring.

Therapia, Sept. 1, 1876.

Nr. 5764.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Verlangt strengste Bestrafung der Greuelthaten.

Foreign Office, Sept. 21.

Nr. 5764.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1876.

Sir, — Her Majesty's Government received on the 14th inst. your despatch of the 5th inst., enclosing copy of Mr. Baring's Report of his inquiries into the outrages recently committed on the Christian population of Bulgaria. || Her Majesty's Government were prepared by the preliminary Reports from Mr. Baring forwarded by your Excellency to hear, that the crimes perpetrated by the Turkish Bashi-Bazouks and the Circassians had been of the gravest character, and they regret to find from the present complete Report, that these apprehensions are confirmed to the fullest extent. || Although some of the stories which have been published have proved to be unfounded, there can be no doubt, that the conduct of the Vali of Adrianople, in ordering the general arming of the Mussulmans, led to the assemblage of bands of murderers and robbers, who, under the pretext of suppressing insurrection, were guilty of crimes which Mr. Baring justly describes as the most heinous that have stained the history of the present century. || Moreover, it is conclusively shown, that not only was the most culpable apathy displayed by the great majority of the Provincial authorities in allowing or conniving at such excesses, but, that little or nothing effectual has been done in the way of reparation. While 1,956 Bulgarians were arrested for complicity in an insurrectionary movement which was at no time of a dangerous character, only a score or so of the murderers of unarmed men, women and children have been punished. || It would indeed appear, that the authority of the Porte has been set at defiance and the Turkish Government at Constantinople kept in ignorance of the truth. Under no other circumstances can Her Majesty's Government suppose it possible, that the Porte could have been led to promote

and decorate officials whose acts have been at once a disgrace and an injury to the Turkish Empire. ¶ The massacre at Batak is reported to have taken place on the 9th of May last; but on the 21st of July it still appears to have been unknown to or overlooked by the Porte, nor were the circumstances brought to light until discovered by Mr. Baring. By his statement it appears, that 80 women and girls were taken to Mussulman villages, of which he gives the names, and that they still remain there; that the bodies of the murdered victims were still, at the time of his visit, lying unburied; and that nothing had been done to discover or punish the perpetrators of these crimes. ¶ It is unnecessary for me to refer in detail to the several passages in Mr. Baring's Report which show how effectually fanaticism and rapine have done their work on the population of this unhappy Province. ¶ Even now no serious effort has been made to redress the injuries of the people and to provide effectually for their future safety. The cattle that have been carried off and the goods that have been plundered have not been restored; the houses and churches are left in ruins; the people are starving; industry and agriculture are suspended; and those Christian villages which have hitherto escaped feel no security that their turn may not come. ¶ Acts of violence, as the Mudir at Avrat-Alan acknowledged, still continue, and the Porte is powerless or supine. ¶ I have already informed your Excellency of the just indignation which the statements published of these atrocities have aroused in the people of Great Britain; nor can I doubt, that a similar feeling prevails throughout Europe. The Porte cannot afford to contend with the public opinion of other countries, nor can it suppose that the Government of Great Britain or any of the Signatory Powers of the Treaty of Paris can show indifference to the sufferings of the Bulgarian peasantry under this outbreak of vindictive cruelty. No political considerations would justify the toleration of such acts; and one of the foremost conditions for the settlement of the questions now pending must be, that ample reparation shall be afforded to the sufferers and their future security guaranteed. ¶ In order, that the views of Her Majesty's Government may be impressed in the most effective manner upon the Sovereign who has recently been called to the Ottoman Throne, Her Majesty's Government desire, that your Excellency will demand a personal audience of the Sultan, and communicate to His Majesty in substance the result of Mr. Baring's inquiries, mentioning by name Shefket-Pasha, Hafiz-Pasha, Tossoun-Bey, Achmet-Aga, and the other officials whose conduct he has denounced. ¶ Your Excellency will, in the name of the Queen and Her Majesty's Government, call for reparation and justice, and urge that the rebuilding of the houses and churches should be begun at once and necessary assistance given for the restoration of the woollen and other industries, as well as provision made for the relief of those who have been reduced to poverty; and, above all, you will point out, that it is a matter of absolute necessity that the 80 women should be found and restored to their families. ¶ Your Excellency will likewise urge, that striking

Mr. 5784.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1876.

Nr. 5764. Gross-
britannien.
21.Sept.1876. examples should be made on the spot of those who have connived at or taken part in the atrocities. The persons who have been decorated or promoted under a false impression of their conduct should be tried and degraded, where this has not been done already, and every effort made to restore public confidence. With this view, it would seem advisable, as a provisional measure, and without prejudice to such future arrangements as may be made in concert with the Powers, that the disturbed districts should be at once placed under an able and energetic Commissioner, specially appointed for the purpose, who, if not himself a Christian, should have Christian counsellors in whom trust could be reposed by the Christian population. || Your Excellency should also speak in the strongest terms of the neglect of the local authorities and of the inadequacy of the inquiry made by Edib Effendi, upon whose Report, officially communicated to the Powers, it now seems that no reliance can be placed. In order, that your Excellency's representations may be well understood, you will furnish the Grand-Vizier, at the conclusion of the audience, with a memorandum of the observations which, by the Queen's commands, you have been thus instructed to address to His Majesty the Sultan. || I am, &c.

Derby.

Deutscher Reichstag.

Nr. 5765.

DEUTSCHLAND. — Thronrede bei Eröffnung der vierten Session des zweiten deutschen Reichstages am 30. October 1876, verlesen vom Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann.

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, Sie beim Beginn der vierten und letzten Session der laufenden Legislaturperiode Namens der verbündeten Regierungen willkommen zu heissen und zugleich das lebhaft Bedauern Seiner Majestät darüber auszudrücken, dass es Allerhöchstdenselben nicht möglich gewesen ist, die anfänglich gehegte Absicht, den Reichstag persönlich zu eröffnen, in Ausführung zu bringen. || Die Angelegenheiten, welche in der beginnenden Session der Erledigung harren, sind nicht zahlreich; aber an Wichtigkeit werden Ihre bevorstehenden Verhandlungen hinter den Verhandlungen früherer Sessionen nicht zurückbleiben. || Hauptsächlich wird Ihre Thätigkeit durch die Berathung der Gesetzentwürfe über die Gerichtsverfassung, das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen, sowie des Entwurfes einer Konkursordnung in Anspruch genommen sein. || Mit gerechtfertigter Spannung sieht die Nation der Entscheidung der Frage entgegen, ob es gelingen wird, dieses für die einheitliche Rechtsentwicklung Deutschlands so bedeutsame Gesetzgebungswerk, an welchem seit einer Reihe von Jahren schon gearbeitet wird, vor dem Ablaufe der gegenwärtigen Legislaturperiode zu Stande zu bringen. || Die Schwierigkeiten, welche sich einem solchen Gelingen in den Weg stellen, sind nicht gering. In zahlreichen und zum Theil sehr wichtigen Punkten weichen die Anträge der von Ihnen eingesetzten Kommission, insbesondere zu dem Gerichtsverfassungsgesetz und zu der Strafprozessordnung, von den Beschlüssen der verbündeten Regierungen wesentlich ab. || Wenn die verbündeten Regierungen gleichwohl an der Ueberzeugung festhalten, dass eine glückliche Lösung der grossen Aufgabe, welche der beginnenden Session hinsichtlich der Justizgesetze gestellt ist, möglich sei, so

Nr. 5765.
Deutschland.
30. Oct. 1876.

Nr. 5765.
Deutschland.
30. Oct. 1876.

geschieht es in dem Vertrauen, dass Sie, geehrteste Herren, bei Berathung jener Entwürfe das Interesse einer sicheren und unbehinderten, das allgemeine Wohl wirksam schützenden Ausübung der Rechtspflege im Auge behalten werden. Die verbündeten Regierungen dürfen hoffen, dass der Reichstag dem, was in der so eben bezeichneten Richtung für unerlässlich erkannt werden muss, seine Zustimmung nicht wird versagen wollen. || Die in der vorigen Session beschlossene Verlegung des Etatsjahres für den Reichshaushalt macht die Feststellung eines besonderen Etats für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1877 nöthig. Dieser Etat, bei welchem der des laufenden Jahres im Wesentlichen zum Anhalt gedient hat, wird Ihnen vorgelegt werden. || Beklagenswerthe Unfälle, von welchen deutsche Schiffe in neuerer Zeit häufiger als sonst betroffen worden sind, haben das Bedürfniss einer gesetzlichen Regelung des bei Untersuchung von Seeunfällen zu beobachtenden Verfahrens wachgerufen. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen zugehen. || Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands entsprechen, ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage, dem friedfertigen Charakter der Politik Seiner Majestät des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben Seiner Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittelung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, Deutschland darf sicher sein, dass das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird. || Der Druck, welcher auf Handel und Verkehr nicht bloss in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Ländern schon seit geraumer Zeit lastet, ist Gegenstand der unausgesetzten Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen. Eine unmittelbare und durchgreifende Abhülfe liegt bei der Allgemeinheit der obwaltenden Uebelstände und nach der Natur derselben nicht in der Macht eines einzelnen Landes, wie lebhaft immer der gute Wille und die Bethätigung desselben bei denen sein mag, die an seiner Spitze stehen. Wohl aber wird es als die Aufgabe der deutschen Handelspolitik zu betrachten sein, von der heimischen Industrie Benachtheiligungen abzuwenden, welche ihr durch die Zoll- und Steuereinrichtungen anderer Staaten bereitet werden. Auf dieses Ziel wird die kaiserliche Regierung namentlich bei den bevorstehenden Unterhandlungen über die Erneuerung von Handelsverträgen hinzuwirken bemüht sein. || Während der vergangenen Monate sind Seiner Majestät auf Allerhöchsteren Reisen in verschiedenen Theilen des Reiches mannigfache Beweise der wärmsten Sympathien von Seiten der Bevölkerung entgegengebracht worden. Von Seiner Majestät bin ich besonders beauftragt, an dieser Stelle Allerhöchsteren Dank und innige Befriedigung darüber auszusprechen. Seine Majestät haben aus solchen Kundgebungen aufs neue die freudige Gewissheit geschöpft, dass die durch das Reich begründete Einheit Deutschlands in dem Herzen der Nation tiefe Wurzeln geschlagen hat. || Dass das Reich seiner verfassungs-

mässigen Aufgabe, das Recht zu schützen und die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu pflegen, sich immer mehr gewachsen zeige, dass es sich immer mehr als festes Bollwerk des Friedens nach Aussen und im Innern erweise, dazu werden, so Gott will, auch die Verhandlungen der bevorstehenden Session des Reichstages das ihrige beitragen.

Nr. 5765.
Deutschland.
30. Oct. 1876.

Nr. 5766.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 5. Nov. 1876. — Beantwortung einer Interpellation*) des Abg. Richter betreffs der russischen Grenzzölle durch den Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich hatte zunächst meinen neben mir sitzenden Herrn Collegen im Bundesrathe gebeten, die Beantwortung der Interpellation in erster Linie zu übernehmen, weil ich nicht darauf vorbereitet war, dass der Herr Redner den Hauptschwerpunkt seiner Interpellation schliesslich nicht auf das wirtschaftliche, sondern auf das politische Gebiet legen würde. || Soweit er sich auf das wirtschaftliche Gebiet eingelassen hat, bitte ich nachher um die Erlaubniss für den Herrn von Philipsborn, meine Antwort zu ergänzen und sie auf diese Weise in zwei Theile zu zerlegen. || Als ich die Interpellation zuerst zu Gesicht bekam und fand, dass sie dahin lautete: was beabsichtigt der Reichskanzler in dieser Frage zu thun? — so kam mir der Gedanke, ob ich nicht eine in wirtschaftlichen Fragen sehr viel wichtigere Autorität, als die des Herrn Interpellanten, um Rath fragen sollte, ob er nicht vielleicht ein Mittel wüsste, um so mehr, da er mich früher und heute auch wieder indirect eines gewissen Dilettantismus auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Politik beschuldigt. Ich bitte um die Erlaubniss, ihm das auf dem Gebiete der eigentlichen Politik im vollsten Maasse zurückzugeben, und werde ihm das nachher nachweisen. || Aber hier fühle ich wirklich meine Unzulänglichkeit ihm gegenüber und hatte daher gehofft, dass seine Motivirung der Interpellation darüber, was ein Minister in dieser Lage wohl zu thun hat, einigen Anhalt und einige Auskunft geben würde. Ich hatte von ihm einen

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

*) Dieselbe lautete: „Durch einen vor wenigen Tagen erlassenen Ukas hat die russische Regierung angeordnet, dass von Neujahr ab die Eingangszölle in Goldmünze zu entrichten sind. Diese Maaassregel, welche einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleichkommt, ist geeignet, den ohnehin durch die bisherige russische Zollpolitik überaus beschränkten Waarenaustausch mit Russland noch mehr zu beeinträchtigen und dadurch die wirtschaftlichen Interessen auch des deutschen Reiches schwer zu schädigen. || Ich richte daher an den Herrn Reichskanzler die Frage: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der deutschen Industrie in dieser Angelegenheit zu thun?“

A. d. Red.

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

Rath erwartet, eine Andeutung wenigstens, was seiner Meinung nach die Regierung thun könnte. Ich bin aber, nachdem ich seine Motivirung gehört habe, zweifelhaft geworden, ob er seinerseits überhaupt glaubt, dass sich irgend etwas thun liesse, ob nicht die Interpellation eben den Zweck hat, den der Herr Vorredner häufig verfolgt, eine kritische Lage zu benutzen, um die Regierung und meine Person in Verlegenheit bezüglich einer gewissen Frage zu versetzen. Ob das im Augenblicke nützlich ist für die Gesammtheit, lasse ich dahingestellt sein; aber es wird ihm auch nicht gelingen, mich darüber in Verlegenheit zu setzen. Ich bin eigentlich nicht verpflichtet, auf wirthschaftlichem Gebiete mehr zu wissen als Jemand, der in Kreisen, die mir fern stehen, für eine so grosse wirthschaftliche Autorität gilt, wie der Herr Vorredner. ¶ Der Herr Vorredner berührte zuerst die Mittel, die allein in solchen Verhältnissen wirksam sein können, wies sie aber weit von der Hand; er befürwortete, man solle ihn nicht wie früher darauf verweisen, dass die russische Regierung selbst ihre Geschäfte zu verstehen glaube, und kam nachher darauf zurück, dass alle diejenigen, die sich geläuterter Ansichten erfreuten, schliesslich zu einer vollständigen Enthaltung und Ablehnung gegen russische Papiere kommen müssten. Kurz, er gab zu erkennen, dass er seine Ansicht für die geläuterte hielt. Nun, die kaiserlich russische Regierung hält wahrscheinlich die ihrige für die geläuterte; sonst würde sie nicht seit Jahren zu meinem Bedauern sie verfolgen und würde nicht jetzt sie noch verschärfen. Ich bin mit dem Herrn Vorredner der Ueberzeugung, dass die russische Regierung in ihrer Zollpolitik auf dem Irrwege sich befindet, von dem sie früher oder später wird zurückkehren müssen, und ich sehe mit Bedauern, dass eine uns in dem Maasse befreundete Regierung eine wirthschaftliche Politik betreibt, bei der sie nicht innerlich kräftiger und wohlhabender wird. Ich wünschte, ich könnte sie auf andere Wege bringen, ich wünschte, ich könnte sie überzeugen und überreden; solange sie das aber nicht selbst besorgt, solange sie sich nicht selbst überzeugt, wird ein fremder Minister, der den Russen als Interessent für Andere verdächtig ist, darüber noch eine geringere Autorität sein, als die vielen theiligten Russen und Andere, die ihnen das schon predigen seit langer Zeit ohne Erfolg. Bisher glauben sie nicht daran und folgen ihrer eigenen Ueberzeugung; wir können sie ebensowenig daran hindern, als wir die nordamerikanischen Freistaaten gehindert haben, und bei deren Zollerhöhungen ist von keiner Seite der Regierung die Zumuthung gemacht worden, irgend etwas zu thun, was nicht in ihrer Macht liegt. Aber ich glaube, die ganz ausserordentlichen Erhöhungen der Einfuhrzölle in den nordamerikanischen Freistaaten haben seiner Zeit unseren Handel viel mehr geschädigt, als jetzt die russischen Erhöhungen, weil in den amerikanischen Freistaaten früher ein viel richtigeres System stattfand. In unseren russischen Beziehungen ist die Schädigung schon eine alte, lange bestandene, die eben so sehr den russischen Interessenten trifft, wie den deutschen. Aber ich möchte sagen, es konnte sehr viel schlimmer, als es schon war, dort kaum werden. Als in Amerika

ein ganz ausserordentlicher Rückschlag kam, hat sehr verständiger Weise Niemand der deutschen Regierung etwa zugemuthet, etwas zu thun. || Der Herr Vorredner berührte die einzigen beiden Mittel, die in solchen Verhältnissen anwendbar sind, einmal auf politischem, zweitens auf wirtschaftlichem Gebiete, und ich bedauere, dass er beide Gebiete vollständig vermischt hat. Ich werde nachher darauf kommen, warum das politische von dem wirtschaftlichen ganz getrennt zu halten ist und ihm ganz fern liegt. Ich will nur erst auf dem wirtschaftlichen Gebiete konstatiren, dass der Herr Vorredner selbst die Hilfe, die da liegen könnte, weit von sich wies, das heisst Gegenzölle, Retorsionen, dass wir beispielsweise, wenn die russischen Zölle unsere Haupteinfuhrartikel beschweren und hindern, die russischen Haupteinfuhrartikel in Deutschland ebenfalls zu treffen suchen. Das, was bei uns getroffen wird, sind in erster Linie und zwar in stärksten Posten Kolonialwaaren. Nach den Durchschnittsberechnungen, die vom Jahre 1874 mir vorliegen, die aber auf den amtlichen statistischen Nachrichten beruhen, haben wir an Kolonialwaaren jährlich für etwa 54 Millionen nach Russland eingeführt. Wenn die nun einer so viel höheren Besteuerung unterliegen sollen, so wird der russische Konsument sie entweder tragen oder die Kolonialwaaren entbehren müssen. Dadurch wird unser Zwischenhandel, der Transithandel vielleicht in gewissem Maasse betroffen, indem in Zukunft vielleicht weniger Leute in Russland Kaffee trinken; aber unsere Produzenten schädigt das nicht wesentlich. Sie werden vielleicht in zwei nächstgrossen Positionen getroffen: das sind Seiden-, Weber- und Wirkwaaren mit 48 Millionen, Maschinenwaaren, Apparate mit 30 Millionen, Kurzwaaren, Schmucksachen mit 25 Millionen; roh bearbeitete Metalle und Metallwaaren sind zu meiner Ueberraschung bei der Einfuhr nach Russland in irgend welchem erheblichen Maasse nicht vorhanden, sondern umgekehrt, es handelt sich da um 15, resp. 7 Millionen, und bei Brennstoffen um weniger, als ich dachte, um nicht ganz 6 Millionen Mark. In der letzteren Position wird das wahrscheinlich zunächst den polnischen Kohlenbezirken zu gute kommen, wenn unsere Kohlen einen höheren Einfuhrzoll bezahlen müssen. || Woran wir uns nun russischerseits halten könnten, sind die Positionen von zusammen ungefähr 300 Millionen Mark, die in Getreide, in Holz und in Spinnstoffen bestehen. Es ist dabei Getreide mit 165 Millionen Mark in Ansatz, Holz mit 110 Millionen, Spinnstoffe mit 68 Millionen, Vieh, wahrscheinlich wegen der Grenzsperrre in Bezug auf Rinderpest, mit weniger, als man glauben sollte, mit nur 31 Millionen Mark, dann Haare, Häute und dergleichen mit 37 Millionen Mark. || Wenn wir uns auf Repressalien einlassen sollten — und der Herr Vorredner hat ja die Regierung schon gänzlich entwaffnet, indem er sie in Bezug auf alle Andeutungen, die sie in dieser Beziehung an Russland machen könnte, kreditlos gestellt und gesagt hat: dergleichen wird bei uns nicht durchzubringen sein; er hat vielleicht Recht; aber durch solche Ausposaunungen wird eine Regierung, der man eine

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

Leistung zumuthet, zugleich in manchen Negotiationsmitteln vollständig gelähmt. || Ich weiss nicht, ob der Herr Vorredner vollständig Recht damit hat, ob nicht unter Umständen ein Retorsionszoll die Billigung des Bundesrathes und des Reichstages finden könnte; wenn das aber von Hause aus absolut unmöglich ist, dann, bitte ich, lassen Sie mich auch mit solchen Zumuthungen zufrieden; denn ich wüsste nicht, womit ich die russische Zollpolitik überreden, womit ich auch nur die Andeutung eines Schadens oder Verdrusses sollte machen können, wenn es ganz unmöglich ist, unter Umständen auf 100 Millionen für Holz und 165 Millionen für Getreide den Gegenzoll zu legen, der etwa den Kostenunterschied aufwiegt, den der russische Handel tragen müsste mit seinem Absatz von dem direkten Wege über Danzig und Schlesien auf Libau und Riga und diese nicht immer offenen Häfen. Ich gebe zu, dass dabei unser Zwischenhandel Verluste leiden würde; ich würde aber solchen Zustand eben nur als einen vorübergehenden, gewissermaassen als einen Kampfzoll betrachten, der zu einem bestimmten Zweck und zu einem bestimmten Nutzen gelegentlich bewilligt wird. || Ich bin weit entfernt, Ihnen in dieser Beziehung einen Vorschlag zu machen, namentlich wenn derjenige, von dem man Vorschläge verlangt, dem Inlande von Hause aus als ein Dilettant bezeichnet wird und dem Auslande gegenüber als einer, der sich mit Utopien beschäftigt, die er nie durchsetzen kann. Also was soll ich mich darum weiter bemühen! || Ich schiebe die Verantwortung für das Misslingen der Verhandlungen, die in der That schweben, und von denen mein Herr Nachbar hernach sprechen wird, — ich schiebe die Verantwortung für das Misslingen derselben, welches ich durch diese Aeusserungen des Herrn Vorredners für sehr viel wahrscheinlicher geworden halte, lediglich dem Herrn Vorredner zu und überlasse ihm, sich da mit den Grenzkreisen und den theiligten Kreisen auseinanderzusetzen. Ich kann nur bestätigen, dass nach meiner Erfahrung durch seine Interpellation und durch die Art, wie er die Sache hier motivirt hat, die Aussicht, die wir auf schwebende Unterhandlungen haben, wesentlich geschädigt wird. || Wir kommen dann auf die zweite Frage, die politische. || Er sagte also, in Bezug auf die wirthschaftlichen Repressalien sei gar nichts zu thun; Krieg mit Russland wolle er nicht führen. Darauf, dachte ich, würde er die Mittel nennen, die ihm bekannt sind; aber ausser diesen beiden nicht gewollten Mitteln habe ich gar nichts anderes als allgemeine Redensarten gehört. Verständige Leute von geläuterter Ansicht sollten endlich von diesen und einer Empfehlung, russische Papiere nicht mehr zu kaufen, zurückkommen; letzteres sind Privatrepressalien, bei denen die Regierung nicht mithelfen kann. Ich glaube nicht, dass wir in unserem Reichsfonds russische Papiere haben, ich bezweifle es. || Das ist also ein Rath, den der Herr Vorredner Privatleuten giebt, um welchen er die Regierung nicht zu interpelliren und nicht sie zu einer Antwort und zu einer Ausfrage zu nöthigen brauchte, die ganz bestimmt die Verhandlungen schädigt, schon deshalb weil die Uebertreibungen dessen, was erwartet und verlangt wird, immer den auswärtigen Minister bis zu einem gewissen Grade nöthigt, sich zum Ad-

vokaten der Regierung zu machen, der gegenüber die Aeusserungen, die wir hier thun, vielleicht ebenso nachtheilig sind, als die Aeusserungen, die der Herr Interpellant gethan hat. Er hat nachher die politische Seite der Frage in den Vordergrund gestellt, nachdem er zuerst die Möglichkeit von der Hand gewiesen hat, dass diese Zollfrage uns bewegen könnte, bei einem möglicher Weise, vielleicht auch nicht ausbrechenden russisch-türkischen Kriege uns auf Seite der Türken zu stellen und Russland anzugreifen. Und ich bin darüber erfreut; aber ich glaube, er hat sich hier den Zusammenhang, die Abstufungen zwischen Freundschaft, Kälte, Verstimmung, Krieg, Zwistigkeiten in Gegenwart und Zukunft doch nicht ganz klar gemacht. Wenn man zur unrechten Zeit Jemandem, der sich in einer schwierigen Situation befindet, einen Stock zwischen die Räder schiebt, so ist es möglich, dass der Stock für den Augenblick wirkt; aber der Kutscher des Wagens merkt sich dann den, der den Stock dazwischen geschoben hat, und es ist immerhin möglich, dass das, was dem Herrn Vorredner jetzt ganz unverfänglich scheint, der erste Anfang und der Keim wird zu einer Verstimmung, die allmählich immer weiter greift. Mir ist als einem Pfleger des Friedens die Interpellation, die der Herr Redner gestellt hat, in meinem Werke unzweifelhaft hinderlich und im höchsten Maasse unbequem; ich glaube auch nicht, dass er sie gestellt hat, um mir förderlich zu sein und meine Aufgabe bequem zu machen. Wenn er aber in einem Augenblicke, wo meine Aufgabe und meine Arbeit notorisch auf Erhaltung des Friedens gerichtet sind, sie mir unbequem macht, mir vielleicht den Keim zu einer künftigen Verstimmung mit befreundeten Mächten suppeditirt, so dient er den Leuten schlecht, denen er mit seiner Interpellation angeblich nützen will, indem wir, wenn wir den russischen Grenzzoll vielleicht durch einen Streit erwidern, was sehr unwahrscheinlich ist, Stimmungen vorbereiten, die demnächst eine von den Ursachen werden, die einmal dazu führen, nicht jetzt, aber später, in die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Russland eine Störung zu bringen. Er will den Krieg nicht; nun, ich glaube, auch die Herren, in deren Interesse er sprach oder zu sprechen vorgab, werden darüber einig sein, dass sie lieber noch eine gesperrte Zollgrenze, als eine für die feindlichen Truppen geöffnete haben wollen, dass sie lieber ein abgesperrtes Land, als der Kriegsschauplatz sein wollen. Es ist sehr wohlfeil, zu sagen, dass man den Krieg nicht will; es fragt sich nur: inwieweit schädigt der Herr Vorredner durch seine Interpellation die Bemühungen, den Frieden auf lange Dauer zu wahren? Ich habe schon aus einer früheren Discussion, der ich nicht beigewohnt habe, mit einer gewissen Vorwunderung entnommen, dass von einigen Seiten im Hause unsere jetzige Politik wegen ihres erkennbaren Wohlwollens für Russland für zu friedfertig gehalten wurde. Es wurden uns andere Zwecke als Ideale aufgestellt, es wurde uns vorgehalten, dass wir die grosse Macht, die in die Hände des deutschen Kaisers gelegt sei, nicht zu Zwecken benutzen, die in ihrer letzten Perspective am Ende doch eine kriegerische Entwicklung erblicken lassen, und uns eine Haltung zugemuthet, die, wenn wir nicht ganz in die Luft und in den Wind

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

gesprachen haben wollten, doch dazu führen kann, dass Krieg ausbricht. Man hat eben in allen diesen Fragen nicht immer das Sachliche, sondern von mancher Seite das aufgesucht, was die Regierung augenblicklich schädigen und ihr Verlegenheit bereiten konnte. Vor anderthalb Jahren war der unbegründete Vorwurf, wir suchten Krieg und Händel, und jetzt, nachdem eine solche Unwahrheit in der ganzen Welt keinen Glauben mehr finden würde, beschuldigt man uns des Gegentheils, wir wären zu friedfertig und machten von der Macht, die wir hätten, nicht den richtigen Gebrauch. Einstweilen ist der Moment, davon Gebrauch zu machen, nicht gekommen, und, so Gott will, wird er für uns überhaupt nicht kommen. Der Herr Vorredner befindet sich, wie so mancher Andere, in dem Irrthum, dass er glaubt, Russland verlange von uns im Augenblicke grosse Gefälligkeiten und Dienste; das ist durchaus nicht der Fall. Er hat angedeutet, als wenn Russland mit Eroberungen umginge und sein Ländergebiet erweitern wollte, und er hat auf die Gefahr für unseren Handel und Verkehr hingewiesen, die daraus entstehen würde, wenn die russische Zollsperrre mit der Erhöhung des Goldzolles nun noch auf andere, bisher nicht russische Länder Anwendung finden sollte. Diese Aussicht liegt gar nicht vor, dass Russland irgend welche Eroberungen beabsichtigt. Wenn mir der Herr Vorredner dafür den Beweis liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa's vielleicht eine andere Gestalt annehmen, und er würde, wenn er das wirklich weiss, vielleicht mancher anderen Regierung einen grossen Dienst erweisen, damit dergleichen Pläne rechtzeitig verhindert würden. Bis jetzt aber liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranstanden der russischen Regierung bekannt gemacht worden ist, dass er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. Und ich weiss nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen, namentlich in unserem Lande, dem er immer ein wohlwollender Freund und Nachbar gewesen ist, von dem Niemand behaupten kann, dass er uns je in irgend einer Richtung seine Zusage nicht auf das vollständigste gehalten hat, entgegenzutreten und dieser Sachlage gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschieben, als handle es sich für Russland um Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Konnivenz leisten. Russland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsererseits irgend einen Preis fordern könnten, und wenn es etwas Derartiges verlangte, so ist die Forderung von Preisen in der Politik immer etwas Missliches. Man muss sich bei dem, was man in der Politik will, immer nur nach dem eigenen Landesinteresse richten, nicht aber nach Preisen, die ein Fremder bietet. Wir werden die Politik, die wir machen, aus eigenem Interesse machen, und eine andere zu schaffen, werden wir uns durch keine Anerbietung bestimmen lassen. Dergleichen liegt aber auch nicht vor. Russland verlangt von uns nichts als vorläufig und in erster Linie auf einer friedlichen Konferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unserige ist und der namentlich von Sr. Majestät dem Kaiser persönlich und, wie ich glaube, mit Zustimmung der ganzen

Nation hochgehalten wird, zu einer besseren Stellung der Christen zu gelangen, welche die europäische Türkei bewohnen, und zur Herbeiführung von Zuständen, bei denen wenigstens solche Vorgänge, wie die Metzelereien der Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den weiteren Wahrscheinlichkeiten gehören, kurz, zu einer Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine gelegentliche Behandlung, die sich mit dem heutigen öffentlichen Rechtsbewusstsein von Europa nicht verträgt, und über deren Abstellung ganz Europa einig ist. Es hat nur die Form nicht finden können, diese Einigkeit wirksam zu machen; wir aber sind mit Russland in Bezug auf den Zweck, der auf der Konferenz zu erstreben ist, zunächst einig, und unsere Unterstützung dafür anderweit verwerthen zu können, würde heißen, dass wir in fremden Diensten und in fremden Interessen etwas thäten, was wir im eigenen christlichen Interesse, aus Sympathie für die Glaubensgenossen in jener Gegend thun und, wenn Sie wollen aus einem civilisatorischen Kulturinteresse, — Sie können, es also auch als einen Theil des Kulturkampfes mit einbegreifen. Sollten wir nun dafür, dass wir in dieser Frage im Kongress dieselben Zwecke der Sicherstellung der christlichen Bewohner verfolgen, wie Russland, sollten wir dafür etwa von Russland eine Zollkonzession verlangen? Ich glaube, das wird der Herr Vorredner selbst nicht wünschen. Nun kann er mir sagen, der augenblicklichen Sachlage ist die Möglichkeit sehr nahe gerückt, dass trotz der prinzipiellen Uebereinstimmung der Betheiligten diese Konferenz resultatlos verläuft, und es ist nach den Erklärungen der kaiserlich russischen Regierung für den Fall die Wahrscheinlichkeit angezeigt, dass Russland auf eigene Hand vorgehen werde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen würde. Auch für diesen Fall verlangt Russland ja von uns gar keine Unterstützung, es verlangt nur unsere Neutralität, wiederum also etwas, was vollständig in unserem Interesse liegt und was kein Mensch anders zu leisten beabsichtigt. Sollen wir Russland ein Veto einlegen, wenn es einen Zweck zur Ausführung bringen will, den wir selbst als den unserigen erkennen, den wir mit Russland zusammen bisher gefördert haben und in Bezug auf welchen wir keinen Beweis bisher haben, dass Russland die Linie, die der Zweck in sich selbst seiner Aktion zieht, überschreiten will, — wie gesagt, sollten wir da etwa nicht neutral bleiben? Wir können nicht in dem Augenblicke, wo Russland für allgemeine Zwecke seine Kräfte in Bewegung setzt, uns drohend ihm gegenüberstellen. Das wäre eine Thorheit, die der Herr Vorredner uns ja selbst nicht hat zumuthen wollen. Es geht also daraus logisch ganz klar hervor, — eine Sache, über die sich viele in der Welt täuschen, — dass Russland an uns gar keine Ansprüche macht, für die wir irgend auf eine Reziprozität rechnen können, und wenn wir die Reziprozität etwa suchen wollten in Zollkonzessionen, darin, dass wir das politische Gebiet und das wirtschaftliche vermengen wollten, ja, meine Herren, zu welchen Ungeheuerlichkeiten kämen wir da?! Ich will gar nicht davon reden, dass mich das etwas an die Vorfälle erinnern würde, die ich in

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

Betreff der Inhaber gewisser Geschäfte auf dem Mühlendamm gehört, dass sie Händel suchen mit denjenigen, die vorübergehen und nicht von ihnen kaufen; denn dass man uns auf diese Weise veranlassen möchte, Händel mit Russland zu suchen, weil es nicht von uns kauft, sondern sich durch hohe Zölle dagegen absperrt, ist ja ganz unmöglich; ich will Ihnen näherliegende Beispiele mit benannten Zahlen anführen. Nehmen Sie an, dass in dem Momente, wo wir kriegerisch beschäftigt wären oder wo uns kriegerische Verwickelungen drohten, Russland uns gesagt hätte: ja, ich will euch wohlwollend behandeln und will mit euch gehen, wenn ihr mir die Unbequemlichkeit abnehmt, dass meine Unterthanen hier das Rindvieh nicht ausführen können wegen der Rinderpest, während ihr ganz ungegründete Furcht vor der Rinderpest habt, — an die sie auch nicht in dem Maasse denken, wie wir es wohl wünschten, — wäre das nicht eine Politik gewesen, die man als unwürdig und vergeltungsbedürftig allgemein verurtheilt haben würde? Nehmen Sie an, dass in dem Augenblicke, wo wir nach Frankreich zu gehen genöthigt waren, Oesterreich uns gesagt hätte, wir werden stillsitzen und wohlwollende Neutralität beobachten, wenn ihr alle ungarischen Weine zollfrei einlasst, ausserdem noch die entsprechenden Zollkonzessionen den Zuckerfabriken, Spinnereien und dergleichen macht, — ich weiss nicht, was in dem Momente die Antwort gewesen wäre. Die meinige wäre gewesen, falls wir in dem Augenblicke Oesterreichs Neutralität nothwendig brauchten, ihm die Konzessionen zu geben. Dazu bin ich Geschäftsmann genug in solchen Fällen. Aber wie wäre es geworden, nachdem wir wieder zurückgekommen? — Keine Regierung hat dergleichen gethan, und wenn ich eine anführe, so bin ich weit entfernt, zu glauben, dass irgend eine einer solchen Handlung fähig wäre. Ich führe Ihnen nur benannte Zahlen an, um Ihnen den Unsinn einer solchen Prätension zu beweisen. — Dann wäre es entweder so gekommen, dass wir sofort in bedrohlicher Weise uns unsere Zollunabhängigkeit wieder ausgebeten oder einen Moment wie der gegenwärtige abgewartet haben würden, um der österreichischen Regierung zu sagen: nun liegt die Sache wieder anders, nun bitten wir nicht nur wieder um Rückgabe unserer Zollkonzessionen, sondern ausserdem noch um entsprechende Konzessionen. || Die politischen Verhältnisse sind viel fluktuirender als die grossen Verkehrsverhältnisse, und wenn Russland heute wirklich in der kritischen Lage wäre, dass es uns nothwendig brauchte, und wir wollten uns gewissermaassen vermiethen für den Preis einer Zollkonzession, wer kann uns dafür bürgen, dass wir nicht in drei Jahren in der Lage wären, Russlands freundliche Nachbarschaft zu brauchen, und dass Russland dann sagte: ja nun, was kannst du in Zollsachen geben? Das sind ja doch Verhältnisse, die man nicht herbeiwünschen darf. Die politischen Verhältnisse balanziren in sich; die Bekämpfung der wirthschaftlichen kann man nur auf wirthschaftlichem Gebiete suchen. Wird das wirthschaftliche Gebiet uns als Kampfplatz verschlossen, so sind dies alles Worte, welche nutzlos die sehr beschränkte Zeit der Herren hier vergeuden, und nicht die ihre allein,

sondern auch die unserige. Es ist eben hier ein Wortgefecht, das wir schon oft durchgemacht haben und das immer ohne Resultat geblieben ist. Die Tendenz dieser Interpellation hat vielleicht den Stachel gegen Russland — ich erinnere mich ähnlicher Reden vor etwa vierzehn Jahren, damals, als die polnische Insurrektion sich vollzog und von der Konvention sehr viel die Rede war, wo man auch das Bedürfniss hatte, uns mit Russland zu brouilliren, uns für die Polen ins Gefecht zu führen, ich weiss nicht, aus welchen Gründen — die Herren haben vielleicht noch die Ueberzeugung, dass sie sehr richtig gehandelt haben; sie haben sie vielleicht auch nicht; — aber es ist damals wie jetzt meinem Eindrucke nach — ich kann mich auch darin irren — die Tendenz gewesen, durch solche Interpellationen, Diskussionen u. s. w. unsere guten Beziehungen zu Russland zu verderben, und es ist ja möglich; denn einige Parteien bei uns sind antirussisch aus Gewohnheit, aus Erbschaft, aus Erinnerung, andere sind es aus innerem Interesse, weil die russische Regierung auf konfessionellem Gebiete nicht ihren Interessen nahe steht. Aber, meine Herren, bemühen Sie sich darin, wie Sie wollen, ich gebe Ihnen die positive Versicherung, solange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nie gelingen, unser gutes und solides Verhältniss zu Russland irgendwie zu alteriren und in die erprobte hundertjährige Freundschaft, die zwischen beiden Regierungen besteht, einen Riss zu machen. Dazu gehören stärkere Leute als Sie, dazu gehört die kaiserlich russische Regierung selbst. Die allein wäre im Stande, und die hat ebensowenig die Absicht. Ich spreche damit nicht bloss meine persönliche Ueberzeugung aus, sondern, wie ich bestimmt weiss, die Ansicht der verbündeten Regierungen und namentlich auch die Ansicht Sr. Majestät des Kaisers selbst. Wir sind sehr weit entfernt, oder vielmehr diejenigen Herren, die eine Trübung in unsere Beziehungen zu Russland zu bringen vielleicht das Bedürfniss haben, sie sind ganz ausserordentlich weit entfernt von dem Ziele, das sie sich vielleicht vorgesteckt haben; das Bündniss, welches die drei Monarchen seit langer Zeit vereinigt, besteht in voller Geltung, und ich kann Sie auch versichern, dass trotz der entgegengesetzten Stimmen, die in der österreichischen Presse hier und da laut werden, und deren Motive, Quellen, Wurzeln ich nicht weiter hier besprechen will, dass trotzdem das Verhältniss zwischen Russland und Oesterreich von jeder Trübung weit entfernt ist und vollkommen in einer solchen Lage — und wir sind darüber sehr genau unterrichtet —, dass das Dreikaiserbündniss noch heute seinen Namen im vollsten Maasse verdient und sich im vollsten Bestande befindet. Man würde aber sehr irren, wenn man daraus schliessen wollte, dass das Dreikaiserbündniss in sich eine Spitze gegen die dritte der hauptsächlich betheiligten Mächte in der orientalischen Frage, gegen England zu bilden bestimmt wäre. || Wir haben mit England nicht minder als mit Russland die Tradition einer hundertjährigen guten Beziehung, die unter Umständen in dem öffentlichen Gefühle ihre Momente der Erkaltung gehabt hat — ich kann wohl sagen, mehr auf englischer Seite: wir sind unseren ersten Neigungen in der Beziehung fast

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

durchgehends treu geblieben. Dass mitunter ein Presskampf unter beiden Völkern gelegentlich, vorübergehend stattfindet, das hindert nicht, dass die durch eine lange Geschichte bewährte Gemeinsamkeit mannigfacher Interessen und Meinungen zwischen uns und England auch für die Zukunft der Bürge des Einverständnisses ist. || Also wir haben uns in der orientalischen Frage eine Aufgabe gestellt — und daraus, wenn ich sie charakterisire, wird der Herr Interpellant zugleich entnehmen, dass innerhalb des Programms dieser Aufgabe die Zollfrage an sich keinen Platz hat, und dass er die Sachen auseinanderhalten muss: Politik besonders und Zollfrage besonders. Wir haben in der Türkei selbst ja die Interessen, die ich vorher charakterisirte, der allgemeinen Sympathie mit unseren Mitchristen, und wenn der Herr Vorredner vorher ein von ihm selbst als apokryph behandeltes Gerücht anführte, dass ich gesagt haben soll, im ganzen Orient stecke kein Interesse, das so viel werth wäre, als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist an allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit, und a bissel Falschheit ist allezeit dabei. Ich habe gesagt: „Ich werde zu irgend welcher aktiven Betheiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht rathen, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdruckes — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketicers werth wäre“. Ich habe ausdrücken wollen, dass wir mit dem Blute unserer Landsleute und unserer Soldaten sparsamer sein müssten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt. || Und insofern sind wir allerdings der Mindestbetheiligte; vielleicht ist Frankreich eben so wenig betheiligt. Von den übrigen drei Mächten, von den zunächst betheiligten Ländern, mit deren jedem wir in ungetrübter Freundschaft stehen, kann man das nicht absolut sagen. Es können die Dinge doch eine Gestaltung annehmen, welche die türkischen Interessen zu einheimischen, englischen, österreichischen, russischen macht; sie sind darin in einer anderen Lage. Wenn die jetzige orientalische Frage, soweit sie sich übersehen lässt, soweit sie überhaupt vorliegt, soweit sie nicht auf Konjekturen und Phantasien beruht, wenn sie für uns überhaupt meinem Urtheile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer ausserordentlich vorsichtigen Politik, die sich den anderen Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt und empfehlen kann, weil sie dadurch keines ihrer Interessen verletzt. || Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist, dahin in dem diplomatischen Verkehre zu wirken, dass womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbetheiligten Mächten sind, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, dass wir sie pflegen sollen, wie wir können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, dass wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im

Gegentheil unser Freund bleiben will, dass wir den feindlich behandeln und jenem unsere stärkere Liebe beweisen durch Hass gegen diesen. Es liegt das nicht ausserhalb der Möglichkeit. Wir sind in den Jahren 1853, 1854, 1855 Zumuthungen in einem Maasse ausgesetzt worden, wo ich die Geduld unseres damaligen Allergnädigsten Herrn bewundert habe und wo meine politischen Ansichten mit denen meines damaligen Vorgesetzten nicht immer zusammenfielen. Ich würde in seiner Stelle die Versuche, uns für fromde Interessen aus Gefälligkeit oder aus Furcht vor Krieg in einen schädlichen Krieg mit Anderen zu treiben, ich würde solche Versuche sehr entschlossen und in einer unangenehmen Weise zurückgewiesen haben, sollte ich auch schliesslich in die Lage gekommen sein, den Zutritt in der Pariser, der damaligen Pariser Konferenz nicht mehr zu finden; es wäre uns gar nichts verloren gewesen, wenn wir nicht dabei gewesen wären. Also dergleichen liegt nicht ausser dem Bereiche der Möglichkeit; es geschah uns damals, und es hat schliesslich doch die treue und feste Gesinnung des damaligen Königs von Preussen seinem Volke gegenüber, das er in unnütze Kriege, in unnütze Händel, in ein Zerwürfniss mit einem seit mehreren Jahrhunderten treu wohlwollenden Nachbarn nicht bringen wollte, schliesslich ihre Früchte und Nutzen getragen. Ich bin aber garnicht des Glaubens, dass man uns jetzt gleiche Zumuthungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegentheil, unsere Allen gegenüber wohlwollende freundschaftliche Stellung, allen diesen Dreien gegenüber, ist von jeder einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe natürlich gefunden, uns mit jeder unbilligen Zumuthung verschont; im Gegentheil, man weiss die Nützlichkeit dieser unserer Stellung zu schätzen; denn wir allein haben die Möglichkeit, unbetheiligt zu vermitteln in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder, wenn das sich als möglich in der Zukunft nicht erweisen sollte, wie wir bisher doch noch die Hoffnung haben, — wenn er nicht verhindert wird, dass unsere Stellung wenigstens die Mittel dazu bieten kann, ihn einzuschränken, oder, wie der Kunstaussdruck ist, zu lokalisiren, seine weitere Verbreitung zu verhindern, zu hindern, dass aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten. Also selbst wenn, wie ich schon erwähnte, die Konferenz scheitern sollte, sei es, dass sich die Mächte unter sich nicht einigen, sei es, dass sie über das, worüber sie sich geeinigt, eine Zustimmung der Türkei nicht erlangen, — wenn in Folge dessen Russland auf eigene Hand verfahren sollte, so ist es deshalb noch nicht nothwendig, dass dieser Krieg weitere Theilnahme finde; wenigstens wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, soweit freundschaftliche und beiden Theilen annehmbare Vermittelung das vermag, zu versuchen, dass wir das Weitergreifen des Krieges hindern. Ich halte es nicht für nothwendig — die englischen und russischen Interessen mögen ja sehr schwierige Berührungspunkte haben und der Ausgleich unter sich sehr schwierig sein —; ob aber eine Kriegführung zwischen zwei so mächtigen Staaten, von denen keiner doch geographisch in der Lage ist, dem andern

Nr. 5764.
Deutschland,
5. Nov. 1870.

Nr. 5766.
Deutschland.
5. Nov. 1876.

einen vollen Zwang anzuthun, selbst wenn er siegreich sein sollte, ob die gerade die Verständigung über die wunden Punkte fördern würde, ob nicht beide selbst, durch unsere Vermittlung oder direkt, zu der Ueberzeugung zu bringen sind, dass sie besser thun, sich im friedlichen Ausgleiche ihrer Interessen gegenseitig zu verständigen, das muss die Zukunft lehren. || Wir hoffen — und jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein — in erster Linie, uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden zu bewahren, in zweiter Linie, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittlung möglich ist, jedoch unter absolutem Ausschluss jeder komminatorischen Haltung von unserer Seite, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, das heisst also, den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisiren. Gelingt das nicht, meine Herren, so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlassen kann, und über die Sie heute von mir keine Auskunft verlangen werden. Ich würde auch bei dieser Sachlage nicht so lange Ihre Geduld in Anspruch genommen haben, wenn nicht der Exkurs, den der Herr Interpellant auf das politische Gebiet machte, die politischen Hilfstruppen, die er zur Unterstützung von Zollinteressen heranzog, mich genöthigt hätten, auch das politische Gebiet zu betreten, das ich, soll ich nicht missverstanden werden, nicht betreten kann, ohne es in der ganzen vom Herrn Interpellanten mir aufgenöthigten Ausdehnung zu durchschreiten.

Nr. 5767.

DEUTSCHLAND. — Thronrede des Kaisers beim Schlusse der Reichstagssession am 22. December 1876.

Nr. 5767.
Deutschland.
22. Dec. 1876.

Geehrte Herren!

Bei dem Schlusse der vierten und letzten Session der zweiten Legislaturperiode des Reichstages darf Ich Sie auffordern, mit Mir einen befriedigenden Rückblick auf die Ergebnisse Ihrer Thätigkeit zu richten, um uns zu vergegenwärtigen, in welchem Maasse Ihre und der verbündeten Regierungen gemeinsame Arbeit im Laufe der letzten drei Jahre den Ausbau der verfassungsmässigen Grundlagen des Reiches gefördert hat. Durch das Reichs-Militär-gesetz ist die Organisation des deutschen Heeres festgestellt und damit eine zuverlässige Gewähr für die Unabhängigkeit des Vaterlandes und für seine berechtigte Weltstellung geschaffen worden. || Auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Interessen hat das Bankgesetz für die Regelung der Kreditverhältnisse und des Geldumlaufes einheitliche Ordnungen eingeführt, von deren Wirksamkeit Handel und Verkehr eine stetige und nachhaltige Förderung erwarten dürfen. Zu-

gleich ist die Gesetzgebung darauf bedacht gewesen, ihre Fürsorge für die arbeitenden Klassen durch die Organisation der eingeschriebenen Hilfskassen zu bethätigen. || Von nicht geringerer Bedeutung ist das in der ablaufenden Legislaturperiode Geschaffene für die Pflege der geistigen Interessen der Nation. || Die Rechte und Pflichten, welche sich an die literarische Thätigkeit knüpfen, sind durch das Gesetz über die Presse neu geordnet. || Der Schutz des geistigen Eigenthums hat durch die Gesetze über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, an Mustern und Modellen eine lange entbehrte Erweiterung erhalten. || So werthvoll aber auch die Ergebnisse Ihrer früheren Sessionen in den genannten und in anderen Beziehungen waren, so werden sie doch an Bedeutung überragt durch die grosse Aufgabe, welche Ihnen auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung gestellt war. || Nachdem eine Revision des Strafgesetzbuches in der vorigen Session stattgefunden hatte, fiel der heut schliessenden die Erledigung der Gesetzentwürfe zu, welche die Gerichtsverfassung, die Civil- und Strafprozessordnung und die Konkursordnung regeln. Diese Entwürfe sind von Ihren Kommissionen mit angespanntestem Fleisse und mit der eingehendsten Sorgfalt geprüft worden, und der Reichstag hat die Berathungen über diese Gesetze mit dem Eifer und der Hingebung gepflogen, wie sie der grossen nationalen Aufgabe würdig waren. || Bei einem so umfangreichen und bedeutungsvollen Werke mussten in der ersten Beurtheilung die Meinungen über viele und wichtige Punkte nothwendig in dem Maasse auseinandergehen, wie es der Verbreitung und der Vielseitigkeit juristischer Durchbildung in allen Theilen unseres Vaterlandes entspricht. Dennoch ist es zu Meiner aufrichtigen Freude gelungen, alle Meinungsverschiedenheiten im Wege der Verständigung unter Ihnen und mit den verbündeten Regierungen auszugleichen und die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen. || Das Gefühl des Dankes für die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie, geehrte Herren, den verbündeten Regierungen zu dieser Verständigung entgegengekommen sind, ist in Mir um so lebhafter, je höher Ich den Gewinn anschlage, welcher aus dem Gelingen dieses Werkes für unser nationales Leben erwachsen muss. || Durch die stattgehabte Verabschiedung der Justizgesetze ist die Sicherheit gegeben, dass in naher Zukunft die Rechtspflege in ganz Deutschland nach gleichen Normen gehandhabt, dass vor allen deutschen Gerichten nach denselben Vorschriften verfahren werden wird. Wir sind dadurch dem Ziele der nationalen Rechtseinheit wesentlich näher gerückt. || Die gemeinsame Rechtsentwicklung aber wird in der Nation das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit stärken und der politischen Einheit Deutschlands einen inneren Halt geben, wie ihn keine frühere Periode unserer Geschichte aufweist. || Die Rechtseinheit auch auf dem Gebiete des gesammten bürgerlichen Rechts herbeizuführen, wird der Beruf der kommenden Sessionen sein. || Ich entlasse Sie, geehrte Herren, indem Ich Ihnen für Ihre angestrengte und erfolgreiche Arbeit wiederholt im Namen der verbündeten Regierungen den wärmsten Dank ausspreche in dem festen Vertrauen, dass, auch wenn der Reichstag sich wiederum hier ver-

Nr. 5767. sammelt, es uns vergönnt sein wird, unsere Arbeiten ausschliesslich den fried-
 Deutschland. lichen Aufgaben der inneren Entwicklung des Reiches zuzuwenden. || Der bis-
 22. Dec. 1876. herige Fortgang der Verhandlungen der europäischen Mächte über die im
 Orient schwebenden Fragen berechtigt Mich zu der Hoffnung, dass es Meinen
 Bemühungen und den einander entgegenkommenden friedlichen Intentionen der
 an der Entwicklung der Dinge im Orient unmittelbar beteiligten Mächte
 gelingen werde, die schwebenden Fragen ohne Beeinträchtigung der guten Be-
 ziehungen zu lösen, welche gegenwärtig unter ihnen obwalten. Ich werde, ge-
 stützt von dem Vertrauen, welches Deutschlands friedliebende Politik sich er-
 worben hat, im Wege freundschaftlicher und selbstloser Vermittelung mit
 Gottes Hülfe auch ferner dazu mitwirken.

Nr. 5768.

ITALIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments
 am 20. November 1876.

[Uebersetzung.]

Nr. 5768. In Betrübniß gesetzt durch einen Trauerfall in der königlichen Familie,
 Italien. sehe ich mit innigem Danke mein Volk einen so lebhaften Antheil an dem-
 20. Nov. 1876. selben nehmen. Ich komme heute zu Ihnen, um in der Erfüllung meiner
 Pflicht den besten Trost zu schöpfen. || In der That habe ich bei dieser feier-
 lichen Ceremonie, mit welcher ich Ihre Arbeiten eröffnete, stets in meiner
 Seele den Glauben an die Bestimmung Italiens und an die Zukunft der frei-
 sinnigen Institutionen, welche wir beschworen haben, wachsen gefühlt. || Die
 neu gewählten Vertreter der Nation haben die Bedürfnisse und die Wünsche
 der Bevölkerung unmittelbar kennen gelernt; sie werden getreue Dolmetscher
 derselben sein. Wenn ich Sie um mich versammelt sehe, so durchlebe ich in
 meinen Gedanken die Geschichte unserer nationalen Wiedergeburt, und ich
 bringe der emsigen angestregten Thätigkeit der früheren Gesetzgebungskörper
 meine Huldigung dar, welchen die Befestigung der italienischen Einheit zu
 danken ist. || Gleichzeitig muss ich Sie daran erinnern, dass ich seit 20 Jahren
 jedesmal, wenn ich das Wort an die Vertreter der Nation richtete, dieselben
 aufgefordert habe, die beschützende Aktion des Staates einfach, leicht und
 ökonomisch zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Minister,
 welche ich, meine Wahl zwar nach den Abstimmungen des Parlaments regelnd,
 doch mit ganzem und vollem Vertrauen zur Leitung der Staatsgeschäfte be-
 rufen habe, eine Reihe von Gesetzentwürfen einbringen, welche ich Ihrem pa-
 triotischen Eifer anempfehle. || Die früheren Ministerien haben es sich in den
 letzten Jahren angelegen sein lassen, das Gleichgewicht zwischen den Ein-
 nahmen und Ausgaben zu erreichen. Dieses Gleichgewicht ist nicht mehr ein

entferntes Ziel, es ist eine naheliegende Wohlthat. Wir werden von jetzt an beginnen, die Wirkungen derselben zu geniessen; wir können sogar hoffen, dass wir bald in der Lage sein werden, allmählich die Störungen, welche durch den Zwangscours geschaffen sind, zu unterdrücken. Der gegenwärtigen Legislaturperiode liegt es ob, dieses Werk der Befreiung zu beschleunigen; meine Regierung wird bemüht sein, die nützlich erscheinenden Maassregeln vorzubereiten. ¶ Inzwischen habe ich gewünscht, dass vor Allem diejenigen Vorschläge einer Prüfung unterzogen werden, welche bezwecken, die Härten bei der Erhebung der Steuern zu mildern und die bestehenden Steuern auf eine, den Anforderungen der Billigkeit entsprechende Weise auf die Steuerpflichtigen zu vertheilen. | Das schon so mässig bemessene Budget des Krieges und der Marine können wir nicht herabsetzen. Ebensowenig können wir die Arbeiten aufgeben, welche bestimmt sind, von einem Ende der Halbinsel bis zum andern die aus der Erleichterung der Communicationsmittel entstehenden Wohlthaten auszubreiten. Nur hierdurch verleihen wir allen Theilen des Landes die ihnen zur Vollendung ihrer wirthschaftlichen Umgestaltung erforderlichen Kräfte. | Es hat die Befürchtung entstehen können, dass bedrohliche Ereignisse uns von diesen nützlichen Aufgaben abwenden könnten. Aber die völlig freundschaftlichen Beziehungen, welche wir beständig mit allen Mächten unterhielten, gestatten uns, Vertrauen in den Erfolg der Rathschläge zur Mässigung zu setzen, welchen meine Regierung ihre wirksame Unterstützung geliehen hat. Getreu allen seinen Verpflichtungen, wird Italien niemals vergessen, dass es bei Uebernahme seiner Grossmachtstellung gleichzeitig eine Mission übernommen hat, welche dem Fortschritte der Civilisation gewidmet ist. ¶ In der Hoffnung auf die Wohlthaten des Friedens werden Sie die günstige Zeit dazu verwenden, um unsere Institutionen zu befestigen. Es ist nöthig, den Staat von jeder übermässigen Einmischung zu entlasten und für die Provinzen und Gemeinden einen Zustand fruchtragender Autonomie zu schaffen. Die Gesetzentwürfe, welche Ihnen in dieser ersten Session behufs sicheren Funktionirens der lokalen Freiheiten vorzulegen sind, werden durch andere Vorlagen ergänzt werden, welche die Kontrolle der Regierung über die Regelmässigkeit des Rechnungswesens der öffentlichen Verwaltung und der frommen Stiftungen vollkommener und wirksamer zu machen bestimmt sind. | Andere Gesetzentwürfe sollen die ökonomische Lage der Staatsbeamten verbessern und gleichzeitig ihre Würde erhöhen, indem sie für alle ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden. ¶ Die Vorlage des Strafgesetzes und des Handelsrechts werden das grosse Werk der legislativen Einigung zum Abschluss bringen. ¶ Es bleibt uns noch übrig, an ein Problem heranzutreten, welches bis jetzt nur unvollständig gelöst ist. Die Freiheiten, welche der Kirche in Italien in weit reicherm Maasse, als in einem andern katholischen Staate, bewilligt sind, dürfen nicht in einer Weise ausgeübt werden, welche den öffentlichen Freiheiten Abbruch thut oder die Rechte der nationalen Souveränität beeinträchtigt. Meine Regierung wird Ihrer Prüfung diejenigen Maassregeln unterbreiten, welche nothwendig sind,

Nr. 5768.
Italien.
20. Nov. 1876.

um die in dem Garantiesetze selbst bestimmten Vorbehalte und Bedingungen wirksam zu machen. || Meine Regierung wird Ihnen weiter die Revision der Handelsverträge sowie Vorschläge bezüglich der Betriebsübernahme von Eisenbahnlinien und bezüglich der Unterstützung einiger Dampferlinien unterbreiten. || Endlich werden wir mit Entschlossenheit die Wiederherstellung der Kriegsmarine und die schleunige Vollendung der schon weit vorgeschrittenen neuen Organisation der Armee ins Auge fassen müssen. Ebenso müssen wir die Vertheidigungsarbeiten in Angriff nehmen, welche bestimmt sind, die an den Landesgrenzen gelegenen Festungen zu verstärken. || Es war mein Wunsch, dass das Wahlgesetz einer neuen Prüfung nach der Richtung unterzogen werde, um mehr und mehr die Zahl der stimmfähigen Bürger zu erhöhen. || Gleichzeitig wird meine Regierung Ihnen einen Vorschlag auf vollständige Reorganisation der Volksschulen unterbreiten. Es ist unerlässlich, dem Unterrichte eine weitere Ausdehnung zu geben und Allen die Verpflichtung aufzuerlegen, sich auf die Ausübung der bürgerlichen Pflichten vorzubereiten. || Meine Herren Senatoren und Deputirte! Seit sechs Jahren feiern wir in Rom das Fest unserer nationalen Einigkeit. Die Wiederherstellung unserer Einheit hat schon glorreiche Früchte getragen. Wir haben viel gethan; aber es bleibt uns noch viel zu thun übrig. Wir haben noch ein Werk vor uns, welches das grösste Maass von Geduld, Arbeit und Einigkeit erfordert; wir müssen das gesammte Regierungsgebäude immer mehr befestigen und vervollkommen. Dieser Zweck kann nur erreicht werden durch allseitigen aufrichtigen Wettstreit und durch treueste Beharrlichkeit. Ich bin sicher, dass in diesem Kampfe für die Reorganisation des Landes die gesammte Nation meinem Aufrufe durch edelmüthige Opfer entsprechen wird.

Türkische Krisis.

Nr. 5769.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Die englische Regierung warnt die Pforte, auf keine materielle Unterstützung von ihr zu rechnen*).

Foreign Office, May 25, 1876.

Sir, — In the course of the conversation with Musurus-Pasha reported in my despatch of yesterday, I took the opportunity of suggesting to his Excellency, that it would be undesirable, that the Turkish Government should misunderstand the attitude of her Majesty's Government in regard to the proposals of the Berlin Conference. || Her Majesty's Government had declined to join in proposals which they thought ill-advised; but both the circumstances and the state of feeling in this country were very much changed since the Crimean war, and the Porte would be unwise to be led, by recollections of that period, to count upon more than the moral support of Her Majesty's Government in the event of no satisfactory solution of the present difficulties being found. || I merely suggested this in conversation, and carefully avoided pledging Her Majesty's Government to any line of policy. || I am, &c.

Nr. 5769.
Gross-
britannien.
25. Mai 1876.

Derby.

*) Diese Depesche wurde von der englischen Regierung nachträglich auf Verlangen des Parlamentsmitgliedes Mr. Forster veröffentlicht. Alle folgenden sind den Blaubüchern Turkey Nr. 1 und 2 (1877) entnommen, welche zusammen 1328 Nummern enthalten.

A. d. Red.

Nr. 5770.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Uebereinstimmung der Ansichten Oesterreichs und Englands.

Vienna, July 6, 1876.

Nr. 5770.
Gross-
britannien.
6. Juli 1876.

My Lord, — I called to-day on Count Andrassy, who leaves to-morrow with the Emperor to meet the Emperor Alexander and Prince Gortchakow at Reichstadt in Bohemia, on His Imperial Majesty's way from Jugenheim to St.-Petersburgh; and I said to his Excellency, as I thought it would interest him before meeting Prince Gortchakow to be made acquainted with the opinion which your Lordship had recently expressed respecting the events passing in the Ottoman Empire in a note addressed to Count Schouvaloff*), I had obtained your authority to read it to him. || While I did so Count Andrassy frequently expressed his concurrence in the way in which your Lordship has described the influence under which the insurrection in Bosnia and the Herzegovina originated, and has been kept up until the present time; and the only observation in the despatch with which he did not entirely agree was that in which your Lordship treats as unfounded the apprehension which Prince Gortchakow had expressed lest successes on the part of the Turkish troops might be followed by a general massacre of the Christians, or, in his Highness' words, in their extermination. || Count Andrassy said, that until now he was ready to admit there had been no ground for such an apprehension; but if the whole Mussulman population is to be armed, and wild undisciplined levies are to be brought from the distant provinces to fight against the enemies of Islam, he could not feel confident, that the war might not assume the character which Prince Gortchakow anticipated. || When I had finished reading the despatch his Excellency said he was much obliged to your Lordship for having allowed me to do so, as he had been under some doubt as to the views of Her Majesty's Government; Prince Gortchakow, in a despatch dated the last instant, having represented your Lordship to be entirely agreed (*"d'être entièrement d'accord"*) with his Highness on the questions under consideration, and to have intimated, that his Excellency's objections were the only obstacle in the way of a general understanding being adopted by the Great Powers as to the course to be pursued with respect to the future position of the Christian populations in the European provinces of the Turkish Empire. || His Excellency said, that Prince Gortchakow appeared to have considered, that the hope expressed in the late paragraph of your Lordship's

*) Siehe Bd. XXX Nr. 5727.

note justified such a statement; but it could hardly be said yet, that there was no difference in the views of his Highness and of your Lordship. || I have, &c.

Nr. 5770.
Gross-
britannien.
6. Juli 1876.

Andrew Buchanan.

Nr. 5771.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Die Reichstadter Zusammenkunft.

Foreign Office, July 10, 1876.

Sir, — The Austrian Ambassador communicated to me to-day the substance of a telegram which he had received from his Government on the subject of the meeting of the Emperors of Austria and Russia at Reichstadt. || The result of the interview was said to have been very satisfactory. The Emperors had agreed to adhere, under present circumstances, to a policy of non-intervention. If events should render it necessary, or if any specific issue should present itself, it was agreed, that endeavours should be made to arrive at a general understanding among all the Great Powers. || Count Beust added, that nothing had come of the new propositions relative to a constitution to be given to the insurgent provinces. || I am, &c.

Nr. 5771.
Gross-
britannien.
10. Juli 1876.

Derby.

Nr. 5772.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Bosna-Seraï an den königl. Min. d. Ausw. — Verhältnisse Bosniens.

Bosna-Seraï, July 25, 1876.

My Lord, — I think it may be useful at the present moment to correct some ideas which, as far as I can judge from the public press in England, seem to be perfectly taken for granted, and which prejudice a sound judgment of the real state of affairs in these countries. It is assumed, that there is, and has been for many years, great sympathy and increasing intimacy between the Christian population of Bosnia and the Servians, by inter-marriages and other relations. || The fact is that no contiguous countries could possibly be more completely estranged and have fewer relations with, or more ignorance of, each other than Bosnia and Servia. There is no commerce, and no inter-marrying, and scarcely any intercourse at all between the two countries. Little or no sympathy ever existed between them; and the ortho-

Nr. 5772.
Gross-
britannien.
25. Juli 1876.

Nr. 5772.
Gross-
britannien.
25. Juli 1876.

dox Christians of Bosnia, though in general disliking the Turks, have little desire to be annexed to Servia, and would prefer infinitely their present state, if a happier condition and better government could be assured them. In no case have the Christian inhabitants of Bosnia risen in arms against the Turks unless they have been absolutely forced to do so, and even now, when Servia has declared war with Turkey, there is not the slightest response to her invitations to revolt and accept her Government, except from those who have been made to take up arms, and lost all their property, and who dread to return to their allegiance, even if they were able, from fear of vengeance of the Turks. These naturally make any declaration suggested to them by Servia. || Another mistake is, that in speaking of the Christian population of Bosnia no account is taken of the Roman Catholics, who are a population apart, who hate the Serbs, and side entirely with the Turks, and form with them nearly two-thirds of the population absolutely hostile to any annexation to Servia. || I also still see articles published, in which it is assumed, that nothing would be more just and simple than to accord to Bosnia and the Herzegovina their autonomy, with the payment of tribute to the Porte on the same footing as Servia. This idea is founded on a complete ignorance of the social condition of the people. The Orthodox population are composed principally of farm labourers, the Catholics the same, and the Turks are mostly the proprietors of the soil. All are indiscriminately mixed up throughout the country; none are fit for self-government. Who then is to rule under these conditions? || It has been suggested to put them under a foreign Prince; but from whence could his Government derive its strength? His army must necessarily be a foreign one, which would simply be a foreign occupation. || Another idea is, that the Christian population is immensely in advance of the Mussulmans in education, wealth and civilization. This is entirely false. If there be any difference I should say it is in favour of the Mussulmans. The fact is, that no section of the population can boast of either education, wealth, or civilization. || It is also repeatedly declared, that it is intolerable that European Christians should be allowed to remain under the tyranny of Asiatic Turks, it being quite overlooked, that the Turks who, from the time of the conquest of Bosnia up to 1852, have absolutely, and since then virtually, governed the country, and who are responsible for the past and existing state of affairs, are not strangers, but natives of the country, Slaves themselves, who became perverts to Islamism, and that there is no doubt, that all the improvement in the state of affairs, and the better security of life and property which has taken place within the last thirty years is certainly due to the increased authority and influence of the Porte, acquired by the suppression of the last revolt of the Bosniac Beys by Omer Pasha. || These are all indisputable facts which cannot be contradicted. || I have, &c.

W. R. Holmes.

Nr. 5773.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Schwierigkeiten in Folge der Krankheit des Sultans.

Therapia, July 25, 1876.

My Lord, — A few days ago Midhat-Pasha called upon me in some despondency at nothing being done to carry out the organic reforms which he is intent upon, and for the necessity of which the Grand-Council had pronounced its opinion. | It was, he said, indispensable to prove to the country and to Europe, that a new era was being inaugurated. | I saw the Grand-Vizier the following morning and told him, that the delay was giving rise to a daily increasing discontent, which it was important to allay as speedily as possible, for while the advocates of reforms were losing heart its opponents were gathering strength. | His Highness had just been speaking to me of the condition of the Sultan, and of His Majesty's incapacity to attend to business, and he again alluded to it, as rendering the promulgation of a system of organic reform for the moment impossible, although he was himself entirely in its favour. | The object of it, he said, was to limit or abolish some of the existing prerogatives of the Crown; and could, he asked, such a measure be promulgated by the Ministers while the Sultan was not in a state to understand the nature of the concessions he was making? | The validity of the new law would be contested by those who were opposed to it, and possibly by the next Sovereign. The force of this argument is not to be contested; but it shows that the danger to which the country is exposed by being left so long practically without a Sovereign is very great. | Capital sentences are executed, and many other decisions of the Porte are carried out, for which the sanction of the Sultan, conveyed by Imperial Iradé, is strictly indispensable; and when it is generally known, that His Majesty's seal is attached to these documents while he is not in a state to understand their contents, a dangerous feeling will be excited against those who may be regarded as illegally exercising the functions of the Sovereign. | I have, &c.

Nr. 5773.
Gross-
britannien.
25. Juli 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5774.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Serbien wünscht eine Vermittelung.

Belgrade, August 5, 1876.

My Lord, — During the last few days two persons connected with the present Government of this country have spoken to me in the strictest confidence on the prospects of their country. | They admitted, that the success

Nr. 5774.
Gross-
britannien.
5. Aug. 1876.

Nr. 5774.
Gross-
britannien.
5. Aug. 1876.

of the present war was becoming very doubtful, and that the struggle, if it is to produce any result, must become a protracted one, which would, of course, require immense and continual sacrifices on the part of Servia. | One of these gentlemen hinted, that some of his friends were alarmed at the part played here by Russian officers and emissaries, and he went so far as to say, that some of these were suspected of following in this campaign Russian instead of specific Servian interests, and he expressed regret, that Her Majesty's Government showed no disposition to take upon itself the part of a mediator in the present struggle, which was likely to be, in the long run, as injurious to Turkey as to Servia, and he dilated at some length on the influence which England would derive from acting such a part on this occasion. || I told both these gentlemen, that I believed that no mediation could be successful until the Servian Government was prepared to acknowledge its fault in creating this war of its own making, and in admitting itself worsted and defeated. || I said further, that such an application to be entertained must proceed from Servia, and be made formally, adding that I doubted very much whether Her Majesty's Government would feel disposed to any action in this question separate and unknown to the other Great Powers. || As the principal object of my interlocutors was evidently to elicit from me some expression of a prospect that British influence would be ultimately exercised in favour of Servia without previous consultation with any other Power, my answer produced a discouraging effect. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 5775.

GROSSBRITANNEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Verbot politischer Discussionen in Konstantinopel.

Therapia, August 7, 1876.

Nr. 5775.
Gross-
britannien.
7. Aug. 1876.

My Lord, — The inclosed official announcement, forbidding public discussion of the future system of Government, has given rise to considerable dissatisfaction, as being an infraction of the liberty of speech which was supposed to be inaugurated by the new reign. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Official Communication to the Newspapers.

Constantinople, le 2 Août, 1876.

Les journaux Turcs de ce matin publient une communication officielle dont voici le résumé:— || Depuis quelques jours, diverses discussions ont lieu dans le public au sujet du système gouvernemental de l'Empire. || Sa Majesté le Sultan dans son Hatt Impérial a invité ses Ministres à délibérer entr'eux sur les principes et le mode de Gouvernement à établir sur une base sérieuse et solide, et à soumettre à Sa Majesté le résultat de leurs délibérations. || Cette réforme administrative étant de la plus haute importance et devant être soumise à un examen approfondi, au point de vue des prescriptions de la loi du Cher'i et des moeurs, des habitudes et des aptitudes de la population, exige de longues études; d'autre part, les événements actuels, étant de nature à préoccuper le Gouvernement avant toute autre chose, il a été décidé de remettre l'exécution de la réforme à l'époque où toutes ces difficultés auront été écartées. || Malgré cela et pendant que nos soldats sont aux prises avec l'ennemi, il se trouve des personnes qui, sans prendre en considération l'état des choses actuel, se livrent à des discussions inconsidérées et de nature à porter le trouble dans les esprits et à exciter les passions du public, au préjudice des opérations militaires et au grand contentement des malveillants. || Attendu qu'aucun patriote ayant un grain de foi et de zèle ne peut donner son approbation à cela, le Gouvernement défend rigoureusement les discussions de ce genre. || Par conséquent, le Ministre de la Police a reçu l'ordre de faire arrêter par des agents secrets tous ceux qui se permettront de discuter sur cette question en public ou en conciliabules. Ces individus seront considérés comme traîtres à la patrie et punis en conséquence. || Le Bureau de la Presse a reçu aussi des instructions spéciales, afin que les journaux ne s'occupent pas de ces questions. || Tous ceux donc qui aiment leur religion, leur Etat, leur nation et leur patrie, sont invités à s'abstenir désormais de tout ce qui est contraire à cette recommandation.

Nr. 5775.
Gross-
britannien.
7. Aug. 1876.

Nr. 5776.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Oesterreich und England halten den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet zur Vermittlung eines Waffenstillstandes.

Foreign Office, August 8, 1876.

Sir, — In a conversation which I had recently with Count Beust, his Excellency informed me, that the Duc Decazes had sounded the Austro-Hungarian Government with the view of ascertaining whether it would be dis-

Nr. 5776.
Gross-
britannien.
8. Aug. 1876.

Nr. 5776.
Gross-
britannien.
8. Aug. 1876.

posed to take the initiative in bringing about an armistice. The answer given to him had been to the following effect: — || That at the present moment it appeared to be difficult to take such an initiative; that it was not easy to conjecture what conditions would have a chance of being accepted by the Turks, the Servians and the Montenegrins, each of whom were claiming to be victors; and that, as European diplomacy had failed to prevent the war its present work could only consist in localizing it and in insuring, that it should not cause European complications. || It had been pointed out that, when the course of events should have produced a clear and definite situation, such as would lead to the belief, that either of the belligerents would be constrained to accept conditions, then would be the opportunity for diplomacy to put pressure upon the others, but that, until there should be an unequivocally decisive military success, that task would be difficult, and propositions would be fruitless unless imposed by force. When events should have pronounced themselves there would be room for hope, that the voice of diplomacy, in whatever sense it might speak, would be listened to, and the Austro-Hungarian Government would then be ready either to offer its mediation or to support that of any other Power. || I expressed to Count Beust my entire concurrence in the views of his Government as expressed above. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5777.

SERBIEN. — Min. d. Ausw. (T. Ristits) an den englischen Generalkonsul in Belgrad. — Beschwerden über die türkische Kriegsführung.

Nr. 5777.
Serbien.
9. Aug. 1876.

Belgrade, le 28 Juillet, 1876.

M. l'Agent, — Le Gouvernement Princier était informé depuis quelque temps déjà par les rapports des chefs de corps que les troupes Turques commettaient des excès de nature à donner à la guerre actuelle le caractère le plus odieux. || Quoique la véracité de ces rapports fut pour ainsi dire confirmée par la voix publique, le Gouvernement Princier avait cru devoir garder le silence à ce sujet dans la pensée que les faits dénoncés pouvaient être isolés. || Il n'est malheureusement plus permis d'admettre cette hypothèse. Durant mon séjour au quartier général, j'ai acquis la douloureuse certitude qu'on n'a commis aucune exagération dans le récit des actes de cruauté et de barbarie reprochés à l'armée Turque. En outre, bien loin d'être isolés, ces actes se sont accomplis régulièrement, méthodiquement, partout où l'ennemi a pénétré sur notre territoire. || C'est ainsi que, quoique la population Serbe

n'ait opposé nulle part aucune résistance à l'invasion, l'armée Ottomane a brûlé, pillé, saccagé, sur son passage. Tous les villages qu'elle a traversés sont réduits en cendres et les églises ont été bombardées. || Un télégramme officiel de Constantinople attribue aux volontaires ces derniers actes de vandalisme. Mais comme les volontaires ne sont jamais munis d'artillerie, l'explication donnée par le susdit télégramme n'a aucune valeur, et il faut reconnaître que le bombardement et la destruction des églises restent à la charge des troupes Ottomanes régulières et des officiers qui les commandent. || Les autorités Ottomanes ne sauraient nier non plus que les Tcherkesses et les Bachi-Bazouks ont été organisés en escouades d'incendiaires. Chaque escouade se compose de quatre hommes armés et d'un cinquième qui est porteur de bouteilles de pétrole. || A l'exemple des Communards de sinistre mémoire ces hommes promènent l'incendie sur les derrières de l'armée Turque. Le fait est signalé de la manière la plus positive par plusieurs de nos officiers et entre autres par M. le Colonel Horvatovitz qui commandait à Kniagévatz. || Il convient de remarquer que les Tcherkesses et les Bachi-Bazouks sont commandés par des officiers de l'armée régulière, qu'ils sont encadrés dans les rangs de l'armée régulière et qu'ils n'agissent point isolément. || La responsabilité des actes de barbarie dont ils se rendent journellement coupables ne saurait donc être déclinée par le Gouvernement Turc. || Les troupes Ottomanes ne se bornent pas à brûler et à détruire; elles sont allées dans bien des cas jusqu'à enlever des femmes et des filles dont le sort est inconnu. Sont-elles destinées à entrer dans un harem ou à être vendues comme esclaves? ont-elles été assassinées par les misérables qui les ont emmenées? Les suppositions les plus tristes sont malheureusement permises; car les procédés de l'ennemi avec lequel nous sommes en guerre rappellent les souvenirs les plus sanglants des invasions barbares. || Nous voyons reparaître en plein dix-neuvième siècle les hordes de pillards qui s'abattaient sur l'Europe et la mettaient à feu et à sang aux époques lointaines où la civilisation n'était qu'un mot vain. || Le Gouvernement Ottoman, qui ose parler de guerre sainte, ne craint pas en même temps de poursuivre la lutte par des moyens que reprouvent la morale, la justice, l'humanité. Et de quels instruments se sert-il pour soutenir cette guerre sainte? Parmi les prisonniers que nos troupes ont faits dans les environs de Vidin, il se trouve douze forçats arrachés du bagne pour être incorporés à l'armée. Voilà les adversaires que nous oppose le Gouvernement Ottoman! || Nulle part les Turcs n'ont consenti à enterrer les morts. Après le combat du ⁶/₁₈ à Veliki-Tzvor le Colonel Leschianine, commandant des troupes Serbes, voulut procéder à l'inhumation des victimes restées sur le champ de bataille à portée des canons des deux armées. Osman-Pacha a refusé de recevoir le parlementaire qui lui était envoyé à cet effet. Les cadavres des deux camps sont restés sans sépulture. || Quant aux blessés ceux que nous ne pouvons pas enlever sont presque partout mutilés et dépouillés, quand ils ne sont pas mis à mort par ces barbares modernes qui servent la Turquie sous

Nr. 5777.

Serbien.

9. Aug. 1876.

Nr. 5777.
Serbien.
9. Aug. 1876.

le nom de Tcherkesses et de Bashi-Bazouks. L'Europe n'a rien vu de semblable depuis le temps de Gengis-Khan. Le Gouvernement Ottoman ne fait pas la guerre à l'armée Serbe; il poursuit l'extermination de la nation elle-même; il ravage le pays, il porte le fer, le feu, même dans les contrées où il n'a pas eu de lutte à soutenir; c'est en un mot, je le répète, le renouvellement des invasions barbares avec leur cortège d'atrocités et d'infamies. || J'ai cru de mon devoir, M. l'Agent, de vous signaler ces procédés et je vous prie de vouloir bien les porter à la haute connaissance de votre Gouvernement, afin que les Puissances soient à même d'apprécier la manière dont la Porte Ottomane soutient la lutte contre la Principauté. Je vous prie, &c.

T. Ristitch.

Nr. 5778.

TÜRKEI. — Officielle Zurückweisung serbischer Beschuldigungen.

Nr. 5778.
Türkei.
12. Aug. 1876.

Les Représentants de la Sublime Porte à l'étranger ont transmis aux journaux la communication suivante: —

(Officiel.)

Constantinople, le 12 Août, 1876.

Les Agents de la Serbie, par ordre de leur Gouvernement, essaient de propager en Europe la croyance que les troupes Impériales incendient volontairement les villages Serbes, et vont même jusqu'à prétendre que les auxiliaires Circassiens se munissent de sceaux remplis de pétrole qu'ils portent sur le champ de bataille, afin de mieux accomplir leur oeuvre de destruction. Cette double accusation, aussi ridicule qu'in vraisemblable, est absolument controuvée; si quelques villages Serbes ont été atteints par le feu, ce n'a été que par l'ardeur du combat et par accident, tandis que depuis le commencement des hostilités soixante villages situés sur le territoire Ottoman et habités par des Chrétiens aussi bien que par des Musulmans ont été incendiés par les Serbes.

Nr. 5779.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Theilweise Amnestie für die bulgarischen Insurgenten.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 13 Août, 1876.

Nr. 5779.
Türkei.
13. Aug. 1876.

Sa Majesté Impériale le Sultan, notre auguste Maître, mû par ses sentiments de sollicitude paternelle et de haute clémence, a daigné accorder

amnistie pleine et entière à tous les individus qui avaient été compromis dans le mouvement Bulgare et dont le procès n'a pas été terminé. Sont exceptés de cette faveur Impériale ceux qui sont déjà condamnés et ceux qui, prévenus d'avoir été les chefs et les organisateurs du mouvement, sont soumis à des interrogatoires. Tous les autres détenus seront mis immédiatement en liberté sous caution valable. Toutes poursuites à raison des événements en question cesseront; personne ne sera plus recherché ni arrêté de ce chef; en même temps les juridictions exceptionnelles chargées d'instruire ces procès seront supprimées, et les jugements concernant les individus qui rentrent dans la catégorie des exceptions plus haut citées seront renvoyés devant les tribunaux ordinaires.

Nr. 5779.
Türkei.
13. Aug. 1876.

Nr. 5780.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Generalkonsul in Belgrad. — England macht eine Vermittelung seinerseits von dem ausdrücklichen Wunsche Serbiens abhängig.

Foreign Office, August 14, 1876.

Sir, — You may suggest to Prince Milan that, should he appeal to the Powers for their good offices to bring about a mediation, his application would be favourably received by England; but Her Majesty's Government do not propose to mediate unless invited to do so by Servia. || I am, &c.

Nr. 5780.
Gross-
britannien.
14. Aug. 1876.

Derby.

Nr. 5781.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Stimmung in Serbien.

(Extract.)

Belgrade, August 14, 1876.

The peculiar circumstances under which I was induced to address to your Lordship my telegrams of the 5th, 8th, 11th, and 13th instant require some explanation. || From the frequent intercourse I constantly keep up with leading persons here, I have been able to watch from day to day the impressions produced on them by passing events, and the effects on their minds of the great disappointment at the turn which this war has taken, and of alarm at the character which it is sure to assume, if it is to be kept up as a war of resistance. || The primary object of this war was to have been the emancipation of Christian Serbs in Bosnia, and the establishment in that Province of

Nr. 5781.
Gross-
britannien.
14. Aug. 1876.

Nr. 5781.
Gross-
britannien.
14. Aug. 1876.

a new state of things by means of an armed occupation. || With that view, the main Servian forces were to have entered Bosnia, and to have given efficient assistance there to the Christian inhabitants. || Such was the plan drawn up here as long ago as January last, but modified in this very essential point subsequently to General Tchernaiëff's arrival here. || This General concentrated his principal forces about Nisch, where he kept them in comparative inactivity nearly three weeks. || The troops sent into Bosnia did not act anywhere in a sufficiently large body; they were scattered and disseminated from the commencement, and failed in penetrating in any direction so as to produce any encouragement on the unarmed Rayahs, or any impression on the native Mahomedan population. || The offensive position assumed on the eastern frontier had to be abandoned by General Tchernaiëff subsequently, and a strong Turkish force having succeeded in pushing its way to Kniajevats, after some hard fighting, the line of the Timok was given up, and Saitchar was evacuated by the Servian troops, by an order of the General, without any serious attempt to retain possession of that important line some days longer. || In the rear of this line, and between it and the Morava, the Servians continue in possession of another and a much stronger mode of defence, in the shape of natural mountains and of a few passes or defiles, which, if occupied by really good troops, might render access to the Morava, to a hostile army and to its artillery, almost impossible. || The last six weeks have given sufficient evidence, however, that the untrained ploughmen of Servia, although in appearance presenting an excellent material for forming soldiers, have not acquired hitherto the qualities indispensable to fight the battles of their country, and that in the field they think much more of their homes and farms than of the glory to be achieved by prowess. || It is asserted by some enthusiastic advisers of the Prince, that the continuation of the war for a couple of months longer, if this were possible, would bring out some things to the advantage of the Servian cause, and that these are worth any sacrifice; that it would render evident to the civilized world the impossibility for Turkey to carry on any other than a barbarous system of warfare; that it would form and instruct a portion of the native militia, and convert them, by strict discipline, into regular soldiers; and that last, not least, it would so stir up the Slav feelings in Russia, and the sympathies of the rest of Christian Europe, that the Emperor of Russia would ultimately espouse their cause, and come to their assistance quite openly. || The prospect that Greece or Roumania, or both, will ere long enter the lists as belligerents is still depended upon in their calculations by the partizans of a war "à outrance." | This view is naturally strictly adhered to by two or three Ministers, by the numerous Russians who have been attracted here by Slav patriotism, or have been sent by Slavonic Committees, and by the partizans of the Omladina; but it is not numerously represented. || The peasant yeomen are, I believe, utterly sick of the war, — if they ever were in its favour, — but as the entire

able-bodied male population is under arms, and as the introduction of a strong Russian element among the officers has rendered the introduction of a much more severe discipline possible, there is not the slightest chance, that any movement should be initiated by the country people in favour of peace, unless it took the form of a mutiny. || The opinion of the city of Belgrade counts for little at this time, its male citizens and burghers are mostly in the field, and those that remain are the subjects of a foreign Power, or strangers who have come hither to take some part or other in the excitement, and without any real stake in the country. | It is admitted, however, by all well-informed persons, that if the initiative for the negotiation of peace were taken by a strong Government, and if the restoration of the *status quo ante bellum* could be secured, such a Government would meet with the general approbation of the people, — if these could be polled, — and that they would find in that approbation a full compensation for any risk or responsibility attaching to the adoption of such a policy. || A prolongation of this war must lead either to the ruin of Servia, by bringing about all the distress and devastation which are sure to follow in the track of a Turkish invasion, or an exhaustion of all the resources of the Principality in protracting a contest which has become now, at least, hopeless. || Hopeless in this sense, that though Servia may still do much harm to Turkey in the way of draining the resources of the Porte, it can no longer entertain the least hope of carrying the war beyond her own frontiers unless Russia should ultimately come to her rescue. || But should this even come to pass, of which as yet there is no certainty and little prospect, public men here are agreed, with few exceptions, to this, that a foreign armed intervention would completely change the conditions and character of the present contest. The Servian question, nay, perhaps even the independence of Servia, would run the risk of being swamped in new questions which would be sure to arise, if one or several Great Powers were to interfere actively in the present struggle; many Servians see this quite well even now, the commanding tone of Russian Committees and their Agents, and the protectorate exercised by them on all their acts which has been rendered necessary by this war, alarms many of them, and hurts their self-respect. || They feel that such aid may become a delusion in the long run, whilst if the assistance were not given for a few months, and Servia were left to her own resources, and abandoned to her fate in the end, a state of things might arise when it may be most difficult to keep up a regular Government and to preserve the existing institutions, should the Principality become entirely devastated, ruined, and a prey to contending rival parties. The above considerations have weighed so heavily lately on the mind of Prince Milan, that he has sought to impress them on a few of his Ministers, and to obtain advice from some of the foreign Representatives; but it is still doubtful whether he will have it in his power to take advantage of the counsels thus obtained.

Nr. 5781.
Gross-
britannien.
14. Aug. 1878.

Nr. 5782.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Aeusserungen Fürst Gortschakoff's über Bulgarien und über eine Vermittelung.

St.-Petersburgh, August 15, 1876.

Nr. 5782.
Gross-
britannien.
15. Aug. 1876.

My Lord, — I had an interview with Prince Gortchakow at Peterhof on Wednesday last by appointment. His Highness informed me, that he wished to communicate to me a telegram he had received from the Acting Russian Consul at Philippopoli, and a despatch which he had addressed to the Russian Representatives at the Great Courts for communication to the several European Governments. | The despatch merely embodied the substance of the telegram. It referred to the desolation of Bulgaria. It stated, that the crops were left uncut; the ground untilled; the houses burnt; property pillaged; the population dispersed for safety. No authority was exercised by the Government; the Turks refused to rebuild the houses burnt, and to restore the property pillaged. Typhus was raging and had entered the prisons; but no prisoner was released. All the cattle had been carried off; the population were in despair and houseless; totally unprovided for when the cold season comes. || The Acting Russian Consul further reported having seen Mr. Baring, who had confirmed the reports of the excesses which he had previously addressed to General Ignatiew, and which he had communicated at the time to the Porte and to his colleagues. Mr. Baring had further told him, that 10,000 lives had been sacrificed in that district, and that he had seen 1,000 corpses unburied. || Prince Gortchakow said, that he had instructed M. de Giers to communicate this telegram to my colleagues. || He said, that the reports of the newspaper correspondents which had reached him were still more distressing; but he refrained from citing them, confining himself to those of an official character. || His Highness expressed his conviction, that the English nation would be roused to indignation when it learnt the atrocities which had been committed, and that its sympathy would be given to the Christian cause. The conversation then turned to the probability of this lamentable war being brought to a speedy conclusion. His Highness said that he did not think that the Servians despaired of success. He observed, that they had shown great bravery, great endurance, but that they were a mere militia, ill-disciplined and not used to war. In a short time they would be better trained, and would prove a formidable defensive force. He observed, that the Montenegrins had achieved a great victory, which counter-balanced the Servian defeat. || I could perceive, that His Highness does not think that the Servian cause is lost, nor that the war was likely soon to be brought to a close. In referring to an European mediation or intervention, Prince Gortchakow said decidedly, that Russia would not take the initiatory step, but that Russia

would gladly join the other Powers, when the opportune moment arrived, in the work of pacification. He said, that in the event of an European Conference he should make two conditions: — 1st. that it should not be held in the capital of any of the Great Powers; and 2nd. that it should be attended by the Ministers for Foreign Affairs, in order that decisions could be taken without the delay of accepting questions *ad referendum*. In his opinion England was the Power which should take the initiative, and she would play a noble part in doing so. || In speaking of Austria, Prince Gortchakow again repeated to me that he had fully discussed the question of a pacification with Count Andrassy, and that they were entirely agreed on all points and for all eventualities. || “I can state no more”, said the Chancellor, “but that much I can tell you, as I have done to your colleagues; and I can add that our Ambassadors at the other Courts know no more than you do”.

Nr. 5782.
Gross-
britannien.
15. Aug. 1876.

This language, though, perhaps, satisfactory, is mysterious, and we can only unravel the mystery by conjectures. || Prince Gortchakow stated, however, that Count Andrassy had very considerably modified his previous opinions as to the danger to Austria of granting a limited autonomy to the Turkish provinces bordering her frontier, and it is evident that Count Andrassy has yielded to the arguments of the Russian Chancellor on this point. || In talking of Constantinople, Prince Gortchakow said, that the state of affairs there bordered on anarchy, that the Sultan was incapable of governing, and that a doctor famous for mental maladies had been sent for. | In referring to General Ignatiew, he said, that there was no question of his recall, and that he would return to his post after visiting his estates in Southern Russia. || In the course of conversation, Prince Gortchakow referred to the arrest of certain emissaries in the Caucasus for inciting the Mussulman population. I inquired if it were true, as stated by the papers, that 150 Mollahs had been arrested. He replied, that he did not know the number or the character of the persons arrested, but that certain arrests had been made. || At this interview I found his Highness calm on every subject, but on that of Bulgarian atrocities, and, in discussing this subject, his Highness evinced considerable animation and emotion. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5783.

TÜRKEI. — Proklamation an die Serben.

Serbes!

Vous êtes les descendants de ces ancêtres qui ont vécu pendant plus de cinq siècles en paix et en sécurité sous l'égide paternelle du Gouvernement

Nr. 5783.
Türkei.
17. Aug. 1876.

Nr. 5788.
Türkei.
17. Aug. 1876.

Impérial Ottoman. Ce Gouvernement s'est efforcé de combler de ses bienfaits vos ancêtres; il a témoigné des mêmes sentiments de justice et de bienveillance envers vous autres qui êtes leurs descendants. || Les Serbes, de leur côté, en reconnaissance de ces faveurs, et tout en conservant leur nationalité, n'ont jamais songé, pendant une longue époque, qu'aux intérêts économiques et à la prospérité de leur pays. || C'est que les Serbes écoutaient les conseils de leurs sages vieillards qui avaient à coeur le progrès et le salut de leur pays; aussi, avaient-ils persévéré dans une fidélité inaltérable envers la Sublime Porte pendant toutes les guerres et toutes les révolutions qui ont bouleversé le monde depuis quarante ans. Ils ont vécu dans la paix, et cette conduite judicieuse et honnête de ces sujets fidèles était constamment l'objet de la satisfaction du Gouvernement Impérial, qui ayant pris en considération l'expression de chacun de leurs vœux, a périodiquement ajouté des immunités nouvelles à celles dont ils jouissaient jusqu'alors. || La Sublime Porte a tenu surtout à prouver que dans ses sentiments elle ne fait aucune distinction entre les Serbes et ses sujets Musulmans ou Chrétiens, et, pour leur témoigner une fois de plus la confiance qu'elle avait placée en eux, elle avait conféré au Prince de Serbie le commandement des places fortes de cette province. || Toutefois, les hommes qui se trouvaient à la tête des affaires en Serbie ont voulu, au mépris des intentions et des instincts pacifiques du peuple Serbe, se servir de lui comme d'un instrument docile pour satisfaire leur propre et insatiable ambition; ils ont égaré une partie de la nation Serbe, et lui ont fait porter secours aux rebelles de l'Herzégovine et de la Bosnie. || Ces hommes funestes répondaient aux représentations de la Cour Suzeraine et aux exhortations des Grandes Puissances, en faisant retomber la responsabilité de leurs propres actes sur la nation. Ils ont ainsi trahi la cause des Serbes, et ils ont aggravé la situation des malheureux qu'ils prétendaient secourir. Dans ce dernier temps, ils ont accueilli chez eux des officiers et des chefs étrangers; et, d'après les plans que ceux-ci ont imaginés, ils ont mis de force les armes dans les mains du peuple Serbe pour attaquer et combattre soudainement des voisins avec lesquels ce peuple vivait en paix depuis 500 ans, pour incendier et dévaster leurs villages et leurs foyers. || La Serbie est une partie intégrante de l'Empire Ottoman, et ses habitants sont les sujets du Gouvernement Impérial. Les intérêts de l'une et de l'autre sont intimement liés. Ce gouvernement pourrait-il donc voir avec satisfaction que la Serbie soit ruinée par la guerre? Mais, s'il a été forcé d'occuper militairement son territoire, ce n'est que pour châtier les insensés qui voulaient empiéter sur ses droits et pour mettre un terme à leur criminels attentats. || Le Gouvernement déplore profondément les malheurs et les pertes que le peuple Serbe a subis, par suite de la résistance opiniâtre qu'une fraction égarée de ce peuple a cru pouvoir opposer à ses armées. Il déplore qu'une partie constitutive de l'Empire soit désolée par les calamités de la guerre, et que tant de femmes, d'enfants, de vieillards et de paysans inoffensifs soient réduits aux plus dures

épreuves. Les hommes qui avaient pris dans leurs mains les rênes du Gouvernement en Serbie, et dont le devoir sacré était de servir les intérêts de leur pays, en lui assurant les bienfaits de la paix et en travaillant à augmenter les sources de sa prospérité, ont dissipé l'argent du peuple en armements et en préparatifs de guerre. C'est ainsi que l'ambition effrénée et les mauvaises passions les ont amenés à employer au préjudice de ce peuple l'épargne que chacun avait amassée pour soutenir sa famille, ses enfants et tous les siens.

Serbes!

Sachez bien que le Gouvernement Impérial considère comme ses enfants tous ses sujets sans distinction, tant Musulmans que Chrétiens. Aucun père au monde ne veut le mal de ses propres créatures. L'occupation militaire de la Serbie ne saurait donc avoir pour but la ruine de cette belle province et de ses honnêtes habitants; c'est uniquement pour punir ceux qui, après une injuste et odieuse agression, ont tenté de résister en armes contre le Gouvernement Impérial, et ont attiré, de propos délibéré, tant de malheurs immérités sur une population paisible. Quant aux habitants inoffensifs, ils peuvent compter sur la protection efficace et la bienveillance toute particulière de la Sublime Porte. || En tout état de cause, les sympathies du Gouvernement Impérial pour le peuple Serbe sont et demeurent inaltérables. Son plus grand vœu est d'assurer sa protection aux habitants paisibles, et surtout aux femmes, aux enfants et aux vieillards, dans les désordres suscités par quelques hommes sans scrupule qui cherchent à faire prévaloir leurs intérêts personnels au prix des plus grands malheurs que leur patrie puisse subir. En conséquence, la Sublime Porte a transmis, à tous les commandants militaires de ses armées en campagne, l'ordre formel de sauvegarder et de protéger la vie, les biens, la famille et les foyers de tous les habitants de la Serbie qui viendraient faire leur soumission aux autorités militaires ou qui livreraient leurs armes. Les agressions ou les actes de violence qui se produiraient, soit de la part des soldats, soit de quelque autre part, contre la vie et les biens des habitants soumis, seront sommairement punis. || D'autre part, si parmi ces habitants il se trouvait des hommes qui, après avoir livré leurs armes ou fait leur soumission, se remettaient en hostilité contre nos troupes, ceux-là seraient traités avec toute la rigueur des lois militaires. || La présente Proclamation a pour objet de faire savoir aux Serbes que tous ceux qui voudraient s'en remettre en toute confiance de leur vie, de leurs biens et de leurs familles à la loyauté et à la clémence du Gouvernement Impérial, et qui seraient d'ailleurs fermement résolus à ne plus violer leurs engagements de soumission, devront, en premier lieu, s'adresser, soit en personne, soit par délégation, au commandant le plus voisin des troupes Impériales. || Quant à ceux qui s'obstineront à rester dans la voie de la révolte, et qui ne se rendront pas à l'appel de cette Proclamation, ils n'ont qu'à se résoudre à leur sort et à subir les conséquences de leur acte de rébellion. Que la justice divine s'accomplisse!

Nr. 5784.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Bedingungen eines Friedensschlusses mit Serbien.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 19 Août, 1876.

Nr. 5784.
Türkei.
19. Aug. 1876.

L'ambassadeur d'Angleterre vient de nous communiquer la dépêche suivante adressée par son Gouvernement au Consul Général Anglais à Belgrade, le 14 Août: — || "Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine ne proposera pas la médiation à moins qu'elle ne lui soit demandée; mais vous êtes autorisé à suggérer au Prince Milan qu'une demande de sa part aux Puissances pour leurs bons offices serait favorablement agréée par l'Angleterre". || Comme l'Ambassadeur d'Angleterre, en nous communiquant la dépêche précitée, a voulu connaître la pensée du Gouvernement Impérial à ce sujet, son Altesse le Grand-Vizir s'est empressé de l'assurer que nul plus que le Gouvernement Impérial ne souhaitait la prompte cessation du conflit actuel que la Sublime Porte avait tout fait pour prévenir, mais que l'agression inqualifiable des Serbes a rendu inévitable. Ouvertement menacée par l'Administration Princièrè, la Sublime Porte a dû, pour défendre ses droits, se soumettre aux plus lourds sacrifices. La nation a supporté et supporte ces sacrifices avec une résignation qu'elle puise dans le sentiment des nécessités de la situation et dans l'espoir d'arriver à un résultat qui garantisse le pays contre le retour de pareilles éventualités. Jusqu'à présent nos armes, quoique heureuses, n'ont pas encore obtenu un succès qui fût de nature à donner au sentiment national la satisfaction qu'il est en droit de réclamer, et à servir de leçon sévère aux agitateurs Slaves. Dès lors, comment le Gouvernement Impérial pourrait-il accéder à toute démarche qui, aux yeux de la nation, passerait comme une renonciation à exiger les garanties matérielles qui seules peuvent nous rassurer après l'expérience que nous venons de faire de l'inefficacité des efforts et des conseils des Puissances? En outre, il conviendrait, ce nous semble, que le Prince de Serbie s'adressât directement pour demander la paix. Cette manière d'agir pourrait en quelque sorte flatter l'amour-propre national et être considérée comme une satisfaction morale. Une telle démarche pourrait seule mettre le Gouvernement Impérial vis-à-vis de la nation dans la plénitude de cette liberté qui est indispensable en pareille circonstance. Telles ont été les explications que la Sublime Porte a données à l'Ambassadeur d'Angleterre; et, en vous en faisant part pour votre information, c'est dans ce sens que je vous prierai de vous exprimer le cas échéant.

Nr. 5785.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Officielle Bitte Serbiens um Vermittelung.

(Telegraphic.)

Belgrade, August 24, 1876, 10 p.m.

This evening the Representatives of the six Guaranteeing Powers met by invitation at the Palace, when Prince Milan, in the presence of his Foreign Minister, asked them to apply to their respective Governments for their good offices for re-establishing peace between Porte and Servia, and to obtain with that view a prompt cessation of hostilities. His Highness added it would be desirable that the pacification should also include Montenegro.

Nr. 5785.
Gross-
britannien.
24. Aug. 1876.

Nr. 5786.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Uebernahme der Vermittelung.

Foreign Office, August 25, 1876.

Sir, — I have to inform your Excellency that I yesterday received a telegram from Mr. White at Belgrade informing me that, upon the invitation of Prince Milan, the Representatives of the six Guaranteeing Powers had met at the Palace in the presence of the Servian Foreign Minister. || His Highness begged them to apply to their respective Governments for their good offices to bring about a re-establishment of peace between Turkey and Servia, and to endeavour promptly to obtain an armistice. His Highness expressed a wish that Montenegro should also be included in this pacification. || Her Majesty's Government received this intelligence with great satisfaction, and I sent a reply to Mr. White by telegraph that I would lose no time in communicating with the other Powers for the purpose of obtaining a cessation of hostilities. || I accordingly telegraphed to Her Majesty's Representatives at Paris, Berlin, Vienna, St - Petersburg and Rome, stating that Her Majesty's Government are prepared to join in any representation which may be made to the Porte for a suspension of hostilities, and instructing them to ascertain without delay the views of the Governments to which they are accredited. || In the meanwhile, your Excellency will point out to the Porte the extreme importance of not losing this opportunity of restoring peace. || Her Majesty's Government apprehend that, if hostilities are prolonged, the interference of some of the Powers is probable, the consequences of which might be fatal to the Turkish Empire. || I am, &c.

Nr. 5786.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1876.

Derby.

Nr. 5787.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Erklärungen des Fürsten Gortschakoff.

(Extract.)

St.-Petersburgh, August 25, 1876.

Nr. 5787.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1876.

I waited to-day on Prince Gortchakow for the purpose of ascertaining the result of the suggestion I had requested M. de Giers to convey to him in regard to inducing the Prince of Montenegro to support the appeal of Prince Milan for the good offices of the Powers, as reported in my despatch of the 23rd instant. || Prince Gortchakow, after communicating to me the substance of the telegram from the Russian Consul at Belgrade, stated that he had instructed the Russian Representatives at the Great Courts, by telegraph, to support the Servian request; and that he had likewise telegraphed to the Russian Chargé d'Affaires at Constantinople instructing him to join his colleagues in any proposal they may make to the Porte in accordance with the appeal of Prince Milan. || His Highness was unable to state whether the Prince of Montenegro had given his assent to the step taken by Prince Milan; but His Highness observed, that an armistice must be general, and must apply equally to Montenegro and the insurgent provinces. || I expressed my satisfaction at this information from Belgrade, and my opinion that no time should be lost in giving effect to the appeal of Prince Milan, and in bringing about the cessation of hostilities. || Prince Gortchakow remarked, that the national enthusiasm in favour of Servia was daily increasing here and throughout the Empire, and that the position of the Imperial Government was becoming one of difficulty and embarrassment; nevertheless, he assured me that the Emperor would continue in the pacific course he had consistently pursued, adding that the nation, with its devoted loyalty to the Emperor, and with the confidence reposed in him (Prince Gortchakow), placed full trust in the wisdom and patriotism of the Imperial Government. || His Highness, touching on this subject, referred to a speech which the Emperor addressed to the officers of his army on the termination of the manoeuvres, and of which different versions have been current. Prince Gortchakow, said that the words used by the Emperor were as follows: — "L'honneur du pays m'est cher; jusqu'ici j'ai pu maintenir la paix, et je désire la conserver: mais si l'honneur du pays serait atteint je saurais la défendre, et alors je compte sur vous." || Prince Gortchakow spoke of the atrocities in Servia and said that, so long as the Porte employed such elements of disorder as the Circassians and Bashi-Bazouks, no confidence could be placed in it. It was time, that an end should be put to the effusion of blood which was creating a feeling of horror and exasperation among all classes; and it was to be hoped that the appeal of Prince Milan would be promptly followed by a suspension of hostilities, and that Europe should meet to deliberate on

a final pacification. ¶ His Highness then said, that Russia was most anxious for peace. He expressed himself with some animation on this subject, and I therefore think it better to give your Lordship his Highness's own words, which were as follows: — "Nous nous sommes abstenus de toute initiative; nous avons laissé faire; nous avons attendu que l'Europe agit: mais si rien ne se fait, si cette effusion de sang continue, et si l'Empereur, mon auguste maître, me commande de prendre la plume en main, je vous garantis qu'elle sera trempée dans une encre qui comporterait avec la dignité et la puissance de l'Empire"; adding, at the same time: "Mais ce ne serait pas la guerre." ¶ In regard to the Servian request, Prince Gortchakow observed that the Porte appeared to require that an appeal for an armistice should be addressed directly to itself. I replied that your Lordship, having made the suggestion to Prince Milan, and Europe having collectively accepted the appeal addressed to it, I considered that it would be impossible for the Porte to raise objections to the form of it. His Highness then referred to the question of a war indemnity, which he seemed to fear would be put forward by the Porte, and observed that in the destitute state of the finance in Servia, and in view of the drain on the nation caused by the war, it would be useless to demand what is materially impossible to obtain.

Nr. 5787.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1876.

Nr. 5788.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Scutari an den königl. Min. d. Ausw. — Verstümmelung türkischer Soldaten durch die Montenegriner.

Scutari, August 26, 1876.

My Lord, — With reference to my despatch of the 20th instant, I have the honour to repeat to your Lordship that I, this morning, on the invitation of the Turkish military authorities, visited the hospital here, and was shown nine soldiers who had been mutilated by the Montenegrins during the battle of the 14th instant, near Medun. I was informed by the doctor in chief of the hospital that there are still six mutilated men at Podgoritza, who are not yet in a state to be removed to Scutari. I went to the hospital in company with M. Günner, the Austrian Vice-Consul, deputed for the duty by the Austrian Consul-General, and with M. Mavromati, the Greek Vice-Consul at Durazzo, who is here on special service. The French Consul thought the fact that he is also accredited to the Prince of Montenegro rendered it advisable for him to abstain from making a personal inspection of the victims of Montenegrin cruelty, and he has sought the details obtained by this morning's inspection from M. Günner. The Italian Consul, fearing that the Turkish authorities

Nr. 5788.
Gross-
britannien.
26. Aug. 1876.

Nr. 5788. might be attempting to injure Montenegrin reputation, when the mutilations
 Gross- may have, in his estimation, been perpetrated on grounds that may be justi-
 britannien. fied, also declined to take personal note of the cases. I understand, that the
 26. Aug. 1876. Russian Acting Consul, owing to his undisguised partisanship for the Monte-
 negrins, was not invited by the authorities to see the mutilated men. || The
 nine men I saw this morning all had their noses cut off: four had also lost
 their upper lips; three, although their lips remain, have, like the first four,
 no portion of the nose left; whilst two have lost only the cartilage and fleshy
 parts of the nose, the bridge remaining. All the men told nearly the same
 story: they were first wounded in battle and then mutilated. A Tartar, a
 recruit from Angora, originally an emigrant from the Crimea, had fainted from
 a bullet wound in the hand; he came-to through feeling the edge of a knife
 on his face—a Montenegrin was cutting off his nose. He begged that his
 throat might be cut instead; but the favour was refused. An Arab infantry
 soldier from Adana was running away, when he was knocked over by a stone
 thrown at his head. He felt stunned. When his senses returned the stars
 were already in the sky. He had been stripped of every particle of clothing,
 and his nose had been cut off. His head is covered with yataghan cuts, and
 his left ear has been separated in two. He crawled away on all fours, in
 great fear of being seen by the Montenegrins, who were still plundering on
 the field of battle, and, at last, reached the Turkish lines near Podgoritza. ||
 I will not, however, inflict upon your Lordship, further details, for all the nine
 men, at least those who could be understood, the mutilations having deprived
 some of them almost of the power of speech, gave the same tale. These men
 do not appear to have been the victims of exceptional treatment; they say
 most of the wounded and dead on the battle-field were mutilated in the same
 way, and that they are merely a fair representation of the few wounded who
 managed to crawl back by stealth to Podgoritza. || We were also shown a
 wounded soldier, a recruit from Smyrna, who had been made prisoner by the
 Montenegrins, together with two others, in one of the former battles. He and
 his companions had been well treated, and had managed to escape one night
 when their guards had got drunk. It may not be out of place to state here
 that the Turkish dead of the 14th instant, who, even according to official ad-
 mission, do not number less than 1,100, are still lying unburied on the field
 of battle. || A Turkish officer, high in command, has informed me that the
 Montenegrins drove back a flag of truce sent to demand permission to effect
 the burial of the dead; but, I believe, the only attempt to obtain this per-
 mission was made through some peasant women, who may, after all, have failed
 to convey the message to the Montenegrin Chiefs. || I have, &c.

W. Kirby Green.

Nr. 5789.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in London.
— Anwendung der Genfer Konvention im Kriege mit Serbien und
Montenegro.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 27 Août, 1876.

La Sublime Porte a été sollicitée de divers côtés à l'effet d'exprimer son opinion relativement à l'application de la Convention de Genève à la guerre actuelle. Le Gouvernement Impérial apprécie à leur juste valeur les sentiments d'humanité qui ont inspiré ces démarches; il aurait voulu même les devancer, s'il n'avait tenu qu'à lui de mettre tout d'abord de côté les objections de principes, aussi bien que les difficultés pratiques que soulève l'extension de l'acte en question à la lutte insurrectionnelle que la rébellion du Monténégro et de la Serbie est venue compliquer d'une manière si malheureuse. A notre avis, la Convention de Genève n'avait eu, et n'a en vue que les guerres internationales. D'un autre côté, on comprend aisément que nous hésitons à assumer la responsabilité d'une stricte observance de cette Convention, lorsque la nature même de la lutte irrégulière met forcément en jeu des forces militaires où l'élément irrégulier participe dans une forte proportion. || Néanmoins, obéissant exclusivement à des considérations d'humanité, et afin de donner une preuve éclatante des sentiments qui animent le Gouvernement Impérial, nous avons déclaré que, sous la réserve expresse que la Convention de Genève ne saurait être considérée comme obligatoire dans le cas actuel, nous consentions pour cette fois à respecter les principes qui ont inspiré cette Convention, et à mettre tous nos soins à ce qu'on pût bénéficier en pratique de ses dispositions dans les limites du possible et pour autant que cela dépendra de nous. Veuillez, tout en établissant nos réserves, justifiées par la nature même de la Convention et par le caractère de la lutte engagée, porter la décision de la Sublime Porte à la connaissance du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité. Vous aurez à répondre dans le même sens à tous ceux que la chose pourrait concerner.

Nr. 5789.
Türkei.
27. Aug. 1876.

Nr. 5790.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Standpunkt der Pforte in der Vermittlungsfrage.

(Telegraphic.)

Therapia, August 30, 1876.

I have just had an interview with the Grand-Vizier, Midhat-Pasha, and the Minister for Foreign Affairs, and have used every argument in favour of the acceptance of proposal for a suspension of hostilities. || They will, I think,

Nr. 5790.
Gross-
britannien.
30. Aug. 1876.

Nr. 5790.
Gross-
britannien.
30. Aug. 1876.

ultimately accept, and they will certainly do so at once if the proposal is to mediate for a peace instead of for an armistice, the latter of which alternatives is considered very unfavourable to Turkey. || They say Grand Council would have to be assembled to deliberate on the proposal, and that until the question about the Sultan is settled, nothing can be decided on as regards a matter of such vital interest. || I expect that this change will be proclaimed to-morrow, as the Ministers declare that the presence of the Sovereign has become indispensable, and cannot be longer deferred; but this is not as yet quite certain.

Nr. 5791.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Montenegro hat sich dem Vermittelungsgesuche angeschlossen.

(Telegraphic.)

Vienna, August 30, 1876, 8:15 p.m.

Nr. 5791.
Gross-
britannien.
30. Aug. 1876.

The Prince of Montenegro has expressed to Count Andrassy, through an Austrian Agent accredited to His Highness, his desire to see a cessation of useless bloodshed, and to be included in the mediation of the Great Powers requested by Servia. || His Highness has addressed a similar intimation to Russia, and, having requested Count Andrassy to act for him with reference to the Powers who have no Agents at Cettigné, his Excellency has requested me officially to convey the expression of His Highness' wishes to your Lordship. || His Excellency added, that the Prince reserves to himself the right to explain his views later, as he considers himself, after the success of his arms, to be entitled to better terms than may be granted to Servia, more especially as his troops still occupy semi-independent districts on the frontier of Herzegovina; and Count Andrassy is of opinion that it would be for the interest of the Porte and conducive to the future tranquillity of the provinces if these districts were ceded to Montenegro.

Nr. 5792.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Konstantinopel. — Officielle Anzeige der Thronbesteigung Abdul-Hamid's.

Sublime Porte, le 31 Août, 1876.

Nr. 5792.
Türkei.
3. Aug. 1876.

M. l'Ambassadeur, — La cruelle maladie dont le Sultan Mourad-Khan a été atteint dès les premiers jours de son avènement au Trône, et qui n'a fait

que s'aggraver depuis, l'a mis dans l'impossibilité manifeste de tenir les rênes de l'Empire. ¶ En conséquence, le Trône a été déclaré vacant conformément au Fetvah rendu par son Altesse le Cheikh-ul-Islam, et en vertu des lois qui règlent les droits de la Souveraineté dans l'Empire. Sa Majesté le Sultan Abdul-Hamid II, héritier présomptif du Trône Impérial, a été proclamé Empereur de la Turquie. ¶ Je me fais un devoir pressé de notifier à votre Excellence l'avènement de Sa Majesté Impériale le Sultan Abdul-Hamid II au Trône de ses ancêtres, et je vous prie d'en informer le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, en lui transmettant en même temps les sentiments de sincère amitié de mon auguste maître. ¶ Veuillez, &c.

Safvet.

Nr. 5793.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Vorschlag eines einmonatlichen Waffenstillstandes.

Foreign Office, September 1, 1876.

Sir, — The Austrian Government have objected to collective action on the part of the Powers to induce the Porte to accede to an armistice, and as time presses I have to instruct your Excellency to propose to the Porte an armistice of not less than one month's duration, with a view to the immediate discussion of conditions of peace. ¶ Her Majesty's Government are of opinion that the armistice should include all combatants. ¶ Your Excellency will communicate these instructions to your colleagues, and ask for their support. ¶ I am, &c.

Derby.

Nr. 5794.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte will auf den Waffenstillstand nicht ohne Kenntniss der Friedensbedingungen eingehen.

(Telegraphic.)

Therapia, September 3, 1876, 5-20 p.m.

I have formally made to the Porte the communication directed by your telegram of the 1st. ¶ The Grand-Vizier is unwell; but I have seen Midhat-Pasha and the Minister for Foreign Affairs, and have spoken to them on the subject. ¶ The feeling among the Ministers and the public is strongly against

Nr. 5794.
Gross-
britannien.
3. Sept. 1876.

the acceptance of an armistice, which is regarded as altogether favourable to Servian interests. || They say that, if the remainder of the season during which military operations will be possible is lost in an armistice, while the Servians continue to receive reinforcements and supplies from Russia, their own position will be intolerable. || They would be ready to treat for peace on moderate terms; but they cannot suspend their operations till they know the basis of it. || I meet these arguments by saying that peace is sure to come out of the armistice. They repeat, however, that it is necessary for them to know the conditions.

Nr. 5795.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Vertheidigung gegen persönliche Angriffe auf seine Haltung.

Therapia, September 4, 1876.

Nr. 5795.
Gross-
britannien.
4. Sept. 1876.

My Lord, — Mr. Baring's Report*), which will be forwarded to your Lordship by the first post, proves above all doubt that the suppression of the insurrection in Bulgaria was accomplished, on the part of the Turks, with atrocities which I freely admit to exceed all that I was prepared to find. || The language which has been employed in reference to the proceedings of Her Majesty's Embassy as connected with these cruelties has, however, been such that your Lordship will excuse me if I make some comments upon it. || It has been insinuated, if not directly stated, that Her Majesty's Embassy did nothing to prevent these atrocities, and, from a blind partizanship with the Turks, endeavoured to conceal their existence. || A fouler calumny was never invented. || From the first moment of the employment of Bashi-Bazouks and of the arming of the Mussulman populations, I protested against the measure and informed your Lordship of the excesses to which it was certain to give rise. || Accounts of such excesses quickly became current, and I stated that although I had no means of verifying the truth of any one of the cases cited, many of which have proved to be imaginary, I had not a doubt that the acts which I had foreseen had been carried on to a great extent. || Over and over again I called the attention of the Turkish Ministers to them, and sometimes did so in language much stronger than is common in diplomatic usage; and I confess that I have felt a certain indignation at finding myself represented as personally responsible for them, as though Turkey was a British Colony and I was the Governor of it, instead of being an Ambassador accredited to an indepen-

*) Siehe oben Nr. 5763.

dent Government, having a right to protest against, but no power to prevent, any course that they chose to adopt. || An insurrection or civil war is everywhere accompanied by cruelties and abominable excesses, and this being ten-fold the case in Oriental countries, where people are divided into antagonistic creeds and races, the responsibility and sin of those who incite a peaceful province to rise becomes doubly heavy, and they now endeavour to throw them upon others. || To the accusation of being a blind partizan of the Turks, I will only answer that my conduct here has never been guided by any sentimental affection for them, but by a firm determination to uphold the interests of Great Britain to the utmost of my power; and that those interests are deeply engaged in preventing the disruption of the Turkish Empire is a conviction which I share in common with the most eminent statesmen who have directed our foreign policy, but which appears now to be abandoned by shallow politicians or persons who have allowed their feelings of revolted humanity to make them forget the capital interests involved in the question || We may, and must, feel indignant at the needless and monstrous severity with which the Bulgarian insurrection was put down; but the necessity which exists for England to prevent changes from occurring here which would be most detrimental to ourselves, is not affected by the question whether it was 10,000 or 20,000 persons who perished in the suppression. || We have been upholding what we know to be a semi-civilized nation, liable under certain circumstances to be carried into fearful excesses; but the fact of this having just now been strikingly brought home to us all cannot be a sufficient reason for abandoning a policy which is the only one that can be followed with a due regard to our own interests. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5796.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Entrüstung der öffentlichen Meinung Englands gegen die Türkei.

Foreign Office, September 5, 1876.

Sir, — For your guidance as to the language to be held by you to the Turkish Ministers in the present juncture, it is right that you should be accurately acquainted with the state of public opinion in England on the subject of Turkey. || It is my duty to inform you that any sympathy which was previously felt here towards that country has been completely destroyed by the recent lamentable occurrences in Bulgaria. The accounts of outrages and excesses committed by the Turkish troops upon an unhappy, and for the most

Nr. 5796.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

part unresisting population, has roused an universal feeling of indignation in all classes of English society, and to such a pitch has this risen that in the extreme case of Russia declaring war against Turkey, Her Majesty's Government would find it practically impossible to interfere in defence of the Ottoman Empire. || Such an event, by which the sympathies of the nation would be brought into direct opposition to its Treaty engagements, would place England in a most unsatisfactory, and even humiliating position, yet it is impossible to say that if the present conflict continues the contingency may not arise. The speedy conclusion of a peace, under any circumstances most desirable, becomes from these consideration a matter of urgent necessity. || Her Majesty's Government leave it to your Excellency's discretion to choose the arguments which you shall employ; but you will see from what I have stated how essential it is that the Turkish Ministers should be made alive to the position in which the conduct of their own authorities has placed them, and you will understand that you are warranted in using the strongest language, should occasion require it, to enforce upon the Porte the expediency of a pacific policy and of moderation in the terms to be proposed. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5797.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Der neue Sultan und die öffentliche Stimmung in der Türkei.

Therapia, September 5, 1876.

Nr. 5797.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

My Lord, — The proclamation of Abdul-Hamid as Sultan passed with perfect tranquillity in this Capital, but without a vestige of the enthusiasm which greeted the accession of his brother Murad, exactly three months before. || This was perhaps no more than was to be expected, for, on the first occasion, the new Sultan was regarded as liberating the country from the rule of a Sovereign who was believed to be bringing it to ruin. || The character of Murad-Effendi, as immediate heir to the Throne, had always been a question of general interest, and he was universally regarded as being of a kindly and well-intentioned disposition. || Hamid-Effendi, whose prospects of ascending the Throne were more remote, and who had always led a reserved and prudent life, was little known to anyone, and his character was and still is unknown, though all that has recently been heard of it is favourable; and although the necessity of substituting him for his afflicted brother was universally acknowledged, the change could not call forth an appearance of general rejoicing. || Sultan Murad has been treated with every consideration and mark of respect. || The magnificent palace of Tcheragan, completed by Sultan Abdul-Aziz only a few years ago, has been assigned to him as a residence, and he

and his family are ordered to be treated with the honours due to a Sovereign. Nr. 5797.
Gross-
britannien.
5. Sept. 1876.

|| As far as I can judge from the reports hitherto received from the provinces, the proclamation of the new Sultan appears to have been received in general with indifference, but here and there with a feeling of uneasiness. In some places, Sultan Abdul-Hamid is credited with fanatical and retrograde views which alarm the Christians; and in others where the condition of the late Sultan is not fully understood, the people ask the meaning of this new change of Sovereign. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5798.

SERBIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Generalkonsul in Belgrad. — Neue Beschwerden über die türkische Kriegführung.

Belgrade, le 6 Septembre, 1876.

M. l'Agent, — J'ai eu l'honneur à la date du ²⁸ Juillet ⁹ Août dernier d'appeler votre attention sur les actes de cruauté et de barbarie commis en Serbie par les troupes Turques depuis l'ouverture des hostilités. Il paraît qu'à la suite des observations que plusieurs Puissances ont faites à cet égard à la Sublime Porte, le Gouvernement Turc a promis de donner à ses agents les instructions nécessaires pour empêcher le renouvellement de ces actes odieux. J'ai néanmoins le regret de constater, M. l'Agent, que les instructions de la Sublime Porte ont été méconnues ou incomprises. Les informations les plus récentes parvenues au Gouvernement Princier me permettent en effet d'affirmer qu'en dépit des assurances solennelles données par la Sublime Porte les troupes Turques continuent dans leur campagne contre la Serbie à appliquer le monstrueux système de guerre que je me suis trouvé dans l'obligation de vous dénoncer une première fois. Le Gouvernement Princier sera bientôt en mesure d'exposer en détail le récit douloureux de tous les actes de destruction et de cruauté dont les Turcs se sont rendus coupables durant l'occupation du Département de Kniajevatz. En attendant, M. l'Agent, je crois devoir vous signaler la conduite odieuse qu'ils tiennent à notre frontière de l'est. Voici ce qui se passe dans les environs de Saitschar depuis que nos troupes ont évacué cette région où il règne maintenant un calme relatif. || Le pays est systématiquement ravagé, les champs sont dévastés, les propriétés détruites, des villages entiers sont livrés aux flammes et, ce qui prouve bien que les autorités Turcs civiles et militaires sont sciemment complices de ces actes de vandalisme, c'est que les incendies sont régulièrement allumés tous les soirs, comme si l'on voulait répandre au loin la terreur par la vue de ces sinistres exécutions. " Quoiqu'on dise, les fonctionnaires Turcs ne sauraient décliner la responsabilité terrible

Nr. 5798.
Serbien.
6. Sept. 1876.

que ces faits accomplis sous leurs yeux laissent peser sur eux. || Du côté d'Alexinatz le spectacle est plus triste et plus odieux encore s'il est possible. Il y a quinze jours environ que les Turcs opèrent dans ce département, un des plus riches et des plus fertiles de la Principauté. Ils n'en occupent qu'un espace restreint et néanmoins ils ont brûlé déjà quarante-huit villages dont vous trouverez les noms dans la dépêche ci-jointe du Préfet d'Alexinatz. || Toute la contrée où ils ont passé est dévastée, ruinée, tout est détruit, ravagé, brûlé. || Loin de servir de protection contre la fureur de destruction qui semble les animer, le drapeau de la Croix Rouge excite particulièrement leur colère, et quoiqu'ils aient promis d'exécuter loyalement la Convention de Genève, ils ne respectent ni les ambulances ni le personnel qui en dépend. || Dans la journée de $\frac{9}{21}$ Août devant Alexinatz ils ont tiré sur une ambulance jusqu'à ce qu'ils aient vu disparaître le drapeau à la Croix Rouge. || Plus récemment encore dans la journée du $\frac{22}{3}$ Août Septembre, des cavaliers Turcs ayant rencontré dans l'exercice de ses fonctions M. Souka Popovitch, Secrétaire du Comité de la Croix Rouge d'Alexinatz, se sont rués sur lui. Ils lui ont d'abord coupé le bras qui portait le brassard, puis ils ont découpé la croix elle-même sur le bras de ce malheureux qui a expiré au milieu des souffrances les plus horribles. Vous trouverez le récit de cette épouvantable scène dans la dépêche du chef du service sanitaire, M. le Dr. Georgévitch, dépêche dont j'ai également l'honneur de vous envoyer copie. || Toutes ces atrocités m'autorisent, M. l'Agent, à vous répéter, ce que je vous disais dans ma lettre du 9 Août, que l'armée Turque ne fait pas la guerre telle que l'entendent les peuples civilisés. C'est une oeuvre d'extermination et de ruine qu'elle accomplit en Serbie depuis qu'elle y est entrée. || Elle ne peut invoquer aucune excuse; car les rapports de nos officiers sont unanimes à constater que les incendies allumés par les Turcs au sud, comme à l'est, comme partout, incendies allumés pour la plupart après la lutte, ne se justifient par aucune nécessité stratégique. Ce n'est point la vue des conséquences désolantes mais inévitables de la guerre, c'est l'application persistante et inexorable d'un système préconçu. || Je sais, M. l'Agent, que le Gouvernement que vous représentez auprès de Son Altesse le Prince Milan est de ceux qui portent le plus vif intérêt à cette question qui touche à l'humanité beaucoup plus qu'à la politique. C'est pour ce motif que j'ai cru devoir m'adresser de nouveau à vous pour vous prier de vouloir bien mettre sous les yeux de qui de droit les faits si graves que je viens d'avoir l'honneur de vous exposer. || Agréez, &c.

T. Ristitch.

Nr. 5799.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Türkische Friedensbedingungen.

(Telegraphic.)

Therapia, September 10, 1876, 3.50 p.m.

Decision of the Porte not to agree to an armistice will be communicated to us to-morrow. Ministers are unanimous and determined. They will state conditions of peace that they expect. || These are — || 1. A new investiture of the Prince, if the Servians wish to keep him as their ruler. || 2. Recognition of right to occupy fortresses; but Porte will be willing to negotiate with respect to effect to be given to it. || 3. Payment by Servia of the interest on the sum spent by Turkey in the war, which is estimated at about a million. || 4. Railway through Servia to be worked by a Turkish company, but if this proposal is objected to by the Powers, Porte is prepared to submit. || 5. Limitation of Servian regular army, and the entire suppression of the militia. || If these conditions are agreed to, the Porte will at once order suspension of all military operations, upon similar orders being given by Servian Government to their commanders.

Nr. 5799.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1876.

Nr. 5800.

TÜRKEI. — Kaiserlicher Hatt des Sultans Abdul-Hamid.

(Traduction officielle.)

Mon Illustre Vézir, Mehmed-Ruchdi-Pacha.

Notre frère bien-aimé, le Sultan Mourad V, ayant dû, par la volonté de la Providence, abandonner les rênes de l'Etat et le Kalifat, Nous sommes monté sur le trône de Nos augustes ancêtres, conformément à la loi Ottomane. || Vu votre patriotisme connu et éprouvé, votre intelligence parfaite des grands intérêts d'Etat, Nous vous confirmons dans la haute charge de Grand-Vézir et de Président du Conseil des Ministres. Nous maintenons également tous les Ministres et tous les fonctionnaires dans leurs postes respectifs. || Notre confiance dans l'aide et dans l'assistance du Très-Haut est sans limites en toutes choses et en toutes circonstances. Nous n'avons d'autres désirs et d'autre pensée que de consolider les bases sur lesquelles reposent la grandeur et la gloire de notre Empire et d'assurer à tous nos sujets, sans exception, les bienfaits de la liberté, du repos et de la justice. Nous avons plein espoir et la conviction que tous Nos Ministres et tous les fonctionnaires de Notre Empire ne manqueront pas d'y contribuer à leur tour en se conformant à

Nr. 5800.
Türkei.
10. Sept. 1876.

Nr. 5800.
Türkei.
10. Sept. 1376.

Notre exemple. || Les origines et les causes de la crise que Notre Empire traverse aujourd'hui et qui se reproduit sous des formes diverses, sont, il est vrai, multiples; mais, de quelque côté qu'elles soient envisagées, elles se résument en un seul point, à savoir: l'exécution imparfaite des lois qui découlent des prescriptions suprêmes du Cher'i, base fondamentale de Notre Empire et l'arbitraire que chacun a adopté, pour ainsi dire, comme règle dans la conduite des affaires. || En effet, si les irrégularités dont se ressentent depuis quelque temps l'administration et les finances de notre pays se sont développées au point où elles sont; si l'opinion publique se montre méfiante à l'endroit de notre crédit; si les tribunaux ne sont pas encore arrivés à garantir les droits des particuliers; s'il n'a pas encore été possible de tirer profit des ressources naturelles que tout le monde reconnaît à notre pays pour l'industrie, le commerce et l'agriculture, ces sources fécondes du bien-être et de la prospérité générale; si, enfin, toutes les mesures qui ont été adoptés jusqu'à présent, tant dans l'intérêt du pays qu'en vue d'assurer à tous mes sujets, sans exception, les bienfaits de la liberté individuelle, n'ont pu prendre plus de consistance malgré les intentions sincères qui les avaient dictées, ni aboutir, à travers les variations et les changements successifs, au but qu'on s'est proposé, tout cela ne doit être attribué qu'à une seule cause, à savoir, que les lois n'ont pas été régulièrement et constamment observées. || C'est là, en conséquence, qu'il s'agirait aujourd'hui de placer le point de départ des mesures qu'il est urgent d'adopter pour asseoir les lois et les règlements du pays sur des bases qui inspirent la confiance. || A cet effet, il est indispensable de procéder à l'institution d'un Conseil Général dont les actes inspireront toute confiance à la nation et seront en harmonie avec les moeurs et les aptitudes des populations de l'Empire. Ce Conseil aura pour mandat de garantir sans exception l'exécution fidèle des lois existantes ou de celles qui seront promulguées conformément aux dispositions du Cher'i, aux besoins réels et légitimes du pays et de la nation, et de contrôler l'équilibre des recettes et des dépenses de l'Empire. || Le Conseil des Ministres est chargé de se livrer à une étude approfondie de cette importante question et de me soumettre le résultat de ses délibérations. || Un autre empêchement à la bonne exécution des lois et des règlements c'est la facilité avec laquelle les fonctions publiques sont souvent confiées à des mains incompétentes, et cette circonstance que les employés sont l'objet de changements fréquents et non justifiés par des motifs légitimes, ce qui entraîne de très-sérieux inconvénients et pour l'Etat et pour les affaires. || Désormais, toute charge et toute fonction publique constitueront une carrière spéciale. Employer dans les affaires de l'Etat des personnes capables et compétentes; ne tolérer aucune destitution ou remplacement non motivé; établir la responsabilité graduelle des fonctionnaires de tout ordre, chacun en ce qui le concerne, c'est là la règle invariable qu'il convient d'adopter. || Les progrès matériels et moraux que tout le monde s'accorde à reconnaître chez les nations Européennes se sont accomplis grâce à la diffusion des sciences et de l'in-

struction. Or, comme par leur intelligence et leurs dispositions naturelles, mes sujets de toute classe ont à tous les égards, je suis heureux de le constater, des aptitudes spéciales pour le progrès, et que la propagation de l'instruction constitue, à mes yeux, une question aussi vitale que pressante, vous aviserez sans aucun retard aux moyens d'assurer ce résultat important en élevant le chiffre des allocations budgétaires dans une proportion suffisante et dans la mesure du possible. || En outre, il faut procéder immédiatement à la réforme administrative, financière et judiciaire des provinces, afin de leur créer une situation réellement normale et conforme aux bases qui seront adoptées pour l'organisation centrale. || Aux troubles qui ont éclaté l'année dernière en Herzégovine et Bosnie sur l'instigation de gens mal-intentionnés, est venue s'ajouter la rébellion de la Serbie. Considérant que le sang versé de part et d'autre est celui des enfants d'une même patrie, nous sommes profondément affligé de la continuation de cet état de choses. Vous aurez donc à prendre les mesures les plus efficaces pour mettre fin à une situation aussi déplorable. Nous confirmons tous les Traités conclus avec les Puissances amies. Tout en maintenant leur exécution fidèle, vous vous attacherez à consolider de plus en plus les rapports d'amitié que Nous entretenons avec ces Puissances. || Tels sont, en substance, mes vœux, telles sont mes intentions. || Que le Tout-Puisant daigne couronner de succès Nos efforts!

Donné Dimanche, 23 Chaban, 1293 (10 Septembre, 1876, n.s.).

Nr. 5801.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Englischer Vermittelungsvorschlag.

Foreign Office, September 11, 1876.

Sir, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon, and asked me whether Her Majesty's Government had received information of the rejection by the Porte of the proposal for an armistice. | I replied, that we had no positive intelligence to that effect, though your Excellency's reports did not leave us much hope of the proposal being accepted. || I then stated to Count Schouvaloff the terms which, in the opinion of Her Majesty's Government, might properly form the basis of a pacification, and I authorized him to communicate them to his Government. ; They were, I said, the following: — | The *status quo*, speaking roughly, both as regards Servia and Montenegro. | Administrative reforms, in the nature of local autonomy for Bosnia and the Herzegovina. Guarantees of some similar kinds (the exact details of which might be reserved for later discussion) against the future maladministration of Bulgaria. ; Her Majesty's Government would regard as inadmissible any modi-

Nr. 5800.
Türkei.
10. Sept. 1876.

Nr. 5801.
Gross-
britannien.
11. Sept. 1876.

Nr. 5801. fication of the Treaty of Paris unfavourable to Servia, the resumption of the
Gross- right to garrison Servian fortresses, or the deposition of Prince Milan. || I
britannien. am, &c.
11. Sept. 1876.

Derby.

Nr. 5802.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min d. Ausw. — Die Pforte verweigert definitiv den Waffenstillstand.

(Telegraphic.)

Therapia, September 11, 1876, 9:30 p.m.

Nr. 5802. Every argument for the armistice has been exhausted, and refusal of
Gross- Porte to agree to it is not to be shaken. || I hope, however, that I have suc-
britannien. ceeded in obtaining modification of answer that is to be returned to us, and
11. Sept. 1876. that Porte will declare its readiness at once to suspend hostilities upon being informed that Powers will take into consideration the conditions mentioned in my telegram of yesterday. These conditions will not be given as a necessary basis of peace; but it will lie with the mediating Powers to accept or reject them after suspension of hostilities. || Rejection of armistice being irrevocable, I made this suggestion on my own authority, as offering only escape out of difficulty that I could devise, and as I have secured the assent of the Grand-Vizier, Midhat-Pasha, and the Minister for Foreign Affairs, it will probably pass the Council of Ministers.

Nr. 5803.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bestrafung der bulgarischen Greuel.

(Telegraphic.)

Therapia, September 12, 1876, 11:30 a.m.

Nr. 5803. Commissioners sent by the Porte to inquire into the excesses committed
Gross- in Bulgaria having made a report on the outrages, the principal leaders of
britannien. Bashi-Bazouks are ordered to be arrested and will be brought to trial at
12. Sept. 1876. once. || The Governor-General of Adrianople is dismissed for having ordered general arming of Mahometans, or rather for having maintained that measure after the necessity for it had passed, although the Grand-Vizier asserts that the person really responsible for it was Mahmoud-Pasha, who, acting under the influence of Russian Ambassador, refused to send the troops applied for by the authorities, which would have rendered the employment of the irregulars unnecessary.

Nr. 5804.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Graf Andrassy ist gegen Autonomie für Bosnien und die Herzegowina.

(Telegraphic.)

Baden, near Vienna, September 12, 1876.

I have acquainted Count Andrassy with the substance of your telegram to Sir H. Elliot stating the provisions which Her Majesty's Government think ought to form the basis of pacification. On the inadmissibility of any modification of the Treaty of Paris unfavourable to Servia, and of the resumption of a right to garrison her fortresses, he said that all the Powers were agreed. He objects, however, to autonomy in Bosnia and the Herzegovina as impracticable for reasons he has already stated. He said, that all the Powers had accepted the reforms of the December note and Russia again adhered to them at Reichstadt, and they will secure greater advantages to Provinces than autonomy can offer. He also objects to stipulating for reforms in Bulgaria, as there are many reasons why the Porte should refuse such a proposal; and he would, therefore, only ask, as a guarantee against future outrages against the Christians, for an engagement that regular troops should be alone employed in Bulgaria and the other European Provinces of the Empire. He said that the Russian Ambassador had just been urging the necessity of imposing an armistice on the Porte, independently of the conditions of peace, whereas he wished the Powers to agree on the conditions of peace, and to impose an armistice and peace simultaneously. I asked him how he could impose them if the Porte refused, and he answered by employing force — which could be easily done by a naval demonstration at Constantinople. An occupation of Turkish territory would lead to war, the limits of which could not be foreseen; but conditions dictated by a combined fleet at Constantinople would be accepted. I said, that he forgot that such a fleet would have to pass the Dardanelles, and forcing the passage would be equally the commencement of war. He said, that something, however, must be done, as large numbers of Herzegovinian refugees and Montenegrins are now seeking refuge on Austrian territory, and these persons must be enabled to return home before the winter.

Nr. 5804.
Gross-
britannien.
12. Sept. 1876.

Nachtrag.

(Telegraphic.)

Baden, near Vienna, September 12, 1876.

When speaking of Bulgaria, as reported in a previous telegram to-day, Count Andrassy said the measures proposed by the Powers in Bosnia and the Herzegovina might be assented to by the Porte as a man consents to the

Nr. 5804.
Gross-
britannien.
12. Sept. 1876.

amputation of a diseased limb; but no one will consent to the excision of his backbone. The Porte is not likely to agree to give Bulgaria, with its mixed population and its geographical position, an exceptional semi-independent system of administration.

Nr. 5805.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russlands Erklärung über den englischen Vorschlag.

Foreign Office, September 13, 1876.

Nr. 5805.
Gross-
britannien.
13. Sept. 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and repeated to me the substance of two telegrams which he had received from Prince Gortchakow. || The first of these, dated the 11th instant, stated that, in the opinion of the Russian Government, the Great Powers ought to insist categorically on an immediate armistice, without allowing the Porte to attach any conditions to it. Our first duty, the Prince says, is to put a stop to bloodshed. On this point the Russian Government are inflexibly resolved; and they trust sincerely that they may not be compelled to act singly against the Turks, for the state of the Empire and the expressions of public opinion make it imperative on them to put an end to the horrors which insurrection and war have occasioned. || In a second telegram, dated the 12th instant, Prince Gortchakow replies to the communication I had made to him, through Count Schouvaloff, as to the terms which might properly be adopted as a basis for peace. His Highness states that he agrees on the following points: — || An unconditional armistice, pure and simple. || The *status quo ante bellum* for Servia and Montenegro. The Russian Government foresee, however, that territorial concessions to the latter Principality will become inevitable. || In Bosnia, Herzegovina and Bulgaria liberal concessions of local or administrative autonomy. || The last of these conditions should not, in the opinion of the Russian Government, be merely advised, but ought to be categorically imposed upon the Porte. The dignity of all Europe, Prince Gortchakow says, does not allow of our contenting ourselves with promises which the Porte constantly eludes. || Count Schouvaloff accompanied these communications by a few words as to the gravity of the situation, and the impossibility of allowing the Turkish Government to ignore the collective demand of Europe for an armistice. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5806.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Unthunlichkeit einer bulgarischen Autonomie.

Constantinople, September 13, 1876.

My Lord, — The question of granting Bulgarian autonomy appears to be beginning to be discussed in England, where it does not seem to be understood that the Bulgarians are not a people inhabiting a geographically defined province. || The province marked on the map as Bulgaria, which is the only one that can be looked upon as geographically possible to trace, is the district lying to the north of the range of the Balkans, which does not comprise the parts where the worst excesses were committed in the suppression of the late insurrection. || South of the Balkans no natural line could be found, and the large Bulgarian populations would be left in a state of perpetual discontent at their exclusion from autonomic arrangements made in favour of their countrymen to the north of the mountains. || The Turks will never entertain the idea of granting an independent administration to a province over which, with a view to the defence of their Danube frontier, it is essential for them to have direct control; and if the question should unfortunately be raised by persons of influence in England, the future tranquillity of the province will be rendered more precarious than ever. || I have, &c.

Nr. 5806.
Gross-
britannien.
13. Sept. 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5807.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Antwort der Pforte und vorläufige Waffenruhe.

(Telegraphic.)

Therapia, September 14, 1876.

A Memorandum of the Porte has been received in answer to proposals of mediation. It is a long document, tracing the origin of the war, and stating the conditions of peace which the Porte thinks itself entitled to expect. It states, however, that the Imperial Government submit these conditions entirely to the judgment and equitable appreciation of the Mediating Powers, and trust to them to weigh the considerations which have inspired these conditions as the means of preventing the recurrence of the existing calamities, and confide in their wisdom and equity. With regard to Montenegro, "on s'en tiendra" to the *status quo ante*. As soon as the Powers have expressed their judgment on the conditions, the Porte will give orders to stop hostilities within twenty-four hours, and friendly relations will be resumed

Nr. 5807.
Gross-
britannien.
14. Sept. 1876.

Nr. 5807.
Gross-
britannien.
14. Sept. 1876.

with the two Principalities. In contradiction, however, with this sentence in the Memorandum, the Porte has informed the Dragomans of all the Embassies that, without waiting for the opinion of the Powers, the orders for the cessation of hostilities will be sent to-night or to-morrow morning. The demand of the Powers being thus practically complied with, it is hoped that they will induce the Princes of Servia and Montenegro to give corresponding orders to their military authorities.

Nr. 5808.

TÜRKEI. — Memorandum über die Friedensbedingungen.

Nr. 5808.
Türkei.
14. Sept. 1876.

Abusant des faveurs tout exceptionnelles que la sollicitude de la Cour Suzeraine et la bienveillance des Grandes Puissances avaient assurées à la Principauté de Serbie, son administration s'était appliquée à provoquer, à fomenter et à appuyer les mouvements insurrectionnelles dont la Bosnie, l'Herzégovine et la Bulgarie ont été le théâtre dans ces derniers temps. Malgré les protestations pacifiques dont l'Administration Princièrè se montrait prodigue, des bandes armées, formées en Serbie, envahissaient de tous côtés le territoire Ottoman. || Afin de repousser ces agressions le Gouvernement Ottoman s'est vu dans la nécessité d'établir sur la ligne de démarcation des corps d'armée entiers dont l'entretien a lourdement pesé sur les finances, et malgré les sacrifices que cette situation lui imposait, malgré les provocations incessantes auxquelles il a été en butte, malgré les obstacles insurmontables que cette attitude de la Serbie créait à la pacification des districts insurgés, le Gouvernement Ottoman, dans son désir de se montrer jusqu'au bout fidèle à ses engagements, non seulement évita d'assumer l'initiative des hostilités, mais il s'attacha avec soin à ne fournir à la Serbie aucun prétexte de plainte légitime. Mais le jour vint où désespérant d'épuiser la patience de la Sublime Porte, la Serbie jeta enfin le masque, et, entraînant le Monténégro dans la lutte, déclara ouvertement la guerre, qu'elle n'avait cessé de faire plus ou moins clandestinement depuis plusieurs mois. On vit alors un peuple que l'Empire Ottoman avait comblé d'immunités, de privilèges et de bienfaits de toute nature, poussé par une démagogie sans scrupule, se jeter à corps perdu sur les provinces limitrophes de l'Empire Ottoman pour y porter la destruction et la misère; un prince vassal, subissant l'égarement populaire, forfaire aux lois de l'honneur et de la loyauté; des Ministres qui, repoussant les conseils pressants de l'Europe réunie, n'hésitaient pas à précipiter la Principauté dans l'abîme pour satisfaire des convoitises aussi coupables que chimériques. || Surpris par une si brusque attaque, le Gouvernement Ottoman, qui, loin d'avoir enfermé la Serbie, comme on l'avait dit, dans un cercle de fer, n'avait jusqu'alors entre-

tenu sur la ligne de démarcation que des corps d'observation, et qui puisait sa sécurité dans l'accord des Grandes Puissances et leurs efforts unanimes à Belgrade en faveur de la paix, eut besoin de quelque temps pour mettre en ligne de forces militaires qui devaient châtier la rébellion et faire ressentir aux auteurs de cette provocation les conséquences de leur éclatante ingratitude. ¶ Le sort des armes s'est prononcé en faveur du droit, et les combats sanglants qui se sont succédé sur les rives du Timok et de la Morava depuis quelques semaines, ne laissent aucun doute sur l'issue finale du conflit engagé. Le Gouvernement Impérial apprécie à leur juste valeur les motifs d'humanité qui ont fait que, dans un moment si critique, la diplomatie Européenne a voulu interposer ses bons offices sur la demande que lui a faite le Gouvernement de Belgrade. Les Gouvernements amis qui ont fait connaître à la Sublime Porte leurs vœux pour une prompte cessation de l'effusion du sang étaient sûrs de rencontrer auprès d'elle le même désir. Aussi, en vue de voir ce désir réalisé un moment plus tôt, le Gouvernement Impérial remplit-il un devoir en déclarant qu'il est convaincu qu'aussi longtemps que les bases mêmes de la reprise des relations amicales n'auront pas été arrêtées, une suspension d'hostilités qui, dans la pratique, rencontrerait infailliblement de sérieuses difficultés et maintiendrait l'incertitude dans les esprits, ne ferait après tout qu'aggraver sans profit aucun la situation des parties et rendrait d'autant plus difficile à atteindre le but que la médiation bienveillante des Puissances amies s'est proposé. Le Gouvernement Impérial a pensé, dès lors, qu'il était préférable sous tous les rapports de décliner tout d'abord une mesure préliminaire qui constituerait par elle-même une difficulté de plus et de formuler sans perte de temps les conditions auxquelles la paix elle-même pourrait être rétablie, en égard à la situation nouvelle créée par la Serbie. ¶ En lui accordant la faculté de s'administrer elle-même, en lui abandonnant, en dernier lieu, la garde du pays et le soin d'en assurer la défense, le Gouvernement Impérial avait voulu satisfaire tous ses vœux et s'était fié à la fidélité et à la sagesse de ses populations et des chefs qui la gouvernaient. Il avait cru resserrer ainsi par le sentiment du bienfait et non pas relâcher les liens qui attachaient ce pays à l'Empire Ottoman, dont il fait partie intégrante. Cette confiance a été trompée, et les Grandes Puissances amies seront évidemment portées à reconnaître la nécessité de conjurer le retour des maux dont on vient de faire la plus douloureuse épreuve; la faute grave dont la Serbie s'est rendue coupable vis-à-vis du pouvoir Suzerain, aussi bien que vis-à-vis de l'Europe entière, méritait une répression sévère. ¶ Mais, le Gouvernement Impérial saura élever cette fois-ci encore sa modération au-dessus de ses ressentiments quelques légitimes qu'ils soient. Il ne voudra pas que le peuple Serbe succombe sous le poids de la lourde responsabilité qu'il s'est attirée. Ce qu'il demande, c'est que les relations futures de la Serbie avec le pouvoir Suzerain ne recèlent plus les mêmes dangers que par le passé et que l'expérience qu'on vient de faire ne soit pas perdue. ¶ Pénétrée de cette nécessité,

Nr. 5808.
Türkei.
14. Sept. 1876.

la Sublime Porte a recherché et étudié avec soin les conditions auxquelles la paix pouvait être accordée à la Serbie, et, après un mûr examen, elle s'est arrêtée aux dispositions suivantes: — || 1. La personne investie de la dignité de Prince de Serbie devra venir dans la capitale pour rendre hommage à Sa Majesté. || 2. Les quatre forteresses dont la garde seulement avait été confiée par le Firman de 1283 au Prince de Serbie, et dont la possession *ab antiquo* était demeurée au Gouvernement Impérial, seront réoccupées par l'armée Impériale comme par le passé; et sur ce point on se conformera strictement aux dispositions du Protocole du 8 Septembre, 1862. || 3. Les milices seront abolies. Le nombre des forces nécessaires pour maintenir l'ordre dans l'intérieur de la Principauté ne dépassera pas 10,000 hommes avec deux batteries d'artillerie. || 4. Ainsi qu'il est stipulé dans le Firman de 1249, la Serbie sera tenue de renvoyer dans leurs foyers les habitants des provinces limitrophes qui y émigreraient, et, excepté les forteresses qui existent en Serbie *ab antiquo*, toutes fortifications postérieurement établies devront être complètement démolies. || 5. Si la Serbie ne se trouve pas à même d'acquitter l'indemnité dont le montant sera déterminé, le tribut actuel de la Principauté sera augmenté de l'intérêt de la somme représentative de l'indemnité. || 6. Le Gouvernement Ottoman aura le droit de faire construire et exploiter par ses agents ou par une Compagnie Ottomane, à son choix, la ligne qui devra relier Belgrade au chemin de fer aboutissant à Nisch. || L'examen attentif des conditions qui viennent d'être énumérées démontrera que le Gouvernement Impérial s'est exclusivement inspiré du désir légitime de faire une oeuvre durable que la passion ou l'aveuglement ne puisse pas détruire ou compromettre au lendemain de son établissement. || Il n'y en a aucune qui ne soit impérieusement commandée par les principes de la prudence ou de la justice la plus élémentaire, aucune qui ne corresponde à un besoin vivement senti, aucune enfin qui modifie la situation que les Traités ont créée à la Principauté. || Les restrictions ne portent que sur les concessions que la Sublime Porte avait directement et spontanément accordées à la Principauté; elles laissent intacte l'oeuvre commune de la Sublime Porte et des Puissances, et, dès lors, elles ne portent aucune atteinte aux grands intérêts qui y avaient été contemplés et sauvegardés. || La clause concernant la limitation de la force armée et de l'artillerie Serbe, en même temps qu'elle mettra l'administration en état de maintenir l'ordre intérieur, épargnera au pays des sacrifices onéreux. La Serbie n'ayant à redouter aucun ennemi, l'augmentation de son effectif militaire et de son artillerie ne saurait avoir qu'un but hostile au Gouvernement Impérial. || Quant à la clause relative à la réoccupation des forteresses et que la Sublime Porte recommande tout spécialement à la sollicitude des Puissances, elle ne constitue en elle-même que la revendication d'un droit incontestable; et la possession des susdites forteresses par les troupes Ottomanes est considérée par l'opinion publique si non comme la seule du moins comme la plus importante et la plus précieuse de toutes les garanties qui pourraient être fournies à la cause de

la paix. Ces considérations se présentent d'elles-mêmes; et le Gouvernement Impérial a conscience de n'avoir pas outrepassé le but qu'il s'était proposé. || Cependant, désireux d'échapper à tout soupçon d'arrière-pensée et de donner en même temps une preuve manifeste de sa confiance dans l'oeuvre médiatrice des Puissances qui ont unanimement déploré l'agression de la Serbie et qui sont pénétrées de la nécessité de la paix, le Gouvernement Impérial, après avoir ainsi exposé ce qui, à ses yeux, ne serait que la conséquence juste et nécessaire de la situation respective dans laquelle les deux parties se sont placées au point de vue du droit, déclare s'en remettre entièrement pour les six conditions énumérées plus haut au jugement éclairé et à l'appréciation équitable des Six Puissances médiatrices; il leur confie entièrement le soin de peser les raisons qui ont dicté ces six conditions comme moyen de prévenir le retour des calamités actuelles; et il s'en rapporte à leurs sentiments de haute équité et de haute sagesse. || En ce qui concerne le Monténégro, on s'en tiendra au *statu quo ante*. || Aussitôt que les Puissances médiatrices auront fait connaître à la Sublime Porte leur jugement sur les conditions précitées, elle donnera dans les vingt-quatre heures l'ordre d'arrêter les hostilités; les relations amicales seront reprises et les deux Principautés profitant ainsi de la modération du Pouvoir Suzerain que toute l'Europe aura constaté, se trouveront replacées dans leur état normal.

Sublime Porte, le 14 Septembre, 1876.

Nr. 5808.
Türkei.
14. Sept. 1876.

Nr. 5809.

SERBIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Generalkonsul in Belgrad. — Türkische Greuelthaten.

Belgrade, le 14 Septembre, 1876.

M. l'Agent, — J'avais eu l'honneur de vous aviser par ma note du 25 Août dernier, que j'espérais prochainement être en mesure d'exposer le récit des actes de destruction et de cruauté commis par l'armée Turque à Knia-jévatz pendant le court séjour qu'elle y a fait. || Je m'empresse de vous transmettre aujourd'hui en traduction le rapport que M. le Colonel Horvatovitch a adressé à ce sujet au Général Tchernaiëff le jour de la réoccupation de Knia-jévatz par ses troupes et compte sur votre obligeance pour vouloir bien le communiquer à votre haut Gouvernement. || Je saisis, &c.

Nr. 5809.
Serbien.
14. Sept. 1876.

J. Ristich.

Beilage.

(Traduction.)

Kniajévatz, le 22 Août, 1876.

Nr. 5809.
Serbien.
14. Sept. 1876.

A ma rentrée dans la ville de Kniajévatz j'ai l'honneur de vous informer ce qui suit. || Toute la ville est incendiée, c'est à peine si sur cinquante maisons il en reste une qui ait échappé aux flammes, et parmi celles qui sont restées debout on n'en trouverait une qui n'ait été saccagée de façon à avoir perdu la moitié au moins de sa valeur. || Tout Kniajévatz présente l'image la plus triste de ce que des mains vandales puissent accomplir. Des cheminées et des pans de murs noircis sont restés debout; mais toutes les maisons de faible construction ont été entièrement détruites. || L'ennemi ne s'est pas contenté de brûler l'église et l'iconostase, il a mis en morceaux les cloches dont des fragments ont été trouvés à l'extrémité de la ville, emporté l'horloge, tiré de coups de fusils dans la voûte et contre les saintes images. Plusieurs de ces dernières ont été retrouvées dans les rues déchirées et souillées d'ordures. Les drapeaux qui se trouvaient dans l'église gisent en pièces dans les rues. En un mot, ils ont profané le sanctuaire de Dieu d'une manière si affreuse qu'il est impossible de s'en faire une idée. || Tout ce que la main des hommes a pu détruire durant ces quelques jours a été détruit avec une énergie et une activité qui doit faire l'étonnement de tout le monde. || Des cadavres ont été jetés dans les puits et partout où il y avait de l'eau potable. || Tous les dix pas l'on rencontre les restes de quelque porc tué en décomposition et à moitié rongé par les vers et les mouches. Près de la poudrière on a retrouvé lié à un arbre et brûlé le cadavre d'un de nos commandants de compagnie ou d'un aide-de-camp reconnaissable aux signes distinctifs de son grade qui sont restés intacts. || Dans la rue de Djonitch on a retrouvé un cadavre qui à ses vêtements a été reconnu pour celui d'un bourgeois de la ville. Il avait les jambes entièrement écorchées dès cuisses jusqu'aux pieds. || Dans le Café de Mita Yanochevitch on a trouvé le cadavre d'un homme reconnaissable de même à ses vêtements pour celui d'un habitant de la ville, avec un morceau de fer dans le corps. L'examen du cadavre percé en plusieurs endroits montre que les Turcs l'ont martyrisé et lui ont donné la mort au moyen de fer rouge. || Petko Vessélinovitch, de Kniajévatz, qui s'était cassé la jambe peu avant notre départ de Kniajévatz, était resté dans sa maison; on l'a retrouvé tué; Givko Kaïssia, également de Kniajévatz, a été martyrisé dans sa maison et tué avec un fer rougi. Dans la boulangerie d'Ivanka Constantinovitch on a retrouvé le cadavre d'un de nos soldats qui doit également avoir été martyrisé; car on a retrouvé près de son corps des broches de fer. || Outre les nombreux cadavres trouvés dans la ville il en a été retrouvé dans les champs de maïs, de sorte que je vais les faire traverser par une chaîne de tirailleurs qui enterreront les corps. || L'infection que répandent tous ces cadavres est telle que, dans la crainte d'une contagion, je n'ai pas osé faire arrêter mes troupes à Kniajévatz un seul instant. Ce que je viens d'exposer ne peut donner qu'une

idée faible de la réalité; c'est ce que j'ai pu remarquer au premier coup d'oeil. || J'ai pris des mesures pour que les bourgeois qui sont rentrés, aidés d'un bataillon, parcourent la ville et les environs sous la direction du comptable Milan Atjimovitch, qu'ils enterrent les cadavres et dressent un procès verbal qui me sera remis. | A en juger d'après la puanteur qui se répand jusqu'à une demi-lieue de la ville et aux myriades de mouches qui remplissent l'air dans les environs de Kniajévatz, il doit s'y trouver encore un grand nombre de cadavres humains, dont l'identité ne pourra être constatée. || L'état de décomposition des cadavres est déjà si avancé que, lors même que la tête y est attenante, on ne peut distinguer les traits. | Toutes les maisons des environs, et en particulier les maisonnettes construites dans les vignes, sont toutes brûlées, et comme ces maisons étaient pour la plupart entourées d'arbres fruitiers ou autres, le feu les a desséchées et la campagne des environs de Kniajévatz offre un aspect lamentable. || Du reste il ne m'est pas possible de donner une description fidèle de ce désolant tableau; les mots me manquent pour le faire.

Je vous transmettrai immédiatement les renseignements qui me parviendront par la suite.

Colonel Horvatovitch.

Nr. 5809.
Serbien.
14. Sept. 1876.

Nr. 5810.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl. Min. d. Ausw. — Serbien und Russland.

Belgrade, September 14. 1876.

My Lord, — With reference to my telegrams of the 11th instant, and of one of this day, which I had the honour to address to your Lordship, I may add the following explanations: — || All the influential public men of Servia have arrived at the conviction that, unless Russia comes openly to declare war against the Porte, the Principality is in extreme peril of being overrun and laid waste by the invading Turkish forces. | Whatever may have been the opinions of some of them formerly, all those who occupy any position in the country can be brought to admit that Servia alone and unassisted cannot accomplish any practical result or compel the Porte to accept terms advantageous to the former. | Hence a general desire amongst these gentlemen to accelerate the cessation of hostilities, and put a stop to the atrocities and devastation which mark with ruin and desolation the progress of the invading army of the Suzerain Power. || M. Ristich called upon me last night for the purpose of expressing to me his disappointment that the effusion of blood was continuing, and that the mediation of the Great Powers had not succeeded hitherto in arresting it. | I said to M. Ristich, that I had no information

Nr. 5810.
Gross-
britannien.
11. Sept. 1876.

Nr. 5810.
Gross-
britannion.
14. Sept. 1876.

whatever to give him as regards the cause of this infortunate delay; but as he mentioned that he had instructed the Servian Agent at Vienna, M. Tsukitch, to express his apprehensions unofficially to the Austrian Foreign Office on the subject, I promised to communicate the substance of his remarks to your Lordship and the anxiety expressed by him to learn the determination of Her Majesty's Government on the subject of the pending negotiations as far as these apply to Servia. || I thought it necessary, however, to point out to M. Ristich certain features of the strange position of affairs in Servia, of which your Lordship will find some account in my subsequent despatches. || I had to tell him that the increasing influence of Russian agents, and the presence of numerous officers and soldiers belonging to that country, must exercise a baneful effect on the deliberations of peace in the Principality, where the masses were accustomed to look up to Russia as their natural protector. || I added, that it might ultimately prove a great misfortune for his country to find itself entangled in the meshes of a Russian political party, which might be even acting independently though concurrently with the Imperial Cabinet. M. Ristich admitted all this, and expressed his concern with the strange turn affairs had taken; he and some of his colleagues had on previous occasions intimated to me that General Tchernaiëff had acted throughout much more like a Russian General working for Imperial or even Panslavistic objects than as one in command of the Servian forces, and that they could not contemplate without considerable anxiety the progress in Servia of a completely new series of political notions and the growing influence amongst the masses of sympathies and of an influence to which the people here had hitherto been strangers. || All this appeared to me ought to be an inducement to the public men of Servia to accelerate the conclusion of peace, and I told M. Ristich so, who appeared to agree with me, but said he could not come forward openly as the advocate of peace as long as the Porte continued to put forward terms and conditions which could not be accepted by Servia. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 5811.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Erläuterung des Ausdrucks „Autonomie“.

Foreign Office, September 15, 1876.

Nr. 5811.
Gross-
britannion.
15. Sept. 1876.

Sir, — In my despatch of the 11th instant I stated the terms which, in the opinion of Her Majesty's Government, might properly form the basis of a pacification of Turkey. But your Excellency will clearly understand that, by the phrase "local or administrative autonomy", as applied to Bosnia and Her-

zegovina, there is no question raised of the creation of a tributary State, and that nothing more is intended by Her Majesty's Government than a system of local institutions which shall give the population some control over their own local affairs, and guarantees against the exercise of arbitrary authority. || I am, &c.

Nr. 5811.
Gross-
britannien.
15. Sept. 1876.

Derby.

Nr. 5812.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Graf Andrassy.

(Telegraphic.)

Vienna, September 15, 1876, 12.53 p.m.

From the language of Count Andrassy yesterday and from that of the Russian Ambassador, Russia appears decided to insist on an armistice being imposed on the Porte by the fiat of the Powers. Count Andrassy said he had agreed to support this Russian view against his own opinion that the armistice and the peace should form one question, because he understood all the other Powers had adopted it.

Nr. 5812.
Gross-
britannien.
15. Sept. 1876.

Nr. 5813.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Mittheilungen des Grafen Schuwaloff.

Foreign Office, September 16, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and communicated to me two telegrams which he had received from his Government. || In the first of these Prince Gortchakow states, that the reply which the Porte has made to the demand for an armistice is quite inadmissible, and that he doubts not that the Great Powers will assume in regard to it an energetic attitude such as their dignity requires. || The second telegram was to express the opinion of the Russian Government that as they had accepted the terms of peace proposed by me, a Conference was no longer needed, provided the other Powers also adhered to these terms. The Russian Government could not however tolerate the postponement of the armistice, which must be agreed to immediately and unconditionally. || Count Schouvaloff repeated to me the substance of a third telegram to the effect that if Her Majesty's Government decided on breaking off diplomatic relations with the Porte in consequence of the refusal of an armistice, Russia was prepared to join in that step. || I made Count Schouvaloff acquainted with the intimation which had been given by

Nr. 5813.
Gross-
britannien.
16. Sept. 1876.

Nr. 5813. the Porte to the Embassies of the Great Powers at Constantinople, that orders
 Gross- had already been sent unconditionally to the Commanders of the Turkish forces
 britannien. to suspend hostilities. I said, that I was inclined to accept the suspension of
 16.Sept.1876. hostilities so announced as a practical compliance with our demand for an
 armistice; and to propose at once to negotiate conditions of peace on the basis
 indicated in my conversation with His Excellency on the 13th instant. || The
 conditions set forth by the Porte as a basis of negotiation seemed to me, I
 said, to be inadmissible. || I told Count Schouvaloff, however, that I could not
 act upon my proposal till I heard whether the course proposed was accepted
 by his Government. It was agreed that he should consult Prince Gortchakow
 at once by telegraph, and that I should see him again on Monday. || I am, &c.
 Derby.

Nr. 5814.

GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Belgrad an den königl.
 Min. d. Ausw. — Einstellung der Feindseligkeiten auch auf ser-
 bischer Seite.

(Telegraphic.)

Belgrade, September 17, 1876

Nr. 5814. The Servian Government, to whom I have communicated the orders issued
 Gross- by the Porte to her military commanders, have assured me that similar in-
 britannien. structions to Servian commanders were to be sent this morning; they have been
 17.Sept.1876. induced to do so in consequence of my representations and the reliable in-
 formation which I have conveyed, and therefore I am most anxious that no
 occasion of a misunderstanding should arise. It might therefore be desirable
 that the Turkish Commander-in-chief should acquaint Servian General of his
 instructions, and that both sides should pledge themselves not to resume hos-
 tilities without previous notice.

Nr. 5815.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in
 Konstantinopel. — Annahme der Einstellung der Feindseligkeiten
 als Waffenstillstand.

Foreign Office, September 18, 1876.

Nr. 5815. Sir, — I have to instruct your Excellency to inform the Porte that Her
 Gross- Majesty's Government accept the suspension of hostilities as equivalent to an
 britannien. armistice, which they trust will be further extended in case of necessity. || Her
 18.Sept.1876.

Majesty's Government have reason to believe, from the language held to me to-day by the Russian Ambassador, that his Government will take the same view. || I am, &c.

Nr. 5815.
Gross-
britannien.
18. Sept. 1876.

Derby.

Nr. 5816.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russische Erklärungen.

Foreign Office, September 18, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and read to me several telegrams which he had received from Prince Gortchakow, on the subject of the proposal I had made on the 16th instant (as reported in my despatch of that date), as to the course now to be pursued towards the Turkish Government. || The substance of these telegrams was as follows: — || The Russian Government agreed to the basis proposed by that of Her Majesty, for the negotiation of peace, and would be ready to act simultaneously with us as soon as they heard that instructions had been sent to Her Majesty's Ambassador at Constantinople. || Prince Gortchakow understands, however, that the promise of the Turkish Government is only to suspend hostilities for ten days. This seems to the Russian Government to be unacceptable; but if the suspension is for an indefinite term, as I had told Count Schouvaloff, they would be prepared to accept it as equivalent to an armistice.

Nr. 5816.
Gross-
britannien.
18. Sept. 1876.

Prince Gortchakow further states that the Russian Government have energetically condemned the foolish escapade of General Tchernaiëff, which was equally regretted by Prince Milan. I presume that this refers to an announcement which appears in the public press, though I have not received any official confirmation of it, to the effect that the Servian army had proclaimed Prince Milan King of Servia. The Russian Government were encouraging Prince Milan to maintain an attitude in conformity with the proposed armistice. || I told Count Schouvaloff that under these circumstances I would instruct our Ambassador at Constantinople by telegraph to inform the Porte that Her Majesty's Government accept the suspension of hostilities as equivalent to an armistice, in the confidence that it will be further extended in case of necessity. || His Excellency said he would at once inform his Government of this step, and that he had little doubt they would make a similar communication.

I am, &c.

Derby.

Nr. 5817.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte will sich der Entscheidung der Mächte fügen.

(Telegraphic.)

Therapia, September 18, 1876.

Nr. 5817.
Gross-
britannien.
18. Sept. 1876.

I have informed Minister for Foreign Affairs, that Her Majesty's Government consider some of the conditions of the Porte inadmissible. || Musurus-Pasha had already informed his Excellency that you had stated to him that they could not be accepted. || I asked him what the Porte would do if the Powers rejected them. He said, that the Porte had already declared that it would abide by the decisions of Powers, and it would do so, though it could not believe that all its proposals would be set aside. || He asked views of Her Majesty's Government about Bosnia and Herzegovina, expressing the hope that those provinces might be left to be included in the administrative arrangements. || I said, that it was not to be supposed that the arrangement of a system of administration for those provinces could be deferred till a general reorganisation took place, and the Powers must certainly now agree as to what was to be done. || He must, moreover, not be surprised if the Powers insist that measures shall be taken to secure the Bulgarians from repetition of acts which have taken place, and the best course for the Porte to take would be at once to promulgate reforms which will be considered sufficient for the purpose.

Nr. 5818.

ITALIEN. — Agent in Montenegro (Signor Durando) an den königl. Min. d. Ausw. (Signor Melegari). — Annahme der Waffenruhe seitens Montenegro's.

(Télégraphique.)

Danilograd, le 18 September, 1876.

Nr. 5818.
Italien.
18. Sept. 1876.

Le Prince de Monténégro, pour préciser mieux ses communications verbales, m'a écrit une lettre où il déclare avoir donné ce soir à ses Commandants ordres conçus dans le même sens du Memorandum de la Porte aux Puissances Garantes, pour la suspension des hostilités, bien entendu sous les conditions que les troupes Turques et Monténégrins conservent les positions qu'elles occupent actuellement. En conséquence, il regardera comme acte offensif tout mouvement de Moukhtar-Pacha pour se dégager de la position actuelle, ainsi que son ravitaillement, qui lui est à présent empêché. De même

cela sera pour le blocus des forteresses de Nischich et de Medun. Le Prince remercie le Gouvernement du Roi pour l'intérêt qu'il lui témoigne, et prie votre Excellence d'exprimer au Gouvernement Anglais la gratitude pour la bienveillante communication, et sa satisfaction d'entrer avec lui en rapports même indirects. Je prie votre Excellence de me préciser si c'est bien le 25 du courant le terme de l'armistice.

Nr. 5818.
Italien.
18. Sept. 1876.

Nr. 5819.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die Pforte widerspricht einer Ausnahmestellung für Bosnien und die Herzegowina.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 20 Septembre, 1876.

Nous apprenons que, dans l'échange de vues qui s'établit entre les Puissances, il est question de formuler certaines propositions relativement aux Provinces de la Bosnie et de l'Herzégovine. Nous ne savons pas au juste en quoi consistent ces propositions, ni la forme qui leur sera donnée; mais des informations dignes de foi portent que le Gouvernement Anglais appuie cette idée, qui, d'un autre côté, rencontre une vive opposition de la part du Cabinet de Vienne. Votre Excellence saisira aisément, sans que j'aie besoin d'y insister, la gravité de cette information, si elle venait à se vérifier, et combien nous serions douloureusement affectés de voir de pareilles idées patronnées par le Gouvernement Anglais. || Le Gouvernement Impérial s'est montré toujours prêt à accepter les bons offices des Puissances dans les questions qui touchent au droit international, et il a toujours fait preuve de la plus grande déférence, notamment pour les conseils du Gouvernement Anglais. Mais, malgré les sentiments de modération dont il est animé, il ne saurait fermer les yeux sur les grands inconvénients que présenterait la discussion de questions de pure administration intérieure, si elle était portée sur le terrain diplomatique. Il négligerait un devoir impérieux s'il ne se hâtait de déclarer qu'il verrait une atteinte portée à ses droits de souveraineté et d'indépendance dans toute démarche des Puissances qui aurait pour effet de s'interposer entre les populations de la Bosnie et de l'Herzégovine et leur autorité légitime. Il est vrai que ces deux provinces ont été agitées par des mouvements insurrectionnels; mais l'origine de ces mouvements est connue; et, aussitôt que la lutte provoquée par la Serbie et le Monténégro aura pris fin, le Gouvernement Impérial, se conformant aux intentions libérales du Souverain, telles qu'elles ont été formulées dans le Hatt Impérial, est décidé, à la condition d'être libre dans son action, d'adopter des mesures promptes et efficaces qui auront pour résultat certain la pacification de ces Provinces, l'apaisement des passions et la réa-

Nr. 5819.
Türkei.
20. Sept. 1876.

Nr. 5819.
Türkei.
20. Sept. 1876.

lisation de grands progrès matériels. || Un régime exceptionnel pour les Provinces insurgées serait une prime d'encouragement pour de nouveaux désordres, et troublerait profondément l'économie générale de l'Empire. Nous ne pouvons réellement pas croire que les Puissances insisteront sur une idée aussi exorbitante, au moment même où le Gouvernement Impérial s'occupe de fonder une grande institution, au sein de laquelle les intérêts de toutes les Provinces seront représentés, toutes les plaintes pourront se faire entendre, et tous les droits trouveront une protection efficace. En ce qui concerne cet état de choses, une intervention étrangère créerait des difficultés et des complications inextricables. Ces vérités n'échapperont pas à la perspicacité des hommes d'Etat Anglais. || Vous voudrez bien, par conséquent, vous informer auprès de son Excellence Lord Derby de ce qu'il y a de fondé dans les informations qui nous parviennent à ce sujet; et, dans le cas où, contrairement à notre attente, vous auriez constaté chez le Cabinet Britannique les dispositions qu'on lui attribue, vous aurez soin de m'en prévenir aussitôt, tout en vous employant à combattre de toutes vos forces un pareil projet, que nous sommes unanimes à considérer comme contraire, sous tous les rapports, aux intérêts de l'Empire.

Nr. 5820.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Oesterreichs Stellung zu den englischen Vorschlägen.

Foreign Office, September 21, 1876.

Nr. 5820.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1876.

Sir, — Count Wolkenstein informed me this afternoon that he had received from Vienna a telegram to the following effect: — Count Andrassy stated, that it appeared from a communication which had been made to him by Sir A. Buchanan that Her Majesty's Government intended only by the phrase "local autonomy" to refer to administrative reforms of a purely local character, to be applied to Bosnia and Herzegovina, with a view to the creation of institutions by which (1st) a certain influence should be granted to the inhabitants as regards the election of local functionaries; and (2ndly) the inhabitants should be protected against the return of arbitrary acts. || After this communication on the part of Sir A. Buchanan it would be impossible, Count Andrassy said, to attribute in any way to the phrase "local autonomy" the meaning of a transformation of the above-named countries into countries enjoying "political autonomy". Such a political autonomy would, under existing circumstances, appear to the Austro-Hungarian Government utterly incapable of realization. || According to the opinion of the British Government analogous guarantees should be demanded for Bulgaria, which could be defined later, and would be adapted to local conditions, in order to prevent in future the

return of administrative abuses. || The Austro-Hungarian Government having taken into consideration the formal declarations on the subject made by Her Majesty's Government, was prepared to give, in principle, its complete consent to the proposals which had been communicated. They only desired, that it should be formally recorded that the reforms already required from the Porte for Bosnia and Herzegovina, and accepted by the Ottoman Government, should form the base of the "local autonomy". || If Her Majesty's Government thought it necessary, it could propose, as a complement to the said reforms, amplifications of the same nature. || Count Wolkenstein said, that he had been instructed to ascertain whether the views and intentions of Her Majesty's Government were identical with those expressed in this telegram. If he found them to be so he was authorized to declare that the Austro-Hungarian Government agreed in principle with the British proposals, and that if Her Majesty's Government desired it they would, on their side, be prepared to abstain from taking any initiative, and would be equally ready to act in concert with Her Majesty's Government. || In my reply to Count Wolkenstein I adverted to the desire expressed by the Austro-Hungarian Government, that the reforms already required of the Porte, and agreed to by it for Bosnia and Herzegovina, should form the basis of the local autonomy now to be granted to those Provinces, and I said that I did not understand how these reforms, as stated in the note from the Porte of the 13th of December last, would form the basis of a system of local government, though it seemed to me that they might be included in any plan which might be drawn up for the purpose of carrying out that system. || Upon this point Count Wolkenstein promised to give me further explanation. || I am, &c.

Nr. 5820.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1876.

Derby.

Nr. 5821.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Zurückweisung der türkischen Friedensbedingungen und englische Vorschläge.

Foreign Office, September 21, 1876.

Sir, — Her Majesty's Government have had under their consideration, in communication with the Governments of the other Powers, signatories of the Treaty of Paris, the conditions of peace between the Porte and Servia and Montenegro, proposed by the Turkish Government for the judgment and equitable appreciation of the mediating Powers. || Those proposals were as follows: — 1. A new investiture of the Prince of Servia, if the Servians wish to keep him as their Ruler. || 2. Recognition of right to occupy fortresses;

Nr. 5821.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1876.

Nr. 5821.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1876.

but the Porte will be willing to negotiate with respect to the effect to be given to it. || 3. Payment by Servia of the interest on the sum spent by Turkey in the war, which is estimated at about 1,000,000*l.* || Railway through Servia, to be worked by a Turkish Company; but if this proposal is objected to by the Powers, Porte is prepared to submit. || 5. Limitation of Servian regular army, and the entire suppression of the militia. || The Porte has stated, according to your Excellency's telegram of 14th instant, that with regard to Montenegro, it will accept the *status quo*; and as soon as the Powers have expressed their judgment in the conditions, the Porte will give orders to stop hostilities within twenty-four hours; and friendly relations will be resumed with the two Principalities. || I have already intimated to your Excellency by telegraph, that Her Majesty's Government held the proposals of the Porte to be inadmissible; and I have since learned, that the other Powers are of the same opinion. || I have now, therefore, to request your Excellency to inform the Porte of this, and to state that the following are the provisions which seem to Her Majesty's Government proper to form the basis of a pacification: —

- || 1. The *status quo*, speaking roughly, both as regards Servia and Montenegro.
- || 2. That the Porte should simultaneously undertake, in a Protocol to be signed at Constantinople with the Representatives of the mediating Powers, to grant to Bosnia and the Herzegovina a system of local or administrative autonomy by which is to be understood a system of local institutions which shall give the population some control over their own local affairs, and guarantees against the exercise of arbitrary authority. There is to be no question of the creation of a tributary State. || Guarantees of a similar kind to be also provided against maladministration in Bulgaria. The exact details of these might be discussed later. || Your Excellency will add, that the reforms already agreed to by the Porte in the note addressed to the Representatives of the Powers on the 13th of February last, will be expected to be included in the administrative arrangements for Bosnia and the Herzegovina, and, so far as they may be applicable, for Bulgaria. || Your Excellency is already acquainted by telegraph with the views of the other Powers, and you may state to the Turkish Government that Her Majesty's Government have little doubt that the proposals which you are instructed to make will command a general support. || Your Excellency cannot too strongly impress upon the Porte the urgency of the situation and the advantage which would be gained by a prompt and ready acceptance of the proposed basis of pacification. || You will also state that, as the continuance of hostilities while the conditions of peace are being dealt with between the Powers and the Porte would be obviously inexpedient, an early arrangement should be made for the conclusion of a formal armistice. || I am, &c.

D e r b y.

Nr. 5822.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Geschäftsträger in London (Graf Wolkenstein). — Zustimmung zu den englischen Vorschlägen.

(Télégraphique.)

Vienne, le 22 Septembre, 1876.

Pour faire réponse à votre rapport télégraphique du 21 du courant, j'ai à vous informer que M. l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique près la Cour Impériale et Royale m'a communiqué le texte des instructions données à Sir Henry Elliot. ¶ J'ai pu constater que, dans les instructions précitées, Lord Derby se réfère, dans des termes qui répondent à nos vues, à la dépêche du 30 Décembre dernier. ¶ Je n'hésite pas, en conséquence, à vous autoriser à déclarer à M. le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Britannique que nous sommes d'accord avec le Cabinet Anglais, par rapport à cette démarche, et que nous chargeons notre Ambassadeur à Constantinople de la seconder.

Nr. 5822.
Oesterreich-
Ungarn.
22. Sept. 1876.

Nr. 5823.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Missvergnügen unter den Griechen über Privilegien für die Slaven.

(Telegraphic.)

Therapia, September 23, 1876, 12:10 p.m.

The belief that the Slav Provinces which have been in insurrection are about to be endowed with special privileges through the intervention of the Powers is beginning to produce a strong feeling of discontent among the Greeks. ¶ They say that it will be a lesson to them that, if they are to expect anything, they must rise against the Government. ¶ Unless the Porte can be persuaded to adopt for the whole Empire, or at least for the European portion of it, measures of reform analogous to those to be given to the northern Provinces, the seed of certain future trouble will be sown.

Nr. 5823.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1876.

Nr. 5824.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Deutschland hält die englischen Vorschläge für unzureichend.

Berlin, September 23, 1876.

Nr. 5824.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1876.

My Lord, — In accordance with the instructions conveyed to me by your Lordship's telegram of the 21st instant, I informed M. de Bulow, that the Austrian Chargé d'Affaires had stated to your Lordship that, having taken into consideration the formal declaration of Her Majesty's Government, as to the meaning attached to the proposal of granting local or administrative autonomy to Bosnia and the Herzegovine, the Austro-Hungarian Government had pronounced, in principle, its complete adhesion to the English proposals; but that the Imperial and Royal Government wished it to be formally recorded that the reforms asked for already from the Porte for Bosnia and the Herzegovine, and agreed to by the Turkish Government, shall form the basis of that local autonomy. || I added, that in consequence of the communication made to your Lordship by the Austrian Chargé d'Affaires, your Lordship had caused a paragraph in that sense to be inserted in the proposals which your Lordship has instructed Her Majesty's Ambassador to make to the Porte. || M. de Bulow said, that before offering an opinion on the subject it was necessary that he should consult Prince Bismarck, the more so as the German Government had not yet given its assent to the English proposals. In order, therefore, to enable his Highness to express an opinion, his Excellency said he would wish to know if the Russian Government had been consulted, and had agreed to the insertion of the important paragraph suggested by Count Andrassy. He also expressed a desire to be informed if any, and what, steps had been taken by Her Majesty's Government for the presentation of the English proposals. || I stated to his Excellency, that so far as I could judge from the correspondence which had passed through my hands, the Russian Government appeared to me not only cognizant of the modification suggested by Count Andrassy, but to have adhered to it, since your Lordship, in anticipation of a similar adherence on the part of the German Government, had instructed Her Majesty's Ambassador at Constantinople to state to the Porte, that they considered the Turkish proposals inadmissible, and to lay before the Porte the provisions which appeared to your Lordship proper to form the basis of peace; and I pointed out to his Excellency, that your Lordship had further instructed Her Majesty's Ambassador to state to the Turkish Government, that you entertained little doubt that the proposals in question will command general support. || I therefore ventured to express the belief, that it was with the consent of all the Powers — except Germany, which I trusted would

be no longer delayed — that your Lordship had taken the first step towards the negotiation of peace. || His Excellency said, that under the circumstances he would at once telegraph to Prince Bismarck, and that probably his Highness' answer would be shortly communicated to your Lordship through the German Chargé d'Affaires in London. || I again urged upon his Excellency, that an early answer was of serious importance, as time was of the utmost consequence. I ventured to remark that, if any unforeseen difficulty were to arise at so critical a moment, it was undesirable, that it should be attributed to the German Government, who on every occasion had constantly manifested the wish that the Powers, especially England and Russia, should act unanimously in the work of pacification. || His Excellency replied, that certainly both the Emperor and his Government had been prompted by no other desire in the treatment of this question, but that it must not be lost sight of that the welfare of a large population was at stake, and that whilst he hoped the German Government would offer no obstacle to the basis proposed by your Lordship, he thought the meaning of the word "autonomy" would, when the time arrived, have to be further and more fully discussed. || The several conversations which I have had with M. de Bulow, have left the impression on my mind, that the German Government are of opinion that greater concessions and guarantees must be secured for the Christian population of Turkey than those which they believe your Lordship's proposals provide. || I have, &c.

Nr. 5824.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1876.

H. G. Macdonell.

Nr. 5825.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Der Sultan erklärt seine Bereitwilligkeit zum Frieden.

(Telegraphic.)

Therapia, September 24, 1876.

The Sultan sent to me this afternoon to ask my advice in the difficult position in which he finds himself. || He said, that the acceptance of the armistice would cost him his throne, and he dare not venture upon it in face of public opinion; but he is ready at once to make peace upon the conditions to be proposed by the Powers, and, upon accepting them, to put an entire end to hostilities. || He hopes he will not be urged to make immediate arrangements for the insurgent provinces, as the concession to them of special privileges will provoke insurrection in other parts. || He is determined to take, at once, measures to give to the Empire institutions which shall secure to all provinces the advantages desired for Bosnia and the Herzegovine, and he is ready to give an engagement in writing that if, within three months measures

Nr. 5825.
Gross-
britannien.
24. Sept. 1876.

Nr. 5825. Gross-britannien. 24. Sept. 1876. in question are not taken such as to satisfy the Powers, he will submit to those which they may dictate. || I said, that this declaration on the part of His Majesty made me hope that there would be no difficulty in obtaining the accession of his Government to the conditions which I am to communicate to-morrow on the part of Her Majesty's Government; for, as regards the insurgent provinces, they only ask for the signature of a Protocol such as His Majesty himself suggested. || I gave the substance of the conditions to His Majesty's messenger, who thought that he would agree to them.

Nr. 5826.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Haltung des russischen Geschäftsträgers.

(Telegraphic.)

Therapia, September 24, 1876, 10·20 p.m.

Nr. 5826. Gross-britannien. 24. Sept. 1876. At a meeting of the foreign Representatives to-day the Russian Chargé d'Affaires told us, that he was not yet authorized to support conditions of peace as contained in your telegram of the 21st. He wished me to postpone communicating to the Porte, and that we should, for the present, confine ourselves to pressing for an armistice. I said that, although Her Majesty's Government had asked for armistice, the object to be attained from it was the conclusion of peace, and the Porte seemed ready to make peace at once on the conditions proposed by the Powers. If we could obtain that result without preliminary armistice it would be a clear gain. Your Lordship's instructions to me were explicit, and I must act on them without delay. They were dated last Thursday, and I must execute them to-morrow. || Russian Chargé d'Affaires said he must wait for instructions before supporting them; and the other Representatives, although already provided with necessary authority, said that, in that case, they would defer all action till Tuesday. But some of them warmly approved my determination to make communication, on the part of Her Majesty's Government, to-morrow. It was more than ever evident, that the Russians care little about peace, but much about an armistice.

Nr. 5827.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bedenken der türkischen Minister gegen die englischen Friedensvorschläge.

(Telegraphic.)

Therapia, September 25, 1876, 6 p.m.

I have communicated to Midhat-Pasha and the Minister for Foreign Affairs conditions of peace proposed in your telegram of 21st, giving them to understand they were the best to which Her Majesty's Government could hope to obtain the assent of the Powers, and that if they were rejected by the Porte war would probably arise with Russia, while Great Britain would be obliged to abandon Turkey to her fate. After a long discussion I left them under the impression that they would finally accept conditions; but they asked me whether or not they were to understand that the whole of the conditions put forward by the Porte were rejected. They also said, that the prestige and authority of the Porte in all parts of the Empire would be impaired by the signature of a Protocol promising the reforms, and they asked me whether it would not be sufficient that the promise should be made in identic notes to the foreign Representatives. I said, that I would refer these two questions to your Lordship, and I hope for an early answer.

Nr. 5827
Gross-
britannien.
26. Sept. 1876.

Nr. 5828.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Russland schlägt eine eventuelle Occupation und Flottenbewegung vor.

Foreign Office, September 26, 1876.

Sir, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and communicated to me in strict confidence a despatch from Prince Gortchakow, stating that the Russian Government wished to propose to those of England and of Austria that in the event of the Porte refusing the conditions of peace which had now been offered them, the following measures should be taken: —

Nr. 5828.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1876.

1. The occupation of Bosnia by an Austrian force. || 2. The occupation of Bulgaria by a Russian force. || 3. The entrance of the united fleets of all nations into the Bosphorus. Prince Gortchakow says, that he believes the threat of taking these measures would be sufficient to accomplish these objects. It would force the Porte to accept the terms proposed to it; it would avert war (the Prince does not state what war), and it would ensure the better treatment ("assurer le sort") of the Eastern Christians. || In a second despatch

Nr. 5828.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1876.

the Russian Chancellor states, that when Count Schouvaloff makes this confidential communication to me he is authorized to add that if, in my opinion, the entry of the united fleets into the Bosphorus would be preferable alone, and sufficient for the object in view, the Russian Government are ready to consent to this course, and will abstain from making the two other propositions mentioned above. || I said, in reply, that his Excellency could not of course expect an immediate answer to such a proposal. It was too grave a matter for me to pronounce an opinion on it off hand, and without consulting my colleagues. But several questions naturally arose as to the necessity or expediency of such a step as Prince Gortchakow suggested. I did not myself anticipate an absolute rejection of the terms of peace by the Porte. There might be negotiations and attempts to induce the Powers to change their view on some points, rather of detail than of principle; but such information as I had received did not lead me to anticipate a positive or categorical refusal. || I thought, moreover, that, in the actual state of men's minds, there was considerable danger in employing threats of material force. They could not fail to produce irritation at Constantinople, and might have the effect of inducing the Sultan and his advisers, who are now disposed to act with great prudence, to change their course and rush into war. Were such threats to become publicly known in Turkey, they would have the worst effect on the Mahomedan population, and might not improbably lead to outbreaks by which the Christian population would suffer. || The Russian Government should also consider the unfortunate impression that would be produced on the public mind throughout Europe. All the world were, at this moment, prepared for a peaceable solution. Menaces of the kind proposed by Prince Gortchakow would produce a general feeling of alarm and uneasiness, from which all interests would suffer. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5829.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte nimmt Anstoss an dem Ausdruck "Autonomic".

(Telegraphic.)

Therapia, September 26, 1876, 11:50 p.m.

Nr. 5829.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1876.

The word "autonomy" offers the chief difficulty to acceptance by the Porte of the conditions proposed by Her Majesty's Government. Porte would, I think, certainly agree to the system of control which your Lordship states that the expression is intended to convey. || Would it be sufficient if the Porte

signified its acceptance of that system without making mention of local autonomy, which is viewed with dislike by everybody, and especially by the Greeks?

Nr. 5829.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1876.

Nr. 5830.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Dementi eines angeblichen Vertrages zwischen Russland und Deutschland.

St.-Petersburgh, September 26, 1876.

My Lord, — Your Lordship's attention will probably have been drawn to the publication by a French newspaper "La France" of a pretended offensive and defensive Treaty between Germany and Russia bearing the signatures of Princes Bismarck and Gortchakow. || M. de Giers has denied categorically the existence of any such Treaty, and declares it to be a forgery and a mystification. || I have the honour to inclose to your Lordship articles from the "Journal de St.-Petersbourg" (the semi-official organ) and from the "Agence Russe," confirming the apocryphal nature of this pretended Treaty. || I have, &c.

Nr. 5830.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1876.

Augustus Loftus.

Nr. 5831.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Türkische Reformpläne.

(Telegraphic.)

Therapia, September 27, 1876, 3:30 p.m.

Although the information is not strictly official, the following may be relied on as the decisions come to by the Porte after a Council: — || The creation of a general Elective Assembly; || Complete and strict application of the Vilayet system; || Extension of the powers of the Provincial Councils to sit during three months of the year, replaced during recess by a permanent mixed Christian and Mussulman Commission, to exercise a control over the acts of the Government and of the local authorities, and to watch application of the measures decided by the Representative Assembly of the capital; || General application of the measures contained in Count Andrassy's note; || Organization of municipalities and re-organization of police in the provinces. || These measures will apply to Bosnia, the Herzegovine and Bulgaria, as well as to the rest of the Empire. || Porte will give its answer to-morrow to the

Nr. 5831.
Gross-
britannien.
27. Sept. 1876.

Nr. 5831. Gross-
britannien.
27. Sept. 1876. proposals of Her Majesty's Government, and express its willingness to sign preliminaries of peace upon above basis. || No difficulty seems likely to be raised about conditions asked by the Porte respecting Servia.

Nr. 5832.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Generalkonsul in Belgrad. — Unwille darüber, dass Serbien die Waffenruhe nicht verlängern will.

Foreign Office, September 27, 1876.

Nr. 5832. Gross-
britannien.
27. Sept. 1876. Sir, — I have instructed you by telegraph to lose no time in expressing to the Servian Government the surprise with which Her Majesty's Government has learned that Servia, having asked the Powers to mediate, has now thought fit to refuse its consent to a prolongation of the suspension of hostilities offered by Turkey. || She should remember, that the Powers are endeavouring to obtain for her more favourable terms than the issue of the campaign has given her a right to expect. || You will, therefore, inform the Servian Government that any attempt on the part of the Servian Commanders, to renew active operations will bring on them the responsibility of the consequences, and that they will thereby forfeit the support of England. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5833.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf die Einwendungen der Pforte gegen die englischen Vorschläge.

Foreign Office, September 27, 1876.

Nr. 5833. Gross-
britannien.
27. Sept. 1876. Sir, — Her Majesty's Government have carefully considered the questions raised by the Porte as regards the terms proposed for a basis of peace; they fear, however, that as those terms have received the adhesion of all the Powers there would now be great difficulty in obtaining their modification. || Those of the conditions proposed by Turkey which might be more or less admissible — such as a reduction of the Servian army, the payment by Servia of a war indemnity, the construction of a railway in that Principality, and the destruction of the Servian fortresses — present difficulties of execution, and the risk of delay and objections during their consideration is so great that in the opinion of Her Majesty's Government it would not be worth the

while of the Porte to insist on their insertion in the conditions of peace. || Her Majesty's Government would not be prepared to abandon the form of a Protocol for the promise of reforms in the disturbed provinces, nor do they consider that the substitution of an identic note would satisfy public opinion in this country and abroad. On this point it would be well that your Excellency should remind the Porte that the Constitution of the Lebanon was embodied in the Protocol of the 9th of June, 1861. || The expression "autonomy" has been generally adopted by the Powers, and it would be hopeless to attempt to procure its abandonment. The qualifying explanations which have been introduced ought, in the opinion of Her Majesty's Government, to suffice for the satisfaction of the Sultan's advisers. || I am, &c.

Nr. 5834
Gross-
britannien.
27. Sept. 1874.

Derby.

Nr. 5834.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Beschwerde über die Unterstützung Serbiens durch russische Freiwillige.

Foreign Office, September 27, 1867.

My Lord, — During a conversation which I had with the Russian Ambassador to-day, I thought it right to draw his serious attention to the inconvenience and danger attendant upon the ordinary influx of Russian volunteers into Servia. I said, that I had been unwilling hitherto to address representations to his Government upon the subject, knowing the difficulties in which they were placed by the state of public opinion in Russia. The matter had, however, reached a stage which could not but occasion considerable apprehension. From some of the later telegrams we had heard of the arrival of as many as 300 Russian volunteers in a single day, and it seemed as if the larger proportion of the officers in the Servian army were now Russian. The first object of these volunteers was not likely to be an exclusive regard for the welfare of Servia; they had come down for the purpose of fighting the Turks; and whether the country suffered or not, was to them a matter of little concern, as compared with the continuation of the war. Each addition, therefore, tended to increase the strength of the war party in Servia; and if matters continued as they were now going on, it seemed not improbable that the Powers might have more difficulty in obtaining the acceptance of reasonable terms at Belgrade than at Constantinople. || Count Schouvaloff, in reply, made no attempt to deny the proportions which the movement had assumed. He promised to submit at once to his Government the objections that I had urged. But he stated, that the difficulty of checking the emigration was

Nr. 5834.
Gross-
britannien.
27. Sept. 1874.

Nr. 5834.
Gross-
britannien.
27. Sept. 1876. very great, and that it would be difficult, in his belief, for the Emperor to take any decided step in that direction without an immense loss of popularity and influence. The state of public feeling in Russia, his Excellency said, was something to which the excitement felt here bore no comparison. || I am, &c.
Derby.

Nr. 5835.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von Seiten Serbiens.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 28 Septembre, 1876.

Nr. 5835.
Türkei.
28. Sept. 1876. Je vous ai signalé successivement les violations partielles de la suspension d'armes, commises par les Serbes. D'après un télégramme que nous recevons aujourd'hui même du Généralissime Abdul-Kérim-Pacha, la lutte vient de recommencer sur toute la ligne; et, cette fois-ci, la suspension des hostilités est ouvertement violée par les Serbes. Ce matin l'armée Impériale s'est vue attaquée de tous côtés devant Aléxinatz par un feu d'artillerie violent. Nos troupes ont dû y riposter. Mais les Serbes ne cessent d'établir des renforts sur le théâtre de la lutte, et la bataille continue encore avec un terrible acharnement. || Cet acte démontre clairement la résolution préméditée et bien arrêtée des Serbes de reprendre sérieusement les hostilités. Il est dès lors évident que l'armée Impériale ne peut plus se tenir sur la défensive sans manquer à ses devoirs les plus impérieux. || Veuillez vous énoncer dans ce sens auprès du Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 5836.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bemühungen, die Pforte zum Nachgeben zu bewegen.

Therapia, September 29, 1876.

Nr. 5836.
Gross-
britannien.
29. Sept. 1876. My Lord, — I went yesterday to the Porte to urge again the necessity of the immediate acceptance of the conditions proposed to it by your Lordship and supported by the other Powers. || Safvet-Pasha was not at his office; but I had a long and earnest conversation with Midhat-Pasha, who dwelt upon the obstacles caused by the word "autonomy" and by the demand that the arrangements should be consigned in a Protocol to be signed between the Porte

and the Powers. || I showed him, that the explanation of the term administrative autonomy deprived it of all character which the Porte could regard as dangerous, and that with regard to the Protocol, what was now asked was no more than what had been done when the regulation about the Lebanon was made in 1861. || I told him, that the communications I had received from your Lordship left no doubt that the acceptance of both these expressions was indispensable, and that the refusal to entertain them would be regarded as a rejection of the proposals that had been unanimously concerted by the Powers, and would certainly quickly be followed by measures of coercion which the Porte ought to make any sacrifice to avert. || Nothing could now save the country from the danger that was threatening it, but a frank and full acceptance of the proposals without change or modification. || Midhat-Pasha then spoke of the premium which would be held out for future insurrection if the provinces which had remained quiet saw extensive reforms granted to those which had risen, at the demand of foreign Powers and guaranteed by them.

Nr. 5836.
Gross-
britannien.
20. Sept. 1878.

I answered, that the decision which the Grand Council had come to two days ago disposed of this difficulty to a great extent; for if even a larger measure of reform and of control than had been asked for by the Powers as regarded the insurgent provinces was to be generally applied, there was no reason why the Porte should not answer that, these being resolved upon for the whole Empire, it would be ready to record in a Protocol that they should be applied to the insurgent provinces, as well as the other measures promised by the Porte in February last. || The Powers would, I believe, be satisfied if the Porte stated this somewhat in the terms contained in a paper, of which the copy is herewith inclosed. || I had consulted Count Zichy about it, and he had said that he could not doubt that it would be considered satisfactory. || Midhat-Pasha was evidently more than half convinced that no other course was open than that which I had pointed out; but he would not commit himself too far without consultation with his colleagues. || On my return home I wrote the letter, of which I have the honour to inclose a copy, to Safvet-Pasha whom, as I have said, I had failed to see; and he will probably convey the substance of it to the Grand Council which it is intended to assemble to-morrow. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage 1.

Draft Declaration.

La Sublime Porte acceptant la médiation des Puissances pour la conclusion de la paix se déclare prête à en signer les préliminaires sur les bases proposées par Lord Derby. || La Porte ayant déjà décidé l'adoption pour toute

Nr. 5836.
Gross-
britannien.
29. Sept. 1876.

l'étendue de l'Empire d'un système d'autonomie administrative telle qu'elle est expliquée dans la susdite proposition ne fera pas de difficulté à constater par un Protocole à signer entre elle et les Représentants des Puissances Média- trices que ce système sera appliqué aux provinces insurgées, ainsi que les réformes déjà promises dans la réponse à la communication du 30 Décembre.

Beilage 2.

Therapia, le 28 Septembre, 1876.

M. le Ministre, — J'ai beaucoup regretté de ne point vous trouver au Ministère, où je me suis rendu pour tenter un suprême effort pour vous en- gager dans la seule voie qui pourra encore sauver votre pays des plus grands malheurs. || Vous êtes à la veille de prendre une décision sur laquelle pourra dépendre l'avenir ou peut-être même l'existence de l'Empire, et ce n'est que par un sacrifice comparativement léger, plutôt d'amour propre que d'intérêt, que vous pouvez vous dégager d'une responsabilité terrible. || Il paraît que dans les propositions de Lord Derby il y a deux expressions qui vous font hésiter: l'une est "l'autonomie administrative" et l'autre le "Protocole" à signer; mais, mon cher Ministre, vous devez bien reconnaître que l'explication qui accom- pagne la première lui ôte toute signification qui aurait pu vous paraître dan- gereuse. || De même pour le Protocole. || Les Puissances ne demandent que ce qui a été fait en 1861, quand l'arrangement pour le Liban a été consacré par un Protocole signé le 9 Juin de cette année. || Vous prendriez, il paraît, l'engagement demandé sous une autre forme, et sur cette simple question de forme vous mettez en péril les intérêts les plus sacrés de l'Empire! || Je ne veux pas le croire. || Vous connaissez les efforts persistants de mon Gouverne- ment pour amener à une solution pacifique la crise par laquelle nous passons; mais Lord Derby m'a fait distinctement comprendre que toute chance de succès dépend de l'acceptation franche et complète de la Porte des propositions telles qu'elles ont été concertées par les Puissances. || Ainsi donc, mon cher Ministre, au nom de mon Gouvernement et au nom de l'intérêt que je porte personnelle- ment au salut de cet Empire, je vous engage encore une fois de ne pas laisser échapper ce qui pourra bien être la dernière occasion de sortir de vos diffi- cultés. || Je vous prie, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5837.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bedenken gegen die Privilegierung einzelner Provinzen.

Therapia, September 30, 1876.

My Lord, — My other despatches which will reach your Lordship by the present messenger will satisfy Her Majesty's Government, that I have spared no effort, nor the exercise of such personal influence as I possessed, to induce the Porte to give an unqualified assent to the propositions brought forward by the united European Cabinets. || I have been able to do so not only as a simple act of duty in carrying out your Lordship's instructions, but as conscientiously believing that no other course can now save this Empire, and perhaps Europe, from an imminent danger. ! At the same time I cannot but express my fear that the apprehensions felt by the Porte of some consequences likely to result from the proposed measures are based upon too good grounds. I have already informed your Lordship of the effect produced upon the Greeks of this country by the impression that the Slav Provinces were, at the demand of the foreign Powers, about to be endowed with special autonomous institutions, and your Lordship has also learnt from Her Majesty's Chargé d'Affaires at Athens the excitement that is being caused in Greece by this news. || Nothing can, I believe, avert the insurrection in the Greek provinces and islands, which is likely to be fomented from Greece, but the application to all parts of European Turkey of the reforms demanded for the insurgent provinces; but even this will leave the former in an exceptional and comparatively disadvantageous position, by the reforms granted to the Slav Provinces being recorded in a Protocol signed by the Powers, which will give a guarantee that they will not themselves possess. || The Protocol will constitute an infringement of the provisions of the Treaty of Paris; for it will confer upon the Powers the right of interference in the internal administration, from which by that Treaty they were debarred. | The non-execution of the promises, upon the faith of which the Powers had engaged not to interfere, may have deprived the Porte of the right of invoking that engagement; but it will be a very serious matter if, as I assume from the language of the Russian Chargé d'Affaires, it is intended that the proposed Protocol is to be considered as putting the administration of the provinces under the practical control or protection of the foreign Governments, to which all grievances complained of, whether real or imaginary, are to be referred. || Much of what is worst in the administration of the Turkish provinces is the consequence of the deplorable weakness both of the Central Government and of the local Governors, and anything that tends still further to diminish their authority will be injurious

Nr. 5837.
Gross-
britannien.
30. Sept. 1876.

Nr. 5837.
Gross-
britannien.
30. Sept. 1876.

rather than beneficial. || Your Lordship will find this opinion strongly and repeatedly expressed by Mr. Consul Holmes, who has probably a larger experience in Bosnia and the Herzegovina than any other person that could be found. If the people get the privilege of sending Delegates to a Central Assembly at Constantinople, by which they will be able to bring to the knowledge of the Porte much that at present never reaches it, there is reason to hope that great practical benefit to them will be secured. || The object to be kept in view is the improvement of the whole provincial administration and the establishment of a state of things under which all classes of the population shall live together on equal terms; but if one of these classes is to be looked upon as protected by the foreign Governments, and the other by the local Governors, no satisfactory relations can permanently be established between them, although a hollow truce might temporarily be enforced. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5838.

TÜRKEI. — Petition bulgarischer Delegirter an die Königin von England.

Londres, ce 30 Septembre 1876.

Nr. 5838.
Türkei.
30. Sept. 1876.

Madame, — Délégués de la nation Bulgare, dont les malheurs inouïs ont eu un long retentissement dans le monde entier, nous avons l'honneur de présenter à votre Majesté un mémoire. Elle verra quelle est depuis cinq siècles la vraie situation de cette nation, et quels sont les vœux qu'elle soumet aux Puissances Chrétiennes de l'Europe pour ses futures destinées. || Madame, — Au milieu de ses cruelles souffrances, le malheureux peuple Bulgare a pu pousser un soupir de soulagement à la nouvelle qu'une grande et magnanime nation comme l'est la nation Anglaise en Europe, indignée des atrocités Turques qui décimaient ce peuple et réduisaient en cendres les villages qu'il habite et les champs qu'il cultive, prenait part à ses malheurs, protestait énergiquement contre ces abominations et s'empressait de lui venir en aide. Ce soupir de soulagement, Madame, n'a pas tardé à se changer en un ferme espoir pour l'amélioration du sort de notre nation, et c'est cet espoir qui a fait naître dans son sein la pensée d'adresser un mémoire aux Souverains Chrétiens de l'Europe. || Madame, — Des milliers d'êtres humains, des milliers de veuves et d'orphelins que la charité Anglaise a pu conserver à la vie, bénissent déjà et béniront à tout jamais le nom d'Angleterre. Ils bénissent aussi le nom de votre Majesté appelée par la Divine Providence à être la Reine bien-aimée d'une aussi grande nation. Mais le peuple Bulgare, Madame, ne pourra désormais exister si ses vœux, exprimés dans le mémoire ci-inclus, ne sont pas pris en

considération par les Souverains de l'Europe, protecteurs des peuples Chrétiens d'Orient. Ce serait le remettre entre les mains de ses bourreaux que de le laisser dans l'état d'esclavage où il se trouve. Votre Majesté, dont les sentiments de justice et d'humanité servent d'exemple à toute une nation, ne le voudra certainement pas; tout au contraire, non seulement elle agira de manière à faire partager ses sentiments d'équité à son Gouvernement éclairé, mais elle voudra bien le charger d'appuyer par toute son influence les vœux exprimés dans le mémoire que nous avons l'honneur de soumettre à votre Majesté. || Madame, — Grande Reine d'une grande nation, soyez la protectrice généreuse d'un peuple gémissant depuis cinq siècles dans une domination avilissante. Ce sera pour votre Majesté un glorieux titre de plus qui ajoutera à l'éclat de votre règne à jamais mémorable. || Nous avons, &c.

Nr. 5839.
Türkei.
30. Sept. 1876.

Les Délégués Bulgares,

D. Zankof.

Marco D. Balabanof.

Beilage.

Memorandum.

Il existe dans la Turquie d'Europe un peuple infortuné répandu en grand nombre sur les deux côtés des Balkans. || Converti au Christianisme déjà au neuvième siècle, le peuple Bulgare, tour à tour vainqueur ou tributaire du bas Empire, a fini après d'héroïques lutttes, dont le souvenir s'est conservé jusqu'aujourd'hui dans ses traditions populaires, par succomber vers la fin du quatorzième siècle devant les armes triomphantes des Ottomans. || La perte de son indépendance politique était évidemment un immense malheur pour ce peuple; mais ses conquérants n'ont pas mis longtemps à lui faire sentir qu'il n'était pas seulement conquis, mais qu'il était réduit en état d'esclavage, dans le vrai sens du mot. || Il est impossible de se faire même approximativement une idée de ce que ce malheureux peuple a souffert depuis bientôt cinq siècles, sous la domination avilissante des Turcs. C'est même un miracle qu'il ait pu subsister jusqu'à ce jour, martyr séculaire destiné à servir de vivant témoignage, devant le monde civilisé, contre les cruautés de ses oppresseurs. || Peuple laborieux et paisible s'il en fut jamais, les Bulgares n'arrosent de leur sueur depuis cinq siècles la terre qu'ils cultivent qu'au profit presque exclusif de leurs oppresseurs, toujours insatiables. En récompense, ces derniers les traitent comme des animaux, bons seulement à être exploités de la manière la plus lucrative. La vie d'un Bulgare, ses biens acquis avec tant de peine, son honneur, l'honneur de son foyer domestique, sa femme et ses enfants sont à la discrétion du dernier des Musulmans, à la merci du premier venu des zap-tiés (agent de police), véritable fléau du pays. || L'administration n'est qu'une

Nr. 5838.
Türkei.
30. Sept. 1876.

machine habilement organisée par le Gouvernement central à l'effet de mieux exploiter les Rayas de la Bulgarie. || L'instruction, l'agriculture, l'industrie, le commerce, les travaux publics, loin de trouver un encouragement quelconque, sont au contraire entravés ou paralysés à dessein. || La justice n'y est qu'un vain mot destiné à couvrir la cupidité ou la malversation des autorités locales, complices la plupart du temps de tous les abus, de tous les excès et de tous les maux qu'on fait endurer aux Rayas Bulgares. || Victime de meurtre ou de vol de la part d'un Turc, lésé dans sa propriété qu'il cultive soigneusement pour la rendre plus productive, insulté ou maltraité sans aucun motif, offensé ou atteint même dans son honneur (tout cela, toujours au su des autorités administratives), l'infortuné Raya Bulgare est d'avance sûr de perdre, quand même, sa cause devant la justice Turque. Et, malheur à celui à bout de patience oserait, pour repousser l'attaque, avoir recours à son droit de légitime défense! ce droit n'existe en Turquie que pour les Turcs, qui, tout en n'ayant pas l'occasion de s'en servir (car personne n'ose les attaquer), en usent quand même et avec d'autant plus de facilité que le port d'armes, rigoureusement défendu aux Bulgares, est bien permis aux premiers, armés souvent de pied en cap, non seulement dans les campagnes, mais même dans les villes. Chaque année, depuis surtout une vingtaine d'années, on compte par centaines les Bulgares tombés sous les coups mortels des Turcs fanatiques, sans que la justice Turque se donne jamais la peine de chercher les coupables et de les punir. La vie d'un Guiaour Bulgare ne vaut pas cette peine, les Turcs étant les maîtres du pays. || Ecrasés par les lourdes charges souvent quadruplées, par les incroyables abus auxquels se livrent régulièrement les percepteurs, de complicité avec les autorités et les influences locales, les malheureux Bulgares ne jouissent cependant d'aucun des avantages, qui, ailleurs, correspondent aux impôts payés par les contribuables. Portant presque seuls tout le poids de toutes les guerres de la Turquie, leur bétail, leurs chariots, leurs bêtes de somme, leurs épargnes sont à la disposition des autorités, toutes les fois qu'elle a un ennemi à combattre, soit à l'intérieur, soit à l'extérieur. Les villages sont fréquemment mis en réquisition et les abus commis par les zaptiés en pareil cas rendent mille fois plus dure la condition des paysans. Etant constamment exposés aux meurtres, à la rapine, au viol, aux corvées, aux injures et à des excès de toute sorte, leur état en un mot ne diffère point de celui des esclaves. || C'est sous un tel joug que gémit depuis cinq siècles le peuple Bulgare qui, dans d'autres conditions, aurait pu, par son amour du travail et son esprit industriel, transformer en pays florissant sous tous les rapports la belle contrée qu'il habite. Plus d'une fois dans ce siècle de lumière et de progrès, ce peuple au milieu de ses souffrances et de son isolement, a dû tressaillir de joie à la moindre lueur d'espoir pour l'amélioration de son sort. C'est toujours avec l'enthousiasme d'un esclave, attendant un certain soulagement dans ses souffrances, que le peuple Bulgare a salué la nouvelle des réformes Turques depuis le Hati-Schérif de 1839, jusqu'aux plus

récentes Proclamations. Mais plus son enthousiasme était grand en ce cas, plus les déceptions de ce peuple étaient amères et poignantes. C'est un fait digne de remarque, que les promesses solennelles de réforme, restées, d'ailleurs, comme on le sait, à l'état de lettre morte, ont eu toujours pour résultat d'empirer, plutôt que d'améliorer, la situation en Bulgarie. Les abus et les excès de toute sorte en ont revêtu un caractère plus prononcé; et plus les Bulgares poussés par le courant du progrès, qui agit si puissamment sur les sociétés contemporaines, commençaient à se réveiller, plus la tyrannie, jalouse de ce réveil, s'ingéniait à inventer des moyens pour les maintenir dans leur état de servitude. Admise par des Traités solennels au concert des Puissances Européennes, la Turquie n'a pas changé de système; tout au contraire, l'idée que les Puissances Chrétiennes s'étaient engagées à respecter l'indépendance et l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman, la rendait plus hardie dans sa manière d'agir à l'égard de ses peuples opprimés. Les prétendues réformes Turques, du moins pour ce qui concerne la nation Bulgare, n'ont jamais été qu'une amère dérision, jetée très habilement par la Sublime Porte à la face de ceux qui les avaient ou conseillées ou provoqués. Se raillant de toute nouvelle décision dont elles connaissent la source, les autorités Turques en Bulgarie ne savent respecter que le Schéri qu'ils interprètent à leur façon, mais toujours au préjudice des Bulgares. Ces mêmes autorités, au bruit de toute réforme, savent s'arranger de manière à surexciter adroitement le fanatisme Turc, afin de neutraliser d'avance tout effet salutaire qu'on pourrait attendre de ces réformes. C'est juste au moment où l'on prônait le système de prétendues réformes à introduire en Turquie qu'ont été commises l'an passé et cet été en Bulgarie, les atrocités qui ont eu un si triste retentissement dans le monde entier. Sous prétexte d'une révolte ayant pour cause des abus inimaginables et des vexations incroyables, mais dans tous les cas adroitement grossis et habilement exploités par de prétendus réformateurs et par leurs agents, on s'est rué sur la nation Bulgare, et on a voulu en devastant le pays, en massacrant sans distinction d'âge ni de sexe, un grand nombre de ses habitants, en réduisant le reste à l'état de misère, arriver à son extermination totale. L'oeuvre des Bachi-Bozouks, armés par ordre du Gouvernement Turc, n'avait pas d'autre but. Les massacres en masse de milliers d'êtres humains innocents et inoffensifs, le pillage en gros, l'incendie de villages, la profanation d'églises et d'écoles, les viols, la conversion par force à l'Islamisme, l'enlèvement de femmes, de filles et de garçons, les outrages sans nombre, les arrestations par centaines de prétendus coupables, les lourdes chaînes, les coups de baïonnettes sur la route, les tortures inimaginables dans les prisons, les aveux forcés, la pendaison établie sur une grande échelle, la persécution systématique des maîtres d'école, les insultes faites à des prêtres vénérables, hommes paisibles et pères de famille, le mauvais traitement de tout ce qu'il y avait en Bulgarie de plus ou moins instruit, lettré ou riche; car les instigateurs de toutes ces abominations voulaient tuer non-seulement le corps, mais aussi

Nr. 5839.
Türkei.
30. Sept. 1876.

Nr. 5838.
Türkei.
30. Sept. 1876.

l'âme de la nation Bulgare: voilà par quels procédés le Gouvernement Turc a voulu faire sentir à cette nation les effets de la nouvelle ère qui s'ouvrirait pour l'Empire. || Est-il possible, après tout cela, de s'imaginer que cet infortuné peuple doive être condamné à rester plus longtemps sous le joug avilissant qui pèse sur lui depuis cinq siècles? Quel crime de lèse-humanité a-t-il donc commis pour mériter ce cruel sort en Europe! || Résigné et patient dans son long martyre, le peuple Bulgare n'en peut plus; le comble même de ses malheurs et de ses souffrances a été dépassé, il ne vit plus qu'à moitié. Comme il ne voit pas que son esclavage sous le Gouvernement Turc soit une des conditions nécessaires au maintien de l'équilibre Européen, ou au progrès de la civilisation du genre humain, il s'adresse aux Gouvernements Chrétiens de l'Europe, représentants des peuples civilisés, pour solliciter d'eux un état de choses qui lui permette de vivre, non pas en troupeau d'animaux bons à être tondus ou massacrés quand il plait à leurs maîtres, mais en hommes jouissant de droits imprescriptibles et nécessaires pour son développement intellectuel, moral et social. L'expérience ayant péremptoirement prouvé de quelle nature et de quelle efficacité peuvent être les réformes Turques, le peuple Bulgare, qui par ses traditions historiques, sa position géographique, son importance numérique, ses qualités de peuple agricole et industriel, possède tous les éléments voulus pour marcher avec succès dans la voie du progrès pacifique, ne met plus aucune confiance dans les réformes. Il prie donc les Puissances protectrices des Chrétiens en Orient, d'intérocéder afin de lui faire obtenir le droit de se gouverner dorénavant lui-même. || Il demande en d'autres termes: sa pleine autonomie et un Gouvernement national, garantis par les Grandes Puissances protectrices des Chrétiens d'Orient: unique moyen de pouvoir vivre paisiblement et de se développer graduellement. L'autonomie du peuple Bulgare dans ces conditions pourrait seule le rendre capable de devenir par ses propres lois et par ses propres forces l'un des agents les plus actifs et les plus persévérants du progrès et de la civilisation dans l'Europe Orientale. || Elle serait en même temps la garantie la plus sûre d'une paix durable dans la plus grande partie de la péninsule des Balkans; et, il n'y a qu'elle qui puisse empêcher dans l'avenir le retour des atrocités qui ont justement soulevé l'indignation du monde civilisé. Le peuple Bulgare s'en remet, pour son émancipation pacifique, aux Gouvernements éclairés de l'Europe, en implorant dans ce but leur parole puissante, leur attitude bienveillante, leur intercession officieuse. Il aime à croire qu'après les cruelles épreuves auxquelles il a été soumis par ses maîtres, l'Europe ne voudra plus mettre dérechef ces derniers en état de le pousser à des actes de désespoir, au sacrifice même de son existence. || Tels sont les vœux, telles sont les demandes que le peuple Bulgare soumet humblement aux Gouvernements Chrétiens de l'Europe, avec le ferme espoir que les Gouvernements éclairés et humains, quelles que soient les considérations politiques dont ils s'inspirent dans la question d'Orient, ne commettront jamais l'injustice de confier dérechef les destinées du peuple Bulgare

à ceux qui, après l'avoir tenu tant de siècles sous le joug de l'esclavage, ont entrepris dernièrement son extermination totale. || Laisser désormais le pouvoir entre les mains des Turcs pour le gouvernement de ce peuple, ce serait l'abandonner à son propre bourreau. || L'Europe — l'Europe Chrétienne et civilisée le voudra-t-elle?

Pour la nation Bulgare,
Les deux Délégués,
D. Zankof.
Marco D. Balabanof.

Nr. 5839.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Ablehnung der Fassung der englischen Vorschläge.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 30 Septembre, 1876.

L'ambassadeur d'Angleterre dans ses communications relativement aux réformes à accorder, insistant sur l'expression d'autonomie administrative, nous ne pouvons nous empêcher de faire remarquer que l'adoption de cette expression pour caractériser le nouveau régime à appliquer aux Provinces de l'Empire rencontre chez nous des obstacles insurmontables. Indépendamment de ce que cette expression présente de vague et d'indéfini pour nous, elle offre l'inconvénient très-sérieux de provoquer des analogies et des commentaires, qui, surtout dans ce moment-ci, alarment en général les esprits même les plus modérés et les plus conciliants. Le Gouvernement Impérial, s'inspirant des désirs généreux et éclairés de Sa Majesté, qui ont trouvé leur haute expression dans l'Hatt Impérial que j'ai eu l'honneur de vous communiquer, est préparé, en considération des circonstances actuelles, à élaborer un ensemble de réformes que je vous ferai connaître incessamment en détail. Lorsque l'ensemble de cette nouvelle mesure sera connu, nous sommes convaincus que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaîtra qu'il est de nature à fournir aux populations le contrôle désiré sur les employés du Gouvernement et à les garantir contre des actes d'autorité arbitraire. La pensée des Puissances se trouvera ainsi réalisée de fait, et elle aura reçu immédiatement les développements pratiques qu'elle comporte. Nous espérons que, dans son esprit de haute loyauté, son Excellence Lord Derby voudra tenir compte de l'empressement que le Gouvernement Impérial a mis à conformer son attitude et ses résolutions aux conseils amicaux qu'il a bien voulu nous faire parvenir. Lorsque l'accord existe sur le fond, nulle question de mots ne peut présenter de difficultés; et si les considérations que j'ai eu l'honneur de vous exposer plus haut empêchent le Gouvernement Impérial de déclarer qu'il admettra comme principe de son administration provinciale

Nr. 5838.
Türkei.
30. Sept. 1876.

Nr. 5839.
Türkei.
30. Sept. 1876.

Nr. 5839. l'autonomie locale, il n'hésite pas à affirmer que les nouvelles réformes qu'il
 Türkei. donne à ses Provinces sont de nature à assurer dans la pratique aux popu-
 30. Sept. 1876. lations les bienfaits et les avantages qu'on aurait pu sûrement en attendre.
 Je prie votre Excellence de vouloir bien s'exprimer dans ce sens à son Ex-
 cellence Lord Derby, et de tâcher de convaincre sa Seigneurie qu'entre sa pensée
 et celle du Gouvernement Impérial il ne peut y avoir qu'une simple différence
 de mots qu'il nous est impossible d'accepter. || Les réformes décrétées par le
 Gouvernement Impérial seront notifiées officiellement aux Représentants des
 Puissances Médiatrices; et cette notification, en mettant ainsi les Puissances
 amies à même de constater la réalisation de leurs vœux, dispensera d'avoir
 recours à la formalité d'un Protocole dont les inconvénients sont trop évidents
 pour que j'aie besoin d'y insister.

Nr. 5840.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in
 Konstantinopel. — England beharrt auf seinen Forderungen.

Foreign Office, October 2, 1876.

Nr. 5840. Sir, — The Turkish Ambassador called upon me this afternoon and read
 Gross- to me a telegram from his Government, dated the 30th ultimo and stating
 britannien. that, as your Excellency, in your communications on the subject of the re-
 2. Oct. 1876. forms to be granted to the disturbed provinces, had insisted on the expression
 "administrative autonomy", the Porte felt bound to observe, that there were
 insurmountable obstacles to the use of that term as characterizing the new
 system of government to be introduced. Independently of the vague and in-
 definite nature of the words, they were open to the further objection, that
 they provoked analogies and commentaries, which, especially at this moment,
 would cause general alarm in Turkey, even among those of the most moderate
 and conciliatory disposition. || The Turkish Government state, that they are
 prepared, in consideration of the present state of affairs, to draw up a scheme
 of reform, which they feel convinced will be admitted by the British Govern-
 ment to be calculated to afford to the population the desired control over the
 Government officials, and to guarantee them against arbitrary acts of autho-
 rity. || The desire of the Powers will thus be practically carried into effect.
 The Porte hopes, that Her Majesty's Government will recognize its readiness
 to comply with the friendly advice of England, and that, as there is an agree-
 ment in substance, no difficulty will be made about a difference of words. ||
 The reforms decreed by the Turkish Government would be officially notified
 to the mediating Powers, and this notification, by informing the Powers of
 the realization of their wishes, would do away with the necessity for having

recourse to the formality of a Protocol, the inconvenience of which, the telegram adds, are too evident to require mention. || Musurus-Pasha went on to speak to me in the sense of this communication; but I told his Excellency, that I thought it useless to discuss the subject further. The terms proposed to the Porte had been settled and agreed to by the six Powers in concert, and it was impossible now to attempt to modify them. || I am, &c.

Nr. 5840.
Gross-
britannien.
2. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5841.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Duc Decazes über die Eventualität einer Occupation.

Paris, Oct. 2, 1876.

My Lord, — The Duc Decazes told me this afternoon, that he had been somewhat pressed by Prince Orloff, the Russian Ambassador, to give him some intimation of the course which the French Government would be likely to take with regard to the Russian proposals for an occupation of Turkish territory, in the event of the Porte's rejecting the conditions of peace put forward by the Powers. || He said, that he had pointed out in general terms some of the inconveniences which might attend the measures proposed, but had reserved his opinion on the subject of adopting them, and had expressed a hope that the contingency which they contemplated might not occur. || I told him, that when they were communicated to your Lordship by Count Schouvaloff, you had urged, that threats of the kind might change the present prudent dispositions of the Sultan and his Ministers; that they might lead to outbreaks against the Christians in Turkey; and that they could not but produce a bad impression in Europe generally. I added, that your Lordship had declined to give an answer as to the adoption of them until you had consulted your colleagues. The first proposal, that Bosnia, Bulgaria and the Bosphorus should all be occupied appeared to have been communicated to the Duc Decazes some time before the second, which confined the occupation to the presence of the fleets in the Bosphorus. || I have, &c.

Nr. 5841.
Gross-
britannien.
2. Oct. 1876.

Lyons.

Nr. 5842.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Unwille Russlands über das Verhalten der Pforte.

Foreign Office, October 3, 1876.

Nr. 5842.
Gross-
britannien.
3. Oct. 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador left with me to-day a telegram which he had received from Prince Gortchakow, stating that the Russian Government had received from their Chargé d'Affaires at Constantinople information to the effect that, in spite of the late representations made to the Porte by the Representatives of the six Powers, they persisted in their refusal to accede to the expression "autonomy", and to the demand for a Protocol, notwithstanding, that the English Ambassador had communicated to the Porte the proposal of Russia to make use of material coercion. || The telegram proceeded to state, that it would seem as though the Porte were desirous to push matters to the extreme in order to appear forced to yield to the pressure of the combined Powers, or to provoke a rupture between them when the moment should arrive for decisive action. || Meanwhile the situation between Mussulmans and Christians was very critical. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5843.

RUSSLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London. — Vorschlag, einen sechswöchentlichen Waffenstillstand zu gebieten.

(Télégraphique.)

Livadia, le 3 Octobre, 1876, 3:27 p.m.

Nr. 5843.
Russland.
3. Oct. 1876.

Une suspension d'hostilités régulière et d'une durée suffisante n'ayant pas été établie, et les négociations de paix rencontrant des difficultés inattendues à Constantinople, la lutte a été renouvelée dans la vallée de la Morava. Le Gouvernement Impérial ne saurait voir d'un oeil indifférent le sang couler dans la presque île des Balkans. L'Empereur propose aux Cours Garantes d'arrêter cette effusion de sang en imposant immédiatement aux deux parties un armistice ou une trêve de six semaines pour donner aux Cabinets le temps d'aviser au règlement définitif des questions pendantes.

Nr. 5844.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Zustimmung zum letzten russischen Vorschlag, Ablehnung der Occupation.

Foreign Office, October 4, 1876.

My Lord, — In the course of a long and confidential conversation which I had with the Russian Ambassador yesterday, reference was made to the proposals of his Government for measures of coercion in case the Porte definitively rejected the terms of peace which have been submitted to it. || I told Count Schouvaloff, that I could give no positive opinion upon these measures until they had been discussed by my colleagues in the Cabinet Council which was to be held to-day. I did not, however, conceal from his Excellency, that the proposals were of a nature to raise grave objections, and that some of them, at least, were likely to be viewed with disfavour in this country. || Several possible alternatives were then mentioned, and among others one to the following effect: that in case of an unfavourable reply from the Porte to the proposals now before it, the Powers should fall back upon their original demand for an armistice, which would afford time for them to consider what further steps should be taken. || Count Schouvaloff said, that he would telegraph this suggestion at once to Livadia, and this morning his Excellency called upon me and read to me confidentially a telegram from Prince Gortchakow, which he had just received, though he was not certain, that it was in answer to his message. It was to the following effect: — || A regular suspension of hostilities of sufficient length not having been established, and the negotiations for peace having encountered unexpected difficulties at Constantinople, the contest had been renewed in the valley of the Morava. || The Imperial Government could not be indifferent to the bloodshed thus caused, and the Emperor proposed to the Guaranteeing Powers, that it shall be arrested by immediately imposing an armistice or truce of six weeks on both parties, so as to give the mediating Governments time to consider the means of definitively arranging the pending questions. || I had no difficulty in submitting this proposal to my colleagues, and Her Majesty's Government have decided to give their support to the proposal of an armistice of not less than a month as the next step to be taken in the event of the rejection by Turkey of the proposed terms for a basis of peace. || They have, on the other hand, been unable to concur in the measures of occupation and the entry of the united fleets into the Bosphorus which had been previously suggested by Prince Gortchakow. || I have informed Count Schouvaloff of this decision. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5844.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1876.

Nr. 5845.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Protest gegen eine Occupation.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 4 Octobre, 1876.

Nr. 5845.
Türkei.
4. Oct. 1876.

Il nous revient de plusieurs côtés que des pourparlers ont lieu entre les Puissances pour combiner une occupation militaire de certaines parties de l'Empire. Les Autrichiens occuperaient la Bosnie et l'Herzégovine, la Russie la Bulgarie, et les flottes de l'Angleterre et de la France réunies viendraient mouiller dans le Bosphore. Nous nous refusons de croire que l'Europe puisse se prêter à une telle mesure. Mais il nous paraît difficile de nier le fait des négociations. Ainsi, la Turquie, qui a usé d'une modération j'ose dire sans exemple dans l'histoire, à l'égard de son vassal révolté, et a fait taire son juste ressentiment et jusqu'aux suggestions de sa propre sécurité pour s'incliner devant les conseils de l'Europe, verrait, en retour de tant de désintéressement et d'esprit de conciliation, son territoire envahi par les armées des Puissances amies et alliées, et cela juste au moment où, sous les regards de l'Europe, elle se prépare à doter le pays d'institutions destinées à étendre à tout l'Empire les bienfaits que les Puissances avaient en vue pour quelques unes seulement de ses provinces, et c'est parce que la Turquie n'a pas accepté et n'acceptera jamais une pareille distinction qu'on veut lui infliger cette démonstration. Quel intérêt trouve-t-elle, l'Europe, à préparer cette catastrophe pour notre pays à cause de la non-acceptation d'un simple mot dont nous voulons réaliser la signification telle qu'elle nous a été suggérée? Avant de se lancer dans cette voie, au bout de laquelle elle ne peut voir que de terribles complications pour elle-même, ne serait-elle pas mieux d'attendre pour voir de quelle manière nous réaliserons nos promesses? Si le projet qu'on attribue aux Gouvernements venait à se réaliser la Turquie n'aurait à opposer aux forces des Puissances que l'évidence de son droit et les actes signés par elles. Si la Sublime Porte a pu oublier qu'elle a été victorieuse dans la provocation, elle n'oubliera pas qu'elle est encore un Etat indépendant, et qu'elle se doit à elle-même de préférer la mort honorable au démembrement et au partage des ses états. || Veuillez vous énoncer dans le sens de cette dépêche auprès du Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 5846.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — General Sumarokoff's Mission.

Foreign Office, October 4, 1876.

Sir, — The Austrian Chargé d'Affaires called upon me this afternoon, and communicated to me the substance of a telegram from his Government on the subject of General Soumarokoff's mission to Vienna. | Count Andrassy states, that the General was the bearer of an autograph letter from the Emperor of Russia to the Emperor Francis Joseph, of the contents of which there can, of course, be no communication or discussion. || General Soumarokoff was at the same time instructed to make a communication from the Russian Government, which had also been addressed to the other Cabinets, involving a proposal for the military occupation of Bulgaria and Bosnia, and the simultaneous presence of the fleets of the Great Powers in the Bosphorus, with a view to forcing the Porte to accept the conditions of peace, and to prevent any further massacres. || The Austrian Government, Count Andrassy states, cannot consider the first part of this proposal as calculated to attain the two objects above-mentioned. They have, therefore been unable to accept it. || On the other hand, they are of opinion that, if, in the course of negotiations, necessity should arise to have recourse to measures of coercion, the action of the united fleets at the capital would be the most suitable step to take. || I am, &c.

Nr. 5846.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5847.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Oesterreich lehnt den russischen Occupationsvorschlag ab.

Vienna, October 4, 1876.

My Lord, — I have been unable until to-day, to obtain any positive information at the Ministry for Foreign Affairs, as to the decision which has been taken by the Emperor's Government, respecting the proposal of Russia for the occupation of the northern European Provinces of Turkey. On calling however at the Ministry this morning, Baron Orczy stated to me, that Count Andrassy had authorised him to acquaint me with a communication, which the Austrian Chargé d'Affaires in London has been instructed to make to your Lordship on the subject. || He said, that respecting the letter which

Nr. 5847.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1876.

Nr. 5847.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1876.

had been addressed to the Emperor by the Emperor Alexander, and the answer which had been given to it, he had of course nothing to say, but that Count Soumarokoff had also been the bearer of a communication to the Austrian-Hungarian Government from the Government of Russia, by which it was proposed, in the event of the Porte giving an unsatisfactory answer to the proposals of the Great Powers, now under its consideration, measures should be taken to enforce its acquiescence in them; and suggesting, that the most effectual means of doing so, would be the occupation of Bulgaria by Russian and of Bosnia by Austro-Hungarian troops, while a combined fleet of the maritime Powers should enter the Bosphorus. || He said, that I must be aware, that Count Andrassy had always considered any occupation of Turkish territory would be inexpedient, and that such a measure would not be a satisfactory manner of pacifying the insurgent Provinces, or of introducing reforms into their administration; and his Excellency had therefore, he said, declined to adopt it, and had endeavoured to satisfy the Russian Government, that the object which they have in view will be more safely and certainly secured by the employment of naval means alone. || I answered, that I felt assured, from what is known to Her Majesty's Government of the opinions of Prince Gortchakow, that the limitation, desired by Count Andrassy, of coercive measures to the appearance of an allied fleet in the Bosphorus, would be assented to at Livadia; but I asked whether his Excellency had fully considered how his suggestion was to be carried out; did he expect thus to avoid war, and that the Government of the Sultan would permit a fleet, evidently intended for a hostile purpose, to pass the Dardanelles unresisted. As Baron Orczy answered, that he thought resistance improbable, since to oppose the passage of such a fleet would be to declare war against united Europe, I said, that the Sultan would have a more immediate danger to apprehend under the circumstances than even a war against Europe. The people of Constantinople believed, that the Dardanelles could not be forced, and the appearance, therefore, of an hostile fleet before Constantinople, which had been allowed to pass the Dardanelles without resistance, would evidently be followed by a justifiable outbreak of popular indignation against the Sultan and his Ministers, who would probably be sacrificed as traitors. || On the other hand, I said, it appeared to me that a naval demonstration from Besika-Bay would prove ineffectual, as if the Porte is deterred now by public opinion from accepting the proposals of the Powers, it would be equally so, on the appearance of the fleet before the Castles of the Dardanelles, which the population of Constantinople would believe it could not pass; and if this should be so, the Powers would then be obliged to carry out their menace, and a war would ensue, the commencement of which would probably be made memorable by the loss of several of the vessels of the allied fleet, and, if the Turkish Government still resisted on its arrival at Constantinople, by the Christians of the capital as well as the Turks having to suffer the disastrous consequences of a bombardment. || I said,

that I was entirely ignorant of the opinions of Her Majesty's Government on this subject, and as to the answer they were likely to give to the overtures made to them. But it appeared to me, that the considerations, which I had just suggested to him, should be duly weighed by Governments desirous of coercing the Porte without their measures actually culminating in war. I then said, that your Lordship had sent instructions yesterday to Sir Henry Elliot, to warn the Porte against persisting in its announced intention to refuse the proposals of Her Majesty's Government, as the alternative scheme of general reforms and a note is certain to be considered inadmissible, and that much more onerous terms of peace will undoubtedly be afterwards proposed, and pressed upon Turkey very probably by force. || I said I feared it was more to be desired than to be hoped, that this warning may have some influence on the Turkish Ministers, and the question will probably then arise as to whether the concessions it has made are entirely unacceptable. I should, therefore, like much to know Count Andrassy's views on this point, and whether he is of opinion, that some means may be found of effectually securing out of the institutions offered by the Sultan for the Provinces of the Empire generally, all that has been claimed for the three northern ones. Baron Orczy appeared not to know what decision his Excellency is likely to come to on the subject; but he would mention to me confidentially, that the Servian Government is greatly discouraged by the recent events of the war, and has again appealed to the Government of the Emperor to use its influence at Constantinople with a view to the restoration of peace. It is, therefore, most desirable, that the Porte should assent to such an armistice in Servia, as she has already done in Montenegro, and if it were granted he believed that the other points at issue would be more susceptible of an arrangement. || I told his Excellency, that I had found the Turkish Ambassador, whom I met in his ante-room, highly pleased at learning that Count Andrassy had refused to occupy Bosnia, and confident that Austria would not be a party to any hostile measures against the Porte; and I had, therefore, cautioned him not to make himself responsible for the expression of such an opinion at Constantinople. I asked Baron Orczy, however, whether Count Zichy is not in a position to urge on the Porte its assent to an armistice, in return for the service rendered to it by Austria, in declining to occupy Turkish territory. But his Excellency said, that, if Count Zichy were to take credit for the decision of his Government as a friendly act towards Turkey, it might lead the Turkish Ministers to place confidence in the opinion which Alecko-Pasha will possibly express to them, that Austria-Hungary will not be a party to enforcing on the Sultan the adoption of the proposals of the Powers. || I have, &c.

Andrew Buchanan.

Nr. 5848.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Ragusa an den königl. Min. d. Ausw. — Politischer Standpunkt des Fürsten von Montenegro.

Cettigné, October 4, 1876.

Nr. 5848.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1876.

My Lord, — Prince Nicholas returned on the night of the 2nd instant, and was pleased to grant me an audience at 4 o'clock in the afternoon of yesterday. In accordance with the suggestion which I made in my telegram of the 25th ultimo, I told His Highness that I was happy to believe, that my presence in Montenegro would be accepted by him as a proof that Her Majesty's Government was animated by friendly feelings towards the Principality; and I trusted, that I might be so fortunate as to be able to contribute, even in some very slight degree, to the re-establishment of peace. I stated, that Her Majesty's Government had proposed to the Porte the *status quo* as regards Montenegro as one of the bases of negotiation; that my mission was to urge upon His Highness the expediency of concluding the war now, when by the goodwill of the Powers he might obtain better terms than he could hope to conquer by force; and I begged him to put it in my power to lay before Her Majesty's Government his views and wishes, promising him that I would take every care to represent faithfully whatever he might be pleased to communicate to me. || The Prince expressed great gratification at my arrival. He was aware, he said, that England had commanding influence at Constantinople; and he would be as frank as possible in the enunciation of his views. He wished Her Majesty's Government to know them thoroughly, and would that evening, with the map between us, go over with me the territorial changes which he desired. Meantime he wished to dissipate the idea, which he believed was current in England, that he was nothing but a "Lieutenant of the Czar". He respected and esteemed the Emperor Alexander; he was grateful to His Imperial Majesty for a long series of kindnesses; but he owed him no allegiance, "and", said His Highness, "I am, and I mean to be, as much master in my house as the Czar is in his". He was desirous also, that England should be undeceived as to the character of the Montenegrins, and should understand, that they were not the race of "cruel, barbarous brigands", which he feared they had been represented to be. I should see for myself what they were — "bons enfants", patriotic and brave, but not naturally cruel; though they have, he admitted, certain faults, for which surrounding circumstances were more responsible than their own temperament. His Highness spoke with emotion of their bravery, self-abnegation, endurance and attachment and devotion to himself. "Give us the chance", he went on, "and we will show, that we can live on as good terms with the Turks as we do with the Austrians. I wish to be a good neighbour to the Sultan. It rests with him whether I shall be so; but an entire change of system in treating

us is necessary for that result." ¶ His Highness then touched upon the present position of affairs, and said that he had no intention of attacking the Turks if he were let alone. His people had done enough, and although only 560 Montenegrins had died on the field of battle, sufficient blood had been spilt, and he prayed that he might not be called upon to sacrifice more of his people. He was satisfied with his military position, and did not fear a disaster if the war continued; but it would be painful to him to have to consent to further loss of life. He spoke very bitterly of Servia, of the foreign influences at work there, and of the persistent continuance of hostilities in the Morava-Valley. ¶ After more than half-an-hour's conversation, the Prince terminated the interview by inviting me to dinner in the evening. His manner had been most cordial and most unaffectedly natural. I own, that it made a great impression upon me, and that I begin to understand the passionate devotion which his people have for him. I cannot refrain from laying stress upon this point, because I think it essential, that Her Majesty's Government should know the manner of man with whom they have to deal in Montenegro, and should be fully assured that the Prince is, as he says, "the master of his own house"; that a word from him will, in spite of foreign intrigue, induce his people to consent to peace, and that the utterance of that word depends upon his being able to rely upon fair and equitable treatment from the Porte in return for it. I have, &c.

Nr. 5848.
Gross-
britannien,
4. Oct. 1876.

Edmund Monson.

Nr. 5849.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Erneuter Vorschlag eines Waffenstillstandes, auf dessen Abschluss sofort eine Konferenz folgen soll.

Foreign Office, October 5, 1876.

Sir, — I have to request your Excellency, in the event of the terms of peace which have been proposed by the Powers being formally refused, to press upon the Porte as an alternative to grant an armistice for not less than a month, stating that you are instructed, in case of refusal, to leave Constantinople, as it will then be evident, that all further exertions on the part of Her Majesty's Government to save the Porte from ruin will have become useless. ¶ Before, however, resorting to this step your Excellency will again refer home for further instructions. ¶ Your Excellency is at liberty to inform the Porte, that on the conclusion of an armistice it is proposed, that a Conference shall immediately follow. ¶ I am, &c.

Nr. 5849.
Gross-
britannien,
5. Oct. 1876.

Derby.

Begleitende Instruktion.

Foreign Office, October 5, 1876.

Nr. 5849.
Gross-
britannien.
5. Oct. 1876.

Sir, — I have to instruct your Excellency when you communicate to the Porte my telegram of to-day to deliver to the Minister an English copy, together with a French translation, down to the word "useless". || It is desired, that your manner and language should be very earnest, for a consequence of the refusal of Turkey of these last overtures are incalculable. || Your Excellency may also communicate to the Porte the contents of this despatch. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5850.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw. — Italien will mit England zusammengehen.

Rome, October 5, 1876.

Nr. 5850.
Gross-
britannien.
5. Oct. 1876.

My Lord, — Signor Melegari informed me to-day, that the Russian Ambassador had communicated to him a proposal on the part of Russia, that an armistice of six weeks should now be demanded of the Porte with a view to give time to the Powers to concert as to the means of arranging the questions at present pending. He had also suggested, that in case the armistice were refused, diplomatic relations with Turkey should be broken off. || His Excellency said, that as yet he had made no reply to the proposal, as no Council had met since he had received it, but that in any case he should have returned a temporising answer in order to allow him time to become acquainted with the replies of the other Powers, and especially of England. He reverted to his frequently expressed desire, that England should continue to take the lead, and he declared the readiness of Italy to follow her "pour tout et par tout". || Under these circumstances he requested me to ascertain, if possible, the intentions of Her Majesty's Government, and I have accordingly addressed a telegram to your Lordship on the subject this afternoon. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 5851.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Graf Andrassy's Bedenken hinsichtlich der beabsichtigten Konferenz.

(Telegraphic.)

Vienna, October 6, 1876, 5:26 p.m.

I have acquainted Count Andrassy with the substance of your Lordship's telegram of yesterday to Lord A. Loftus, and with your having instructed Sir H. Elliot to inform Porte, that it is intended, that the armistice asked for shall be followed by a Conference. || His Excellency said he cannot assent to take part in a Conference until he knows how it is to be composed and the objects which it is proposed to obtain from it, and in the present state of things he can only anticipate its leading to abortive or dangerous results. Is Turkey, he asked, to be represented in the Conference, and if she is not, is it probable, that she will agree to carry out its decisions? || If therefore it is intended to propose an ultimatum to be submitted to Porte the Governments must be prepared to use force to impose it, and in the present temper of the Turkish Government and the excitement of the Russian nation, he fears whatever decision may be taken will inevitably lead to war. || On the general question he expressed strong opinions against the expediency of asking for concessions which the Porte cannot grant, instead of being satisfied with moderate measures which could be easily carried out. It is clear, he said, that every step in advance beyond what is absolutely necessary, on the part of one of the Powers will be followed by a further one on the part of another Power, as England's adding new administrative institutions for Bulgaria to her demands on the Porte was immediately followed by Russia proposing to occupy Bulgaria.

Nr. 5851.
Gross-
britannien.
6. Oct. 1876.

Nr. 5852.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Audienz beim Sultan. — Bulgarien.

(Telegraphic.)

Therapia, October 7, 1876, 9:45 p.m.

I have just returned from a private audience of the Sultan, at which I executed your Lordship's instructions of the 21st ultimo. I said, that what had especially created general indignation was the fact of the Porte, which might be admitted at first to have been ignorant of the crimes committed, having done nothing to punish the guilty or to reward those who have prevented further excesses. || His Majesty promised, that the measures of relief

Nr. 5852.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1876.

Nr. 5852.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1876.

called for by your Lordship for the suffering Bulgarians shall be fully carried out and the guilty punished. || He said, that a telegram had this morning been received from the Commissioners, stating that proceedings were now being taken against two of those chiefly implicated. His Majesty did not, however, name them. || I left him the names of those mentioned by your Lordship, with the exception of Hafiz-Pasha, about whose conduct subsequent information made me feel some doubt. || I added other names to the list, and also gave the names of those who had endeavoured to protect the people from the Bashi-Bazouks.

Nr. 5853.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Audienz beim Sultan. — Haltung Englands gegenüber der Pforte.

(Telegraphic.)

Therapia, October 7, 1876, 10 p.m.

Nr. 5853.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1876.

At my audience to-day Sultan spoke of the ancient sympathies between Great Britain and Turkey, founded as he believed on common interests. || He could hardly understand how proposals which might have been expected from Russia could have been made by Her Majesty's Government. || I said, that in the position of affairs it was necessary for your Lordship to bring forward the propositions to which you could secure the assent of the other Governments. || I told him, that if his Government rejected those conditions and at the same time refused to agree to an armistice, I had been instructed to leave Constantinople, as Her Majesty's Government could do no more to avert the ruin which such a decision would call down upon the Empire. || He said he could give no answer about the armistice, as his Ministers were then in Council deliberating upon it.

Nr. 5854.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Das Peinliche der Unterredung mit dem Sultan.

Therapia, October 7, 1876.

Nr. 5854.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1876.

My Lord, — I never had a more painful duty to perform than that which I was called upon to execute at my private audience of the Sultan. || At a first interview with a Sovereign who had just ascended his Throne under

circumstances of overwhelming difficulty, I had to make him understand, that the recent acts of the Government of his predecessors had been such as to call down the reprobation and horror of all Europe, and had cost this Empire the sympathy and prospect of support of the one country which had hitherto always been the friend of Turkey. || Nor was this all. When the Sultan spoke of the non-execution of reforms formerly promised, and of his own determination, that they should not only be carried out, but added to, it became necessary to make him see, that there was no longer a disposition to put faith in the engagements taken by the Porte. || The Sultan evidently felt keenly the distrust with which he is regarded, and which he considers he has done nothing to merit. || I understand, that he sometimes says to those about him: "Let the European Powers give me time to carry out the measures upon which I am determined, and if at the end of a fixed period I should be found not to have done so, I shall be ready to submit to their dictation". || I have, &c.

Nr. 5854.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5855.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Widerlegung der österreichischen Bedenken gegen die Konferenz.

Foreign Office, October 8, 1876.

Sir, — I gather from your Excellency's telegram of the 6th instant, that Count Andrassy has stated that he would not be disposed to assent to a Conference until he should be satisfied as to its composition and objects. || I am not surprised to learn, that he should have expressed this hesitation, which is not unnatural; but I should wish you to explain to him, that it had never been contemplated by Her Majesty's Government that a Conference should assemble until a basis should have been arranged which should define the subjects to be considered and secure their being confined within certain limits. || Her Majesty's Government expressed their opinion that, if the terms of peace should be refused by the Porte and an armistice accepted, a Conference should meet, because this appeared to them to be the best, if not the only, means of bringing about an agreement as to the course to be pursued, and because the meeting of the Powers in Conference would afford the best security that could be found against independent action on the part of any one Power without the consent of the others. || It is also obvious, that the meeting of a Conference — a course which would be in accordance with usage on previous occasions, when the concert of the Powers has been desired on Turkish affairs — would have the advantage of affording time for the excitement in Russia

Nr. 5855.
Gross-
britannien.
8. Oct. 1876.

Nr. 5855.
Gross-
britannien.
8. Oct. 1876.

to subside, which is now one of the principal obstacles to a pacific solution of existing difficulties. ¶ Your Excellency will lay these considerations before Count Andrassy, and will explain to him that all that is asked of him at present is that he should not object to the principle of a Conference. ¶ If he accepts that principle, Her Majesty's Government will gladly join with him in endeavouring to arrange a satisfactory basis upon which the deliberations shall be regulated. ¶ Concerted action on the part of the Powers is at the present moment of the most vital importance, as in the interests of peace it is essential, that the Porte should not be encouraged to persist in an obdurate refusal of the terms of pacification and of the armistice by its supposing, that the harmony of ideas which induced all the Powers to support the British proposals no longer exists. ¶ Her Majesty's Government earnestly hope, therefore, that Count Andrassy will not use any language at Constantinople which could be so construed as to encourage further resistance. ¶ I am, &c.

Derby.

Nr. 5856.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Nähere Darlegung der österreichischen Bedenken gegen die Konferenz.

Foreign Office, October 9, 1876.

Nr. 5856.
Gross-
britannien.
9. Oct. 1876.

Sir, — The Austrian Ambassador called upon me this afternoon by appointment upon his return to his post, and read to me a telegram which he had received from Count Andrassy, giving the reasons of the Austrian Government for objecting to the plan of a Conference to meet on the conclusion of an armistice between Turkey and her opponents. ¶ Count Andrassy asks what would be the object of the deliberations of the Conference. The Powers are already agreed upon the basis of peace. The question to be discussed, therefore, is that of the means to be employed in order to bring the Porte to accept these conditions. And upon this question another instantly arises. Is Turkey to be represented at the Conference? If she is so represented, she must appear on an equality with the rest, and upon that footing she is not likely to concede to the representations of a Conference, in which there are sure to be differences of opinion, that which she has refused to the united demand of Europe. If, on the contrary, she is excluded from the Conference, she will draw from this a legitimate argument for denying its competency, and we are once more in presence of the problem of employing measures of coercion. ¶ We must also consider, says Count Andrassy, the difficult position in which the Emperor Alexander will be placed in case the Porte refuses to submit to the decisions of a Conference. The Emperor Alexander is desirous

of peace; but we know also that he is being urged in a contrary direction. || The Austrian Government state, however, that they do not wish to thwart the action of England, and are only anxious to have a thorough understanding upon the whole question. They wish, therefore, to know — 1. Whether the Porte is to take part in the Conference? || 2. Where the Conference is to meet? 3. If the Conference is to be composed of the Foreign Ministers of the respective countries, or of Plenipotentiaries? 4. What is to be the programme of the Conference? || It will depend upon the information derived from the answers to these questions whether they can waive the objections they now entertain to the idea. Until then they are of opinion, that a Commission at Constantinople, such as had previously been suggested, would be a preferable plan, and would more profitably employ the time allowed by the armistice. | As Count Beust did not ask for an immediate reply to the above queries, I told his Excellency, that I must reserve my opinion on the first point, namely, whether or no the Porte should be represented in the Conference. It would be necessary to ascertain the views of other Powers, which were still unknown to me. || As to the second question I must equally reserve a final expression of opinion; but, personally, I was inclined to think, that Constantinople would be on various accounts the most convenient place of meeting. As to the third, I considered that the personal attendance of the various foreign Ministers at a Conference whose sittings might last some time, would be in many respects inadvisable. || As to the fourth, I agreed in the view which I understood to be that of Count Andrassy, that a Conference without a basis was not likely to lead to good results; and I thought that a programme, more or less definite, ought to be agreed upon before it met; but the terms of such programme would require care in framing, and I could only say, that it should be submitted to the Powers in due course. I am, &c.
Derby.

Nr. 5856.
Gross-
britannien.
9. Oct. 1876.

Nr. 5857.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte willigt in einen fünfmonatlichen Waffenstillstand.

(Telegraphic.)

Therapia, October 10, 1876, 9:30 p.m.

Grand Council has decided to agree to an armistice of five months. This decision will be officially communicated to us to-morrow, and the guaranteeing Powers will, I believe, be invited to make all the arrangements for carrying it out. I have informed Consul-General at Belgrade.

Nr. 5857.
Gross-
britannien.
10. Oct. 1876.

Nr. 5858.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Vorstellungen wegen der russischen Freiwilligen.

Foreign Office, October 11, 1876.

Nr. 5858.
Gross-
britannien.
11. Oct. 1876.

My Lord, — I informed your Excellency in my despatch of the 27th ultimo, that I had thought it right to call the attention of the Russian Ambassador to the inconvenience and danger attendant upon the extraordinary influx of Russian volunteers into Servia. The extent to which this influx has taken place is well known to your Excellency, and is indeed, a matter of notoriety; for there has been little or no attempt at concealment. || The inclosed copies of despatches from Her Majesty's Agent and Consul-General at Bucharest will show the embarrassment which has been caused to the Roumanian Government by the passage through their territory of a band of 300 Russian volunteers in such a manner as almost to amount to a military demonstration, and the steps which they have been compelled to take to avoid the recurrence of an incident which might give legitimate ground of remonstrance to the Porte. || Her Majesty's Government consider, that the Government of Prince Charles have some right to complain that their conscientious efforts to remain neutral in the present struggle, and not to give cause for the addition of fresh complications to those already existing, should be thwarted by the acts of private individuals, the subjects of a neighbouring and neutral State. If the transit of this body of volunteers through Roumanian territory approached so nearly to the appearance of a military expedition, its departure from the Russian frontier could scarcely bear a different signification. || The Government of Great Britain would be the last to suggest the repression of sympathy with a popular cause so long as it does not exceed the limits prescribed by international law. They have themselves done what lay in their power to assist the efforts made from England to relieve the sufferings of the wounded in the present contest. But the presence of Russian officers and soldiers in the Servian army has assumed proportions which fall little short of national assistance. It is stated, that upwards of 15,000 Russian subjects have now joined the Servian cause, and it has even been reported, that the officers who have resigned their commissions in the Russian army for this purpose have received promises of reinstatement in their former rank on their return to Russia. || If the Emperor of Russia is as sincerely desirous of a speedy and peaceful termination of the present disastrous struggle as Her Majesty's Government believe him to be, he can scarcely be insensible to the difficulties which are thus thrown in the way of a settlement. The assistance so openly given to Servia, with the presumed cognizance and permission of the Russian authorities, must tend to excite irritation in the minds of the

Turkish Ministers and to make them suspicious of all attempts at pacification as only concealing designs for the benefit of their opponents. It cannot fail at the same time to raise the hopes of the Servian Government and to render them less inclined to listen to reasonable terms. Beyond this there is the danger, which recent events have shown to be by no means imaginary, that the presence of so large a foreign element in the Servian army may lead to a spirit of insubordination, and constitute its commanders into military chiefs, independent and impatient of the control of Prince Milan's Government. || Her Majesty's Government would wish to press these considerations on the serious attention of the Emperor and his advisers, leaving it to them to decide how far the power which they must undoubtedly possess to check the movement in Russia, and above all in the Russian army, can be usefully and properly employed. || Your Excellency will take an opportunity of expressing yourself to the Russian Government in this sense. || I am, &c.

Nr. 5858.
Gross-
britannien.
11. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5859.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Aufforderung an Russland, die Annahme des Waffenstillstandes in Belgrad zu erwirken.

Foreign Office, October 11, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and asked me if I had received any confirmation of the report, that the Turkish Government had agreed to an armistice. || I told his Excellency, that Her Majesty's Ambassador at Constantinople had informed me by telegraph, that the Grand Council had agreed to an armistice of five months' duration, and that this decision would be officially communicated to-day to the Representatives of the Guaranteeing Powers. | Count Schouvaloff asked me what, in my opinion, was the next step to be taken. || I replied, that it seemed to me in the first place essential, before entering into the question of a conference or other matters, to ensure the acceptance of the armistice by the other parties in the contest. From the insurgents, I did not think, that much trouble was to be anticipated. The Prince of Montenegro, too, had lately shown a disposition for peace, and his acceptance of the armistice might reasonably be counted upon. It was only from the side of Servia, that I saw cause to apprehend difficulties. There were now in the Servian army, from all accounts, not less than from 10,000 to 12,000 foreigners, most of whom were Russians. It was not to be expected, that these foreign volunteers could be in favour of a speedy pacification or of any measures likely to lead to such a result. I

Nr. 5859.
Gross-
britannien.
11. Oct. 1876.

Nr. 5859. thought there was some occasion to fear the effect which the feeling of so
 Gross- large and powerful a body might have upon the decisions of the Servian Go-
 britannien. vernment, and I trusted that the Russian Government would use all their in-
 11. Oct. 1876. fluence at Belgrade to counteract any warlike disposition. If they could do
 so, I thought there could be little doubt of success. || Count Schouvaloff told me
 he would at once report what I had stated to Prince Gortchakow, and that
 he had no doubt his Government would act as I requested. He himself felt
 sanguine of the acceptance of the armistice by Servia, as the Servian Govern-
 ment, when refusing the offer to prolong the suspension of arms, had stated
 their willingness to conclude a regular armistice. || I said, that the time had
 now arrived to show whether they were sincere in that statement. I con-
 cluded by reminding his Excellency of a former conversation, in which he
 had said, that it lay with England to induce Turkey to agree to an armistice,
 and with Russia to bring Servia to accept it. I said Her Majesty's Govern-
 ment had now done their part and they looked to Russia to perform hers. ||
 I am, &c.

Derby.

Nr. 5860.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Rom an den königl. Min. d.
 Ausw. — Die italienische Regierung ist gegen einen langen Waffen-
 stillstand.

(Telegraphic.)

Rome, October 12, 1876, 4:45 p.m.

Nr. 5860. Minister for Foreign Affairs refuses to recommend Servia to accept the
 Gross- armistice of five months unless a better acquaintance with its terms alters
 britannien. his opinion of it, as he considers that it would be ruin to Servia and Monte-
 12. Oct. 1876. negro, and that its proposal by the Porte aggravates the situation.

Nr. 5861.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d.
 Ausw. — Aeusserungen des Duc Decazes über die beabsichtigte
 Konferenz.

Paris, October 12, 1876.

Nr. 5861. My Lord, — The Duc Decazes spoke to me at some length this morning,
 Gross- on the subject of the proposed Conference on the Eastern question. || The
 britannien. Austrian Government had, he observed, put forward four points for preliminary
 12. Oct. 1876.

consideration: first, whether the Porte is to take part in the Conference; second, where the Conference is to be held; third, whether or not it is to be composed of the foreign Ministers of the respective countries; fourth, what is to be the programme of it. ¶ The first point appeared to the Duke to present the greatest difficulty. ¶ It would, he said, be hardly compatible with the spirit, or even with the letter, of the Treaty of Paris, for the Powers to hold a Conference on the internal affairs of Turkey without the participation of the Porte. ¶ In reply to this objection to the exclusion of the Porte, Prince Gortchakow had, the Duke told me, referred him to a Protocol stated to have been signed in 1861, and to lay down the principle that the Powers were entitled to confer among themselves on Turkish matters. The Duke had searched in vain for this Protocol in the French Archives. The nearest approach to it which he had discovered appeared in the Preamble of a Protocol on the affairs of the Lebanon, signed in 1860. ¶ Prince Gortchakow had, however, declared that it was not to this Protocol of 1860 he referred, and that he would get the exact date and text of the Protocol of 1861 from St. Petersburg, and communicate it to the French Government. ¶ The Duke went on to say that perhaps the best way of turning the difficulty would be to divide the proceedings into two parts. Meetings might be held in the first instance by the representatives of the guaranteeing Powers. ¶ The Powers having thus come to an agreement among themselves as to the proposals to be made to the Porte, a regular Conference, in which a Turkish Plenipotentiary should take part, might be held, in order to give effect to those proposals. ¶ The Duke proceeded to enter into a theoretical discussion on the form in which the preliminary meetings should be held, and on the name which should be given to them. In regular course a Congress, he said, ended in a Treaty, and a Conference in a Protocol. With a view to sparing the self-love of the Turks, it might be desirable to avoid the use of either of these denominations. On the other hand, it seemed essential, that some document of binding force should be signed to establish the agreement to which the Powers might come among themselves. ¶ The new form of administration in the Lebanon had been settled by a European Commission. It had been hinted to the Duke from Constantinople, though not by the Turkish Ministers, that the Porte would not object to the appointment of a European Commission to watch over the execution of the new great reform which the Porte proposed to extend to the whole Empire. Perhaps such a Commission might now be formed to settle the conditions of peace and the administrative reforms to be pressed by the Powers on the Porte. ¶ On the other hand, the Duke had reason to think that negotiations with Russia would be very much facilitated if satisfaction were given to the desire of that Power that a formal Conference, even though only of a preliminary character, should be held without the participation of the Porte. ¶ As to the second point in the Austrian inquiries, the Duke conceived that, in most respects, Constantinople appeared to be the best place

Nr. 5861.
Gross-
britannien.
12. Oct. 1876.

Nr. 5861.
Gross-
britannien.
12. Oct. 1876.

for the Conference. There were, however, two objections. It might be regarded by the Turks as peculiarly offensive to exclude them from a Conference held at the seat of their own Government, or not to follow the usual rule and assign the Presidency of the Congress to the Plenipotentiary of the Power in whose capital it was held. || As regarded the third point, the Duc Decazes observed, that of course it was out of the question that the several Ministers for Foreign Affairs should go to Constantinople, and that there were Parliamentary and other considerations which would put it out of the power of some of them to leave their own respective countries at all for any length of time. He thought, therefore, that, if the Conference were held, it must be composed of diplomatic Plenipotentiaries in the usual way. || As to the last point, the settling beforehand the programme of the Conference, the Duc Decazes did not foresee any great difficulty. || The basis of it would, he presumed, be the proposals which had been drawn up by Her Majesty's Government, and which had been adopted by the five other Powers, and recommended to the Porte. || I told the Duc Decazes, that the Austrian inquiries had been submitted to your Lordship by the Comte de Beust. || I said, that you had reserved your opinion on the question whether or not the Porte should be represented at the Conference, and had said to M. de Beust that it would be necessary to ascertain the views of the other Powers. || Your Lordship had also, I said, reserved a final expression of opinion as to the seat of the Conference, but had observed that, personally, you were inclined to think that Constantinople would be the most convenient place. || As regarded the third point, your Lordship had stated that the personal attendance of the Minister for Foreign Affairs at a Conference of which the sitting might last some time would be unadvisable. || Finally, I told the Duc Decazes, that, with regard to the last point, your Lordship had said to M. de Beust that you considered that a Conference without a basis would not be likely to lead to good results, and that you thought that a programme ought to be agreed upon beforehand, but that the terms of such a programme would require to be framed with care. || In answer to an observation made by the Duc Decazes, I said that your Lordship had had a conversation the day before yesterday with the Comte de Schouvaloff, who had stated to you reasons against the admission of the Porte to the proposed Conference; and that your Lordship had reserved your opinion and had merely said, that the views expressed by his Excellency should have the fullest consideration of Her Majesty's Government. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 5862.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Grundzüge einer Verfassung für die Türkei.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 12 October, 1876.

Voici les institutions dont Sa Majesté le Sultan vient de doter l'Empire: Nr. 5862.
Türkei.
12. Oct. 1876.

|| Une Assemblée Générale, composée de membres élus par les habitants des vilayets et de la capitale, sera convoquée à Constantinople. Cette Assemblée, dont la session annuelle sera de trois mois, aura pour mandat de voter les impôts et les budgets de l'Empire. || Une autre Assemblée, dont les membres seront nommés par l'Etat, sera investie, dans les limites restreintes et bien définies, des attributions d'un Sénat. Une Commission instituée à la Sublime Porte sous la présidence de Son Altesse Midhat-Pacha, et composée de hauts fonctionnaires Musulmans et Chrétiens, élabore en ce moment la loi concernant les détails relatifs à la constitution de ces deux grands corps d'Etat. || Une autre loi, relative à la réorganisation de l'Administration des Provinces, assurera l'exécution de tout ce qui se trouve actuellement dans la loi des vilayets, en étendant dans une large mesure le droit d'élection, et comprendra, en même temps, les réformes pratiques qu'on a voulu voir introduites dans les provinces de la Bosnie et de l'Herzégovine. || Les Conseils Généraux des provinces auront le droit de veiller à l'exécution des lois et des règlements; et, pour ne pas laisser le pouvoir exécutif sans contrôle dans l'intervalle des différentes sessions, cette tâche sera dévolue aux Conseils d'Administration, qui tirent également leur origine de l'élection populaire; ils auront à expédier les affaires qui rentrent dans les attributions des Conseils Généraux, et à surveiller les agents de l'administration locale, de manière à ce qu'ils ne s'écartent pas des dispositions des lois et des règlements, et ne se laissent point entraîner à des actes arbitraires. || En outre, il été décidé d'améliorer le mode d'assiette et de perception des impôts partout dans l'Empire, d'imprimer aux cercles municipaux tout le développement qu'ils comportent, de leur affecter une partie des revenus publics, de réorganiser la police, en un mot de faire passer dans le domaine des faits et de la vérité tous les progrès que peut procurer une organisation provinciale aussi complète que possible. || Ces différentes institutions répondent pleinement aux vœux exprimés par les Puissances, et donnent partout satisfaction aux besoins généralement sentis d'une amélioration radicale et offrent aussi des garanties de bonne administration. ||
Détails par courrier.

Nr. 5863.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Einwilligung der Pforte in einen sechsmonatlichen Waffenstillstand.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 12 October, 1876.

Nr. 5863.
Türkei.
12. Oct. 1876.

La Sublime Porte vient de consentir à un armistice de six mois expirant fin Mars. Voici la note que j'ai adressée aujourd'hui à ce sujet aux Représentants des Puissances médiatrices à Constantinople: — || "La Sublime Porte a pris en sérieuse considération la proposition des Puissances médiatrices touchant la conclusion d'un armistice régulier ayant pour but d'amener la suspension des hostilités avec la Serbie et le Monténégro. Dans sa communication du 14. Septembre la Sublime Porte avait fait connaître aux Gouvernements amis les raisons qui ont, eu égard aux termes auxquels la question de la paix elle-même était ramenée, rendu superflue la conclusion d'un armistice en règle. Prenant acte aujourd'hui de la proposition des Puissances pour le rétablissement de la paix avec la Serbie et le Monténégro sur la base du *statu quo ante*, et tout en se déclarant toujours prêt à accepter la décision des Puissances au sujet des conditions proposées par lui dans sa susdite communication, le Gouvernement Impérial n'hésite pas à donner son consentement à la conclusion d'un armistice régulier. Il est toutefois aisé de reconnaître que, vu l'approche de la mauvaise saison, il y a lieu de prolonger la durée de l'armistice bien au-delà du minimum demandé par les Puissances. Aussi la Sublime Porte croit-elle qu'elle doit comprendre une durée de six mois, commençant le 1^{er} Octobre, finissant 31 Mars v.s. || Il dépend maintenant des dispositions bienveillantes des Puissances médiatrices de hâter la suspension des hostilités en désignant le plus tôt possible leurs Délégués pour régler l'armistice sur les lieux. || La Sublime Porte donnera immédiatement de son côté les instructions nécessaires aux commandants des troupes Impériales, et les délégués des Puissances auront à s'entendre avec eux ainsi qu'avec les chefs militaires des deux Principautés sur les détails pratiques, en tenant compte des exigences soulevées et de la nécessité de ne point laisser réoccuper par les Serbes les points qui sont actuellement en la possession des armées Ottomanes. Pleine de confiance dans les sentiments de haute équité des Puissances médiatrices, la Sublime Porte aime à croire en outre qu'elles voudront bien prendre des mesures efficaces et immédiates pour empêcher dans ce cas l'introduction d'armes et de munitions de guerre dans les Principautés et mettre définitivement un terme à l'affluence des volontaires qui viennent au dehors pour prendre une part active à la lutte. Il y a là un fait anormal qui alarme l'opinion publique en même temps qu'il cause au Gouvernement Impérial les plus graves difficultés. Sa continuation amènerait infailliblement des complications sérieuses et rendrait inutile les efforts pacifiques que l'on a

en vue de seconder. Le Gouvernement Impérial est en même temps persuadé que les Puissances médiatrices, en faisant comprendre aux deux Principautés la nécessité de respecter religieusement dans l'avenir les obligations imposées par l'armistice, sauront les détourner de toute tentative qui aurait pour effet d'encourager directement ou indirectement les mouvements insurrectionnels dans les provinces limitrophes, et de fournir des secours aux insurgés. En précisant ainsi sa pensée la Sublime Porte espère avoir donné aux Puissances médiatrices une preuve de plus de son désir d'entourer l'armistice qu'elle vient d'accepter de toutes les garanties qui sont indispensables pour la réalisation des intentions amicales qui en ont déterminée la concession. Elle conserve l'assurance que, s'inspirant toujours des mêmes sentiments de sollicitude pour tout ce qui tient à l'honneur, à la dignité et à l'indépendance de l'Empire, les Puissances sauront mettre de côté tout ce qui pourra soulever des obstacles à l'oeuvre si désirée de la pacification définitive." Nr. 5863.
Türkel.
12. Oct. 1876.

Nr. 5864.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Der russische Geschäftsträger hat sich gegen einen langen Waffenstillstand ausgesprochen.

(Telegraphic.)

Therapia, October 12, 1876, p.m.

Russian Chargé d'Affaires, although speaking as he said without instructions, has expressed himself against a long armistice. ¶ He was reminded, that a short time ago his Government had asked for one of three months, upon which he answered that circumstances had changed in the meantime, and he did not believe that his Government would be satisfied with present proposal. Nr. 5864.
Gross-
britannien.
12. Oct. 1876.

Nr. 5865.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Bedenken der Pforte gegen eine Konferenz.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 13 Octobre, 1876.

Dans un télégramme dont Sir Henry Elliot a donné communication à la Sublime Porte, Lord Derby pose au Gouvernement Impérial l'alternative d'accepter les conditions proposées ou de conclure un armistice en règle. L'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique nous a fait pressentir à cette occasion la probabilité de la réunion d'une Conférence, dans le cas où nous nous re- Nr. 5865.
Türkel.
13. Oct. 1876.

Nr. 5855.
Türkei.
13. Oct. 1876.

fuserions à une suspension d'armes. || Ainsi qu'il résulte de la note que j'ai remise hier soir aux Représentants des Six Puissances, la Sublime Porte se déclare prête à accepter un armistice de six mois du 1^{er} Octobre au 31 Mars, vieux style, et s'en remet aux Délégués des Puissances du soin d'en régler les conditions, conformément aux exigences stratégiques de la situation, et de manière à satisfaire à la nécessité d'empêcher dans l'avenir les envois d'armes, aussi bien que le passage des volontaires, et de faire respecter par les deux Principautés les obligations découlant de l'armistice. Je ne doute pas que, sur ces derniers points, les Puissances ne tombent d'accord aisément, et qu'elles ne se montrent animées d'une sollicitude égale pour tout ce qui tient à l'honneur et aux droits de la Sublime Porte. || J'appelle maintenant l'attention de votre Excellence sur la question de la Conférence. La réunion projetée, si elle avait lieu, causerait tout au moins le danger de certains entraînements dont nous sommes en droit de nous préoccuper. Quand même nous entrerions dans cet aréopage Européen avec un programme arrêté de réformes, il pourrait surgir, dans le cours de pourparlers, de faits et des incidents qui, en amenant les parties à dépasser les limites tracées d'un commun accord, obligeraient la Sublime Porte de rappeler son Plénipotentiaire, ce qui nous exposerait à mécontenter la majorité qui aurait adopté les idées et les propositions rejetées ou combattues par nous. D'ailleurs, d'après la tournure que les choses ont prise, la réunion d'une Conférence ne serait en réalité d'aucune utilité. || En effet, l'échange de vues que les Puissances se proposeraient de faire par rapport à la question de paix devra être parfaitement atteint sans qu'on eût recours à une pareille mesure. Les six mois d'armistice, en amenant nécessairement une détente dans la situation, en permettant aux esprits de se calmer dans l'intervalle, laisseraient amplement aux Puissances le temps de s'expliquer, de se renseigner mutuellement, sans que la réunion d'une Conférence vint fournir un nouvel aliment aux passions et aux ardeurs impatientes. Pendant ce temps, l'oeuvre de la réforme intérieure ferait son chemin. L'Europe aurait l'occasion de s'édifier sur le caractère sérieux et pratique des promesses du Gouvernement Impérial. Nous aurions, nos amis auraient avec nous, des faits à opposer à nos détracteurs. Ce sont là des avantages incontestables, des éléments d'une valeur évidente pour la pacification matérielle et morale de l'Orient. Indépendamment de toutes les fins de non-recevoir, de toutes les résistances que nous aurions à opposer à tout projet tendant à nous faire dévier de cette voie, il me semble que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique sera le premier à s'apercevoir qu'il ne serait guère dans l'intérêt général de prendre immédiatement à ce sujet une décision qui enlèverait du coup à la situation tout ce qu'elle présente de favorable à un arrangement satisfaisant pour toutes les parties engagées. || Je serais très-heureux de voir ces réflexions soumises à l'appréciation éclairée de Lord Derby avec toute la force de conviction et toute la connaissance des faits qui caractérisent votre Excellence. J'espère que sa Seigneurie sera d'accord avec nous pour empêcher

que la question qui commence à peine à s'éclaircir, grâce à tant de sacrifices et d'efforts, ne soit engagée dans une voie pleine de nouvelles difficultés, de nouveaux périls.

Nr. 5865.

Türkei.

13. Oct. 1876.

Nr. 5866.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Dringt auf Zustimmung Russlands zum türkischen Anerbieten.

Foreign Office, October 13, 1876.

My Lord, — I had a conversation to-day with the Russian Ambassador on the subject of the acceptance or rejection by his Government of the armistice proposed by the Porte. His Excellency did not conceal from me his apprehension as to the view, that might be taken at Livadia, and expressed himself anxious to do whatever was in his power to remove the objections which appeared to be entertained by his Government. || This conversation being entirely of a confidential and unofficial character, I do not repeat it; but I took the opportunity of impressing, in the strongest manner, on Count Schouvaloff the danger to European peace that would ensue if this armistice was rejected altogether, or if its acceptance were coupled with impossible conditions. I pointed out to his Excellency the change of opinion that had already manifested itself in England since the Russian project of an occupation of Bulgaria became known; and I warned him, that however strong might be the feeling of national indignation against Turkish cruelties, it would be superseded by a very different sentiment if it were once believed by the English nation that Constantinople was threatened. Rightly or wrongly, I said, the conclusion to which every one here would come would be, that the rejection by Russia of the Turkish proposal indicated a fixed purpose of going to war; and I entreated him to omit no effort to make his Government understand the light in which this resolution would be viewed by the English people. || I am, &c.

Nr. 5866.

Gross-
britannien.

13. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5867.

RUSSLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London.
— Russland erklärt sich officiell gegen einen langen Waffenstillstand.

(Télégraphique.)

Lividia, le $\frac{2}{14}$ Octobre, 1876.

Nr. 5867.
Russland.
14. Oct. 1876.

Ne croyons pas armistice de six mois nécessaire ou favorable à conclusion d'une paix durable que désirons. Ne saurions exercer pression sur Serbie et Monténégro pour les faire consentir à incertitude aussi prolongée de leur situation difficile; enfin trouvons que position financière et commerciale de toute l'Europe déjà intolérable, souffrirait encore de ce délai. Devons insister sur armistice d'un mois à six semaines, proposition primitive de l'Angleterre, sauf à le prolonger si la marche des négociations en démontre la nécessité.

Nr. 5868.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw. — Zustimmung Italiens unter Vorbehalt.

(Telegraphic.)

Rome, October 14, 1876, 5:15 p.m.

Nr. 5868.
Gross-
britannien.
14. Oct. 1876.

The following is the answer which Minister for Foreign Affairs makes to your Lordship's request: — || "He is willing to follow the example of England, France, Germany and Austria; but he desires to submit to the Powers his views concerning the complications which a six months' armistice would inevitably create, especially as regards the Principalities and the insurgent provinces. As proof that he is favourable in principle to an armistice, he has named the persons who should act for Italy in regulating its military details." || Italian Ambassador is instructed to communicate these views to your Lordship.

Nr. 5869.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Rom. — Die Bedenken Italiens.

Foreign Office, October 16, 1876.

Nr. 5869.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

Sir, — The Italian Ambassador called upon me this afternoon and read to me two despatches from his Government explaining their position and views with regard to the proposal made by the Porte for an armistice of five

months' duration. || The Italian Government state, that they have not yet taken a decision in regard to this proposal, because at first sight it seems to them that the answer of the Porte does not fully meet the requirements of the Powers. Six weeks or two months ought, in their opinion, to suffice for arriving at a settlement of all the leading points in dispute, and they think, that the Porte should be required to make an arrangement within that time which should admit of the signature of a definitive peace. Otherwise the Italian Government cannot help feeling, that there will be great danger of fresh difficulties arising during the course of so long an armistice, while peace still remains uncertain. || Italy, it is said, would willingly take any step, that is likely to lead to peace; but as Russia objects to the proposal under consideration, and Germany hesitates to give her consent, Signor Melegari thinks that the acceptance of it by other Powers would only lead to further complications. || Signor Melegari believes, that the best arrangement to avoid the present difficulty would be a compromise between the Russian proposal and that of Turkey. If the other Powers were to support Turkey without attempting such a compromise, they would, in fact, be driving Russia to revert to the plan she had already advocated of a military occupation of Turkish territory. || The Italian Government, by way of showing their desire for peace, had already designated Commissioners to assist in fixing the conditions of the armistice, and they had also telegraphed to the Italian Agent at Belgrade stating that, as other Powers appeared disposed to accept the counter-proposals of Turkey, notwithstanding the contrary opinion of Russia, he was to advise the Servian Government not to impede the benevolent intentions of Europe by an absolute refusal. || General Menabrea added, that he was instructed to deny in the most solemn manner, that Italy had any desire for war, or for fresh territorial acquisitions. What she desired was peace, and the opportunity of restoring her finances. || His Excellency asked whether I could hold out no hope of a compromise. || I said, that it was as yet too early to decide what course could be taken. We must wait to see on what grounds the Russian Government based their objections to the Turkish proposal. || But I could not conceal from him, that the aspect of affairs seemed to me extremely unsatisfactory. We had had great trouble in inducing the Porte to grant an armistice for a fixed term, as now proposed, and there was something very suspicious in the manner in which fresh difficulties were created at each turn of the negotiations. || I am, &c.

Nr. 5869.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5870.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Wünscht Deutschlands Einwirkung auf Russland.

(Extract.)

Foreign Office, October 16, 1876.

Nr. 5870.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

There seems to have existed, and still to exist, a certain confusion of ideas as to the threatened withdrawal of Sir Henry Elliot under certain contingencies, which it is desirable to remove: I think, therefore, that it may be well to explain, that no rupture of relations with the Porte was ever contemplated. It was thought to be advisable that, if the Porte should definitively refuse both the terms of peace and the armistice, the Ambassador should leave Constantinople for a time; but the Embassy would have remained under the direction of the First Secretary. The object of the withdrawal of the Ambassador would have been to show displeasure on the part of England; but there would have been no diplomatic rupture. I should wish your Excellency to take an opportunity of speaking in this sense to Herr von Bülow, in order to remove any misapprehension on the part of the German Government as to the intentions of Her Majesty's Government in taking this step. || It is the earnest wish of Her Majesty's Government to act, during the negotiations, in concert with the German Government, which could, in the present situation of affairs, if it would exert its influence to procure the acceptance by Russia of the armistice, do much in the interest of peace. The acceptance of the armistice would be the first step in the direction of a permanent pacification, and the next step would, in our opinion, be the assembly of a Conference. || I gather, that Prince Bismarck does not appear to entertain favourably the idea of a Conference.

Nr. 5871.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Duc Decazes empfiehlt Nachgiebigkeit gegen Russland in Betreff der Dauer des Waffenstillstandes.

(Extract.)

Paris October 16, 1876.

Nr. 5871.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

I have already to-day, at the request of the Duc Decazes, informed your Lordship by telegraph, that he is of opinion, that it would be good policy for the other Powers to make some concession to Russia on the question of the duration of the armistice. || The Duke came to see me this morning, evidently for the purpose of making this suggestion. || He said that, whatever view might

be taken of the intentions of Russia, there could, he thought, be no doubt, that it would be advantageous to yield to her on this point. || The Duc De-cazes went on to say, that up to this point he had held to his acceptance of the period proposed by the Porte. He had, in compliance with the request I had made to him, sent instructions to Belgrade and to Cettigné to urge the Servian and Montenegrin Governments to agree to the armistice of six months. In his communications with Russia, he had expressed his hope, that the objections of Prince Gortchakow had been founded on the first telegraphic reports from Constantinople, and that they would be removed when his Highness saw the text of the notes of the Porte respecting the armistice and the reforms. || The Duke observed to me that, in fact, all the Representatives at Constantinople, except Sir Henry Elliot, had led their Governments to suppose, that the Porte had clogged its assent to the armistice with conditions *sine quibus non*. For several days the Governments had been kept in suspense with regard to the particulars of these conditions. At last it appeared, that there were no such conditions at all, but that the Porte had merely expressed wishes which it left unreservedly to the appreciation of the Powers. It was not, however, surprising, that in the interval the Russian and other Governments had conceived doubts as to what the Porte might really mean. These doubts had, indeed, been removed by the actual terms of the note; but in the meantime the Russian Government had committed itself to objections to the duration of the armistice in such a manner as to render it very difficult for it now to recede from them. || It was also, the Duke said, to be remembered that the note concerning the armistice was immediately followed by one concerning the reforms. The two notes ought to be taken together, and so taken, they certainly seemed to show an earnest desire on the part of the Porte to satisfy the Powers. In fact, the reforms, as stated in the note, appeared to contain all that had been asked of the Porte, and to leave only one question open, that of the guarantees for the execution of them which the Powers required. || The Duke went on to say, that he had availed himself of these considerations in communicating with the Russian Government, and had maintained the opinion, that the Russian objections must rest upon a misunderstanding produced by the first imperfect accounts transmitted by telegraph. He found, however, that it would be impossible for him to maintain this position much longer. The Russian Government, with the full written information before it, seemed resolved to adhere to its objections; and he confessed, that he thought, that it would be expedient to yield to them. He begged me to let your Lordship know as soon as possible that this was his opinion.

Nr. 5871.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1878.

Nr. 5872.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Rom an den königl. Min. d. Ausw.
— Verhältniss zwischen Italien und Russland.

Rome, October 16, 1876.

Nr. 5872.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

My Lord, — The disinclination of Italy to recommend Servia and Montenegro to accept the six months' armistice proposed by the Porte has not naturally been ascribed to a desire on the part of Italy to do nothing which might give umbrage to Russia. || The Minister for Foreign Affairs has been at pains to assure me that the course which he has adopted has not been the result of any pressure brought to bear upon him by that Power, and he has spoken at length on the reports which have circulated ever since the journey of their Royal Highnesses the Prince and Princess of Piedmont to St.-Petersburgh, to the effect that Italy was drawing closer to Russia. || He gave the origin of this visit, which he stated to have been the result of an invitation made on the occasion of the funeral of the Emperor Ferdinand, and he repelled the idea that politics had aught to do with it, or that a change in foreign policy was the result of it. The reports spoken of by his Excellency have gained so much consistency that though very unwilling to express an opinion which must necessarily be of a speculative nature, and which is contrary to the general one, I think I ought to say that I believe there to be no truth in the idea that the present policy of Italy is founded on a specific understanding between her and Russia. || It is only natural to suppose, that Italian statesmen keep in view the possibility of a war between Russia and Austria, arising out of the Eastern question. They will also naturally have some doubt as to England taking part in it after the recent ebullition of feeling. || Under such circumstances Russia would be the Power from whom they might expect assistance in proportion to services rendered. || The situation is sufficiently clear to account for Italy acting apparently in the interests of Russia, without suspecting that she is acting under pressure from her, or in consequence of a secret understanding. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 5873.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die sogenannten bulgarischen Delegirten.

Therapia, October 16, 1876.

Nr. 5873.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

My Lord, — I have endeavoured, through a Bulgarian source, to learn some particulars of the persons now in London, and designating themselves as the delegates of the Bulgarian people. || According to the information given

to me, their claim to the character they assume seems very doubtful. ¶ The one of them who is a person of good family lived some time in Paris, where he was engaged in writing articles of great violence against the Turkish Government, which were sent to the newspapers in different parts of Europe; and upon his return he edited a paper with the support, it is asserted, of the Russian Embassy, which did much to encourage his country to the late insurrectionary movement. ¶ His personal character was not such as to inspire the respect which would have led to his being selected as a representative or delegate. ¶ The other is stated also to be a man of turbulent disposition, who, by joining the Roman Catholic Church while on a visit to Rome, forfeited the esteem of his countrymen, which he did not regain upon again recanting when he returned to this country. ¶ My informant, who is a good Bulgarian patriot, added that it is believed that these persons received 500 l. from the Russian Embassy for the expenses of their journey; but I give his statement about them for what it is worth. ¶ I have, &c.

Nr. 5873.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5874.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Graf Schuwaloff hat Vermittelung einer dritten Macht zwischen den Ansichten Englands und Russlands vorgeschlagen.

Foreign Office, October 17, 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador, in a conversation which he held with me this day, spoke with anxiety of the situation, which he described as unsatisfactory and even dangerous. The Emperor of Russia, he said, had decided some time ago that having regard to the feeling of his own people, and to the agitation that prevailed among them, he could not longer allow the continuance of war between Servia and Turkey. With the view of putting an end to it he had engaged in negotiations for an armistice; and the armistice proposed by the Porte being inadmissible, it was difficult to see what expedient remained. Either a new arrangement must be made in the nature of a compromise between the Russian and the Turkish proposals, or Russia would be thrown back on her original proposition of an occupation of Turkish territory. ¶ I said, that it was unnecessary to warn his Excellency as to the danger of a general disturbance of European peace which was involved in any such scheme of occupation, however limited it might be both as to area and as to time. ¶ Count Schouvaloff then added as a personal suggestion, that as it could

Nr. 5874.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1876.

Nr. 5874.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1876.

not be easy for either the Russian or the English Government, both of which had already expressed decided opinions on the matter in dispute, to offer a new suggestion to the Porte, it might be well if some other Government, hitherto unpledged, like that of Germany or of Austria, should undertake to come forward with a plan which both might accept as a compromise. I said, in reply, that I saw no objection in principle to the course which he suggested, though I must, of course, reserve my opinion till I knew whether any such interposition was likely to take place, and in what sense. I told Count Schouvaloff that I had already taken steps to ascertain, more accurately than I knew it at present, the opinion of the German Government. || I am, &c.
Derby.

Nr. 5875.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Wünscht Aufklärung über die Stellung Deutschlands zur Waffenstillstandsfrage.

Foreign Office, October 17, 1876.

Nr. 5875.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1876.

My Lord, — It is of great importance, at the present crisis, that Her Majesty's Government should have the clearest possible understanding of the attitude taken by each of the Powers with regard to the successive phases of the pending negotiations with the Porte. With respect to the attitude of Prince Bismarck as regards the acceptance of the Turkish proposal for an armistice of five months, there has been some confusion which your Excellency will probably be able to explain. || On the 11th instant you were informed by telegraph, that Sir Henry Elliot had reported on the 10th that this proposal had been made by the Porte. || On the 13th instant you telegraphed, that the acceptance of the armistice had been urged on Servia by the German Government. On the receipt of this information Her Majesty's Government informed the Powers, that Germany, as well as France and Austria, had accepted the armistice. They had no doubts that the acceptance was absolute; but it appears from your despatch of the 13th instant, that, though instructions had been sent to the German Consul-General at Belgrade to speak to the Servian Government in the same sense as His Majesty's Consul-General, Herr von Bülow had said that, considering the possible objections of Austria and Russia, the German Government would reserve their opinion until they should have received more detailed reports from Constantinople and knew the views of the Guaranteeing Powers. It would seem from these remarks of Herr von Bülow, that Her Majesty's Government were mistaken in supposing that the armistice had been accepted by Germany; but, as it is important that

there should be no misapprehension on the point, I should wish to know whether your telegram of the 13th was founded on a conversation in which no mention had been made of the reservation of the decision of Germany, or whether there were special reasons for delaying the information as to the hesitation of the Imperial Government when you telegraphed that the instructions to urge the acceptance of the armistice had been sent to the German Agent at Belgrade. || I am, &c.

Nr. 5875.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5876.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl.
Min. d. Ausw. — Aufregung in Russland.

St.-Petersburg, October 17, 1876.

My Lord, — During the last few days the Russian Press has become violent and unanimous in denouncing the armistice proposed by Turkey, and in regarding its acceptance by Russia as inadmissible. || The fanatical excitement in favour of the Christians is general among all classes, and especially in Moscow, and in Southern Russia, and the feeling throughout the country for war in their behalf, is very prevalent. || I am informed, that addresses are being got up to the Emperor, praying His Majesty to give military succour to the oppressed Christians, and to deliver them from the Turkish yoke. The position of the Emperor and his Government is becoming daily more embarrassing, and the internal movement is assuming proportions which renders it more threatening than the external danger, and, if not brought under control, may force the Emperor and the Government to energetic action. || Under these circumstances, and with a view to maintain the European concert, so essential to the preservation of the general peace of Europe, I venture to express my opinion that a compromise with regard to the question of the armistice might be brought about which in its results would be satisfactory to all parties. || I cannot but think, that a proposal for an armistice extending to the end of the year would meet with general support, and would fulfil the objects which the Powers have in view. || It would be of sufficient duration to give time for the Powers to deliberate on the means of a pacification, whilst it would suffice likewise to prove the sincerity and efficacy of the negotiations for peace. || It would give time for reflection and for the excitement now raging here and elsewhere to calm down, whilst, in my opinion, it would be the sole means of averting a Russian occupation of Turkish territory, which is otherwise imminent, the grave consequences of which cannot be foreseen. || I have, &c.

Nr. 5876.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1876.

Augustus Loftus.

Nr. 5877.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russland beharrt auf seinem Widerspruch.

Foreign Office, October 18, 1876.

Nr. 5877.
Gross-
britannien.
18. Oct. 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and read to me a telegram from Prince Gortchakow to the following effect:— || His Highness states, that no one has yet refuted the arguments adduced by Russia for the limitation of the armistice to six weeks. Moreover, while maintaining this principle the Russian Government admit that the armistice might be prolonged if the negotiations for peace rendered this necessary. || He remarks, that the Turkish Foreign Minister adheres inflexibly to the term of six months, and rejects the system of autonomy and the proposed Protocol; thus indirectly refusing the basis proposed by England, and affirming the sufficiency of the reforms promised by the Porte. || Prince Gortchakow asks whether this defiance of all Europe is to be accepted; Russia, his Highness says, certainly will not do so. No Power is more desirous of a general European agreement in the interests of humanity and civilisation. Russia has no interested views in this question; but there are limits which cannot be passed consistently with honour and dignity. The Russian Government leave their conduct to the judgment of history. || His Highness believes, that the obstinacy of the Porte would cease if it were not encouraged by the absence of union among the Powers; and in reply to an observation addressed to him by Count Schouvaloff as to the acceptance of the six months' armistice by the other Powers, Prince Gortchakow expresses his doubt whether this is the fact, stating that, among others, Germany has given no decided opinion. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5878.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Erklärungen Deutschlands.

Foreign Office, October 19, 1876.

Nr. 5878.
Gross-
britannien.
19. Oct. 1876.

My Lord, — At a late hour yesterday evening the German Ambassador informed me, that he had received a telegram from Berlin to the following effect:— || The German Government had, from the beginning of the Oriental crisis, always had in view as their principal object the maintenance of peace in Europe. They had, in the interest of peace, endeavoured to prevent di-

visions among the friendly Powers more directly interested in the East, and had always tried to avoid taking any decisive part in favour of any one of the Powers. As far as a general understanding could be obtained, they had joined the others and placed their influence at their disposal; but they had never gone further. They could not now deviate from this line of conduct, and could not take a leading part which the natural position of Germany in the East would not justify, and which might endanger the peace of Europe. Although they were of opinion, that an armistice of six months was, apparently, acceptable, and although they would have wished Russia to accept it, they did not think, considering the position which they had hitherto held, that they would be justified in exercising a pressure on the resolutions of other Powers. They considered, however, that an armistice of six weeks, the longest term within which an agreement was to be obtained, and which was only two weeks longer than the term originally proposed by England, might, perhaps, offer some chance of a solution. || Upon the Ambassador communicating to me this telegram, I at once called his attention to the last paragraph, in which it was stated that the period of six weeks was only two weeks longer than the period originally proposed by England. I pointed out to his Excellency, that if it was meant by this to state that Her Majesty's Government had proposed an armistice of one month, the statement was founded upon a misconception of the facts; the proposal made on the 1st of September, and that again made on the 5th of October, having been for an armistice of not less than a month, which was a very different suggestion from that of the limitation of the armistice to one month. || In order that this point may be clearly understood, I should wish your Excellency to explain it to the Imperial Government, and if you should think it necessary, you are authorized to read the passages in my despatches to Sir H. Elliot of the 1st of September and of the 5th of October, in which are contained the instructions given to him as to the duration of the armistice which he was to propose. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5879.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — England weist das Verlangen Russlands, einen weiteren Druck auf die Pforte zu üben, zurück.

Foreign Office, October 20, 1876.

My Lord, — At an interview which I had this day with the Russian Ambassador, I informed his Excellency of the decision of Her Majesty's Government. || I said to Count Schouvaloff that, having accepted the proposal of

Nr. 5879.
Gross-
britannien.
19. Oct. 1876.

Nr. 5879.
Gross-
britannien.
20. Oct. 1876.

Nr. 5879.
Gross-
britannien.
20. Oct. 1876.

the Turkish Government for a six months' armistice, we were not prepared to withdraw our acceptance, nor were we disposed to make any new proposition. || I added that, if the Porte is willing to consent to a shorter term, Her Majesty's Government would offer no objection. They cannot, however, press the Porte on the subject. || I am &c.

Derby.

Nr. 5880.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Weitere Aufklärung über die Haltung Deutschlands.

Berlin, October 20, 1876.

Nr. 5880.
Gross-
britannien.
20. Oct. 1876.

My Lord, — With reference to your Lordship's despatch of the 17th instant, just received, asking me whether I am able to explain the apparent confusion with respect to the attitude of Prince Bismarck as regards the acceptance of the Turkish proposal for an armistice of five months, I have the honour to state that the German Government were in favour of the armistice as proposed by Her Majesty's Government and agreed to by the Powers, and urged its acceptance on the Servian Government through their Agent and Consul-General, who was instructed to act in concert with his colleagues of Austria and England at Belgrade. || Prince Bismarck had no objection to the Turkish proposal to prolong the armistice from one to five months; but when the Russian objections were submitted to the German Emperor at Baden, His Majesty was loth to press the matter against the wishes of the Czar. || The distance between Baden, Varzin and Berlin was the cause of delay, and it was not until the Emperor's decision was brought by General von Schweinitz from Baden to Berlin on the 18th instant, that the German Ambassador at London was instructed to state to your Lordship, that "although the German Government were of opinion, that the armistice of five months appeared to them acceptable, and that they wished Russia had accepted it, they did not think themselves justified to exercise pressure on the resolutions of other Powers", &c. || On the morning of the 13th instant I met Herr von Bülow, and was told by His Excellency, that the German Government had urged the acceptance of the armistice on Servia, which left the impression on my mind that the acceptance of the armistice was absolute, and I telegraphed under that impression to your Lordship. || Later in the afternoon I called at the Foreign Office to communicate your Lordship's telegram of the 11th officially to his Excellency; and after repeating, that the Servian Government had been urged to accept the armistice, he added that the conditions were not yet known, but that the proposed period of its duration might be objected to at

Vienna and in Russia. The German Government had no wish to raise objections or to add to existing difficulties, and would, therefore, reserve their opinion until they had received more detailed reports from Constantinople, and until they were in possession of the views of the guaranteeing Powers. ¶ I did not understand this reservation to apply to the acceptance in principle of the armistice; but to the mode of meeting and dealing with the possible objections of other Powers; and I believe that the German Government would have continued to urge its acceptance, if the Emperor had not finally intimated at Baden, through General von Schweinitz, his wish not to adopt a course which would give pain to the Czar. ¶ I have, &c.

Nr. 5880.
Gross-
britannien.
20. Oct. 1876.

Odo Russell.

Nr. 5881.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Türkei stimmt auch einem kürzeren Waffenstillstande zu, wenn seine eventuelle Verlängerung bedungen wird.

(Telegraphic.)

Therapia, October 21, 1876, 10:45 p.m.

Some days ago, speaking for myself, as I said, and without instructions, I strongly recommended the Porte to express itself ready to accept the shorter armistice demanded by Russia, provided it was coupled with an engagement, that it should be extended for a similar term if the negotiations were not concluded before it expires. ¶ The advice has been acted upon. ¶ When General Ignatiew called upon the Grand-Vizier to-day, his Highness told him that he would agree to an armistice of six weeks on condition that if the negotiations were not ended by that time it should be renewed for a similar term, without a shot being fired on either side, and again for two months if the second period passed without result. ¶ General Ignatiew said, that he would take the proposal into consideration. ¶ It appears impossible for the Porte to do more.

Nr. 5881.
Gross-
britannien.
21. Oct. 1876.

Nr. 5882.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Absichten Russlands.

Therapia, October 24, 1876.

My Lord, — There may, perhaps, be grounds for believing, that Russia has no fixed plan for going to war with Turkey; but there can at least be no doubt of her determination not to lose the present opportunity of fatally weakening her. ¶ This object will be attained sufficiently for her purpose if special privileges, supported by a European guarantee or control, are secured

Nr. 5882.
Gross-
britannien.
24. Oct. 1876.

Nr. 5882.
Gross-
britannien.
24. Oct. 1878.

for the revolted Slav Provinces, while the Greeks who had remained quiet in spite of encouragements and warnings, that they would obtain nothing unless they moved, are left in an inferior position, and while at the same time the autonomy expected for the former, as it appears to be understood by the Russians, would render the Turkish Administration so powerless as before long to lead to a state of anarchy, making further foreign interference necessary. || While this, however, is likely to be the result of the acquiescence by the Porte in all the demands put forward by Russia, unless they can be toned down by the influence of other Powers, a direct refusal of them by the Porte would be followed by effects still more disastrous. || Russia appears to have come to the conclusion, that Turkey is finally abandoned by all other Powers, and that she may safely exact what conditions she pleases under a threat of a hostile occupation in the event of a refusal. || She knows full well, that Turkey, unaided, is utterly incapable of withstanding any attack from her, either on the European or Asiatic frontier, and in the event of deciding on an occupation of Bulgaria she would endeavour to tranquillize the other Powers by a profusion of professions of disinterestedness and of a determination to confine her operations to the districts where the Christians have lately suffered from the Turks, and where a foreign force is assumed to be necessary for their protection. || The Turks, although according to the best military authorities they could not effectually defend either the line of the Danube or that of the Balkans, would not abandon the country without an attempt to expel the invaders, who might find themselves almost obliged to push forward on Constantinople itself. || If the abstention of Austria can be counted upon there is reason to believe, that such an operation could be successfully carried out. || It would be accompanied by insurrectionary movements in many parts of the Empire, and the Russians once established here their voluntary withdrawal cannot be calculated upon, and it is not now too soon for other Powers to consider what measures may be necessary to guard against a contingency which may not be far off, and which must affect their vital interests. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5883.

GROSSBRITANNEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Antwort General Ignatieffs auf das türkische Anerbieten hinsichtlich des Waffenstillstandes.

(Telegraphic.)

Therapia, October 24, 1876, 11:30.

Nr. 5883.
Gross-
britannien.
24. Oct. 1876.

In answer to proposal of the Grand-Vizier about armistice, General Ignatiew says, that he would accept such an arrangement with the following wording respecting its prolongation: — || "If, within the term of six weeks,

the desired result is not obtained, the Powers will agree ('conviendraient') to renew it for six more weeks, 'quittes' to a renewal of it a third time for two months if the necessity for it is recognised." ¶ Porte wishes both parties to be bound to prolong the armistice, if negotiations are not completed, and fears that General Ignatiew's form would expose it to the chance of being told, at the expiration of the first term, that Servia refused to follow advice of the Powers to prolong it. ¶ It will be better for the Porte, that the armistice, as proposed by General Ignatiew, should be accepted, and I have expressed this as my personal opinion.

Nr. 5884.
Gross-
britannien.
24. Oct. 1876.

Nr. 5884.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russische Beschwerden über Sir H. Elliot und Antwort darauf.

(Extract.)

Foreign Office, October 26, 1876.

The Russian Ambassador informed me, confidentially, on the 24th instant, that a communication had reached him to the effect, that General Ignatiew had reported the following statements to have been made to him by Sir Henry Elliot: — ¶ 1. That England abandons the basis of peace lately suggested by herself. ¶ 2. That he (Sir H. Elliot) thinks the project of reform put forward by Midhat-Pasha preferable to the system of "local autonomy", which he looks upon as "inexecutable". ¶ 3. That Her Majesty's Government had never proposed a Conference at Constantinople. ¶ 4. That if the Conference is held at Constantinople, England declares it to be impossible to exclude the Turkish Representative. ¶ His Excellency asked me to inform him to what extent the above statements might be relied upon as having come from Sir H. Elliot, and as representing the views of the British Government. ¶ I told Count Schouvaloff, that I could answer him at once, and without difficulty, on the four points to which his question referred. ¶ The second allegation referred only to the supposed personal opinion of Sir H. Elliot, and need not, therefore, be dealt with at any length. Sir Henry Elliot had probably expressed a favourable opinion of several parts of the scheme of reform proposed by Midhat-Pasha, and I had no doubt, that he felt strongly — as I also did — the difficulties which stood in the way of carrying into effect any scheme of administrative autonomy. It was not alleged, that Sir H. Elliot had in any respect either exceeded or fallen short of his instructions, and Her Majesty's Government were fully satisfied as to his discretion and judgment. ¶ With regard to the third assertion, it was, as his Excellency must be aware, strictly accurate, that Her Majesty's Government had never proposed that a Conference

Nr. 5884.
Gross-
britannien.
26. Oct. 1876.

Nr. 5884.
Gross-
britannien.
28. Oct. 1876.

should be held at Constantinople. They had proposed a Conference, and, in conversation with him and others, I had more than once expressed my personal opinion, that Constantinople would be, on the whole, the most convenient place of meeting; but I had never said so officially or in the name of the Government, and, in fact, I had at all times been careful to reserve entire freedom of decision on that point; which was the more necessary as I was not fully acquainted with the views of the other Powers concerned. || As to the statement, that if the Conference is held at Constantinople, England declares it to be impossible to exclude the Turkish Representative, it seemed to me that there must be some misunderstanding, since Sir H. Elliot could certainly never have stated an intention to exist on the part of his Government which had not in any way been announced, or even hinted at. He might have stated, as I had done here, his own impression as to the difficulty, not to say impossibility, of excluding the Representative of Turkey from a Conference on Turkish affairs held in the Turkish capital; but the question had never been discussed among the Powers, or decided by them, and no official declaration had been made by me on the subject. || As to the first point, which, being the most important, I had reserved for the last, it was obvious, I said, that the English Government could not abandon ideas which they had put forward only a month ago, nor was it possible, that Sir H. Elliot should represent such abandonment as having taken place. That he had not done so was certain; but I could understand how, on this point, a misunderstanding might have arisen. || When it seemed too probable, that the bases of peace proposed by England and supported by Russia in common with the other Powers could not be accepted by the Porte, the Russian Government, as he could recollect, had suggested a joint occupation by Austria and Russia, and a naval demonstration by the combined fleets. This proposal was rejected by England, and Her Majesty's Government, in lieu of further pressing on the Porte the immediate acceptance of the bases to which objection had been taken, had proposed instead that an armistice should be asked for, to be followed by a Conference. No programme or basis for the deliberation of this Conference had as yet been laid down; but it was understood by Her Majesty's Government, and, as I presumed, by the other Powers also, that it would have for its principal object the discussion of internal reforms to be effected in the Turkish Empire. Russia and the other Powers had agreed so far as the demand for an armistice was concerned, the question of the expediency of a Conference remaining still under discussion. || It was true, therefore, that these proposals had ceased to be pressed on the Porte. One mode of proceeding having been found unsuccessful had been dropped, and another substituted, and I thought that our present mode of action had this advantage among others, that we should be less likely to differ about words such as "local autonomy", which, as we all know, admitted of various meanings. || The Conference, if it met, could deal with the things to be done, not with the

names by which they should be called. I reminded his Excellency, that we had been of one mind on this last point in a former conversation, and that he had agreed with me in the expediency of thus getting over the difficulty of inducing the Porte to accept a formula which appeared to be peculiarly objectionable at Constantinople. It might, therefore, he said with truth, that the discussion of the bases of peace lately proposed had been suspended, and that they had been abandoned to this extent, that it was no longer meant to press them in the same form as before for the Porte's acceptance; but the policy which they indicated was neither abandoned nor modified. The only difference was that it would now be laid before the Porte in a form less liable to create prejudice and misunderstanding. || Count Schouvaloff thanked me for these explanations, which he promised to place at once before his Government.

Nr. 5884.
Gross-
britannien.
26. Oct. 1876.

Nr. 5885.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Answ. — Bericht über eine Unterredung mit Fürst Gortschakoff.

(Extract.)

Yalta, October 29, 1876.

In conformity with the instructions of your Lordship's telegram of the 22nd instant, I left St.-Petersburgh on the evening of the 23rd instant, and arrived here on Friday the 27th, accompanied by Mr. Egerton, Second Secretary to Her Majesty's Embassy. || I had an interview with Prince Gortschakow to-day at Orianda, a palace belonging to the Grand Duke Constantine, at a short distance from Livadia. His Highness received me very cordially, and, after some friendly remarks, the conversation turned to the present aspect of the Eastern question. || Prince Gortschakow stated, that the state of affairs was very grave. He hoped, that the question of the armistice was arranged, the Porte, on the advice of Sir Henry Elliot, having yielded to the considerations which the Imperial Government had advanced in favour of the shorter term. || I here explained to his Highness, that Her Majesty's Government had asked for an armistice of not less than one month, that the Imperial Government having on a previous occasion expressed a wish for a longer period, they naturally supposed that the proposal of the Porte would not meet with any objections on their part, and that consequently Her Majesty's Government had expressed their approval of the terms offered by the Porte. || On the other hand, Her Majesty's Government, I said, had no objection to the term of six weeks or two months, if proposed by the Porte; but they were not able to take the initiative of a fresh proposal after having expressed their

Nr. 5885.
Gross-
britannien.
29. Oct. 1876.

Nr. 5885.
Gross-
britannien.
29. Oct. 1876.

approval of the original term of five months offered by the Porte. || His Highness here stated, that General Ignatiew had been instructed to be yielding and conciliatory on the question of the armistice. || It is evident to me, that Prince Gortchakow does not wish to make the question of the armistice the ground for a rupture with the Porte, and that he looks to the question of the "autonomy of the three Provinces" as being the important deciding point of peace or war. || Prince Gortchakow expressed his anxious wish, that on the arrangement of the armistice no time should be lost in organizing a Conference. || His Highness then stated, that Russia must "insist" on obtaining such reforms in regard to the status of the Christians in the three provinces, as would prove to be "real" ("réelles") and not mere "phrases," and that a "control" or "guarantee" must be given by the Porte for their due execution. || Prince Gortchakow informed me, that General Ignatiew had had a private audience of the Sultan, subsequent to presenting his letters of credence. General Ignatiew spoke in favourable terms of the Sultan, who had expressed his readiness to meet the wishes of the Emperor Alexander as far as he was enabled to do so, and His Majesty had further stated to General Ignatiew his anxiety to be delivered from the serious embarrassments which threatened his Empire on all sides; but, from what the Prince said, it would appear that the Sultan and his Government are under the continual fear of popular excitement and religious fanaticism, which paralyzes their action, and that the dangers from within exceed, in their opinion, the dangers from without. || Prince Gortchakow considered the present state of things at Constantinople as extremely dangerous, and even as menacing to the Christian population, and he hinted that the Sultan might be obliged to have recourse to foreign support against the fanaticism of his own subjects. || I inquired from His Highness what course Austria was likely to take in regard to the question of "autonomy" for the three provinces. He merely observed, that the two Governments were in frank communication in regard to their mutual interests, adding: "laissez nous nous entendre avec l'Autriche sur cette question."

Nr. 5886.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russland verzichtet auf den Ausschluss der Türkei von der Konferenz.

Foreign Office, October 30, 1876.

Nr. 5886.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador has communicated to me the substance of a telegram which he has received from Livadia, and which is to the following effect. || In order to avoid the difficulties arising about a Confe-

rence, the Emperor agrees to an arrangement, which, without excluding the Turkish Representative, would admit of the Representatives of the six other Powers coming to a preliminary understanding among themselves. ¶ The telegram goes on to say that, if the Plenipotentiaries of the six Powers could meet preliminarily and discuss and come to a conclusion on the bases of peace, the Conference could be opened afterwards in the presence and with the participation of the Turkish Plenipotentiary. ¶ I am, &c.

Nr. 5886.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

Derby.

Nr. 5887.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Resumé der bisherigen Verhandlungen.

Foreign Office, October 30, 1876.

My Lord, — The time has arrived when it may be useful that I should place on consecutive record the various efforts which Her Majesty's Government have made for the preservation of peace in Eastern Europe, so that the position taken up by them during the recent negotiations may be accurately defined. ¶ Her Majesty's Government, having reason to believe that the good offices of the Powers would be acceptable to Servia and Montenegro, informed Mr. White, Her Majesty's Agent and Consul-General at Belgrade, on the 14th of August, that though they would not propose mediation unless it were asked for, he might suggest to Prince Milan that an application from him to the Powers for their good offices would be favourably received by England. ¶ On the 24th of August a telegraphic despatch was received from Mr. White reporting, that Prince Milan, in the presence of his Foreign Minister, had asked the Representatives of the Six Powers to transmit to their Governments his application for re-establishing peace between the Porte and Servia, and for a prompt cessation of hostilities with that view. His Highness added, that it would be desirable to include Montenegro in the pacification. ¶ Her Majesty's Government expressed their satisfaction at receiving this announcement, and lost no time in communicating it to the other Powers. They also instructed Sir H. Elliot to point out to the Porte the extreme importance of not losing this opportunity of restoring peace; since, if hostilities continued, the interference of some of the Powers seemed probable, and the consequences might be fatal to the Turkish Empire. ¶ Some delay arose before the Prince of Montenegro's formal adhesion to the Servian request for good offices was received, and the assent of the Powers could be procured. This having been done, in order to obviate any question as to the mode of proceeding (the Austrian Government having objected to a collective note), Her Majesty's Government took the initiative on the 1st of September, by instruc-

Nr. 5887.
Gross-
britannien
30. Oct. 1876.

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

ting Sir H. Elliot to propose at once to the Turkish Government an armistice of not less than a month's duration, with a view to the immediate discussion of terms of peace, — the armistice to include all combatants. || The other foreign Representatives at Constantinople supported Her Majesty's Ambassador in making these proposals. The Porte, however, objected to an armistice notwithstanding the strong representations which Sir H. Elliot was directed to address to them. || On the 14th of September, the Turkish Memorandum in answer to the proposals of mediation was received. It stated the conditions of peace expected by the Porte from Serbia, as follows: — || "1. La personne investie de la dignité de Prince de Serbie devra venir dans la capitale pour rendre hommage à Sa Majesté. || 2. Les quatre forteresses dont la garde seulement avait été confiée par le Firman de 1283 au Prince de Serbie, et dont la possession *ab antiquo* était demeurée au Gouvernement Impérial, seront réoccupées par l'armée impériale comme par le passé; et sur ce point on se conformera strictement aux dispositions du Protocole du 8 Septembre, 1862. || 3. Les milices seront abolies. Le nombre des forces nécessaires pour maintenir l'ordre dans l'intérieur de la Principauté ne dépassera pas 10,000 hommes avec deux batteries d'artillerie. || 4. Ainsi qu'il est stipulé dans le Firman de 1249, la Serbie sera tenue de renvoyer dans leurs foyers les habitants des provinces limitrophes qui y émigreraient, et, excepté les forteresses qui existent en Serbie *ab antiquo*, toutes fortifications postérieurement établies devront être complètement démolies. || 5. Si la Serbie ne se trouve pas à même d'acquitter l'indemnité dont le montant sera déterminé, le tribut actuel de la Principauté sera augmenté de l'intérêt de la somme représentative de l'indemnité. || 6. Le Gouvernement Ottoman aura le droit de faire construire et exploiter par ses agents ou par une Compagnie Ottomane, à son choix, la ligne qui devra relier Belgrade au chemin de fer aboutissant à Nisch." || The Memorandum added, however, that the Imperial Government submitted these conditions entirely to the judgment and equitable consideration of the Mediating Powers. With regard to Montenegro, the Porte held to the *status quo*. As soon as the Powers had expressed their judgment on the conditions, the Porte would give orders to suspend hostilities within twenty-four hours, and resume friendly relations with the two Principalities. || A message was at the same time delivered to the Dragomans of the Embassies to the effect that, without waiting for the opinions of the Powers, the order for the cessation of hostilities would be sent that night or the next morning. The demand of the Powers being thus practically complied with, it was hoped that they would induce the two Princes to give corresponding orders. || Her Majesty's Government expressed satisfaction on the receipt of this intelligence, and instructions were sent to Mr. White to press the Servian Government, if necessary, to give similar orders. It was stated, however, that in so doing, Her Majesty's Government must not be understood as acquiescing in the terms of peace proposed by the Porte, some of which they considered to be quite inadmissible. || On the 17th of September Sir

A. Buchanan reported, that the Porte had notified in writing a suspension of hostilities until the 25th. ¶ On the 18th Sir H. Elliot was instructed to inform the Porte, that Her Majesty's Government accepted the suspension of hostilities as equivalent to an armistice, in the confidence that it would be further extended in case of necessity, and that they had reason to believe from the language held by the Russian Ambassador that his Government would take the same view. In the meanwhile Her Majesty's Government, finding that the Porte objected to an armistice, but were prepared to negotiate terms of peace, had been in communication with the other Powers respecting the provisions which might properly form the basis of pacification, and which I had, in the first instance, communicated to the Russian Ambassador. They were — | The *status quo*, speaking roughly, both as regards Servia and Montenegro. ¶ Administrative reforms in the nature of local autonomy for Bosnia and Herzegovina. ¶ Guarantees of a similar kind against maladministration in Bulgaria. The exact details of these might be discussed later. ¶ And it was added, that any modification of the Treaty of Paris unfavourable to Servia, the resumption of the right of Turkey to garrison Servian fortresses, or the deposition of Prince Milan, would be regarded as inadmissible. ¶ The Austrian Government having objected, in the first instance, to the idea of autonomy as applied to the insurgent provinces, it was explained that by the phrase "local or administrative autonomy," as applied to Bosnia and Herzegovina, nothing more was intended by Her Majesty's Government than a system of local institutions which should give the population some control over their own local affairs, and guarantees against the exercise of arbitrary authority. There was no question of the creation of a tributary State. ¶ Upon receiving this explanation the Austrian Government declared themselves prepared to give, in principle, their complete consent to the proposals, expressing at the same time their desire that it should be formally recorded that the reforms already required from and accepted by the Porte in the Andrassy note should form the basis of the "local autonomy." ¶ The other Powers, while they were unanimous in rejecting the proposals of the Porte, also declared themselves willing to join in recommending the basis proposed by Her Majesty's Government. ¶ Sir H. Elliot was therefore instructed on the 21st of September to state formally to the Porte that the following were the provisions which seemed to Her Majesty's Government proper to form the basis of pacification:

1. The *status quo*, speaking roughly, both as regards Servia and Montenegro. ¶ 2. That the Porte should simultaneously undertake, in a Protocol to be signed at Constantinople with the Representatives of the mediating Powers, to grant to Bosnia and Herzegovina a system of local or administrative autonomy, by which is to be understood a system of local institutions which shall give the population some control over their own local affairs, and guarantees against the exercise of arbitrary authority. There is to be no question of the creation of a tributary State. ¶ Guarantees of a similar kind

No. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

to be also provided against maladministration in Bulgaria. The exact details of these might be discussed later. || His Excellency was instructed to add, that the reforms already agreed to by the Porte in the note addressed to the Representatives of the Powers on the 13th of February last would be expected to be included in the administrative arrangements for Bosnia and the Herzegovina, and, so far as they might be applicable, for Bulgaria. || He was further to state that as the continuance of hostilities, while the conditions of peace were in consideration between the Powers and the Porte, would be obviously inexpedient, an early arrangement should be made for the conclusion of a formal armistice. || After conferring with his colleagues, Sir H. Elliot fulfilled the instructions given to him, and communicated on the 25th September the conditions of peace proposed by Her Majesty's Government, which were supported a few days later by the Representatives of the other Powers, including Russia. || On the 24th of September Sir H. Elliot reported, that the Porte had not yet consented to a formal armistice, but was willing to prolong the suspension of hostilities until the 2nd of October. || Prince Milan, however, rejected the proposal, professing himself ready to conclude a regular armistice, but not an arrangement like the one hitherto in operation, which he considered ill defined. || Her Majesty's Government, in reply, expressed their surprise that Servia, after having asked for the mediation of the Powers, should have thought fit, without further consultation, to refuse the prolonged suspension of hostilities offered by Turkey; and this at a time when endeavours were making to obtain for her more favourable terms of peace than the issue of the campaign gave her a right to expect. They thought it proper to add, that any attempt on the part of the Servian commanders to renew active operations would throw on Servia the responsibility of the consequences, and forfeit the support of England. Hostilities were, nevertheless, resumed, and in explaining the action of Russia in the matter, Count Schouvaloff told me that though his Government had advised the Servian Government not to renew hostilities, yet that they could not press the matter, as they had from the first required the conclusion of a regular armistice. It had, in the meantime, become evident that the Turkish Government entertained strong objections, both to the signature of a Protocol promising reforms in the insurgent provinces, by which they said the prestige and authority of the Porte in all parts of the Empire would be impaired, and to the expression of "local autonomy" as applied to those reforms. || On the 26th September Count Schouvaloff communicated to me proposals from the Russian Government that, in the event of the terms of peace being refused by the Porte, Bosnia should be occupied by an Austrian and Bulgaria by a Russian force, and the united fleets of the Powers should enter the Bosphorus. The Russian Government stated themselves, however, to be willing to abandon the proposal of occupation if the naval demonstration was considered sufficient by Her Majesty's Government. || General Sumarokoff arrived in Vienna at the same time with a

similar proposal. ¶ On the 3rd of October a suggestion was made in conversation with Count Schouvaloff that, in case of an unfavourable reply from the Porte to the proposals then before it, the Powers should fall back upon their original demand for an armistice. ¶ Count Schouvaloff said, that he would telegraph this suggestion at once to Livadia, and on the following day his Excellency called and read to me a telegram from Prince Gortchakow which he had received, although he was not certain that it was an answer to his message. Prince Gortchakow's telegram was to the following effect: — ¶ A regular suspension of hostilities of sufficient length not having been established, and the negotiations for peace having encountered unexpected difficulties at Constantinople, the contest had been renewed in the valley of the Morava. ¶ The Imperial Government could not be indifferent to the bloodshed thus caused, and the Emperor proposed to the Guaranteeing Powers that it should be arrested by immediately imposing an armistice or truce of six weeks on both parties, so as to give the mediating Governments time to consider the means of definitively arranging the pending questions. ¶ I had no difficulty in submitting this proposal to my colleagues, and informed Count Schouvaloff that Her Majesty's Government had decided to give their support to the proposal of an armistice of not less than a month as the next step to be taken in the event of the rejection by Turkey of the proposed terms for a basis of peace. They had, I said, on the other hand, been unable to concur in the measures of occupation and the entry of the united fleets into the Bosphorus which had been previously suggested by Prince Gortchakow. ¶ Sir Henry Elliot was accordingly instructed, on the 5th, in the event of the terms of peace which had been proposed by the Powers being refused, to press upon the Porte as an alternative to grant an armistice of not less than a month, and to state that, on the conclusion of an armistice, it was proposed that a Conference should immediately follow. He was further to intimate that, in case of the refusal of an armistice, he was instructed to leave Constantinople, as it would then be evident that all further exertions on the part of Her Majesty's Government to save the Porte from ruin would have become useless.

Her Majesty's Government, at the same time, informed the Governments of the other Powers of this proposal of an armistice, and the opinion of Her Majesty's Government that the armistice should be followed by a Conference. ¶ The plan of renewing the demand for an armistice received unanimous support, but the suggestion of a Conference gave rise to some objections and inquiries. The Austrian Government, in a despatch, the substance of which was communicated to me by Count Beust on the 9th of October, while stating their desire not to thwart the action of England, requested information on the following points: — 1. Whether the Porte is to take part in the Conference. 2. Where the Conference is to meet. ¶ 3. If the Conference is to be composed of the Foreign Ministers of the respective countries, or of Plenipotentiaries. ¶ 4. What is to be the programme of the Conference. ¶ They

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1875.

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

stated, that it would depend upon the information derived from the answers to these questions whether they could waive the objections they entertained to the idea. Until then they were of opinion, that a Commission at Constantinople, such as had previously been suggested, would be a preferable plan, and would more profitably employ the time allowed by the armistice. || As Count Beust did not ask for an immediate reply to the above queries, I told his Excellency that I must reserve my opinion on the first point, namely, whether or no the Porte should be represented in the Conference. It would be necessary to ascertain the views of other Powers, which were still unknown to me. || As to the second question I must equally reserve a final expression of opinion; but, personally, I was inclined to think, that Constantinople would be on various accounts the most convenient place of meeting. || As to the third, I considered that the personal attendance of the various foreign Ministers at a Conference, whose sittings might last some time, would be in many respects unadvisable. || As to the fourth, I agreed in the view, which I understood to be that of Count Andrassy, that a Conference without a basis was not likely to lead to good results; and I thought that a programme, more or less definite, ought to be agreed upon before it met; but the terms of such programme would require care in framing, and I could only say that it should be submitted to the Powers in due course. || On the other hand it appeared, that the Russian Government were likely to stipulate for the exclusion of the Turkish Representative from at least the first portion of the deliberation, of the Conference—a step which seemed to make it undesirable that Constantinople should be the place of meeting. || In a despatch addressed to your Excellency on the 11th of October, I reverted to the subject of the influx of Russian volunteers into Servia, which had already formed the subject of conversation between Count Schouvaloff and myself. I pointed out the embarrassment caused to the Roumanian Government by the passage of these volunteers through their territory, and stated that Her Majesty's Government considered that the Government of Prince Charles had some right to complain that their conscientious efforts to remain neutral were thus thwarted. I went on to say that the Government of Great Britain would be the last to suggest the repression of sympathy with a popular cause as long as it did not exceed the limits prescribed by international law, but that the presence of Russian officers and soldiers in the Servian army had assumed proportions little short of national assistance. || If the Emperor of Russia was as sincerely desirous of a speedy and peaceful termination of the war as Her Majesty's Government believed him to be, he could scarcely be insensible to the difficulties thus thrown in the way of a settlement. || The assistance so openly given to Servia must tend to excite irritation and suspicion in the minds of the Turkish Ministers, and at the same time to raise the hopes of the Servian Government and render them less inclined to listen to reasonable terms. Beyond this there was the danger, that the presence of so large a

foreign element in the Servian army might lead to a spirit of insubordination and constitute its commanders into military chiefs, independent and impatient of the control of Prince Milan's Government. ¶ These considerations Her Majesty's Government wished to press on the serious attention of the Emperor and his advisers, and you were instructed to take an opportunity of expressing yourself to the Russian Government in this sense. ¶ On the 12th of October the Turkish Government communicated to the Representatives of the Mediating Powers at Constantinople a note, in which they stated that, taking act of the proposal of the Powers for the re-establishment of peace with Servia and Montenegro on the basis of the *status quo ante*, and while declaring themselves ready to submit to the decision of the Powers on the conditions they had themselves proposed, they were ready to consent to the conclusion of a regular armistice. They considered, however, that it should extend to six months from the 1st of October to the 31th of March. They requested, at the same time, that the Powers should name delegates to arrange the terms of the armistice on the spot, and stated that they were ready at once to give the necessary instructions to their troops, and that then the delegates would have to come to an understanding with the commanders of the contending armies on the details of the armistice, and with respect to the necessity of not permitting the Servians to re-occupy the positions now in the possession of the Imperial troops. The Porte further hoped, that the Powers would take measures to put a stop to the introduction of arms and munitions of war into the Principalities, as well as to the influx of volunteers, and felt confident that the Powers, while impressing on the Principalities the necessity of scrupulously observing the obligations imposed by the armistice, would be able to prevent all attempts on their part to encourage directly or indirectly the insurrectionary movements in the neighbouring provinces, or to furnish aid to the insurgents. ¶ On the same day a general scheme of reform was promulgated for the whole Ottoman Empire, the substance of which was communicated to me on the 13th by the Turkish Ambassador. These reforms consisted in the establishment of a Senate and of a Representative Assembly to vote the budget and taxes, a revision of the system of taxation, the reorganization of the provincial administration, the full execution of the law of the vilayets, with a large extension of the right of election, and other measures of reform, including the practical measures which had been desired to be introduced into Bosnia and the Herzegovina. ¶ Immediately on learning by telegraph from Sir H. Elliot the intention of the Porte to grant a six months' armistice, I pressed upon Count Schouvaloff and Count Beust the importance of their Governments inducing Servia to accept the armistice. I also urged this through Her Majesty's Embassies at Paris, Berlin, St.-Petersburgh and Rome, and sent instructions in the same sense to Belgrade and Montenegro. ¶ The Russian Ambassador expressed his doubts whether the armistice would be accepted at Livadia. I thought it right to warn his Excellency that, how-

Nr. 5867.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876.

ever strong might be the feeling of national indignation against Turkish cruelties, it would be superseded by a very different sentiment if it were once believed by the English nation that Constantinople was threatened. I said that, rightly or wrongly, the conclusion to which every one here would come would be that the rejection by Russia of the Turkish proposal indicated a fixed purpose of going to war; and I entreated him to omit no effort to make his Government understand the light in which this resolution would be viewed by the English people. || On the 12th I learned from Lord Lyons, that the French Government would send immediately instructions to the French Agent at Belgrade to urge the Servians to accept the armistice, and on the 13th the Austrian Ambassador informed me that his Government accepted the proposal of six months' armistice, would do all in their power to procure its acceptance by other States, and would use their best efforts in that sense both at Belgrade and with the Prince of Montenegro. They still declared, however, that they could not determine their course as to a Conference without knowing the programme. They considered the exclusion of a Turkish Representative contrary to the Treaty of Paris, and they hoped that the questions of armistice and Conference might be kept separate, and the armistice agreed to without being complicated by considerations as to future negotiations. || On the 12th the Russian Chargé d'Affaires at Constantinople had expressed himself against a long armistice, and when reminded by Sir H. Elliot that his Government had asked a short time previously for one of three months, replied that circumstances had changed, and he did not believe that his Government would be satisfied with the present proposal, and on the 16th Count Schouvaloff communicated to me the telegram from Prince Gortchakow, dated Livadia, October 14th, of which the following is a translation:— || "We do not think an armistice of six months necessary or favourable to the conclusion of a durable peace, which we desire. We cannot exercise pressure on Servia or Montenegro to make them consent to the uncertainty of their difficult situation being so prolonged. Lastly, we consider that the financial and commercial position of all Europe, already intolerable, would suffer still more from this delay. We must insist ('devons insister') on an armistice of a month or six weeks, the original proposal of England, subject to its being prolonged if the progress of the negotiations shows it to be necessary." || I told Count Schouvaloff, that I had received this communication with regret, and pointed out to him that the proposal of Her Majesty's Government was for an armistice of "not less than a month;" no objection being taken on our part to a longer term. || The Italian Government likewise demurred to the proposal for a long armistice. || Under these circumstances Her Majesty's Government thought it right to make an appeal to that of Germany, which had hitherto remained uncommitted to either view. I accordingly requested the German Ambassador to lay the matter before the Cabinet of Berlin, and to inquire whether they saw an opportunity of exerting their influence to

procure the acceptance of some compromise which might avert the danger, now to all appearance imminent, of an open rupture between Turkey and Russia. On the 19th instant his Excellency communicated to me Prince Bismarck's reply, which was to the effect that although an armistice of six months appeared to the German Government acceptable, and they would have wished Russia to accept it, they did not think that taking into account the position they had held till then, they would be justified in exercising a pressure on the resolutions of other Powers. Prince Bismarck suggested, however, that perhaps an armistice of six weeks might offer some chance of a solution.

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
30. Oct 1870.

In this state of things, as it was evident that any efforts to bring about the acceptance of the Turkish proposal of a six months' armistice by Servia and Montenegro were checked by the attitude of Russia, Her Majesty's Government felt that further efforts on their part were useless. I therefore informed the Russian Ambassador, that having accepted the Turkish proposal for a six months' armistice Her Majesty's Government were not prepared to withdraw their acceptance or to make any new proposition. I stated, however, that Her Majesty's Government would offer no objection to a shorter term if the Porte were willing to consent to it, but that they would not press the Porte to do so. | I have since learned from Sir Henry Elliot, that the Porte has informed the Russian Government that they agree to an armistice of six weeks, on condition that, if the negotiations are not ended by that time, it should be renewed for a similar term, and again for two months if the second period passed without result. || In the foregoing summary of the negotiations, I have indicated the successive steps which Her Majesty's Government have taken to secure an agreement among the Powers. Upon the application of Servia for their good offices they first obtained the support of all the Powers to a proposal to the Porte of an armistice of not less than a month, and on the Porte advancing terms of peace as a counter-proposal, Her Majesty's Government submitted to Russia in the first instance, and then to the other Powers, provisions which might in their opinion form the basis of pacification, and which likewise secured the concurrence of the Powers. When subsequently difficulty occurred in obtaining the acceptance of these provisions by the Porte, Her Majesty's Government, again in concert with Russia, recommended that the proposal of an armistice should be reverted to and pressed it upon the Porte in the strongest manner of which diplomatic action will admit, at the same time suggesting a Conference — a suggestion which, from what had previously passed, Her Majesty's Government had reason to suppose would also prove acceptable to the Russian Government. If obstacles have been interposed which have frustrated the intentions of Her Majesty's Government, they have not been occasioned by any failure on their part to meet objections in a conciliatory spirit. The object which has been sought throughout has been to arrive at a speedy and durable pacification. || Her Majesty's Government have felt that the continuance of the present war, which was commenced

Nr. 5887.
Gross-
britannien.
20. Oct. 1876.

in defiance of the public remonstrances of Russia and the Powers, is all the more lamentable from being unnecessary, since there are no avowed ends to be attained by it which could not be better and more surely arrived at by peaceable discussion. It has long been evident that, so far as the improvement of the condition of the disturbed districts of Turkey and of the non-Mussulman population generally throughout the Empire is concerned, the unaided action of Servia and Montenegro could have no practical effect, and that, from the time when the question passed into the hands of the Mediating Powers, further bloodshed served only to add to the distress and misery of the population. || Her Majesty's Government have done all that has been in their power to procure the cessation of hostilities and the re-establishment of peace for which Servia and Montenegro appealed to their good offices. They believed, that this would be accomplished by a prolonged armistice, and supported that proposal accordingly, feeling convinced that such an armistice meant peace; nor could they regard the period as unreasonable, inasmuch as the discussions which took place in 1861 with regard to the constitution of the Lebanon occupied from the 22nd of January to the 9th of June. They regret, that other counsels have prevailed, and that the uncertainty of the situation has thus been continued, with the commercial and agricultural distress which must ensue from it in Servia and Montenegro and the adjacent districts. They are unable to see how the constantly impending possibility of war can be otherwise than ruinous to all the countries concerned, and would hail with satisfaction any proposal which might bring such a state of things to an end. || They cannot, however, consider that it lies with them to advance any fresh propositions, and, while most anxious to co-operate with the other Powers in any measures of pacification in which the Powers may concur, must refrain from pledging themselves to anything which may impede their liberty of action hereafter should the rights and interests of this country be affected. || Your Excellency will read this despatch to Prince Gortchakow, and give his Excellency a copy of it, stating at the same time that Her Majesty's Government feel assured that he will find in it a convincing proof of the earnest desire which they have shown to act in concert with the Russian Government, and to maintain in all respects the good relations subsisting between Great Britain and Russia. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5888.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Nahes Einverständniss zwischen General Ignatieff und der Pforte über die Dauer des Waffenstillstandes.

(Telegraphic.)

Therapia, October 30, 1876, 10:20 p.m.

An agreement is very nearly come to between the Porte and General Ignatieff about an armistice of two months, to be prolonged for six weeks if the progress of the negotiations should make it necessary, with further prolongation of six weeks, upon understanding to be come to between Porte and the Powers. Some slight modifications appear, however, necessary in the terms of the arrangement, which I hope may be effected to-morrow.

Nr. 5888.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1876

Nr. 5889.

RUSSLAND. — Note des Journal de St-Petersbourg. — Ultimatum an die Pforte.

St-Petersbourg, le $\frac{18}{30}$ Octobre, 1876.

Sa Majesté l'Empereur a daigné ordonner aujourd'hui $\frac{30}{18}$ Octobre que l'Aide-de-camp Général Ignatieff déclare à la Sublime Porte que si dans un délai de deux jours elle n'accepte pas un armistice de six semaines ou de deux mois, et si elle ne donne pas des ordres immédiats pour arrêter les opérations militaires, l'Ambassadeur quittera Constantinople avec tout le personnel de l'Ambassade et les relations diplomatiques seront rompues.

Nr. 5889.
Russland.
30. Oct. 1876.

Nr. 5890.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Verhandlungen General Ignatieff's mit der Pforte.

(Extract.)

Therapia, October 31, 1876.

When I called yesterday on Safvet-Pasha he gave me the inclosed paper as containing the form in which the Porte had decided to agree to the armistice. I remarked that, as it differed considerably from that communicated by General Ignatieff, I thought it likely that the Ambassador would take

Nr. 5890.
Gross-
britannien.
31. Oct. 1876.

Nr. 5890.
Gross-
britannien.
31. Oct. 1876.

exception to some parts of it, and especially to the concluding paragraph about the insurgent bands in Bosnia and Herzegovina, which had not been in the first draft, and which I regretted to see now introduced. || Safvet-Pasha having answered, that the whole document was strictly in conformity with an understanding come to between General Ignatiew and the Grand-Vizier after a very long conversation, I said that, if this was the case, I had no objections to offer, and, after leaving the Porte, I went up to Buyukdere in company with the Italian Minister to call upon the General, when, notwithstanding the assurances of Safvet-Pasha, it was not without surprise, that I found him, on the whole, well satisfied with the document, the only parts of it to which he appeared seriously to object being the proposal, that a Turkish delegate should be named along with those of the Powers for the arrangement of the armistice, and the term of eight days allowed to the insurgent bands to quit the country. || His Excellency would have preferred the omission of all mention of the insurgents; but he showed no inclination to insist upon it, provided a month instead of a week were allowed for their departure. || I pointed out, that the statement that the armistice was to be concluded under the guarantee of the mediating Powers would require to be altered, as I was not in a position to give, on behalf of Her Majesty's Government, a pledge for its execution, by which they might be called upon to take measures against either of the parties which failed to observe it. || General Ignatiew said, that he entirely agreed with me in considering that it ought to have been stated that the armistice would be concluded under the mediation and not under the guarantee of the Powers, and although, for his part, he would have accepted the words as they stood, it might be better to have them altered. We agreed, that we should both write to Safvet-Pasha, calling his attention to the expression, and also to urge that a longer period than a week should be given to the insurgents to quit the country, some provision of this sort being, in the opinion of the Porte, indispensable on the assumption, whether correct or not I am unable to say, that the bands are composed entirely of foreigners. || I inclose a copy of the letter which I, in consequence, addressed the same evening to Safvet-Pasha. || There was, therefore, good reason for believing confidently, that a perfect agreement would be come to, in the course of the following day, between the Porte and the Russian Ambassador, and it was arranged, that the different Representatives should meet in the afternoon, when it was hoped, that General Ignatiew would be able to announce to us this wished-for result. || When we met, however, we found, that the position had totally changed, and that General Ignatiew had received peremptory instructions to insist upon an unconditional armistice of six weeks or two months, without any arrangement for its renewal; to object altogether to what was proposed about the insurgent bands, and to inform the Porte that, unless these conditions were accepted, and all hostilities immediately suspended, he was to break off the relations of the two countries, and to leave Constanti-

nople, with all the members of the Embassy, within forty-eight hours. ¶ General Ignatiew said, that two days ago he had received this ultimatum desiring him to leave if hostilities were not at once stopped, and had taken upon himself to delay presenting it; but the proposal of the Porte with regard to the insurgent bands had been considered by his Government so unreasonable, that they had ordered him at once to carry out his instructions. ¶ Nevertheless, he had not yet done so, and had confined himself to writing a private letter to Safvet-Pasha, informing him what his Government expected, but if a fully satisfactory answer was not received that evening he must send it in.

Nr. 5890.
Gross-
britannien.
31. Oct. 1876.

P.S. *November 1.* — The ultimatum was sent in last night, before, I believe, the answer of the Porte was received.

Beilage

Form of Armistice proposed by Porte.

Pour mettre un terme aux maux de la guerre un armistice de deux mois est conclu sous la garantie des Puissances Médiatrices à partir de . . . ; par conséquent les hostilités cesseront dès ce moment sur tout le théâtre de la guerre; des délégués seront nommés de la part des Puissances Garantes ainsi que de celle du Gouvernement Ottoman et envoyés immédiatement sur les lieux des hostilités en Serbie et au Monténégro pour procéder aux opérations de démarcation. Si, contre toute attente, une paix durable n'était pas conclue jusqu'à l'expiration de ce délai, et si le cours des négociations l'exigeait, un nouveau délai de six semaines sera établi. Après quoi l'armistice pourrait être encore prolongé de six autres semaines selon ce qui serait convenu entre la Sublime Porte et toutes les Puissances Garantes. Les bandes qui se trouvent en dehors des lignes de démarcation, tant en Bosnie qu'en Herzégovine, et dans d'autres localités, et qui troublent constamment le repos et la tranquillité de ces provinces, seront sommés par le Gouvernement Impérial de quitter le pays dans l'espace d'une semaine; dans le cas où ils ne se conformeraient pas à cette sommation, ils seront poursuivis par les troupes Ottomanes.

Nr. 5891.

RUSSLAND. — Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Min. d. Ausw. — Wortlaut des Ultimatum.

Buyukderé, le ¹⁹/₃₁ Octobre, 1876.

Nr. 5891.
Russland.
31. Oct. 1876.

Le Soussigné, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, est chargé de faire à son Excellence Safvet-Pacha, Ministre des Affaires Etrangères de la Sublime Porte, la communication suivante: — || Les événements qui se passent depuis un an dans quelques provinces de l'Empire Ottoman et qui ont abouti à la guerre entre la Turquie et les Principautés de Serbie et de Monténégro ne pouvaient laisser indifférent le Cabinet Impérial. Ils avaient trouvé un vif écho dans la nation Russe, unie par des liens multiples et des traditions séculaires aux populations Chrétiennes de la Péninsule Balcanique. Sa Majesté l'Empereur a partagé les sympathies de son peuple et s'est employé d'accord avec les autres Grands Cabinets au rétablissement de l'ordre et de la paix. Les Puissances Garantes étant tombées d'accord pour poser comme bases de pacification le maintien du *status quo ante* dans les Principautés de Serbie et du Monténégro, les opérations militaires qui y sont poursuivies actuellement par les troupes Ottomanes constituent une effusion de sang inutile. || Le carnage ayant pris ces derniers jours des proportions qui blessent le sentiment d'humanité sans pouvoir amener aucun résultat, l'Empereur mon auguste Maître ne saurait le tolérer plus longtemps, en présence des lenteurs qu'éprouvent les négociations pour la conclusion d'un armistice restreint. || Le Soussigné est donc chargé de déclarer à la Sublime Porte, au nom de Sa Majesté, que si, dans l'espace de deux fois vingt quatre heures après la remise de la présente note, un armistice effectif et inconditionnel de six semaines à deux mois, embrassant tous les combattants, n'est pas conclu et des ordres péremptoires ne sont point transmis aux Commandants des troupes Ottomanes pour arrêter immédiatement toutes les opérations militaires, il devra quitter Constantinople avec tout le personnel de l'Ambassade Impériale. || Le Soussigné prie son Excellence Safvet-Pacha d'agréer l'expression personnelle de sa haute considération.

Ignatiéw.

Nr. 5892.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den russischen Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf das Ultimatum.

Le 1 Novembre, 1876.

Nr. 5892.
Türkei.
1. Nov. 1876.

Le Soussigné, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, a eu l'honneur de recevoir la note que Son Excellence M. l'Am-

bassadeur de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies a bien voulu lui adresser en date du 31 Octobre. ¶ Le Soussigné se fait un devoir empressé de déclarer avant tout que la Sublime Porte attache toujours le plus grand prix au maintien et à la consolidation des relations amicales qui existent si heureusement entre les deux Empires voisins, et qu'elle ne saurait avoir rien de plus à coeur que d'éviter tout ce qui serait de nature à y porter atteinte. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan déplore plus que personne les calamités de la guerre et l'effusion de sang. Il a cru donner une preuve de ses dispositions sincèrement pacifiques en proposant d'assigner en Serbie et au Monténégro un délai d'une longue durée à l'armistice désiré. Toutefois pour donner une nouvelle preuve de ses sentiments de conciliation et de sa déférence aux vœux exprimés par le Cabinet Impérial de St.-Petersbourg, comme par les autres Grandes Puissances, la Sublime Porte consent à la conclusion d'un armistice pur et simple de deux mois à partir d'aujourd'hui même. Elle vient en conséquence de transmettre des ordres aux Commandants des troupes Impériales pour arrêter immédiatement les opérations militaires sur tout le théâtre de la guerre. Pour ce qui est des détails relatifs à cet armistice le Soussigné se réserve de les régler plus tard d'accord avec votre Excellence et avec MM. les Représentants des autres Grandes Puissances Médiatrices. ¶ En ayant l'honneur de porter ce qui précède à la connaissance de Son Excellence M. l'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Soussigné saisit, &c.

Nr. 5892.
Türkei,
1. Nov. 1876.

Safvet.

Nr. 5893.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Zur Geschichte des Ultimatums.

(Extract.)

Therapia, November 2, 1876.

In the course of conversation this morning with General Ignatiew I remarked, that I understood that he had returned from Livadia with instructions to present his ultimatum. He answered, that he had brought it with him with a discretionary authority to withhold it if he thought desirable. [This is a rather different version from that which he had previously given to my colleagues and myself when he told us on Tuesday that he had received the ultimatum two days before, and that he had taken on himself the responsibility of withholding it, but had now received imperative orders to execute his instructions. ¶ It is impossible to doubt, that he had kept his Government fully informed of the progress of his negotiations with the Porte, or that they were perfectly aware that his own proposals had been accepted with very trifling modifications upon which an understanding could easily be arrived at.

Nr. 5893.
Gross-
britannien,
2. Nov. 1876.

Nr. 5893.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

It is evident enough, that the sudden sending in of the ultimatum was decided upon in the hope that by an immediate cessation of hostilities and the acceptance of an armistice the fall of Alexinatz would be averted. || The capture of the Servian positions at Junis made it certain, that the occupation of Alexinatz and Deligrad would soon follow, and the only hope of saving the Servians and the Russian auxiliary troops from this mortification lay in the chance of stopping the Turks before they had time to reap the fruits of their success.

Nr. 5894.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Einstellung der Feindseligkeiten.

(Telegraphic.)

Therapia, November 2, 1876, 2:15 p.m.

Nr. 5894.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

Porte's acceptance of Russian ultimatum was received last night by General Ignatiew, who telegraphed it at once to Prince Gortchakow. || The terms of the note are unexceptionable, and General Ignatiew appears quite satisfied. || He has telegraphed to the Princes of Servia and Montenegro to cease hostilities at once.

Nr. 5895.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russland wünscht sofortigen Beginn der Vorverhandlungen für die Konferenz.

Foreign Office, November 2, 1876.

Nr. 5895.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon and read to me a telegram from Prince Gortchakow, by which he is desired, now that the question of the armistice is disposed of, to ask Her Majesty's Government, with the view of saving time, to send immediate instructions ("accélérer les instructions") to Sir Henry Elliot to begin preliminary discussions between the Representatives of the six Guaranteeing Powers on the bases of peace proposed by England. It will depend, says Prince Gortchakow, on the decision of the Powers whether the preliminary discussions will be followed by a Conference or by some other form of concert which may be agreed upon by the Powers. || Count Schouvaloff spoke of the importance which his Govern-

ment attaches to the question of time, and of Prince Gortchakow's desire that the question should be at once gone into. || I promised to consider what he had said and give him an early answer. || I am, &c.

Nr. 5896.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5896.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl.
Min. d. Ausw. — Audienz beim Kaiser in Livadia.

(Extract.)

Yalta, November 2, 1876.

I had an audience of the Emperor of Russia to-day at Livadia, when His Majesty was pleased to receive me with his customary kindness and cordiality. After some gracious inquiries after my family, His Majesty at once opened on the Eastern question. || His Majesty stated, that he had that morning received a telegram from Constantinople, announcing the probable acceptance of the armistice, and he read to me another telegram reporting that orders had been already sent by the Porte to their Commanders to suspend military operations. This, His Majesty observed, was very satisfactory. || On my observing on the sudden change which had taken place between the Sunday when I had seen the Chancellor and the following day, when the ultimatum was dispatched to General Ignatiew, His Majesty said that this had been caused by the intelligence he had received of the complete discomfiture of the Servian army, and his fear that it might be followed by similar atrocities as those which had occurred in Bulgaria. || His Majesty had decided on addressing an ultimatum in order to prevent a further unnecessary effusion of blood, and he observed that no one was more astonished to receive this instruction than General Ignatiew himself. || His Majesty expressed very earnestly his wish that the Conference should meet with the least delay, and that instructions should be immediately sent by the several Governments to enable the Ambassadors at Constantinople to deliberate at once on the necessary preliminaries of peace, taking as the basis the proposals which had been submitted by your Lordship. || The Emperor then, with great calmness and lucidity, entered on a retrospective view of the past negotiations. He stated, that he had given every proof of his desire for peace, and that he had done everything in his power to aid in arriving at a pacific solution of the existing complications. || He had supported your Lordship's previous demand for an armistice of six weeks, which was refused by the Porte, and was followed by a mere suspension of hostilities for ten days, which proved wholly illusory. His Majesty considered that this refusal of the Porte to a collective appeal of Europe was a "soufflet" given to the Powers. He had patiently submitted

Nr. 5896.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

Nr. 5896.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

from a wish not to separate from the European concert. || Your Lordship then submitted the proposals to serve as a basis for peace. To these, also, His Majesty had assented, and they were equally agreed to by the other Powers. || To these proposals the Porte had replied evasively, declining to convey her acceptance in the form of a Protocol, and notifying that a wholesale measure of reform was under consideration, which would be applied indiscriminately to the Empire at large, and which even went beyond the demands of the Powers. || On this refusal, your Lordship had, simultaneously with a similar proposal from His Majesty's Government, addressed to the Porte a demand for an armistice of not less than a month, for the purpose of enabling the Powers to deliberate on the conditions of peace. His Majesty's Government had supported this demand in conjunction with the other Powers, and to this the Porte had replied by a counterproposal, offering an armistice of five months, which, under the circumstances, and for the reasons given by his Government, could not be supported or recommended to the belligerent parties. | Thus, said His Majesty, the Porte, by a series of manoeuvres, had rendered ineffectual all the attempts of collective Europe for arresting the war and for securing a general pacification. || His Majesty then said that, if Europe was willing to receive these repeated rebuffs from the Porte, he could no longer consider it as consistent either with the honour, the dignity, or the interests of Russia. || He was anxious not to separate from the European concert; but the present state of things was intolerable and could no longer be allowed to continue, and unless Europe was prepared to act with firmness and energy, he should be obliged to act alone. || His Majesty then referred more especially to his relations with England. He said he regretted to see that there still existed in England an "inveterate" suspicion of Russian policy, and a continual fear of Russian aggression and conquest. He had on several occasions given the most solemn assurances, that he desired no conquest; that he aimed at no aggrandisement, and that he had not the smallest wish or intention to be possessed of Constantinople. All that had been said or written about a will of Peter the Great and the aims of Catherine the Second were illusions and phantoms; they never existed in reality, and he considered that the acquisition of Constantinople would be a misfortune for Russia. There was no question of it, nor had it ever been entertained by his late father, who had given a proof of it in 1828, when his victorious army was within four days' march of the Turkish capital. || His Majesty pledged his sacred word of honour in the most earnest and solemn manner that he had no intention of acquiring Constantinople, and that if necessity should oblige him to occupy a portion of Bulgaria, it would only be provisionally, and until peace and the safety of the Christian population were secured. || His Majesty here reverted to the proposal addressed to Her Majesty's Government for the occupation of Bosnia by Austria, of Bulgaria by Russia, and of a naval demonstration at Constantinople, where, he said, Her Majesty's fleet would have been the dominant

Power. This, His Majesty thought, ought to be a sufficient proof that Russia entertained no intention of occupying that capital. || His Majesty could not understand, when both countries had a common object, namely the maintenance of peace and the amelioration of the condition of the Christians — and when he had given every proof that he had no desire for conquest or aggrandizement, why there should not be a perfect understanding between England and Russia — an understanding based on a policy of peace, which would be equally beneficial to their mutual interests, and to those of Europe at large. || “Intentions”, said His Majesty, “are attributed to Russia of a future conquest of India and of the possession of Constantinople. Can anything be more absurd? With regard to the former it is a perfect impossibility, and as regards the latter I repeat again the most solemn assurances that I entertain neither the wish nor the intention.” || His Majesty deeply deplored the distrust of his policy which was manifested in England, and the evil effects it produced, and he earnestly requested me to do my utmost to dispel this cloud of suspicion and distrust of Russia, and charged me to convey to Her Majesty’s Government the solemn assurances he had repeated to me. || I assured the Emperor, that Her Majesty’s Government were perfectly cognizant of, and fully appreciated His Majesty’s pacific intentions. I observed, that the proposed occupation of Turkish territory had worked a change in the public opinion of England, and had produced alarm. || I expressed a hope, that the acceptance of the armistice would now enable the Powers to bring about a satisfactory pacification, and that it was of essential importance that the European concert should be maintained. I observed, that the question of autonomy appeared to me as likely to offer the chief difficulty, and that, as it more directly affected Austrian interests, care should be taken not to exceed those limits which could be accepted by Austria. I said, that in Bosnia and Bulgaria there was a large Mussulman and Catholic population, and mostly of the proprietary class, and their interests must be taken in account. || I then referred to the reported pretensions of Servia and Roumania to be erected into independent kingdoms. Such a measure, I observed, would be the first step towards a dissolution of the Turkish Empire in Europe. History, I said, recorded the existence in former times of a kingdom of Bohemia, a kingdom of Servia and a kingdom of Poland; they had all disappeared, and their dissolution had been chiefly caused by internal dissensions. If the pretensions of Servia and Roumania should be now admitted, it would be the creation of so many small Polands, which very probably would drift into republics, which would neither be for the peace nor security of the neighbouring States. || The Emperor said, that there was no question of establishing kingdoms of Servia and Roumania, and that it would be a folly to do so. || The Proclamation of Prince Milan had been the act of the army, which His Majesty thoroughly disapproved, and in consequence His Majesty had advised Prince Milan not to visit the head-quarters. He had, however, received a telegram from the

Nr. 5996.
Gross-
britannien.
2. Nov. 1876.

Nr. 5896. Prince excusing himself for not obeying His Majesty's advice on the grounds that duty to his country obliged him to go to his army under the present adverse circumstances. || A reference to the number of Russian volunteers in the Servian ranks induced me to observe that it had been very instrumental in producing the feverish excitement in Russia. To this, His Majesty replied that he had permitted the officers to go provided they left the Russian service, and that he had hoped by so doing to calm the agitation ("de jeter de l'eau froide" was His Majesty's expression). His Majesty added, that a great many Russian officers had fallen, and that the enthusiasm for the Servians had very much calmed down. || The Emperor then said that he would now sum up the general observations he had made in the following points: — || 1. The armistice which he hoped had been accepted. || 2. The immediate meeting of a Conference, the principal object of which was to agree upon the introduction of such reforms in the three Provinces as will safeguard the interests of the Christian populations, and give them that autonomy as may be necessary for that purpose. And, || 3. That the Porte shall give effective guarantees for the execution of these reforms. || His Majesty then took leave of me in the same cordial and gracious manner in which he had received me.

Nr. 5897.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Nachtrag zum Bericht über die Audienz.

(Extract.)

Yalta, November 3, 1876.

Nr. 5897. After dinner yesterday at Livadia, the Emperor informed me, that he had received intelligence from Constantinople announcing the official acceptance by the Porte of the armistice demanded by General Ignatiev. || His Majesty observed, that it was a proof of the successful result of a little firmness. || In speaking of the future status of the three Provinces, I took an opportunity in conversation with His Majesty to refer to the stipulation contained in your Lordship's proposals for peace, to the effect "that there was no question of creating a tributary State or States." || His Majesty made no observation in reply. || In the course of conversation which took place at my audience of the Emperor yesterday, and which is reported in my despatch of yesterday's date, I have omitted to mention the following observation of His Imperial Majesty which is of interest and importance. || In speaking of the status of the Christians in the Ottoman Empire, His Majesty observed, that by the Treaty of Kutchuk-Kainardji, Russia had enjoyed the exclusive right of protecting their interests. By the Treaty of Paris this exclusive right was abolished, and the protectorate of the Christians was committed generally to Europe. His Ma-

jesty stated that since 1856 Europe had not fulfilled this mission, and it was in consequence of her failure to do so that the present complications had arisen.

Nr. 5897.
Gross-
britannien.
3. Nov. 1876.

Nr. 5898.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Befriedigung über die Erklärungen des Kaisers.

Foreign Office, November 3, 1876.

My Lord, — In reply to your telegram of the 2nd instant, I have to state to your Excellency, that Her Majesty's Government have received with the greatest satisfaction the assurance which the Emperor has given to you of his anxious desire for an understanding and co-operation with England, and his solemn statement that he pledged his honour that he had no views on Constantinople nor of conquest. ¶ You will speak in this sense both to His Imperial Majesty and Prince Gortchakow, and you will add that Her Majesty's Government will lose no time in communicating their views as to the proposed discussions and Conference. ¶ I am, &c.

Nr. 5898.
Gross-
britannien.
3. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5899.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Die Vorbereitung der Konferenz.

Foreign Office, November 3, 1876.

My Lord, — I had some further conversation with the Russian Ambassador this afternoon on the subject of the communication he had made to me yesterday from his Government, urging that the Representatives of the Six Powers at Constantinople should be at once authorized to commence discussions on the basis of peace proposed by England. ¶ I told Count Schouvaloff, that I saw two reasons against giving such instructions ! It was no doubt true, that time was of importance; but we must also remember that the matters to be discussed involved very difficult and complicated questions, which could not be settled in haste. It would be good economy to incur some delay, if we could thereby ensure a thorough examination of all the points at issue, with the prospect of arriving at a solid and permanent arrangement. It seemed to me in the first place that the leading part in such a discussion as Prince Gortchakow proposed would be better entrusted to other persons than those

Nr. 5899.
Gross-
britannien.
3. Nov. 1876.

Nr. 5899.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1876.

who had conducted the negotiations at Constantinople of the last twelve months. During the course of those negotiations some at least, if not most, of the Representatives at Constantinople had probably become more or less committed to personal views, which would tend to embarrass them and to weaken their position in bringing forward any fresh propositions which the present circumstances might render advisable. A fresh negotiator would be more free to advocate or discuss such propositions, while the permanent Representatives at Constantinople, supposing the deliberations to take place there, would be able to assist with their advice and experience. || In the second place, I said, the British Government had always contemplated, in the event of a Conference taking place, that England at least should be represented in it by a special Plenipotentiary. Now that a Conference seemed almost inevitable, there would be something of absurdity in sending out Plenipotentiaries to take part in it, who would find the principal points already more or less settled by preliminary discussions. || The conversation then turned on the question of the manner in which a Conference should be brought about, and I told his Excellency that as there seemed to be some hesitation on the part of other Powers, Her Majesty's Government were prepared to take the initiative in proposing that such a meeting should take place. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5900.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Duc Decazes über die Konferenz.

Paris, November 3, 1875.

Nr. 5900.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1876.

My Lord, — The Duc Decazes told me this morning, that he was informed that on the acceptance by the Porte of the Russian ultimatum respecting the armistice, General Ignatiew had urged his colleagues at Constantinople to enter at once upon the discussion of the further arrangements to be made for the settlement of the Eastern question; in short, that the General was pressing them to begin the Conference immediately. || The Duke said, that he was not prepared to act in so precipitate a manner, and that there appeared to him to be several preliminary points, upon which it would be advisable that the Powers should come to an understanding. || He was, he went on to say, particularly desirous of acting in concert with Her Majesty's Government; and he begged me to ask your Lordship to communicate to him as soon as possible your views on the following points: — || 1. Where should the Conference meet? || 2. When should it meet? || 3. Of what Powers should it be composed? || 4. What should be the class and number of Plenipotentiaries?

For instance, if the Conference were held at Constantinople, should each Government appoint a special Plenipotentiary in addition to its resident Ambassador? || 5. What should be the basis of the Conference? || 6. What instructions should be given to the Plenipotentiaries? 'I did not elicit from the Duc Decazes much information as to his own views on these several points.

Nr. 5900.
Gross-
britannica.
3. Nov. 1876.

He seemed to think that, as a general rule, the appointment of two Plenipotentiaries for a single Power was inconvenient. It was, he conceived, necessary, that one of the two should be absolutely the chief; and he observed that in fact the first Plenipotentiary would find his colleague an embarrassment rather than a help, unless he had the direct authority over him which a Minister for Foreign Affairs would possess over a diplomatic subordinate who might be formally associated with him. On this point, however, the Duke professed himself quite ready to do whatever might be agreeable to Her Majesty's Government. || With regard to the third point, that is to say, the question as to what Powers should be represented in the Conference, the Duc Decazes seemed to think that the course which would in all probability be followed, would be to hold preliminary meetings of Representatives of the six Guaranteeing Powers, and subsequently a formal Conference, to which a Turkish Plenipotentiary should be admitted. || With respect to the time at which the Conference should be held, the Duke appeared to be of opinion that no unnecessary delay should take place, but that the other Powers should not be hurried by Russia into acting without having agreed upon proper preliminary arrangements. || The Duke told me, that partly in order to show that he was not prepared to act without consideration, he had yesterday sent to the Comte de Bourgoing, the French Ambassador at Constantinople, orders to come immediately to Paris to receive instructions in person. || The Duke added, however, that, if he should receive by to-morrow morning intelligence as to the views of Her Majesty's Government which should make it appear that the departure of the French Ambassador might produce inconvenience, he should still be in time to cancel the order of yesterday and direct M. de Bourgoing to stay at Constantinople. || The Duke concluded by begging me to lose no time in conveying to your Lordship his earnest desire to be made acquainted as soon as possible with the opinions of Her Majesty's Government on the several points he had specified. I sent accordingly a telegram to your Lordship directly I got home. | I have, &c.

Lyons.

Nr. 5901.

RUSSLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London
— Verwahrung gegen Eroberungsgelüste.

(Particulière.)

Livadia, le ^{22 Octobre}_{3 Novembre}, 1876.

Nr. 5901.
Russland.
2. Nov. 1876.

M. le Comte, — Je vois avec une profonde surprise dans votre dernière lettre que les idées de nos convoitises sur Constantinople et du testament de Pierre le Grand continuent à hanter quelques esprits en Angleterre. J'avoue que je croyais ces vieilleries hors de crédit et reléguées avec la conquête des Indes par la Russie dans le domaine de la mythologie politique. Combien de fois les Empereurs de Russie ont-ils répété publiquement qu'aucune annexion territoriale en Turquie n'entre dans leur politique, qu'ils en seraient fort embarrassés et que le maintien du *status quo* de l'Orient était la meilleure des combinaisons? Or, vu notre forme de Gouvernement, la parole des Souverains n'est pas une déclaration Parlementaire révoicable au gré des majorités. Elle engage leur loyauté personnelle. Combien de fois d'ailleurs les faits n'y ont-ils pas répondu? Si la Russie avait des convoitises, elle ferait ce que font les Puissances annexantes; elle se préparerait en silence et agirait à la première occasion favorable. N'en a-t-elle pas eu l'occasion en 1829, en 1848 et en 1870, alors que l'attention et les forces de l'Europe étaient absorbées ailleurs? Quelles preuves faut-il donc donner aux Ministres Anglais d'un désintéressement fondé, non pas sur la vertu politique, mais sur la raison et le bon sens? S'ils voulaient oublier un moment qu'ils sont Anglais et se placer au point de vue Russe, nous leur demanderions, la main sur la conscience, s'ils conseilleraient au Gouvernement Impérial de rechercher la possession de Constantinople? La réponse ne serait pas douteuse. Pourquoi ne pas nous supposer autant de sens pratique qu'ils en ont? || La seule combinaison rationnelle pour les intérêts Russes, c'était de laisser les clefs de la Mer Noire entre des mains assez faibles pour ne pas fermer à la Russie ce débouché commercial et menacer sa sécurité. La domination Turque répondait à ce programme. Est-ce notre faute si les Turcs en ont abusé en rendant leur domination insupportable à leurs sujets Chrétiens? La politique Anglaise n'y a-t-elle pas contribué en excitant les défiances de la Porte contre la Russie par sa propre rivalité, et en l'aidant à faire de la force la seule base de son pouvoir? || Il est réellement pénible de voir deux grands Etats, qui unis pourraient régler les questions Européennes à leur mutuel avantage et à l'avantage de tous, troubler eux-mêmes et le monde par un antagonisme fondé sur des préjugés ou des malentendus. || Les résultats sont palpables. L'opinion publique Anglaise elle-même s'en est émue. A plus forte raison le sentiment national et Chrétien de la Russie, qui est trop voisine de ces contrées et a trop de liens avec elles pour se borner à des sympathies académiques. || Cela

impose à l'Empereur des devoirs auxquels Sa Majesté ne saurait se soustraire. Nr. 5901.
Russland.
4. Nov. 1876. Mais ces devoirs sont partagés par toute l'Europe civilisée. Qui empêche l'Angleterre de s'y associer en se joignant à nous pour protéger les Chrétiens, et partager avec nous leur reconnaissance et leur sympathie? La question d'Orient n'est pas une question seulement Russe, elle intéresse le repos de l'Europe, la paix et la prospérité générale, l'humanité et la civilisation Chrétienne. || N'est-ce pas un terrain assez large pour que l'Angleterre s'y place à côté de la Russie? Ne l'y avons-nous pas conviée en appelant la présence de ses escadres dans les détroits? Quel gage de plus faut-il donner que nous n'avons aucune prétention à la possession exclusive de Constantinople? || L'Empereur vient de s'exprimer dans ce sens vis-à-vis de Lord A. Loftus avec la netteté et la loyauté de sa parole Souveraine. L'Ambassadeur d'Angleterre en rendra certainement compte. || S'il faut réitérer cette assurance, faites-le, mon cher Comte, dans les termes les plus positifs. Vous serez certain d'interpréter fidèlement les intentions de notre auguste Maître. ' Recevez, &c.

Gortchacow.

Nr. 5902.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Officielle Feststellung des Berichtes über die Audienz.

Yalta, November 4, 1876.

My Lord, — I have thought it desirable, both for my own responsibility and for future reference, if required, to have an official confirmation of the assurances given me by the Emperor of Russia in my audience of His Majesty on the 2nd instant. I accordingly called this morning on Prince Gortchakow, and read to him my despatch of the 2nd instant, reporting His Imperial Majesty's conversation with me. || His Highness stated, that it very correctly reported the views and opinions which His Majesty had told him, Prince Gortchakow, that he had expressed to me, and his Highness requested me to allow him to communicate it to His Majesty. || I willingly agreed to his Highness' request, and left a copy of my despatch in his hands for that purpose. || There was only one alteration which the Prince suggested, and which at his request I made. In referring to the Russian proposal for the occupation of Turkish territory, I had stated in the original text, that the proposal made to Austria was "to occupy Bosnia and the Herzegovina". || Prince Gortchakow said, that the proposal to Austria was merely to occupy Bosnia and not the Herzegovina; and his Highness explained the motive for not including the Herzegovina, was in case of occupation by the Austrian and Rus-

Nr. 5902.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1876.

Nr. 5902.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1876. sian troops to place a neutral zone between the two armies, in order to prevent the possibility of any collision between them. || The explanation given of this incident by Prince Gortchakow is interesting, as I have been under the impression, that the original proposal to Austria included the occupation of both Provinces. " I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5903.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Englands in Paris, Berlin, Wien, St-Petersburg, Rom und Konstantinopel. — Konferenzprogramm.

Foreign Office, November 4, 1876.

Nr. 5903.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1876. My Lord, Sir, — Her Majesty's Government believe, from the communications which they have received from the Powers, that there is a general feeling, that the only solution of the questions arising out of recent events in Turkey is to be found in a Conference, but that there is some hesitation felt in formally proposing it. || Under these circumstances, and with the view of bringing about a satisfactory settlement of those questions, Her Majesty's Government have determined to renew the suggestion made by them on the 5th ultimo, and to take the initiative in proposing, that a Conference should be held forthwith at Constantinople, in which all the Guaranteeing Powers and the Porte should take part, and each Government should be at liberty to appoint two Plenipotentiaries to represent it. || Her Majesty's Government further submit as the basis for the deliberations of the Conference: — || 1. The independence, and the territorial integrity of the Ottoman Empire. || 2. A declaration, that the Powers do not intend to seek for, and will not seek for, any territorial advantages, any exclusive influence, or any concession with regard to the commerce of their subjects, which those of every other nation may not equally obtain. | This declaration was made on September 17th, 1840, in the Protocol for the pacification of the Levant, and again, August 3rd, 1860, in regard to the pacification of Syria. || 3. The bases of pacification proposed to the Porte on the 21st of September, viz.: — || (a.) The *status quo*, speaking roughly, both as regards Servia and Montenegro. || (b.) That the Porte should simultaneously undertake, in a Protocol to be signed at Constantinople with the Representatives of the Mediating Powers, to grant to Bosnia and Herzegovina a system of local or administrative autonomy, by which is to be understood a system of local institutions which shall give the population some control over their own local affairs and guarantees against the exercise of arbitrary authority. || There is to be no question of the crea-

tion of a tributary State. ¶ Guarantees of a similar kind to be also provided against mal-administration in Bulgaria. The reforms already agreed to by the Porte in the note addressed to the Representatives of the Powers on the 13th of February last, to be included in the administrative arrangements for Bosnia and the Herzegovina, and so far as they may be applicable for Bulgaria. ¶ Her Majesty's Government desire, that your Excellency should propose to the Government to which you are accredited a Conference on these bases, and you may state that, if this proposal meets with general acceptance, Her Majesty's Government will lose no time in appointing a Special Ambassador to proceed to Constantinople to take part in the Conference. ¶ If the other Powers thought it advisable, Her Majesty's Government would not object to their Plenipotentiaries joining in preliminary discussions with the Plenipotentiaries of the other five Guaranteeing Powers before the opening of the Conference. These discussions to be on the same bases as those proposed for the Conference. ¶ I am, &c.

Nr. 5903.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5904.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Verwahrung gegen die russische Drohung, sich von der Konferenz zurückzuziehen, falls es in der Frage der Autonomie in der Minorität bliebe.

Foreign Office, November 5, 1876.

My Lord, — I have received your Excellency's telegram of the 3rd instant, reporting that in a conversation with Prince Gortchakow his Highness stated to you that, if in the Conference to be held Russia should be in a minority on the question of autonomy, General Ignatiew would place on record the proposals of Russia and then withdraw. I have mentioned this language to Count Schouvaloff, and I expressed at the same a hope, that it does not represent the serious intention of the Russian Government. ¶ It appears to Her Majesty's Government that, if each Government is to go into the Conference with a settled plan, which it declines to modify, no agreement can possibly be come to, and the Conference is useless. ¶ I have to request, that you will take an opportunity of speaking to Prince Gortchakow in this sense. ¶ I am, &c.

Nr. 5904.
Gross-
britannien.
5. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5905.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Graf Andrassy ist gegen jede Ausdehnung des Begriffes Autonomie.

(Telegraphic.)

Vienna, November 5, 1876, 2:45 p.m.

Nr. 5905.
Gross-
britannien.
5. Nov. 1876.

Having been requested by Count Andrassy to call on him this morning, I took with me your Lordship's telegram of yesterday relative to the composition of a Conference to be held at Constantinople, and the basis for its deliberations. || He had already received a telegram on the subject from Count Beust and said, that he did not feel satisfied with the explanation it contained as to the question of the autonomy of the Turkish Provinces, and before he agreed to take part in the Conference he wished to know whether Her Majesty's Government are prepared to maintain the understanding formerly come to between the two Governments, as to the signification of the term "administrative autonomy", and that they will resist any attempt to give it a wider interpretation. || He said, that the question was a vital one, as any system which would lead to the "disintegration" of the Turkish Empire would be more fatal to it than the entire loss of a portion of its territory. He said, that the question being too important for him to form an opinion upon it without mature deliberation, he begged, that I would communicate to him in writing the proposal which I had been instructed to make to him, and I promised to do so in the course of the day. || He also asked whether it was essential, that the second Plenipotentiaries should have the rank of Ambassador, and he further stated, that he considered the Plenipotentiaries should not act under general instructions alone, but submit the various points which might be discussed to their respective Governments for their final orders respecting them. In his own case, as responsible to Parliament, he said, that he could not give any one authority to act for him by merely general instructions.

Nr. 5906.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Der Kaiser wünscht eine Modifikation des englischen Programms.

(Telegraphic.)

Yalta, November 5, 1876, 11 p.m.

Nr. 5906.
Gross-
britannien.
5. Nov. 1876.

Emperor expressed gratification at the appreciation of his assurances by Her Majesty's Government. || I communicated to the Emperor and Prince Gortchakow your Lordship's proposal as regards Conference. Emperor expressed

to me wish, that in Article No. 1 word "territorial" should be omitted. This would enable Porte to make any territorial concession to Montenegro which it might hereafter deem desirable. ¶ Emperor regretted departure from Constantinople of French Ambassador; his absence causing delay of fifteen days in meeting of Conference. ¶ I shall see Prince Gortchakow to-morrow, and telegraph his Highness's answer to your Lordship's proposals.

Nr. 5906.
Gross-
britannien.
5. Nov. 1876.

Nr. 5907.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Fürst Gortschakow über das englische Programm.

Yalta, November 6, 1876.

My Lord, — I had an interview with Prince Gortchakow this morning, in order to learn the opinions and views of the Imperial Government in regard to your Lordship's proposals and bases for a Conference at Constantinople, which, as reported in my despatch of yesterday's date, I had communicated to his Highness yesterday evening. ¶ His Highness stated, that he agreed to those proposals with one single exception, namely, the term "territorial" preceding the phrase "integrity of the Ottoman Empire", in Article 1. ¶ His Highness stated, that the Imperial Government could not accept that term, as it would exclude the possibility of a provisional occupation, which, in the interest of the Ottoman Empire itself, he considers will still be necessary for the security of the Christian population, and for the maintenance of peace and order during the introduction of the administrative reforms. ¶ His Highness stated, that there was still great agitation in Bulgaria as well as in Bosnia, and that excesses, with loss of life, were still being perpetrated, and that nothing but material force would restore peace and tranquillity. There was no question of disturbing the integrity of the Empire. He stated most positively, that Russia did not covet an inch of Turkish territory. If an occupation became necessary, it would be provisional, and would only continue until the present excited feelings were calmed down, and the administration placed on a regular and peaceable footing. ¶ His Highness cited the precedent of Syria, to which the Protocol in 1860, mentioned in your Lordship's proposal, referred. He should be perfectly willing, that Russia should be the "mandataire" of Europe, as were England and France in Syria, nor should he object to any other Power participating in an occupation. He foresees an occupation as an inevitable necessity, without which peace and order will never be restored, nor the contemplated reforms introduced. ¶ In regard to the third point, viz., the terms proposed in your Lordship's instructions to Sir Henry Elliot of September 21, Prince Gortchakow stated that, in accepting them as a basis,

Nr. 5907.
Gross-
britannien.
5. Nov. 1876.

Nr. 5907.
Gross-
britannien.
6. Nov. 1876. he must say that, on the question of autonomy, his views were more expansive than those of Her Majesty's Government. This was, however, a question which would form matter for deliberation in the Conference. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5908.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Auffassung des Waffenstillstandes von Seiten Deutschlands und Englands.

Foreign Office, November 6, 1876.

Nr. 5908.
Gross-
britannien.
6. Nov. 1876. My Lord, — I have received a telegram to-day from your Excellency, in which you state that Prince Bismarck thinks that the Turkish forces should recross the frontier and evacuate the territory of Servia on the principle that, during the armistice, the *status quo ante bellum* should be maintained. You add, that this is also the Russian view, and you report that Herr von Bülow is anxious to be informed, confidentially, whether I am of opinion, that the delimitation of the armistice should admit of the maintenance by the Turks of the positions now occupied by them on Servian territory. || I have to direct your Excellency to state to Herr von Bülow, as the reply to this inquiry, that Her Majesty's Government consider, that the Servians can have no claim to the *status quo ante bellum* till peace is concluded; and that they are of opinion, that the respective armies ought, during the armistice, to retain their present positions. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5909.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Graf Schuwaloff hat es übernommen, die russischen Ausstellungen zu beseitigen.

Foreign Office, November 7, 1876.

Nr. 5909.
Gross-
britannien.
7. Nov. 1876. My Lord, — The Russian Ambassador called upon me to-day, and I mentioned to him the report which I had received by telegraph from your Excellency, that Prince Gortchakow agreed to the bases for a Conference proposed by Her Majesty's Government with the omission of the word "territorial" preceding "integrity of the Ottoman Empire" in the first basis, on the

ground, that he could not accept that term as it determined the exclusion of the possibility of occupation which he considered still necessary. || His Excellency begged, that I would suspend any action on this Report for twenty-four-hours. He said, that he had himself received a similar message from Prince Gortchakoff, but that he had pointed out, in reply, what no doubt had been overlooked, that the words "territorial integrity" were a quotation from a Treaty; that "integrity", without the explanatory word "territorial", would, after all, be the same thing; and that, as Her Majesty's Government had already refused the idea of occupation, the renewal of the proposal as a preliminary in the basis for a Conference would certainly cause Her Majesty's Government to break off from the Conference altogether. || He requested me to understand, that he had done this on his personal account; but he did not doubt, that his representations would have due weight with his Government, and therefore trusted, that Her Majesty's Government would wait at all events for the time he had mentioned, until he received the Prince's answer. || I said, that I had listened to his Excellency with much satisfaction, and felt no difficulty in assenting to his request. || I am, &c.

Nr. 5909.
Gross-
Vollständ.
7. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5910.

TÜRKEI — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Einwendungen gegen die Konferenz.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 8 Novembre, 1876.

Son Excellence l'Ambassadeur d'Angleterre m'a communiqué le télégramme de son Excellence Lord Derby concernant la réunion à Constantinople d'une Conférence qui prendrait pour bases de ses délibérations: — || 1. L'indépendance et l'intégrité de l'Empire. || 2. La renonciation des Puissances médiatrices à tout avantage exclusif. || 3. Les termes de pacification proposés dans son télégramme du 21 Septembre, et qui portent le retour au *status quo ante* pour la Serbie et le Monténégro, et l'établissement d'une autonomie administrative et locale pour certaines autres parties de l'Empire. || Nous sommes on ne peut plus reconnaissants de la sollicitude de sa Seigneurie pour mettre un terme aux embarras de la situation actuelle; nous apprécions la haute valeur des vues de son Excellence; seulement nous nous demandons si, en adhérant à un pareil programme, le Gouvernement Impérial ne se trouvera pas immédiatement entraîné sur un terrain des plus désavantageux pour lui. Le Gouvernement Impérial, en ce moment, est en train de procéder à la mise en exécution et à l'application des nouvelles institutions. Il comprend les exigences de la situation et les signes des temps; il a hâté de faire voir par les

Nr. 5910.
Türkei.
8. Nov. 1876.

Nr. 5910.
Türkei.
8. Nov. 1876.

faits qu'il poursuit une oeuvre de rénovation sérieuse et radicale. Est-ce le moment pour lui de s'engager dans une discussion concernant des autonomies locales? Un pareil principe aurait pour conséquence inévitable de faire avorter les réformes en cours, de détruire par là le prestige de l'autorité, de créer des inégalités choquantes, de soulever dans la pratique des difficultés insurmontables, de garantir une prime aux mouvements insurrectionnels, de faire prendre à la crise un caractère permanent, de constituer en un mot un état de choses qui serait une menace perpétuelle pour la paix de l'Empire et de l'Europe. Indépendamment de ce qui pourrait être dit au sujet des autonomies, la Sublime Porte ne peut se dissimuler la grave atteinte qui serait portée au principe même de l'indépendance de l'Empire, si les affaires intérieures devenaient l'objet des délibérations d'une Conférence internationale. Comment pourrait-elle se résigner à renverser de ses propres mains, en participant à une Conférence ayant pour objet de régler les affaires intérieures de l'Empire, la plus forte barrière que l'Empire puisse mettre aujourd'hui entre lui et ses adversaires? Une fois l'oeuvre du Traité de Paris mise de côté, on se trouverait à la merci des événements. Tandis qu'une attaque contre l'Empire constituerait aujourd'hui la violation d'un Traité solennel et un pur acte d'agression, cette attaque, dans le cas où la Conférence n'aboutirait pas, se présenterait comme le résultat inévitable des divergences survenues dans le courant de discussions dont la Sublime Porte aurait admis le principe. Soit donc que la Conférence proposée aboutisse, soit qu'elle n'aboutisse pas, le Gouvernement Impérial n'en sortirait pas moins amoindri dans son indépendance ou bien dans les moyens de défense que lui assurent aujourd'hui des engagements internationaux. || Son Excellence Lord Derby, en prenant connaissance des considérations qui précèdent, et qui résument la pensée intime du Gouvernement Impérial, saura discerner, nous n'en doutons pas, la vraie situation de la Sublime Porte. || Nous sommes prêts à faire tout ce qui dépendra de nous pour ramener un moment plus tôt l'ère de la paix et de la tranquillité. Mais la réunion d'une Conférence serait de trop grand inconvénient pour qu'il ne nous soit pas permis de désirer que le Cabinet Britannique veuille bien consentir à ce que l'entente désirée soit obtenue sans la réunion de Plénipotentiaires étrangers ayant pour mission d'engager une discussion sur l'administration intérieure de l'Empire. || Veuillez bien donner lecture à Lord Derby du présent télégramme.

Nr. 5911.

GROSSBRITANNIEN. — Rede des Premier, Earl of Beaconsfield, beim Lord Mayor's Bankett.

My Lord Mayor, — A year ago, in this very hall, on this very day — I might say, perhaps, at this very hour — making some observations on the present state and prospects of the country, I called the attention of your predecessor to a partial insurrection in a Province of the Turkish Empire, and I then said that such a state of things, in such a country, might lead to critical consequences. My Lord Mayor, I do not think that my forebodings were altogether without foundation. (Hear, hear.) During the twelve months that have elapsed we have seen in that part of the world revolts and revolutions, the assembling of fleets and armies, a sanguinary civil war, all the arts of diplomacy, if not exhausted, at least strained to their utmost, the promulgation, I may say the accomplishment of an Armistice and the proposal of a Conference. (Cheers.) During these twelve months of anxiety and agitation, my Lord Mayor, I would take this opportunity of stating what have been the two great objects which Her Majesty's Government have proposed with reference to those critical circumstances which have occurred since I had the honour of addressing your predecessor. The first has been the maintenance of the general peace of Europe (cheers), which involves almost every other consideration that may affect the interests of this country and the general welfare of humanity. (Cheers.) We have believed, that that Peace would be best maintained by an observance of the Treaties in which all the Great Powers of Europe have joined. (Cheers.) Those Treaties are not antique and dusty obsolete documents. They are not instruments devised under a state of circumstances different from those that exist, and ill adapted to the spirit of the age in which we live. They are recent documents. They are the most recent of the important Treaties to which England is a party. I am amused sometimes when I hear the great Treaty of Paris spoken of as a Treaty negotiated some 20 years ago, and, so far, entitled to respect, but not as an instrument to regulate the conduct of Governments. But let me remind you, my Lord, that it is hardly five years since — in 1871 — in this very capital, the Treaty of Paris was revised (Cheers) by the most eminent statesmen of Europe, among whom I will generously account those who preceded us in office. (Loud cheers.) It was revised and re-enacted under circumstances which made that re-enactment most solemn, and that Treaty lays it down as the best security for the peace of Europe that we should maintain the independence and territorial integrity of the Turkish Empire. (Cheers.) That, then, has been our first object during the last year. (Cheers.) When, shortly after I had the honour of addressing your predecessor, that celebrated poli-

Nr. 5911.
Gross-
britannien.
9. Nov. 1876.

Nr. 5911.
Gross-
britannien.
9. Nov. 1876.

tical document, the Andrassy Note, drawn up by an eminent statesman extremely well-versed with the subject, was submitted to the consideration of the Cabinets of Europe, we gave to it our assent, although at the time we had little confidence in its proving effective. When a country is in a state of anarchy, with a national bankruptcy and revolution threatened in the capital, it is hardly to be expected that its Government should be able to effect great social and administrative reforms. The fatal fault of the Andrassy Note was that it was inopportune; but, inasmuch as it comprised and expressed what we believed were the measures which, if carried into effect, would adequately ameliorate the condition of the subjects of the Porte, we gave it our sanction, and thought it of some importance that all the leading States of Europe and the Porte itself should have agreed together in that conclusion. (Cheers.) When the Berlin Memorandum was submitted to us on a subsequent occasion, we felt it our duty to refuse our assent to it, because the Berlin Memorandum calling upon Turkey to perform tasks which it was utterly impossible in its then condition to accomplish, announced that in the event of her failing to do these things the Powers must have recourse to ulterior proceedings — indirectly but unmistakably announcing the military occupation of the Turkish Provinces. (Loud cheers.) That would have been a violation of the independence and territorial integrity of Turkey; and, therefore, we felt it our duty to reject the proposition. Subsequently, almost simultaneously, we were called upon by the Queen's Ambassador at the Porte, in the state of anarchy which prevailed in Turkey, to guard the Christian population of Constantinople from menaced dangers, and we agreed, that the Mediterranean Squadron should repair to Turkish waters. — Considering, that revolution was then impending in Constantinople, and having received intimation that wild and daring schemes were said to be in agitation, we did not think, that a squadron of three or four ships was adequate to the circumstances and we determined, that the Mediterranean Squadron should take the name of the Mediterranean fleet. (Cheers.) The effect of the presence of that fleet tended to the tranquillity of the country (cheers); and I have yet to learn, that this was a course of action which has met with the disapprobation of the people of England. (Cheers.) The next occasion on which we had to come to a decision which involved the maintenance of this principle of the integrity and territorial independence of Turkey was when a proposition was made that Austria should occupy Bosnia and Herzegovina — that Russia should occupy the great region of Bulgaria, and at the same time that the united fleets of Europe should proceed to Constantinople. To that proposal we could not assent, because it violated the most solemn Treaties to which England was a party, and a year having now elapsed, you will perceive, my Lord, that, trying as have been the emergencies, and searching as have been the circumstances, so far as Great Britain is concerned, the independence and territorial integrity of the Turkish Empire have been maintained, and the general peace has

been upheld. (Loud cheers.) So much for the first great purpose which Her Majesty's Government proposed to themselves in the trying circumstances in which they found themselves. There was another great object, not so great as the maintenance of the general peace, but still one which appealed to our sympathy and demanded our most careful attention to secure such an amelioration of the condition of the subjects of these Provinces as, by their increasing prosperity and welfare, would add in the surest manner to the independence and integrity of the country, and prevent the occasion of future disturbances. (Cheers.) It was with this view, that we accepted the Andrassy Note, which, though it was ineffective at that moment, remained a record — to which even Turkey had given her adhesion — of the measures that were necessary for the great object contemplated. (Cheers.) Now, how have we acted in that behalf? The moment that Serbia intimated to Her Majesty's Government that her resources were exhausted and she desired our good offices, we immediately took the necessary steps to mediate, to obtain an armistice and a peace. (Cheers.) We were successful in that mediation (Loud cheers); and although Turkey, from unwillingness to treat with the revolted Provinces as belligerents, declined to enter into any armistice, we induced her to assent to a cessation of hostilities (Cheers), and we also induced the other Powers to accept that cessation, instead of an armistice. (Cheers.) No sooner had that been accomplished than Her Majesty's Government proposed the terms upon which a peace might be negotiated. (Cheers.) We proposed that, notwithstanding her defeat, the *status quo* should be restored in Serbia; that the *status quo* should be restored in Montenegro; and, with regard to the revolted Provinces of Bosnia and Herzegovina, we proposed that there should be institutions established which would give to the population some control over their own local affairs, and guarantees against the exercise of arbitrary authority. It was agreed, that the scheme propounded in detail in the Andrassy Note should now be carried into effect. With regard to Bulgaria, we proposed also that its condition should be considered. At that moment, in September, there was no special reason whatever why peace should not have been obtained in a very brief time. (Cheers.) Every Power acceded to these propositions, and, I am bound to say, no Power with more readiness and cordiality than Russia. (Cheers.) But what happened? An indignant burst of feeling in this country, excited by horrible events, created such a sensation and excitement, that the people of Serbia and the friends of the people of Serbia really believed, that the people of England had suddenly determined to give up the traditionary policy of the country which the eminent statesmen of Europe only five years ago — including the members of the late Government (Cheers and a laugh) — thought so highly of, and Serbia was induced to retract what she had expressed, and once more to engage in a sanguinary struggle which every friend of humanity must lament. (Cheers.) But the time came when it was quite clear that they could no longer continue the war, and Her Majesty's Govern-

Nr. 3911.
Gross-
britannien.
9. Nov. 1876.

Nr. 5911. ment again used all their efforts. They never ceased to attempt to bring
 Gross- about a pacific settlement. What by common consent was most desired as
 britannien. its only foundation was the attainment of an armistice — a real, formal ar-
 9. Nov. 1876. mistice, and not for a short period. The Government of Russia expressed,
 indeed, their opinion that it should be for three months; but by the utmost
 effort, by a strain on their diplomatic action, we induced the Porte to accept our
 proposition, which was made in these terms — that there should be an ar-
 mistice of not less than one month. (Cheers.) The Porte assented and said,
 that they would grant an Armistice of five months and we submitted that to
 the Powers. Our surprise and disappointment were great when we found that
 the Armistice was objected to on account of its length (Cheers); but as we
 had asked for a long Armistice, and said it was not to be shorter than a
 month — that was the *minimum* (Cheers) — we looked upon the answer of
 the Porte, on the subject, as an adequate and satisfactory answer (Cheers), and
 felt that, in honour, we were bound not to press the Porte to change that
 decision (cheers); and, therefore, we declined to take any further step in the
 matter. Well, my Lord Mayor, you are acquainted with the course of events
 upon that subject that have occurred. After a considerable time an Armis-
 tice was obtained. (Cheers.) I have heard a good deal about an *ultimatum*.
 That is an ugly word (Cheers) when we are endeavouring to bring about a
 pacific settlement. (Cheers.) But I believe, my Lord, that the *ultimatum* was
 something in this case like bringing an action for debt when the whole sum
 claimed had previously been paid into court. (Cheers and a laugh.) However,
 here is the fact — on which I think I may congratulate the country (Cheers)
 — we have an Armistice. An Armistice is certainly not peace, any more
 than courtship is wedlock (Cheers and a laugh); but in general it is the auspi-
 cious harbinger of a happy future. (Loud cheers.) The Armistice being ob-
 tained, Her Majesty's Government lost no time in proposing to the Powers to
 hold a Conference. And in proposing this Conference, we have been of opinion
 that it was desirable it should be upon a broader basis than would be afforded
 by the mere assemblage of the same diplomatic characters who often take too
 local and limited a view of matters, and not always, I believe, to the culti-
 vation of a too cordial understanding. (A laugh.) Therefore, to bring to this
 Conference something of the freshness and largeness of view which we flatter
 ourselves the statesmen of Europe are more likely to import into it, we have
 proposed that each of the Powers should be represented on this occasion by
 an Ambassador Extraordinary as well as by the usual Ambassadors. And
 with this object Her Majesty has been pleased to appoint my noble friend
 the Marquis of Salisbury to be her representative at the Conference (Cheers),
 which I am authorized in saying all the Powers have now agreed to attend.
 (Cheers.) My noble friend possesses the complete confidence of his colleagues.
 (Cheers.) They have confidence in his abilities, in his grasp of the subject
 (Cheers), and in the tact and firmness of his character (Cheers), and I have no

doubt, that he will use and exercise all his abilities to bring about that permanent peace in Europe which all statesmen agree can best be secured by adhering to the treaties which exist (Cheers), knowing well — and none knows better than my noble friend — that the independence and territorial integrity of Turkey are not to be secured by mere pen-and-ink work. Unless the great body of the people find, that they are under a Government which studies their welfare and is proud of their prosperity, even the independence and integrity of a country must themselves vanish. But I am hopeful, in the present temper of Europe, we shall be able to accomplish the objects we have in view without those terrible appeals to war, of which, I think, we have heard too frequently and too much. (Cheers.) As the Lord Mayor has told us to-night, there is no country so interested in the maintenance of peace as England. (Cheers.) Peace is especially an English policy. (Cheers.) She is not an aggressive Power — for there is nothing which she desires. She covets no cities and no Provinces. What she wishes is to maintain and to enjoy the unexampled Empire which she has built up, and which it is her pride to remember exists as much upon sympathy as upon force. (Cheers.) But, although the policy of England is peace, there is no country so well prepared for war as our own. (Cheers.) If she enters into conflict in a righteous cause — and I will not believe that England will go to war except for a righteous cause (Cheers) — if the contest is one which concerns her liberty, her independence, or her Empire, her resources, I feel, are inexhaustible. (Loud cheers.) She is not a country that, when she enters into a campaign, has to ask herself whether she can support a second or a third campaign. (Cheers.) She enters into a campaign which she will not terminate till right is done. (Loud cheers.) My Lord Mayor, I thank you on the part of my colleagues and myself for the great honour you have done us in drinking our healths to-day; and to all present I tender our best thanks for the manner in which the last toast has been received. We do not misinterpret the spirit in which it has been proposed and received. We are here in no party meeting, but in a large assemblage of our countrymen, for whose approbation we labour, and for whose interests we believe we are now exerting ourselves. (Cheers.) I can say for myself and for them that we are sustained in our labours — the difficulties of which can scarcely be exaggerated (Cheers) — by the confidence that our countrymen will give us a fair trial, and put upon our conduct a liberal and just interpretation. (Cheers.) For the approbation of our countrymen we work, and so long as we possess it, we feel we have a sure and certain reward. (Loud cheers.)

Nr. 5912.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russland nimmt das englische Programm ohne Modifikation an.

Foreign Office, November 10, 1876.

Nr. 5912.
Gross-
britannien.
10. Nov. 1876.

My Lord, — I have to acquaint your Excellency, that I have received a communication from the Russian Embassy informing me that Prince Gortchakow has notified to his Excellency Count Schouvaloff by telegraph, that the Imperial Government accepts as it stands ("tel quel") the programme which Her Majesty's Government have proposed for the meeting of the Conference. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5913.

RUSSLAND. — Antwort des Kaisers auf die ihm überreichten Adressen des Adels und der Municipalität von Moskau.

Nr. 5913.
Russland.
10. Nov. 1876.

Je vous remercie, Messieurs, des sentiments que vous avez voulu m'exprimer dans les circonstances politiques actuelles. La situation est aujourd'hui plus claire et je suis prêt maintenant à accepter votre adresse avec satisfaction. || Vous savez que la Turquie a consenti à la conclusion immédiate d'un armistice que j'ai exigé pour mettre fin à une effusion de sang inutile en Serbie et au Monténégro. Dans cette lutte inégale, les Monténégrins se sont montrés comme toujours de véritables héros. Malheureusement on ne peut accorder les mêmes éloges aux Serbes, malgré la présence dans leurs rangs de nos volontaires, dont beaucoup ont versé leur sang pour la cause slave. Je sais que la Russie entière avec moi prend la part la plus vive aux souffrances de nos frères de religion et de race; mais pour moi les véritables intérêts de la Russie sont les plus chers de tous et je désirerais éviter jusqu'à la dernière extrémité l'effusion du précieux sang russe. || Voilà pourquoi je poursuis mes efforts pour atteindre par des moyens pacifiques une amélioration effective du sort de toutes les populations chrétiennes de la péninsule des Balkans. Des conférences doivent s'ouvrir ces jours-ci à Constantinople entre les représentants des six grandes puissances pour la détermination des conditions de la paix. || Je désire beaucoup que nous puissions arriver à une entente générale; mais si cet accord n'a pas lieu, et si je vois que nous n'obtenons pas des garanties réelles de l'exécution de ce que nous sommes en droit d'exiger de la Porte, j'ai la ferme intention d'agir seul, et je suis certain

que dans ce cas la Russie entière répondra à mon appel, lorsque je le jugerai nécessaire et que l'honneur du pays l'exigera. Je suis convaincu également que comme toujours Moscou donnera alors l'exemple. Que Dieu nous aide à remplir notre sainte mission!

Nr. 5913.
Russland.
10. Nov. 1876.

Nr. 5914.

GROSSEBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — Widerlegung der türkischen Einwendungen.

Foreign Office, November 11, 1876.

M. l'Ambassadeur, — Her Majesty's Government have had under their consideration the telegraphic despatch from the Ottoman Minister for Foreign Affairs which your Excellency was so good as to communicate to me yesterday afternoon. ¶ Her Majesty's Government understand from that despatch and from the explanations with which your Excellency accompanied its communications, that the Porte's objections to a Conference are as follows: — ¶ That the expression "local autonomy" used in the proposed basis for a Conference is not employed in any Treaty, is unknown to diplomacy, is vague and elastic in meaning, and may be construed as implying the concession to the provinces to which it is applied of a position of quasi-independence like that enjoyed by Servia and Roumania; ¶ That it would be very impolitic to give special advantages to Bosnia, the Herzegovina and Bulgaria, inasmuch as a distinction made in favour of those provinces would afford good ground of complaint from the other provinces of the Empire which have remained loyal, and would be, in fact, a premium on insurrection; ¶ That new institutions and reforms for the whole Empire having been proclaimed by the Sultan, it would be inexpedient to interfere with their operation by the discussion of fresh measures of administration for these particular provinces; ¶ And, lastly, that it is contrary to Treaty obligations and to international usage for the Powers to assemble in Conference to discuss the internal administration of the Turkish Empire. ¶ I have now the honour to state to your Excellency the observations which occur to Her Majesty's Government in regard to the several objections taken by the Porte to the proposal for a Conference which Her Majesty's Government have submitted to the Porte and to the Powers. ¶ Her Majesty's Government understand and appreciate the feelings with which the Porte may regard that proposal; but I must remind your Excellency, that under the circumstances of the situation there was no alternative open. The conditions of peace which Her Majesty's Government had agreed upon with the other Governments and recommended for the acceptance of the Porte, not having been accepted by the Turkish Government, the Russian Government proposed

Nr. 5914.
Gross-
britannien.
11. Nov. 1876.

Nr. 5914.
Gross-
britannien.
11. Nov. 1876.

the occupation of Bosnia by an Austrian, and of Bulgaria by a Russian force, and the entry of the allied fleets into the Bosphorus. Her Majesty's Government intimated, that they were unable to concur in these measures, and it became evident that, unless some suggestion were made which would meet with general concurrence, serious complications might ensue. Her Majesty's Government then reverted to the proposal for an armistice which they had made some time previously, to be followed by a Conference, as the only means remaining which afforded a prospect of arriving at a general agreement. || Her Majesty's Government feel confident, that the Porte must be sensible of the necessity of such an agreement being attained, and of the hopelessness of expecting that, without concert with the Powers, a satisfactory settlement of existing differences can be brought about. || Her Majesty's Government cannot admit that, in the basis for a Conference which they have advanced, there is anything contrary to the Treaty obligations subsisting between the Powers and the Porte, or that the Powers are precluded by Treaty from assembling in Conference to discuss the pacification of the Turkish provinces and the measures of administrative reform best adapted for that purpose. I need scarcely remind your Excellency that Conferences were held for a similar object in 1860 and 1867. Moreover, communications have been proceeding among the Powers for the last two years, and the Porte both itself accepted, and urged on the acceptance of Her Majesty's Government, the note of Count Andrassy. There can, therefore, in the opinion of Her Majesty's Government, be no question that the Powers have the right to discuss matters relating to the internal administration of the Ottoman Empire under circumstances like those which have occasioned the present proposal for a Conference. || I have also the honour to point out to your Excellency, that both in the telegraphic despatch which your Excellency has communicated to me, and in your Excellency's own observations, the definition given to the expression "autonomy" has been overlooked. Her Majesty's Government have expressly guarded themselves against any proposal for the grant of institutions to these provinces similar to those of Roumania and Servia. || In the basis for a Conference it is distinctly stated, that by "local or administrative autonomy" is "to be understood a system of local institutions, which shall give the population some control over their own local affairs and guarantees against the exercise of arbitrary authority. There is to be no question of the creation of a tributary State." || Her Majesty's Government are disposed to agree with the Porte that administrative reforms, which may be desirable for one part of the Empire, can scarcely be withheld from the rest of it; but they cannot regard this as a reason for not entering upon a Conference to determine what reforms are now required to ensure the pacification of the disturbed provinces. || If the Conference succeeds in agreeing upon a scheme of administration which may have that effect and be otherwise advantageous, it would of course be open to the Porte, and would seem desirable, to extend it, as far as might be

applicable, to other provinces; but the immediate necessity which has to be met is to restore order and tranquillity in Bosnia and Herzegovina, repair and redress the injuries to which the population of Bulgaria have been subjected, and punish the perpetrators. The Imperial Hatt proclaiming the new reforms for the Empire will doubtless receive the amplest consideration from the Plenipotentiaries of the Powers when assembled at Constantinople; and due weight will, no doubt, be given to the manifest utility of adapting any new schemes of administration to the existing institutions of the country, so far as they may be efficient; but Her Majesty's Government regret that they cannot accept the Proclamation of these reforms as in itself sufficient; nor, were they disposed to do so, would there be any probability of the other Powers assenting to such a course. Since, therefore, concert among the Powers is imperative, and the only means left of arriving at it is by a Conference, Her Majesty's Government trust that the Porte will no longer hesitate to join the other Powers in a prompt acceptance of the Conference on the basis which Her Majesty's Government have proposed. ¶ I have, &c.

Nr. 5914.
Gross-
britannien.
11. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5915.

GRIECHENLAND. — Min. d. Ausw. (M. Contostavlos) an den königl. Gesandten in London (M. Gennadius). — Erklärung in der griechischen Kammer.

Athènes, le 12 Novembre, 1876.

Interpellé hier à la Chambre sur la ligne politique que le Cabinet compte suivre, je me suis exprimé à peu près en ces termes: La marche que nous avons suivie jusqu'à présent démontre suffisamment celle que nous suivons, si la Représentation Nationale veut bien continuer de laisser en nos mains la direction des affaires de l'Etat. Nous avons été partisans de la politique de la paix, et nous ne cesserons de l'être, à moins que le cours des événements ne nous force à adopter une autre ligne de conduite; or c'est en prévision de cette dernière éventualité que nous avons jugé et jugeons nécessaire de préparer les forces militaires du pays. Cette préparation ne doit donc pas être considérée comme un indice de tendances et de desseins belliqueux; elle doit être simplement regardée comme une mesure de prévoyance adoptée en vue de nécessités possibles. En attendant, nous espérons que l'Europe, se basant sur la justice, et ayant en vue d'établir une paix durable en Orient, adoptera des mesures efficaces et propres à atteindre ce double but, et que par là elle nous rendra plus facile à nous-mêmes la persévérance dans le dessein que nous avons formé et poursuivi dès l'origine, et dans lequel nous

Nr. 5915.
Griechen-
land.
12. Nov. 1876.

Nr. 5915.
Griechen-
land.
12. Nov. 1876.

tenons à persévérer. Nous avons grand besoin de cet appui moral pour ne pas nous départir de la politique de la paix; en effet je manquerais de franchise si j'essayais de dissimuler qu'il serait malaise, pour ne pas dire impossible, que le Royaume Hellénique puisse demeurer impassible et inerte lorsqu'il s'agit des destinées de la Grèce asservie. Ce qui lie la Grèce esclave et la Grèce libre, ce n'est pas seulement la communauté de la race, et de la langue, et des mœurs; et des traditions nationales; c'est encore le sentiment d'une dette sacrée contractée par la Grèce libre envers celle qui ne l'est pas. Car la Grèce libre n'a jamais perdu ni ne perdra le sentiment et la mémoire de ce fait, que la liberté de l'Etat Hellénique actuel est le produit des efforts et des sacrifices communs de tout l'Hellénisme. Ainsi donc aucune autorité, aucun pouvoir ne se trouvera qui ait assez de force pour imposer à la Grèce libre la patience et la tranquillité en présence des injustices que l'on commettrait au détriment de la Grèce esclave.

Nr. 5916.

RUSSLAND. — Reichskanzler an die Vertreter Russlands im Auslande. — Cirkular, betreffend Mobilmachung eines Theiles der Armee.

Tsarskoé Sélo, le $\frac{1}{13}$ Novembre, 1876.

Nr. 5916.
Russland.
13. Nov. 1876.

Les déplorables événements qui ensanglantent la presqu'île des Balcans ont profondément ému l'Europe. Les Cabinets se sont concertés et ont reconnu la nécessité de mettre un terme à cet état de choses, pour l'honneur de l'humanité et le repos général. Ils ont arrêté l'effusion du sang en imposant un armistice aux deux parties, et sont convenus de fixer les bases sur lesquelles la paix devrait être établie, afin d'offrir aux populations Chrétiennes des garanties sérieuses contre les incorrigibles abus de l'Administration Turque, ainsi que contre l'arbitraire sans frein des fonctionnaires Ottomans, et de rassurer ainsi l'Europe contre le retour périodique de ces crises sanglantes. || Le Cabinet Impérial a contribué de tous ses efforts à constituer le concert des Grandes Puissances en vue d'une question où les intérêts politiques doivent s'effacer devant l'intérêt plus général de l'humanité et du repos Européen. Il ne négligera rien de ce qui peut dépendre de lui afin que cet accord aboutisse à un résultat sérieux et solide, répondant aux exigences de la conscience publique et de la paix générale. || Mais tandis que la diplomatie délibère depuis un an, afin de traduire en faits le concert des volontés de l'Europe, la Porte a eu le loisir de convoquer du fond de l'Asie et de l'Afrique le ban et l'arrière-ban des forces les moins disciplinées de l'Islamisme, de soulever le fanatisme Musulman, et d'écraser sous le poids du nombre les populations Chré-

tiennes en lutte pour leur existence. Les auteurs des horribles massacres qui ont révolté l'Europe, continuent à jouir de l'impunité, et à l'heure qu'il est, leur exemple propage et perpétue dans toute l'étendue de l'Empire Ottoman et sous les yeux de l'Europe indignée les mêmes actes de violence et de barbarie. || Dans ces conjonctures, fermement décidé pour sa part à poursuivre et à atteindre par tous les moyens en son pouvoir le but tracé par le concert des Grandes Puissances, Sa Majesté l'Empereur a jugé nécessaire de mobiliser une partie de son armée. || Sa Majesté Impériale ne veut pas la guerre, et fera ce qui est possible pour l'éviter. Mais elle est résolu à ne point s'arrêter tant que les principes reconnus équitables, humains, nécessaires par l'Europe entière, et auxquels le sentiment public de la Russie s'est associé avec la plus grande énergie, n'aient pas reçu leur entière exécution sanctionnée par des garanties efficaces. || Vous êtes autorisé à donner lecture et à laisser copie de la présente dépêche à M. le Ministre des Affaires Etrangères. Recevez, &c.

Nr. 5916
Russland.
13. Nov. 1876.

Gortchakow.

Nr. 5917.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Fürst Gortschakoff über Lord Beaconsfield's Bankettrede.

St.-Petersburgh, November 15, 1876.

My Lord, — On visiting Prince Gortchakow this morning, at Czarskoe, I found his Highness rather disturbed in mind by the speech of the Earl of Beaconsfield at the Lord Mayor's banquet, which his Highness feared would have a bad effect at Constantinople, and would encourage the Porte in a policy of resistance to the counsels of Europe. || I observed to his Highness, that the Prime Minister had in his speech especially referred to the respect of Treaties, and I reminded his Highness, that in our conversation at Orianda, his Highness referred to the same subject, and very much in the same language, observing to me that he alone, on the occasion of the dissolution of the German Confederation, had remonstrated against the destruction of a political body created and guaranteed by an European Treaty. || Prince Gortchakow replied, that England had raised no objection in regard to an infraction of Treaties during the political changes in Italy and Germany; on the contrary, had not only accepted, but approved them. || In regard to the Treaty of 1856, his Highness observed, that engagements were then taken by Turkey, in regard to the Christian populations, which had never been fulfilled, and that consequently it was Turkey who had essentially violated the Treaty. During

Nr. 5917.
Gross-
britannien.
15. Nov. 1876.

Nr. 5917.
Gross-
britannien.
15. Nov. 1876.

the twenty years which had intervened he had twice called the attention of Europe to the position of the Christians under Mussulman rule, but with no result. His Highness maintained, that by the Treaty of 1856 Christian Europe was bound to exact from the Porte a due observance of the engagements it had taken. Russia desired to act with Europe in obtaining this result; but she was determined to put an end to the oppression to which the Christian populations in the East were exposed under Turkish rule. || I have the honour to inclose to your Lordship herewith a leading article from the "Journal de St.-Pétersbourg", which has evidently emanated from an official source. || I have, &c.

Augustus Loftus.

Nr. 5918.

RUSSLAND. — Memorandum, betreffend Veröffentlichung des Berichtes von Lord Loftus über die Audienz beim Kaiser.

Nr. 5918.
Russland.
18. Nov. 1876.

Ne doutant pas des bonnes dispositions personnelles du Comte Derby, lui demandons publication du compte rendu de Lord A. Loftus, il nous importerait que la nation Anglaise puisse juger en connaissance de cause, et être édifiée par les paroles mêmes de Sa Majesté l'Empereur.

Nr. 5919.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte nimmt die Konferenz an.

(Telegraphic.)

Constantinople, November 18, 1876.

Nr. 5919.
Gross-
britannien.
18. Nov. 1876.

Minister for Foreign Affairs has officially signified to me that, with unanimous sanction of Grand Council, the Porte agrees to Conference. || His Excellency added, that the acceptance is accompanied by a few reserves, such as that the measures to be proposed by the Conference shall not interfere with the mechanism of the general administration.

Nr. 5920.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Vorschläge General Ignatieff's für die insurgirten Provinzen.

Constantinople, November 18, 1876.

My Lord, — The inclosed paper contains the provisions which General Ignatiew considers should be demanded for the insurgent provinces. || Although the paper has no official character and appears rather to have been drawn up for the newspapers — to which I see it was immediately communicated — than for serious consideration, it may be well to accompany it with some remarks. || 1. The disarming of the Mussulmans is a measure which should be carried out wherever it is practicable, as I believe to be in the case of Bulgaria; but in Bosnia and Herzegovina, among a people from time immemorial accustomed to carry arms, and to put their chief pride in them, could not be attempted. || The Austrian Bocchese and Dalmatians carry arms, as do also the Christian Turkish subjects in Albania; but if the practice cannot be put an end to in Bosnia, the privilege should be allowed to all classes so that the Christians might not be placed in an invidious situation, which lays them at the mercy of their Turkish fellow-subjects. || 2. The exclusion of all but natives from public functions, and their nomination upon the principle of election is the last thing that should be proposed. || It is precisely the native functionaries, who, having friends to serve, or enemies to spite, become the worst of petty tyrants of their districts. This has been amply proved in Crete, where certain influential Christians who were placed in a position of authority have been the bane of the Island. || 3. With regard to the formation of a local militia and police, with the equal participation of Christians, I have frequently stated, that I consider the employment of Christians in the police is absolutely indispensable. || 4. There cannot be two opinions as to the evils and abuses resulting from the employment of irregulars; but a proposal for the expulsion of the Circassians from the lands allotted to them twenty years ago, when they were obliged to leave Russia, will hardly be seriously brought forward. || 5. The confinement of the Turkish troops to the fortresses is also a suggestion which it cannot be necessary even to discuss, if the authority of the Porte is to be maintained. || 6. The abolition of the tithes, and the readjustment of the taxes by the populations, are neither of them suggestions likely to find favour. || A more equitable mode of collecting the tithes is loudly called for; but, considering the proportion which they bear to the already insufficient revenues of the Empire, their substitution by other taxation would be found a matter of extreme difficulty. || The adjustment of the taxation by the inhabitants, even if it did not interfere with the first duties of the Central

Nr. 5920.
Gross-
britannien.
18. Nov. 1876.

Nr. 5920.
Gross-
britannien.
18. Nov. 1876.

Government, would not be likely to prove advantageous to the poorer classes, who would certainly be ground down by the more influential classes with whom the decision would rest. || 7. The employment of the local language is a reform, that should be adopted, and has already been announced as to be introduced in Bosnia and Herzegovina. || 8. The nomination of Christian Governors-General for the Provinces would be of very doubtful benefit in some of them, where they would find it difficult to maintain their authority over the large Mussulman populations, and their positions would not be improved if they were to be named subject to the approval of the foreign Powers; but the nomination of the Governors for a fixed period would undoubtedly be advantageous. || Messrs. Baring, Schuyler and Tzeretelew, whom it is proposed to consult as to the details of the local administration in Bulgaria, have been in ravaged districts inquiring into the acts perpetrated there, but have none of them the special knowledge which is required in framing a scheme of administration. || The Bulgarian notables, on the contrary, should be able to speak with authority, and knowledge, of the grievances to be redressed. 10. A direct Consular control over the measures is likely entirely to undermine the authority of the Government, and to increase the difficulties of the administration. || 11. Before anything is asked respecting the inquiry into the persons guilty of the massacres, it will be necessary to see how the Commission now sitting performs its duties. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

General Ignatieff's Eleven Proposals.

1. Desarmement des Musulmans en Bosnie, en Herzégovine et en Bulgarie. || 2. Exclusion des fonctionnaires non-indigènes et introduction du principe électif sur une base large. || 3. Formation d'une milice locale et de la police avec la participation des Chrétiens proportionnée au nombre et à la race de ces derniers. || 4. Interdiction de l'emploi des irréguliers et renvoi des Circassiens dans les Provinces Musulmanes de l'Empire. || 5. Concentration des troupes Turques dans les forteresses. || 6. Répartition des impôts par les indigènes eux-mêmes et abolition de la dîme. || 7. Emploi de la langue locale dans les Tribunaux et l'Administration. || 8. Gouverneurs Chrétiens comme au Liban nommés par la Porte pour cinq ans avec l'assentiment des Puissances Garantes. || 9. Les détails de l'organisation des autonomies locales pour les trois provinces, et particulièrement pour la Bulgarie, seront déterminés après qu'on aura entendu les suggestions et les avis des experts, c'est-à-dire, des personnes qui ont séjourné longtemps ou rempli des missions dans le pays. Ainsi pour la Bulgarie on pourrait consulter MM. Schuyler, Baring, le Prince Zérétchew,

M. Adelbourg, Vice-Consul d'Autriche-Hongrie, M. Matalas, Consul de Grèce à Philippopoli, et quelques autres, ainsi que les notables qui seraient appelés par ces messieurs. | 10. Contrôle direct de l'Europe pour l'exécution des mesures décrétées dans les trois Provinces (Commissions Consulaires Locales). | 11. Enquête sévère avec participation des Consuls sur les méfaits et les massacres accomplis par les Musulmans, châtement exemplaire des vrais coupables, et indemnités à allouer aux familles des victimes aux dépens de la population Musulmane qui a participé aux désordres.

Nr. 5920.
Grans-
britannien.
18. Nov. 1876.

Nr. 5921.

RUSSLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in London.
— Russische Antwort auf die englische Depesche vom 30. October.

Taarskoé-Sélo, le 7 Novembre, 1876.

M. le Comte, — Lord Augustus Loftus nous a donné lecture de la dépêche que Lord Derby lui a adressée en date du 30 Octobre. || Elle a pour objet de récapituler les efforts faits par le Cabinet de Londres en vue du rétablissement de la paix en Orient. || Nous relevons avec satisfaction qu'elle constate, en même temps, l'empressement que le Cabinet Impérial a mis à aller au devant d'un accord avec l'Angleterre. || Nous n'avons jamais cessé de travailler à une entente générale des Grandes Puissances comme la seule garantie d'une solution pacifique des difficultés Orientales et notre premier soin a été de nous en ouvrir au Cabinet de Londres. Dès le mois d'Août de l'année dernière, prévoyant les dangers de l'insurrection naissante et craignant de la voir se transformer en question d'Orient, je vous avais chargé, à Vevey, d'y rendre le Cabinet Anglais attentif à votre retour à Londres. Mais à cette époque le Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne parut pas y attacher l'importance nécessaire. || L'Autriche-Hongrie plus directement intéressée, accueillit nos offres de concours pour prévenir ces périls, et s'entendit avec nous afin de soumettre à l'acceptation des Grandes Puissances des mesures d'apaisement. || Le projet contenu dans la dépêche du Comte Andrassy du 30 Décembre obtint l'appui du Cabinet de Londres, bien qu'il fut jugé inefficace, et ainsi fut posée la base du concert général que nous désirions. || Mais lorsque l'expérience eut démontré que le plan de réformes élaboré à Vienne n'était pas réalisable, faute des moyens pratiques d'exécution, et que les trois Cours Impériales proposèrent aux Grandes Puissances de développer ce programme en y ajoutant la sanction des garanties formulées dans le Mémorandum de Berlin, le Cabinet de Londres crut devoir rejeter ces propositions sans les examiner, sans les discuter, et sans y substituer aucune autre proposition. || Ainsi fut interrompu le travail d'apaisement et de conciliation auquel

Nr. 5921.
Russland.
19. Nov. 1876.

Nr. 5921.
 Russland.
 19. Nov. 1876.

nous avons concouru et les conséquences en ont été terribles. || Depuis ce moment le Cabinet Impérial n'a rien négligé de ce qui pouvait dépendre de lui pour rétablir l'entente générale, et il a adhéré à la plupart des propositions faites par l'Angleterre. Si quelques nuances se sont manifestées entre les deux Cabinets dans les différentes phases de la négociation, elles tenaient aux circonstances et non à leurs intentions. Nous aimons à en trouver la preuve même dans les démarches sur lesquelles ils n'ont pas pu tomber d'accord, c'est-à-dire les mesures d'exécution militaires et navales et l'armistice de six mois. || Quant à la première, en proposant de combiner les mesures d'exécution militaire avec l'entrée des escadres dans le Bosphore et même de limiter ces mesures à l'occupation maritime des détroits, si cela était jugé suffisant, le Cabinet Impérial a attesté son entier désintéressement et sa déférence particulière pour l'Angleterre, naturellement appelée à jouer un rôle prépondérant dans toute action maritime. || Quant à la seconde, le Cabinet Impérial ne s'est pas cru en droit d'imposer à la Serbie et au Monténégro une combinaison qui tendait à prolonger leur situation pénible et onéreuse sans leur offrir aucune garantie d'une paix équitable et solide. Si le Cabinet de Londres eut échangé ses idées avec nous avant d'exprimer son adhésion à cette proposition, nous lui aurions exposé franchement notre point de vue, peut-être eut-on évité ainsi une divergence ostensible qui a nécessairement dû diminuer le respect de la Porte pour le concert Européen. || Mais ces nuances d'appréciation s'effacent devant le désir mutuel d'une entente existant entre les deux Cabinets, ainsi que le constate le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique. Pour nous c'est là l'essentiel; aussi avons nous vu avec une sincère satisfaction que le Cabinet de Londres s'est écarté de la stricte réserve qu'il semblait s'être imposé à la date de la dépêche de Lord Derby, en prenant depuis lors l'initiative d'une proposition tendant à constituer une Conférence et à en fixer les bases et le mode d'action. Nous nous y sommes ralliés avec le meilleur vouloir et le Cabinet de Londres peut compter sur notre concours pour arriver, par un accord, à une solution pacifique de la crise présente. C'est parce que nous sommes animés de ce désir sincère d'une bonne entente que nous croyons devoir indiquer, franchement et sans aucune réticence, les points qui séparent nos appréciations de celles du Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique quant à la situation actuelle des choses. || Les deux Cabinets sont d'accord sur la nécessité de ramener la paix en Orient et de préserver celle de l'Europe en mettant un terme au déplorable état de la Turquie. Lord Derby reconnaît, comme nous, que pour arriver à un apaisement solide et durable, il importe d'améliorer, d'une manière efficace, la condition des sujets Chrétiens du Sultan par des réformes sérieuses et pratiques. Il reconnaît également, comme nous, l'insuffisance de réformes sur papier, et la nécessité indispensable de garanties d'exécution. || Nous ne différons d'avis que sur les moyens de réaliser ce but qui est commun à toute l'Europe. || Le Cabinet de Londres voudrait le concilier avec la lettre de stipulations conclues

en d'autres temps, dans une autre situation, avec d'autres idées, sans tenir compte des vingt années écoulées, et la pénible expérience qu'elles ont apportée. Cette expérience a démontré, avec la dernière évidence, que l'action Européenne en Turquie s'est condamnée à l'impuissance par les stipulations de 1856, et que la Porte en profite pour perpétuer le régime ruineux pour elle et pour ses sujets Chrétiens, désastreux pour la paix générale, révoltant pour les sentiments d'humanité et pour la conscience de l'Europe Chrétienne, qu'elle poursuit depuis vingt ans avec la certitude d'une complète impunité. A différentes reprises les Grandes Puissances ont dû se départir de ces principes absolus en intervenant directement dans les affaires de la Turquie, notamment en Syrie, dans les Principautés Unies, en Serbie et en Candie, et leur action a obtenu des résultats partiels et momentanés. Mais les causes premières du mal subsistent en permanence et se généralisant, devaient forcément aboutir, tôt ou tard, aux conséquences que le Cabinet Impérial n'a pas cessé de signaler depuis vingt ans à la prévoyance de l'Europe. Aujourd'hui le témoignage des faits est irrécusable. Jamais la diplomatie ne s'est plus agitée autour des questions Orientales que pendant l'année écoulée, jamais l'Europe n'en a été plus troublée, plus menacée dans son repos, ses intérêts, sa sécurité. Jamais les violences, par lesquelles les Turcs ont répondu à ses efforts de conciliation et d'apaisement, n'ont été plus odieuses et accomplies dans de plus vastes proportions; jamais elles n'ont révélé avec plus d'évidence la profondeur et le caractère incurable du mal qui ronge la Turquie et met en péril la sécurité de l'Europe. Si les Grandes Puissances veulent faire une oeuvre sérieuse et ne pas s'exposer au retour périodique et toujours aggravé de ces crises dangereuses, il est impossible qu'elles persévèrent dans le système qui en laisse subsister les germes et leur permet de se développer avec l'inflexible logique des choses. Il importe de sortir de ce cercle vicieux et de reconnaître que l'indépendance et l'intégrité de la Turquie doivent être subordonnées aux garanties réclamées par l'humanité, les sentiments de l'Europe Chrétienne et le repos général. La Porte a été la première à enfreindre les engagements qu'elle a contractés par le Traité de 1856 vis-à-vis de ses sujets Chrétiens. L'Europe a le droit et le devoir de lui dicter les conditions auxquelles seulement elle peut, de son côté, consentir au maintien du *status quo* politique créé par ce Traité, et puisque la Porte est incapable de les remplir, elle a le droit et le devoir de se substituer à elle en tant qu'il est nécessaire pour en assurer l'exécution. La Russie moins que toute autre Puissance peut consentir à renouveler les expériences de palliatifs, de demi-mesures, de programmes illusoire qui ont abouti aux tristes résultats qui sont sous les yeux de tous et réagissent sur sa tranquillité et sa prospérité intérieure. Mais si elle est plus directement, plus vivement intéressée à y mettre un terme par des améliorations sérieuses et efficacement garanties, elle n'en considère pas moins cette question comme d'un intérêt général réclamant le concert des volontés de toutes les Grandes Puissances afin d'être résolue pacifiquement.

Nr. 5621.
Russland.
19. Nov. 1876.

Nr. 5921.
Russland.
19. Nov. 1876.

Quant aux vues personnelles qu'elle apporte dans la poursuite de ce but elles sont étrangères à toute arrière pensée-exclusive; les assurances les plus positives à cet égard ont été maintes fois données par le Cabinet Impérial. Votre Excellence a été formellement chargée, par ma lettre du 22 Octobre, de les renouveler au Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique dans les termes les plus catégoriques. || Sa Majesté l'Empereur les a confirmées à Livadia à Lord Augustus Loftus avec l'autorité de sa parole Souveraine. || Le Cabinet de Londres ne saurait conserver aucun doute à cet égard et nous espérons qu'il ne tardera pas à mettre la nation Anglaise en mesure de se former la même conviction en publiant le rapport de son Représentant. || Votre Excellence est autorisée à donner lecture et copie de la présente dépêche à Lord Derby. || Nous aimons à croire que le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique y trouvera aussi la preuve de notre sincère désir d'agir de concert avec la Grande Bretagne afin que les principes, sur lesquels les deux pays sont tombés d'accord comme base de la pacification de l'Orient, ne restent point, comme par le passé, une lettre morte, un programme stérile, sans sincérité ni efficacité, laissant constamment suspendue sur les relations des deux pays et sur la paix de l'Europe, la menace des périls qui les troublent aujourd'hui. || Recevez, &c.

G o r t c h a k o w.

Nr. 5922.

TÜRKEI. — Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. —
Officielle Annahme der Konferenz.

Ambassade Impériale Ottomane, Londres,
le 20 Novembre, 1876.

Nr. 5922.
Türkei.
20. Nov. 1876.

My Lord, — La haute sollicitude que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a de tout temps témoignée pour le maintien intact de l'intégrité et de l'indépendance de l'Empire Ottoman, ainsi que les dispositions bienveillantes qu'il a constamment montrées à la Sublime Porte dans le cours des derniers événements, sont l'objet de la reconnaissance du Gouvernement Impérial. || Pénétrée de ce sentiment, et considérant que l'Angleterre s'est mise d'accord avec les autres Grandes Puissances pour aplanir les difficultés actuelles au moyen d'une Conférence, et que le but réel des Gouvernements est, tout en maintenant l'intégrité et l'indépendance de l'Empire, d'aviser à la mise à exécution de réformes propres à assurer le bien-être et la sécurité des sujets de Sa Majesté Impériale le Sultan, la Sublime Porte, par déférence envers les Grandes Puissances, ses amies et alliés, n'hésite pas à consentir à la réunion à Constantinople de la Conférence proposée. || Elle espère que les Pléni-

potentiaires appelés à en faire partie ne s'écarteront point des dispositions du Traité de Paris; qu'ils s'attacheront à préserver de toute atteinte les droits et le prestige du pouvoir souverain qui, en égard aux moeurs et aux idées des populations de l'Empire, constituent le fondement moral de l'autorité; qu'ils voudront bien s'abstenir de tout ce qui pourrait être moralement et matériellement préjudiciable à l'Administration intérieure de l'Empire, et qu'ils auront en vue le respect des Traités dont les Grandes Puissances ont toujours conseillé à la Sublime Porte la stricte observation. || Ces considérations inspirent au Gouvernement Impérial une grande confiance dans le résultat satisfaisant de la Conférence; et il reste convaincu que les Grandes Puissances voudront bien reconnaître, de leur côté, la haute valeur des réformes et des institutions nouvelles à l'application desquelles la Sublime Porte procède en ce moment pour toute l'étendue de l'Empire, et qui, tout en assurant la sécurité et le bien-être des populations de certaines provinces sur lesquelles se porte plus spécialement la sollicitude des Puissances, satisferont dans la plus large mesure à leurs besoins légitimes. || Heureux d'être chargé de communiquer ce qui précède à votre Excellence au nom du Gouvernement Impérial, je saisis, &c.

Musurus.

Nr. 5923.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury.
— Instruction für die Konferenz.

Foreign Office, November 20, 1876.

My Lord, — The Queen having been graciously pleased to appoint you to be Her Majesty's Special Ambassador to represent this country, conjointly with Sir Henry Elliot, Her Majesty's Ambassador at Constantinople, in the Conference about to be held at that city, I have the honour to transmit to your Excellency the accompanying Full Powers and Credentials. || I am at the same time commanded by the Queen to convey to you the following general instructions for your Excellency's guidance. || As your Excellency is already acquainted with the course of the negotiations which have led to the proposal for a Conference, it is not necessary, that I should enter into any statement of them. I accordingly merely inclose copies of the correspondence for reference when required. || Among these papers your Lordship will find the despatch addressed to Her Majesty's Ambassador on the 4th instant, in which Her Majesty's Government state that they believe, from the communications which they have received from the Powers, that there is a general feeling, that the only solution of the questions arising out of recent events in Turkey is to be found in a Conference, and that they have determined to renew the

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

suggestion made by them on the 5th of October, and at once to propose, that a Conference should be held forthwith at Constantinople, in which all the Guaranteeing Powers and the Porte should take part, and each Government should be at liberty to appoint two Plenipotentiaries to represent it. || Her Majesty's Government submitted, as the bases for the deliberations of the Conference: — || 1. The independence and the territorial integrity of the Ottoman Empire. || 2. A Declaration, that the Powers do not intend to seek for, and will not seek for, any territorial advantage, any exclusive influence, or any concession with regard to the commerce of their subjects which those of every other nation may not equally obtain. || Such a Declaration was made on the 17th of September, 1840, in the Protocol for the Pacification of the Levant, and again on the 3rd of August, 1860, in regard to the Pacification of Syria. || 3. The basis of pacification proposed to the Porte on the 25th of September, viz.: — || (a.) The *status quo*, speaking roughly, both as regards Servia and Montenegro. || (b.) That the Porte should simultaneously undertake, in a Protocol to be signed at Constantinople with the Representatives of the Mediating Powers, to grant to Bosnia and Herzegovina a system of local or administrative autonomy, by which is to be understood a system of local institutions which shall give the population some control over their own local affairs and guarantees against the exercise of arbitrary authority. There is to be no question of a tributary State. || Guarantees of a similar kind to be also provided against maladministration in Bulgaria. || The reforms already agreed to by the Porte, in the note addressed to the Representatives of the Powers on the 13th of February last, to be included in the administrative arrangements for Bosnia and the Herzegovina, and, so far as they may be applicable, for Bulgaria. || These bases have met with general acceptance by the other Powers, and may therefore be considered as regulating the deliberations of the Conference and marking the limits within which its discussions should be confined. || Her Majesty's Government do not anticipate, that there need be any great difficulty in settling the terms of peace between Servia, Montenegro and the Porte. || With regard to Servia the Ottoman Government originally made certain requirements stated in the Memorandum of the Porte of the 14th of September; but, these having been regarded as inadmissible by the Powers, the Porte has since, in taking act of the proposal of the Powers for the re-establishment of peace on the basis of the *status quo ante*, declared itself ready to submit to their decision. The Porte has therefore acquiesced in the *status quo*, at all events in principle. By the phrase used in the basis Her Majesty's Government have desired not to exclude from consideration any additional arrangement, as for instance the completion of the railway between Belgrade and Nisch, which may be of mutual advantage to both countries concerned. || The case of Montenegro is different. Her Majesty's Government have on several occasions expressed the opinion, that it would be politic on the part of the Porte, and for the benefit of the Turkish Provinces adjoining Montenegro,

as well as of the Principality, if some territorial concession were made to Montenegro which would have the effect of bringing under the rule of Prince Nicholas the adjacent population already allied to Montenegro and which is now only a source of weakness to Turkey. || Mr. Consul Holmes, who has an intimate knowledge of the country, has advised the cession to Montenegro of the districts of Piva, Drobnjak, Baniani and Zupci, and also the port of Spitza. He mentioned, that the districts in question are of no sort of value to Turkey, but rather a cause of embarrassment; that they administer their own affairs without interference from the Ottoman authorities, and not only pay no taxes, but receive some small assistance from the Province to which they nominally belong. || The Austrian Government at one time seemed inclined to oppose any extension of Montenegro, but have since expressed an opinion, that the demands and wishes of Prince Nicholas might be attended to when the question of the delimitation of the frontier was brought forward. The Austrian Government, however, still retain the belief, that it would be inexpedient that any concession to Montenegro should include a seaport, and it is understood that the Italian Government take a similar view. || Her Majesty's Government do not share these apprehensions, since it appears to them that the possession of lands in the plains, and access to the sea, would encourage the people of Montenegro to engage in agriculture and commerce, and thus attain a state of civilization, prosperity and contentment, which would be the best security for the maintenance of peace and good relations with the Porte.

The Prince of Montenegro has recently said, that the concession of Spitza would be almost valueless, as there is no port there, nor any possibility of making one, and the mountains debar access on that side into the interior, and that the whole of the Sutarman district, with the port of Antivari, ought to be ceded to him if the cession were to be of any value. || Your Excellency will find in the correspondence, and will, no doubt, have an opportunity of learning also at Constantinople, what are the concessions desired by His Highness. Her Majesty's Government do not consider it necessary to express any opinion upon them at present further than that they would willingly see any satisfactory settlement of the question arrived at. || In the proposals for pacification which Sir Henry Elliot was instructed to make to the Porte on the 21st of September, and which form the third basis for the Conference, Her Majesty's Government coupled with the conclusion of peace between the Porte and Servia and Montenegro the proposition to which I have already referred for a Protocol to be simultaneously signed by the Porte with the Representatives of the mediating Powers. The Turkish Government have made strong objections to signing a Protocol, alleging that, should they consent to do so, the prestige and authority of the Porte in all parts of the Empire would be impaired, and they have asked whether it would not be sufficient, that the promise should be made in identic notes to the foreign Representatives. || The Turkish Government have also remonstrated strongly against the proposal to

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

grant any system of administrative autonomy to the Provinces. They have stated, that the greatest inconvenience would be caused by the diplomatic discussion of questions of purely internal administration, and declared that they should consider any action, which had for its object the interposition of the Powers between the populations of Bosnia and Herzegovina and their legitimate authority, to be an infringement of the rights of sovereignty and independence of the Porte, arguing further that an exceptional form of Government for the insurgent provinces would be an encouragement to fresh disorders in other parts of European Turkey, and would seriously disturb the general economy of the Empire. Her Majesty's Government have been unable to agree in this view of the matter. They have replied, that the mere announcement of reforms by the Porte cannot be accepted as sufficient, and that even if Her Majesty's Government would be disposed to accept such an announcement no other Power would do so: that a Protocol was signed with the Porte in regard to the Lebanon in 1860, and that as a matter of fact the Porte has been in correspondence with the Powers for the last two years with regard to the pacification of the Provinces, and both accepted, and urged on the acceptance of Her Majesty's Government, the note of Count Andrassy. || The objection to the grant of reforms to Bosnia and Herzegovina because they might occasion discontent elsewhere seems to Her Majesty's Government to be equally untenable. || The immediate necessity of the situation is to restore tranquillity to the disturbed Provinces. The course of events has made it obvious, that this can now only be done by concert with the Powers, and it is in vain for the Porte to expect, that the Powers will be satisfied with the mere general assurances which have already been so often given, and have proved to be so imperfectly executed. If the Conference should decide upon a scheme of administration for these particular Provinces, which may be applicable and advantageous to other Provinces, it will be open to the Porte to extend it to them. No doubt the Conference will give due weight to the reforms already promulgated, which will properly form an important element for consideration; but pacification cannot be attained by Proclamations, and the Powers have a right to demand, in the interest of the peace of Europe, that they shall examine for themselves the measures required for the reform of the administration of the disturbed Provinces, and that adequate security shall be provided for carrying those measures into operation. || Her Majesty's Government have thought it desirable to refer to these objections advanced by the Porte as they will probably be again put forward at the Conference or on your Excellency's arrival at Constantinople, and it is therefore right, that you should be in a position to state positively that they cannot be entertained. || As the reforms recommended to the Porte by Count Andrassy have received the assent both of the Powers and the Porte, they may form a useful starting-point for the deliberations of the Conference. || These reforms were: || "Religious liberty, full and entire; || Abolition of the farming of taxes; || A law to guarantee

that the product of the direct taxation of Bosnia and Herzegovina shall be employed for the immediate interests of the Province, under the control of bodies constituted in the sense of the Firman of December 12; ¶ The institution of a Special Commission, composed of an equal number of Mussulmans and Christians, to superintend the execution of the reforms proposed by the Powers, as well as of those proclaimed in the Iradé of October 2 and Firman of December 12; ¶ Lastly, the amelioration of the condition of the rural populations." ¶ In the despatch which I addressed to Count Andrassy on the 25th of January last I pointed out, that most of these recommendations were already provided for either by the Hatti-Scheriff of Gulhané of 1839, the Hatti-Humayoun of 1856, or the Iradé and Firman of October 2 and December 12, 1875, and the abolition of the system of tax-farming was already agreed to; but the question of the application of the direct taxes and the lease of land to the peasants, to which Count Andrassy also referred in his despatch, required further consideration. ¶ Her Majesty's Government have sought, in the basis which they have now proposed, to expand this scheme of reforms so as to give it a more immediately practical character. They believe that, so far as the laws of the Turkish Empire are concerned, religious liberty is already fully provided for, and that any reform required in this respect is to be secured, not by enacting fresh laws, but by providing for the faithful execution of those already existing. One of the grievances complained of in Bosnia has been the prohibition of the use of bells in the Christian Churches; but this has been, at all events partially, removed. The refusal of Christian evidence has likewise been reported, and, although the Hatti-Humayoun expressly provides, that Christians shall be admitted as witnesses, it is too probable that in remote districts, or where the Mussulman population is predominant and under little control, gross injustice is often committed by its exclusion. The real difficulty, however, in establishing religious liberty is the difficulty which lies at the root of the whole question of administrative reforms, viz., the fact that the Mussulmans have for generations exercised authority as the principal owners of the land, and never failed to find Christians willing to be subservient to them in the administration of the country.

The expression "direct taxation" has been shown to be somewhat ambiguous; but a well-defined control over the local taxation would be one of the reforms which would properly be comprised under the proposal of Her Majesty's Government. The Firman of December 12, promised a general revision and unification of the taxation of the Empire to be distributed in just proportion over the various provinces, and provided that the collection of the taxes should no longer be left to the police, but be entrusted to Collectors of the Revenue elected by the whole population, Mussulman and non-Mussulman, and acting under special instructions. ¶ Her Majesty's Government are not aware that effect has yet been given to any measure of this kind; but it would be necessary, that some steps should be taken to establish an equitable system of

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1878.

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

taxation before deciding on the distribution of the funds to be made applicable to local purposes. It must, moreover, be borne in mind, that certain taxes have been hypothecated for the discharge of foreign loans, and that the withdrawal of the direct taxation of the Empire from the Treasury might have, as Her Majesty's Government remarked in their answer to Count Andrassy, the most serious effect in impeding the execution of those public works and other measures of general utility upon which the improvement of the condition of the population depends. ¶ The system of local institutions contemplated by Her Majesty's Government to be granted to Bosnia and Herzegovina with the view of giving the population some control over their local affairs, would also imply a control over the application of local rates or other similar imposts levied within the province for local purposes. ¶ The note of the Porte of October last provided for an extension of the Law establishing vilayets throughout the Empire. ¶ This Law originally applied to the province of the Danube, but was extended and made applicable to the Empire generally, by a Law passed in 1867; and provided for the division of the Empire into provinces called vilayets, placed under Governors-General (Valis) named by the Sultan. ¶ Each vilayet is divided into sandjaks (arrondissements), under the administration of a Mutessariff (Governor). ¶ The sandjak is divided into cazas (cantons) under the jurisdiction of a Kaimakam (Lieutenant-Governor). ¶ The caza is divided into communes. ¶ Groups of small villages, not of sufficient importance to form independent cazas, are incorporated with the nearest cazas under the name of "nahié". ¶ Each of these divisions has a separate system of administration subordinate to the Vali. ¶ The Vali is assisted by an Administrative Council, composed of the Chief Magistrate, who is the head of the Cheri (Mussulman religious tribunals), the Director of Finance, the Director of Correspondence, the Director of External Affairs, and four other members, two elected by the Mussulman population and two by the non-Mussulman. There is also a General Council for each vilayet, composed of four members for each sandjak, two Mussulmans and two non-Mussulmans. This Council is convoked once a year, at the principal town of the vilayet, and its session is not to last more than forty days. It is the duty of this Council-General to attend to local matters, and its resolutions are transmitted by the Vali to the Imperial Government. ¶ The Mutessariff governing each sandjak is assisted by an Administrative Council, composed of the Cadi of the central caza, the Mufti of the chief town, the Spiritual chiefs of the non-Mussulman population, the Sub-Director of Finance, the Director of Correspondence of the sandjak, and four permanent members — two Mussulmans and two non-Mussulmans. This Council regulates the affairs of the sandjak. ¶ The Kaimakam governing a caza has an elective Council, three Mussulman and three non-Mussulman members. ¶ In each commune there is also a Council called the "Conseil des Anciens", composed partly of Mussulman, partly of Christian members; the Imams and Spiritual Chiefs of the non-Mussulman population are *ex officio*

members of the Council, which regulates the distribution of the taxes, and questions of public health and agriculture. ¶ There have been other laws relating to the vilayets; but the foregoing account will be sufficiently full for the purposes of this despatch. „ The note of October last stated, that the Porte intended to add to this scheme of administration an Assembly General, elected by the inhabitants of the vilayets and the capital to meet at Constantinople for annual sessions of three months, and to vote the budgets of the Empire, laws and taxes. There is also to be another Assembly or Senate nominated by the Government. Sir Henry Elliot has stated, that he is strongly of opinion, in common, he believes, with most of those persons who have bestowed attention on the subject, that the extension and real application of the law of the vilayets will offer a better prospect than any other scheme that has been proposed of leading to a better provincial administration and to the improvement of the condition of the people. ¶ On the other hand, from reports received from Her Majesty's Consuls, it appears that the Medjlisses, or Provincial Councils, are constantly used as the means of local oppression and extortion by a certain number of the influential persons of the district who play into each other's hands, confine the elections to their own relatives or dependants, connive with the tax farmers, and are able, by bribery and intrigue, to defy the authority of any Governor-General who may seek to interfere with them. ¶ Nothing would be gained by giving the control of the taxation to bodies such as these are described to be, and it is on the control of the local funds that the local administration of affairs must naturally depend. ¶ The improvement of the condition of the rural population forms the fifth point in Count Andrassy's note. The best means of effecting this will indisputably be by a general amelioration of the condition of the whole population, urban as well as rural, by the realization of practical reforms, and the establishment of such institutions as those which Her Majesty's Government have proposed in the Conference basis. ¶ Count Andrassy suggested the execution of measures in imitation of those which he stated had been taken some years ago in Bulgaria, where the landlords' dues had been bought up by means of the issue of public obligations, and also that it might be possible to make some arrangement for the peasants to acquire on easy terms portions of the waste lands which the State puts up for sale. ¶ The question of the relations between landlord and tenant in these provinces is one of great difficulty, from the peculiar nature of the tenure of land, as the feudal system, which formerly existed in Turkey, and which was not abolished by law until the Tanzimat of 1839, appears to have continued in practice in Bosnia, to a great extent, up to the time when the insurrection of the Begs was suppressed by the Porte in 1850, and the feudal rights of the landlords compounded for by pensions and annuities. ¶ Under this system the land was divided into three classes: (1.) Lands held by those who embraced Islamism (this is the case in Bosnia); (2.) Lands held by those tribes or provinces which had capitulated

Nr. 5022.
Gross-
britannien.
29. Nov. 1876.

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

or submitted to Turkish rule; 3.) Lands taken by arms. The lands held by Mussulmans were subject to "uchur" (dîme, or tithe). Those held by others to "kharadj" (tribute). Lands taken by arms were subject to one or the other, as they might be granted for life, or in freehold, to Mussulmans or non-Mussulmans. The "uchur" was a fixed charge, the "kharadj" depended on the will of the Sultan. Both were levied on the produce, and depended on the harvest, &c. The Mussulman landlords undertook the defence of the country, and exercised seigneurial rights, levying fines and taxes on the peasantry, who were attached by prescription to the soil. || From this system a practice has grown up of paying rent, and even taxes, in kind, and no doubt many existing abuses are to be traced to it. || On the 21st of April, 1858, a new law was promulgated, providing that land in Turkey should be classed in five categories: — 1. Land "mulk", freehold. 2. Land "miri", property of the State. 3. Land "mevkouf", mosque and charity lands, in mortmain. 4. Land "metrouké", common lands. 5. Land "mévât", waste lands. The second comprises the lands for which the feudal lord could formerly grant leases. These are now granted by the Government authorities. The fourth consists of the highways and common pasturages, and the fifth of uncultivated mountains and rocky wastes. Any one is allowed to redeem the waste lands; but if cultivated they become liable to a fine, upon payment of which a lease is granted. || Your Excellency will obtain full information with regard to the operations of this law, and any improvements required in it, from Mr. Consul Holmes, who has been desired to meet your Excellency at Constantinople. Her Majesty's Government cannot undertake to do more than generally indicate, for your Excellency's information, the condition of this very important question of the tenure of land, which can only be dealt with after careful inquiry, and with due consideration for local necessities. Among the abuses which your Excellency will find the subject of complaint is the administration of the Mosque lands, which are granted by a system of "vakouf" to favoured Mussulmans, and often allowed to remain in a neglected state, to the injury of the neighbourhood. || As Her Majesty's Government indicated in their reply to the proposals of Count Andrassy, the points which his Excellency recommended for adoption by the Porte are already covered in principle by the Hatti-Humayoun and other Decrees of the Porte. || Besides these Decrees, which were for universal application to the whole Empire, the Porte has at various times granted special institutions to provinces where the necessity for them has been proved. || On the 10th December, 1832, the Porte, by a note addressed to the Representatives of Great Britain, France and Russia, accorded certain concessions, including an amnesty, to the people of Samos, on condition of their submitting faithfully to the Ottoman rule. A Council of Notables was to exercise the Government of the island under a Prince of the same religion as the people, no troops were to be kept in the island, and privileges were granted in regard to navigation and port dues. The Samians

were to pay an annual tribute of 400,000 piastres to the Porte. ¶ At the Conferences held at Paris in 1860, relative to the armed intervention for the restoration of tranquillity in Syria, it was agreed that there should be a special Règlement for the administration of the Lebanon. This was not finally settled till the 5th September 1864. ¶ It was provided, that the Lebanon should be administered by a Christian Governor named by the Porte, with an Administrative Council composed of twelve members from the different communes, according to their religious distribution, Maronites and Druses, one Mussulman, two orthodox Greeks and one Catholic Greek. ¶ There were also to be three Tribunals composed in similar proportions; and the Porte decreed the equality of all before the law, and the abolition of all feudal privileges. ¶ In 1867 the Porte issued an Imperial Firman for the reorganization of Crete after the insurrection there. For two years from the 1st March, 1868, the tithe (dime) was remitted entirely, and after that reduced for two years further to one-half. ¶ The Island of Crete was divided into sandjaks, cazas and communes under a Vali, assisted by an Administrative Council, composed of two Councillors, the Chief Magistrate, the Greek Metropolitan, the Director of the Finances, the Directors of Correspondence, and six other members, three Mussulmans and three non-Mussulmans, elected by their respective communities. Similar provisions were made for the Councils of the sandjaks, with this provision, that in the sandjaks exclusively Christian the Councils should be composed, under the presidency of the Mutessarifs (Governors), of three officials, the Bishop, and six Christian members elected by the population. ¶ The tribunals of the chief town and of the mixed sandjaks and cazas were to be composed of elective Mussulman and Christian members. In the sandjaks or cazas exclusively Christian the tribunals were to be composed entirely of Christians. There was also to be a general elective Council, composed of two Christian delegates from the Christian cazas, two Mussulman delegates from the Mussulman cazas, and one Mussulman delegate from each mixed caza. ¶ This scheme of administration for Crete has given rise to some dissatisfaction among the Christian population, owing to the manner in which the Porte has exercised its powers of appointing the Kaimakams and the Presidents of the Tribunals, by which a predominance has been given to the Mussulmans, incommensurate with their relative numbers. The Christian officials nominated are said to have been of so low a class as to render the more respectable of the Christian inhabitants unwilling to serve or be associated with them. ¶ In the basis laid down for the Conference, a distinction has been drawn between the case of Bosnia and the Herzegovina and that of Bulgaria. The circumstances of the several districts are, indeed, so different as to make it difficult to propose any measures of reform which would in their details be suitable to all alike. In Bosnia the population is reported to be nearly equally divided into Mussulmans and Christians, with a proportion among the latter of Roman Catholics. In the Herzegovina the majority of the population is Christian; but in both

Nr. 5823.
Gross-
britannien,
20. Nov. 1876.

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

provinces the Mussulmans are, and have always been, the ruling race, and, in spite of the events of 1850 and 1858, still hold the greater part of the landed property. As the insurrection in these provinces has led to the existing state of affairs, their pacification is of immediate necessity. At the same time the cruelty with which the attempted rising in the Balkans was suppressed has aroused the indignation of the civilized world, and made it equally imperative, that the recurrence of such outrages should be adequately guarded against. || Some confusion has been occasioned by the use of the generic name Bulgaria, in regard to the places where these outrages were committed. Tatar Bazardjik and the majority of the places where these atrocities were committed, are situated in mountainous districts, south of the Balkan range, in the vilayet of Adrianople, in Roumelia. Although there have been disturbances in the Northern Balkans, the vilayet of the Danube, commonly known as Bulgaria, extending from Widdin to the mouth of the river, has remained tranquil. || It was in this province of the Danube, that the system of vilayets was first introduced, under the able administration of Midhat-Pasha, and care will have to be taken not to disturb unnecessarily institutions which may have proved to be efficiently organized. || It is all the more important to bear this distinction between the vilayets in mind, as the proposals of the Russian Government for the occupation of Bulgaria had in view the intervention of a foreign military force and the suppression of the local Government in the vilayet of the Danube, where such measures have, in reality, been the least called for. || In a despatch addressed to Sir H. Elliot on the 21st of September, Her Majesty's Government instructed his Excellency to recommend as a provisional measure, and without prejudice to such future arrangements as may be made in concert with the Powers, that the disturbed districts should be at once placed under an able and energetic Commissioner specially appointed for the purpose, who, if not himself a Christian, should have Christian counsellors in whom trust could be reposed by the Christian population. || Her Majesty's Government have not heard, that any steps have been taken to carry this recommendation into effect; but it would have afforded a proof, unfortunately wanting, of the determination of the Porte to act energetically without foreign pressure. || In the absence of any such effort on the part of the Porte to effectually repair the injuries which the apathy and misconduct of the local officials allowed to be inflicted on the Christian population, Her Majesty's Government have felt compelled to consider the means which may be best adapted for ensuring the reform of the administration in the districts affected, as well as in Bosnia and Herzegovina, and it will probably be found, that such measures, in order to be effectual, will have to be extended over the whole vilayet of Adrianople and possibly of the Danube also. || Besides giving the population some control over their own local affairs, the Conference basis provides, that there shall be guarantees against the exercise of arbitrary authority in Bosnia and Herzegovina and also against maladministration in Bulgaria. || The whole

history of the Ottoman Empire since it was admitted into the European concert, under the engagements of the Treaty of Paris, has proved, that the Porte is unable to guarantee the execution of reforms in the Provinces by Turkish officials, who accept them with reluctance and neglect them with impunity. ¶ It has, therefore, become requisite to aim, in the present crisis of affairs, at an agreement between the Powers and the Porte for the establishment of some system of reforms in the provinces whose administration will come under discussion, which shall combine the elective principle with external guarantees for efficient administration. ¶ Her Majesty's Government do not desire to hamper your Excellency's discretion in the approaching discussions by any detailed plan for such a scheme of reforms; but it may be useful to indicate generally the points in which the existing system of administration in the provinces might be strengthened and improved. ¶ The vilayets might be placed under Valis whose nomination by the Porte should, as a temporary arrangement, be subject to the approval of the Ambassadors of the Guaranteeing Powers, or a majority of them. The office of Vali to be tenable for a period of say seven years, and the Vali irremovable, except on conviction of crime, or proved corruption, or incapacity, and then only with the concurrence of the Ambassadors, or a majority of them. ¶ The Provincial Councils or Medjlisses, whose machinery seems unnecessarily cumbrous, might be supplemented or superseded by General Councils for each vilayet, to be elected by the votes of the population of each Caza: the number of members to be proportioned to the population, and to be divided into Mussulmans and non-Mussulmans in the same ratio. The last Firman has decreed a General Council for the whole Empire, and these General Provincial Councils might be elected by the same suffrage, and meet at the chief town or other locality which may be most convenient and accessible. ¶ The Mutessarifs to be nominated by the Porte, subject for the present to veto by the Ambassadors, or a majority of them, who would be advised by the Consuls. The Mutessarifs to hold office on a similar tenure to the Vali. ¶ The Kaimakams to be selected by the Vali from members of the General Provincial Council, or some other security taken, that they should be persons possessing the confidence of the population. In Cazas where the majority are non-Mussulmans, the Kaimakam to be a non-Mussulman, and *vice versa*. ¶ The law of the Vilayets provided that — At the chief town of every vilayet a High Court should be established, presided over by the chief Magistrate and composed of six members, three Mussulmans and three non-Mussulmans. This High Court was to deal with all causes on appeal with the exception of suits between Mussulmans on appeal from the Cheri, or between non-Mussulmans on appeal from the special Courts of the non-Mussulman communities. ¶ A High Court of Commerce was to be also established at each chief town. ¶ Each sandjak was to have a Tribunal composed of the Cadi and six members, three Mussulmans and three non-Mussulmans, who are elective. Its jurisdiction to be restricted in the same manner as the Superior

Nr. 5928.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1878.

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

Court of the vilayet. || In each Caza there was to be a Court of First Instance, composed, under the presidency of the Cadi, of elective members, three Mussulmans and three non-Mussulmans, with similar restricted jurisdiction. || The Firman of October 12, 1875, introduced considerable alterations in these Provincial Tribunals. The Judges were made elective, the Presidents of the Tribunals were to be chosen from the most capable persons, and the principle of the Judges being irremovable, was recognized with other reforms. || Her Majesty's Government doubt whether the plan of elective Judges, except in the case of the inferior Magistrates, is likely to be beneficial, and consider that it might be well to supplement it by establishing a Central Court at the chief town of the vilayets, the Judges of which should be irremovable and appointed for life, or for a fixed term of years, and should be selected by the Porte, subject, for the present, to the veto of the Ambassadors. Although the Magistrates of the minor Courts might continue to be elective, provision should be made, that the Presidents should be Mussulman or non-Mussulman according to the population; and that neither the Judges of the Central Court nor the Presidents of the minor Courts should be selected except from persons possessing adequate judicial experience and legal training. || At the same time the jurisdiction over landed property should be removed from the Mussulman Courts, in cases in which non-Mussulmans are exclusively concerned, to non-Mussulman Courts; and in mixed cases to Mixed Courts, subject in both instances to appeal to the Central Provincial Court. The Codes of Law should also be translated and published in the local languages. || If, moreover, a higher Court of Appeal could be constituted at Constantinople, in which the Porte would consent to employ a proportion of foreign Judges, the benefit to the whole Empire would presumably be great, and the means be provided for training Turkish officials for employment in the provinces. || By the Hatti-Humayoun all the subjects of the Empire, without distinction, were to be received into the civil and military schools of the Government, if they otherwise satisfied the conditions as to age and examination which were specified in the Organic Regulations of the schools. Moreover, every community was authorized to establish public schools of Science, Art and Industry. Only the method of instruction and the choice of Professors in schools of this class were to be under the control of a Mixed Council of Public Instruction, the members of which were to be named by the Porte. || It is doubtful how far these provisions have been carried into actual execution, and the establishment of efficient schools for the Christian population would properly be included in the matters to be considered in regulating the reforms required in the provinces. || Among the causes of disaffection in the provinces none has been more general than the arbitrary misconduct of the Mussulman zaptiehs or police, and it will be probably proved indispensable, that a proportion of Christians should be employed for the future both as officers and men. The local police service may also require re-organization in other respects, as contem-

plated in the Hatti-Houmayoun, in addition to the reforms promised in the Instructions of Server-Pasha of October 6, 1875. The chief officers should be made permanent, and their appointment subjected to some form of guarantee for their efficiency. The Hatti-Houmayoun likewise provided, that the equality of taxes entails equality of burdens, as equality of duties entails that of rights. Christian subjects, it is stated, and those of other non Mussulmans sects, should, as well as Mussulman, be subject to the obligations of the Law of Recruitment. The principle of obtaining substitutes, or of purchasing exemption, was to be admitted, and a complete law was to be published, with as little delay as possible, respecting the admission into and service in the army of Christian and other non-Mussulman subjects. ¶ An attempt was made to carry out this provision; but it was abandoned, and the capitation tax on Christians substituted. This has recently been made less onerous; but the opinion has generally been expressed by Sir H. Elliot and others, that no real equality can be secured between the Mussulmans and Christians so long as the latter are excluded from bearing arms in the military service of the country. ¶ The reasons of the Porta for feeling suspicious of non-Mussulman soldiers and police can easily be understood, as well as the reluctance of the Christians, in many cases, to be included in the conscription; but, nevertheless, it would be very desirable, that some arrangement should be arrived at for constituting a system for the enrolment of non-Mussulmans in the army or local militia, either in separate regiments or battalions, or in some other way which should preserve them from being marked out for ill-usage by their Mussulman comrades, and should admit of non-Mussulman officers attaining due rank and distinction in the service. The Mussulmans should be at the same time subjected to the same prohibitions in respect of carrying arms as are now imposed on the Christians. The question of local taxation has already been referred to. In order to secure the control of the local finances a provincial Treasury might be established at the principal towns of the vilayets, into which the taxes and local rates should be paid. The 16th Article of the Règlement for the Lebanon provides, that the cost of administration and expenses of public utility shall be a first charge on the taxation of that district, and a similar regulation might be made for these provinces. The Provincial General Councils, or Assemblies, might have the right of voting the local taxes, subject to the concurrence of the Vali, or Governor, in such a way that, after the balance of Imperial taxes had been paid over, the province should be financially independent of the Constantinople Ministry of Finance. ¶ Her Majesty's Government have not endeavoured to offer more than the outline of a system of local self-government, in which they have aimed at the establishment of provincial administration under Governors whose ability and integrity would be vouched for by the guarantee of a diplomatic veto, acting with provincial elective assemblies having control over the local taxation, with permanent judges and other higher officials appointed under a similar guarantee, and with a reformed system of local militia and police, the removal

Nr. 3628.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

Nr. 5923.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1876.

of any remaining Christians disabilities, the improvement of the land laws, and the amelioration of the condition of the whole agricultural population. || Her Majesty's Government believe that, if some such system of local self-government could be established, it would form the best guarantee for the well-being of these provinces, and open the way to the general adoption of reformed and constitutional Government throughout the Turkish Empire. " Having thus stated the nature of the guarantees which Her Majesty's Government consider may fairly be demanded of the Porte, it remains for me to state explicitly, that Her Majesty's Government cannot countenance the introduction into the Conference of proposals, however plausible or well-intentioned, which would bring foreign armies into Turkish territory in violation of the engagements by which the Guaranteeing Powers are solemnly bound. || In authorizing your Excellency to declare this determination on the part of Her Majesty's Government at the Conference, should occasion require it, they desire at the same time, that it should be understood by the Porte, that Great Britain is resolved not to sanction misgovernment and oppression, and that, if the Porte by obstinacy or apathy opposes the efforts which are now making to place the Ottoman Empire on a more secure basis, the responsibility of the consequences which may ensue will rest solely with the Sultan and his advisers. | The Queen relies upon this country being represented by your Excellency and Sir H. Elliot in the Conference with discretion, judgment and firmness, and trusts that the result of its deliberations may be to secure the welfare of the population of Turkey and the preservation of the peace of Europe. || I am, &c

D e r b y.

Nr. 5924.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St.-Petersburg. — Veröffentlichung des Berichtes über die Audienz in Livadia.

Foreign Office, November 21, 1876.

Nr. 5924.
Gross-
britannien.
21. Nov. 1876.

My Lord, — The Russian Ambassador has called upon me, and said, that he is instructed by his Government to request, that the report of your Excellency's conversation at Livadia with His Imperial Majesty the Emperor of Russia should be made public, as it contained assurances which were of a nature to tranquillise public feeling. || I informed his Excellency in reply that, although the production of documents of this kind relating to a negotiation actually in progress was not customary in this country, I could not, under the circumstances, hesitate to make an exception, and the despatch in question should appear without delay. I thought its publication might be opportune,

since the last few days had brought us the intelligence of the mobilisation of a considerable Russian force, and of the emission of the new Russian loan for 100,000,000 roubles. ¶ I am, &c.

Nr. 5924.
Gross-
britannien.
23. Nov. 1876.

Derby.

Nr. 5925.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. — Audienz beim deutschen Kaiser.

Berlin, November 23, 1876.

My Lord, — I had the honour of being received by the Emperor of Germany at an audience this afternoon. ¶ His Imperial Majesty expressed earnest hopes for the preservation of peace, and said, that he had used and would continue to use his utmost personal influence with the Emperor of Russia for that purpose. ¶ His Majesty stated his opinion, that the course taken by the Emperor Alexander was imposed upon him by circumstances, and by the oppression to which those of his own religion had been subjected under Turkish rule. ¶ He trusted, however, that by the concession of reasonable reforms in the administration of the Turkish Provinces, combined with guarantees for their execution, the necessity for an occupation of Turkish territory might be avoided. ¶ His Majesty considered, that it was impossible for Europe any longer to accept the mere promises of the Porte, and that it was indispensable, that satisfactory guarantees against the continuance of the evils under which the Christians in Turkey were suffering should be arranged. I stated to His Majesty, that it was the full intention of Her Majesty's Government to insist on the provision of adequate guarantees; but at the same time I said, that I feared that an occupation of Turkish territory would lead to war, and that the limits of such a war could not be foreseen. ¶ I have, &c.

Nr. 5925.
Gross-
britannien.
23. Nov. 1876.

Salisbury.

Nr. 5926.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury. — Die bulgarischen Greuel.

Foreign Office, November 24, 1876.

My Lord, — It is not the desire of Her Majesty's Government, that your Excellency should in any way interfere with the ordinary business of Her Majesty's Embassy at Constantinople; but they cannot let the occasion of your

Nr. 5926.
Gross-
britannien.
24. Nov. 1876.

Nr. 5926.
Gross-
britannien.
24. Nov. 1876.

Excellency's special Embassy pass without requesting you, as a member of Her Majesty's Government, to convey to the Porte a further and very serious warning with regard to the manner in which the outrages committed on the population in Bulgaria are being allowed by the Turkish Government to remain without adequate redress. || In the despatch addressed to Sir H. Elliot on the 21st September*) his Excellency was instructed to demand an audience of the Sultan, and to communicate to His Majesty the result of Mr. Baring's inquiries, mentioning by name Chefket-Pasha, Achmet-Agha and other officials, whose conduct he had denounced. His Excellency was also, in the name of the Queen and Her Majesty's Government, to call for reparation and justice, and to urge that the rebuilding of the houses and churches should be begun at once, and necessary assistance given for the restoration of the woollen and other industries, as well as provision made for the relief of those who have been reduced to poverty; and, above all, to point out that it was a matter of absolute necessity, that the eighty women carried off to Mussulman villages should be found and restored to their families. Furthermore, his Excellency was instructed to urge, that striking examples should be made on the spot of those who had connived at or taken part in the atrocities, and that the persons who had been decorated or promoted under a false impression of their conduct should be tried and degraded where this had not been done already, and every effort made to restore public confidence. || With this view, the instruction to Sir H. Elliot continued, it would seem advisable, as a provisional measure, and without prejudice to such future arrangements as might be made in concert with the Powers, that the disturbed districts should be at once placed under an able and energetic Commissioner specially appointed for the purpose, who, if not himself a Christian, should have Christian counsellors in whom trust could be reposed by the Christian population. || Sir H. Elliot executed these instructions on the 7th of October, and received from the Sultan every assurance, that the measures called for by Her Majesty's Government, both for the relief of distress and for the punishment of the guilty, should be accomplished. || It is with regret, that Her Majesty's Government have learnt from the subsequent reports of Mr. Baring and Her Majesty's Consular Officers how little has been done to give effect to these assurances of the Sultan. || Chefket-Pasha has been retained in posts of honour, and although Achmet-Aga has been at last arrested, his son, who is accused of being equally culpable, has been allowed to escape, and is in concealment among the Mussulmans. || The Turkish authorities have only sent a sum of 7,000*l.* for the rebuilding and repair of the villages, although the Turks themselves have estimated the amount required at 30,000*l.*, and at one place Ali-Bey, a notorious fanatic and a participator in the outrages, has been appointed to superintend the works. || Nothing whatever appears to have been done to restore the industries of the Christian population.

*) Siehe oben Nr. 5764.

From the reports which have reached Her Majesty's Government, it is doubtful how many of the eighty women have been restored to their homes. Sixty-eight women and children are stated to have been brought back to Batak; but others still remain in the hands of their captors, or are otherwise retained; and the efforts of the Pasha of Salonica to recover those who had been taken to that Province have been impeded by the Mutessarif of Drama and other subordinates. ¶ Instead of examples having been made on the spot, the inquiries of the Commission under Sadoullah-Bey have been conducted at a distance from the scene of the principal outrages, and witnesses have had consequently to be summoned from a considerable distance, the proceedings being thus delayed, the effect of examples lost, and the ends of justice to a great extent frustrated. ¶ The conduct of the Commission has also been in many other respects most unsatisfactory; the few members of it who have shown any capacity for judicial investigation have been checked and hindered by the interruptions of their colleagues, and months after the massacre of hundreds of women and children, and of unarmed men, the Commissioners are still considering whether such murders are crimes. ¶ Under these circumstances it is not surprising, that public confidence should have been so little restored; that there should be a feeling among the people that the Commissioners are seeking to excuse rather than to judge the perpetrators of these misdeeds and that a contrast should be drawn between the activity displayed by the Porte in punishing the Christians concerned in the insurrection and the laxity in bringing to justice the Mussulmans implicated in the outrages. ¶ Moreover, the Provinces have been left with an insufficient number of police and regular troops, so that little security is felt, that fresh outbreaks may not occur among the Mussulman villagers, Pomaks and Circassians. ¶ Her Majesty's Government have not received any answer to Sir H. Elliot's suggestion for the appointment of a Special Commissioner, nor are they aware that any notice has been taken of it. I have referred in my despatch of the 20th instant, to the serious effect, that the disregard of this suggestion and the neglect to provide for the effectual control and regulation of the Mussulman population in the Balkan Provinces is likely to have in the approaching discussions at Constantinople; and indeed the danger of leaving the country in the state in which it is now represented to be is so apparent, that Her Majesty's Government are unable to understand how the Porte can be blind to it. Even if the dictates of humanity may have no influence with the Government at Constantinople, the most ordinary considerations of policy would counsel the Porte to establish at once a firm administration over the disturbed districts, execute speedy and impartial justice, and redress the wrongs of the Christian population. ¶ Sir H. Elliot has used his utmost efforts to impress upon the Porte the necessity of listening to the representations respecting the state of these districts, which Her Majesty's Government and the Governments of the other Powers have been constantly urging on their attention; and it is the wish of

Nr. 5896.
 From:
 Britannica.
 24. Nov. 1876.

Nr. 5926.
Gross-
britannien.
24. Nov. 1876.

the Queen and of Her Majesty's Government that, after conferring with his Excellency and obtaining the most accurate information procurable, your Excellency should take an early opportunity on your arrival at Constantinople of again addressing the Sultan, pointing out to His Majesty how ineffectually his assurances have been accomplished by the responsible authorities, and pressing for their immediate execution. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5927.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Graf Andrassy.

Rome, November 29, 1876.

Nr. 5927.
Gross-
britannien.
29. Nov. 1876.

My Lord, — I arrived at Vienna on the evening of the 24th instant, and saw Count Andrassy on the following day for several hours, and again on the morning of the 26th. || His Excellency spoke to me at considerable length on the position of the Eastern question, and examined the various plans which have been suggested for its settlement. I was gratified to find, that his views were, in many respects, identical with those entertained by Her Majesty's Government. He appeared to be strongly averse to the formation by the Conference of any new tributary States, as he believed, that such an arrangement would not, under existing circumstances, secure either political stability or the good government of the populations. || His Excellency was also much opposed to the idea of a Russian occupation, and expressed a hope, that England would not sanction it. || I assured him, that in these respects Her Majesty's Government entirely shared the opinions of the Austrian Government. At the same time I observed, that the inability of the Turks to fulfil the promises which they had made on various occasions, and the grievous sufferings which, in consequence, had befallen the Christian populations, had imposed upon Europe the duty of making every exertion to secure not only the enactment of any further reforms that might be necessary, but also guarantees for the efficacious execution of those which had already been sanctioned. || In this view Count Andrassy very cordially concurred, and, indeed, earnestly reiterated it more than once before the termination of the interviews. || I then explained to his Excellency the views entertained by Her Majesty's Government with respect to the appointment of Governors, Judges and other executive officers in the Turkish Provinces, and the securities with which it is proposed to surround the appointment and tenure of office of those authorities. || He concurred generally in the tenor of those opinions, without pledging himself to details. At the same time he strongly urged the necessity

of fiscal reforms, and especially dwelt upon the misery caused to the peasantry by the illegal maintenance of the tax-farming system. I assured his Excellency, that Her Majesty's Government were keenly alive to the evils caused by this system, and would offer their most cordial assistance in procuring its effectual abolition. || The question of disarming the Mussulmans was discussed; but I agreed with his Excellency, that it would be difficult to discover any practical and permanent machinery for carrying into effect what was in itself a salutary measure. || Count Andrassy readily promised, that Austria would cooperate with Her Majesty's Government in their endeavours to maintain peace; but it was evident, that he looked upon the present state of affairs with no little anxiety. || I have, &c.

Nr. 5927.
Gross-
britannien.
29. Nov. 1876.

Salisbury.

Nr. 5928.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. — Audienz beim Kaiser von Oesterreich.

Rome, November 29, 1876.

My Lord, — The Emperor of Austria did me the honour to grant me an audience on the 25th instant, at which I expressed to His Majesty the strong hope entertained by the Queen and Her Majesty's Government, that events might permit England and Austria to act together in the Conference at Constantinople. His Imperial Majesty was pleased to reciprocate this hope and to give his opinion, that the interests of the two countries in regard to the present phase of the Eastern question were identical. || His Majesty discussed the position of affairs in the revolted Provinces of Turkey, and entered into an examination of the various proposals that have been made with regard to them; but he seemed to fear, that the difficulties of arriving at a settlement which would be acceptable to all the Powers were almost insuperable. || I assured His Majesty, that it was the earnest hope of Her Majesty's Government that peace might be maintained, and I stated my belief, that it would only be seriously menaced if an occupation of Turkish territory were insisted upon. || I have, &c.

Nr. 5928.
Gross-
britannien.
29. Nov. 1876.

Salisbury.

Nr. 5929.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Audienz beim Sultan.

(Extract.)

Constantinople, November 29, 1876.

Nr. 5929.
Gross-
britannien.
29. Nov. 1876.

At my audience of the Sultan, after Sir James Drummond had withdrawn, and when I had presented the Queen's letter, His Majesty invited me to remain to have some conversation upon the present position of affairs. || He did not doubt the friendly disposition of Her Majesty's Government; but he exhibited some apprehension lest, at the ensuing Conference, resolutions should be adopted tending to impair his independence and authority, and he hoped Her Majesty's Government would not countenance any such proposals. || I replied, that His Majesty might be satisfied that, in proposing a Conference, Her Majesty's Government were animated by a sincere interest in the Ottoman Empire, and by a wish to bring to a satisfactory conclusion a state of things which was menacing not only to itself, but to the general peace of Europe. This critical position had been caused by the Porte's neglect during the last twenty years to improve the administration of the country, and to remove the grievances weighing upon a large class of His Majesty's subjects, and it had become a duty for the European Governments to see, that the engagements taken by the Porte were now carried out, so as to put an end to the prevailing discontent, and to prevent the danger of future disturbances. || The Sultan answered, that he could not attempt to deny, that the Hatts promulgated in preceding reigns had been allowed to remain dead letters, or that the engagements taken had been unexecuted; but he repeated his own irrevocable resolution of giving a thorough effect to them. || He could not himself be reproached for what had been done or left undone by his predecessors. His Ministers were working day and night in elaborating measures for giving practical effect to the principles formerly accepted; and His Majesty hinted, though in very mild terms, that there would be an injustice on the part of the European Powers in interfering in the internal administration of the Empire upon the assumption of his not putting those measures into operation. His Majesty, upon my taking leave, said, that he would at all times be glad to receive me whenever I wished to see him.

Nr. 5930.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d.
Ausw. — Unterredung mit Signor Melegari.

(Extract.)

Rome, November 30, 1876.

I had an interview this morning with Signor Melegari, the Italian Minister for Foreign Affairs, and discussed with him the present grave state of affairs in the East. ¶ His Excellency began by emphatically expressing the opinion, that the conscience of Christendom would not be satisfied unless effective guarantees were provided for the better government of the Christian populations of Turkey. ¶ At the same time he stated, that the Italian Government was strongly opposed to any military occupation of any portion of the Turkish Empire. ¶ His Excellency went on to express the opinion, upon which he insisted with much force, that the action of the Powers ought not to be derived from or limited by the Treaty of Paris, but that their functions were rather those of mediators, deriving their title simply from the events of the war and the acceptance of the Conference by the Porte. They ought, he considered, to be unrestricted in their search for a solution of the questions to be submitted to the Conference by any obligations imposed by that Treaty, and he was not prepared to admit, that the Porte would be at liberty to reject any decision to which the Conference might come. ¶ His Excellency expressed himself adversely to the project of providing a port for Montenegro upon the Adriatic, as he doubted whether she would have the power to prevent its being employed for purposes other than those to which the Powers would wish to confine it. ¶ Signor Melegari expressed, throughout the conversation, the most earnest desire to cooperate with England at the Conference. ¶ I said, that Her Majesty's Government would hear with sincere gratification of the friendly feelings of the Italian Government; and I added that, in insisting upon the necessity of providing effective guarantees for a reform in the government of the revolted Provinces, and in strenuously objecting to a Russian occupation of any part of the Ottoman Empire, the Italian Government were entirely in accord with the views entertained by Her Majesty's Government.

Nr. 5930.
Gross-
britannien.
30. Nov. 1876.

Nr. 5931.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Erwiderung auf das russische Circular, betreffend Mobilmachung.

Constantinople, le 30 Novembre, 1876.

M. l'Ambassadeur, — Son Excellence le Général Ignatiew m'a donné lecture et laissé copie d'une dépêche Circulaire de son Altesse le Prince Gor-

Nr. 5931.
Türkei.
30. Nov. 1876.

Nr. 5931.
Türkei.
30. Nov. 1876.

tchakow en date du $\frac{1}{13}$ de ce mois, et que je vous communique ci-près. || J'ai à peine besoin de dire que cette communication a produit sur la Sublime Porte une impression des plus pénibles. Nous comprenons que le Prince Chancelier ait éprouvé le besoin de justifier aux yeux de l'Europe les armements de la Russie et la mobilisation d'une partie de l'armée Russe; mais ce que nous ne pouvons pas aussi facilement nous expliquer, c'est que son Altesse s'applique à faire retomber sur nous la responsabilité tout entière de la situation. || Il ne saurait entrer dans mon intention de m'engager dans la voie des récriminations en relevant une à une les assertions de son Altesse le Prince Chancelier. Je me bornerai à relever ce fait que, si l'administration du Gouvernement Ottoman eût été aussi incorrigible qu'on cherche à le faire croire, l'Empire se serait trouvé aux prises avec une insurrection permanente, tandis qu'en jetant les yeux sur la période de vingt années qui s'est écoulée depuis la paix de Paris, on ne trouve à signaler qu'un très petit nombre de mouvements insurrectionnels dont les mobiles et le caractère spécial sont trop connus pour que j'aie besoin d'insister ici même pour faire voir qu'ils ne sauraient nullement servir de confirmation aux assertions de la Circulaire de son Altesse. || Personne n'ignore aussi ce qu'était à l'origine cette lutte devenue si sanglante et dont parle le Prince Gortchakow. Les événements qui se sont déroulés depuis et dont je crois superflu de faire ici l'historique sont encore présents à la mémoire de tout le monde. || Obligé de recourir à la force pour rétablir l'ordre public profondément troublé par des conspirations criminelles, pour accorder à ses sujets paisibles menacés dans leur existence et dans leurs foyers la protection qui leur était due, pour repousser des attaques à main armée que rien ne justifiait, le Gouvernement Ottoman ne pouvait, à moins de laisser l'Empire à la merci des agitateurs, que recourir aux moyens légaux dont il disposait pour se mettre en état de légitime défense. Il est naturel que les désordres qu'on a cherché à provoquer, et auxquels les passions révolutionnaires se sont efforcées de donner dès le principe le caractère d'une lutte de race et de religion, n'aient pu être réprimés sans de douloureux sacrifices. Aussitôt pourtant que l'ordre a été matériellement établi, le premier soin du Gouvernement a consisté à réparer dans la mesure du possible les effets immédiats de ces événements, à subvenir aux besoins des populations que l'on avait réduits à la misère pour se faire une arme de leur désespoir, à accorder de larges amnisties à ses sujets égarés et enfin à accomplir l'oeuvre de la justice. Ainsi donc, pénétrés de la conviction d'avoir strictement rempli notre devoir, nous repoussons avec toute la force de notre conscience la responsabilité du sang versé. Toujours et partout, nous avons épuisé tous les moyens de conciliation avant d'arriver à des extrémités fâcheuses, et nous pouvons ajouter sans crainte d'être démentis que nous avons constamment donné à l'Europe des preuves manifestes de notre désir sincère de voir se rétablir la paix. || Tout dernièrement encore, en signant un armistice pur et simple de deux mois, et en acceptant la proposition de la Conférence, nous

avons donné un nouveau gage de notre désir d'arriver à la solution pacifique des difficultés du jour. || Ces circonstances sont si bien connues qu'on ne saurait, croyons-nous, imputer à crime au Gouvernement de n'avoir pas abdicqué sur-le-champ, et en se dérochant à tous ses devoirs, entre les mains de la révolution, le principe d'autorité qui leur était confié et qu'il était tenu de défendre. || Le Gouvernement Impérial de Russie assure toute l'Europe qu'il n'a d'autre but en Orient que d'y voir l'amélioration du sort des populations Chrétiennes. En pareil cas, l'inutilité des armements extraordinaires que la Circulaire du Prince Gortchakow est destinée à justifier devient évidente. Plus que toute autre Puissance, la Sublime Porte est animée du désir exprimé au nom de la Russie par son Altesse, et c'est précisément à l'accomplissement de cette oeuvre qu'elle ne demande pas mieux que de consacrer ses soins et toute sa sollicitude. La Turquie, avant de pouvoir arriver au but de ses efforts, et d'aplanir les obstacles de toute nature qui s'opposaient à chacun de ses pas en avant dans la voie du progrès, a eu à traverser une période qui n'a été marquée, il faut bien le reconnaître, que par une succession non-interrompue d'événements malheureux et de circonstances dont elle a eu à subir la mauvaise influence. || Néanmoins, et en dépit de toutes les causes qui sont liguées contre l'accomplissement de ses destinées, elle est graduellement arrivée et sans subir aucune de ces profondes commotions politiques qui ont marqué de sang l'histoire des plus grandes nations de l'Europe, à atteindre la limite où la transformation de ses institutions doit naturellement s'accomplir, et lui créer une existence nouvelle. || Le Gouvernement Impérial n'a rien de plus à coeur que de donner au sentiment général une ample satisfaction, en élargissant de beaucoup le cercle des concessions qu'on avait eues en vue lors de la signature du Traité de Paris. Ces réformes que nous avons promises nous les exécuterons sans le moindre retard pour tout l'Empire, et nous sommes prêts à faire à cet égard tout ce qui dépend de nous. || Il nous est impossible de croire que tant d'efforts pour défendre les droits de notre Souverain et l'indépendance de l'Empire, consacrés par des actes internationaux, et tant de preuves solennelles de l'empressement du Gouvernement Impérial à répondre à l'attente légitime des Puissances amies, puissent être méconnus ou mal interprétés. C'est dans cette conviction que je vous autorise, M. l'Ambassadeur, à donner lecture et à laisser copie de la présente dépêche à son Excellence le Principal Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères de Sa Majesté Britannique. || Veuillez, &c.

Safvet.

Nr. 5932.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredungen mit General Ignatieff.

Constantinople, December 7, 1876.

Nr. 5932.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1876.

My Lord, — I have had several interviews since my arrival here with General Ignatieff. || His Excellency took an early opportunity of stating, that the occupation of Turkish territory was not put forward as a *sine qua non* by the Russian Government, but that they merely suggested it as the only measure that appeared to them calculated to meet the pressing necessity which they foresaw. || He said, that he had no doubt that the Conference would be able to arrange institutions that would furnish a sufficient guarantee for the reforms which the Porte had promised or might be asked to enact, as well as sufficient protection for the lives and properties of the Christian population in the future. But the present danger was that which pressed upon his mind. The discussions and resolutions of the Conference could only have a future value, as several months must elapse before any organization which might be decided upon could be brought into active operation. During that time the Christians, who had been absolutely disarmed, would be living in the midst of a considerable population of armed and infuriated Mussulmans, whose fanaticism had been stimulated to a very high point, and was increasing every day. || It seemed to him more than possible that, when terms distasteful to the Mussulmans were suggested by the Conference and pressed by it upon the Porte, there would be, either with or without the instigation of the central authority, an outbreak of religious passion, which might be followed by terrible results. According to his information, deplorable acts of violence were, even now, day by day, committed upon the Christians in the districts which had recently been disturbed; and there was every ground for fearing that, if any measures were insisted on injurious to the religious prejudices of the Mahomedans, another massacre would ensue. || I expressed a strong hope, that the language in which the Conference would communicate its decisions to the Porte would leave no doubt in the minds of the Turkish Ministers as to the expediency of compliance, and that they would be unable to disguise from themselves the extreme danger in which any renewed outbreak of fanatical cruelty would involve the Ottoman Empire. || General Ignatieff said, that he doubted whether any conviction that might be forced upon the Ministers of the Porte or any efforts on their part would furnish the requisite guarantees against the dangers of the moment; and he urged the adoption of some sort of military occupation, as the only means of obtaining a trustworthy security. At the same time he said, he would not insist upon it, if the Powers could discover any other means of meeting the immediate exigency. || I stated

that my instructions were to refuse my assent to schemes of military occupation, which, in their results, would be far from answering to the benevolent spirit in which they were conceived, and would incur the risk of calamities as terrible in their character and much wider in their extent than those which he apprehended. ¶ I added, that I would report his observations to Her Majesty's Government, and that I was convinced, that they would earnestly co-operate with him in the effort to devise securities against any, even the most inconsiderable, renewal of the horrible events of last summer. ¶ I have, &c.

Salisbury.

Nr. 5932.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1876.

Nr. 5933.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d.
Ausw. — Vorschläge des General Ignatieff.

(Telegraphic.)

Constantinople, December 8, 1876.

I have had several interviews with General Ignatieff which have resulted in the following proposals being made by him: — ¶ Bulgaria to form one province; covers nearly all coloured yellow in Kiepert's map, except Varna, Adrianople, Wodena. Christian Governors holding office five years to be named by Porte with assent of Powers. Provincial Councils to be elected by Cantonal Councils. Governor appoints Prefects of Departments, Christian or Mussulman, according to predominant creed. Cantonal Councils elected by people. Mayors named by Governor from three elected candidates. Cantons to contain about 10,000 people, grouped, if possible, by creeds. Mayors to be small-cause Judges: larger Tribunals in each department: Court of Appeal in province. Judges partly elected, partly appointed, three years on probation, then for life. Religious causes to go to Ecclesiastical Courts of several creeds. Militia and police to contain Christians proportionately to population. Governor appoints officers. Functionaries, if Mussulmans, must be natives. Local language to be employed in Tribunals and administration. Tithes to be fixed sums paid by Canton, which distributes burden. ¶ Punishment of those guilty of atrocities; irregular troops to be disbanded. Amnesty of Christians. Turkish troops to remain in fortified places, unless required by Governor. Importation by Porte of Circassians to cease; those already imported to be induced, where possible, to return to Asia. Porte to engage for all reforms in Protocol. Mussulmans to be disarmed. International Commission to arrange all details and supervise execution, and to have sufficient material force to make decisions respected and preserve tranquillity. ¶ These last demands are the greatest difficulty. It is now proposed, that the force should be 6,000 Belgians or Italians. Have promised to report the proposition, but have not encouraged it.

Nr. 5933.
Gross-
britannien.
8. Dec. 1876.

Nr. 5934.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königlichen
Min. d. Ausw. — Die Stimmung in der Türkei.

Constantinople, December 10, 1876.

Nr. 5934.
Gross-
britannien.
10. Dec. 1876.

My Lord, — I perceive in the English newspapers the prevalence of a conviction that, provided the Marquis of Salisbury and General Ignatiev come to an understanding upon the measures to be expected from the Porte, no further difficulty need be apprehended, as the acquiescence of the Imperial Government will be a matter of course. || This I believe to be an entire illusion. || The united action of Great Britain and Russia must have immense weight with the Porte; but the influence of Her Majesty's Government's friendly adviser is not what it was a short time ago. || The declaration of important personages, that the Turks must be driven out of Europe, causes a feeling of distrust against anything we may recommend in concert with Russia. Convinced, that Russia intends to attack it, the whole nation has resolved to offer the best resistance in its power, and that resistance will certainly be stubborn, though probably futile; but the Turks say, that there would be more discredit in being driven by force from their territories than in being cajoled out of them. || The Christian populations are as unanimously opposed to threatened Russian aggression as the Turks, for they know it to be undertaken in the interest of a particular nationality, which they dread and at the same time despise. || Although the Marquis of Salisbury will report to Your Lordship everything connected with the progress of the proceedings of the Conference, I think it my duty to keep Her Majesty's Government informed of the temper of the nation, which must be taken into account if a successful issue is to be hoped for, and a knowledge of which cannot well be ascertained in a few days. || I hope, from what I learn, that the Turkish Government may be found disposed to grant most of the concessions expected from them, coming fairly within the limits of the bases upon which the Conference was accepted by them; but if measures are proposed which they regard as contrary to the engagement that both the territorial integrity and the independence of the Porte should be respected, their resistance will be very great and probably insuperable. || They are aware that, if the Conference breaks down, and war ensues upon their rejection of proposals supported by all the Powers, their position will be worse than it would have been before, but this consideration will not, in my opinion, restrain them. || Such a result would be the most unfortunate, not only on account of the position in which it would place Turkey, but as diminishing the force of any protest which Her Majesty's Government might wish to make against coercive measures adopted by Russia.

a consequence of the rejection of the proposals which they had themselves approved. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 5934.
Gross-
britannien.
10. Dec. 1876.

Nr. 5935.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Graf Andrassy ist gegen die Vorschläge Ignatieff's.

Telegraphic.)

Vienna, December 11, 1876.

I have had conversation with Minister of Foreign Affairs to-day respecting General Ignatieff's proposals. He considers, that their adoption would be the first step towards the decomposition of Turkey without affording even the probability of a short respite from the anxiety at present prevailing as to the future. Besides, the geographical partiality of the scheme is not only seriously objectionable on account of this, but also because it is directed against the future independence and development of Greek population, and is merely intended to promote Pan Slavist and Russian interests. Dividing the Mussulmans and the Christians into separate cantons could only be effected by force and by violating the rightful property, and shutting up the Turkish garrisons in fortresses would increase the animosity of the Turks and Christians. As to the employment of a foreign force, while he considers 6,000 men insufficient for the purpose proposed, he asks who is to pay their expenses or those of a larger one. || The whole scheme, in his opinion, goes too far, as an attempt to create out of Eastern elements a perfect system of administration on a European model must end in failure, whereas a more modest plan, accepting what exists and merely reforming abuses and providing for the protection of the Christians and securing them equal rights with the Mussulmans, but leaving the Central Power sufficient authority to maintain order, would gradually bring about the civilization of the country.

Nr. 5935.
Gross-
britannien.
11. Dec. 1876.

Nr. 5936.

DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, OESTERREICH-UNGARN und RUSSLAND. — Vorkonferenz. — Compte-rendu No. 1. — Séance du 11 Décembre, 1876.

Les Représentants de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne, de l'Italie et de la Russie se sont réunis aujourd'hui pour aviser d'un commun accord aux moyens de rétablir la paix entre la Porte,

Nr. 5936.
Gross-
mächte.
11. Dec. 1876.

Nr. 5936.
Gross-
mächte.
11. Dec. 1876.

la Serbie et le Monténégro, et prendre les décisions qui leur sembleraient les plus propres à améliorer la situation générale en Orient. La présidence a été dévolue à son Excellence l'Ambassadeur de Russie, Doyen du Corps Diplomatique, et le Premier Secrétaire de l'Ambassade de France a été chargé de la rédaction du compte-rendu. || Les Plénipotentiaires s'engagent à garder le secret sur leurs délibérations. || Le Président de la Réunion, après avoir remercié ses collègues de l'honneur qu'ils lui ont fait en l'appelant à présider leurs délibérations, a continué en ces termes: — || "Désirant avant tout définir nettement le mandat qui nous est dévolu, Messieurs, je crois devoir constater que les séances que nous inaugurons aujourd'hui ne serviront que de préliminaires à la Conférence définitive, qui, nous l'espérons tous, mettra un terme à la crise que traverse en ce moment la Turquie, et qui a provoqué une perturbation générale commerciale et financière plus sensible dans les pays limitrophes que dans le reste de l'Europe. Mais la valeur de ces préliminaires acquiert une importance notable quand on considère que c'est ici que doivent être élaborées les bases sur lesquelles sera établie la situation future des populations Chrétiennes de la Péninsule Balkanique dont l'existence paisible a été atteinte par ce qui s'y est passé pendant les derniers quatorze mois. Je crois inutile de faire l'historique des pourparlers qui ont abouti à notre Réunion d'aujourd'hui. Je me permettrai seulement de vous rappeler que ce sont les propositions émanées du Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique qui ont réuni successivement et en traits généraux l'adhésion de toutes les Puissances Garantes de la Turquie. C'est à Londres encore qu'ont été jetées les bases sur lesquelles la paix doit être rétablie entre la Porte, la Serbie et le Monténégro, et qui devaient conséquemment régler le sort futur des trois provinces de la Turquie dont les conditions d'existence réclament des réformes sérieuses et immédiates. Pour la première partie, le *status quo ante bellum* a été pris comme point de départ. Quant à l'arrangement de la Bosnie, de l'Herzégovine et de la Bulgarie le mot d'*autonomie* a été prononcé d'abord; quelques termes explicatifs ont été ajoutés plus tard, des nuances ont été indiquées enfin entre les conditions différentes de ces trois provinces qui n'admettaient pas l'application stéréotypée d'un système absolument uniforme. || Les deux questions qui semblent déterminer le mandat que nous avons à remplir sont appelées à former le canevas de nos délibérations; le but que nous avons à atteindre, si je l'ai bien compris, doit donc être de définir d'une manière plus précise: || 1. Les conditions de la paix que nous avons, en notre qualité de médiateurs, à offrir à la Turquie d'un côté, à la Serbie et au Monténégro de l'autre. || 2. La nature et l'étendue du système administratif qui devrait être appliqué à la Bosnie, à l'Herzégovine et à la Bulgarie avec les modifications spéciales qu'exigeraient les conditions particulières de chacune de ces Provinces et avec les garanties propres à en assurer l'exécution efficace conformes aux intentions généreuses et équitables des Puissances Chrétiennes que nous avons l'honneur de représenter. || Ce n'est que lorsque nous serons

tombés d'accord sur les termes et l'étendue de ces deux points que nous pourrions présenter nos conclusions comme l'expression de l'opinion unanime des Grandes Puissances à l'acceptation de la Porte et procéder, s'il y a lieu, de concert avec ses Délégués, à la discussion des détails des projets que nous aurons élaborés. Notre but commun étant d'arriver au plus vite au rétablissement d'un ordre de choses normal dans les parties de la péninsule Balkanique qui forment l'objet de la sollicitude actuelle des Grandes Puissances, il me paraît que nous pourrions le plus facilement l'atteindre en nous occupant simultanément des deux objets que nous avons en vue. Sans confondre les conditions de la paix Turco-Serbe-Monténégrienne avec la réorganisation de la Bosnie, de l'Herzégovine et de la Bulgarie, nous pourrions, je pense, mener les deux affaires de front, et chercher à organiser nos travaux de manière à ce que les deux projets à élaborer arrivent à maturité simultanément pour ne former qu'un ensemble de conclusions. Il dépendra de vous, Messieurs, de décider comment nous devons distribuer notre temps pour remplir dans le plus bref délai la tâche compliquée qui nous est dévolue. ¶ Animé du désir sincère de la mener à bonne fin le plus promptement possible, je ne négligerai rien de ce qui dépendra de moi pour contribuer au succès de notre oeuvre commune. J'aime à espérer que le vif désir d'une entente qui anime toutes les Grandes Puissances, nous permettra de ne tenir compte, dans nos travaux, que des nécessités réelles que chacun de nous aura reconnues, et, laissant de côté toute convoitise ou ambition personnelle, tout préjugé ou arrière-pensée, ne chercher que le bien véritable et les moyens propres à remédier efficacement aux maux que nous sommes appelés à redresser et à prévenir. C'est une question qui intéresse non-seulement la Russie, mais l'Europe entière, la prospérité générale, l'humanité et la civilisation Chrétienne. Que la paix de l'Europe et le bien-être des populations Chrétiennes de la Turquie servent de récompense aux peines et aux difficultés attachées à l'entreprise que je suis heureux d'inaugurer avec vous aujourd'hui." ¶ Les Plénipotentiaires ont passé ensuite à l'examen des conditions de paix entre la Porte et la Serbie. Ils ont reconnu d'abord comme opportun que tout en maintenant l'état de choses actuel on y applique les améliorations que la situation comporte. Il a été admis toutefois que la campagne ayant été malheureuse pour les Serbes, on pourrait difficilement donner suite au désir de la Principauté de faire rectifier sa frontière du côté de l'ancienne Serbie. Mais il faudrait avoir en vue que tout le territoire occupé par les troupes Turques a été entièrement dévasté, de façon que le Gouvernement Serbe évalue actuellement les pertes subies à une somme de 10,000,000 à 15,000,000 de ducats. On ne croit pas devoir oublier, d'autre part, que sur certains points l'armistice a trouvé les Serbes en possession du territoire Ottoman. En conséquence, les Plénipotentiaires ont fixé les conditions de paix suivantes: — ¶ 1. Evacuation complète de la Serbie par les troupes Ottomanes en donnant à ces dernières tout au plus huit ou dix jours pour se retirer, les Serbes évacuant simul-

Nr. 5936.
Gross-
mächte.
11. Dec. 1878.

tanément les points occupés sur le territoire Ottoman. || 2. Restitution réciproque des prisonniers de guerre dans un délai déterminé. || 3. Amnistie complète aux sujets Ottomans ou Serbes qui auraient été compromis dans la lutte.

4. Des discussions ayant été soulevées entre les deux parties au sujet des îlots de la Drina, les Plénipotentiaires ont pris la résolution de recommander l'envoi d'une Commission Mixte Turco-Serbe qui devra prendre pour base le thalweg de la Drina, de façon à laisser aux Serbes les villages du Petit Zvornik et de Zakar, qui avaient été détenus par les Turcs contrairement aux conditions de la délimitation tracée avec la participation d'un Commissaire Russe à la suite de la paix d'Andrinople et à mettre ainsi un terme aux conflits qui se produisent périodiquement sur ce point. || La Réunion passe ensuite aux conditions de la paix avec le Monténégro, et, reconnaissant d'un côté que la fortune des armes a été favorable à cette Principauté, de l'autre qu'il y a lieu d'écartier des causes de conflits incessants entre les autorités Ottomanes et la population Monténégrine, décide que la frontière sera rectifiée par une Commission Internationale *ad hoc* se réunissant à Raguse trois semaines après l'acceptation de ces arrangements par les deux parties et qui opérera sur les bases suivantes: — || 1. Cession au Monténégro du côté de l'Herzégovine d'une partie des Zubtzi à l'exclusion de la Sutorina ainsi que des districts des Baniani, Piva, Drobniak, Charanzi jusqu'à la Tava, le district de Kolaschin. Il est entendu que Nischich, se trouvant dans les limites assignées au Monténégro, les habitants Musulmans auront la faculté de rester dans la ville ou de la quitter. || 2. Du côté de l'Albanie la rive droite de la Moratcha, les Mali et Veli Brdo, la place de Spouz, ainsi que les districts habités par les Kutchi-Drékalovitchi, Kutchi-Kraini et Wassoievitchi depuis la Zevna jusqu'au Lim. || 3. En vue de donner à la Principauté un débouché maritime et après avoir discuté l'opportunité de la cession de Spitza, les Plénipotentiaires ont considéré comme préférable de stipuler la liberté de navigation de la Boiana de manière à garantir ainsi à la Principauté le libre accès à la mer. Cette rivière devrait être l'objet de travaux qui la rendissent navigable et accessible. Les droits souverains de la Porte demeureront d'ailleurs pleinement réservés. Un arrangement spécial interviendra entre les deux parties dans lequel les facilités accordées au Monténégro devront se concilier avec la sauvegarde des intérêts fiscaux de la Porte. || 4. Il serait entendu que les territoires qui seraient cédés au Prince de Monténégro seraient placés sous la suzeraineté de la Porte. Son Altesse donnerait d'ailleurs toutes garanties pour la liberté de religion des habitants Musulmans. || Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne déclarent prendre *ad referendum* les arrangements précédents relatifs au Monténégro. || Après avoir ainsi arrêté les conditions de paix, la Réunion entend la lecture d'un mémoire relatif à la situation de la Bosnie. || Puis, sur les observations de plusieurs Plénipotentiaires, elle discute le point de savoir s'il est opportun d'examiner les principes généraux de la question ou de travailler sur un projet déterminé, et juge

convenable de ne pas entrer aujourd'hui dans l'examen d'un sujet aussi considérable.

La prochaine séance est fixée à demain 12 Décembre.

Werther.	Henry Elliot.
Zichy.	Salisbury.
Calice.	L. Corti.
F. de Bourgoing.	N. Ignatiew.
Chaudordy.	

Nr. 5937.
Gross-
mächte.
11. Dec. 1876.

Nr. 5937.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — Compte-Rendu No. 2. — Séance du 12 Décembre, 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie.

Nr. 5937.
Gross-
mächte.
12. Dec. 1876.

Le Compte-Rendu de la séance de la veille est lu et approuvé. || Prenant la parole à l'occasion de ce procès-verbal, l'un des Plénipotentiaires demande dans quelle mesure les résolutions de la Réunion sont obligatoires. Après une discussion prolongée, la Réunion est d'avis que son acte final sera seul obligatoire, étant réservé le sentiment de la Conférence définitive et toute latitude étant quant à présent laissée aux Plénipotentiaires pour prendre les propositions *ad referendum*. || La Réunion écoute ensuite la lecture faite par son Président de propositions sommaires ou têtes de chapitres sur l'organisation éventuelle de la Bosnie et de l'Herzégovine (Annexe No. 1). || Cette lecture donne lieu à diverses observations sur la question des prestations en nature et corvées, du désarmement et de la force de police à constituer dans ces provinces. Les bases de ce travail sont d'ailleurs celles de la note Austro-Hongroise du 30 Décembre. La question de savoir si la Bosnie et l'Herzégovine devraient être réunies sous la même administration locale a été réservée. || La Réunion prend également connaissance d'un travail préparatoire analogue sur la Bulgarie (Annexe No. 2). Ce document contient les principaux éléments qui devront servir de base et de point de départ aux discussions ultérieures. Sur le paragraphe relatif au choix des fonctionnaires, les Plénipotentiaires, après en avoir délibéré, pensent que s'il faut laisser une grande latitude pour le choix des fonctionnaires élus, les fonctionnaires nommés devront être pris autant que possible parmi les indigènes de la province. Quelques observations sont faites en outre sur la dîme, qui devra être remplacée par des taxes équivalentes. || Le Président appelle l'attention de ses collègues sur divers documents qu'il dépose à titre d'informations sur la table de la Réunion, et qui sont: — || 1. Un ensemble d'articles extraits des journaux

Nr. 5987. **Gross-
mächte.** 12. Dec. 1876. Turcs sur les massacres de Bulgarie. || 2. Un mémoire sur les excès qui se sont produits dans les Sandjaks de Slivno et Tirnovo et dans le Caza de Cazanlik. || 3. Un procès-verbal dressé par deux agents étrangers sur la conduite des Bachi-Bazouks dans le Sandjak de Philippopolis. || 4. Une pétition d'un certain nombre de Bulgares à la Conférence. || 5. Une énumération détaillée et accompagnée de désignations précises sur les actes de violence qui ont eu lieu dans les provinces de Macédoine et de Vieille Serbie, où aucun soulèvement des populations n'a été constaté. || La Réunion ne prend aucune décision sur les programmes préparatoires qui lui ont été présentés pour l'organisation de la Bosnie, de l'Herzégovine et de la Bulgarie et renvoie à sa prochaine séance l'examen plus approfondi des questions qui se rattachent à ces provinces.

Werther.

Henry Elliot.

Zichy.

Salisbury.

Calice.

L. Corti.

F. de Bourgoing.

N. Ignatiew.

Chaudordy.

Annexe No. 1.

Bosnie et Herzégovine.

1. Une autonomie locale basée sur un "self-government", aussi large que possible et adapté aux nécessités du pays, avec un Gouverneur-Général nommé par la Porte de l'assentiment des Puissances Garantes pour cinq ans, serait introduit sous le contrôle d'une Commission internationale. || 2. L'autorité Ottomane entrerait en pourparlers avec les insurgés et les émigrés sous le contrôle de cette même Commission, pour faciliter leur retour dans leurs foyers et assurer leur entière sécurité. || 3. Des matériaux leur seraient libéralement fournis par la Porte pour la reconstruction des églises et des maisons; ils recevraient d'elle également des instruments agraires et tout ce qui est nécessaire pour l'ensemencement des champs, ainsi que des secours pécuniaires pour l'achat du bétail, &c. On assurerait les moyens d'existence des émigrés rentrant, jusqu'à ce qu'ils puissent jouir de leur propre récolte. Toutes les distributions des secours se feront par une Commission indigène composée par moitié de notables Chrétiens et de Musulmans. La Commission Européenne surveillera le repatriement des émigrés et l'exécution des mesures susmentionnées. || 4. Le sort du laboureur et du fermier Chrétien sera amélioré par la facilitation du rachat des terrains appartenant aux grands propriétaires; le Gouvernement vendrait de son côté, aux Chrétiens, les terrains de l'Etat en accordant des délais pour les paiements à effectuer. Des Commissions Mixtes indigènes seront formées sur la base du principe électif, pour l'estimation de

ces terrains et la fixation du mode de payment. Le rachat des prestations en nature obligatoires et des corvées, si leur existence était constatée, s'opérerait de la même façon. 5. Dans les localités où la population a l'habitude de porter les armes, les Chrétiens resteront armés ainsi que les Musulmans, tandis que dans les parties de la Bosnie où les Musulmans seuls sont armés, leur désarmement devrait être effectué sous le contrôle de la Commission Internationale, qui devra disposer d'une force suffisante pour faire respecter ses décisions.

Nr. 5687.
Gross-
mächte.
12. Dec. 1876.

Annexe No. 2.

Bulgarie.

Avant de discuter l'organisation future de cette province, si cruellement éprouvée ces derniers temps, on devrait commencer par y assurer la sécurité le plus tôt possible par: — 1. Le désarmement des Musulmans, le licenciement et le renvoi de toutes les troupes irrégulières, particulièrement des Circassiens. 2. La punition exemplaire des coupables, qui ont commis les méfaits et les massacres. 3. L'indemnisation des victimes aux frais de la population Musulmane qui a pris part aux massacres et à la dévastation; la fourniture par la Porte des moyens d'abri et d'existence aux nécessiteux. 4. La révision après constatation de la Commission Européenne des sentences prononcées par des tribunaux qui appliquaient la torture, selon des renseignements dignes de foi; enfin, 5. Une amnistie générale et complète accordée à tous les Chrétiens de la Bulgarie, y compris les personnes qui ont subi des condamnations sommaires, exil, déportation, emprisonnement, décrétées par diverses Commissions Ottomanes pour crimes ou suspicions politiques. Après ces mesures préalables on devra procéder aux réformes suivantes: — 1. Introduction d'une autonomie locale administrative qui assurerait aux populations de la Bulgarie un "self-government" avec l'exclusion des fonctionnaires qui ne seraient pas indigènes de la province et l'introduction du principe électif sur une base large. 2. Répartition des impôts par les indigènes eux-mêmes avec le remplacement de la dîme par un impôt ou taxe équivalent. 3. Emploi de la langue locale dans les Tribunaux et dans l'Administration. 4. Formation d'une milice locale, et organisation de la police avec la participation des Chrétiens proportionnellement au nombre et à la race de ces derniers; les troupes régulières Ottomanes seraient concentrées dans les forteresses. 5. Nomination d'un Gouverneur-Général, pour un terme de cinq ans, choisi parmi les Chrétiens avec l'assentiment des Puissances Garanties. Pour que ces réformes dans les trois provinces aient une valeur réelle, il faut qu'elles soient accompagnées de garanties sérieuses, qui consisteraient dans un contrôle direct de l'Europe et l'exercice effectif de sa surveillance dans l'exécution de toutes

Nr. 5937.
Gross-
mächte.
12. Dec. 1876.

les mesures convenues, sur la base d'un Protocole qui engagerait irrévocablement la Porte à l'égard des Puissances. || Une Commission Internationale séjournerait en Bulgarie, comme en Bosnie et en Herzégovine, surveillerait l'application des réformes et aurait la faculté de régler les détails sur place et même d'introduire les modifications secondaires qui seraient jugées nécessaires par suite d'un accord entre la Sublime Porte et les Représentants à Constantinople; elle disposerait enfin d'une force matérielle suffisante pour maintenir la tranquillité et faire respecter les engagements pris. Il serait interdit irrévocablement de coloniser dans la Turquie d'Europe des Circassiens et l'on renverrait autant que possible ceux qui se trouvent déjà en Roumelie, en les dirigeant dans les provinces Musulmanes Asiatiques de l'Empire Ottoman.

Nr. 5938.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — Compte-Rendu No. 3. — Séance du 13 Décembre, 1876.

Nr. 5938.
Gross-
mächte.
13. Dec. 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie.

Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie déclarent qu'ils ont été autorisés par un télégramme de leur Gouvernement à accepter les décisions précédentes de la Réunion en ce qui concerne la régularisation du territoire Monténégrin. Le Plénipotentiaire d'Allemagne dit qu'en présence de cette déclaration, il se considère comme autorisé à adhérer également et dans la même mesure que ses collègues aux arrangements indiqués dans la première séance de la Réunion. || L'Ambassadeur de Russie, après avoir fait allusion à la nécessité de neutraliser ultérieurement les forts Ottomans qui pourraient entraver la libre navigation de la Boïana, donne connaissance à la Réunion d'une demande adressée aux Plénipotentiaires par le Prince de Monténégro et tendant à obtenir que des Agents particuliers de cette Principauté et de la Serbie soient envoyés à Constantinople pour soumettre à la Conférence quelques considérations avant la conclusion de la paix. || Après ces observations préliminaires, le compte-rendu de la séance précédente est lu et approuvé. || Avant que la Réunion commence l'examen des conditions de l'autonomie de la Bulgarie, le Président fait donner lecture par le Secrétaire d'un mémoire relatif à la manière dont la loi des vilayets a été jusqu'à présent appliquée par le Gouvernement Ottoman. || La Réunion passe ensuite à la lecture d'un travail où sont énumérées les principales bases qui pourraient servir à l'organisation de l'autonomie administrative en Bulgarie (Annexe). Au cours d'une discussion suivie article par article diverses modifications sont introduites dans le texte de ce document. Ainsi, en ce qui concerne l'action de la police locale, il est entendu

que l'expression "sans ingérence des autorités supérieures" ne saurait impliquer la négation de l'autorité du Gouvernement, mais signifie seulement que les autorités supérieures ne pourront entraver arbitrairement le fonctionnement ordinaire et régulier de la police locale. || La nomination des Mutessarifs est également l'objet d'une longue discussion et demeure réservée. Il en est de même de la question du Gouverneur-Général Chrétien sur la proposition faite par l'un des Plénipotentiaires de substituer à ce terme celui de "Gouverneur-Général de la religion de la majorité de la province"; diverses observations sont faites sur l'opportunité de sauvegarder la possibilité de nommer, s'il y a lieu, des Gouverneurs Catholiques ou Arméniens. L'ensemble de cette question ayant été pris *ad referendum* par plusieurs Plénipotentiaires, la Réunion la subordonne à des délibérations ultérieures et croit devoir attendre le moment où la situation définitive de la Bulgarie aura été déterminée. Il doit d'ailleurs être mentionné spécialement que le Gouverneur est chargé d'exécuter les lois de l'Empire. || Les Plénipotentiaires étudient la question de savoir si la Bulgarie formera une seule province ou deux vilayets séparés. L'étendue territoriale de la province est étudiée attentivement sur la carte, et plusieurs Plénipotentiaires expriment l'opinion que la superficie de ce territoire et le nombre de ses habitants seraient trop considérables pour ne former qu'un seul Gouvernement. || L'Ambassadeur de Russie pense qu'il serait préférable de ne point s'arrêter aux considérations ethnographiques, géographiques et politiques, mais d'envisager plus tôt la question au point de vue de la sécurité des Chrétiens et de comprendre dans les limites du Gouvernement à instituer tous les districts, où cette sécurité a été menacée, ou des actes de violence ont été commis sur la population Chrétienne. Il insiste pour l'unité de la Bulgarie et fait donner lecture à la Réunion par le Secrétaire d'une note où se trouvent résumées les principales objections contraires à la division de la Bulgarie en deux Gouvernements. || La Réunion se montre disposée à préférer l'organisation de deux provinces séparées et se livre à l'examen de la répartition éventuelle des districts qui pourraient être groupés en deux Gouvernements distincts. || L'Ambassadeur de Russie déclare ne pas s'opposer à cet arrangement sauf discussion ultérieure des détails, et la Réunion admet en principe la division en deux provinces: l'une Orientale, avec Tirnovo pour chef-lieu, l'autre Occidentale, avec son chef-lieu à Sofia, tout en reconnaissant qu'une seule Commission de surveillance sera instituée. || L'organisation de la Magistrature est ensuite l'objet d'une délibération entre les Plénipotentiaires. Le système de l'élection des juges paraissant rencontrer de la part de plusieurs membres une certaine opposition, la Réunion est d'avis que les juges de la Cour d'Appel devront être nommés par la Porte avec l'assentiment des Représentants des Puissances Garanties. || Elle admet en outre, en ce qui concerne les finances, qu'une partie de la somme attribuée à la Porte dans les revenus de la Bulgarie sera consacrée au service de la dette publique Ottomane. || La Réunion décide que des Commissions spéciales formées dans son

Nr. 593R.
Gross-
mächte.
13. Dec. 1876.

sein s'occuperont ultérieurement de préparer la rédaction des conditions de la paix à intervenir entre la Porte, la Serbie et le Monténégro, et l'organisation à donner aux Provinces de Bosnie, d'Herzégovine et de Bulgarie. Elle fixe à demain, 14, sa prochaine séance.

Werther.

Henry Elliot.

Zichy.

Salisbury.

Calice.

L. Corti.

F. de Bourgoing.

N. Ignatiew.

Chaudordy.

Annexe au 3^e Compte-Rendu.

Bulgarie. — Bases d'une Organisation.

L'autonomie administrative de la Bulgarie sera basée sur la décentralisation. || Le Canton (Nahié) (avec 5,000 à 10,000 habitants) formera l'unité. Il sera gouverné par un Conseil Cantonal composé de représentants de chaque commune, sans distinction de religion et par un maire. Ce dernier sera élu parmi les membres du Conseil Cantonal, par le Conseil lui-même. Toutes les questions relatives aux intérêts du canton, telles que répartition et perception des contributions (certaines contributions indirectes exceptées), voies de communication, police, &c., seront résolues, sans ingérence des autorités supérieures. || Les Cantons seront réunis en Gouvernements (Sandjaks) avec des Gouverneurs Chrétiens ou Musulmans, selon la majorité de la population, nommés par le Gouverneur-Général. || Ces fonctionnaires n'en seront que les représentants et auront pour tâche de veiller au maintien de l'ordre et à l'activité des autorités cantonales. || Des Conseillers, soit élus, soit désignés par le Gouverneur-Général, d'entre les notables, pourront leur être adjoints. || A la tête de la province sera placée un Gouverneur-Général Chrétien nommé pour cinq ans par un accord entre la Porte et les Puissances Garantes. Il représentera l'autorité suprême en exécutant les lois de l'Empire, et sera l'intermédiaire entre la province et le Gouvernement central. || La province sera formée des Vilayets du Danube et de Sofia et des Sandjaks de Slivno, Philippopolis, Uskub et Bitoli, ainsi que des districts du Sandjak de Seres, avec une population principalement Bulgare. || L'unité de la Province sera maintenue au moins pour les deux premières années, pour faciliter l'application de la nouvelle organisation. Une Assemblée Provinciale se réunira chaque année, pour examiner le Budget, répartir les contributions et s'occuper, en général, des intérêts de la province. Les membres de l'Assemblée seront élus par les Conseils de Cantons groupés, à cet effet, en arrondissements électoraux de 20,000 à 30,000 habitants. || L'Assemblée nommera une Commission de permanence qui servira de Conseil Administratif au Gouverneur-Général. Les

chefs des communautés religieuses reconnues seront, de droit, membres de ce Conseil. ¶ I y aura parfaite liberté de culte. L'entretien du clergé et des établissements religieux et d'instruction publique sera à la charge des communautés elles-mêmes. ' Une milice locale Chrétienne sera formée par voie de conscription, et entretenue aux frais de la province, pour en assurer la tranquillité. La milice dépendra du Gouverneur-Général, qui désignera les officiers. Le "bedelé-askérié" sera aboli. Les troupes Ottomanes régulières seront cantonnées dans les forteresses. † La police sera formée d'habitants du pays, sans distinction de culte, mais selon la proportion de la population dans les cantons. Les officiers Musulmans et Chrétiens seront nommés par le Gouverneur-Général. La police formera un seul corps; mais ses agents seront sous les ordres des autorités locales. † La justice sera organisée de façon à être indépendante de l'administration. La justice de paix sera confiée aux Conseils Cantonaux, et les Tribunaux Civils et Criminels seront composés de juges élus ou nommés pour un certain terme, sauf à être rendus inamovibles après ce laps de temps. Les Juges de la Cour d'Appel seront nommés par la Porte, avec l'assentiment des Ambassadeurs. Les Juges pourront être Chrétiens ou Musulmans, et statueront sur la base du Code Ottoman. ¶ Les causes appartenant spécialement à une confession quelconque, seront de la juridiction des autorités ecclésiastiques de la communauté. † La moyenne des revenus fixes que le Gouvernement Ottoman reçoit de la Bulgarie sera calculée sur les recettes de six années et établie pour cinq ans, comme la somme normale des charges de la province. Trente pour cent de cette somme seront versés à la Banque Ottomane pour les besoins du Gouvernement central et affectés en partie au service de la dette publique. Le reste des revenus seront employés aux besoins de la province. Le mode de répartition et de perception des impôts et contributions dépendra de l'Assemblée et des Conseils Cantonaux. Les postes, télégraphes et douanes seront exclues de la compétence des autorités provinciales et ne leur seront soumises qu'autant que dans les autres vilayets. Il en sera de même des régies et des propriétés de l'Etat.

Nr. 5938.
Gross-
mächte.
13. Dec. 1876.

Nr. 5939.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — Compte-Rendu No. 4. — Séance du 14 Décembre, 1876.

Présents: Les Représentants de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne, de l'Italie et de la Russie.

Le Compte-Rendu de la précédente séance est lu et approuvé. ¶ Une observation étant produite au cours de cette lecture à propos de la distinction à établir entre les contributions directes et indirectes de la Bulgarie, le

Nr. 5939.
Gross-
mächte.
14. Dec. 1876.

Nr. 5939. **Gross-
mächte.** 14. Dec. 1876. **Président de la Réunion** donne lecture d'une notice relative aux impôts de l'Empire (Annexe No. 1) et il demeure admis que la *dfme*, le "beglik" (taxe sur les moutons) l'impôt des "tapous" ou des actes de propriétés, le "bedelé-askérié" (taxe pour l'exemption du service militaire), ne sauraient être considérés que comme impôts directs dont la charge est répartie et perçue par les communes. || L'un des Plénipotentiaires se reportant au précédent procès-verbal où il est question de la régularisation du territoire Monténégrin, fait remarquer qu'en ce qui concerne les Zubci, il désirerait qu'il fut entendu qu'une minime partie seulement de ce territoire pourrait être laissée au Monténégro. Pour plus de clarté, une carte spéciale avec un tracé défini sera annexée au présent procès-verbal (Annexe No. 2). || A cette occasion l'Ambassadeur de Russie, en exprimant le regret qu'un port n'ait pu être accordé au Monténégro, lit une note sur la navigation de la Boiana et sur l'opportunité de raser les fortins établis par les Turcs au débouché de cette rivière dans le lac de Scutari. Il communique en même temps à la Réunion un télégramme du Prince de Serbie demandant pour un Délégué Serbe l'accès de la Conférence. || Il a été convenu que le Président de la Conférence répondrait négativement à cette demande.

La Réunion décide ensuite la formation de deux Commissions Spéciales pour étudier l'organisation de la Bosnie et l'Herzégovine, d'une part, et de l'autre l'organisation de la Bulgarie. Le Plénipotentiaire d'Allemagne, l'un des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne et le Plénipotentiaire de l'Italie sont désignés pour la Commission de Bosnie et d'Herzégovine; l'un des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de la France, de l'Angleterre et le Plénipotentiaire de Russie sont désignés pour la Commission de Bulgarie.

Le soin de préparer les conditions de paix entre la Turquie, la Serbie et le Monténégro est remis à l'un des Plénipotentiaires de France.

La Réunion passe ensuite à l'examen de la question des garanties qui devront être établies en vue d'assurer l'exécution des décisions prises par la Conférence. || L'Ambassadeur de Russie donne lecture, comme préliminaire de la discussion, qui va s'ouvrir sur ce sujet, d'un mémoire relatif aux antécédents des troubles en Bulgarie et aux excès commis en 1841 dans cette province par les irréguliers. Son Excellence ajoute qu'il y a deux ordres d'idées distincts dans la question qui occupe la Réunion: d'abord les mesures préliminaires à prendre; ensuite, les moyens de garantir la mise à exécution du nouveau régime qui sera établi. En ce qui concerne les mesures préliminaires elles ont déjà été admises par la Réunion, qui a accueilli les articles résumés ou têtes de chapitres que les Plénipotentiaires ont acceptés comme devant servir de base à l'organisation de la Bosnie, de l'Herzégovine et de la Bulgarie. Ces articles d'ailleurs ont été annexés au Compte-Rendu de la 2^{me} Réunion. || L'Ambassadeur de Russie, abordant ensuite la question de la nécessité des garanties, lit deux notes où se trouve retracé le tableau des périls qui menacent les Chrétiens de la Turquie d'Europe; la conclusion de ces notes, en

présence de l'impuissance du Gouvernement Turc à appliquer les réformes et des dispositions redoutables qui existent chez les populations Musulmanes, est l'urgence absolue de garanties matérielles, c'est-à-dire de la présence d'une force matérielle étrangère qui défendra les Chrétiens contre les violences des Musulmans. Après avoir entendu cette communication, l'un des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne dit que ses instructions lui font un devoir de s'opposer à toute occupation militaire de la part des Puissances Garantes, mais qu'en dehors de ce mode d'action il est prêt à examiner les moyens d'organiser une force suffisante pour éviter les périls dont il apprécie d'ailleurs toute la gravité. L'Ambassadeur de Russie, pour résumer l'opinion de son Gouvernement, dit que son auguste Souverain n'a en vue que des principes d'humanité et de devoir moral; sans rechercher une influence exclusive quelconque ni réclamer le monopole de l'occupation, le Gouvernement Impérial ne voudrait atteindre qu'une amélioration réelle du sort des Chrétiens avec des garanties efficaces. Il reste inébranlable sur l'absolue nécessité d'une garantie matérielle dont l'urgence est reconnue par tous ceux qui connaissent le véritable état du pays. Il craint qu'on ne laisse passer le temps en discussions, et il est persuadé que l'exécution des réformes aurait besoin, dès le début, de l'appui d'une force suffisante. L'Europe ne saurait ressusciter les morts; elle aurait désormais sur la conscience toute catastrophe nouvelle qui surviendrait. Persuadé que l'Europe désire faire une oeuvre sérieuse, l'Ambassadeur de Russie espère qu'elle recherchera des garanties efficaces pour assurer cette oeuvre, et il prendra *ad referendum* celles qui seront proposées en réservant au Gouvernement Impérial la faculté de les examiner et de les peser. La Réunion se livre ensuite à l'étude de diverses combinaisons qui pourraient conduire au but qu'elle se propose. Les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne expriment d'abord l'opinion que la présence des troupes régulières Ottomanes pourrait suffire; mais, d'un côté, la présence de ces troupes ayant été reconnue inefficace par la Réunion, et de l'autre la pensée d'une occupation militaire rencontrant des difficultés, l'un des Plénipotentiaires de France demande à combien d'hommes pourrait être évaluée la force armée nécessaire. Sur ce dernier point la Réunion est d'avis que 3,000 ou 4,000 hommes appuyés sur la volonté unanime de l'Europe pourraient constituer le noyau d'un corps plus considérable qui servirait de point d'appui suffisant aux milices locales Chrétiennes; quant à la nationalité de ces troupes, elle est l'objet d'une discussion prolongée. Le Plénipotentiaire d'Italie recherche s'il ne serait pas possible de former le corps dont il s'agit avec des troupes Roumaines. Ce projet, favorablement accueilli par l'Ambassadeur de Russie, semble à la Réunion peu compatible avec la dignité de la Porte. L'idée de troupes Belges est ensuite mise en avant par l'un des Plénipotentiaires de France et paraît rencontrer une certaine faveur. Il ne semble pas qu'elle soit contraire au principe de la neutralité de la Belgique, et la Réunion pense d'ailleurs que cette force, qui devrait être considérée comme une garde de la Commission

Nr. 5996.
Gross-
mächte.
14. Dec. 1876.

Nr. 5939. Internationale, ne serait point constituée à l'état permanent, mais seulement
Gross- pour un temps et pour créer une gendarmerie spéciale. || L'Ambassadeur de
mächte. Russie fait observer que la milice d'un pays secondaire qui serait mise à la
14. Dec. 1876. disposition de la Commission Européenne de Surveillance ne pouvait répondre
au but qu'on se proposait qu'en tant qu'elle se trouverait sous la main et
s'appuierait sur une milice locale Chrétienne qui exigerait du temps pour être
formée. La solidarité Européenne et la pression incessante et énergique de
toutes les grandes Puissances devraient la préserver d'être massacrée sur les
lieux dans l'exercice de ses fonctions. || Les Plénipotentiaires déclarent prendre
ce projet *ad referendum*, et décident qu'en attendant les instructions de leurs
Gouvernements ils se réuniront Samedi en Commissions séparées pour l'examen
des bases d'organisation de la Bosnie, de l'Herzégovine et de la Bulgarie.

Werther.

Henry Elliot.

Zichy.

Salisbury.

Calice.

L. Corti.

F. de Bourgoing.

N. Ignatiew.

Chaudordy.

Nr. 5940.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury.
— Zustimmung zu dem bisherigen Resultat der Vorbesprechungen.

a.

Foreign Office, December 18, 1876.

Nr. 5940. My Lord, — I have the honour to inform your Excellency, that Her
Gross- Majesty's Government are ready to assent in principle to the plan proposed
britannien. by the preliminary Conference, viz., local reforms, as stated in your telegram
18. Dec. 1876. of the 17th instant, with a Commission of Supervision for one year, such
Commission to be supported by an escort not exceeding 6,000 men at the
utmost, to be drawn from some minor State, such as Belgium. || It must be
understood, that the scheme is open to modifications of detail. || Her Majesty's
Government reserve absolutely the question of steps to be taken in the event
of refusal by the Porte. || I am, &c.

Derby.

b.

Foreign Office, December 18, 1876.

My Lord, — With reference to my previous despatch of to-day's date,
I have to inform your Excellency, that Her Majesty's Government consider
that it would be desirable, if possible, that the introduction of the Belgian

force should appear to be made at the request of the Porte, and that it should be accompanied by some withdrawal of Russian troops from the frontier as a counter-balance. || I am, &c.

Nr. 5940.
Gross-
britannien,
18 Dec. 1876.

Derby.

Nr. 5941.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — 5^e Compte-Rendu. — Séance du 18 Décembre, 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie.

Nr. 5941.
Gross-
mächte,
18. Dec. 1876.

Le Compte-Rendu de la séance précédente est lu et approuvé. || L'Ambassadeur de Russie dépose sur la table de la Réunion deux cartes de Bulgarie où se trouvent retracées les deux provinces qui devront être organisées et une carte indiquant les nouvelles limites du Monténégro. Ce dernier travail devra être annexé au précédent Compte-Rendu. || A cette occasion l'un des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie déclare que son Gouvernement serait d'avis que les territoires cédés au Monténégro devraient l'être sans la condition de vasselage partiel qui avait été énoncée dans une précédente séance. Il fait remarquer les inconvénients que pourrait amener pour les Puissances limitrophes la double situation qui serait créée à la Principauté. Sur les observations de l'un de ses membres la Réunion pense que cette question doit être ajournée jusqu'au moment où elle pourra être discutée avec les Représentants de la Porte.

La Réunion procède ensuite à l'examen des projets élaborés par les deux Commissions Spéciales de Bosnie-Herzégovine et de Bulgarie. || Lecture est donnée d'abord du travail relatif à la Bosnie-Herzégovine. Divers points de ce travail sont l'objet de discussions approfondies, et un échange d'idées se produit notamment sur le fermage des dîmes qui doit être interdit sous des peines déterminées, sur le cas de mort ou de démission du Gouverneur-Général, sur le droit de révocation ou de suspension des différents fonctionnaires, sur les changements de religion et l'âge à fixer pour qu'ils soient valables. La Réunion étudie également la question des milices locales Chrétiennes, décide qu'elles ne sauraient être sous les armes qu'un espace de temps fort court dans l'année, ne pourraient être assimilées à une gendarmerie et seront commandées par des officiers Ottomans lorsqu'elles se trouveront réunies sur un point déterminé par groupes supérieurs à un millier d'hommes. || Le projet relatif à la Bulgarie déjà connu des Plénipotentiaires et analogue d'ailleurs dans la plupart de ses parties à celui de la Bosnie n'est pas l'objet d'un examen spécial, et la Réunion passe à la lecture des instructions pour la Commission Internationale de Surveillance. || Plusieurs observations sont faites

Nr. 5941.
Gross-
mächte.
19. Dec. 1876.

sur quelques paragraphes de ce travail. La Réunion discute en particulier la question de savoir s'il y aura une Commission pour la Bosnie-Herzégovine, et une seconde pour la Bulgarie, et décide qu'il y aura deux Commissions, un seul Délégué de chaque pays dans chacune d'elles, et que les Délégués seront nommés pour un an avec faculté de prolongation. Les Plénipotentiaires reconnaissent ensuite que les armes distribuées par l'Etat à la population Musulmane, et particulièrement aux Circassiens depuis 1867, devraient être restituées aux dépôts. Il en sera de même après les exercices des armes remises aux milices locales. La mention de cette décision aussi bien que de celle relative à l'institution d'une force matérielle étrangère devra être insérée dans les instructions pour la Commission de Surveillance. || L'Ambassadeur de Russie prend ce dernier point *ad referendum*. || Il est, en outre, admis que la Commission aura le droit de proposer la suspension des employés qui sera prononcée par le Vali, et que dans le cas de divergence entre les Commissaires il en sera référé aux Représentants des Puissances à Constantinople. || En ce qui concerne le repatriement des émigrés, il est entendu que la Commission devra rechercher les moyens de venir en aide autant que possible à la population tombée dans la misère par suite des derniers événements. || La question agraire, celle de l'amnistie, celle des Circassiens, dont la Porte devra favoriser le départ pour ses provinces Asiatiques, seront respectivement réparties dans les mémoires dont il a été donné lecture. L'un des Plénipotentiaires chargé de la rédaction des conditions de la paix à intervenir entre la Porte, la Serbie et le Monténégro donne connaissance de ce travail, qui est accepté après quelques modifications. || Les divers documents lus dans la séance de ce jour, et qui ont été l'objet de la discussion précédente, seront annexés à un Compte-Rendu ultérieur, après avoir été amendés conformément aux observations présentées par les Plénipotentiaires et adoptées par la Réunion. || Les Plénipotentiaires fixent leur prochaine séance à demain, 19 Décembre.

Werther.

Henry Elliot.

Zichy.

Salisbury.

Calice.

L. Corti.

F. de Bourgoing.

N. Ignatiew.

Chaudordy.

Nr. 5942.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — 6^e Compte-Rendu. — Séance du 19 Décembre, 1876.

Nr. 5942.
Gross-
mächte.
19. Dec. 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie.

Le Compte-Rendu de la séance du 18 Décembre est lu et approuvé.

L'un des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne déclare que le Gouvernement de la Reine, auquel a été soumis le projet de l'envoi d'un corps Belge de 3000 à 6000 hommes, ainsi que le projet d'organisation de Bosnie-Herzégovine et de la Bulgarie, les a acceptés l'un et l'autre en principe. || La Réunion en prenant acte de cette adhésion, décide que le corps étranger prendra le titre d'escorte de la Commission internationale et gendarmerie. || Les Plénipotentiaires discutent la question des sommes qui devront être immédiatement fournies pour subvenir aux frais du voyage et du premier entretien de cette escorte. Il est entendu qu'une avance sera faite remboursable sur les revenus des provinces de Bosnie-Herzégovine et de Bulgarie, et qui pourrait être garantie par les Puissances; après examen des dépenses nécessaires, cette avance est évaluée à environ 1,000,000 fr., le chiffre du premier appel étant de 2000 à 3000 hommes. || Il est également admis que la gendarmerie placée actuellement au service de la Commission Internationale pourra ensuite passer au service Turc, et former les cadres de la gendarmerie que la Porte constituera ultérieurement.

La Réunion examinant ensuite divers détails de l'organisation de la Commission Internationale, est d'avis que la présidence sera renouvelée tous les mois et sera dévolue ainsi alternativement à tous les Commissaires. Quant à la ville où la Commission tiendra ses séances, c'est aux Commissaires eux-mêmes qu'est réservé le soin de désigner selon les circonstances le point qui leur semblera le plus favorable à la bonne gestion des intérêts qui leur seront confiés. || La Réunion, après avoir déterminé les pièces émanées de ses délibérations qui devront être soumises à l'acceptation de la Sublime Porte, qui seront annexées au prochain procès-verbal, pense que, vu l'état de la négociation, le moment est venu de s'entendre avec les Représentants de Sa Majesté le Sultan. En conséquence, le Doyen du Corps Diplomatique est chargé de faire savoir au Gouvernement Ottoman qu'à partir de Jeudi, 21 Décembre, les Plénipotentiaires des Puissances Garantes sont prêts à entrer en Conférence avec les Plénipotentiaires de la Sublime Porte. || La prochaine séance de la Réunion est fixée à demain, 20 Décembre.

Werther.	Henry Elliot.
Zichy.	Salisbury.
Calice.	L. Corti.
F. de Bourgoing.	N. Ignatiew.
Chaudordy.	

Nr. 5943.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — 7^e Compte-Rendu. — Séance du
20 Décembre, 1876.

Nr. 5943.
Gross-
mächte.
20. Dec. 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, l'un des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, les Plénipotentiaires d'Italie et de Russie.

Le Procès-Verbal de la séance précédente est lu et approuvé. || Le Président de la Réunion donne lecture à ses collègues de la lettre qu'il a adressée au Ministre des Affaires Etrangères de la Sublime Porte, ainsi qu'il a été convenu dans la séance d'hier, pour lui faire savoir que les Représentants des Puissances Garantes sont prêts à entrer en Conférence avec les Représentants du Gouvernement Ottoman. La Réunion, désirant hâter autant que possible le moment de l'ouverture de la Conférence, décide que les Drogmans des Missions se rendront demain auprès du Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Sultan pour insister auprès de son Excellence sur l'opportunité de convoquer au plus tôt les Plénipotentiaires des Puissances Garantes et de la Porte Ottomane. || L'Ambassadeur de Russie prenant ensuite la parole déclare au nom de son Gouvernement que le programme arrêté en commun est pour le Gouvernement Impérial un *minimum irréductible*. Pour que les propositions élaborées par les Représentants des Grandes Puissances aient les chances de succès, l'accord des Cabinets doit être complet. La sécurité des Chrétiens ainsi que l'exécution réelle des réformes doivent être garanties par la présence des Commissaires Européens appuyés par l'attitude identique, et, s'il le faut, comminatoire, de toute l'Europe. Tenant à donner un nouveau témoignage de son bon vouloir et de son vif désir de contribuer à l'établissement d'un accord parfait entre toutes les Grandes Puissances le Gouvernement Impérial a autorisé son Plénipotentiaire à adhérer aux propositions prises d'abord *ad referendum*. C'est un essai qu'il consent à tenter par déférence pour les Puissances qui en ont pris l'initiative; mais il n'est nullement convaincu du succès final qu'il désire sincèrement. || L'Ambassadeur de Russie donne ensuite lecture de la conclusion suivante d'un télégramme qu'il a reçu du Chancelier de l'Empire:

“L'Empereur est inébranlable dans sa décision pour une amélioration réelle et palpable du sort des Chrétiens dans les trois provinces sur les bases acceptées par tous les cabinets. Le Gouvernement Impérial ne doute pas que les Représentants Chrétiens tiendront à honneur d'imposer à la Porte une franche acceptation des propositions communes par un langage unanime et ferme. Il espère qu'ils ne perdront pas de vue la grave responsabilité qui pèse sur eux devant l'histoire et l'humanité.”

A la suite de cette communication la Réunion examine diverses observations qui ont été faites sur le texte des projets d'organisation des provinces

de Bosnie-Herzégovine et de Bulgarie. Les principaux passages sur lesquels portent les rectifications sont relatifs: — 1. A la destitution éventuelle des Gouverneurs-Généraux qui ne pourra être prononcée par la Cour d'Appel qu'après leur mise en jugement. || 2. A la nomination des juges par le Vali, qui devra être faite sans intervention de l'Assemblée, mais avec l'assentiment de la Commission Internationale, à qui incombera la tâche de trouver des hommes honorables pour remplir les fonctions de la magistrature. || 3. A la surveillance générale que la Commission aura la faculté d'exercer soit directement, soit en déléguant des drogmans et secrétaires sur les points où son action directe ne pourrait se produire avec assez de rapidité. || 4. A la reconstruction des églises et couvents brûlés en Bulgarie à laquelle les Commissaires devront veiller avec une active sollicitude. || La Réunion, dans la pensée de réaliser au plus tôt l'organisation qu'elle a préparée, décide que la nouvelle Administration devra être installée au plus tard dans un délai de trois mois après la décision qui sera prise par la Conférence. || L'un des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne témoigne le désir que le crime de concussion et de corruption soit l'objet d'une répression particulièrement sévère, qui pourrait être provoquée soit par l'un des Représentants des Puissances Garanties à Constantinople, soit par la Commission internationale. L'un des membres de la Réunion ayant fait observer que la législation Ottomane en vigueur contient déjà à cet égard un ensemble de pénalités développées, la Réunion est d'avis qu'avant de se prononcer sur cette proposition il y a lieu d'examiner la valeur des dispositions édictées par les lois actuelles. || Le Plénipotentiaire d'Italie ayant à cette occasion exprimé le vœu qu'il puisse être formé une Commission Mixte, composée d'avocats Chrétiens et de jurisconsultes Musulmans, pour aviser à la réforme des lois, et notamment faire un code de procédure, promis depuis longtemps par le Gouvernement Turc et indispensable à l'exécution des jugements, la Réunion reconnaît que l'expérience démontre en effet l'urgence de la réforme proposée et qu'il sera opportun de la recommander ultérieurement à l'attention de la Porte. || Une dernière séance étant jugée nécessaire pour procéder à l'adoption définitive des projets présentés au Gouvernement Ottoman, elle est fixée à demain, 21 Décembre.

Werther.	Chaudordy.
Zichy.	Salisbury.
Calice.	L. Corti.
F. de Bourgoing.	N. Ignatiew.

Nr. 5944.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — 8^e Compte-Rendu. — Séance du
21 Décembre, 1876.

Nr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, l'un des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, les Plénipotentiaires d'Italie et de Russie.

Le Procès-Verbal de la séance du 20 Décembre est lu et approuvé. || L'Ambassadeur de Russie dit qu'il a reçu une députation de notables Grecs de la Macédoine recommandant à la Réunion les intérêts de leurs co-religionnaires. Les Plénipotentiaires ayant à s'occuper du sort des Chrétiens des trois provinces de Bosnie, Herzégovine et de Bulgarie, sans distinction de culte et de race, il ne saurait être donné suite à aucune demande de cette nature.

Le Plénipotentiaire d'Italie expose que son Gouvernement regarderait comme opportun la rédaction par la Réunion d'un acte de médiation qui résumerait l'ensemble des mesures à proposer à la Porte et constaterait l'accord des Puissances Garantes. || Le Plénipotentiaire de Russie adhère à cette suggestion, qui rencontre l'opposition des autres Représentants; après avoir discuté la question de savoir s'il y a lieu, pour la Réunion, de se considérer comme médiatrice, les Plénipotentiaires sont d'avis que le fait seul de la présentation collective à la Porte des documents qu'ils ont préparés, constate parfaitement leur accord et qu'il serait à craindre d'ajouter, par un acte diplomatique plus accentué, aux difficultés de la situation.

La Réunion procède ensuite à la lecture de cinq pièces qui seront soumises à l'acceptation de la Porte et qui sont: — || 1. Les conditions de la paix à intervenir entre la Porte, la Serbie et le Monténégro (Annexe No. 1). || 2. L'organisation projetée pour la Bosnie-Herzégovine (Annexe No. 2). || 3. L'organisation projetée pour la Bulgarie (Annexe No. 3). || 4. Les instructions pour la Commission Internationale en Bôsnie (Annexe No. 4). || 5. Les instructions pour la Commission Internationale en Bulgarie (Annexe No. 5). || Après avoir réglé quelques détails de la rédaction de ces pièces qui représentent le résumé de ses travaux, la Réunion déclare le texte définitivement arrêté et l'adopte à l'unanimité. || L'Ambassadeur de Russie ayant fait remarquer que l'armistice expire dans un espace de dix jours, la Réunion pense qu'il y aura lieu, lorsque la Conférence avec les Plénipotentiaires de la Porte sera commencée, de demander une prolongation de quinze jours. || Les Plénipotentiaires décident de se réunir encore demain, 22 Décembre.

Werther.	Chaudordy.
Zichy.	Salisbury.
Calice.	L. Corti.
F. de Bourgoing.	N. Ignatiew.

Annexe 1 au Compte-Rendu No. 8.

Monténégro.

I.

Pour écarter les difficultés qui se sont malheureusement trop souvent produites entre la Turquie et le Monténégro, les frontières de la Principauté seront rectifiées de façon à placer sous le Gouvernement du Prince de Monténégro les territoires suivants: — || 1. Dans la province de l'Herzégovine: la partie orientale du district des Zabtzi, la Sutturina restant soumise au Gouvernement direct de la Sublime Porte, les territoires des Baniani, Piva, Drobniak, la partie du territoire des Scharanzi située sur la rive gauche de la Tara, le district de Kolaschin. Il est entendu que Niksitch étant comprise dans les territoires assignés au Monténégro, les habitants Musulmans de cette ville auront la faculté d'y rester ou de la quitter. || 2. Du côté de l'Albanie: les territoires des Kutchi-Drékalovitchi, des Kutchi-Kraïni et celui des Wassolewitchi de la Zievna au Lim, et sur la rive droite de la Moratcha le territoire des Mali et Veli Brdo et les places de Spouz et de Jabliak. || La nouvelle frontière est indiquée avec plus de détails dans la pièce et dans la carte annexées au présent Protocole, dont elles doivent être considérées comme partie intégrante (Annexe No. 1). || Une Commission Internationale réunie à Raguse dans les trois semaines de l'acceptation du présent Protocole par les deux parties procédera à la nouvelle délimitation.

Nr. 5044.
Gross-
mächte.
31. Dec. 1876.

II.

La navigation de la Boïana sera parfaitement libre de façon à garantir à la Principauté l'accès à la mer. Les fortins placés dans les îles du Lac de Scutari seront désarmés. Dès que la Porte le pourra, des travaux seront exécutés pour rendre la rivière partout navigable et accessible. || Un arrangement spécial interviendra entre les deux parties dans lequel les facilités accordées au Monténégro devront se concilier avec la sauvegarde des intérêts fiscaux de la Porte.

III.

Les troupes Ottomanes évacueront la position de Zaslav dans l'espace de quinze jours à partir de Les Monténégrins évacueront également dans le même délai les points qu'ils occupent sur le territoire Ottoman en dehors de la ligne ci-dessus indiquée. | La Porte s'entendra avec le Prince de Monténégro dans le délai d'un mois au sujet de l'évacuation des places et fortins situés du côté Monténégrin de la nouvelle frontière. S'il s'élevait des difficultés, la Commission Internationale servirait d'arbitre et les résoudrait sur place.

IV.

Les prisonniers de guerre seront immédiatement rendus de part et d'autre.

V.

Une amnistie pleine et entière sera accordée à ceux des sujets Ottomans qui auraient été employés au service Monténégrin pendant la guerre, ou aux sujets Monténégrins qui auraient été employés au service Ottoman.

Serbie.

I.

Les relations entre la Sublime Porte et la Principauté de Serbie seront rétablies telles qu'elles existaient au ¹³/₂₅ Juin dernier.

II.

Les frontières de la Principauté resteront les mêmes qu'à cette époque. Toutefois une Commission Mixte Turco-Serbe sera nommée pour régler les difficultés de limites qui se sont élevées au sujet de la fixation de la partie de la frontière entre la Bosnie et la Serbie formée par la Drina. La Commission se guidera sur le principe que le thalweg de la Drina est la ligne de démarcation.

III.

Les troupes Ottomanes évacueront le territoire Serbe dans l'espace d'un mois à partir de Les Serbes évacueront également dans le même délai les points qu'ils occupent sur le territoire Ottoman.

IV.

Les prisonniers de guerre seront immédiatement rendus de part et d'autre.

V.

Une amnistie pleine et entière sera accordée à ceux des sujets Ottomans ou Serbes qui auraient été compromis par une participation quelconque aux événements de la dernière guerre en faveur de la cause ennemie. || Il est expressément entendu que cette amnistie s'étendra aux sujets Ottomans qui auraient été employés au service Serbe pendant la guerre ou aux sujets Serbes qui auraient été employés au service Ottoman.

Annexe 2 au Compte-Rendu No. 8.

Bosnie-Herzégovine. — Règlement Organique.

I.

Les vilayets de la Bosnie et de l'Herzégovine seront réunis et ne feront qu'une seule province, gouvernée par un Gouverneur-Général (Vali).

Nr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

II.

L'unité administrative sera le canton (nahié, mudirlik). || Le canton sera administré par un Maire élu pour quatre ans, parmi les membres du Conseil Cantonnal et par le Conseil lui-même. || Les Maires devront être Musulmans ou Chrétiens (Orthodoxes ou Catholiques) suivant la majorité de la population. || Le Conseil Cantonnal sera composé des représentants de chaque commune, qui seront élus pour quatre ans, sans distinction de religion. || L'émigration considérable des Chrétiens et l'excitation des esprits ne permettant pas en ce moment de procéder à des élections immédiates, les autorités cantonales seront provisoirement nommées par le Gouverneur-Général. || Toutes les questions relatives aux intérêts du canton (telles que voies de communication, répartition et perception de certaines contributions) qui seront jugées de sa compétence par la Commission de Surveillance, seront du ressort des Conseils de Canton sous le contrôle des autorités supérieures. || Le Conseil Cantonnal se réunira une fois par mois. || Deux de ses membres désignés par le Conseil pour quatre ans, assisteront le Maire dans ses fonctions sous le titre de Conseillers. || La Commission Internationale se préoccupera, autant que possible, de trouver une combinaison pouvant assurer dans les cantons la représentation des minorités. || Tant que les Conseils Cantonnaux ne pourront pas être élus, leurs attributions seront remplies par les Maires et leurs Conseillers. || Les villes et les bourgs, ayant une population de plus de 10,000 habitants, auront des institutions municipales analogues à celles des cantons.

III.

Plusieurs cantons (nahiés, mudirliks) seront réunis en sandjaks (départements), gouvernés par des Mutesarrifs ou des Caïmacams (Gouverneurs), qui seront Chrétiens ou Musulmans selon la majorité de la population du sandjak et nommés par la Sublime Porte, sur la présentation du Gouverneur-Général (Vali) pour un terme de quatre ans. || Leur tâche sera de surveiller l'ordre et la marche des affaires dans les Conseils Cantonnaux. || Le Gouverneur (Mutesarrif ou Caïmacam) aura une Chancellerie et deux Conseillers nommés par le Gouverneur-Général, sur une liste de candidats, en nombre double, formée par l'Assemblée Provinciale. || Le Vali pourra suspendre les Gouverneurs pour un terme de trois mois et proposer à la Sublime Porte leur révocation.

IV.

Nr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

A la tête de la province sera placé un Vali (Gouverneur-Général) qui sera nommé pour un terme de cinq ans par la Sublime Porte, avec l'assentiment des Puissances Garantes. || Il sera rétribué convenablement. || En cas de mort ou de démission du Gouverneur-Général, ses fonctions seront provisoirement remplies par un des Gouverneurs, désignés à cet effet par la Sublime Porte. || Le Vali ne pourra être destitué que par arrêt de la Cour d'Appel, après avoir été mis en jugement. || Le Vali représentera l'autorité suprême, et veillera à l'exécution des lois de l'Empire et du règlement spécial de la Province. || Il pourra, tant que le principe électif n'aura pas été introduit entièrement dans le pays, révoquer les Maires et leurs Conseillers. || Une Assemblée Provinciale se composant de deux-cinquièmes de Musulmans, de deux-cinquièmes d'Orthodoxes, et de une-cinquième de Catholiques, se réunira chaque année pour examiner et contrôler le budget et la répartition des impôts. Les membres de l'Assemblée seront élus pour quatre ans. Chaque département nommera deux membres. || L'Assemblée nommera pour quatre ans une Commission Administrative, qui servira de Conseil au Gouverneur-Général. Les chefs des communautés religieuses reconnus seront de droit membres de ce Conseil, un pour chaque religion. || Il y aura au moins un membre de ce Conseil Administratif pour chaque sandjak (département); mais ce Conseil ne pourra être composé de plus de dix membres. Ils auront un traitement fixe. || Le Gouverneur-Général prendra l'avis du Conseil Administratif dans tous les cas dépassant l'exécution pure et simple des dispositions légales et réglementaires.

V.

L'Assemblée se réunira une fois par an pour examiner et contrôler le budget de la province et la répartition des impôts. Un compte-rendu financier annuel devra lui être présenté par le Vali et sera soumis à la Sublime Porte. || Le système de perception et de répartition des impôts sera modifié en vue de faciliter le développement des richesses du pays en allégeant toutefois les charges qui pèsent sur les populations. || Le "bédéli-askérié" n'atteindra que les hommes valides de vingt à quarante ans, qui ne seront pas sous les armes. || Le paiement des arriérés jusqu'au 1^{er} Janvier, 1877, ne sera point exigé. || Les Douanes, postes et télégraphes, les taxes sur le tabac et les spiritueux, et la régie ne dépendront des autorités provinciales que suivant les règles observées actuellement dans le reste de l'Empire. L'affermage des impôts demeurera aboli sous des peines déterminées. || La perception des autres contributions sera réglée par l'Assemblée Provinciale et par les Conseils Cantonnaux. || Le Vali et l'Assemblée fixeront d'un commun accord, tous les cinq ans, le budget des recettes de la province, en vue de déterminer les sommes à remettre à la Sublime Porte en tenant compte, autant que possible, des revenus des dix dernières années et de l'augmentation de la prospérité du pays. || Les

autorités cantonales feront la répartition entre les communes, et réuniront les sommes afférentes à chacune d'entr'elles aux époques déterminées. || Ces sommes, déduction faite des dépenses cantonales, seront transmises aux caisses du Département. Le mode de perception des impôts sera laissé à la décision des autorités cantonales. || Une somme à déterminer par la Commission de Surveillance et n'excédant pas 30 pour cent des revenus de la province sera versée dans les succursales de la Banque Ottomane, pour être affectée au paiement de la dette publique et aux besoins du Gouvernement Central. Le reste des revenus sera destiné aux besoins intérieurs de la province.

Nr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

VI.

En attendant qu'un règlement de justice spécial soit élaboré par la Commission de Surveillance, les Tribunaux seront organisés de la façon suivante: || La Justice de Paix sera rendue par les Maires et leurs Conseillers. Ils connaîtront des affaires civiles sans appel jusqu'à 1,000 piastres, et, en matière pénale, des contraventions. Avec appel, ils connaîtront jusqu'à 5,000 piastres. Ils jugeront selon les usages et les coutumes qui ne sont pas en contradiction directe avec les lois existantes. || Les Juges des Tribunaux Civils et Criminels seront nommés par le Gouverneur-Général, avec l'assentiment de la Commission de Surveillance, et plus tard, de l'avis du Conseil Administratif. || Ils seront rétribués convenablement. || Ils seront nommés pour trois ans. Après ce temps, ils pourront être confirmés dans leurs fonctions, et dans ce cas ils deviendront inamovibles. Mais si leur conduite judiciaire n'est pas à la hauteur de leurs fonctions, ils pourront être destitués par la Cour d'Appel, après avoir été mis en jugement. || Il y aura au chef-lieu de la province une Cour d'Appel. Les membres et le Président de cette Cour seront nommés par la Porte, avec l'assentiment des Représentants des Puissances Garantes. || Les membres de la Cour pourront être Musulmans ou Chrétiens, et statueront sur la base du Code Ottoman. || L'élément Européen pourra y être admis. Dans ce cas le Magistrat Européen sera muni d'un certificat émanant d'une autorité juridique compétente et justifiant de ses connaissances. La durée des fonctions des membres de la Cour d'Appel sera de même et réglée par les mêmes conditions que pour les Juges des Tribunaux. || Les Tribunaux connaîtront de toutes les causes civiles et pénales, sauf appel à la Haute Cour d'Appel instituée dans le chef-lieu de la province. || Les séances des Tribunaux seront publiques, et l'enquête judiciaire sera obligatoire. || Les causes appartenant spécialement à une confession quelconque seront de la juridiction exclusive des autorités ecclésiastiques de la communauté, et les décisions rendues par elles seront considérées comme exécutoires.

VII.

Il y aura une entière liberté de culte. L'entretien du clergé aussi bien que celui des établissements religieux et d'instruction publique sera à la

Mr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

charge de chaque communauté. || Pour pouvoir changer de religion, un jeune homme devra avoir dix-huit ans ou une jeune fille seize ans. Mais pour être autorisé à faire la déclaration de son changement de religion, le jeune homme ou la jeune fille devra avoir passé une semaine chez le chef spirituel de son premier culte. || Il ne pourra être porté aucune entrave à la construction des édifices religieux et à l'exercice des cérémonies du culte. || Le devoir des Assemblées de Province ou de Canton sera de pourvoir aux nécessités de l'instruction publique en s'imposant spécialement pour la création et l'entretien des écoles. || La langue du pays sera employée au même titre que la langue Turque dans les Tribunaux et l'Administration.

VIII.

L'armée régulière Ottomane sera cantonnée dans les forteresses et dans les villes principales. Elle sera destinée à la défense extérieure du pays. Elle pourra être employée à l'intérieur, en cas de guerre, ou sur la demande du Gouverneur-Général de la Province. || Une gendarmerie entretenue par la Province, suffisante pour maintenir la sécurité publique et pour faire la police, sera formée de façon à ce que le nombre des Chrétiens et des Musulmans qui en feront partie soit proportionné à la population de chaque culte. || Elle aura des officiers Musulmans et Chrétiens nommés par le Gouverneur-Général et sera distribuée dans le pays.

IX.

Une amnistie générale sera accordée aux personnes qui ont été incarcérées sans jugement ou qui ont subi des condamnations sommaires (exil, déportation, emprisonnement), prononcées par des autorités administratives ou par des Commissions Ottomanes.

X.

Une Commission Internationale sera nommée pour un an par les Puissances Garantes afin de veiller à l'exécution de ce Règlement, qui devra être mis en vigueur dans les trois mois de la signature du Protocole.

Annexe 3 au Compte-Rendu No. 8.

Bulgarie. — Règlement Organique.

I.

Il sera formé des territoires ci-dessous désignés, et conformément à la carte ci-jointe, deux vilayets (provinces) qui seront administrés sous les formes détaillées plus bas. || Le Vilayet Oriental, qui aura pour chef-lieu Tirnovo, sera composé des sandjaks de Roustchouk, Tirnovo, Toultscha, Varna, Slivno,

Philippopolis (excepté Sultan-Yeri et Achir-Tchelebi), et des cazas de Kirk-Kilissé, Moustapha-Pacha et Kizil-Agatch. || Le Vilayet Occidental, qui aura pour chef-lieu Sofia, sera composée des sandjaks de Sofia, Viddin, Nisch, Uscub, Bitolia (excepté deux cazas du sud), une partie du sandjak de Sérès (trois cazas du nord), et des cazas de Stroumnitza, Tikvech, Velessa et Kastoria.

Nr. 5044.
Gross-
mächte.
31. Dec. 1878.

II.

L'unité administrative sera le canton (nahié, mudirlik), avec 5,000 à 10,000 habitants. || En respectant, autant que possible, les divisions administratives existantes, on tâchera de grouper les Chrétiens et les Musulmans dans des cantons distincts. || Le canton sera administré par un Maire, élu pour quatre ans parmi les membres du Conseil Cantonal et par le Conseil lui-même. Le Conseil Cantonal sera composé des représentants de chaque commune, qui seront élus pour quatre ans, sans distinction de religion. || La commune conservera l'organisation qu'elle a actuellement. || Toutes les questions relatives aux intérêts du canton (telles que voies de communication, répartition et perception de certaines contributions), qui seront jugées de sa compétence par la Commission de Surveillance, seront du ressort des Conseils de Canton sous le contrôle des autorités supérieures. || Le Conseil Cantonal se réunira une fois par mois. || Deux de ses membres, désignés par le Conseil pour quatre ans, assisteront le Maire dans ses fonctions, sous le titre de Conseillers. || La Commission Internationale se préoccupera, autant que possible, de trouver une combinaison pouvant assurer dans les cantons la représentation des minorités. Les villes et les bourgs, ayant une population de plus de 10,000 habitants, auront des institutions municipales analogues à celles des cantons.

III.

Plusieurs cantons (nahiés, mudirliks) seront réunis en sandjaks (départements), gouvernés par des Mutessarifs ou des Caïmacams (Gouverneurs), qui seront Chrétiens ou Musulmans, selon la majorité de la population du sandjak, et nommés par la Sublime Porte, sur la proposition du Gouverneur-Général (Vali) pour un terme de quatre ans. || Leur tâche sera de surveiller l'ordre et la marche des affaires dans les Conseils Cantonaux. || Le Gouverneur (Mutessarif ou Caïmacam) aura une Chancellerie et deux Conseillers, nommés par le Gouverneur-Général sur une liste de candidats en nombre double, formée par l'Assemblée Provinciale. || Le Vali pourra suspendre les Gouverneurs pour un terme de trois mois, et proposer à la Sublime Porte leur révocation.

IV.

A la tête de chacune des provinces sera placé un Vali (Gouverneur-Général), qui sera nommé pour un terme de cinq ans par la Sublime Porte, avec l'assentiment des Puissances Garantes. || Il sera rétribué convenablement. En cas de mort ou de démission du Gouverneur-Général, ses fonctions seront

Nr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

provisoirement remplies par un des Gouverneurs Chrétiens désigné à cet effet par la Sublime Porte. || Le Vali ne pourra être destitué que par arrêt de la Cour d'Appel, après avoir été mis en jugement. || Le Vali représentera l'autorité suprême, et veillera à l'exécution des lois de l'Empire, et du règlement spécial de la province. || Il sera Chrétien, et pourra être sujet Ottoman ou étranger. || Le Gouverneur-Général (Vali) administrera la province avec le concours d'une Assemblée Provinciale, dont les membres, sans distinction de race et de culte, seront librement élus, pour un terme de quatre ans, par les Conseils Cantonaux groupés par arrondissements, comme il va être expliqué plus bas, et en dehors de toute ingérence gouvernementale. || Les plaintes qui surgiraient relativement aux élections, sont résolues par l'Assemblée elle-même. Les arrondissements électoraux des Conseils Cantonaux seront formés par la réunion de plusieurs cantons. || Ils devront compter en moyenne de 30,000 à 40,000 habitants. Chaque groupe ainsi constitué, nommera un député. || Seront électeurs et éligibles: || 1. Tous les habitants de la province, à partir de l'âge de vingt-cinq ans, possédant une propriété ou payant une contribution quelconque. || 2. Le clergé et les ministres des différents cultes. || 3. Les professeurs et maîtres d'école. || Les délibérations de l'Assemblée seront publiques. L'Assemblée nommera pour quatre ans une Commission Administrative, qui servira de Conseil au Gouverneur-Général. Les chefs des communautés religieuses reconnues seront de droit membres de ce Conseil, un pour chaque religion. || Il y aura au moins un membre de ce Conseil Administratif pour chaque sandjak (département); mais ce Conseil ne pourra être composé de plus de dix membres. Ils auront un traitement fixe. || Le Gouverneur-Général prendra l'avis du Conseil Administratif, dans tous les cas dépassant l'exécution pure et simple des dispositions légales et réglementaires.

V.

L'Assemblée se réunira une fois par an, pour examiner et contrôler le budget de la province et la répartition des impôts. Un compte-rendu financier annuel devra lui être présenté par le Vali, et sera soumis à la Sublime Porte. || Le système de perception et de répartition des impôts sera modifié, en vue de faciliter le développement des richesses du pays, en allégeant toutefois les charges qui pèsent sur les populations. || Le "Bédéli-Askérié" n'atteindra que les hommes valides de vingt à quarante ans, qui n'entreront pas dans la milice locale. || Le paiement des arriérés jusqu'au 1^{er} Janvier, 1877, ne sera point exigé. || Les douanes, postes et télégraphes, les taxes sur le tabac, et les spiritueux, et la régie ne dépendront des autorités provinciales que suivant les règles observées actuellement dans le reste de l'Empire. || L'affermage des impôts demeurera aboli sous de peines déterminées. || La perception des autres contributions sera réglée par l'Assemblée Provinciale et par les Conseils Cantonaux. || Le Vali et l'Assemblée Provinciale fixeront d'un commun accord, tout les cinq ans, un budget de recettes de la province, en vue de déterminer

les sommes à remettre à la Sublime Porte, en tenant compte, autant que possible, des revenus des dix dernières années, et de l'augmentation de la prospérité du pays. ¶ Les autorités cantonales feront la répartition entre les communes, et réuniront les sommes afférentes à chacune d'entre elles aux époques déterminées. ¶ Ces sommes, déduction faite des dépenses cantonales, seront transmises aux caisses du département. ¶ Le mode de perception des impôts sera laissé à la décision des autorités cantonales. ¶ Une somme à déterminer par la Commission de Surveillance, et n'excédant pas 30 pour cent des revenus de la province, sera versés dans les succursales de la Banque Ottomane, pour être affectée au paiement de la Dette Publique et aux besoins du Gouvernement central. Le reste des revenus sera destiné aux besoins intérieurs de la province.

Nr. 5644.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

VI.

En attendant qu'un règlement de justice spécial soit élaboré par la Commission de Surveillance, les Tribunaux seront organisés de la façon suivante: La Justice de Paix sera rendue par les Maires et leurs Conseillers. Ils connaîtront des affaires civiles sans appel jusqu'à 1,000 piastres, et en matière pénale des contraventions. Avec appel ils connaîtront jusqu'à 5,000 piastres. Ils jugeront selon les usages et les coutumes qui ne sont pas en contradiction directe avec les lois existantes. ¶ Les Juges des Tribunaux Civils et Criminels seront nommés par le Gouverneur-Général, avec l'assentiment de la Commission de Surveillance, et plus tard de l'avis du Conseil Administratif. ¶ Ils seront rétribués convenablement. ¶ Ils seront nommés pour trois ans. Après ce temps, ils pourront être confirmés dans leurs fonctions, et dans ce cas ils deviendront inamovibles. Mais si leur conduite judiciaire n'est pas à la hauteur de leurs fonctions, ils pourront être destitués par la Cour d'Appel, après avoir été mis en jugement. ¶ Il y aura au chef-lieu de la province une Cour d'Appel. Les membres et le Président de cette Cour seront nommés par la Sublime Porte, avec l'assentiment des Représentants des Puissances Garantes. ¶ Les membres de la Cour pourront être Musulmans ou Chrétiens, et statueront sur la base du Code Ottoman. ¶ L'élément Européen pourra y être introduit. Dans ce cas le Magistrat Européen sera muni d'un certificat émanant d'une autorité juridique compétente, et justifiant de ses connaissances. ¶ La durée des fonctions des membres de la Cour d'Appel sera la même et réglée par les mêmes conditions que pour les Juges des Tribunaux. ¶ Les Tribunaux connaîtront de toutes les causes civiles et pénales, sauf appel à la Haute Cour d'Appel instituée dans le chef-lieu de la province. ¶ Les séances des Tribunaux seront publiques, et l'enquête judiciaire sera obligatoire. ¶ Les causes appartenant spécialement à une confession quelconque seront de la juridiction exclusive des autorités ecclésiastiques de la communauté, et les décisions rendues par elles seront considérées comme exécutoires.

VII.

Nr. 5944.
Gross-
mächte.
21. Dec. 1876.

Il y aura une entière liberté de culte. L'entretien du clergé, aussi bien que celui des établissements religieux et d'instruction publique, sera à la charge de chaque communauté. || Pour pouvoir changer de religion un jeune homme devra avoir dix-huit ans et une jeune fille seize ans. Mais pour être autorisé à faire la déclaration de son changement de religion, le jeune homme ou la jeune fille devra passer *une semaine* chez le chef spirituel de son premier culte. || Il ne pourra être aucune entrave à la construction des édifices religieux et à l'exercice des cérémonies du culte. || Le devoir des Assemblées de Province et de Canton sera de pourvoir aux nécessités de l'instruction publique, en s'imposant spécialement pour la création et l'entretien des écoles. || La langue du pays sera employée au même titre que la langue Turque dans les Tribunaux et l'Administration. || Dans les cantons où l'usage de la langue Grecque est général, les autorités cantonales pourront s'en servir.

VIII.

L'armée régulière Ottomane sera cantonnée dans les forteresses et dans les villes principales. Elle sera destinée à la défense extérieure du pays. Elle pourra être employée à l'intérieur en cas de guerre, ou sur la demande du Gouverneur-Général de la Province. || Il sera formé une milice ou garde nationale, composée proportionnellement à la population, de Chrétiens et de Musulmans, et dont le nombre ne devra pas dépasser 1 pour cent des habitants mâles. Elle fera ses exercices séparément sous la direction d'officiers nommés par le Vali. Si, par son ordre, les corps de milice se trouvaient réunies en nombre de plus de mille hommes sur un point déterminé, les officiers supérieurs (commandants et au-dessus) seront nommés par la Sublime Porte. || Une gendarmerie entretenue par la province, suffisante pour maintenir la sécurité publique et pour faire la police, sera formée de façon à ce que le nombre des Chrétiens et des Musulmans qui en feront partie, soit proportionné à la population de chaque culte. Elle aura des officiers Musulmans et Chrétiens nommés par le Gouverneur-Général et sera distribuée dans le pays. || La Sublime Porte s'interdira à l'avenir la colonisation des Circassiens dans ses possessions d'Europe. Quant aux familles de cette nation, qui y sont fixées en ce moment, elle encouragera leur éloignement, en favorisant leur établissement dans les provinces Asiatiques Musulmanes.

IX.

Une amnistie générale sera accordée aux personnes qui ont été incarcérées sans jugement, ou qui ont subi des condamnations sommaires (exil, déportation, emprisonnement), prononcées par les autorités administratives ou par diverses Commissions Ottomanes.



Une Commission Internationale sera nommé pour un an par les Puissances Garantes, afin de veiller à l'exécution de ce règlement, qui devra être mis en vigueur dans les trois mois de la signature du Protocole.

Nr. 3944.
Gross-
mächte.
31. Dec. 1876.

Annexe 4 au Compte-Rendu No. 6.

Bosnie-Herzégovine. — Instructions pour la Commission.

La Commission Internationale pour la Bosnie et l'Herzégovine sera chargée de prendre part à l'enquête que devra faire le Gouvernement Ottoman sur les auteurs des massacres et autres excès, de rechercher les coupables, de surveiller les interrogatoires et d'assurer leur punition. || La Commission prendra part à la revision des sentences prononcées contre les Chrétiens par les Tribunaux Extraordinaires. || La Commission jugera s'il est nécessaire de prohiber dans certaines parties du territoire le port des armes et de veiller à la restitution dans les dépôts de l'Etat des armes distribuées à différentes époques par les autorités Ottomanes à la population Musulmane. Elle proposera toute autre mesure de police qu'elle croira utile pour assurer la sécurité des habitants, et ses résolutions seront exécutées à l'aide d'une gendarmerie spéciale. Cette gendarmerie, payée sur les revenus de la Province, devra être au début organisée avec le concours d'officiers, sous-officiers et soldats pris dans les armées Européennes et au nombre de 500 à 1000 hommes, qui serviront de cadres pour faciliter une organisation plus complète à l'aide de volontaires indigènes de tout l'Empire, suivant ce que la Commission de Surveillance croira nécessaire. Quand la Commission de Surveillance aura fini ses travaux, cette gendarmerie restera au service de la Sublime Porte. || La Commission fera l'estimation des pertes subies par les Chrétiens et déterminera la façon dont on pourrait les indemniser. Elle recherchera les moyens de venir en général au secours de la population tombée dans la misère. || Elle veillera à ce qu'autant que possible des matériaux lui soient fournis pour la reconstruction des églises et des maisons. || Elle s'efforcera de travailler à l'amélioration du sort du laboureur et du fermier Chrétien, soit en facilitant le rachat des terrains appartenant aux grands propriétaires, soit en obtenant du Gouvernement la vente des terrains de l'Etat avec délai pour les paiements. || A cet effet des Commissions Mixtes indigènes seront formées sur la base du principe électif pour l'estimation du prix de ces terrains et la fixation du mode de paiement. Le rachat des prestations en nature et des corvées, si leur existence était constatée, s'opérerait de la même façon. || L'autorité Ottomane entrera en pourparlers avec les insurgés et les émigrés sous le contrôle de ces mêmes commissions pour faciliter leur rentrée dans leurs foyers et assurer leur entière sécurité. || La Commission examinera les plaintes portées

Nr. 5944. **Gross-
mächte.**
21. Dec. 1876. contre les autorités et pourra proposer leur suspension et leur révocation, qui sera prononcée par le Vali. || La Commission surveillera en général l'exécution des règlements rédigés par la Conférence et en particulier le fonctionnement de l'administration de la justice ainsi que les élections. || La Commission réunira des données statistiques pour contrôler la répartition équitable des contributions et tracera sur place avec le concours des autorités Ottomanes les limites de la province et les divisions des cantons et des départements. || La Commission tiendra des protocoles de ses séances et, en cas de divergences sérieuses entre commissaires, en référera aux Représentants à Constantinople. La Commission pourra envoyer ses membres ou ses délégués pour exercer la surveillance qui lui incombe. || En outre, la Commission Internationale élaborera un programme détaillé de l'oeuvre dont elle est chargée. || Ce programme approuvé par les Représentants à Constantinople des Puissances Garantes, d'accord avec la Sublime Porte, servira d'instructions supplémentaires. || La présidence de la Commission sera renouvelée tous les mois et sera exercée successivement par chacun des commissaires. || Les commissaires désigneront eux-mêmes la ville où, suivant les circonstances, la Commission tiendra ses séances.

Annexe 5 au Compte-Rendu No. 8.

Bulgarie. — Instructions pour la Commission.

La Commission Internationale pour les deux vilayets, Oriental et Occidental, sera chargée de prendre part à l'enquête que devra faire le Gouvernement Ottoman sur les fauteurs des massacres et autres excès, de rechercher les coupables, de surveiller les interrogatoires et d'assurer leur punition. || La Commission prendra part à la revision des sentences prononcées contre les Chrétiens par les Tribunaux Extraordinaires. || La Commission jugera s'il est nécessaire de prohiber, dans certaines parties du territoire, le port des armes et de veiller à la restitution dans les dépôts de l'Etat des armes distribuées à différentes époques par les autorités Ottomanes à la population Musulmane et aux Circassiens. Elle proposera tout autre mesure de police qu'elle croira utile pour assurer la sécurité des habitants, et ses résolutions seront exécutées à l'aide d'une gendarmerie spéciale. Cette gendarmerie, payée sur les revenus de la province, devra être au début organisée avec le concours d'officiers, sous-officiers et soldats pris dans les armées Européennes et au nombre de 2000 à 4000 hommes, qui serviront de cadres pour faciliter une organisation plus complète à l'aide de volontaires indigènes de tout l'Empire, suivant ce que la Commission de Surveillance croira nécessaire. Quand la Commission aura fini ses travaux, cette gendarmerie restera au service de la Sublime Porte. || La Commission fera l'estimation des pertes subies par les Chrétiens et déterminera la façon dont on pourrait les indemniser. Elle recherchera les moyens de venir en général au secours de la population tombée dans la misère.

Elle veillera à ce qu'autant que possible des matériaux lui soient fournis pour la reconstruction des églises et des maisons. || Elle revisera les titres de certaines propriétés pour faire restituer aux Chrétiens celles qui leur auraient été enlevées pendant l'insurrection. || La Commission examinera les plaintes portées contre les autorités et pourra proposer leur suspension et leur révocation, qui sera prononcée par le Vali. || La Commission surveillera en général l'exécution des règlements rédigés par la Conférence et, en particulier, le fonctionnement de l'administration de la justice ainsi que les élections. || La Commission prendra part, en se conformant au règlement, à la nomination de divers employés. || La Commission réunira des données statistiques pour contrôler la répartition équitable des contributions et tracera sur place, avec le concours des autorités Ottomanes, les limites de la province et les divisions des cantons et des départements. || En se conformant à ces dispositions, la Commission pourra ajouter ou éliminer des cantons dans les cazas situés sur les limites des provinces, ainsi que modifier les divisions en sandjaks et cantons, si elle le juge nécessaire pour des raisons géographiques, ethnographiques ou administratives. || La Commission tiendra des protocoles de ses séances et, en cas de divergences sérieuses entre Commissaires, en référera aux Représentants à Constantinople. || La Commission pourra envoyer ses membres ou ses délégués pour exercer la surveillance qui lui incombe. || Les Commissaires désigneront eux-mêmes la ville où, suivant les circonstances, la Commission tiendra ses séances. || La présidence de la Commission sera renouvelée tous les mois et sera exercée successivement par chacun des Commissaires. || En outre, la Commission Internationale élaborera un programme détaillé de l'oeuvre dont elle est chargée. Ce programme, approuvé par les Représentants à Constantinople des Puissances Garantes, d'accord avec la Sublime Porte, servira d'instructions supplémentaires.

Nr. 5944.

Gross-
mächte.

21. Dec. 1876.

Nr. 5945.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d. Ausw. — Haltung der Pforte gegenüber den Beschlüssen der Vorkonferenz.

Pera, December 21, 1876.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that I sent yesterday, through a private source, to the Sultan a paper containing the substance of the proposals agreed to by the Plenipotentiaries, and such arguments as I thought best calculated to recommend them to His Majesty's acceptance. || This morning the new Grand-Vizier, Midhat-Pasha, to whom I paid a formal visit yesterday, called upon me by appointment, accompanied by the

Nr. 5945.

Gross-
britannien.

21. Dec. 1876.

Nr. 5945.
Gross-
britannien.
21. Dec. 1876.

Turkish Plenipotentiaries, Safvet- and Edhem-Pashas. Count Chaudordy was present, and we communicated to them the proposals which are to be made at the first Conference. || The language of the Turkish Ministers was unsatisfactory. They protested strongly against the appointment of an International Commission, and, indeed, objected to any form of guarantee except the promise of the Sultan. They did not enter into any detailed examination of the proposals. || I am informed by the persons who have had the greatest experience of Turkish Ministers, that an absolute refusal of the proposals submitted to them is considered as the necessary opening of negotiations. || The proposals will be formally communicated at the first meeting of the Conference, which will take place, as I am at present informed, on the 23rd instant. || I have, &c.

Salisbury.

Nr. 5946.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury.
— England wird die Pforte nicht zur Nachgiebigkeit zwingen, aber auch im Kriegsfall nicht unterstützen.

Foreign Office, December 22, 1876.

Nr. 5946.
Gross-
britannien.
22. Dec. 1876.

My Lord, — I have the honour to inform your Excellency, that Her Majesty's Government have decided that England will not assent to, or assist in, coercive measures, military or naval, against the Porte. || The Porte must on the other hand be made to understand, as it has from the first been informed, that it can expect no assistance from England in the event of war. || In the event of the Porte persisting in refusal, and the Conference failing, your Excellency will of course come away: and it will be desirable in that case that Sir Henry Elliot should also come to England to report upon the situation, leaving a Secretary in charge of the Embassy. || These are the views of Her Majesty's Government, and your Excellency may use your own discretion as to the language which you shall hold. || I am &c.

Derby.

Nr. 5947.

GROSSMÄCHTE. — Vorkonferenz. — 9^e Compte-Rendu. — Séance du 22 Décembre, 1876.

Nr. 5947.
Gross-
mächte.
22. Dec. 1876.

Présents: Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, l'un des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, les Plénipotentiaires d'Italie et de Russie.

Le Procès-Verbal de la précédente séance est lu et approuvé.

Le Président de la Réunion donne lecture de la réponse que le Ministre des Affaires Etrangères de la Sublime Porte lui a adressée au sujet de la convocation de la Conférence Plénière et dans laquelle son Excellence Sefvet-Pacha indique Samedi, 23 Décembre, à midi, pour la Réunion des Plénipotentiaires des Puissances Garanties et des Plénipotentiaires de la Porte Ottomane. || En faisant part de cette communication à ses collègues l'Ambassadeur de Russie ajoute que, grâce à l'esprit de conciliation apporté de toutes parts et à l'empressement éclairé avec lequel on cherchait à en rapprocher et à en fixer les manifestations, la Réunion se trouve en face de résultats sérieux. Les bases de la paix émanées de l'initiative du Cabinet de Londres et qui devaient servir de canevas, ont été précisées et développées. Une organisation assez complète a été élaborée, en conséquence, pour chacune des trois Provinces Chrétiennes qu'il s'agissait de réformer. La Réunion s'est conformée dans ce travail aux propositions de Vienne, qui avait déjà réuni l'adhésion des Puissances, au commencement de cette année. L'entente n'a été rendue possible que par des concessions réciproques. L'Ambassadeur de Russie a la conscience, pour ce qui le concerne spécialement, d'avoir atteint sous ce rapport les dernières limites. Aussi a-t-il la satisfaction de pouvoir se dire que si le résultat des Réunions constitue pour la Russie le minimum extrême et irréductible des exigences qu'elle croyait équitable et indispensable de réclamer en faveur des Chrétiens d'Orient, ce résultat ne représente plus les vœux de telle ou telle Puissance ni un programme personnel ou individuel. C'est l'oeuvre commune de la grande Europe. || L'Ambassadeur d'Allemagne fait savoir à la Réunion que son Gouvernement l'a invité à prendre *ad referendum* la proposition relative à la garantie des dépenses que pourrait amener le passage des troupes neutres destinées à servir d'escorte à la Commission Internationale. Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie exprimant à cette occasion la pensée que leur Gouvernement serait disposé à prendre aucun engagement à cet égard, le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne dit que pour les 1,000,000 fr. indiqués dans une précédente séance, il attend la réponse de son Gouvernement. || L'Ambassadeur d'Allemagne reprenant la parole annonce que sur la demande de pleins pouvoirs spéciaux qu'il a adressée au Cabinet Impérial, le Prince Chancelier de l'Empire a été d'avis que cette formalité n'était point nécessaire puisqu'il ne s'agissait pas de la conclusion d'un Traité. || La Réunion charge un des Plénipotentiaires de France de remettre aux Représentants de la Sublime Porte à la première séance de la Conférence Plénière les documents qui résument ses délibérations. | Après avoir réglé divers points relatifs à l'ordre des discussions dans la Conférence Plénière et s'être réservé la faculté de s'entendre ultérieurement entre eux sur les questions qui pourraient être soulevées, les Plénipotentiaires déclarent closes les séances de la Réunion préliminaire. Le Président a remercié ses collègues pour la bienveillance et l'indulgence qu'ils ont bien voulu lui témoigner durant les délibérations. "Vos bonnes dispositions", a-t-il dit en terminant, "ont

Nr. 5947.
Gross-
mächte.
23. Dec. 1876.

permis de diriger nos occupations de façon à remplir aussi rapidement que possible la tâche difficile qui nous a été dévolue. Permettez-moi d'espérer que l'élément nouveau qui sera introduit dans nos délibérations ne saurait en aucun cas rompre l'accord établi entre nous au prix de concessions notables. Le meilleur voeu que je puisse exprimer en vue de nos délibérations futures, c'est d'y voir régner l'esprit de concorde et de conciliation qui a caractérisé nos Réunions préliminaires." || En se séparant les Plénipotentiaires remercient unanimement le Doyen du Corps Diplomatique de la sollicitude avec laquelle il a présidé leurs délibérations.

Werther.	Chaudordy.
Zichy.	Salisbury.
Calice.	L. Corti.
F. de Bourgoing.	N. Ignatiew.

Nr. 5948.

TÜRKEI. — Constitution promulguée le 7 Zilhidjé 1293
($\frac{11}{23}$ Décembre, 1876).

De l'Empire Ottoman.

Nr. 5948.
Türkei.
23. Dec. 1876.

Article 1. L'Empire Ottoman comprend les contrées et possessions actuelles et les provinces privilégiées. || Il forme un tout indivisible dont aucune partie ne peut jamais être détachée par quelque motif que ce soit.

Art. 2. Constantinople est la capitale de l'Empire Ottoman. || Cette ville ne possède, à l'exclusion des autres villes de l'Empire, aucun privilège ni immunité qui lui soit propre.

Art. 3. La souveraineté Ottomane qui réunit dans la personne du Souverain le Kalifat Suprême de l'Islamisme, appartient à l'aîné des princes de la dynastie d'Osman, conformément aux règles établis *ab antiquo*.

Art. 4. Sa Majesté le Sultan est, à titre de Kalife Suprême, le protecteur de la religion Musulmane. || Il est le Souverain et le Padichah de tous les Ottomans.

Art. 5. Sa Majesté le Sultan est irresponsable; sa personne est sacrée.

Art. 6. La liberté des membres de la dynastie Impériale Ottomane, leurs biens personnels, immobiliers et mobiliers, leur liste civile pendant toute leur vie, sont sous la garantie de tous.

Art. 7. Sa Majesté le Sultan compte au nombre de ses droits souverains les prérogatives suivantes: Il nomme et révoque les Ministres; il confère les grades, les fonctions et les insignes de ses ordres; il donne l'investiture aux Chefs des Provinces privilégiées, dans les formes déterminées par les privilèges qui leur ont été concédés; il fait frapper la monnaie; son nom est prononcé dans les mosquées pendant la prière publique; il conclut les Traités

avec les Puissances; il déclare la guerre; il fait la paix; il commande les armées de terre et de mer; il ordonne les mouvements militaires; il fait exécuter les dispositions du chéri (la loi sacrée) et des lois; il fait les règlements d'administration publique; il remet ou commue les peines prononcées par les Tribunaux criminels; il convoque et proroge l'Assemblée Générale; il dissout, s'il le juge nécessaire, la Chambre des Députés, sauf à faire procéder à la réélection des Députés.

Nr. 2048.
Türkel.
23. Dec. 1876.

Du Droit Public des Ottomans.

Art. 8. Tous les sujets de l'Empire sont indistinctement appelés Ottomans, quelle que soit la religion qu'ils professent. || La qualité d'Ottoman s'acquiert et se perd suivant les cas spécifiés par la loi.

Art. 9. Tous les Ottomans jouissent de la liberté individuelle, à la condition de ne pas porter atteinte à la liberté d'autrui.

Art. 10. La liberté individuelle est absolument inviolable. || Nul ne peut, sous aucun prétexte, subir une peine quelconque, que dans les cas déterminés par la loi et suivant les formes qu'elle prescrit.

Art. 11. L'Islamisme est la religion de l'Etat. || Tout en sauvegardant ce principe, l'Etat protège le libre exercice de tous les cultes reconnus dans l'Empire, et maintient les privilèges religieux accordés aux diverses communautés, à la condition qu'il ne soit pas porté atteinte à l'ordre public ou aux bonnes moeurs.

Art. 12. La presse est libre dans les limites tracées par la loi.

Art. 13. Les Ottomans ont la faculté de former des associations commerciales, industrielles ou agricoles, dans les limites déterminées par les lois et les règlements.

Art. 14. Une ou plusieurs personnes appartenant à la nationalité Ottomane ont le droit de présenter des pétitions à l'autorité compétente au sujet d'infractions aux lois ou règlements, commises soit à leur préjudice personnel soit au préjudice de l'intérêt public, et pourront également adresser, sous forme de réclamation, des pétitions signées à l'assemblée Générale Ottomane pour se plaindre de la conduite des fonctionnaires ou employés de l'Etat.

Art. 15. L'enseignement est libre. | Chaque Ottoman peut faire des cours publics ou privés, à la condition de se conformer aux lois.

Art. 16. Toutes les écoles sont placées sous la surveillance de l'Etat. || Il sera avisé aux moyens propres à unifier et à régulariser l'enseignement donné à tous les Ottomans; mais il ne pourra pas être porté atteinte à l'enseignement religieux des diverses communautés.

Art. 17. Tous les Ottomans sont égaux devant la loi. || Ils ont les mêmes droits et les mêmes devoirs envers le pays, sans préjudice de ce qui concerne la religion.

Art. 18. L'admission aux fonctions publiques a pour condition la connaissance du Turc, qui est la langue officielle de l'Etat.

Nr. 5948.
Türkei.
23. Dec. 1876.

Art. 19. Tous les Ottomans sont admis aux fonctions publiques suivant leurs aptitudes, leur mérite et leur capacité.

Art. 20. L'assiette et la répartition des impôts s'établissent, conformément aux lois et aux règlements spéciaux, en proportion de la fortune de chaque contribuable.

Art. 21. La propriété immobilière et mobilière, régulièrement établie, est garantie. Aucune expropriation ne peut avoir lieu que pour cause d'utilité publique, dûment constatée et contre le paiement préalable, conformément à la loi, de la valeur de l'immeuble à exproprier.

Art. 22. Le domicile est inviolable. || L'autorité ne peut pénétrer de force dans le domicile de qui que ce soit, que dans les cas déterminés par la loi.

Art. 23. Nul ne peut être astreint à comparaître devant un Tribunal autre que le Tribunal compétent suivant la Loi de Procédure qui sera édictée.

Art. 24. La confiscation des biens, la corvée et le Djérimé (exaction sous forme de pénalité pécuniaire) sont prohibés. Toutefois les contributions levées légalement en temps de guerre et les mesures nécessitées par l'état de guerre, sont exceptées de cette disposition.

Art. 25. Aucune somme d'argent ne peut être perçue, à titre d'impôt ou de taxe, ou sous toute autre dénomination, qu'en vertu d'une loi.

Art. 26. La torture et la question, sous toutes les formes, sont complètement et absolument prohibées.

Des Ministres.

Art. 27. Sa Majesté le Sultan investit de la charge de Grand-Vézir et de celle de Chéik-ul-Islam les personages que sa haute confiance croit devoir y appeler. La nomination des autres Ministres a lieu par Iradé (Ordonnance) Impérial.

Art. 28. Le Conseil des Ministres se réunit sous la présidence du Grand-Vézir. || Les attributions du Conseil des Ministres comprennent toutes les affaires importantes, intérieures ou extérieures, de l'Etat. || Celles de ses délibérations qui doivent être soumises à la sanction de Sa Majesté le Sultan, sont rendues exécutoires par Iradé Impérial.

Art. 29. Chaque chef de Département Ministériel administre, dans la limite de ses attributions, les affaires qui ressortissent à son Département. Pour celles qui dépassent cette limite, il en réfère au Grand-Vézir. || Le Grand-Vézir donne suite aux rapports qui lui sont adressés par les chefs des divers Départements, soit en les déférant, s'il y a lieu, au Conseil des Ministres et ensuite en les présentant à la sanction Impériale, soit, dans le cas contraire, en statuant lui-même ou en les soumettant à la décision de Sa Majesté le Sultan. Un règlement spécial déterminera ces diverses catégories d'affaires pour chaque Département Ministériel.

Art. 30. Les Ministres sont responsables des faits ou actes de leur gestion

Art. 31. Si un ou plusieurs membres de la Chambre des Députés veulent porter plainte contre un Ministre, en raison de sa responsabilité et à l'occasion de faits dont la Chambre a le droit de connaître, la demande contenant la plainte est remise au Président, qui la renvoie, dans les trois jours, au bureau chargé, en vertu du règlement intérieur d'examiner la plainte et de décider s'il y a lieu de la soumettre aux délibérations de la Chambre. ¶ La décision du bureau est prise à la majorité des voix, après que les renseignements nécessaires ont été obtenus et que des explications ont été fournies par le Ministre en cause. | Si le bureau est d'avis de soumettre la plainte à la Chambre, le rapport constatant cette décision est lu en séance publique, et la Chambre, après avoir entendu les explications du Ministre en cause appelé à assister à la séance, ou de son délégué, vote à la majorité absolue de deux tiers des voix, sur les conclusions du rapport. ¶ En cas d'adoption de ces conclusions, une adresse, demandant la mise en jugement du Ministre en cause, est transmise au Grand-Vézir, qui la soumet à la sanction de Sa Majesté le Sultan, et le renvoi devant la Haute Cour a lieu en vertu d'un Iradé Impérial.

Mr. 3048.
Türkei.
25. Dec. 1876.

Art. 32. Une loi spéciale déterminera la procédure à suivre pour le jugement des Ministres.

Art. 33. Il n'existe aucune différence entre les Ministres et les particuliers en ce qui concerne les procès privés et qui sont en dehors de leurs fonctions. ¶ Les procès de ce genre sont déferés à la juridiction ordinaire.

Art. 34. Le Ministre dont la mise en jugement a été prononcée par la Chambre d'Accusation de la Haute Cour, est suspendu de ses fonctions jusqu'à ce qu'il ait été déchargé de l'accusation portée contre lui.

Art. 35. En cas de rejet, par un vote motivé de la Chambre des Députés, d'un projet de loi pour l'adoption duquel le Ministère croit devoir insister, Sa Majesté le Sultan ordonne, dans l'exercice de sa souveraineté, soit le changement du Ministère, soit la dissolution de la Chambre, à charge de réélection des députés dans le délai fixé par la loi.

Art. 36. En cas de nécessité urgente, si l'Assemblée Générale n'est pas réunie, le Ministère peut prendre des dispositions en vue de prémunir l'Etat contre un danger ou de sauvegarder la sécurité publique. ¶ Ces dispositions, sanctionnées par Iradé Impérial, ont provisoirement force de loi, si elles ne sont pas contraires à la Constitution. Elles doivent être soumises à l'Assemblée Générale dès que celle-ci est réunie.

Art. 37. Chaque Ministre a le droit d'assister aux séances du Sénat et de la Chambre des Députés ou de s'y faire représenter par un fonctionnaire supérieur de son département. | Il a également le droit d'être entendu avant tout membre de la Chambre qui aurait demandé la parole.

Art. 38. Lorsqu'à la suite d'une décision prise à la majorité des voix, un Ministre est invité à se rendre à la Chambre des Députés pour fournir des explications, il est tenu de répondre aux questions qui lui sont adressées, soit en se présentant personnellement, soit en déléguant un fonctionnaire

Nr. 5948.
Türkei.
28. Dec. 1876. supérieur de son département. || Néanmoins, il a le droit d'ajourner sa réponse, s'il le juge nécessaire, en prenant sur lui la responsabilité de cet ajournement.

Des Fonctionnaires Publics.

Art. 39. Toutes les nominations aux diverses fonctions publiques auront lieu conformément aux règlements qui détermineront les conditions de mérite et de capacité exigées pour l'admission aux emplois de l'Etat. || Tout fonctionnaire nommé dans ces conditions ne pourra être révoqué ou changé: || S'il n'est pas prouvé que sa conduite justifie légalement sa révocation; || S'il n'a pas donné sa démission, ou bien encore si sa révocation n'est pas jugée indispensable par le Gouvernement. || Les fonctionnaires qui auront fait preuve de bonne conduite et d'honnêteté, ainsi que ceux dont la mise en disponibilité aura été jugée indispensable par le Gouvernement, auront droit, soit à l'avancement, soit à la pension de retraite, soit au traitement de disponibilité, conformément aux dispositions qui seront déterminées par un règlement spécial.

Art. 40. Les attributions des différentes fonctions seront fixées par des règlements spéciaux. || Chaque fonctionnaire est responsable dans la limite de ses attributions.

Art. 41. Tout fonctionnaire est tenu de respecter son supérieur; mais l'obéissance n'est due qu'aux ordres donnés dans les limites tracées par la loi. || Pour les actes contraires à la loi, le fait d'avoir obéi à un supérieur ne peut dégager la responsabilité du fonctionnaire qui les a exécutés.

De l'Assemblée Générale.

Art. 42. L'Assemblée Générale se compose de deux Chambres: la Chambre des Seigneurs ou Sénat et la Chambre des Députés.

Art. 43. Les deux Chambres se réunissent le 1 Novembre de chaque année; l'ouverture a lieu par Iradé Impérial. || La clôture, fixée au 1 Mars suivant, a également lieu en vertu d'un Iradé Impérial. || Aucune des deux Chambres ne peut se réunir hors le temps de session de l'autre Chambre.

Art. 44. Sa Majesté le Sultan peut, suivant l'exigence des circonstances, avancer l'époque de l'ouverture et abréger ou prolonger la Session.

Art. 45. La solennité de l'ouverture a lieu en présence de Sa Majesté le Sultan, soit en personne, soit représenté par le Grand-Vézir et en présence des Ministres et des membres des deux Chambres. || Il est donné lecture d'un discours Impérial exposant la situation intérieure de l'Empire et l'état de ses relations extérieures, dans le cours de l'année écoulée, et indiquant les mesures dont l'adoption, pour l'année suivante, est jugée nécessaire.

Art. 46. Tous les membres de l'Assemblée Générale prêtent le serment d'être fidèles à Sa Majesté le Sultan et à la patrie, d'observer la Constitution, de remplir le mandat qui leur est confié et de s'abstenir de tout acte contraire à ces devoirs. || La prestation du serment a lieu, pour les nouveaux membres, à l'ouverture de la Session, en présence du Grand-Vézir et, après

l'ouverture, en présence de leurs présidents respectifs, et en séance publique de la Chambre dont ils font partie.

Nr. 5948.
Türkei.
23. Dec. 1876.

Art. 47. Les membres de l'Assemblée Générale sont libres dans l'émission de leurs opinions ou de leurs votes. || Aucun d'eux ne peut être lié par des instructions ou promesses, ni influencé par des menaces. || Il ne peut être poursuivi pour les opinions ou les votes émis par lui au cours des délibérations de la Chambre dont il fait partie, à moins qu'il n'ait contrevenu au règlement intérieur de cette Chambre, auquel cas les dispositions édictées par le règlement lui sont appliquées.

Art. 48. Tout membre de l'Assemblée Générale qui, à la majorité absolue des deux tiers de la Chambre dont il fait partie, est accusé de trahison, de tentative de violation de la Constitution ou de concussion, ou qui a été frappé légalement d'une condamnation à l'emprisonnement ou à l'exil, est déchu de sa qualité de Sénateur ou de Député. || Le jugement et l'application de la peine appartiennent au Tribunal compétent.

Art. 49. Chaque membre de l'Assemblée Générale émet son vote en personne. || Il a le droit de s'abstenir au moment du vote.

Art. 50. Nul ne peut être à la fois membre des deux Chambres.

Art. 51. Aucune délibération ne peut avoir lieu, dans l'une ou l'autre Chambre, qu'autant que la moitié plus un de ses membres se trouvent réunis. || Hors le cas où la majorité des deux tiers est requise, toute résolution est prise à la majorité absolue des membres présents. || En cas de partage, la voix du Président est prépondérante.

Art. 52. Toute pétition relative à des intérêts privés, présentée à l'une ou à l'autre Chambre, est rejetée si les recherches auxquelles elle donne lieu ont eu pour résultat de constater que le pétitionnaire ne s'est pas adressé en premier lieu aux fonctionnaires publics que la demande concerne ou à l'autorité de laquelle relèvent ces fonctionnaires.

Art. 53. L'initiative de la proposition d'une loi ou de la modification d'une loi existante appartient au Ministère. || Le Sénat et la Chambre des Députés peuvent aussi demander une nouvelle loi ou la modification d'une loi existante sur des matières comprises dans leurs attributions. || Dans ce dernier cas, la demande est soumise par le Grand-Vézir à Sa Majesté le Sultan et, s'il y a lieu, le Conseil d'Etat est chargé en vertu d'un Iradé Impérial, de préparer le projet de loi qui fait l'objet de la proposition, sur les renseignements et éclaircissements fournis par les départements compétents.

Art. 54. Les projets de loi élaborés par le Conseil d'Etat, sont soumis en premier lieu à la Chambre des Députés et, en second lieu, au Sénat. || Ces projets n'ont force de loi que si, après avoir été adoptés par les deux Chambres, ils sont sanctionnés par Iradé Impérial. || Tout projet de loi définitivement rejeté par l'une des deux Chambres ne peut être soumis à une nouvelle délibération dans le cours de la même session.

Art. 55. Un projet de loi n'est pas considéré comme adopté s'il n'a été

Nr. 5948.
Türkei.
23. Dec. 1876.

voté successivement par la Chambre des Députés et le Sénat, à la majorité des voix, Article par Article, et si l'ensemble du projet n'a réuni la majorité des voix dans chacune des deux Chambres.

Art. 56. A l'exception des Ministres, de leurs délégués et des fonctionnaires convoqués par une invitation spéciale, nul ne peut être introduit dans l'une ou l'autre Chambre, ni admis à faire une communication quelconque, soit qu'il se présente en son nom, soit comme représentant un groupe d'individus.

Art. 57. Les délibérations des Chambres ont lieu en langue Turque. Les projets sont imprimés et distribués avant le jour fixé pour la discussion.

Art. 58. Les votes sont émis: par appel nominal; par des signes de manifestation extérieure, ou par voie de scrutin secret. || Le vote au scrutin secret est subordonné à une décision de la Chambre, prise à la majorité des membres présents.

Art. 59. La police intérieure de chaque Chambre est exercée par son président.

Du Sénat.

Art. 60. Le Président et les membres du Sénat sont nommés directement par Sa Majesté le Sultan. || Le nombre des Sénateurs ne peut excéder le tiers des membres de la Chambre des Députés.

Art. 61. Pour pouvoir être nommé Sénateur, il faut: || S'être rendu, par ses actes, digne de la confiance publique ou avoir rendu des services signalés à l'Etat; || Etre âgé d'au moins quarante ans.

Art. 62. Les Sénateurs sont nommés à vie. || La dignité de Sénateur peut être conférée aux personnages en disponibilité ayant exercé les fonctions de Ministre, Gouverneur-Général (Vali), Commandant de Corps d'Armée, Cazasker (Grand-Juge), Ambassadeur ou Ministre Plénipotentiaire, Patriarche, Khakham-Bachi (Grand-Rabbin), aux Généraux de Division des armées de terre et de mer et, en général, aux personnes réunissant les conditions requises. || Les membres du Sénat, appelés, sur leur demande, à d'autres fonctions, perdent leur qualité de Sénateur.

Art. 63. Le traitement de Sénateur est fixé à la somme mensuelle de 10,000 piastres. || Le Sénateur qui reçoit du Trésor un traitement ou des allocations à un autre titre, n'a droit qu'au complément, si leur montant est inférieur à 10,000 piastres. || Si ce chiffre est égal ou supérieur au traitement de Sénateur, il continue à en toucher le montant.

Art. 64. Le Sénat examine les projets de loi ou de Budget qui lui sont transmis par la Chambre des Députés. || Si-dans le cours de l'examen d'un projet de loi, le Sénat relève une disposition contraire aux droits souverains de Sa Majesté le Sultan, à la liberté, à la Constitution, à l'intégrité territoriale de l'Empire, à la sûreté intérieure du pays, à l'intérêt de la défense de la patrie ou aux bonnes moeurs, il le rejette définitivement par un vote motivé, ou il le renvoie, accompagné de ses observations, à la Chambre des

Députés, en demandant qu'il soit amendé ou modifié dans le sens de ces observations. ¶ Les projets de loi adoptés par le Sénat sont revêtus de son approbation et transmis au Grand-Vézir. ¶ Le Sénat examine les pétitions qui lui sont présentées; il transmet au Grand-Vézir celles de ces pétitions qu'il croit mériter ce renvoi, en les accompagnant de ses observations.

Nr. 5648.
Türkes.
23. Dec. 1876.

De la Chambre des Députés.

Art. 65. Le nombre des Députés est fixé à raison d'un Député sur 50,000 individus du sexe masculin appartenant à la nationalité Ottomane.

Art. 66. L'élection a lieu au scrutin secret. Le mode d'élection sera déterminé par une loi spéciale.

Art. 67. Le mandat de Député est incompatible avec les fonctions publiques, à l'exception de celles de Ministre. ¶ Tout autre fonctionnaire public, élu à la députation, est libre de l'accepter ou de la refuser; mais, en cas d'acceptation, il doit résigner ses fonctions.

Art. 68. Ne peuvent être élus Députés: ¶ 1. Ceux qui n'appartiennent pas à la nationalité Ottomane; ¶ 2. Ceux qui, en vertu du règlement spécial en vigueur, jouissent des immunités attachées au service étranger qu'ils exercent; ¶ 3. Ceux qui ne connaissent pas le Turc; ¶ 4. Ceux qui n'ont pas l'âge de trente ans révolus; ¶ 5. Les gens attachés au service d'un particulier; ¶ 6. Les faillis non-réhabilités; ¶ 7. Ceux qui sont notoirement déconsidérés par leur conduite; ¶ 8. Les individus qui ont été frappés d'interdiction judiciaire, tant que cette interdiction n'est pas levée; ¶ 9. Ceux qui ne jouissent pas de leurs droits civils; ¶ 10. Ceux qui prétendent appartenir à une nation étrangère. ¶ Après l'expiration de la première période de quatre années, l'une des conditions de l'éligibilité à la députation sera de savoir lire le Turc, et autant que possible, écrire dans cette langue.

Art. 69. Les élections générales des Députés ont lieu tous les quatre ans. ¶ Le mandat de chaque Député ne dure que quatre ans; mais il est rééligible.

Art. 70. Les élections générales commencent, au plus tard, quatre mois avant le 1er Novembre, qui est la date fixée pour la réunion de la Chambre.

Art. 71. Chaque membre de la Chambre des Députés représente l'universalité des Ottomans et non exclusivement la circonscription qui l'a nommé.

Art. 72. Les électeurs sont tenus de choisir leurs Députés parmi les habitants de la province à laquelle ils appartiennent.

Art. 73. En cas de dissolution de la Chambre par Iradé Impérial, les élections générales doivent commencer en temps nécessaire pour que la Chambre puisse se réunir de nouveau, au plus tard, dans les six mois de la date de la dissolution.

Art. 74. En cas de décès, d'interdiction judiciaire, d'absence prolongée, de perte de la qualité de Député résultant d'une condamnation ou de l'acceptation de fonctions publiques, il est procédé à un remplacement, conformément

Nr. 5948.
Türkei.
22. Dec. 1876.

aux prescriptions de la loi électorale, et dans un délai tel que le nouveau Député puisse exercer son mandat, au plus tard, dans la session suivante.

Art. 75. Le mandat des Députés élus pour remplir une place vacante ne dure que jusqu'aux prochaines élections générales.

Art. 76. Il sera alloué par le Trésor, à chaque Député, 20,000 piastres par session et ses frais de voyage pour l'aller et le retour. || Le chiffre de ces frais sera établi conformément aux dispositions du règlement qui régit les indemnités de route payées aux fonctionnaires civils de l'Etat, et calculé sur la base d'un traitement mensuel de 5,000 piastres.

Art. 77. Le Président et les deux Vice-Présidents de la Chambre des Députés sont choisis, par Sa Majesté le Sultan, sur une liste de neuf candidats élus par la Chambre, à la majorité des voix, dont trois pour la Présidence, trois pour la première Vice-Présidence et trois pour la deuxième Vice-Présidence. || La nomination du Président et des Vice-Présidents a lieu par Iradé Impérial.

Art. 78. Les séances de la Chambre des Députés sont publiques. || Toutefois, la Chambre pourra se former en comité secret si la proposition en est faite par les Ministres ou par le Président ou par quinze membres, et que cette proposition est votée en comité secret.

Art. 79. Aucun député ne peut, pendant la durée de la session, être arrêté ou poursuivi, sauf le cas de flagrant délit, que sur une décision prise par la majorité de la Chambre accordant l'autorisation de poursuivre.

Art. 80. La Chambre des Députés discute les projets de loi qui lui sont soumis. || Elle adopte, amende ou rejette les dispositions concernant les finances ou la Constitution. || Elle examine en détails les dépenses générales de l'Etat comprises dans la loi du Budget, et en arrête le montant avec les Ministres. || Elle détermine également, d'accord avec les Ministres, la nature, le montant et le mode de répartition et de réalisation des recettes destinées à faire face aux dépenses.

Du Pouvoir Judiciaire.

Art. 81. Les juges nommés conformément à la loi spéciale sur cette matière et munis du brevet d'investiture (bérat) sont inamovibles; mais ils peuvent donner leur démission. || L'avancement des juges dans l'ordre hiérarchique, leur déplacement, leur mise à la retraite, leur révocation en cas de condamnation judiciaire, sont soumis aux dispositions de la même loi. || Cette loi détermine les conditions et qualités requises pour exercer les fonctions de juge ou les autres fonctions de l'ordre judiciaire.

Art. 82. Les audiences de tous les tribunaux sont publiques. || La publication des jugements est autorisée. || Toutefois, dans les cas spécifiés par la loi, le Tribunal peut tenir l'audience à huis-clos.

Art. 83. Tout individu peut, dans l'intérêt de sa défense, faire usage devant le Tribunal des moyens permis par la loi.

Art. 84. Aucun Tribunal ne peut se refuser, sous quelque prétexte que ce soit, à juger une affaire qui est de sa compétence. ¶ Il ne peut non plus en arrêter ou ajourner le jugement, après qu'il a commencé à procéder à l'examen ou à l'instruction, à moins qu'il n'y ait désistement de la part du demandeur. ¶ Toutefois, en matière pénale, l'action publique continue à s'exercer conformément à la loi, dans le cas même où le demandeur s'est désisté.

Nr. 5048.
Türk.
23. Dec. 1876.

Art. 85. Chaque affaire est jugée par le Tribunal auquel cette affaire ressortit. ¶ Les procès entre les particuliers et l'Etat sont de la compétence des Tribunaux ordinaires.

Art. 86. Aucune ingérence ne peut être exercé dans les Tribunaux.

Art. 87. Les affaires concernant le Chéri sont jugés par les Tribunaux du Chéri; le jugement des affaires civiles appartient aux Tribunaux Civils.

Art. 88. Les diverses catégories de Tribunaux, leur compétence, leurs attributions et les émoluments des juges, sont réglés par les lois.

Art. 89. En dehors des Tribunaux ordinaires, il ne peut être institué, sous quelque dénomination que ce soit, de Tribunaux extraordinaires, ni de commissions pour juger certaines affaires spéciales. ¶ Toutefois l'arbitrage (takkin) et la nomination de "muvella" (Juge délégué) sont permis dans les formes déterminées par la loi.

Art. 90. Aucun juge ne peut cumuler ses fonctions avec d'autres fonctions rétribuées par l'Etat.

Art. 91. Il sera instituée des procureurs impériaux chargés d'exercer l'action publique. ¶ Leurs attributions et leur hiérarchie seront fixées par la loi.

De la Haute Cour.

Art. 92. La Haute Cour est formée de trente membres, dont dix Sénateurs, dix Conseillers d'Etat et dix membres choisis parmi les Présidents et les membres de la Cour de Cassation et de la Cour d'Appel. ¶ Tous les membres sont désignés par le sort. ¶ La Haute Cour est convoquée lorsqu'il y a lieu, par l'radé Impérial, et se réunit à l'Hôtel du Sénat. ¶ Ses attributions consistent à juger: ¶ Les Ministres; ¶ Le Président et les membres de la Cour de Cassation; ¶ Et toutes autres personnes accusées du crime de lèse-majesté ou d'attentat contre la sûreté de l'Etat.

Art. 93. La Haute Cour se compose de deux Chambres: la Chambre d'Accusation et la Chambre de Jugement. ¶ La Chambre d'Accusation est formée de neuf membres désignés par le sort parmi les membres de la Haute Cour, et dont trois Sénateurs, trois Conseillers d'Etat et trois membres de la Cour de Cassation ou de la Cour d'Appel.

Art. 94. Le renvoi devant la Chambre de Jugement est prononcé par la Chambre d'Accusation, à la majorité de deux tiers de ses membres. ¶ Les membres appartenant à la Chambre d'Accusation ne peuvent prendre part aux délibérations de la Chambre de Jugement.

Art. 95. La Chambre de Jugement est formée de vingt-un membres,

Nr. 5948.
Türkei.
22. Dec. 1876. dont sept Sénateurs, sept Conseillers d'Etat et sept membres de la Cour de Cassation ou de la Cour d'Appel. || Elle juge à la majorité des deux tiers de ses membres et conformément aux lois en vigueur les procès qui lui sont renvoyés par la Chambre d'Accusation. || Ses jugements ne sont susceptibles ni d'appel ni de recours en cassation.

Des Finances.

Art. 96. Aucun impôt au profit de l'Etat ne peut être établi, réparti, ni perçu qu'en vertu d'une loi.

Art. 97. Le Budget est la loi qui contient les prévisions des recettes et des dépenses de l'Etat. || Les impôts au profit de l'Etat sont régis par cette loi quant à leur assiette, leur répartition et leur perception.

Art. 98. L'examen et le vote, par l'Assemblée Générale, de la Loi du Budget, a lieu par articles. || Les tableaux annexes, comprenant le détail des recettes et des dépenses, sont divisés en sections, chapitres et articles, conformément au modèle défini par les règlements. || Ces tableaux sont votés par chapitres.

Art. 99. Le projet de loi du budget est soumis à la Chambre des Députés immédiatement après l'ouverture de la session, afin de rendre possible sa mise à exécution à partir du commencement de l'exercice auquel il se rapporte.

Art. 100. Aucune dépense extra-budgétaire ne peut être effectuée sur les fonds de l'Etat qu'en vertu d'une loi.

Art. 101. En cas d'urgence motivée par des circonstances extraordinaires, les Ministres peuvent, pendant l'absence de l'Assemblée Générale, créer, par Iradé Impérial, les ressources nécessaires et effectuer une dépense non prévue au budget, à la condition d'en saisir l'Assemblée Générale par un projet de loi, au début de sa plus prochaine réunion.

Art. 102. Le budget est voté pour un an; il n'a force de loi que pour l'année à laquelle elle se rapporte. || Toutefois, si par suite de circonstances exceptionnelles, la Chambre des Députés est dissoute avant le vote du Budget, les Ministres peuvent, par un arrêté pris en vertu d'un Iradé Impérial, appliquer le budget de l'année précédente jusqu'à la session prochaine, sans que l'application provisoire de ce budget puisse dépasser le terme d'une année.

Art. 103. La loi de règlement définitif du Budget indique le montant des recettes réalisées et des paiements effectués sur les revenus et les dépenses de l'année à laquelle elle se rapporte. || Sa forme et ses divisions doivent être les mêmes que celles du Budget.

Art. 104. Le projet de loi de règlement définitif est soumis à la Chambre des Députés, au plus tard, dans le terme de quatre ans, à partir de la fin de l'année à laquelle il se rapporte.

Art. 105. Il sera institué une Cour des Comptes chargée de l'examen des opérations des comptables de finances, ainsi que des comptes annuels dressés par les divers Départements Ministériels. || Elle adressera chaque année à

la Chambre des Députés un rapport spécial comprenant le résultat de ses travaux, accompagné de ses observations. ¶ A la fin de chaque trimestre, elle présentera à Sa Majesté le Sultan, par l'intermédiaire du Grand-Vézir, un rapport contenant l'exposé de la situation financière.

Art. 106. La Cour des Comptes sera composée de douze membres inamovibles, nommés par l'radé Impérial. ¶ Aucun d'eux ne pourra être révoqué sans que la proposition motivée de sa révocation ne soit approuvée par une décision de la Chambre des Députés, prise à la majorité des voix.

Art. 107. Les conditions et qualités exigées des membres de la Cour des Comptes, le détail de leurs attributions, les règles applicables en cas de démission, de remplacement, d'avancement et de mise à la retraite, ainsi que l'organisation des bureaux de la Cour, seront déterminés par une loi spéciale.

De l'Administration Provinciale.

Art. 108. L'administration des provinces aura pour base le principe de la décentralisation. ¶ Les détails de cette organisation seront fixés par une loi.

Art. 109. Une loi spéciale règlera sur des bases plus larges l'élection des Conseils Administratifs de province (vilayet), de district (sandjak) et de canton (caza), ainsi que celle du Conseil Général qui se réunit annuellement au chef-lieu de chaque province.

Art. 110. Les attributions du Conseil Général Provincial seront fixées par la même loi spéciale, et elles comprendront: ¶ La faculté de délibérer sur les objets d'utilité publique, tels que l'établissement de voies de communications, l'organisation des caisses de crédit agricole, le développement de l'industrie, du commerce et de l'agriculture et la propagation de l'instruction publique. Le droit de porter plainte aux autorités compétentes pour obtenir le redressement des faits ou actes commis en contravention des lois et règlements, soit dans la répartition ou la perception des impôts, soit en toute autre matière.

Art. 111. Il y aura dans chaque caza un Conseil afférent à chacune des différentes communautés. Ce Conseil sera chargé de contrôler: " 1. L'administration des revenus des immeubles ou des fonds vakoufs (fondations pieuses), dont la destination spéciale est fixée par les dispositions expresses des fondateurs ou par l'usage; ¶ 2. L'emploi des fonds ou des biens affectés, par disposition testamentaire, à des actes de charité ou de bienfaisance. " 3. L'administration des fonds des orphelins, conformément au règlement spécial qui régit la matière. Chaque Conseil sera composé de membres élus par la communauté qu'il représente, conformément aux règlements spéciaux à établir. Ces Conseils relèveront des autorités locales et des Conseils Généraux de province.

Art. 112. Les affaires municipales seront administrées, à Constantinople et dans les provinces, par des Conseils Municipaux élus. L'organisation des Conseils Municipaux, leurs attributions et le mode d'élection de leurs membres, seront déterminés par une loi spéciale.

Dispositions Diverses.

Nr. 5948.
Türkei.
23. Dec. 1876.

Art. 113. En cas de constatation de faits ou d'indices de nature à faire prévoir des troubles sur un point du territoire de l'Empire, le Gouvernement Impérial a le droit d'y proclamer l'état de siège. || Les effets de l'état de siège consistent dans la suspension temporaire des lois civiles. | Le mode d'administration des localités soumises au régime de l'état de siège sera réglé par une loi spéciale. || A Sa Majesté le Sultan appartient le pouvoir exclusif d'expulser du territoire de l'Empire ceux qui, à la suite d'informations dignes de confiance recueillies par l'administration de la police, sont reconnus comme portant atteinte à la sûreté de l'Etat.

Art. 114. L'instruction primaire sera obligatoire pour tous les Ottomans. || Les détails d'application seront déterminés par une loi spéciale.

Art. 115. Aucune disposition de la Constitution ne peut, sous quelque prétexte que ce soit, être suspendue ou délaissée.

Art. 116. En cas de nécessité, dûment constatée, la Constitution peut être modifiée dans quelques unes de ses dispositions. Cette modification est subordonnée aux conditions suivantes: — || Toute proposition de modification présentée soit par le Ministère, soit par l'une ou l'autre Chambre, devra être soumise en premier lieu aux délibérations de la Chambre des Députés. || Si la proposition est approuvée à la majorité des deux tiers des membres de cette Chambre, elle sera transmise au Sénat. || Dans le cas où le Sénat adopterait également la modification proposée à la majorité des deux tiers des Sénateurs, elle sera soumise à la sanction de Sa Majesté le Sultan. || Si elle est sanctionnée par Iradé Impérial, elle aura force de loi. || Toute disposition de la Constitution faisant l'objet d'une proposition de modification reste en vigueur jusqu'au moment où la proposition, après avoir subi l'épreuve des délibérations des Chambres, a été sanctionnée par Iradé Impérial.

Art. 117. L'interprétation des lois appartient: — || A la Cour de Cassation pour les lois civiles et pénales; || Au Conseil d'Etat, pour les lois administratives; || Et au Sénat pour les dispositions de la Constitution.

Art. 118. Toutes les dispositions des lois, règlements, us et coutumes actuellement en vigueur continueront d'être appliquées, tant qu'elles n'auront pas été modifiées ou abrogées par des lois ou règlements.

Art. 119. L'instruction provisoire du 10 Chéval, 1293 (¹⁶/₂₈ Octobre, 1876) concernant l'Assemblée Générale, cessera d'avoir son effet à partir de la clôture de la première Session.

Nr. 5949.

DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, OESTERREICH-UNGARN, RUSSLAND und TÜRKEL. — Konstantinopeler Konferenz. — I^{er} Protocole. — Séance du 6 Zilhidjé, 1293 ($\frac{11}{23}$ Décembre, 1876).

Présents:

Pour la Turquie — Son Excellence Safvet-Pacha, Ministre des Affaires Etrangères de l'Empire Ottoman. Son Excellence Edhem-Pacha, Ambassadeur Ottoman à Berlin.

Nr. 5949.
Konferenz-
staaten.
23. Dec. 1876.

Pour l'Allemagne — Son Excellence M. le Baron de Werther, Ambassadeur d'Allemagne.

Pour l'Autriche-Hongrie — Son Excellence M. le Comte Zichy, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie. Son Excellence M. le Baron de Calice, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire.

Pour la France — Son Excellence M. le Comte de Bourgoing, Ambassadeur de France. Son Excellence M. le Comte de Chaudordy, Ambassadeur Extraordinaire.

Pour la Grande Bretagne — Son Excellence M. le Marquis de Salisbury, Ministre Secrétaire d'Etat des Indes, Ambassadeur Spécial. Son Excellence Sir Henry Elliot, Ambassadeur d'Angleterre.

Pour l'Italie — Son Excellence M. le Comte Corti, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire d'Italie.

Pour la Russie — Son Excellence M. le Général Ignatiew, Ambassadeur de Russie.

Sur l'invitation de son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères de Turquie, MM. les Plénipotentiaires de la Turquie, de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne, de l'Italie et de la Russie s'étant réunis aujourd'hui en Conférence, à la suite des accords intervenus entre leurs Cabinets respectifs, à l'hôtel de l'Amirauté, la séance est ouverte à midi. || Leurs Excellences Edhem-Pacha, le Marquis de Salisbury, le Comte de Chaudordy, le Baron de Calice, Plénipotentiaires Spéciaux, communiquent leurs pleins pouvoirs respectifs, qui sont déposés aux Actes de la Conférence. || La présidence des Conférences est remise à son Excellence Safvet-Pacha, qui exprime ses remerciements dans les termes suivants: — "Il est de mon devoir d'exprimer mes très vifs remerciements à MM. les Plénipotentiaires qui me font l'honneur de me confier la présidence de leurs réunions. Indépendamment de tout sentiment personnel, qu'il me soit permis de voir dans le premier acte de la Conférence, en même temps que la confirmation d'une tradition diplomatique, un augure favorable pour le succès de nos travaux. Je ferai tout ce qui dépendra de moi pour justifier votre confiance. Mais je compte, avant tout, sur votre indulgence en ce qui me regarde personnellement pour

Nr. 5949.
Konferenz-
staaten.
13. Dec. 1876.

l'accomplissement des devoirs auxquels vous avez bien voulu m'appeler." Son Excellence le Président présente comme Secrétaire de la Conférence le Mustéchar du Ministère Impérial des Affaires Etrangères, son Excellence Alexandre Effendi Carathéodory, auquel sont adjoints Serkis-Effendi, Secrétaire-Général du même Ministère, et M. Charles de Moty, Premier Secrétaire de l'Ambassade de France. || Reprenant la parole, son Excellence le Président donne lecture de l'exposé suivant: —

"La nature des travaux de cette Conférence me porte à croire qu'il ne sera pas inutile si, dès le début de nos réunions, j'essaie de rappeler en peu de mots la série des événements dont la juste appréciation ne saurait être indifférente au but que nous nous proposons. || Il y a environ dix-huit mois, des désordres éclataient dans certains villages d'un district de l'Herzégovine voisin du Monténégro. Ces désordres étaient provoqués par un certain nombre d'individus qui, après être demeurés quelque temps au Monténégro, avaient obtenu l'autorisation de rentrer dans leurs foyers sur les sollicitations du Prince Nicolas. Aussitôt informé, le Gouvernement Impérial s'empressa d'envoyer sur les lieux une Commission d'Enquête chargée d'examiner les griefs qui auraient pu être allégués pour justifier ou du moins pour expliquer ce mouvement. Nos Commissaires furent reçus à coups de fusil; toutes leurs propositions furent rejetées sans examen, et les autorités locales se trouvèrent bientôt en présence d'une résistance armée à laquelle elles n'étaient nullement préparées.

A ce moment une prompte action militaire aurait eu facilement raison des quelques bandes de factieux qui essayaient de troubler le repos de cette province. Toutefois, des conseils de modération prévalurent; malgré les avis réitérés qui lui parvenaient de divers côtés, le Gouvernement Impérial ne voulut pas faire un usage immédiat de la supériorité de ses forces vis-à-vis de sujets égarés; au lieu de sévir, il chercha à calmer, et nous aimons à croire aujourd'hui encore que ses efforts ne seraient pas restés infructueux, si les troubles de Névésigné n'avaient pas été le premier symptôme d'une vaste conspiration qui, ainsi que les faits l'ont prouvé depuis, faisait de l'Herzégovine le point de départ d'une action plus générale contre la paix et la tranquillité de l'Empire || Sous l'influence des émissaires stipendiés par les comités insurrectionnels, la modération du Gouvernement Impérial passa aux yeux de ces populations ignorantes et crédules comme une preuve de faiblesse; l'intérêt, dont les démarches des Puissances témoignaient en faveur d'une prompte pacification, fut interprété par elles comme un encouragement indirect, et les deux Principautés voisins ayant accordé à l'insurrection un appui moral et matériel, on vit des aventuriers de tous pays s'abattre sur ces malheureux districts. Des actes d'une sauvagerie inouïe étaient imposés, en quelque sorte, par ces étrangers aux populations égarées dans le but perfidement calculé de donner au conflit le caractère d'une lutte de race et de religion; et lorsque le Gouvernement Impérial, revenu de ses premières illusions, déçu dans ses intentions bienveillantes, recourut enfin à la force pour châtier ces tentatives

criminelles, le mouvement avait déjà pris les proportions d'une formidable insurrection qui, dirigée par des étrangers, alimentée par les secours du dehors, et prenant sa base d'opérations dans le territoire même des deux Principautés de la Serbie et du Monténégro, osait défier, à la faveur de la saison et de la disposition des lieux, les forces militaires qui y avaient été envoyées. || Battus dans toutes les rencontres, les insurgés ne s'en reformaient pas moins derrière la ligne de démarcation des deux Principautés, et les bandes refoulées sur un point de la Serbie ou du Monténégro reparaissaient quelques jours après sur un autre point pour tomber sur les districts voisins de la Bosnie et de l'Herzégovine en s'adjoignant chaque fois un grand nombre de Serbes, de Dalmates et de Monténégrins. || Au milieu de ce désordre, le Gouvernement Impérial éleva plus d'une fois la voix pour ramener ses sujets égarés, pour reporter leurs vues vers la réalisation des réformes utiles; mais ce fut en vain. On s'efforçait de rendre sa parole suspecte, et il n'est de ruse que les instruments de la conspiration ourdie contre la sécurité de l'Empire n'aient employée pour engager les insurgés à persévérer dans la guerre civile. Cette circonstance est hors de toute contestation, et il est d'autant plus nécessaire de la signaler qu'elle caractérise l'ensemble de tous les faits qui se rattachent à l'insurrection de l'Herzégovine, aussi bien que des autres mouvements qui la suivèrent de près. || La lutte se continuant dans ces conditions, le Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie prit l'initiative de la proposition de certaines réformes applicables aux provinces insurgées. || Ces propositions n'étaient pas de nature à rencontrer en principe l'opposition de la Sublime Porte puis qu'elles restaient en deçà des institutions qu'elle devait introduire spontanément dans l'organisation administrative des provinces; toutefois le Gouvernement Impérial hésitait à les accueillir dans la forme qui leur avait été donnée, en faisant remarquer qu'il se pouvait que ce système de concessions appliqué à des sujets révoltés allât contre le but que l'on se proposait et, loin de désarmer la rébellion, il lui prêtât de nouvelles forces et une nouvelle ardeur; qu'il était enfin à craindre que les insurgés ne vissent dans cette démarche dont rien, d'ailleurs, ne garantissait l'efficacité vis-à-vis des chefs cosmopolites de l'insurrection, la preuve de sympathies qui les feraient persister plus que jamais dans le parti pris de résistance qu'ils avaient adopté. || Malgré ces observations, dont la suite des événements n'a que trop démontré la justesse, la majorité des Puissances amies ayant soutenu l'opportunité de cette mesure, la Sublime Porte adhéra aux propositions du Comte Andrassy, qui furent sanctionnées par l'radé Impérial et devinrent ainsi une loi de l'Etat. || On sait comment cet essai de pacification échoua, ainsi qu'on l'avait craint; cet insuccès fût suivi d'une recrudescence d'audace de la part des insurgés et d'un redoublement d'activité du parti révolutionnaire dans les deux Principautés. || Les circonstances intérieures de l'Empire augmentaient les difficultés de la situation, et la conspiration pensa que le moment était venu d'étendre le cercle de l'insurrection sur d'autres provinces de l'Empire où depuis long-

Nr. 5949.
Konferenz-
staaten.
23. Dec. 1876.

temps elle tenait tout préparés les éléments d'un soulèvement général. Les désordres survenus au commencement de 1876 dans quelques villages Bulgares étaient les premiers essais de ce nouveau plan d'action. Ils furent pourtant promptement dissipés, et le Gouvernement Impérial se croyait autorisé à compter sur le bon sens et la fidélité de ses populations Bulgares lorsque, vers la fin du moi de Mars, l'insurrection Bulgare éclata tout d'un coup avec une grande violence dans une contrée aussi tranquille que prospère, et dont les habitants Musulmans et Chrétiens, vivant côte à côte, n'avaient jamais rien entrepris contre l'autorité du Sultan. || Les documents tombés dans les mains des autorités et les aveux des principaux coupables établissent jusqu'à l'évidence que l'insurrection de la Bulgarie, organisée de longue main, ne devait être, dans la pensée des chefs instigateurs, que le complément du vaste complot qui se proposait de porter la guerre civile jusqu'aux portes de la capitale. || Je ne puis m'empêcher de faire observer ici que les pays habités par des Bulgares étaient ceux qui, pendant la période postérieure au Traité de Paris, avaient profité le plus des améliorations matérielles et administratives. La population Bulgare et ses besoins moraux avaient été l'objet d'une sollicitude toute particulière, si bien que parmi les autres populations de l'Empire il s'en était trouvé qui allaient jusqu'à accuser la Sublime Porte de partialité en faveur de ses sujets Bulgares. || Malheureusement la propagande révolutionnaire avait systématiquement travaillé dans le même temps à tourner et à exploiter contre l'autorité elle-même toutes ses concessions, tous ses bienfaits. || Au moment dont je parle, les comités insurrectionnels avaient envoyé dans les villages Chrétiens des émissaires chargés d'appeler les Bulgares aux armes et de les convier au massacre des Musulmans. Un certain nombre de Bulgares aveuglés par des promesses trompeuses, par les perspectives fallacieuses de secours immédiats venant du dehors, se laissèrent entraîner à la révolte et se signalèrent d'abord par le massacre des Musulmans, le pillage de leurs biens et l'incendie de leurs habitations. || Le péril était grand. Les districts Bulgares insurgés étaient complètement dégarnis de troupes régulières: la prolongation de l'insurrection Herzégovinienne et des difficultés de tout genre paralysaient l'administration. Malgré cela, le mouvement Bulgare dans les contrées voisines des Balkans fut réprimé et cela sans que des flots de sang aient coulé, comme on a voulu le faire croire. Tout au contraire, si l'on prend en considération la vaste échelle sur laquelle le complot était organisé, les nombreux moyens d'action dont il aurait pu disposer, et les circonstances extraordinairement défavorables pour le Gouvernement Impérial au milieu desquelles il venait d'éclater, on sera étonné qu'une insurrection, qui avait voulu convertir toute la presqu'île des Balkans en un vaste champ de carnage, ait pu être réprimée et complètement mise à néant en si peu de temps et sans que l'on ait eu plus de sacrifices à déplorer; on aura à la fois l'explication du douloureux épisode de la guerre civile et tous les éléments nécessaires pour le juger avec équité. || Le Gouvernement Impérial a égale-

ment déploré cette révolte et ses suites, et s'est efforcé, dès qu'il a pu ressaisir son autorité méconnue, de panser les blessures de la guerre civile, et d'accomplir l'oeuvre de réparation qui s'imposait à sa sollicitude, et à laquelle l'Europe, mieux éclairée, ne tardera pas à rendre justice. || Pendant que la Sublime Porte poursuivait le châtement des coupables et achevait la pacification du pays, un nouveau programme de réformes, exclusivement applicable aux provinces insurgées, était proposé et soumis à l'examen et à l'approbation des Grandes Puissances. Je n'ai point à me prononcer ici sur un projet sur lequel la Sublime Porte n'a pas été dans le cas d'émettre son jugement officiel. Si j'y fais allusion c'est parceque ce projet est tombé dans le domaine public et qu'il est juste d'en faire mention dans la série chronologique des faits qui ont précédé les calamités nouvelles qui allaient fondre sur la Turquie. || La Serbie et le Monténégro avaient pris une part tellement active aux soulèvements de l'Herzégovine et de Bosnie, que l'on peut affirmer et démontrer au besoin jusqu'à dernière évidence que si ces deux Principautés avaient gardé, comme c'était leur devoir, la plus stricte neutralité, au lieu de laisser l'insurrection s'alimenter sur leurs territoires et se recruter parmi leurs populations, il y a longtemps que la pacification complète de ces deux provinces aurait été obtenue. Les faits qui démontrent cette participation sont trop récents et trop connus pour qu'il soit besoin de s'y appesantir; mais il est utile de les rappeler pour établir que jusqu'au mois de Juin, la Serbie et le Monténégro, nonobstant le concours réel, quoique non avoué, accordé aux insurgés, n'avaient cessé de protester de leur ferme intention de garder la neutralité et de rester fidèles à leurs devoirs envers la Sublime Porte. || Cependant ces deux Principautés n'ayant, de leur propre aveu, aucun sujet de plainte, ont tout à coup et simultanément signifié à la Sublime Porte, l'une qu'elle trouvait bon de substituer l'état d'hostilité déclarée à la situation tendue qui résultait de l'insurrection de la province voisine; l'autre, qu'elle jugeait nécessaire d'envahir la Bosnie pour la pacifier et l'administrer, et qu'elle allait procéder à l'exécution de son projet avec ou sans le consentement de la Sublime Porte; elles auraient pu ajouter aussi de l'Europe, aux Grandes Puissances de laquelle elles avaient prodigué les assurances les plus pacifiques. || Pour quiconque a suivi les événements, depuis leur origine jusqu'au jour de cette double déclaration de guerre, aussi audacieuse qu'insolite, il restera démontré que tous les faits qui s'étaient succédé durant une période de plus de dix mois, ont été conçus par la même pensée, qu'enfin la paix de l'Empire Ottoman et la sécurité de ses populations ont été troublées par une cause absolument étrangère aux intérêts des populations Chrétiennes, au nom desquelles, cependant, tous ces actes se sont accomplis. || La Turquie, dans le cours de ces événements, s'est montrée constamment disposée à déférer aux conseils amicaux de l'Europe; et le simple exposé des différentes phases de la lutte engagée dans les Balkans, depuis son point de départ jusqu'au jour où elle a pris son plus grand développement par l'entrée en campagne de la Serbie et du Monténé-

Nr. 5849.
Konferenz-
staaten.
23. Dec. 1876.

Nr. 5949.
Konferenz-
staaten.
23. Dec. 1876.

gro, doit suffire pour convaincre tout esprit impartial qu'elle ne saurait, sans injustice, être rendue responsable, à aucun titre et à aucun degré, des malheurs qui en ont été la suite et qu'elle s'est efforcée de conjurer, d'amoindrir, ou de réparer. || Lorsque les Serbes vaincus sur les champs de batailles, malgré les secours de toute nature qui leur venaient du dehors, furent réduits à solliciter la médiation des Grandes Puissances, pour obtenir la paix, le Gouvernement Impérial n'a pas hésité à accorder successivement les suspensions d'armes qui lui étaient demandées, et sa déférence pour les vœux des Puissances Médiatrices n'a eu d'autres limites que celles qui lui étaient prescrites par le soin de la sécurité de ses armées. || Tout dernièrement encore, il n'est pas besoin de le rappeler, ce sont les Serbes qui, en rompant la trêve accordée par le Gouvernement Impérial, ont rendu nécessaire de sa part une action militaire plus vigoureuse et dont les conséquences se sont si vivement fait ressentir sur le terrain diplomatique. || Tandis que la Sublime Porte luttait courageusement pour la défense de ses droits et pour le rétablissement de l'autorité légitime du Sultan, d'autres travaux non moins importants et non moins urgents s'accomplissaient dans l'Empire Ottoman. Les principes d'une réorganisation à la fois politique et administrative étaient proclamés. Conformément à ces principes, émanés de la volonté libre et spontanée du Sultan et suivant les vœux exprimés par les hommes les plus éclairés de l'Empire, des institutions nouvelles, embrassant le corps social tout entier, depuis la base jusqu'au faite, se préparaient dans les conseils de la Sublime Porte. || Cette oeuvre, aujourd'hui achevée, en tant que constitution générale, consacre l'égalité civile et politique entre tous les Ottomans sans distinction de race ou de religion, la participation du pays à ses propres affaires sous la double forme d'une Assemblée Législative, sortie de son sein, et de conseils provinciaux également élus et appelés à exercer leur action directe sur les administrations locales suivant un programme de décentralisation qui s'allie avec le respect de l'unité de l'Empire et le maintien de l'autorité centrale. || Le développement de ces institutions générales, qui constituera la réforme de toutes les administrations de l'Etat, ne saurait être mis en doute, puisque ce principe nouveau pour la Turquie, dû à la magnanime et généreuse initiative du Sultan, associe le pays tout entier à l'élaboration des lois qui doivent en découler. || En un mot, l'oeuvre se développera par elle-même et en vertu de sa puissance propre et, en quelque sorte, indépendante du Gouvernement lui-même. C'est la meilleure des garanties que la Sublime Porte puisse donner de l'exécution complète et sincère de son programme de réformes; car c'est le pays lui-même qui est constitué gardien de ses institutions. || Le principe d'égalité inscrit en tête de la constitution Impériale ne doit pas s'appliquer seulement à tous les membres de la grande famille Ottomane, mais aussi, et en première ligne, à chacune des parties dont se compose l'Empire Ottoman, quels que soient sa situation géographique ou son caractère ethnologique. Toutes doivent avoir un sort commun, jouir des mêmes avantages, relever de

la même autorité et être soumises aux mêmes lois. Porter atteinte à ce principe serait compromettre l'oeuvre de la reconstitution de l'Empire, préparer la désagrégation de ses éléments nationaux, créer entre les provinces un antagonisme redoutable, et enfin semer le germe de nouveaux sujets de troubles et de rébellion. || Les Puissances amies, soucieuses de contribuer à établir une paix durable fondée sur l'unité des institutions et sur l'intégrité de l'Empire, donneront leur entière et loyale adhésion à ce principe d'égalité générale qui forme la base et qui constitue la force du statut politique de toutes les nations Européennes. || C'est dans ces conditions que le Gouvernement Impérial, présentant, d'une part, l'exposé fidèle des événements qui ont troublé l'Empire Ottoman et amené la situation actuelle; et, d'autre part, la nouvelle constitution qui fixe désormais le droit public Ottoman, vient prendre place dans les conseils de l'Europe. || La Turquie peut se dire que c'est sa fermeté et sa modération qui ont dompté cette grande conspiration révolutionnaire qui visait ouvertement à bouleverser l'Empire Ottoman et à troubler profondément la tranquillité de l'Europe. || Si au milieu des difficultés, peut-être sans exemple dans l'histoire, dont il a été assailli, le Gouvernement Impérial avait laissé périlcliter le principe d'autorité qu'il avait le devoir de défendre, s'il avait faibli devant les attaques auxquelles il a été en butte, et si la révolution avait triomphé, il n'est pas difficile de voir que les complications les plus graves n'auraient pas manqué de surgir. En donnant des preuves de vitalité incontestables, en rendant un service signalé à la cause générale de l'ordre, et par conséquent, aussi à celle du progrès véritable, le Gouvernement Ottoman croit s'être acquis de nouveaux titres à l'intérêt sympathique des Grandes Puissances. || La Turquie entreprend aujourd'hui de consolider, par une série de nouvelles institutions conçues dans un esprit à la fois libéral et pratique, l'ordre qu'elle a su maintenir. Elle a la conviction de pouvoir mener à bonne fin cette seconde partie de la tâche importante qui lui revient, et en reportant sa pensée sur la période qui s'est écoulée depuis le Traité de Paris, comme aussi sur les récents événements que je viens de mettre tout particulièrement sous les yeux de MM. les Membres de la Conférence, elle ne voit rien qui ne lui permette de compter d'avance sur les sentiments de haute confiance des Grandes Puissances amies dont j'ai l'honneur de reconnaître en vous, Messieurs, les Représentants autorisés."

Le Marquis de Salisbury est d'avis que la première tâche de la Conférence n'est pas la discussion des événements qui ont eu lieu en Bulgarie pendant l'été dernier. Mais dès à présent sa Seigneurie ne peut admettre l'exactitude des appréciations que renferme à ce sujet le discours de son Excellence le Premier Plénipotentiaire de Turquie. || *Le Général Ignatiew* s'associe entièrement à l'opinion du Marquis de Salisbury. Le moment serait mal choisi pour rappeler des souvenirs pénibles. Il craindrait, d'ailleurs, que s'il entreprenait de discuter, il ne se vît dans la nécessité de contredire sur plusieurs points les appréciations de son Excellence le premier Plénipotentiaire de la Turquie. " *Son Excellence*

Nr. 5049.
Konferenz-
staaten.
23. Dec. 1876.

Nr. 5949.
Konferenz-
stanten.

23. Dec. 1876.

Safvet-Pacha fait remarquer que pour lui aussi ce n'est pas sans éprouver un sentiment pénible qu'il a été dans le cas de parler des événements dont il vient de faire un exposé succinct, et qu'il s'abstenait d'entrer dans les détails des faits qui ont amené l'état actuel des choses. || *Le Comte Zichy* adhère à l'avis émis par MM. les Plénipotentiaires de la Russie et de la Grande Bretagne, et il ne veut rien ajouter afin de laisser la parole à M. le Comte de Chaudordy, qui est chargé de faire connaître les vues de ses collègues.

Le Comte de Chaudordy: Messieurs les Plénipotentiaires Ottomans, Les Conférences qui s'ouvrent aujourd'hui entre les Représentants des Grandes Puissances et ceux de l'Empire Ottoman ont pour but de prévenir de graves complications en cherchant à faire aboutir à un résultat pratique les efforts tentés jusqu'à ce jour pour assurer la paix en Orient. Je n'ai pas besoin de rappeler les précédents à la suite desquels nous nous réunissons. Ils sont présents à la pensée de tous, et je crois que, laissant de côté des souvenirs fâcheux, nous devons, sans retard, nous placer sur le terrain diplomatique, et c'est dans cet ordre d'idées que, prenant pour guide les négociations poursuivies entre les Puissances et la Sublime Porte pendant les phases successives de la crise actuelle, nous avons, afin de faciliter nos délibérations et pour mieux préciser les intentions de nos Gouvernements, consigné par écrit l'ensemble de mesures que nous croyons de nature à assurer le succès de l'oeuvre qui doit nous être commune. || Je suis chargé par mes collègues de remettre ce travail entre vos mains. Vous ne pouvez vous méprendre sur le sentiment qui nous a dirigés en le préparant. Nous avons pris à tâche de rechercher, avec la plus grande impartialité, ce qui, dans les circonstances présentes, peut être considéré comme répondant le plus exactement aux préoccupations légitimes de l'Europe aussi bien qu'aux intérêts les plus sérieux de l'Empire que vous représentez. Ces projets, vous le constaterez en les lisant, ont été rédigés dans ce double but et sous cette double inspiration. || Permettez-moi donc de faire appel, au nom de nos Gouvernements, à votre sagesse, au sentiment élevé que vous avez des besoins de votre pays pour vous demander de vous associer à nous, de vous joindre par conséquent à l'Europe unie, afin d'apporter un remède à un état de choses dont la Sublime Porte ne peut méconnaître la gravité, et afin de sauvegarder ainsi la situation même d'un Empire dont nous souhaitons tous la prospérité.

Le Comte de Chaudordy remet aux deux Plénipotentiaires Ottomans le travail auquel il vient de faire allusion et qui est annexé au présent Protocole sub litt. A.*) || *Son Excellence le Président* dit que les Plénipotentiaires Ottomans se feront un devoir d'examiner d'urgence et avec toute l'attention qu'ils méritent les documents qui viennent de leur être remis, et sur lesquels ils ne sont pas naturellement à même d'émettre, dans le moment même, une

*) Diese Anlage ist im englischen Blaubuche nicht mit abgedruckt. Ersichtlich ist dieselbe identisch mit den Anlagen zum 8. Protokoll der Vorkonferenz Nr. 5944.

opinion quelconque. || *MM. les Plénipotentiaires des Six Puissances* expriment le désir que ce délai soit aussi court que possible. Le terme de l'armistice échéant le 1^{er} Janvier prochain, il serait nécessaire que *MM. les Plénipotentiaires Ottomans* fussent à même de fixer à une date très rapprochée la prochaine séance, afin de convenir de la prolongation de l'armistice. || *Le Général Ignatiew* émet l'avis d'une prolongation de l'armistice de quinze jours. || L'examen de cette question est réservé à la séance suivante. || *Son Excellence Edhem-Pacha* demande si le travail qui vient d'être présenté par le Comte de Chaudordy est précédé d'un exposé de motifs. Un pareil exposé abrégérait la tâche des Plénipotentiaires Ottomans en leur permettant de saisir plus facilement la pensée générale qui y a présidé. || *Le Général Ignatiew* dit qu'il n'y a pas d'exposé de motifs, mais que l'on s'est inspiré en général dans le cours de ce travail de la nécessité de la décentralisation. || *Le Marquis de Salisbury* ajoute qu'il est établi d'après les bases présentées par l'Angleterre. || *Le Comte de Chaudordy* fait remarquer qu'il a été puisé dans tous les documents antérieurs de la question et dans les notes échangées entre les Puissances. || *Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie* dit que les motifs se trouvent en grande partie dans la note du 30 Décembre, 1875, acceptée par toutes les Puissances. || *Le Plénipotentiaire d'Italie* dit que le motif principal doit être recherché dans la gravité de la situation. || A ce moment des salves d'artillerie se font entendre. || *Le Président de la Conférence* fait connaître que ces salves annoncent la promulgation de la Constitution Ottomane. || Un grand acte, dit-il, qui s'accomplit à cette heure même, vient de changer une forme de Gouvernement qui avait duré 600 ans. La Constitution dont Sa Majesté le Sultan a doté son Empire est promulguée. Elle inaugure une ère nouvelle pour le bonheur et la prospérité de ses peuples. || *Le Comte de Chaudordy* fait remarquer que la paix est absolument nécessaire pour que la Constitution puisse aboutir aux résultats qu'on en attend et que l'accord de toutes les Puissances dans la Conférence est la condition essentielle pour l'efficacité de cet acte solennel. || *Le Marquis de Salisbury* se plaît à constater que la Conférence est réunie pour assurer la paix. || *Le Premier Plénipotentiaire Ottoman* dit que, de son côté, la Turquie désire ardemment la paix dans le but de réaliser un moment plus tôt les bienfaits de la nouvelle Constitution. || *Le Général Ignatiew* pense que l'application des nouvelles institutions en déterminerait la valeur réelle, et que la paix doit être assurée avant qu'on puisse procéder à leur exécution. || *Safvet-Pacha* dit que la Constitution peut être considérée aussi comme un nouvel élément de nature à assurer la paix et qu'il espère que des concessions réciproques permettront d'atteindre à ce but unanimement désiré.

La prochaine séance est renvoyée à Mardi ou Mercredi.

Safvet.	Calice.	Henry Elliot.
Edhem.	F. de Bourgoing.	L. Corti.
Werther.	Chaudordy.	N. Ignatiew.
Zichy.	Salisbury.	

Nr. 5950.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —
Danksagung an Lord Derby*).

(Télégraphique.)

Constantinople, le 24 Décembre, 1876.

Nr. 5950.
Türkei.
24. Dec. 1876.

Reçu télégramme No. 431, Spécial. || J'en ai donné lecture au Grand-Vizir. Son Altesse a reçu cette communication avec une profonde reconnaissance, et elle vous prie d'en exprimer à son Excellence Lord Derby sa vive gratitude. Vous exposerez à sa Seigneurie, au nom du Grand-Vizir, que la Sublime Porte compte plus que jamais sur l'appui bienveillant du Gouvernement de Sa Majesté Britannique dans les circonstances difficiles que nous traversons. La haute sagesse et l'esprit de justice qui distinguent le Ministre éminent qui dirige avec tant de loyauté les relations extérieures de l'Angleterre nous sont un sûr garant qu'il voudra bien nous donner une nouvelle preuve de sa bienveillance et de sa précieuse amitié.

Nr. 5951.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Brüssel. — Haltung Belgiens gegenüber dem Projecte der Verwendung belgischer Truppen.

Foreign Office, December 26, 1876.

Nr. 5951.
Gross-
britannien.
26. Dec. 1876.

Sir, — Baron Solvyns informed me to-day that he had been directed by Viscount d'Aspremont Lynden to make the following observations upon the subject of the idea of the occupation of Bulgaria by Belgian troops. They expressed, he said, the views of the Belgian Cabinet, as sanctioned by the King. || Up to the present time no proposal on the subject had been made by any Government. It was true, that there was a general idea that a neutral force should be sent to Bulgaria, and that a Belgian force had been specified, but the versions reaching the Belgian Government from all sides presented under completely different aspects the aim, object and conditions of the combination which was being discussed. There was no less difference in the proportions attributed to the expedition, which ranged from a mere body of police to an actual corps of occupation. || Belgium, from her personal point of view, was satisfied with her destiny; it was no part of her duty to assume

*) Im englischen Parlament wurde das Ministerium über die Ursache dieser Danksagung interpellirt. Nach der ertheilten Auskunft bezog sich dieselbe nur auf eine Beglückwünschung Midhat-Pascha's als Grossveziers.

the rôle of intervening in questions which did not directly concern her, and she did not claim to do so. This had been her policy in the past, and it was the policy which she would still endeavour to follow were she to consider only her exclusive aspirations and her own interests. || Nevertheless, if she had to face an unanimous request of the Great Powers, demanding from her, with the consent of the Porte, a service which it would seem to be in her power to render, she would examine with the most attentive care the proposal submitted to her; she would have to decide whether the projected combination would be likely to produce practical and efficacious results, whether the executive measures would not exceed the limits which she would not feel justified in passing, and whether the stipulations, taken as a whole, would supply complete guarantees. || It should be said frankly, and without fear of wounding any reasonable susceptibilities, that she would not permit her subjects to risk any adventure which might end in disaster. || It would also naturally be a question for her to consider, in case the question should actually arise, whether the duty of assisting in the maintenance of general peace could devolve upon her alone, and should be accomplished by her alone. || I said in reply, that the proposals of the preliminary Conference not having as yet been accepted by the Porte, and a rejection of them, total or partial, being unfortunately not impossible, it was not necessary at present to do more than promise that the remarks of his Government, or that part of them which concerned Belgium, should receive careful consideration. || I am, &c.

Nr. 5951.
Gross-
britannien.
26. Dec. 1876.

Derby.

Nr. 5952.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Die Bedeutung der Verfassung.

Sublime Porte, le 26 Décembre, 1876.

M. l'Ambassadeur, — En me référant à mon télégramme du 23 Décembre annonçant la proclamation de la Constitution, j'ai l'honneur de vous transmettre, ci-jointe, la traduction de ce document, ainsi que du Hatt Impérial qui l'a sanctionnée. || La solennité de Samedi dernier s'est accomplie avec autant de calme que d'éclat, et au milieu d'un enthousiasme universel. Des salves d'artillerie ont salué cette proclamation et ont annoncé à toute la capitale ce grand événement qui inscrira dans les fastes de l'Empire Ottoman une date ineffaçable. Tout le jour et toute la nuit la population a témoigné, par des manifestations spontanées, ses sentiments de reconnaissance et de fidélité pour son Souverain et sa confiance dans le succès de son oeuvre de régénération. Vous pouvez affirmer hautement qu'à cet égard il y a eu, entre la population

Nr. 5952.
Türkei.
26. Dec. 1876.

Nr. 5952.
Türkei.
28. Dec. 1876.

Musulmane et la population Chrétienne, communauté absolue de sentiments et d'espérances. || Après la lecture du Hatt Impérial, son Altesse le Grand-Vézir, dans une allocution éloquente et chaleureuse, s'est fait l'organe des sentiments de reconnaissance, de joie et de juste orgueil qui animent le peuple Ottoman tout entier, et a présenté, dans le plus noble et le plus patriotique langage, le tableau saisissant des institutions nouvelles qui fondent dans l'Empire Ottoman le règne de la liberté, de la justice et de l'égalité, c'est-à-dire le triomphe de la civilisation. || Les pensées vraiment magnanimes exprimées par le Sultan, notre auguste maître, dans son Hatt à son Altesse le Grand-Vézir, se passent de tout commentaire, et je craindrais de les affaiblir en essayant de les développer. Je ne puis cependant m'empêcher de constater qu'elles renferment, sous la forme la plus concise et la plus élevée, la confirmation saisissante de tous les grands principes dont la constitution est l'expression légale, de façon à enlever aux sophistes les plus habiles, aux détracteurs les plus malveillants, la possibilité ou la tentative de dénaturer l'esprit ou la portée des dispositions de cet acte fondamental; car il a plu à Sa Majesté Impériale de se faire elle-même l'interpréteur Souverain de la charte qu'elle a octroyée à ses peuples. || Je ne crois pas nécessaire d'appeler votre attention sur chacun des chapitres qui composent la Constitution. La clarté et la précision qui ont présidé à leur rédaction rendent tout commentaire ou toute explication superflus. || Les réflexions que je crois utile de vous soumettre doivent particulièrement porter, d'une part, sur l'ensemble de ses dispositions, et, d'autre part, sur le caractère des garanties d'exécution que ces dispositions trouvent dans la Constitution elle-même. || Vous remarquerez que la Constitution démontre clairement que les institutions nouvelles, bien loin d'avoir un caractère théocratique, établissent nettement qu'aucune prescription religieuse n'entrave l'application des réformes et l'établissement d'un ordre de choses judiciaire et administratif conforme aux besoins du pays et aux principes du droit moderne. C'est ainsi que tombe cette croyance, malheureusement trop répandue, d'après laquelle le Chéri serait incompatible avec les nouvelles institutions. Il ne faut pas oublier en effet que son Altesse le Cheikh-ul-Islam et tous les grands dignitaires du Chéri ont pris part à l'élaboration et à la discussion de la Constitution, et qu'il est non pas seulement inadmissible, mais absolument impossible que ces gardiens autorisés de la loi sacrée aient laissé insérer une seule clause qui pût y porter atteinte. || Les principes généraux de liberté et d'égalité proclamés en tête de la Constitution et qui sont empruntés au droit public Européen le plus libéral, constituent la base véritable de notre grande réforme et toutes les dispositions qui suivent n'en sont, en quelque sorte, que le développement naturel. || La définition des principales prérogatives de la souveraineté était le complètement nécessaire de cette déclaration de principes, et l'heureuse pensée de placer les droits de la dynastie Impériale sous la sauvegarde de tous, forme une disposition qui sans doute servira à convaincre l'Europe du caractère vraiment démocratique de l'Etat social Ottoman. C'est le père qui, tout en conviant

ses enfants à participer à l'administration de leurs propres intérêts, se confie à leur amour et à leur fidélité. || Les dispositions de la Constitution qui fondent un Corps Législatif normal et régulier, sous la forme de deux Chambres avec la dénomination d'Assemblées Générales, sont naturellement celles qui attireront plus particulièrement l'attention des Cabinets Européens, et vous devrez vous appliquer à faire ressortir à leurs yeux les garanties de bonne administration financière qui résulteront de la discussion publique et du vote rigoureusement obligatoire de toutes les lois de finances et notamment du budget de recettes et des dépenses. Il n'y a, à cet égard, aucune réserve, et le pays, par l'organe de ses représentants, se trouve désormais investi du plus efficace et du plus absolu des pouvoirs, de celui qui commande tous les autres, c'est-à-dire, du pouvoir de créer les ressources de l'Etat, d'en régler les dispositions et d'en contrôler l'emploi. A ce sujet, vous ne manquerez pas de faire remarquer avec quel soin la Cour des Comptes a été entourée de garanties d'indépendance et d'impartialité. Non-seulement ses membres sont, comme tous les Magistrats de l'ordre judiciaire, déclarés inamovibles, mais encore aucun d'eux ne pourra être révoqué, même pour les causes les plus graves, qu'avec l'assentiment de la Chambre des Députés. || L'administration des provinces qui, dans les circonstances actuelles, sollicite plus spécialement l'attention de l'Europe, n'est et ne pouvait être définie dans la Constitution que sous la forme d'un programme général et d'une sorte de déclaration de principes. Des lois organiques vont donner, sans aucun retard, à ce programme sa forme définitive et son développement normal. Ce que proclame la Constitution, c'est un nouveau régime basé sur la plus large décentralisation administrative: c'est le principe de l'élection scrupuleusement appliqué à la formation de tous les Conseils des Vilayets, des Sandjaks et de Cazas; c'est le développement simultané de l'autonomie de différentes communautés, y compris la communauté Musulmane, pour la gestion de leurs intérêts particuliers, indépendants des intérêts généraux du pays; c'est, enfin, la création de Conseils Municipaux élus gérant les affaires de chaque commune de l'Empire. || Après la lecture de ces dispositions libérales, on se demande quelles pourraient être encore les aspirations des populations des provinces qui n'auraient point été satisfaites, et quelles garanties plus sérieuses et plus efficaces les Puissances, qui se sont préoccupées de leur sort, pourraient encore demander au Gouvernement Impérial. Assurément le scepticisme même le plus enraciné se trouvera désarmé; mais il n'est pas impossible qu'à défaut d'autre élément de critiques l'esprit de dénigrement systématique dont nous avons eu tant à nous plaindre en Europe, se porte sur la question d'exécution, et que l'on essaie de mettre en doute la mise en application rapide et rigoureuse des institutions nouvelles. A ceux qui, de bonne foi, paraîtraient tourner leur préoccupation de ce côté, vous pouvez hardiment répondre que le fait suivra de près l'engagement et qu'indépendamment de la volonté si solennellement affirmée de Sa Majesté notre auguste Maître, indépendamment des résolutions énergiques du Grand-Vézir dont les efforts con-

Nr. 5952.
Türkei.
26. Dec. 1876.

stants ont été dirigés vers le but que nous venons d'atteindre, la nation toute entière est animée du même esprit et des mêmes sentiments, et que c'est là la meilleure et la plus solide des garanties. Vous voudrez bien aussi, M. l'Ambassadeur, dans le cas où il serait fait un rapprochement entre les promesses contenues dans les Hatts Impériaux antérieurs et les dispositions de la Constitution actuelle, relever et établir avec force et netteté la différence radicale qui existe entre ces deux ordres de faits, différence telle qu'elle repousse la pensée même d'une comparaison. La Constitution n'est pas une promesse, c'est un acte réel et formel qui est devenu la propriété de tous les Ottomans et dont le développement ne pourrait être arrêté ou retardé que par la volonté de la nation elle-même, unie à celle du Souverain. Cet acte définitif et solennel n'a pas été demandé par l'Europe, ni conseillé par elle. Le Gouvernement Impérial n'a donc pu avoir l'intention de donner satisfaction à des vœux ou à des idées venus du dehors. Il n'a subi d'autre pression, d'autre influence que celles de la raison et du patriotisme. C'est pourquoi nous demandons aujourd'hui que l'Europe ait confiance dans nos jeunes institutions, et qu'elle y trouve la garantie complète des intérêts qu'elle s'était donné la tâche de sauvegarder. Nous avons le droit de constater avec orgueil que sa sollicitude a été à la fois devancée et dépassée par la généreuse et suprême initiative de notre auguste Souverain. || Veuillez, &c.

S a f v e t.

Nr. 5953.

KONFERENZSTAATEN. — Konstantinopeler Konferenz. — II^{ème} Protocole. — Séance du 11 Zilhidjé, 1293 (¹⁶/₂₈ Décembre, 1876.)

Présents: etc. etc.

Nr. 5953.
Konferenz-
staaten.
28. Dec. 1876.

La séance qui, dans l'intervalle, avait été remise d'un jour est ouverte à une heure après-midi. || Le premier Protocole est lu et, après diverses observations et rectifications relatives à l'exposé de son Excellence le Président, il est définitivement approuvé. || *Son Excellence le Président* rappelle que dans la séance précédente il avait été question de l'urgence qu'il y avait à prolonger l'armistice dont le terme expire dans trois jours, et que son Excellence l'Ambassadeur de Russie avait proposé une prolongation de quinze jours. Son Excellence fait remarquer que, vu la grande étendue de la ligne d'opérations, le défaut de lignes télégraphiques sur plusieurs points et le mauvais état des voies de communication, surtout dans cette saison, une courte prolongation de l'armistice présenterait de graves inconvénients dans la pratique. Il cite à ce sujet les malentendus survenus sur la frontière du Monténégro lors de la conclusion de l'armistice, malentendus causés par la difficulté des communications.

Pour toutes ces raisons, il est d'avis qu'il y aurait lieu d'assigner un terme plus long en prolongeant l'armistice de deux mois. || *Le Général Ignatiew* admet le bien-fondé des considérations alléguées par son Excellence le Premier Plénipotentiaire de Turquie en faveur d'un terme plus long que celui qu'il avait proposé dans la séance précédente. Le but principal étant d'assurer la paix il désirerait, toutefois, que la prolongation de l'armistice fournit à MM. les Plénipotentiaires Ottomans l'occasion de donner des assurances de nature à faire espérer que les négociations ne traîneront pas en longueur et qu'une prompt solution de toutes les questions soumises aux décisions de la Conférence viendra bientôt calmer l'impatience des esprits qui sont dans l'attente d'une situation nette. Son Excellence désirerait mieux comprendre la pensée qui motiverait une prolongation aussi considérable. || *Son Excellence le Premier Plénipotentiaire Ottoman* pense qu'une prolongation de deux mois ne peut manquer d'avoir pour effet l'apaisement des esprits et de faire apprécier le désir de paix qui domine dans les conseils de la Conférence. || *Le Général Ignatiew* répète que, de sa part, il n'y a aucune opposition systématique aux vues de MM. les Plénipotentiaires Ottomans concernant l'armistice. | *Le Comte de Chaudoráy* ajoute qu'il faut bien espérer que le temps pour lequel l'armistice sera prolongé ne sera perdu pour les travaux de la Conférence. || Une conversation s'engage entre *MM. les Plénipotentiaires de Turquie, d'Autriche et de Russie*, à la suite de laquelle il est convenu que l'armistice sera prolongé jusqu'au 1^{er} Mars, 1877 (n.s.), exclusivement, c'est-à-dire jusqu'à minuit du dernier jour de Février. || *Le Marquis de Salisbury* dit que l'armistice ayant été arrêté tout d'abord entre la Turquie et la Russie, aujourd'hui que ces deux Puissances sont d'accord pour le prolonger jusqu'à la date précitée, il ne reste à la Conférence qu'à en prendre acte. || *Le Comte de Bourgoing* donne son plein assentiment aux paroles du Marquis de Salisbury et déclare, de son côté, adhérer à la prolongation de l'armistice. || *Le Général Ignatiew* dit qu'il prend acte des dispositions exprimées par les Plénipotentiaires Ottomans d'accélérer l'oeuvre de la Conférence. || Séance tenante *MM. les Plénipotentiaires Ottomans* informent son Altesse le Grand-Vézir de la décision que la Conférence vient de prendre. || De son côté, *le Général Ignatiew*, en qualité de doyen du Corps Diplomatique, expédie deux télégrammes à leurs Altesses les Princes du Monténégro et de Serbie pour leur notifier cette même décision et les prier d'agir en conséquence. || *Son Excellence le Premier Plénipotentiaire Ottoman* prend la parole et s'exprime dans les termes suivants: — || Les Plénipotentiaires Ottomans se sont fait un devoir d'étudier le travail qui leur a été remis à la séance précédente avec toute l'attention qu'il mérite. Ils se trouvent à même de communiquer à la Conférence, dès aujourd'hui, les réflexions d'ensemble que cette étude leur a suggérées, sauf à revenir plus tard sur différents points auxquels ils s'abstiendront pour le moment de toucher d'une manière spéciale. En se reportant aux accords intervenus entre les Puissances, on trouve qu'il avait été entendu que la Conférence se réunissait sur la base du

Nr. 5953. maintien de l'intégrité et de l'indépendance de l'Empire; qu'en ce qui concerne
Konferenz- la Serbie et le Monténégro on reviendrait au *statu quo ante*; et que pour ce
staaten. qui est des provinces du nord de la Turquie d'Europe il s'agissait de leur
28. Dec. 1876. concéder un système d'institutions locales qui donnerait aux populations quelque
contrôle sur leurs officiers locaux et fournirait des garanties contre les actes
d'autorité arbitraire; ainsi que de maintenir l'entente établie sur les propo-
sitions de Son Excellence le Comte Andrassy. || La Sublime Porte adhérerait
d'autant plus volontiers à cette manière de voir que, pour le fond, elle ne lui
semblait pas contraire aux stipulations du Traité de 1856, et à l'esprit des
réformes bien plus larges qu'elle devait inaugurer pour tout l'Empire. || En se
plaçant à ce point de vue, les Plénipotentiaires Ottomans ne dissimuleront pas
que dans la partie du travail qui traite de la Serbie et du Monténégro ils
ont vu, non sans un certain sentiment de surprise, qu'on proposait une cession
de territoire au Monténégro, ainsi que la cession à la Serbie de certaines
localités qui avaient fait précédemment aussi l'objet de la convoitise de l'ad-
ministration Princière. Les Plénipotentiaires Ottomans ne sauraient s'expliquer
comment ces propositions pourraient se rattacher soit aux assurances antérieures,
soit aux précédents mêmes de la question qui ont établi jusqu'à l'évidence la
nécessité de garantir la Sublime Porte contre la répétition, de la part de la
Serbie surtout, d'une agression aussi injustifiée que celle qui vient de troubler
si profondément la paix de l'Empire. || Les Puissances connaissent quelle avait
été sur ce point l'opinion de la Sublime Porte, opinion pour l'appréciation de
laquelle elle s'en était entièrement remise aux sentiments d'équité des Grandes
Puissances. L'expression de rétablissement du *statu quo* en termes généraux
contenue dans la communication du Gouvernement de Sa Majesté Britannique
avait fait même espérer au Gouvernement Impérial que les Grandes Puissances
étaient disposées à choisir, parmi les moyens proposés par la Sublime Porte
pour assurer la paix dans l'avenir, ceux qui semblaient les plus adaptés à la
situation; et dès lors les Plénipotentiaires Ottomans ne peuvent s'empêcher de
faire remarquer que la partie du travail consacrée à la Serbie et au Monté-
négro s'est trouvée complètement en dehors du cercle des prévisions et de
l'attente de leur Gouvernement. || En ce qui concerne l'organisation à donner
aux trois vilayets ou Gouvernements-Généraux dont il est question dans l'autre
partie du travail, les Plénipotentiaires Ottomans regrettent de se trouver dans
la nécessité de présenter des observations analogues. A côté de dispositions
qui visent directement le but qu'on avait eu en vue, dispositions dont l'ad-
mission serait d'autant plus facile pour la Sublime Porte qu'elles s'allient par-
faitement avec les vues libérales du Gouvernement Impérial, et qu'elles restent
même en deçà des concessions dont toutes les populations de l'Empire sont
appelées à bénéficier, il s'en trouve malheureusement d'autres qui, non-seule-
ment n'ont rien de commun avec le programme arrêté, mais seraient de nature
à déjouer tous les efforts que le Gouvernement Impérial pourrait faire pour
les fondre dans un tout harmonique avec les exigences morales et matérielles

de la nouvelle Constitution, ainsi qu'avec celles de tout système gouvernemental qui voudrait se conserver des chances de durée et de progrès. || Parmi les dispositions auxquelles ils viennent de faire allusion, les Plénipotentiaires Ottomans citeront l'institution de la Commission Internationale; l'introduction d'un corps de gendarmerie étrangère; le cantonnement des troupes dans les forteresses; le mode de nomination concernant les Gouverneurs; la division administrative proposée; les dispositions concernant les finances et la justice; le déplacement en Asie des Colonies Circassiennes, &c. || Le désir ardent du Gouvernement Impérial pour tout ce qui peut assurer la paix et la prospérité de ses provinces lui ferait accepter avec empressement toute proposition qui serait de nature à contribuer à un pareil résultat. Mais il ne saurait évidemment se prêter à des combinaisons qui, il en est fermement convaincu, tendant à amener un état de choses tout-à-fait nouveau, ne sauraient manquer de surexciter les esprits dans tout l'Empire, d'alarmer les populations, de troubler le mécanisme administratif, de provoquer et de perpétuer les luttes et les conflits passionnés. || En présence des réflexions qui précèdent et que le travail en question est de nature à provoquer, même à une première lecture, les Plénipotentiaires Ottomans croient de leur devoir d'appeler l'attention de la Conférence sur les points qu'ils viennent de signaler et qui se résument en somme à savoir si dans la pensée de leurs Excellences MM. les Plénipotentiaires il n'y a plus lieu de tenir compte des limites qui avaient été assignées par un accord unanime au but qui devait être poursuivi en commun. || *Le Général Ignatiew* désire présenter quelques observations. Il rappelle que, pour ce qui est de la Serbie, la Porte, tout en faisant connaître ses vues aux Grandes Puissances, s'en était entièrement remise à leur appréciation. Le maintien de l'intégrité de l'Empire est hors de cause. La pensée des Plénipotentiaires des Six Puissances a été uniquement de prévenir le retour de difficultés dont on a eu souvent à se préoccuper. En ce qui concerne le Monténégro, au moment où les derniers événements se produisaient, une Commission Spéciale avait été envoyée sur les lieux pour établir la frontière. || *Son Excellence Safvet-Pacha* fait aussitôt remarquer qu'il s'agissait simplement alors de rectifier la frontière existante. || *Le Général Ignatiew*, continuant ses observations, convient qu'il ne s'agissait que d'une rectification; mais il ajoute qu'il semblera très naturel que la Conférence se soit préoccupée de la situation de certains districts voisins de Monténégro, et qui, dans l'annuaire officiel de l'Empire même, figurent sous la désignation de „districts insurgés“ („nevahii assiyé“). Le Prince du Monténégro exerce sur ces districts *de facto* un pouvoir réel pour lequel il serait avantageux de le constituer responsable. Sous l'influence des mêmes idées la Conférence, tout en rétablissant le *statu quo* pour la Serbie, a voulu établir un principe de solution pour les difficultés qui ont surgi de tout temps au sujet de la possession des îles formées par la Drina. || *Son Excellence Edhem-Pacha* fait remarquer que si l'on prend, ainsi que cela est indiqué dans le travail qui lui a été remis comme ligne de démarcation le thalweg de la Drina,

Nr. 5053.
Konferenz-
staaten.
28. Dec. 1876.

la Serbie entrera en possession du Petit-Zvornik. || *Le Général Ignatiew* n'avait pas l'intention de poser actuellement cette question. Mais si elle était posée, il rappellerait qu'à la suite du Traité d'Andrinople un Commissaire Russe avait été chargé de tracer la ligne de démarcation en exécution de l'Article VI du Traité, et que, d'après la carte dressée par lui, c'est le thalweg de la Drina qui devait être adopté comme ligne de démarcation. Il cite le Hatti-Chérif de 1833, dans lequel cette même frontière avait été indiquée par l'énumération des districts qui revenaient à la Serbie. || *Son Excellence Edhem-Pacha* ne saurait dire quelles sont les stipulations du Traité d'Andrinople, auxquelles le Général Ignatiew vient de faire allusion. || *Son Excellence Safvet-Pacha* affirme qu'il en pourrait dire autant des Hatti-Chérifs invoqués par l'Ambassadeur de Russie, et que si l'on examine à fond la question on verra qu'au contraire c'est à la suite d'une pure erreur matérielle que des localités non comprises dans les six districts se sont trouvées faire partie de la Principauté de la Serbie. || *Son Excellence Edhem-Pacha*, afin de faire mieux remarquer la portée de ses observations, constate que l'on se trouverait en dehors du programme tracé aussitôt qu'on essaierait d'aborder des questions qui n'y rentrent pas. || *L'Ambassadeur d'Angleterre* voudrait pourtant que les Plénipotentiaires Ottomans ne perdissent pas de vue que la question du Petit-Zvornik est des celles sur lesquelles feu Aali-Pacha s'était montré disposé à entrer en discussion. || *Le Marquis de Salisbury* pense que les propositions relatives aux frontières de Serbie et du Monténégro, telles qu'elles sont formulées dans le travail de la Conférence, ne sont pas de celles dont on peut dire qu'elles portent réellement atteinte au principe de l'intégrité du territoire de l'Empire; d'autant plus que si la Porte en exprimait le désir on pourrait mettre ces territoires sous sa suzeraineté. || *Le Premier Plénipotentiaire de Turquie* dit qu'il ne saurait retrouver le principe de la proposition qui est faite relativement à la frontière de Serbie ni dans les communications Anglaises, ni dans la nature même de la question. Il est évident que ce n'est pas la possession du Petit-Zvornik qui a poussé la Serbie à la rébellion. Les causes de ce soulèvement ont été tout autres. Et c'est dans cette pensée même que la Sublime Porte avait appelé la sollicitude des Puissances sur les moyens les plus propres à prévenir le retour de semblables calamités. || *Le Comte de Bourgoing* invoque l'expression de „en termes généraux“ contenue dans les communications du Gouvernement de Sa Majesté Britannique pour montrer que le rétablissement du *statu quo* n'avait pas été entendu comme excluant toute discussion sur les détails, du moment qu'il serait incontestable que ces détails ont une importance réelle pour l'oeuvre de la Conférence, et il ajoute que cette expression autorise la discussion de rectification de frontières. || *MM. les Plénipotentiaires Ottomans* donnent chacun à leur tour des explications sur la manière dont l'expression „en termes généraux“ du programme Anglais avait été entendue par la Sublime Porte. Ces termes lui avaient semblé impliquer le retour absolu au *statu quo*. Mais, en tout cas, ils ne sauraient admettre que l'institution de

Commissions qui avaient été expédiées sur les lieux à différentes reprises et encore en dernier lieu puisse autoriser aujourd'hui à mettre en discussion l'abandon de territoires situés tout à fait en dehors de l'action de ces mêmes Commissions. ¶ *Le Général Ignatiew* ne peut s'empêcher de rappeler que la Commission dont il est question n'avait pas terminé ses travaux. ¶ *Les Plénipotentiaires Ottomans* admettent la justesse de l'observation de son Excellence le Général Ignatiew; mais ils constatent encore une fois qu'il ne s'agissait que des îles formées par la Drina. ¶ *Le Général Ignatiew* retient que, d'aveu des Plénipotentiaires Ottomans eux-mêmes, il résulte que des Commissions avaient été jugées nécessaires. Ces Commissions n'ont pas abouti. Il y a lieu de craindre qu'à l'avenir aussi les mêmes causes empêchent les deux parties d'arriver à une entente directe. Il lui semble donc naturel que la Conférence se soit préoccupée d'un état de choses qui donne lieu à des contestations pour tracer un principe pouvant mener à une solution certaine. ¶ *MM. les Plénipotentiaires Ottomans* ne contestent pas l'opportunité qu'il y aurait à arriver à une entente en ce qui concerne les îles de la Drina. Leurs objections ne visent que la conséquence qu'on voudrait tirer de la ligne de démarcation proposée relativement à la possession du Petit-Zvornik, qui fait partie depuis cinq siècles du territoire Ottoman et qui est considéré comme rentrant dans le rayon de la forteresse du Grand-Zvornik. ¶ *L'Ambassadeur d'Angleterre* croit que les progrès de l'artillerie moderne font que, sous le rapport militaire, la possession du Petit-Zvornik ne saurait avoir une importance réelle. ¶ *Le Général Ignatiew* cite à l'appui des considérations émises par son collègue, l'opinion autorisée d'un officier Allemand. ¶ *Le Comte de Chaudordy* désirerait voir mieux précisé le point que les Plénipotentiaires Ottomans voudraient élucider. ¶ *Le Second Plénipotentiaire Ottoman*, répondant au désir exprimé par le Plénipotentiaire Français, revient sur la nécessité de fixer si une pareille discussion est bien dans les limites du programme convenu. ¶ *Le Marquis de Salisbury* ne doute pas que l'expression „en termes généraux“ comportait bien la latitude que la Conférence a cru devoir lui donner. ¶ *Son Excellence Edhem-Pacha* hésite à se ranger de l'avis de sa Seigneurie qui, pour compléter sa pensée, ajoute que l'Angleterre a toujours ainsi entendu l'expression précitée et cite à preuve la correspondance échangée entre Lord Derby et le Prince Gortchakow, d'après laquelle il était entendu que le rétablissement du *statu quo* n'exclurait pas quelques arrangements sur des points secondaires. ¶ *L'Ambassadeur d'Allemagne* dit que, dès l'apparition du programme Anglais, on l'avait ainsi compris. ¶ *Le Ministre d'Italie* s'associe aux paroles de son Excellence l'Ambassadeur d'Allemagne. *Son Excellence Edhem-Pacha*, revenant encore sur le sens de l'expression „en termes généraux“, s'excuse de ne pouvoir pas partager l'avis qui vient d'être exprimé quant à la partie de cette expression relativement à la question du Petit Zvornik. Cette localité a fait depuis longtemps l'objet des demandes du Gouvernement Serbe. On ne pouvait, dès lors, penser qu'en proposant le rétablissement du „*statu quo* en ter-

Nr. 5953.
Konferenz-
staaten.
2^a. Dec. 1876.

mes généraux“ le Gouvernement Britannique avait entendu trancher en faveur de la Principauté une question qui était demeurée jusqu'alors en suspens. La proposition du Gouvernement Britannique pourrait aisément se comprendre comme impliquant des rectifications sur des points de la ligne de démarcation qui ont donné lieu à des difficultés. || Mais il pense qu'on ne devrait pas aller plus loin. || *Le Baron de Calice* pense que l'expression „en termes généraux“ équivaut à cette autre, „en règle générale“, et qu'elle admet ainsi quelques petites exceptions au *statu quo*. || *Edhem-Pacha* reconnaît aisément la portée de la proposition du Gouvernement Britannique pour tout ce qui est de rectifications de frontières, dont diverses Commissions avaient été chargées. || *L'Ambassadeur d'Angleterre* rappelle que ces Commissions se sont dissoutes toujours avant d'avoir présenté de rapports définitifs. || *Le Comte Zichy* dit qu'en effet les Commissions ne sont jamais tombées d'accord; c'est pourquoi on a cru nécessaire de proposer actuellement un état de choses durable. || *Son Excellence Safvet-Pacha* dit que c'est précisément le désir d'arriver à l'établissement d'un état de choses durable qui avait fait formuler à la Sublime Porte ses propositions de pacification. Ces propositions, à son avis, constituaient un moyen certain de prévenir le retour des mêmes inconvénients. || *Le Comte Zichy* propose de suivre une marche de discussion plus précise. || *Le Comte de Chaudordy* est d'avis qu'il faudrait procéder par ordre; commencer, par conséquent, par la Serbie et suivre les Articles, soit en les adoptant, soit en les réservant. || Sur quelques observations du Second Plénipotentiaire Ottoman concernant la teneur exacte du programme présenté par le Gouvernement Britannique, *son Excellence Safvet-Pacha* donne lecture des propositions Anglaises d'après le télégramme dont la teneur suit: || „Les propositions suivantes sont celles que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique juge calculées à former la base d'une pacification:— || 1. Quant à la Serbie et au Monténégro en termes généraux le *statu quo*. || 2. Que la Porte s'engage simplement, par un Protocole à signer à Constantinople avec les Représentants des Puissances Médiatrices, à concéder à la Bosnie et à l'Herzégovine un système d'autonomie locale ou administrative, cette expression signifiant un système d'institutions locales qui donnera aux populations quelque contrôle sur leurs officiers locaux et fournira en même temps des garanties contre des actes d'autorité arbitraire, sans être question de la création d'un Etat tributaire. || Des garanties du même genre doivent être trouvées contre les abus en Bulgarie, dont les détails exacts pourront être discutés ultérieurement. || Les réformes auxquelles la Porte a adhéré dans sa note aux Représentants des Puissances, en date du 13 Février dernier, sont considérées comme devant être comprises dans les arrangements administratifs pour la Bosnie et pour l'Herzégovine et, autant qu'elles conviennent à cette Province, pour la Bulgarie.“ || A l'occasion de cette lecture, *son Excellence l'Ambassadeur d'Angleterre* fait remarquer que dans la transmission du télégramme précité il y a eu une erreur et qu'au lieu „d'officiers locaux“ c'est „affaires locales“ qu'il faut lire. || *Son Excellence Safvet-Pacha*

croit de son devoir de constater que dans le document transmis à la Porte il n'est parlé que d'officiers locaux. || *Le Comte de Chaudordy* dit qu'en somme la Conférence, en présentant son travail, n'a pas eu la pensée de s'écarter du programme Anglais aussi bien dans la partie relative à la Serbie et au Monténégro que dans celle relative au règlement des trois provinces. || *Son Excellence Edhem-Pacha* dit que si telle est la pensée de la Conférence on peut commencer par examiner les articles relatifs à la Serbie. || *Le Comte Corti*, pour ne pas laisser sans réponse l'observation des Plénipotentiaires Ottomans concernant la non-discussion des moyens proposés par la Porte pour la pacification de la Serbie, fait remarquer que le but que l'on a voulu atteindre, avant tout, c'était d'établir un état de choses moralement et matériellement durable que, dès lors, on a dû éviter tout ce qui serait de nature à perpétuer l'hostilité entre la Porte et la Serbie, et que c'est là la raison qui a fait proposer comme ligne de démarcation le thalweg de la Drina. || *Le Général Ignatiev* et *le Marquis de Salisbury* s'associent aux paroles du Comte Corti. || Sur la proposition du *Comte de Chaudordy* on commence la discussion par articles du document relatif à la Serbie. (Annexe sous la lettre A au premier Protocole.) || L'Article 1 est lu. *Les Plénipotentiaires Ottomans* ayant fait remarquer qu'il est dans le programme, il ne donne lieu à aucune discussion. || L'Article 2, relatif au thalweg de la Drina, fournit aux Plénipotentiaires Ottomans l'occasion de renouveler les objections qu'ils ont précédemment émises. Ils déclarent être sans instructions sur ce point, et par conséquent cet Article est réservé. || Les Articles 3, 4 et 5 sont adoptés et la Conférence passe à la discussion du document relatif au Monténégro. (Annexe sous la lettre B au premier Protocole.) || *Les Plénipotentiaires Ottomans* déclarent que, n'ayant pas d'instruction, ils ne peuvent entrer dans la discussion des Articles 1, 2 et 3 qui, à leurs avis, se trouvent être en dehors du programme. || *Le Marquis de Salisbury* ne voit dans l'Article 2 relatif à la Boyana qu'une disposition favorable à la liberté de navigation. || Ces Articles sont réservés. || Les Articles 4 et 5 étant les mêmes que les Articles 4 et 5 du document relatif à la Serbie, sont approuvés. || *Le Comte de Chaudordy* pense qu'il serait maintenant opportun de passer à l'examen d'un autre document en le suivant également Article par Article, sauf à revenir plus tard sur les points que les Plénipotentiaires Ottomans auront voulu réserver. || *Les Plénipotentiaires Ottomans* font remarquer qu'il ne s'agit, d'ailleurs, que d'une première lecture. || *Le Comte de Chaudordy* commence la lecture du règlement de Bulgarie Article par Article (Annexe C au premier Protocole). || *Son Excellence Safvet-Pacha*, à propos de l'Article premier qui indique les limites des deux nouveaux vilayets qu'il s'agirait d'organiser, dit que le Gouvernement Ottoman ne saurait accepter la délimitation proposée, que ce n'est pas la division actuelle qui a donné lieu aux derniers événements et qu'il y a des populations qui ne se prêteraient pas à ce nouveau groupement. || *Son Excellence Edhem-Pacha* demande les raisons qui ont fait fixer les limites proposées.

Nr. 5953.
Konferenz-
staaten.
28. Dec. 1876.

Nr. 5958.
Konferenz-
staaten.
28. Dec. 1876.

Il ne voit aucun motif qui justifie les modifications si importantes qui seraient ainsi introduites dans la division administrative, et il serait d'autant plus désireux de connaître quels sont les éléments qui ont guidé les Représentants des Puissances Garantes dans un projet qui lui semble devoir rencontrer en pratique des difficultés insurmontables. Il est vrai que parfois les limites des vilayets ont été modifiées; mais ces changements de pure convenance administrative n'ont rien de commun avec le plan dont il s'agit. La division présente a pour elle la sanction du temps et de l'expérience. || *Le Marquis de Salisbury* ayant fait observer qu'on a cherché à grouper autant que possible les cultes et les races, son Excellence *Edhem-Pacha* répond qu'il repousse la classification par race et que le Gouvernement Ottoman désire au contraire leur fusion. || *Le Général Ignatiew* dit qu'il ne s'agit que d'un groupement de sandjaks et de cazas tels qu'ils existent. || *Son Excellence Safvet-Pacha* insiste pour le maintien de la division actuelle et, en présence de ces observations, l'Article premier est réservé. || Art. 2. Sur le premier paragraphe relatif à la division par canton (nahié), après une observation d'*Edhem-Pacha* sur les avantages du système actuellement suivi pour la formation des nahiyés, le paragraphe est accepté, sauf à s'entendre sur le chiffre des habitants qui feront partie du canton. || Le paragraphe 2, „en respectant autant que possible, &c.“ donne lieu à diverses explications desquelles il résulte que le mot „groupes“ ne doit pas s'entendre d'un déplacement des populations, mais d'une répartition administrative. Néanmoins, il n'est accepté qu'*ad referendum*. || Le paragraphe 3, „le canton sera administré, &c.“ le paragraphe 4, „le Conseil Cantonal sera composé, &c.“ le paragraphe 5, „la commune conservera, &c.“ le paragraphe 6, „toutes les questions relatives, &c.“ (sauf la Commission de Surveillance); le paragraphe 7, „le Conseil Cantonal, &c.“ sont acceptés. || Le paragraphe 8, „deux de ses membres, &c.“ est accepté mais seulement en principe. || Le paragraphe 9, „la Commission Internationale, &c.“ est réservé. || Le paragraphe 10, „les villes et les bourgs, &c.“ est accepté en principe. || La Conférence passe à l'Article 3, qui est entièrement réservé, puis à l'Article 4. || A propos de l'expression, „à la tête de chacune des Provinces,“ *son Excellence Safvet Pacha* fait remarquer incidemment que le terme de Bulgarie, employé en tête du document que la Conférence discute, ne saurait être admis par le Gouvernement Impérial. || *Le Représentants des Puissances Garantes* répondent que ce terme n'a été employé que pour distinguer le règlement qu'on discute des autres documents. || *Son Excellence Safvet-Pacha* présente une objection contre le terme de cinq ans fixé pour la durée du pouvoir du Vali. Il n'admet point d'analogie entre l'organisation du Liban, qui a toujours eu une administration séparée, et le système qu'il s'agirait d'établir. || *Le Plénipotentiaire d'Allemagne* ayant fait observer que cette condition lui paraît très-essentielle pour le bien du pays et la stabilité des instructions, *son Excellence Safvet Pacha* répond que la Porte pourrait donner seulement l'assurance que le Vali ne serait pas changé trop fréquemment. Au surplus, ce passage est réservé

ainsi que le passage du même paragraphe relatif à l'assentiment des Puissances Garantes. || Le deuxième paragraphe, „il sera retribué, &c.“ est accepté. || Le paragraphe 3, „en cas de mort, &c.“ et le paragraphe 4, „le Vali ne pourra être destitué, &c.“ sont réservés. || Le paragraphe 5, „le Vali représentera l'autorité suprême, &c.“ est accepté. || Le paragraphe 6, „il sera Chrétien &c.“ est réservé. || Le paragraphe 7, „le Gouverneur-Général administrera, &c.“ le paragraphe 8, „les plaintes qui surgiraient, &c.“ le paragraphe 9, „les arrondissements électoraux, &c.“, sont acceptés. || Le paragraphe 10, „ils doivent compter en moyenne, &c.“ est accepté en principe; mais son *Excellence Safvet-Pacha* fait remarquer qu'il n'y donne son assentiment qu'autant que ses dispositions pourraient s'adapter à la nouvelle Constitution. || Le paragraphe 11, „sont électeurs et éligibles,“ le paragraphe 12, „les délibérations de l'Assemblée, &c.“ le paragraphe 13, „l'Assemblée nommera, &c.“ le paragraphe 14, „il y aura au moins un membre de ce Conseil, &c.“ sont acceptés. || Sur le paragraphe 15, „le Gouverneur-Général prendra l'avis du Conseil, &c.“ *Safvet-Pacha* dit qu'il faudrait stipuler que le Gouverneur-Général devra s'adresser à la Sublime Porte dans les cas prévus. || La Conférence est d'avis qu'en effet le Vali pourra toujours en référer à la Porte. Ce paragraphe néanmoins demeure réservé. || Les quatre premiers paragraphes de l'Article 5 sont également réservés. || Au moment de lever la séance, le *Président* signale à MM. les membres de la Conférence l'opportunité de garder le secret des délibérations. || La prochaine séance est renvoyée à Samedi, 1 heure.

Safvet.

Edhem.

Werther.

Zichy.

Calice.

F. de Bourgoing.

Chaudordy.

Salisbury.

Henry Elliot.

L. Corti.

N. Ignatiew.

Nr. 5954.

GRIECHENLAND. — Memorandum über die Lage der griechischen Unterthanen der Pforte.

Au moment où les Représentants des Grandes Puissances se trouvent réunis à Constantinople, à l'effet d'améliorer le sort des populations Chrétiennes de la Turquie, le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Hellènes croit de son devoir d'appeler leur attention sur la situation des sujets Grecs de Sa Majesté Impériale le Sultan. || Cependant, nous tenons beaucoup à le constater dès le début, cette démarche ne doit pas être attribuée à la prétention d'exercer, comme on nous l'a souvent reproché à tort, un Protectorat sur les Grecs de

Nr. 5953.
Konferenz-
staaten.
28. Dec. 1876.

Nr. 5954.
Griechen-
land.
29. Dec. 1876.

Nr. 5954.
Griechen-
land.
29. Dec. 1876.

la Turquie, mais à la nécessité où nous nous trouvons de prévenir à temps le contre-coup des troubles de toute nature qui pourraient agiter les populations Grecques de l'Empire Ottoman. L'histoire de ces derniers temps ne fournirait que trop d'exemples à l'appui de cette assertion. || D'un autre côté, on ne saurait oublier non plus qu'en élevant la voix en faveur de ses frères de race et de religion, la Grèce paye en même temps une dette sacrée de reconnaissance aux Provinces Grecques soumises au Gouvernement Ottoman, qui, toutes, ont pris part à la longue lutte à laquelle elle doit, non moins qu'à la bienveillance et à la justice de l'Europe, son indépendance et sa liberté. || C'est cette justice et cette bienveillance que la Grèce implore de nouveau à cette heure solennelle en faveur des pays Grecs restés sous la domination de Sa Majesté Impériale le Sultan. || Si l'on admet, comme la Sublime Porte elle-même semble le reconnaître par son zèle à introduire des réformes radicales dans son administration, que l'insurrection des Provinces du Nord de l'Empire a été provoquée par le régime en vigueur et les malheurs et les abus qu'il entraîne forcément, il serait oiseux de s'attacher à démontrer que ces malheurs et ces abus frappent également toutes les Provinces de l'Empire Ottoman et qu'ils pèsent même d'un poids plus lourd sur les populations Grecques, que l'état de civilisation plus avancée où elles se trouvent rend plus sensibles aux maux des races déshéritées. || Nous ne saurions nier, il est vrai, que ces mêmes populations Grecques ne se soient abstenues de protester les armes à la main durant la crise actuelle; mais cette attitude, qui contraste si fort avec leurs antécédents, n'a pas besoin d'être expliquée aux Grandes Puissances, qui en connaissent mieux que personne la vraie et seule cause. || Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Hellènes avait le devoir de conformer, pour tout ce qui concerne les Grecs de Turquie, sa conduite à celle des Grandes Puissances, qui avaient manifesté le désir de maintenir la paix en Orient ou tout au moins de localiser l'insurrection. C'est ainsi seulement qu'une conflagration générale a pu être évitée. || L'esprit de haute justice qui anime les Gouvernements des Grandes Puissances et leurs Représentants dans la Conférence, ne saurait donc leur permettre de tirer de cette conduite, ainsi imposée, un argument pour laisser les Grecs dans une situation moins avantageuse que celle qu'on accorderait à d'autres populations. || Il ne faudrait pas non plus perdre de vue que si nos conseils ont pu être suivis par les Grecs sujets de la Sublime Porte c'est que, comme nous, ils avaient la ferme conviction que si l'Europe, persuadée de l'inefficacité des réformes promulguées jusqu'ici par le Gouvernement Ottoman, se décidait à intervenir encore une fois, elle prendrait des mesures générales envers tous les Chrétiens indistinctement, ainsi que cela a été soutenu dans d'autres circonstances par la diplomatie Européenne. D'ailleurs, la Sublime Porte elle-même vient reconnaître, semblerait-il, qu'il est aussi équitable que nécessaire d'établir une égalité parfaite de droits entre tous ses sujets Chrétiens. || Aussi, cette haute assemblée irait elle-même à l'encontre du double but qu'elle poursuit, c'est-à-dire, du but humanitaire et du

but politique, en négligeant l'élément Grec ou en méconnaissant à son détri-
 ment et de quelque manière que ce fut, le droit historique et les nécessités
 géographiques, en dehors desquels tout ne serait que trouble et confusion pour
 l'avenir dans la presqu'île des Balkans. || C'est donc au nom de la justice aussi
 bien que dans le but d'éloigner les dangers qu'un pareil abandon des intérêts
 des Grecs sujets Ottomans ne manquerait pas de faire surgir que le Gouverne-
 ment de Sa Majesté le Roi des Hellènes fait appel à la haute sagesse des
 Gouvernements représentés à la Conférence de Constantinople. || Ils ne tarderont
 pas à se convaincre que des considérations de l'ordre le plus élevé justifient
 pleinement sa démarche, et que c'est dans l'intention de co-opérer à l'oeuvre
 de pacification entreprise par les Cabinets Européens qu'il prend la liberté
 de leur soumettre ces observations. || Les Grandes Puissances ne sauraient
 mieux assurer l'accomplissement de leur noble mission qu'en étendant à tous
 les Chrétiens et particulièrement à ceux de race Grecque, les mesures qu'elles
 conseilleraient dans leur justice et dans leur prévoyance, à la Sublime Porte,
 pour rendre le calme et la prospérité aux Provinces récemment insurgés de
 l'Empire Ottoman.

Nr. 5954.
 Griechen-
 land.
 29. Dec. 1876.

Nr. 5955.

GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an den königl. Min. d.
 Ausw. — General Ignatieff wünscht eine offizielle Sanction der
 Beschlüsse der Vorkonferenz.

(Telegraphic.)

Pera, December 30, 1876, midnight.

General Ignatiew is anxious we should sign an Act, of which operative
 clause is the following: — || Plenipotentiaries declare, that propositions laid
 before the Porte have been deliberated in common, and that they contain the
 essential bases of the arrangements to be concluded with the Porte. They
 all engage consequently to sustain them in Conference, and to support them
 "auprès de la Porte". To give an evident proof of the union of their Govern-
 ments, which should contribute powerfully to the maintenance of peace, the
 Plenipotentiaries have signed this Act.

Nr. 5955.
 Gross-
 britannien.
 30. Dec. 1876.

Nr. 5956.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Midhat-Pascha.

Constantinople, December 30, 1876.

Nr. 5956.
Gross-
britannien.
30. Dec. 1876.

My Lord, — Although it is usual for an Ambassador to call upon the Grand-Vizier immediately on his nomination it was not till two days ago, that I was well enough to pay the customary visit to Midhat-Pasha. || We have long been intimate, and knowing the support I had always given to his efforts to introduce the radical reforms required in the administration of the country he spoke with the greatest freedom of the present position of affairs. || There was, he said, in the proposals of the Plenipotentiaries much that was practical and important to which he was ready to give a willing assent. || They were based upon the principle of decentralization for which he had long contended and which was now formally adopted; but they carried it further than even he could admit. || The project as it now stood would be a step towards the certain realization of the Russian dream of creating small autonomic States in European Turkey. || We had only to look back to what had occurred fifty years ago in Servia to become convinced, that the compulsory confinement of the Ottoman troops to the fortresses and principal towns would shortly lead to the expulsion of the Turks from the Province, and the establishment of its quasi independence. || It was proposed, moreover, that the Governors-General should be practically selected by the foreign Powers, and a position assured to them, rendering them almost independent of their own Government. || The assignment of a third or of any fixed proportion of the revenues of the Province to Imperial purposes was a principle differing little from a tribute in disguise to which it was impossible for the Porte to consent, and the proposal bore on the face of it evidence of having been drawn up by persons who could not by possibility be in possession of the information required for dealing properly with the fiscal requirements of a country respecting which their information was necessarily superficial. || The proposed guarantees for the execution of the reforms were of a nature which no Turkish Minister could agree to; for though he admitted that war might be nearly the ruin of the Empire, the country was unanimous in preferring the chance of honourable ruin to the acceptance of conditions which were considered dishonourable and, at the same time, fatal. || To a Commission of Control, composed of foreigners, with administrative and legislative powers as was proposed he never would consent, nor would he acquiesce in the presence of any corps of foreign troops. || The Turkish Minister at Brussels had indeed reported that the Belgian Government would not send such a corps except upon the direct invitation of the Porte, which invitation would never be given at the dictation of foreign Powers. ||

The Porte was, however, quite ready of its own initiative to engage foreign officers, non-commissioned officers, and men to organize an efficient gendarmerie or police force; but these must be in the service of the Ottoman Government. || On the other hand, while he was compelled to reject the guarantee proposed by the Powers he was willing to offer them others which he thought should be held sufficient. || Let a fixed time, say a year, be granted to the Porte for carrying out the reforms now being inaugurated, and at the end of that period let the Ambassadors report whether they were being fairly executed or not. || If they report in the negative the Porte will submit to the appointment of an International Commission, or such other form of control as may be held desirable. || Midhat-Pasha concluded by saying, that he perfectly understands that he has no assistance to expect from Great Britain; but he expressed the hope that, if Russia now proceeds to endeavour to carry out her long cherished designs against the Turkish Empire, she will meet with no support from Her Majesty's Government. || I need not repeat to your Lordship the arguments I used in trying to overcome His Highness's objections. || I have, &c.

Nr. 5956.
Gross-
britannien.
30. Dec. 1876.

Henry Elliot.

Nr. 5957.

KONFERENZSTAATEN. — Konstantinopeler Konferenz. — III^{ème} Protocole. — Séance du 13 Zilhidjé, 1293 (¹⁸/₃₀ Décembre, 1876).

Présents: etc. etc.

La séance est ouverte à une heure et demie après-midi. || Le Protocole de la séance précédente, No. II, est lu et approuvé. || *Son Excellence le Premier Plénipotentiaire Ottoman* annonce que dans l'intervalle le travail qui avait été remis aux Plénipotentiaires Ottomans a fait l'objet d'une étude plus approfondie. Il en est résulté une espèce de contre-projet dont il désirerait saisir la Conférence. Elle se rendrait compte ainsi plus aisément des vues de son Gouvernement et des modifications, des changements et des amendements qu'il a cru nécessaire et utile d'apporter aux projets qui lui avaient été communiqués. Malheureusement, au moment où il parle, la traduction de ce document n'est pas encore terminée. Il espère pourtant qu'elle pourra être remise à la Conférence avant la fin de la séance. || *Le Comte de Chaudordy* pense qu'en attendant il y aurait lieu de reprendre la lecture du projet concernant la Bulgarie au point où l'on en était resté à la séance précédente. || *Les Plénipotentiaires Ottomans* font remarquer qu'une pareille lecture n'aurait plus d'utilité, du moment qu'ils s'engagent à présenter sans retard les observations d'ensemble et de détail formulées par leur Gouvernement sur tous les articles.

Nr. 5957.
Konferenz-
staaten.
30. Dec. 1876.

Nr. 5957.
Konferenz-
staaten.
30. Dec. 1876.

Il en serait de même de la lecture du projet de Bosnie. || *Le Marquis de Salisbury* fait remarquer que la Sublime Porte est en possession des propositions qui résument la pensée de la Conférence depuis huit jours, et qu'il avait lieu d'espérer que les Plénipotentiaires Ottomans seraient à même de faire connaître à la Conférence la réponse positive de leur Gouvernement. || *Son Excellence Edhem-Pacha* rappelle que la première pensée des Plénipotentiaires Ottomans a dû être de se demander si les projets qui leur ont été communiqués rentraient ou non dans les limites du programme dont le Gouvernement de Sa Majesté Britannique avait pris l'initiative. Les Plénipotentiaires Ottomans ont déjà fait connaître à la Conférence les raisons qui leur faisaient croire qu'en ce qui concerne les deux Principautés, on s'en était écarté par cela même qu'on mettait en avant des cessions de territoire. Ils ont dû en référer à leur Gouvernement qui, à son tour, ne pourrait très probablement prendre une décision définitive sur un point de cette gravité qu'après en avoir délibéré en Divan, comme il est d'usage en pareil cas. || *L'Ambassadeur d'Angleterre* pense que la forme de délibération à laquelle le Plénipotentiaire Ottoman fait allusion ne serait nécessaire que s'il se fût agi de cessions véritables, tandis que les propositions des Plénipotentiaires des Puissances Garantes ne présentent pas ce caractère. || *Le Marquis de Salisbury* ne saurait s'empêcher de relever que si la Porte qualifie de cession la rectification de frontière proposée pour la Serbie, elle admet implicitement l'indépendance de cette Principauté. || *Edhem-Pacha* répond qu'en employant le terme de cession, sa pensée n'a pu être de donner prise à l'interprétation signalée par le Marquis de Salisbury. Le mot de cession dont il s'est servi ne signifiant autre chose que l'abandon à la Principauté vassale d'une portion de territoire qui s'est trouvée placée sous l'administration directe de la Sublime Porte, cet abandon, qu'on le qualifie de cession ou autrement, n'en est pas moins de nature à mériter toute l'attention de son Gouvernement. || Une conversation s'engage entre les Plénipotentiaires sur la question de savoir si le programme Anglais n'a pas été dépassé. || *Le Comte Zichy* s'étonne qu'il puisse même y avoir un doute à cet égard. C'est l'Angleterre qui a proposé le programme, et du moment que ses Représentants déclarent qu'on est demeuré dans les limites, son Excellence ne saurait comprendre que la Conférence hésite à être du même avis. || *Le Baron de Werther* ajoute que, d'ailleurs, l'intégrité du territoire n'est nullement lésée par les arrangements proposés. || *Edhem-Pacha* maintient néanmoins son opinion et affirme que le programme lui paraît dépassé par les articles qui ont fait l'objet des discussions précédentes aussi bien que par beaucoup d'autres.

Le Comte de Chaudordy prend la parole et s'exprime dans les termes suivants: || „Je m'étonne des appréciations auxquelles nos propositions paraissent avoir donné lieu à la Porte. Il semblerait que les documents que j'ai été chargé de remettre au nom des Représentants des Puissances Garantes n'aient pas été attentivement examinés. Il n'y a rien dans ces propositions qui soit

contraire non seulement aux vrais intérêts de la Porte, mais encore à la souveraineté du Sultan. En présence des erreurs qui se répandent et qui ont cours en dehors même de cette enceinte et dans des publications presque officielles, je me crois dans l'obligation de préciser clairement le caractère et la portée des propositions sur lesquelles nous sommes tombés d'accord dans nos entretiens préliminaires. || Avant de nous réunir en Conférence, il nous a paru utile de nous assurer que le but à poursuivre était compris par tous de la même façon. C'est ce qui a été fait aussi rapidement que possible en égard au nombre de questions à examiner. Je suis heureux de dire que ces entretiens ont eu pour première conséquence l'élimination de toute idée divergente et la rédaction en projet d'une série de propositions qui ont été acceptées par nous tous. || On semble croire et on s'obstine à dire que de ces conversations préparatoires il est sorti un programme impliquant une atteinte à l'intégrité de l'Empire ou à la dignité de la nation Ottomane. Je proteste absolument contre ces bruits répandus et contre l'impression qui semble exister dans l'esprit des Plénipotentiaires de la Turquie. Sans entrer dans tous les détails, je parlerai rapidement des trois points les plus graves qui se résument dans la question de l'autonomie dont on parle comme si nous voulions rompre les liens de certaines provinces avec l'autorité centrale, de la Commission Internationale et de l'introduction de troupes étrangères. || En ce qui concerne le premier point, savoir: l'organisation administrative, judiciaire et financière, le projet n'offre qu'un développement très-mesuré du principe de décentralisation sur lequel l'administration provinciale doit être établi. Rien n'empêcherait que cette organisation, après avoir été admise par la Porte en Conférence pour la Bosnie et la Bulgarie, ne fut étendue ensuite par elle à toutes les autres provinces de l'Empire. C'est qu'en effet ce régime, tout en étant basé sur le principe désormais constitutionnel de la décentralisation, ne rompt, d'ailleurs, aucun des liens qui unissent la province au reste de l'Empire. Elle continue à s'y rattacher par la communauté des lois civiles et économiques, par le même système de contributions directes et indirectes, par le fonctionnement régulier de tous les grands services publics, Douanes, chemins de fer, postes et télégraphes, par la résidence des troupes &c. &c. Comment serait-il donc possible de dire que le régime administratif du projet sépare la province de l'Etat, ou même qu'il tend à la séparer? || Quant au second point relatif à l'institution proposée d'une Commission Internationale, je constate d'abord que cette institution a une durée limitée, et que pendant ce court espace de temps elle sera chargée de veiller à l'exécution du règlement. Elle n'est donc pas, comme on pourrait le croire, un pouvoir étranger d'exécution substitué aux pouvoirs locaux. Comment pourrait-on voir dans son existence une confiscation par l'élément étranger des droits de l'autorité locale, quand elle sera précisément chargée de veiller à ce que chacune de ces autorités exerce ses droits dans leur plénitude, suivant l'esprit et suivant la lettre du règlement? || Le rôle de la Commission étant ainsi défini, je suis surpris qu'on ait pu y trouver

Nr. 5957.
Konferenz-
staaten.
30. Dec. 1876.

autre chose qu'une garantie d'exécution, et même qu'un concours utile d'hommes compétents qui s'efforceront d'assurer la marche régulière du nouveau règlement et des nouvelles institutions. Pour moi, je n'y vois qu'un appui pour la bonne administration des provinces dont il s'agit. || En ce qui concerne la prétendue occupation du pays par une troupe étrangère, il n'en est pas question dans le projet. En égard aux événements qui ont laissé dans les provinces dont il s'agit une impression de terreur, de haine et de défiance entre les divers éléments de la population, on est conduit à penser que la sécurité commune, le maintien de l'ordre et l'exécution des commandements de l'autorité nouvelle seraient mieux assurés par une gendarmerie nouvelle aussi formée en quelque sorte d'éléments neutres et pris hors du pays. Ces hommes étrangers, il est vrai, comme individus, formeraient, cela est bien évident, par leur réunion en corps une gendarmerie de province Ottomane. Elle n'aurait, d'ailleurs, d'après nos propositions, qu'une existence passagère. On introduirait peu à peu dans ses cadres les hommes de la province, Musulmans et Chrétiens, qui seraient jugés aptes au service si difficile de la gendarmerie, et non-seulement les hommes de la province, mais ceux qui, offrant les garanties nécessaires, pourraient être enrôlés dans les autres provinces de l'Empire. C'est ce que prévoit expressément le projet, tant il est vrai que nos propositions ne tendent sous aucun rapport à séparer ces provinces du reste de l'Empire. Cette prétendue troupe d'occupation étrangère n'est donc, en réalité, je tiens à le bien constater, qu'un cadre d'officiers, de sous-officiers et de soldats instructeurs destinés à rendre possible la formation d'une gendarmerie solide et expérimentée. || J'ajoute que si du haut comme au bas de l'échelle des services publics de la province, au siège du Gouverneur-Général comme dans la gendarmerie, le projet admet, au moins pour quelque temps, l'introduction d'éléments empruntés à des nationalités étrangères, c'est que nous avons cru par là répondre à une nécessité impérieuse de la situation. On improvise des institutions; mais il y a une chose qu'on n'improvise pas, ce sont des hommes. C'est une loi invariable du progrès dans l'histoire des sociétés humaines que tout peuple qui veut sérieusement modifier son état et se donner de nouvelles institutions demande aux autres peuples, déjà formés à la pratique de ces institutions, des modèles et, en quelque sorte, des instructeurs. Il y en a pour l'administration, comme il y en a pour l'art militaire. Cet emprunt fait par tous ces peuples les uns aux autres ne leur a jamais paru humiliant. La France a longtemps emprunté à l'Italie des diplomates et des hommes d'état, à la Suisse d'excellents soldats. La Russie a fait de même. Et pour ne citer à cet égard que deux exemples, n'a-t-on pas vu le Duc de Richelieu administrer une province et fonder une ville en Russie, avant de rendre à son propre pays les éminents services dont la France a conservé le souvenir reconnaissant? Et la France n'a-t-elle pas presque de nos jours donné au Comte Rossi, qui était Italien, des lettres de grande naturalisation afin de pouvoir l'employer comme Ambassadeur? || Nos propositions ne con-

tiennent rien que de pratique et de naturel. Les mesures qui y sont indiquées ne pourraient, en aucune façon, si elles étaient adoptées, porter la moindre atteinte aux droits et à la dignité du Gouvernement Ottoman. || J'espère donc que l'examen plus attentif de ces propositions modifiera l'impression première que je considère comme étant inexacte."

Le Général Ignatiev dit: — "La Porte est saisie depuis huit jours des propositions formulées par les Représentants des Grandes Puissances et que les Cabinets Garants ont trouvées justes et équitables. Il serait temps, paraît-il, que MM. les Plénipotentiaires Ottomans, après avoir pu étudier à loisir les pièces qui leur ont été communiquées, fussent en mesure de nous déclarer si le Gouvernement de Sa Majesté le Sultan accepte ou refuse l'ensemble de nos propositions, et quels en sont les points qui présentent à ses yeux le plus de difficultés. || Il paraît démontré jusqu'à l'évidence que pour les conditions de paix entre la Sublime Porte et les Principautés de Serbie et du Monténégro les demandes des Cabinets ne sont pas écartées en principe des bases Anglaises acceptées par la Porte. On aurait, dès lors, de la peine à croire que le Gouvernement Ottoman voulût prolonger l'état des choses actuel, après s'en être remis, pour le règlement de ces questions, à la décision des Puissances. || Quant aux projets d'organisation pour les trois provinces qui, ayant le plus souffert des événements des dix-huit derniers mois, ont attiré l'intérêt particulier de l'opinion publique en Europe, laquelle réclame pour ces localités l'application immédiate d'un régime exceptionnel, afin de leur donner le moyen de se remettre des maux qu'elles ont subis, les Représentants s'y sont tenus strictement, en les développant, aux propositions de Lord Derby ainsi qu'aux principes énoncés dans la note du 30 Décembre du Comte Andrassy et dans les Iradés du Sultan du 2 Octobre et du 12 Décembre de l'année dernière, communiqués officiellement par la Sublime Porte aux Représentants des Grandes Puissances et constituant par conséquent un engagement à l'égard de ces dernières. || Pour ce qui est du Gouvernement Impérial que j'ai l'honneur de représenter ici, il a fait en cette occasion abstraction complète de ses idées particulières. Les propositions unanimes des Cabinets constituent pour la Russie un minimum extrême et irréductible qu'elle a accepté par déférence pour les autres Grandes Puissances et pour faciliter un accord général sur ces graves matières. || Il paraît que, dans ces conditions, l'acceptation du programme des Cabinets Garants serait singulièrement facilitée à la Sublime Porte. L'union des Grandes Puissances devrait lui servir de garantie du parfait désintéressement de leurs vues et de la pensée de conservation qui a guidé leurs décisions. Mes collègues peuvent témoigner de la modération et de la conciliation qui ont caractérisé l'attitude de la Russie. MM. les Plénipotentiaires Ottomans seraient bien inspirés s'ils embrassaient la même voie et acceptaient sans réserve les propositions de l'Europe. Je fais appel à cet effet à leur sagesse et à leur vrai patriotisme, qui doit rendre désirable pour eux de faire sortir au plus vite l'Empire du Sultan de la grave situation où

Nr. 5957. il se trouve seul en face de l'Europe unie. || Je fais appel au témoignage im-
 Konferenz- partial de mes collègues pour constater l'accord intime et l'esprit de concilia-
 staaten. tion qui ont présidé, dès le début, à nos délibérations et pour établir l'immense
 30. Dec. 1876. responsabilité qui retomberait sur la Sublime Porte si elle compromettait nos
 efforts sincères de pacification par une prolongation inutile de la tension mu-
 tuelle des esprits ou bien en rendant nos débats définitivement stériles par le
 rejet de nos propositions unanimes."

Le Marquis de Salisbury ajoute: — „Jusqu'ici je me suis trouvé dans la
 triste nécessité de rapporter à mon Gouvernement que les Plénipotentiaires de
 la Porte se sont opposés en principe à presque toutes les plus importantes
 propositions des Puissances Européennes. Ainsi, je dois m'associer à l'appel
 de l'Ambassadeur de Russie et de M. le Comte de Chaudordy. Dans les né-
 gociations récentes nous nous sommes efforcés, tout en sauvegardant les inté-
 rêts des Chrétiens qui nous sont de longtemps chers, d'éloigner toute propo-
 sition ayant à notre point de vue une tendance hostile à la prospérité de
 l'Empire Ottoman ou à la juste autorité du Sultan. Les concessions d'une
 part à l'autre ayant été faites après de longues discussions, nous sommes ar-
 rivés à un résultat que les Six Puissances ont cru digne d'être revêtu de leur
 sanction. Il est à espérer que la Porte, en vue de l'urgence de la situation,
 ne se refusera pas à l'ensemble des réformes qui sont recommandées par ceux
 qui ne peuvent avoir en commun aucun autre sentiment que des vœux pour
 sa stabilité et son progrès."

Le Comte Zichy désire s'associer sans retard aux déclarations qui viennent
 d'être faites par MM. les Plénipotentiaires de France, de Russie et de la
 Grande Bretagne. Il donne à toutes ces déclarations son assentiment entier;
 car toutes les trois répondent entièrement à ses propres idées aussi bien qu'à
 celles de son Gouvernement. || *Leurs Excellences les Plénipotentiaires d'Alle-
 magne et d'Italie* déclarent successivement qu'ils adhèrent complètement aux
 déclarations qui viennent d'être faites.

Son Excellence le Président s'excuse de ne pas se trouver à même de
 produire la pièce dont il avait annoncé la présentation au commencement de
 la séance. En prenant connaissance des propositions des Plénipotentiaires des
 Puissances Médiatrices, les Plénipotentiaires Ottomans ont pensé tout d'abord
 que la partie relative à la Serbie et au Monténégro ne rentrait pas dans les
 limites assignées à leur compétence. Ils ont fait part de leurs doutes sur ce
 point à leurs collègues. Quant à l'autre partie, ils ont fait remarquer qu'à
 côté de dispositions de nature à être adaptées au mécanisme administratif de
 l'Empire, il y en avait d'autres qui paraissaient passibles d'une opposition
 très-sérieuse. Il n'y a là rien qui doive étonner, s'agissant d'un pays dont la
 situation intérieure présente des difficultés exceptionnelles à ceux qui veulent
 s'en rendre un compte exact. Le projet qu'il est chargé de présenter facili-
 terait de beaucoup la discussion. Il ne saurait dire combien il regrette qu'il
 ne lui soit pas encore parvenu. Mais il espère que lorsque la Conférence en

aura pris connaissance elle sera mieux éclairée sur les intentions de son Gouvernement aussi bien que sur la marche à suivre. En attendant, il désirerait s'abstenir d'entrer dans une discussion plus détaillée. Il se réserve d'y revenir lorsque les observations du Gouvernement Ottoman seront déjà connues de MM. les Plénipotentiaires. || Quelques membres proposent de passer à la lecture du projet des instructions à donner à la Commission Internationale. || *Son Excellence le Président* fait observer que les Plénipotentiaires Ottomans n'ayant pas encore admis, même en principe, l'institution de cette Commission, il n'y aurait pas lieu d'en discuter quant à présent l'organisation. || La séance est suspendue. On convient que le travail annoncé par son Excellence le Président sera communiqué dans la soirée à MM. les Plénipotentiaires. || La séance est levée et renvoyée à Lundi, 1 Janvier.

Safvet.	Chaudordy.
Edhem.	Salisbury.
Werther.	Henry Elliot.
Zichy.	L. Corti.
Calice.	N. Ignatiew.
F. de Bourgoing.	

Nr. 5958.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendung eines rumänischen Memorandums über die Neutralität Rumäniens.

Constantinople, December 31, 1876.

My Lord, — I have the honour to inclose the copy of a Memorandum on the proposal for the neutrality of Roumania which has been communicated to me by M. Bratiano, the Agent specially sent by the Roumanian Government to Constantinople during the Conference. || I have, &c.

Henry Elliot.

Beilage.

Memorandum on the Neutrality of Roumania.

Par le Traité de Paris et les Conventions qui l'ont suivi, les Grandes Puissances ont donné une nouvelle sanction aux droits souverains des Roumains, en reconnaissant d'une manière solennelle les Capitulations conclues par leurs Princes avec les Sultans Ottomans; en même temps, elles ont pris sous leurs auspices la reconstitution et la consolidation de l'Etat Roumain, et elles ont voulu faire de la Roumanie un gage de paix pour l'Orient. || Les Roumains,

Nr. 5958.
Gross-
britannien.
31. Dec. 1876.

mûs par un profond sentiment de gratitude pour cette haute sollicitude dont ils ont été l'objet, et jaloux de se montrer dignes de la confiance que les Puissances Garantes et la Sublime Porte ont placée en eux, se sont mis immédiatement à l'oeuvre avec une volonté qu'aucun obstacle n'a pu décourager, avec la conscience éclairée de leurs droits et de leurs devoirs envers eux-mêmes et envers l'Europe civilisée; aussi, en moins de vingt ans, ils ont fait dans toutes les branches de l'activité humaine des progrès réels, sensibles, des progrès qui sont d'ordinaire l'oeuvre des siècles. || Ils ont abordé déjà la plupart des grandes questions politiques, économiques et sociales qui préoccupaient le plus leur pays, et ils ont eu le bonheur de les résoudre successivement avec un plein succès, sans secousses, pacifiquement; car dans toutes leurs réformes ils ont pris pour base leurs vieilles institutions nationales qu'ils n'ont fait que rajeunir et développer. || En quelques années ils ont doté leur pays d'une justice et d'une administration, lesquelles, par leur organisation, par leur contingent chaque année plus grand d'hommes instruits et meilleurs que reçoit leur personnel, et par les résultats pratiques qu'elles ont déjà donnés, font bien augurer de l'avenir du pays; aujourd'hui même la sécurité publique est si bien garantie en Roumanie qu'elle n'a rien à envier sous ce rapport aux pays les mieux administrés. Ils ont réussi à asseoir sur des bases rationnelles et équitables la répartition et la perception des impôts. Ils se sont appliqués à donner une grande extension dans leurs villes et dans leurs campagnes à l'instruction primaire, qui est obligatoire et gratuite; quant à l'instruction secondaire et supérieure, également gratuite, indépendamment des gymnases et lycées que possèdent beaucoup de villes et des universités qu'ils ont fondées à Bucarest et à Jassy, 500 à 600 jeunes gens Roumains suivent constamment les cours des facultés et des écoles spéciales de l'Europe éclairée. || Leurs forces matérielles aussi n'ont pas été négligées. Ils peuvent mettre sur pied de guerre en quelques jours 60,000 hommes de troupes régulières, bien exercés, avec 210 canons, dont 150 canons Krupp, et un nombre égal d'hommes de troupes territoriales ou gendarmerie à cheval et à pied. || Ils ont établi dans tout le pays un service régulier de postes et télégraphes. Ils ont construit 1,600 kilom. de chemins de fer et 6,500 kilom. de chaussées, en ne parlant que de grandes voies de communication ou de grandes routes. || Dans ce moment ils s'occupent surtout à donner un plus grand développement à leur commerce et à leur industrie naissante. Mais ce qui fait le couronnement de cette oeuvre de régénération, c'est l'émancipation des paysans. La Roumanie, en émancipant son paysan, en le rendant propriétaire du terrain qu'il cultive, en l'instruisant et en lui mettant en même temps une arme entre les mains, lui a donné un sol à aimer et à défendre, et les moyens, l'intelligence et la force de le bien défendre. || Un trait caractéristique du peuple Roumain, qui donne la mesure de ses vertus civiques, et doit le recommander à l'estime de la diplomatie, c'est qu'il a su concilier l'ordre le plus parfait avec les libertés presque illimitées que lui garantit une des Constitutions les plus libérales des Etats Con-

stitutionnels. || C'est ce bien précieux de l'ordre dans la liberté qui a rendu la Roumanie maîtresse d'elle-même et lui a donné la force de résister à la tourmente qui emportait ses voisins, et d'avoir constamment, au milieu des menaces et des tentations de toute espèce, l'attitude la plus correcte que l'Europe a été unanime à louer. || Sûre d'elle-même, la Roumanie ne peut pas répondre de ce qui peut se passer dans les pays qui l'avoisinent; elle est en conséquence fort inquiète; car les Conventions et les Traités existants ne lui garantissent que ses droits vis-à-vis de la Sublime Porte, et la garantie collective accordée à elle et à la Turquie ne lui servirait à rien lorsque cette dernière se trouverait en guerre avec une autre Puissance. Les Grandes Puissances se refuseraient-elles à légitimer leur titre de Puissances Garantes, qui les honore, à compléter, à rendre réelle la garantie promise à la Roumanie? Dira-t-on que leurs armées sont trop loin de la Roumanie pour qu'elles puissent lui venir efficacement en aide au besoin? Mais si les Puissances prenaient solidairement l'engagement de garantir la Roumanie, alors elles auraient des armées en tout lieu, et d'ailleurs rien que la force morale d'un pareil engagement arrêterait ceux qui seraient tentés de violer le territoire Roumain, et encouragerait ceux qui auraient à le défendre. Il n'y a pas d'exemple qu'une Puissance se soit jamais permis d'essayer de rompre seule, par la force des armes, les engagements pris collectivement par plusieurs Puissances. || Les membres de la Conférence réunie à Constantinople pour assurer la paix en Orient, se croiraient-ils incompetents pour aborder le seul point propre à assurer cette paix pour le présent et pour l'avenir, pour tirer parti de la position géographique de la Roumanie, et déclarer son territoire neutre dans l'intérêt de tous, à l'instar de ce qui a été fait pour la Suisse en 1815 et pour la Belgique en 1870? Non, cela n'est pas raisonnablement admissible; aussi la Roumanie a-t-elle pris la liberté d'adresser à ce sujet à la Conférence par l'organe de son Envoyé Extraordinaire, la prière qui suit, destinée à être remise à son Excellence Safvet-Pacha, le Président de la Conférence: — || 1. En conséquence des démarches faites par le Gouvernement Roumain auprès des Puissances Garantes, j'ai l'honneur de demander en son nom à la Conférence de vouloir bien consacrer l'état politique de la Roumanie en garantissant d'une manière spéciale la neutralité perpétuelle du territoire Roumain. || 2. Pour le cas où il y aurait une guerre entre l'une des Puissances Garantes et la Sublime Porte, j'ai l'honneur de demander également à la Conférence, au nom de mon Gouvernement, que les autres Puissances Garantes veuillent bien indiquer à la Roumanie la ligne de conduite qu'elle devra tenir, et lui accorder une garantie spéciale afin que ses droits, sa neutralité et l'intégrité de son territoire soient respectés. || Vient après l'expression de l'espoir que la Conférence accueillera avec bienveillance la demande du Gouvernement Roumain, destinée à empêcher que la Roumanie ne devienne pas le théâtre de la guerre, et à mieux assurer la paix.

Nr. 5959.

KONFERENZSTAATEN. — Konstantinopeler Konferenz. — IV^{ème} Protocole. — Séance du 17 Zilhidjé, 1293 (20 Décembre, 1876).
(1 Janvier, 1877).

Présents: etc. etc.

Nr. 5959.
Konferenz-
staaten.
1. Jan. 1877.

La séance est ouverte à une heure après-midi. || Le Protocole de la troisième séance est lu et approuvé. || Le contre-projet de la Sublime Porte ci-annexé ayant été communiqué dans l'intervalle à MM. les Plénipotentiaires des six Puissances, son Excellence le Marquis de Salisbury prend la parole et s'exprime dans les termes suivants: —

“J'ai pris connaissance des propositions que MM. les Plénipotentiaires de la Sublime Porte ont communiquées à ceux des Puissances Garantes au sujet de l'organisation de certaines provinces de l'Empire. || Je regrette de devoir constater que ce contre-projet ne fait aucune mention: || 1. De l'emploi de soldats étrangers qui doivent servir de cadres à une gendarmerie à créer; || 2. D'une Commission Internationale de surveillance. || En outre le contre-projet remet à la décision future de la Porte et à l'assentiment d'une Assemblée Législative dont la création est encore lointaine: — || 1. La suppression des dîmes; || 2. Le système qui doit être institué à l'affermage des impôts; || 3. L'institution des tribunaux, la manière de nommer les juges, la durée de leur mandat; || 4. Le mode d'élection et les attributions des divers Conseils. || D'autre part, le contre-projet repousse les propositions suivantes: — || 1. L'amnistie; || 2. La gendarmerie (sans rapport à la question de troupes Européennes); || 3. La milice à être enrôlée parmi Musulmans et Chrétiens; || 4. L'emploi de la langue du pays au même titre que la langue Turque; || 5. La nomination pour un terme de cinq ans du Vali, qui ne pourra être destitué que par arrêt d'un Tribunal indépendant; || 6. La nomination des Mutessarifs pour un terme fixe; || 7. Le choix du Vali avec l'assentiment des Ambassadeurs; || 8. Le choix des Mutesarifs par le Vali; || 9. Le cantonnement des troupes dans les chefs-lieux et forteresses; || 10. La fixation par une autorité indépendante de la quote-part des contributions directes à être versée au Gouvernement Central; || 11. La prohibition à l'avenir de la colonisation des Circassiens. || Tous les Valis, Gouverneurs, Sous-Gouverneurs et Directeurs des Finances et tous les fonctionnaires en général, pourront être destitués par la Porte à sa discrétion. || Les arrêts des Conseils n'auront pas de force sans l'assentiment de la Porte. || C'est donc avec un profond regret que j'ai pris connaissance d'un contre-projet qui ne répond ni au respect dû aux Puissances ou à la dignité bien entendue de la Sublime Porte. || Les Plénipotentiaires Ottomans n'ont proposé aucune modification aux propositions faites par les Puissances. Ils ont simplement repoussé d'une manière absolue les principes essentiels qui les avaient inspirées. || Je prie MM. les Plénipotentiaires de la Sublime Porte de prendre en con-

sidération la grave situation de l'Empire et de songer que son sort est entre leurs mains. La responsabilité de leurs actes sera grande devant l'histoire. Les Puissances ont proposé les bases de pacification qu'elles ont jugé les plus aptes à assurer la paix de l'Europe et l'amélioration du sort des populations de l'Empire. C'est sur ces bases qu'elles sont prêtes à entrer en discussion avec les Représentants de la Sublime Porte."

Nr. 5659.
Konferenz-
protokoll.
1. Jan. 1877

Son Excellence Safvet-Pacha dit que les meilleures institutions sont celles qui conviennent aux mœurs, aux usages et aux traditions du pays. La Sublime Porte a examiné les projets présentés par les Puissances. Son Altesse le Grand-Vézir notamment, dont la capacité administrative est reconnue par tout le monde et qui a été Vali dans diverses provinces de l'Empire, les a attentivement étudiées. Le Gouvernement a modifié certaines dispositions, adopté celles qui convenaient à l'organisation générale du pays, et décliné celles qui semblaient donner lieu à des difficultés inextricables. Les populations elles-mêmes dont on veut améliorer le sort s'opposeraient à l'application de plusieurs des points proposés. Son Excellence ajoute qu'elle ne croyait pas que ces contre-propositions rencontreraient des difficultés de la part des Puissances. Elle fait remarquer que la Sublime Porte consentirait volontiers à employer des officiers étrangers dans sa gendarmerie pour l'organiser d'après le système Européen; mais employer à la demande des Gouvernements étrangers des troupes étrangères qui ne connaissent ni les habitudes, ni la langue du pays, serait à ses yeux un grand danger. S'il arrivait malheur à quelques uns de ces étrangers, l'Europe se soulèverait contre la Turquie et en rendrait responsable le Gouvernement. En ce qui concerne les Tribunaux, le principe d'inamovibilité est consacré par la Constitution, et ils offrent toutes les garanties voulues pour la justice. || *Le Comte de Chandordy* ayant fait observer que les Plénipotentiaires Ottomans n'expliquent pas comment seront organisés les Tribunaux, *leurs Excellences Safvet-Pacha* et *Edhem-Pacha* répondent qu'ils sont déjà organisés, mais que les modifications et améliorations à introduire ne peuvent être décidées que conformément à la Constitution et par les corps compétents, c'est-à-dire le Conseil d'Etat et la Chambre des Députés, qui se réunira au mois de Mars. Au surplus cinq Commissions ont été déjà nommées pour hâter l'élaboration des lois prévues par la Constitution, et ces lois pourraient être prêtes en peu de temps. || *Le Comte Zichy* demande si les paroles que vient de prononcer son Excellence *Safvet-Pacha* sont une réponse au discours de son Excellence le Marquis de Salisbury. || *Son Excellence Edhem-Pacha* ayant exprimé le désir d'avoir sous les yeux une copie de ce discours pour être à même d'y répondre, le Comte de Chandordy répond que les points qui y sont contenus sont développés dans les propositions des Puissances. *Le Comte Zichy* insiste dans le sens de sa précédente observation. Il prie les Plénipotentiaires Ottomans de prendre en considération que les paroles du Marquis de Salisbury sont l'expression de la pensée des six Puissances qui adhèrent toutes à ces déclarations. || *Leurs Excellences le Comte de Chandordy*

Nr. 5959.
Konferenz-
staaten.

1. Jan. 1877.

et le *Baron de Werther* disent qu'en effet ils partagent les appréciations de sa Seigneurie. || *Le Général Ignatiew* dit que les contre-propositions de la Sublime Porte sont contraires à la pensée des Plénipotentiaires. Quant à lui, d'après ses instructions, il regarde comme inadmissible tout projet qui s'écarte des bases posées par les Représentants des Puissances. || *Le Baron de Werther* ajoute que Lord Salisbury a exposé ces bases et que le projet de la Porte les passe sous silence. || *Son Excellence Edhem-Pacha* ayant rappelé que les points que la Sublime Porte considère comme contraires à ses droits ont été indiqués clairement dans une précédente séance, il est donné lecture d'un passage du II^me Protocole, d'où il résulte que ces points sont les suivants: — || 1. L'institution d'une Commission Internationale. || 2. L'introduction d'un corps de gendarmerie étrangère. || 3. Le cantonnement des troupes dans les forteresses. || 4. Le mode de nomination concernant les Gouverneurs. || 5. La division administrative. || 6. Les dispositions concernant les finances et la justice. || 7. Le déplacement en Asie des colonies Circassiennes. || 8. La mise de différentes localités sous l'administration de la Serbie et du Monténégro, etc., etc. || *Son Excellence Edhem-Pacha*, continuant ses observations, déclare que les Plénipotentiaires Ottomans n'ont pas même le pouvoir de discuter ces points, mais qu'ils sont prêts à discuter les autres. || *Son Excellence le Général Ignatiew* pense que si l'on écarte ces points, il n'y a en réalité plus rien à discuter. Quant à lui, faisant abstraction de ses propres sentiments, il a accepté le programme Européen, et il ne se regarde pas comme autorisé à discuter un projet qui s'en écarterait. || *Son Excellence le Comte de Chaudordy*, rappelant les points dont les Plénipotentiaires Ottomans refusent de s'occuper, et notamment les questions d'administration, de finances, de justice, de mode électoral et la nomination des Gouverneurs, est d'avis que dans ces conditions il n'y a point matière suffisante pour préparer un règlement pour les provinces. || *Son Excellence Safvet-Pacha* fait remarquer qu'en ce qui concerne les Gouverneurs, la Sublime Porte doit s'en référer à la Constitution, qui prévoit les cas de destitution. || *Son Excellence le Marquis de Salisbury*, après avoir donné lecture de l'Article de la Constitution auquel son Excellence Safvet-Pacha a fait allusion, fait observer que cet Article établit l'arbitraire. || *Le Comte de Chaudordy* partage cette opinion, et le *Baron de Werther* ajoute que, de plus, l'arbitraire se trouverait ainsi sanctionné par la Constitution. || *Son Excellence Edhem-Pacha* ayant constaté la difficulté de continuer la discussion dans ces termes, et se réservant de donner ultérieurement une réponse plus explicite, le *Comte de Bourgoing* et le *Comte Corti* demandent si cette observation constitue un refus positif ou un ajournement? || *Son Excellence Safvet-Pacha* dit que les points proposés seront soumis aux délibérations de la Sublime Porte. || *Son Excellence le Général Ignatiew*, rappelant la grave responsabilité qui pèse sur tous les Plénipotentiaires, insiste sur la question posée par le *Comte de Bourgoing* et le *Comte Corti*. || *Son Excellence le Marquis de Salisbury* suggère que la Conférence s'ajourne à Jeudi prochain.

Les Plénipotentiaires paraissent considérer l'ajournement comme opportun. *Son Excellence Edhem-Pacha* y donne son assentiment. || *Son Excellence Safvet-Pacha* demande si ce sont quelques points du contre-projet ou son ensemble que les Plénipotentiaires repoussent. || *Le Comte de Chaudordy* répond qu'il lui semble que ce contre-projet n'offre pas une base suffisante à la discussion. || *Son Excellence Safvet-Pacha* croit devoir rappeler que cependant sur plusieurs points et notamment au point de vue des affaires religieuses, les changements indiqués dans le contre-projet constituent un véritable progrès. Son Excellence cite divers cas où l'arbitraire des chefs des communautés qui invoquaient souvent le concours de l'autorité de la Sublime Porte pour la grave punition de faits très-minimes en eux-mêmes, se trouve tempéré par les nouvelles dispositions que le Gouvernement Ottoman a adoptées. || *Son Excellence le Comte de Bourgoing* ayant posé de nouveau la question de savoir si les Plénipotentiaires Ottomans intendent rejeter définitivement les propositions des Puissances ou les soumettre à un autre examen, son Excellence Safvet-Pacha répète que ces propositions seront soumises au Conseil des Ministres. | *Le Général Ignatiew* déclare de nouveau que les Plénipotentiaires ont tous des instructions décisives et que pour lui il a ordre de ne pas entrer dans l'examen d'un projet qui s'écarterait des bases proposées.

Nr. 5959.
Konferenz-
staaten.
1. Jan. 1877.

La séance est levée, et la prochaine réunion est fixée à Jeudi, 4 Janvier.

Safvet.	Chaudordy.
Edhem.	Salisbury.
Werther.	Henry Elliot.
Zichy.	L. Corti.
Calice.	N. Ignatiew.
F. de Bourgoing.	

Annexe au IV^e Protocole.

Article 1. Les Provinces (vilayets) seront divisées en arrondissements (sandjaks), les arrondissements en districts (cazas), les districts en cantons (nahiés) et les cantons en communes (keuys).

Art. 2. Chaque arrondissement sera divisé en autant de cantons qu'il contiendra des villages ayant une population de 5,000 à 10,000 âmes. Tous ces cantons relèveront du chef-lieu du district où ils sont situés. || Il y aura dans chaque commune un Conseil des Anciens élus par la population, de même que dans chaque canton il y aura un Conseil dont les membres seront également élus par les habitants. Les membres de ces Conseils seront changés chaque quatre ans, et leur nombre ne sera pas moins de six et plus de douze.

Art. 3. Ce point se rapporte aux dispositions précédentes.

Art. 4. Le Conseil Cantonal désignera par voie d'élection et pour la

Nr. 5059.
Konferenz-
staaten.
1. Jan. 1877.

durée de quatre ans un de ses membres comme Président de ce Conseil. Ce Président sera chargé des fonctions de Mudir.

Art. 5. Le Conseil Cantonal et le Mudir seront placés sous la surveillance et la direction du Gouverneur de l'arrondissement. Tout en ayant les attributions afférentes au Conseil des Anciens, ce Conseil et ce Mudir auront à pourvoir à l'exécution des décisions rendues par le Conseil des Anciens, à procéder aux élections, à la répartition des travaux concernant la construction des routes et des ponts, et à remplir les fonctions de juge de paix dans les affaires civiles. Ils sont également chargés des affaires de police, de sécurité publique et de la répartition et de la perception des redevances dues à l'Etat. || Le Conseil Cantonal se réunira une fois par mois. Deux de ses membres seront désignés comme adjoints du Mudir.

Art. 6. Ce point se rattachant aux élections générales sera réglé en conséquence.

Art. 7. L'administration municipale des villes et bourgs ayant une population audessus de 5,000 âmes sera calquée sur l'organisation des Conseils Cantonnaux.

Art. 8. Le Gouvernement Impérial nomme dans chaque district (caza) un Sous-Gouverneur; le Gouverneur-Général de la Province le choisira indistinctement parmi les sujets Ottomans en tenant compte des convenances locales et des aptitudes de la population.

Art. 9. Les Sous-Gouverneurs relèveront des Gouverneurs et ces derniers des Gouverneurs-Généraux. Les uns et les autres seront chargés de l'exécution des lois et règlements de l'Empire et de l'expédition des affaires d'Etat. || En outre et pour assister les Sous-Gouverneurs, Gouverneurs et Gouverneurs-Généraux, il sera formé des Conseils d'Administration composés: ceux des Sous-Gouverneurs, de trois membres; et ceux pour les Gouverneurs et les Gouverneurs-Généraux, de quatre membres. || La composition et la formation de ces Conseils seront conformes aux dispositions de la loi sur les vilayets. Quant au mode de l'élection des membres de ces Conseils, il sera conforme aux dispositions des Articles 66 et 109 de la Constitution.

Art. 10. Les fonctionnaires supérieurs, tels que les Gouverneurs-Généraux des provinces (vilayets), les Gouverneurs des districts, les adjoints, les Secrétaires-Généraux et les Directeurs des Finances (defterdars) seront nommés par le Gouvernement Impérial. Ils seront rétribués en proportion de leurs besoins.

Art. 11. Les adjoints des Gouverneurs-Généraux ou Gouverneurs Musulmans seront Chrétiens, et les adjoints des Gouverneurs-Généraux ou Gouverneurs Chrétiens seront Musulmans. Ces adjoints auront la présidence des Conseils d'Administration des Provinces, et seront chargés de la gérance des affaires en l'absence des Gouverneurs-Généraux ou Gouverneurs.

Art. 12. La destitution ou le changement du Gouverneur-Général, du Gouverneur, de l'adjoint, du Sous-Gouverneur et de tous les autres fonctionnaires en général, aura lieu suivant les dispositions de l'Article 39 de la Con-

stitution. Le jugement du Gouverneur-Général et des autres fonctionnaires de la première catégorie, est du ressort de la section judiciaire du Conseil d'Etat. Quant aux autres fonctionnaires, tels que Gouverneurs, adjoints et Secrétaires-Généraux, s'ils se rendent coupables d'actes qui motivent d'après la Constitution leur destitution, le Gouverneur-Général doit les suspendre de leurs fonctions pour un terme de trois mois, et il en référera à la Sublime Porte pour leur changement. Le Conseil-Général qui, indépendamment du Conseil d'Administration se trouvant sous la dépendance du Gouverneur-Général, doit se réunir chaque année au chef-lieu de chaque vilayet, et dont la session durera quarante jours, doit se former d'après l'Article 26 de la Loi sur les Vilayets. L'élection des membres de ce Conseil-Général sera conforme à l'Article 109 de la Constitution. Les attributions de ce Conseil-Général sont déterminées dans l'Article 110 de la Constitution.

Nr. 5850.
Konferenz-
staaten.
1. Jan. 1877.

Art. 13 et 14. Les élections qui font l'objet de ces Articles auront lieu conformément aux termes de la Constitution. Le Mufti, les chefs religieux des communautés Chrétiennes et Israélite, siégeront de droit avec les membres élus dans les Conseils d'Administration des districts, arrondissements et vilayets.

Art. 15. Les membres du Conseil d'Administration ne jouissent pas d'émoluments.

Art. 16. Dans les affaires qui ne tombent pas sous l'application des lois et des règlements, le Gouverneur en référera au Gouverneur-Général, après délibération du Conseil d'Administration. Pour les cas analogues au chef-lieu du vilayet, le Gouverneur-Général, après délibération du Conseil d'Administration de sa résidence, en référera à la Sublime Porte. Dans les cas extraordinaires les Gouverneurs et les Gouverneurs-Généraux sont autorisés à s'adresser directement, les premiers aux Gouverneurs Généraux, et les derniers à la Sublime Porte.

Art. 17. L'examen et le contrôle du Budget du vilayet, l'assiette et la répartition de l'impôt incombent au Conseil-Général du Vilayet. Les mesures arrêtés sous ce double rapport ne seront exécutoires que sur un vote de la Chambre des Députés, revêtu de la sanction souveraine.

Art. 18. L'impôt militaire consiste dans la contribution, à laquelle les sujets Ottomans appartenant aux cultes Chrétiens et Israélite doivent se soumettre, en attendant leur participation effective à la conscription militaire. Il convient d'opter entre la décision précédemment adoptée d'après laquelle les hommes, âgés de quinze à soixante ans, seront passibles de cet impôt, et le principe énoncé dans ce document, principe qui n'assujettit à cet impôt que les hommes âgés de vingt à quarante-cinq ans réunissant les conditions physiques requises pour le service militaire. || Pour ce qui est de la remise des arriérés qui vont jusqu'au moi de Janvier de l'exercice 1277, cette mesure est admissible suivant les conditions des localités éprouvées; mais il n'y a aucune nécessité d'en généraliser l'application.

Art. 19. Les revenus des contributions indirectes, de postes et de télé-

Nr. 5959.
Konferenz-
staaten.
1. Jan. 1877.

graphes, ainsi que les droits de tabac, de boissons et de régie dans les provinces reviennent aux administrations respectives établies dans la capitale.

Art. 20. Le système d'affermage sera supprimé. La taxe sera perçue conformément à la décision à prendre par le Gouvernement Impérial et sur les bases à arrêter par le Conseil-Général et les Conseils Cantonnaux. || La suppression des dîmes et leur conversion en un impôt foncier sont également arrêtées en principe. Toutefois l'exécution de ce projet est réservée au vote que la Chambre des Députés aura à émettre après consultation de l'opinion publique dans chaque vilayet.

Art. 21. Le Gouverneur-Général et le Conseil-Général du vilayet fixeront d'un commun accord la partie des revenus publics qui sera affectée aux besoins locaux, calculée sur la moyenne de ces revenus pour une période décennale et établie selon le degré de prospérité du pays. Le Budget sera élaboré en conséquence et soumis à la Chambre des Députés.

Art. 22. Les taxes, réparties par les soins des agents cantonnaux, sont perçues aux échéances mensuelles fixées d'après la loi des vilayets, par l'entremise des collecteurs et des mukhtars des communes, et versées dans la caisse des districts.

Art. 23. Les agents cantonnaux, les collecteurs et les zaptiés ne pourront pas disposer des impôts perçus. Leurs émoluments seront payés par les caisses des districts.

Art. 24. Les revenus des districts et les revenus cantonnaux qui y sont réunies seront expédiés à la caisse du chef-lieu après déduction des frais fixes. Il en sera de même du chef-lieu qui, déduction faite des frais fixes et ordinaires, remettra le reste à la destination indiquée par le Ministre des Finances.

Art. 25, 26, 27. Comme, aux termes des Articles 81—92 de la Constitution, des règlements spéciaux seront élaborés pour les Tribunaux sur des bases plus larges que les présentes dispositions, la mise à exécution de ces règlements assurera le but qu'on se propose.

Art. 28. L'examen des affaires litigieuses relatives aux questions de culte de différentes communautés sera exclusivement du ressort de leurs autorités religieuses, qui en décideront d'après leurs règlements spéciaux. Ces décisions ne seront exécutoires que tout autant qu'elles ne seront pas contraires aux principes de la Constitution.

Art. 29. La liberté de conscience vient de recevoir une nouvelle consécration par l'Article 11 de la Constitution. Les fondations religieuses et les écoles publiques appartenant aux différentes communautés seront régies par ces communautés conformément aux dispositions de l'Article 111 de la Constitution.

Art. 30. Le principe d'après lequel on n'est admis de changer de religion qu'à l'âge de 18 ans pour le sexe masculin et de 16 pour le sexe féminin est rationnel et répond d'ailleurs à ce que se pratique actuellement. || Toutefois il serait contraire à l'Article 9 de la Constitution, qui garantit la

liberté individuelle, de laisser les convertis pendant une semaine auprès des chefs religieux des communautés dont ils font partie.

Art. 31. Plusieurs Hatts Impériaux ont garanti soit la construction sans entraves des édifices religieux, soit le libre exercice du culte. Ces dispositions, actuellement en vigueur, sont également confirmées par la Constitution.

Art. 32. Les Conseils de Vilayet et de Canton sont spécialement chargés de la création et de l'administration des écoles, ainsi que du développement de l'instruction publique. || Les Articles 15 et 16 de la Constitution contiennent d'ailleurs les dispositions nécessaires en ce qui concerne l'instruction publique, à laquelle le Gouvernement Impérial attache la plus grande importance.

Art. 33 et 34. Si par l'usage de la langue du pays devant les tribunaux, les départements administratifs et les autorités on voulait entendre considérer ces langues comme officielles, ce serait là une violation des dispositions de la Constitution.

Art. 35, 36, 37 et 39. Il serait absolument impossible d'accepter ces quatre points, fussent-ils mêmes modifiés ou amendés.

Art. 38. Les individus arrêtés sous l'inculpation d'avoir participé à l'insurrection à Roustchouk, à Tirnovo, à Sofia, à Philippopoli et à Andrinople, ont été jugés publiquement devant les Cours extraordinaires formées par le Gouvernement. || Ils ont subi leur peine conformément à la loi, après une procédure en règle qui a réuni à leur charge toutes les preuves morales et matérielles résultant de leurs aveux, des enquêtes et des pièces de conviction. Les Présidents de ces Cours et les Juges Instructeurs étaient choisis parmi les personnes possédant les connaissances juridiques nécessaires et une longue expérience des affaires criminelles. Les audiences ont été publiques; tous ceux qui y ont assisté peuvent confirmer qu'aucun individu n'a été condamné à la déportation sans un jugement préalable ni puni sans avoir été convaincu de crime ou de délit.

Nr. 5960.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Lord Derby ist gegen Verlegung der Konferenz an einen andern Ort.

Foreign Office, January 3, 1877.

My Lord, — The French Ambassador called upon me this afternoon wishing to know, on behalf of his Government, what answer I was prepared to give to the proposal put forward by Italy, that in the event of Turkey refusing the proposals of the Conference the Representatives should not separate, but leave Constantinople and hold their meetings in some place outside

Nr. 5959.
Konferenz-
staaten.
1. Jan. 1877.

Nr. 5960.
Gross-
britannien.
3. Jan. 1877.

Nr. 5960. the Turkish dominions. || I said, that I had not heard the idea discussed until
 Gross- yesterday, nor did I know what was likely to be thought of it by the Powers
 britannien. generally. I could, therefore, express only a personal opinion; but to me the
 3. Jan. 1877. proposal appeared open to grave objections, and attended by no single ad-
 vantage. Her Majesty's Government, I said, had from the first objected to
 a Conference sitting on Turkish affairs in which a Representative of the Porte
 should not be present. Nor was it clear what the new, or revived, Conference
 was to do. It was not to bring about an agreement among the Powers, for
 they were agreed already; it was not to coerce the Porte, for the use of
 coercive measures had been expressly disclaimed by England. What, then,
 was to be the result of its meetings? I added, as a third reason against the
 scheme, that the English Representative at the Conference was a member of
 the Cabinet and the Head of an important public Department, and that his
 absence from England could not be unduly prolonged. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5961.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Marquis of Salisbury und Sir H. Elliot. — Mittheilung über eine Unterredung mit dem türkischen Specialgesandten Odian-Effendi.

Foreign Office, January 4, 1877.

Nr. 5961. My Lord and Sir, — The Turkish Ambassador called upon me this after-
 Gross- noon, and presented to me Odian-Effendi, who has arrived in England on a
 britannien. Special Mission from the Porte, and who delivered to me a letter from Midhat-
 4. Jan. 1877. Pasha, of which I inclose a copy herewith. || Odian-Effendi addressed me at
 considerable length, recapitulating the history of the recent events, and stating
 the reasons which had compelled the Turkish Government to reject the pro-
 posals made in Conference by the Plenipotentiaries of the six Powers. || I said,
 that I would not enter into argument upon the subject, as it was in discussion
 at Constantinople. I would, however, allow myself to express the regret felt
 by Her Majesty's Government, that the Porte seemed disposed to reject ab-
 solutely the essential portions of the proposals, instead of taking them as a
 basis of discussion, in which case modifications and compromises might perhaps
 be possible. || Odian-Effendi observed, that it was not so much to the reforms
 proposed that his Government objected, as to the guarantees demanded for
 their execution. || I replied, that I could well understand that such guarantees
 might be distasteful to the Turkish Ministers and people. It must, however,
 be borne in mind, that the promises made by the Porte during the last twenty
 years as regards internal reforms had been, to say the least, very incompletely

fulfilled and that many of the measures actually decreed had practically remained a dead letter. This may doubtless have been owing, in a greater or less degree, to the shortcomings of the late Sultan and of former Grand-Viziers. || At the same time it could scarcely be considered unreasonable, that the Powers on the present occasion should ask for and expect some better security than a mere promise like those which had previously proved so futile. I added, that I was ready to make two admissions. I believed, that Midhat-Pasha was sincerely desirous of introducing real reforms in the administration of the Empire, and I saw that his position and that of the new Sultan in face of the demands of the Powers, and called upon at the same time to deal with an excited feeling among the Mussulman subjects of the Empire, was a painful and difficult one. I would, however, beg him to recollect, that the object of Her Majesty's Government in proposing and going into the Conference had been to find a means for averting the contingency, which otherwise appeared inevitable, of a war between Russia and Turkey. It was for the Porte to consider whether it was not in the interest of Turkey to make the proposed concessions in order to avoid such an eventuality. || To this both Musurus-Pasha and Odian-Effendi replied, that the Sultan and his advisers must submit to the will of Providence; that, if the result of a contest were to their disadvantage, they must take the consequences, but that they could not assent to terms which they considered dishonourable without a struggle; that Turkey had now 600,000 men under arms, and that they were not afraid to face a campaign with Russia if it became necessary. || I could only answer, that this was a matter of which the Porte was the best judge, but that, having joined with the rest of the Powers in pressing upon the Turkish Government certain proposals which we considered reasonable, I could not encourage them to expect that Her Majesty's Government would now abandon them, or separate their action in regard to the matter from the collective course taken by the rest of the Powers. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5962.

KONFERENZSTAATEN. — Konstantinopeler Konferenz. — Vème Protocole. — Séance du 19 Zilhidjé, 1293 (²³ Décembre, 1876).
(⁴ Janvier, 1877).

Présents: etc. etc.

La séance est ouverte à une heure et demie; le Protocole de la quatrième séance est lu et adopté.

Son Excellence Safvet-Pacha dit qu'il est prêt à exposer les motifs pour lesquels le Gouvernement Ottoman croit devoir décliner les propositions qui

Nr. 5961.
Gross-
britannien.
4. Jan. 1877.

Nr. 5962.
Konferenz-
staaten.
4. Jan. 1877.

Nr. 5962.
Konferenz-
staaten.
4. Jan. 1877.

avaient été spécialement signalées dans les séances précédentes. Ces explications ne pourroient que faciliter la discussion. Son Excellence s'exprime ensuite dans les termes suivants: — || Après avoir communiqué à MM. les Membres de la Conférence le contre-projet de la Sublime Porte, les Plénipotentiaires Ottomans se sont fait un devoir d'établir que, en dehors des propositions des Puissances qui, convenablement amendées et mises en harmonie avec les institutions fondamentales de l'Empire, leur semblaient de nature à être acceptées, il y en avait d'autres sur lesquelles ils ne pouvaient même entrer en discussion. || Afin, cependant, que la Conférence ne pense pas qu'en s'exprimant ainsi les Plénipotentiaires Ottomans ont eu l'idée de refuser de faire connaître les raisons de leur opposition, ils s'empressent aujourd'hui de donner des explications sur chacun de ces points. || La Commission Internationale ou de Surveillance aurait dans ses attributions: — || 1^o. De fixer les questions relatives aux intérêts du canton qui seront de la compétence des Conseils de Canton; || 2^o. De trouver une combinaison pouvant assurer dans les cantons la représentation des minorités; || 3^o. De déterminer une somme n'excédant pas 30 pour cent des revenus de la Province, qui sera versée dans les succursales de la Banque Ottomane; || 4^o. D'élaborer un règlement de justice spécial; || 5^o. De veiller à l'exécution du règlement; || 6^o. De prendre part à l'enquête sur les fauteurs des massacres et autres excès, rechercher les coupables, &c., réviser les sentences prononcées contre les Chrétiens; || 7^o. De régler le port des armes et de prendre les mesures de police nécessaires pour assurer la sécurité des habitants au moyen de la gendarmerie étrangère; || 8^o. D'estimer les pertes subies par les Chrétiens et de déterminer la façon dont ils pourraient être indemnisés, de reconstruire les églises détruites, &c.; || 9^o. De mettre les paysans à même de se rendre propriétaires; || 10^o. De surveiller et exécuter tout ce qui se rapporte à la rentrée des émigrés dans leurs foyers; || 11^o. D'examiner les plaintes portées contre les autorités, et proposer leur révocation, &c. || 12^o. De tracer sur place les limites de la Province et les divisions des cantons et des départements. || 13^o. D'élaborer un programme détaillé de l'oeuvre dont elle est chargée. || La simple énumération des attributions de la Commission Internationale suffit pour montrer que son institution équivaut à la suspension de toute action du Gouvernement Impérial sur la Bosnie aussi bien que sur les deux Vilayets, Oriental et Occidental. Evidemment cette substitution d'une autorité internationale à l'autorité légitime, et cette annulation de l'autorité et de l'indépendance souveraines, contraire aux stipulations du Traité de Paris, ne sauraient rentrer dans le programme Anglais, et le Gouvernement Ottoman, de son côté, n'y saurait donner son assentiment à aucun titre et de quelque manière qu'elle soit modifiée. || *Gendarmerie Etrangère.* Le Gouvernement Ottoman ne se refuse pas à tirer profit des connaissances spéciales que pourraient apporter des officiers instructeurs étrangers. || Le recours aux lumières et à l'expérience de pays plus avancés entre même dans ses intentions. **Mais**

l'introduction d'un corps militaire étranger, à la suite d'engagements qu'il serait obligé de prendre envers des Gouvernements étrangers, serait une mesure aussi préjudiciable qu'attentatoire aux droits souverains ainsi qu'à la dignité du Gouvernement Impérial. || Nous ne pouvons pas nous expliquer les motifs qui ont déterminé MM. les Plénipotentiaires des Grandes Puissances à proposer l'introduction et l'emploi d'un corps de gendarmerie étrangère dans le pays. Si l'adoption de cette mesure a pour but le rétablissement de l'ordre et de la tranquillité, la Sublime Porte y voit un devoir qu'elle remplirait avec d'autant plus d'empressement qu'elle est plus intéressée que tout autre à assurer l'ordre et la paix dans les Provinces dont on se propose d'améliorer le sort. Cette mesure aurait trouvé sa justification s'il s'agissait de mesures dont l'application répugnerait aux troupes indigènes ou choquerait leurs sentiments religieux; tandis que nous ne voudrions admettre dans les mesures qui seront appliquées dans les dites provinces rien qui puisse donner lieu à une résistance quelconque de la part des habitants Musulmans ou Chrétiens du pays, qui accueilleraient avec reconnaissance toutes dispositions adoptées par le Gouvernement dans le but d'améliorer leur sort. Si les Plénipotentiaires des Puissances ont en vue l'organisation de la gendarmerie Ottomane à l'instar de celles des Gouvernements Européens, la Sublime Porte, qui reconnaît elle-même la défectuosité de l'organisation de sa police, ne demanderait pas mieux que de la voir organisée sur le même pied, et elle est toute disposée à engager des officiers instructeurs de la gendarmerie étrangère pour faire organiser la sienne, ce que pourrait se faire en peu de temps. L'introduction d'un corps de 4000 à 5000 hommes de troupes étrangères dans les trois provinces, afin d'y rétablir l'ordre et la tranquillité, ne manquerait pas d'y produire le résultat contraire. || Ces troupes, ne sachant pas un mot des différentes langues usitées dans le pays, et ne connaissant ni les localités, ni les lois, ni les moeurs, ni les habitudes des populations, au milieu desquelles elles se trouveraient, irriteraient les esprits et, au lieu de servir d'élément d'apaisement, multiplieraient les embarras existants, provoqueraient des rixes, &c. On ne peut réellement prévoir les conséquences graves que cette confusion pourrait amener. S'il arrivait, par malheur, car il faudrait songer à tout s'agissant d'une mesure aussi extraordinaire, que ces gendarmes étrangers fussent l'objet d'actes d'ini-mitié ou de vengeance de la part des populations indigènes, on ne manquerait pas de rejeter sur le Gouvernement Impérial la responsabilité de ces actes odieux, et c'est là une responsabilité que le Gouvernement doit décliner d'assumer dès maintenant. || D'ailleurs, dans le programme Anglais, il n'était nullement question de gendarmes étrangers. *Division Administrative.* Les Plénipotentiaires Ottomans ont vainement demandé à la Conférence les raisons qui motivaient la dislocation de la circonscription administrative existante pour aboutir à la formation des deux Vilayets Oriental et Occidental proposés. Ils ont établi qu'il n'y avait aucune connexité entre la division administrative actuellement en vigueur et les troubles survenus, et ils ont signalé que, dès

Nr. 5962.
Konferenz-
staaten.
4. Jan. 1877.

lors, cette partie du travail dépassait les limites assignées au programme Anglais. Comme la Conférence s'est abstenue de donner les raisons qui avaient dicté cette nouvelle répartition, on se bornera ici à signaler le grave inconvénient qui résulterait du groupement indiqué dans le projet qui porte en tête : 'Règlement pour la Bulgarie.' MM. les Plénipotentiaires des six Puissances ont déclaré que le titre placé en tête de cette partie du travail ne tirait pas à conséquence. || Cependant il ressort évidemment de la lecture du premier article de ce règlement que le résultat de la répartition proposée n'est autre que de réunir en deux vilayets tous les Bulgares répandus dans la Turquie d'Europe, afin de constituer deux grandes divisions administratives où l'élément Bulgare dominera exclusivement. Une telle proposition ne saurait être acceptée par le Gouvernement Impérial au moment même où la proclamation d'une nouvelle Constitution vise directement à faire disparaître, au moins dans la sphère gouvernementale, les divisions ethnologiques qui ont déjà causé tant de malheurs à ce pays. || Les Plénipotentiaires Ottomans ont déjà fait observer que les populations ne se prêteraient nullement à ce remaniement de la division administrative, et que de ce côté-là on devrait s'attendre à une opposition insurmontable. Indépendamment de ce qui concerne la population Musulmane, établie dans les sandjaks et cazas dont on voudrait composer les deux vilayets, indépendamment encore des inconvénients très-graves que présenterait pour la population Bulgare Chrétienne la formation d'un vilayet qui s'étendrait de Viddin aux portes de Salonique, on appellera l'attention de la Conférence sur cette autre circonstance que la division proposée par elle englobe dans les vilayets où l'élément Bulgare dominera exclusivement des parties de territoires habités par une population Grecque. || Il est vrai que le règlement pense avoir suffisamment obvié à cet inconvénient en stipulant que dans les districts où domine l'élément Grec, la langue de l'administration cantonale sera le Grec. Cependant cette circonstance montre assez que sous le rapport ethnologique de la population Chrétienne, le travail de la Conférence n'est pas conséquent avec l'idée même qui aurait semblé pouvoir être invoquée en sa faveur. Pour quiconque connaît le pays, il n'y a pas de doute que la formation de ces vilayets provoquerait sur plusieurs points entre l'élément Chrétien Grec et l'élément Chrétien Bulgare une lutte acharnée. Dès lors le Gouvernement Impérial est justifié à repousser la division proposée:—1, comme étant en dehors des limites du programme; 2, comme tendant à consacrer administrativement et officiellement le principe des divisions par races, principe inconciliable avec la Constitution; 3, comme devant provoquer infailliblement une lutte ardente entre l'élément Musulman et Chrétien, d'une part, et entre l'élément Bulgare et Grec, d'autre part. || *Cantonnement des Troupes Régulières.* En Turquie comme partout ailleurs, les forces militaires régulières sont logées en temps ordinaire dans les villes principales et les forteresses. || Mais le Gouvernement Impérial ne saurait accepter d'arrêter que ses troupes ne pourront quitter leurs cantonnements qu'en cas de guerre extérieur ou sur l'invitation

du Gouverneur-Général. Une pareille stipulation ne saurait évidemment rentrer dans le programme Anglais. Le Gouvernement pense que le Gouverneur-Général doit être placé sous les ordres de l'Administration Centrale.] Il ne saurait donc admettre que ce soit à ce Gouverneur-Général à prescrire à son Souverain qui, d'après la Constitution, a le commandement suprême des forces militaires de l'Empire, les cas dans lesquels il pourrait faire quitter aux troupes leurs cantonnements ordinaires. Il ne saurait se réduire au rôle de Puissance simplement auxiliaire ou alliée, ou de protectrice obligée du Gouverneur-Général. || *Dispositions relatives aux Finances.* Le programme Anglais, entendu dans son sens le plus étendu, et la note du Comte Andrassy, telle qu'elle a été acceptée par la Sublime Porte, ne sauraient autoriser cette limitation de 30 pour cent qui se trouve consignée dans les propositions de MM. les Plénipotentiaires des six Puissances. Indépendamment du chiffre même de 30 pour cent, l'adoption en principe d'un pareil système de contribution encouragerait infailliblement des vellétés autonomiques dont il est aisé de prévoir les conséquences. Le Budget général de l'Empire est entre les mains du Gouvernement et de la Chambre des Députés. Pratiquement donc la proposition de MM. les Plénipotentiaires équivaldrait, ainsi que cela résulte de la combinaison des divers paragraphes des différents articles de ces projets, à l'annulation de la prérogative la plus essentielle de la Chambre et du pouvoir souverain. Elle constituerait en outre un privilège exclusif et par conséquent injuste pour certaines provinces de l'Empire. Elle détruit ce principe fondamental que chacun doit contribuer également aux charges de l'Etat dans la mesure exacte de ses facultés. | *Dispositions concernant la Justice.* Le projet veut qu'un règlement pour la justice soit élaboré par la Commission Internationale spécialement pour ces provinces; que le pouvoir judiciaire supérieur soit concentré dans les mains d'une Cour d'Appel siégeant dans le chef-lieu du vilayet, dont tous les membres, ainsi que le Président, seront nommés par la Sublime Porte avec l'assentiment des Puissances Garantes; que pendant trois ans tous les Juges des Tribunaux de Première Instance puissent être changés ou remplacés, et que au bout de trois ans les Juges puissent être confirmés et rendus inamovibles sur la décision de la Cour d'Appel.] Les Puissances amies connaissent les efforts que le Gouvernement Impérial s'est imposé dans le but d'améliorer la codification de ses lois. Les réformes si importantes qui ont été réalisées dans ces derniers temps sont indiscutables. Un chapitre spécial de la Constitution a proclamé le principe de l'inamovibilité; il a prescrit de combler les lacunes existantes dans les codes de procédure et applicables dans toutes les parties de l'Empire; le Gouvernement considère comme son premier devoir d'assurer un système de justice pouvant offrir toutes les garanties désirables. Mais il ne saurait admettre de règlements de justice spéciaux à telle ou telle province; il ne saurait admettre que ces règlements soient élaborés par d'autres que par les autorités compétentes indiquées dans la Constitution; pas plus que l'indépendance absolue des

Nr. 5962. *Konferenz-*
staaten. Cours d'Appel de certaines provinces, ni la nomination des magistrats avec
 4. Jan. 1877. l'assentiment des Puissances, ni la constitution de ces Cours d'Appel en arbi-
 tres suprêmes de l'application du principe de l'inamovibilité. Le programme
 Anglais avait en vue les moyens d'empêcher des actes d'autorité arbitraire.
 Le moyen de réprimer l'arbitraire, c'est évidemment l'institution de bons tri-
 bunaux. Le Gouvernement Ottoman accepte pleinement l'engagement de satis-
 faire à cette partie du programme déjà adopté. Mais les parties du travail
 de MM. les Plénipotentiaires consacrées à la justice ont bien moins en vue
 de signaler les lacunes du système judiciaire actuellement existant et de faci-
 liter la discussion des moyens dont ces lacunes pourraient être remplies, que
 d'organiser une justice extraordinaire spéciale à quelques provinces et com-
 plètement indépendante du Ministère de la Justice à Constantinople. Par là,
 les propositions de MM. les Plénipotentiaires dépassent les limites du pro-
 gramme Anglais, et les Plénipotentiaires Ottomans ne sauraient accepter une
 discussion dont le principe même tend à détruire par la base les espérances
 que le Gouvernement Ottoman fonde à si juste titre sur l'influence que ne peut
 manquer d'exercer l'unité de législation et de justice en ce qui concerne le
 sentiment de solidarité qui doit unir les différentes populations de l'Empire.

Nomination et attributions des Gouverneurs-Généraux et des Gouverneurs.
 D'après le travail de MM. les Plénipotentiaires, le Gouverneur - Général pour
 les Vilayets Occidental et Oriental doit être Chrétien, sujet Ottoman ou étranger.
 En cas de mort ou de suspension, il ne peut être remplacé que par un des
 Gouverneurs Chrétiens. || Le Vali de Bosnie, aussi bien que les Valis des deux
 Vilayets Occidental et Oriental, sera nommé pour un terme de cinq ans avec
 l'assentiment des Puissances Garantes. || Il ne pourra être destitué que par
 arrêt de la Cour d'Appel après avoir été mis en jugement. || Dans tous les
 cas dépassant l'exécution pure et simple des dispositions légales et réglemen-
 taires, il prendra l'avis du Conseil Administratif, &c. || Il fixe avec l'Assemblée
 Provinciale, tous les cinq ans, le budget des recettes de la Province, en vue
 de déterminer les sommes à remettre à la Sublime Porte. || Il présente à la
 Sublime Porte les Mutessarifs ou Caïmacams à nommer pour un terme de
 quatre ans. || Il suspend ces mêmes Mutessarifs ou Caïmacams ainsi nommés
 et propose à la Sublime Porte leur révocation, &c. || Il est évident que l'idée
 que dans cette partie du travail on a été amené à se faire du Vali et de ses
 attributions diffère essentiellement de celle qui résulte des dispositions con-
 tenues à cet effet dans les lois de l'Empire relatives à l'organisation des vilayets.
 Le Vali n'est plus le premier fonctionnaire et le représentant du Gouverne-
 ment central en province, mais bien une puissance indépendante qui donne
 l'impulsion au mécanisme administratif au lieu de suivre celle que le Ministère
 de l'Intérieur juge nécessaire de lui imprimer. || Il est inutile de s'arrêter à
 la clause qui ferait même d'un étranger, d'un inconnu, d'une personne qui, dans
 tous les cas, échappe au contrôle direct du Gouvernement qu'il représente, le
 Vali de provinces entières. || Le Gouvernement considère également comme in-

acceptable la clause qui rend obligatoire pour lui de s'assurer de l'assentiment des Puissances Garantes pour la nomination du Vali. De fait elle équivaldrait à l'annulation du pouvoir de Sa Majesté sur ces provinces. Chaque nomination de Vali deviendrait ainsi une question diplomatique et, en cas de désaccord, la Porte risquerait de laisser ses provinces sans Gouverneurs. || La fixation de la durée de ses fonctions aurait de moindres inconvénients. Le Gouvernement Impérial ne reconnaît que trop les graves inconvénients que la fréquence des changements de Valis a eus pendant le régime déchu. L'expérience sur ce point a été on ne peut plus convaincante. Il y a évidemment des avantages incontestables à laisser en place aussi longtemps que possible un haut fonctionnaire qui connaît et remplit ses devoirs. || Des dispositions spéciales de la Constitution entourent désormais le Vali de toutes les garanties qu'on peut désirer pour empêcher des destitutions qui ne s'imposeraient pas au Gouvernement Impérial comme inévitables. || L'Article 39 de la Constitution porte que tout fonctionnaire nommé dans les conditions fixées par les règlements ne pourra être révoqué ou changé s'il n'est pas prouvé que sa conduite justifie légalement sa révocation, s'il n'a pas donné sa démission, ou bien encore si sa révocation ne devient pas une nécessité inévitable pour le Gouvernement Impérial („vé yahod devletdjé bir sébébi zarouri gueurulmedikdjé“). La pensée du Gouvernement se rencontre sur ce point avec celle de MM. le Plénipotentiaires. Elle la dépasse même puisqu'aucune limite n'est assignée à la durée des fonctions du Vali. L'Article qui veut que le Vali ne puisse être destitué que par un arrêt de la Cour après avoir été mis en jugement ne saurait garantir ni la dignité, ni les intérêts de la Sublime Porte. L'incapacité, les mauvaises intentions, l'incurie, &c., ne sauraient tomber sous l'appréciation du pouvoir judiciaire, et pourtant elles suffiraient pour paralyser l'action administrative et pour amener les conséquences les plus fâcheuses. Que des actes de concussion ou de fraude de la part du Vali soient déférés à l'autorité judiciaire, cela se comprend; encore faudrait-il que cette autorité ne fût pas un pouvoir provincial où les passions et les influences locales jouent un grand rôle, mais une autorité supérieure comme, par exemple, la section du Conseil d'Etat qui actuellement connaît des plaintes de ce genre portées contre les Gouverneurs-Généraux: mais le Gouvernement ne saurait accepter une clause qui le mettrait pendant des années ou bien dans l'impossibilité de se défaire d'un Gouverneur-Général qui serait devenu un obstacle à la bonne marche de l'administration ou bien dans la nécessité de comparaître devant une Cour de province comme plaignant pour demander contre le Gouverneur-Général destitution par arrêt. || Quant à ce qui concerne la religion du Gouverneur-Général, la Sublime Porte ne voit aucun inconvénient à ce qu'il puisse être Chrétien. Mais elle ne saurait s'engager à ce qu'il ne soit pas Musulman. Si par le mot de Chrétien, on a voulu désigner un non-Musulman, la Sublime Porte ne voit pas pourquoi un Catholique, ou un Arménien aurait plus de titres à être placé à la tête d'une province qui ne contient ni Catholiques, ni

Nr. 5962.
Konferenz-
staaten.
4. Jan. 1877.

Arméniens, qu'un Musulman qui compte dans la province un grand nombre de co-réligionnaires. Que si, au contraire, par le terme de Chrétien on a entendu parler d'un Chrétien Orthodoxe, les Plénipotentiaires Ottomans répètent que leur Gouvernement ne peut avoir aucune objection à ce qu'un sujet Orthodoxe de Sa Majesté parvienne au poste de Vali; ce qu'ils repoussent c'est l'incapacité dont seraient frappés à cet égard les Musulmans; ce sont les réclamations que la consécration d'un pareil principe pour une partie notable de l'Empire ferait naître dans toutes les autres; c'est enfin la violation de ce principe, de cette idée fondamentale de la nouvelle Constitution, que la religion ne constitue par elle-même ni une condition de supériorité ni une condition d'infériorité ou d'incapacité. || Le mode de nomination ou de destitution des Mutessarifs et des Caïmacams fait de ces fonctionnaires des employés du Gouverneur - Général plutôt que des fonctionnaires du Gouvernement. || Et lorsqu'on prend en considération l'ensemble des dispositions contenues dans le travail de MM. les Plénipotentiaires des six Puissances, on ne peut s'empêcher de faire remarquer, ainsi qu'on l'a dit plus haut, que dans la pratique le Vali, tel qu'il y est défini, serait non-seulement presque complètement délié de toute subordination envers le Gouvernement central, mais qu'il serait aussi investi d'un pouvoir quasi dictatorial vis-à-vis de ces mêmes populations qu'il s'agissait, d'après le programme Anglais, de garantir contre des actes d'autorité arbitraire. || *Colonisation Circassienne.* On connaît les circonstances qui ont accompagné cette émigration et comment le Gouvernement Ottoman s'est vu dans la nécessité d'offrir un asile à ces émigrants dont la moitié a péri avant d'arriver à s'établir. Grâce aux sacrifices pécuniaires que le sentiment de l'humanité a imposés au Gouvernement, ces émigrés ont pu être colonisés, ont pu entreprendre des travaux d'agriculture et voir leur sort amélioré. Le Gouvernement Ottoman se trouve aujourd'hui dans l'impossibilité d'entreprendre, en ce qui concerne ces étrangers devenus sujets Ottomans, un déplacement qui violerait les principes de propriété et de liberté individuelle garantis par la Constitution et blesserait tout sentiment d'humanité. Pour ce qui est de l'adjonction de nouveaux territoires à la Serbie et au Monténégro, les Plénipotentiaires Ottomans s'en rapportent aux déclarations qu'ils ont faites dans les séances précédentes."

Le Général Ignatiew ayant demandé comment il fallait comprendre la dernière phrase du discours de son Excellence Safvet-Pacha relative au Monténégro et à la Serbie, les Plénipotentiaires Ottomans répondent que la Porte s'en tient au principe du *statu quo*. || *Le Plénipotentiaire de Russie* dit qu'en ce qui le concerne, il s'en réfère à ses déclarations précédentes, mais il désirerait savoir quelles sont, au juste, parmi les propositions des six Puissances, celles que la Porte accepte. || *Les Plénipotentiaires Ottomans* pensent qu'en comparant le contre-projet de la Sublime Porte avec le travail présenté par les Représentants des six Puissances, on trouvera facilement les points sur lesquels on est d'accord. Leurs Excellences citent, par exemple, la division

par nahîé, l'élection du mudir pour quatre ans, parmi les membres des Con-
seils Cantonaux, l'organisation de l'administration des villes, l'acceptation en
principe de la formation par le Gouvernement Ottoman d'un corps de gendar-
merie, &c. | *Le Marquis de Salisbury*, rappelant que dans le programme
Anglais des garanties ont été stipulées contre la mauvaise administration en
Bulgarie, regrette de ne rien trouver dans le discours de son Excellence *Safvet*
Pacha qui réponde suffisamment à cette pensée. Aux yeux de sa Seigneurie
cette pensée ne pourrait être réalisée qu'en détachant de l'autorité centrale
diverses attributions qui doivent revenir aux autorités provinciales. Lord Sa-
lisbury désirerait notamment que dans le but d'assurer l'indépendance du Vali,
celui-ci ne pût être facilement destitué. || *Les Plénipotentiaires Ottomans* con-
viennent des avantages que présente la stabilité du pouvoir du Vali. Ils citent
divers exemples de Valis qui sont restés longtemps en fonctions. Ils disent,
en outre, que les conditions fixées actuellement par la Constitution et par les
règlements qui en seront le corollaire, fait que la révocation d'un Vali, nommé,
surtout pour les provinces dont il s'agit, sera toujours une affaire grave.
Toutefois, le Gouvernement Ottoman ne saurait se lier les mains à l'avance
pour toutes les circonstances qui pourraient se présenter. || *Le Comte de*
Bourgoing, en reconnaissant que le principe de la stabilité est, en effet, indi-
qué dans la Constitution, dit que ce que la Conférence désire obtenir, c'est la
garantie de l'application de ce principe. | *Le Comte de Chaudordy* fait remar-
quer que la nomination des Valis avec l'assentiment des Puissances constitu-
rait une précieuse garantie, puisque les Représentants des pays les plus civilisé-
du monde ne pourraient que contribuer à faire faire à la Porte d'excellents
choix. || Les Plénipotentiaires des six Puissances insistent sur la nécessité de
donner des garanties pour la stabilité des Valis et sur les graves inconvénients
de changements trop fréquents de Gouverneurs-Généraux. || *Les Plénipotentiaires*
Ottomans maintiennent les observations qu'ils ont précédemment émises. Ils
ajoutent que la Constitution et l'opinion publique fournissent la meilleure des
garanties et que le Gouvernement peut apprécier mieux que personne les qua-
lités des fonctionnaires qu'il emploie. || *Le Comte de Bourgoing* rappelle que le
Gouvernement Constitutionnel qui vient d'être inauguré en Turquie repose pré-
cisément sur le principe de la nécessité de garanties contre les abus de
l'autorité. || *Le Marquis de Salisbury*, à la suite de cet échange d'idées, ayant
fait observer que la note Andrassy acceptée par la Porte contenait en principe
la nomination d'une Commission pour l'exécution des réformes, son Excellence
Safvet Pacha dit que cette Commission devait être nommée par le Gouverne-
ment; qu'elle devait être composée d'indigènes, et que, par conséquent, il ne
voit point d'assimilation à établir entre ces deux institutions. || *Le Marquis*
de Salisbury maintient que le principe de l'élection était la base de cette
Commission, qui devait se trouver ainsi indépendante de la Sublime Porte. ||
Son Excellence Safvet Pacha répond que les Conseils d'Administration des
provinces, composés aujourd'hui de manière à renfermer dans leur sein les

Nr. 5962.
Konferenz-
staaten.
4. Jan. 1877.

Nr. 5662.
Konferenz-
staaten.
4. Jan. 1877.

éléments d'une représentation permanente de la population, doivent remplir désormais les fonctions qui avaient été dévolues extraordinairement aux Commissions dites d'exécution, ainsi que cela avait été expliqué dans la circulaire de la Sublime Porte en date du 12 Octobre, 1876, dont il désire donner lecture. || *Le Comte Zichy* fait remarquer que cette circulaire est bien connue, et exprime le regret que la Porte semble vouloir aujourd'hui accorder moins qu'au moment de la note du 30 Décembre. || *L'Ambassadeur de Russie* relève incidemment que la Sublime Porte ne serait pas conséquente avec elle-même en refusant aujourd'hui les rectifications de frontières que l'Europe réclame en faveur du Monténégro. Constant Effendi a été chargé, à deux reprises différentes et nommément en Décembre 1875 et vers la fin de Novembre 1876, d'ébaucher une entente directe avec le Prince Nicolas en lui offrant des cessions territoriales et même le port de Spizza. || *L'Ambassadeur d'Auriche* s'associe à ces réflexions. || Différentes observations sont également faites sur les avantages que présenterait dans les circonstances actuelles l'organisation d'un système judiciaire spécial dans les trois provinces. La séance est levée et la prochaine réunion est fixée à Lundi, 8 Janvier.

Safvet.

Chaudordy.

Edhem.

Salisbury.

Werther.

Henry Elliot.

Zichy.

L. Corti.

Calice.

N. Ignatiew.

F. de Bourgoing.

Fortsetzung im nächsten Bande.

Berichtigung.

Nr. 5766, S. 63 u. ff. muss das Datum 5. December, statt 5. November tragen.
S. 63, Z. 9 v. u. lies: „wie die des Herrn Interpellanten“, statt „als“.

